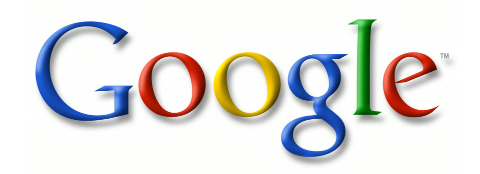
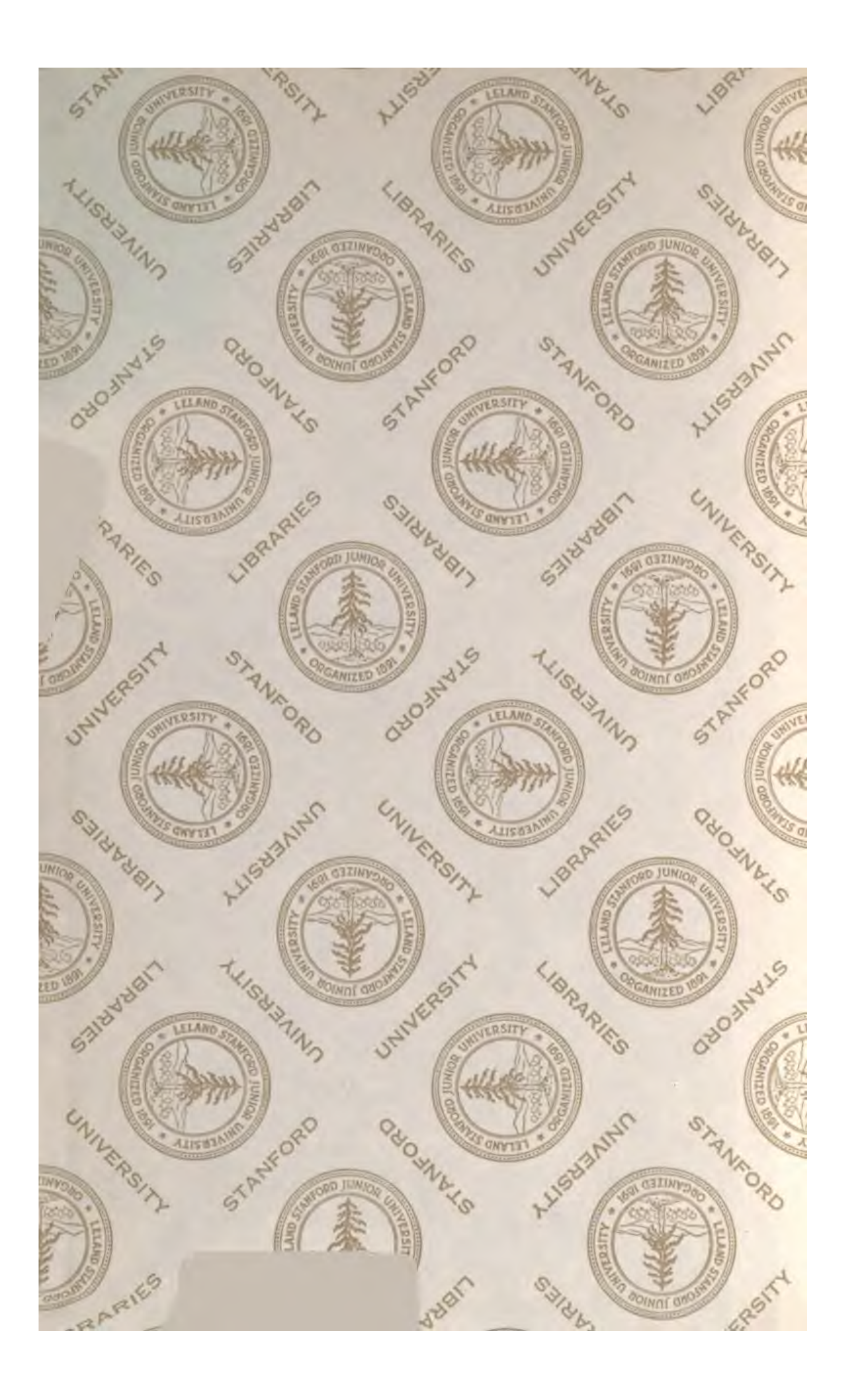
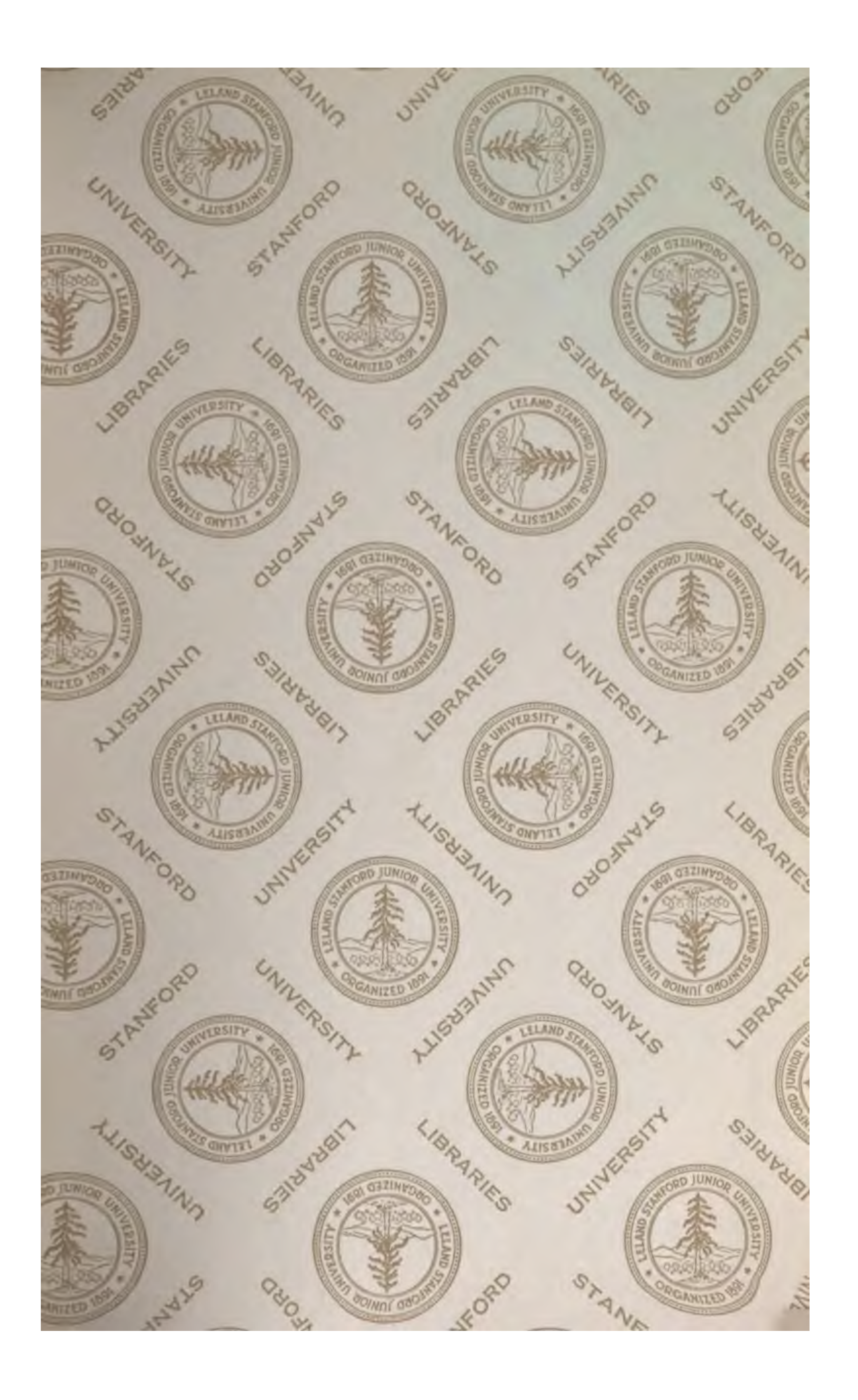







STANFORD
UNIVERSITY
LIBRARIES
LELAND STANFORD JUNIOR UNIVERSITY
ORGANIZED 1891







Der vierjährige
Polnische Reichstag
1788 bis 1791.

Von

Valerian Kalinka.

Aus dem Polnischen übersetzte
deutsche Originalausgabe.

Erster Band.
Die Ereignisse der Jahre 1787 bis 1789 umfassend.

Berlin 1896.
Ernst Siegfried Mittler und Sohn
Königliche Hofbuchhandlung
Kochstrasse 68–71.

Inhaltsverzeichniss.

Kapitel 4.

Die Parteien, die Landtage, die dem Reichstage vorausgehende Aktion.

Zweites Buch.

Der Reichstag. — Umsturz der Regierung.

(1788 bis 1789.)

Kapitel 1.

Die Reichstagseröffnung. Die preussische Deklaration. Die Armee wird der Regierung abgenommen.

Seite

Kapitel 2.

Oeffentliche Meinung. Verminderung des russischen Einflusses. Preussen überwiegt entschieden.

Kapitel 3.

Gefechte im Reichstag. Gesandtschaften nach dem Auslande. Deputation an das Auswärtige Amt. Kriegskommission.

(10. November bis 23. Dezember 1788.)

Seite

Kapitel 4.

Abschaffung des permanenten Rathes.
Haltung der kaiserlichen Höfe dem Reichstag gegenüber.
(1789.)

Drittes Buch.

Der regierende Reichstag.

(1789.)

Kapitel 1.

Die russischen Truppen werden aus der Republik zurückgezogen.
Die Unruhen in der Ukraine.
(Januar bis Juni 1789.)

Kapitel 2.

Die Steuern und das Heer.

(Januar bis Juni 1789.)

Kapitel 3.

Steuern und Heeresverfassung.

(Fortsetzung.)

(Juli bis Dezember 1789.)

Kapitel 4.

Vorbereitungen zum Bündniss mit Preussen.

(Juli bis Dezember 1789.)

Ein Verzeichniss der Litteratur über die in diesem Werke geschilderten Ereignisse wird dessen zweitem Bande beigegeben werden.

Einleitung.

Das Werk, welches wir hiermit dem deutschen Leser vorlegen, ist die letzte und leider unvollendet gebliebene Leistung eines Mannes, den die Polen nicht nur als einen ihrer besten Historiker der Gegenwart betrachten, sondern auch als Charakter und Reformator ehren. Denn Valerian Kalinka ist kein eigentlicher Stubengelehrter gewesen, sondern durchaus ein Mann der That; auch seine historischen Werke sind Thaten, die als solche auf seine Landsleute gewirkt haben und heute noch wirken. Indem wir hier eine Skizze seines Lebens entwerfen und uns dabei nothgedrungen möglichst kurz fassen, werden wir den Leser mit einer Persönlichkeit vertraut machen, deren Verständniss auch zur richtigen Beurtheilung und gerechten Schätzung des Werkes beitragen soll.

Valerian Kalinka ward am 20. November 1826 als Bürger der freien Stadt Krakau und zweiter Sohn des Richters Andreas Kalinka und seiner Ehefrau Marianne Brzeska geboren. Seine Kindheit und die ersten Jugendjahre fielen in die Zeit, als Krakau noch eine freie Stadt hiess und eine Art von Republik darstellte, die als letzte Zuflucht der Unabhängigkeitsbestrebungen des gesammten Polenthums galt. Von wirklicher Freiheit und Unabhängigkeit konnte indess keine Rede sein, da die Stadt Krakau die Residenten der drei Theilungsmächte als Regulatoren ihres Lebens im Innern und nach Aussen bei sich dulden musste und Fürst Metternich überdies nie müde ward, in seinen diplomatischen Kreuz- und Querzügen den interessirten Mächten beizubringen, dass man ein- für allemal mit dieser freien Stadt ein Ende machen müsse, da sie sonst nicht aufhören würde, „*la ville sainte du Polonisme*“ zu sein.

Wie dem auch sei, Valerian Kalinka wuchs als Pole auf und die Eindrücke seiner Jugend haben sicherlich den Keim in seine Seele gelegt, dessen Spriessen und Blühen sich in segensreicher Thätigkeit und bleibenden Werken offenbarten. Mit 14 Jahren, also im Jahre 1840, hatte er das Lyceum absolvirt und ging zur Universität über, wo er fünf Jahre lang Philosophie und Jura studirte, dann in den Gerichtsdienst als Aspirant eintrat und sich zugleich zum Doktorexamen vorbereitete. In seinem 20. Lebensjahre und bei unvollendetem Studium trafen den Jüngling die Ereignisse des Jahres 1846, an denen er selbstverständlich theilnahm; sie beraubten innerhalb weniger Tage Krakau seiner letzten freiheitlichen Privilegien, zwangen den jungen Kalinka mit vielen Anderen zur Flucht und versetzten ihn in ganz neue und ungeahnte Lebensbedingungen.

Dem Beispiele der Häupter dieser misslungenen Verschwörung folgend, reiste Kalinka über Preussen nach Belgien, wo er mit manchen polnischen Emigrirten aus dem Jahre 1831 zusammentraf und die Möglichkeit baldiger Rückkehr in seine Vaterstadt abwartete.

Diese Möglichkeit bot sich ihm und vielen seiner Genossen im Frühjahr 1848. Mit begreiflichem Entzücken machte er davon Gebrauch, ohne zu ahnen, welchen erschütternden Eindruck die veränderte Gestalt der Dinge in seinem geliebten Krakau auf ihn machen würde, ohne auch vorauszusehen, wie dieses revolutionäre Jahr dazu beitragen sollte, ihm die Augen zu öffnen und manche der Illusionen zu zerstören, die leidenschaftliche Freiheitsliebe und ideale Gesinnung ihm als Wirklichkeit vorgezaubert hatten. Ueber den Eindruck, den ihm seine Mitbürger machten, belehrt uns eine anonyme Schrift, in welcher er die damaligen Zustände in der Form von Briefen aus Krakau schildert. Mag diese Schrift auch allzu jugendlich heftig und ungerecht erscheinen, sie zeugte doch von schriftstellerischer Begabung und von ernstem Streben nach Wahrheit und moralischer Zucht, wodurch Kalinka sich in späteren Jahren so sehr auszeichnen sollte. — Damals hatte sie zur Folge, dass Kalinka in die Redaktion des Blattes „Czas“ eintrat und ein seiner Begabung würdiges Arbeitsfeld gewann.

Als Mitarbeiter dieses geachteten Blattes wurde Kalinka im Jahre 1851 zur ersten Weltausstellung nach London geschickt.

Seine 25 Briefe über dieselbe geben sowohl von seiner Gewissenhaftigkeit wie von seinem praktischen Sinn und Beobachtungstalent ein sprechendes Zeugniss; er versäumte freilich auch hier nicht, Fragen zu erörtern, die geeignet waren, seine Landsleute aus ihrer Indifferenz aufzurütteln und ihnen die Wege zu weisen, auf dem sich so Manches wieder aufbauen liesse, was durch die politischen Zusammenbrüche der letzten Jahrzehnte zerstört worden war. Im Juni 1851 kehrte er nach Krakau zurück, weilte noch dort bei dem ersten Besuch des Kaisers, der den Redakteur vom „Czas", Paul Popiel, veranlasste, einen Artikel zu schreiben, den seine Mitarbeiter wegen der dem Monarchen bewiesenen Loyalität missbilligten. Kalinka machte auch Opposition gegen seinen Chef, so dass Popiel die Redaktion aufgab. Zudem hatte Kalinka in letzter Zeit manche Bedrängniss seitens der österreichischen Polizei erfahren, was ihn reizte und zu der Aeusserung veranlasste, „er werde entweder die Stadt verlassen oder wieder konspiriren". Man hat Beweise dafür, dass er nicht konspirirte; trotzdem wurde er als Verfasser von Korrespondenzen einer Zeitung im Posenschen, die in Galizien verboten war, verdächtigt, — eine Revision fand in seiner Wohnung statt und er musste abermals flüchten.

Diese zweite Emigration sollte länger dauern als die erste: die Lehrjahre waren vorüber, die Wanderjahre fingen an; und da die Wanderjahre Kalinkas wesentlich im Zusammenhang mit der polnischen Emigration verliefen, so müssen wir der letzteren wenigstens einige flüchtige Bemerkungen widmen.

Die sogenannte demokratische Gesellschaft hatte nach ihren selbstverschuldeten Misserfolgen in den Jahren 1846 und 1848 an Prestige verloren. Zwar war Mieroslawski nach wie vor der Leiter dieser Partei, trotz seiner kläglichen grosspolnischen und Badenser Kampagnen; er hielt es aber für geboten, sich vorläufig ganz stille zu verhalten. Fürst Adam Czartoryski und seine Anhänger warteten ihrerseits ruhig ab, was aus den politischen Bewegungen in Frankreich werden würde. Zu den früheren Elementen der 1831er polnischen Emigration gesellten sich noch diejenigen, welche am ungarischen Kriege theilgenommen hatten und nunmehr in der Türkei ein unsicheres Dasein führten. Fürst Adam Czartoryski, der nicht Energie und Macht genug gehabt, diese Theilnahme zu verhindern, und damit gegen

die Ansichten von Wladislaw Zamojski gehandelt hatte, fühlte sich nunmehr verpflichtet, die Opfer dieser Bewegung zu schützen, soweit er es vermochte. Immerhin hatte die polnische Emigration in damaliger Zeit noch einige Bedeutung, denn bis zum Jahre 1863 galt sie als die lebendige Verkörperung des Protestes gegen die stattgehabten Theilungen, und dieser Protest ward von daran unbetheiligten Nationen und damals sogar von einigen Regierungen als berechtigt anerkannt.

Als Kalinka also der Boden in Oesterreich abermals zu heiss ward, reiste er nach Paris, wo sich das Hauptquartier der polnischen Emigration befand und zugleich grosses Weltleben pulsirte. Nach den Berührungen, die er im Jahre 1846 mit der demokratischen Gesellschaft gehabt hatte, und nach den persönlichen Erlebnissen, die ihm während des Jahres 1848 zugestossen waren, konnte Kalinka unmöglich zu den Revolutionären halten. Dass auf dem Wege der Revolutionen und im Zusammenhang mit ihnen für Polen nichts zu erreichen sei, war für Kalinka zu sehr zur Ueberzeugung geworden, als dass er seine Unzufriedenheit mit der österreichischen Polizei zum Anlass nehmen konnte, mit den revolutionären Elementen in Paris wieder anzuknüpfen, — er wandte sich dahin, wo die Kenntniss der internationalen Beziehungen und der politischen Kombinationen und Bestrebungen ihn über die bevorstehenden politischen Ereignisse orientiren konnte.

Es ward ihm klar, dass ein Studium des wirklich Bestehenden unumgänglich nöthig sei für den, der eine Handhabe erlangen wollte, die nächste und fernere Zukunft vorauszusehen. Ueber das erste Jahr seines Aufenthaltes in Paris ist wenig bekannt; man weiss nur, dass er eine Reise nach dem Haag unternahm, um in den dortigen Archiven Forschungen vorzunehmen, die in späteren Jahren als Grundlage seiner historischen Arbeit: „Verhandlungen mit Schweden zum Frieden von 1651—1653“ dienen sollten; aber schon im Jahre 1853 machte er sich den Führern der polnischen Emigration durch ein Werk bemerkbar, das bleibenden Werth hatte und ihn als ungewöhnliche Kraft erkennen liess. Sein Buch: „Galizien und Krakau unter österreichischer Herrschaft, Paris 1853“, erschien zwar anonym, war aber zu bedeutend, als dass der Autor lange unbekannt hätte bleiben können. In fünf Kapiteln werden die Zustände

in Galizien vom Jahre 1772 bis 1850 geschildert, seine Bevölkerung, Leibeigenschaftsverhältnisse, ökonomische Produktion, Kirche und Gerichtsbarkeit statistisch untersucht; Vergleiche zwischen den in der alten Republik geltenden Gesetzen und den österreichischen Reformen angestellt und der Stadt Krakau ein besonderes Kapitel gewidmet. Dass diese Untersuchung zu einer schweren Anklage gegen die österreichische Regierung ward, lag nicht etwa an übertriebenen Forderungen Kalinkas, sondern an dem Umstande, dass in der That das österreichische Regierungssystem damaliger Zeit als unter jedem Gesichtspunkt, nicht nur unter dem der polnischen Interessen, verwerflich erscheint. Die Tendenz des Werkes den Polen gegenüber ist aber dieselbe wie in allen späteren Werken Kalinkas und lässt sich in den folgenden drei Absätzen seiner Vorrede zusammenfassen:

„Alle Angriffe unserer Gegner sind auf den nationalen Geist gerichtet, unsere einzige Rettung besteht daher in der vollen, würdigen, zielbewussten Bethätigung des nationalen Geistes. Die Liebe zu Gott und zum Vaterland ist die letzte Festung, der letzte Hort den Feinden gegenüber.

Der Weg, den wir bisher verfolgt, der revolutionäre Weg, führt von Ungeduld und auflodernder Raserei zu rascher Erschlaffung und Schwäche.

Nur dem giebt Gott die nöthige Ausdauer, der auf nationalem Boden thätig bleibt. In einem Werk seien wir vor Allem ausdauernd: in dem Aufbauen unseres Selbst, aus dem allein der Aufbau auch unseres Vaterlandes hervorgehen kann."

Die Würdigung, welche das Buch über Galizien unter den besonneneren Männern der Emigration fand, bewog Wladislaw Zamojski, mit dem Verfasser in Beziehungen zu treten und ihm das Anerbieten zu machen, die beiden anderen Gebiete Polens in ähnlicher Weise zu behandeln; zugleich war der Magnat bereit, Kalinka die dazu erforderlichen pekuniären Mittel zur Verfügung zu stellen; auch schickte sich Kalinka eben an, eifrig die ihm dargebotene Hand zu ergreifen, als die Verwickelungen der orientalischen Frage sowohl Zamojski wie ihn selber zwangen, das beschauliche Leben gegen ein überaus thätiges einzutauschen. Man kennt den Verlauf des Krimkrieges. Wer denkt aber heute daran, was diese Kampagne den Polen an Opfern, betrogenen Hoffnungen und bitteren

Enttäuschungen gekostet hat? Ihr genialster Dichter und glühendster Patriot, Adam Mickiewicz, fand in Konstantinopel bei der Bildung der polnischen Legionen einen frühzeitigen Tod, die besten Köpfe der Emigration liessen Alles liegen, um sich in den Dienst von Frankreich und England zu stellen. Wenn auch die Zahl der jungen Leute, die ihre Heimath verliessen, um in fremde Armeen einzutreten, nicht mehr so gross war wie im Jahre 1848 bei der ungarischen Bewegung, so war doch Jeder daheim bereit, die Waffen zu ergreifen, falls der Angriff der Verbündeten auf Russland durch polnische Gebiete geschähe und die Trennung derselben vom Zarenreich begünstigte. All und Jeder war bereit, jegliches Opfer zu bringen, um dem ersehnten Ziele näher zu kommen. Auch schienen die Russland beigebrachten Niederlagen die polnischen Hoffnungen durchaus zu rechtfertigen, als plötzlich der Friede geschlossen wurde und, vom Pariser Kongress gefolgt, die latenten Keime eines Einverständnisses zwischen Frankreich und Russland aufspriessen liess, das, in späteren Zeiten durch politische Ereignisse begünstigt, zu der heute zwischen beiden Reichen bestehenden Freundschaft herangewachsen ist.

Die Führer der Emigration hatten sich an die Spitze der polnischen Unternehmungen im Krimkriege gestellt; der greise Fürst Adam Czartoryski hatte Alles aufgeboten: seinen persönlichen Einfluss, seine Beziehungen zu den leitenden Persönlichkeiten der kämpfenden Mächte, alle Mittel, die ihm als erstem Magnaten der Polen zu Gebote standen; und Wl. Zamojski begab sich sogar persönlich trotz seines hohen Alters und seiner Kränklichkeit in die Türkei, um dort polnische Legionen zu bilden. Die diplomatische Korrespondenz dieser Zeit liefert genug Beweise, wie die ottomanischen Staatsmänner es nicht an Ermunterungen und Verheissungen fehlen liessen, um sich den Beistand der Polen im Auslande und durch diese den der polnischen Bevölkerung unter russischer Herrschaft zu sichern. Aber schon die Verlegung des Kriegsschauplatzes nach der Krim, statt des gehofften Angriffs auf die Ukräne von Bessarabien aus, war die erste Enttäuschung für die polnischen Generale, wie Zamojski, Slubicki und Andere. Als sich die Kampagne in der Krim in die Länge zog und Englands Streitkräfte nach der Schlacht von Balaklawa sehr geschwächt waren, gedachte man in England

der kampfbereiten polnischen Schaaren. Lord Palmerston forderte Zamojski auf, nach London zu kommen, um sich mit ihm zu verständigen, und Zamojski machte sich sofort auf den Weg. Als er in Paris Halt machte, hatte er eine Unterredung mit Napoleon. Der Kaiser war schon des Krieges überdrüssig, durch die falsche Richtung, die man demselben gegeben, entmuthigt; die Belagerung von Sebastopol verschlang viel Geld, eine Anleihe nach der anderen ward erforderlich und es fehlte an einem begeisternden Motiv für den Krieg. Als solches erwähnte Napoleon entweder die Eroberung der Rheingrenze oder die Wiederherstellung Polens, nur unter einer dieser beiden Bedingungen sollte die Kampagne von Seiten Frankreichs fortgesetzt werden. Palmerston verwarf entschieden den ersten Gedanken; was den zweiten betraf, so meinte er, man dürfe den Engländern keine zu weiten Ziele stecken und sie dadurch schon im Anfange eines Unternehmens abschrecken; übrigens wäre es unklug, die Wiederherstellung Polens als Ziel des Krieges hinzustellen, solange die verbündeten Armeen noch so weit von Polen entfernt stünden, denn es könnte Russland veranlassen, in Polen Massendeportationen und ähnliche Unterdrückungsmaassregeln vorzunehmen. Von diesem Augenblick an war Napoleon entschlossen, den Frieden anzubahnen; indessen rieth er doch Zamojski, die Bildung der Legionen weiter zu betreiben, um für alle Fälle disponible Kräfte zu haben; er gedachte dadurch England zu lebhafterer Kriegführung anzutreiben und Russland geneigter zur Nachgiebigkeit zu stimmen. Drei volle Monate dauerten die Verhandlungen zwischen Zamojski und Lord Panmure, dem damaligen englischen Kriegsminister, und französische Generale verhiessen Zamojski, er würde mit seiner Schaar den Verbündeten den Weg nach Kiew zeigen können.

Auf die weiteren Ereignisse des Krimkrieges wollen wir hier nicht eingehen, es ist uns nur darum zu thun, die Hoffnungen, welche die Polen daran knüpften, dem Leser zu vergegenwärtigen und somit die Lage der Emigrirten flüchtig zu schildern.

Während dieser ganzen Zeit leistete Kalinka dem General Zamojski als Sekretär treuen Beistand und gewann dadurch umfassendste Einsicht in das politische Leben Europas und die Zustände der von ihm durchreisten Länder. Um so schwerer

ward er von der Wendung der Dinge betroffen, die er als Eingeweihter früher kommen sah, deren innere Gründe er auch besser als Andere würdigte, die ihn darum auch viel hoffnungsloser stimmen mussten als viele Andere, die ferner standen und sich leiten liessen.

Für seine praktische Thätigkeit aber hatte Kalinka während des Krimkrieges Erfahrungen gesammelt und Dinge erlebt, die ihn überzeugten, dass den Polen vor Allem Selbsterkenntniss fehle, und dass die von ihm angestrebten Reformen im geistigen Leben der Nation nur auf dem Wege der Selbsterkenntniss zu gewinnen seien. In diesen Anschauungen stimmte einer der besten Köpfe der Emigration mit ihm überein: Julian Klaczko, und so verbanden sich Beide bald nach dem Pariser Kongress zu einer Arbeit, die ihren vornehmsten Ausdruck in der gemeinsamen Herausgabe der Polnischen Nachrichten (Wiadomości Polskie),*) Paris 1857 bis 1861, fand.

Diese Wochenschrift liess die Tagespolitik beiseite, um sich ausschliesslich der Schilderung der Zustände in den drei unter verschiedener Herrschaft befindlichen Theilen Polens zu widmen und alle jene Fragen zu erörtern, die zum ökonomischen, geistigen oder moralischen Leben der dreifach unterjochten Nation irgend welche Beziehungen haben oder ihr einen Nutzen bringen konnten. Dass die bedeutenderen politischen Ereignisse unter diesem Gesichtspunkt vielfach Erwähnung fanden, braucht nicht hervorgehoben zu werden, nur geschah dies mit solchem Ernst und so zielbewusster Umsicht, wie sie in der Presse nur selten zu Tage tritt. Obwohl es bei einem periodisch erscheinenden litterarischen Produkt vermessen erscheinen mag, von künstlerischen Eigenschaften zu sprechen, so darf man doch hervorheben, dass die vier Jahrgänge der Polnischen Jahrbücher als ein harmonisch gefügtes Ganzes erscheinen und auch stilistisch den Anspruch auf ein künstlerisches Litteraturerzeugniss machen dürfen. Die geistreichen und in ihrer Art vollendeten literarischen Essays und Kritiken Julian Klaczkos verliehen den Jahrbüchern einen ganz besonderen Werth. Die Leser der Wochenschrift waren allerdings nicht zahlreich, wie man aus der Zahl der

*) Eine zweite Ausgabe dieser Zeitschrift erschien später in vier Bänden unter dem Titel: „Polnische Jahrbücher" (Roczniki Polskie).

Abonnenten schliessen darf; bis 1861 nur im Posenschen geduldet, durfte sie allein auf die Emigrirten rechnen; als ihr aber im Jahre 1861 auch jener Theil Polens versperrt war, gab Kalinka und sein geistreicher Mitarbeiter die Herausgabe auf.

Neben der umfassenden publizistischen Thätigkeit, die Kalinka während dieser Jahre entfaltete, lagen ihm noch andere Pflichten ob, denen er sich auch infolge der im Krimkriege gesammelten Erfahrungen eifrig widmete. Er theilte die Meinung der Führer der Emigration und der leitenden Persönlichkeiten in Polen, dass die Misserfolge der polnischen Sache zum Theil auf der Unkenntniss der russischen Zustände seitens der europäischen Staatsmänner und Kabinette beruhe. Wüssten nur die Diplomaten und Völker im Westen (so dachten sie), welche Gefahren Europa seitens des riesigen Zarenreiches bedrohen, so würden sie nicht so bereitwillig auf die Vorschläge der russischen Diplomaten eingegangen sein. Die öffentliche Meinung und die Presse in England und Frankreich zu beeinflussen und einzelne der Sache gut gesinnte Elemente in beiden Ländern mit zuverlässigen Informationen auszustatten, schien Kalinka und vielen Anderen ein geeignetes Mittel zu sein, um die polnische Frage nicht in Vergessenheit gerathen zu lassen. Zu Mitarbeitern in dieser Sache zählten die besten Köpfe und diese Alle wissen Kalinkas organisatorischen Fähigkeiten, seine Beobachtungsgabe, seine Menschenkenntniss und unermüdliche Hingabe an das Werk zu rühmen. Die Unruhen in Warschau im Februar 1861 vermehrten sowohl die Arbeitslast der treuen Schaar, welche sich um den Fürsten Adam Czartoryski versammelt hielt, wie auch die Verantwortlichkeit, welche dieser Theil der Emigration angesichts des gesammten Polenthums auf sich nahm.

Es ist überflüssig, zu betonen, dass Kalinka wie alle seine damaligen Mitarbeiter gegen den Aufstand Stellung nahm, welcher definitiv im Jahre 1863 ausbrach, und dass ihm bei seinem klaren Blick und seinen Ueberzeugungen die tragischen Ereignisse, in die er viele seiner Freunde verwickelt wusste und von denen er nichts Gutes für sein Vaterland zu hoffen wagte, unsäglichen Kummer bereiteten. Daneben aber haben wir viele Anzeichen, dass die polnischen Politiker die europäische Lage richtiger beurtheilten und einzelne später eingetretene Wendungen

besser voraussahen, als die in Frankreich leitenden Persönlichkeiten. Bevor aber der Aufstand in Polen ausgebrochen war, hatte Kalinka infolge einiger Missverständnisse mit seinen Freunden Paris verlassen und sich nach Rom begeben, das ihn von jeher angezogen hatte und wo er vielleicht in seinem erneuten Kummer und der Sorge um sein Vaterland einen inneren Halt zu finden hoffte. Wie die Mehrheit der Polen war auch Kalinka ein guter Katholik; der Einfluss von Zamojski bestärkte ihn noch in seiner Ergebenheit für die Kirche. Nach dem polnischen Aufstande von 1831 und der hierauf bezüglichen päpstlichen Bulle Gregors XVI. fühlten viele gläubige Polen eine Art Misstrauen gegen die römische Kurie. Zamojski hielt es für richtiger, nach Rom zu gehen, nicht nur um seine Obedienz zu machen, sondern auch um der Kurie bezüglich Russlands Haltung gegenüber dem Katholizismus in Polen die Augen zu öffnen. Kalinka verstand diese That zu würdigen und folgte in seinen Beziehungen zu Rom dem Beispiele seines Chefs und Freundes. In Frankreich mied er die revolutionären Kreise und näherte sich den katholischen, lernte Montalembert, Lescoeur und Andere kennen und widmete besondere Aufmerksamkeit der katholischen Wohlthätigkeit, die unter dem Einflusse dieses Kreises mächtig aufblühte. Von seinem Aufenthalt in Rom wissen wir, dass er in Berührung mit dem polnischen Orden der Resurrektion trat. Gestärkt und beruhigt kehrte er nach Paris zurück und wandte sich an seine Freunde mit der Bitte, ihn mit irgend einer Mission zu betrauen, in der er nach bestimmten Instruktionen zu handeln haben würde. — Die Intervention der drei europäischen Mächte hatte begonnen; es schien rathsam, auch andere Staaten für dieselbe zu gewinnen, und Kalinka wurde nach Stockholm abgesandt.

Im Jahre 1866 befindet sich Kalinka wiederum in Paris, älter um etliche kummervolle Jahre, ohne bestimmte Thätigkeit und ohne Aussicht, eine seinen Fähigkeiten entsprechende Stellung zu erlangen, vorderhand sogar ohne ein geeignetes Arbeitsgebiet! Wiewohl Kalinkas Geschichtswerke uns die Beweise liefern, dass er all die Fähigkeiten besass, die man von einem Historiker fordert, so darf doch nicht vergessen werden, dass ihm selber die praktische staatsmännische Laufbahn viel mehr zusagte: auch würde sie seiner festen Individualität naturge-

müsser gewesen sein und er hätte sie gewiss ergriffen, hätte ihm als Polen die Gelegenheit dazu nicht gänzlich gefehlt. Ein Mensch seiner Geistesart aber, dem jegliches Müssiggehen verhasst war, musste sich bald aufraffen und seinem Schaffensdrang eine Aufgabe finden. Kalinka richtete sein Augenmerk auf Polens unmittelbare Vergangenheit; seine Verehrung und Würdigung des Charakters und der glänzenden Fähigkeiten des im Jahre 1861 verstorbenen Fürsten Adam Czartoryski flössten ihm den Wunsch ein, das Leben dieses Magnaten zu beschreiben und so dem um Polen hochverdienten Manne ein bleibendes Denkmal zu setzen. Die darauf gerichteten Studien führten ihn zu Untersuchungen über die letzten Jahre Stanislaw August Poniatowskis, und da er gerade um diese Zeit die Gelegenheit fand, Papiere dieses Königs zu durchforschen, so entstand in kurzer Zeit das erste grössere historische Werk von Kalinka unter dem Titel: „Die letzten Jahre von Stanislaw August."*) Es bildete die Grundlage seiner späteren Werke, durch die er dann den Ruf eines der tüchtigsten polnischen Geschichtschreiber der Gegenwart errang. Der Inhalt dieses Werkes ist mit der Geschichte des vierjährigen Reichstages so eng verbunden, dass seine Uebersetzung ins Deutsche um so wünschenswerther wird, als der Tod Kalinka verhindert hat, das Werk über den vierjährigen Reichstag zu vollenden. „Die letzten Jahre von Stanislaw August" stellen in gewissem Sinne die Ergänzung der Geschichte des vierjährigen Reichstages dar. In einem Aufsatz über jenes Werk hat Professor Xaver Liske eine eingehende Zusammenfassung des Inhalts geliefert. Auf diesen Aufsatz verweisen wir jeden Leser, sich über das für diese Epoche vorhandene Quellenmaterial der orientiren möchte und sich für Kalinkas Standpunkt bei Beurtheilung des letzten Polenkönigs interessirt. Die Aufnahme, welche diesem Buch zu Theil wurde, hat auf Kalinkas Leben eine entscheidende Wirkung ausgeübt, deshalb wollen wir sowohl seinen Inhalt wie auch die Aufnahme, die es gefunden, genauer schildern.

*) Vielfach von Dr. Roepell in seinem Buche: „Polen um die Mitte des 18. Jahrhunderts" (Gotha 1876, F. A. Perthes) citirt. Besprochen in Sybels Historischer Zeitschrift (Bd. 21) in einem Aufsatz von Professor Xaver Liske: „Zur Geschichte der letzten Jahre der Republik Polen."

Obwohl Kalinka mit grossem Scharfsinn die psychologischen Gründe würdigt, die den König zu der verhängnissvollen Unterschrift der ersten Theilungsdokumente führten, tadelt er ihn dennoch aufs Entschiedenste und meint, dass Stanislaw August alles Andere hätte eher über sich ergehen lassen müssen, als seine Unterschrift unter diese Dokumente zu setzen. Ausser der Erzählung der Ereignisse giebt er uns eine meisterhafte Schilderung der handelnden Persönlichkeiten, und seine Analyse der Charaktere, welche in diesem Drama als Schuldige und als Opfer eine Rolle spielten, ist ohne Parteilichkeit und ohne Verletzung der einem Historiker ziemenden Objektivität gehalten. Leidenschaftlichen Ausfällen gegen die Feinde und Verräther seines Vaterlandes oder gegen die Urheber der Wirren, auf welche ein so entsetzliches Strafgericht folgte, begegnen wir gar nicht in diesem Werke. Kalinka weiss seinen Empfindungen Zügel anzulegen, und sein allezeit reges Gewissen, die Strenge, die er von jeher gegen sich selbst beobachtete, befähigten ihn, in seinen Urtheilen gerecht zu bleiben, während zu gleicher Zeit seine Erfahrungen in diplomatischen Sphären und der ihm angeborene politische Sinn seinem Werke Eigenschaften verliehen, die bis dahin in der polnischen Historiographie fehlten und derselben eine neue Wendung gaben. Zu derselben Zeit fing auch Professor Szujski an, in ähnlichem Geist umfassende historische Untersuchungen vorzunehmen und als erster Professor der polnischen Geschichte in Krakau zu lehren, und so können Beide, er und Kalinka, als die Urheber einer neuen Richtung angesehen werden. Kalinkas Buch wurde bei seinem Erscheinen sogleich seiner hohen Bedeutung nach gewürdigt, dem Verfasser wurde bereitwilligst der Ruf eines tüchtigen Historikers eingeräumt. Nichtsdestoweniger wurden aber Klagen und Vorwürfe laut, die Kalinka freilich schon vorausgesehen hatte, denen zu begegnen und die zu beschwichtigen er seine Vorrede geschrieben hatte. Die Argumente derjenigen, welche die Opportunität von Kalinkas Werken in Frage stellten, gipfelten in der Behauptung, dass ein wahrhaftes und vollständiges Bild Polens zu Ende des 18. Jahrhunderts nur seinen Feinden nützen konnte, die ohnehin danach trachteten, Polens Vergangenheit zu beschimpfen, die Nation durch Hinweisung auf ihre Gebrechen zu schwächen und darin die Entschuldigung des gegen sie begangenen Unrechts zu finden. Auch

sei die Kenntniss der historischen Wahrheit nicht jederzeit und Jedermann heilsam, zumal den Massen Selbstvertrauen und Hoffnung auf eine bessere Zukunft vor Allem Noth thäten. Wer dem Volke klar machte, dass nicht nur Feindschaft und Vergrösserungstendenzen der Nachbarstaaten oder niederträchtiger Verrath Einzelner, vielmehr die Sünden und Irrungen der gesammten Nation an ihrem tragischen Untergang Schuld habe, stürze sie in einen Zustand hoffnungsloser Verzweiflung, aus der sich aufzuraffen kaum möglich erscheine. Andere meinten, dass die Schilderung der Parteikämpfe, der kläglichen Rolle, welche einzelne mächtige Geschlechter spielten, oder der Selbstsucht der einzelnen Stände nur dazu führen würde, neue Zwiste und Hader anzufachen in einem Zeitalter, in dem die sozialen Kämpfe und endlose Polemik der Tagespresse nur allzu gierig nach neuen Argumenten zu gegenseitigen Vorwürfen suchen. Einige Auszüge aus Kalinkas Vorrede werden uns seine Erwiderung auf diese Einwendungen kennen lehren, uns auch den zur Beurtheilung seines Charakters und seiner Beweggründe nöthigen Einblick gewähren, freilich auch in die inneren Kämpfe einweihen, die er als Patriot zu durchleben hatte.

„Wir Polen“, heisst es da, „hatten und haben noch den Drang, Fremde überzeugen zu wollen, dass die polnische Nation nicht nur heute noch unabhängig zu sein verdiente, sondern immer unabhängig war; dass, wie sie heute die Kraft besitzen würde, ihre Unabhängigkeit wieder zu erobern, sie auch in früherer Zeit nur nach den grössten Opfern, und nachdem sie von dreifach mächtigeren Feinden bekriegt wurde, Alles verlor. Und wenn es trotz alledem uns seither nicht gelungen, das getheilte Vaterland wieder aufzurichten, so liegt es nicht an der Schwäche unseres Volkes und an seiner politischen Unreife, sondern lediglich an dem Verrath fremder Regierungen, die uns betrogen, und an der Unfähigkeit einzelner Männer, die wir zu Führern uns erkoren hatten. Solche Betrachtungen und Betheuerungen, die nach jeder Niederlage eifrig vorgebracht wurden, überzeugten zwar nur Wenige in Europa, befriedigten uns aber ausnehmend, so dass wir, stolz auf unsere Opfer und heroischen Thaten, einen Sündenbock designirten, dem wir alle Verantwortlichkeit für unsere vielen Irrthümer und Fehltritte aufbürdeten. Die Folgen

solcher Verblendung waren verhängnissvoll. Die tief begründete Ueberzeugung, dass die Nation stark und politisch reif, dass sie auch ausdauernd und zu Aufständen besonders befähigt sei, verführte uns zu immer erneuten Aufstandsversuchen in dem Glauben, man habe nun die richtigen Führer gefunden. Und welcher Jüngling, der eine Verschwörung beginnt, ist nicht der Meinung, dass gerade er eben berufen sei, sein Volk zu befreien?... So geschah es, dass dies beständig wiederholte Selbstlob auch zu denselben beständig wiederholten Verirrungen führte; ehe noch die Spuren des einen Sturmes verweht waren, beschworen wir schon neues Unglück herauf! Wahrlich bei solcher nationalen Wirthschaft glichen wir dem Manne, der in sein Budget nicht nur die gesicherten, sondern auch die erhofften Einnahmen einträgt, aber weder seine Ausgaben noch seine Schulden bedenkt — was Wunder, dass er allemal vor einem Defizit steht und sein Vermögen in fremde Hände übergehen sieht! Seit hundert Jahren vermehren wir stets unser politisches Defizit und büssen einen Theil des ererbten Vermögens bei jedem neuen Aufstande ein. Diese Vergeudung schulden wir lediglich der üblen Gewohnheit, Begeisterung, Tapferkeit und Opfermuth unseres Volkes zu preisen, aber nie auf unsere Mängel Acht zu geben, ja ohne uns zu gestehen, dass wir solche haben....."

„Mancher bildet sich ein, diese unangenehme Abrechnung könnten wir dann abmachen, wenn das Vaterland dermaleinst auferstanden — wenn unsere Mutter, die heute tödlich daniederliegt, genesen sei! — Wir sind anderer Meinung. Diese Abrechnung wäre dann überflüssig; heute allein kann sie uns frommen. Wie sollen wir die kranke Mutter pflegen, ohne zu wissen, woran sie krankt? oder wenn wir uns fürchten, ihren Zustand klar ins Auge zu fassen? Wie sollen wir aus der Klemme, in die wir hineingeriethen, herausfinden, solange uns der Muth fehlt, die Augen zu öffnen? Nur aufrichtige Umschau kann uns warnen und vor neuen Verlusten behüten. Nur Wahrheit kann uns vor Täuschungen und Enttäuschungen schützen; sie allein kann uns die Kraft verleihen, unsere Feinde zu bekämpfen und den Versuchungen aus dem Wege zu gehen. Denjenigen aber, die Furcht haben, dem Volke die Wahrheit zu sagen, und die uns rathen, ihm nur vorsichtig solche zu verabreichen, werden wir

antworten, dass diese absonderliche Homöopathie eben nur die Verschleppung des Uebels zur Folge haben kann.....“

Weiter heisst es: „Auf andere Einwendungen erwidern wir: wir glauben nicht, die Polen ihrer nationalen Empfindungen zu berauben, sobald wir auf die Schandflecke hinweisen, die wir auf dem Ruf unserer Vorfahren fanden, und festhalten, dass ein Volk, welches solche Sünden beging, unweigerlich seine Freiheit verlieren musste. Zweifellos wird solche Einsicht zu einer Quelle des Schmerzes für Jeden, der sie erlangt; es hat aber Keiner darum das Polenthum verleugnet, oder sich der Pflicht entzogen, seinem Vaterlande zu dienen. Trotz der hundertjährigen Busse wird ein Pole heutzutage weniger als je seinem Nationalgefühl entsagen. Bei solcher Gesinnung der Polen, deren Vorhandensein zu leugnen niemand einfallen wird, erscheint es vor Allem wünschenswerth, unsere Fehler genau kennen zu lernen, die Ursachen derselben aufzufinden und sie mit Ruhe, ohne falsches Mitleid und gefährliche Schonung klarzulegen. Ist denn ein solches Studium wirklich verderblich oder auch nur überflüssig zu nennen? Wenn sich frühere Geschlechter vor solcher Gewissensabrechnung sträubten, so kann das heut lebende, weit unglücklichere, aber auch weit standhaftere es nur mit Gewinn unternehmen. Soll etwa eine Rücksicht auf Russland uns hemmen? Wir glauben vielmehr, dass es dringend nothwendig geworden ist, unseren Feinden den Triumph zu verwehren, uns von unserer Verblendung heilen zu wollen. In dem Kampfe, der seit Jahrhunderten zwischen Polen und Moskau stattfindet, müssen wir Polen nicht nur alles Recht, sondern auch die ganze Wahrheit auf unserer Seite haben, wenn uns dies auch vorübergehend Demüthigung eintragen sollte. Die Aufdeckung der Wahrheit wird zudem unser Verhältniss zu Russland nicht ändern. Wie die Moskowitische Macht uns nicht unser Land zurückerstatten würde, auch wenn wir ihr bewiesen, dass sie kein Recht auf dasselbe habe: so werden wir auch nicht unsere Empfindungen, unsere Rechte, unsere Leiden und Hoffnungen, kurzum unser ganzes geistiges Sein verleugnen, auch wenn wir zugeben müssen, dass Gott Russland als Werkzeug unserer verdienten Strafe erkor. Keiner wird weichen, nachgeben, seinen Willen beugen oder die ihm vorgezeichnete Rolle fahren lassen, weder jene, noch wir; wir wollen in stiller Arbeit und bussfertiger Ergebenheit

auf Gottes Gnade warten. jene werden nach wie vor hochmüthig von unserer Scholle aus die übrige Welt bedrohen, bis es Gott gefallen wird. die Ruthe zu brechen, sobald sie unnöthig ward! .....“ *)

„Es ist das Zeichen eines gesunden Organismus, dass er nach Wahrheit lechzt, und nur die Nationen haben ihre Wiedergeburt glücklich vollbracht und sind wieder auferstanden, welche es ertragen konnten, dass man ihnen die Wahrheit sagte: so die Italiener, welche vom Beginn unseres Jahrhunderts an von Männern wie Alfieri, Azeglio und vor Allen Cesare Balbo aufs Schärfste zur Rechenschaft gezogen wurden ob ihrer Faulheit, ihres Schwelgens, der Ziellosigkeit ihres Lebens, ihrer politischen Phantastereien und ihrer verweichlichenden Kunstliebhaberei; so die Deutschen, die sich selbst sogar bis zu dem Grade getadelt haben, dass sie in dem grossen Reichthum ihrer Litteratur den Beweis ihrer Schwäche erblickten, denen Schriftsteller wie Schlosser, Menzel, Gervinus, Häusser laut und öffentlich Mangel an Patriotismus und politischer Gesinnung, übermässigen Hang zu bequemer, bei der Studirlampe und am häuslichen Herd zu führender wissenschaftlicher Bethätigung, endlich eine übertriebene Unterthänigkeit und büreaukratisches Bevormundungsbedürfniss vorwarfen. Und welche Nation hat gegen sich selbst schärfere und beissendere Worte gesagt als die Engländer, z. B. während des Orientkrieges? Sie haben sogar das verhöhnt, was jede Nation zu ehren pflegt, das eigene Heer, und haben auf ihre ewigen Rivalen, die Franzosen, als Muster hingewiesen. Während nun aber diese Nationen in dem bitteren Kerne der Wahrheit ein Mittel zu einer radikalen Kur zu finden strebten, während sie sich nicht scheuten, sich selbst schwächer und schlimmer darzustellen, als sie in Wirklichkeit waren, haben wir allein, uns aufblähend in Eigendünkel und Hochmuth, uns labend an einem Lobe, das uns Niemand sonst zuerkannte, uns selbst für das „erwählte Volk“ erklärt und Jeden, der uns nur den leisesten Vorwurf zu machen wagte, mit dem schrecklichen Spruche zurückgewiesen: Schande über den Vogel, der sein eigenes Nest befleckt! Als ob die Wahrheit

*) Citirt nach Tarnowski: Valerian Kalinka, J. K. Zupanski und K. J. Heumann 1888. Krakau.

beflecken könnte, als ob Dünkel Kraft wäre, als ob ein scharfes Urtheil über sich selbst nicht vielmehr zur Ehre gereichte und als ob nicht gerade Der sich erniedrigte, der sich selbst Tugenden zuerkennt, die er nicht besitzt."*)

Die hier angeführten Stellen aus der Vorrede, die Angriffen zu begegnen bestimmt waren, bevor sie noch laut wurden, können uns heute als ein Maassstab der Höhe dienen, von der aus Kalinka seine Mission als Historiker ansah; sie kennzeichnen den Geist, der ihn beseelte, und sind ein Beweis, dass er sich in die Idee eingelebt hatte, die Gesinnung der Polen durch seine Werke zu reformiren und auf das heranwachsende Geschlecht erziehend einzuwirken. Dass er hierin vorübergehend auch von seinen besten Freunden missverstanden wurde und bei dem Erscheinen seines Werkes mancherlei bittere Enttäuschungen erlitt, mag in ihm endgültig den Entschluss gereift haben, einer inneren Stimme nachzugeben und in eine Gemeinde einzutreten, in der er nicht mehr über sich und seine Thaten zu entscheiden haben würde, sondern Gott und Vaterland dienen könnte in gehorsamer Ausführung der Weisungen einer Mission.

Am 18. März 1868 unterzeichnete Kalinka die oben citirte Vorrede; Anfang Mai trat er in den Orden der Resurrektion ein. Dass er keinen anderen Orden wählte, erscheint begreiflich, weil er hierdurch einer Gemeinde beitrat, deren Mitglieder zumeist Polen waren, davon manche Emigrirte, also Menschen, die wie er selber, von tiefem Gram heimgesucht und nach kummervollen Jahren, deren Bitterniss ihm genugsam bekannt war, sich vereint hatten, um sich dem Dienste der Kirche zu weihen. Kaum war er in den Orden eingetreten, als ihm seitens der Polnischen Historischen Gesellschaft in Paris die Genugthuung ward, sein Buch über Stanislaw August mit dem ersten Preis gekrönt zu sehen. Das Noviziat dauerte ein Jahr, 1870 begann Kalinka seine Wirksamkeit als Ordensbruder einer Gemeinde, zu deren Aufgaben es nunmehr gehörte, sich auch einen festen Sitz in Galizien und nicht nur wie bisher in Rom zu schaffen, was mit mannigfachen Schwierigkeiten verbunden schien. Bis zum Jahre 1874 reiste er mehrmals nach Krakau und Lemberg, um dies

---

*) Citirt aus X. Liskes Aufsatz. Sybels Hist. Zeitschr. Bd. 21. Zur Geschichte der letzten Jahre der Republik Polen.

Ziel zu betreiben, dann wurde er nach Adrianopel geschickt, wo die Mission ein Seminar für bulgarische Geistliche leitete. Wie anderweit, bethätigte Kalinka auch hier jenes warme Interesse, das allein einem begonnenen Werke zielbewusste Richtung und guten Fortgang verleiht.

Da die Missionare zu sogenannten „Meditationen“ angehalten wurden, verfasste Kalinka in dieser Form tief durchdachte Vorschriften, welche die Beziehungen der lehrenden Ordensbrüder zu ihren Zöglingen zum Gegenstand hatten und ebenso von seiner Menschenkenntniss wie von seinen edlen pädagogischen Bestrebungen Zeugniss geben. Inmitten so mannigfacher Aufgaben hörte Kalinka aber nicht auf, sich mit historischen Arbeiten zu befassen; deutliche Spuren davon sind in einer Schrift vorhanden, die 1872 erschien: „Die Politik des österreichischen Hofes bei Gelegenheit der polnischen Konstitution vom 3. Mai. Historische Schilderung aus der Zeit des vierjährigen Reichstages.“*) Den deutschen Lesern ist dieselbe durch einen Aufsatz von Xaver Liske in Sybels „Historischen Zeitschrift“ bekannt geworden.**) Den Hauptgegenstand sowohl der Schrift wie des Aufsatzes bilden zwei Reskripte von Katharina II an Potemkin über die Einsetzung der Konstitution vom 3. Mai 1791 in Warschau, die den Abschluss der Arbeiten des vierjährigen Reichstages bildete. Diese Reskripte können gleichsam als Schlüssel der Situation gelten, in der Polen sich noch nach der Reichenbacher Konvention unbewusst befand, zumal angesichts des von Katharina gefassten Entschlusses, den Reformen, welche die Konstitution besiegeln und Polen kräftigen sollten, nimmermehr ihre Zustimmung zu geben. Diese für jeden Polen grauenerregenden Reskripte mag Kalinka beständig im Sinne gehabt haben, als er die Verhandlungen und vielfachen Irrungen des vierjährigen Reichstages, dessen Geschichte wir hier vorlegen, dramatisch schilderte.

---

*) Polnisch: Polityka dworu austryackiago w. Sprawie Konstytucyi 3go Maja opowiadanie historyczne z czasu Sejmu czteroletniego przez W. Kalinka. Krakow 1872. Paszkowski.

**) Zur polnischen Politik Katharinas II. von X. Liske. Sybels Hist. Zeitschr. Bd. 30, S. 282. Auf diesen Aufsatz nimmt auch Ranke Bezug in einer Anmerkung zu: „Ursprung und Beginn der Revolutionskriege 1791, 1792.“ Sämmtl. Werke, Leipzig 1879, Duncker & Humblot, Bd. 45, S. 19.

Zum Ausarbeiten und zum Niederschreiben dieses Werkes kam es erst nach 1875, als der Obere des Ordens in richtiger Schätzung seiner Befähigung ihn nach Jaroslaw versetzte, als Kaplan eines stillen Frauenklosters, mit der ausdrücklichen Weisung, seine freie Zeit den historischen Studien zu widmen. In der That war der Aufenthalt in der kleinen Stadt, von der aus die Archive von Krakau und Lemberg erreichbar waren, ein sehr geeigneter; als dann Reisen nach Wien und Berlin behufs Erforschung dortiger Staatsarchive nothwendig wurden, erhielt Kalinka auch dazu die Erlaubniss und die Mittel. Die Zuvorkommenheit, mit welcher ihm der Zutritt zu den Berliner Staatsarchiven gestattet wurde, hat er dabei ganz besonders gerühmt. Mühe und Anstrengung, welche ihm diese Forschungen kosteten, schlug er gering an; weit mehr zehrte an ihm die Entdeckung, die er bald machte, dass auch über diese Geschichtsperiode Anschauungen herrschten, die er zu bekämpfen und über die er als Erster die Wahrheit zu verkünden haben würde.

Nur wenige Dezennien nach der dritten Theilung, welche der Existenz eines polnischen Staates das Ende bereitete, wurde dem unterjochten Volke der Trost zu Theil, drei Dichter, von denen zwei gross genannt und der dritte als ungemein talentvoll angesehen werden kann, sein zu nennen. Mickiewicz und Krasinski verliehen, Jeder auf seine Weise und ohne einander zu beeinflussen, aus dem Quell einer genialen und originellen schöpferischen Begabung denjenigen Empfindungen und Gedanken Ausdruck und Form, die in der Seele eines jeden Polen Wiederhall fanden. Was in den letzten fünfzig Jahren von der Nation als Gesammtheit, auf den Schlössern der Reichen oder in den Gutshöfen der ärmeren Szlachta, auf den Wanderungen der Kämpfenden, der Verschickten und Flüchtlinge erlebt und erlitten war, alles das wusste Adam Mickiewicz bald in epischen, bald in dramatischen und lyrischen Dichtungen von vollendeter Schönheit darzustellen. Geschichtliche und philosophische Betrachtungen, in denen die sozialen Umwälzungen und die chaotische Gärung der neuesten Zeit geweissagt wurden, patriotische Dichtungen, die wie hebräische Psalmen das Geschick der Nation besingen und betrauern, lyrische Gedichte von unübertroffener Zartheit und Tiefe der Empfindung brachte Zygmunt Krasinski seinem Volke zum Trost. Und in Slowackis

Mund erschien die Sprache für jedes Versmaass geeignet; er dichtete mit einer Leichtigkeit, die nur bedauern lässt, dass er weder die Seelengrösse Mickiewiczs, noch die Tiefe Krasinskis besass, während er an künstlerischer Begabung vielleicht Beide übertraf. Auch andere Dichter schufen Unvergängliches, so dass die politisch vernichtete Nation ihr Leben in der Dichtkunst mächtig pulsiren fühlte, ein lebendiger Beweis dafür, dass sie nicht ganz vernichtet war.

Dieser Aera der Dichter, die das Empfinden eines Volkes kundgeben, folgte die Aera der Historiker. Bald sah man die besten Köpfe sich der Geschichtswissenschaft widmen mit dem Ernst und der Gewissenhaftigkeit, die kennzeichnet, dass ein Volk reifer, kritischer, einsichtsvoller geworden und zu der Ueberzeugung gelangt ist, dass Empfindung allein sein Wesen nicht ausmachen darf. Die Vergangenheit erforschen, vorhandenes Quellenmaterial vor Untergang retten, dann ordnen, prüfen, zusammenfassen, einzelne Geschichtsperioden thatsächlich und kritisch und nicht bloss nach der herkömmlichen Tradition darstellen — dies Alles wurde vielen heute noch Arbeitenden zur Aufgabe, nachdem Professor Szujski und Kalinka ihre ersten Werke veröffentlicht und die Bedenken über die Opportunität wahrhaftiger Geschichtschreibung besiegt hatten.

Mögen die Berichte über polnische Historiographie, die in Sybels Historischer Zeitschrift und seit Anfang der achtziger Jahre in anderen deutschen historischen Berichten erschienen sind, Zeugniss von solcher Behauptung ablegen*) und den Leser über das Einzelne aufklären. Wir wollen hier nur hervorheben, dass Kalinka durch seine Werke, von denen wir eines hier verdeutscht vorlegen, und durch seine Wirksamkeit als einer der Führer in dieser Manifestation des nationalen Geistes erscheint.

Seiner Lebensbeschreibung, die wir bis zu dem Jahre geführt, in dem er den „Vierjährigen Reichstag“ zu bearbeiten anfing, müssen wir noch kurz hinzufügen, welche Pflichten ihm weiter auferlegt wurden.

---

*) Siehe: Jahresberichte der Geschichtswissenschaft, im Auftrage der Historischen Gesellschaft zu Berlin herausgegeben von J. Jastrow; bisher erschienen Jahrg. I bis XVI, die Jahre 1878 bis 1893 umfassend. Berlin 1880 bis 1895.

Der Orden, zu dem Kalinka gehörte, gab die Hoffnung nicht auf, in Galizien ein Kloster zu errichten, und die Idee schien im Jahre 1880, als der erste Band von Kalinkas Werk zur Herausgabe gelangte, der Verwirklichung näher getreten zu sein. Kalinka erhielt den Befehl, nach Lemberg überzusiedeln, um daselbst ein Kollegium für Ruthenen (polnisch: Russinen) zu gründen und zu leiten. Der Hauptzweck dieses Unternehmens war, ein Seminar zu haben, in dem die zur unirten Kirche gehörenden Ruthenen eine katholische Bildung erhalten könnten. Die grossrussische Propaganda einerseits und die Intoleranz der Polen andererseits hatten die Ruthenen bereits so feindlich gestimmt, dass der Orden es für geboten hielt, eine Bildungsanstalt zu gründen, die als Vermittlerin zwischen den verfeindeten Elementen dienen könnte. Die Nationalität der Zöglinge sollte geachtet werden, und die Heranziehung an Polen durch andere Mittel geschehen als bisher. Unter den in Galizien obwaltenden Umständen schien die Verwirklichung dieser Idee kaum denkbar; dem Orden fehlte es an Geldmitteln; das Misstrauen sowohl von polnischer wie von ruthenischer Seite war allgemein. Trotz alledem stand bereits im Jahre 1882 ein neues Gebäude da, versehen mit einer unirten Kapelle. Die Schüler drängten sich zur Aufnahme in das neue Kollegium. Die Wirksamkeit des Ordens fand auch den Beifall der Kurie. Dargestellt in wenigen Worten, bedeutet doch dies erreichte Resultat Monate der angestrengtesten Thätigkeit, bange Tage und Wochen und sorgenvolle Spannung für denjenigen, dessen hervorragenden organisatorischen und politischen Fähigkeiten der Orden das Gelingen dieser gewagten Unternehmung verdankte. Kalinka war die Seele des Ganzen. Seine eigenen Anschauungen über die kirchlichen Angelegenheiten, namentlich über die Beziehungen des katholischen polnischen Klerus zur unirten Kirche, gaben ihm neben der Subordination, die ihm innewohnte, die nöthige Kraft, um die Befehle seiner Oberen auszuführen. Diese Anschauungen wird der Leser in demjenigen Kapitel des vorliegenden Buches kennen lernen, das von den Beziehungen der polnischen Republik zu ihren unirten Unterthanen handelt.

Während der Gründung des Kollegiums lebte Kalinka in Lemberg. Hier kam er in persönliche Berührung mit polnischen gelehrten Historikern. Er nahm lebhaften Antheil an den

Sitzungen der Akademie der Wissenschaften in Krakau, zu deren Mitgliedern er zählte, sowie auch an den Arbeiten der historischen Abtheilung, die in Lemberg ihren Sitz hat. Im Jahre 1883, als die Professur der polnischen Geschichte an der Krakauer Universität durch den Tod des Professors Szujski frei ward, dachte die philosophische Fakultät an Kalinka als seinen Nachfolger. Kalinkas Ordenspflichten waren jedoch ein Hinderniss, und er selber meinte, nicht genug in der allgemeinen Geschichte Polens bewandert zu sein, um doziren zu können; seine Bescheidenheit verbot ihm überhaupt, sich für einen Gelehrten zu halten: „Es kommt mir lächerlich vor und beschämt mich, wenn ich als Gelehrter und Historiker gefeiert werde“, schreibt er an sein Kloster aus Kaltenleutgeben, wo er 1886 zur Kur weilte, „in Wirklichkeit erledige ich nur verschiedene Geschäfte, die mir von Gott aufgetragen sind. Man muss ganz anders leben und arbeiten, um den Namen eines Historikers zu verdienen!“ Gewiss hatte Kalinka nicht das Leben eines Berufsgelehrten während dieser letzten Jahre geführt; um so mehr aber ist es anzuerkennen, dass er trotz so vieler Verpflichtungen und ungeachtet seiner schwankenden Gesundheit zwei Drittel seines Werkes vollendet hatte, als ihn eine heftige Krankheit ergriff und ihm am 16. Dezember 1886 in seinem Lemberger Kollegium den Tod brachte. Der zweite Band des „Vierjährigen Reichstages“ war 1886 erschienen, der dritte begonnen, und Kalinkas Seele hing an der Vollendung dieses Werkes. Es ward ihm schwer, trotz aller Ergebenheit in Gottes Willen, dem Leben zu entsagen, das er noch weiterer Arbeit zu widmen gehofft hatte!

Und gewiss durfte der Verzicht dem kaum Sechzigjährigen schwer fallen! — Sein Tod erfüllte alle diejenigen mit Trauer, die mit banger Spannung warteten, ob es dem verehrten, so hochgeschätzten Priester vergönnt sein werde, sich wieder zu erholen. Mit begreiflichem Neid gedachte man der hohen Jahre der Gelehrten anderer Nationen; nur vergass man dabei, dass die Lebensweise jener Beneideten eine andere gewesen als die des armen Ordensbruders, dem das Erforschen der Vergangenheit so viel Herzblut gekostet uud der doch niemals aufgehört hatte, die Gegenwart kämpfend mitzuerleben! Ein Mann aber, dessen Werke eine ethische Wirkung ausüben und deshalb geeignet sind, weiteste Kreise zu beeinflussen,

zu belehren, zu erheben und zu bessern, steht gewiss nicht niedriger als ein Historiker, dessen Gelehrsamkeit und Vielseitigkeit wir anerkennen und bewundern; denn mögen die Anforderungen an den gelehrten Historiker auch noch so hoch gestellt werden, noch höher steht der Mann, dessen Thun und Trachten in Wort und Schrift die Gemüther gebildeter Menschen und grosser Massen beeinflusst und zum Guten leitet.

Es bleibt uns übrig, der Hoffnung Ausdruck zu geben, dass unter den mitlebenden Historikern Polens sich Jemand finde, der das von Kalinka unternommene Werk fortführen, das gesammelte Material benutzen und die von ihm begonnene Schilderung des vierjährigen Reichstages in seinem Geiste zu Ende führen möge. Würde doch damit zugleich der Beweis geführt werden, wie die von Kalinka angestrebte Reform der öffentlichen Meinung, der politischen Gesinnung, ja des historischen Gewissens bei den Polen sich wirklich vollzogen habe. Ist doch auch Kalinkas Lebenslauf, wie es uns wenigstens scheinen will, ein Abbild der Wandlungen, die von den Polen in den letzten 40 Jahren durchgemacht wurden. Wie der zwanzigjährige, unerfahrene, ideal gesinnte Kalinka glaubte, die polnische Sache müsse siegen, weil sie gerecht sei, so hatten auch die Polen ihren Glauben in den Sieg der liberalen Ideen gesetzt, die in den Jahren 1830 und 1848 Europa bewegten. Die Enttäuschung verursachte ein heilsames Insichgehen, und aus den Ereignissen des Jahres 1848 zog man vor Allem die Lehre, dass es verkehrt sei, irgend welche national-polnischen Einheitsbestrebungen mit den revolutionären Strömungen in Europa zu verknüpfen. Nach einigem Umherirren und erneuten und missglückten Versuchen, auf dem Wege von Aufständen die Freiheit zu erringen, gelangte man zu dem Bewusstsein der eigenen Fehler und Schwächen und zu der Einsicht, sie zu erkennen und auszurotten sei höchste Pflicht. Kalinka gelangte rasch zu dieser Reife der Anschauungen und darin darf man mit Recht ein Anzeichen seiner Bedeutung, seiner geistigen und moralischen Ueberlegenheit erkennen. Und so widmete er sein Mannesalter ernster Arbeit, unermüdlichem Schaffen und der Läuterung seines eigenen Ichs, um sich die Berechtigung zu verdienen, in seinen Werken als Reformator und Moralist zu sprechen und auf die mitlebenden und kommenden Geschlechter erziehend einzuwirken.

Kalinkas Priesterthum suchte seinen Schwerpunkt nicht in theo logischen Dogmen und hierarchischen Vorschriften, vielmehr au dem Boden der Ethik, die der wahren Religion innewohnt un im Christenthum ihren höchsten Ausdruck gefunden hat. Un so nannte er sein Vaterland „das büssende Polen“ und hoffte dass die Busse zur inneren Reform und zur Wiedergeburt führe möchte, damit wie im Leben des einzelnen Menschen auch in Leben der Völker die Grundsätze der christlichen Lehren zur Durchbruch gelangten. So verstanden ihn seine Mitarbeite und so wird ihn einst sein ganzes Volk begreifen lernen un als einen seiner besten Söhne feiern, wie ihn heute schon Viel verehren.

Diese und andere ineinandergreifende Empfindungen un Motive bewogen auch den Uebersetzer, Kalinkas Werk in Deutsche zu übertragen. Kalinka ist in die Reihe derjenige Historiker zu stellen, die nach Treitschkes Wort „mit starke Herzen die Geschicke des Vaterlandes wie selbsterlebtes Le und Glück empfinden und deshalb der geschichtlichen E zählung die innere Wahrheit geben“. Das Leben des Manne wie es uns die Mitlebenden und Mitleidenden erzählen, bürg dafür, dass er die Wahrheit geben wollte. Sein hiermit de deutschen Leser vorgelegtes Werk wird den Beweis liefern, das er seiner vornehmen Aufgabe auch gewachsen war. Mög er nun auch deutsche Leser finden, die des Polen Urthe über die vergangene preussische Politik jener Periode m derjenigen Objektivität lesen und auffassen, welche historisch Treue in Darstellung der Thatsachen und Benutzung der Dok mente seitens des Autors verlangt, die Würdigung der hist rischen Motive aber dem persönlichen Empfinden vorbehäl das natürlich bei Polen und Deutschen sehr verschieden au fallen wird. Wie über andere geschichtliche Ereignisse, s hat sich auch über die Theilung Polens eine Tradition gebilde die an der Hand neuer thatsächlicher Aufschlüsse zu prüfe wohl der Mühe lohnte. Sicherlich wird es den deutsche Forschern nur willkommen sein, zu erfahren, wie ein Man von Kalinkas Bedeutung über diese Ereignisse gedacht un was sein mühevolles, gewissenhaftes Forschen zu Tage ge fördert hat; denn was Kalinka über die Eigenart polnische Verhältnisse und vor allen Dingen über den letzten pol

nischen Reichstag erzählt, darf nunmehr als werthvoller Beitrag zu dem Geschichtsmaterial über jene Ereignisse erachtet werden. Dieser Beitrag soll daher nach der Absicht des Uebersetzers vornehmlich dazu dienen, die Kenntniss der Vorgänge zu bereichern, durch die allein eine Abklärung mancher Vorurtheile und Stimmungen zu bewirken ist. Die Ereignisse, welche Kalinka schildert und die den letzten zwei Theilungen Polens vorangingen, fallen in ein Zeitalter, in dem Kabinetspolitik über das Schicksal der Völker entschied, in dem das heute geltende und Alles durchdringende Nationalitätsprinzip noch nicht erwacht war. Wohl gab es auch damals eine Staatsraison; ihre Grundlage war aber durchaus nicht national, und damit entbehrte sie die Hälfte ihrer Macht und war nicht fähig, wie heute, jedes einzelne Mitglied einer Nation zu beseelen und in einer Gesinnung zu vereinigen in Momenten der Gefahr. Wie anders würde sich vielleicht heutigentags das Schicksal Polens gestaltet haben, wo darauf zu rechnen gewesen wäre, dass alle Parteien des bedrohten Landes sich vereint hätten, um die Gefahr abzuwenden, und die öffentliche Meinung auf die Seite des unterdrückten und geschädigten Volkes getreten wäre. Ungerecht würde es deshalb sein, Kalinka den von modernen Empfindungen diktirten Standpunkt verübeln zu wollen; sogar ein so grosser und so objektiver deutscher Historiker wie Leopold von Ranke kann nicht umhin, die Theilung Polens zu bezeichnen „als ein Verfahren, das die anerkannten und vertragsmässigen Staatsrechte von Europa durchbrach“.*)

Alle Einzelheiten über Kalinkas Leben und seine Gesinnung, die den Kern dieser Einleitung bilden, verdankt der Uebersetzer dem ausgezeichneten Buche des Professors Grafen Stanislaw Tarnowski, der als Präsident der Akademie der Wissenschaften in Krakau und langjähriger Freund Kalinkas sowohl in sein wissenschaftliches Schaffen wie in sein inneres Leben Einblick gehabt hat.

Marie Dohrn,
geb. v. Baranowska.

---

*) Ranke: Sämmtliche Werke. Bd. 31 und 32, S. 19.



Erstes Buch.

Zustände vor dem Reichstag in Polen und im Auslande.

(1787 bis 1788.)

Kapitel 1.

Bündniss zwischen Oesterreich und Russland. Türkischer Krieg.

(1787 bis 1788.)

§ 1.

Die Eifersucht der Nachbarstaaten begünstigt Russlands Einfluss in Europa.

Der zu Anaili Kawak (Januar 1784) unterzeichnete Vertrag, welcher Russland die ewige Herrschaft über die Krim sicherte, war ein Meisterstück diplomatischer Geschicklichkeit Katharinas II. Zugang zum Meere an den südlichen Grenzen, die Möglichkeit, dort eine mächtige Flotte zu schaffen, der offene Weg nach Konstantinopel, das waren die Vortheile, welche sich Russland mit diesem Vertrage gesichert hatte. Die Besetzung der Krim und die spätere Vernichtung Polens konnte die Kaiserin mit Recht als dauerhafteste Denkmäler ihres Ruhmes ansehen. — Sonderbar erscheint es, dass fast alle europäischen Mächte ihr bei diesem wichtigen Siege über die Türkei Hülfe leisteten: Oesterreich vor allen, indem es eine Heeresmacht an der ungarischen Grenze aufstellte, bereit, die russischen Pläne zu unterstützen; England, indem es die Pforte zur Nachgiebigkeit überredete, in der Hoffnung, sich mit diesem Dienste einen günstigen Handelsvertrag in Petersburg zu sichern; schliesslich Frankreich, welches den Türken erklärte, ein solches Opfer werde ihnen Zeit lassen, sich besser zu rüsten, um dann später beiden verbündeten Kaisermächten besseren Widerstand zu leisten. Der Vertrag ward unterzeichnet, Niemand aber glaubte an seine Dauer; konnte doch die Pforte ebenso wenig ihren Ver-

lust verschmerzen, wie Russland auf die Verfolgung seiner weiteren Pläne verzichten oder aufhören, die Unterthanen der Pforte zu reizen, um ihr die erlittene Niederlage stets fühlbar zu machen. Die Reise der Kaiserin nach der Krim erschöpfte denn auch das Maass der türkischen Geduld. Obwohl friedlich gesinnt, begriff der alte Abdul-Hamid, dass jeder weitere Schritt auf dem Wege der Nachgiebigkeit ihm die eigene Existenz kosten würde, und als Bulhakoff nach seiner Rückkehr aus Cherson, wo die Kaiserin jetzt weilte, nichts von seinen Ansprüchen aufgab, auch keinerlei Genugthuung anbot, entschied der Sultan die Angelegenheit kurzweg, indem er dem Grossvezir lakonisch schrieb: „Erkläre den Krieg, mag kommen, was da will!“ Alsbald wurde der grosse Divan-Rath berufen, dessen Ergebniss war, dass der russische Gesandte nach einer Konferenz mit dem Grossvezir in das Schloss mit den sieben Thürmen wandern musste. (16. August 1787.)

Der Krieg war erklärt; es war nur die Frage: Mit wem wird die Türkei ihn zu führen haben? mit Russland allein, oder auch mit seinem mächtigen Verbündeten Joseph II.? — Eine schwere Frage, von deren Lösung, wie man damals in Europa glaubte, das Loos des osmanischen Reiches abhängen musste. Russland und sein vornehmster Rathgeber, Potemkin, hatten sich schon lange bemüht, Oesterreich für sich zu gewinnen. Das Bündniss mit Preussen hatte Russland allen Gewinn gebracht, den es eben bringen konnte, d. h. den ersten Theilungsvertrag Polens und die unbestrittene Uebermacht in diesem Lande. — Jetzt, da die Politik des Petersburger Hofes sich dem Orient zuwandte, galt es, grösseres Gewicht auf ein Einverständniss mit Oesterreich als mit Preussen zu legen. Bei dem ungewöhnlichen Glück, welches die Kaiserin stets begünstigte, bot sich ihr die so nöthige und gewünschte Hülfe Oesterreichs fast von selbst. Man kann dreist behaupten, dass Russland seine Macht und Bedeutung im Europa des XVIII. Jahrhunderts lediglich der Eifersucht verdankt, die seine Nachbarn unaufhörlich beseelte; in erster Linie der Nebenbuhlerschaft der grossen polnischen Familien, welche ihm die Thür der Republik öffneten, später dem unversöhnlichen Neid, mit dem sich Oesterreich und Preussen nach dem ersten Ueberfall Schlesiens durch Friedrich verfolgten. Beide Mächte waren stets bereit, Russland in Vielem nach-

zugeben, um sich seine Freundschaft zu sichern und im gegebenen Falle gegeneinander auszuspielen. Russlands vortheilhafte Lage, das schnelle Wachsthum seiner Macht beunruhigten zwar den Wiener Hof, doch verloren alle diese Bedenken ihre Bedeutung, sobald es galt, Preussen Schaden zuzufügen. Dieser Politik des Kaisers Joseph konnte Kaunitz bei aller seiner Besonnenheit keine neue Wendung geben; erst später versuchte Leopold II. sie auf andere Bahnen zu lenken, regierte aber zu kurze Zeit, um sein System durchzusetzen. Am preussischen Hofe war der Hass gegen Oesterreich ein noch stärkerer Beweggrund: „Es ist mein politisches System!“ pflegte Friedrich II. zu sagen, und es war auch die Leidenschaft, die er seinen Schülern und Nachfolgern hinterliess. Alles besass Geltung für die preussische Politik: Bündniss mit Frankreich, England, Russland, sogar mit der Türkei, nur nicht ein Einvernehmen mit Oesterreich! Friedrich sprach es selber aus, dass ein Bündniss mit Oesterreich Preussen die Hände binden würde. Als die Kaiserin Katharina, auf Josephs Hülfe vertrauend, den Thron von Byzanz ihrem Enkel zu sichern beabsichtigte, erschrak Friedrich keineswegs über diese Vergrösserung von Russlands Macht, er erkundigte sich nur, welchen Vortheil wohl Oesterreich davontragen würde? „Handelt es sich bei diesem Vertrage“ (schreibt er an seinen Gesandten in Petersburg Goertz) „*nur* darum, die Türken aus Europa zu vertreiben, um den Prinzen Konstantin, den zweiten Sohn des Grossfürsten, auf den griechischen Thron zu erheben, so könnte ich dies freilich mit grosser Gleichgültigkeit betrachten; geht aber der Kaiser darauf aus, mittels dieser Allianz bedeutende Erwerbungen zu machen, so ist es eine andere Sache.“ (29. Mai 1781.) Und wie schmerzlich war ihm der Gedanke, dass die Kaiserin seine Freundschaft mit der Gunst Oesterreichs vertauscht. — „Dass sie“ (schreibt der König) „mit dem Erbfeinde meines Hauses Verbindungen anknüpfen will und zwar zu einer Zeit, wo meine Allianz mit ihr noch für sieben Jahre in ihrer ganzen Kraft besteht, das ist in Wahrheit eine Paradoxie, welche jeder vernünftige Politiker schwerlich, um nicht zu sagen unmöglich, erklären kann, und wovon man unter Souveränen, welche miteinander so eng verbunden sind, wie ich es seit so viel Jahren mit Russland bin, kaum ein Beispiel finden wird. — Aber so weit geht die Schwäche und die Inkonsequenz des

weiblichen Charakters."*) — Katharina verstand sehr gut, di Rivalität ihrer Nachbarn auszubeuten, dank deren Kaiser Josep und König Friedrich, sich um ihre Gunst bemühend, ihr gerad das gewährten, was sie sich wünschte. Als Beweis für dies Behauptung mag das Folgende gelten. Bekannt ist, dass di zweite Frau des Grossfürsten Paul aus dem ärmlichen Haus der Mömpelgarten (Montbéliard) von Württemberg stammt Um das Ansehen dieses Hauses zu heben und der Kaiserin eine Gefallen zu thun, bemühte sich Friedrich, eine Heirath zwische einer Prinzessin Württemberg mit dem Thronfolger von Dänemark zu Stande zu bringen; in derselben Zeit begehrte Joseph die Hand der Prinzessin für seinen Neffen Franz, den ältesten Sohn von Leopold. Natürlich wurde er bevorzugt und freute sich seines Sieges über Friedrich, obwohl es nur einen neuen Erfolg für Katharina bedeutete. Die Kaiserin durfte sich über diesen Wetteifer beider Monarchen freuen, war aber auch nicht wenig stolz auf ihre Macht. Es ist deshalb nicht erstaunlich, dass sie anspruchsvoll wurde, eher darf man sich wundern, dass sie angesichts der Nachgiebigkeit, die sie allerorten fand, sich zu beherrschen verstand und ungeachtet ihrer Hingabe an einige politische Phantasien dem gesunden Verstand und der Kaltblütigkeit immer die Oberhand liess.

§ 2.

Korrespondenz zwischen Katharina und Joseph II.

In letzter Zeit erfolgte Veröffentlichungen erlauben uns, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Katharina und Joseph genau zu prüfen und zu würdigen.**) Noch zu Lebzeiten von Maria Theresia angeknüpft, dauerten sie bis zum Tode des Kaisers und haben einen sehr entscheidenden Einfluss auf die politischen Ereignisse dieser Periode ausgeübt. Sie haben Russland zu gewagten Unternehmungen ermuthigt und deren Durch

*) Beide Depeschen in Zinkeisen, Geschichte des Osmanische Reiches, Gotha 1859, VI. 298. 299. 309.

**) Arneth, Joseph II. und Katharina von Russland, ihr Briefwechse Wien 1869, Braumüller. — Derselbe, Joseph II. und Leopold von Toscan Wien 1872, I u. II. — Wolf, Leopold II. und Marie Christine, Wien 187 Gerold. — Russkaja Starina, Moskau 1876, Mai—Dezember: Korresponden zwischen Katharina und Potemkin. Aus dieser Quelle sind die Auszüg aus den Briefen von Katharina und Potemkin in diesem Kapitel entlehn

führung begünstigt, der Türkei einen gefährlichen Krieg mit zwei Nachbarn eingetragen, Oesterreich aber empfindlichere Niederlagen zugezogen als der Türkei und es an den Rand des Abgrunds gebracht, Preussen zu offener Fehde mit Russland gezwungen und Polen das Grab gegraben. Der zehnjährige Briefwechsel zwischen Katharina und Joseph war — man muss es aussprechen — eine wahrhafte Pandorabüchse für Ost- und Mitteleuropa; und der leichte, oft spöttische Ton dieses Briefwechsels bildet einen sonderbaren Gegensatz zu der Fülle von Jammer und Elend, das sich über so viele Länder ausbreitete. Der Eindruck, den dieser Briefwechsel hervorruft, ist um so unangenehmer und abstossender, als der Leser nicht umhin kann, zu gewahren, wie diese zwei Menschen sich gegenseitig betrügen; immer aber geht Katharina siegreich aus diesem Spiel hervor. Die Höflichkeiten und Schmeicheleien nimmt sie huldvoll an als etwas ihr Zukommendes, begnügt sich aber nicht damit, vielmehr nimmt sie ihren Korrespondenten beim Wort und stellt ihm unumwunden Forderungen, ohne im Geringsten die Schwierigkeiten zu berücksichtigen, die ihm aus der Erfüllung derselben erwachsen könnten. Joseph wird öfters gewahr, dass Katharinas anbetende Schmeicheleien zu überschwenglich sind, um wahr zu bleiben; öfters empört er sich sogar gegen ihre Zumuthungen — trotzdem giebt er nach. — Gleich nach dem Ableben von Maria Theresia kommen beide Monarchen in Mohilow zusammen, und von dieser Zeit an wird Katharina nicht aufhören, dem „Grafen Falkenstein“ diese Zusammenkunft mit so schmeichelhaften Komplimenten ins Gedächtniss zu rufen, dass sie uns wie Spott vorkommen. Am 16. September 1781 schreibt sie: „L'antiquité paienne qui déifiait ses héros, est justifiée à mes yeux de l'accusation de flatterie depuis que je vois l'enthousiasme en tout pays suivre les traces de V. M. I.“ Joseph seinerseits versichert, dass er beständig unter dem Bann der Erinnerung an sie lebe, dass er in ihr die gerechteste und tiefsinnigste Gesetzgeberin, die würdigste Monarchin kennen gelernt habe, die das Glück ihrer Unterthanen bilde und zugleich die Bewunderung Europas ernte, dass aber, wer ihr persönlich nahe, alle diese grossen Eigenschaften vergesse, um in ihr die reizendste, gebildetste und anmuthigste Gesellschafterin zu sehen. Den Enkeln der Kaiserin in Tsarskoje selo werden Pocken ein-

geimpft; Kaiser Joseph erkundigt sich eifrig nach dem Verlauf der Krankheit; die Kaiserin ist entzückt über diese Güte. „Eure Kaiserliche Hoheit ist wie ein Gott, der seinen Segen bis ins vierte Glied walten lässt: Eure Kaiserliche Hoheit geruhen, inmitten wichtigster Staatsgeschäfte der Sorgen des Vaters, der Mutter, der Grossmutter zu gedenken, und erobern damit die ganze Familie! Aber nichts ist für Eure K. H. leichter, als Herzen und Gemüther zu erobern, denn wer Eure K. H. gesehen hat, findet keinen Anderen des Anblicks würdig. Dies sage ich aus eigener Erfahrung. Das schmeichelhafte Lob, das mir Eure K. H. spendet, könnte mich auf meine alten Tage eitel machen; doch wo ist ein Ruhm, der dem Ruhm Eurer Kais. H. gliche?!“ Solche Schmeicheleien waren nicht immer leere und unbedeutende Phrasen, Katharina wusste auch Worte hineinzuflechten, die ihren besonderen Zweck hatten. So war sie sehr zufrieden, als Joseph die Kirche bekämpfte, sie ermunterte ihn, auf dem Wege weiter zu gehen, und sprach vom Papst mit einer Geringschätzung, die füglich einen katholischen Monarchen verletzen konnte. „Pius VI.“ (schreibt sie) „hat mir einen reizenden, eigenhändigen Brief gesandt, welcher mit der Aufforderung schliesst, ich möchte mich auf seine Seite stellen, er werde Gott bitten, mich zu erleuchten. Dies kommt mir sehr höflich vor, also werde ich ihm ähnlich antworten.“ Joseph aber antwortet in ähnlichem Tone, dass der Papst sich wohl irre, wenn er auf die Bekehrung der Kaiserin ausgehe, er möchte eher sich in Acht nehmen, nicht von ihr bekehrt zu werden. „Obwohl ich mit Ehrerbietung seinen Pantoffel küsse, sehe ich doch voraus, dass wir in manchen Dingen verschiedener Meinung sein werden, wenn auch nicht in dogmatischen Fragen, so doch bei der Verwaltung der Kirche.“ Den Gewohnheiten des römischen Hofes entgegen hatte Pius VI. beschlossen, nach Wien zu reisen, um durch persönliche Einwirkung den Kaiser auf dem gefährlichen Wege, den er betrat, zu hemmen und ihm klar zu machen, dass er, ohne es zu ahnen, ein Schisma herbeiführe. Katharina wurde dadurch beunruhigt. Sie hört nicht auf, einen ironischen Ton anzuschlagen, und bemüht sich, durch niederträchtige Unterstellungen Verdacht bei Joseph zu erwecken: „Je n'envie point à V. M. I. le rare avantage dont elle jouit présentement d'être logée porte à porte avec Pie VI. Pour

parler franchement je voudrais savoir le Pape hors de Vienne, je ne sais pourquoi je ne puis penser sans une sorte d'inquiétude à ce séjour. Un prêtre italien pour tous ceux qui ne sont pas catholiques, est un objet d'une sorte d'appréhension. En troisième entre Elle et le Saint Père, comme V. M. I. me fait l'honneur de m'y introduire, je ne pourrais parler au Pape que selon les principes de l'Eglise grecque, avec les quels je l'ennuierai si fort qu'il s'en retournerait bien vite à Rome.“ Nach einigen Wochen schreibt sie: „Sachant le Pape parti de Vienne, que V. M. I. me permette de lui en faire mon compliment sincère, l'on a beau dire, un prêtre comme celui-là est un meuble incommode. Le mal d'yeux de V. M. I. m'a donné bien d'autres inquiétudes encore qui m'ont fait appréhender jusqu'au don des miracles. Il se peut qu'à tout cela il y a des préjugés de ma part, mais sucés avec le lait, ils me sont devenus habituels. Dieu soit loué que les deux maux s'en sont allés ensemble.“ Seinerseits wollte Joseph sich rühmen, dass die Ankunft des Papstes keinen Eindruck auf ihn gemacht habe: „L'intérêt, j'ose dire l'amitié avec laquelle Elle s'est plue de s'exprimer au sujet du Pontife, prêtre italien, qui m'a pesé de sa visite, a excité en moi la plus vive reconnaissance. Le pape n'a rien obtenu d'essentiel, j'ai pourtant tâché de trouver moyen de le traiter de façon d'éviter tout éclat et brouillerie. — J'avouerai néanmoins sincèrement à V. M. I. que les trois heures par jour que je passai régulièrement à déraisonner de Théologie avec lui et sur des objets sur lesquels nous disions souvent chacun des mots sans les comprendre, il arrivait que nous restions souvent muets à nous regarder comme pour nous dire que nous n'y entendions rien ni l'un ni l'autre, mais cela était fatigant et odieux.“ So äusserte sich Joseph über das Oberhaupt seiner Kirche. Katharina konnte wohl triumphiren, sie hätte über jeden Bischof ihres Reiches vor Fremden mit mehr Achtung gesprochen.

Mittelbar oder unmittelbar trug Alles in diesem Briefwechsel dazu bei, das Verhältniss zwischen Russland und Oesterreich zu befestigen. Die Bedingungen wurden leicht vereinbart, als es aber ans Unterschreiben ging, entstanden Schwierigkeiten des Ceremoniells. Joseph verlangte, dass sein Name als des römischen Kaisers zuerst auf beiden Abschriften des Vertrags figuriren sollte, und wollte von dieser Förmlichkeit nicht absehen. Katharina

ihrerseits wollte nicht darauf eingehen. Endlich wurde festgesetzt, beide Monarchen sollten gleichzeitig einander Briefe schreiben, in denen die Vertragsbedingungen gleichlautend enthalten waren. Solche zwei Briefe schickte Joseph am 21. Mai 1781, Katharina am 24. Mai alten Stils. In dem ersten Brief versprechen sich beide Mächte 10 000 Mann Infanterie und 2000 Mann Kavallerie; würde aber Russland von Schweden oder Oesterreich von Belgien angegriffen werden, so sollte statt des militärischen Beistandes jede Macht der anderen 400000 Rubel zahlen. Der Vertrag, auf die Dauer von acht Jahren geschlossen, verspricht gemeinsames Wirken der Gesandten und Minister an fremden Höfen. In dem zweiten Brief, welcher durchaus geheim bleiben sollte, versprechen sich die Verbündeten, dass, im Falle die Türkei einem von ihnen den Krieg erklären würde, die andere Macht sich verpflichte, gleichfalls die Türken anzugreifen, spätestens drei Monate nach der Kriegserklärung, auch durfte keine der Mächte ohne Einverständniss mit der anderen Frieden oder Waffenstillstand schliessen. Sollte aber noch ein anderer Feind während des Krieges eine der kontrahirenden Mächte überfallen, so müsste jede solche Einmischung als gemeinsame Sache angesehen und ausgefochten werden.

So wurde also Joseph nicht nur ein Verbündeter, der im Fall eines Krieges eine bestimmte Hülfe zu leisten hatte, sondern auch der Theilnehmer in jedem Krieg zwischen Russland und der Pforte. Er verpflichtete sich dazu ohne besondere Veranlassung und in der Ueberzeugung, dass es für ihn vortheilhafter sein könnte, die von der Türkei eroberten Länder mit der Kaiserin zu theilen, als zuzusehen, wie Russland allein auf Kosten der Türkei sich bereichere. Er benachrichtigte den französischen Hof, mit dem ihn noch ein früheres, von Maria Theresia unterzeichnetes Bündniss verband, von dem Vertrag mit Russland. Es ist interessant, zu erfahren, welche Antwort ihm Herr de Vergennes hierauf ertheilte. Das Kabinet von Versailles erklärt, es könnte schwer die Gründe begreifen, die den Kaiser zwängen, die Türkei zerstören zu helfen, statt sie zu vertheidigen, zumal die Türken so gewissenhaft die Bedingungen des Friedens erfüllten. Die Nothwendigkeit für Oesterreich, an eigene territoriale Vergrösserung zu denken, sobald Russland seine Grenzen erweitere, müsse als ein gefähr-

licher Vorgang angesehen werden, und ein hundertjähriger Krieg könnte leicht die Folge solcher Politik werden. Wenn die Befürchtung, Russlands Macht könne einst für Oesterreich gefährlich werden, diesem einen ausreichenden Grund darbiete, um auf Kosten eines Nachbars sich sicherzustellen, so sei es nicht schwer, vorauszusehen, dass wiederum die Macht von Oesterreich auch anderen Mächten bedrohlich erscheinen könnte, so dass sie dann zu ähnlichen Mitteln greifen würden, um sich zu vertheidigen. Was sollte aus Europa werden, wenn solches System Platz greifen wollte? Alle politischen Bande würden dann zerrissen und keinerlei Sicherheit mehr für die kleineren Staaten bestehen (21. August 1782). Diese treffenden Bemerkungen waren sozusagen die Prophezeiung der heutigen Verhältnisse; sie bewahrheiteten sich aber auch schon damals beinahe, denn sofort bot Friedrich II. dem Versailler Kabinet einen Vertrag an, kraft dessen im Falle der Vergrösserung der kaiserlichen Mächte nach orientalischer Seite, Frankreich sich in den Niederlanden entschädigen und Preussen die polnischen Provinzen an sich reissen sollte. Dergestalt würde sich der von Russland und Oesterreich gemeinsam geplante Raub an der Türkei sogleich auf ganz Europa erstreckt haben.

Zum Glück verwirklichten sich diese Pläne damals noch nicht. Der beendete amerikanische Krieg (1783) hielt Frankreich und England nicht mehr gebunden; Katharina musste ihre „griechischen Projekte“ aufschieben und begnügte sich mit der Besetzung der Krim. Joseph aber ging aus dem Spiel, in dem er gegen seinen Willen eine uneigennützige Rolle gespielt hatte, ohne Vortheil für sich selbst hervor, ward aber an allen Höfen ausgelacht und nicht am wenigsten, wennschon im Stillen, von seiner treuen Verbündeten selber. Der Vertrag indess war geschlossen, und in dem Maass, als die Freundschaft mit Oesterreich sich befestigte, sank der Einfluss Preussens am Petersburger Hof.

§ 3.

Zweite Begegnung. (1787.)

Wie wir schon hervorgehoben haben, sicherte der Vertrag, welcher Russland den Besitz der taurischen Halbinsel gab, noch keineswegs den Frieden. Katharina betrachtete ihn nur als

einen Waffenstillstand und zog darum ihre Truppen nicht weiter als in die südlichen Provinzen ihres Reiches zurück (März 1784). Sie brauchte ein paar Jahre, um das neu erworbene Gebiet einigermaassen zu organisiren, und vor allen Dingen, um eine Flotte in Sebastopol zu erbauen, ohne die sie auf keinen Erfolg bei einem Krieg auf dem Schwarzen Meere rechnen durfte.

Im August 1786 schreibt die Kaiserin in einer Nachschrift: „Qu'Elle me permette de l'entretenir encore un moment de certain voyage dont il Lui a plu de me parler de la façon la plus aimable à Smolensk. J'entreprends ce voyage l'année qui vient. Je pars d'ici pour Kijovie au commencement de Janvier, vieux style, je ferai séjour à Kijovie jusqu'à la mi-avril, alors je m'embarquerai sur le Borysthène, que je descendrai jusqu'aux Cataractes; ensuite j'irai par terre jusqu'à Cherson. Je ferai le tour de la Tauride durant le mois de Mai. Je n'ose pousser plus loin mes espérances, mais j'ai cru de mon devoir de lui faire part de mes arrangements.“ Der Brief kränkte den Kaiser. „Je trouve l'invitation par Postscriptum“, schreibt er an Kaunitz, „d'aller courir jusqu'à Cherson très cavalière. Je m'en vais coucher une réponse ..... elle sera honnête, courte, mais elle ne laissera pas de faire sentir à la Princesse de Zerbst catherenisée qu'elle doit mettre un peu plus de considération et d'empressement pour disposer de moi.“ In seiner Antwort schreibt der Kaiser ebenfalls im Postscriptum: „J'ai été pénétré de la façon amicale avec laquelle V. M. I. veut me rappeler les propos tenus à Smolensk. Quelque puisse être la différence de ma position actuelle à celle d'alors, il n'y a pas la moindre ni dans mon désir, ni dans mon empressement. Uniquement esclave des circonstances et des devoirs qu'elles peuvent m'imposer, si elles ne me contrarient, je jouirai du bonheur que depuis Péterhof je n'ai cessé de désirer.“ — Katharina verstand aus diesen Worten, dass der Kaiser zu dieser Reise nicht sehr aufgelegt war; da sie aber durchaus eine Begegnung mit ihm wünschte, so stellte sie sich, als ob sie gar nicht an seiner Bereitwilligkeit zweifeln könnte. Graf Cobentzl, österreichischer Gesandter in Petersburg, nahm sich diese Sache sehr zu Herzen; als Höfling und Schmeichler diente er beinahe mehr den Interessen von Katharina als denen seines Herrn und war wohl auch überzeugt, dass ein Bündniss zwischen Oesterreich und Russland von höchster Bedeutung wäre. Jeder Wunsch

der Kaiserin schien ihm für Oesterreich bindend; so bemühte er sich auch eifrig, seinen Herrn zur Nachgiebigkeit zu überreden, indem er die schlimmen Folgen einer Absage hinstellte. Am 21. November 1786 berichtet Joseph an seinen Bruder Leopold: „Je viens de recevoir un courrier de Pétersbourg et son contenu me fait bien voir, que je ne pourrai me dispenser d'aller voir l'Impératrice dans le mois d'Avril à Kiew et Cherson. Elle est tellement entichée de cela et si gâtée que tout ce qu'elle désire, réussisse, que sans me brouiller avec elle je ne pourrai retracter ma promesse, quelque incommode et gênant que cela soit pour moi.“ — Demzufolge schrieb der Kaiser, ohne auf eine zweite Einladung zu warten, in einem Brief vom 26. Dezember: dass er sich auf die Reise und das Wiedersehen mit der Kaiserin freue, um ihr zu zeigen, dass die Empfindungen des Grafen Falkenstein unverändert seien, wie auch unveränderlich sein Wunsch, ihre Freundschaft zu besitzen. Beglückt durch diese Wendung der Sache, entringt sich Katharina der folgende Herzenserguss: „Mon âme tressaillit de joie de l'espérance que V. M. I. me permet d'entrevoir par sa lettre, d'oser me flatter de revoir Monsieur le comte de Falkenstein. Je prie le ciel qu'il bénisse les entreprises, le voyage, mais surtout la santé de mon ami le plus précieux et de mon allié le plus fidèle.“ (26. Dezember 1786.) Es ist überflüssig, zu betonen, dass während dieser Reise alle Mittel angewandt wurden, um den Kaiser noch tiefer in die russischen Absichten hineinzuziehen, sein Verhalten war aber diesmal wesentlich kühler. Ob ihn die Erinnerung an die vor drei Jahren gespielte Rolle in den Verwickelungen der Türkei mit Russland verfolgte, oder aber die Wendung der belgischen Sache beunruhigte, kurz und gut, er wollte sich zu nichts verpflichten und rieth der Kaiserin von entscheidenden Schritten ab. „L'Impératrice meurt d'envie de recommencer avec les Turcs; elle n'écoute sur ce chapitre aucun raisonnement, car son amour propre et son bonheur l'aveuglent au point qu'elle se croit seule suffisante d'exécuter tout ce qu'elle veut sans que j'y coopère, et c'est par là qu'elle s'imagine de faire évanouir toutes les difficultés que je lui ai fait sentir relativement au Roi de Prusse et à la France .....“ berichtet der Kaiser an Kaunitz aus Cherson, am 25. Mai. „Nous sommes arrivés hier au fameux port de Sebastopol, qui est effectivement le plus beau

Der Fürst war ein Mann von ungewöhnlicher Begabung, der eine klare und umfassende Auffassungskraft besass; er begriff ausserordentlich rasch, und sein gutes Gedächtniss half ihm dabei; indess waren seine Gedanken so unstät und herumspringend, dass einer seiner Zeitgenossen, ein fremder Gesandter, schreiben konnte: „Obwohl ich den Fürsten oft tagelang sehe, ist es mir doch nie gelungen, seine Gedanken für fünf Minuten auf einen Gegenstand zu konzentriren."*) Interessirte ihn aber etwas, so war er jeder Anstrengung fähig und kannte keine Ermüdung. Der englische Gesandte schreibt von ihm: „Unser Gespräch fand unmittelbar statt, nachdem er von einer Reise von 3000 Werst zurückkam, die er in sechzehn Tagen zurücklegte, binnen welcher Zeit er nur dreimal schlief, mehrere Anstalten besichtigte, jede Kirche besuchte, in deren Nähe er kam (theologische Gespräche und Kirchenangelegenheiten pflegten ihn sehr zu interessiren) und all den Zögerungen und langweiligen Ceremonien kriegerischer und bürgerlicher Ehren ausgesetzt war, die ihm überall, wo er durchkam, erwiesen wurden. Dennoch zeigte er nicht die geringste körperliche Ermüdung, und als wir uns trennten, war ich gewiss von uns Beiden der am meisten Erschöpfte."**) Doch geschah es, dass, wenn er seinem Interesse genügt hatte und ein eifrig verfolgter Plan durch Neuheit nicht mehr fesselte, er plötzlich schwerfällig und gleichgültig wurde. Man konnte sehr häufig bei ihm bemerken, dass einer ungeheueren Anspannung grosse Erschöpfung folgte, aus der man ihn nur schwer herauszuziehen vermochte. Zu solcher Zeit blieb er wochenlang zu Hause, auf dem Sofa liegend, in Nachtkleidern, mit entblösstem Hals und barfüssig, verstimmt und schweigsam, oder er spielte stundenlang Karten mit seinen Höflingen, die ihn im Spiel betrogen. Der oben angeführte Gesandte schreibt über ihn: „. . . . . Ich lebte einige Tage mit Potemkin auf seinem Landhause. Er war die ganze Zeit hindurch in vollkommen guter Stimmung und offenbarte eine Mischung von Leichtsinn, Kenntnissen und Launenhaftigkeit, wie ich sie nie in einem und demselben Menschen angetroffen habe. Seine Lebensweise ist so sonderbar wie sein Charakter. Die Stunden für Essen und Trinken

*) Raumer, Europa 1763 bis 1783, Leipzig 1839, III. 452.
**) Derselbe, l. c. III. 545.

vergessen werden. Das eine ist ihr religiöser Fanatismus, das zweite Furcht; beide beherrschen sie dermaassen, dass ihre Handlungen ungemein rasch und unberechenbar sind, sobald sie unter ihre Herrschaft fallen". Das hatte sich nun eben ereignet. Das Einsperren von Bulhakoff, durch Fanatismus diktirt, war eine jener ebenso unberechenbaren wie unvorhergesehenen Thaten, die Alle überraschte und Russland das verschaffte, was es sich wünschte und durch keine List erlangen konnte: Oesterreichs Theilnahme am Kriege, der Joseph eigentlich abgeneigt war.

Aber auch in Petersburg war dies Ereigniss, obwohl erwünscht, doch unerwartet gekommen und verursachte dadurch einige Unruhe und viele Schwierigkeiten. Das Reich war noch nicht zum Kriege bereit. Die Armee stand unter dem Befehl des Fürsten Potemkin. Obwohl derselbe die Kaiserin seit lange zum Krieg mit der Pforte ermuntert hatte, der Urheber der Bündnisse gewesen war und sich mit weitgehenden Plänen herumtrug, die alle den Sturz des osmanischen Reiches zum Ziele hatten, so hatte er doch seinerseits nichts gethan, um sich für die Eventualität vorzubereiten, die er so leidenschaftlich herbeiwünschte. Was kann die Ursache dieser unglaublichen Thatsache gewesen sein? Die Antwort auf diese Frage ist nur in dem Charakter dieses sonderbaren Menschen zu finden.

Man hat so viel über den Fürsten Potemkin geschrieben in früheren und auch in den letzten Jahren, dass es eine fast überflüssige Mühe wäre, ihn abermals zu schildern,*) und so wollen wir nur diejenigen Seiten seines Wesens hervorheben, ohne welche es unmöglich wäre, die weitere Darstellung der geschichtlichen Thatsachen zu begreifen.

---

*) Folgendes sind die besten Quellen zu seiner Lebensgeschichte: Helbig, Potemkin der Taurier. Zeitschrift: Minerva vom J. 1797 u. ff., 22. bis 36. Band. Diese Artikel wurden benutzt zur französischen Biographie: Vie du Prince Potemkin, Paris 1808. Beide Arbeiten sind, obgleich sie viel Interessantes enthalten, nicht ganz zuverlässig. Bessere Nachrichten und naturgetreue Schilderungen finden sich in den Memoiren von Ségur, in den Briefen und Memoiren vom Prince de Ligne, in den Auszügen von Raumer (Europa 1763 bis 1783), in der schon erwähnten Korrespondenz von Katharina und Potemkin, Russkaja Starina. Mit grossem Talent und Wahrheit schildert ihn Smitt in seinem Werk: Suworoff und Polens Untergang, Leipzig 1858, II. u. ff.; doch verschweigt dieser Autor Vieles absichtlich.

sie zurück, wo die phantastischen Eigenschaften ihres Günstlings den Staat hätten gefährden können.*)

Potemkin hatte nichts systematisch gelernt, aber er hatte die Gewohnheit, nach Allem zu fragen, und unterhielt sich gern mit fachlich gebildeten Leuten. Als Präsident des militärischen Kollegiums hatte er die Verwaltung der ganzen Armee unter sich, und leugnen lässt sich nicht, dass er recht geeignete Maassregeln traf, die dem Geist der Nation entsprechend waren. Er war jedoch kein Heerführer und verstand es nicht, die Armee in einem Feldzug richtig zu verwenden. Herrschsüchtig und ruhmsüchtig, wie er war, hatte er viele Hoffnungen auf den türkischen Krieg gesetzt, um Russland neue Erfolge und sich selbst eine Rangerhöhung zu sichern. Aus diesen Gründen hatte er sich selber die Führung des Krieges vorbehalten und alle Anderen, besonders Begabteren entfernt oder an unbedeutende Posten gestellt. Zwei Armeen waren zur Mitwirkung in diesem Feld-

*) Die ungewöhnliche Schwäche und Nachgiebigkeit, die Katharina Potemkin bewies, wurde damaliger Zeit in verschiedener Weise gedeutet und erklärt. Folgendes berichtet Cobentzl aus Petersburg (15. April 1790): „Der Graf Ségur giebt mir sein Ehrenwort, dass er aus sicherer Quelle erfahren habe, dass die Kaiserin mit Potemkin heimlich getraut sei. Er behauptet, nur drei oder vier Personen wüssten darum. Er hat mir nicht gesagt, von wem er solche Nachricht hat, doch kann er sie von den Nichten des Fürsten erfahren haben, mit denen er sehr intim ist.“ Er schreibt weiter: „In Vereinbarung dieses Umstandes mit der ziemlichen Anzahl der Favoriten, die meistens von dem Fürsten selbst der Kaiserin gegeben worden, ist selbiger sehr sonderbar. Andererseits wird dadurch allein begreiflich, wie es möglich seye, dass Fürst Potemkin, ungeachtet seiner Vernachlässigung aller ihm obliegenden Geschäfte, der grossen Summen Geldes, die durch seine Hände gegangen, von denen er keine Rechnung ablegt, ungeachtet so einer Menge Sachen, die einer aufgeklärten Prinzessin, wie die Kaiserin ist, missfallen müssen, doch über sie so grosse Macht hat, die ihn in Allem, was seine Departements angehet, ganz unabhängig machet. Dadurch erklärt es sich, wie er der Einzige ist, der Ihr jemals unglimpflich begegnen und bis zu dem Grad der Ereiferung, wie er es gethan, hat widersprechen können, wann er einen Favoriten von ihr entfernen wollte, den er selbst in Gegenwart der Kaiserin gröblich angefahren und insultirt hat.“ Aus der Korrespondenz zwischen Katharina und Potemkin, die durchaus vertraulich ist, und die wir vielfach aus der Russkaja Starina citiren werden, wird der Leser beurtheilen können, ob die Vermuthung von Ségur der Wahrheit nahe kam. Für die Geschichte ist es gleichgültig, da das politische Verhältniss zwischen diesen beiden Persönlichkeiten bis zu Ende bestanden hat.

zug bestimmt: die eine, 37 000 Mann stark, unter Führung des alten Rumianzoff, sollte von der polnischen Grenze aus die Moldau und Walachei angreifen und dem österreichischen Korps die Hand bieten; die zweite, 80 000 Mann stark, unter Potemkin, sollte die Festungen am Schwarzen Meer von Otschakoff bis an die Donau-Mündung besetzen und die Krim vertheidigen. Ausserdem war ein 18 000 Mann starkes Armeekorps unter Toekel im Kaukasus thätig. Rumianzoff, ein erfahrener Kriegsmann, sah mit Schmerz ein, dass die ihm bestimmte Armee nicht ausreichend war, um Bedeutendes zu leisten, um so weniger, als es den Truppen am Nothwendigsten fehlte; er beschuldigte Potemkin, ihn aus Missgunst so vernachlässigt zu haben. Doch war die Armee des Letzteren auch nicht besser versorgt; im Augenblick, als der Krieg losbrach, fehlte es ihr an Allem: an Proviant, Waffen, Pferden, Belagerungsmitteln; auch waren die Regimenter nicht vollzählig. Der Fürst war wohl geneigt, Pläne zu machen, doch weniger in ihrer Ausführung bewandert. Sein unbeständiger Charakter, seine periodischen Abspannungen und völlige Apathie hinderten die energische Durchführung jeder Maassregel, wie sie die Leitung eines Feldzuges mit sich bringen. Als er die Nachricht von Bulhakoffs Einkerkerung erhielt, packte ihn grosse Angst; wie Ségur bezeugt, vergingen zwei Wochen, ehe er zu sich kam; er zeigte sich gedrückt, nachdenklich, erliess keine Befehle, und obwohl die Kaiserin unaufhörlich drängte, um den Operationsplan von ihm zu erlangen, blieb er unthätig. Aus Elisabethgrad, wo er sein Hauptquartier hatte, schrieb er ihr Briefe, die deutlich darthun, wie niedergeschlagen und rathlos er um diese Zeit war, zugleich aber auch einen Beweis von der grossen Nachsicht Katharinas und der Ruhe liefern, mit der sie die ungünstigen Nachrichten empfing. — Einen Monat nach der Kriegserklärung (1787) hatte die Flotte empfindliche Verluste durch einen gewaltigen Sturm erlitten, ein Schiff war bis nach Konstantinopel getrieben worden, ein anderes (Slawa Ekateriny) war an der Donau-Mündung in die Hände der Türken gefallen. Das verdross die Kaiserin. „Ich hätte gern“, schreibt sie, „unsere Schiffe in Stambul gesehen, aber nicht gerade auf diesem Wege!“ Doch erholte sie sich rasch: „Es ist sicherlich eine unangenehme Nachricht“, fügt sie in einem anderen Briefe hinzu, „aber wir dürfen voraussetzen,

dass unser Feind auch vom Sturm gelitten hat, da der Wind nicht gegen uns allein blies. Weder Du noch ich sind daran Schuld, also soll davon nicht mehr geredet werden ..... ich werde Dir neue Fregatten bauen, mit einer starken Artillerie, nach Deinen eigenen Zeichnungen.“ Für Potemkin war dieser Schlag sehr entmuthigend, zumal seine Phantasie ihm noch grössere Gefahren vor die Augen führte. Er schlug vor, die Krim zu räumen bis nach Otschakoff, „denn heute seien die Türken nicht mehr wie früher, der Teufel hätte ihnen Weisheit beigebracht“. Schliesslich verlor er gänzlich den Muth und bat sogar Katharina, ihn zu entlassen, er wolle sich nach Petersburg zurückziehen und die Augen der Welt fliehen. Bezborodko, Zawadowski, Worontzoff, Alle dem Fürsten abgeneigt, wollten sich diese Wendung zu Nutze machen; sie sahen ohnehin den Fürsten lieber in Petersburg an der Spitze des Militärkollegiums, die Armee aber in den erfahrenen Händen von Rumianzoff, sie bestürmten also Katharina, seine Entlassung anzunehmen. Die Kaiserin gab aber nur zum Theil nach. „Dein Zustand dauert mich“ (schreibt sie an Potemkin am 25. September [7. Oktober]), „Spasmen, Rührung, fieberhafte Hast, das Alles verstehe ich; ich habe selbst ähnliche Zustände bei solchen wichtigen Angelegenheiten. Doch könntest Du nichts Schlimmeres thun, als mich und das Kaiserreich Deiner Hülfe berauben, indem Du Deine Aemter und Würden niederlegst. Du bist mir unentbehrlich, denn Du bist der fähigste, der treueste und beste meiner Freunde. Ich bitte Dich, Deinen Sinn und Deine Seele zu festigen auf alles Unvorhergesehene und überzeugt zu sein, dass Du Alles überwinden wirst. — Du willst Dein Amt niederlegen und Dich verstecken; vor wem? Das verstehe ich nicht. Ich verbiete Dir nicht, hierher zu kommen, wenn Du der Meinung bist, dass Deine Abwesenheit der Erfüllung Deiner Pflichten nicht schaden wird, und wenn Du denkst, dass Du mir hier mehr helfen kannst als dort. Rumianzoff soll nach Dir das Kommando übernehmen. Ich schicke ihm die bezüglichen Befehle durch Dich, doch glaube mir, übergieb sie ihm so spät wie möglich. Du weisst wohl, wie schwer mir das fällt, da ich nicht darauf vorbereitet war; doch wenn Du mir versicherst, dass Deine Gesundheit es verlangt, so ist es eine andere Sache. .....“ Eine Woche später schreibt sie: „Willst Du die Armee aus der

Krim fortführen? Was soll aber dann die Flotte in Sebastopol? Ich meine, Du hättest dies unter dem Eindruck niedergeschrieben, dass die ganze Flotte verloren wäre, und ich rechne darauf, dass Du nur im äussersten Fall Deine Absicht ausführen wirst. Man sollte vielmehr offensiv bei Otschakoff und Bender vorgehen; aber einen Krieg mit Räumung einer Provinz, die gar nicht bedroht ist, anzufangen, damit soll man sich nicht beeilen! Ich meine auch, dass es für Dich nicht schicklich ist, Dein Kommando und Deine Würden niederzulegen; ich sehe dafür keinen Zwang und keinerlei Anlass; ich schreibe alles dies Deiner Ueberreiztheit darüber zu, dass die Dinge nicht so gehen, wie wir es uns gewünscht haben. Ich will hiermit meinem besten Freunde, meinem Schüler und Zögling meine Meinung bekunden als demjenigen, der manchmal mehr Ausdauer als ich bewiesen hat, den ich aber diesmal an Ausdauer übertreffe, weil er krank ist und ich gesund". Die Kaiserin sah wohl ein, wie lächerlich Potemkin, als Hauptanstifter dieses Krieges, sich machen würde, wenn er vor dem Beginn des Feldzuges seine Entlassung nähme; sie liess ihm deshalb keine Zweifel darüber, welcher Ansicht sie selbst sei, und schickte ihm die Ernennung von Rumianzoff, da ihr ein solcher Schritt mit ihrer und seiner Ehre nicht vereinbar schien. „Wenn Du das Kommando niedergelegt hast, so stelle Dich hier so bald wie möglich ein, damit ich Dich neben mir habe und damit Du erfährst, wie ich darüber denke, und ich denke, dass Du so ungeduldig bist wie ein fünfjähriges Kind, bei einer Sache, die unüberwindliche Geduld voraussetzt." (2./14. Oktober.)

Diese Mahnungen der Kaiserin und vielleicht noch mehr die Furcht, ein Anderer möchte die Lorbeeren pflücken, die er für sich hoffte, halfen Potemkin, sich wieder aufzuraffen; er behielt das Kommando. Im September (1787) hatten die Feindseligkeiten in der Krim begonnen. Hassan Pascha, Marineminister und zugleich der thätigste unter den türkischen Kriegsmännern, versuchte die Krim wiederzuerobern; von der anderen Seite wurde der beste russische General, Suworoff, dahin geschickt. „Dass Kinburn schon belagert ist" (schreibt Katharina an Potemkin) „habe ich aus Deinem Bericht erfahren. Gott gebe, dass wir diese Festung nicht verlieren, denn jeder Verlust ist schmerzlich; aber wenn auch — verliere darum nicht den Muth, wir werden

uns schon rächen. Das Reich bleibt das Reich, haben wir doc Grösseres erobert und wieder verloren! .....“ Am 12. Oktobe landete Hassan Pascha mit 5000 Mann und belagerte die Festung Ein hartnäckiger Kampf, um Sonnenaufgang begonnen, dauert den ganzen Tag. Trotz tapferen Widerstands Suworoffs war de Feind bis an die Schanzen vorgedrungen, er selber war zweima verwundet worden und schwebte in grosser Gefahr. Es dunkelt schon, als er zehn Kavallerie-Schwadronen zu neuem Angriff vor schickte, doch hielten die Türken auch diesen Anprall aus un drangen immer weiter vor. Nun rückte Suworoff mit seine letzten 500 Mann Infanterie gegen die erschöpften Türken vor diese Attacke entschied die Schlacht, die Türken wurden zurück gedrängt und flüchteten in grösster Unordnung zu ihren Schiffen nur 700 vermochten dieselben zu erreichen. Dieser Sieg, durch Suworoff erfochten, liess Potemkin zu sich kommen. „Ich finde keine Worte“ (schreibt er am 5./17. Oktober an Suworoff), „um Dir auszudrücken, wie hoch ich Deine Dienste schätze und wie ich Dich verehre. Ich bitte Gott, Dir Deine Gesundheit zu erhalten, und möchte selber leiden, damit Du gesund wärest.“ Er gewann seine Lebhaftigkeit und den ihm innewohnenden Scharfsinn gleich wieder und sah ein, dass es vor allen Dingen darauf ankam, Otschakoff zu erobern, um den Feldzug im nächsten Jahre von diesem Punkt anzufangen. „Ich danke Dir für Deine Briefe“ (schreibt Katharina am 9./21. November). „Du hast jetzt eine so gründliche und weitsichtige Sachkenntniss entwickelt, dass Du mir und Dir damit Ehre machst; ich liebe Dich doppelt darum. Dass Otschakoff Dir viel Gedanken macht, verstehe ich; ich überlasse mich Deinem Willen und bitte nur zu Gott, er möchte Deine Pläne segnen. Ich bedauere sehr, dass die Geschäfte es Dir nicht gestatten, her zu kommen; ich würde selbst zu Dir eilen, wenn ich die Möglichkeit hätte. Ich freue mich vor Allem, dass Deine Gesundheit besser ist, denn ich liebe Dich sehr und bin mit Dir ausserordentlich zufrieden.“ Seine Unruhe und Zweifel kehrten aber immer wieder. Trotz de Sieges bei Kinburn glaubte er nicht an die Möglichkeit, die Krin vertheidigen zu können; es schien ihm schwierig, Otschakoff z belagern und gleichzeitig diese Provinz stark besetzt zu halter „Es wäre besser, die Krim zu verlassen; wenn sie auch der Fein besetzt, können wir ihn später daraus verjagen. Die Truppe

aus der Krim thäten besser, uns hier Hülfe zu leisten, als dort Sebastopol zu bewachen, wo sie in einer Sackgasse stecken" (Mai 1786). Seine Gedanken waren mit der politischen Konstellation beschäftigt. Das Bündniss zwischen Preussen und England und die Schwierigkeiten, die er von preussischer Seite voraussah, beunruhigten ihn. Unzufrieden mit der Saumseligkeit Josephs, der sich nicht beeilte mit dem Angriff auf die Türkei, gedachte er, das Bündniss mit Oesterreich aufzulösen; er wollte es lieber mit Preussen halten und ihm dafür Danzig überlassen. Auch schien ihm der ganze türkische Krieg bedenklich; er rieth, Frankreich als Friedensvermittler anzunehmen: „Wir müssen Frieden mit den Türken machen, denn wie sollen wir etwas gegen Alle erreichen" (8./20. Juni 1788). — Diese lächerlichen und leichtsinnigen Rathschläge ihres Günstlings verstand Katharina mit sicherer Einsicht zu beurtheilen und mit trefflichen Argumenten zu bekämpfen; indem sie ihn an seine früheren kühnen Hoffnungen erinnerte, liess sie ihn fühlen, welche Schande er durch sein furchtsames Verhalten ernten würde. Sie bemerkt, die Räumung der Krim hiesse sie wieder an die Türkei ausliefern, die sogleich die Halbinsel mit Tataren besetzen würde, welche von dort aus nach Russland Einfälle machen würden. Der Krieg sei ja um diese Provinz allein geführt! „Wenn wir diese Provinz verliessen, so gäben wir Sebastopol und die ganze langjährige Mühe damit preis, was soll mit der Flotte geschehen und wie die Verbindung mit dem Kaukasus erhalten bleiben?" Wer könne die Schwierigkeiten einer neuen Besetzung vorausbestimmen! „Um Gotteswillen, lass Dich nicht in solche Gedanken ein, sie sind mir unverständlich; wenn Einer auf dem Pferde sitzt, wird er doch nicht absteigen, um das Thier beim Schwanz zu halten" (27. Mai/8. Juni 1788). Oesterreichs Säumen nimmt die Kaiserin ruhig hin. „Dass der Kaiser bis heute den Krieg nicht angefangen hat, schreibe ich den preussischen und englischen Intriguen zu; übrigens war für ihn ebenso wie für uns dieser Krieg unerwartet; dass er sich rüstet, wissen wir. Es ist wahr, dass wir unseren letzten Krieg mit der Türkei allein ausfechten mussten und ihn ziemlich glücklich beendet haben; da wir aber heute einen Vertrag abgeschlossen haben, so ist es klüger, die darin bedungene Hülfe zu gebrauchen, als anderswo Unterstützung zu suchen, zumal an Höfen, deren ver-

rätherische Intriguen uns diese Schwierigkeiten bereitet haben“ (23. November/5. Dezember 1787). Potemkin hatte weniger Ursache als irgend ein Anderer, Oesterreich zu zürnen. „Unsere jetzigen Beziehungen zu dem Wiener Hof sind doch Dein eigenes Werk. Man hat sie früher auch festgehalten, denn sie sind ein Ergebniss der Lage und der gemeinsamen Interessen, sobald es sich um die südlichen Provinzen handelt. Panin selbst, solange ihn die preussischen Höflichkeiten nicht verblendeten, war der Meinung, dass alle anderen Bündnisse wenig werth seien, denn keines könnte uns Hülfe gegen die Türken gewähren.“ „Den preussischen Hof wollen wir schonen, obwohl wir seine Intriguen in Konstantinopel wohl sehen“ (antwortet die Kaiserin in einem anderen Brief); „aber ihn mit Danzig zu ködern, ist nicht nothwendig, haben wir doch bei besserer Freundschaft mit Preussen jede Feindseligkeit gegen Danzig als casus foederis angesehen. Ich und meine Vorgänger haben dieser Stadt den Freihandel und ihre heutige Lage gesichert, und die Theilungskonvention über Polen hat dies noch bestätigt.“ Es würde dem Ansehen Russlands widerstreben, solche Verpflichtung nicht einzuhalten. Was den Frieden mit den Türken betrifft, den Potemkin zu schliessen begehrte, ohne den Feind nur gesehen zu haben, so erwiderte Katharina: „Ich bin auch der Meinung, dass man diesen Krieg so rasch wie möglich beenden sollte, doch muss dieses von Euren Siegen abhängen. Ich verwerfe den Frieden nicht, doch weisst Du, dass die Türken die Krim wieder haben wollen und die Aufhebung der früheren Abmachungen verlangen, solche Bedingungen kann Russland aber nicht annehmen“ (8./20. November 1787). Potemkins Schwanken ärgerte endlich die Kaiserin; mit ungewöhnlicher Schärfe schreibt sie: „Aus vielen Briefen ersehe ich, dass Du in der Ausführung selbst entworfener Pläne beständig schwankst. Ich lasse es gar nicht zu, dass es nun anders werde, als es ursprünglich geplant war. Es wäre weder mit unserer Ehre noch mit unserem Ansehen und Interesse vereinbar, jetzt das eifrig begonnene Werk aufzugeben, um es später wieder aufzunehmen. Die Vertheidigung der Grenzen habt Ihr glücklich geführt, ich will mit Gottes Hülfe auch hoffen, dass meinem Freunde der Angriff ebenso gut gelinge“ (23. November/5. Dezember 1787). Mit solchen Vorbereitungen und Erwägungen, in denen die Kaiserin den schwachen

Geist von Potemkin immer wieder aufrichten musste, verging das erste Jahr der Campagne, 1787. Ausser dem Sieg bei Kinburn ereignete sich nichts Nennenswerthes. Betrachten wir nun, was seitens Oesterreichs geschah.

§ 5.

Der erste österreichische Feldzug 1788.

Die Türken waren besser zum Kriege gerüstet als die Russen. Im Sommer 1787 verfügten sie über eine Heeresmacht von 300 000 Mann; hätten sie die Möglichkeit gehabt, von Anfang an mit dieser Armee Russland zu erreichen, so wäre es ihnen gelungen, die Krim wieder zu gewinnen und dem Reich empfindliche Schläge zu versetzen. Die vorgeschrittene Jahreszeit indess hatte sie gehindert, von der Landseite anzugreifen, denn damals war es nicht möglich, Winterfeldzüge zu führen, für die Türkei weniger als für andere Länder. Auch beunruhigte sie Oesterreich. Kaiser Joseph hatte die Pforte benachrichtigt, er werde auf Russlands Seite stehen, worauf die Türken ihm anboten, falls er sich genau an die vertragsmässige Hülfeleistung halten würde, wollten sie seine Grenzen achten; Joseph indess war nicht geneigt, diese kluge Abmachung anzunehmen; wir werden gleich erfahren, warum. Diese Abweisung zwang nun die Pforte, ihre Kräfte zu theilen. Gegen Russland beschloss sie sich auf der Defensive zu halten, Otschakoff und andere Festungen stärker zu besetzen, nach der Moldau wurde ein unbedeutender Truppentheil, nur aus Tataren bestehend, geschickt, die Hauptmacht sollte an der österreichischen Grenze aufgestellt bleiben. Es ist dabei im Auge zu behalten, dass der Krieg in den österreichischen gut bevölkerten und wohlbebauten Ländern die Türken viel mehr lockte als in den weiten Einöden der südrussischen Steppen, wo nichts zu plündern war, dagegen Schwierigkeiten bestanden, eine Armee zu ernähren.

Der Krieg fing unter ungünstigen Umständen für Oesterreich an. Der Berliner Hof, neidisch auf jede Vergrösserung der habsburgischen Macht, suchte sich mit England zu verständigen, um den verbündeten Kaisermächten Hindernisse in den Weg zu legen; auch nahmen die Unruhen in Belgien die Aufmerksamkeit der österreichischen Regierung in Anspruch.

Joseph konnte also leicht einen Vorwand finden, um eine allzu thätige Theilnahme an diesem Kriege abzulehnen. Doch die Furcht, Russland allein die Vortheile etwaiger Siege zu überlassen, und der Wunsch, in Europa eine bedeutende Rolle zu spielen, trieben ihn zu der entgegengesetzten Politik. Den Warnungen seines Bruders Leopold zum Trotz, der nicht begriff, welche Vortheile Oesterreich von einem Kriege mit der Türkei erwarten konnte, schrieb der Kaiser bei der Nachricht von Bulhakoffs Einsperrung an seine Freundin, dass er ihr treu bliebe und aus Freundschaft und Neigung zu ihr bereit wäre, ihre Interessen wie die seinigen zu wahren (30. August 1787). In diesem Sinne machte er die grössten Kriegsrüstungen, und bevor noch sein Bevollmächtigter in Konstantinopel das letzte Wort gesprochen hatte, liess er einen Theil seiner Armee heimlich Belgrad angreifen. Der Angriff wurde in der Nacht vom 2. zum 3. Dezember gemacht, misslang aber und ward zur Schmach für den Kaiser, da er ohne vorgängige Kriegserklärung seinen Nachbar überfallen hatte. Um diese Scharte auszuwetzen, blieb ihm nichts übrig, als sofort den Krieg zu erklären. Er liess seinen Interimsbevollmächtigten in Konstantinopel erklären, er werde dem von der Pforte angegriffenen Russland beistehen und zwar mit seiner ganzen Macht (9. Februar 1788). Demzufolge stellte er gleich im ersten Feldzuge eine bedeutende Heeresmacht auf: 250 000 Mann standen auf der türkischen Grenze zum Angriff bereit; mit dem Oberbefehl wurde Marschall Lascy betraut. Als Generalstabschef des Feldmarschalls Daun schon aus dem siebenjährigen Kriege bekannt und berühmt geworden, weil er im bayerischen Erbfolgekriege die Armee von Friedrich II. nicht durchgelassen hatte (1778 bis 1779), galt Lascy für eine Kriegsautorität seiner Zeit. Er hatte Leute wie Koburg, Clerfait, Liechtenstein, De Vins, Mitrowski, Fabris, Wartensleben, Alle in der grossen Schule des siebenjährigen Krieges gebildet, unter seinen Befehlen gehabt. Mit solchen Führern und einer solchen Armee war Joseph des Sieges gewiss. Ganz Europa theilte diese Meinung. Denn was konnten die zahlreichen, aber schlecht organisirten und schlecht geführten Truppen des Sultans gegen die österreichische Armee ausrichten, diese Armee, welche dem unüberwindlichen Friedrich II. zuweilen Stand gehalten hatte, was vermochten sie gegen die

Russen, welche Generale wie Suworoff, Rumianzoff und Potemkin, an dessen Genie man damals noch glaubte, aufzuweisen hatte? Es ist daher nicht wunderbar, dass alle europäischen Kabinette diesem Kriege ein baldiges Ende weissagten und als sicher ansahen, der Friede werde von den verbündeten Kaisermächten, wenn nicht in Stambul selbst, doch in Adrianopel den geschlagenen Türken diktirt werden, die mit empfindlichen Verlusten den Leichtsinn bezahlen würden, mit dem sie den Krieg erklärt hatten.

Wie man in Russland in diesen Krieg hineingegangen war, haben wir bereits im vorigen Abschnitt dargelegt, aber auch in Oesterreich, mit seinen viel grösseren Kräften, sollten die Dinge nicht viel besser gehen. Marschall Lascy kannte nur eine Art, den Krieg zu führen: durch Aufstellung eines Truppenkordons an der Grenze, welcher stärker befestigte und besetzte Punkte miteinander in Verbindung hielt. Diesem leitenden Gedanken zufolge besetzte er die südwestliche Grenze Oesterreichs von Bosnien bis in die Bukowina mit sechs Armeekorps und wählte als Angriffspunkt Bosnien, dessen kleine, obschon gut besetzte Festungen er einzunehmen gedachte. Dieses System hatte den grossen Nachtheil, für den Angriff ungeeignet zu sein, und dem Gedanken des Kaisers wenig zu entsprechen. „Die Zeit ist gekommen“, schreibt Joseph an das französische Kabinet, „wo ich als Rächer der Menschheit auftreten und Vergeltung üben werde für alle von den Türken an Europa begangene Unbill; ich will die Welt von diesen Barbaren befreien, die so lange für sie eine Geissel gewesen sind.“ Wie liess sich nun dieser grosse Vorsatz mit dem oben geschilderten System der Kriegführung vereinigen? Wie konnte man glauben, dass durch vorsichtiges, fast ängstliches Abwarten an den Grenzen die Absicht, die Türken aus Europa zu verjagen, verwirklicht werden könnte? Bald zeigten sich denn auch die schlimmen Folgen dieser Taktik. Das Frühjahr verging thatlos, die heissen Monate brachten dem in Lagern aufgestellten Heere viele Krankheiten, 25 000 Mann befanden sich im Lazareth. Allgemeine Unzufriedenheit und Misstrauen gegen die Führer ergriff die Armee. Die Leute fühlten sich zum Angriff fähig, mussten aber unthätig bleiben oder nur kleine Gefechte aushalten.

Die Türken wurden des müssigen Wartens auch überdrüssig. Der Grossvezir Jussuf Pascha war kein Stratege wie Lascy, aber dreist und energisch: er sammelte 70 000 Mann bei Nissa, mit denen er in das Banat einfiel und den österreichischen Kordon mit Leichtigkeit durchbrach. Wartensleben trat ihm bei Mehadia entgegen, wurde aber geschlagen (28. August). Die siegreichen Türken verheerten das Land in entsetzlicher Weise. Joseph eilte selber mit 40 000 Mann seinem Feldherrn zu Hülfe, bei Slatyna wurde wieder eine Schlacht geliefert und die Oesterreicher wieder besiegt (14. September). Die Armee, sehr demoralisirt, zog sich nach Lugos zurück. In der Nacht vom 20. zum 21. September verbreiteten einige Walachen die Nachricht: die Türken kommen! Unbeschreibliche Panik ergriff Führer und Soldaten. Keiner wusste, was zu thun! Die Kavallerie griff die eigene Infanterie an und wurde mit Schüssen empfangen. Der Kaiser flüchtete zu Pferde mit dem Grossherzog Franz, die Armee folgte. Als die Türken erschienen, war das Lager bereits geräumt. Kanonen, Munition, Vorräthe, sogar die kaiserlichen Wagen waren zurückgelassen, und ohne dass auch nur ein Schlag geführt worden wäre, fiel dies Alles den Türken in die Hände: „Es ist ein Glück", schreibt Joseph seinem Bruder, „dass uns kein Türke verfolgte, sonst wäre die ganze Armee verloren gegangen." Die Panik von Lugos wird ewig denkwürdig bleiben. „Mit welcher Geringschätzung sprach man von den Türken" (schreibt ein österreichischer Offizier damals) „und doch ist bei dem blossen Gerücht, sie nahten, ein Theil der österreichischen Armee geflohen, als ob ein boshaftes Geschick die eingebildete europäische Kriegstaktik hätte strafen und damit den ganzen Kriegszug dieses Jahres lächerlich machen wollen."*)

Als ungeordnete Masse, unfähig, sich zu wehren, versammelte sich die Haupt-Armee bei Temesvar. Nichts hinderte die Türken, den geschlagenen Feind zu verfolgen: das ganze Banat stand ihnen offen, sie waren die Herren der Gebirge und der Donau. Aber sie nutzten ihre Siege nicht aus; statt vorzudringen, plünderten sie das eroberte Land und zerstörten die

*) Oesterr. Mil. Zeitschrift 1831. III. 62, citirt bei Häusser, Deutsche Geschichte. 1861. I. 235.

Dörfer, dann entfernten sie sich wieder auf dem schon betretenen Wege. Es scheint, dass der nahende Winter den Grossvezir dazu nöthigte; es mag aber auch sein, dass er die Befreiung von Belgrad als den glücklich erreichten Zweck des Feldzuges ansah, den er damit für geschlossen hielt.

Nicht viel besser ging es den Oesterreichern auf den beiden Flügeln der Haupt-Armee. Im April wurde Sabatsch (kleine Festung am Flusse Sawa) von ihnen eingenommen; dies blieb ihr einziger Triumph.*) Nur gegen Ende des Sommers schickte Joseph Laudon in diese Gegenden, der auch sofort den Feind angriff; am 24. August zwang er Dubitza zur Kapitulation und eroberte am 3. Oktober Novi. Ein wichtigeres Resultat erreichte der linke Flügel in der Bukowina, wo Fürst Josiah von Koburg mit 18000 Mann gemeinsam mit den Russen vorgehen sollte. Zwar gelang es ihm nicht, die Moldau zu besetzen und Jassy zu halten, aber er stürmte Chocim und zwang den Pascha von Chocim nach zweimonatiger Belagerung mit Hülfe der Russen zur Kapitulation. Aber so wie die Panik bei Lugos, so wird auch diese Kapitulation in der Kriegsgeschichte ewig denkwürdig bleiben. Man erlaubte der türkischen Garnison, bewaffnet, mit fliegenden Fahnen und klingender Musik abzuziehen; man gestattete auch den Einwohnern der eroberten Stadt, ihre ganze Habe mitzunehmen, im Fall sie auswandern wollten, wozu man ihnen zehn Tage Zeit liess. Während der Räumung hatten sich die Sieger verpflichtet, die Stadt mit Lebensmitteln zu versorgen und den Flüchtlingen 3000 Leiterwagen zum Transport ihrer Habseligkeiten zu liefern. Die Kapitulation von Chocim wurde von ganz Europa bespöttelt und ist ein deutlicher Beweis, wie sehr die österreichischen Feldherren nach einem Siege dürsteten und mit welchen Opfern sie bereit waren, ihn zu erkaufen.

So verlief dieser erste Feldzug, der Oesterreich sowohl in politischer wie in militärischer Hinsicht bittere Enttäuschungen einbrachte. Indem es den Krieg für Russland angefangen hatte, musste es den Angriff von 200 000 Türken aushalten, ohne von Russland anderen Beistand als den eben erwähnten von Soltykoff bei Chocim zu erlangen. Es war nicht das erste Mal, dass die

*) In diesem Gefecht, welches der Kaiser selber lieferte, wurde der Fürst Joseph Poniatowski verwundet, er war damals Hauptmann in der österreichischen Armee.

habsburgische Monarchie erfahren musste, wie wenig vortheilhaft ihr ein mit Russland gemeinsam geführter Krieg war. So oft im Einzelkampf mit den Türken siegreich, hatte ein sonderbares Geschick Oesterreich jedesmal mit Niederlagen bedacht, wenn es den Krieg verbündet mit Russland führte. Ein halbes Jahrhundert vor Joseph, unter Anna und Karl VI., hatten der Petersburger und der Wiener Hof ein Bündniss geschlossen, welches beide Theile für den Fall eines Krieges mit der Türkei verpflichtete, 30 000 Mann zu stellen. Und als 1736 Russland Münich gegen die Türken entsendete, begnügte sich das Wiener Kabinet nicht damit, das versprochene Kontingent zu stellen, sondern schlug ebenso wie zu Josephs Zeit mit aller Macht los. Dieser Feldzug dauerte drei Jahre; eine Niederlage nach der anderen musste Oesterreich erleiden. Der Vertrag zu Belgrad (1739) war einer der unglücklichsten, den der Wiener Hof je unterzeichnete, denn er kostete ihn nicht nur den Ruhm des Prinzen Eugen, sondern auch alle die Vortheile, die durch den Frieden in Passarowitz errungen waren. Im vorliegenden Falle beging Kaiser Joseph denselben Fehler wie sein Vorgänger Karl VI. und kam ebenfalls in die Lage, die Russland geleistete Hülfe zu bereuen. Dieser erste Feldzug kostete 60 Millionen Gulden, von 250 000 Soldaten kamen ungefähr 36 000 durch Krankheit und 30 000 im Kampfe um, wie die damaligen Berichte besagen.*) Die auf die Hälfte verringerte Armee war entmuthigt; der gering geschätzte und leichtsinnig herausgeforderte Feind triumphirte und wollte nicht Frieden machen. Die Niederlage ermuthigte Brabant in seinem bedrohlichen Aufstand; und selbst in dem Reich bekundete sich der lang verhaltene Groll: Ungarn hob sein Haupt empor, organisirte den Widerstand und verständigte sich mit dem Berliner Hof. Mit einem Wort, das ganze Unglück, welches ein Jahr später die Monarchie bis in ihre Grundfesten erschütterte, und aus dem Josephs Nachfolger sie nur mit äusserster Anstrengung herauszuziehen vermochte, fing mit diesem unüberlegten Bündniss an.

Niemand empfand diese Schicksalsschläge schwerer als der Kaiser selbst. Einige Stunden vor der Flucht bei Lugos

*) Rapport fait par le chirurgien en chef des armées de S. M. I. — Gazette nationale et étrangère 1790 No. 34. Citirt bei de **Maistre**, Considérations sur la France. Chap. III.

schreibt er an Leopold: „Nichts Schrecklicheres, Unglücklicheres und Demüthigenderes konnte uns begegnen; meine Pläne sind durch diejenigen, die sie ausführen sollten, vernichtet. Ich weiss nicht mehr, was ich Dir sagen soll, mein Lieber; genug, ch bin der Unglücklichste unter den Menschen, ich leide ıoralisch und physisch, wie ein Mensch nur leiden kann. Doch 'erde ich lieber irgendwo unter einem Baum sterben, als dass :h die Armee verliesse, denn Marschall Lascy ist so niedereschlagen, dass er nicht mehr weiss, was er thut.“ Wenn der ustand des Kaisers so trostlos schon vor der Flucht bei ıugos war, was sollte er später werden?! „Ich weiss nicht, ie ich alles dies aushalte. Ich habe den Schlaf verloren und erbringe meine Nächte in traurigen Gedanken. Ich bin unähig, Dir zu sagen, was weiter geschehen soll, ich bin aber ürs Leben unglücklich und das Opfer von Ereignissen, die ich ıicht mehr beherrsche und denen ich ein Opfer ohne mein Verchulden geworden bin“ (26. September). Leopold kannte wohl seinen Bruder, er wusste, dass er allein an allem Unglück Schuld hatte und dass der Krieg weit besser ohne seine Führung gehen würde. Darum bittet er ihn wiederholt flehentlich, er möchte die Armee verlassen: „Ihre Person muss der Monarchie erhalten bleiben. Von Ihrer Person ist Alles abhängig und von Ihrem Befinden die Macht derselben, allem anderen Ungemach, so gross es auch sein mag, kann abgeholfen werden. Ihre Generale können Sie beim Kommando ersetzen, aber wenn Ihre Gesundheit zu Grunde geht, dann giebt es keine Rettung mehr. Wenn Sie Ihre Gesundheit hüten und für die Zukunft dieselbe schonen, werden Sie gewiss wieder wohl und kräftig, und damit erweisen ie der Monarchie einen grösseren Dienst als in irgend welcher nderen Weise“ (13. Oktober). Mit gebrochenem Leib und eele, zweifelte Joseph zum ersten Mal an sich selber und ırte auf den Rath seines Bruders. Er nahm das Kommando m Marschall Lascy, von dessen Unfähigkeit er sich überzeugt tte, ab, übergab es dem Grafen Hadik und kehrte am 5. Denber nach Wien zurück, mit dem Keim der Krankheit in sich, ihn bald wegraffen sollte. Wir werden ihn später im Todesnpf ringend und durch den Anblick der Schläge, die sein ich trafen, tief erschüttert wiederfinden.

§ 6.

Russischer Feldzug. Einnahme von Otschakoff.

Kehren wir nun zu Potemkin zurück. Als Joseph den Krieg noch nicht erklärt hatte, hegte man in Wien schon die Befürchtung (welche sich als berechtigt erwies), dass Russland, zu seinem Vortheil durch Steppen von dem Feinde getrennt, sich nicht beeilen würde, ihn anzugreifen, dass demnach Oesterreich die ersten und stärksten Angriffe seitens der Pforte auszuhalten haben würde. Dieses Uebel abzuwenden und Russland zu energischem Eingreifen anzustacheln, wurde nun die Aufgabe von Cobentzl. Seine Vorstellungen hatten jedoch geringen Erfolg. Die Kaiserin liebte es nicht, wenn man ihr die Angelegenheiten des Reiches in einem ungünstigen Lichte darstellte. Beschuldigungen gegen Potemkin hörte sie nicht gern an, ihn zur Eile anzutreiben, lag nicht in ihrem Interesse, da sie viel mehr Schonung ihrer Truppen als rasches Vorgehen für klug hielt. Auch war ihr Günstling, Mamonow, Potemkin gänzlich ergeben und schützte diesen durch seinen Einfluss. Sobald er merkte, dass die Kaiserin in irgend eine Maassregel gegen den Fürsten willigte, zwang er sie durch seine schlechte Laune, die sie empfindlich traf, wieder einzulenken. Unter solchen Umständen begriff der Gesandte, dass er in Petersburg wenig ausrichten würde und dass es einer geeigneten Persönlichkeit in Elisabethgrad im Hauptquartier eher gelingen dürfte, zum Ziel zu gelangen. Man beschloss also in Wien, den Fürsten de Ligne dorthin zu schicken, in der Hoffnung, dass dieser, ein erfahrener Soldat, Potemkin nicht nur aufmuntern, sondern ihn auch klug berathen und auf den richtigen Weg lenken, zugleich aber durch seinen Geist und bekannten Witz in freundlichen Beziehungen mit ihm bleiben würde. Als de Ligne im Dezember in Elisabethgrad anlangte, traf er Potemkin noch immer in Verlegenheit. „Wann werden wir Otschakoff einnehmen?“ fragte er ihn. „Was wollen Sie“, antwortet jener; „Otschakoff hat eine Besatzung von 18 000 Mann, ich habe nicht die Hälfte dieser Zahl, und es fehlt mir an Allem; wenn Gott sich nicht meiner erbarmt, so werde ich der Unglücklichste der Menschen.“ Der Winter und das Frühjahr vergingen in Vorbereitungen, aber bei den grossen Entfernungen und der Zerstreuung, in der Potemkin

sich beständig befand, ging es nur langsam. Im April (1788) schreibt de Ligne an den Kaiser: „Hätten wir Proviant, so würden wir vorwärts gehen; hätten wir Pontons, so würden wir Flüsse passiren, hätten wir Kugeln und Bomben, so würden wir belagern. Man hat nur dies Alles vergessen! Der Fürst hat befohlen, das Fehlende mit der Post zu schaffen, und dieser Transport wird drei Millionen Rubel kosten. . . . . . Neulich, als ich ihm die schärfsten Vorwürfe machte wegen seiner Saumseligkeit, liess er sich nach einer Viertelstunde einen Courier mit der Nachricht kommen über einen Sieg im Kaukasus. »Sehen Sie«, sagte er, »Sie behaupten, ich thäte nichts, und da habe ich 10 000 Tscherkessen, Abessinier und Grusiner getödtet, und früher bei Kinburn sind 5000 Türken von meiner Hand gefallen.« — »Ich ahnte es nicht«, antwortete ich ihm, »dass so viel Ruhm auf mich gefallen ist, denn ich habe Sie ja keinen Augenblick verlassen, mein Fürst«. In einem anderen Briefe schreibt de Ligne: „Ich bin hier wie eine Bonne bei einem Kinde, nur ist mein Kind gross, stark und ungezogen. Gestern sagte er mir mit sichtlicher Ungeduld: »Glauben Sie, dass Sie hierher gekommen sind, um mich an der Nase herumzuführen«? — »Wäre ich denn überhaupt gekommen«, erwiderte ich ihm, »wenn ich nicht gehofft hätte, dies zu thun? Bei Ihrer Trägheit, mein Fürst, und geringen Erfahrung, was können Sie Besseres thun, als sich einem Menschen anvertrauen, der in Ihren Ruhm verliebt ist und der den Triumph beider Monarchien herbeiwünscht?«"*) Doch gelang es auch de Ligne nicht, trotz seiner Geschicklichkeit, Reibungen immer zu vermeiden. Er berichtet darüber an Cobentzl und fügt scherzend hinzu: „Es schadet nichts und meiner Gesundheit ist es nützlich. Es ist eine Qual, mit ihm bis 5 Uhr morgens aufzubleiben, um ein paar Worte über die Geschäfte zu erfahren und unendlich viele über Malerei, Musik, Skulptur und Theologie!" Einige Tage später schreibt er: „Ein Fortschritt ist zu verzeichnen. Der Fürst steht um 7 Uhr auf! Bisher war das die Stunde des Zubettgehens. Ich wünsche dem Sünder nicht den Tod, nein, ich wünsche ihm Erholung. Jedenfalls ist es ein schlechtes Volk. Wie Marmor, von oben glatt,

*) Lettres et pensées de M. de Ligne publiées par Mme de Staël, Paris. Genève 1800.

inwendig kalt und roh. Ungestraft kann man mit ihnen ni
spielen und reden. Ich sitze hier in meiner Stube mit mein
Büchern; mein Hund, mein Kätzchen und die Turteltaube zeige
mehr Eintracht als die hiesigen Generale. — Ich hoffe, das
ich bis zum 1. Oktober mich aus ihren Krallen befreien werde
und dann wird man mich hier nie wieder sehen".*)

Die österreichische Kontrole war Potemkin lästig. „Ma
tuschka Hosudarina, warum mischen sich die Leute in unser
Angelegenheiten?" fragt er Katharina mit wunderbarer Naivetä
„Meine Truppen haben den Zweck, unsere Grenzen vor de
Invasion (der Tataren) zu schützen, und als Ziel die Eroberun
von Otschakoff, was ihnen keine Diversion machen kann, — un
dazu muss ich mich ordentlich vorbereiten, damit ich nicl
weinen muss, so wie die es bei Dubitza thaten, obwohl es keir
Festung war. Als man uns plötzlich den Krieg erklärte, muss
ich in vier Monaten das leisten, wozu ein Anderer zwei Jahre g
braucht hätte. Es sollte doch Einem gelingen, eine vom Stur
beschädigte Flotte herzustellen, eine neue seetüchtige Rude
flotille zu schaffen, dazu 16 neue Infanterie-Bataillone, neb
10 000 Mann Kavallerie, Proviantmagazine einzurichten, die A
tillerie mit Ochsen zu versorgen und die ganze Armee zu e
nähren etc. etc." Den Oesterreichern sollte die Armee vo
Rumianzoff helfen, die konnte wohl gleich in einem bewohnt
Landstrich thätig auftreten (19./31. Mai 1788). Er beklagt si
vor Allem über Rumianzoff und behauptet, dass, wenn d
nicht thätiger würde, so müsste er (Potemkin) bald den ganz
Stoss der Türkeninvasion aushalten —, und bei alledem wünsc
er den Schluss des Krieges, den er noch nicht angefangen hatt
„O, wenn es möglich wäre, mit den Türken Frieden zu schliessen
dann würden wir dem König von Schweden eine kleine Lektio
ertheilen" (15./27. Juni). Die Kaiserin giebt ihm in Allem Rech
wie hieraus ersichtlich: „Niemand kann besser als ich beurtheilen
was Du Alles gethan hast und welche Arbeit hinter Dir lieg
wenn Du ausser der Mühe um die Ausrüstungen noch nebenb
Kinburn gerettet und keine lebende Katze über unsere Grenz
gelassen hast. So etwas bleibt beispiellos und, ich habe es o

*) Korrespondenz vom Fürsten de Ligne mit dem Grafen Cobentzl 178
Wiener Archiv.

bewundert (27. Mai/8. Juni 1788)." Die Klagen über Rumianzoff theilt sie auch und erwidert, dass, wenn der Marschall nicht besseren Willen zeigt, sie ihm schreiben würde, nach Hause zu reisen. Und so geschah es auch später.

De Ligne rieth Potemkin, den Fürsten von Nassau als Admiral in seinen Dienst zu nehmen, und Katharina schickte ihm einen Engländer, Paul Jones, der sich im amerikanischen Kriege im Kampfe gegen seine eigenen Landsleute ausgezeichnet hatte. Er erhielt den Rang eines Kontreadmirals. Für Russland, welches keine Marine besass, waren dies wichtige Ergänzungen der leitenden Kräfte, ihnen verdankte es die einzigen Siege, welche in dieser Zeit über die Türkei errungen wurden. Im Mai 1788 langte Hassan Pascha bei Otschakoff mit einer mächtigen Flotte an in der Absicht, zunächst die Festung mit Nahrungsmitteln zu versorgen, später aber die russische Flotte zu vernichten und die Krim anzugreifen. Er schiffte seine Ladung aus, ohne auf Widerstand zu stossen, und ordnete seine Flotte bei der Dniepr-Mündung vor dem Feind; doch wurde seine Geringschätzung des Gegners zweimal durch empfindliche Verluste bestraft. Nassau und Jones führten die Ruderflottille zum Angriff, 80 Schiffe, mit Zaporoztzen*) bemannt, fielen über die türkischen Fregatten mit wahrer Tollkühnheit her. Die grossen Schiffe, welche zum Theil auf dem Sande der Flussmündung festgerannt waren, konnten dieser blitzartigen Schnelligkeit keinen Widerstand leisten; einige Schiffe wurden verbrannt, eines geentert, 2000 Türken gefangen, ungefähr 3000 ertranken (18. und 27. Juni). Diese Verluste waren für die Türken um so empfindlicher, als sie von einem Feinde herrührten, der auf der See nicht stark war und ihnen die Möglichkeit nahm, den Angriff in der Krim, für den 30 000 Tataren bereitstanden, zu unternehmen. Nassau und Jones wurden von der Kaiserin reichlich belohnt, aber auch Potemkin erhielt ihren Dank, welcher ihm nur insofern gebührte, als er die Dniepr-Flottille geschaffen hatte. Mitte Mai verliess endlich der russische Oberbefehlshaber Elisabethgrad mit 40 000 Mann regelmässiger Truppen und 6000 Kosaken; in langsamen Märschen näherte er

*) An den Ufern des Dniepr angesiedelte Kosaken. (Anm. d. Ueb.).

sich Otschakoff und erreichte es am 9. Juli. Schon durch seine Lage begünstigt, war dieser Platz noch durch französische Ingenieure bedeutend verstärkt worden. Trotzdem war er keine Festung ersten Ranges, und Suworoff übernahm es, ihn zu erstürmen. Drei Wochen vergingen nach der Ankunft, bevor man an die Belagerungsarbeiten Hand anlegte; dann führte man sie mit äusserster Vorsicht. Potemkin fürchtete unterirdische Minen und bemühte sich in Paris, von den Franzosen den Plan der Festung zu erwerben; er hoffte, dass die Türken, jede Erwartung eines Rückhalts aufgebend, die Thore aufmachen würden. Doch war der tapfere Kommandant von Otschakoff gar nicht bereit, den Platz so leicht aufzugeben, er plagte die Belagerer oft durch unerwartete Ausfälle und zerstörte die begonnenen Arbeiten; Wochen vergingen ohne irgend ein Resultat. „Diese verdammte Stadt beunruhigt mich“, sagte einmal Potemkin dem Fürsten de Ligne. — „Sie wird Sie noch lange beunruhigen“, antwortete dieser, „wenn Sie nicht mit grösserer Energie vorgehen. Heucheln Sie einen Angriff auf der einen Seite und schlagen Sie wirklich darauf los auf dem entgegengesetzten Ende, dann werden Sie mit den Fliehenden bis ins Innerste der Festung eindringen.“ — „Glauben Sie, es sei Sabacz“, erwiderte der gekränkte Potemkin, „wo 1000 Belagerte von 20 000 belagert wurden?“ De Ligne bemerkte, dass Potemkin mit mehr Achtung von einer Aktion sprechen sollte, die von dem Kaiser selbst geleitet ward, mit tapferem Dreinsetzen seiner eigenen Person. Potemkin verstand den Wink. Am nächsten Morgen begab er sich mit seinem Gefolge auf die äusserste Schanze. Die Türken eröffneten ein lebhaftes Feuer; Einige aus dem Gefolge wurden verwundet, der General Sinelnikoff getödtet. Potemkin aber stand unbeweglich und sagte an Branicki: „Fragen Sie den Fürsten de Ligne, ob der Kaiser bei Sabacz mehr Muth gezeigt hat als ich hier?“ Doch was half persönlicher Muth des Führers da, wo Umsicht und Entschiedenheit von Nöthen waren; der ganze Sommer verging, und kein Schritt nach vorwärts wurde gemacht. Ganz Europa schaute auf Otschakoff in Erwartung der grossen Dinge, die da kommen sollten. Viele fremde Freiwillige eilten dahin in der Hoffnung, an grossen Thaten theilzunehmen. Alles umsonst! Dafür aber versammelte sich in Potemkins Lager die beste Gesellschaft

wie in einem Salon; die Damen besuchten ihre Männer im Lager, man gab grosse Fêten, und für den Schmaus des Fürsten wurden von fern die feinsten Leckerbissen herbeigeschafft. — Den alten Generalen erschien diese Art Krieg zu führen etwas seltsam; besonders Suworoff ward ungeduldig und verlangte den Befehl zum Sturm, doch umsonst. Da entschloss er sich zu einem gewagten Schritt und ging auf eigene Hand vor. Bei einem erneuten Ausfall der Türken stürmte er voran in der Hoffnung, dass man ihn nicht verlassen würde, wenn der Kampf einmal entbrannt wäre. Aber trotz Bitten des Fürsten de Ligne erlaubte Potemkin Niemand, ihn zu unterstützen. Suworoffs Soldaten wurden mit starken Verlusten zurückgeschlagen, er selber zweimal verwundet (7. August). Nur diese Wunden und die früheren Verdienste retteten ihn; er wurde nicht zur Verantwortung gezogen, musste aber trotz aller Fürbitten Potemkins Lager verlassen. Auch entfernte sich Nassau, als er auf sein drängendes Zureden von diesem eine ironische Antwort erhielt. Der Sommer verging, und die heiteren Gäste mieden das Lager; ein früher Winter sagte sich an. Trotz des Unwetters hielt sich Hassan Pascha mit seiner Flotte auf dem Meere, was die Hoffnung, Otschakoff durch Kapitulation zu bekommen, zunichte machte. Die Misserfolge Oesterreichs und das Säumen der russischen Truppen ermuthigten die Mächte, welche die Türkei begünstigten. Zwar musste der König von Schweden an der finnischen Grenze Halt machen, weil ihn seine Truppen verliessen, und es für ihn rathsamer schien, die Festung Gothenburg gegen den dänischen Angriff zu behaupten; aber der preussische Hof ging mit wachsender Energie auf sein Ziel los; von der einen Seite zwang er Dänen und Schweden zum Frieden, und von der anderen stürzte er Russlands Einfluss und Pläne in Warschau um und äusserte in Petersburg den Wunsch, die russischen Truppen möchten die Republik räumen. Diese Haltung verdross Katharina aufs Empfindlichste: „Der Hass der Polen gegen uns“ (schreibt sie) „ist gross und bedrohlich; ihre Liebe für die preussische königliche Majestät wird so lange wachsen und andauern, bis es dieser nicht gefällt, ihre siegreichen Truppen in Polen einzuführen und etliche Provinzen zu besetzen. Ich werde dieser Absicht keine Hindernisse bereiten, ich wage gar nicht daran zu denken, dass man seiner königlichen

Majestät irgendwie widersprechen dürfte, sei es durch Wo
oder durch Thaten, denn seinem allerhöchsten Willen muss c
ganze Welt willfahren" (27. November/7. Dezember 1788). D
Schwierigkeiten, auf welche Potemkin bei Otschakoff gestoss
war, beunruhigten sie jedoch, und obwohl sie vor Fremde
immer behauptete: „Ich kenne ihn gut, er weiss, dass es seine
Ruhm gilt", und sich damit zu trösten schien, so weinte si
still bei sich, wenn sie seine Briefe las, und verbrachte schlaf
lose Nächte. „Wenn er nur Otschakoff einnehmen wollte, e
würde Manches ändern."*) Potemkin selber war noch wei
niedergeschlagener; die Gefahren, die im Westen drohten, er-
schreckten ihn. Er bat Katharina flehentlich, in guten Be-
ziehungen mit den fremden Mächten zu bleiben, solange wenig
Hoffnung vorhanden war, Frieden mit der Türkei zu schliessen.
„Du wiederholst Deinen Rath" (erwidert darauf die Kaiserin),
„mit Schweden Frieden zu machen und dazu den König von
Preussen als Vermittler einzuladen. Wenn dieser gewollt hätte
so würde er die Schweden am Krieg gehindert haben. Du
kannst mir glauben, dass ich wohl thue, jede Annäherung a
diesen allmächtigen Diktator zu vermeiden, denn das erste Wor
meinerseits würde mir einen Empfang eintragen, welcher mi
jede Lust zu weiteren Auseinandersetzungen benehmen könnte
man würde mir folgende sehr leichte Bedingungen stellen: De
Schweden Finnland und möglicherweise auch Livland, de
Polen Weissrussland und den Türken das Land bis Samar
wiederzugeben, und sollte ich diese Bedingungen nicht annehme
den Krieg erklären! Sein Stil ist noch dazu so dumm un
brutal, dass der türkische daneben noch süss erscheint. Ic
schwöre bei Gott, dass ich Alles thue, um auszuhalten, was mi
von den fremden Höfen zugemuthet wird, besonders aber vom
allmächtigen preussischen Hofe, der so aufgeblasen ist, dass es
unmöglich wird, ohne Ehrverlust seinen Ansprüchen zu genügen.
Ich bin keineswegs zur Rache geneigt, doch kann ich nicht
dulden, dass man mir Gesetze vorschreibt; ich werde nicht ein
Provinz nach der anderen abgeben. Man vergisst dort, mi
wem man zu thun hat, und zeigt seine Dummheit, indem ma

*) Memoiren von Chrapowicki (Vorlesungen in der Moskau
historischen Gesellschaft). Moskau 1862. Bericht 22. November 1788.

sich Hoffnungen macht, uns zur Nachgiebigkeit zu zwingen. Nimm Otschakoff und schliesse Frieden, dann wirst Du sehen, wie sich Alle ducken; wie der Schnee auf den Steppen werden sie aufthauen und kriechen wie das Wasser auf der Ebene." (27. November/9. Dezember 1788.)

„Nimm Otschakoff!" Potemkin fühlte wohl, dass es nothwendig war, diesen Platz zu erobern, dass seine Ehre und die kritische Lage des Reiches es forderten. Hielt doch Katharinas Energie allein die gefährdete Situation. Trotzdem wagte er nicht, zu stürmen, eine Niederlage befürchtend. Rathlos, traurig und gereizt, schrieb er der Kaiserin, dass es am besten wäre, wenn er sich zurückziehe und das Kommando niederlege, obwohl es für ihn einen Rücktritt von aller öffentlichen Thätigkeit bedeuten würde. Die Kaiserin zürnt ihm: „Wenn Du Dich zurückziehest, wird es für mich ein tödlicher Schlag sein; um so mehr, da Du mich mitten in Intriguen verlässest, wofür Du von mir keinen Dank erntest. Wenn Du mich liebst, lass ab von solchen Gedanken und bleib mir treu, wie Du es stets gewesen bist" (1./13. November). Potemkin gehorchte; er blieb beim Kommando, ohne jedoch im Stande zu sein, aus seiner Apathie heraus zu kommen. Inzwischen wurde die Lage der belagernden Truppen immer schlimmer. — Ein unerhört schwerer Winter, der bis heute der Otschakoff-Winter heisst, brach an; 20 Grad Kälte waren alltäglich. Die Soldaten wohnten in unterirdischen Höhlen; viele erfroren, man zählte 30 bis 40 Todte täglich. Ringsherum Steppen ohne Dörfer und Bewohner. Der Mangel an Nahrungsmitteln machte sich fühlbar; nicht allein die Generale, auch die Soldaten baten um den Sturm wie um eine Gnade. Es war für Alle ersichtlich, dass die Armee bei solcher Führung elend in der kläglichsten Weise umkommen müsste. Potemkin, in trübes Sinnen versunken, war unnahbar geworden, er schwieg oder fertigte mit einem kurzen Wort ab, mit dem Befehl, abzuwarten. Die Truppen erfroren, aber sie gehorchten.

Am 16. Dezember erschien der dienstthuende General Rachmanoff vor Potemkin und berichtete, dass alles Heizmaterial verbraucht sei. Ihm folgte der Oberproviantmeister General Kachowsky mit der Erklärung, er habe den Truppen den letzten Vorrath an Mehl ausgetheilt, für den folgenden Tag sei nichts mehr vorhanden. Endlich begriff Potemkin, in welch schreck-

liche Lage sein Heer durch seine Unentschlossenheit versetzt sei: ein längeres Zögern ward unmöglich, ebenso auch sein Rücktritt. Um die Armee zu retten, war kein anderer Ausweg übrig, als die Festung zu erstürmen. Er ordnete sofort den Angriff für den nächsten Tag an, verhehlte aber seinen Leuten nicht, dass ihnen nur zwei Möglichkeiten blieben: entweder die Festung zu nehmen oder Hungers zu sterben, dass er aber auf den Schutz des heiligen Nikolaus, Russlands Schutzheiligen, der am folgenden Tage (6. Dezember alten Stils) gefeiert würde, fest vertraue. Die Armee nahm diesen Tagesbefehl mit lautem Jubel auf. Am folgenden Tage wurde der letzte Schnaps mit Zusatz von spanischem Pfeffer unter die Soldaten vertheilt. Sechs geschlossene Reihen marschirten gegen die Wälle und vortretenden Bastionen. Die erste Reihe unter General Pahlen, aus 2000 Mann bestehend, wurde auf Fort Hassan vernichtet; dasselbe Loos traf eine der Abtheilungen des Generals Moeller. Die Gefallenen wurden sofort durch neue Truppen ersetzt, welche auf Leitern die gefrorenen Schanzen erstürmten, oder sich durch die vom Geschützfeuer aufgerissenen Wälle hindurchdrängten. Die Türken vertheidigten sich verzweifelt, die Russen waren aber nicht minder hartnäckig im Angriff, da Jeder wusste, was ein Rückzug für die Ausgehungerten bedeuten würde. Eine furchtbare Metzelei entstand. Während dieser ganzen Zeit sass Potemkin auf die Erde gekauert, bedeckte sein Gesicht mit den Händen und rief kläglich: „Gott, erbarme Dich! Gott, erbarme Dich!"

Endlich erstürmten die Russen die Festung, schon schlugen sie sich auf den Strassen von Otschakoff. Als Potemkin davon Kunde erhielt, raffte er sich endlich auf, setzte sich zu Pferde und galoppirte in die eroberte Stadt hinein mit stolzer Siegermiene.

An diesem Tage wurden 8000 Türken getödtet, 4000 gefangen genommen. Der Verlust der Russen war nicht geringer, man zählte allein 170 todte Offiziere.*) An demselben Tag schickte der Fürst seinen Bericht an die Kaiserin. Der Hauptmann Bauer,

*) Smitt, I. 344. Minerva, 1799. I. 166 und die auch von Hermann citirte „Geschichte des gegenwärtigen Krieges zwischen den vereinigten Heeren Oesterreichs und Russlands gegen die ottomanische Pforte". Frankfurt a. M. 1788, Stück II und III.

welcher ihn nach Petersburg überbrachte, reiste 2000 Werst in 9 Tagen. „Mit beiden Händen halte ich Deine Ohren“ (erwiderte die Kaiserin am 16./27. Dezember) „und küsse Dich in Gedanken, mein liebster Freund, für die Nachrichten, welche Du mir schickst. Quartiere dreist Deine Truppen in Polen ein; die Forderungen der Polen werden bald aufhören; einer siegreichen Armee hat noch Keiner Quartier versagt. Jetzt kann ich leicht Frieden machen und werde nichts versäumen, diesen Zweck zu erreichen. Du hast hier Allen den Mund geschlossen, mein herziger Freund, und bei solchem Erfolg hast Du eine gute Gelegenheit, Dich grossmüthig zu zeigen gegen diejenigen, welche blind und leichtsinnig Dein Thun verurtheilten. Ich erwarte Dich sicher hier, sobald Du Deine Dispositionen für die Armee getroffen haben wirst.“

Die Hoffnung auf Frieden sollte nicht so bald verwirklicht werden. Doch war der Triumph der Russen gross und um so werthvoller, als eine gänzliche Vernichtung der Armee und eine schmähliche Niederlage dadurch dem Reiche erspart worden war. Die Unfähigkeit des Befehlshabers und die Schwäche der Kaiserin gegen ihn waren durch die unerschütterliche Disziplin, Ausdauer und Tapferkeit des russischen Soldaten wieder gut gemacht.

Kapitel 2.

Hertzbergs Pläne.

(1787 bis 1788.)

§ 7.

Hertzberg.

Um den Gang unserer Erzählung nicht zu unterbrechen und ein ganzes Bild der Thätigkeit der verbündeten Höfe und ihrer Armeen darzustellen, sind wir den Ereignissen vorausgegangen, die wir der Folge nach hätten beschreiben sollen. Greifen wir also zurück, vergegenwärtigen wir uns, was sich in anderen Ländern gleichzeitig ereignete. Zunächst wollen wir Preussen vornehmen, das Katharina und Potemkin so viel Unruhe verursachte.

Als der Krieg im Orient ausbrach, war der preussische Hof ausschliesslich mit den niederländischen Angelegenheiten beschäftigt. Die seit lange bestehende Feindschaft zwischen dem Stathouder Prinzen von Oranien und der republikanischen Partei wurde in den letzten Lebensjahren Friedrichs II. immer bedrohlicher. Frankreich begünstigte die Republikaner, England dagegen den Prinzen von Oranien, der durch seine Frau dem preussischen Hof verwandt war, von dort auf Unterstützung hoffte und den König in den Streit hineinzuziehen versuchte.

Friedrich hielt sich aber geflissentlich zurück, weil er durch seine Einmischung einen Krieg herbeizuführen fürchtete, der möglicherweise grösseren Umfang annehmen könnte. Sein Nachfolger, Friedrich Wilhelm II., hielt sich nicht an diese Richtschnur; die Prinzessin von Oranien war seine Schwester, die verwandtschaftlichen Rücksichten nahmen bei ihm die Oberhand und zwangen ihn, zu handeln. Ein Armeekorps von 20000 Mann drang, ohne Widerstand zu finden, in Holland ein (13. September 1787), um dem Stathouder Beistand zu leisten. Die holländischen Bürgerwehren konnten die Städte und Festungen nicht halten, welche ohne Kampf sich eine nach der anderen ergaben, und so dauerte der ganze Feldzug kaum einen Monat. Frankreich war nicht vorbereitet, hatte kein Geld und wenig Lust, den bis dahin begünstigten Republikanern zu helfen; Preussen triumphirte vollständig. Der Eindruck dieses Sieges war sehr gross, der Ruhm der unüberwindlichen preussischen Armee glänzte in neuem Licht; der Einfluss, die Macht, die Bedeutung der preussischen Monarchie wuchsen in Deutschlands und Europas Augen. Frankreichs Ansehen sank. Preussen gewann auch sichere Verbündete in England und Holland selbst. So hatte man mit geringer Mühe Bedeutendes errungen; es ist daher natürlich, dass der Staatsmann, welcher diese Politik geleitet, von seinem Triumph sehr erfüllt war. Seine Depeschen sind von der grossen Rolle, die Preussen spielte, durchdrungen; mit naivem Hochmuth vergleicht er den leichten Erfolg mit den Triumphzügen der römischen Konsuln, welche den besiegten Herrschern den Frieden diktirten. — „Während meiner ganzen politischen Karriere“ (schreibt er am 6. Oktober 1787) „habe ich auf den Augenblick gewartet, der Preussen so viel Ruhm eintragen sollte, endlich ist es mir gelungen,

ihn herbeizuführen. Es hat mich allerdings viel Arbeit gekostet: zwei Jahre lang habe ich dieses System vertheidigen müssen gegen Alle. Frankreich verliert nun ganz seine Bedeutung in Europa!"

Dieser Staatsmann, der so hochmüthig und so beglückt von seinem Erfolge war, hiess Graf Hertzberg. Ein alter Diener Friedrichs, hatte er seit 40 Jahren in den auswärtigen Angelegenheiten gearbeitet; sein politisches System verkörpert aber weniger die ersten Jahre von Friedrichs Regierung, in denen so viele Kriege geführt wurden, als die letzten, in denen dieser Monarch den Gewinn seiner Siege einerntete und die Macht, welche ihm dieselben eingetragen hatten, diplomatisch auszubeuten wusste. Wie Friedrich ohne einen einzigen Schuss und nur durch Drohungen Westpreussen erobert und sich dadurch an die Spitze der deutschen Kleinstaaten gestellt hatte, so hoffte auch Hertzberg, dass es ihm unter Friedrichs Nachfolger gelingen möchte, auf diplomatischem Wege und mit halb gezücktem Schwerte Provinzen zu erobern und Preussen die erste Stelle in Europa zu sichern. Der rasche Erfolg in den niederländischen Angelegenheiten bestärkte ihn nur zu sehr auf dieser Bahn und ermuthigte ihn zu neuen Plänen, welche, trotzdem sie nicht verwirklicht wurden, dennoch in der Geschichte denkwürdig bleiben, weil sie auf die Veränderung der Beziehungen zwischen den europäischen Staaten und die Umgestaltung der europäischen Karte den wichtigsten Einfluss gehabt haben. Ein unermüdlicher Arbeiter, ein eifriger Patriot, gehörte er zu den Staatsmännern, bei welchen die Staatsraison jeden moralischen Grundsatz bei Seite setzt; bei ihm steigerten sich der preussische Patriotismus und die Prussomanie ins Unglaubliche und sogar ins Lächerliche. Es war für ihn nicht genug, dass Alles, was dem preussischen Staat nützlich war, auch zulässig sein musste — es musste auch für Alle das Erstrebenswerthe werden; wenn Jemand dies nicht verstand oder billigte, so lag es eben an seiner Beschränktheit. Ein aufgeklärter und vernünftiger Mensch durfte nicht zweifeln, dass Preussen immer Recht hatte, und dass Preussens Wille für alle Uebrigen Gesetz werden musste. Aus diesen Gründen herrscht in seinen Depeschen, die er selber redigirte und deren Fassung er auch selber zu loben pflegte, eine solche Arroganz, so viel

Selbstanbetung und Verherrlichung der von ihm geleitet
preussischen Politik, so viel Geringschätzung seiner Gegner u
eine zwar wohlwollende, aber doch so anmaassende Sprach
gegenüber Verbündeten und Freunden, dass es heutzutage u
verständlich bleibt, wie ein erfahrener Diplomat und Staatsman
solche Sprache führen konnte. Friedrich II., der diesen preussi-
schen Hochmuth seines Ministers wohl kannte, las immer erst
die Depeschen und Reskripte, die an die Bevollmächtigten
geschickt wurden, um die Stellen zu streichen, die solche Ueber-
treibungen enthielten. Seinem Nachfolger aber, der weniger
Erfahrung besass, gefiel dieser anmaassende und entschiedene
Ton Hertzbergs, und nur in ausserordentlich wichtigen Fällen
wurde der Inhalt der Hertzbergschen Depeschen seinem Kollegen
Freiherrn v. Finkenstein zur Prüfung vorgelegt.

Es wird immer in der Weltgeschichte denkwürdig und
wichtig bleiben, dass im 18. Jahrhundert ein kleiner Staat
existirte, welcher bei Friedrichs II. Thronbesteigung nur dritte
halb Millionen Einwohner zählte, diese Zahl bei dem Tod
des Monarchen um drei Millionen erhöht hatte, trotzdem di
Nachbarstaaten dieses kleinen Staates um Vieles grösser ware
England, als kleinster, zählte 14 Millionen, Russland, Frank
reich und Oesterreich aber 20 bis 26 Millionen. Dieses Unte
schiedes an Flächengrösse und Einwohnerzahl ungeachtet gelan
es dem kleinen Staate, sich mit den grösseren gleichzustelle
und sich ihre Achtung in dem Maasse zu erwerben, dass es nich
mehr gleichgültig schien, ob man den preussischen Hof zu seine
Verbündeten zählte oder nicht. Die preussischen Geschicht
forscher, welche mit Recht sich bei diesem Faktum aufzuhalte
lieben, schreiben es der Ueberlegenheit Friedrichs II. zu, de
es verstanden hatte, 200 000 Soldaten zu unterhalten, ohne de
Staat zu überlasten, und in seinem Schatz immer Mittel fü
drei Feldzüge bereithielt. Mit noch mehr Recht schreiben si
es der umsichtigen und gewissenhaften preussischen Verwaltung
zu, dem vortrefflich organisirten Staatsmechanismus und de
Ausdauer des preussischen Kabinets bei seiner Eroberungspolitik
Diese „Eroberungssucht“ besass Hertzberg im höchsten Maasse
und in dieser Beziehung ward er der Urtypus des preussische
Staatsmannes. Seine Augen waren stets auf Polen gerichte
wo er eine bessere Gestaltung und Sicherheit der östliche

Grenzen seines Vaterlandes zu schaffen hoffte. Sein mitlebender Biograph erzählt, dass Friedrich II. bei der ersten Theilung von Polen im Jahre 1772 die Absicht hatte, sich die Posener und Kalischer Bezirke anzueignen wegen der nahen schlesischen Grenze; Hertzberg rieth jedoch davon ab und flüsterte ihm ein, es sei weit nützlicher, Westpreussen mit Thorn, Danzig und die Nogat-Gewässer zu nehmen.*) Bei dieser Gelegenheit wurde er vom König beauftragt, die Rechte der preussischen Monarchie auf dieses Gebiet und die genannten Städte geschichtlich zu begründen, was Hertzberg mit grösstem Eifer besorgte, obwohl der König in seinen Memoiren selber über seine vermeintlichen Rechte scherzt. Englands und Russlands Widerspruch retteten für diesmal noch Danzig und Thorn vor der preussischen Beschlagnahme, Hertzberg verlor sie aber nicht aus den Augen. Im Gegentheil wurden diese beiden Städte fortan sozusagen das Rückgrat seiner Politik und der rothe Faden, der seine späteren Pläne immer wieder durchzog; als dieser Faden in Reichenbach durchgeschnitten ward, verlor Hertzberg seine ganze Bedeutung und kurz darauf seine Ministerstellung. — Wir wollen nun sehen, wie geschickt Hertzberg diesen seinen Faden an den orientalischen Krieg anzuknüpfen verstanden hatte.

§ 8.
Der Plan des Umtausches.

Ganz von den niederländischen Angelegenheiten in Anspruch genommen, beachtete Graf Hertzberg im Anfang nur wenig, was sich zu derselben Zeit in der Türkei ereignete; die Instruktionen, die er dem preussischen Gesandten in Stambul, Dietz, schickte, empfahlen diesem, eine streng neutrale Haltung zu beobachten und Alles zu vermeiden, was in Russland den Verdacht erregen könnte, als ob der preussische Hof die Pforte zum Kriege anstachelte. Erst als der Standpunkt des Kaisers in der Orientfrage klar ward und seine feindselige Haltung gegen die Pforte sich herausstellte, fing Hertzberg an, sich entschieden für den ausgebrochenen Krieg zu interessiren; aber

*) Weddigen, Fragmente zu dem Leben des Grafen von Hertzberg, Bremen 1796, § 59.

auch dann ging sein Ehrgeiz nicht weiter, als für Preussen die Vermittlerrolle zwischen den kriegführenden Mächten beim Friedensschluss zu beanspruchen. Die in Holland errungenen Lorbeeren änderten allmählich Hertzbergs Absichten. „Da wir die holländischen Angelegenheiten so glücklich erledigt und nun die Hände frei haben“ (schreibt er an Dietz), „so möchte ich wohl thun, was in meinen Kräften steht, um den gegenwärtigen Türkenkrieg zu einer Verherrlichung meines Ministeriums zu benutzen. Sie können dazu mitwirken, aber Sie müssen mit grösster Einsicht, Kraft und einem undurchdringlichen Geheimniss verfahren, dessen Mitwisser nur wir Beide und die Personen sein dürfen, welche diese Briefe schreiben und chiffriren. — Es hat wenig Anschein, dass die Pforte sich gegen die beiden Kaiserhöfe wird behaupten können. Frankreich wird für sie wenig oder nichts thun und kein anderer Hof sich ohne Hoffnung auf grosse Vortheile für sie blossstellen wollen. Ich habe mir einen Plan ausgedacht, den Sie errathen können, der aber das grösste Geheimniss erfordert. Glauben Sie, man könnte die Pforte dazu bringen, dem Kaiser die Moldau und die Walachei und den Russen die Krim, Otschakoff und Bessarabien abzutreten, jedoch unter der Bedingung, dass Preussen, Frankreich und andere Mächte, welche ich hinzuziehen werde, dem osmanischen Reiche seine dauernde Existenz jenseits der Donau in der Weise garantiren, dass dieselbe und die Unna die ewige Grenze zwischen ihm und der Christenheit bilden würden? Ich wollte meinen, man könnte es zugleich dahin bringen, dass Russland um diesen Preis auf die Oberhoheit Georgiens und alles Landes jenseits des Kuban verzichte, sich nicht mehr in die inneren Verhältnisse der Türkei mische und seine Handels- und Schiffahrtsprivilegien auf Grenzen zurückführe, die billig und mit der Souveränität der Pforte vereinbar sind. Zugleich habe ich die Idee eines guten Aequivalents, welches von Seiten der beiden Kaiserhöfe Preussen erhalten könnte. Die Türkei würde dabei kein Opfer bringen, sie hätte bloss Preussen einen recht günstigen Handelsvertrag zu bewilligen und die freie Schiffahrt am Mittelmeere gegen die Barbareskenstaaten zu schützen, was sehr wohl möglich ist.“ — Hertzberg sieht voraus, dass die Pforte sich nicht so leicht zu solchen Zugeständnissen hergeben werde, doch handelt es sich um Provinzen, die sie ja doch ver-

ı wird. Was kann ihr an der Moldau und Walachei liegen, ur einige Griechen bereichert und Tataren ernährt. Dieser ıst würde durch die von Preussen und anderen Mächten hrleistete Herrschaft über das andere Donau-Ufer aufgen, denn wenn einmal die Donau die natürliche Grenze ;e, würde sich noch ein Mensch um Bulgarien, Serbien und en kümmern? Dietz soll der Pforte dieses eröffnen und vergewissern, ob der König als einziger Vermittler annmen würde; „wir müssen moralisch überzeugt sein" (fügt ızu), „dass es uns gelingen wird und dass man unser Geıiss nicht verräth; blindlings dürfen wir nicht vorgehen." r Gedanke ist Hertzberg allein entsprossen, der König .e noch nichts darum. Sollte dies Unternehmen gelingen, ·rheisst Hertzberg Dietz eine rasche Karriere; für sich beucht er nichts als den Ruhm, seinem Vaterland eine grössere ıtung verschafft zu haben.

)ergestalt war Hertzbergs erster Plan, dessen nähere Betung von Interesse sein dürfte. Es ist heute schwer, sich ,achens zu erwehren, wenn man liest, dass ein Staatsmann ıen durfte, die Pforte könnte sich eines Drittels ihres Beı entledigen, um sich die ewige Herrschaft des Uebrigen chern. Es scheint, dass die Habgier, welche diesen Staatsbeseelte, ihn alle Schwierigkeiten unterschätzen liess. Je er sein Projekt überlegte, um so leichter schien ihm n Verwirklichung. So schrieb er drei Monate später an (26. Januar/9. Februar 1788): „Mir scheint, dass kein veriger Mensch diesem Plane widerstehen könnte. Denn da ıs einzige Mittel ist, die Pforte zu retten, so denke ich, jeder nur einigermaassen aufgeklärte türkische Minister dafür entscheiden müsste."

Leider war Dietz weniger von seiner Ausführbarkeit über-, ja, dieser Plan schien ihm ganz unmöglich angesichts der len Türken herrschenden Anschauungen. Er sieht jede ɘrlage der Pforte als ein Unglück für Preussen an; man diesen Krieg verhindern müssen, und der König hätte sich n bemühen sollen. Folgendes schreibt er am 28. Dezember Wer jetzt dagegen nur vom Frieden spreche, gelte als l. Am wenigsten werde sich die Pforte zu einem schimpfı Frieden verstehen, welcher durch Opfer erkauft werden



sollte. In keinem Fall werde sie die fraglichen Provinzen aufgeben, ehe sie dieselben durch erlittene Niederlagen wirklich verloren habe.

Unterdessen hatte Hertzberg, ohne auf Dietz' Meinung zu warten, seinen Plan dem König Friedrich Wilhelm II. eröffnet, der, wie bekannt, sehr grossmüthige Absichten hegte und eine hohe Meinung von seiner königlichen Würde hatte, aber diesen Empfindungen Zwang anlegte, wenn es sich um neue Eroberungen handelte. Er begeisterte sich für die Pläne seines Ministers (Februar 1788) und beschloss, sie gut zu heissen und die nöthigen Geldmittel nach Stambul zu schicken. Weitläufige Instruktionen wurden am 25. März und 5. April ausgearbeitet, in denen die verschiedenen Kriegseventualitäten erwogen wurden; ein geheimer Agent ward damit betraut und Dietz zur Hülfe nach Stambul abgeschickt. Die erste und sehr dringende Bedingung des Berliner Kabinets war: die Pforte möchte keinen übereilten Frieden schliessen und vor Allem die Vermittelung von Preussen annehmen. Sollten die Türken entschlossen sein, den Krieg energisch zu führen, und dabei Glück haben, so könnte man sie in dieser Absicht bestärken (weil derselbe die Kaisermächte schwäche), jedoch sich nicht damit verrathen und den Höfen keinen Grund zu Klagen geben. Sollte die Pforte infolge der Einmischung einen Vertrag mit Preussen vorschlagen, so muss ein solcher abgelehnt werden mit dem Vorbehalt, dass ein Vertrag nach glücklich beendetem Kriege unterzeichnet würde, der den Türken Preussens künftigen Schutz gewähren würde. Im Falle dagegen die Pforte zu einem raschen Friedensschluss gedrängt würde, sollte Dietz vor Allem die Vermittelung von Preussen und England zusichern. Würde die Pforte beim Friedensschluss gezwungen, einige Provinzen abzutreten, so sollen die hieraus entstehenden Verhandlungen durch Preussen geschehen, und zwar solchergestalt, dass die kaiserlichen Mächte für die in der Türkei eroberten Provinzen einige ihrer Länder an Preussen als Aequivalent abtreten. Augenscheinlich ist dies die Hauptbedingung der ganzen Instruktion. Dafür bietet der König der Pforte seine Unterstützung nach beendetem Kriege. Die geheime, allergeheimste Instruktion (3. April 1788) enthielt die Bezeichnung der Provinzen, welche von der Türkei an die Kaisermächte übergehen sollten; es sind

dieselben, welche in der allerersten Depesche von Hertzberg an Dietz erwähnt werden (24. November 1787), d. h. die Moldau und die Walachei an Oesterreich, die Krim, Bessarabien und Otschakoff an Russland; ebenso wird hier die Entschädigung näher bezeichnet, welche die Pforte für Preussen verlangen sollte. Demnach soll die Pforte einfach fordern, dass Oesterreich Galizien an Polen erstatte, als conditio sine qua non, wofür Polen Danzig und Thorn an Preussen abtreten müsste mit einigen Grenzbezirken, über die der preussische König sich mit Polen verständigen würde. Es werde genügen, wenn die Pforte obige Forderungen stelle. Für die Durchführung derselben würde Preussen selbst mit seiner ganzen Macht eintreten! Aber auch der Pforte sollte Dietz andeuten, dass, wenn sie sich zu dieser Kombination nicht hergäbe, der König zu ihren Feinden gehören müsste. Die Vorsicht gebiete, diese Pläne erst dann zu enthüllen, wenn die Pforte nach manchem Verlust sich genöthigt sähe, die oben erwähnten Gebiete abzutreten. — Welches die angrenzenden polnischen Kreise aber waren, die Hertzberg sich anzueignen wünschte, erfahren wir gleichfalls durch einen Brief desselben an Dietz; es handelt sich um die Posener und Kalischer Kreise, die Preussen haben müsste. Jedoch soll dieses wie auch der ganze Plan geheim bleiben, da in Berlin ausser dem Könige und Hertzberg Niemand davon etwas wüsste, sogar hatte man die Kenntniss dieser Dinge dem Kollegen Hertzbergs, Grafen v. Finkenstein, vorenthalten.

§ 9.

Briefwechsel zwischen Hertzberg und Dietz.

Wären die Originale dieses in seiner Art einzigen Briefwechsels nicht aufbewahrt, so könnte man an dessen Echtheit zweifeln.*) Es ist schwer zu begreifen, wie so entgegengesetzte Beweggründe und Bestrebungen in einem und demselben diplomatischen Kopf Platz finden und seine Handlungen beeinflussen

*) Der Briefwechsel zwischen Hertzberg und Dietz ist in dem Geheimen Preussischen Archiv aufbewahrt; die Papiere von Dietz sind in der Berliner Bibliothek. Da Zinkeisen (Geschichte des osmanischen Reiches, Gotha 1859) längere Auszüge, die unseren Gegenstand beleuchten, citirt, so haben wir unsere Citate daraus entnommen. IV. 673 u. ff.

konnten; so viel Habgier neben solcher Einfalt, solche Raf
heit bei so unglaublicher Leichtgläubigkeit, solche Aengs
keit, neben der festen Ueberzeugung, die einfache Dr
mit der preussischen Heeresmacht genüge, um im gegel
Augenblick allen Widerstand zu brechen! Ein Plan, der
Alles zur Grundlage hatte, konnte nur geboren werden
dem Eindruck der allzu leichten Triumphe in Holland (u
der That ward er so geboren!) und in der Illusion, das
preussischen Heeressäulen auch im Osten Europas keinem an
Widerstand begegnen würden als dem von Bürgerwehren. J
falls ist dieser Vorgang sehr wichtig, denn er giebt uns
Probe der preussischen Freundschaft, auf welche unsere S
männer später so sehr gebaut haben, die dagegen von
Türken mit gerechtem Misstrauen angesehen wurde.
preussische König will sich die Kaisermächte nicht verfe
und keineswegs „den türkischen Don Quichotte spielen“; ind
die Türken überredet, ihm allein zu glauben und sich s
Führung anzuvertrauen, giebt er ihnen aber Rathschläge,
sie kein Feind hätte schlimmer ertheilen können, mit dem
weis, die Ablehnung dieser Rathschläge würde ihn zwi
auch eine ihnen feindliche Stellung einzunehmen. Der I
soll lange dauern, damit er Alle schwäche; wird der befreu
Türke geschlagen, so ist es gut, und verliert er Länder, u
besser, aber unter der Bedingung, dass dieser Verlus
Preussens Vergrösserung von einer anderen Seite helfe; d
Pforte ihr Interesse in einem starken Preussen sehen
um nach beendetem Kriege sich seines Schutzes erfreue
dürfen!

Man muss zu Dietz' Vortheil hervorheben, dass
„Jüdisch-Hertzbergische“ Politik, wie sie Stanislaw A
nannte, ihm wenig munden wollte. Seit 25 Jahren ware
Türken überzeugt, dass Preussen auf Oesterreich losschl
würde, sobald ihrerseits der Krieg erklärt würde. Wie
Schreiben vom 8. März und 8. April bekunden, war Dietz d
aus dafür, dass Preussen mit aller Kraft auftreten müsse
der überfluthenden vereinten Macht Russlands und Oesterr
einen wirksamen Damm entgegenzusetzen. Preussen name
habe davon Alles zu befürchten, es müsse sich dagegen da
verwahren, dass es sich von ihren Staaten ein gutes Stüc

eigne, welches ihm für immer die gebührende Ueberlegenheit sichere (en nous appropriant de bons morceaux, qui puissent nous leur rendre supérieurs pour toujours). Eine Allianz zwischen Preussen, Schweden, Polen und England werde das dienlichste Mittel dazu sein. Auch könnte man z. B. Ungarn aufwiegeln und es als unabhängiges Königreich von Oesterreich losreissen. Genug, es sei für Preussen der günstigste Augenblick, sich zur ersten Macht in Europa zu erheben. Selbst wenn es einige Jahre Krieg kosten sollte, so würde dies nur ein gut angelegtes Kapital sein, welches sich dadurch reichlich verzinsen dürfte, dass es die Ruhe für ein Jahrhundert und Preussen eine überlegene Macht verbürgen würde, womit es jedem Feinde Trotz zu bieten im Stande sein würde." — In seiner Depesche an den König vom 8. April schreibt Dietz: „Wenn Ew. Majestät unter diesen Umständen nichts für die Türken thun will, so wird das auf sie einen so tiefen Eindruck machen, dass sie es nie wieder vergessen werden und Ew. Majestät ihr Vertrauen für künftige Fälle weder wiedergewinnen noch sich erhalten kann." Diese Meinung hatte nicht Dietz allein. Aus den anderen Hauptstädten erhielt der König ähnliche Denkschriften. Man drang auf ihn ein, er möchte die günstige Gelegenheit sich zu nutze machen, um Oesterreich und Russland anzugreifen. Das schwedisch-polnisch-türkische Bündniss würde genügen, um Russland vom Schwarzen Meere abzudrängen und Schweden die baltischen Provinzen wiederzugeben; gegen Oesterreich müsste Preussen mit aller Macht ins Feld rücken und die Zuversicht hegen, in drei Kampagnen es zum Frieden und zur Abtretung von dem übrigen Schlesien, sowie eines Theiles von Mähren und Böhmen zu zwingen.*) Hertzberg galt freilich in Wien als der entschiedenste Gegner Oesterreichs, aber er hatte keine Lust zu solchen kühnen Unternehmungen. Er liebte Projekte zu machen, zu kombiniren, zu drohen, aber er riskirte nichts. Die obigen Vorstellungen wollten ihm keineswegs einleuchten, in verschiedenen Depeschen schreibt er an Dietz: er müsse doch nun endlich die wahren Absichten des Königs kennen, welche mit seinen unpraktischen Ideen (vos idées impraticables) gänzlich unvereinbar seien. Ein

*) Denkschrift von Goltz, bei Häusser, I. 229.

Bündniss zwischen England, Polen, Schweden und Preussen sei geradezu unmöglich. „Sie wollen meinen Plan nicht recht verstehen, den Sie doch billigen müssten, wenn Sie nicht bei Ihrem Eigensinn (votre entêtement) beharren wollten ..... Sie schlagen die Streitkräfte der Pforte viel zu hoch an und verlangen, dass der König sich für sie erklären und den beiden Kaiserhöfen den Krieg erklären solle. Das hiesse aber weiter nichts, als sich den Tadel und den Krieg von ganz Europa zuziehen und gewärtigen, dass man bei der ersten besten Umwälzung der Dinge von den Türken verlassen würde u. s. w." In einer etwas späteren Depesche an Dietz heisst es wiederum: mit seinen ewigen Lobhudeleien der Türken sei dem Könige sehr wenig gedient; er solle sich lieber gute Verbindungen und Einfluss zu verschaffen suchen. Denn die Pforte, welche sich vordem so sehr um Preussens Gunst beworben habe (a tant recherché la Prusse), scheine seit einiger Zeit gar nicht mehr zu wissen, dass es existire. Die Pflicht eines geschickten und einsichtsvollen Gesandten bestehe aber gerade darin, dass er bei der Macht, bei welcher er beglaubigt sei, im Interesse seines Hofes seinen Einfluss geltend zu machen wisse. Noch dringender mahnte ihn der König selber: „Ich beschwöre Sie, keine Zeit mehr damit zu verlieren, dass Sie sich mit leeren Raisonnements und den eitlen Hoffnungen der Türken kurzweilen, schmieden Sie das Eisen, während es warm ist, und arbeiten Sie mit Eifer an der Ausführung meines Planes. Sie werden doch wohl einsehen, dass Sie die beste Gelegenheit in Ihrer Hand haben, mir den wichtigsten Dienst zu leisten und sich selbst ein glänzendes Geschick zu sichern (une fortune éclatante). Wenn Sie dieselbe entschlüpfen lassen, werde ich es bitter bedauern (j'en aurai un regret amer) und für Sie würde Alles verloren sein."*) Infolge solcher Mahnungen und Vorwürfe musste endlich Dietz gegen seine Ueberzeugung sich in das Fahrwasser der Hertzbergschen Pläne hineinreissen lassen; er fing an, in diesem Sinne mit den Türken zu verhandeln. Mit welchem Erfolg, lässt sich leicht errathen. Es war eben die Zeit, in der die Türken den Krieg fanatisch verlangten und an keinen Frieden denken wollten,

*) Hertzbergs Depeschen vom 26. April, 24. Mai, 30. Juni, königlicher Befehl vom 19. August 1788.

geschweige denn an einen Frieden mit so schweren Bedingungen! Hertzberg musste nun einsehen, dass die Türken sich wehren konnten; als ihr „guter Freund“ war er weniger um ihr Wohl besorgt als um das sichere Gelingen seiner Entwürfe für Galizien und den Tausch dieser Provinz mit den westlichen polnischen Gebieten. Die Misserfolge der beiden verbündeten Kaisermächte zerstörten seine Pläne und betrübten ihn. „Der König ist für meine Ideen ganz eingenommen und wünscht deren Durchführung“ (schreibt er am 30. August 1788), doch sah er jetzt ein, dass die unglaubliche Hülflosigkeit Russlands und Oesterreichs ihm im Wege sei. „Niemand hätte voraussehen können, dass die Oesterreicher und die Russen nicht einmal im Stande sein würden, mit 300 000 Mann regulärer Truppen die Türken über die Donau hinüberzuwerfen.“ (Hertzberg an Dietz 15. Juli 1788.) In dieser Zeit, zweite Hälfte von 1788, standen allerdings die Dinge sehr schlimm für Oesterreich. Man braucht bloss an Mehadia, Slatina und Lugos zu denken, daneben die Unthätigkeit der russischen Armee. Das Berliner Kabinet sah nun ein, dass es etwas gewagt wäre, die Türken unter diesen Umständen zu Zugeständnissen zu bereden. Auf ein eigenhändiges Kabinetsschreiben des Königs vom 11. September 1788 antwortete Hertzberg sogleich: „Allerdings müssen wir vielleicht unseren Vergrösserungsplan ganz anders drehen und wenden (tourner d'une manière toute différente), wenn die beiden Kaiserhöfe ihren Krieg gegen die Türken so unglücklich fortführen und vorzüglich der Kaiser eine Schlacht verlieren sollte.“

Diese Wendung der Dinge war in den ersten Instruktionen, die an Dietz abgingen, nicht vorausgesetzt; Hertzberg musste also neue aufstellen für den Fall, dass nun die Kaisermächte den Frieden verlangen sollten. Der Inhalt dieser zweiten Instruktionen war, dass die Türkei ihre Eroberungen in Ungarn an Oesterreich nur dann zurückerstatten sollte, wenn diese sich verpflichtete, Galizien an Polen wiederzugeben. Ueber Galizien würde sich dann der König mit Polen verständigen. „Doch solle Dietz der Pforte vorerst nur von den Vortheilen sprechen, welche ihr die Abtretung Galiziens an Polen gewähren werde, ohne etwas von den Ansprüchen zu erwähnen, welche Preussen erhebe. Denn das könne leicht den Polen das Vertrauen be-

nehmen und die übrigen Mächte vor der Zeit beunruhigen, zumal da man auf die Diskretion der Pforte gar nicht rechnen könne." So lautet eine eigenhändige Bemerkung des Königs auf Hertzbergs Bericht vom 7. Oktober 1788.

Somit — wer auch der Sieger sein wird, Preussen muss davon Vortheil ziehen, der Erfolg muss diesem Hof zu Gute kommen, der von Weitem zusieht und berechnet, welche Prozente sich herausschlagen lassen. Ob die Türken siegen oder besiegt werden, immer kommt Galizien aufs Tapet; Oesterreich muss es abtreten, damit Preussen einen Gewinn erzielen kann. Hertzberg konnte wohl auf eine Spekulation stolz sein, in der Andere Blut vergossen, damit er die Thaler sammelte; auch dem König gefiel diese Spekulation dermaassen, dass er später, bei ganz veränderten Umständen, nicht müde wurde, dieselben Ziele zu verfolgen und die Verwirklichung dieses Planes an mancher Stelle zu befürworten. Doch eben jetzt verwickelten sich die Dinge in ganz unerwarteter Weise. Anfang September 1788 erhielt das Berliner Kabinet die unangenehme Nachricht, dass Russland sich um ein Defensivbündniss mit Polen viel Mühe gebe. Dieses Bündniss durchkreuzte Hertzbergs Pläne. Er musste nun zu erreichen suchen, dass Polen selbst dieses Bündniss ablehne. Preussen fand sich genöthigt, das Vertrauen der Polen zu gewinnen und sie von seiner uneigennützigen Freundschaft zu überzeugen. Unter solchen Umständen würde die geringste Indiskretion, welche die gehegten Pläne über Galizien und andere polnische Gebiete verriethe, in der Republik berechtigtes Misstrauen erwecken. Dietz erhielt also den Befehl, von den Absichten Preussens der Pforte gegenüber keine Silbe mehr verlauten zu lassen.

§ 10.

Die österreichisch-russische Konvention zum Schutz der polnischen Republik.

Unterdessen war das grosse Geheimniss, welches Preussen so fest bewahrt wissen wollte, von den Kaisermächten längst entdeckt worden. Fürst Kaunitz hatte die an Jacobi gerichteten Depeschen, die denselben Inhalt wie die an Dietz hatten, aufgegriffen. Man kann sich leicht denken, welchen Eindruck diese

Einsicht in die preussischen Pläne auf den österreichischen Kanzler hervorrief und mit welchem Vergnügen er davon nach Petersburg Mittheilung machte; und da dieser glückliche Zufall von ihm auch ferner ausgenutzt wurde, so brachte jeder Kurier von Wien nach Petersburg die Hertzbergsche Korrespondenz zur Kenntniss der Kaiserin. Alle Pläne des Berliner Kabinets und die Veränderungen, die sie nach und nach infolge der Kriegsereignisse durchmachten, wurden in Wien und Petersburg bekannt und besprochen. Katharina wunderte sich über die Leichtigkeit, mit welcher Friedrich Wilhelm die Vorschläge seines Ministers annahm. „Man muss so dumm sein“ (sagte sie an Bezborodko), „wie der Herr dieses langen Keller ist“ (Keller war der preussische Bevollmächtigte in Petersburg), „um all den hohlen Vermuthungen Zutrauen zu schenken, wie er es in diesem Falle thut!“ Fürst Kaunitz begnügte sich nicht mit solcher geringschätzigen Bemerkung. „Hier haben wir einen neuen Beweis“ (schreibt er an den Grafen Cobentzl, den österreichischen Gesandten in Petersburg), „dass der Berliner Hof die Absicht hegt, sich der ersten Gelegenheit zu bedienen, um seine Eroberungssucht auf Kosten der polnischen Gebiete zu befriedigen, trotzdem diese Gebiete vertragsmässig durch die beiden Kaisermächte und den Berliner Hof gesichert wurden. . . . . . Nach ausdrücklichem Befehl des Kaisers muss ich Sie bitten, die Aufmerksamkeit des Ministeriums der Kaiserin ganz besonders auf diesen Umstand zu lenken. Ohne Zweifel theilen wir den Wunsch von Russland, dass der Krieg mit der Türkei uns keine anderen Händel zuziehen soll; aber daneben muss ich hervorheben, dass keiner der Vortheile, die wir seitens der Pforte erzielen möchten, uns für den von Preussen beabsichtigten Zuwachs an Land entschädigen könnte. In keiner Weise, in keinem Fall wird der Kaiser es dulden, dass Preussen sich vergrössere. Unser Vertrag zieht zwar diese preussische Diversion in Betracht; die Pläne des Berliner Kabinets sind gegen unsere vertragsmässige Sicherung der polnischen Gebiete, und beide Kaiserhöfe müssten diesen Plänen mit den Waffen opponiren; da aber in solchen Fällen Alles von zeitgemässem Handeln abhängt, so müssen wir schon heute im Stillen abmachen, was wir auf diesen erwarteten Fall unternehmen; wir müssen auch genau erfahren, welche Kräfte die Kaiserin für diesen Fall

bereit hält. Sollte Hertzbergs Plan nicht zu Stande kommen so fallen unsere jetzigen Abmachungen von selber; wird er abe wie gewöhnlich, plötzlich seine Aktion entfalten, so wäre e zu spät, erst dann die Verständigung mit der Kaiserin z suchen.“ *) In solcher Absicht beauftragte der österreichische Kanzler Cobentzl, dem russischen Hofe einen Vertrag anzubieten, um Preussen gemeinsam entgegenzuarbeiten. Polen sollte hinein-gezogen werden mit der Bedingung, Westpreussen wiederzu-erlangen.

Dieser Vorschlag missfiel der Kaiserin aus verschiedenen Gründen. Katharina hatte im Sinn, einen eigenen Vertrag mit Polen zu schliessen, und Oesterreichs Theilnahme daran wollte ihr gar nicht zusagen. Nach den Begriffen des Petersburger Kabinets sollte Polen mit keinen anderen Mächten Verträg schliessen als nur mit Russland allein. Ausserdem war ihr jed Vergrösserung von Polen gar unwillkommen, geschweige denn di Abrundung nach Westpreussen und die freie Beherrschung de Meeres; sie wollte auch bei den Polen gar keine Hoffnung au kommen lassen, als ob es ihnen je gelingen könnte, die in de ersten Theilung verlorenen Provinzen wiederzuerlangen. Oh ihre Beweggründe zu verrathen, liess sie aber dem österreichisch Gesandten durch Bezborodko sagen, „dass es unmöglich sei, m der Republik etwas insgeheim abzuhandeln, und dass es bald des Königs in Preussen Kenntniss gelangen würde, wenn w den Polen die Hoffnung machen sollten, dass sie die von de Berliner Hof durch den Partage-Traktat ihnen entzogen Provinzen ihm wieder abnehmen könnten. Man würde solch gestalt benanntem König über den ruhigen Besitz seiner La Besorgniss einflössen und ihn eben dadurch zur Ergreifung ei gewaltsamen Partie entschliessen, zu der er ohne eine de Veranlassung vielleicht nicht geschritten wäre. In Betreff ei Traktates mit der Republik Polen versicherte mich Graf Be borodkow, dass die Garantie des Ganzen ihrer Besitzungen ei Hauptpunkt davon ausmachen müsste, dass aber das v geschlagene Bündniss unnöthig und unmöglich sei.“ **)

*) Depeschen des Fürsten Kaunitz an Cobentzl, 6. Januar 17 Wiener Staatsarchiv.

**) Depeschen von Kaunitz an Cobentzl vom 3. Februar 1788.

Fürst Kaunitz erwidert, dass keine Rede davon wäre, Polen gleich mit hineinzuziehen, aber es könnte doch nützlich sein, es zu warnen; ferner, dass er es als von der grössten Wichtigkeit erachtet, Polen gegen Preussen zu sichern und, falls es zum Bündniss mit Frankreich käme, diese Macht auch zu verpflichten, für Polen sowohl wie für die Kaisermächte gegen die preussischen Absichten einzutreten, schliesslich, dass der Kaiser die Kaiserin bitte, sich klar auszusprechen über ihre Absichten in der Sache zwischen Polen und Preussen.*) Die dringenden Mahnungen des Fürsten Kaunitz kamen der Kaiserin sehr ungelegen. Um diese Verhandlungen über Polens Sicherheit mit dem Wiener Kabinet zum Abschluss zu bringen, ertheilte sie die vom Kanzler geforderte Erklärung und erbat sich ein ähnliches Aktenstück seitens des österreichischen Kaisers. In dieser Erklärung, die am 10./21. Mai 1788 zu Petersburg unterzeichnet wurde, erklärt die Kaiserin, „indem sie der Besorgniss des römischen Kaisers Rücksicht erweist, dass, falls der preussische König irgend ein Gebiet der polnischen Republik an sich reissen sollte, die russische Macht sich mit der österreichischen vereinigen wird, um gemeinsam in Berlin die dringendsten Vorstellungen in dieser Angelegenheit zu machen; sollten diese erfolglos bleiben, so ist dieselbe bereit, die Waffen zu ergreifen gegen den preussischen König, insofern dies die eigene Sicherheit und der Krieg mit der Pforte zulassen werden".**) Es muss hier hervorgehoben werden, dass diese gegenseitige Abmachung der beiden Mächte ganz geheim blieb, weder in Berlin noch in Warschau verlautbarte etwas davon, sogar Stackelberg blieb dieselbe unbekannt. In Warschau blieb es dabei, dass nur Russland allein den Willen und die Möglichkeit habe, Polen vor dem preussischen Ueberfall zu schützen.

Der österreichische Kanzler verlangte nähere Auskunft über den von Russland beabsichtigten Vertrag mit Polen, und dieses Verlangen zwang Katharina, die Sache zu beschleunigen. Es ist nun unsere Absicht, das Zustandekommen dieses Vertrages darzustellen, da er bald eine gewisse Berühmtheit erlangen sollte.

---

* Depeschen von Kaunitz vom 6. April und von Cobentzl vom 24. Mai 1788.

** Der Text dieses russisch-österreichischen Vertrages vom 10./21. Mai 1788 ist weder in den Akten der polnischen, noch der russischen Gesandtschaft des Staatsarchivs (vom Jahre 1788) vorhanden. (Anm. d. Ueb.)

Kapitel 3.

Polnisch-russisches Bündniss.

(1787 bis 1788.)

§ 11.

Stanislaw August beabsichtigt Polen in den Kri gegen die Türkei hineinzuziehen.

Der Vorschlag eines Vertrages zwischen Polen und Rus ging von Stanislaw Augusts Seite aus. Diese Idee ward König durch den Wunsch eingegeben, die Republik in Krieg zu verwickeln. Während des bayerischen Erbfolgekr (1778 bis 1779) trachtete er gemeinsam mit Preussen und land Oesterreich anzugreifen, um bei günstigen Umst Galizien wieder zu erobern. Im Jahre 1783, als ein Krie der Pforte bevorstand, bot er wieder der Kaiserin seine wirkung an. In Kaniow machte er durch Stackelberg dies Vorstellungen. Diesmal wurde der Vorschlag gnädig genommen, es kam jedoch zu keiner festen Abmachung. „S Dinge werden nicht auf einer Galeere abgethan", erwidert Kaiserin; „wenn ich nach Petersburg zurückkehre, werd mich mit der Angelegenheit befassen." — Unterdessen w die strengste Geheimhaltung von beiden Seiten beobachtet die Intimsten in der Umgebung konnten etwas davon vermu

Welcher Meinung man auch über ein Bündniss mit Rus sein mochte, es lässt sich nicht bestreiten, dass es im Pr ein rettender Gedanke war, die Republik in einen Krie verwickeln. Seit 70 Jahren hatte diese keinen regelrechten I geführt; der ritterliche (kriegerische) Geist war in der N erloschen, und wahrlich, die Konföderation von Bar konnt nicht wieder erwecken, denn diese hatte mit wenigen Ausna nichts als gestaltlose Unordnung hervorgebracht. Zugleic dem kriegerischen Geist war der politische Instinkt abha gekommen; die Uebermacht in den Landtagen (polnisch Sej und im Tribunal, gieriges Verlangen nach Aemtern und Wü Zanksucht und Uebervortheilung bildeten den Inhalt des ö lichen Lebens in den letzten 50 Jahren. „Es ist ein Advok

volk", schrieb öfters Stackelberg. Alles war kleinlich und verlottert unter dem letzten Sachsen und hatte sich später auch nicht verbessert. Wir wollen nur daran erinnern, was Gegenstand des öffentlichen Interesses in dieser Zeit war. Im Jahre 1782 war die Hauptfrage, ob Soltyk verrückt geworden war oder ob er seinen Verstand noch besass;*) im Jahre 1785 theilte der Prozess gegen die niederträchtige Intrigantin Dogrumoff das ganze Land in zwei sich hassende Parteien,**) ein Jahr später ward das Marschallsdekret in diesem Prozess und der Name von Branicki, der in denselben verwickelt war, Hauptinteresse der öffentlichen Meinung und Staatsangelegenheit im Kabinet, in den Landtagen und im Reichstag; je nichtiger die Sache war, um so leidenschaftlicher entbrannte der Kampf um sie, man vergeudete Kräfte, die, gut geschult und richtig verwendet, dem Lande grosse Dienste hätten leisten können. — In solch bedauernswerther Unordnung dem Volke ein ernstes Ziel vorzuhalten, konnte an und für sich eine segensreiche Wendung zum Besseren herbeiführen. Ein Krieg hat in sich etwas Ernstes, Aufrichtendes, das den Geist eines Volkes läutert und hebt.

*) Soltyk, Bischof von Krakau, stand schon im Jahre 1772 in dem Ruf nicht völlig gesunden Verstandes. Ob diese Annahme schon damals begründet war, mag dahingestellt bleiben, jedenfalls sind seine Briefe aus dem Jahre 1772, in welchen er seinen Landsleuten den scharfsinnigen Rath ertheilt, nicht auf dem Reichstag zu erscheinen, auf dem hernach die erste Theilung Polens vollzogen wurde, ein Beweis von gesundem Urtheil. — Bald nach diesem Reichstag ward die Lebensweise des Bischofs auffällig, zunächst verfiel er in Melancholie und vernachlässigte die Geschäfte seines Bisthums, und als zwischen ihm und Kollataj, später auch zwischen ihm und dem Krakauer Domkapitel Konflikte entstanden, gab er allerdings Zeichen eines gestörten Verstandes. Einzelheiten über den Sachverhalt in Lentowski, Katalog der Krakauer Bischöfe, II. 143, polnisch, und in Hermann, Geschichte Russlands, VI. 497, deutsch. (Anm. d. Ueb.)

**) Die Majorin Dogrumoff, französischer Herkunft, gehörte zu den abenteuerlichen Gestalten, welche damals sich in Warschau versammelten und Unheil stifteten. Als ihre Reize verblüht waren, warf sie sich auf politische Intriguen und wusste den Männern, welche den König umgaben, vorzuspiegeln, es drohe seinem Leben seitens des Fürsten A. Czartoryski Gefahr, und umgekehrt warnte sie Czartoryski, dass der König auf sein Leben fahnde. Hieraus entwickelte sich ein Prozess, der zwar mit der Einkerkerung der Intrigantin endete, nichtsdestoweniger aber böses Blut machte. Einzelheiten hierüber in Memoiren und Flugschriften des Jahres 1785 und bei Hermann, Geschichte Russlands, VI. 137. (Anm. d. Ueb.)

Die Geister der Polen durch den Ruhm eines Krieges zu e
zünden und zu läutern, sie aus dem Hader und der Zerrissenh
in welche Müssigkeit so leicht verfällt, herauszureissen, war
richtiges Bestreben. Die Macht ferner, welche vom Kriege je
Regierung verliehen wird, richtig auszubeuten, um den Einfl
derselben zu stärken, die Armee dabei zu vergrössern und
etwas von ihrem früheren Ruhm und Ansehen zu erobern, so
die Republik wieder einmal in Berührung mit den europäisc
Mächten zu bringen — diese Motive, zugleich mit der Hoffnu
die verlorenen Provinzen zu erlangen, rechtfertigten in voll
Maasse die Absichten des Königs. Sollte es auch zu kein
Krieg kommen, so waren die Vortheile eines Bündnisses
Jedermann sichtbar, der in die politischen Angelegenheiten e
geweiht war und von der preussischen Eroberungssucht gena
Kenntniss erlangt hatte. Andererseits ist wohl zu erwägen,
bei der misslichen Lage des ganzen Landes, inmitten der Fein
die es von aussen und von innen stets bedrohten, ein solc
Plan, trotz seiner unverkennbaren Vortheile, nicht zu gewa
war; vor Allem muss daran erinnert werden, dass der Kri
gegen die Türken doch wohl kaum mit reinem Gewissen unt
nommen und daher schwerlich mit Begeisterung von den Mass
geführt worden wäre, worauf es doch wesentlich ankomm
musste; und ob es schliesslich nicht der immer befolgten Traditi
zu sehr widersprochen hätte, die Republik in das Joch d
russischen Politik zu spannen, welche doch die Kirche und
europäische Kultur immerfort bedrohte, sind Fragen, die
anderer Stelle zum Theil beantwortet worden sind,*) hier al
des Weiteren erörtert werden sollen. Wie dem auch sei, d
König verlor keine Zeit, und schon im September 1787 hatte
ein Projekt des Vertrages ausgearbeitet und zur weiteren I
förderung an Deboli in Petersburg geschickt. Trotz vie
Bemühungen ist es uns nicht gelungen, dieses Dokument
finden; wir können nur aus den vorhandenen Briefen u
diplomatischen schriftlichen Erörterungen darüber auf den Inh
desselben ungefähr schliessen. Dieser defensive Vertrag sol
nach dem Entwurf des Königs die Integrität des Besitzes beid
Mächte in Europa sichern; im Kriegsfall sollte Polen 20000 Ma

*) W. Kalinka, Die letzten Jahre der Regierung Stanislaw Augu
I. 265.

Kavallerie stellen, Russland dieselbe Zahl Infanterie; um dieses Armeekorps zu bilden, verlangte der König 300 000 Dukaten. Während des Krieges sollte dem König grössere Vollmacht zugestanden werden, und zwar sollte er im Sinne der Pacta Conventa das Recht der Amtsernennung wiedererlangen. Beim Friedensschluss sollte die Republik an den Vortheilen Antheil haben, auch einen Handelsvertrag für die Schifffahrt im Schwarzen Meere erlangen; schliesslich sollte ein ausserordentlicher Reichstag berufen werden, der, durch eine Konföderation gebildet, das Zustandekommen dieser Bedingungen zu bestätigen hätte. Es leuchtet ein, dass dieser Plan vielseitig und wohlüberlegt war, auch offenbarte er die Bestrebung, allmählich die drückende und beschämende Abhängigkeit von Russlands Garantie in ein ausgleichendes und würdigeres Verhältniss umzuwandeln. Ausserdem drückte der König Stackelberg gegenüber die Absicht aus, sich an die Spitze des polnischen Armeekorps zu stellen und es selbst im Kriege zu befehligen, er bat auch um die Abordnung eines der russischen Generale, um ihm in dem Kommando beizustehen. Als Entgelt erbat er für die Republik ein Stück der Moldau und Bessarabiens mit dem Hafen von Ackerman, der den Zugang an das Schwarze Meer eröffnete.*) Beide Forderungen wurden von Stackelberg lebhaft befürwortet. Das eigene Kommando, meinte er, würde den König an uns binden und ihn von der schweren Wahl zwischen dem Fürsten Kasimir, Fürsten Stanislas, Hetman Branicki und Felix Potocki, die Alle auf den Oberbefehl Anwartschaft hatten, befreien. Die Abtretung der obengenannten Strecke mit dem Hafen von Ackerman schien Stackelberg auch für Russland günstig zu sein, das auf diese Weise ein neutrales Gebiet zwischen sich und Oesterreich schaffen würde. Unglücklicherweise aber war zu diesen Ansprüchen noch eine Forderung hinzugekommen; der König musste gestehen, dass er mittellos war und das Kommando nur mit der pekuniären Unterstützung der Kaiserin übernehmen könnte. Es ist leicht begreiflich, dass eine solche Bedingung seine übrigen Forderungen nicht sonderlich förderte; wie denn der König auch die gut überlegten Pläne häufig durch mangelhafte Haushaltung zerstörte.

*) Depesche von Stackelberg an die Kaiserin vom 25. September (6. Oktober) 1787.

§ 12.

Das Projekt einer Konföderation vor dem Reichstag. Russland macht Schwierigkeiten.

Nach erlangter Kentniss der oben erwähnten Vorschläge liess Katharina gar nichts von ihrer Auffassung derselben verlauten, auch beeilte sie sich keineswegs, eine Antwort zu geben. Andererseits verursachte, obwohl der Krieg noch nicht ausgebrochen war, schon die Aussicht auf ihn der polnischen Republik viele Schwierigkeiten. Die lebhafte Gemüthsart der Polen zwang sie, abwechselnd kühne Hoffnungen und übertriebene Befürchtungen zu hegen. Gleich nachdem die Beziehungen zu Russland abgebrochen waren, wurde von der Pforte ein Firman verfasst und in Chocim verkündet, in dem die Freundschaft für Polen ausdrücklich erklärt und die Versicherung gegeben ward, die polnischen Grenzen und Gebiete zu achten. Dagegen erklärte Stackelberg schon Mitte Oktober im Schosse des permanenten Rathes, dass Katharina gezwungen wäre, einen Theil ihrer Armee in Polen ohne vorherige Erlaubniss einzuquartieren; er betheuerte, dass die strengsten Befehle gegeben wären, um die Disziplin in der Armee aufrecht zu erhalten und die Lieferungen im Voraus baar zu bezahlen.*) In der That erschienen bald fünf Bataillone der Rumianzoffschen Armee unter Galitzyn in Polen. Dieses Ereigniss, obwohl vorausgesehen, machte allenthalben einen übeln Eindruck, sowohl in Warschau wie in der Ukräne. Um die Gutsherren und ihre Bauern gegen die Ausschreitungen und Gewaltthaten der russischen Soldaten zu schützen, erliess der Rath eine Anweisung an die Ukräner Wojewodschaften und empfahl ihnen, Kommissionen zu bilden,

*) Im Januar 1788 brachte de Caché eine Note vor den permanenten Rath, mit der Bitte, es möge der österreichischen Armee gestattet werden, das polnische Gebiet zu überschreiten, um Chocim zu belagern. Der Rath erwiderte darauf, er könne keine solche Erlaubniss ertheilen, da die Entscheidung in solchen Fragen dem Reichstag zukäme, der allein einen Beschluss fassen könnte; er könne aber auch nicht verbieten. Stackelberg und Ostermann nahmen Oesterreich diese Anfrage übel als überflüssige Rücksicht gegen Polen und meinten, man müsse ohne Erlaubniss einmarschiren. Kaunitz bestritt diese Meinung, er wollte auch Russland durch sein eigenes Beispiel nicht ermuntern, in Polen gebieterisch aufzutreten und sich Rechte anzumaassen, die ihm nicht zukamen.

die sich direkt mit dem russischen Kommando über die geforderten Lebensmittel zu verständigen hätten. Die Wojewodschaft Podolien fügte sich dieser Anordnung, dagegen widersetzte sich Wolhynien und schickte eine Deputation an den König, um diesen Schritt zu rechtfertigen; dabei ging es nicht ohne bittere Vorwürfe für die Regierung ab, die zugelassen, dass eine fremde Macht sich dergleichen herausnehme. Zu derselben Zeit erfuhr man, dass der Hetman Branicki sich in Potemkins Hauptquartier befand, dass er dort eigenmächtig Polens Hülfe gegen die Türken angeboten habe, dass sein Partisan Pulawski in Litthauen unter seinem Namen Soldaten anwerbe und dergleichen mehr. Zum Glück wurde nun das Reskript von Katharina an Stackelberg bekannt, der die Polen zur ruhigen Neutralität mahnte; der Rath fühlte sich nunmehr stark genug, seinerseits die militärischen Bezirksbehörden daran zu erinnern, dass sie lediglich vom Kriegsministerium abhingen und ihm zu gehorchen hätten. — Inzwischen drohte Gefahr auch von der türkischen Seite! Da die Russen ohne Weiteres Polens Neutralität vergewaltigt hatten, so fühlte sich ihrerseits die Pforte zu nichts verpflichtet, ein zweiter Firman vom 8. November 1787 aus Chocim erlaubte den Türken, ihre Feinde in Polen anzugreifen, sobald sie fünf Meilen weit von den Grenzen angetroffen würden. Man erzählte, dass der neue Chan der Tataren, Asslan Geray, der in der Moldau mit 30000 Mann Kavallerie stand, den Befehl erhalten habe, Polen zu überfallen. Der permanente Rath befahl Felix Potocki, kommandirendem General in der Ukräne, die Grenzen zu schützen und im Falle eines Ueberfalls das „vim vi repellere“ gelten zu lassen.*)

In so schwieriger Lage trugen der Primas und der Kanzler dem König ihre Meinung vor, dass es unmöglich wäre, mit der geringen Macht, die dem permanenten Rath zur Verfügung stände, das Land zu beherrschen und die Bürger zum Gehorsam zu bringen, dass es daher nothwendig erschien, mit der Vollmacht einer Konföderation den Reichstag zu berufen oder eine Konföderation ohne Reichstag im permanenten Rath zu bilden.

*) Depeschen vom Nuntius Saluzzo am 10. und 17. Oktober, 17. und 21. November; von Buchholtz 17. November, 1. Dezember 1787; de Caché vom Januar 1788; Deboli vom 1. Februar 1788.

Der König erklärte sich für die letztgenannte Maassregel, und nach einer Konferenz mit Stackelberg wurde Deboli beauftragt die Ermächtigung der Kaiserin zu erwirken. In der Denkschrift, die Deboli über diesen Gegenstand Ostermann in Petersburg einreichte, erklärte er die Nothwendigkeit, eine machthabende Konföderation zu bilden, um bei der herrschenden Unruhe der Geister und den fremden Intriguen das Land in Ordnung zu erhalten und es ganz zu bewahren. Eine solche Konföderation, im Schosse des Rathes und dem König beigegeben, würde die Provinzialstände zur Wahl ihrer Marschälle aufrufen und jeden für einen Feind des Vaterlandes erklären, der andere Verbindungen gründen wollte. Der Reichstag könnte dann seinerseits (im Oktober) einberufen werden und zwar durch die oben genannte Konföderation.*) In Petersburg fanden diese Vorschläge des Königs wenig Anklang; es lag der Kaiserin wenig daran, in Polen eine starke Regierung zu begünstigen; Ostermann wollte nicht begreifen, wie eine Konföderation ohne Reichstag möglich wäre, dann wollte er Rücksicht auf den Eindruck nehmen, den ein solcher Schritt in Berlin und Wien hervorrufen könnte; schliesslich wurde dem König nach Warschau eine ablehnende Antwort übermittelt. Stackelberg betonte im Namen der Herrscherin, „dass die Konföderation ohne Reichstag einem Theil der Bevölkerung missfallen könnte, dass es in den Provinzen Differenzen in den Akten hervorrufen könnte, und vor Allem die Hauptaufgabe, das heisst das Zustandekommen der Allianz, gefährden könnte“. Es würde Alles viel besser gehen, „wenn gleich Aufrufe an die Landtage ergingen mit der Mahnung, den grossen Reichstag zu beschicken, dann könnte eine Konföderation aus den Mitgliedern des permanenten Rathes, anderer Dikasterien und der Abgeordneten zum Reichstag gebildet werden“. — Der Gesandte schloss mit der Bitte, der König möchte ja nur nach diesem letzten Plane handeln; die Kaiserin dächte immerfort an das Bündniss, und dass, sobald dieses geschlossen, nichts der Einberufung eines ausserordentlichen Reichstages im Wege sein würde; dass nur die Wichtigkeit der Angelegenheit die Verzögerung erheischte. „Das Zusammentreffen aller Umstände“ (schreibt der König an Deboli), „de

*) Bericht von Deboli an den König, 19. Dezember 1787.

iesigen sowohl wie der Ihnen wohlbekannten in Petersburg, berzeugt mich, dass mir nichts übrig blieb, als den Forderungen es Gesandten nachzugeben, da sie den Wünschen der Kaiserin ntsprochen haben."*) Doch ärgerte ihn das Zögern. Bei der angsamen polnischen Regierungsmaschinerie musste man eine Reihe Schwierigkeiten voraussehen und viele Instanzen würde nan durchzumachen haben, bevor ein Soldat zum Kampf bereit stünde. Um diese Verzögerung zu vermeiden, versuchte König Stanislaw noch ein Mittel. Durch Deboli ersuchte er das Petersburger Kabinet, ihm heimlich die Mittel zu gewähren, die Armee auf 30 000 Mann zu bringen, um dieselbe gleichzeitig mit der Unterschrift des Bündnisses fertig zu haben. Katharina hatte verschiedene Gründe, auch diesem Wunsche nicht nachzugeben, unter Anderem die berechtigte Furcht vor der bekannten gutmüthigen Freigebigkeit des Königs, der wohl im Stande war, die für die Armee bewilligten Mittel an seine Freunde zu vertheilen. Sie befahl Bezborodko, dem Drängenden zu erwidern, dass die Gewehrfabrik in Tula die nöthigen Waffen liefern würde, wenn die Zeit herankäme.

„Es entsteht für uns" (schreibt der König an Deboli) „die fatale Nothwendigkeit, die Rolle des Wartenden zu spielen und uns in Geduld zu fassen, bis es tandem dem Petersburger Hof gefallen wird, aus uns etwas zu machen. Ich kenne wohl die Schädlichkeit dieses Nichtsthuns und Ew. Wohlgeboren sollten es dort (in Petersburg) öfters zur Sprache bringen, aber ohne lästig zu fallen." Januar und Februar (1788) vergingen in dieser Weise, und aus Petersburg erhielt man nur Versprechungen. „Ich sehe wohl ein" (schrieb der König), „dass man in Russland nur die Absicht hegt, die fremden Höfe einzuschläfern und in Berlin wie auch in Wien die Meinung hervorzurufen, dass hier Alles beim Alten bleiben soll; ich schliesse dies aus den Berichten des Gesandten und aus den Worten und Mitteln, die er gebraucht, um die Neugier derjenigen zu befriedigen, die sonst sein Vertrauen besassen." Diese Vermuthungen des Königs wurden auch durch Deboli bestätigt, der die russische Politik richtig beurtheilte. Er wusste, dass man in Petersburg jede Einmischung der fremden Höfe in die polnische Angelegenheit

*) Depesche des Königs vom 9. Januar 1788.

zu paralysiren suchte; auch jetzt wollte das Petersburger Kabinet die gewöhnliche Reichstagszeit abwarten, um dann das mit dem König verabredete Bündniss zur raschen Genehmigung vorzulegen und es als fait accompli den fremden Mächten aufzutischen.

§ 13.

Branicki und Felix Potocki planen eine Konföderation.

Die Kaiserin wurde nicht allein von dem König angegangen, ein Bündniss mit Polen zu schliessen. Gegen Ende 1787 schickte Potemkin aus Elisabethgrad einen Konföderationsplan, der von Hetman Branicki und von Felix Potocki entworfen und ihm zur Beförderung überreicht ward. Der Hauptgedanke dieses Projektes war: die Konföderation sollte nicht in Warschau unter der Führung des Königs stattfinden, sondern in der Provinz bei Initiative und unter Leitung der oben genannten Magnaten. Diese Initiative sollte von Petersburg Unterstützung und Mittel zur Ausführung erhalten. Nach vollendeter That und mit fertigem Programm sollten die Parteigenossen vor den König treten und ihn zur Theilnahme auffordern. Es war eben nichts mehr und nichts weniger als ein Staatsstreich gegen die bestehende Regierung, welche auf diesem Wege beseitigt werden sollte, um den Urhebern der Konföderation Platz zu schaffen, ein Werk, welches der Konföderation von Radom*) ähnlich war und wohl als Vorbote der Ereignisse, die fünf Jahre später stattfanden, anzusehen ist; der eigentliche Zweck des Ganzen war aber der gemeinsame Krieg gegen die Türkei. Sehr bezeichnend ist die Motivirung dieses ganzen Planes Russland gegenüber. Der Warschauer Konföderation wissen diese Herren entgegenzuarbeiten, weil dieselbe in der Hauptstadt leicht auf Schwierigkeiten seitens der fremden Höfe stossen könnte, auch würde der König die Macht, welche ihm die konföderirten Stände verleihen, ausschliesslich im Interesse der polnischen Sache ausbeuten und sich um russische Interessen wenig kümmern. Die Kaiserin müsste auch die Forderungen des Königs berücksichtigen; ähnliche Bedenken fielen allesammt weg, wenn die

*) Die K[illegible] von Radom wurde 1767 in der Stadt selbigen Namens [illegible]. [illegible] Zwecke und Schicksale derselben siehe Hermann [illegible] II. 2[illegible] Anm. d. Ueb.

Konföderation von Privatleuten gebildet würde, die sich von vornherein den russischen Staatsinteressen widmeten. Die Ausführung erscheint den Urhebern leicht und nur vom Willen der Kaiserin und von den von ihr gewährten Mitteln zur Rekrutirung abhängig. Als wahrscheinliche Parteigenossen werden ähnlich Denkende genannt, zum Beispiel: der Hetman Rzewuski, Sapieha, Walewski u. A.

Obige kurze Darstellung genügt, um Kenntniss von diesem ebenso unpolitischen wie unwürdigen Plan zu geben; man könnte ihn als Verrath brandmarken, wenn die Urheber eine klare Vorstellung davon gehabt hätten, was daraus folgen dürfte. Um dem König eine Erniedrigung zu bereiten und um die Macht an sich zu reissen, schreckten diese Menschen nicht davor zurück, dem Fremden die schwächste Seite ihres Volkes zu zeigen und es unter das russische Joch zu beugen! — Waren denn wirklich diese Menschen den russischen Interessen ganz aus inniger Ueberzeugung ergeben, galt ihnen ihr Vaterland nichts mehr? Diese Meinung ist vielfach ausgesprochen worden. Wir theilen sie aber nicht, wir glauben vielmehr, dass sie doch im Grund ihrer Seele Polen waren, damals und später, und dass sie von ihrer polnischen Nationalität sich nicht lossagten. Hochmuth und anarchische Gewohnheiten hatten ihren Verstand, ihr Schamgefühl, ihre Auffassung verblendet und vernichtet; ein Vaterland, in dem sie nicht die erste Rolle spielten, war für sie kein Vaterland mehr, sie wollten keinen Landsmann über sich dulden. — Was wäre geschehen, wenn Russland die ihm gebotene Gelegenheit benutzt hätte? Voraussichtlich dasjenige, was fünf Jahre später sich ereignete, d. h. die Intervention der fremden Höfe und die Theilung des Landes. Zum Glück fand dieses Projekt in Katharina selbst einen strengen Richter; sie gab den Urhebern eine Antwort, in der sie ebenso sehr ihren Mangel an Verstand wie auch an patriotischer Gesinnung rügte. „Es erscheint mir gefährlich, eine Konföderation in der Provinz zu bilden“ (bemerkt sie in ihren Notizen über den ganzen Plan, vermuthlich als Erwiderung auf Potemkins Darlegung desselben), „man kann eine Konföderation schwerlich geheim halten, und ein solcher Vorgang würde dem König mit Recht als Empörung gegen ihn selbst vorkommen, er würde auch den König von Preussen leicht veranlassen, seinerseits eine kon-

föderirte Partei zu bilden oder eine solche zu unterstützen." (Hierauf folgt eine Bemerkung, die durch kluge Voraussicht bezeichnend ist.) „Aehnliche innere Spaltungen könnten uns leicht mehr zu thun geben, als uns lieb wäre, und uns vorzeitig zwingen, unsere ganzen Kräfte da anzuwenden, wo wir heute doch am sichersten sind!" Es ist leicht zu sehen, dass Katharina noch nicht gereizt und von Rachegefühlen beseelt war, wie sie in ihr später überhandnahmen; sie zweifelte noch nicht an Stanislaw Augusts Wohlwollen. Ihn zu schonen, gebot ihr die Klugheit sowohl wie der Anstand. „Man kann nicht annehmen, dass der König so weit die Dankbarkeit und den eigenen Vortheil vernachlässigt, um gegen Russland zu handeln", und sie setzt hinzu: „Wir können nur eine Konföderation billigen und unterstützen, die uns feste Garantien dafür giebt, dass sie dem heute regierenden König die Treue bewahrt." Indem aber Katharina die Pläne der polnischen Malkontenten verwarf, liess sie sich doch von ihnen warnen, der König könnte eine in Warschau entstandene Konföderation benutzen, um seine eigene Macht im Lande zu befestigen, wie er es schon in den ersten Jahren seiner Regierung gethan hatte, und deswegen giebt sie ihrem Gesandten folgende Instruktion: „Der konföderirte Reichstag solle sich lediglich mit dem Bündniss befassen. Alle persönlichen Tendenzen des Königs und seiner Minister sollten beseitigt werden; es wäre für Russland weder vortheilhaft noch wünschenswerth, dass Polen aktiver würde."*) Ausserdem lieferte dieser traurige Vorgang der Kaiserin einen neuen Beweis dafür, dass sie in Polen immer Werkzeuge finden könnte, bereit, in der Republik Unfrieden zu stiften und feindliche Parteien zu bilden, um einen Umsturz der Regierung herbeizuführen und ihren Willen durchzusetzen.

§ 14.
Innere Schwierigkeiten. — Die Befürchtungen bezüglich Preussens werden zeitweise beseitigt.

Bekanntlich hatte Anfang Februar 1788 Kaiser Joseph den Krieg gegen die Türkei begonnen; die österreichische Armee

*) Das Projekt einer Konföderation von Branicki und Felix Potocki und die Bemerkungen von Katharina wurden von uns ausführlich geschildert in W. Kalinka, Die letzten Jahre der Regierung Stanislaw Augusts II. 100 bis 110.

hatte sich zwischen Kamenetz und Chocim an Polens Grenzen gelagert, was die Gemüther unaufhörlich beunruhigte. Man befürchtete nicht nur die Verheerung der Länder, die später geschah, sondern auch die Beschlagnahme von Podolien seitens Oesterreichs, um so mehr, da Preussen vor Oesterreich beständig warnte. Gegen Preussen war einiges Misstrauen auch berechtigt: das preussische Heer, an der Grenze aufgestellt, erfüllte stets Alle mit der Besorgniss, Preussen möchte seine räuberischen Absichten der Republik gegenüber während des bevorstehenden Krieges ausführen. So besagten Gerüchte, dass einige der Parteigänger Preussens, wie Skorzewski und Bninski, frühere Konföderirte von Bar, heimlich Waffen- und Pferdeankäufe besorgten. Der Kommandant der Division in Gross-Polen, General Malczewski, erhielt den Befehl, die Obengenannten zu beaufsichtigen. In Wilna wurde eine Proklamation verbreitet, ohne Datum und Unterschrift, welche den Einmarsch von 100 000 Preussen und die Bildung einer Konföderation unter ihrem Schutz, sowie den Krieg gegen Russland verhiess. Man bemerkte auch mit Befremden, dass Fürst Karl Radziwill, der zu den preussischen Parteigängern gehörte, seinen Hofstaat vermehrte und eifriger als je um die Popularität bei der Szlachta warb. Dieser Magnat hatte Schulden, trotz seiner ungeheueren Güter, und um sich Geld zu verschaffen, hatte er neuerdings einer russischen Gesellschaft seine ausgedehnten Waldungen verpachtet und von dieser 80 000 Dukaten Anzahlung erhalten.*) Es galt für ausgemacht, dass der Fürst sich wieder rüstete, um an den politischen Ereignissen theilzunehmen, und man schob ihm die Absicht zu, es mit Preussen zu halten und die Schmach der Konföderation von Radom an Russland zu rächen. Auch der Hetman Oginski wurde vielfach als Haupt einer unter preussischem Schutz zu erwartenden Konföderation genannt. Anfang März verbreitete sich das Gerücht, die preussischen Truppen an der polnischen Grenze hätten Marschbefehl erhalten; neue Grenzadler wären angeschafft worden, auch erklärten die preussischen Beamten in Kwidzin, welche dort die Verwaltung hatten, dass Preussen eine neue Grenzlinie von Drialdow nach Wartenberg ziehen würde, die Polen wieder um drei

*) Gazette de Leyde (Nr. 22. 14. März 1788).

Wojewodschaften ärmer machen sollte. Diese Gerüchte waren vielfach übertrieben, doch enthielten sie auch mancherlei Wahres; so zeigte beispielsweise der Fürst Czetwertynski dem Fürsten de Ligne in Elisabethgrad einen eigenhändigen Brief von Hertzberg an einen polnischen Magnaten, der den Entwurf zweier Denkschriften enthielt: die eine an den König von Preussen Friedrich Wilhelm, mit der Bitte des polnischen Volkes, der König möchte Polen ebenso vom russischen Joche befreien, wie er Holland errettet hatte, eine zweite an das Berliner Ministerium mit der Bitte, die erste Denkschrift bei dem Könige zu unterstützen.*) Sehr üble Nachrichten, die keinem Zweifel unterlagen, kamen aus Danzig. Infolge der unerhörten Zölle auf die polnischen Produkte, 12 pCt., war der Handel dieser Stadt ruinirt; die Einwohner verarmten und verhehlten nicht, dass sie lieber zu Preussen gehören, als unter polnischer Regierung Hunger leiden möchten. Der preussische Konsul Lindenowski intriguirte heimlich für Preussen, allein der Magistrat hielt treu zu Polen. Der Unfriede währte lange und beunruhigte nicht in Warschau allein, auch in Wien und Petersburg wurde man auf die Lage der Dinge in Danzig aufmerksam; sie wurde Gegenstand diplomatischer Korrespondenz. — In derselben Zeit erwarb in Wien eine preussische Gesellschaft vom Kaiser Joseph das Monopol für den Salzverkauf in Polen, infolgedessen stieg der Salzpreis um ein Viertel und bald noch mehr.**) — Die Klagen im ganzen Lande wurden sehr laut, man beschuldigte

---

*) Cobentzl an Kaunitz, 19. September 1788. Im Berliner Archiv haben wir diese Denkschriften nicht gefunden; mag sein, dass sie nie verfasst wurden, mag auch sein, dass sie verloren gingen. Wir müssen auch beifügen, dass trotz der Erlaubniss, in die diplomatische Korrespondenz Einsicht zu nehmen, uns doch die Korrespondenz der preussischen Regierung mit den Unterthanen der Republik vorenthalten ward.

**) Ein Centner Salz wurde in Warschau Anfang März 1788 zu 39 polnischen Gulden verkauft, am 21. März zu 48 und am 15. Mai zu 50. Diese Theuerung war um so fühlbarer, als die beiden bisherigen Bezugsquellen durch Krieg und schlechte Witterung gesperrt waren. Aus Danzig konnte man auch nicht auf Zufuhr rechnen, solange die Weichsel in preussischen Händen war. Es wird leicht begreiflich, welche Zustände infolgedessen herrschten in einem Lande, wo man bisher Salz fast umsonst oder nur für die Bergwerkskosten erhielt. In den 17 Jahren zwischen 1772 und 1789 hatte Polen für das galizische Salz 57 Millionen polnische Gulden ausgegeben.

ungerechterweise unseren Gesandten in Wien, Corticelli, verdächtigte ihn der Bestechlichkeit, und der König konnte ihn nur mit Mühe gegen Tadel und Absetzung seitens des Rathes schützen. Nichtsdestoweniger berührte diese von Oesterreich Preussen gewährte Konzession Stanislaw August sowie das ganze Volk aufs Empfindlichste. Der Schwache fürchtet Alles, und man sah darin ein Zeichen des Einverständnisses zwischen Oesterreich und Preussen, um Polen zu schädigen. „Sicherlich hat der Kaiser Preussen uns gegenüber freie Hand gelassen, um selber in Böhmen und Mähren nach Belieben schalten und gegen die Türken unbesorgt vorgehen zu können.“ — In der Ukräne gingen die Dinge auch nicht viel besser; die Kommissionen, welche das Volk gegen die russischen Proviantforderungen schützen sollten, konnten nur wenig ausrichten. Massenhaft wurden falsche Rubel für Lebensmittel bezahlt, man zwang die Landbevölkerung mit Gewalt, Vorspann zu leisten, und nöthigte die Bauern, ihre Feldarbeit liegen zu lassen und bei dem Heere Dienste zu thun, ja, man erlaubte sich sogar, polnische Bauern zwangsweise zu rekrutiren. Felix Potocki, der mit Vollmacht von dem permanenten Rath ausgestattet war, wehrte sich tapfer gegen solche Gewaltthaten und belohnte diejenigen polnischen Offiziere, welche Energie zeigten. Doch konnten weder er noch Andere viel gegen die Uebermacht ausrichten, und wir hören von einer russischen Rekrutirungskommission in Berdytschew, der es gelang, viele junge Bauern anzuwerben. Eine solche Abtheilung, 200 Mann stark, wurde aufgegriffen und im Mai 1788 der polnischen Armee einverleibt. Der König beschwerte sich bei Stackelberg, schrieb dringende Briefe an Rumianzoff; Potocki zog Potemkin zur Verantwortlichkeit und verlangte ernstliche Abhülfe. Solche Vorstellungen blieben indess wirkungslos, fehlte doch die Macht, sie durchzusetzen! Den geschwächten und durch innere Zwiste geschädigten Nachbar konnten die Stärkeren ungestraft drücken.*)

Durch alle diese Vorfälle waren die Gemüther gereizt und übel gelaunt gegen den König; ihm wurde, wie üblich, alles

*) Depesche von Buchholtz, 23. April. Gazeta pisana, Handschriftliche Zeitung vom 17. März und 10. Mai. Brief des Königs an Potocki vom 3. April in dem Jahresbericht der historischen Gesellschaft, III. 274.

Ungemach zugeschrieben, unter dem das unglückliche Lan
leiden musste, weil man glaubte, er sei gegen Russland zu nach
giebig und wehre sich nicht. Als dem permanenten Rath in
April seitens der Proviantkommission von Braclaw eine Denk
schrift über die Gewaltthaten und Erpressungen, welche ma
von dem Regiment Daschkoff zu dulden hatte, vorgelegt wurde
nahmen verschiedene Mitglieder des Rathes das Wort un
schilderten mit bewegter Stimme das Elend und die Erniedrigung
ihres wehrlosen Vaterlandes. Trotzdem wurde wieder, im Be
wusstsein der Schwäche des Landes, im Rath beschlossen, die
Sache gütlich beizulegen. Darauf hielt Simon Kossakowski,
eines der Mitglieder, eine heftige Rede, in der er daran erinnerte,
wie er vor drei Monaten den Vorschlag gemacht, den ausserordent-
lichen konföderativen Reichstag zu berufen; wäre dieser angenommen
worden, würde sich das Land heute in weit besseren Macht-
verhältnissen befinden und sich grösserer Achtung erfreuen. Die
Lage des Königs war eine äusserst schwierige: er konnte die
geheimen Verhandlungen mit Russland nicht kundthun und noch
weniger begreifen lassen, wie schwer diese zu Stande kamen
und wie seinen eifrigen Bemühungen, eine Konföderation zu
bilden, begegnet worden war; er musste die berechtigten Klagen
mit allgemeinen Wendungen beschwichtigen und daran erinnern,
wie es schon öfter sich ereignet hätte, dass er den Wünschen
des hohen Rathes zuvorkam, ohne sich darüber äussern zu
dürfen; wenn seine Bemühungen noch keine Erfolge gehabt
hätten, so läge die Schuld nicht an ihm u. s. w. Aehnliche
Vorwürfe mit gleicher Erwiderung wiederholten sich mehrmals
Grossen Eindruck machte in Warschau und in der Provinz der
junge Johann Potocki, welcher, aus dem Ausland zurückgekehrt
polnische Tracht mit kurz geschorenem Haar angelegt und sich
dem König so vorgestellt hatte, um ihm eine Denkschrift über
die zweckmässige Landesvertheidigung gegen Preussen ein
zuhändigen. Zugleich wurden Abschriften dieses Aktenstückes
in der Hauptstadt vertheilt. Suchorzewski aus Posen und
einige andere Grosspolen erklärten sich bereit, der Republik
jährlich 10 000 Gulden über ihre Steuerquote hinaus zu zahlen und
je 30 Mann Miliz zu stellen, worauf Johann Potocki den fünften
Theil seiner Einnahmen zu ähnlichen Zwecken dem Vaterland
zur Verfügung stellte. „All solche Opfer“, meinte der König

„würden nur dann nützlich, wenn sie viele Nachahmer fänden.“ Doch folgten Wenige, Viele aber fanden in solchen Ereignissen nur neuen Grund und Gelegenheit, die Trägheit der Regierung zu tadeln und ihren guten Willen zu verdächtigen. „Nicht nur“ (schreibt der König an Deboli) „werden Flugschriften und Aufrufe zur Konföderation hinc et nunc im Lande verbreitet, sondern ich erhalte persönlich durch die Post Pasquille, die mich der Trägheit und Gleichgültigkeit zeihen. Johann Potocki hat mir berichtet, man erzähle sich öffentlich, dass ich mich mit dem Herzogthum von Mazovien zufriedenstellen würde und mein Land dem Feinde zur beliebigen Vertheilung überlassen wolle. Euer Liebden verstehen, wie unerträglich mir solche Verleumdungen vorkommen müssen, die nur entstehen können, weil ich in die Lage versetzt bin, die patriotischen Aufwallungen beruhigen zu müssen und alle solche Unternehmungen bis zur Zeit des Reichstages aufzuschieben. Natürlich handle ich in dieser Weise nach bestem Wissen und Gewissen für das Wohl des Vaterlandes, weil Russland mich nicht früher unterstützen will; da ich aber meine Motive nicht klar darlegen darf, so muss ich die oben genannten Verleumdungen aushalten.“*)

In einem seiner Gespräche mit Deboli, die sich alle Mittwoch erneuerten, sagte Ostermann: „Was wird Polen zur eigenen Vertheidigung unternehmen? Wir werden Euch sicherlich nicht verlassen, aber Ihr müsst auch etwas thun.“**) Das waren recht befremdliche Worte im Munde eines Ministers desjenigen Landes, das alle Thatkraft in Polen paralysirte und absichtlich und aus eigennütziger Politik niederhielt! Diese Aeusserung von Ostermann machte Eindruck auf den König — er nahm die erste Gelegenheit wahr, um sich in seinen Konferenzen mit Stackelberg entschlossener zu zeigen, namentlich gegen die preussische Eroberungssucht. „Sollten die Maassregeln, die jetzt unter dem Vorwand eines Truppenkordons und dergleichen an der preussischen Grenze getroffen werden, schliesslich sich doch als Unternehmungen gegen uns entlarven, so erkläre ich Ihnen hiermit, dass ich mit Entschiedenheit auftreten werde, koste es, was es wolle. Im Jahre 1772 waren Drei gegen uns vereint und die

*) Depesche vom 7. Mai 1788.
**) Debolis Bericht vom 24. März.

eine Hälfte meines Volkes gegen mich bewaffnet, während die andere zu keinem Entschluss gelangen konnte, also war ich in der Lage des Kranken, der seine Glieder opfert, um das Leben zu behalten. Sollte aber heute der preussische König wieder erobernd auftreten, so werde ich mein Leben daran setzen, um mein Land zu retten; habe ich doch auch die Zuversicht, dass meine Landsleute diesmal mich nicht im Stich lassen und die äussersten Opfer bringen würden, um das Vaterland zu vertheidigen.“ Stackelberg war überrascht durch dieses unerwartet entschiedene Auftreten des Königs, er konnte nichts erwidern; erkundigte sich aber den nächsten Tag bei dem General Komarzewski, der öfters zwischen ihm und der Majestät verhandelte, ob der König etwa die Absicht hätte, selbständig eine Konföderation zu bilden. „Bisher nicht“, erwiderte dieser, „soviel mir bekannt ist, doch wäre es die erste Maassregel, die man der feindlichen Haltung von Preussen entgegensetzen würde.“ — „In diesem Fall könnten wir auch nichts dagegen haben!“*) antwortete der Gesandte. So wie er Stackelberg gegenüber aufgetreten war, redete der König auch vor dem permanenten Rath, indem er mit glühenden Worten die Gefahren schilderte, welche das Land bedrohten, und die Versicherung gab, dass er im Fall der Noth sich an die Spitze der Nation stellen würde, um eine zweite Theilung zu verhindern. Die Mitglieder des Rathes waren zum Schweigen eidlich verpflichtet, doch wurde das Geheimniss niemals gewahrt; man erfuhr alles Wichtige und die fremden Gesandten wussten stets, was sich in der höchsten Regierungsbehörde ereignete. Darauf rechnete wohl auch der König, denn bald berichtete Buchholtz seinem König das Geschehene.**) Die Rede reizte Friedrich Wilhelm, doch nützte sie in etwas. „Ich weiss nicht“, schreibt der König in einer Kabinets-Ordre, „welche Fliege den König von Polen gebissen hat und ihn veranlasst, seine lächerliche Rede zu halten, ... man soll Zablocki rufen und ihm solche Gerüchte ausreden und diese Leute beruhigen.“ ***)

*) Depesche des Königs vom 19. April 1788.

**) Depesche von Buchholtz vom 19. April 1788.

***) Der Wortlaut dieser Depesche weicht von dem hier durch den Verfasser gegebenen Auszug so wesentlich ab, dass der Uebersetzer es für recht hält, dieselbe im Anhang in extenso wiederzugeben, um dem Leser

Zablocki, polnischer Resident in Berlin, ein Biedermann, der Vaterland und König liebte, aber wie alle damaligen polnischen diplomatischen Agenten zu gutmüthig war, entschuldigte sich und betheuerte, dass er keine beunruhigenden Berichte geschickt habe, er deutete an, dass alle solche von Rumianzoff, dem russischen Gesandten, herrührten. Doch gaben ihm Finkenstein und Hertzberg die feierliche Versicherung, alle ihrem Könige gegen Polen zugeschriebenen feindlichen Absichten seien erfunden und grundlos, der König habe vielmehr gegen Polen immer die freundschaftlichste Gesinnung gehegt. Diese Erklärung wurde in der Berliner Hofzeitung (29. April) wiederholt, und obwohl sie die Danziger Schwierigkeiten nicht schlichtete, diente sie doch dazu, die Befürchtungen in Polen eine Zeit lang zu beschwichtigen.*)

§ 15.

Kraftlosigkeit der polnischen Regierung. — Ursachen derselben.

Aus dem obigen Kapitel ersieht man, dass der einzige richtige Schritt, der um diese Zeit zur Sicherung der Republik gethan wurde, aus der Insinuation eines russischen Ministers hervorging, der Stanislaw August ermahnt hatte, energischer aufzutreten. Man mag die Frage stellen, ob der König wirklich im Stande war, dasjenige zu thun, womit er gedroht hatte; ob es ihm gelingen könnte, ohne die Erlaubniss der russischen Regierung die Maassregeln zu ergreifen, welche allein seine eigene Macht festigen und dem Königreich Kraft und Ansehen verleihen konnten; mit einem Wort, ob es ihm möglich gewesen wäre, trotz Russlands Widerstand den konföderirten Reichstag zu bilden, von dem allein die Vermehrung der Staatseinnahmen und die Vergrösserung der Armee bewilligt werden durfte. Jedenfalls wäre es ein kühnes Unternehmen gewesen, welches grosse Entschiedenheit und Energie erheischte und leicht misslingen konnte, hiess es doch Alles aufs Spiel zu setzen ohne Sicherheit eines Gewinnes. Man weiss wohl, dass ein solches

---

die Möglichkeit zu verschaffen, über den Sinn einzelner Sätze sich selber ein Urtheil zu bilden. Wir werden weiterhin mehrfach so verfahren. (Anm. d. Uebers.)

*) Gazette de Leyde (No. 47), 10. Juni 1788, Supplement.

Vorgehen nicht im Charakter des Königs lag. Alles Hasa
und alles heftige Vorgehen waren ihm zuwider; wohl bes.
Thatkraft und Rührigkeit, doch traten solche Eigenschaft
durchgreifend, sondern immer verbunden mit Vorsicht u
schicktem Abwägen hervor. Seiner persönlichen Sch
ebenso wie der seines Landes eingedenk und bewusst, br
er immer eine Stütze, verlor er doch auch nicht aus de
dächtniss, wie viel Schaden einmal schon aus dem Bru
Russland entstanden war: die Garantie und die Theilun
Man durfte also wenig von Stanislaw August erwarten
wahrlich bot die Lage der Dinge auch einer energischere
entschiedeneren Natur nicht wenige Schwierigkeiten, s
äussere wie noch komplizirtere innere. Wir haben sch
wähnt, dass der ritterliche Geist im Lande längst erlosche
„Wir haben zweierlei Volk“ (schreibt Kitowicz), „das ei
die arme Szlachta, Bürger und Bauern, die gerne in den
gingen und sich gut schlagen würden, wenn sie gesc
Führer hätten“ (wo sollten diese herkommen, da die O
schlecht waren?!). „Das andere Volk besteht aus den Ma
und der reichen Szlachta: diese sind verzärtelt, im Au
verdorben, zum Tanzen und zur Courmacherei erzoge
fürchten jede Gefahr; von diesen, die ja alle besten A
innehaben und den Rath bilden, wird man keinen Kri
warten dürfen. Ganz und gar dem Weiberdienst ergebe
heutiger Philosophie durchtränkt, berathen sie sich i
Boudoirs, wo die gnädigen Frauen ihre Sinne gefangen
und somit die Geschicke des Landes leiten. Ihre verzä
Erziehung und das Blut der fremden Taugenichtse, das in
Adern fliesst, mit ihrer Hingebung an die Frauen gepaa
sind die Ursachen ihrer Trägheit, die sie an jeder energ
und blutigen Abwehr hindern.“*) So spricht ein Zeitg
und was wir von Anderen erfahren, bestätigt diese tra
Aussagen. Die vor etlichen zwanzig Jahren in Warsch
gründete Ritterschule hatte einen besseren Geist noch ni
erziehen vermocht. Auch in dieser Anstalt war die Erzie
methode zu weichlich; die Schüler hatten leicht Zugang
Festen, die in Warschau nur zu glänzend waren. Einige S

*) Kitowicz, Memoiren, Posen 1840. I. 208 bis 214.

steller erwähnen, dass der König für Johann Sobieski ein Denkmal setzen liess, um den alten Ruhm der polnischen Ritter ins Gedächtniss zu rufen; kurz vor der Reichstagseröffnung im Jahre 1788 wurden deswegen militärische Schauspiele mit grossem Aufwand gegeben. Doch wirkte das Ganze nur theatralisch. Ein Krieg allein hätte vermocht, den militärischen Geist im Volk zu erwecken, und indem der König den Krieg herbeiwünschte, bewies er allein die richtige Einsicht.

Aber ausser dem Fehlen kriegerischen Geistes bestand noch ein anderes schädliches Element in der Nation, ein Element, dessen man noch nicht gewahr geworden und das um so bedrohlicher war: der Mangel an Disziplin und der aus ihm entstehende Mangel an Kraft und Einigkeit. Seit drei Jahrhunderten fehlten dem Königthum in Polen alle diejenigen Attribute, welche es allein befähigen können, seine Aufgabe zu erfüllen. Der König sollte das Land beschützen und das Gesetz wahren, aber er besass nicht das Recht der Strafe und durfte keinen Unterthan zwingen; damit war ihm alle Macht entzogen und nur der Schein derselben belassen worden. Das einzige Regierungsmittel, das er handhaben konnte, war die Verleihung der Aemter und Domänenpachten, doch auch dieses Recht war gering, da ihm nicht zustand, das Verliehene wieder zurückzunehmen. Man hatte den König unschädlich machen wollen, aber dabei übersehen, dass kein Staat sich durch Belohnungen allein halten kann, und dass auch die Furcht vor Strafe ein sehr wichtiger Faktor sei. Das Schwert des Richters, dem König bei seiner Krönung als Symbol verliehen und nach der Heiligen Schrift zur Strafe der Bösen bestimmt, hatten die polnischen Verfassungsgesetze völlig abgestumpft. So wie Schulden nicht bezahlt werden, wo kein Zwang besteht, so wird auch jeder Gehorsam in einem Staatswesen schwinden, indem man keine Strafe für Widersetzlichkeit verhängt. Dergestalt kränkelte die Republik an Gesetz- und Rechtlosigkeit, und diese Uebel vor allen anderen mussten sie ins Verderben stürzen. Dass die Republik ihnen nicht viel früher erlag, muss man lediglich dem Pflichtgefühl und der Vaterlandsliebe zuschreiben, welche einen grossen Theil der Szlachta dennoch beseelte, und dem Umstande, dass ihr der Herrgott auch noch im 17. Jahrhundert charaktervolle und opferfreudige Menschen schenkte.

Ihr Beispiel erhob und ermuthigte Viele, ihre Tüchtigkeit und steter Opfermuth korrigirten die Institutionen; ihre Anstrengungen boten Ersatz für die Gleichgültigkeit und Unthätigkeit der Majorität. Doch wurden solche bedeutenden Menschen seltener: im 18. Jahrhundert fehlten sie ganz und gar. Die Mittelmässigkeit und Habgier wurden in diesem Jahrhundert allgemein, auch die begabteren und charaktervollen waren von Hochmuth und exklusivem Klassenhass geleitet. — Wie anderswo hatte auch in Polen die Wahl der Könige ihre Macht neutralisirt, die Magnatenfamilien dagegen waren nicht nur gehoben, sondern auch von dem König, dessen Stütze sie sein sollten, getrennt. In allen wirklichen Monarchien gesellt sich patriotische Gesinnung zur Anhänglichkeit an die Dynastie, beide werden wechselseitig gesteigert und sichern dem Staat inneren Frieden, Dauer und Macht nach aussen. Bei Wahlkönigreichen ist ein solches Gleichgewicht entweder schwer oder garnicht zu erreichen. Hier entsteht Misstrauen statt Anhänglichkeit, die Sorge, der König könnte eine Dynastie und das Dominium absolutum einführen, beunruhigt alle Staatsmänner; an die Stelle gemeinsam verfolgter Staatsinteressen tritt die Trennung zwischen Staat und Krone und wechselseitig bedingte Schwäche. Wie schädlich und demoralisirend ein solcher Zustand wirkt, wie er ein Volk zerreibt und auf Irrwege lenkt, davon haben wir uns genugsam während der Schwedenkriege unter den Wasas und August dem Starken überzeugen können. Als Folge dieses schlimmen Wahlsystems erwuchs die Nothwendigkeit, den König beständig zu bewachen, sowohl im Inlande wie im Auslande. Die Rollen wurden vertauscht: wer gehorchen sollte, wird zum Wächter und Richter, wer regieren sollte, bettelt um Hülfe, muss Rede stehen und seine Entscheidungen vertheidigen. Daraus entstanden monströse und anomale Staatseinrichtungen, sogenannte vermittelnde „inter majestatem et libertatem“, welche in Wirklichkeit beide bedrängten und beeinträchtigten und, weit davon entfernt, eine Garantie für die Freiheit des Volkes vorzustellen, den Staat als solchen nur schwächten, indem sie der Bildung eines Staates im Staat Vorschub leisteten und vollkommenen Ruin herbeiführten. Auch bildeten sich Beziehungen einzelner Magnaten zum Auslande, was zu ähnlicher Anarchie in der auswärtigen Politik führte; in der That konnte jedes der

aächtigen Magnatengeschlechter mit gutem Gewissen eine ausvärtige Politik auf eigene Hand und ohne Rücksicht auf den eweiligen Monarchen treiben, es konnte ohne Anstand mit den auswärtigen Höfen eigene Bündnisse und Pacta schliessen, gehörte es doch zu seinen Pflichten, die Staatsinteressen zu bewachen und für den Thronfolger bei Zeiten zu sorgen. Somit war es keineswegs Vaterlandsverrath seitens dieser Magnaten, wie man es vielfach heutzutage aufgefasst hat, oder beabsichtigte Bestechlichkeit, es war vielmehr die natürliche Folge der verkehrten Staatseinrichtungen und die logische Konsequenz eines falschen Systems, das nothgedrungen zu solcher Anarchie führen musste. Die Mehrzahl dieser Geschlechter gedachte keineswegs dem Fremden zu dienen, im Gegentheil, sie wollten sich die fremden Höfe dienstbar machen, um sich selbst und ihr Vaterland emporzuheben. Wir wollen hier nicht Alle entschuldigen, aber wir müssen doch gestehen, dass die Bestrebungen vieler dieser Magnaten edel und patriotisch waren, einzelne ihrer Pläne auch klug und mit grosser Umsicht ausgedacht. Es ist daher nicht zu verwundern, dass der ärmere Szlachzic seinem Herrn, zu dessen Lager er gehörte, an dessen Hof er diente, über den Umfang der Pläne erstaunt, wie von den grossen Mitteln, über die jener verfügte, geblendet, mit Leib und Seele ergeben war, ihm sein Leben widmete und von ihm das Wohl seines Vaterlandes erwartete. Dieser unbedingte Glaube an seinen Herrn hatte freilich zur Folge, dass er alle diejenigen, welche unter Führung eines anderen Magnaten standen, mit Misstrauen ansah und sie als Feinde seiner Person und des Vaterlandes hasste. So bestanden Häuser, die ihre eigene innere und äussere Politik trieben, geschieden von der königlichen Politik; es waren sozusagen kleine Erbreiche, in denen musterhafte Disziplin herrschte; denn obwohl man zwar straflos dem König jeden Gehorsam versagen durfte, hütete man sich doch sehr, seinem Herrn Widerstand zu leisten; es war nicht leicht, sich der Rache eines Magnaten zu entziehen. Dafür war aber jeder treue und die Interessen seines Herrn muthig verfechtende Diener reichlich belohnt, er fand in jedem schwierigen Fall Schutz für sich und die Seinigen. Die Anhänglichkeit des Dieners an seinen Herrn ist eine gesunde, angeborene Empfindung, die ein gutes Verhältniss zwischen Beiden bezeugt; sie ist ein Bedürfniss des

menschlichen Herzens, welches in monarchischen Ländern sein normale Befriedigung in den Gefühlen für die Dynastie finde in Polen aber musste es in der Anhänglichkeit an die Magnaten geschlechter seine Bethätigung suchen. Dadurch entstand d grosse Macht und darauf beruhte das Ansehen derselben. Jed Magnat konnte, wenn er wollte, in seiner Wojewodschaft mel Anhänger finden als der König im ganzen Reich, er war i Besitz einer wirklichen Macht oder konnte es sein. In de Zeiten von Anna und von Elisabeth sagten die russischen Ede leute, dass die Lage eines polnischen Magnaten wohl zu b neiden wäre. Wären diese Geschlechter einig gewesen, wie s es im 15. Jahrhundert besonders in Klein-Polen waren, s hätten sie alle Schwierigkeiten überwunden und kein Nachb hätte gewagt, die Einheit des Königreichs anzutasten! S hätten auch den König gezwungen, den richtigen Weg zu b schreiten, wie es stets geschehen war zu Zeiten der erste Jagellonen, als alle Kräfte des Landes vereinigt wurden, u äusseren Schwierigkeiten zu begegnen. Unglücklicherweise ab hatten gerade die Königswahlen diese Geschlechter dem Kön entfremdet und untereinander verfeindet, sie hatten erbliche Hass bei ihnen gesäet und feindliche Traditionen gebilde welche auch von ihrer Gefolgschaft getheilt wurden.*) B solcher Decentralisation und bei der zu grossen Zahl maas gebender kleiner Centren in den Provinzen war die Einigke im Lande sehr gefährdet, eine einheitliche politische Aktio schier unmöglich. Wer diese Periode schildert, sieht sich ge nöthigt, viel mehr die Geschichte der einzelnen einflussreiche Magnatengeschlechter darzustellen als die des ganzen Landes waren doch jene, wenigstens einzelne unter ihnen, in ihre politischen Wirksamkeit von einem leitenden Gedanken geführt

*) Es entsteht hier die Frage, die auch sicherlich den Leser beschäftigt, warum das Wahlkönigreich im 15. Jahrhundert weniger schädlich war als in dem 17. und 18. Jahrhundert. Die Erörterung darübe ist umfangreich und muss zu einer späteren Periode des vierjährige Reichstages vertagt werden, in der die Diskussion über die Thronerblichkeit auf die Tagesordnung kam. Es möge hier genügen, zu bemerken, das im 15. Jahrhundert die Pacta mit Heinrich noch nicht bestanden, welch unsere Verfassung in der Zeit der Interregna in Wirklichkeit darstellte und dass der revolutionäre Geist der Reformation die anarchischen Element noch nicht verstärkt hatte.

der sich von Generation zu Generation forterbte und ihre Thätigkeit konzentrirte; in dieser dagegen gab es keine folgerichtige Entwickelung, da sie entweder durch den Tod jedes Königs unterbrochen oder schon zu seinen Lebzeiten durch Hindernisse aller Art gehemmt und aufgehoben wurde. Etwas Positives, Zusammenhängendes im politischen Leben des Landes durchzusetzen, ward schier unmöglich, weil alle oft unglaublichen Anstrengungen der verschiedenen Parteien sich stets neutralisirten und vollständige Macht- und Kraftlosigkeit, ja das Hinsiechen der Republik das schliessliche Resultat dieser mühsamen und kostspieligen, wenn auch oft patriotischen Anstrengungen waren.

In solcher Lage konnte der Fremde auch mit geringer Macht, von einer der Parteien wirksam unterstützt, das Gleichgewicht zu seinen Gunsten stören, über das Loos der Republik entscheiden und dann die von ihm eingesetzte Regierung nach Belieben in Abhängigkeit halten. Ein heiliger Geschichtschreiber sagt, dass nach dem Tode eines jeden Richters „Israel das Uebel vor des Herrn Gesicht vermehrte und der Herr es in die Hände seiner Feinde gab". So vermehrte Polen auch bei jeder neuen Königswahl den inneren Zwist, um schliesslich der Uebermacht der Fremden zu erliegen.

Von allen Wahlkönigen hatte Stanislaw August die schwierigste Lage; durch fremden Willen auf den Thron gesetzt, konnte er auf Gehorsam und Anhänglichkeit an seine Person wenig rechnen, weshalb ihm auch sehr darum zu thun war, im Lande eine Magnatenfamilie zu gewinnen. Man hat ihm den Vorwurf gemacht, er habe die alten mächtigen Geschlechter, deren Wohlwollen ihm versagt blieb, zu schwächen versucht und neue ihm ergebene Centren schaffen wollen. In dem ersten Bestreben kam ihm mancher Umstand, namentlich die Konföderation von Bar zu statten, welche viele Magnaten zu nutzlosem Ruin führte; dem zweiten Ziel brachte er allerdings sein Leben lang grosse Opfer. Man weiss, mit welcher Bereitwilligkeit er allen an ihn gerichteten Gesuchen Gehör schenkte, wie er auf die Lage jedes einzelnen Bittstellers einging und nichts unversucht liess, sich Parteigänger durch Geschenke, Aemter, Orden oder Verbindlichkeit zu verschaffen. Ohne fehlzugehen, kann man wohl behaupten, dass von allen polnischen Königen er die meisten persönlichen Opfer brachte und für seine Unter-

thanen der dienstfertigste aller Könige war.*) Die Frag freilich, ob er mit dieser Dienstfertigkeit dem Lande genütz hat, muss entschieden verneint werden. Denn erstens waren wie treffend bemerkt wurde, die polnischen Könige gezwungen die Aemter nicht nach Verdienst, sondern nach den politische Gesinnungen zu verleihen,**) und zweitens steigerte ein solcher Zustand in den polnischen Magnaten ihr Bedürfniss, zu glänzen und damit auch ihre Genusssucht; es trat klar zu Tage, dass die Belohnungen nicht durch Fleiss und Tüchtigkeit, sondern durch Zudringlichkeit gewonnen wurden. Hatte dieses alle moralischen Grundlagen erschütternde System wenigstens den Erfolg gehabt, dem König treue Anhänger zu sichern? Wir glauben es kaum! Denn obwohl seine Parteigänger zahlreich waren, so war ihr moralischer Werth doch gering. Dieselbe Habsucht und Eitelkeit, die sie dem König unterthänig gemacht hatten, verhinderten ihre Loyalität, sobald sie bei seinem Gegner mehr Vortheil witterten. Was kann auf solchem weichen Boden mit unzuverlässigem Material gebaut werden? Und wie sollte der König eigene Pläne durchsetzen? — Solange Friede im Lande herrschte, konnte zur Noth auch Ruhe bestehen, wenn schon auch da die Intervention des russischen Gesandten oft genug nöthig war. Jede selbständige Aktion des Königs dagegen wurde das Signal zum Streit zwischen den feindlichen Parteien. Dann genügte es für Russland, dem Könige seinen Beistand zu entziehen und ihn seinen Gegnern zu schenken, damit er noch hülfloser alle Bedingungen annähme, die ihm diktirt wurden. Es ist schmerzlich, zu gestehen, dass nunmehr keine polnische Regierung eine Stütze im eigenen Volk zu finden vermochte, keine im Stande war, dem Sturm im Innern und von aussen Widerstand zu leisten, dass also nach dem Ausspruch des französischen Gesandten „Polen aufhört, ein ernster Staat zu sein“.

---

*) Unsere Leser können Genaueres über diesen Gegenstand in dem schätzbaren Werk von Bronislaw Zaleski, Briefwechsel von Stanislaw August mit Polen, Posen 1872, erfahren. Gewissenhafte Gründlichkeit macht dieses Werk zu einem der wichtigsten Dokumente der damaligen Sittengeschichte.

**) Szujski, Die alte Republik und ihre Hinterlassenschaft. Erörterungen und Erzählungen, Kraków 1876, S. 262.

Unter solchen Umständen ist es klar, dass König Friedrich Wilhelm seine feindseligen Absichten in Abrede stellte, nicht etwa aus Scheu vor dem polnischen König, sondern weil er Russland hinter dem entschiedenen Auftreten desselben witterte. Auch Branicki und Felix Potocki entsagten ihren Konföderationsplänen, nicht weil sie dem Könige missliebig waren, sondern weil die Kaiserin dieselben ungnädig aufnahm. Die polnische Regierung konnte sich also nur mit Russlands Hülfe ihrer zahlreichen Feinde erwehren und darum brauchte sie vor Allem Frieden mit Russland; dieser Friede bedeutete aber bei dem damaligen Charakter der Polen: Abhängigkeit! Wir wollen nun die Ereignisse in Petersburg selbst schildern und erfahren, warum man dort die Entscheidung über die Pläne des Königs so sehr verzögerte.

§ 16.

Die Verwaltung der auswärtigen Angelegenheiten in St. Petersburg.

Die Kaiserin aller Reussen wünschte entschieden ein Bündniss mit Polen zu schliessen, die Meinungen ihrer Umgebung waren aber über diesen Punkt sehr getheilt. Wir müssen daher ihre Vertrauensmänner näher kennen lernen, besonders diejenigen, deren Name in unserer Geschichte öfters erwähnt wird. Die Führung der auswärtigen Angelegenheiten war seit Panins Zurücktreten nicht mehr einem einzigen Minister, sondern einem Kollegium von drei Mitgliedern unterstellt. Jeder von diesen arbeitete mit der Kaiserin und musste die diplomatische Korrespondenz führen in Angelegenheiten, die seinen Kollegen oft verborgen blieben. Es ist klar, dass jeder dieser Herren das Vertrauen der Herrscherin zu verdienen suchte und sich Mühe gab, ihre Gedanken zu errathen, um seine Dienstfertigkeit darzuthun; doch sie allein wusste um alle politischen Schritte. Es bedurfte eines starken Kopfes, um alle Angelegenheiten in ihrer verwickelten Lage zu durchschauen und im Gedächtniss zu behalten. Kein Wunder also, wenn einige Geschäfte liegen blieben und vorübergehend in Vergessenheit geriethen. Das erste Mitglied und zugleich Vizepräsident des oben genannten Kollegiums war derzeit Graf Ostermann. Er war bejahrt, wurde für einen Ehrenmann gehalten und besass bei mittelmässiger Begabung die Vor-

züge einer langen Praxis und eines gesunden, geraden, erfahrenen Menschenverstandes. Systematisch im Leben und in seiner Thätigkeit, steif im Umgang, hatte er mehr den Charakter eines Deutschen als eines Russen, er begünstigte nicht die gewagten Unternehmungen und liebte nicht die abenteuerlichen Pläne des Fürsten Potemkin. Suworoff behauptete von ihm, dass er die ganze russische Armee für eine Partie Whist hergeben könnte. Durch Stellung und amtlichen Charakter genöthigt, gab er die erforderlichen Diners, konferirte mit den auswärtigen Ministern, unterhielt die Korrespondenz mit den Botschaftern an fremden Höfen und unterzeichnete die diplomatischen Noten, Erklärungen und Verträge. Würdig und schweigsam im Auftreten, diente er Katharina als offizielles Aushängeschild bei der unruhigen, doppelsinnigen und schlauen Politik, die sie führte, die ihm aber nur theilweise bekannt war, und die er auch stets mit kalter Miene und Formalität unbewusst deckte. Er war Polen gar nicht übel gesinnt, begünstigte aber nicht das Bündniss mit ihm, weil er die Besorgniss hegte, dass der preussische König darin einen Grund fände, sich in die inneren polnischen Angelegenheiten einzumischen, — er meinte daher, es wäre klüger, das Bündniss nach beendigtem Krieg mit der Türkei zu schliessen. Katharina zeichnete ihn immer aus, machte sich aber wenig aus seinen Rathschlägen. „Er ist ein Dummkopf", meinte sie, „und dazu liebt er nie dasjenige, was er nicht selber erfunden hat."*) — Seine Opposition war aber nie ein ernstliches Hinderniss für sie. — Eine bedeutendere Persönlichkeit war Bezborodko, ein Kleinrusse aus der Kanzlei des Fürsten Rumianzoff. Er hatte sich durch die Redaktion seiner Berichte ausgezeichnet. Der Kaiserin als Sekretär vorgestellt, frappirte er sie durch sein ausgezeichnetes Gedächtniss, schnelle Auffassung und treffendes Urtheil; seitdem (1776) brauchte sie ihn während 20 Jahre zu wichtigen Geschäften sowohl im Innern wie auswärts. Der Einzige am Hofe, der, ohne ein Günstling (Favori) zu sein, die höchsten Aemter bekleidete, war er auch der Einzige, dem es gelang, das Vertrauen der Mutter und des Sohnes in gleichem

*) Memoiren von Chrapowicki (Vorlesungen in der Historischen Gesellschaft in Moskau), Moskau 1862, am 22. Januar 1789, 8°. 164. — Memoiren vom Fürsten Adam Czartoryski, mss.

Maasse zu verdienen, so dass nach dem Tode Katharinas Paul ihm den Fürstentitel verlieh und ihn zum Reichskanzler ernannte. – Mit Gnaden überschüttet, ohne dass er um solche warb, hatte er bedeutende Schenkungen erlangt: so einige Tausend Leibeigene, später die Salzwerke in der Krim und das Fischereimonopol im Kaspischen Meere; er wurde auch Postdirektor, ohne zur Rechenschaft herangezogen zu werden; durch seine Hände gingen die Accise und andere Dinge, die von der kaiserlichen Entscheidung abhingen. Als Mitglied des Kollegiums der auswärtigen Angelegenheiten wusste er um jede bedeutendere Sache, und alle diese Aemter verschafften ihm unzählige Einnahmen, die indess seiner Verschwendung kaum genügten, dabei war sein Ruf in Geschäftsdingen tadellos. Er war der Einzige, dessen Vorstellungen, immer von Sachkenntniss und grosser Umsicht diktirt, das Uebergewicht über Potemkins Ansicht vor der Kaiserin erlangten. Bei diesen bedeutenden Vorzügen hatte aber Bezborodko grosse Fehler. Ein Feinschmecker, Verschwender und Sybarit in jedem Sinne, war er durch dies materielle Leben schwerfällig geworden; trotzdem er mit grosser Leichtigkeit arbeitete, scheute er jede Anstrengung; zu träge, um ehrgeizig zu sein, zu gleichgültig, um seine Gegner zu bekämpfen oder seine Meinung zu vertreten, liess er die Kaiserin gewähren, wenn sie seinem Rath nicht gleich folgte. Er schloss sich in Petersburg ein, oder floh aufs Land, um Tage und Nächte in schmutzigem Genuss zu vergeuden. Dieses frivole Leben, die Mannigfaltigkeit der ihm auvertrauten Angelegenheiten waren Ursache, dass jedes Geschäft in seinen Händen unendliche Verzögerungen erfuhr, nicht nur seine Kollegen und Freunde, sondern auch die Kaiserin fanden es schwer, die ihm zur Durchsicht und Entscheidung anvertrauten Referate wiederzubekommen; es war gleichfalls nicht leicht, einen Vertreter für ihn zu finden, denn Keiner war ihm gleich im Auffassen der Geschäfte und in der Klarheit und Genauigkeit bei der Redaktion derselben. Seit der Verminderung des preussischen Einflusses hatte Bezborodko Oesterreich begünstigt und war somit die mächtigste Stütze des Grafen Cobentzl, der ihn auch immer in den Vordergrund schob. Cobentzl veranlasste, dass Freunde Bezborodkos, wie Worontzoff und Zawadowski, ihn aufsuchten, um ihn zur Theilnahme an den Dingen anzutreiben und ihn moralisch aufzurütteln, jedesmal,

6*

wenn es nöthig schien, die Kaiserin zu beeinflussen und Potemkins Willen zu durchkreuzen. Er hörte sie unwillig an, versprach ihnen Alles, um sie los zu werden; sobald sie aber fort waren, liess er Thüren und Fenster aufreissen und holte Athem, indem er zornig rief: „Endlich bin ich doch diese unerträglichen Pädagogen los geworden.“*) Das dritte Mitglied des Kollegiums, Markoff, ein Russe reinsten Wassers, ehrgeizig, von unzuverlässigem Charakter, hatte noch keine Bedeutung erlangt. Katharina liebte ihn nicht, sie hatte ihn nur wegen der geschickten Handhabung der französischen Sprache in das Kollegium eingeführt; später erwarb er die Gunst von Zuboff. Indess war das Kollegium nicht die einzige entscheidende Instanz; der Einfluss der Günstlinge war für die auswärtigen Geschäfte auch von Bedeutung, weil Katharina die Gewohnheit hatte, ihnen solche mitzutheilen; so wurden diese mit einem der Mitglieder des Kollegiums besprochen, was als Auszeichnung gelten durfte. In der Zeit, die wir eben schildern, spielte Mamonoff die Rolle des Günstlings; doch war es bekannt, dass Potemkin den grössten Einfluss ausübte. — Potemkin, obwohl damals fern von Petersburg und mit dem Krieg beschäftigt (wir haben oben geschildert, in welcher Weise er diese Pflicht erfüllte), liess sich nichts von dem entgehen, was dort geschah. Er wurde von jeder bedeutenden Angelegenheit durch die Kaiserin selbst unterrichtet und erhielt ausserdem eigene Informationen von Mamonoff, den er in seinen Funktionen selber installirt hatte und der ihm treu ergeben blieb. In Potemkins reicher Phantasie hatten viele Pläne Platz, diese waren oft wunderbar, widerspruchsvoll und der Reichspolitik entgegengesetzt, oft auch gänzlich unhaltbar, was ihn aber gar nicht hinderte, daran hartnäckig festzuhalten; aus solcher Disposition, die Keiner übersah, entsprang oft eine Opposition, die von Keinem erwartet war und ganz unbegründet erschien, aber doch oft unüberwindlich sich den Absichten der Kaiserin gegenüberstellte. In Angelegenheiten, die rein politisch waren, im Beurtheilen einer Situation und Entwerfen einer allgemeinen Aktion hatte die Kaiserin gewöhnlich einen klaren

*) Czrybowski, Memoiren über die Kaiserin Katharina, Moskau 1864. — Depeschen von Cobentzl, 1788, 1789 passim. — Memoiren von Fürst Adam Czartoryski, mss.

Blick und ein treffendes Urtheil; leidenschaftlich erregt, konnte sie mit unbegreiflicher Energie ihre Pläne durchführen. Wenn es sich aber um laufende Geschäfte handelte, nicht um neue Pläne, sondern um die Ausführung früher entworfener, war sie oft schwankend, suchte Aufklärung, bedurfte Rath und Stütze. Besonders veranlassten sie die Meinungsverschiedenheiten ihrer Umgebung mit der Entscheidung zu zögern. Es ist nun begreiflich, dass bei mangelnder Triebkraft von oben und bei der eben geschilderten, langsamen Ausführung höherer Befehle alle Angelegenheiten nur langsam fortschritten. Die Depeschen der auswärtigen Minister dieser Zeit sind mit Klagen über diese Lage der Dinge überfüllt, am meisten hatte der österreichische Gesandte Graf Cobentzl Ursache, sich zu beschweren. Wenn es aber dem nicht einmal gelang, trotz seiner günstigen Stellung bei der russischen Herrscherin dies Uebel zu beseitigen, so konnte Deboli, der Minister der schwachen polnischen Republik, um so weniger dagegen ankämpfen. Indessen, wir wissen, dass innere Gründe obwalteten, die das Zustandekommen des Bündnisses hinderten.

§ 17.

Die russische Antwort auf die Vorschläge des Königs Stanislaw August.

Wie wir schon früher hervorhoben, war Potemkin der Einzige, dem die Kaiserin ohne Ausnahme alle ihre Verhandlungen mit fremden Höfen anvertraute. Die Verabredung mit dem Wiener Hof behufs gemeinsamen Schutzes der polnischen Gebiete gegen Preussen*) missfiel dem Fürsten. „Seien Sie versichert“ (schreibt er an Katharina), „dass Oesterreich diese schriftliche Verabredung zu Preussens Kenntniss bringen wird, um Preussen zur Kampagne in Polen zu veranlassen. Der Wiener Hof hat diese Versicherung von uns gefordert, um uns in einen Krieg mit Preussen zu verwickeln, und ohne das haben wir Schwierigkeiten genug! Oesterreich möchte uns mit Allen verfeinden und wird dazu Mittel finden.“ — Um dies zu vermeiden, rieth er, die Verhandlung dem preussischen Hof mit-

*) Am 10./21. Mai 1788. Siehe Kapitel 2, § 10.

zutheilen.*) Katharina ihrerseits theilt diese Besorgniss nicht. „Unsere Verabredung über die polnischen Gebiete", erwidert sie, „bestätigt lediglich, was frühere Verträge sichern; es kann keinen Streit darüber geben."**) Und dabei blieb es.

Gegenstand längerer Korrespondenz wurden die Vorschläge der polnischen Magnaten, die ihren Weg über Elisabethgrad nach Petersburg fanden. Wir haben erwähnt, dass Potemkin den Konföderationsplan der Branicki und Potocki nach St. Petersburg übermittelte, und dass Katharina, gegen seinen Rath, diesen Plan verwarf. — Wir wissen auch, dass der König selber mit dem polnischen Armeekorps ins Feld ziehen wollte, Potemkin aber dagegen war und forderte, dass die polnische Armee der seinigen einverleibt würde; da Katharina auch nicht das königliche Kommando wünschte, so erhielt Stackelberg die Weisung, diese Angelegenheit todt zu schweigen.***) — Zu derselben Zeit meldete der Fürst, dass er, falls man ihm Waffen gäbe, die polnischen Freiwilligen um sich versammeln könnte. Dieser Gedanke ward von Branicki eingegeben, der damit die Konföderation zu Stande zu bringen hoffte. Katharina liebte zwar die Freiwilligen im Allgemeinen nicht, nannte sie Parasiten und rieth davon ab — mit den Polen machte sie jedoch eine Ausnahme aus folgenden Motiven: „Wenn wir die Polen wirklich annehmen, und sie uns treu bleiben, so wäre dies in der Geschichte das erste Beispiel ihrer Treue. Wollen Einige von ihnen in unsere Dienste treten (den betrunkenen Radziwill und den Hetman Oginski, der mir Beweise seiner Undankbarkeit gegeben hat, ausgenommen), so mag man sie annehmen, besonders den Hetman Grafen Branicki, dessen Frau ich sehr liebe, die mich liebt, und von der ich weiss, dass sie ihre russische Herkunft nicht vergessen wird und Muth besitzt. Mit Vergnügen werde ich auch Potocki annehmen, den ruthenischen Wojewoden, weil er ein gerechter Mann ist und jetzt nach meinem Sinne gehandelt hat. Was die übrigen Polen anbelangt und ihre Ernennung zum Kommando, so soll man jeden einzelnen Fall erwägen; denn Leichtsinn, Mangel an Disziplin, Unordnung und

*) Russkaja Starina, Briefwechsel von Potemkin, 8./19. Juni und 15./26. Juni.

**) Antwort der Kaiserin, 16./27. Juni.

***) Depesche der Kaiserin an Stackelberg, 12. Mai v. s.

Widersetzlichkeit herrschen bei ihnen. Solche Elemente bei uns einzuführen in unsere Korps und unsere Armee, könnte keinem vernünftigen Menschen einfallen, im Gegentheil, wir müssen sie vermeiden. Nichtsdestoweniger werde ich mich beeilen, das Bündniss endgültig zu schliessen, damit nicht Einzelne allein, sondern die ganze Nation Beschäftigung hat.“ (26. Februar [9. März] 1788.) Später, als die Polen neue Beweise lieferten, wie bereitwillig sie russischen Interessen dienten, ohne auf die eigene Regierung Rücksicht zu nehmen, schreibt Katharina Folgendes: „..... Sollten (wie jetzt wahrscheinlich ist) noch grössere Schwierigkeiten bezüglich des Bündnisses mit Polen entstehen, so können Sie sich mit Branicki und mit dem Wojewoden von Ruthenien (Potocki) über die Bedingungen verständigen, unter welchen sie ihre Brigade in unseren Dienst stellen würden, was uns dann als das Vortheilhafteste und Bequemste erscheinen wird, werden wir von beiden Dingen vorziehen.“ Sie erlaubt dann dem Fürsten, sich so viele Karabiner von Kretschetnikoff geben zu lassen, wie für die polnische Armee erforderlich wären.*)

Der Leser wird sich noch erinnern, dass der Wiener Hof auch seinerseits gerathen hatte, sich der Polen zu bedienen, und zwar im Falle eines Krieges mit Preussen, zu welchem Zweck die Republik in eine Tripelallianz eintreten sollte. Damals (im Februar 1788) gestand Katharina zum ersten Mal, dass sie mit Polen wegen eines Bündnisses eben verhandele, doch wurde die Sache noch nicht beschleunigt. Nur als Potemkin gegen Otschakoff vorging und darauf drang, man möchte doch mit Polen für den Fall der Noth abschliessen, gab die Kaiserin dem Fürsten Bezborodko endlich den Auftrag, einen Vertragsentwurf herzustellen, der dem König als Antwort auf seine Vorschläge übersandt werden könnte. Dieses vielbesprochene, vielerwogene Dokument erreichte Stackelberg erst Anfang Juni. Es lautet folgendermaassen:

Das Petersburger Kabinet bietet der Republik ein Schutz- und Trutzbündniss für acht Jahre an, mit gegenseitiger Sicherung der Territorien in Europa und gegenseitiger Hülfe im Fall eines

*) Russkaja Starina, Katharinas Briefwechsel, 8./19. März. — Memoiren von Chrapowicki, 14./25. April.

feindlichen Angriffs auf dieselben. Russland stellt im ob erwähnten Falle 10 000 Mann Infanterie und 2000 Mann Kavaller mit entsprechender Artillerie; Polen stellt drei Brigaden Kavalleri im Ganzen 12 000 Mann. Dieses Militär muss sich unter d Leitung der requirirenden Partei stellen; sollte diese Hülfe nic genügen, so muss jedes Reich zu beiderseitiger Vertheidigu so viel beitragen, wie die eigene Sicherheit gestattet. Alle b herigen Verträge zwischen Polen und Russland, besonders d von Andruschew 1686 und die von 1768 und 1775 mit d hinzugefügten Akten (die Garantien) sollen bestehen und au geführt werden. Endlich kommt ein Artikel, der im polnisch Entwurf nicht vorhanden war und besagt, dass die diplomatisch Vertreter der beiden Regierungen im Auslande im Fall d Noth einander zu vertreten und die Interessen der beiderseitige Unterthanen im Auslande zu wahren hätten. Die Instruktio welche Stackelberg um dieselbe Zeit erhielt, enthält weitere E läuterungen über die Gesichtspunkte und Prinzipien, welche da Kabinet beim Entwerfen des Vertrages leitete. „Es wäre fü Russland zu beschwerlich“ (sagt die Kaiserin in dieser Denk schrift), „Subsidien zahlen zu müssen (300000 Dukaten), wie Pole zu erwarten scheint. Ich glaube, grossmüthig genug zu handel wenn ich den Unterhalt der ganzen mir zur Hülfe kommende Armee übernehme. Diese Armee soll auf 12 000 Mann b schränkt sein, weil diese Zahl genügt, um das polnische Vol bezüglich seines Nichtsthuns zu beruhigen, und doch nicht au reicht, um die Nachbarn zu beunruhigen. Diese Nachbarn müsse wir augenblicklich ganz besonders schonen. Da mir mei Infanterie ausreichend vorkommt, so ist es billig, dass ich n Kavallerie von Polen verlange, um so mehr, da diese Waffe do die beste ist und ihre Hülfe die sicherste. Nichtsdestowenig will ich dem polnischen Volk als ganz besonderen Beweis mein Wohlwollens eine Subsidie von 300000 holländischen Dukaten g währen, die im Laufe von sechs Jahren auszuzahlen sind, die ers Rate sechs Monate nach Abschluss des gegenwärtigen Krieg Unter diesen Umständen und bei solcher Hülfe wird es d Polen wohl möglich sein, ihr stehendes Heer zu vermehre ohne neue Steuern einzuführen, aber nur indem die Zahl d Soldaten, nicht die der Stabs- und anderen Offiziere verme wird. Ich habe gestattet, das polnische Hülfskorps auf mei

Kosten auszurüsten, und ich erlaube ferner, dass die übrige Armee aus meinen Fabriken zu billigen Preisen ihre Gewehre bekommt, soweit unser eigener Bedarf dies gestattet. . . . . Artikel 10 und Artikel 2 im Anhang des polnischen Entwurfes" (besagt ferner die Instruktion) „sind unzweifelhaft die schwierigsten und im Augenblick etwas bedenklich auch für das Gelingen dieser unserer Verhandlungen. Der erste bezieht sich auf die Regierungsform, die im Jahre 1775 eingeführt wurde. Der König kennt zu gut den Charakter und den Geist seines Volkes, um nicht zu wissen, dass ein Anschlagen einer gewissen Saite genügen würde, um bei seinen Gegnern eine Menge Fragen zu provoziren, deren Erörterung zum mindesten den Nachtheil hätte, uns Zeitverlust zu verursachen, und darüber könnten unsere Projekte zunichte werden, die Republik aber eine neue Periode von Unruhen durchzumachen haben. Ich richte daher Ihre Aufmerksamkeit auf diesen allerwichtigsten Punkt und erwarte von Ihrer Umsicht, dass Sie aus den Reichstagsverhandlungen alle Vorschläge fernhalten und geschickt beseitigen, welche die jetzige von mir sanktionirte und garantirte Regierungsform in irgend einer Weise antasten oder ändern könnten, und welche, gegen die Interessen der benachbarten Reiche gerichtet, die Opposition der Gegner verschärfen könnten . . . . ." Die Kaiserin bespricht ferner die Territorialentschädigungen, welche Stanislaw August beim Friedensschluss in seinem Entwurf verlangt. Ihre Meinung in diesem Punkt kennen wir aus anderen Dokumenten. Fürst Bezborodko hatte schon längst dem Grafen Cobentzl anvertraut, dass der polnische König die Moldau als Lohn für seine Hülfe verlangte, dass aber Russland auf dieses Verlangen nicht eingehen wollte.*) In der vorliegenden Instruktion steht Folgendes geschrieben: „Der polnische König, seine Minister und viele Andere in der Republik bezichtigen den preussischen Hof der

---

*) Depesche des Grafen Cobentzl an Kaunitz, 1. März 1788. Darin war die Politik der Kaiserin unveränderlich. Noch im Jahre 1781, als das Bündniss zwischen Russland und Oesterreich ins Leben trat, kam die Theilnahme der polnischen Republik am orientalischen Krieg in Betracht. Als man jedoch über die Theilung der eroberten türkischen Länder sich einigen sollte, erklärte Katharina: „La Pologne restera dans le même état qu'elle est à présent, en égards à ses frontières." Arneth l. c., 10. September 1782.

Absicht, auf Kosten Polens die preussische Grenze zu erweitern Dieser Verdacht ist nicht unberechtigt. Sollte aber diese Furch nicht den Wunsch nach eigenen Eroberungen unterdrücken? un wäre es nicht klüger, sich mit dem zu begnügen, was man ha um Anderen keinen Grund zu Eroberungen zu geben? Würd man nicht den König von Preussen reizen, seine Eroberung absichten in Polen auszuführen, auf Grund der polnischen Er oberungen in der Türkei, bevor noch diese durch einen glücl lich beendeten Krieg gesichert wären? Mein Vertragsentwu beweist, wie sehr mir die Interessen der Republik am Herze liegen, wie sehr ich ihr Wohl und kräftige Entwickelung b günstige, wenn die Umstände es erlauben.“ Es ist daher kl dass der König von Polen diese Beweise des Wohlwolle anerkennen und keine Schwierigkeiten durch Forderungen v ursachen sollte. Ferner bestimmt die Instruktion, wann und w die fremden Minister von dem Bündniss Kenntniss erlang sollen und welche Bedingungen der Genehmigung der konfö rirten Stände unterbreitet werden sollen. Am Schluss wird d Kommando des Armeekorps erwähnt, der Wunsch des König die Führung seines Heeres zu übernehmen, wird einfach übe gangen. Dieser Schluss lautet: „Indem ich in meinem Gegen projekt drei Brigaden polnischer Kavallerie zur Hülfe fordere, bitte ich, das Kommando den drei folgenden von mir Erwählten, die ich dem König vorgestellt wissen möchte, anzuvertrauen, nämlich Gross-Hetman Branicki, dem Wojewoda von Ruthenien Potocki und dem Unterkanzler von Litthauen, Fürst Stanislaw Poniatowski. Ihre Verdienste, ihre Anhänglichkeit an das neue System und mein Vertrauen in diese drei Männer haben mich in meiner Wahl bestimmt. Jedem von ihnen muss die Anwerbung und Formirung seiner Brigade überlassen werden. Wenn mi Gottes Hülfe alle diese Verhandlungen zu dem gewünschten Ziel geführt haben, so werden sie dem König und dem per manenten Rath die Vorstellung machen, dass die Brigade von Hetman Branicki der Armee des Feldmarschalls Fürsten Potemki beigefügt werden soll, während die beiden anderen unter da Kommando des Grafen Rumianzoff an die Donau eilen sollen.

Dies ist die Basis des Gegenprojektes und der Forderunge des Petersburger Kabinets. Die polnische Armee, welche gleic in Kriegslinie vorrücken soll, hat unter russischer Führung z

bleiben. Jeder politischen Bedeutung beraubt, in drei Abtheilungen getrennt, soll diese Armee ungefähr so behandelt werden, wie die Schweizer Söldner in früheren Kriegen behandelt wurden, wogegen die Republik 50 000 Dukaten jährlich für sechs Jahre nach dem Friedensschluss erhalten sollte. Im Uebrigen kein Antheil an den Eroberungen; die Abhängigkeit unter russischer Garantie wird nicht nur beibehalten, sondern noch verschärft durch die Bedingung, dass Russlands Vertreter im Auslande auch Polen vertreten sollen! Ist es nöthig, hervorzuheben, dass ein solches Bündniss für Polen eher schädlich als nützlich sein konnte? Und zu alledem brauchte die Kaiserin gar nicht günstige Bedingungen zu stellen, da sie wohl wusste, dass sie in Polen genug Freiwillige finden konnte und dass genug Magnaten da waren, die ihr ihren Dienst anboten und sie vor Verhandlungen mit ihrem König warnten! „Es besteht kein Zweifel“ (schreibt der Nuntius Saluzzo), „dass ein Vertragsentwurf zuerst vom hiesigen König vorgeschlagen wurde. Zweck desselben war ein regelrechtes Bündniss, welches die Garantie beseitigen sollte und die nothwendige Vermehrung der Armee ermöglichte. Das eine wie das andere hätte dem Bedürfniss des Landes entsprochen und wäre heilsam gewesen, hätte man doch Polen mehr achten müssen, wenn es mächtiger geworden wäre. Aber die Umstände haben alle guten Absichten vereitelt; was zu Polens Gunsten erdacht war, wurde für Russland verwerthet. Heute, soviel mir davon bekannt ist, besteht die Kaiserin auf dem Vertrag, und der polnische König kann sich entweder nicht mehr zurückziehen, oder er erhofft davon mehr Vortheil, als er eine Gefahr fürchtet.“*) Wir können hinzufügen, dass der König sich nicht mehr zurückziehen konnte, ohne die Kaiserin schwer zu beleidigen, und wenn schon ihm die Lust zum Bündniss sehr vergällt war, so hoffte er doch, dasselbe möchte dazu beitragen, die Armee zu vermehren, was allen leitenden Persönlichkeiten die Hauptsache schien; daneben mochte er erwarten, mit Stackelbergs Hülfe die Kaiserin zu einigen Konzessionen zu bewegen. In der That gelang Letzteres auch. Auf seine Bemerkungen über den Vertragsentwurf, den er im Juli nach Petersburg einsandte, erwiderte die Kaiserin

*) Depesche an den Kardinal-Staatssekretär, 1. Oktober 1788.

im September, indem sie auf die Territorialentschädigung einging und die sofortige Auszahlung von 100 000 Dukaten zur Armeevermehrung bewilligte,*) die übrigen 200 000 sollten nach Friedensschluss ausgezahlt werden. Doch erfolgte dieses Nachgeben erst, als die gewaltsame Aktion des preussischen Hofes den Ereignissen schon einen ganz anderen Lauf gegeben hatte. Wir wollen jetzt diese letzte Episode der Verhandlungen schildern, die, obwohl nie zu Ende geführt, doch so bedeutende und unvorhergesehene Folgen hatte.

§ 18.

Preussens Opposition gegen das Bündniss.

In der oben erwähnten Instruktion hatte Stackelberg die Weisung erhalten, die österreichischen und preussischen Bevollmächtigten von dem projektirten Bündniss in Kenntniss zu setzen, sobald die Landtage vorüber und die Mandate zum grossen Reichstag erledigt wären. Von Oesterreich waren keine Schwierigkeiten zu erwarten. Prinzipiell hatte Oesterreich eingewilligt, ohne sich viel um die festgestellten Bedingungen zu kümmern. Graf Cobentzl, dem man sehr spät eine Abschrift zur Einsicht übergab, meinte, es wäre ein ganz unschuldiges Dokument; Fürst Kaunitz war anderer Meinung. Auf das Verlangen des Petersburger Kabinets befahl er Herrn de Caché, die Bemühungen von Stackelberg zu unterstützen, jedoch mit Vorsicht und nur auf ausdrückliche Bitte des Letzteren; dabei vergass er nicht, dem russischen Gesandten vorstellen zu lassen, dass der preussische Hof sehr leicht diese Verhandlungen benutzen könnte, um in Polen Unfrieden zu stiften, daraufhin seine Armee über die Grenzen des Landes zu schicken und seiner Eroberungslust zu fröhnen. Dieselben Bedenken machte der österreichische Kanzler durch seinen dortigen Gesandten auch in Petersburg geltend — und wie die nachstehenden Ereignisse bewiesen, hatte er Recht in der Schätzung der geheimen Anschläge seines Nachbars.**)

Preussens Bevollmächtigter in Warschau war bekanntlich Buchholtz. Schwerfällig in Geschäften und lässig im gesell-

*) Depeschen vom König an Deboli am 2. Juli und 24. September 1788.

**) Depeschen von Kaunitz an de Caché vom 6. September, an Cobentzl vom 20. bis 26. September, Depesche von Cobentzl vom 10. Oktober.

schaftlichen Umgang, von mittelmässiger Begabung, oberflächlich und eingebildet, hatte er nur wenige Beziehungen in Polen und schrieb seiner Regierung leere und unzuverlässige Berichte, die hauptsächlich auf die mündlichen Erzählungen des sächsischen Residenten Essen gestützt waren; dieser, der älteste unter den fremden Diplomaten in Warschau, war gegen Alle mit Informationen freigebig, sowie sie gegen Polen und seinen König feindselig waren.*) Uebrigens war Buchholtz bemüht, seinem Herrn nur solche Berichte zu schicken, die ihn freuen konnten, und er prahlte mit der Popularität seines Königs und seiner eigenen Macht. In Wirklichkeit aber existirte in Polen damals keine bestimmte preussische Partei, diejenigen, welche Annäherung mit Preussen in Warschau oder Berlin suchten, wurden meistens enttäuscht. Russland war auf seinen Einfluss in Polen sehr eifersüchtig, und eine Macht, welche ihr diesen Einfluss hätte streitig machen wollen, konnte dadurch leicht in Ungelegenheiten gerathen. Einmal nur hatte Joseph II. eine eigene Partei in Polen zu bilden versucht. Dazu waren der Marschall Lubomirski und viele der galizischen Abgeordneten wohl zu brauchen, auch war der in solcher Absicht abgesandte Thugut wohl geeignet, in Warschau mit Stackelberg zu rivalisiren und eine ähnliche Stellung einzunehmen. Doch war der Kaiser in allen seinen Plänen unbeständig und rief Thugut bald ab, um den Frieden mit Russland zu bewahren. Stackelberg war seinerseits sehr auf seine bevorzugte Stellung erpicht und hätte sogar dem Nuntius nicht den Vortritt bei offiziellen Empfängen gelassen, wenn der König Stanislaw nicht energisch dazwischen getreten wäre, um die Vorrechte der apostolischen Kirche zu behaupten. Wenn man in Warschau „Ambassador“ sagte, so meinte man Stackelberg allein, als den Repräsentanten der Kaiserin, alle anderen waren diplomatische Gesandten zweiten Ranges. Das Berliner

---

*) Folgendes finden wir in den Briefen von Stanislaw August über Essen: „Essen, der sächsische Minister, ist ein kränklicher, verhätschelter Herr, er politisirt gern, und obwohl er nur selten ausgeht, so hat er doch so viele Beziehungen und Bekannte, dabei Kenntniss und Erfahrung des hiesigen Lebens, dass alle übrigen auswärtigen Gesandten, Stackelberg nicht ausgenommen, ihn oft besuchen, um seinen Rath zu holen; dabei schimpfen sie auf ihn, namentlich Stackelberg thut es.“ (Depesche an Deboli vom 12. August 1789.)

Kabinet liess diesen Dingen ihren Lauf zu Friedrichs II. Zeite
es begnügte sich mit einer untergeordneten Rolle und änder
nicht einmal seine Politik, als die Kaiserin sich offen zu eine
Bündniss mit Oesterreich bekannte. Das Verhältniss des rus
schen Gesandten zu Buchholtz blieb dabei freundlich; Stackelbe
hatte vertrauliche Unterredungen mit Buchholtz, in denen
sich, sei es aus Ueberzeugung, sei es aus Berechnung, a
Preussens Seite stellte, er versicherte, die neu geschlosse
Freundschaft mit Oesterreich würde nicht lange Dauer hab
die Kaiserin würde sich bald wieder ihrem alten Verbündet
annähern müssen. Der preussiche Gesandte schrieb eifrig nied
was er hörte, um es seinem Könige mitzutheilen, und dieser lie
sein Wohlgefallen Stackelberg übermitteln. So geschah es den
dass trotz aller Zwiste und Meinungsverschiedenheiten de
Monarchen ihre Gesandten in Warschau in bestem Einvernehme
lebten, oder zu leben schienen, und Buchholtz unternahm keine
offiziellen Schritt gegen den russischen Gesandten. Die Kunde
des geplanten Bündnisses veränderte jedoch mit einem Schlage
die Sache. Preussen zögerte nicht, seine Opposition gegen diese
neuen Pläne zu bekunden, und der Antagonismus beider Mächte
in Polen trat bald zu Tage. Diese Wendung der Dinge konnte
an und für sich von üblen Folgen für die russische Uebermacht
in Polen sein, sie bot denjenigen eine neue Stütze, die de
russischen Politik abgeneigt waren, und die Republik hätte Vor
theil von der neu geschaffenen Situation ziehen können, wen
sie verstanden hätte, sich zwischen beiden Parteien zu halten
ohne einer von ihnen blind zu vertrauen. „Seien Sie nich
Russen und nicht Preussen, seien Sie Polen!" pflegte der Für
de Ligne zu sagen. Zum Unglück haben die Polen es nich
verstanden, diese für ein unabhängiges Volk einzig würdig
Stellung zu behaupten; kaum war es ihnen gelungen, das ein
Joch abzuschütteln, als sie sich blind unter das andere fügte
ohne zu vermuthen, dass dieses letzte bei Weitem gefährliche
war, weil verrätherisch. Doch wollen wir den Ereignissen nic
vorgreifen. Am 27. August benachrichtigte Buchholtz sei
Regierung, Stackelberg habe ihn zu einer Konferenz eingelade
um ihm mitzutheilen, dass seine Monarchin die Absicht heg
während der nächsten Reichtagssession mit Polen ein Schut
und Trutzbündniss zu schliessen, das Polens Unverletzlichke

und zugleich seine Mitwirkung im Türkenkriege sichern sollte; die preussischen Interessen blieben dabei unberührt. Diese Nachricht überraschte das preussische Kabinet durch ihre Plötzlichkeit und rief in dem bis dahin gleichgültig zusehenden Kabinet einige Bestürzung hervor — die polnischen inneren Angelegenheiten wurden nun Gegenstand ganz besonderen Interesses. Hertzberg begleitete mit folgenden Worten die an den König nach Potsdam übermittelte Depesche von Buchholtz (2. September): „Es ist unzweifelhaft, dass dieses Bündniss lediglich gege Euere Majestät gerichtet ist, mit der Absicht, Preussens Ausdehnung zu verhindern, daher verlangt das Interesse Euerer Majestät, dass wir Alles aufbieten, um das Zustandekommen dieses Vertrages zu hindern. Ich meine, dass das beste Mittel hierzu wäre, wenn Euere Majestät auch Ihrerseits der Republik einen Vertrag anbieten könnten, die Erneuerung früher zwischen Preussen und Polen geschlossener Verträge; dem Grafen Stackelberg aber sollten Euere Majestät erwidern lassen, dass Euere Majestät zwar keinen Grund zu solchem Bündniss einsehen könnte, dass aber Euere Majestät, um auch Polens Immunität zu wahren, ihm eine Erneuerung seines Vertrages anbieten werden. Diese Erklärung dürfte die Unterzeichnung des projektirten Vertrages verspäten. Daneben können wir versuchen, eine eigene Partei in Polen zu bilden, sowie den konföderirten Reichstag zu hintertreiben, was sich vielleicht mit Leichtigkeit erreichen liesse, da ein grosser Theil der polnischen Nation Russland feindlich gesinnt ist. ..... Es dünkt mir, dass Euere Majestät bald gezwungen wird, Russland gegenüber die Zähne zu zeigen. Dies sind die ersten Gedanken, welche in mir nach Empfang dieser unerwarteten Nachricht entstanden sind.“ Der König nahm die Vorstellungen seines Ministers willig an, und ein Kurier wurde gleich am nächsten Tag nach Warschau mit umfangreicher Instruktion an Buchholtz abgesandt (3. September). In dieser Depesche, von beiden Ministern verfasst und vom König unterzeichnet, wird hauptsächlich hervorgehoben, dass der König die Nothwendigkeit eines Bündnisses zwischen Russland und Polen nicht einzusehen vermöge. „Denn“ (so lautet die Ausführung) „ich kann mir nicht denken, dass die Kaiserin dieses Bündniss gegen ihren Alliirten, den römischen Kaiser, schliesst, auch nicht gegen die Türkei, welche die Bedingungen des Karlowitzer Vertrages

Polen gegenüber strikte einhält, sondern nur gegen den König von Preussen selber. Da Preussens freundschaftliches Verhalten gegen Russland dieses Vorgehen nicht berechtigt, und da Polen neue Alliirte zu suchen scheint, so will auch Preussen unter ihnen sein. Jedenfalls ist klar, dass Preussen sich gegen Verbündete schützen muss.“ Ausser dieser für Stackelberg bestimmten Antwort enthält das Reskript den Befehl an den preussischen Gesandten, einen ausführlichen Bericht über den Zustand des Landes einzureichen und die Mittel anzugeben, welche angezeigt wären, um eine mächtige Partei für Preussen in Polen zu bilden. „Da ich weiss“ (schreibt ferner der König), „dass die Mehrheit der polnischen Nation sich für die Vermehrung der Kriegsmacht sehr begeistert hat, so ist es nicht klug, sich diesem Projekt offen entgegenzusetzen, andererseits aber ist das Projekt meinem Vortheil zuwider und deswegen muss diesen Plänen unter der Hand entgegengearbeitet werden und die Vermehrung der Armee muss verhindert werden, da dieselbe gegen mich gebraucht werden könnte, namentlich an dem Tage, wenn der König und der Gross-Hetman sich wieder verständigen und einig werden sollten. Ebenso wichtig erscheint mir die Frage, ob der bevorstehende Reichstag frei oder konföderirt sein soll. Es ist mein Vortheil, dass er frei sei und daher im Fall der Noth leicht aufzulösen, man soll also jede Konföderation ebenfalls hindern.“ Schliesslich fragt der König Buchholtz, welche Summen er wohl brauchen werde, um alle diese Machinationen in Bewegung zu setzen.

Wie wir oben erzählten, hegten der preussische König und seine Minister schon seit einem Jahre die Hoffnung, dass es ihrer Politik gelingen möchte, die türkischen Verwickelungen zu benutzen, um die östlichen Provinzen von Polen sich anzueignen. Inmitten dieser Kombinationen werden sie durch das Bündniss zwischen Polen und Russland überrascht, welches ihre Absichten zu vernichten drohte. Der gereizte und entschiedene Ton der Depeschen ist daher leicht begreiflich, wenn man erwägt, dass die habsüchtigen Projekte gefährdet wurden und dass der Eigenliebe Hertzbergs ein empfindlicher Stoss durch diese unerwarteten Verwickelungen versetzt wurde. Man sah zugleich klar ein, dass die Persönlichkeit von Buchholtz keineswegs die richtige war, um allein die neuen Pläne in Warschau durch-

zuführen. Man beschloss also, den Grafen Goltz zur Aushülfe dahinzuschicken, er war der polnischen Sprache mächtig und hatte Verwandte in der polnischen Szlachta; er wurde auch zunächst nach Grosspolen entsendet, um sich mit dem Fürsten Sulkowski, der zu Preussen neigte, zu verständigen. Es wurden noch andere Maassregeln geplant und beschlossen, den Baron Keller aus St. Petersburg abzuberufen und an seine Stelle den Marchese Lucchesini zu bringen, der, mit bedeutenden diplomatischen Fähigkeiten begabt, schon von Friedrich II. ausgezeichnet worden war. Man wollte nur die Ankunft von Nesselrode abwarten, der in Berlin an Rumianzoffs Stelle kommen sollte; einstweilen sollte Lucchesini sich auch in Warschau umsehen und dort Buchholtz durch seine Beredsamkeit und Geschicklichkeit behülflich sein. Zu derselben Zeit erklärten die Schweden Russland auch den Krieg, und obwohl es der Kaiserin gelang, gleich im Anfang Verhandlungen mit der finnländischen Armee ohne den König anzuknüpfen und Dänemark gegen Schweden aufzureizen, so war sie doch momentan in grossen Verlegenheiten. Diese Verlegenheiten waren für Preussen ein Grund mehr, mit Dreistigkeit gegen die Bündnisspläne aufzutreten. Hertzberg überliess sich den kühnsten Hoffnungen, er sah sich schon als Herrn der Situation an und schrieb gebieterische Depeschen. „Es scheint mir“, meint er, „dass wir die Polen leicht von ihrem Bündniss abwendig machen können, wenn wir ihnen vorstellen, dass sie einen verheerenden Krieg mit der Türkei damit heraufbeschwören, ihr Land wird ähnlichen Plünderungen ausgesetzt, wie Ungarn gegenwärtig auszuhalten hat, und weder Russland noch Oesterreich werden Polen dagegen schützen können, sondern sich genöthigt finden, uns um Beistand zu bitten. Sollte die Kaiserin an ihrem Bündnissprojekt festhalten, so wird sie den König zwingen, es mit der Türkei und mit Schweden zu halten. Was wird dann aus Russland, Oesterreich und Polen? Frankreich ist mit eigenen Angelegenheiten zu beschäftigt, um sie gegen unsere 200000 Mann zu schützen; auch können wir gegen Frankreich 70000 Mann aufstellen. Unser Spiel ist so stark und so gut berechnet, dass wir diesmal wohl darauf rechnen dürfen, diese beiden hochmüthigen Höfe zu unserem Willen zu zwingen; ich werde auch diese Gelegenheit mir nicht entgehen lassen, um unsere Monarchie

in die glückliche Lage zu bringen, die ihr von der Vorsehung zugedacht ist. Sie können mir behülflich sein und zugleich mit der Zukunft unseres Reiches die Ihrige verbessern. Heute schlage ich dem König vor, er möchte Ihnen 2000 Dukaten schicken mit der Ermächtigung, ein gut eingerichtetes offenes Haus zu halten".*) Nicht so hochtrabend, doch nicht minder entschieden äussert sich der König in seiner Depesche selbigen Datums: „Wie dem auch sei" (schreibt Friedrich Wilhelm), „ich muss diese Allianz zerstören oder ein besonderes Bündniss mit dem Theil der Nation schliessen, welcher zu uns neigt und sich zu meinen Gunsten konföderiren will . . . . . Sie sollen ohne weiteres Zögern den Grafen Oginski nach Warschau einladen und ihn sondiren, ob es uns von Vortheil sein kann, ihn als Haupt unserer Partei zu gewinnen. Fürst Radziwill hat mir seine Bereitwilligkeit durch seinen Vertrauten Peterson erklären lassen. Ich hoffe, dass es Ihnen gelingen wird, folgende Herren auf unsere Seite zu bringen: Grafen Przebendowski (Marschall des permanenten Raths), den Bischof von Kujawien (Rybinski), sowie alle Krasicki Verwandte des Bischoffs von Ermland, den Fürsten General Sulkowski (Wojewoda von Lenczyc), Gadomski, Bninski u. A. m., die Sie kennen. Es wäre auch wichtig, diejenigen Potocki zu Freunden zu haben, welche gegen Russland und gegen den König sind. Sollte der Palatin Graf Potocki (Felix) sich gegenwärtig der Hofpartei zuneigen, weil seine Güter unter Russlands Herrschaft durch diese Lage zu stehen kommen, so geben sie ihm doch zu bedenken, dass, indem die Republik eine Allianz mit Russland schliesst, die direkt gegen die Pforte gerichtet ist, er seine Besitzungen in viel dringendere Gefahr bringt, gegen die Russland ihn nicht zu schützen vermag, da der bisherige Gang des Krieges das Eindringen der Türken in Polen sehr wahrscheinlich macht. Da die Projekte der Allianz allgemein bekannt zu sein scheinen, so versäumen Sie keine Gelegenheit, um diejenigen Polen, mit denen Sie in Berührung kommen, entschieden und bestimmt gegen solche zu warnen.... Machen Sie in Ihren Gesprächen alle darauf aufmerksam, dass

*) Hertzberg an Buchholtz am 16. September 1788. Sammlung der Depeschen unter dem Titel: „Acta, betreffend die Allianz, welche die Kaiserin von Russland der Republik Polen antragen lassen". Geheimes Archiv in Berlin.

diese gefährliche Allianz nicht nur gegen die Türkei, sondern auch gegen uns gerichtet sei, dass ein Bündniss mit Preussen Polen gegen die Türkei besser sichern würde. Was nun Polens Integrität anbelangt, so können Sie jedem Polen mündlich die Versicherung geben, dass Preussen besser als irgend welcher Staat dieselbe wahren würde, weil es in seinem Interesse läge, und auch mit Rücksicht auf Polens Wohlsein und Unabhängigkeit. Im Allgemeinen bemühen Sie sich, die Meinung zu zerstreuen, die man in Polen verbreitet hat, als ob ich die Absicht hätte, mich auf deren Kosten zu bereichern."

§ 19.
Die Kaiserin unterbricht die Verhandlungen.

Also — die polnisch-russische Allianz unbedingt zu verhindern oder, wenn dies nicht gelänge, die Nation zu spalten, um mit einem Theil derselben sich verbindend, Unfrieden zu stiften und durch mündliche Versprechungen und Verheissungen sich Parteigänger anzuwerben, dabei heimlich die Vermehrung der Armee und jegliche Konföderation zu hintertreiben, — solches waren die Instruktionen, die Buchholtz aus Berlin tagtäglich durch immer neue Kuriere erhielt. — Die preussische Antwort, welche wir oben mittheilten, überraschte Stackelberg sehr peinlich, namentlich aber beunruhigte ihn die Erklärung, dass Preussen seinerseits eine Allianz vorschlagen würde. Alsbald erwiderte er mit der Erklärung, dass diese Ansichten des Berliner Kabinets seine Gebieterin verdriessen würden, da ihre Absichten gegen Preussen die besten seien; er betonte, dass die Vorschläge zur Allianz von König Stanislaw herrührten und von der Kaiserin erst nach langem sechsjährigen Zögern endlich genehmigt worden waren mit Rücksicht auf den Türkenkrieg, der die Gemüther in Polen beunruhigte. Aus dieser Unruhe könnten ernste Bürgerkriege entstehen, wenn man sich nicht angelegen sein liesse, dieses Volk unter Russlands Aegide zusammenzufassen. Dagegen bemerkte Buchholtz, dieser Plan wäre seinem Herrn weniger bedenklich erschienen, wenn die früheren Beziehungen zwischen Russland und Preussen noch beständen; unter den obwaltenden Umständen müsse er aber die Allianz als Bekräftigung des Bündnisses der beiden Kaiserreiche und als gegen ihn gerichtet er-

[illegible] wie [illegible] Verfassung [illegible] werden [illegible] das Stackel- [illegible] die garantirenden [illegible] beschliessen: [illegible] Reichstag. [illegible] Vertrag von 1775 [illegible] worden war. [illegible] König von Preussen doch zugeben müsste.

[illegible] Depesche vom 16. September nach Petersburg und [illegible] Tages gepflogenen Gespräche mit dem König [illegible] August drückte Stackelberg sein Bedauern über die [illegible] Preussen erhobene scharfe Opposition aus. „Grade zu der [illegible]" schreibt er an sein Ministerium, „da es mir trotz mannig- [illegible] Schwierigkeit gelang, mit Hülfe des polnischen Königs [illegible] den meisten Landtagen uns günstige Abgeordnete durch- [illegible], begegnen wir auf einmal dieser unerwarteten Opposition [illegible] Preussen. Ich habe zwar vorausgesehen, dass die beabsichtigte Allianz dem König von Preussen nicht munden würde und dass [illegible] dieselbe heimlich erschweren möchte, aber der offene Krieg, [illegible] er gegen unsere Absichten führt, ermuthigt bedeutend die [illegible] abgeneigte polnische Partei, ja verstärkt sie dermaassen, [illegible] die ganze Sache über meine Kompetenz hinausgeht und [illegible] nur an höherer Stelle verhandelt werden kann".*) Es [illegible] daraus, dass Stackelberg nunmehr auf Verhandlungen an [illegible] Stelle baute, selbst aber auf jeglichen Erfolg ver- [illegible]. Stanislaw August wurde auch durch die entstandenen Schwierigkeiten unangenehm berührt, doch war er an Misserfolge gewohnt und fing immer wieder von vorn an, wenn ihm sein

---

*) Buchholtz [illegible] Bericht vom 12. September. Depesche von Stackelberg an Ostermann und Besborodko. In einem Gespräch mit de Caché äussert Stackelberg [illegible] die Allianz würde nun im Reichstag auf Schwierigkeiten [illegible] der Kaiserin gerathen. von demselben Abstand [illegible] de Caché an Kaunitz. 20 September). Es ist [illegible] dass [illegible] dessen vor dem österreichischen Gesandten [illegible] sein, in Wirklichkeit aber [illegible] bringen, theils um den ihm [illegible] seinen Einfluss in Polen [illegible] müsste. nicht gerne fol- [illegible]

Werk zerstört wurde. „Wenn Sie uns nur die Armeevermehrung gestatten“, meinte er Stackelberg gegenüber, „so erachte ich die Sache für nicht verloren.“ — „Ich rathe sogar zur raschen Aktion in dieser Sache“, erwiderte der Gesandte, „ich habe schon manch Einem gesagt, dass auch ohne formellen Vertrag mit uns Polen seine Armee vermehren sollte, weil uns dies nur Nutzen bringen könnte, ebenso wie das ganz unbedeutende Kontingent im vergangenen Sommer nützlich war.“

Am folgenden Tag (11. September) berief der König den Primas, den Marschall Mnischech, den Fürsten Stanislaw Poniatowski und Chreptowitsch. Stackelberg, der zugegen war und inzwischen wieder Muth gefasst hatte, rieth nun eifrig, trotz des preussischen Widerstandes beim begonnenen Werk auszuharren, denn sollte die Kaiserin auch schliesslich weichen, so würde sie den guten Willen anerkennen, und die beschlossene Armeevermehrung würde doch ein „fait accompli“ bedeuten. Der König vertrat kräftig denselben Standpunkt und hatte sogar eine weitere Kombination ausgedacht; er behauptete, man müsse bei dem Projekt bleiben, auch wenn der König von Preussen oder sogar der Kaiser von Oesterreich ihre Allianz antragen sollten, „denn diese Verträge seien Schutzbündnisse, eines schlösse die anderen nicht aus. Die Allianz mit Russland sei das beste Mittel, um Polen gegen die Unternehmungen der anderen Mächte zu sichern.“ Diese Bereitwilligkeit, mit Allen Allianz zu schliessen, wollte Stackelberg freilich nicht so ganz gefallen; da aber Alles von der Antwort der Kaiserin abhing, so wurde jetzt beschlossen, die Wiederkehr des Petersburger Kuriers abzuwarten.*)

In Petersburg ward die Sache jedoch anders beurtheilt. Katharina brauchte vor allen Dingen Ruhe in Polen; keiner der Vortheile, die von der beabsichtigten Allianz zu gewärtigen waren, konnte die Nachtheile und den Schaden aufwiegen, die für Russland (und wir meinen noch mehr für Polen) entstehen mussten, wenn die Nation in zwei feindselige Parteien gespalten wäre und wenn die Absicht des Königs von Preussen, eine eigene Konföderation zu bilden, sowie der Einmarsch der preussischen Truppen in Polen sich verwirklichen sollten. Es

*) Depesche des Königs an Deboli (13. September).

ist wahr, die eben geschlossenen Verträge mit Oesterreich konnten Polen gegen diesen letzten Fall sichern; aber abgesehen davon, dass Russland ungern diese Einmischung in Polens Angelegenheiten Oesterreich überliess, hätte es doch militärische Hülfe in solchem Falle leisten müssen. Diese zu stellen, war im Augenblick, wo zwei Kriege, einer im Süden und der andere im Norden, alle Kräfte beanspruchten, mit besonderen Schwierigkeiten verknüpft. Sich in solcher Lage die Feindseligkeit einer Militärmacht wie Preussen zuzuziehen, wäre sehr unpolitisch gewesen. Also obschon von dem Widerstand des Königs von Preussen tief verletzt, beschloss Katharina, vorläufig den Umständen nachzugeben, und hatte diesen Entschluss schon gefasst, bevor die in demselben Sinne dringend rathenden Depeschen des Fürsten Kaunitz sie erreichten.*)

Am 28. September brachte ein Kurier aus Petersburg dem Gesandten in Warschau neue Instruktionen, welche diesen veranlassten, dem König zu erklären, der Wille der Kaiserin sei, den König von Preussen zu schonen, somit die Allianz mit Polen vorläufig nicht zu unterzeichnen; ganz verzichtet sollte aber auf dieselbe nicht werden, vielmehr noch im laufenden Jahr während des Reichstages auf eine günstige Gelegenheit dafür gewartet werden. — „In consequenti" (schreibt der König an Deboli) „ist es jetzt unsere Aufgabe, eine Konföderation zu bilden, welche den eingestandenen Zweck der Vermehrung unserer Armee und innerer Reformen haben wird. Ausserdem reserviren wir uns, im Einverständniss mit dem hiesigen Gesandten, den Vertrag vorzuschlagen, wenn die Umstände es begünstigen. Obwohl mir die Vertagung dieser Angelegenheit sehr unangenehm ist, so muss ich doch gestehen, es ist aus verschiedenen Gründen doch gut, dass die Kaiserin ihrem Gesandten befohlen hat, einzulenken, denn nach dem Zögern des Referendars Malachowski (des künftigen Reichstagsmarschalls), nach dem sehr deutlichen Widerstand des Fürsten Czartoryski, den keine Argumente zu beugen vermochten, und schliesslich, was noch schlimmer war, nach den Kundgebungen so vieler eintreffender Abgeordneten, denen zufolge ich nur auf die unbedingte Einwilligung des fünften Theils unter ihnen sicher rechnen konnte — angesichts

*) Depesche von Cobentzl an den Fürsten Kaunitz (10. Oktober).

solcher Hindernisse wiederhole ich, wäre die Sache so schwierig geworden, dass ich ihre Durchführung kaum für möglich erachtete." Als Ursachen dieser Stimmung in Polen sieht der König folgende an: „die preussischen Drohungen, die fast allgemeine Abneigung gegen den Krieg mit der Türkei, unüberwindlicher Hass gegen den Kaiser Joseph und die Erinnerung an manche vom russischen Hof und der russischen Armee erfahrene Unbill und Misshandlungen, welche von Preussen künstlich genährt wurde." „Letzterer Grund jedoch" (fügt Stanislaw August hinzu) „hatte wenig Gewicht, denn jeder klarblickende Mensch muss zugeben, dass, wenn wir klug handeln und nicht Gefühlspolitik treiben wollen, für uns nur die Allianz mit Russland vortheilhaft sein kann, was sogar Fürst Czartoryski zugiebt. Wir müssen also von dem guten Willen der gesammten Nation und ihrer Begeisterung für die Vermehrung der Armee Vortheil ziehen und vor allen Dingen diese Sache eifrig betreiben, denn, wenn man auch in Berlin dieses gern hintertreiben möchte, so muss doch Buchholtz einsehen, wie viele Anhänger er verliert, sobald er offen dagegen auftritt. Seine Arbeit besteht auch seit einigen Tagen darin, einen konföderirten Reichstag zu verhindern, denn er weiss, wie leicht ein freier Reichstag aufzulösen und mit ihm die beabsichtigte Armeereform zu hintertreiben ist. Unsere Bemühungen müssen deshalb sich einzig darauf richten, den Reichstag unter eine Konföderation zu stellen, und darin unterstützt mich der Gesandte (Ambassadeur) redlich, ebenso auch in der Durchführung der Armeereform, weil er dazu von der Kaiserin ermächtigt wurde."*)

§ 20.

Der König verändert sein Programm.

Die aufgeschobene Allianz sollte indess nicht mehr zu Stande kommen. Soll man es bedauern? — Wir sahen oben, dass der König selber es wenig bedauerte. Obwohl von ihm sorgfältig geplant, hätte das Bündniss doch schliesslich Polens Abhängigkeit von Russland noch vermehrt, — denn, geräth der Schwächere in die Lage, sich des Stärkeren bedienen zu müssen, so wird er ihm schliesslich doch unterliegen. Hatten doch auch Friedrich II.

*) Depesche des Königs, 1. Oktober 1788.

und Kaiser Joseph, die ihrer Zeit mit der Kaiserin von Russland alliirt waren, trotz ihrer Macht in dieser Allianz mehr für sie zu leisten, als ihnen lieb war und als sie versprochen hatten, — wie sollte demnach die geschwächte, gedemüthigte Republik je hoffen, dass es ihr gelingen dürfte, ihre Interessen, ihre Würde und Unabhängigkeit in einer solchen Allianz besser zu wahren, als jene Monarchen? Es war schon ein grosses Uebel, dass Russland unbedingten Einfluss auf Polens innere Angelegenheiten gewonnen hatte; wäre es nun klug gewesen, Polen auch an der auswärtigen russischen Politik thätig theilnehmen zu lassen? Wir haben oben geschildert, welche Bedingungen Katharina gestellt hatte. Ein Reich, so schwach, dass diejenigen, welche es brauchen, ihm solche Forderungen stellen dürfen, besitzt offenbar nicht mehr die Festigkeit, ohne eigenen Schaden an den grossen europäischen Kombinationen theilnehmen zu können.

Es liegt tiefe politische Weisheit in dem Sprichwort: „Der Damm soll dem Teiche angemessen sein.“ Diese Weisheit sollte man jedem Volk in jeder Lage und zu jeder Zeit wünschen. Die Absichten des Königs waren zu weitläufig und umfassend für Polens damalige Verhältnisse. Trotz mancher scheinbar triftigen Argumente, mit denen seine Pläne sich rechtfertigen liessen, dünkt uns das Allianzprojekt Stanislaw Augusts mehr als Produkt politischer Phantasie, gepaart mit patriotischer Ungeduld, denn als Resultat kalter Berechnung, ruhiger, nüchterner Erwägung der Situation, sowohl der äusseren, als besonders der inneren.

Es giebt noch ein Sprichwort: „Suche keine Abenteuer draussen, wenn es in Deinem Hause unordentlich geht.“ Erst hätte die häusliche Arbeit gethan werden müssen, um hundertjährige Nachlässigkeit und Trägheit gut zu machen, und durch fleissige Arbeit, Gesundheit, Ordnung und Nüchternheit geschafft werden müssen, bevor man hoffen durfte, den Einfluss nach aussen wieder zu gewinnen. „Die Organisation der Armee und die inneren Reformen, dies sind jetzt unsere Hauptaufgaben“, schreibt der König im Augenblick, als das Projekt der Allianz scheiterte; wir werden sogar sagen: die Hauptaufgabe und wohl für längere Zeit ausreichend, wenn man in der inneren Reform die moralische Besserung des Volkes und seines privaten wie öffentlichen Lebens einbegreifen wollte.

ind doch die historischen Begebenheiten nichts Anderes, als der usdruck der Wandlungen, die sich in der Seele des Volkes und n den Individuen, aus denen es besteht, vollziehen, und demnach ind die grossen Menschen, wie auch die grossen historischen Iomente nur die Krone und die Früchte des Baumes, der seine äfte aus dem Boden holt. Je besser der Boden, um so edler ınd voller die Frucht.

Wie dem auch sei, Polen hatte damals Grund, Gott zu lanken, dass inmitten solcher Zwistigkeiten der drei feindlichen Mächte ihm etwas mehr Freiheit gewährt ward, dass während lieser Kriege das polnische Volk sich etwas freier bewegen und seine Neutralität benutzen durfte, um seine Kriegsmacht auf besseren Fuss zu setzen, wodurch es gelingen konnte, den Staat zu stärken unter Russlands Aegide und mit der stillen Zustimmung Oesterreichs. Und diese kurze Gunst des Augenblicks war ein Verdienst Stanislaw Augusts. Warum aber dieser günstige Augenblick doch nicht benutzt ward, durch welches Zusammentreffen von Umständen, durch welche neue politische Phantasterei und patriotische Ungeduld das oben erwähnte Programm der inneren Reformen sich sowohl in seiner Grundlage wie auch in seinen Dimensionen verschob, dies Alles sollen die folgenden Kapitel ausführlich schildern.

Kapitel 4.

Die Parteien, die Landtage, die dem Reichstage vorausgehende Aktion.

§ 21.

Die innere Opposition. Hetman Branicki.

Bei den polnischen Historikern, welche die uns beschäftigende Epoche schildern, begegnen wir Klagen über den Mangel an Dokumenten bezüglich der Ereignisse, welche sich in Polen zwischen den einzelnen Reichstagen zutrugen. Diese Klagen sind aber unberechtigt, es trug sich eben nichts zu und es ereignete sich niemals etwas. Nach einem stürmischen Reichs-

tag, der die Parteien noch feindseliger gegeneinander stimmte, als sie vorher waren, ging Jedermann nach Hause, und es entstand eine dumpfe Stille. Tumult und Anspannung der Gemüther mochte wochenlang Alle athemlos gehalten haben, in der ländlichen Ruhe, bei den häuslichen Beschäftigungen oder bei dem damals allgemeinsten Zeitvertreib, den ununterbrochenen Festen und Lustbarkeiten gaben sie bald nach. Land und Hauptstadt versanken in die gewohnte Gleichgültigkeit, die kein öffentlicher Vorgang zu stören pflegte. Dafür liefern die Berichte der ausländischen Minister die besten Beweise, denn in den Pausen zwischen den Reichstagen erfolgen sie nur selten und sind so unbedeutend, dass ihre Lektüre sich kaum lohnt. „Die glücklichste Zeit für Polen war die zwischen den Jahren 1780 und 1792" (sagt ein Schriftsteller, dessen Jugend bis in diese Zeit zurückreichte), d. h. als das russische Heer nach der Konföderation von Bar das Land verliess, um später mit der Konföderation von Targowica wieder hineinzuziehen. Man darf dreist sagen, in diesen Jahren habe sich das bekannte Sprichwort verwirklicht: „Unter dem Sachsenkönig iss, trink' und schnall' Deinen Gürtel weiter!" — Man zankte auf den Landtagen, man belustigte sich, trank und schmauste; bei jeder Gelegenheit wurden grosse Festgelage veranstaltet — von Politik wollte man nichts wissen, ebenso wenig von Litteratur, für die in den Häusern der reichen Szlachta kein Interesse vorhanden war; als Erbstück der Regierung beider Könige aus dem sächsischen Hause hinterblieb eine unbegreifliche Gleichgültigkeit gegen alles öffentliche Leben. Nur eine polnische Zeitung „Die Luskiner" ward gelesen und nur in einzelnen Häusern kannte man ausländische Blätter.*) Die reicheren erhielten die sogenannten geschriebenen Zeitungen; von Privatleuten verfasst und zensurfrei, könnten sie uns ein lebhaftes Bild der öffentlichen Dinge wohl geben, hätte überhaupt öffentliches Leben existirt; der spärliche Vorrath der Nachrichten, die sie bieten und die Art, wie dieselben dargestellt sind, müssen als Beweis dafür gelten, bis zu welchem Grade der politische Sinn aus dem Volke geschwunden war. Nach dem Reichstage von 1780 ging eine gewisse Wandlung vor sich; die jüngere Generation erschien

*) Kajetan Kozmian, Memoiren, Polen 1858, I. 119.

auf der politischen Bühne, die neuen Lehranstalten und das Kadettenkorps statteten junge Leute mit breiterer Bildung und mit Kenntnissen der vaterländischen Geschichte aus, während das ältere Geschlecht, wie der oben angeführte Autor erzählt, sehr unwissend war; begegnete man doch Senatoren, die keine Idee von der geographischen Lage der benachbarten Länder hatten. Obwohl wenig gelesen wurde und „Niemand Geld aus der Tasche holte, um Bücher zu kaufen", wie Naruszewicz sagt, so hatten doch zwei neue Werke Aufsehen erregt: „Die patriotischen Briefe" und die „Bemerkungen über das Leben von Jan Zamojski". Auch Begebenheiten, wie die Begegnung in Kanion und der türkische Krieg gaben zu denken und erregten nicht nur Aufsehen, sondern erweckten auch neue Tendenzen und Kombinationen. Freilich gab es ein gewisses Interesse für die öffentlichen Dinge, das sich in dem Wunsche äusserte, Polen einen Vortheil aus den Schwierigkeiten der beiden benachbarten mächtigen Reiche ziehen zu sehen, aber doch nicht in dem Maasse, wie es die Historiker annehmen, wenn sie schildern, dass die Gemüther ebenso vor dem vierjährigen Reichstage wie während dessen bewegt waren. Man dachte noch keineswegs an politische Reformen, auch nicht daran, die Regierung zu stürzen; mochte es auch hier und da an individuellen Tendenzen nicht gefehlt haben, die solche Absichten hegten, der grossen Masse der Szlachta lag Anderes am Herzen. Die Vermehrung der Armee, auf die das Volk aus Furcht vor Besteuerung vor 12 Jahren verzichtet hatte, war jetzt sein einziger Wunsch; durch eine starke Armee und durch einen konföderirten Reichstag sollte das Vaterland gehoben werden und zu Ansehen gelangen. Wie aber dieses Ziel zu erreichen, mit welchen Mitteln, durch welche Aktion im Innern und nach aussen, darüber war die grosse Mehrheit bei jeglichem Mangel an administrativen und politischen Kenntnissen und Erfahrungen im Dunkel. Den guten Willen der Szlachta konnten in jedem einzelnen Landeskreis nur diejenigen leiten, die darin Einfluss hatten, oder solche im ganzen Lande bekannte Persönlichkeiten, deren Reichthum und Amt sie befähigten, wenn auch nicht Parteien zu bilden, so doch den Vortheil und die Interessen einer gewissen Zahl von Menschen zu vertreten. Ansehnliche Männer fehlten in dieser Epoche nicht, jeder Einzelne wird von uns in der von ihm gespielten

Rolle im Laufe der Ereignisse geschildert werden. Hier wollen wir indess hervorheben, dass seit dem Jahre 1786 drei Persönlichkeiten, welche zur königlichen Partei nicht gehörten, sich in jeder Weise hervorthaten und politische Centren darstellten. Es waren: der Hetman Branicki, Stanislaw Felix Potocki und Fürst Adam Czartoryski, der unter dem Titel Fürstgeneral des Landes Podolien oft genannt wurde. Da wir diese drei Männer in einem anderen Werke genau geschildert haben, wollen wir hier ihre Thaten näher beleuchten.

Der Hetmanwürde die vor 1764 besessene Macht und Befugniss wieder zu erringen, war der einzige Gedanke, der Branickis Thun und Lassen beherrschte, seit der König für ihn den Hetmansstab von Waclaw Rzewuski gekauft hatte. Dieser Macht wollte er wieder habhaft werden, freilich nicht, um sie im Dienste des Landes zu brauchen, sondern um nach Gutdünken Wahlen zu beeinflussen, Landtage zu regieren, das Tribunal unter seine Willkür zu beugen und sowohl dem König wie dem Reichstag zu opponiren. Der Plan einer Konföderation, der von Katharina verworfen wurde, entstand auch aus derselben Tendenz. Von der Kaiserin gemissbilligt, durch den permanenten Rath vom Kommando entfernt, durch Stackelberg paralysirt, wollte nun Branicki durch Anwerbung von Freiwilligen für Russland sich hervorthun; als aber auch dieses misslang, begab er sich in Fürst Potemkins Hauptquartier und wartete auf die Ereignisse. Ueber seinen dortigen Aufenthalt besitzen wir einige für ihn wenig schmeichelhafte Nachrichten. Um nur etwas zu thun, hatte er für sich das Kommando über ein Kosaken-Regiment erbeten und forderte die Türken zum Einzelkampf heraus. „Im Rath bedeutet er nur wenig“ (schreibt von ihm der König an Deboli), „im Gegentheil, er macht sich lächerlich, da er sich oft betrinkt und in solchem Zustande ganz allein gegen die Festung anstürmt. Er gerieth dabei einmal in einen türkischen Garten, behauptete aber, er sei hinter die feindlichen Schanzen eingedrungen. Da aber sein Tisch der beste ist und Potemkin mit seinen Stabsoffizieren bei ihm zu diniren pflegt, ja sogar eine Art von Zuneigung, freilich ohne Achtung, für ihn hegt, so müssen wir auf der Hut sein und sollen von dorther nur Böses erwarten.“ Im Juni 1788 gelang es Branicki, auch Felix Potocki nach Elisabethgrad hinüber-

zuziehen, auch wurde Stempkowski, der Wojewode von Kiew, zu gemeinsamer Berathung zugezogen über die Frage, ob man nicht in der Ukraine eine selbständige Aktion gegen die Türkei anfangen könnte, ohne das Zusammentreten des Reichstages und die Unterzeichnung einer Allianz mit Russland abzuwarten. Wir wollen hier einige Auszüge aus Stempkowskis Berichten an den König mittheilen, die uns über Branickis Verhalten und die dort gepflogenen Gespräche Aufschluss geben. „Repnin frug den Wojewoden Stempkowski in Potemkins Gegenwart, ob die Polen für die Türken oder für Russland seien?“ Darauf erwiderte der Wojewode: „Die Türken thun uns nichts Böses, sie achten unsere Grenzen, obwohl sie wissen, dass Polen Euch sozusagen die Hand reicht und sie in empfindlicher Weise mit Waffen und mittelst der Getreidesperre bekriegt. Ihr Russen habt uns dagegen schon einige Provinzen genommen und Anderen geholfen, dasselbe zu thun. Ihr habt mit Gewalt unsere Leute in Dienst genommen und werbt solche immer weiter. Eure Soldaten leben auf unsere Kosten, viele misshandeln unser Volk; wahrhaftig, Ihr bemüht Euch nicht um unsere Liebe!“ Darauf meinte Potemkin: „Wenn der Wojewode von Kiew so spricht, so wird wohl auch der König von Polen so denken.“ Darauf Stempkowski: „Wenn ich Euch in solchen Angelegenheiten um Eure Meinung bitte, so wird doch Eure Antwort mir nicht die Gedanken Eurer Kaiserin wiedergeben. Und obwohl Ihr uns tausend Widerwärtigkeiten und Unfug habt kosten lassen, so achten wir unseren König genug, um seinen Befehl und Rath zu befolgen und für Euch einzutreten.“ Potemkin: „Also nur auf Befehl liebt Ihr uns?“ Stempkowski: „Nein, nicht auf Befehl, aber weil wir unseren König lieben und zu ihm das Vertrauen haben, dass er das Wohl des Landes will. Es hängt aber von Euch ab, uns durch Redlichkeit und Güte zu verbinden, dann werden wir mit Euch gern gegen Jedermann halten.“ Potemkin wurde nicht beleidigt und äusserte laut: „Das ist ein guter Pole!“ — Einmal sagte Branicki Folgendes: „Kein Volk kann frei sein, nur dasjenige, welches ohne König lebt.“ Potemkin rief entrüstet: „Was habt Ihr im Kopf? Wie könnte Polen ohne König bestehen? Was sagt Ihr dazu, Herr Wojewode?“ Darauf erwiderte Stempkowski: „Wir haben es gut mit unserem König, ich will auch glauben, dass Hetman

Branicki bei seiner Behauptung gar nicht Polen im Sinne hatte." Branicki erwiderte: „Der Wojewode von Kiew ist ein Royalist; seine Meinung beweist nichts." — Stempkowski: „Nennt man mich einen Royalisten, so ist mir das nur schmeichelhaft; was aber die Dankbarkeitspflichten betrifft, so habt Ihr weit mehr Gnaden vom König erhalten als ich, mein Herr Hetman." Branicki wiederholte seine Behauptung, indem er meinte, dass jeder König, auch der beste, sanft zur Despotie neige. Darauf schalt ihn Potemkin und sagte: „Wenn Ihr einer Krone werth gehalten wäret, so würde es keinen schlimmeren Despoten geben als Ihr, ich kenne Euch wohl!" Branicki schwieg, und der Wojewode von Ruthenien, Felix Potocki, ward betroffen. — Ein andermal, als ein Kosaken-Regiment von 5000 Mann neue Fahnen empfing und Potemkin als Generalbefehlshaber der leichten Kavallerie, diese mit grosser Feierlichkeit einweihte, verschwand Branicki. Potemkin vermisste ihn und frug nach ihm. Da sah man ihn schnell herumreiten mitten unter den Kosaken. „Wahrhaftig", sagte Potemkin, „das ist ein Kommando für ihn". — In der That, die Art und Weise, in der Branicki im russischen Lager sich aufführte, war nicht nur beschämend für den polnischen Namen, sondern auch der Hetmanswürde unangemessen, die er trug. „Branicki sollte vor das Reichstagsgericht gestellt werden wegen seines Benehmens dort", sagt sein jüngerer Kollege Rzewuski.*) Dies Alles hinderte jedoch nicht, dass Branicki bei der Szlachta allgemein populär war und durch diese Popularität

*) Auf dem Reichstage ward der Aufenthalt des Hetman Branicki in Potemkins Lager zum Gegenstand mehrerer Interpellationen. Skarkowski, Abgeordneter für Sandomir, tadelte das Benehmen des Hetmans (Sitzung vom 24. Oktober 1788), „der, statt sein Vaterland zu vertheidigen, in einem fremden Lande weilt und durch leichtsinnige Prahlerei Fremden dient"; er fügt hinzu, „solches Verhalten ist des Hetmansranges unwürdig und setzt das ganze polnische Heer herab". Der Abgeordnete Gorski verlangte am 27. Oktober ein Gesetz, welches den Hetmanen verbieten sollte, während eines Krieges in fremden Lagern zu erscheinen. Der Primas sprach auch mit Geringschätzung „von dem Hetman, der bei Otschakoff weilt". — Ignatius Potocki und Fürst Czartoryski bemühten sich, den Hetman zu entschuldigen. Allein Branicki, sobald er hörte, dass sein Verbleiben bei den Russen sehr übel gedeutet und von den versammelten Ständen scharf getadelt ward, wartete nicht die Einnahme von Otschakoff ab und erschien selber in Warschau.

ler Regierung unbequem werden konnte. Gegen die Russen lemüthig, prahlte er den Polen gegenüber mit dem dort gewonnenen Einfluss und fand Glauben; auch verstand er es sehr gut, den Magnaten auszuspielen, was, verbunden mit allerhand geistigen Gaben, treffendem Witz, leutseligem Benehmen und einer gewissen biederen, wenn auch unaufrichtigen Herzlichkeit, ihm viele Freunde gewann. Diesem Zwecke dienten sogar auch seine Laster, denn seine Unmässigkeit war nur ein Grund mehr, um damaliger Zeit ganze Scharen um ihn zu versammeln, die seine moralische Verkommenheit unter der Maske des Weltmannes nicht erkannten oder sich dadurch nicht abschrecken liessen. Auch wollen wir nicht ausser Acht lassen, dass er wirklich Energie und Unternehmungsgeist besass, und dass ein grosses Vermögen seiner unglaublichen Freigebigkeit ermöglichte, den Glanz seiner Hetmanswürde immer noch aufrecht zu halten. Verwandte Geister nahmen auch immer Partei für ihn, weshalb sich wohl begreifen lässt, dass der König ihn so sehr fürchtete. Der König war immer bemüht gewesen, ihn zu loben und zu beschenken, in der Hoffnung, ihn für sich zu gewinnen; jetzt war sein einziger Gedanke, ihn unschädlich zu machen. Unter den oben geschilderten Umständen besorgte der König, Branicki möchte heimlich das Zustandekommen der Allianz nach dem Sinne des Königs hintertreiben, seitdem seine eigenen Konföderationspläne in Petersburg gescheitert waren. Darum wünschte er seine Gegenwart auf dem Reichstag keineswegs, wohl eingedenk dessen, dass an den Unruhen in der letzten Session hauptsächlich Branicki schuld gewesen war. Doch gab es im Lande Niemand, der Kraft genug gehabt hätte, diese anarchische Natur zu beugen und zum Gehorsam zu zwingen. Die Autorität Fremder war allein für ihn von Belang. Die Besorgnisse des Königs wurden auch von Deboli getheilt, der sein Bedenken Ostermann gegenüber mehrfach zu erkennen gab. „Mit Branicki ist es eine schwierige Sache“, sagte der russische Minister, wobei er durchblicken liess, dass er nichts gegen Potemkins Schützling thun könnte. Man suchte Hülfe bei Oesterreich; doch meinte auch Cobentzl: „Da können wir nichts ausrichten. Russland allein kann Branicki Schweigen auferlegen.“ Endlich erreichte man so viel, dass die Kaiserin Potemkin bat, er möchte Branicki während der Eröffnung des Reichstages bei

sich festhalten. Branicki aber hielt auch im russischen Lager ein aufmerksames Auge auf die Ereignisse, die sich im Vater-land abspielten, und gab die Hoffnung keineswegs auf, es möchte ihm doch noch gelingen, seine eigene provinzielle Konföderation zu bilden. Und so werden wir noch öfters der sogenannten Partei des Hetman im Reichstag in Warschau oder in der Provinz begegnen.

§ 22.

Stanislaw Felix Potocki.

Felix Potocki war eine nicht minder wichtige Persönlich-keit, besass aber grösseren inneren Werth und verdiente eine viel höhere Achtung. Als er Wojewode von Ruthenien war, kaufte er im Jahre 1784 von Stempkowski das Kommando über das Ukrainesche Regiment, wie er sagte, nicht des glänzenden Amtes wegen, sondern um seinen Kindern das Beispiel zu geben, wie man sich im Alter ausruht, nachdem man sein ganzes Leben dem Vaterland gewidmet habe. Der Türkenkrieg bewies, dass er seine Amtspflichten redlich erfüllte. Seine Divison im Verein mit der Brigade von Chominski und der von Bielak zählte 4000 Mann Kavallerie und schützte mit der Garnison von Kamenetz die Grenzen der Republik gegen die türkischen Ein-fälle. Er beschäftigte sich eifrig mit seinen Soldaten, berichtete fleissig und gab Rechenschaft darüber an das Kriegsdepartement, ja einige Mal versorgte er seine kleine Armee aus eigenen Mitteln, als die Regierung keine mehr besass, forderte aber die vorgeschossenen Summen nicht zurück. Als Senator und Kommandant war er immer im Briefwechsel mit dem König. — Stanislaw August bemühte sich, gegen ihn höflich und zuvor-kommend zu sein; er gab ihm manchen Beweis seiner Gunst, zollte ihm fortdauernd Anerkennung für seinen Eifer, für seine patriotische Gesinnung und lud ihn ein zu näherer Bekanntschaft und gemeinsamer Thätigkeit. Seinerseits versicherte Potocki, dass er immer bereit sei, der Majestät zu dienen und dergleichen mehr; im Grunde aber traute Keiner dem Anderen. Zwischen ihnen herrschte der alte Antagonismus, der die beiden Familien seit Generationen beseelt hatte und sie gegeneinander miss-trauisch machte. Auch hing Potocki von der Kaiserin, von Potemkin und sogar von Stackelberg viel mehr ab als von seinem

Landesherrn und dessen Regierung, und dessen war sich der König wohl bewusst. Zudem lag in den Begriffen und Tendenzen dieser beiden Männer ein prinzipieller Gegensatz, der sie trennen musste. Potocki warf dem König vor, dass er seine Machtsphäre erweitern wollte, und erblickte darin nur die Bethätigung von Selbstsucht; selber war er der Meinung, dass Polen auch ohne einen König bestehen könnte, und schrieb in diesem Sinne an den Hetman Rzewuski: „Wir müssten unsere Institutionen dahin ändern, dass die Republik sich regieren liesse ohne Furcht vor Interregna. Ich sehe nicht ein, weshalb es so schwierig sein sollte, das zu erreichen. Man könnte beispielsweise eine Regierung einsetzen, die es möglich machen würde, nach dem Tode des regierenden Königs auch ohne einen solchen zu bestehen. Statt eines Königs könnten wir einen Präsidenten ohne Krone auf kurze Fristen ernennen. Dieser würde jeweils aus einer anderen Wojewodschaft gewählt, wohl den ersten Platz, aber nicht die grösste Macht besitzen. Bei solcher Einrichtung würden wir nicht fürchten, der Regierung zu viel Macht zu verleihen, und der beständige Antagonismus zwischen der Regierung und unserer Freiheit würde sein Ende haben.“*) — „Ich habe meinem Vaterlande geschworen“ (schreibt er mit mit Pathos an Branicki und wiederholt es noch oft), „dass ich keines Fremden Unterthan sein will, und sollte ich in Armuth versinken, so werde ich lieber mit meinen Kindern ein neues Vaterland in der neuen Welt suchen, als hier fremde Herrschaft dulden.“**) In Wirklichkeit aber mochte er nicht mal der Unterthan seiner vaterländischen Regierung sein, und deshalb hatte er die sonderbare Verfassung ausgedacht, die er oben beschreibt, mit zeitweiligem Uebergewicht eines stets wechselnden Präsidenten. Bei einer solchen Regierung konnte er wohl sicher sein, keinem gehorchen zu müssen, denn wer hätte sich die Befugniss zugetraut, einen Magnaten, dem fast eine ganze Wojewodschaft als Eigenthum gehörte, zum Gehorsam zu zwingen? Ohne Präsident zu sein, hätte er nach Belieben geschaltet und seinem Lande nur

*) Brief aus Tulczyn (ländliche, herrliche Residenz dieses Magnatengeschlechts) vom 11. August 1788. Demselben Gedanken begegnen wir in vielen späteren Briefen an Seweryn Potocki, an Ulewig u. a. m. Wir haben sie in Händen gehabt.

**) Brief aus Tulczyn vom 2. August.

so viel geleistet, wie ihm recht dünkte. In ihm kam d
spezifische Individualismus zum Ausdruck, den Magnatenthu
ererbte grosse Vermögen und Kraftlosigkeit der Regierung i
Polen grossgezogen hatten. Dieser Individualismus war de
Szlachta eigen, die keine Autorität anerkennt und für sich
Alles beansprucht; es war das personifizirte liberum veto, da
nur sich, aber kein Vaterland achtet, jeden Zwang abschüttelt
und jede Entscheidung über das Loos des Landes, die seinen
Beifall nicht hat, als Beleidigung seiner Rechte auffasst und
deshalb für ungültig erklärt. — Viel, ja wohl Alles, was er
besass, gäbe Potocki, um sein Vaterland zu heben und zu retten,
aber freilich nur unter der Bedingung, dass er der Retter sei
und dass die Rettung so geschehe, wie er sie gewollt. Dabei
war er nur von mittelmässiger geistiger Begabung: sein Verstand reichte wohl aus, um die eigenen Angelegenheiten gut zu
führen und um die öffentlichen richtig zu beurtheilen, insofern
sie in einem bestimmten Kreise lagen, versagte aber und sein
Blick ward unsicher, sobald seine Eigenliebe oder sein Magnaten-Hochmuth ins Spiel kamen. Dass ein Mensch von solcher Eigenliebe gierig nach Lob und Anerkennung, empfindlich gegen
jeden Tadel oder auch Hintansetzung seiner Person sein musste,
ist ganz klar. All diese Charaktereigenschaften, vereint mit den
von uns erwähnten unklaren politischen Begriffen, sind es, die
ihn dahin geführt haben, wohin er schliesslich gelangte. — Vor
Allem hatte Russland diesen Charakter genau begriffen, diese
scheinbar opferfreudige, edle und uneigennützige Natur, die im
Grunde von hochmüthiger Selbstliebe und Eigendünkel strotzte
und immer nur sich selbst durchsetzte. „Der Wojewode von
Ruthenien", sagt Stackelberg von Potocki, „ist ein Mensch, den
man durch Schmeichelei und lobende Anerkennung seiner Person
eher gewinnen und viel weiter bringen kann als durch Geschenke."*) — Diese Taktik wurde ihm gegenüber auch stet
befolgt. Es ist bekannt, wie sehr er von der Kaiserin in Kiew
ausgezeichnet wurde und wie er von ihren Eigenschaften entzück
war. Er allein unter den Polen wurde von ihr noch nac
Krementschug befohlen. Sie wusste auch die Dienste gut z
schätzen, welche er ihr im Anfang des türkischen Feldzuge

*) Der König an Deboli. 2. Juli 1788.

erwiesen hatte, als er mit seiner Armee einen Grenzkordon gegen die Türken bildete und den Russen dadurch die Errichtung ihrer Proviantmagazine ermöglichte. Als Dank für diese Dienste schickte ihm die Kaiserin (Januar 1788) mit Brillanten besetzte Epauletten und Säbel, und ihre beiden Generale, Potemkin und Rumianzoff, schrieben ihm Dankbriefe.*) Ueberhaupt finden wir in dem Briefwechsel der damaligen russischen Generale vielfache Beweise, wie sehr es Russland darauf ankam, Potocki für sich zu gewinnen; Potemkin wie Repnin empfehlen ihren Untergebenen die grösste Rücksicht gegen den General der Artillerie und schrieben ihnen vor, Alles zu vermeiden, was ihn persönlich kränken könnte.**) Diese Ehrenbezeugungen nahmen noch zu während der Konföderation von Targowica, wo Potocki wie ein regierender Fürst behandelt wurde, bis er, ganz trunken von Schmeicheleien, sich selber einbildete, Russland unentbehrlich zu sein und grenzenlosen Einfluss auf Katharina zu besitzen; am Ende der Dinge wurde er höflich bei Seite geschoben. — Als Katharina das Konföderationsprojekt Branickis und Potockis nicht genehmigte, schrieb Letzterer seinen Misserfolg dem Könige zu und konnte es ihm nicht verzeihen. In Briefen, die wir aus dieser Zeit von ihm besitzen, wird wiederholt davon gesprochen. „Wenn wir uns mit Russland alliiren und die Armee vergrössern wollen, warum soll das nicht den Provinzialständen überlassen werden? weil diese Sachen geheim gehalten werden müssen? wozu? Der König von Preussen wird es doch erfahren, und das Geheimhalten kann einen Theil der Nation aus Unwissenheit feindlich stimmen. Man müsste das Ding ohne einen konföderirten Reichstag anfangen, denn die haben in früheren Jahren nur Uebles angerichtet; rasch müsste die Sache betrieben werden, dann“ (so schreibt er dem König) „wird Eure Majestät Alle um sich versammeln, um das Vaterland zu vertheidigen.“ Stanislaw

---

*) Bericht von Deboli, 15. Februar; Depesche des Königs an Deboli vom 6. Februar 1788.

**) A•nd. Engel, Beschreibung der Dokumente des Wilnaer Archiv des Generalgouverneurs, Wilna 1769 (Briefwechsel von Potemkin, Repnin u. A. Theil. I. Seite 46, 76, 123, 128). Man wusste Potocki auch auf andere Weise zu gewinnen. In einem der Berichte von Repnin an Potemkin finden wir erwähnt, dass Potocki bereit ist, 50 000 Buschel Korn für die Armee zu liefern zum Preise von 24 poln. Gulden den Buschel.

August sucht ihn zu beruhigen durch die Versicherung, dass auch er nur eine Allianz und die Vermehrung der Reichsarmee wünsche, und dass ihm die Verzögerung ebenso unangenehm sei, er müsse aber die Bedingungen des russischen Kabinets und den Umstand berücksichtigen, dass dieses Kabinet ein gewisses Recht habe, die vorläufige Geheimhaltung der Sache zu verlangen, um die preussische Politik nicht zu reizen. Dies Alles überzeugte indess Potocki nicht. „Die Zeit ist verstrichen", schreibt er am 15. Juni an den Bischof Kossakowski, „in der wir rasch und erfolgreich hätten handeln können. Die Begeisterung unseres Volkes ist wie Pulver, das rasch Feuer fängt und ebenso schnell erlischt. Der plötzliche Krieg im Nachbarstaat, die Nothwendigkeit, die eigenen Grenzen zu schützen, hatte Alle dermaassen begeistert, dass Jeder bereit war, die Hälfte seines Vermögens zu opfern. Diese Begeisterung wurde niedergehalten. Heute ist die Sache anders. Einige beklagen sich, dass die russischen Pferde die Weiden vernichtet haben, Andere wurden nicht bezahlt für gelieferte Lebensmittel, wieder Andere wollen die Oesterreicher nicht in Podolien haben, die ihnen die Wälder aushauen; Viele lachen den ehrlichen Suchorzewski aus, der seine ganze Habe einem Volke opfert, das keinen Gemeinsinn besitzt und sein Glück nur im Reichthum sucht." — In einem Brief an Branicki (am 2. August) gesteht er, dass nur die Mahnungen von Potemkin und die Briefe vom russischen Gesandten ihm Zurückhaltung auferlegen, und dass die Anschauungen des Königs werthlos seien. „Wenn ich auf den Rath dieser Männer keine Rücksicht nehmen wollte, so hätte ich schon längst meinen Plan ausgeführt! Ich bin sicher, dass Loyalität und Gehorsam der Kaiserin gegenüber diese Monarchin endlich überzeugen würden, dass sie das Loos unseres Landes in ihre Hände nehmen müsse, um unsere republikanische Regierung zu kräftigen und unsere Armee zu vermehren, welche dann gegen ihre und unsere Feinde schlagfertig wäre. Ich thue gar nichts und werde nichts unternehmen in der Hoffnung, dass die Kaiserin mein Volk halten und es beschützen werde, da es auf sie vertraut." — Sind das nicht traurige Geständnisse? Er will zwar nicht Unterthan einer fremden Macht werden, gerirt sich aber der Kaiserin von Russland gegenüber vollkommen als ein solcher. Fünf Jahre vor der Konföderation von Targowica wollte Felix

Potocki von seinem legitimen Könige nichts wissen, während er sich doch als bereitwilliger Unterthan der Kaiserin gerirte!

Im Jahre 1788 beabsichtigte Brühl, General der reitenden Artillerie, den polnischen Dienst zu verlassen, und wollte sein Regiment an Theodor Potocki verkaufen. Dieser Starost von Olszcyn besass dazu aber nicht die Mittel; Felix indess zeigte sich bereit, den Kauf für seinen Bruder abzuschliessen; dazu hatte er zwei Motive: dem Vaterland zu dienen und die Eifersucht gegen die Familie Poniatowski. „Ich wusste, wenn ich meinem Vetter nicht helfe, wäre dieses Amt dem Fürsten Josef Poniatowski anheimgefallen“, schreibt er abermals an Branicki. „Persönlich habe ich den Fürsten sehr gern, denn es ist ein braver und feuriger junger Mann; doch schien es mir bedenklich, dass eine einzige Familie Thron, Schatz, Klerus, Polizei und schliesslich auch das Arsenal der Artillerie besitzen sollte.“ Auch hatte er berechnet, dass Festungen wie Krakow und Czenstochowa unter das Kommando des Artilleriegenerals fielen, und das war ein Grund mehr, dies Amt seiner Familie zu verschaffen. Dieser Kauf bedurfte indess des Königs Einwilligung und musste ihm missfallen. „Ich habe dem Gesandten darüber Vorstellungen gemacht“, schreibt Stanislaw August in dieser Angelegenheit, „dass es doch gefährlich sei, die ganze Kriegsmacht in einer Hand zu vereinigen. Trotzdem hält der Gesandte es mit dem Wojewoden von Ruthenien; er meinte, ich müsse alle Familienintriguen und alles Misstrauen jetzt ruhen lassen und mich grossmüthig zeigen. Schliesslich haben wir, d. h. der Primas und ich, eingesehen, dass wir nachgeben müssten, und da war es besser, es mit Grazie zu thun. Das that ich und der Gesandte übernahm es, dem Wojewoden zu schreiben und meine Grossmuth in das richtige Licht zu stellen.“*) – Der König irrte sich; Stackelberg schrieb zwar an Potocki, nahm aber alles Verdienst für sich allein in Anspruch: „Dem Gesandten“ (schreibt Potocki) „verdanke ich, dass mein Gesuch angenommen wurde; ich hatte es ihm auch klar gemacht, dass ein solcher Posten nur in russenfreundlicher Hand bleiben dürfte.“ — So kamen in allen Geschäften und bei jeder Gegenheit die alte Rivalität zu Tage und der alte traditionelle,

*) Der König an Deboli am 2. Juli.

nur auf kurze Zeiten unterdrückte Hass „assignatae domi inimicitiae". — Der russische Gesandte musste daher oft mitteln und wusste natürlich grossen Vortheil von solcher mittlerrolle zu ziehen.

Als Potocki sich um das oben erwähnte Amt bewarb, mu er von Rechts wegen sein Senatoramt niederlegen und ben richtigte in seinem Brief vom 19. Juni den König hier Viele seiner Zeitgenossen, auch spätere Historiker, deuten di Brief ganz anders und meinen, Potocki habe sich zum Reichst marschall ernennen lassen wollen. Solche Absicht hat er gehegt, war vielmehr zweifelhaft, ob er überhaupt Mandat annehmen würde, denn er erwartete nur wenig G von diesem Reichstag. In einem Brief an Peter Poto Starost von Szczyrzec (vom 19. August) scheint er ganz ricl vorauszusehen, welchen Schwierigkeiten die Allianz begeg und wie heiklig jede Reform sein würde. „Um unse Vaterland zu nutzen, müsste seine Regierung reformirt und Freiheit der Berathungen und der Wahlen wiederhergest werden. Um den herrschenden Ständen Macht zu verleihen zugleich das öffentliche Wohl wie die Freiheit zu sich müsste die Armee bedeutend vergrössert und dieserb eigene Steuern auferlegt werden. Ich frage Sie aber, ob r derlei von dem jetzigen Reichstag erwarten darf? Einigl zu erzielen, ist immer schwer, um so schwerer aber, wenn Nation mit Recht gegen ihren Monarchen das Misstrauen h er wolle nur seine Macht befestigen. Zudem müssen wir wärtig sein, dass unsere Nachbarn die Parteiungen noch m aufstacheln. Russland würde uns wohl erlauben, die Macht Republik zu festigen, und verlangt dafür ein enges Bündn Der Preusse, den unsere Macht genirt, wird Alles daran set unsere jetzigen Pläne zu hintertreiben und ebenso die Allianz Russland wie die Vermehrung der Armee zu verhindern. Ich überzeugt, dass die Republik einzig und allein durch die Alli mit Russland zu erhalten ist, aber so wie ich unsere Politi kenne, werden sie anders urtheilen, weil Russland augenblick einen doppelten Krieg führen muss und Preussen doch auch Aufwiegeleien es nicht fehlen lässt." — Allen diesen Nachthei meint Potocki, hätte man vorbeugen können, wenn man gl zu Anfang des türkischen Krieges die Wojewodschaften

föderirt hätte; da dieses aber versäumt worden, bliebe nichts Anderes übrig. — „Wenn man nach meiner Anweisung gehandelt hätte“, schreibt er dem König am 3. August, „und mein Rath von Euer Majestät und vom Fürsten Potemkin in Elisabethgrad befolgt worden wäre, so hätte das Volk uns sein Vertrauen geschenkt, der Enthusiasmus für Russland wäre gewachsen und heute wäre die Armee schon vergrössert. Ich hätte mein ganzes Vermögen dem Vaterland zur Verfügung gestellt, mein Beispiel hätte Andere angefeuert und zehntausend Mann ständen fertig da, ohne die Reichsfinanzen zu belasten! Heute habe ich selber das Zutrauen verloren und es will mich bedünken, Niemand werde es wagen, aus Angst vor dem König von Preussen solche Anträge einzubringen; weshalb sollte ich also ein Mandat annehmen?!“ — In der That waren die Schwierigkeiten beträchtlich, die Sympathien des Volkes neigten sich auf Seite der Türken und Schweden, und diejenigen, welche die Allianz mit Russland wollten, hätten einander die Hände reichen müssen, um auf dem Reichstag ihre Idee durchzusetzen; Potocki aber fürchtete seine Popularität einzubüssen und blieb unthätig zu Hause. „Der General der Artillerie möchte lieber kein Mandat annehmen“ (schreibt der König). „Der Grund davon liegt darin, dass dieser Herr General sein Leben lang einzig und allein auram popularem sucht und sich an diesem Weihrauch weiden möchte. Nun hat er gemerkt, dass seine wohlbekannte Russenfreundlichkeit, die er schon seit einem Jahr proklamirt, ihn an Popularität etwas hat einbüssen lassen, namentlich bei dem Theil der Bevölkerung, welcher aus mangelndem politischen Sinn zur Türkei hält. Er weiss wohl, dass der russische Gesandte ihn wegen seiner zahlreichen Anhänger und Parteigenossen auf dem Reichstage sehen möchte. Potocki würde aber vorziehen, diesmal nicht Farbe zu bekennen, und schliesslich den Reichstag meiden, obwohl er selber die Allianz mit Russland als die einzige Möglichkeit ansehen muss. — Ich erfahre, dass die sehr dringenden brieflichen Mahnungen des Gesandten Potocki endlich bewogen haben, ein Mandat für Braclaw anzunehmen, ich habe ihn auch mehrmals dazu eingeladen, doch weiss ich, dass er wohl mehr Gewicht auf die Worte des Gesandten als auf die meinigen legt, obwohl er gegen mich sehr unterthänige Ausdrücke braucht. Ich bin auch überzeugt, seine

Abwesenheit vom Reichstage würde uns manche Schwierigkeiten bereiten."*) — In der That haben wir vier Briefe des Königs an Potocki, worin er ihn zu bewegen sucht, nach Warschau zu kommen und zwar als Reichstagsabgeordneter.**) — „Ich wiederhole, dass ich nicht nur wünsche, sondern Ew. Hochgeb. bitte, ein Mandat anzunehmen. . . . . Erst wenn Ew. Hochgeb. hier sind und mit mir einig, werde ich die Zuversicht gewinnen, dass der Reichstag günstig verläuft und kein innerer Zwist zu befürchten ist." Trotz alledem klagt Potocki, „dass er nicht weiss, was man in Warschau beabsichtigt", und in jedem Brief richtet er diese Frage an den König und den Gesandten. — „Seien Sie so gut", schreibt er an Branicki am 2. August, „den Fürsten Potemkin zu fragen, ob es ihm wünschenswerth erscheint, dass ich ein Mandat annehme, sonst könnte ich mich von diesen Angelegenheiten fern halten." Erst, nachdem auch von dieser Seite Potocki gemahnt wurde, am Reichstag theilzunehmen, stellte er sich als Kandidat im Kreis von Braclaw auf, wo er einstimmig gewählt wurde. Er erschien also in Warschau, jedoch unwillig und mit der Miene eines Menschen, dessen Eigenliebe tief gekränkt war und der neue Kränkungen fürchtet. In solcher Geistesverfassung konnte er trotz seiner Bedeutung und seines Vermögens dem König und auch Stackelberg nur wenig nützen.

§ 23.

Fürst Adam Czartoryski, General von Podolien.

Es ist nicht schwer, Branicki mit einem Wort zu charakterisiren, indem man ihn mit Unruhestiftern wie Kmita, Zborowski oder Janusz und Boguslaw Radziwill vergleicht, oder von ihm behauptet, dass er in keinem freien Lande seinen Posten mit Anstand und Würde ausgefüllt hätte; es ist auch leicht, in Potocki den charakterlosen, eitlen Magnaten zu sehen, der eben durch diese Eitelkeit zum Werkzeug desjenigen wird, der es am besten versteht, ihm zu schmeicheln — es ist aber sehr schwer, die Rolle richtig zu verstehen und zu schätzen,

---

*) Der König an Deboli. 20. August 1788.

**) Vom 14. Juni. 6. Juli. 29. Juli und 9. August. Jahresbericht der Historischen Gesellschaft. Paris 1868. Seite 280—285.

welche der Fürst-General von Podolien gespielt hat. Wenn wir seinen Freunden glauben wollen, die ziemlich viel über ihn geschrieben haben, so müssen wir ihn zu den bedeutendsten Polen des 18. Jahrhunderts rechnen, denn folgendermaassen wird er von Jemand geschlildert, der ihn während der hier erzählten Ereignisse und in seinem hohen Alter kannte. „Gelehrt, begabt, edel, gut, grossmüthig, menschlich, witzig, heiter, scherzhaft, war er mit allen Eigenschaften des Herzens und der Seele ausgestattet, um Alle zu bezaubern. Niemand eignete sich besser als er für republikanische Staatsverfassung. Obwohl französisch gekleidet und im Auslande erzogen, war er doch ein Pole in jedem Sinne des Wortes; er liebte die polnischen Sitten, die polnische Gesellschaft und war in seinen Umgangsformen, seinem Wesen, seinen Gewohnheiten ein echter Pole.“*) — Unzweifelhaft enthält diese Schilderung des Fürsten viel Wahrheit, wenn wir ihn in seinem gesellschaftlichen Leben aufsuchen oder durch seine Briefe und Werke kennen lernen, die uns immer eine glückliche Mischung von gutem Geschmack, gesundem Urtheil und Gelehrsamkeit zeigen, oder wenn wir schliesslich der Verdienste gedenken, die er sich um die Erziehung der Jugend und als feiner und vornehmer Mäcen erworben hat. Aber in seiner politischen Laufbahn, wie viele unerklärliche Räthsel werden wir hier entdecken! wie viele Widersprüche in seinen Prinzipien mit den Traditionen seiner Gesellschaft und seinen persönlichen Eigenschaften! Diese Räthsel sind um so schwerer zu lösen, da seine dankbaren und freundlich gesinnten Biographen eben diese politische Seite seines Lebens mit diskretem Schweigen übergehen; und heutzutage muss der Historiker in vielen Fällen ihrem Beispiel folgen. — Der öfter erwähnte Essen erzählt, dass bald nach der ersten Theilung Polens (1772) Branicki und der Fürst-General von Podolien gegenseitige Verpflichtungen eingegangen waren des Inhalts, dass Czartoryski dem Branicki helfen sollte, die alten Hetmans-Privilegien wieder zu erlangen, dieser dafür ihm die Thronfolge sichern würde.**)

---

*) K. Kozmian. Memoiren. Posen. 1858. I. 89.

**) Herrmann. Geschichte des russischen Staates. Gotha 1860, VI. 117. Man kann nicht genug bedauern, dass Herr Herrmann es unternommen hat, eine Geschichte Russlands (und Polens zugleich) zu schreiben, ohne der polnischen oder der russischen Sprache mächtig zu sein. Doch in Er-

Diese Nachricht, die der deutsche Historiker im guten Glauben hinnimmt, werden wir nicht zögern für boshafte Klatschereien zu halten, welche der sächsische Resident verbreitet und in seine Berichte aufgenommen hat, aus wohl bekanntem Uebelwollen gegen die Polen, die nach dem Tode des Sachsen August *III.* sich einen besseren König gewünscht hatten. Wir müssen aber doch zugeben, dass nach dem Tode des Fürsten Michael Czartoryski und nachdem sich Fürst August Czartoryski zurückgezogen hatte, Fürst Adam mit Hetman Branicki in enge Beziehungen getreten war, so dass diese so sehr voneinander verschiedenen Männer während der traurigen Epoche, die dem vierjährigen Reichstag vorausging, viel zu oft miteinander gesehen wurden. Sie unternahmen gemeinschaftlich eine Reise nach Petersburg. Czartoryski verausgabte grosse Summen, um Branickis Kandidaten auf den Landtagen zu unterstützen; er wurde auch in den Prozess der Dogrumoff verwickelt und noch im Jahre 1786 erneuerte er zu Branickis Gunsten die Landtagsagitation. Welches mag nun der Grund dieser armseligen und so kostspieligen Unternehmungen gewesen sein? Jedenfalls nicht Ehrgeiz, denn wie er 1764 sich nicht um die Krone bemühte, so nahm er auch später kein hohes Amt und kein Ministerium an; es war aber auch nicht Tradition, denn die Czartoryski waren es eben, die zuerst die Hetmans-Privilegien beschränkten, und derselbe Fürst Adam präsidirte dem Reichstag von 1764, in dem diese Beschränkung gesetzlich wurde; schliesslich auch nicht persönliche Sympathie und Charakterähnlichkeit, denn es konnte nicht derlei bestehen zwischen dem grobgefügten Geist von Branicki und dem feingebildeten, etwas pedantisch gelehrten Sinn des Fürst-Generals. Wie dem auch sei, dank dieser unglücklichen Verbindung hat der Fürst die erste Stellung im Reich verloren, den vom Vater und Onkel ererbten Einfluss auf die öffentlichen Angelegenheiten eingebüsst und ein wahrhaft

---

mangelung der russischen und polnischen Quellen hätten ihm auch die österreichischen und preussischen Archive Beweise genug liefern können, dass man den Berichten der sächsischen Agenten nicht immer unbedingten Glauben schenken darf, zumal demjenigen in Warschau. Immerhin sind auch diese von Herrn Herrmann der historischen Kritik gebotenen Berichte des sächsischen Präsidenten Essen ein wichtiges Material zur Geschichte dieser Zeit.

fürstliches Vermögen derart geschmälert, dass es nur noch die Hälfte einbrachte. Die ganze in seinen Händen vereinte Macht wurde gebraucht, missbraucht und verbraucht in zwölf Jahren, oft nur zum Nachtheil seines Vaterlandes.

„Aus Pulawy*) erfahre ich die schärfste Opposition“, klagt der König in seinen Briefen. An dem Hof von Pulawy wie in ganz Polen regierten die Frauen; sie regierten nicht nach einem sorgfältig überlegten politischen Plan, sondern nach momentanen Stimmungen einer blinden, wenn auch edlen Leidenschaft oder einer erregten Phantasie. Die Fürstin wechselte zwar ihre politischen Meinungen unter dem Einfluss ihrer verschieden gesinnten Freunde, handelte auch danach, blieb aber fast immer eine Gegnerin des Königs. „Im Lauf des vorigen Monats“ (schreibt der König im April 1783) „war sie zweimal in Warschau, ohne mich aufzusuchen oder sich bei mir zu melden. Sie will nun abwechselnd in Siedlec und Pulawy residiren und wird jede Gelegenheit ergreifen, um meine Intentionen zu durchkreuzen, sowohl im Tribunal als in den Landtagen von der Provinz Lublin. Bei ihrer letzten Anwesenheit in Warschau, hat sie sogar versucht im Schoss des permanenten Raths mir Unannehmlichkeiten zu bereiten.“ — Seitdem die Fürstin ihre älteste Tochter mit dem Prinzen Ludwig von Württemberg (1784) vermählt hatte, war es ihr wenn auch sorgfältig verheimlichter, doch beständiger Wunsch geworden, den Schwiegersohn auf den polnischen Thron zu setzen: da sie aber dieses Ziel nur mit Hülfe des preussischen Hofes erreichen konnte, so wendete sie diesem ihre Sympathie zu. Noch ziemlich jung, schön, mit ungewöhnlicher Fähigkeit, Menschen zu fesseln und sie zu beherrschen, leicht exaltirt, enthusiastisch ihrem Vaterland ergeben, aber leidenschaftlich in Liebe und Hass [illegible] skrupulös in der Wahl der Mittel, wurde sie später [illegible] zeug in den Händen des schlauen Italieners L[illegible] zu beherrschen meinte, der aber ihre leidenschaftliche [illegible] brauchte, um die Partei für Preussen zu [illegible] gegen Russland aufzureizen. In der [illegible] arbeitete inzwischen die Fürstin mit [illegible] eine ganz geschlossene Reihe von [illegible]

---

*) Fürstlicher Landsitz dieser Magnaten [illegible]

zustellen. Zur Gehülfin hatte sie die Frau Hetman Oginsk (Tochter des Fürsten Michael Czartoryski), eine sehr reich und gastfreie Dame, die ihren Hof in Siedlec hielt, wohin si alle Leute von Bedeutung zog, auch die Frau Marschall Lubc mirska (Tochter des Fürsten August Czartoryski) mit ihrer Hofstaat und ihren schönen Töchtern und deren Männer un Freunde. In diesem glänzenden und reichen Lager bewegter sich die verschiedensten Gestalten, Leute mit sonst sehr ver schiedenen Tendenzen und sehr unterschiedlichem Charakte: und Lebensstellung, die aber alle durch Verwandtschaft verein waren und augenblicklich alle nur den einen Wunsch hatten die Pläne des Königs zu zerstören. In dieser Zeit eben fand eine grosse Versammlung in Pulawy statt, um die Wahlen für die Landtage zu besprechen. Die Magnaten waren hier repräsentirt durch den Hetman Rzewuski, durch den Kronsekretär Kasimir Rzewuski, durch Ignaz Potocki und zwei seiner Brüder Stanislaw und Johann; aus der Szlachta waren Dluski, Witoslawski, Kozmian (der Richter) und andere Gutsbesitzer aus der Provinz Lublin. Man erwartete auch Felix Potocki. Zu dessen Ankunft hatte Kniaznin ein Theaterstück: „Die spartanische Mutter“ gedichtet, welches die Fürstin mit ihren Kindern aufführen sollte. Doch liess er sich entschuldigen und das Stück wurde nicht gespielt.*) Ausser den bevorstehenden Wahlen wurden auch die Programme der Landtage und die Pläne der inneren Reform zum grossen Reichstage berathen. — Die Rolle, welche dabei von dem Fürst-General gespielt wurde, war sonderbar. Als Erbe von Sieniawa und der Grafschaft von Jaroslaw war er einer der reichsten Herren in Galizien, als Kommandant der galizischen Garde mit Feldmarschall-Titel zählte er zu den hohen Würdenträgern am österreichischen Hofe und genoss Josephs II. Achtung, und obwohl es damals keine österreichische Partei gab, betrachtete man doch den Fürsten als den Führer aller derjenigen, die zugleich dem König von Polen und dem Kaiser von Oesterreich unterthan waren. Alle diese Umstände sollten ihn füglich vom Fürsten von Preussen ferngehalten haben, um so mehr, da er die preussischen Sympathien seiner Frau auch persönlich nicht theilte, seinen Schwiegersohn wenig

*) Kozmian, Memoiren. I. 1884.

hätzte und keineswegs wünschte, ihn auf dem polnischen
hrone zu sehen; — und doch, trotz alledem, wurde er von
einer Frau und von Ignaz Potocki dermaassen beeinflusst,
ass er immer mehr zu Preussen neigte und später sich ganz
offen zur preussischen Partei bekannte. — Fügen wir noch
hinzu, dass er, ein Vetter des Königs, ihm auch durch Bildung
und politische Ideen verwandt war, dass er einen ruhigen Geist
besass und sich in gemessenen und wohlerwogenen Reden
erging, dass ihm alles agitatorische Treiben und Intriguen-
wesen zuwider war und er am liebsten die Zeit durch Lesen
und durch kostspielige Reisen vertrieb; trotzdem wurde er wie
willenlos in die politischen Kämpfe hineingezogen, führte solche
jahrelang mit grossen Geldopfern und ward obwohl nicht Führer,
doch eine der Hauptstützen der Opposition. Diese politische
Stellung, in die der Fürst gerieth, erweckte Bedauern bei edel-
gesinnten und verständigen Zeitgenossen. — „Man muss es sehr
bedauern, dass Zwist und Trennung zwischen dem Hof und dem
Fürst-General eingetreten sind", schreibt Chreptowicz, damaliger
Unterkanzler an Michael Zaleski. „Ich habe erfahren, dass der
Fürst 400 Kosaken gerüstet hat und sie an die Grenze unter
das Kommando des Wojewoden von Ruthenien sendet. — Es
ist eine schöne That. — Ich weiss auch, wie sehr der Fürst zu
solchen Thaten neigt; es ist aber schade, dass sein Gemüth so
empfindlich ist und dass seine Empfindlichkeit die Einigkeit
erschwert in Momenten, wenn man grosse Opfer bringen müsste,
um einig zu bleiben. Ja, Freund, man muss einig bleiben, in
sich alle persönliche Rancune ersticken, Vergangenes vergessen
und sich um das Haupt schaaren."*) Zum Unglück wurde
das Maass der früheren Rancunen vollgemacht durch die Nieder-
lage, die der Fürst in Podolien auf dem Landtage von 1786
erlitt, die königliche Partei schlug ihm durch eine etwas
derbe List das Mandat aus den Händen. „Der König hat gezeigt,
dass man ihm nicht trauen dürfte!" meinte er seitdem und
beschloss, sich zu rächen, wozu er nun auch alle Mittel brauchte.

So sehr Stanislaw August wünschte, Felix Potocki auf dem
Reichstag zu sehen, so sehr fürchtete er Czartoryski; und Stackel-
berg theilte seine Besorgniss. Beide begriffen jedoch, dass es

*) Brief vom 7. Oktober 1787.

wenig nützen würde, diesmal seine Wahl zu verhindern, und dass es besser sei, eine Verständigung zu suchen. Zu dem Zwecke ward eine weitläufige Korrespondenz angefangen; das Petersburger Kabinet ersuchte das Wiener, Czartoryski zur Nachgiebigkeit zu mahnen, dafür wollte die Kaiserin ihren Einfluss auf Branicki ausüben.*) Noch eindringlicher bittet Stackelberg bei dem österreichischen Gesandten in Warschau um Unterstützung. „Da nun zu diesem Ende die möglichste Vereinigung der beiden einander stets hinderlichen Parteien in Polen allerdings nöthig sei“, schrieb de Caché an den Fürsten Kaunitz am 16. Juli, „so ersuchte mich H. Graf v. Stackelberg, Ew. fürstl. Gnaden unterthänigst vorzustellen, wie erwünschlich es wär, wenn ich auf die herannahende Zeit des Reichstages angewiesen würde, den H. Fürsten Adam Czartoryski im Namen des kaiserl. königl. Hofes deutlich zu requiriren, dass selber mit seinen Freunden und Anhängern die auf das Beste der Republik abzielende und dem Interesse beider kaiserl. Höfe gemeinsame Absichten aufrichtig mitunterstützen und sich desfalls über die Mittel mit dem H. Grafen v. Stackelberg einverstehen möge. Der H. Botschafter glaubt, dass ein desfallsiges an mich gerichtetes für den H. Fürsten Czartoryski vorzeigliches Schreiben desto diensamer wär, als gedachter H. Fürst bald aus Pyrmont nach Polen zurückkommen wird, um sich auf den Antecomitial-Landtag zum Landboten erwählen zu machen, welches dann auch selbst ein Theil der Hofpartei, namentlich der Fürst-Primas und der Kron-Grossmarschall Graf Mniszech gerne sehen wird, wo nach der Aeusserung des H. Botschafters der andere Theil eben dieser Partei zu besorgen scheint, dass der H. Fürst Czartoryski von seinen dem König so abgeneigten Freunden sich etwa verleiten lassen dürfte, nicht nur alle Wünsche des Königs und seiner Partei möglichst zu hintertreiben, sondern wohl gar etwas, so auf die so verhasste Dugrumowische Geschichte einigen Bezug haben könnte, auf die Bahn zu bringen, wodurch anstatt vollkommene Aussöhnung nur eine bedenkliche Gärung der Gemüther zum Nachtheil des von beiden kaiserl. Höfen bei dem Reichstag anerzielten Werkes entstehen dürfte. Hierbei hat mir der H. Botschafter ferner nicht undeutlich bemerken lassen,

*) Depesche von Cobentzl. 24. Mai 1788.

owohl die Gemahlin des H. Fürsten von Czartoryski als
miglicher Freund und Rathgeber, der lithauische Marschall
af von Potocki, in der Geheim ziemlich preussisch gesinnt
, folglich es desto nöthiger zu sein scheine, den
irsten von Seiten des Allerhöchsten Hofes zur Mit-
erung der beiden kaiserl. Höfen gleich nützlichen Reichs-
fte gemässen anzugehen." — Indem de Caché diese
hen Desiderata seinem Kabinet übermittelt, rechnet er
ur Pflicht, hinzuzufügen, dass er den Fürsten nicht im
cht habe, preussisch gesinnt zu sein; er erzählt, dass, als
Fürsten im Mai in Siedlec aufgesucht hatte, dieser ihm
ieden seine Bereitwilligkeit, die Projekte der Kaisermächte
erstützen, betheuert habe, da er überzeugt sei, dass beide
Vaterland wohl wollen, womit er aber nicht gesagt
wollte, dass er die besonderen Absichten des polnischen
und seiner Kreaturen billigen könnte.

n Anschluss an diese Berichte aus Petersburg und Warschau
te Fürst Kaunitz eine ausführliche Depesche an de Caché
r Weisung, diese den galizischen Abgeordneten mittheilen
llen. (6. August 1788.) In ihr werden die Gefahren ge-
rt, welche die polnische Republik durch die Kriege ihrer
arn bedrohen würden, wenn es den Reichstagsmitgliedern
gelingen sollte, sich zu einigen und ihre persönlichen
ile und Empfindlichkeiten dem Wohl des Vaterlandes zu
. „Der bevorstehende Reichstag muss zeigen, was die
lik vermag, was sie von sich selbst erwarten darf! —
die privaten Interessen und Feindseligkeiten wiederum die
nd gewinnen, so wird die Republik sich selbst an den
eines Abgrundes stellen, vor dem keine noch so schön
rückten patriotischen Empfindungen sie retten können." Der
ichische Kanzler warnt vor fremden Einflüsterungen, obwohl
en verdächtigen will und sich sehr gefreut habe über die
hen Versicherungen eines Nachbarstaates (Preussen), die
sorgnisse zerstreut hatten. Er ertheilt noch im Allgemeinen
ath, sich enger mit denjenigen Staaten zu verbinden, die
publik wohlwollen, und namentlich die Projekte des Peters-
Hofes anzunehmen, welche das Zutrauen aller patriotisch
iten haben sollten. „Ich meine", schreibt Fürst Kaunitz
m Postscriptum, „dass ich in dieser Depesche alle Motive

dargelegt habe, welche im Stande sind, auf polnische Gemüther einzuwirken; doch lehren die Erfahrungen der Vergangenheit, dass wir nur wenig Gutes in Zukunft erwarten dürfen. Ich thue also am besten, wenn ich Ihnen rathe, in allen Fällen eine Verständigung mit dem Fürsten Czartoryski zu suchen. Ich irre wohl nicht, wenn ich behaupte, dass er allein im Stande ist, den Geschäften die erwünschte Richtung zu geben und Andere durch sein Beispiel anzufeuern. Es ist wohl richtig, dass Keiner so wie er in der Lage sein wird, dabei Dinge vergessen zu müssen, die seine theuersten Empfindungen verletzt haben, aber eben deswegen wird sein Beispiel gewaltig wirken. Es bedarf einer starken Selbstüberwindung von maassgebender Seite, um diejenigen zu beschämen, die nicht fähig sind, es nur im geringsten zu thun. Voraussetzen, dass er solcher Opfer nicht fähig sei und dergleichen für sein Vaterland nicht leisten könne, hiesse seinen hohen Geist anzweifeln und zu vergessen, wie sehr er unserem Monarchen attachirt ist." — Dieser zur Mittheilung bestimmten Depesche waren einige vertrauliche Worte beigefügt. „Das gehoffte Zustandekommen einer vollkommenen Aussöhnung des Königs mit der Czartoryskischen Partei wäre zur Beförderung der Sache ein wichtiger Schritt; nur dürfte es hierbei wesentlich darauf ankommen, inwieferne Graf Ignaz Potocki damit aufrichtig einverstanden ist und ob widrigenfalls dieser Letztere nicht Mittel finden wird, die Aussöhnungsversuche zu vereiteln."

Obwohl sehr versüsst, musste diese Pille dem Fürsten doch bitter schmecken, sowie es uns heute bitter ist, diese Stimmen der Vergangenheit zu hören und zu gewahren, wie dieselben fremden Staaten, welche an der Theilung Polens arbeiteten, uns zur Einigkeit und Vaterlandsliebe mahnten, wenn es ihnen momentan darum zu thun war, solche bei uns zu erzielen, um die Republik zu festigen. Also um Branickis aufrührerische Tendenzen zu dämpfen, bedurfte es eines ausdrücklichen Befehles von Katharina; um Felix Potocki zur gemeinsamen Aktion mit dem König zu bewegen, war eine Instruktion von Potemkin nothwendig; schliesslich um den Fürsten Czartoryski zu beruhigen und Stanislaw August zu nähern, waren die Belehrungen des österreichischen Kanzlers erforderlich. So wurden alle aus den Fugen gelangten Theile des polnischen Reiches mit fremdem Kitt zusammengefügt, und doch — umsonst!

§. 24.
Die Landtage, die Reichstagsabgeordneten und die ihnen ertheilten Instruktionen.

Die Zeit der Landtage kam heran. Ihre Vorbereitung war ebenso schwierig als kostspielig und sie erheischte oft komplizirte Beeinflussung, je nach den Wojewodschaften und den verschiedenen Elementen, aus denen ihre Bevölkerung zusammengesetzt war. Im Allgemeinen fand die Regierung leicht Verständigung und Beistand in solchen, wo die reichere Szlachta überwiegend durch ihre Zahl war. „Der reichere und aufgeklärte Theil der Szlachta“, berichtet ein Autor, der das Zustandekommen der Landtage vortrefflich beschrieben hat, „diese mittlere Schicht, die zwischen den Magnaten und der armen kleinen Szlachta steht, suchte stets Frieden und Ruhe, stimmte daher für den König und gehörte zu seiner Partei.“*) — Schwieriger war die Sache in den Wojewodschaften von Wolhynien, Podolien, Lublin, Brest in Lithauen u. s. w., wo die ärmere Szlachta zu Tausenden lebte. Auf diese unwissende, undisziplinirte, unaufgeklärte Menge hatte der erste beste Magnat einen viel grösseren Einfluss als die Regierung und irgend welcher König. Die Opposition suchte dort ihre Parteigänger und in diesen Wojewodschaften war der Kampf zwischen ihr und der Regierung der hartnäckigste. Von beiden Seiten bemühte man sich, in jede Landtags-Stadt die grösste Menge solcher Wähler zu bringen, um sie auf eigene Kosten während der Dauer des Landtages zu ernähren und ihr Votum auf solche Weise für die eigene Seite zu gewinnen. — Auf diesen Versammlungen konnte man Tausende der ärmsten Szlachta sehen, unter ihnen, mit offenbarer Verletzung der Adelsprivilegien, viele Wappenlose, welche von der Opposition zugelassen waren, um die Zahl ihrer Anhänger zu verdoppeln. Dass solche Wähler keine Idee von der politischen Lage und den Bedürfnissen des Landes haben konnten, ist klar; sie waren aber treue Anhänger desjenigen, der sie angeworben hatte und sie ernährte: „Es muss sein, wie der Herr Wojewode, oder der

---

*) Bronislaw Zaleski, Korrespondencyja Krajowa, II. Jahrgang 1872, Seite 203. Briefwechsel im Lande.

Hetman es befohlen hat", das war ihre einzige Weisheit und Ueberzeugung. Ein Glück noch, wenn die Parteiführer gewissenhaft und sorgsam genug waren, um die oft betrunkenen Massen von Handgreiflichkeiten zurückzuhalten!*) Klar ist ohne Weiteres, dass es bei solchen Versammlungen weniger darauf ankam, festzustellen, was ein Mandat enthalten und bedeuten, als wer es vertreten sollte; die Instruktion wurde auch meistens am Ende besprochen, wenn bereits die meisten Wähler fortgezogen waren.

Die sogenannten Lauda der Landtage dieser Zeit wurden meistens unter grosser Verwirrung eilig vorgelesen, ohne Diskussion angenommen oder verworfen; sie gewähren wohl einiges Interesse für den Kenner dieser Epoche, sind aber meistens nur ein Beweis, wie unreif das politische Leben war und wie sehr es an Patriotismus fehlte. In dem königlichen Landtagsaufruf (Juli), der in alle Wojewodschaften verschickt wurde, wird verlangt, „dass die den Abgeordneten gegebene Instruktion als Haupt- und womöglich einzige Bedingung den Antrag auf Vermehrung der Armee enthalten sollte". Diesem Wunsche des Königs wurde allgemein Folge geleistet; alle Landtage von 1788 verlangen in der That die Vermehrung der Reichsarmee, doch die daran geknüpften Bedingungen und Klauseln sind keineswegs ein Beweis von Opferwilligkeit und kluger Erwägung der Nothlage des Landes seitens der grossen Masse der Staatsbürger. „Da die Rettung unseres Vaterlandes eine rasche und bedeutende Vermehrung der Armee erheischt, so ist es den Herren Abgeordneten zur ersten Pflicht gemacht, eine solche auf dem Reichstag durchzusetzen, jedoch in einer Weise, welche den Bürgern keine neue Lasten auferlegt." Die neuen Ausgaben sollten vielmehr, den meisten der den Abgeordneten gegebenen

*) Wir besitzen einige Beschreibungen solcher Provinzial-Landtage in der polnischen Memoiren-Litteratur. Der Landtag von Lublin 1788 wird lebhaft und treu geschildert in den oben erwähnten Memoiren von Kozmian I. 89–99. Eine nicht minder lebhafte und farbenreiche Schilderung des Landtages in Zytomir von 1790 bietet uns Ochoki in seinen Memoiren II. 16–33. Doch ist er nicht genau in seinen historischen Angaben und ergänzt öfters durch eigene Erfindung, was er nicht genau wusste. Als Beispiel möge die Behauptung dienen, dass dieser Landtag von Anfang an von Proteus Potocki präsidirt wurde, während es eine Thatsache ist, dass Stempkowski präsidirte und seinen Sitz erst später an Potocki abgab.

Instruktionen zufolge, von den Kirchengütern, von den Klöstern und den städtischen Gemeinden gedeckt werden. Das eben vakant gewordene Krakauer Bisthum sollte seine Einnahmen dazu hergeben; nur 100 000 Gulden sollten dem Nachfolger verbleiben. Einige der Instruktionen schlagen sogar vor, die konfiszirten Jesuitengüter für diesen neuen Zweck statt für den öffentlichen Unterricht zu verwenden; die Unterrichtsanstalten sollten dafür von den Benediktinern und Cisterciensern eingerichtet werden unter Aufsicht der Unterrichtskommission. Mit einem Federstrich also sollten die eben errichteten Unterrichtsanstalten vernichtet werden und die neue Generation sollte in die Hände von Orden fallen, die noch gar keinen Beweis ihrer Fähigkeit, Unterrichtsanstalten zu leiten, gegeben hatten. Solche Reformen wurden kurzweg vorgeschlagen, um die Szlachta vor neuen Steuern zu schützen! Aehnliche Forderungen waren in den Wojewodschaften von Wolhynien, Tschernigoff, Sieradz, Brest in Lithauen, Brest in Kujawien, Dobrzyn, Rawa, Zakroczym, Wyschegrad aufgestellt worden. Einige Instruktionen wollten die Vermehrung auf die Kavallerie beschränken; die Offiziere sollten nur aus der Szlachta kommen; die Administration der Armee sollte von der Regierung in die Hände des Hetmans übergehen. Die Wojewodschaften von Podolien, der Schäden gedenkend, die von der österreichischen Armee bei der Belagerung von Chocim zugefügt wurden, zogen in der ihrem Abgeordneten gegebenen Instruktion den permanenten Rath zur Verantwortung darüber, dass der Rath dieser Armee den Einmarsch über die Grenzen zugestanden hatte, wofür der Rath keineswegs verantwortlich war, und dergl. mehr. — Doch gab es auch bessere und vernünftiger disponirte Wojewodschaften, deren Lauda dem entsprechend sind. In dem eben erwähnten Podolien wurde die Vermehrung der Armee sofort votirt, die Steuer dafür schon im Voraus bewilligt und das Kontingent gleich gestellt; dies Beispiel wurde von Braclaw befolgt, wo die Rauchfangsteuer verdoppelt und der Ertrag für die Armee bestimmt ward. Das Fürstenthum von Samogitien gab seinen Abgeordneten die Anweisung, sich mit dem Könige zu verständigen und das Nöthige zu veranlassen. Die Wojewodschaft von Krakau verlangte ausdrücklich die Beschaffung einer tüchtigen Infanterie, „denn“, führte diese Lauda aus, „jeder Pole

ist von sich selbst ein geborener Kavallerist"; auch wurde die Vervollständigung der vorhandenen Regimenter vorgeschlagen statt der Bildung neuer, um die Vermehrung der Offiziere zu vermeiden; hier wurde auch die Rauchfangsteuer verdoppelt und die Hoffnung ausgesprochen, die reichen Klöster und Pfründen möchten sich an der Beschaffung der Mittel für das Wohl des Vaterlandes betheiligen. — Den grössten Eindruck machte aber die Instruktion der Wojewodschaft von Lublin, die unter dem Einfluss des Fürsten Czartoryski zu Stande kam und das Programm seiner Partei deutlich erkennen liess, das politische Programm, welches auch in dem Reichstag entwickelt wurde. Diese Instruktion enthält folgende Forderungen: die Vermehrung der Armee bis auf 40 000 Gemeine ohne Ernennung neuer Offiziere und Generale; die Administration dieser Armee verbleibt in den Händen des Hetmans; zur Erhaltung derselben wird die Verwendung der Güter des Malteser-Ordens vorgeschlagen und die Besteuerung des Klerus bis auf 6 pCt. Gleich anderen Wojewodschaften verlangt diejenige von Lublin die Beschaffung einer provinziellen Miliz unter dem Befehl der Starosten, auch wird die Abschaffung des permanenten Rathes besprochen und die Wiedereinführung der Senatoren „ad latus" empfohlen, ebenso die Verlängerung des Reichstages während der ganzen Dauer des türkischen Krieges vorausgesetzt; auch sollen alle fremden Gesandten im Auslande durch Polen ersetzt werden, die verpflichtet würden, polnische Tracht zu tragen. Die Frage der polnischen Tracht wird in diesem Landtage eingehend besprochen; es wird der Wunsch hier geäussert, dass alle Beamten ausser dem Militär unter fremden Regiments-Ehrenführern sich polnisch kleiden möchten; es wird verlangt, dass keinem Polen gestattet sein soll, einheimische oder fremde Orden zu tragen; schliesslich wird verlangt, dass niemals zwei Bisthümer unter einen Bischof kommen dürften. Diese Klausel war ausdrücklich gegen den Fürst-Primas gerichtet, der während der Krankheit des Krakauer Bischofs Soltyk zwei Bisthümer verwaltet hatte und nach dessen Tode Miene machte, sich in beide einsetzen zu lassen. Diese Lubliner Instruktion, die theilweise auch von Sandomir angenommen wurde, überraschte den König sehr unangenehm; er sah nun voraus, dass einige der darin enthaltenen Anträge den Reichstag viel weiter

führen könnten, als ursprünglich beabsichtigt ward. Fürst Kaunitz wurde auch davon beunruhigt, um so mehr, als ihm kürzlich seitens des Hetmans Rzewuski eine Note zugekommen war, in der das Verlangen auf Abschaffung des permanenten Rathes ausgesprochen ward und auf die er eine harte Antwort hatte verabfolgen müssen.*) — Bei den äusseren Umständen, die für die Republik günstig zu sein schienen, ist es nicht zu verwundern, dass für die hier geschilderten Landtage die Zahl der Kandidaten grösser als je und die Wahlkämpfe lebhafter als bei früheren Gelegenheiten waren; aber dank der Sorgsamkeit der Parteihäupter kam es diesmal zu keinem Handgemenge oder unangenehmen Scenen. „Der schwedische Krieg hat der Opposition Muth eingeflösst", schreibt der König am 13. August, „sie hat Nachrichten über russische Niederlagen verbreitet, sogar dass die Kaiserin gezwungen wurde, Petersburg zu verlassen. Es ist nicht das erste Mal, dass die offen oppositionelle und heimlich preussische Partei solcher Mittel sich bedient, um die Landtage zu beeinflussen. Die Opposition fängt erst jetzt an, Alles daran zu setzen und Geld zu vertheilen. Ich hoffe jedoch, dass die Majorität (pluralitas) mein sein wird, obwohl nicht so zahlreich, wie sie früher war." Zehn Tage später berechnet der König, dass er zwei Drittel der Kammer für sich haben wird, obwohl er weiss, dass die Opposition einige sehr eigensinnige und zänkische Elemente in sich bergen muss. Indess war der König weniger sicher, die Majorität würde standhaft im Kampfe sein, der während der Session entbrennen könnte; Russlands Schwierigkeiten, Oesterreichs Misserfolge und die zweifelhafte Stellung des preussischen Hofes zur polnischen Sache waren lauter unsichere Faktoren.**)

---

*) Depesche von de Caché. 20. September 1788.

**) Unter Anderem zeigt uns der Verlauf der Dinge bei dem Landtage in Livland, wie geschwächt der russische Einfluss und der des Gesandten Stackelberg war. Von dem früher zu Polen gehörendem Livland waren nur eine Wiese von ungefähr 1000 Schritt Länge bei Polen geblieben. Die Wähler versammelten sich auf dieser Wiese und hatten das Recht, sechs Abgeordnete in den Reichstag zu schicken. Es war nun Brauch, dass die Wähler dem Könige sechs Blankette schickten, auf die er die Namen von sechs seiner bei anderen Wahlen durchgefallenen Kandidaten setzte. Diesmal aber geschah es anders. Der Wojewode von Livland, Zyberg, gehörte zu den Unzufriedenen, seitdem er Prozesse gegen den Fürsten von

§ 25.

Kandidaten für das Reichstagspräsidium.

Da dieser Reichstag von einer Konföderation gebunden werden sollte, so war die Wahl eines Präsidenten überaus wichtig; in seiner Hand ruhte, wie bekannt, die Leitung der Verhandlungen und ein grosser Theil der ausführenden Macht. — Das noch lebendige, traurige Andenken an Poninskis Präsidentschaft auf dem letzten Reichstag liess die Befürchtung rege werden, dieser wichtige Posten könnte wieder einem Schuft in die Hände fallen, der ähnlichen Missbrauch mit Staatsgut treiben könnte. Dem Könige schien Michael Granowski die geeignete Persönlichkeit. Reich, von einer Czartoryska geboren, durch seine Frau mit Radziwill und Pociej verwandt, rechtschaffen und ziemlich gebildet, gewährte er als Charakter vollkommene Sicherheit, er war auch sehr gesellig und machte ein grosses Haus, was ihm bei der Szlachta von Lublin Ansehen verschaffte, weshalb auch der König sich seiner öfters in der Wojewodschaft bedient hatte, um seine Partei zu stützen. Doch versagte sich Granowski; einmal schützte er die Krankheit seiner Frau vor, ein ander Mal Rücksichten auf den Fürsten Czartoryski, von dem er meinte, er beanspruche das Präsidium für sich; doch lag der wahre Grund in seiner Neigung zum Wohlleben und der damit verbundenen Scheu vor anstrengender Arbeit, die ein solcher Posten mit sich bringt. — Seit April 1788 war ein Kandidat aufgetreten in der Person von Peter Potocki, Starost von Szczyrzec, der sich überall vorstellte und sich anscheinend um das Präsidium sowohl bei Hofe wie bei Stackelberg bewarb. Da er aber nirgends Anklang fand, wandte er sich an seinen Vetter Felix Potocki. Dessen Antwort beweist, wie er auch patriotischer Gesinnungen fähig war: „Sicherlich“, schreibt er seinem Vetter, „will ich Ihnen wohl und wünsche Ihnen Ruhm und Ehre, doch gehören meine eifrigsten Wünsche dem Vaterlande. Warum sollen wir die Wahl des Präsidenten zur Parteifrage machen und die ersten Kämpfe deswegen verursachen? Warum sollen

Kurland verloren hatte, und verständigte sich mit Branicki und Czartoryski, um ihre Kandidaten bei den Livländern durchzusetzen. So wurden Zabiello (von Potemkin empfohlen), Niemcewicz und Kublicki (von Czartoryski), Weissenhof und Andere aus dieser Partei gewählt.

wir darauf bestehen, Jemanden von unserer Partei zu haben, wenn der uns vorgeschlagene einen ehrenhaften Namen führt? Ich würde ein solches Vorhaben befürworten, wenn man uns einen weniger ehrenhaften Mann genannt hätte. In diesem Fall können wir die eigenen Interessen ruhig dem Wohl des Vaterlandes opfern; solche Opfer sind werthvoller als das Opfer unseres Lebens."*) — Diese obengenannte „ehrenwerthe Persönlichkeit" war Stanislaw Malachowski. Als Granowski sich entschuldigt hatte, musste der König einen Anderen suchen. Der König hatte einmal von ihm gesagt: „Der Geeignetste durch Tugenden, gute Eigenschaften, sowie durch persönliches und Familienverdienst, der Populärste scheint mir Stanislaw Malachowski, der Kronreferendar, zu sein." — Sein Vater, unter August III. Kanzler, hatte durch eigenes Geschick und königliche Gunst ein grosses Vermögen erworben. Er hatte vier Söhne hinterlassen, die er reich ausstattete.**) Es war bei den Malachowskis Tradition, sich trotz grossen Vermögens und bekleideter hoher Aemter zur Szlachta zu halten und nicht zu den Magnaten. Sie genossen daher mächtiges Ansehen und wussten es durch ihr rechtschaffenes Wesen zu behalten. Zu damaliger Zeit waren drei Malachowski, Stanislaw, Peter (Sohn von Adam) und Johann (Sohn von Nikolas), Vorsitzende des Lubliner Tribunals; sie verwalteten diese Aemter mit höchstem Ansehen und wurden allgemein anerkannt, um so mehr, da andere Tribunale weniger gut besetzt waren und Leute wie Olizar durch Missbräuche verrufen waren. Seiner Rechtschaffenheit wegen war besonders Stanislaw Malachowski bekannt, weswegen er sogar den Beinamen Aristides erhielt. Er war der zweite Sohn des Kanzlers; das ererbte Vermögen hatte er durch seine Heirath mit einer Czapska verdoppelt. Ohne glänzend begabt, ohne Redner oder Schriftsteller zu sein, besass er grossen Verstand und solide Kenntnisse und ein sehr kompetentes Urtheil über polnische Verhältnisse und Staatseinrichtungen; zwar gebrach es ihm an administrativer Erfahrung und an Urtheil über

*) Brief an Peter Potocki. 17. August 1788.

**) Michael, Wojewode v. Sieradz † 1783. Stanislaw † 1809. Jacek, Kanzler † 1821. Anton, Wojewode v. Masovien † 1796. Von seinen vielen Töchtern heirathete Katharina Felix Czacki, dessen zwei Söhne Michael und Thaddäus sich in der Gegenwart auszeichneten.

die auswärtige Politik — und dieser Mangel wurde später verhängnissvoll —, aber die meisten Polen entbehrten dieser Erfahrung und nur wenige besassen die Vorzüge, welche diesen Mann vor Allen zum Führer des konföderirten Reichstags befähigten. Er zeichnete sich durch eifrige und opferwillige, patriotische Gesinnung, durch feinen Takt für die Würde des Landes und durch den Glauben an seine Lebensfähigkeit und Lebenskraft vor Allen aus. — Das Geschlecht der Malachowski, obwohl erst unter König August reich und mächtig geworden, war dennoch auch dem jetzigen König treu und hatte ihm nicht bei seiner Thronbesteigung opponirt. Der jüngere Bruder, Jacek, war um diese Zeit schon Kanzler, der jüngste, Anton, Wojewode von Masovien, war einer der treuesten Anhänger des Königs; der oben erwähnte Stanislaw, Referendar der Krone, hielt sich vom Hof fern, ohne ihm doch übel gesinnt zu sein; ihm war nur die zu grosse Intimität des Königs mit dem russischen Gesandten zuwider, weshalb er häufige Berührung vermied. Trotzdem fand seine Kandidatur weder bei dem König noch bei Stackelberg Opposition, nur fürchteten Beide ein wenig den „bekannten Eigensinn" Malachowskis. Dass Malachowski grosse Güter in Preussen besass und sich deswegen mehr zu Preussen neigen könnte, erschien Keinem als Hinderniss der Wahl, weil sein Charakter zu viel Verlässlichkeit gewährte; dies ward vom König ausdrücklich hervorgehoben. Im Mai fanden die ersten Besprechungen über das Programm der Reichstagsverhandlungen mit Malachowski statt. Sofort erklärte er, dass seine Besitzthümer in Preussen ihn nicht daran hindern würden, das zu beantragen, was dem Wohl des Vaterlandes am heilsamsten wäre. Er sei bereit, Alles zu verlieren. Als man ihn von der Allianz mit Russland in Kenntniss setzte, stimmte er bereitwillig zu und meinte, es wäre das allein Heilsame für sein Vaterland, „doch", fügte er hinzu, „müsste man als Bedingung stellen, dass Polen von der Garantie erlöst würde, da blosse Erwähnung dieser Garantien Polen demüthigt und betrübt". Der König, dem die Meinung der Kaiserin kein Geheimniss war, erwiderte darauf: „Niemand hat mehr gelitten als ich durch die »Garantie«; aber in der Politik muss der wahre Patriot die persönliche Kränkung nichts achten, sondern nach dem Grundsatz handeln, dass es besser sei, ein wirkliches Uebel zu beseitigen und alles Gute,

das sich bietet, zu erlangen. Wen haben wir jetzt zu fürchten? den König von Preussen! Warum? weil wir schwach sind. Unser erster Zweck soll also unsere Erstarkung sein, dies können wir nur mit Russlands Hülfe erreichen. Also müssen wir vorläufig Alles vermeiden, was Russland reizen könnte, und deswegen auch nicht an der Garantie rühren, die das mindere Uebel darstellt."*) — Malachowski liess sich zu dieser Politik überreden, und so standen die Dinge bis zur Eröffnung der Landtage und bis zum Augenblick, wo der Berliner Hof offen gegen Russland auftrat.

§ 26.

Letzte Verhandlungen vor der Reichstagseröffnung.

Wir haben schon hervorgehoben, dass Friedrich Wilhelm, entschlossen, die polnisch-russische Allianz zu verhindern, seinem Minister in Warschau aufgetragen hatte, mit allen Mitteln die preussische Partei zu stärken. In Wirklichkeit konnte von einer solchen Partei nicht die Rede sein, und vor Allem fehlte es ihr an einem Führer. Fürst Sulkowski, Wojewode v. Kalisz, übernahm es zwar, der Konföderation Hindernisse entgegenzusetzen und die Vermehrung der Armee zu hintertreiben, wenn ihn das preussische Ministerium darin unterstützen würde, doch fand er weder bei Buchholtz noch bei Hertzberg Glauben.**) — Ausser Sulkowski werden von Buchholtz noch zwei als Preussen wohlgesinnt erwähnt, Hetman Oginski und Rybinski, Bischof v. Kujavien; der erste wird als schwerfällig und faul charakterisirt, der zweite als leichtsinnig und weltlich. Aus Buchholtz' Berichten ersieht man, wie gering seine Beziehungen im

*) Der König an Deboli. 3. Mai 1788.

**) Brief des Fürsten Sulkowski aus Leszno, 6. August 1788 (Geheimes Berliner Archiv). Fürst Anton Sulkowski, früher ein Parteigänger von Russland, verliess dieses Parteilager, sobald ihm, nach dem Tode seines Bruders August, dessen Pension abgeschlagen wurde, eine Pension, die ihm vom Reichstag nach der ersten Theilung bewilligt worden war. Fürst Anton Sulkowski hatte mehr Glück in Berlin. Auf Befehl des Königs Friedrich Wilhelm erhielt er aus der Berliner Bank leihweise 100000 Dukaten, für die er nur 5 pCt. zahlte, während die bisherige Anleihe ihm weit mehr gekostet hatte. Auf diese Weise sparte er 4000 bis 5000 Dukaten. Wir werden nachher erfahren, in welcher Weise er später diese Schuld von sich abzulehnen versuchte.

Lande waren und wie oberflächlich seine Kenntnisse. Er lc
sich beständig, medisirt noch mehr, weiss aber nie, wie und
er anfangen soll, seinem König zu gehorchen, der ihm una
gesetzt den Befehl ertheilt: die Allianz, die Konföderation u
die Vermehrung der Armee zu hintertreiben! Dieser Auftr
überstieg um Vieles die Kräfte von Buchholtz. Der einzi
Mensch in Warschau, der ihm mit Erfolg in die Hände arbeitet
war der sächsische Gesandte Essen; der König von Preuss
lässt dafür dem Kurfürsten von Sachsen danken und, wie imm
freigiebig im Versprechen, sogar die polnische Krone in Au
sicht stellen, doch so, dass es den Berliner Hof in keiner Wei
bindet.*) — Inzwischen unternahm Buchholtz weitere Schritt
Nachdem er Stackelberg gedroht hatte, sein König werde de
Polen eine eigene Allianz vorschlagen, beantragte er dreist bei
Kanzler der Krone, der bevorstehende Reichstag solle frei u
nicht konföderirt sein (20. September). Der Kanzler fragte ih
ob er dies im Auftrag seines Hofes thäte? Buchholtz bejah
die Frage und fügte hinzu, dass spätere Maassregeln beweis
würden, welche lebhafte Theilnahme der König an den po
nischen Angelegenheiten nähme. In der That betheuerte Hert
berg, der König sei bereit, die Allianz und Konföderation m
Gewalt zu verhindern.**) Doch bald merkte Buchholtz, da
man auf diesem Wege nicht vorwärts kommen dürfte. Zu de
selben Zeit näherte er sich auch dem Kronreferend
Malachowski, und seine Gespräche mit diesem Würdenträg
überzeugten ihn bald genug, wie das ganze Volk die Ko
föderation und die Reform der Armee herbeiwünschte; er muss
also seinem Hof davon Mittheilung machen und um neue I
struktionen für die veränderte Lage der Dinge bitten. Die
wurden ihm bald genug ertheilt; denn der preussische Hof hie
sich an kein Prinzip, sobald es sich um die polnischen A
gelegenheiten drehte: Unruhen und Unfrieden zu stiften, w
sein einziger Zweck. „Es ist mir gleichgültig“, erwiderte Hert
berg, „dass diese Leute eine Konföderation bilden wollen u
Allianzen schliessen; nur müssen wir eine eigene Partei
Stande bringen, welche geeignet wäre, auch eine Konföderati

*) Ministerialreskript an Buchholtz. 1. Oktober 1788.

**) Hertzberg an Buchholtz. 27. September.

zu bilden, unter deren Namen wir auch wirken könnten.“ Der König fügt hinzu: „Sobald der König von Polen und die russische Partei eine Konföderation bilden, müssen wir versuchen, auch eine zu haben, wenn auch eine an Zahl geringere. Ein Offizier des Grafen Oginski (Lachnicki) behauptet, dass von 48 Lithauer Abgeordneten nur zwei zum König halten; dass Podlasien fünfzehn patriotische Abgeordnete liefern soll; ich hoffe, dass Gross-Polen nicht zurückbleibt . . . . . Wenn es Ihnen gelingt, eine Majorität zu bilden, so glaube ich, dass es gut wäre, den permanenten Rath abzuschaffen, denn ich bemerke, dass der König durch ihn Alles durchsetzt. Im Uebrigen kann ich Ihnen keine Instruktion geben, überlasse vielmehr Alles Ihrer eigenen und gereiften Erwägung und Kenntniss der Sachlage. Bald wird Lucchesini erscheinen . . . . . Ihm sollen Sie Alles mittheilen . . . . . Inzwischen können Sie allen gut gesinnten Polen die Versicherung geben, dass ich sie beschützen und ihnen helfen werde und bereit bin, meine Armee dafür zu verwenden. Doch mit letzterer Versicherung seien Sie diskret und äussern Sie dieselbe nur da, wo Sie der Gesinnung sicher sind und wo sie nicht missverstanden wird.“*) — Diese entschiedene Opposition des mächtigen Nachbars, der erst vor Kurzem mit Russland im Einvernehmen stand, war für Warschau in der That ein ganz neues Schauspiel und musste eine grosse Wirkung auf die eintreffenden Abgeordneten haben. Unter dem Eindruck seiner Gespräche mit Buchholtz änderte auch Stanislaw Malachowski seine Meinung über die Allianz mit Russland und war damit gewiss nicht alleinstehend; deswegen musste der König auch später zugeben, dass nur der fünfte Theil der Abgeordneten für die russische Allianz stimmen würde. — Ob durch die preussischen Versprechungen gewonnen, ob aus Furcht vor Unfrieden, genug, Malachowski erklärte dem König, dass er den Nutzen der Allianz wohl einsehe, sie für jetzt aber nicht wünschen könne. „Werden Sie Ihre Meinung nicht ändern“, fragte der König, „wenn Sie den General der Artillerie Potocki, den General v. Podolien, Fürst Czartoryski und die lithauischen Magnaten auf meiner Seite sehen?“ — „Ich werde Niemanden

---

*) Bericht von Buchholtz 27. September; Depesche von Hertzberg 30. September. Ministerialreskript an Buchholtz vom 1. Oktober 1788.

gegen Eure Majestät stimmen", erwiderte Malachowski, „do
werde ich mit meiner Meinung nicht zurückhalten, wenn ich g
fragt werde." — „Also wird es leicht möglich sein, dass S
dem Reichstag nicht präsidiren können", erwiderte der Kön
„denn ich werde mich von Stackelberg nicht trennen." — „
mag es ein Anderer thun, ich bleibe meiner Ueberzeugu
treu."*) — Nun entstand eine neue Schwierigkeit. Der Kö
rief seine gewöhnlichen Rathgeber zu einer Konferenz zusamm
(24. September). Den Primas, den Marschall Mniszech, d
Fürsten-Schatzmeister von Lithauen, den Unterkanzl
Chreptowicz, den Marschall Raczynski; Felix Potocki u
Stackelberg waren auch zugegen. „Zuerst handelte es sicl
schreibt der König, „um Malachowski und seine zögern
Haltung. Der Primas meinte — und ich unterstützte die
Meinung, später schloss sich auch der Gesandte an —, dass es e
Mittel gäbe, die Kandidaten zu befriedigen, indem man ein
Potocki, den Artilleriechef, nicht Peter Potocki, der sich dar
bewarb, zum Reichstagspräsidenten ernennte. Dieser, c
wohl sichtlich durch solchen Vorschlag geschmeichelt, e
schuldigte sich mit Unkenntniss der Prozeduren, mit schwach
Gesundheit und dem an Malachowski gegebenen Versprech
Wir betheuerten, dieser Vorschlag sollte nur bedingungswei
gelten, wenn Malachowski seine Meinung nicht ändern könnte
In derselben Konferenz wurde Stackelberg über die Garant
und die Sicherheit, dass Polen nicht in den Krieg gegen d
Türkei verwickelt werden würde, falls es mit Russland ei
Allianz schlösse, interpellirt, da Beides am meisten die öffe
liche Meinung verstimmte und sie der Allianz wiederspens
machte. Man sollte wenigstens vermeiden, diese Bedingung
im Akt der Konföderation und des Vertrages zu stipulir
Stackelberg erwiderte, seine Instruktionen liessen ihm Ra
auf den Wortlaut zu verzichten, solange die Sache selbst fe
gehalten werde. — Ferner ward erörtert, was man unternehm
würde, sollte der König von Preussen wegen der Allianz m
Krieg drohen; es wäre doch schwer, sich solcher Gefahr oh
Vertheidigungsmittel auszusetzen. — Der Primas sagte: „W
müssen voraussetzen, die Kaiserin werde uns zu einer Alli

*) Der König an Deboli. 20. September.

nicht bereden, ohne erst das Gemüth des Königs von Preussen beruhigt zu haben oder uns die Mittel der Vertheidigung gegeben zu haben." Stackelberg beeilte sich, dies zu bestätigen. „Danach wurde die Frage erörtert, ob man die Konföderation vor der Eröffnung des Reichstages bilden sollte oder später. Felix Potocki schien das Letztere zu befürworten, doch habe ich, Chreptowicz und der Fürst-Unterkanzler so lebhaft die Nothwendigkeit dargestellt, die Konföderation gleich zu bilden, dass Alle uns Recht geben mussten."*)

Schliesslich aber hingen alle diese Verhandlungen von der Antwort, die aus Petersburg erwartet wurde, ab. Wie wir schon wissen, brachte der Kurier die Nachricht, dass die Kaiserin auf die Allianz verzichte (28. September). — Das Projekt der Allianz hatte wohl einige Vortheile, doch waren die Gefahren, die damit verknüpft waren, auch von Russlands Seite so mannigfach, dass man es nicht zu bedauern braucht, wenn sie nicht zu Stande kam. Man soll es um so weniger bedauern, wenn man die preussischen Absichten in Erwägung zieht, welche in den oben citirten Depeschen klar ausgesprochen sind, und die schweren Verwickelungen bedenkt, die infolge der Meinungsverschiedenheit im Reichstag selber ausgebrochen waren. Der Verzicht in Petersburg hob mit einem Mal alle Bedenken auf. Dem preussischen Hof war nicht mehr die Gelegenheit geboten, sich in polnische Angelegenheiten einzumischen; im Reichstag waren dagegen alle Ursachen zu Zwisten geschwunden. Wohl durfte man es als ein glückliches Ereigniss betrachten und es schien, dass von diesem Moment an kein Unfriede im Reichstag zu befürchten war. Sowohl der Hof wie die Opposition wünschten eine Konföderation und durch diese die Vermehrung der Streitkräfte. Die Hebung des Vaterlandes, die Reform der Armee waren die einzig erstrebten Ziele; Preussen wünschte es zwar nicht, musste sich aber zurückhalten. Nichts hätte also der Durchführung der so wichtigen Maassregeln im Wege gestanden — wenn die Opposition wirklich nur dieses eine Ziel im Auge gehabt hätte! Man muss bei dieser Gelegenheit anerkennen, dass die königliche Partei sich jetzt die grösste und

*) Der König an Deboli am 27. September.

sehr anerkennenswerthe Mühe gab, die Gemüther zu beruhigen und für sich zu gewinnen; diese kluge versöhnende Rolle hatte zumal der Primas auf sich genommen. Er bemühte sich, den Klerus zu gemeinsamer Vertheidigung gegen einige vorausgesehene Angriffe zu gewinnen, und schrieb gleichzeitig Briefe an die weltlichen Senatoren, um sie zu gemeinsamer Wirksamkeit mit dem König zu bereden. Ende September reiste er auch nach Siedlec, um den Hetman Oginski und den Fürsten Czartoryski einzuladen, mit ihm nach Jablonna zu gehen und dort an den Verhandlungen für den bevorstehenden Reichstag theilzunehmen. Oginski wollte die Rückkehr seines Adjutanten Lachnicki aus Berlin abwarten, Czartoryski aber nahm die Aufforderung an; durch die oben genannte Depesche von Kaunitz vorbereitet, zeigte er sich sehr friedfertig und billigte sowohl die Konföderation wie die Wahl des Präsidenten und die Armeereform; bezüglich der Allianz äusserte er die Meinung, dass die Kaiserin sie nicht sehr bedauern würde, da Polen militärisch nicht vorbereitet genug sei, um ihr wesentliche Hülfe zu leisten.*)

Diese versöhnenden Maassregeln und friedlichen Erklärungen wurden am Vorabend der Reichstagseröffnung bewirkt; es blieb nur ein streitiger Punkt: der König wünschte, dass die Konföderation vor Eröffnung des Reichstages zu Stande käme, und wie wir oben berichteten, war es ihm gelungen, seinen Wunsch bei der letztgehabten Konferenz annehmbar zu machen. Es handelte sich dabei wirklich nicht um eine einfache Formalität. Wer die Konföderation bildete, der war auch eigentlich das Haupt und die Seele der Konföderation. Wenn eine solche sich um den König durch seine Initiative schaarte, so war die Ernennung der Konföderationsmarschälle (Präsidenten) und der Akt vom König abhängig; er erlangte mit einem Mal einen grossen und entscheidenden Einfluss auf eine Verbindung, deren Aktion einheitlich und energisch werden konnte. Als Beweis dafür mag die Konföderation des Jahres 1776 unter der Führung von Mokronowski dienen, der man es verdankte, dass die Republik theilweise aus dem Verfall herausgerissen wurde, in den sie durch den Theilungsreichstag und seine zweifelhaften Ge-

*) Bericht von de Cache. 4. Oktober.

setze gekommen war. Aber gerade dieser Präcedenzfall war es, welcher die Opposition bewog, die Bildung der Konföderation nicht dem König zu überlassen; die Opposition wollte eben ein Organ besitzen, welches ihr die Macht verliehe, der Republik hülfreich beizustehen, jedoch nicht unter der Führung des Königs. Ignaz Potocki und seine beiden Brüder wussten die Erinnerung an die Gewaltthaten von 1776 aufzufrischen, und es gelang ihnen, den Fürsten Czartoryski, Felix Potocki und schliesslich auch Malachowski für sich zu gewinnen. Die ersten Beiden überredeten Stackelberg, dass es gefährlich wäre, die Reichstagsaktion mit Schritten anzufangen, die eine grosse Zahl der Unzufriedenen für Preussen stimmen lassen könnten; man solle einen freien Reichstag bilden, die Wahl des Präsidenten diesem Reichstag überlassen und dann auf Antrag eines der Senatoren oder Minister den Reichstag in eine Konföderation umgestalten, die dann ihre eigenen Marschälle wählen würde. Stackelberg, der wie im Jahre 1776 die Wünsche der Polen allein sicherlich nicht berücksichtigt hätte, erschrak, als er hinter der Opposition Preussen erblickte. Der König warnte umsonst, indem er auf die Gefahr hinwies, „dass sich tausend Gründe finden liessen, um den Reichstag zu zerreissen, bevor noch die Konföderation zu Stande käme“; umsonst bewies er, dass auf diesem Wege die Führung der Konföderation in die Hände einer Majorität übergehen könnte, die keine Garantien bot; umsonst machte er darauf aufmerksam, dass der gewählte Marschall zwei sich widersprechende Eide leisten müsste: zuerst den Reichstagseid, durch den er sich verpflichtete, die Einigkeit der Meinungen zu wahren in allen Materien des Staates, und dann den Konföderationseid, nach dem er die Majoritätsbeschlüsse anzunehmen hätte — alle diese Vorstellungen waren nutzlos. „Den Versicherungen des Fürsten Adam und des Herrn Potocki vertrauend, wollte der Ambassador mich nicht mehr hören“, schreibt Stanislaw August. „Gebe Gott, dass der Irrthum mein wäre und nicht der seinige, und dass Buchholtz nicht dadurch die Mittel findet, Zwietracht zu stiften und den Reichstag zu zerreissen!“ *)

---

*) Bericht von de Caché. 4. Oktober. Der König an Deboli desselben Datums.

Die Opposition siegte; es war ihr erster, noch vo
öffnung des Reichstages erfochtener Sieg. Der Einflus
Königs auf die Konföderation wurde bei ihrem Beginn
geschmälert; die Macht der Konföderation ging ausschlie
in die Hände der Majorität über, es handelte sich nun d
wer die Majorität beherrschen würde.

Zweites Buch.

Der Reichstag. — Umsturz der Regierung.

(1788 bis 1789.)

Kapitel 1.

Die Reichstagseröffnung. Die preussische Deklaration. Die Armee wird der Regierung abgenommen.

§ 27.

Der Reichstag wird in Konföderation umgewandelt.

Am ersten Montag nach Skt. Michael, wie es das Gesetz verlangt, also am 6. Oktober, wurde der freie Reichstag feierlich eröffnet, unter dem Vorsitz des Posener Abgeordneten Kwilecki, der den Marschallstab des letzten Reichstages geführt hatte. Die Prüfung der Mandate wurde rasch und einträchtig erledigt, und die Wahl des neuen Marschallpräsidenten vorgenommen. Da Peter Potocki auf seine Kandidatur verzichtete, wurde der Abgeordnete von Sandomir: Stanislaw Malachowski, der Kronreferendar, einstimmig erwählt. Der folgende Tag wurde für die Bildung der Konföderation bestimmt.

Der Akt der Konföderation war schon allgemein bekannt. Drei Tage vor Eröffnung des Reichstages hatte der König die bedeutendsten Persönlichkeiten zu sich geladen, um die Redaktion dieses Aktenstückes zu berathen. Es besagte, dass die Konföderation mit Zustimmung des Königs, auf Grund des bestehenden katholischen Bekenntnisses, der Immunität des Vaterlandes, bei republikanischer Regierung, den königlichen Prärogativen und bestehenden Magistraten und Dikasterien sich bildete. Als Hauptzweck der Konföderation wurde die Vergrösserung der Armee angegeben, wofür neue Steuern auszuschreiben wären; die Möglichkeit innerer Reformen wurde

nur erwähnt. Von dem Bündniss mit Russland war keine Rede mehr. — Bei der oben erwähnten Berathung im königlichen Kabinet, der auch Stackelberg beiwohnte, beantragte Fürst Czartoryski, man sollte aus dem Konföderationsakte das Wort: „Dikasterien" herauslassen, weil in dieses Wort Viele auch das Kriegsdepartement einbegriffen, und die Absicht bestehe, dem Reichstag viele Klagen und Anträge über diese Behörde vorzulegen. Der König willigte allzu bereitwillig ein, und das Wort: „Dikasterien" wurde weggelassen. Eine andere Schwierigkeit wurde vom Fürst-Truchsess Czartoryski erhoben; dieser verlangte, dass in dem Akt der Konföderation die Neutralität der Republik gegenüber den kriegführenden Mächten ausdrücklich festgestellt werde. Man hielt ihm vor, wie unpassend eine solche Erwähnung erscheinen müsste, da von der Allianz mit Russland keine Rede mehr sei; indess diese Bemerkungen überzeugten ihn nicht, bis der Gesandte Stackelberg das Wort ergriff und versicherte, dass sein Hof um keine Allianz bäte und jede darauf bezügliche Initiative der Konföderation überlassen bliebe. Diese Erklärung befriedigte den Fürst-Truchsess, und so ward der Akt der Konföderation in dieser vorbereitenden Sitzung angenommen.*) Am 6. Oktober abends, nach der Wahl des Reichstagspräsidenten, wurden gleich von den Abgeordneten neue Anträge gemacht. Der Hetman Rzewuski beredete die Provinzen Kleinpolen und den Kreis von Sieradz, eine Deputation an den König zu entsenden, mit der Forderung, die Konföderation solle nur diejenigen Magistraturen anerkennen, die vor 1773 existirten, — was klar darauf deutete, dass die Abgeordneten mit dem Gedanken umgingen, den permanenten Rath und die im Theilungs-Reichstag angenommene Regierungsform umzustürzen; ferner sollte die Deputation verlangen, dass die Konföderations-Sancita oder -Urtheile sich nicht auf Privatangelegenheiten erstrecken durften, und schliesslich, dass die Abstimmungen im Reichstag geheim blieben. Der König verweigerte den ersten Antrag auf das Entschiedenste, bewilligte ebenso unbedingt den Antrag auf die Sancita und erwiderte auf den dritten, man möchte die Abstimmungen geheim oder öffentlich vornehmen nach jeweiliger Entscheidung der versammelten Stände. Es

*) De Caché, Bericht vom 8. Oktober.

schien, dass hierdurch alle Schwierigkeiten überwunden wären; doch am nächsten Tage, vor der Session, trat dieselbe Deputation verstärkt durch die Grosspolen vor den König und verlangte, man sollte ausdrücklich die Reform der oben erwähnten Magistraturen in den Konföderationsakt aufnehmen; es sollte ferner das Publikum zu den Reichstagssessionen zugelassen werden; schliesslich sollte jeder öffentlichen Abstimmung eine geheime folgen, sobald einer der Abgeordneten eine solche verlange, Steuerabstimmungen ausgenommen. Eine solche Erweiterung der geheimen Abstimmung erschien dem König gefährlich; Stackelberg theilte seine Bedenken. Die Deputation argumentirte dagegen, dass die offenen Abstimmungen die Abgeordneten der annektirten Provinzen verhindern würden, nach ihrem Gewissen zu stimmen. Der Fürst Czartoryski (der Truchsess), Czacki und Krasinski, Starost von Opinogora, führten an, was ihnen der Graf Brigido, Gouverneur von Galizien, beim Abschied gesagt hatte: „Sie sind die Unterthanen zweier Mächte; bedenken Sie, meine Herren, dass es Ihre Schuldigkeit ist, ebenso gute Galizier wie gute Polen zu sein.“ „Es kann also vorkommen“, sagte die Deputation, „dass wir in die Lage kommen, zu Polens oder zu unserem Nachtheil zu votiren; darum verlangen wir geheime Abstimmung, um frei stimmen zu können.“ Dieses Argument war nichtig, es passte schlecht zu der republikanischen Offenheit, deren man sich so sehr rühmte; es bezeugte auch ein weites Gewissen. Der König liess sich auch nicht überzeugen, denn er begriff sehr wohl, dass es sich hier weniger um die Sicherstellung der galizischen Abgeordneten handelte als darum, alle Abgeordneten seinem Einfluss zu entziehen; die Abstimmungen würden unsicher werden und ein lenkender Einfluss gleichsam unberechenbar. Inzwischen verlautete aber aus dem Reichstag, die Abgeordnetenkammer sei in grosser Unruhe, da die Führer der Opposition für die geheime Abstimmung agitirten und vernehmen liessen, falls der König dem Verlangen der Deputation nicht nachgäbe, würden sie eine eigene Konföderation bilden. Der König weigerte sich, eine bestimmte Antwort zu ertheilen, und begab sich in den Senat, der noch nicht mit der Kammer der Ritterschaft vereint war.*)

*) Der König an Deboli, am 8. Oktober.

Im Senat wurden an diesem Tage von den Grossmarschällen die Namen derjenigen Senatoren vorgelesen, auf denen noch Condemnata oder unerledigte Prozesse lasteten; infolgedessen wurde die Activitas neun Senatoren entzogen, unter anderen Sulkowski aus Kalisch, Stempkowski aus Kiew, zweien Radziwill, Karl aus Wilna und Josef aus Troki, die alle den Wojewodentitel hatten. Danach erschien der Reichstagsmarschall (Präsident) mit dem Ritterstand zum Handkuss, und um sich mit den älteren Brüdern (dem Senat) zu vereinigen. Der König sass auf dem Thron, umringt von seinen Ministern; nachdem die Begrüssung stattgefunden, hielt er eine Ansprache, in der er ausführte: dass jetzt endlich nach vielen Schwierigkeiten eine Zeit gekommen sei, die günstig schien, um das Vaterland aus seiner misslichen Lage zu befreien. „Es ist nun die beste Gelegenheit", sprach der Monarch, „und Gott gebe, dass es nicht die letzte sei, in der wir unsere Kräfte vermehren sollen; diese vermehrte Kraft zweckmässig und dauernd zu gestalten und, einmal gestaltet, zur Wahrung und Sicherheit der Personen, des Eigenthums, der Freiheit und für den Ruhm und die Würde dieses Reiches zu gebrauchen, das soll unsere Aufgabe sein." Zu diesem Zweck und mit solchen Grundsätzen wäre die Konföderationsakte verfasst worden und die Einladung zur Unterschrift an die hier Tagenden ergangen. Da die Konföderation zwei Marschälle forderte, so wurde ihr der schon im Reichstag erwählte Stanislaw Malachowski für Polen gegeben, für Lithauen aber ward Fürst Kasimir Sapieha ernannt, der General der lithauischen Artillerie. Die Eidesformel der Marschälle war vom König verfasst und ein Theil des Konföderationsaktes, welcher nun als allgemeine Bedingung enthielt, dass die geheimen Abstimmungen erlaubt wären, sobald die versammelten Stände dieselben genehmigten. Der König ergriff zum zweiten Mal das Wort und erklärte, dass vor der Sitzung an ihn die Forderung getreten sei, alle Abstimmungen (ausser den Steueranträgen) zweimal, erst öffentlich und dann geheim vorzunehmen, sobald einer der Abgeordneten es verlangen sollte. „Nach bestem Wissen und Gewissen", sprach der König, „habe ich schon anlässlich dieser Petition erklärt, dass ich eine solche Abänderung der Verhandlungen für schädlich erachte; wenn aber diese Bitte nicht zurückgezogen wird und die Mehrheit der Abgeordneten dabei beharren sollte,

so wiederhole ich hier, dass ich die Verantwortlichkeit für etwaige daraus entstehende Schäden nicht auf mich nehme, wie ich auch für den glücklichen Ausgang dieses Reichstags zum Wohl des Vaterlandes nicht einstehen kann, wenn nicht gegenseitige Nachgiebigkeit besteht; nach solchen Warnungen erkläre ich mich bereit, den Konföderationsakt mit der hinzugefügten Abänderung zu unterschreiben.“ — Die Senatoren und Minister unterzeichneten nun auch den Akt; den Marschällen wurde der Eid abgenommen. Man beglückwünschte den König und dankte ihm für seine Bereitwilligkeit, dem Ritterstande nachzugeben. — Suchorzewski, Abgeordneter von Kalisch, versuchte die geheime Abstimmung auch auf die Steuerdebatten auszudehnen, doch beachtete der König diesen Antrag gar nicht, und so kam die Konföderation nach einer elfstündigen Sitzung am 7. Oktober zu Stande.

Der dritte Tag verging in Formalitäten; dann wurden vom König fünf Tage bestimmt, um die Thätigkeit der abtretenden Magistraturen, also des permanenten Rathes mit seinen Abtheilungen und der Schatzkommission zu prüfen und um die Anträge zu besprechen, welche dem Reichstag vorzulegen wären.

In den Provinzialsitzungen beschäftigte man sich indessen mit dem Allen sehr erwünschten Gegenstand: der Vergrösserung der Armee. Zuerst dachte man nur an 40 000 Mann. Felix Potocki ging jedoch weiter, er beantragte 40 000 Mann für Polen und 20 000 für Lithauen. Grosspolen nahm diesen Gedanken auf. In Kleinpolen, wo eine lebhafte patriotische Gesinnung herrschte, wünschte man sogar 100 000 Mann; indess riethen Einige, man möchte allmählich vorgehen, sich jetzt mit 60 000 Mann begnügen und beim nächsten Reichstag die übrigen votiren. — Gleich darauf stiess man auf eine harte Nuss. Wer sollte das Kommando und die Verwaltung der neuen Armee übernehmen? — Infolge der oppositionellen Stimmung, die in Warschau vorherrschend war, und bei den unklaren Vorstellungen über Regierungskunst nahm diese Frage grosse Dimensionen an und beherrschte bald die ganze politische Lage. Um aber zu würdigen, welchen Einfluss diese Frage auf die Stellung der Parteien und die Reichstagsthätigkeit plötzlich gewann, wollen wir uns vergegenwärtigen, welche Umwandlungen die Armeeverwaltung in der letzten Zeit durchgemacht hatte.

§ 28.

Die dem Hetman im Jahre 1776 abgenommene Armee.

Als man im Jahre 1775 den permanenten Rath schuf, verfolgte man den Zweck, in der Republik eine administrative Macht zu schaffen, von der alle Zweige der öffentlichen Verwaltung abhängig wären, Gerichtsbarkeit und Gesetzgebung allein ausgenommen. In seiner der Kaiserin eingereichten Denkschrift vom Jahre 1776 führt Stackelberg Folgendes aus: „Wenn es uns gelang, den König und seine Partei zur Abtretung der Provinzen zu bereden, so lag es nur daran, weil wir ihnen versprochen haben, eine Regierung möglich zu machen, die der inneren Anarchie vorbeugen könnte. In dieser Absicht wurde der permanente Rath geschaffen, dem alle Ministerien gehorchen müssen. Ohne denselben ist Ordnung und Ruhe in Polen undenkbar; diese Ordnung ist uns aber nicht schädlich, denn es handelt sich nur um den Verwaltungsdienst; in der Gesetzgebung bleibt es beim Alten, d. h. bei den Landtagen mit dem liberum veto. So allein können wir die Unruhen verhindern, die den anderen Mächten wieder einen Grund geben könnten, sich in die polnischen Angelegenheiten einzumischen.“*) Zum Unglück wurde dieser leitende Gedanke nicht konsequent durchgeführt, als man die Machtsphäre und die Beziehungen des permanenten Rathes zu den verschiedenen Verwaltungsorganen herstellte. Man kann wohl behaupten, dass zu allen Zeiten die polnische Gesetzgebung sich in unklarer Verfassung befunden hat und gar zu viel Gelegenheit zu einer falschen Interpretation und Willkür bot; auch ist das nicht zu verwundern, denn in der alten Welt hatten sich nur die Römer, in der neuen die Franzosen durch exakte Kodifikation ausgezeichnet. Doch sündigte die Konstitution von 1775 noch mehr als die früheren bei der Einsetzung des permanenten Rathes durch Unbestimmtheit im Wortlaut, ja sogar durch einander widersprechende Feststellungen. In der That konnte Jeder darin finden, was ihm zu finden beliebte. Der permanente Rath hatte fünf Abtheilungen: für die auswärtigen Angelegen-

*) Eine in Petersburg 1776 verfasste Denkschrift zur Vertheidigung des permanenten Rathes gegen die Beschuldigungen von Branicki.

heiten, die Polizei, die Armee, die Finanzen und die Justiz. Er sollte „die Vereinigung aller öffentlichen Angelegenheiten“ darstellen. Dabei aber bestanden noch zwei Kommissionen: die Finanzkommission und die Militärkommission, deren Abhängigkeitsverhältniss zum permanenten Rath nicht bestimmt formulirt war. Und zu alledem setzte der damals aus Petersburg zurückkehrende Branicki es durch, dass ein Artikel genehmigt wurde, der schliesslich die ganze Verwaltung wieder in die Hände der Hetmane legte. — „Disziplin, Strafbestimmungen, Unterricht, Bekleidung und Einquartierung der Armee muss allein von ihrem Hetman bestimmt werden“, besagt der oben erwähnte Beschluss, „die Militärkommission hat lediglich die Auszahlung der Gehälter und die Gerichtsangelegenheiten zu besorgen; die Militärabtheilung des permanenten Rathes hat nur die Berichte der Hetmane über ihre Armeen alle Halbjahr zu fordern und zu prüfen.“ Das heisst: obwohl der permanente Rath sich als die oberste Behörde im Lande, demnach auch bezüglich der Armee betrachtete, ward er von den Hetmanen doch nur als ihnen gleichberechtigt angesehen. Dass es bei solcher Verwirrung der Begriffe und Unklarheit der Obliegenheiten auch zwischen einander wohl gesinnten Beamten zu Konflikten kommen musste, ist deutlich; was musste aber geschehen, wenn die Hetmanswürde den Händen solcher unruhigen Geister anvertraut war, wie Branicki und Rzewuski? Da konnte es auch geschehen, dass gleich, nachdem der Reichstag 1775 geschlossen wurde, Branicki die Armee zwang, nicht dem König, nicht dem permanenten Rath, sondern ihm selbst den Eid zu leisten. Der permanente Rath protestirte und es wurde beantragt, die Macht der Hetmane zu mindern. Der König und Stackelberg stimmten diesem Antrag bei und Branicki sah sich genöthigt, nach Petersburg zu eilen (Januar 1776), sich mit Ignaz Potocki zu verbinden und den Beistand des Fürsten Czartoryski zu gewinnen. Diese Reise und der Bund mit Czartoryski erschienen Stackelberg bedrohlich, denn er fürchtete, die neue Regierungsform möchte überhaupt nicht zu Stande kommen. Um der Entwickelung der Dinge näher zu sein, ging er auch nach Petersburg (im Februar 1776). Nun sollte die Kaiserin entscheiden, wer die Armee in der polnischen Republik verwalten sollte: ob der permanente Rath oder ein unabhängiger Hetman.

Während sich dieser Kampf in Petersburg abspielte, gab es in Warschau eine Konfusion, die Niemand mehr beherrschen konnte. „Was hier geschieht“, schreibt der König an Stackelberg (24. Februar 1776), „überlasse ich Anderen, im Einzelnen zu beschreiben, ich will nur melden, dass die Militärkommission sich schriftlich geweigert hat, mit der Kriegsabtheilung des permanenten Rathes geschäftlich zu verkehren; ferner hat sich der Hetman erlaubt, uns die requirirten Truppen zu verweigern in einer Sache, die keinen Aufschub duldete.*) Diese beiden Fakta werden genügen, um Ihnen zu beweisen, wie sehr wir der Rettung bedürfen. Der permanente Rath hat beschlossen, den Hetman und die Militärkommission öffentlich zu tadeln, dem Reichstag den Stand der Dinge vorzulegen und die üblen Folgen darzuthun, die aus der Unabhängigkeit der Armee entstehen. Nun wird Alles davon abhängen, wie der Reichstag die Konstitution von 1775 seinerseits auslegen wird.“ Auch die Finanzkommission widersetzte sich dem permanenten Rath und so zerfiel auch von dieser Seite das mühsam aufgerichtete Gebäude. „Ich möchte“, schreibt der König, „nichts der Finanzkommission vorzuwerfen haben, doch muss ich leider bekennen, dass trotz der Anständigkeit der Leute, die sie bilden, und trotz ihrer Begabung sie doch den Geist der Widersetzlichkeit hegen. Das schlechte Beispiel ist ansteckend; beide Kommissionen, die Militär- und Finanzkommission, wollen eben nicht die Autorität des permanenten Rathes anerkennen, weil sie sich als die älteren Institutionen betrachten.“ — Endlich siegte Stackelberg und brachte aus Petersburg Vollmacht, einen konföderirten Reichstag zu berufen, der die Beziehungen der einzelnen Regierungsorgane zueinander ordnen sollte. — Es ist eine bemerkenswerthe Thatsache, dass bei jedem Versuch, Ordnung herzustellen, man im 18. Jahrhundert in Polen zuerst damit anfing, die Macht der Hetmane zu beschränken; die beiden Reichstage unter Stanislaw August, denen man Gutes nachrühmen darf, von 1764 und von 1776, thaten es auch, denn nur die Beseitigung dieses Palladiums der Szlachtawillkür konnte der Regierung aufhelfen und die

*) Es handelte sich um die Verfolgung eines jungen Mannes, der ein junges Mädchen aus dem Kloster entführt hatte mittelst eines gefälschten Briefes ihres Vaters.

Verbesserung der Armee anbahnen. — Der Reichstag von 1776, unter Führung des Marschalls Mokronowski, erläuterte die Verfassung, die in 1775 den permanenten Rath eingesetzt hatte, und nahm diese Gelegenheit wahr, eine neue Konstitution einzusetzen, welche die Unterordnung aller Regierungsgewalten unter dem permanenten Rath klar und deutlich festsetzte und keine Zweifel deshalb übrig liess. Die Verwaltung der Armee wurde dem Kriegsdepartement im permanenten Rath zugewiesen, die Hetmane wurden nur zum Vorsitz dieses Departements zugelassen und mussten die Beschlüsse der Mehrheit desselben unterzeichnen; die Militärkommission ward abgeschafft, der von Branicki auferlegte Eid beseitigt, dem König das Recht der Ernennung und der Patentirung aller Offiziersgrade gegeben und festgesetzt, der König habe sich über alle Verwaltungs- und Versorgungsfragen mit dem Kriegsdepartement zu berathen und seine Beschlüsse dem gesammten Rath vorzulegen, welche dann von diesem endgültig ratifizirt und in Kraft gesetzt würden.

Dieses war die Vernichtung der Hetmansmacht; von der Zeit an bestand sie nicht mehr, und damit wurde der anarchische Geist in etwas gezähmt. Auch was von dieser Zeit an bis zum vierjährigen Reichstag Gutes und Zweckmässiges in der inneren Verwaltung des Reiches geschah, verdanken wir Alles dem Reichstag von 1776; nur ist es traurig, gestehen zu müssen, dass sich Alles nur mit Stackelbergs Hülfe erreichen liess und auch nur so lange bestand, als seine Uebermacht und sein Einfluss auf die öffentlichen Angelegenheiten in Polen dauerten. Der permanente Rath sollte seinen Dienst mit dem König zusammen versehen, da aber zwei Drittel der Mitglieder alle zwei Jahre neu ernannt wurden, der König dagegen alle Geschäfte dauernd im Auge behielt und Allem aufmerksam folgte, was beschlossen ward, so geschah es, dass allmählich die ganze Arbeit und auch die Macht in seiner Hand ruhten, und alle Zweige der Verwaltung und des öffentlichen Dienstes von ihm beherrscht und geleitet wurden. Wir werden noch Gelegenheit haben, die Folgen dieser segensreichen Reform zu betrachten; hier wollen wir nur hervorheben, dass in dieser Zeit in jedem einzelnen Zweig der Verwaltung ein Fortschritt sich wahrnehmen liess. Es geschah nur langsam und im Kleinen, weil das bewilligte Budget sehr unbedeutend war; doch wurden die ersten Schritte

allgemeiner Besserung gemacht und es bedurfte nur längerer Zeit und öffentlicher Unterstützung, damit die guten Folgen dieser Arbeit einen entscheidenden Einfluss auf die Zukunft der ganzen Nation ausübten.

§ 29.

Komarzewski reformirt die Armee 1776 bis 1788.

Stanislaw August war kein Soldat; doch wird allgemein anerkannt, dass man es lediglich seiner Initiative zu verdanken habe, dass während der oben genannten zwölf Jahre die kleine Armee vortheilhaft reorganisirt und zweckmässig versorgt wurde. Was war diese Armee, als er die Verwaltung endlich in die Hand bekam? — Die Konföderation von Bar hatte fast alle Regimenter aufgelöst; viele bestanden nur aus 50 bis 60 Leuten, die noch dazu in verschiedener Weise gekleidet und bewaffnet waren.*) Der Reichstag hatte zwar eine Summe für die Armee votirt, doch nur so viel, um die Löhnung der Soldaten zu bezahlen, nichts für Waffen und Bekleidung, geschweige Munition für Uebungen; die einzige Festung, Kamenetz in Podolien, war leer, das Arsenal ebenfalls, und es gab keine einzige Waffenfabrik oder Kanonengiesserei! — Für Alles musste der König Rath schaffen und oft aus eigenen Mitteln das Nothwendige besorgen. Der Reichstag von 1780 erkannte an, dass der König über 700 000 Gulden für die Armee aus eigener Tasche gegeben hatte, und zwar um die Festung in Kamenetz in Stand zu setzen, das Arsenal zu füllen und eine Giesserei in Korienice einzurichten; über 200 Kanonen wurden vom König der Republik während seiner Regierungszeit geschenkt. Auch wurde die erste Kaserne von ihm in Warschau gebaut. — Einer der Hauptübelstände im Heere war die unverhältnissmässige Zahl der Offiziere, die von den Hetmanen nur darum ernannt wurden, um sich Parteigänger für die Landtage zu erwerben; es genügt hier anzuführen, dass 1776, als man die Reform anfing, die lithauische Armee 1172 Offiziere auf 3928 Gemeine zählte. Es ward also

*) In einer Flugschrift, betitelt: Der Pole, wenn er die Wahrheit spricht, Warschau 1791, finden wir einen Bericht über ein Kavallerie-Regiment im Jahre 1769. Danach besass ein Regiment, welches 120 Köpfe zählen sollte: 25 Offiziere, 4 Unteroffiziere, 41 Gemeine, 1 Pferd, 1 Sattel; es fehlten 50 Gemeine und 119 Pferde.

unerlässlich, sich von diesen bewaffneten Figuranten zu befreien, unter denen neben der ärmeren Szlachta auch ganz bekannte Leute waren; Einige wurden pensionirt, Andere dekorirt, Andere nahmen ihren Abschied, sobald man ihnen die Uniform der aktiven Armee verweigerte. In zwei Jahren gelang es, das Offizierswesen richtig zu gestalten, und dies allein schon war eine wichtige Verbesserung. — Im Jahre 1778 wurde vom König ein wichtiger Antrag gestellt und durchgeführt, demzufolge Alles, was die Armee betraf, auch auf freien Reichstagen durch Mehrheit der Stimmen beschlossen und alle Ueberschüsse der Reichskasse für die Armee verwendet werden sollten und zwar nach Anordnung des Königs und des Kriegsdepartements. Obwohl dieser Beschluss durch den folgenden Reichstag eine Abänderung erleiden sollte, so bot er doch die feste Grundlage, auf der die Reform der Armee sowie ihr Wachsthum von nun an Fuss fassen konnten. Nach der Umgestaltung des Offizierswesens schritt man zur Vermehrung der Zahl der Gemeinen, jeder Reichstag votirte 500 bis 700 Mann mehr. Man erhöhte die Gehälter und sicherte ihre regelmässige Auszahlung, was die besseren Offiziere im Lande festhielt; das Avancement kostete nicht mehr so viel, und 1783 wurde der Verkauf der Offiziersgrade verboten. Schon 1780, also nach vierjähriger Verwaltung, bezeugen die Verfassungsberichte ausdrücklich, dass die Armee auch mit Waffen und Mannschaften besser versorgt sei. Der König achtete eifrig darauf, dass bei jedem neuen Reichstag die Bedürfnisse des Heeres zur Erwägung kamen und eine Summe dafür votirt wurde; in dem letzten Biennium vor der Epoche, die wir hier schildern, hatte das Reichsschatzamt beinahe zwei Millionen zur Verbesserung der Armee ausgezahlt, ausser den Gehältern und Proviant. Im Jahre 1786 rechnete man 10335 Mann Infanterie und 8200 Mann Kavallerie mit einer laufenden Ausgabe von 11 000 polnischen Gulden. Nach Kompletirung der alten Regimenter dachte man an die Bildung der neuen; alljährlich wurde ein Theil der alten Soldaten entlassen und neue angeworben, mit dem Zweck, immer mehr Leute militärisch auszubilden. In dieser Weise wurde die Armee langsam, aber entschieden reorganisirt, soweit es die Mittel gestatteten, und mit der bei der unruhigen Eifersucht der Nachbarmächte gebotenen Vorsicht. Doch entging diese Umwandlung nicht dem immer

wachsamen Auge des sächsischen Residenten Essen; trotz seinei bekannten Abneigung gegen den König gesteht er, dass die Armee unter seiner Verwaltung verbessert und glücklich der „Habgier der Hetmane“ entrissen worden sei; er bezeugt, dass sie besser gedrillt, disziplinirt und bezahlt, die Artillerie unter dem tüchtigen General Brühl ausgezeichnet, die leichte Kavallerie von Kennern hoch geschätzt sei.

Die polnische Armee besass einige tüchtige Generale, leider waren es fremde, wie Coccei, Goltz und der eben genannte Brühl. Stanislaw August suchte einen Polen, dem er die Verwaltung anvertrauen könnte, und fand ihn in der Person von Komarzewski. Aus dem preussischen Dienst im Jahre 1774 mit dem Rang eines Oberstlieutenants entlassen und in die polnische Armee aufgenommen, erreichte Komarzewski bald den Generalsrang und wurde zum Adjutanten des Königs ernannt. Als solcher vermittelte er alle Angelegenheiten zwischen dem König und dem Kriegsdepartement, um später die ganze Führung dieses Departements zu übernehmen. Der König bildete für ihn eine Kanzlei, deren sieben Beamte er selber besoldete, und so wurde eine Art Kriegsministerium geschaffen, das alle militärischen Angelegenheiten rasch, pünktlich und zur völligen Zufriedenheit der Armee besorgte. Mit den Regiments-, Brigaden-, und Divisionschefs verhandelte Komarzewski persönlich oder durch seine Adjutanten; er suchte sorgfältig die besten und begabtesten Leute aus, um nur sie zu befördern; er war so gewissenhaft dass während der zwölf Jahre seiner Verwaltung sich keine Klage über ungerechte Beförderung vernehmen liess. Er liebte sein Heer, das er mit Recht als seine Schöpfung betrachtete und kümmerte sich in jeder Weise um sein Wohl, er bewachte den Soldaten und sorgte für die pünktliche Auszahlung der Gehälter ebenso wie für die richtige Anwendung der Ueberschüsse der Reichskasse, die der Armee zukamen. Dafür genoss er das Vertrauen der Armee, die sich bewusst war, in ihm einen Beschützer bei dem Könige zu besitzen. Das Fest, welches von dem Offizierskorps in Pinsk Komarzewski bei seiner Revisionsreise 1786 gegeben wurde, beweist, dass man solchen Gefühlen ein öffentliches Zeugniss geben wollte. Die Szlachta nahm auch lebhaften Theil daran. Komarzewski besass somit das unbegrenzte Vertrauen des Königs, und die durchgesetzten Re

formen, sowie seine Popularität in der Armee bewiesen entschieden, dass die Wahl des Königs eine ausgezeichnete gewesen war. Aber alles dies empörte die Hetmane, denn beide Hetmansstäbe waren, nach der Einrichtung des Kriegsdepartements im Jahre 1776, einfach eine tituläre Würde geworden; wogegen Komarzewski als aktiver General neben dem König die wirkliche Macht über beide Armeen (die polnische und lithauische) besass. Dies zu verzeihen, war nicht leicht, ja, um so schwerer, da Komarzewski seine Pflichten nicht nur klug erfüllte, sondern auch so bescheiden war, dass er mit seiner Person Niemand zu nahe trat. Der Unwille gegen ihn wuchs noch, als man bemerkte, dass er auch zu politischen Verhandlungen gebraucht wurde; er vermittelte oft zwischen dem König und Stackelberg, und wegen seiner Treue und erprobten Diskretion betraute man ihn mit geheimen Missionen an Friedrich II., die Kaiserin und den Grossfürsten Paul. — Je höher ihn der König schätzte, um so gründlicher hasste ihn die Opposition. Man weiss, mit welchem Eifer diese Opposition alle Beschuldigungen der Dogrumoff aufgriff. Die vornehmsten Familien: die Czartoryskis, die Branickis, die Lubomirskis und die Potockis, vereinigten sich, um Komarzewski die Ehre abzuschneiden, indem sie ihm die Absicht andichteten, den Fürsten Adam Czartoryski ermorden zu wollen. Zwar kompromittirte diese widerwärtige und leichtsinnige Intrigue nur die, welche sie geschmiedet hatten, aber der Hass gegen Komarzewski blieb bestehen; die Fürstin Lubomirska fühlte so sehr die Demüthigung, dass sie mit ihrer Familie nach Paris auswanderte und Polen erst wieder nach der letzten Theilung betrat. Um Komarzewski für die Unbill, welche er erfahren hatte, zu entschädigen, ernannte ihn der König zum Generallieutenant mit dem seit acht Jahren vom Reichstag bewilligten Gehalt von 18 000 Gulden. Diese Belohnung hatte Komarzewski wohl verdient; ob es aber richtig war, ihm dieselbe in dieser aufgeregten Zeit zuzuwenden, erscheint zweifelhaft; jedenfalls hat gerade dieses Avancement viel böses Blut gemacht, wie später erkennbar ward. Indessen war der tüchtige General eifrig weiter thätig an seinem Werk. Im Jahre 1786 arbeitete er ein neues Reglement aus, welches der Armee sehr erwünscht war. Er theilte die damals allgemeine Ueberzeugung, dass die preussische Armee und Taktik die beste sei,

ja die einzig mögliche; in die Organisation dieser Armee verliebt, beschloss Komarzewski die polnische nach ihrem Muster umzuwandeln und hielt sich in Allem an die Vorschriften Friedrichs, nicht nur für die Infanterie und die fremden Regimenter, sondern auch für die nationale leichte Kavallerie. Da es aber schwer war, die „Herren Kollegen" in Disziplin zu halten, so verminderte er ihre Zahl und vermehrte dagegen die der Soldaten, auch wurden die polnischen Rangbenennungen durch die allgemein in Europa bekannten ersetzt. Der Szlachta missfielen diese Neuerungen im höchsten Maasse, denn die Szlachta glaubte nur an die allgemeine Landwehr ohne besondere Organisation und an ihre alte Waffe: den Säbel, obwohl ihr beide selbst fremd geworden waren. Noch eine Ursache zur Unzufriedenheit bestand darin, dass Komarzewski fremde Offiziere engagirte, sobald er im Lande keine disziplinirten und bereitwilligen Leute fand. Der Reichstag von 1786, der sehr bald nach dem leidigen Dogrumoff-Prozess eröffnet wurde, bot eine Vielen erwünschte Gelegenheit, Komarzewski diese Neuerungen vorzuwerfen. Die schärfsten Kritiken wurden gegen das neue Reglement und seinen Verfasser losgelassen; Branicki trat auf als Vertheidiger der Szlachta, welche angeblich von Komarzewski missachtet wurde, „denn er ist ein Fremder und sein Adel zu neu". Das Reglement hielt sich jedoch mit kleinen Abänderungen, indessen wurde Komarzewskis Reorganisationsplan der Armee doch prinzipiell geschädigt, denn der Reichstag empfahl die Vermehrung der nationalen Kavallerie und verbot die Anwerbung fremder Offiziere.

Obwohl so von verschiedenen Seiten angegriffen, hielt Komarzewski noch auf seinen Posten aus und that, was er konnte; zumal verstand er diejenigen zu finden und ihnen vorwärts zu helfen, die redlich ihrem Lande dienen wollten, wenn sie auch nicht in hohen Kreisen geboren waren. Einer der wohlverdientesten Gesandten Polens, Deboli, bekennt, dass er seine Stellung Komarzewski verdankte, und greift Ignaz Potocki scharf an, weil dieser den tüchtigen General nicht zu schätzen verstand, vielmehr sich fortreissen liess, ihn zu verfolgen.*) Doch muss man andererseits zugeben, dass Komarzewskis

---

*) Bericht an den König am 17. Mai 1791.

Stellung nicht normal war und darum viele Leute verstimmen konnte, die nicht zur königlichen Partei gehörten. Ohne ein Mitglied des Kriegsdepartements zu sein, verkörperte er allein das ganze Departement und besorgte die gesammten Geschäfte; ohne ein ausdrückliches Kommando zu haben, verwaltete er die ganze Armee im Namen des Königs, der ebenso wenig dazu ein ausdrücklich erklärtes Recht hatte. Er besass zwar den besten Willen; die von ihm geleisteten Dienste waren unschätzbar, doch blieb die Frage, mit welchem Recht diese Macht ihm verliehen worden war und warum er sie ausübte, unbeantwortet. Das Recht war auf Seite der unthätigen Hetmane, zu Recht bestand ferner der 20jährige General der Artillerie in Lithauen, der sich freilich mit der Artillerie gar nicht beschäftigte und dem der Reichstag von 1775 das Gehalt dennoch bedeutend erhöhte.*) Solche Dinge wurden geduldet, denn sie geschahen seit lange; es waren alte Namen, alte Aemter und auch alte Missbräuche. Aber Komarzewski war ein neuer Mensch, seine Gewalt eine Neuerung, und die Dinge, die er einführte, ebenfalls Neuerungen, die er durchsetzte, ohne eine rechtmässige Amtsstellung zu besitzen, sondern nur kraft der königlichen Ermächtigung und mit Billigung des Kriegsdepartements; Beides sah einer Usurpation sehr ähnlich. — Komarzewski schien selber das Missliche seiner Lage zu verstehen, da er auf dem Reichstag von 1786, auf dem er als Abgeordneter erschien, sich mit keinem Wort vertheidigte und die boshaften Anschuldi-

*) Im Jahre 1670 hatte der damalige Hetman von Lithauen auf dem Reichstag beantragt, dass die Einnahmen zweier Apanagen, die er besass mit einigen Gütern, die dazu von ihm gegeben wurden), für die Artillerie gebraucht würden. Es sind, wie die damalige Verfassung sie rechnet: Lipnischki, Gieranony, Nostwicz, Renusow und Antokol cum attenentis (sic); sie wurden vom General der Artillerie verwaltet, und nach Abrechnung seines Gehaltes sollten sie für die Artillerie verwendet werden. Allmählich aber verblieb die ganze Einnahme beim General und die Armee bekam nichts. Dieser Gebrauch, oder richtiger Missbrauch, wurde vom Reichstag 1775 bestätigt, da er dem Fürsten Sapieha erlaubte, diese Güter zu geniessen: *sine calculo*. Das Gehalt eines Artilleriegenerals sollte 40000 Gulden betragen, die Güter brachten 120000 Gulden ein, also wurde das Gehalt eines jungen Mannes, der ohnehin nichts that, um 80000 Gulden erhöht! — *Lengnich*, Das allgemeine Recht, Krakau 1836. Vol. Leg. VIII. 5 (403).

gungen von Branicki, Sapieha u. A. stillschweigend hinnah
Es wäre des Königs Pflicht gewesen, ihn zu vertheidigen u
die von ihm so gut angewandte Autorität in Schutz zu nehme
ja sie gesetzlich zu unterstützen. Der König aber versäumt
dies zu thun; er fürchtete, seine Vertheidigung könnte di
Feinde Komarzewskis noch mehr reizen, und so schwieg er. I
der Zuversicht, dass Stackelberg den Fall von Komarzewsk
und die Abschaffung des Kriegsdepartements verhüten würd
und somit nochmals auf die russische Macht und ihren Einflu
bauend, erwiderte Stanislaw August gar nicht auf die ve
letzenden und ungerechten Anklagen, die sich gegen ihn selb
und Komarzewski erhoben. Er vergass dabei nur, dass die
Klagen vielleicht auch im Lande Zustimmung finden möcht
und schon dadurch dem General schaden müssten, insofern s
die wichtigsten Regierungsorgane in der öffentlichen Meinun
herabsetzten. Es war ein Fehler, den wir noch später hervo
heben werden, weil er nur allzu theuer bezahlt wurde.

§ 30.

Warum das Kriegsdepartement und Komarzewski unpopulär waren.

Die Verfassung vom Jahre 1768 verpflichtete die Milit
kommission, militärischen Beistand zu leisten, wenn solcher z
Ausführung der Gesetze von den Starosten oder von ander
Gerichtsbarkeiten im Lande requirirt wurde. Nach Abschaffu
der Kommission ging diese Verpflichtung auf das neu geschaffe
Kriegsdepartement über (Verfassung vom Jahre 1776), und d
dieses Departement sozusagen die ausführende Gewalt des pe
manenten Raths darstellte, so lag es demselben ob, militärisch
Beistand (brachium militare) zu leisten, sobald es zur A
rechterhaltung der öffentlichen Ruhe oder bei renitenter Ste
zahlung erforderlich ward. Diese Einrichtung war eine Wo
that für das Land, denn sie sicherte die Vollstreckung d
Gerichtssprüche und die Ausführung der Gesetze, und ohne di
Grundlagen kann kein Volk bestehen. Wunderbar ist nur, d
eine solche Maassregel erst so spät in Kraft trat. „Von die
Zeit an“, sagt ein Zeitgenosse, „hörten in Polen die Ueberfä
auf, die sich durch Gewaltthaten des Stärkeren und Mordthat

ausgezeichnet hatten.*) Wenn solche aber doch stattfanden, wurden die Urheber verfolgt und gefangen. Und trotzdem ward auch diese Maassregel übel aufgenommen; es war eben auch eine Neuerung — und eine unangenehme Neuerung. Einer der Abgeordneten auf dem vierjährigen Reichstag, Michael Laleski, der allgemein geachtet war und diese Achtung verdiente, drückt sich folgendermaassen darüber in seinen Memoiren aus: „Früher wagte nie ein gemeiner Soldat die Schwelle eines Ritters (Szlachcic) zu übertreten; wenn dieser vom Gericht verurtheilt ward, so wurde er nur durch mota nobilitate gezwungen, sich einem solchen zu überantworten. Heutzutage werden einem Szlachcic bewaffnete Soldaten ins Haus geschickt; zwar wird ihr Erscheinen durch einen Gerichtsdiener angekündigt; doch in fiskalen Angelegenheiten bleibt jede andere gerichtliche Formalität weg und der Soldat erscheint ohne Anmeldung. Wie soll nun die allgemeine Freiheit bestehen, wo das Haus des Szlachcic nicht geachtet wird?!“ Also war die Vollstreckung der gerichtlichen Urtheile und die Eintreibung der Steuern durch das Militär, obwohl gesetzlich festgestellt, für die Szlachta eine Ursache zur Unzufriedenheit und für das Kriegsdepartement eine der Quellen ihrer Unpopularität; die Szlachta glaubte ihre Freiheit einzubüssen, wenn sie zur Erfüllung der Bürgerpflichten gezwungen wurde. — Indess bestanden doch auch gerechte Motive zur Klage. Das Gesetz von 1775 erlaubte die freie Anwerbung der Gemeinen in den königlichen und Kirchengütern nach einer einfachen Meldung beim Kreisgericht, es verbot aber ausdrücklich die sogenannte „freie Trommel“ in den Gütern der Szlachta; doch wurde dieses Privilegium nicht beachtet, und wenn man keine freiwilligen Gemeinen bekam, so brauchte man Gewalt. Die Regimentsführer schickten kleine Abtheilungen, welche mit Gewalt die kräftigsten Knechte aus den Dörfern holten; wenn die Gemeinde sich wehrte, kam es zu Handgemengen und blutigen Scenen, denen dann oft Prozesse folgten. Die Entführten waren meistens sehr zufrieden mit ihrer neuen Lage und blieben gern bei der Armee, wo man sie gut ernährte und kleidete; obwohl die Szlachta dann den Prozess gewann, wurden ihr die entführten

*) Wolski, Vertheidigung von Stanislaw August, Jahresheft der historischen Gesellschaft in Paris, II. 39.

Leute doch nicht zurückgestellt. Die gewöhnlichsten und widerwärtigsten Missbräuche bestanden bei der Verproviantirung der Armee. Die Soldaten waren gut bezahlt, mussten aber selber für ihre Kost sorgen und kauften ein nach einem festgesetzten Tarif; die Preise schwankten aber, und so kam es häufig zu Differenzen zwischen dem Käufer und dem Verkäufer, welche oft damit endeten, dass der Soldat mit seiner Beute, ohne zu zahlen, davonging. Das Gehalt wurde von den Gemeinen meist in wenigen Tagen vergeudet, und die übrige Zeit auf Kredit oder auf Raub gelebt.*) Auch die Eintreibung der Steuern ward zu einer Quelle von Missbräuchen. Jede Abtheilung der Armee hatte bestimmte Kreise, in denen die Eintreibung der Steuern ihr oblag. In der festgesetzten Zeit wurde die Gegend von einem dazu kommandirten Offizier und Mannschaft beritten, um die Renitenten zur Steuerzahlung zu zwingen; man nannte solche Summen: Delata. Obwohl der Offizier eine vorgeschriebene Route hatte und sich Quittungen geben liess, dass er sich keiner Missbräuche schuldig gemacht habe, so konnte er doch, sobald er nur wollte, eine wahre Landplage werden. Er bedrückte die Schwachen und Armen, schonte die Reichen; er blieb wochenlang an einem Orte sitzen, liess seine Kompagnie ernähren und wirthschaftete eigenmächtig. Besonders war die nationale Kavallerie ihrer Gewaltthaten halber verrufen; wir werden später Gelegenheit haben, die Klagen zu erwähnen, die bei der Landbevölkerung laut wurden; dennoch wurde sie geduldet; die fremden Regimenter aber, obwohl weit besser disziplinirt und viel bescheidener in ihren Ansprüchen, erfuhren seitens der Bevölkerung üble Behandlung. Es ward kein Ende der Klagen, und solche mussten natürlich das Oberkommando in Warschau erreichen, wo man dann sich bemühte, freundlich und vermittelnd aufzutreten, ohne die Schuldigen hart zu strafen, wenn sie gute Offiziere waren und in der Hauptstadt Beschützer hatten.**) „Obwohl unsere Armee nur klein ist“, ruft der Kastellan Jezierski auf einer der Reichstagssitzungen aus,

*) Memoiren von Duklan Ochocki, II. 118. — Gesammelte Memoiren von Grabowski, Warschau 1845, S. 246. — Politische Gedanken für Polen, Warschau 1789.

**) Br. Zaleski, Das Leben von Kniazewicz, Jahresheft der historischen Gesellschaft, I. 8. — Memoiren von Kierzkowski, Posen 1866, S. 5.

„so kennen wir sie genügsam durch ihre Gewaltthaten, sie überfällt die Landhäuser der Szlachta zur Nachtzeit, wirbt ohne Rücksicht Rekruten; requirirt Proviant und Transportmittel, ohne sie zu bezahlen, in den königlichen und Kirchengütern. Ich und meine Nachbarn, wir haben solche Gewaltthaten aushalten müssen; unsere Klage wurde in Warschau beim Hauptkommando nicht erhört, und ich werde wohl zu einer anderen Zeit den Generalkommandanten vor die konföderirten Stände zur Verantwortung meiner Klage »de oppressione liberi civis« rufen müssen."*) — Wir werden viele solche Stimmen vernehmen. „Es ist unmöglich, alle Missbräuche und Gesetzlosigkeiten aufzuzählen, deren sich die Armee schuldig gemacht hat", schreibt der Autor des besten politischen Buchs dieser Zeit; „mit der vermehrten Armee wird sich die Zahl dieser Verbrechen auch vermehren, wenn man nicht durch bessere Organisation Abhülfe schafft."**) Es waren eben die Folgen einer fehlerhaften Verwaltung, einer ungenügenden Kontrole, eines absoluten Mangels an gewissenhaften Leuten; es waren die Folgen der Willkür, die diese Nation kennzeichnete, ihr eigen war und die damalige Zeit charakterisirte. Diese Mängel konnten erst später bei grösserer Erfahrung, reformirter Gesetzgebung und erhöhter Bildung der ganzen Nation verschwinden. Fürst Kaunitz warnt richtig in einer Depesche, die er den bedeutenderen Reichstagsabgeordneten mittheilen liess, dass „es thöricht wäre, sich der Illusion hinzugeben, als ob die Verminderung der königlichen Gewalt irgendwie den herrschenden Uebertretungen und Missbräuchen eine Schranke setzen würde; es würden noch grössere Gesetzlosigkeiten erfolgen und sich noch fühlbarer machen seitens derer, die ihre Macht usurpirt haben werden".***) Dieser warnende Rath blieb jedoch erfolglos; man äusserte nur immer die Besorgniss, dass die vermehrte Armee die Leiden noch zahlreicher machen würde. Man beschuldigte das Kriegsdepartement und machte es allein für die Missbräuche verantwortlich, die bei der Vollstreckung der Gerichtsurtheile, bei der Rekrutirung und Verproviantirung der

---

*) Sitzung des 24. Oktober 1783, Reichstagsdiarium, I. Th. I. 97.

**) Politische Gedanken für Polen, Warschau 1789.

***) Offene Depesche des Fürsten Kaunitz an de Caché, 1. November 1788.

Soldaten geschehen waren; als natürliche Folgerung dieser Klagen erschien die Nothwendigkeit, diese Regierungsbehörde abzuschaffen. An ihrer Stelle sollte man eine Gewalt setzen, die vom König und der Regierung unabhängig wäre und die Interessen der Szlachta besser zu wahren verstünde. Ob diese Reform die ganze Regierungsmaschinerie nicht schädigen würde und die Einheit und Macht des ganzen Reiches nicht bedrohte, ob sie vor Allem der Organisation und Vermehrung der Armee nicht hinderlich entgegenträte, darum kümmerte sich die Mehrheit des Reichstages nur wenig und die Bevölkerung der Hauptstadt gar nicht.

Die Argumente gegen den Fortbestand des Kriegsdepartements mehrten sich von allen Seiten; man fürchtete, dass das Kriegsdepartement das Land in den Türkenkrieg verwickeln würde. Zwar hatte die Kaiserin den Befehl ertheilt, man sollte nicht auf der Allianz bestehen; diese Aenderung ihres Sinnes war aber Niemandem ausser dem König offiziell mitgetheilt worden, und man nahm an, dass die Allianz immer noch der leitende Gedanke Stanislaw Augusts sei und dass eine vermehrte Armee unter seinem Kommando nur zu der Verwirklichung seiner Absichten in dieser Richtung helfen würde. Diese falschen Vermuthungen beschäftigten den Fürsten Czartoryski, den Marschall Malachowski und viele Andere; es schien ihnen nothwendig, die Armee dem Einfluss des Königs zu entziehen, um vor Allem dieses Uebel zu verhüten. Zu derselben Folgerung gelangten auch diejenigen, welche mit stets wachsender Eifersucht wahrnahmen, dass Stanislaw August bei dem immer wechselnden Personal des permanenten Rathes die Oberhand behielt und allmählich alle wichtigeren Angelegenheiten beherrschend dirigirte. Wie würde seine Macht wachsen, wenn er auch noch über eine zahlreiche und darum schon bedeutende Armee verfügen sollte! Ob redlich oder unredlich, dies war die grösste Besorgniss der Opposition, zu welcher sechs Potocki auf diesem Reichstag zählten, alle Freunde und Parteigänger des Fürsten Adam Czartoryski, einige Malachowski, die Sanguszko, die Jablonowski, die Czacki und die nicht geringe Zahl der Abgeordneten aus Galizien, welche Oesterreich und Russland abgeneigt waren und darum Preussen zugethan. In einem anderen Sinn, wenn auch oft sinnlos, hatte sich die sogenannte

:tman-Partei mit der Opposition vereinigt, es war eine
'mende und schreiende Gesellschaft, die sich um die Gunst
s Publikums bewarb, sie wurde von Sapieha, Mierzejewski,
ardwanowski und einigen Anderen gebildet. Weniger auffallend,
er immer thätig, war der Feld-Hetman Severin Rzewuski. Er
ır der Don Quixote der Hetmansmacht, der seit 1775 sein Leben
ıd Streben einzig der Wiederherstellung dieser Macht gewidmet
ıtte. Im Jahre 1778 unternahm er eine Reise nach Wien, um
ırt Propaganda für seine Ideen zu machen. Fürst Kaunitz
apfing ihn barsch; nach diesem Misserfolge vereinigte er sich
it der Partei des Fürsten Adam Czartoryski und setzte auf
:m Landtage von Lublin die uns schon bekannte Instruktion
ırch, in welcher die Hetmansfrage zwar nicht erwähnt war,
e jedoch den Antrag zum Reichstag enthielt, nach welchem
äter der permanente Rath abgeschafft und die Militärkommission
ieder eingesetzt werden sollten. In Warschau trat Rzewuski
cht öffentlich auf; er meldete sich krank, ohne jedoch eine
gitation zu unterlassen, deren Ergebniss war, dass die klein-
)lnischen Abgeordneten beantragten, der Konföderationsakt
öge die im Jahre 1775 eingeführten Gesetze nicht enthalten.
ls dieser Antrag misslang und die Konföderation doch bei be-
ehender Regierungsform gebildet wurde, weigerte sich Rzewuski,
:n Akt zu unterzeichnen, hielt sich scheinbar fern von den
ffentlichen Dingen, hörte aber nicht auf, wie wir später sehen
erden, unter der Hand thätig zu sein.

§ 31.

Erklärung des preussischen Hofes.

Also geschah es, dass alle Widersacher der Regierung sich in
nem Punkt mit ihr einig fanden: dass sie nämlich die Nothwendig-
:it der Heeresergänzung anerkannten. Trotzdem ward diese
ıgelegenheit die Ursache oder bot die Gelegenheit zu einer
ennung der Meinungen, welche bald den ganzen Reichstag
zwei feindliche Lager theilen sollte. Diese Trennung bildete
h nur allmählich. Nichts erwies sich schwieriger als eine
ıaue Vorausberechnung der verschiedenen Parteistärken. Erst
ubte der König auf zwei Drittel der Kammer rechnen zu
fen, doch erwies sich später diese Berechnung als irrig.

Beide Parteien hatten eine Gruppe von Senatoren und Ab-
geordneten, auf die sie unbedingt rechnen konnten, aber di
hinter ihnen stehende Majorität schwankte; diese gehörte imme
dem Stärkeren und war bereit, je nach Umständen zu stimmen
Solche, die aus den ferneren Provinzen herbeireisten, warei
überzeugt, dass sie die Konföderation fertig gebildet vorfinder
würden und dass man von ihnen nur die Unterzeichnung des
Aktes verlangen würde; sogar die Partei von Radziwill betrat
die Hauptstadt in dieser Meinung. Ihr Erstaunen war nicht
gering, als sie wahrnahmen, dass der Reichstag frei war und
der König sammt Stackelberg bereit, in Transaktionen ein-
zutreten. Und als es Kleinpolen gelang, so bedeutende Kon-
zessionen zu erlangen, fing man an, auf den Hof weniger zu
achten. Die Opposition gewann Terrain, und die neu An-
gekommenen erlagen dem Einfluss der Hauptstadt, die über-
wiegend oppositionell gesinnt war, sei es durch die Vermittler,
sei es durch die grossen gesellschaftlichen Beziehungen. Die
Parteigänger des Königs verminderten sich täglich, und die
Stellung, welche der preussische Hof Russland gegenüber in
der Frage der Allianz eingenommen hatte, bestimmte Viele, sich
gleichfalls gegen den König und Stackelberg zu erklären. Noch
vor Eröffnung des Reichstages hatte der preussische Minister
eine „Deklaration“ seines Königs angekündigt. Man erwartete
dieselbe mit Spannung; man wusste auch, dass Buchholtz
öfters mit Oginsky, den man für den Führer der sogenannten
preussischen Partei ansah, konferirte. In der Besorgniss,
Stanislaw August könnte Mittel und Wege finden, die Verlesung
der preussischen Deklaration zu verhindern oder zu verspäten,
hatte Buchholtz mit dem Reichstagspräsidenten Malachowski
verabredet, dass diese Deklaration den Ständen vorgelegt und
vorgelesen würde, ehe irgend eine andere Frage den Reichstag
beschäftigte, also gleich zu Anfang in der ersten Sitzung. Und
in der That, am 13. Oktober, nach der allgemeinen Ansprache,
mit welcher der Marschallpräsident jede Sitzung zu eröffnen
pflegte, legte er die preussische Note vor und verlas dieselbe.
Buchholtz erklärt darin, der König von Preussen habe di
Nachricht von der projektirten Allianz zwischen Polen un
Russland mit Befremden empfangen, da ihm eine solche unnöthi
erschien; wenn sie nämlich zum Zweck hätte, die Integrität de

Republik zu wahren, so sei diese reichlich durch frühere Verträge gesichert; da die Allianz nur freundliche Absichten seitens der Verbündeten, Oesterreichs und Russlands, voraussetze, so müsse sie wohl Preussen böse Absichten zuschreiben und gegen Preussen gerichtet sein, was natürlich die Beziehungen zwischen der Republik und diesem Staat nur trüben könnte. Sollte dagegen das genannte Bündniss nur gegen die Türkei geschlossen sein, so wäre das ebenfalls überflüssig und sogar gefährlich: überflüssig, weil die Pforte den Karlowitzer Vertrag redlich hielt, gefährlich, weil die Republik in einen Krieg mit einem mächtigen und glücklichen Feinde verwickelt werden könnte; ein Krieg, der auch die preussischen Interessen nah berühre. Diese Vorstellungen mache der König von Preussen der Republik in wohlwollender Absicht; auch in Petersburg seien sie gemacht, in der Hoffnung, dass die Kaiserin sie richtig schätzen und das Projekt der Allianz zurücknehmen werde. Sollten aber seine Bemerkungen kein Gehör finden, so würde der König gezwungen sein, diejenigen Mittel anzuwenden, die ihm erforderlich schienen und seinen Vortheil sicherten. In solchem Fall, der von ihm indess noch nicht für gegeben angesehen werde, biete der König seinerseits eine Allianz an und hoffe, dass alle wahren polnischen Patrioten seine Ansichten theilen und sich mit ihm vereinigen würden, um ein Unglück von beiden Reichen abzuwenden. Am Ende erklärt der König, er habe nichts gegen die Vermehrung der polnischen Armee einzuwenden, müsse aber allen guten Bürgern die Gefahr vorstellen, welche eine vergrösserte Armee biete, da sie Polen leicht gegen seinen Willen in einen Krieg verwickeln könnte, der traurige Folgen haben müsste.*) — Sobald diese Deklaration verlesen wurde und die

*) In dem ersten Entwurf, der aus Hertzbergs Feder stammte, wird die Vermehrung der Armee eingehender besprochen und folgendermaassen dagegen gewarnt: „... que la Porte Ottomane pourrait en prendre ombrage et regarder cette augmentation des troupes polonaises, qui exigera pourtant du temps, comme calculée contre elle et tâcher de la prévenir par quelque invasion subite." — Ausserdem wurde daran erinnert, dass nach den Kardinalgesetzen der Republik jede Allianz nur von einem freien Reichstag beschlossen werden könnte. Sollte also diese Bedingung nicht erfüllt werden, so müsste der König von Preussen als einer der Garantirenden Protest gegen diese Ungesetzlichkeit erheben. Der erste Einwurf zeigte die Besorgniss um die Vermehrung der Armee, der zweite schien die Un-

Abgeordneten den Abdruck derselben verlangten, beeilte sich der König, von seinem Vizekanzler die Vorschläge der Krone vorlegen zu lassen, um damit die momentane Diskussion und jeden plötzlichen Beschluss des Reichstages zu verhindern, da ein solcher ihm bei der herrschenden Aufregung bedenklich erschien. Diese Vorschläge waren die folgenden: 1. Man sollte neue Einnahmequellen für die Vermehrung der Armee ausfindig machen. 2. Sobald diese Quellen entdeckt wären, sollte die Heeresverstärkung in Angriff genommen und die Armee reorganisirt werden. 3. Die Reform der Gesetze anfangen; endlich 4. verlangte der König, dass die Abgeordneten sich mit diesen Anträgen in den Provinzialabtheilungen beschäftigen, und dass die Projekte dreier Provinzen, untereinander ausgeglichen, als Grundlage der weiteren Deliberationen im Reichstag dienen sollten; zu diesem Zweck müssten die Plenarsitzungen erst nach drei Tagen wieder aufgenommen werden. Die Vorschläge des Königs waren nicht nur vernünftig, sie beleidigten auch Niemand und gaben den geplanten Reformen eine feste Grundlage, die einzig und allein in einer neuen Steuerauflage zu finden war. Aber die preussische Deklaration hatte die Gemüther dermaassen aufgeregt, dass man diese Vorschläge unbeachtet liess. In der That hatte die Note von Buchholtz einen gewaltigen Eindruck gemacht. Es war das erste Mal, dass eine der Nachbarmächte, zugleich Theilnehmerin der Spoliation von 1772, sich so entschieden und deutlich gegen Russland vernehmen liess; der Ton gegen dieses Reich war sogar drohend, gegen die Republik aber höflich, wie es sich einer unabhängigen Macht gegenüber schickte — einen solchen Ton hatte man in den Noten des russischen Gesandten schon lange vermisst. Die Freude darüber war im Reichstag und ausserhalb sehr gross. Dank dem preussischen König glaubte sich der Reichstag auf einmal „der freie Herr seiner Handlungen, wie es der höchsten Behörde eines zahlreichen und tapferen Volkes eben zukam".*) Gleich nach der Sitzung

abhängigkeit der Republik nicht zu achten. Buchholtz liess beide auf den Rath von Oginski und von Malachowski aus. Diese Verkürzung gefiel zwar Hertzberg nicht, doch musste er schliesslich zugeben, dass Buchholtz Recht habe.

*) Fürst Czartoryski, Leben von Niemcewicz, Berlin 1860, S. 35.

achten viele Abgeordnete bei Buchholtz Besuch, unter ihnen ner der Fürsten Czartoryski; in ganz Warschau unterhielt man ch nur von dieser Note und man sprach über die Nothwendigkeit, Jemand nach Berlin zu schicken, dem König zu danken r sein nachbarliches Wohlwollen.

Indessen war die Stimmung des Königs eine ganz andere. wusste wohl, was er von der preussischen Uneigennützigkeit halten habe; seine Hauptaufgabe schien ihm jetzt zu sein, Reichstag zu verhindern, zu weitgehende Ausdrücke seiner kbarkeit zu äussern. Nach Berathung mit dem Primas und kelberg lud er für den folgenden Tag die beiden Marschälle Konföderation, den Fürsten Adam Czartoryski, Felix und z Potocki zu sich ein, um mit ihnen die Antwort der ublik an den König von Preussen zu redigiren. Die Mehr- dieser Herren war der Meinung, dass man in den höfsten Ausdrücken antworten sollte: der russische Gesandte noch keine offiziellen Schritte zum Abschluss der Allianz rnommen; der Konföderationsakt liefere den besten Beweis, die Republik nur ihre eigene Sicherheit wahren wolle, sich gegen Andere zu rüsten; die Republik begehre ndschaft mit Preussen und danke für die Versicherungen glich ihrer Integrität, aber als unabhängige Macht nehme sich das Recht, solche Verträge zu schliessen, die ihr lich schienen. Nur Ignaz Potocki äusserte die Ansicht, möge in der Antwort sich verpflichten, keinen Vertrag mit sland zu schliessen und keinen Krieg gegen die Türken zu rnehmen. Als er schliesslich diese Meinung fallen liess, man den König, er möchte selber die Note verfassen. „Seit Jahren“, erwiderte darauf Stanislaw August, „übe ich mein titutionelles Recht aus, Erlasse zu geben und Akte zu entfen, und diese meine Entwürfe werden so selten gut issen, dass ich es nun vorziehe, ein Projekt von Euch zu lten.“ Darauf wurden Ignaz Potocki und Chreptowicz als asser der Antwort delegirt; der König verständigte sich mit terem und theilte ihm seinen eigenen Entwurf mit, der unter Schein, von Ignaz Potocki redigirt zu sein, als solcher den len vorgelegt wurde und auf gute Aufnahme rechnen durfte. König hatte sich in seiner Berechnung nicht geirrt.*)

) Brief des Königs an Deboli vom 15. Oktober.

§ 32.

Erster Kampf um die Herrschaft über die Armee.

Wie vorauszusehen war, sollte der erste Streit im Reichstag sich über die Frage: wer den Hauptbefehl über die Armee behalten sollte, entbrennen. Man fing das mit ziemlicher Geschicklichkeit an. Malachowski, der, obwohl Präsident des Reichstages, nicht mit dem König, sondern mit der Opposition ging, erklärte in der Sitzung vom 16. Oktober, dass die Provinz Kleinpolen das Verlangen stellt, „die Armee solle den konföderirten Ständen den Eid leisten“. In diesem Antrag war die Absicht bekundet, das Kriegsdepartement wenn nicht zu stürzen, so doch bei Seite zu schieben; die Armee würde damit unter die unmittelbare Abhängigkeit vom Reichstag gestellt und der König sowie der permanente Rath übergangen. Die Partei des Königs verstand wohl die Bedeutung dieses Antrages und opponirte, indem sie hervorhob, dass es nicht nöthig wäre, einen neuen Eid zu leisten, nachdem es seitens der Armee gegenüber dem König und den Ständen schon geschehen sei, da ja diese Gewalten eben die konföderirte Republik bildeten. Darauf erwiderte die Opposition, dass alle neu gebildeten konföderirten Reichstage den Eid der Armee für sich verlangt hatten, und namentlich der vom Jahre 1776, welcher eben das Kriegsdepartement eingesetzt hatte. Die königliche Partei begegnete diesen Ausführungen mit der Hinweisung, dass im Jahre 1776 ein besonderer Fall vorgelegen hätte, nämlich die willkürlich verfügte Eidesleistung durch den Hetman Branicki, von der man die Armee befreien müsste, und dass seit der Zeit nichts vorgefallen wäre, um zu einer neuen Eidesleistung zu nöthigen. — Ueber dieses Thema wurden nun lange Reden gehalten, Anträge wurden gestellt und wieder verworfen, nur um nichts endgültig zu berathen. Es lag Keinem daran, dass die Armee ihren Eid erneuerte, denn Keiner zweifelte an ihrem Gehorsam; es handelte sich um das Abschaffen oder Bestehen des Kriegsdepartements und doch wurde der wahre Grund der Diskussion nicht offenbart. Der König schwieg bei dieser ersten Debatte, den folgenden Tag aber stellte er den Antrag, dass, um die Zweifel der Opposition über die Treue der Armee zu beschwichtigen, die Oberbehörde der Armee, d. h. das Kriegs-

departement, vor den Konföderations-Marschällen den Eid für die ganze Armee leisten sollte. Damit hatte der König die gegen ihn gerichtete Waffe geschickt gegen die Opposition gewendet, der Anschlag der Opposition konnte nur dazu dienen, die Autorität des Departements zu kräftigen. Da auch einige Abgeordnete bei der vorigen Sitzung einen eiligen Antrag gestellt hatten, indem sie den Reichstag aufforderten, erst die Zahl des vermehrten Armeekontingents zu nennen und dann über die Mittel zu berathen, die man dafür ausfindig machen wollte, warnte Stanislaw, „dass es sich wiederholen könnte, was im Jahre 1775 geschehen war, nämlich dass wir mit freigebiger Hand die Armee mit Verbesserungen bedächten, ohne vorher berechnet zu haben, ob unsere Einnahmen solche gestatteten. Wir müssten dann im folgenden Jahre die Beschlüsse wieder aufheben, wenn es sich herausstellte, dass unser Vermögen nur den fünften Theil des Kostenanschlages in Wirklichkeit deckte". Um solche beschämenden und unerquicklichen Resultate zu vermeiden, rieth Stanislaw August, „man möge erst feststellen, welchen Theil seines Vermögens das Volk für die öffentlichen Bedürfnisse opfern wolle, um dann die Zahl des Armeebestandes und dessen Bedürfnisse danach zu bemessen". Die Rathschläge waren vernünftig, doch gefielen sie nicht, weil sie zu grosse Vorsicht empfahlen. „Man soll nur hunderttausend Mann bestimmen", rief der Abgeordnete Radziszewski, „man wird schon die Mittel dafür aufbringen; wir werden die Hälfte unserer Habe opfern." — „Das Volk ist bereitwillig", versicherte Peter Potocki, „es opfert Alles, Geld, Gesundheit und Leben, um in diesem entscheidenden Augenblick das Vaterland zu retten." Noch sicherer drückte sich Michael Zaleski über den Opfermuth der Nation aus: „Durch unsere Verluste klug gemacht, müssen wir uns freuen, dass wir jetzt im Stande sind, den Bedürfnissen des Vaterlandes den ersten Platz einzuräumen. Wir wollen nicht erörtern, dass es neuer Steuern bedarf, um die Armee zu verbessern, sondern einfach fühlen, dass wir keine eigenen persönlichen Bedürfnisse mehr haben und eben darum im Stande sind, der Noth des Vaterlandes abzuhelfen!" Solcher Behauptungen waren viele und sie wurden für echte Münze genommen. — Der oben erwähnte Antrag bezüglich des Kriegsdepartements fand natürlich viele Opponenten: das Departement

könnte nicht den Eid leisten, sagten sie, weil es nicht mehr existire; der Reichstag wäre ja eben da, um die neuen Mitglieder zu ernennen. Darauf argumentirte der Abgeordnete Suminski aus Brest, dass das Departement noch so lange bestehe, bis es wirklich von dem neu ernannten ersetzt wäre, da die Armee ohne Verwaltung nicht denkbar sei. Der Primas rief aus: „Ordo est anima rerum“, eine Obrigkeit soll der anderen den Eid leisten! Diese Argumente verfingen jedoch nicht: „das Kriegsdepartement ist keine Behörde mehr, es ist ein Delinquent, den wir zur Verantwortung ziehen müssen!“ wagten darauf Einige zu behaupten. Der König wollte alle diese Einwürfe berücksichtigen und fügte seinem Antrage Worte zu, die alle Zweifel beseitigen sollten und eine Reform verhiessen, indem er die Sache folgendermaassen formulirte: „Das jetzt abgehende Departement, unter der Bedingung einer Umgestaltung.“ Doch konnte auch diese Korrektur nicht diejenigen beruhigen, welche die Armee unabhängig machen wollten vom König und vom permanenten Rath. Fürst Adam Czartoryski nahm das Wort und bekämpfte in bescheidenen, aber entschiedenen Ausdrücken den Antrag des Königs. „Wir sind in der Sache einig“, meinte er, „es handelt sich um die Form. Die Nation versteht die väterliche Besorgniss Euer Königlichen Hoheit, obwohl sie die Mittel nicht zu billigen scheint. Die Konföderation hat besondere Gebräuche, und deswegen verlangt sie die Eidesleistung der Armee.“ Bezüglich der Frage, ob man zuerst die Vermehrung der Armee feststellen oder die neuen Steuern berathen sollte, sagte er: „Die öffentliche Wirthschaft unterscheidet sich von der privaten dadurch, dass die erstere die Einnahmen nach den Ausgaben, die zweite die Ausgaben nach den Einnahmen berechnet.“ Darum, meint er, „müsste man erst beschliessen, welches Kontingent die Armee brauchte und dann die Mittel dafür finden“. — Eine Stimme nach der anderen wurde erhoben, die Unruhe war gross. Die einfachen Meinungsäusserungen, neue Anträge, weitere Abänderungen kreuzten sich beständig, man gelangte zu keinem Schluss; das bekannte: „Darum bitte ich, das erlaube ich nicht“, liess sich mehrmals vernehmen. Der Marschallpräsident verlor endlich die Geduld, als er umsonst mehrmals die Diskussion zum Abschluss hatte bringen wollen, und rief laut: „Ich bitte

Each um Einigung! Ueber welchen Antrag soll denn gestimmt werden? Solcher Streit verletzt die Freiheit mehr, als er unser Wohl fördert. Wenn Ihr auf mein Amt keine Rücksicht nehmt, so bitte ich, solche für die Gesundheit des Königs zu haben, welcher hier auf das Ende Eurer Berathung wartet; stellt die Sache ad turnum unter irgend einem der gestellten Anträge. Wenn wir vor uns selber keine Achtung haben, wie sollen wir solche von Anderen erwarten?"

Diese Anrede des Marschallpräsidenten, der schon zu viel Nachsicht bewiesen hatte, wirkte. Nach einer achtstündigen Diskussion fing man die öffentlichen Abstimmungen an mit Bemerkungen über die Frage, „ob das abgehende Kriegsdepartement unter der Bedingung einer Umgestaltung den Eid leisten sollte, oder die Armee selbst".

Der Senat mit dem Ministerium stimmte mit bedeutender Mehrheit (65 gegen 12) für den Antrag des Königs; in dem Ritterstande vertheilten sich die Stimmen gleichmässig dafür und dagegen (87 und 87). Also im Ganzen hatten 152 für die Eidleistung des Kriegsdepartements gestimmt, 99 dagegen. Doch wurde auch gleich die geheime Abstimmung verlangt, bei der die königliche Majorität sich plötzlich verringerte. Für das Kriegsdepartement stimmten 128, dagegen 121; also war die Majorität nur 7. Vierundzwanzig Mitglieder des Senats, welche offen für den König gestimmt hatten, waren im Geheimen zur Opposition übergegangen. Am folgenden Tage leistete das Kriegsdepartement im Namen der Armee den Eid vor den versammelten Ständen.

Obwohl in dem Antrag selbst geschlagen, hatte doch die Opposition Grund genug, sich darüber zu trösten. Sie verfügte nicht nur über eine bedeutende Zahl von Stimmen, sondern ihr war auch die Gelegenheit gegeben worden, zu erfahren, welche mächtige Waffe sie in der geheimen Abstimmung besass, und sie konnte mit Recht darauf zählen, diese Waffe in allen Fällen benutzen zu dürfen, in denen die Majorität des Königs gesprengt werden sollte. Für den König war es schmerzlich, zu sehen, dass einige seiner Getreuen, wie der Unterkanzler Dziekowski und der Starost von Samogitien Gielgud, in diesem Fall zu seinen Gegnern gehörten. Mit der Opposition hatten ebenfalls die beiden Marschälle der Konföderation gestimmt. Als Mala-

chowski seine Meinung in der Kammer gegen den König abgab, klatschte das Publikum Beifall, und es fand sich Keiner, der diese Zuschauer zur Ordnung gerufen hätte.

§ 33.

Beschluss über eine Armee von 100 000 Mann.

Am folgenden Tage sollte der Entwurf einer Antwort auf die preussische Deklaration den Ständen vorgelegt werden; da aber der König, überanstrengt von einer zehnstündigen Sitzung, erkrankt war und keine Sitzung ohne ihn stattfinden konnte, so wurden die Sitzungen für zwei Tage ausgesetzt. Indessen gelangte der Entwurf den Abgeordneten zur Einsicht. Mit Würde und Umsicht verfasst, bot er der fremden Macht keine neue Gelegenheit, sich in die Angelegenheiten der Republik zu mischen; es wurde darin erklärt, die Allianz, welche Preussen so aufrege, sei noch gar nicht vor die versammelten Stände und vor den permanenten Rath gelangt; dass der Reichstag, eben damit beschäftigt, die Kräfte des Landes zu mehren, mit grösster Dankbarkeit die Versicherungen des Königs über Polens Sicherheit und Integrität vernommen habe, aber sich das Recht wahren müsse, die den Umständen angemessenen Schritte zu unternehmen, wie es jedem unabhängigen Staate zukomme. Dieser Entwurf gefiel allgemein und wurde in der Sitzung vom 20. Oktober einstimmig angenommen; doch wie der König voraussah, war diese Annahme dem Glauben zu verdanken, dass er von Ignaz Potocki verfasst war. Gleich danach erhob sich Walewski, der Wojewode von Sieradz, um daran zu erinnern, dass sein Antrag über die Armee schon seit einigen Tagen in den Händen des Marschallpräsidenten wäre. Dieser Antrag enthielt die folgenden zwei Fragen:

Soll man nicht die Armee gleich um 100 000 Mann vermehren? oder: soll man vorerst sich mit 60 000 begnügen und später kompletiren?

Eigentlich schien es keinem sachkundigen und erfahrenen Manne möglich, eine Armee von 18 000 Mann plötzlich auf 100 000 durch einen einfachen Reichstagsbeschluss zu vermehren; die Sachverständigen betrachteten ein solches Vorhaben als eine krankhafte Phantasterei. Malachowski rieth, sich mit 40 000 zu

begnügen, Felix Potocki meinte, 60000 wären zu haben, derselben Ansicht war auch Czartoryski, und wie der König darüber dachte, wissen wir wohl. Doch sobald der Reichstagssekretär die erste Frage des oben erwähnten Antrags vorgelesen hatte, gerieth die Kammer in Begeisterung, von allen Seiten hörte man so laute Rufe der Zustimmung, dass es nicht möglich war, die zweite Frage vorzulesen. Gorski, ein Abgeordneter von Samogitien, erhob sich, um eine Debatte anzubahnen, doch erlaubte man ihm nicht, zu reden; „annehmen! annehmen!“ ertönte es von allen Seiten, das Publikum war wie besessen, die Damen in der Galerie klatschten Beifall und wehten mit Taschentüchern „wie im Theater“. Nochmals versuchte Gorski zu reden und wieder ward er niedergeschrieen, durch Rufe nach Einstimmigkeit und enthusiastische Freudenszeichen. Nachdem sich Kammer und Publikum etwas beruhigt hatten, machte sich Fürst Adam Czartoryski zum Dolmetscher der allgemein empfundenen Freude und fügte noch folgende Bemerkung hinzu: „Sollte die Zahl der vermehrten Armee zu gross erscheinen, so thut das Volk wohl, jede Erörterung darüber zu vermeiden. Sämmtliche Anwesenden scheinen dafür einzustehen, dass alle Bürger bereit sein werden, ihr eigenes Vermögen herzugeben, um das Vaterland wieder stark zu sehen. Eure Majestät solle diese Bereitwilligkeit in unseren Augen lesen, die hier im Reichstag darüber berathen, und ebenfalls in den Augen derjenigen unserer Brüder, die hier diesen Berathungen beiwohnen!“ Dann wandte er sich galant gegen die Damen auf der Galerie und meinte: „Sogar dieses Geschlecht, die schönste Zierde der Natur, deren Augen uns zu Heldenthaten anfeuern kann, sogar dieses Geschlecht theilt die allgemeine Freude und begeistert uns. Unter diesem Ruf, allerdurchlauchtester Herr, »itur ad astra!«“

Zum dritten Mal fragte der Marschallpräsident die Kammer, „ob der eben verlesene Antrag ihre Zustimmung habe“. „Darauf“ (berichtet das Reichstagsdiarium) „ertönte ein Beifallssturm von allen Seiten der Kammer, und die Freudensbezeugung des Publikums ward so laut, dass der Marschallpräsident sich bewogen fühlte, ihn zu dämpfen.“ — Stanislaw August hatte bis jetzt geschwiegen. Ohne Zweifel, wer jetzt gewagt hätte, zu behaupten, dass eine Armee von 100000 Mann die Kräfte des Landes überstiege, wäre beschuldigt worden, ein mächtiges

Vaterland nicht zu wünschen, die Rüstung des Landes zu hindern, ja man hätte ihn beschuldigt, ein Russe, dem russischen Dienste verkauft und ein Vaterlandsfeind zu sein! Keine der Autoritäten im Reichstag hätte gewagt, gegen den Antrag seine Stimme zu erheben, im Gegentheil, Fürst Czartoryski hatte denselben noch bekräftigt. Ihn zu bekämpfen bei dieser enthusiastischen Aufnahme des ganzen Hauses, war schwierig, für den König geradezu unmöglich. „Ich konnte nichts thun", schreibt Stanislaw August, „als persönlich von meinem Throne meine Freude und Dankbarkeit auszudrücken."*) Er sagte Folgendes: „Dieser Tag wird in unserer Geschichte denkwürdig bleiben, da ein so wichtiger Beschluss mit solcher begeisterten Einstimmigkeit gefasst wurde . . . . . doch wird dieser Tag wirklich unsere Zukunft sichern? wird das Glück unserem Vaterlande nun blühen? Seien wir sparsam für uns und freigebig für diese Sache; nichts von dem, was diese Angelegenheit fördern kann, soll nach einem solchen Anfang vernachlässigt werden. In diesem Sinne frage ich die Herren Marschallpräsidenten, ob ihnen zweckentsprechende Projekte eingereicht worden sind, und wenn solche da sind, beantrage ich, dass wir diese Projekte erörtern und ohne Aufschub die Mittel ausfindig machen, welche uns die Verwirklichung derselben sichern können. Dieses Volk liebe ich, ich gäbe ihm gern mein Leben! Heute bitte ich es, mir die Mittel zu gewähren, seine Wünsche zu erfüllen. Freudige Thränen hindern mich, auszusprechen, was ich empfinde, und die freudige Erregung macht mich wortkarg; ich bitte Euch nur um Eins: fahrt fort in der begonnenen Sache und bemüht Euch, sie so glücklich zu beenden, wie Ihr sie angefangen habt!"

Der tief gerührte Monarch konnte nicht weiter reden, das Reichstagsdiarium meldet: „Der Senat und das Ministerium nahten sich dem Thron zum Handkuss. Und als die beiden Marschallpräsidenten für die Szlachta um dieselbe Ehre baten, zur »Stärkung des Geistes« erwiderte der König: »Herzlich gern, ich erwarte Alle mit offenen Armen.«" — So endete diese denkwürdige Sitzung; ihr Eindruck auswärts war sehr stark, aber ungünstig. Der Verlauf dieser Verhandlungen warf ein bedenkliches Licht auf eine Versammlung, die ein solches

*) Brief an Deboli vom 22. Oktober.

Zeugniss von Unvernunft und Unreife ablegte in dem Augenblick, da sie zu Reformen im Lande schreiten wollte. Mehr als man damals oder später vermuthete, hat dieser erste falsche Schritt dazu beigetragen, die Republik in Europa zu diskreditiren und das Misstrauen zu erwecken, mit dem auch befreundete Mächte auf die Thätigkeit des Reichstages blickten. Diese Wahrheit wird noch öfters hervortreten, inzwischen wollen wir dasjenige berichten, was der österreichische und andere Berichterstatter über diesen Vorgang schrieben: „In der That, wenn man nach der ziemlich allgemeinen, obschon auf kein ordentliches Denombrement sich gründenden Berechnung die Anzahl der ganzen Bevölkerung von dem jetzigen Polen und Lithauen auf sieben Millionen annimmt, so bleibt nach Abzug der zu Soldaten unbrauchbaren Personen, nämlich des weiblichen Geschlechts, des in Polen so zahlreichen Adels, der Geistlichkeit, der Juden, der Alten und der Kinder, vielleicht kaum eine Million männlicher und dienstfähiger gemeiner Einwohner übrig, aus welchen also ungefähr der zehnte Mann ausgehoben werden müsste, um hieraus eine Armee von 100 000 Mann zu bilden. Ebenso viele Arme würden aber dadurch dem Feldbau entzogen, welcher den ersten und wesentlichsten Reichthum Polens ausmacht. Der jährliche Unterhalt einer solchen Armee würde nach vorläufiger Schätzung wenigstens vierzig Millionen polnische Gulden kosten und der erste Einrichtungsaufwand fernere zwanzig Millionen polnische Gulden erfordern. Die sämmtliche in Polen cirkulirende Goldmasse wird höchstens auf einhundert Millionen polnische Gulden gerechnet, sie steht also auch in keinem Ebenmaasse mit der für die Armee allein nöthigen jährlichen Zahlung von vierzig Millionen. Zur Einbringung dieser neuen unumgänglichen Staatseinkünfte würde man überdies zu ausserordentlich schweren Abgaben schreiten müssen, denen sich der polnische Landedelmann bei dem Grad seiner angewöhnten halb souveränen Freiheit nie unterwerfen, hierzu aber ohne Besorgung eines Landaufstandes schwerlich zu zwingen sein würde. Alle diese Erwägungen, nebst dem Aufsehen, welches die Errichtung einer so übergrossen polnischen Armee bei den benachbarten Mächten erregen würde, und nebst der früheren oder späteren Gefahr für den Bestand der Republik selbst und für ihre innerliche Ruhe, lassen dermalen noch die geringe Zahl der unbefangenen und

nachdenkenden Personen in einem billigen Zweifel, dass de obschon so gross beschlossene polnische Militärfuss jemals auc nur bis zur Hälfte zur wirklichen Ausführung zu bringen sei.“*) — Die Bemerkungen der anderen Minister haben denselben Sinn, aber eine härtere Form. „Der König wagte keine Ein wendung“, schreibt Stackelberg, „und schloss sich an die Menge die ihm darauf die Hände küsste, Alles umarmte sich, überzeugt jetzt eine Armee zu bekommen und Europa Respekt einzuflössen Doch Niemand hatte an die Kosten gedacht. Die gegenwärtig Einnahme steigt etwa auf 18 Millionen Gulden, die nur mi Mühe eingehen; zur beschlossenen Truppenvermehrung abe müsste man 50 Millionen haben. . . . . . Es sind Kinder“, schlo er, „sie freuen sich jetzt, aber der Nachjammer wird komme wenn sie die Gelder herbeischaffen sollen.“**) In einer Depesch an Lord Carmarten schreibt der englische Gesandte Hailes Fol gendes: „Ew. Lordschaft werden ohne Zweifel von der Grös dieses Projektes überrascht sein, aber wenn ich Ihnen sage, das man diesen Entschluss gefasst hat, noch ehe man daran gedacht hatte, wie man eine solche Macht unterhalten solle, so werde Sie gewiss über diesen Leichtsinn sich noch mehr wundern un mit mir voraussehen, dass aus diesem Projekt nichts werde kann. Ohne Ew. Lordschaft mit einer langen und langweilige Auseinandersetzung über den miserabelen Zustand dieses Land zu behelligen, das keinen Handel und keine Industrie hat un dessen Bevölkerung statt zuzunehmen abnimmt, würde es doch eine sehr leichte Aufgabe für mich sein, Ihnen zu beweisen, wie es völlig unfähig ist, auch nur für die Hälfte der angegebenen Stärke der Armee einen hinreichenden Fonds aufzubringen Dieses Beispiel kann indessen immerhin dazu dienen, Ihnen einen Begriff von der polnischen Politik zu geben.“***) — Das sind peinliche Urtheile und Aussagen; dieselben wären aber für Polen noch peinlicher, wenn die Schreibenden gewusst hätten, wie arm der Staat war. Es ist genug, dass Polen nicht die nöthigen Geldmittel für solche Kriegsmacht besass; dass ma nur mit Schwierigkeit 100 000 Mann finden konnte in einem

*) De Caché, Bericht vom 25. Oktober 1788.
**) Smitt, Suworoff und Polens Untergang, Leipzig 1858, II. 189.
***) Herrmann, Geschichte des russischen Staates, Gotha 1860, VI. 2[illegible]

Lande, wo keine Wehrpflicht existirte; es fehlte ausserdem an Allem, dessen eine Armee bedarf. Woher sollte plötzlich die nöthige Anzahl Offiziere kommen, welche eine Armee von 100 000 Mann befehligen, da man schon für das bestehende Heer von 18 000 Mann Offiziere vom Ausland hatte kommen lassen? Wie sollten die erforderlichen Waffen und die Artillerie beschafft werden, wenn im Lande keine einzige Waffenfabrik existirte? Durfte man doch nicht erwarten, dass die Nachbarmächte das nöthige Quantum liefern oder nur durchgehen lassen würden. Mit einem Wort: ein unmöglicher Beschluss, der die Würde des Reichstages und der Nation blossstellte. Entschuldigen kann man ihn nur mit dem Umstande, dass er von improvisirten Gesetzgebern gefasst wurde in der besten Absicht, aber bei völliger Inkompetenz; dass er ermuthigt wurde durch das Beifallklatschen von Frauen, welche einem noblen Enthusiasmus fröhnten; die wenigen Leute aber, welche tiefer blickten und nüchtern dachten, wagten nicht ihre Meinung zu sagen, um die allgemeine Begeisterung nicht zu dämpfen, und so spendeten auch sie Beifall. Man sagt: die Begeisterung sei schön, edel und erhebend; sie sei zur Rettung eines Volkes durchaus erforderlich; aber diese Behauptungen sind nur insofern richtig, wenn die Begeisterung sich dauerhaft erweist und alle Proben der Erfahrung, der Ueberlegung und der Zeit aushält; ist sie aber nur vorübergehend, dann kann der Rausch der Begeisterung sogar schädlich sein. Wie schädlich er diesmal war und wie sehr dazu angethan, um Illusionen, das gewöhnliche Futter der Träumer, zu schaffen, erwies sich nur zu deutlich auf diesem Reichstage. Denn bald glaubten die Abgeordneten wirklich etwas Wichtiges gethan zu haben und redeten sich selber ein, dass sie die Macht und Sicherheit schon besassen, welche ihnen die blosse Hoffnung einer besseren Kriegsmacht gewährte. Bald erhöhte sich der Tenor der Redner; das „sic itur ad astra" klang beständig in ihren Ohren nach.

§ 34.
Die Vertheidiger und Angreifer des Kriegsdepartements. — Lucchesini.

Vor dem oben beschriebenen einstimmigen Beschluss hatte König an die Marschallpräsidenten die Frage gerichtet, ob

sich unter den eingereichten Anträgen solche befänden, die zum Zweck hatten, neue Mittel für das Heer zu schaffen. Die Frauen beantworteten diese Aufforderung durch die Erklärung, dass sie bereit wären, ihren Schmuck herzugeben, ihre Ausgaben zu beschränken und Geld zu schenken; bald wurden öffentliche Sammlungen veranstaltet. — Das waren sehr gute Absichten und ehrenwerthe Triebe, doch wenig wirksam; öffentliche Sammlungen haben noch nie die Staatskasse gefüllt; Steuern blieben das einzige wirksame Mittel für diesen Zweck; doch wollte Niemand neue Steuern auch nur berathen. „Erst muss die Frage über den Oberbefehl erledigt werden, dann wollen wir die neuen Steuern berathen“, war die Meinung der Opposition. „Bevor eine Armee hergestellt wird, müssen wir wissen, wer sie befehligen soll, damit wir uns nicht selber ein Joch auferlegen“, meinten Viele. „Unsere grosse Freude“, schreibt Stanislaw August den Tag nach dem Beschluss über die Hunderttausend-Armee, „wurde schon gestern nicht allein durch die Erwägung gedämpft, dass es bei grösster Anstrengung kaum möglich sein wird, auch nur 60000 Mann auszurüsten, sondern auch durch den Umstand, dass die Opposition ihre Umtriebe immer erweitert; besonders sind die Potocki geneigt, diese neue Armee meinem und des permanenten Rathes Einflusse zu entziehen, so dass ich und der Rath am Ende eine überflüssige Rolle zu spielen haben werden.“ *) Diese furchtbare Frage des Oberkommandos der Armee stellte sich nun zum zweiten Male ein und mit erhöhter Schärfe; der Beschluss über die Armee, welcher die Republik stärken sollte, brachte ihr statt dessen einen inneren Zwist! Nach dem unüberlegten Eifer heftigen Streit! Stanislaw Potocki stellte den Antrag, wonach das Kriegsdepartement durch die frühere Militärkommission ersetzt werden sollte, welche unabhängig vom König und vom permanenten Rath nur dem Reichstag Rechenschaft schuldig sein sollte. Die Diskussion über diesen Antrag musste die beiden Parteien wieder aneinander bringen. Ein scharfes Gefecht entspann sich, so gefährlich, dass es den Reichstag zu sprengen drohte, obwohl die Kunde davon das Publikum nicht erreichte und von den späteren Historikern kaum erwähnt wird. Zu Vertheidigern des Kriegsdepartements

*) Brief an Deboli vom 22. Oktober.

warfen sich die Anhänger des Königs auf, welche ihm persönlich ergeben waren, oder solche Leute, welche von den guten Diensten, die diese Behörde dem Lande erwiesen hatte, überzeugt waren. Zwar geschah es, dass auch einige aus diesem Lager desertirten; z. B. schwankte Felix Potocki beständig hin und her, einmal seiner Familie, das andere Mal Stackelberg nachgebend; doch blieb die Mehrheit der hohen Würdenträger, der Senatoren und Bischöfe für die Erhaltung des Kriegsdepartements. Der König beharrte bei seiner lobenswerthen vermittelnden Art auch diesmal und arbeitete ein Projekt aus, welches einige Konzessionen enthielt. Nach dem Gesetz von 1776 sollten die Mitglieder des Departements vom permanenten Rath erwählt werden; nun schlug der König vor, das Departement, obwohl vom permanenten Rath abhängig, möge von folgenden Mitgliedern zusammengestellt sein: von vier Hetmanen, zwei Artilleriegeneralen, zwei Sekretären und acht ständigen Mitgliedern, die Alle vom Reichstag zu bestimmen seien. Man durfte voraussetzen, dass der Reichstag diese Abänderung annehmen würde, mit dem Recht, die Mitglieder zu ernennen. Doch bestand thatsächlich immer noch ein Hinderniss zur Annahme, weil der Vorschlag des Königs die Zusammengehörigkeit des Departements mit dem permanenten Rath betonte; man wollte durchaus eine von der Regierung, d. h. vom König und von seinen Ministern unabhängige Armee haben, und so konnte das Projekt des Königs nicht befriedigen.

Neben dem König und seiner Partei war Stackelberg selbstverständlich einer der Vertheidiger des Kriegsdepartements, doch war seine Vertheidigung von ganz anderen Motiven geleitet. Er behauptete, die konföderirten Stände hätten kein Recht, diese Behörde aufzuheben. Im Jahre 1776, als der Reichstag unter Mokronowskis Leitung tagte und beschlossen hatte, die Kriegskommission durch das jetzt bestehende Departement zu ersetzen, musste er dazu die Erlaubniss der fremden Mächte erlangen, weil diese Behörden in der durch die Garantien festgesetzten Verfassung aufgeführt waren. Diese Erlaubniss wurde damals ertheilt und bedeutete nun so viel wie die Garantie; darum könnte auch der gegenwärtige Reichstag keine Abänderungen vornehmen, ohne die fremden Mächte darüber erst zu verständigen. Darauf wurde dem Gesandten

erwidert, dass der Akt der Garantie, welcher nach der Theilung 1772 in Kraft getreten war, nur die derzeitige Regierungsform betraf und für die späteren Reichstage nicht mehr in Erwägung genommen werden könnte; wenn es sich darum handelte, Institutionen zu reformiren, könnte die Republik nun ihre Regierungsbehörden nach Belieben umgestalten. Stackelberg begriff, dass sein Einfluss nach der preussischen Deklaration geringer geworden war, und um das Loos des Kriegsdepartements besorgt, ersuchte er den österreichischen Gesandten um Unterstützung. — Auf sein ausdrückliches Verlangen sprach de Caché mit den gleichzeitigen Unterthanen beider Reiche und suchte sie zu der obigen Ansicht zu bekehren; besondere Mühe gab er sich mit dem Fürsten Adam Czartoryski und sprach ihm die Meinung aus, dass man das Kriegsdepartement ohne Zustimmung der fremden Mächte nicht anrühren dürfe. Der Fürst erwiderte, er persönlich sei anderer Ansicht; diese Angelegenheit sei als eine innere der Republik anzusehen, und er werde seinen ganzen Einfluss einbüssen, wenn er nach dem, was geschehen, sich für das Departement erklärte.*) — Diesmal half dem König die Unterstützung der beiden kaiserlichen Gesandten gar nichts.

Die Gegner des Departements sind uns schon bekannt; nun kam ihnen noch ein mächtiger Verbündeter zu Hülfe: der preussische Hof, der dafür seine gewichtigen Gründe hatte. Trotz der Popularität, die ihm nach seiner Deklaration Warschau bekundet hatte, war Friedrich Wilhelm mit der Wendung der Dinge nicht zufrieden. Die Antwort der konföderirten Stände, die Buchholtz mit Triumph ankündigte, gefiel ihm gar nicht. „Ich betrachte die Antwort der Stände auf meine Deklaration als leere Redensarten“, schreibt der König in seinem Reskript, „die man dergestalt gewendet hat, um nichts Positives über die Allianz zu sagen, um sich mit der Vermehrung der Armee zu brüsten und um meine Versicherung über Polens Integrität sich zu Nutze zu machen.“**) — „Trotz der schönsten Versicherungen von Buchholtz“, schreiben die Minister ihrerseits in einem Bericht an den König, „hat der König von Polen Alles erreicht, was er wollte, da man ihm die Vermehrung der Armee zu

*) Bericht an den Fürsten Kaunitz vom 22. Oktober.
**) Erlass an Buchholtz vom 25. Oktober.

gesichert und dem Kriegsdepartement erlaubt hat, den Eid zu leisten, was bedeutet, dass das Kommando in seine Hände gelegt ist."*) — Diesen für Preussen ungünstigen Ausgang der Dinge schrieb man in Berlin der Ungeschicklichkeit des Gesandten Buchholtz zu. Schon früher hatte man erfahren, dass er gewohnt war, Stackelberg nachzugeben; jetzt, wo es sich darum handelte, mit diesem Krieg zu führen, ward seine Unzulänglichkeit noch sichtbarer. Wie schon erwähnt, wurde ihm der Italiener Lucchesini zu Hülfe geschickt. Diese Persönlichkeit müssen wir kennen lernen. Der Marchese Hieronymus Lucchesini, gebürtig aus Lucca, war 36 Jahre alt, als er in Polen erschien. Seine Laufbahn am preussischen Hof war eine sehr rasche gewesen, denn erst vor wenigen Jahren hatte er sich in Berlin vorgestellt. Friedrich II., welcher der Fremden an seinem Hofe schon überdrüssig geworden war, und der in diesem Italiener einen neuen Kandidaten für seinen Dienst witterte, empfing ihn ziemlich grob. „Herr Marchese, wie lange noch werden die italienischen Marchesi so niedrig sein, sich den deutschen Monarchen zu verkaufen?" —. „So lange, Majestät", erwiderte dieser unverfroren, „wie die deutschen Monarchen so dumm sein werden, sie zu kaufen." Diese Antwort gefiel; Lucchesini wurde Kammerherr und königlicher Lektor. Aber, wie Mirabeau sagt, er hörte da mehr zu, als er las, und lernte Vieles in dieser Schule. Er hatte einen klaren, raschen, durchdringenden Verstand, besass gründliche historische und litterarische Bildung und vereinigte französischen Geist mit italienischer List. Charakterlos, ohne Prinzipien und gewissenlos, diente er demjenigen, der ihn bezahlte; diente aber eifrig und war zu Allem bereit, um seinem Herrn den Gewinn zu sichern; mehr Intriguant als Diplomat, wie der grössere Theil der politischen Männer im achtzehnten Jahrhundert. Als man ihn nach Mainz schickte, um die Wahl von Dalberg zum Koadjutor des Bischofs zu sichern, verkleidete er sich als Juwelenhändler und verschaffte sich Eingang bei den Kanonikern. Ebenso geschickt operirte er in Rom, wohin er gesandt wurde, um von dem Papst die Bestätigung der Wahl zu erlangen. Das Gelingen beider Missionen

*) Bericht vom 27. Oktober. Siehe Originalwortlaut im Anhang.

erhöhte dermaassen sein Ansehen beim preussischen Hof, da man im Jahre 1788 dort beschloss, ihn nach Petersburg schicken, um Verhandlungen zu führen, die, so hoffte Hertzbe dem türkischen Krieg durch preussische Vermittelung ein En machen sollten. Doch da Katharina diese Vermittelung an nehmen zögerte und sich nicht mit der Entsendung des neu Gesandten nach Berlin, Nesselrode, beeilte, so schickte es si nicht, Keller aus Petersburg abzurufen, und Lucchesini kon noch nicht dahin reisen. So bat er, man möchte ihm ein kurzen Aufenthalt in Warschau gestatten, um daselbst den f ihn neuen Reichstagsverhandlungen beizuwohnen. Man benutz gern seine Bereitwilligkeit, versorgte ihn mit Geld und ertheil Buchholtz den Befehl, sich seines geschickten Rathes bei jed Gelegenheit zu bedienen. Lucchesini hatte keine schwere Ro in Warschau. Stackelberg trat den Polen gegenüber stolz u verächtlich auf, Buchholtz war schwerfällig und eingebild de Caché vorsichtig und zurückhaltend, Lucchesini entfalt dagegen die grösste Rührigkeit, gepaart mit einnehmende zuvorkommendem Wesen; er beherrschte vollkommen die fran sische und lateinische Sprache, hatte es daher leicht, sich n den Abgeordneten zu verständigen. Er sparte weder V sprechungen noch Schmeicheleien, machte Besuche, war höfli besass die Kunst, Gedanken zu errathen, und schien Jedem se Herz zu öffnen durch Vertraulichkeiten, die zwar allesam geheuchelt waren, aber doch die Mitglieder des Reichstag täuschten und zu seinen Freunden machten; und wie der Dicht Trembecki sagt: „. . . er gab ihnen den leichtfertigen Gedanke das Loos ihres Vaterlandes der Aufrichtigkeit eines Italiene anzuvertrauen.“ Man glaubte seinen Betheuerungen der G rechtigkeit und Grossmuth Friedrich Wilhelms, den uneige nützigen Empfindungen dieses Monarchen, der eben erst d Holländer aus einer schwierigen Lage gerettet habe und n auch die polnische Republik stark und mächtig sehen möcht um an ihr einen guten Verbündeten zu haben. Es schmeichel Vielen, zu erfahren, dass sie einem solchen Monarchen Dien leisten könnten; Andere waren schon zufrieden, von Lucches ausgezeichnet zu werden, und erwiderten seine erlogene A richtigkeit mit wirklichem Vertrauen, indem sie ihm Alles v

riethen, was zwischen den Parteien verabredet wurde, und die Schwächen ihrer Gegner offenbarten.*)

Trotz alledem aber, und obwohl man ihn mit offenen Armen und Herzen empfangen hatte, war Lucchesini mit der allgemeinen Stimmung in Polen nicht zufrieden. Offenbar hatte er Hertzbergs Plan, Preussen auf Kosten Polens an dessen Grenze abzurunden, zu dem seinigen gemacht. In seinen Gesprächen mit den Polen hatte er daher eine Anknüpfung zur Verwirklichung dieses Planes gemacht; hatte sie gesucht, aber nicht gefunden. Die Spuren dieser Enttäuschung treten deutlich hervor in dem umfangreichen Bericht, welchen er (am 21. Oktober) verfasste. Es lohnt sich, dieses Aktenstück kennen zu lernen; auch giebt er Polen kein ganz schlechtes Zeugniss. Die Polen, meint Lucchesini, würden mit keinem ihrer Nachbarn Frieden schliessen. Russland stösst sie ab durch die immer erneuerten Gewaltthaten seiner Armee, Oesterreich durch die despotischen Maassregeln des Kaisers in Galizien, Preussen durch arbiträre Steuern auf der Weichsel und das Salzmonopol. Die Polen

*) Diese Reden von Lucchesini wurden durch folgende Verse des Dichters Trembecki, welche wir hier in Prosa wiedergeben, parodirt:

„Mein Gebieter, dem das ganze Land zwischen der Mosel und der Düna gehorcht, der Alles geniesst, womit der Himmel glückliche Sterbliche beschenkt, der mehr Gold besitzt als die meisten Monarchen, kann in solchem Ueberfluss an irdischen Gütern sich nun wohl nichts mehr wünschen, als auch seine lieben Nachbarn glücklich zu sehen. Mich hat er zu Euch gesandt, damit ich Eure Schritte an den Fallen, die Euch Andere legten, geschickt vorüberlenke. Denn, Euch sage ich's, Moskau, das Euch bisher gering schätzte, nachdem es gewahr worden, wie es Euer Vertrauen einbüsst, möchte Euch nun einen ewigen gleichberechtigenden Vertrag anbieten. Gleichberechtigend? welche lockende Aussicht! . . . Doch bedenkt, an Uebermacht gross, würde es Euch bald unterjochen, wie London den Haag. Oh, edles Volk, fühle deine Kraft, entferne die Hindernisse, welche bisher deinen Muth hemmten, und indem es Dir gelingt, alle Gemeinschaft mit Russland zu zerstören, bemühe Dich, die schlafenden Galizier aufzurütteln! Fort mit der kleinlichen Besorgniss, fort mit den langen Bedenken; je grösser die Schwierigkeiten, um so sicherer der Ruhm. Ein Bündniss unserer Völker soll anderen fürchterlich sein, denn nur mit meinem Gebieter dürft Ihr Euch verbinden. Euere Republik ist ihm so theuer, dass er sein Land, sein Heer, seine Schätze und seine Person bereitwillig opfernd zu Euren Diensten stellt, um Euch vor Schaden zu bewahren. Erst wenn er sich in der Reihe der Grossmächte erblickt, wird er sich ganz glücklich schätzen."

trachten, sich von jedem fremden Einfluss zu befreien. Dem preussischen König wird es leichter, ihre Dankbarkeit als ihr Vertrauen zu erobern, und wenn es heute scheinen möchte, dass sie die Gefahr vergessen haben, welche ihnen seitens der preussischen Armee drohte, so ist das nur scheinbar der Fall, weil sie eine Allianz mit Russland auch nicht begehren. . . . . Man kann nicht darauf rechnen, dass der Reichstag Preussen auf dem Wege des Austausches irgend eine der begehrten Ländereien abtrete; „persönliches Interesse ist das einzige Motiv", heisst es wörtlich in dem obigen Bericht, „welches dieses leichtsinnige und verdorbene Volk leitet. Die Szlachta gewinnt zu viel bei dem heutigen anarchischen Zustande, als dass sie je willig die preussische Herrschaft annähme, wenn auch Galizien ihr dafür wiedergegeben würde." Der Theil der Nation, welcher gegenwärtig und seit der Deklaration zu Preussen hält, besteht vorerst aus den Feinden des Königs und Russlands, zweitens aus den österreichischen Unterthanen, drittens aus der Szlachta von Grosspolen, welche Preussen fürchtet, und schliesslich aus den Parteigängern der mächtigen Familie Czartoryski, die gegenwärtig durch eine ehrgeizige Frau geleitet ist, welche Russland hasst, weil sie für ihren Sohn [illegible] der Schwiegersohn die polnische Krone [illegible] und Russlands Widerstand dabei am meisten fürchtet. Alle diese Leute möchten ihre Pläne mit Preussens Hilfe durchsetzen. Keiner aber wird zulassen, dass Preussen [illegible] Stillen aber die Ereignisse Preussen zu einem Kriege zwingen, so wird Polen [illegible] die preussische [illegible] wird auch die [illegible] wird mit Freuden [illegible] etwaiger [illegible] fügt [illegible] sein, dieses [illegible] zu haben, als [illegible] ist nichts leichter als [illegible] Wunsch geäussert [illegible] — Lucchesini hatte [illegible] August [illegible] seit

[illegible]

Rath geht dahin, Preussen solle jedes Mittel brauchen, um die Macht des Königs und seinen Einfluss auf die Nation zu vermindern. Die Vermehrung der Armee will ihm nicht zusagen, er räth daher, eine solche zu verhindern, ohne gleichzeitig die Nation zu beleidigen, indem man sie dem königlichen Kommando entzieht; in dieser Richtung intriguirt er auch und warnt alle ihm bekannten Reichstagsabgeordneten, die Armee dem König ja nicht zu überlassen, denn das hiesse einfach, sie Russland ausliefern. Er versäumt auch nicht, zu erklären, dass Buchholtz der gegenwärtigen Lage der Dinge und Anforderungen durchaus nicht gewachsen sei. „Er hat seine Aufgabe gut gelöst, solange er mit Stackelberg friedlich leben konnte; als es sich aber darum handelte, diesem entgegenzutreten und seine Pläne zu durchkreuzen, musste der sächsische Resident helfen..... Allzu sehr geneigt, dasjenige zu glauben, was ihm zu glauben gefällt, sah er in jedem vorkommenden Ausbruch patriotischer Gefühle den Beweis, dass der russische Einfluss hier im Sinken ist, — wozu es aber noch weit ist.“ *) Alle diese Beobachtungen und Schlüsse des Marchese, besonders aber der tief durchdachte Plan, die Vermehrung der Armee dadurch zu hintertreiben, dass man allen Bemühungen, sie dem König zu entziehen, Vorschub leisten sollte, waren den Projekten des Berliner Hofes zu verwandt, als dass sie nicht bald die Instruktionen gefüllt hätten, die nun nach Warschau geschickt wurden. Neben der Allianz mit Russland ward die Armee der Hauptgegenstand der preussischen Aufmerksamkeit. Friedrich Wilhelm befiehlt seinem Gesandten, heimlich zu operiren: der König und der permanente Rath sollen keinen Einfluss auf die Armee behalten; im Falle der Noth solle der permanente Rath abgeschafft werden! „Da derselbe durch einen konföderirten Reichstag eingesetzt ward, so könne er durch einen solchen wieder abgesetzt werden“, heisst es in einem der vielen Erlasse; und weiter: „Die Konföderationen seien nur dazu da, um jede Ungesetzlichkeit zu rechtfertigen.“ **) Diese Instruktionen eröffneten dem preussischen Gesandten ein weites Feld; er konnte darauf los wühlen und dasjenige, was ihm missfiel, unterwühlen.

*) Vertraulicher Brief an Hertzberg vom 18. Oktober. — Vom Verfasser abgekürzt, siehe Anhang.

**) Ministerialerlass an Buchholtz vom 17. Oktober.

§ 35.
Kampf um das Kriegsdepartement. Reden der Opposition.

Nachdem wir in dieser Weise die Reihen der Kämpfenden ı
das Sein oder Nichtsein des Kriegsdepartements gemustert hab
wollen wir auf den Kampfplatz zurückkehren. „Nach einem eben
übereilten wie unerwogenen Beschluss dieses Reichstages“, schrei
Lucchesini, „betreffend eine so bedeutende Vermehrung der Arm
ist die Besorgniss um die öffentliche Freiheit und persönliche U
abhängigkeit bei den Polen wieder aufgewacht. Statt der zuer
empfundenen Freude über eine Armee von 100 000 Mann hab
sie jetzt nur Angst, sie hätten sich damit selbst Ketten g
schmiedet. Diese Angst vereinigt alle diejenigen, welche nicl
von dem König und dem russischen Gesandten abhängig sin
Die Feinde der bestehenden Regierung und der königliche
Macht benutzen den jetzigen patriotischen Eifer, um den Stu
dieser herbeizuführen und die Macht der Regierung in d
Grenzen zurückzuweisen, die sie vor der Theilung innehalt
musste.“*) — In der That, der einigermaassen phantastische B
schluss über die Armee hatte auch eine Reihe phantastisch
Schreckbilder an die Wand gemalt, mit denen es in gewiss
Fällen am leichtesten ist, Krieg zu führen, freilich ebenfal
wieder mit phantastischen Hoffnungen. Denjenigen, welcher si
auf dem Boden der Wirklichkeit befindet, welcher die Geschäf
kennt und in Händen gehabt hat, werden keine Drohungen u
keine Hypothesen erschrecken, solange er hinter ihnen kei
wirklichen Beweise und Thatsachen sieht und solange er di
selben nicht geprüft und berechnet hat. In einer Versam
lung dagegen, in welcher die Kenntniss der öffentlichen G
schäfte nur gering ist, in der die Mehrheit der Mitglied
über Dinge entscheidet, die sie nicht kennt, da wird nicht E
wägung und Berechnung, sondern der jeweilige Eindruck in d
Beschlüssen maassgebend; jedes Urtheil wird mehr nach auge
blicklicher Empfindung und mittelst der Phantasie gefasst a
nach objektiver Erwägung. Einen solchen Charakter trug
alle die Argumente, die von der Opposition gebraucht wurde

*) Bericht vom 25. Oktober.

focht gegen Gespenster und Schreckbilder: bald war es das
antom einer Armee, die noch nicht existirte und nicht existiren
nte, bald das Schreckbild eines drohenden permanenten
thes, der nie gedroht hatte, bald wiederum die Furcht vor
echtung durch einen despotischen König, einer Knechtung,
nie dagewesen ist und bei dem Charakter der Nation
möglich war. Wieviel nüchterner und realer wären diese
fürchtungen und die Hoffnungen geworden, wenn der Reichs-
g sich vorerst die Aufgabe gestellt hätte, die Mittel des
ndes zu prüfen, die Möglichkeiten zu berechnen und dem-
ch das neue Kontingent der Armee festzusetzen! — Der
lchermaassen erneuerte Streit um das Kommando über die
mee dauerte zehn Tage und nahm vier lange Sitzungen in
spruch. Die Diskussion begann am 24. Oktober, wobei die
ste bedeutendere Rede von Stanislaw Potocki gehalten wurde,
er seinen Antrag wegen Errichtung einer unabhängigen Kriegs-
ommission vertheidigte. Wir müssen einige Abschnitte aus
ieser Rede hier mittheilen, weil sie die Ansichten und Be-
irchtungen der Opposition getreu darstellen. Potocki betont
nz besonders die Abhängigkeit des Departements von dem
ermanenten Rath. „Das Departement verwaltet die Armee
ter der Aufsicht des Rathes, ist aber selber Mitglied des
tzten, kritisirt also dasjenige, was er selber gethan hat. Wie
oll aber eine Behörde über sich selber Aufsicht ausüben?
hatsächlich haben wir also eine Armee, die unter dem per-
anenten Rath steht und dieser bietet das seltsame Schauspiel,
gleich Exekutiv- und Kontrolbehörde zu sein.“ — Wir wollen
orübergehend bemerken, dass es heutzutage freilich Niemanden
efremdet, wenn der Kriegsminister, welcher die Armee ver-
altet, auch seinen Sitz im Ministerrath einnimmt, und dass
esegemeinsame Thätigkeit die gegenseitige Kontrole erleichtert;
die damalige Opposition war dies aber einer der Gründe
Besorgniss. — „Ich frage, welche Sicherheit können dabei
Bürger haben? Wer wird sie gegen die militärische Ge-
lt schützen? Können sie den Rath vor dem Rath selber
lagen? und wird dann der Rath ihnen Gerechtigkeit ge-
ren, nicht vielmehr sie noch mehr strafen, so dass Klage
r Klage entsteht? Sicherlich würde dieser Reichstag schon
te Beispiele derart aufzuweisen haben, wenn die Delegirten,

welche zur Prüfung der Thätigkeit des Departements ernan
sind, die Resultate ihrer Arbeit schon vorgelegt hätten. Obwo
sie noch nicht berichtet haben, wage ich ihr Zeugniss für mei
Aussagen anzurufen. Was sich das Departement hat zu Schuld
kommen lassen bei so geringer Armee, weiss Jeder, der sich a
die früheren Reichstage besinnen kann und den Fall eines vc
Gericht nicht verurtheilten, dennoch eingesperrten Staatsbürge
kennt.*) Was dieses Departement sich bei einer Armee vc
100 000 Mann erlauben dürfte, ist gar nicht zu übersehen! Nı
derjenige kann sich davon eine Vorstellung machen, der b
rechnen wird, dass bei so unumschränkter Macht diese Behörd
Alles wagen und Alles erreichen wird, was sie nur wünscht!" -
Es ist klar, dass bei Ausmalung solcher Schreckbilder Manche
unbehaglich zu Muthe wurde, denn wie der Redner weiter au
führte, Klagen gegen den permanenten Rath nützen auch i
Reichstag nichts. „Der Reichstag annullirt manchmal die R
solutionen des permanenten Rathes, aber das hindert nicht sei
Willkür, und im Reichstag hat bekanntlich der Rath auch die Uebe
macht. Der neue Antrag hat zwar die Ernennung der Depart
mentsmitglieder dem Reichstag und nicht dem permanenten Ra
zugewiesen, wird aber diese Maassregel das »Unter ein
Decke spielen« beider Behörden verhindern? Keinesweg
Konzentration der Macht, Vereinigung aller Kräfte der Republ
in einer Hand, also nicht nur scheinbare, sondern wirklicl
autokratische Macht des permanenten Rathes, das ist der sich
liche Zweck dieses Projektes!"

Wer, der nicht diese Rede gelesen hat, würde je auf d
Einfall gekommen sein, dass die polnische Republik Gru
hätte, sich über die Vereinigung aller ihrer Kräfte in ein
Hand zu beklagen? — Doch weiter: „Nichts Derartiges ab
brauchen wir seitens einer gesonderten Kriegskommission
gewärtigen, denn eine solche wird lediglich die Verwaltung d
Armee besorgen, wohlverstanden unter Aufsicht des permanent
Rathes, der sie bei etwaigen Missbräuchen vor den Reichsta
in dem die oberste Gewalt doch liegt, verklagen dürfte. D

*) Diese Andeutung berührte den Fall vom Bischof Soltyk, der geist
krank war und auf Verlangen des Domkapitels in seinem Palast in Kie
eingesperrt wurde, damit seine skandalösen Ausschreitungen nicht allgem
bekannt wurden.

Kontrole der Kommission würde also dem permanenten Rath obliegen, während heute keine Instanz den permanenten Rath kontrolirt. Uns konnte bisher Niemand vor Gewaltthaten des Departements schützen, die vorgeschlagene Kommission vermöchte dagegen keine Gewaltthaten ungestraft zu verüben. Möge Jeder für sich selbst den Schluss ziehen, welche der beiden Behörden vorzuziehen sei. Ist denn nur der permanente Rath mit seinem Departement fähig, die Armee zu verwalten und die Nation zu befriedigen? Warum haben denn bis jetzt diese beiden Behörden die Nation eher gedrückt? warum sollen wir das neue Kontingent von 100000 Mann Leuten anvertrauen, welche mit einer geringen Macht schon solche Missbräuche verübten und denen Alles nunmehr erlaubt sein wird, sobald eine so grosse Macht in ihre Hände gelangt?" Der Redner endet mit einer pathetischen Apostrophe an den König, in der er sagt, dass solche Befürchtungen überflüssig wären, wenn Gott Stanislaw August Unsterblichkeit vergönnte und er ewig regieren könnte; „da aber unser Vertrauen in Eure Majestät sich nicht über die Jahre Eurer Majestät Leben hinaus erstrecken darf, da uns die Zukunft Pflichten auferlegt, und die Vergangenheit uns warnt, so muss Eure Majestät erlauben, dass diese Nation Eurer Majestät die Gründe seiner Befürchtungen offen bekundet und mit Hülfe des polnischen Königs, des Bürgerkönigs, sich für die Zukunft sichert." — So endeten und so fingen alle Redner der Opposition ihre Deklamationen an; diese Phrase von dem Vertrauen in den König wiederholt sich einige Dutzend Mal und ist um so widerwärtiger, da sie erlogen war. Es ist klar, dass nicht der permanente Rath zu befürchten war, da die Mitglieder desselben von dem Reichstag erwählt wurden und wechselten, sondern der König, und er allein, weil er unabsetzbar war und deshalb bei seiner Hingebung, seiner Erfahrung und durch seine Gnadenbezeugungen die Mitglieder beeinflussen konnte.

Der Leser wird nicht verlangen, dass wir ihm die ganze Diskussion schildern, dieselbe lässt sich auch kaum als Diskussion bezeichnen, eher als eine Reihe zusammenhangloser Deklamationen. Ein grosser Theil der Redner hatte vorbereitete schriftliche Ausführungen mitgebracht, daher musste man oft eben beantwortete und siegreich beseitigte Argumente

von Neuem hören. Man drehte sich immer in demselben Kreis und ermüdete damit die Zuhörer; diese oratorischen Uebungen wiederzugeben, ist daher ein Ding der Unmöglichkeit. Wir werden uns damit begnügen, die Argumente der Opposition kurz darzustellen, und dann über die Erwiderung derselben seitens der Regierung berichten.

Niemcewicz, ein Angehöriger des Fürsten Czartoryski und sein Adjutant, der eben auf diesem Reichstage seine politische Laufbahn begann, behauptete, das Departement liesse sich nicht korrigiren, auch wenn es selber es wollte, „denn sein Hauptfehler liegt eben darin, dass es einen Theil des permanenten Rathes bildet; diesem Rath die Verwaltung der Armee zu geben, könne nur mit Gefahr der Freiheit geschehen; in jedem freien Staat soll die Macht getheilt, nicht in einer Hand vereinigt sein.“ Man kann wohl solche Grundsätze einem jungen Dichter verzeihen, es ist aber schlimm, wenn erfahrene Leute dieselben bekennen. — Ignaz Potocki, klar und knapp, erging sich nicht in Rhetorik wie sein Bruder, hegte aber auch die Meinung, das Kriegsdepartement solle vom permanenten Rath unabhängig sein; was er über den permanten Rath sagte, war auf den König gemünzt, er macht der königlichen Partei den Vorwurf der Unredlichkeit. Denn: „Statt zu erklären: ›Wir rathen und wir wollen die Verwaltung der Armee in die Hände des permanenten Rathes legen‹, wollt Ihr mit Worten verdecken, was Ihr im Sinn führt! Warum? Weil diese ausgesprochene Absicht die Gemüther beunruhigen würde und die Gesetzgeber dann vielleicht anders stimmen. Und doch wird es unweigerlich geschehen, dass der permanente Rath die Verwaltung der Armee übernimmt, sobald das Departement mit dem Rath in Zusammenhang bleibt: es wird trotz aller Beschränkungen geschehen, denn es ist durchaus unthunlich, die Macht dieser Behörde zu beschränken. Man behauptet, der permanente Rath lege von seiner Thätigkeit vor den versammelten Ständen der Republik Rechenschaft ab. Es ist richtig, doch von dem permanenten Rath im Reichstage sprechen, heisst von dem König, den Senatoren, den Abgeordneten vor dem König selber, dem Senate und dem Ritterstande sprechen; dagegen von einer gesonderten Kommission vor dem Reichstag sprechen, hiesse über den Diener zu seinem Herrn reden. Wie

sollen wir auch von dem permanenten Rath erwarten, dass er gegen sich selbst ausserordentliche Reichstage einberuft? Viel eher wird er bestehende Reichstage in konföderirte umwandeln wollen, um der verdienten Verantwortung und Strafe zu entgehen!" — Wir übergehen die Reden anderer Anhänger des Fürsten Czartoryski, wie Szymanowski, Kublicki und des unermüdlichen Schreiers Suchorzewski, die alle mit mehr oder weniger Geschick dieselben Argumente wiederholten. — Sapieha, der grösste Deklamator dieses deklamatorischen Reichstages, verschwendete die blendendsten Paradoxen und übernimmt die Apologie der Hetmanswürde und -gewalt. „Man hat diese Gewalt im Jahre 1764 vernichtet", sagte er, „und das Land wurde getheilt! 1775 begriff man, dass das Land nur so lange heil geblieben war, wie es diese treuen Wächter hatte, und gab den Hetmanen einen Theil ihrer Macht zurück. Die höchste Gewalt hat nun das Kriegsdepartement, durch ihn regiert der permanente Rath, durch ihn kann auch eine freie Nation unter autokratische Regierung kommen. Der Reichstag soll die Gesetze geben und über Krieg und Frieden entscheiden, der permanente Rath kann die Aufsicht üben, die Kriegskommission soll aber die Armee verwalten und organisiren, den Civilbehörden soll die Gerichtsbarkeit bleiben, dann werden sowohl Anarchie, wie Autokratie vermieden." Die Rede des Wojewoden Walewski brachte nichts Neues; dagegen sind die Berichte Rzewuskis (des Schriftstellers), welcher delegirt worden war, um die Thätigkeit des Departements zu prüfen, insofern bedeutend, als er darin erklärt, wenn schon die Prüfung noch nicht beendet sei, könne er doch behaupten, das Departement habe das Wohl der Armee vernachlässigt, gewisse Leute bevorzugt und hauptsächlich sich die vollständige Unterwerfung unter die oberste Landesgewalt zu Schulden kommen lassen, wozu das Gesetz es nicht verpflichte; ferner seien die Berichte der Kommandanten vor der Reichstagssession gelesen worden (durch den König und Komarzewski, die ungenannt blieben), und fertige Resolutionen (natürlich durch den König verfasste) in die Reichstagssession gelangt. — Brzostowski äusserte die Befürchtung, dass ein permanenter Rath, der über die Armee verfüge, auch die Verhandlungen jedes Reichstages stören und im Fall eines Interregnum einen König mit Gewalt proklamiren

könne. — Zibjewski und Mierzejewski wiederholen dasselbe Felix Potocki that, als ob er seine Meinung für sich behalten wollte; schliesst aber mit folgender Behauptung: „dass er jede Behörde unter der Kontrole der berathenden Macht (des Reichstages) sehen möchte", was auch in Wirklichkeit geschah. In demselben Verlegenheit befindet sich auch der Fürst Czartoryski; „es ist vom Uebel", sagt er, „wenn das Departement zugleich regieren und beaufsichtigen soll; es wäre auch vom Uebel, wenn die Kommission vom permanenten Rath ganz unabhängig wäre". Später, am 30. Oktober, fügt er hinzu, als ob er sich selbst korrigiren wollte: „Das Glück des Vaterlandes wird unzweifelhaft sich eher finden lassen, wenn die Regierungsbehörden getheilt bleiben und sich gegenseitig kontroliren."

§ 36.

Fortgang der Diskussion. — Die Vertheidiger des Kriegsdepartements.

Im Allgemeinen waren also die Argumente der Opposition schwach,*) eine schlechte Sache gut zu vertheidigen, ist auch schwierig. Nach dem Beispiel der Holländer und Belgier hatte sich die Opposition den Titel der patriotischen Partei gegeben. Indessen in ihren Reden vermissen wir jeglichen Patriotismus; sie kümmert sich wenig um die Kraft, Sicherheit und Ordnung im Staate; wir sehen sie immer nur besorgt um die Freiheit und Sicherheit des Einzelnen, die angeblich von der Regierung bedroht wurden, was in Polen wahrhaftig nicht der Fall sein konnte. Wenn man diese Leute sprechen hört, meint man, dass die sächsischen Zeiten noch nicht vorüber wären! — Dagegen war der Standpunkt der Redner von der Regierungspartei viel höher, besonders liessen sich aus dem Senat achtbare Stimmen vernehmen, welche gesunde Anschauungen verkündeten und gründliches Wissen und Voraussicht bewiesen, denen man schmerzliche Erfahrung und Erinnerung an die erlebte Theilung wohl anmerkte. So mahnte der Kastellan Ostrowski daran

*) In seinem „Leben von Niemcewicz", S. 58, erkennt auch der Fürst Adam Czartoryski dies als Thatsache an, obgleich sein Urtheil über den vierjährigen Reichstag stark beeinflusst wurde von den Eindrücken, die er in seiner Jugend aus dem Vaterhause mitbrachte.

dass die einzige Ursache der schweren Schicksalsschläge, welche Polen durch die Theilung und den Verlust ihrer Existenz als gleichberechtigte europäische Macht betroffen hätten, in nichts Anderem bestanden habe als im Mangel einer kräftigen Regierung. Deswegen sollte man entweder den Reichstag in Permanenz erklären, oder derjenigen Behörde, welche den Reichstag zeitweise verträte, den Charakter einer wirklichen Regierung verleihen. Eine Regierung könne nicht alle zwei Jahre auf kurze Zeit eintreten, sie müsse beständig da sein, wachsam und thätig. Der Reichstag solle daher zum Regieren solche Leute berufen, denen er vertraut. Oft könne man die Verwaltung der Armee nicht von der auswärtigen Politik trennen; wie solle also die beabsichtigte Kommission diese Pflicht erfüllen, ohne im Zusammenhange mit dem permanenten Rath zu sein? oder wie solle man sich die Rolle des permanenten Rathes neben einer unabhängigen Militärkommission während eines Interregnums denken? Den permanenten Rath umzugestalten, sei eine ganz berechtigte Forderung, aber diese Behörde und mit ihr die Regierung umzustürzen, ein gefährliches Beginnen. — Der Marschall Raczynski mahnte daran, dass in der ganzen polnischen Geschichte noch nicht der Fall vorgekommen sei, dass einer seiner Könige die Freiheit der Nation vergewaltigt hätte, wohl aber habe man öfters erlebt, dass ein Hetman einzelne Staatsbürger misshandelte. Um diesem Uebel vorzubeugen, habe man seinerzeit eine Kommission gebildet, die dann mit dem permanenten Rath verschmolzen wurde, jetzt wolle man nun wieder die Unabhängigkeit den Hetmanen wiedergeben: das hiesse nichts Anderes, als Einzelnen die Gewalt überantworten. Solcher Angriff auf die Regierung würde die ganze Nation schwächen.

Originell und eindringlich war die Rede des Kastellans Opacki. Als Nachkomme einer alten Familie, die zur Zeit der Wasa viel Ansehen am Hofe genoss und durch ihre Dienste sich mit dem Loos der Republik identifizirt hatte, gehörte Opacki heute zu den ärmsten Abgeordneten, war aber unabhängig. Er hätte keine Belohnung vom König angenommen, weil er auch keine verdiente. Mit solcher Behauptung wollte er Niemandem nahe treten, denn in keinem Volk wäre es eine Schande, die Geschenke des eigenen Königs anzunehmen, doch eben nur des eigenen Königs. Er wolle auch nicht den Ständen Vorwürfe

machen, denn diese wüssten den Charakter ihrer Mitglieder -
achten; aber er möchte dem Publikum auf der Galerie d
Wahrheit gesagt haben, dem präjudizirten Publikum, welch
mit Geringschätzung des Thrones und der Stände alle Auge
blicke es wage, während der Verhandlung zu klatschen und z
lachen. „Als der Senat bei seiner Abstimmung sich einstimmig
zeigte, haben wir aus dem Publikum höhnisches Gelächter ver-
nommen“, rief Opacki weiter, „was sich in diesem ehrwürdigen
Raum gewiss nicht ziemt; als der Marschallpräsident des Reichs-
tags eine dem König widersprechende Meinung äusserte, haben
wir aus demselben Publikum Beifallsäusserungen gehört, die nur
bei öffentlichen Schauspielen zu dulden sind. Die Einigkeit des
Senats ist nicht lächerlich, sie verdient vielmehr Beifall; die
Opposition eines Jeden hier, der nach seiner Ueberzeugung
stimmt, ist der Erwägung wohl werth, doch nicht des lärmenden
Beifalls; aber diese bedauernswerthen Manifestationen sind
ein Beweis des verderblichen Parteigeistes. In den Provinzial-
landtagen, ebenso wie hier, sieht man uns für bezahlte Partei-
gänger des Hofes oder dieses und jenes Magnaten an. Oh,
mein edles Volk, ist denn das Deine Freiheit, in der Jeder als
der Diener eines Mächtigen erscheint? Was dünkt Euch an-
ständiger: einem König zu folgen, dessen eigener Vortheil es
ist, einem starken Volke zu befehlen, oder das Werkzeug eines
uns gleichberechtigten Bürgers zu sein, der durch Geschenke
und Verheissungen uns ködert? Schon der Name Parteigänger
missfällt mir, denn er bedeutet an sich schon eine gewisse Ab-
hängigkeit; darum sage ich, dass jeglicher Tadel auf diejenigen
fallen soll, die hier versuchen, die Bande zu lösen, die uns mit
unserem König naturgemäss verbinden, und dafür andere Ver-
bindungen erstreben!“ — Nachdem er in dieser Weise die Un-
abhängigkeit seiner Meinung dargelegt, giebt der ehrwürdige
Kastellan eine treffende Darstellung der Regierung der Republik
„Der permanente Rath ist eine glückliche Erfindung, die leider von
unseren Vorfahren noch nicht gemacht worden war. Der ganz
Rath soll als Vermittler zwischen dem König und seinem Volk
dienen; das Kriegsdepartement ist speziell der Vermittler zwische
dem Volk und der Armee, das Gerichtsdepartement vermitte
zwischen dem Schwachen und dem Mächtigerem; das Departeme
der auswärtigen Angelegenheiten soll uns vor falschen Schritt

schützen, welche uns die uns gebührende Stellung im europäischen Gleichgewicht, wenn wir eine solche wieder erlangen, kosten könnten; das Polizeidepartement soll dafür sorgen, dass die alten und neuen Institutionen geachtet werden; das Departement der Finanzen dafür, dass die Finanzkommissionen nicht mehr ausgeben, als ihnen vom Reichstag bewilligt wird. Wer wollte hier leugnen, dass diese Departements die Triebräder der Regierung zwischen den Reichstagssessionen darstellen? Wer bildet diese Departements? Leute, die ohne Intriguen, ohne Pression durch geheime Abstimmung hier gewählt werden. Keiner kann eine Uebermacht darin gewinnen, denn die kurze zweijährige oder vierjährige Frist tritt solchen Bestrebungen entgegen. Wem giebt der permanente Rath Rechenschaft von seiner Thätigkeit? doch wiederum diesem Reichstag, der die Macht besitzt, seine Mitglieder zu wechseln oder zu entfernen. Wo liegt also die Gefahr? Der permanente Rath in pleno ist erst ein Ganzes: ein Glied von ihm abzuschneiden, wäre ebenso schädlich wie das Ganze zu zerstören. Ich behaupte dieses ohne persönliches Interesse, denn ich will mich nicht zum Mitglied des permanenten Rathes wählen lassen. Die hier vorgeschlagene Militärkommission ist dagegen ganz etwas Anderes, sie soll aus lebenslänglich eingesetzten Ministern und Senatoren bestehen und die Gewalt über die Armee in die Hände bekommen; es ist dieselbe Hetmansmacht, die sich auch über den Ritterstand verbreitet, und von der uns der Allmächtige und unser Durchlauchtigster Herr unlängst befreit haben.“ Er endete mit der Warnung: „Wenn wir nicht wollen, dass der Armee statt der Vertheidigung unserer Grenzen die Bedrückung unserer Freiheit als Zweck gestellt wird, so müssen wir diese Kommission meiden und sollen uns lediglich auf die Verbesserung des permanenten Raths beschränken!“

Wir müssen auch dem Leser die Rede des Primas mittheilen, welche am 27. Oktober gehalten ward. Sie ist nicht sehr eloquent. In seinen Schriften wie auch in den Reden zeigt sich der Primas kalt und gemessen, es liegt ihm wenig daran, schön zu reden. Doch ist die Klarheit der Ansichten, die Stärke der Argumente und die Art und Weise, dieselben auszudrücken, durchaus dem Charakter dieses Mannes entsprechend, der sowohl in der königlichen Familie, wie auch im Senat und

Reichstag Alle weit überragte durch seine Festigkeit, seine Muth und zähe Ausdauer im Verfolgen eines Systems. Da d Marschallpräsident nicht den Muth gehabt hatte, das üb müthige Publikum zu bändigen, weil er um seine Popularit besorgt war, so fühlte sich der Primas verpflichtet, ebenso w der Kastellan Opacki seine Rede mit einigen Bemerkungen a die Galerie anzufangen, und sprach mit dem Nachdruck, der dem höchsten Würdenträger des Landes ziemte: „Ich bin meinem Vorredner mit der Jedem gebührenden Aufmerksamkeit gefolgt, und ich bitte um dieselbe Theilnahme seitens meiner Kollegen, wie auch um grössere Achtung für den Thron und für die konföderirte Republik, die hier tagt, seitens derjenigen, die hier von den Ständen zu den Berathungen zugelassen wurden, nicht um zu höhnen, zu loben oder zu tadeln, sondern um still und bescheiden ihre Meinung für sich zu behalten. Hier sind Senatoren, geistliche und weltliche Würdenträger vereinigt, ebenso wie die Abgeordneten des Ritterstandes, damit Jeder seine Ansichten gewissenhaft und nach innerster Ueberzeugung äussern und über die Mittel berathen kann, welche geeignet wären, unser Vaterland zu retten und emporzurichten.“ Nach dieser Einleitung geht der Primas dreist und offen zu dem Gegenstand der Diskussion über: „Wir verwahren uns augenscheinlich“, sagte er, „gegen die Uebermacht künftiger Regierer und liefern diese Uebermacht jetzt in die Hände uns gleichstehender Bürger. Der Hetman, der heute bei Otschakoff weilt, hatte sein Amt und seine Würden missbraucht, und deswegen wurden ihm dieselben vom Reichstag im Jahre 1775 entzogen und an seine Stelle eine Kommission gesetzt, die später mit dem permanenten Rath verschmolzen wurde; dieselbe Kommission, die heute so gepriesen wird, hat seiner Zeit auch Ursache zu Klagen gegeben“; darauf erzählte der Primas, welche Missbräuche die Armee beging, als sie unter der Kommission stand wovon einige auch auf seinen Gütern verübt wurden. Wenn er als Bischof, als Senator und als Bruder des Königs nicht geschont wurde, was sollte dann die ärmere Szlachta erleiden? Er erinnert ferner daran, dass ein gewisser Hetman (Oginsk im Jahre 1771) ohne Wissen der Regierung die Armee und di Mittel für das Heer in einer Weise gebraucht hatte, welch eben die Theilung Polens zum Theil verschuldete, ohne dass di

Möglichkeit bestanden hätte, ihn zur Verantwortung zu ziehen. Der permanente Rath hat zwischen den Reichstagssessionen Einfluss auf die Beschlüsse des Kriegsdepartements ausgeübt und er soll dieselben kontroliren; das ist demnach kein Geheimniss gewesen, wie der Marschall Potocki in seiner Rede hat offenbaren wollen, um das Publikum damit zu überraschen; der permanente Rath hat selbstverständlich die Beschlüsse des Departements kontrolirt, weil ihm diese Pflicht oblag. Diese Kontrole des Rathes über die Armee ist eben eine der Stützen der Regierung; ohne die Hülfe der Armee ist der Gehorsam für die Verfügungen der Regierung nicht durchzusetzen, ohne dieselbe würde doch Alles nur nach Wilkür gehen. Der permanente Rath wurde zwar in einer schlimmen Zeit eingesetzt; man müsse sich nur die damals bestehende Anarchie vergegenwärtigen, der Bedrückung der Bürger durch die Armee gedenken, um zuzugeben, dass der permanente Rath bessere Dienste geleistet als die frühere Regierung und es doch verstanden habe, Ordnung zu halten und das Privateigenthum zu sichern. Man beklagt sich hier über die russische Armee, doch hat man vergessen, wie viele polnische Unterthanen von preussischen Husaren über die Grenzen geführt wurden mit ihrem nach Millionen zählenden Vermögen; oder den Müller Muthmann, der grosse Herren und Wojewoden vor sich citiren lassen durfte, um von ihnen unrechtmässige Steuern zu erpressen, oder die fremden Juden, welche Millionen von falschen Assignaten einführten, nachdem sie das echte Geld aus dem Lande herausgeschafft hatten. Freilich erleidet die geschwächte Nation manche Bedrückung auch heute, obwohl keine so schlimme, wie die früheren gewesen sind; und wir thun, was in unserer Macht steht, um das Maass der Leiden zu mindern. „Es giebt Momente im Leben der Völker, in denen der Schwächere dem Mächtigen nachgeben muss und sich brauchen lässt, Ergebenheit heuchelnd, um noch grössere Bedrückung zu vermeiden. Wir sollen nicht blind auf die hier votirten 100 000 Mann vertrauen, denn wir wissen noch nicht, ob unsere Mittel und unsere Bevölkerung uns eine solche Anzahl erlauben; es kann bei uns ebenso geschehen, wie es in den Nachbarländern geschah, dass das Volk vor der Werbetrommel flieht. Den Starken ziert

Bescheidenheit, die den Schwachen stützt, Frechheit würde ihn sicher vernichten.“

Der Primas endete mit einer vernünftigen und zugleich politischen Wendung, die ihm als Bischof und Bruder des Königs Ehre macht. Da eben der Jahrestag des Attentates auf das Leben des Königs nahte (3. November 1771), welches uns in Europa so sehr geschadet hatte und die Nachbarn noch mehr zur Theilung ermuthigte, so rieth der Primas, diesen Tag besonders zu feiern und das Fest des heiligen Borromäus (4. November) als einen Bet- und Busstag zu verkünden, um Gottes Segen auf die Berathungen des Reichstages zu erbitten. „Ohne Gottes Segen kann nichts geschehen, und wir sehen, dass die österreichische Armee von den verachteten Türken arg geschlagen wird. Wir haben doch kein Recht, auf Wunder zu hoffen, denn durch unsere Selbstsucht, unseren unredlichen Ehrgeiz und unsere schlechten Sitten verstossen wir allenthalben gegen die heiligen Gesetze. Vielleicht wird der Allmächtige, wenn wir ihn demüthig darum flehen, uns erleuchten und uns vor Täuschungen und Illusionen bewahren, welche uns schon so viel gekostet haben und wieder in einen Abgrund zu reissen drohen.“ Diese letzten Worte verklangen ohne Beifall oder Widerspruch. Dafür aber hatte die Kritik der Hetmane Empfindlichkeiten wachgerufen und es wäre wohl zu unangenehmen Erklärungen gekommen, wenn der Fürst Czartoryski in der Sitzung vom 30. Oktober bei seiner Vertheidigung des Hetmans Branicki nicht eine geschickte Wendung der Dinge herbeigeführt und damit zur Versöhnung beigetragen hätte.*) — Von den anderen Reden der königlichen Partei ist die Behauptung des Abgeordneten Ankwicz erwähnenswerth, welcher meinte, eine besondere Kommission zu bilden, hiesse einen zweiten Thron gegenüber dem bestehenden aufzubauen, der dann die ausführende Gewalt wirklich handhaben würde, während der andere nur zum Schein da wäre; ähnliche Bemerkungen

*) Nachdem der Fürst die Beschuldigung des Primas abwies, indem er behauptete, dass der Hetman sich im Auslande zu Zwecken aufhielte, die dem Vaterlande nützen könnten, wandte er sich ausdrücklich an ihn mit folgendem Citat aus dem heiligen Augustin: „Quae dixi, non ad contumeliam tui dicta sunt, nam cognosco ipse, cum sis de viris bonis et amicis locutus, quantam viris bonis et amicis respondendi imposueris necessitatem.“

achte der Abgeordnete Zakrzewski: „Das Departement abschaffen, weil es dem Rath Rechenschaft giebt, und dafür eine Kommission einzusetzen, die frei von einem Reichstag zum anderen waltete; einigen vom Reichstag gewählten Leuten mehr Vertrauen schenken, als 36 anderen, welche von demselben Reichstag gewählt sind; dem Präsidenten einer Kommission trauen und dem König, der dem permanenten Rath präsidirt, nicht trauen — solche Dinge sind unverständlich! Warum söll der König mit dem permanenten Rath weniger zuverlässig sein als die Mitglieder der Kommission? Kann eine Kommission, welche eine Armee verwaltet, nicht die besten Absichten eines Königs vereiteln, Kollisionen zwischen den verschiedenen Behörden hervorrufen, im ganzen Lande Krieg entfachen und sogar einer fremden Macht die Hand reichen, die auf unsere anarchischen Zustände spekulirt? Wie soll die Regierung sich gegen fremde Mächte vertheidigen, wenn ihr die Kommission den Gehorsam versagt?“ — Ebenso vernünftig sind die Warnungen des Abgeordneten Michalowski aus Krakau. Seitens des Königs wird die Freiheit nicht bedroht, meinte er, denn gegen ihn würden die fremden Mächte sich gleich erheben und die Nation würde ihn an seine Pakta mahnen. Dagegen wird eine Behörde, welche nicht ihre Pflicht thut, nur solche Unruhen hervorrufen, die den Nachbarn willkommen sind, man wird genug scheinbar patriotische Gründe finden, um den Unfrieden zu nähren. Also erscheint ihm eine vollständige Kommission viel gefährlicher als ein König, der dem permanenten Rath präsidirt. Zwischen der Kommission und den anderen Behörden sind Kollisionen unvermeidlich, der Reichstag wird demjenigen folgen, der die Uebermacht gewinnt, und das Unglück des Vaterlandes wird unvermeidlich.

Der Bischof Kossakowski äusserte sein Bedenken, ob nicht die Obrigkeit der Armee sich ebenso unabhängig wie die früheren Hetmane geberden würde, wenn sie nur dem alle zwei Jahre tagenden Reichstag Rechenschaft abzulegen hätte. Wer kann dafür stehen, sagte er, dass diese Obrigkeit den Willen des Reichstages ausführen wird, und dass sie nicht schliesslich über die Civilbehörden und politischen Mächte ein Uebergewicht erlangt? Man weiss doch, dass die einfache Mobilisirung einer Armee nicht nur für die Bürger bedrückend ist, sondern auch

für die Nachbarmächte Ursache zum Angriff werden kann. Sol denn ein Militärkommando, welchem die Kenntniss der politisch Lage durchaus fehlt, entscheiden? Man behauptet, dass de Rath das Recht des Einspruchs belassen wird, was soll aber solche Mahnungen ausrichten? werden sie gehört? „Unse Städte machen sich nichts aus solchen Mahnungen; wie s denn die Militärkommission darauf hören? Wenn wir aber d Reichstag zum Schiedsrichter zwischen den zivilpolitischen u den Militärbehörden machen wollen, so verwandeln wir die Nation in ein Tribunal und machen den Prozessen kein Ende

Zu den Vertheidigern des Departements rechnen wir ferner d Wojewoden Chominski und Gadomski, den Kastellan Sier kowski, die Abgeordneten Kwilecki und Szirma, ohne ih Reden wiederzugeben. Der Kastellan Szczyt meint, „dass m ein unabhängiges Kommando darum zu haben wünscht, weil e solches angeblich fehlerfrei walten wird, während der Rath vie Fehler begangen habe! Worin besteht denn diese Unfehlbarkei doch nicht darin, dass ein ausserordentlicher Reichstag etwai Fehler, die doch vorkommen könnten, verbessern müsste? D ist das Mittel schlimmer als die Krankheit! Denn wer ka der Kommission verbieten, einige Tausend Soldaten zusamme zurufen, um mit solchem Argumente alle Beschuldigungen d Reichstages zu beseitigen? Die Kommission kann ja auch m Hülfe der Armee Konföderationen bilden und die Republ zwingen, dieselben als Landesregierung zu betrachten. Dav haben wir schon Beispiele gehabt. Man will hier dem Köni und dem Rath das Kommando entziehen, unter dem Vorwand dass Beide sich gegen die Freiheit verschworen haben, ohne auc nur irgend einen Beweis für solche Beschuldigung beigebrach zu haben; dieses ist eine Ungerechtigkeit. Man hat wohl au das Kriegsdepartement und den Rath hier verklagt, doch is keine der Klagen bewiesen worden: ante judicium suplicium Ueberhaupt sind die Beschuldigungen ein Beweis dafür, da hier nichts der Wachsamkeit des Publikums entgeht, und da ist gut. Es giebt aber keine vollkommene Regierung; auch da republikanische System neigt entweder zur Monarchie oder zu Anarchie. Wenn die Verwaltung der Armee dem Könige ohn Reichstagskontrole anvertraut wird, so bedeutet das eine ent schiedene Neigung zu dem monarchischen System; wenn da

gen diese Verwaltung in die Hände einer unabhängigen
mmission gelegt wird, so bietet man der Anarchie die Hand,
s das Land wiederum unter die schlimmste Despotie bringen
an. — Endlich bot die Rede des Abgeordneten Sokolowski
s Inowraclaw einen neuen Standpunkt, von dem aus diese
nze Diskussion beurtheilt wird. Er meint, es bestehe die
bsicht, den König von seiner Nation zu trennen. Wer hegt
lche Absichten? es könnte wohl die Politik einer fremden
acht in solcher Zwietracht ihre Rechnung finden, um über die
epublik herzufallen. „..... Man hat hier behauptet, dass es
r das öffentliche Wohl nothwendig sei, zwei sich gegenüber-
ehende Staatsgewalten zu haben. Welche wird siegen? die-
nige, deren Macht in der Feder besteht, oder die bewaffnete
acht? Es ist schwer zu sagen; es ist aber sicher, dass wir
rch diesen häuslichen Krieg die Opfer einer neuen Theilung
erden können. Was ist leichter für eine solche Kommission,
s eine Revolte hervorzurufen und bei dem Reichstag sich
nnestie zu erwirken? bleibt doch auch nicht ausgeschlossen,
ss ein Hetman durch Beziehungen zu einer fremden Macht
sere Armee derselben zu Hülfe führt und uns dadurch eigen-
echtig in einen europäischen Krieg verwickelt!“ Schliesslich
gt er: „Wann hat England mehr Blut vergossen als unter
nem Hetman, der zuerst eine Revolte machte, dann Protektor
rde und schliesslich Tyrann? Das Projekt einer selbständigen
litärkommission verurtheile ich als durchaus schädlich und als
n Akte dieser Konföderation widerstrebend.“

§ 37.

'elix Potocki macht den Antrag eines Reichstages in activitate.

Wir haben uns vielleicht etwas länger, als dem Leser lieb
r, bei den Reichstagsverhandlungen aufgehalten, weil die Be-
atung des ganzen Vorganges es erheischte. Die angeführten
den zeigen uns, dass die königliche Partei sich ausreichend
n den Gefahren Rechenschaft gab, welche entstehen konnten,
nn das Kommando über die Armee dem Könige entzogen
rde; sie zeigen uns auch, dass der Reichstag vor den
limmen Folgen hinlänglich gewarnt wurde, die sein Beschluss

für das Land haben könnte. Nur eine Folge wurde nicht vo
ausgesehen, obwohl Lucchesini dieselbe gleich deduzirt hatte
nämlich, dass der Beschluss über das Kriegsdepartement di
schon votirte Vermehrung der Armee gefährden und ein Haup
hinderniss werden könnte; die Zukunft musste dem Italien
leider in fatalster Weise Recht geben! ..... Inzwischen müsse
wir zugestehen, dass die Argumente der Regierungspartei b
den weniger Präjudizirten einen gewissen Eindruck machte
so schreibt der König an Deboli nach der ersten Sitzung: „E
lassen sich indicia wahrnehmen, dass die oppositionelle Parte
nicht mehr so blind auf die Majorität der Stimmen vertrau
Einige unter ihnen meinen schon, man solle mit der endgültige
Entscheidung über diese Frage zögern; sie zeigen sich geneig
über eine vermittelnde Abmachung zu verhandeln."*) — Vi
Tage später fügt er hinzu: „Bei der letzten Sitzung haben ve
schiedene Reden, unter anderen die des Primas, viele Gemüthe
zum Vortheil des Departements beeinflusst. Doch ist ei
Majorität noch nicht gesichert, denn die preussische Intrigu
verbreitet die Meinung, dass Russland auf den Beistand de
polnischen Armee so lange rechnen darf, wie das Kommand
derselben in den Händen des Königs bleibt."**) — Endlic
ging auch Felix Potocki, nach längerem Zögern, zu der Parte
über, welche das Kriegsdepartement unterstützte; ein Projekt
mit genauer und etwas modifizirter Begrenzung der Machtsphäre
dieser Behörde wurde von ihm als Antrag des Abgeordnete
Moszczewski dem Reichstage unterbreitet. Der Antrag fusste
auf folgenden Aenderungen: die Abgeordneten eines jede
Reichstages sollten während der zwei Jahre bis zum nächste
Reichstag in activitate bleiben, so dass derselbe in Bereitschaf
wäre und zusammenkommen könnte, sobald die Thätigkeit de
permanenten Rathes und des Kriegsdepartements der Revisio
bedürften;***) ferner sollte jeder Bürger das Recht der Klag

*) Brief vom 25. Oktober.

**) Brief vom 28. Oktober.

***) Das „Diarium des Reichstages" schreibt: permanenten Reichs tag (I 1, 211). Der Vorschlag, einen permanenten Reichstag zu bilde kam damals noch nicht in Betracht. Der Leser wird sich selber übe zeugen, dass diese Benennung hier unrichtig gebraucht wurde. Ueberhau finden wir im Diarium eine Menge Fehler, Ungenauigkeiten und Lücke

en die Mitglieder des Kriegsdepartements haben, falls das-
e gesetzwidrig handelte; das Kriegsdepartement sollte dem
manenten Rath Bericht erstatten, aber von diesem nur in-
ern abhängen, als es sich um die Sicherheit der Grenzen und
Bürger handelte; in der inneren Verwaltung sollte dasselbe
bhängig bleiben. — Es war eine vermittelnde Abmachung,
lche die Möglichkeit bot, den Reichstag jederzeit zu berufen,
l indem sie den Einfluss des permanenten Rathes auf das
iegsdepartement begrenzte, diejenigen beruhigte, welche den
manenten Rath fürchteten; so war nun auch die Hoffnung
rhanden, dass diejenigen Abgeordneten, welche weniger
rteiisch waren, sich zu den Vertheidigern des Departements
sellen würden. Die Führer der Opposition dagegen er-
hraken über diese Wendung der Dinge, und es erschien ihnen
einziger Ausweg, die Verhandlung über den Antrag von
lix Potocki zu verhindern; und in der That verhinderten sie
selbe während der Sitzung vom 30. Oktober. Wir wollen
s hier wieder der Worte des Königs bedienen, der schweigend
n seinem Throne der Konfusion zusah, die nun in der
mmer entstand: „Es ist schwer, die weitere Entwickelung des
ichstages zu beschreiben, ohne sich eines richtigen Diariums
bedienen", berichtete Stanislaw August an Deboli. „Die
rgestrige Sitzung war eine der stürmischsten, die man je ge-
hen hat, weil man die Lesung des neuen Antrages des
enerals der Artillerie Potocki einfach verhindern wollte. Drei
unden lang haben folgende Abgeordnete abwechselnd ge-
prochen: Suchodolski aus Chelm; Jablonowski, Kastellan von
rakau; Sangusko von Wolhynien, Potocki, der Starost von
umack, um diesen Zweck zu erreichen. Der General wurde
ierdurch tief gekränkt und soll seine Verwandten schwer ge-
cholten haben. Der Marschall Potocki (Ignaz) hat persönlich
ie Lesung nicht verhindert, doch ist er sichtlich dagegen;
benso die Konföderations-Marschälle; Malachowski macht Ein-
endungen und Sapieha; Letzterer, weil er seinen Onkel, den
etman (Branicki), allmächtig sehen möchte. Rzewuski (der

e auch Druckfehler, welche die Nützlichkeit dieser Hauptquelle beträcht-
h vermindern, wenn man keine anderen zur Kontrole ihrer Angaben
itzt.

Schriftsteller) gehört auch zu den Opponenten, weil er besti
auf eine Stellung in der projektirten Kommission hofft;
blieb er in den Grenzen des Anstandes, was man von
Anderen nicht behaupten kann. Der Fürst Adam Czarto
ist in seinen Reden immer mässig und möchte für e
Moderirten und Vermittler gelten, allein er versteht die S
immer so zu drehen, dass er der Opposition damit dient; ei
uns nur einmal einen guten Dienst erwiesen, indem er
Animosität gegen den Primas durch seinen Einfluss nicht
Ausdruck kommen liess. Rzewuski, der Schriftsteller,
dann den Antrag ad turnum gestellt, um zu entscheiden
das Kriegsdepartement oder die Kommission die Macht
die Armee behalten solle. Die vier von mir zuerst genan
Abgeordneten redeten über diese Angelegenheit vier Stu
lang, um die Verlesung des Gegenantrages zu verhindern;
um 8 Uhr abends hörten sie auf mit dem Verlangen, dass
Antrag ad turnum bliebe, was ich ihnen für die Mont
sitzung habe tandem versprechen müssen. Indessen h
wir schon mehrere neue Anhänger gewonnen, bloss weil
General sich öffentlich für das bestehende Kriegsdeparte
und gegen eine neuere Kommission erklärt hat. Nun bemi
sich die Opposition und seine vielen Verwandten d
Schmeicheleien und Drohungen, ihn von der eigenen Resolu
wieder abwendig zu machen.“*)

Man näherte sich dem Schlusse; die endgültige Abstimn
war schon angekündigt, und noch war Keiner im Klaren
das Resultat. Von der einen Seite wurden der Kammer
dringliche, bestimmte Argumente geboten, von der anderen
noch bestimmtere und lärmende Opposition. Wie sollte
wählen, wie die Frage beantworten, welche das Turnum
stellen würde? ..... Die Antwort darauf müssen wir ausser
des Reichstages suchen.

§ 38.

Die Verhandlungen der Opposition mit Lucchesini i die Berufung der preussischen Armee in die Repub

Am 1. November schreibt de Caché an den Fü
Kaunitz: „So viel ist gewiss, dass eben die Oppositionsp

*) Brief an Deboli vom 1. November.

rhaupt in ihren Unternehmungen und sonderlich in Anang ihres Bestrebens, die Unterwürfigkeit der Armee dem onseil permanent« zu entziehen und solche mittelbar deren ldherren durch die Errichtung der Kriegskommission in die nde zu spielen, an dem königlichen preussischen Gesandten rrn v. Buchholtz eine kräftige Stütze findet, wie sich dann ser Letztere gestern sogar gegen mich gesprächsweise herausn, dass es zu gefährlich wäre, den König von Polen durch Beibehaltung des Kriegsdepartements auf dem bisherigen s Meister über die Armee, besonders da man sie so ansehnh vermehren wolle, zu lassen; und auf mein blosses Erwidern, s eine derlei Gefahr sehr übertrieben und von seinem eigenen e beim Reichstag von 1776 das Gegentheil anerkannt rden zu sein scheine, hinzufügte, dass er, Herr v. Buchholtz, alls in seinem Archiv keinen Beweis, noch die Note der r drei Minister vom 1. November 1776 vorfinde..... Meiner ingen Ansicht nach zielen die fortdauernden preussischen Beeitungen noch immer offenbar dahin, den Ausbruch innerlicher rüttungen in Polen und wenigstens einen Theil der gegen sland und den König von Polen missvergnügten Partei zu nd einem Schritt zu veranlassen, welcher dem Berliner Hofe igen Vorwand verschaffe, mit gewaffneter Hand zum Schutz sogenannten unterdrückten Patrioten in Polen einzudringen l sodann im Trüben zu fischen. . . . ." Inzwischen hatten rohl der preussische Minister, wie auch die Opposition eines ar Argumente nicht mehr zur Verfügung, denn der in Berlin chienene Gesandte Nesselrode hatte im Namen seiner Herrin lärt, dass Russland auf die Allianz mit Polen verzichte; eine liche Erklärung erhielt auch Graf Stackelberg in Warschau. mit fiel die immer wieder angebrachte Behauptung, der manente Rath wolle die eben geschaffene Armee im Kriege gen die Türkei gebrauchen. Dagegen fand sich ein neues, zum eil auch richtiges Argument, weil man aus der Ukraine lenkliche Berichte über die Vergewaltigungen seitens der sischen Armee erhielt und nun auf den Rath von Lucchesini Reichstage den Antrag stellen wollte, Russland möge seine uppen aus dem Gebiet der Republik zurückziehen. — Da les, was Russland gegen die Nation verübte, auf das Kriegsartement und den permanenten Rath ein bedenkliches Licht

uns in ihre Angelegenheiten einzumischen; also ist es nothwendig, die Truppen in Bereitschaft an der Grenze zu halten.“ Jede Sitzung des Reichstages bestärkte die Hoffnung in Buchholtz, dass die Polen, denen er so gut dazu verhalf, eine Dummheit begehen würden. Nach der Sitzung, die wir oben beschrieben, vom 30. Oktober berichtet er: „Die Desertion des Grafen Potocki hat die Patrioten sehr niedergeschlagen; sie zweifeln an dem Gelingen ihrer Sache. Sie sind also entschlossen, eine neue Konföderation zu bilden und Eure Majestät um Hülfe zu ersuchen. .... Der Graf Oginski und der alte Fürst Radziwill haben mir versprochen, dass, sollte das Kriegsdepartement sich halten, sie vor keinem Schritt zurückschrecken und die Waffen ergreifen würden, um sich vor dem Joch zu bewahren, welches sie bedroht.“*) Wir haben schon oben bemerkt, dass Buchholtz nicht das ganze Vertrauen der Opposition besass, am wenigsten aber in einem solchen Moment und in einer so wichtigen Angelegenheit. Man glaubte ihm und vertraute sich ihm nur zur Hälfte an. Der wirkliche Vermittler, obwohl geheimer, sogar ohne Wissen Buchholtz', war schon damals Lucchesini. Hören wir, was dieser berichtet. Die Gegenkonföderation, welche der preussische Hof sich wünscht, meint er, käme nur bei folgenden drei Eventualitäten zu Stande: wenn der polnische König das Kommando über die Armee behält, oder wenn er, nachdem er dasselbe verloren hat, die Kammern auflöst, oder schliesslich, wenn die russische Armee in Polen überwintern wollte. In jedem dieser drei möglichen Fälle würde Lithauen eine neue Konföderation bilden, deren Haupt Oginski würde und die ihre Hauptstütze in Radziwill fände, denn dieser verfügt über eine eigene Miliz von 6000 Mann und einige Festungen. — Später erfährt Lucchesini, dass Fürst Sapieha, obwohl einer der Konföderationsmarschälle, auch bereit wäre, sich an die Spitze einer Gegenkonföderation zu stellen. „Sein Entschluss hätte bedeutende Folgen ....., das Beispiel von Lithauen und die Hoffnung, sich von dem Joche Russlands und Oesterreichs zugleich zu befreien, würde auch Grosspolen in diese Gegenkonföderation ziehen. Es ist auch anzunehmen, dass dieses Alles geschieht, wenn der König die Gewalt über

*) Bericht an den König vom 1. November 1788.

die Armee behält, und solange die Polen auf die Fortsetzun des Krieges mit der Türkei hoffen dürfen. . . . . Was de Fürsten Adam Czartoryski anbelangt, so kann man füglich v ihm nicht mehr verlangen, als er thut, solange der Kampf n in der Kammer ausgefochten wird. Wenn die oben erwäh Gegenkonföderation unter der Aegide Eurer Majestät wirkli zu Stande käme und damit die Hoffnung auftauchte, Galizi von Oesterreich zu befreien, so kann man sicher darauf rechn dass der Einfluss der Fürstin, seiner Gemahlin, ihn mit sein ganzen Partei auf unsere Seite schieben wird. Inzwisch arbeiten Alle in der Stille. Ich war einmal bei ihrer geheime Zusammenkunft zugegen, in der sie mir anvertrauten, dass m Ew. Majestät bitten wollte, Krakau zu besetzen und ein preussisch Korps bei Warschau lagern zu lassen. Heute Abend (geschrieb am 29. Oktober) werde ich mit ihnen eine zweite Konfere haben, um zu erfahren, inwiefern sie mir entgegenkomm Jedoch werde ich mich in Acht nehmen und weder E Majestät kompromittiren noch die Polen Misstrauen fas lassen.“ — Ferner giebt Lucchesini Bericht über die Warscha Garnison, die 3700 Mann zähle und 500 Mann Kavallerie i der Nähe der Stadt. Die angekündigte geheime Sitzung fa auch wirklich in der Nacht vom 30. auf den 31. statt. Di Reichstagssitzung vom 30. hatte die Opposition dermaassen b unruhigt, dass man einfach von Lucchesini verlangte, Buchhol möchte mit einer zweiten Deklaration auftreten, „in der E Majestät die Erklärung mache, nicht gleichgültig zuschauen z können, dass man in Polen die Armee vergrössere, falls di Nation den Oberbefehl über dieselbe nicht für sich zu bewahr wisse. Eine derartige Deklaration erschien mir nach der stat gehabten (am 12. Oktober) überflüssig; auch war Herr Buchhol nicht dazu ermächtigt; ausserdem würde eine solche Erkläru die Opposition von der Pflicht befreien, ihrerseits einen En schluss zu fassen und sich entschieden gegen die Regierung z stellen, oder Eure Majestät um Hülfe gegen dieselbe zu bitte wenn es zum Aeussersten käme. Aus diesen wohlerwogene Motiven habe ich mich diesen Vorschlägen der Berathende widersetzt und damit die Häupter der Opposition gezwungen den Weg einzuschlagen, der dazu führen wird, dass dies Herren Eure Majestät direkt um rasche Hülfe anflehen.“ Lucch

ni erzählt weiter, dass es dem König und dem russischen
esandten gelungen sei, die Opposition gegen Buchholtz miss-
auisch zu machen, und dass er (Lucchesini) darum gegen seinen
Villen genöthigt wäre, die Konfidenzen der Parteiführer an-
hören. „Ich bin deshalb auch zu der Konferenz gebeten
orden, die gestern Nacht unter den Parteiführern der patrio-
schen Partei stattfand, und die den Gegenstand dieses Berichtes
ildet, den ich durch den Kurier des Prinzen von Württemberg
chicke; die Erlaubniss dafür wurde mir von seiner Schwieger-
utter, der Fürstin Czartoryska, erwirkt."

Es heisst weiter: „Sollte der König von Polen doch das
solute Kommando über die Armee behalten, so werden ihm
e Mitglieder der Opposition und die Patrioten die neuen
euern, die zur Vermehrung der Armee dienen sollen, ver-
eigern. Ausserdem ist es uns gelungen, die Klagen über die
usschreitungen der russischen Armee zum Gegenstand der
eichstagsverhandlungen zu machen und dadurch den Beschluss
r versammelten Stände zu erwirken, falls dieselben andauerten,
erde man zu den Waffen greifen, um das Ueberwintern der
ssischen Truppen innerhalb der polnischen Grenzen zu ver-
ndern. Die Opposition setzt voraus, diese beiden Maassregeln
ie Weigerung der Steuern und die Befehle Russlands betreffend)
ürden den König zwingen, die Kammer aufzulösen, damit der
ermanente Rath allein zu regieren hätte und sich Russland in
llem gefällig erweisen könnte. Diese voraussichtliche Wendung
er Dinge wollen die Patrioten benutzen, um gegen die Auf-
ösung der Kammer Protest zu erheben und konföderirt zu
leiben im Gegensatz zur königlichen Partei; dann werden sie
uch Eure Majestät um Beistand angehen. Mit Herrn Buchholtz
ollen sie in dieser Sache nichts zu thun haben und bitten Eure
lajestät, ihnen mich oder sonst Jemanden durch ein eigen-
ändiges Schreiben zu bezeichnen, mit dem sie konferiren
önnten. Ihre Vorstellungen gingen ferner dahin, dass, falls
ine solche Spaltung sich zutrüge, Eure Majestät sofort um
ülfe und um den augenblicklichen Einmarsch preussischer
ruppen in Polen angerufen werden würde durch die hiesigen
inister; mit Recht bitten die Parteiführer, Eure Majestät
öge die geeigneten Befehle ertheilen, damit der an der Grenze
mmandirende General in solchem Falle alsbald in das Land

eintreten könnte, da jede Verspätung bei ähnlichen Fällen verhängnissvoll werden würde. Da Misstrauen und Gier den Polen eigen sind, so habe ich mich nicht gewundert, als diese Herren weiter verlangten, dass Eure Majestät sich verpflichten sollten, erstens die heutigen Grenzen von Polen intakt zu lassen, zweitens ihnen zu helfen, wenigstens die Salzbergwerke von Wieliczka von Oesterreich wieder zu bekommen, drittens die Steuern auf der Weichsel zu ermässigen, dafür sollte Ew. Majestät sich begnügen, den Besitz der schon bei der Theilung erworbenen Provinz garantirt und eventuell noch Danzig und Thorn angeboten zu bekommen. Darauf habe ich erwidert, ich schmeichelte mir, das Vertrauen Eurer Majestät in hinreichendem Maasse zu besitzen, um mit den Herren zu konferiren; dass ich die Worte der Deklaration, in welcher Eure Majestät sich bereit erklärte, den Polen zu helfen, nur bestätigen könnte; dass es aber anmaassend wäre, Eure Majestät mit Verpflichtungen wie die obigen zu binden und Eurer Majestät eine Garantie der erworbenen Provinzen anzubieten; dass es ferner nicht zeitgemäss wäre, jetzt von Danzig und Thorn zu sprechen und noch weniger von der Ermässigung der Steuern, die durch frühere Verhandlungen bestätigt worden waren; schliesslich betonte ich, dass nur siegreiche Kriege Polen das Recht zu neuen Erwerbungen geben könnten. Aus diesem Bericht über die gehabten Verhandlungen, an denen nur Wojewoden, Abgeordnete, die Minister der Republik und der Fürst Sapieha als der Konföderationsmarschall für Lithauen theilnahmen, kann Eure Majestät den wahrhaften Zustand der Angelegenheiten in Polen beurtheilen.“ Ferner erzählt Lucchesini, die Hoffnung auf preussischen Beistand habe die Opposition gestärkt; Manche glaubten, wenn Polen dem russischen Befehlshaber Rumianzoff Proviant verweigerte, seine Lage unhaltbar zu machen; die Kavallerie würde zu Grunde gehen und die Infanterie den Tataren preisgegeben; Andere wähnten, man könne Potemkin auch leicht besiegen, nachdem er so viele Soldaten bei Otschakoff verloren hatte, und Russland könne ohne Polens Hülfe der Türkei keinen Schaden zufügen und Oesterreich nicht helfen. Bei dieser Lage der Dinge, meint Lucchesini, wäre es wohl zu erwägen, ob die Zeit nicht gekommen, den russischen Einfluss in Polen auf immer zu brechen. Die Kaiserin würde denselben doch bei dem ersten Missverständniss gegen Preussen brauchen.

Ferner berichtet er, Essen habe den Plan angeregt, der Reichstag sollte eine Petition an die europäischen Mächte abfassen mit der Bitte um ihre Intervention bei der Kaiserin, damit sie ihre Truppen aus Polen zurückziehe. Hayles und und Engeström (der englische und schwedische Gesandte) hatten zugestimmt, er, Lucchesini, hätte aber Buchholtz gerathen, sich passiv zu verhalten, um die Absichten des preussischen Hofes bei dieser Gelegenheit nicht kundzugeben. Die Opposition rechne sehr auf die Wiederkehr des Hetmans Branicki, weil derselbe unter dem Einfluss der Fürstin Czartoryska stehe und einen unüberwindlichen Hass gegen den König und den Gesandten habe, auch nur den einen Wunsch hege, die frühere Hetmansmacht wieder zu erlangen. Alle diese Erörterungen endete Lucchesini mit der Versicherung, dass alle gehegten Pläne geheim gehalten wären, so dass, falls es beim Alten bliebe, nichts davon nach aussen bekannt würde und in die Oeffentlichkeit käme.*) In einem Brief an Hertzberg selbigen Datums schreibt der Italiener: „Sollte Alles, was wir hier eingeleitet haben, fehlschlagen, so würden die Russen, indem sie darauf bestehen, hier zu überwintern, den Polen Ursache zum Kriege geben. Ich halte einen Unruhestifter in Bereitschaft, der nur auf ein Zeichen wartet, um in die Ukraine zu rennen, dort mit einem Haufen aufgeregter Szlachta die Russen anzugreifen und somit die Verwirrung anzuzetteln, sobald ich ihm die Versicherung gebe, dass der König von Preussen dem polnischen Volke Beistand leistet.“ In einem Postskriptum lesen wir schliesslich noch Folgendes: „Nachdem ich diesen Brief schon gesiegelt, habe ich wieder einer geheimen Sitzung beigewohnt (der dritten), in der ich die Ueberzeugung gewann, dass, sollte es dem polnischen König bei der Abstimmung am Montag gelingen, die Majorität der Stimmen zu erhalten und damit das Kommando der Armee zu behalten, ein bedeutender Theil der Wojewoden und Abgeordneten, ohne auf die Strafe, die vom Gesetz über diejenigen Repräsentanten des Volkes, welche um fremde Hülfe bitten, verhängt wird, zu achten, einen der ihrigen nach Berlin absenden werden mit einer Adresse von 50 bis 60 Reichstags-

*) Obwohl theilweise abgekürzt, sind diese Berichte von Lucchesini in der Hauptsache richtig wiedergegeben. (Anm. des Ueb.)

mitgliedern. In dieser werden sie um den Einmarsch der preussischen Armee bitten, um unter ihrem Schutz eine Konföderation zu bilden. Obwohl diese Sache noch nicht zum Schluss gediehen ist, so kann ich doch versichern, dass ich nichts unterlassen werde, um die Urheber derselben bei ihrer guten Absicht festzuhalten.*) Man wird wohl verstehen, welche Freude diese „guten Absichten“ der polnischen Opposition in Berlin verursachten. Die obigen Depeschen wurden vom Ministerium nach Potsdam geschickt und mit folgenden Bemerkungen begleitet: Lucchesini sollte in Polen bis Weihnachten**) verweilen, da die Unfähigkeit des Gesandten Buchholtz offenbar ist; ferner sollte der König keinen Augenblick zögern, der neuen Gegenkonföderation seine Hülfe zu versprechen, gleichviel ob dieselbe in der Frage des Kommandos, oder der Ueberwinterung der russischen Truppen entstehen würde. Der König solle Lucchesini auch die verlangte Bevollmächtigung zum Verhandeln mit der Opposition ertheilen, ein preussischer General in der Nähe der Grenze Instruktion erhalten, der Aufforderung von Lucchesini zu folgen, sobald eine solche käme; man sollte sich aber hüten, der Gegenkonföderation gegenüber weder auf irgend welche bestimmten Verpflichtungen einzugehen noch ihre nichtigen Anerbietungen für die Zukunft anzunehmen.***) Friedrich Wilhelm billigte vollkommen die Meinung seiner Minister und befahl, die Depeschen in diesem Sinn auszufertigen; ohne auf diese aber zu warten, schickte er einen eigenen Kurier nach Warschau mit der eigenhändigen Bevollmächtigung.†) Ebenso erhielt der General von Usedom den Befehl, seine Truppen an der Grenze bereit zu halten, um bei der ersten Aufforderung aus Warschau in Polen einzutreten. In der Angst, eine solche ausgezeichnete Gelegenheit durch die geringste

*) Brief an Hertzberg, 1. November.

**) „Jusqu'à la fin de la diète“, heisst es im Original. (Anm. des Ueb.)

***) Bericht des Ministeriums an den König vom 5. November.

†) So lautet dieses Dokument: „Au Marquis de Lucchesini. Je vous autorise par la présente de traiter avec le parti patriotique et, s'il est obligé de se confédérer, de lui promettre toute l'assistance réelle de ma part dont il pourra avoir besoin. Sur cela, je prie Dieu etc. — Potsdam ce 6. Nov. 1788. F. Guillaume.“

Verzögerung zu verlieren, empfahl der König seinem Ministerium, ein Manifest auszufertigen, welches beim Eintritt seiner Truppen in Polen publizirt werden könnte. Hertzberg bemerkte darauf, man müsse erst die Gründe kennen, welche die Opposition zur Gegenkonföderation führen werde, um ein Manifest zu verfassen; darauf schrieb der König nach Warschau an Lucchesini und gab diesem den Auftrag, dasselbe zu verfassen, mit dem Befehl, ja darin hervorzuheben, dass Preussen nicht wie Russland handele, indem es nur auf Aufforderung der Polen selbst und nicht gegen ihren Willen seine Truppen einmarschiren liesse.*)

§ 39.

Der Fall des Kriegsdepartements.

Während man in Berlin mit fieberhafter Hast von dem Vertrauen der Opposition Vortheil ziehen wollte, kam es in Warschau zur Lösung der gespannten Situation. Stanislaw August sah ein, dass er sich die Hälfte des Reichstages entfremdete, wenn er darauf bestand, den Oberbefehl der Armee bei der Regierung zu behalten. Der Antrag von Felix Potocki könnte allein zu Kompromissen zwischen den Parteien über diese Frage führen. Zwar verlor dadurch der permanente Rath den Einfluss auf die innere Verwaltung der Armee, das Land gewann aber einen permanenten Reichstag, welcher in der Verwaltung und in der Gesetzgebung Nützliches leisten könnte. Es war auch kein neuer Gedanke; schon in 1768 und in 1775, als man die Kardinalgesetze niederschrieb, hatte Stanislaw August den Vorschlag gemacht: die Abgeordneten sollten ihre Mandate behalten und im Fall der Noth zusammenberufen werden. Die garantirenden Mächte hatten diesen Vorschlag damals abgewiesen; um so mehr war der König geneigt, ihn jetzt anzunehmen. Er setzte bei Stackelberg durch, dass dieser den permanenten Reichstag, dessen Mitglieder zwei Jahre in activitate blieben, gut hiess, unter der Bedingung, das Kriegsdepartement möchte so bleiben, wie es der Antrag von

*) Depeschen und Berichte vom 5., 6., 7. November 1788, siehe Acta betreff. die Allianz, welche die Kaiserin von Russland der Republik Polen antragen liess. Geheim-Archiv zu Berlin. (Anm. des Ueb.) Schickung Lucchesinis nach Warschau. R. 9., 27. (Anm. des Ueb.)

Felix Potocki haben wollte. Nachdem er dieses erlangt hatte, lud der König am 2. November die Häupter der Opposition zu sich ein; es war der Vorabend der entscheidenden Reichstagssitzung. Bei dieser Berathung waren folgende Abgeordnete zugegen: Fürst Adam Czartoryski, Felix und Ignaz Potocki mit anderen Brüdern und Namensvettern, Jablonowski, Vater und Sohn, der Wojewode Niesiolowski, Rzewuski der Schriftsteller, der Wojewode Sanguszko u. A. m. Wir kennen nicht die Einzelheiten dieser Berathung, wir wissen nur, dass nach längeren Unterredungen die Opposition das ganze Projekt von Felix Potocki anzunehmen und dafür zu stimmen versprach, wenn die Mandate der Abgeordneten zur Permanenz gelangten und dadurch der sogenannte dauernd bereite Reichstag gesichert wäre. Freilich konnte man nicht auf Sapieha und die Hetmans-Parteigänger rechnen, der König hoffte aber, auch ohne diese fertig zu werden. Der Abgeordnete Niesiolowski machte einige Schwierigkeiten und wollte den Reichstag permanent zusammen lassen, doch konnte davon keine Rede sein, weil eine so fundamentale Veränderung in der Regierungsform ohne den Beifall der fremden Mächte nicht geschehen durfte. Damit trennten sich die Berathenden und verliessen den König in bester Zuversicht.*) Die entscheidende Sitzung ward auf Montag den 3. November anberaumt. Der Antrag von Felix Potocki wurde zuerst verlesen und eine lange und stürmische Diskussion über die Form der Fragestellung brach los. Endlich wurde die Alternative vom Reichstagsmarschall folgendermaassen formulirt: „Soll ein Kriegsdepartement mit Bezeichnung seiner Macht bestehen? **Affirmative**; oder: soll eine Kommission mit Bezeichnung ihrer Macht entstehen? **Negative.**“ — Lange Reden wurden wieder bei der Abstimmung gehalten. Die Senatoren, besonders diejenigen, welche zur königlichen Partei gehörten, sprachen wenig und begnügten sich, mit kurzen Sätzen ihr Votum zu motiviren; dagegen liess sich die Opposition diese Gelegenheit nicht entgehen, um die Unschlüssigen auf ihre Seite zu ziehen. Bald merkte Stanislaw August, dass man

*) Brief des Königs an Deboli, vom 5. November. Bericht de Cachés desselben Datums.

ihn hintergangen hatte; die grosse Majorität der Reden war oppositionell, einige sehr scharf gegen den König und den Primas. Der permanente Rath wurde in schrecklichen Farben dargestellt als despotisch u. s. w. „Es ist eine furchtbare Behörde“, riefen Einige aus, „sie erschöpft das Land; wie viel furchtbarer wird sie, wenn wir ihr den Degen abtreten! Dass sie unter unserer Aufsicht steht, ist eine Illusion! Der permanente Rath ohne Waffen war schon fatal genug, aber wenn derselbe über die Armee entscheidet, so wird er Herr der ganzen Nation! Darum, solange ich noch frei bin, solange man mir die Ketten noch nicht angelegt hat, werde ich für eine Kommission stimmen!“ — Man könnte vermuthen, dass die Rede von dem Rath von Venedig war und dass in Polen statt des weichen Stanislaw August ein Tiberius oder Iwan der Schreckliche das Scepter führte! Alle Redekunst verwandte besonders Sapieha darauf, den Rath als ein Monstrum darzustellen und zu zeigen, über welchem Abgrund die Nation schwebe: „Wir stehen am Rande des Verderbens“, so fing er an, „wir sehen hier das Grab unserer Freiheit, wenn wir die vermehrte Armee dem Kriegsdepartement ausliefern. Der permanente Rath hat das Recht, die Gesetze zu deuten, er wird also kein Gericht fürchten und sich der Straflosigkeit erfreuen. Wenn er über die Armee verfügen darf, so sind wir verloren. Der Rath glaubt schon, allein zu regieren! O Gott, dass auf diesem Reichstag solche schrecklichen Gefahren den Staatsbürgern bevorstehen sollten!“ . . . . . Diejenigen, welche wussten, was hinter den Kulissen vorging, verstanden wohl, dass der Fürst seine Kandidatur als zukünftiger Konföderationsmarschall in solchen Reden stellte; er motivirte im Voraus die preussische Intervention, die er gegen Stanislaw Augusts angebliche Tyrannei anrufen wollte. Man hörte in diesen Reden das Echo der nächtlichen geheimen Berathungen mit Lucchesini, er gab deutlich darin dem König zu verstehen, dass, wenn das Departement nicht abgeschafft wäre, der Beschluss über die vermehrte Armee keine Aussicht auf Erfolg haben würde. „Denn Niemand“ (es sind die Worte des Fürsten) „wird sein Vermögen für Steuern opfern, die gegen ihn gerichtet sind.“

Die Sitzung dauerte von 12 Uhr mittags bis 4 Uhr nachts, also 16 Stunden, während welcher der König seinen Platz nicht

verliess. Achtzig Reden wurden gehalten. Endlich zählte man die Stimmen: Für das Kriegsdepartement 149, dagegen 114, also eine Majorität von 35 Stimmen. Nun wurde gleich eine geheime Abstimmung verlangt, bei der das Kriegsdepartement mit 18 Stimmen verlor. Ueber 50 Mitglieder des Reichstags hatten bei der geheimen Abstimmung sich von dem losgesagt, was sie öffentlich vertreten hatten! Die Sache war entschieden! Das Kriegsdepartement wurde damit abgeschafft. „Man kann sich schwer vorstellen, welche Freude sich nach diesem Sieg kundgab", schreibt ein damals noch junger, später ehrwürdiger Schriftsteller, der, von seinem Familienkreise beeinflusst, dieselben Empfindungen hegte. „Man schickte Boten nach allen Richtungen, um die frohe Nachricht in der Stadt zu verbreiten. Man schlief nur in wenigen Häusern, besonders da nicht, wo gesellige Unterhaltung üblich war, und überall rief die Nachricht freudige Aeusserungen hervor, an denen Frauen und Kinder theilnahmen. Zum ersten Mal seit Jahren hatten die Polen, hatten die Vertreter der Nation nicht dem Druck von Russland nachgegeben und den eigenen Willen durchgesetzt. Ob dieser Wille vernünftig, war zunächst Nebensache, man hatte ihn durchgesetzt. Ein wirklicher Sieg über die russische Armee und Gewalt hätte kaum grössere und wahnsinnigere Freude hervorgerufen als dieser Sieg im Reichstag, den man als Beweis der politischen Freiheit der Nation gelten liess."*)

„Nun wird mir Alles schwerer gemacht", schreibt seinerseits der König. Schmerzlich enttäuscht, beklagt er sich über Ignaz Potocki und seine Freunde, die ihm nicht Wort gehalten und die Annahme des Antrages von Felix Potocki verhindert hatten. Welche Gründe den plötzlichen Rückzug der Häupter der Opposition verursacht hatten, ist schwer authentisch festzustellen, doch kann man treffende Hypothesen darüber machen. Ignaz Potocki, über den der König sich beklagt, nahm theil an den geheimen Berathungen mit Lucchesini oder wusste jedenfalls darum. Er konnte also leicht berechnen, welche Folgen der Sieg der königlichen Partei für das ganze Land haben könnte: Verweigerung der Steuern, eine Gegenkonföderation und bewaffnete Intervention der Preussen! Um diese Gefahren zu

*) Fürst Adam Czartoryski, Das Leben von Niemcewicz, S. 60.

meiden, stimmte er, stimmten Adam Czartoryski und die
nigen gegen das Departement und thaten der öffentlichen
inung Genüge. In Wirklichkeit war die Wahl für die Be-
nenen äusserst schwierig; es ist gefährlich, eine Regierung
ne Armee zu haben, doch weit gefährlicher, das Land in die
nde der listigen Nachbarmacht auszuliefern. Während der
stimmung gingen Gerüchte herum über die bevorstehende
ssische Okkupation an der Grenze.*)

§ 40.

Die wahre Bedeutung des Reichstagsbeschlusses.

Wie dem auch sei, der Beschluss war gefasst; im Prinzip
r die unabhängige Kriegskommission ins Leben gerufen und
t ihr eine von der Regierung unabhängige Armee — die
tmanswürde lebte wieder. In der Geschichte dieses Reichs-
es bildet dieser Beschluss eine traurige Seite, um so trauriger,
sie den bedeutendsten Sieg der anarchischen Elemente be-
chnet, welche in Preussen verrätherische Unterstützung fanden.
r wollen daran erinnern, dass die Hetmane seit einem Viertel-
rhundert mit der Regierung beständig im Streite lagen, und
s sie es waren, welche das anarchische „nie pozwalam“ (ich
aube nicht) der Brüder-Szlachta verkörperten. Diese Eigen-
cht der Hetmane hatte noch kein polnischer König zu be-
gen vermocht; von Wladislaw IV. anfangend, hatten alle
in beigeben müssen und August der Starke pflegte sogar zu
gen: „Hätte ich gewusst, was die Hetmanswürde in Polen
eutet, so würde ich um diese und nicht um das Scepter ge-
rben haben.“ Ohne Zweifel ist eine richtige Theilung der
ntlichen Gewalten im Staate nothwendig, jedoch eben Theilung,
ht Trennung bei gegenseitiger Unabhängigkeit. Die Ueberein-
mung der öffentlichen Gewalten ist in einem Reiche ebenso
ntbehrlich wie die Uebereinstimmung der Triebe in der
schlichen Seele. Sobald einer der Seelentriebe alle übrigen
ragt und allein im Menschen waltet, ist für diesen Gefahr
handen. Ein solcher Vorgang hatte sich seit der Mitte des
Jahrhunderts in Polens politischer Verfassung abgespielt,

*) Smitt, Suworoff und Polens Untergang, Leipzig 1858, II. 192.

Die Macht der Hetmane war auf Kosten aller übrigen öffe lichen Gewalten stets gewachsen und die Besorgniss der Szlacl um das absolutum Dominium der gewählten Könige war einer fixen Idee geworden: als unabweisliche Folgen dieser I scheinungen erwiesen sich erst die Schwächung, dann die V wesung der Republik.*) Wenn es also um die Mitte des 18. Jal hunderts galt, Polen emporzuheben, so musste man vor all Dingen die Macht der Hetmane beschneiden: es wurde au zweimal unter Stanislaw August (auf den Reichstagen in 17 und 1776) durchgesetzt, doch nur mit Russlands Hülfe kon so etwas geschehen und der Widerstand der Hetmansanhäng gebrochen werden. Und nun, nach solchen Voraussetzung sehen wir denjenigen Reichstag, der sich nur darum konföderi hatte, um desto sicherer der Republik beizustehen, sein W damit anfangen, dass er die Macht der Hetmane wieder Leben ruft, obwohl mit Vertheilung an verschiedene Häupt wir sehen ihn der Regierung jeden Einfluss über die Armee v weigern. Was konnte eine Regierung ohne solchen Ein bedeuten? Die gesetzliche und historische Bedeutung ei Fürsten besteht eben darin, dass er der Erste im Kampfe soll (the first), dass er die Armee führt (duc, Herzog, Wojewo Ein Monarch ist nicht nur der oberste Diener seines Landes, muss auch der oberste Vertheidiger seiner Nation sein; ihm di Pflicht und zugleich diese Würde entziehen, heisst ihn zu Stellung eines gemästeten Ochsen herabsetzen und ihm

*) Wir wollen vorübergehend hier bemerken, dass diese fatale Stim der polnischen Nation, welche sie immer wieder ihrer eigenen Regie gegenüber misstrauisch macht und eifersüchtig auf die Gewalt über Heer, dass eben diese Stimmung noch den politischen Tod überlebt Es geschah noch im Jahre 1831. Diejenigen, welche damals den Auf organisirten, wollten den Befehlshaber der Armee nicht unter die Auto der Regierung stellen, der geheime Reichstag hatte sich auch das Recht behalten, den Befehlshaber abzusetzen, trotz Krieg! Solche Irrungen Folgen der Unwissenheit und Unerfahrenheit im Staatsleben und in Staatskunst überhaupt, andererseits aber auch der Anmassung und der bildung, welche leider die polnischen Abgeordneten so oft verblendet verleitet hat, nicht nur Gesetze geben, sondern auch regieren zu wollen. der Geschichte des Krieges im Jahre 1831 ist bisher nicht genügend erlä worden, welche üblen Folgen der oben erwähnte Beschluss nach sich zogen hat.

htung entziehen. Es wird nicht immer darum heissen, dass
ı Monarch ein erfahrener Kriegsführer ist und ein guter
litiker, er muss aber das Haupt der Armee und der politischen
ischine sein und sich als solches fühlen. Ohne diese Bedin-
ngen kann ein Staat kein Ansehen nach aussen geniessen und
r fügen noch hinzu, er wird auch kein Ansehen nach innen
sitzen. Denn, lassen wir auch die Sicherheit nach aussen bei
ite, müssen wir nicht dennoch zugeben, dass die Aufgabe einer
gierung in der Erhaltung der Ordnung, der inneren Sicherheit
d der Wahrung der Gesetze bestehen soll? Wie soll aber
ıe Regierung solches vermögen, wenn ihr keine bewaffnete
ıcht zur Verfügung steht? Diese Pflicht wurde jeder Regierung
n Gott, nicht von den Menschen verliehen; darum ist eine
gierung, welche dieselbe nicht erfüllen kann, im Voraus dem
ıtergang bestimmt. Welche Zukunft kann eine Nation er-
ırten, wenn sie ihrer Regierung die Existenzbedingungen ent-
ıht? Man hat darauf erwidert, dass unser Sejm (der Reichs-
g) eine Regierung darstellte; ein Volk kann aber nicht von
ıer Behörde regiert werden, welche nur alle paar Jahre zu-
nmentritt, noch weniger kann die ausführende Macht unter
ıige Hunderte Menschen vertheilt werden. Eine Regierung muss
aufhörlich bestehen und unausgesetzt wirken können: natura
rret vacuum, derjenige Staat, welcher sich seiner Regierung
tledigt, überantwortet sich selbst der Fremdherrschaft.

Die Reichstagsmajorität (bezeichnen wir dieselbe nun als
e patriotische oder als die preussisch gesinnte) hat sich jeden-
ls kein Verdienst um das Vaterland durch den Beschluss vom
November erworben. Es war zwar kein Attentat auf das
ben des Monarchen wie das an demselben Jahrestage vor sieb-
hn Jahren versuchte, es war aber ein Attentat auf das Leben
s Staates, und die erste Phase dieses Attentats war eben das
echen der Staatsgewalt. Diese That wird auch nicht durch
s oft wiederholte Argument entschuldigt, der König habe sich
f Russland gestützt; denn die Erfahrung hat gezeigt, dass
ıes politische System, welches allerdings auf Russlands Bei-
nd ruhte, bessere Resultate gegeben hat als der unabhängige
ırchische Zustand, welcher von Preussen geschürt und ab-
htlich unterhalten wurde. Stanislaw August hielt sich nicht
Vorliebe zu den Russen, von denen ihm Demüthigungen

nicht erspart blieben, die Widersetzlichkeit seiner eigenen Unter-
thanen zwang ihn dazu. Er war schwach, das kann man nicht
leugnen, er gab dem russischen Gesandten zu sehr nach, ohne
seiner Würde zu gedenken, er liess sich zu sehr von Frau
beeinflussen (das thaten Alle!); doch darf man ihm einen klar
Verstand nachrühmen, Umsicht, grosse Erfahrung, eine
gewöhnliche Arbeitsfähigkeit und Vaterlandsliebe. Man hätt
sich um ihn schaaren, ihn unterstützen, von seinen glänzend
Fähigkeiten Gebrauch machen und seine zu grosse Sensibilit
und Schwäche durch festen, ehrlichen Rath neutralisiren soll
Wir können nicht leugnen, dass es Momente und Thaten
dem Leben dieses Königs gab, derentwegen man nach hund
Jahren erröthen muss (und nicht nur in seinem Leben!), ab
nie hat er solche demüthigenden Bedingungen angenommen
diejenigen, welche von den Konföderationen in Radom und
Targowica angenommen wurden. Die königliche Würde verl
eine gewisse Stütze und einen Schutz, dessen die Privaten, welc
mit fremden Mächten verhandeln, naturgemäss entbehren; dar
war es nothwendig, die Kraft, die vom Throne herrührte,
festigen und nicht zu spalten; das verlangte vor Allem
Interesse des Landes. Die Bemerkung, dass dieselbe Part
welche den Fehltritt beging, später Alles that, um densel
wieder gut zu machen, kann diese Partei nicht entschuldig
Allerdings merkte die Opposition bald, dass es unmöglich w
auf dem Wege weiter zu schreiten, auf dem die Trümmer
Zerstörung thurmhoch lagen, sie fing also an auszubessern,
flicken und mühsam wieder aufzubauen; als diese undankb
Arbeit nicht gelingen wollte, weil sie wider die Gesetze v
stiess, hat dieselbe Partei mit einem Schlage und fast gewalt
dem König die einst entrissene Macht verliehen. Es gesch
plötzlich ohne Wissen der Nation, gegen den Willen d
mächtigsten Nachbars und mit höchster Gefahr für das La
gegen welche es sich nicht wehren konnte; es ereignete si
am Ende desselben Reichstags. Diese Wendung hätte
Anfange unter günstigen Verhältnissen geschehen können; m
hätte wenigstens den Grund zu derselben legen können, inde
man die Macht des Königs durch ein ihm unterthäniges He
festigte, mit dem seine inneren und äusseren Feinde zu rechne
gehabt hätten.

Kapitel 2.

ffentliche Meinung. Verminderung des russischen Einflusses. Preussen überwiegt entschieden.

§ 41.

er preussische Hof giebt den Rath, von Russland die Abberufung der Armee zu verlangen.

Wir haben in dem vorigen Kapitel erwähnt, der neue ssische Gesandte in Berlin Graf Nesselrode habe eine Erlärung beim preussischen Ministerium abgegeben, um dort dzuthun, dass Russland von seiner beabsichtigten Allianz it Polen Abstand nähme aus Rücksicht auf die Unruhe, lche dieses Projekt in Berlin hervorgerufen hatte; bei dieser legenheit erging auch seitens des russischen Ministers die frage, ob Preussen noch andere Wünsche in Bezug auf die lnische Angelegenheit zu äussern habe? Diese besonnene chgiebigkeit überraschte in Berlin und durchkreuzte einigerassen das abgekartete Spiel. „Nach dieser Erklärung ihrer jestät der Kaiserin“, schreibt das Ministerium, „haben Eure jestät keine Berechtigung mehr, sich unmittelbar in die Behlüsse des polnischen Reichstages einzumischen. Sollte man doch in Warschau die Absicht haben, die Konstitution umgestalten, oder sollten die Russen gegen den Willen eines eiles der polnischen Nation in Polen überwintern wollen, so nen wir im ersten Falle entgegen stimmen und im zweiten ere Gesandten in Warschau zur Verständigung mit der riotischen Partei ermuntern.“*) Der König billigte wie lich die Vorschläge seines Ministers, ging sogar noch weiter f dem vorgezeichneten Wege. Er gab Nesselrode zu verstehen, ssland verdanke seiner Allianz mit Oesterreich die Schwierigiten, die ihm Preussen bereite, und diese Allianz würde ihm ht nur den Einfluss in Deutschland, sondern auch den Einfluss der polnischen Republik kosten. In einem Erlass an Lucchei und Buchholtz schreibt nun der König, es sei zeitgemäss,

---

*) Immediatbericht des auswärtigen Departements an den König. rlin, 24. Oktober 1795.

eine Frage anzuregen, welche auf viel Sympathie in Polen stossen würde, nämlich die Frage der Ueberwinterung russischer Truppen in Polen. Der König diskutirt diese Angelegenheit und erinnert daran, dass der Reichstag sehr wichtige Argumente zur Vertheidigung derselben anführen könnte, wie z. B., dass die Einquartierung der Russen in Polen die Türken dazu bewegen könnte, ihren Feind bis über die Grenzen der Republik zu verfolgen und dadurch den Kampfplatz nach Polen zu verlegen. „Gelänge es, einige polnische Magnaten zu überreden, diese Angelegenheit auf dem Reichstag anzuregen, so könnten Sie ihnen die Versicherung geben, dass ich sie unterstützen würde, ebenso wie ich sie in der Bündnissfrage unterstützt habe. Keine Drohungen und keine Schmeicheleien von Russlands Seite würden meinen Sinn darin ändern."*) Lucchesini hatte die Absichten seines Herrn errathen; noch bevor ihn dieser ausdrückliche Befehl erreichte, war er schon eifrig mit dieser Angelegenheit beschäftigt: „Dank der Fürstin Czartoryska, die ich noch in Berlin kennen gelernt", schreibt er am 25. Oktober, „und dank dem Vertrauen, das mir von den Freunden der Familie geschenkt wird, ist es mir gelungen, einen Fürsten aus dieser Familie, der auch Abgeordneter ist, zu überreden, eine Klage vor den Reichstag in die gestrige Sitzung zu bringen über die Bedrückung der polnischen Gutsbesitzer und Bürger seiner Wojewodschaft seitens der russischen Armee. Die Aufopferung dieses Magnaten ist um so anerkennenswerther, als er durch diesen Schritt sein ganzes Vermögen der Rache der Russen aussetzt; er ist der erste Pole seit der Theilung, der es wagt, seine Stimme öffentlich im Reichstag gegen die Kaiserin zu erheben." In der That hatte der Fürst-Truchsess Czartoryski dem Reichstag eine Schrift des Generals Samschew vorgelegt, in der dieser von der wolhynischen Proviantkommission 15 000 Transportkarren mit Pferden forderte; dazu stellte er den Antrag, man möge in einer besonderen Note darüber bei Stackelberg Klage führen und noch folgenden Passus in unterthänigsten Worten hinzufügen, worin die Bitte der ganzen Nation ausgesprochen wäre: „die Allerdurchlauchtigste Kaiserin, die für ihre Grossmuth von ganz Europa bewundert wird, und

*) Ministerialreskript an Buchholtz vom 25. Oktober 1788.

uns immer besondere Versicherungen ihrer Huld und Fürsorge gegeben, möchte uns von der Permanenz ihrer Armeen befreien!"*) Man konnte nicht eine verbindlichere Ausdrucksweise für eine durchaus berechtigte Bitte finden als die oben angeführte; doch wagte man nicht im Reichstag über diese Sache laut zu verhandeln und begnügte sich damit, bei Stackelberg Beschwerde über die russischen Truppen einzureichen, ohne ausdrücklich die Evakuation zu fordern. Trotz der Aufregung, die in allen Gemüthern herrschte, verstand man wohl die Gefahr eines solchen Schrittes; man wollte Russland nicht reizen; das Berliner Kabinet trat zuerst mit offiziellen Forderungen auf. In seiner Antwort auf Nesselrodes Erklärung dankt der König für die Nachgiebigkeit in der Allianzfrage und fügt hinzu: „Dass seine Dankbarkeit noch grösser wäre, wenn die Kaiserin Maassregeln treffen wollte, welche Polens Neutralität in dem türkischen Kriege sichere und über alle Zweifel seitens der Türken hinaushebe. Die beständige Einquartierung und der Durchzug russischer Truppen in Polen könne leicht zu Missverständnissen führen und die Türkei veranlassen, dieselben Vortheile für sich zu verlangen."**) Diese Forderung des Berliner Kabinets, obwohl in höflicher und freundschaftlicher Form ausgesprochen, war doch für Russland sehr empfindlich. Als die Kaiserin davon Kenntniss erlangte, sagte sie: „Dieser Schritt des Königs von Preussen ist von weit grösserer Bosheit diktirt als die vorhergehende Erklärung."***) Es wäre wohl schicklich gewesen, wenn der preussische Hof gewartet und der polnischen Republik die Initiative überlassen hätte, doch schreckten der König und Hertzberg nicht vor der Rolle der Unruhestifter zurück, um keine Gelegenheit vorbeigehen zu lassen, sich in die polnischen Dinge einzumischen. Man erhielt in Warschau Kunde von dieser Insinuation am 4. November, also gleich nach dem besprochenen Reichstagsbeschluss vom 3. November. Die Opposition war eben unter dem Eindruck des errungenen Erfolges. Lucchesini schreibt Folgendes darüber: „Es ist der erste Schritt, den die Patrioten gemacht haben, um die Macht des Königs und

*) Reichstagsdiarium, Sitzung vom 24. Oktober.

**) Preussische Note vom 28. Oktober.

***) Chrapowicki, Memoiren 1788.

Russlands Einfluss zu schmälern, von jetzt an nennt sich diese Partei die »Preussische-Partei« ..... Keiner von denen, die bereit waren, eine Konföderation zu bilden, hat die entscheidende Diskussion versäumt; der Fürst Sapieha hat sogar gedroht, dass er die Kammer verlassen und feierlich Protest erheben würde, falls der König nicht nachgäbe.“ Lucchesini hätte gewünscht, dass die königliche Partei den Sieg davontrüge. „Ein solches Ereigniss hätte Eurer Majestät die gewünschte Gelegenheit gegeben, Truppen nach Polen einmarschiren zu lassen, doch fürchten beide Parteien einen solchen Ausgang, denn beide hegen im Herzen seit der Theilung grosses Misstrauen.“ „Die Freude der Opposition“, schreibt seinerseits Buchholtz, „ist sehr gewachsen, als man von mir und von Marchese Lucchesini erfuhr, dass Eure Majestät die Absicht haben, Polen von der Last der russischen Armee zu befreien. Mit gehobenem Muthe wird man heute nochmals im Reichstag Antrag in dieser Sache stellen. Von nun an wird dieselbe mit Macht vorwärts getrieben und ihre Entwickelung kann Gelegenheit geben, die Truppen hierher zu schicken. Der Marchese und ich überreden die Patrioten auch dazu.“*) Gemäss diesen Abmachungen mit den preussischen Gesandten stellte der Fürst-Truchsess Czartoryski am 5. November folgende Frage der Kammer: Sind irgend welche Schritte gethan worden, um die Republik von den russischen Truppen zu befreien? Diese Frage wurde vom Fürsten Jablonowski und vom Abgeordneten Mierzejewski unterstützt; da Niemand darauf antwortete, musste der Reichstagsmarschall die vorsichtige Erklärung abgeben, dass man sich mit dem Kanzler in dieser Angelegenheit verständigen sollte. Darüber vergingen einige Tage; beide preussische Gesandte feuerten die Abgeordneten an, so dass derselbe Fürst Czartoryski am 15. November eine Note dem Reichstag abermals vorlegte, welche das betreffende Gesuch an die Kaiserin enthielt und von der Kammer angenommen wurde. Wir müssen hier wiederholen, dass diese Forderung nicht nur gerecht, sondern auch der Würde und Staatsunabhängigkeit entsprechend war, doch war sie zeitgemäss? Das Recht war unzweifelhaft auf Seiten der Republik; ist es jedoch immer klug und umsichtig,

*) Bericht Buchholtz' an den König vom 5. November 1788.

sein Recht geltend zu machen? . . . . . Die Republik hatte so lange und so oft die Anwesenheit der russischen Truppen mitten im Lande oder an der südlichen Grenze erdulden müssen; war es nun nothwendig, die Evakuation auf Rath des preussischen Königs zu verlangen, und zwar in einem Augenblick zu verlangen, in welchem Russland mit der Türkei Krieg führte und denselben kaum führen konnte ohne die Proviantmagazine, welche in Polen eingerichtet worden waren? Hiess es nicht sich offenbar auf die Seite der Türkei stellen und mit Russland in Zwiespalt gerathen? War ein solcher Schritt klug und konnte er durch die Waffen unterstützt werden? „Es giebt Momente“, hatte der Primas gesagt, „in denen der Schwache dem Starken nachgeben muss, ja, dem Starken helfen soll und simuliren, um grösseres Unglück zu vermeiden.“ Der Reichstag vergass solche Erwägungen und nahm keinen Anstand, einen Schritt zu wagen, der die rachsüchtige Kaiserin schwer kränken musste; er wagte ihn auf Verlangen des Königs von Preussen, dem er blind vertraute, ohne zu bedenken, dass Hülfe, welche sich aufdrängt, ebenso unerwartet entzogen werden kann. Wir werden noch oft Betrachtungen anstellen müssen über diese voreilige Handlung des Reichstages.

§ 42.
Stackelbergs Note vom 5. November. Eindruck derselben im Reichstage.

In derselben Sitzung vom 5. November hatte die Opposition beschlossen, auch eine andere Frage weiter zu schieben. Bninski, Abgeordneter für Posen, benachrichtigte die Kammer, er habe dem Präsidium einen Antrag über einen permanenten Reichstag vorgelegt; Matuszewicz, Abgeordneter für Brest-Litowski, verlangte dasselbe; Andere erhoben ihre Stimmen in demselben Sinne. Es war aber ein bis dahin unbekanntes Verfahren, solche Anträge, welche die Regierungsform anlangten, ohne vorhergegangene Berathung vorzulegen; man war immer der Ansicht gewesen, solche Gegenstände bedürften reiflicher Ueberlegung und längeren Studiums. Trotzdem schlug der Präsident vor, der Antrag möge vorgelesen und gleich darauf zur Diskussion und Abstimmung gestellt werden. Dem trat einer der Abgeordneten

aus der königlichen Partei, Lasocki, entgegen, indem er beantragte, dass die Kammer, wie es angekündigt worden war, sich mit dem Projekt der Kriegskommission zuerst befassen sollte. Lasockis Dazwischentreten ward auch durch den Umstand gerechtfertigt, dass die königliche Partei befürchtete, man könne mit diesem Antrage ebenso verfahren wie mit den anderen über die Armee, man könne wiederum auf Betreiben der preussischen Partei das anwesende Publikum zur Theilnahme an der Diskussion aufmuntern. Auf jeden Fall diese Wendung zu verhindern, war wohl nothwendig, und da der Antragsteller Bninski nicht ganz bei Sinnen zu sein schien, da er gegen Lasocki heftig wurde, und die Diskussion sich allzu lebhaft und etwas persönlich gestaltete, so benutzte der König diesen Umstand, um die Sitzung ohne Weiteres aufzuheben und auf den folgenden Tag zu vertagen.*) Stackelberg erfuhr diesen Vorgang; die unerwartete Wendung der Dinge, welche seinen bis dahin allein herrschenden Einfluss so stark herabsetzte, verursachte ihm nicht wenig Pein. Jeder Tag brachte neue Schläge; die wichtigsten Beschlüsse im Reichstag wurden gegen seinen Willen oder ohne sein Wissen durchgeführt, so z. B. die Abschaffung des Kriegsdepartements und der Beschluss über eine Armee von 100 000 Mann. An demselben Tage (5. November) waren Buchholtz und Lucchesini bei ihm gewesen und hatten die Erklärung abgegeben, der König von Preussen bitte die Kaiserin, ihre Armee aus der Republik zu entfernen. Stackelberg war um eine Antwort verlegen.**) Als er nun von dem Antrage Bninski-Matuszewic erfuhr, eilte er zum König, bei dem er den Primas und andere Würdenträger fand, und erklärte, „dass die Kaiserin sich von jeder freundschaftlichen Rücksicht Polen gegenüber ledig fühlen werde, wenn der Antrag bezüglich eines permanenten Reichstages angenommen würde, da ein solcher die von den Mächten in 1775 garantirte Regierungsform total umstürze“. Er fügte hinzu, der König und seine Partei müssten aus dem Senat austreten und sich von der Konföderation lossagen. Darauf erwiderte Stanislaw August:

*) Brief des Königs vom 7. November. — De Caché, Bericht vom 8. November.

**) Buchholtz, Bericht vom 5. November.

„Obwohl ich meine Person gern Gefahren aussetze, so darf ich doch nicht mein Land dem Bürgerkriege preisgeben, einem Bürgerkriege, den ich selbst anfinge; sollte die Konföderation wirklich einen permanenten Reichstag beschliessen, so kann ich mich dem nicht widersetzen.“ Der Primas und alle Uebrigen äusserten dieselbe Meinung. Diese Einigkeit veranlasste den Gesandten, seine Forderung zurückzunehmen, er bestand nur darauf, der König solle ihm versprechen, dem Antrage entgegenzutreten. Darauf sagte Stanislaw August: „Wollte ich auch persönlich dagegen auftreten, so richte ich damit nichts aus; denn voraussichtlich ist nicht nur Pluralitas, sondern Unanimitas für den Antrag; als König kann ich auch nicht gegen eine Sache auftreten, die nach meiner Ueberzeugung von grösstem Vortheil für das Land wäre.“ Als der Gesandte auch hierin die Meinung des Königs nicht zu ändern vermochte, erklärte er, dass ihm nichts übrig bliebe, als dem Reichstag eine warnende Note einzuschicken, in welcher er die Kammer bedrohte, dass die Kaiserin einen Beschluss über den permanenten Reichstag als Vertragsbruch ansehen dürfte. Der König bemühte sich umsonst, ihn von einem solchen Schritt abzulenken. „Ich habe zweimal versucht“, schreibt Stanislaw August, „ihn zu überreden, dass er wenigstens den sogenannten bereitstehenden permanenten Reichstag billigen sollte, wie er bereits gewesen war, unter der Bedingung, dass man das Kriegsdepartement bestehen liesse. Er hat sich aber nicht erweichen lassen.“ Denselben Abend sandte er dem Reichstagspräsidium die angekündigte drohende Note. Die Lage des Königs war überaus schwierig. Er stand wiederum zwischen den Wünschen der tagenden Kammer, die an sich gerecht und nützlich, aber verfrüht waren, und dem offenbaren Rechte, welches Russland dank den Garantien für sich geltend machte. Diese Garantien waren schon oftmals von ihm mit den Mitgliedern des Reichstages besprochen worden, denn trotz der Widerwärtigkeiten, die ihm die Opposition bereitete, hegte der Monarch keinen Groll gegen die einzelnen Mitglieder desselben, er bemühte sich, die eifrigsten Gegner zu sich zu ziehen, und diskutirte mit ihnen, um sie zu einer ruhigen Auffassung zu überreden. Diese entgegneten jedoch, dass Russland offenbar zu sehr mit seinen Feinden beschäftigt sei, um auf die polnischen Angelegenheiten Acht zu

geben, was schon daraus ersichtlich sei, dass es den Beschl über die Armee schweigend hingenommen habe; man müs diesen Augenblick wahrnehmen, um das verhasste Joch d Garantien abzuschütteln. „Darauf erwidere ich Ihnen", schrei Stanislaw August, „es ist meine Pflicht als König und oberst Wächter, Euch vor den entfernten, wie auch vor den nächst Gefahren zu warnen, ich muss handeln wie ein Arzt, der eine widerspenstigen Kranken eine bittere Arznei reicht. Ich wei dass Ihr nichts von Garantien und von Russland hören wol da aber beide bestehen, existunt, so darf man nicht Russla reizen, indem man die Garantien als unrechtmässig bezeichn Ich sage Jedem: Bedenkt, was Euch offene Fehde mit Russla kosten wird! .... Doch sie hören nicht, lehnen sich auf, in de Glauben, dass der König von Preussen seine ganze Macht u zu Gebote stellen würde, um uns von Russland zu befreien u die Evakuation der russischen und österreichischen Truppen erzwingen. Freilich habe ich Anzeichen davon, dass (Häupter der Opposition selber nicht daran glauben und nur (Menge in dieser Meinung halten. Man will nicht beacht dass dieser neue Protektor sich in einen Bedrücker umwande und wahrscheinlich noch gieriger uns um Land, Leute u Pferde bringen, auch viel eifersüchtiger auf etwaige industrie Unternehmungen, sowie auf unsere Salzproduktion sich zeig wird."*) Diese Warnungen, die der König bisher in privat Unterredungen seinen Parteigängern und seinen Gegnern (theilt hatte, musste er nun öffentlich von seinem Throne d Kammer und der Nation verkünden. Die am 6. November v lesene russische Note meldete, dass der Gesandte sich bish enthalten habe, irgend welche Vorstellung wegen der sch gefassten Beschlüsse zu machen, denn wenn diese auch (Konstitution von 1766 etwas antasteten, so hatten sie (Garantien doch nicht direkt berührt; er hörte jedoch von neu Anträgen, welche einen permanenten Reichstag erzielen u damit die Umgestaltung der Regierungsform deutlich zu streben schienen, er müsse daher erklären, dass die Kaise jedwede Aenderung der Konstitution von 1775 als einen V tragsbruch ansehen und ihre freundschaftliche Haltung (

*) Briefe des Königs an Deboli vom 5., 7., 12. November.

König und der Republik gegenüber sofort aufgeben würde. Nach Verlesung dieser Note meldeten sich gleichzeitig viele Abgeordnete zum Wort. Stanislaw August rief sein Ministerium um seinen Thron, hielt eine Rede und gab langsam, deutlich und mit gehobener Stimme zunächst die Erklärung ab, sein Gewissen gebiete ihm, zu reden, ohne seinem Volke zu schmeicheln, und die Wahrheit mit väterlichem Sinne zu sagen; er mahne also die Nation daran, dass derjenige, welcher einen Vertrag bricht, eine Schuld begehe und für alle Folgen verantwortlich sei; dass er ferner dem Betrogenen das Recht der Rache anheimstelle. Es gebe zwar zahlreiche Beispiele, wie der Vertragsbrüchige seine Sache gewinne, doch wer die jetzige Lage der Dinge und alle Umstände genau prüfen wolle, müsse gestehen, dass Umsicht und Vorsicht jede Gewaltthat verbieten sollten. „Es ist wohl recht, Alles zur Hebung der Nation und zur Rettung des Staates zu unternehmen, doch müssen wir den guten Weg dazu wählen und uns nicht auf Abenteuer einlassen, die uns an den Rand des Abgrundes führen können. Es ist wohlgethan, dass wir endlich beschlossen haben, eine Armee zu schaffen, doch müssen wir bedenken, dass wir diese Wehrkraft noch nicht besitzen, und dass wir nur auf die Gunst anderer Nationen so lange rechnen dürfen, wie wir ihnen das einmal gegebene Wort halten. Jedermann soll sich an die Zeit besinnen, in der unser Land das Schauspiel des Krieges war; nach wie vor ist dieses Land Allen offen, die eigenen Landsleute immer zum Bürgerkrieg bereit; und wie leicht also kann das Vaterland ein Opfer fremder Verschwörungen werden! Jeder von uns möchte eine bessere Regierungsform erzielen, doch dürfen wir nur schrittweise vorgehen und langsam das Schlechte durch Besseres ersetzen; die plötzlichen Umwälzungen sind immer nur aus schweren Irrthümern hervorgegangen, haben mit späterer Reue geendet. Wir sollen keinen der Nachbarn kränken; es giebt aber eine untrügliche Richtschnur für jedwede Nation, die aus ihrer Gesammtlage erwächst. Ich sage hier ausdrücklich und laut“ (er erhob seine Stimme noch mehr), „dass es keine einzige Nation giebt, deren Interesse weniger im Konflikt mit unseren Interessen waren als die von Russland. Wir danken Russland, dass uns einige schon abgerissene Ländereien zurückgegeben wurden. In den Handelsangelegenheiten giebt

uns ebenfalls Russland die besten Aussichten. Es hindert ni
die Vermehrung unserer Armee und hilft uns sogar dazu. A
diesem Grunde behaupte ich, dass wir diese Macht nicht a
reizen sollen und dass es in unserem eigenen Interesse lie
mit ihr in guten Beziehungen zu bleiben. Ich füge hinzu u
bin der festen Ueberzeugung, dass wir der Kaiserin Bewe
unserer guten Gesinnung nur zu geben brauchen, um de
sicherer und rascher die im Innern angestrebten Reforn
durchzuführen; wir werden im Gegentheil den Weg dazu
selbst versperren, wenn wir diese grossmüthige Herrscherin v
uns abstossen.“ Er berührte auch mit folgenden Worten u
mannhaftem Ausdruck des tiefsten Bedauerns und Schmerzes
Stimmung, welche ihm sowohl in der Kammer, als im Publik
vorzuherrschen schien: „Ich weiss wohl, dass ich mich hier
den böswilligen Kommentaren Unwilliger aussetze, dass
auch den Verdacht guter, aber unkundiger Bürger errege;
weiss aber, dass ich nicht meinem Volke zum Gefallen sprech
und rathen soll, sondern dasjenige verkünden, was mir re
und für das Land heilsam dünkt. Ich wünsche also und ra
dringend: diese Kammer möge alle Umstände berücksichtig
und die eben hier verlesene Note des russischen Gesandten
vorsichtigsten Erwägung unterziehen.“ Nach dieser Anspra
schloss der König die Sitzung und vertagte solche auf v
Tage.

Von allen Reden, welche der vielgeprüfte Monarch gehal
hat, ist diese unzweifelhaft eine der am besten durchdacht
offenherzig und zugleich in vorzügliche Form gekleidet.
einem Brief an Deboli wird diese Rede folgendermaassen motiv
„Meine Befürchtung war, der Eifer des Volkes, der von
Preussen lebhaft geschürt wird, möchte es treiben, ohne auf
Note Rücksicht zu nehmen, in seinem Vorhaben weiter
gehen mit Bezug auf den permanenten Reichstag und auf
Bekunden des Tadels der Garantien. Beides hatten viele
geordnete geplant. Damit die Nation nicht »in statum bel
fast ohne Vorwissen und Absicht geräth, habe ich so gesproc
und auch deswegen die Sitzung gleich geschlossen und dadu
allen Parteien Bedenkzeit gelassen, in der Hoffnung, die
müther möchten sich beruhigen.“*) Hat der König seine

*) Brief an Deboli vom 7. November.

icht erreicht? Leider geschah das Gegentheil! — In Polen hat das nichtigste Argument einen Werth, sobald es die eigene Meinung bestätigt; sobald es aber einer solchen widerspricht, mag es noch so stark und unwiderleglich sein, ärgert und reizt es. Derjenige, welcher eine eigene Meinung hat, hört auf, ein Patriot zu sein, wird als Feind des Vaterlandes verdächtig, bleibt ungehört, dem schenkt man keinen Glauben. Als Stackelbergs Note vorgelesen ward, merkte man schon die allgemeine Verstimmung, diese verwandelte sich in Zorn nach der königlichen Ansprache. „Es ist eine Komödie“, sprach man, „eine abgekartete Sache zwischen dem König und dem russischen Gesandten, um der Nation Angst zu machen und die verhassten Garantien festzuhalten.“ Als der König vom Throne herabstieg, liessen sich Stimmen vernehmen mit dem Verlangen, die Sitzung weiter zu führen; als der König die Kammer verliess, hatte die Erregung keine Grenzen mehr; man schrie von allen Seiten. Diese Aufregung dauerte über eine Stunde; der Fürst Sapieha geberdete sich am verwegensten, schimpfte auf Russland und auf den König. Ein besonderer Umstand trug bei, diesen Unmuth zu steigern; nach einem bestehenden Gesetz musste jeder Beschluss der Kammer nach drei Tagen in der Schlosskanzlei eingeschrieben werden, um Gültigkeit zu haben; der dritte Tag war auf der Neige und noch war das Gesetz, welches das Kriegsdepartement abschaffte, nicht im Register; die Schlosskanzlei war geschlossen. Fürst Sapieha zog daraus die Vermuthung, dass der König absichtlich Alles gethan habe, um den Beschluss über die Kriegskommission ungültig werden zu lassen. Als Stanislaw August von diesem Zusammenhange der Dinge erfuhr, liess er die Kanzlei öffnen und den Gesetzesparagraphen in die Akten einschreiben.

Die Gemüther beruhigten sich nicht. Ein Augenzeuge, Graf e Caché, erzählt: „Von dieser höchst aufgebrachten Verfassung er Gemüther war ich selbst Augen- und Ohrenzeuge abends in er gegen 300 Personen starken Assemblée bei dem Herrn Fürsten dam Czartoryski. Ein paar mir fast unbekannte Landboten röffneten mir aus freien Stücken und ohne allen zu einem olchen Gespräch gegebenen Anlass, dass man an erzwungene Traktate, so die innerlichen Landeseinrichtungen beträfen, gar nicht gebunden sei, widrigenfalls eine freie Nation Sklavin von

der garantirenden Macht wäre. Andere etwas Vertrautere sagten gerade heraus, dass man satt wäre, von Russland Befehle zu empfangen und sich von diesem Hofe durch seinen Ambassadeur und ihren König regieren zu lassen; dass Russland sie wie die Türken zur endlichen Verzweiflung bringen könnte, dass es Zeit wäre, dieses so lange getragene Joch abzuschütteln und Alles zu wagen, um der polnischen Nation einen Selbstbestand zu verschaffen. Noch ein Anderer gab mir zu verstehen, dass die Nation sogar eine gänzliche Theilung ihres übrigen Königreichs unter fremden Mächten ihrer gegenwärtigen Abhängigkeit vorziehen und vielleicht, wenn man sie aufs Aeusserste treiben wolle, sich einen preussischen, etwa den zweitgeborenen Prinzen zum Nachfolger auf dem polnischen Thron wählen könnte." Mit einem Wort, man meinte nun, was auch später sich so oft bei uns wiederholte, dass es eben am schlimmsten sei und dass der Nation nichts Schlimmeres widerfahren könnte, wenn man, Alles aufs Spiel setzend, diesem unerträglichen Zustande ein Ende machte. De Caché war schier erschrocken, als er diese ungebetenen Vertrauensbezeugungen empfing, er versuchte sich davon zu befreien, und als ihm solches nicht gelingen wollte wegen der Aufdringlichkeit der Diskutirenden, entzog er sich folgendermaassen dieser Schwierigkeit: „... und ich suchte solche mit Beseitigung meines Charakters und in der blossen Gestalt einer persönlichen Freundschaft und Liebe für die Nation unter hin und wieder eingestreuten sanften politischen Vorstellungen bloss dahin zu beantworten, dass zu extremen Hülfsmitteln auf ihre vermeintlichen Wunden immer noch Zeit übrig wäre, dass man jeden voreiligen Schritt nothwendig bereuen würde und müsste, dass hingegen ein gelasseneres und kaltblütigeres Nachsinnen bei Jedem den grossen Irrthum sowohl wegen der vermeintlichen unglücklichen, von so vielen Anderen aber beneideten Lage der polnischen Nation, als wegen der desperaten und ihren Endzweck ohnehin ganz sicher verfehlenden Hülfsmittel leicht entdecken würde."*) Inzwischen hatten sich die Führer der Opposition bei Malachowski versammelt; man beschloss, Delegirte an den König mit folgenden Forderungen abzusenden: der König sollte die Sitzungen nie mehr ohne Konsens der

*) Bericht von de Caché an Kaunitz. 8. November 1788.

Stände auf einige Tage vertagen; die Prorogation des Reichstages sollte ohne Termin bleiben, d. h. solange die Stände solche billigten; das ganze bestehende Heer sollte nach der Ukraine zur Beruhigung der dortigen Unruhen geschickt werden, da der König von solchen gesprochen hatte; die russische Note sollte den Gesandten aller anderen Mächte mitgetheilt werden mit der Bitte um Beistand, da Russland mit dem Kriege drohe; ferner sollte man an die auswärtigen Höfe ausserordentliche, von den Ständen berufene Gesandtschaften schicken; auf die Note des Gesandten sollte man keine Antwort geben, solange die russischen Truppen und Magazine in Polen weilten. Man fügte noch hinzu, dass, falls Russland mit seinen Drohungen nicht aufhöre und der König nicht mit der Nation Partei hielte, man energischer vorgehen, eine Konföderation aller Wojewodien zu Stande bringen und das Interregnum verkünden würde! Zum Glück hielt man noch inne, und am folgenden Tage, als die Gemüther mehr Fassung erlangt hatten, begnügte man sich damit, den König durch die beiden Marschallpräsidenten zu bitten, die Sitzungen nicht so oft zu vertagen ohne Zustimmung der Stände und die jetzige Vertagung bis zum 15. zu verlängern; Gesandtschaften abzusenden und die Armee nach der Ukraine zu schicken, um die Evakuation der Russen zu betreiben. Auf diese Forderungen erwiderte der König sehr gemessen, dass er keine Resolution seitens der privaten Versammlungen annehmen könnte, die scheinbar im Namen der Republik gemacht wären; seine Meinung würde er nur dann kundgeben, wenn ihm solche Vorstellungen durch die Kammer zukämen; er gab auch seine Ueberraschung zu verstehen über das Einschreiten der Marschälle in seine Rechte, in Bezug auf das Limitiren der Reichstagssitzungen und der Absendung von Gesandten an auswärtige Höfe.*)

„Ich muss gestehen", schreibt Stanislaw August, „dass ich mich noch nie in solch einer kritischen Lage befunden habe." Er fühlte sich verpflichtet, im Interesse des Landes, das er regierte, die guten Beziehungen mit Russland aufrecht zu erhalten, er hatte diese Ueberzeugung feierlich und mit Nachdruck

*) Brief des Königs, 7. November. — De Caché, Bericht vom 12. November.

vor dem konföderirten Reichstage verkündet. „Und doch war der Geist der Opposition“, lautet es weiter, „so mächtig in seinem Hass gegen Russland gewachsen, hatte sich so sehr in allen Ständen verbreitet, wie es kaum glaublich erscheint.“ Der französische Gesandte, Graf de Ségur, der etwas später aus Petersburg zurückreiste, konnte Warschau kaum wiedererkennen; da, wo früher die unterthänigste Haltung gegen den Ambassadeur herrschte, bemerkte er nun offenen und herausfordernden Trotz. Was war in der Zwischenzeit vorgekommen? Es ist vielleicht nützlich, die Ursachen dieser Wandlung und ihre Anzeichen näher zu betrachten.

§ 43.

Verhältniss der Republik zu den Nachbarmächten.

Von den drei Nachbarmächten hatte Oesterreich aus natürlichen Gründen das geringste Interesse daran, Polen zu schwächen; es lag vielmehr im Vortheil der österreichischen Monarchie, Polen zu vertheidigen. Es waren französische Einflüsse gewesen, welche zuerst das Verständniss zwischen dem Haus der Wasa und demjenigen der Habsburger trübten; später hatten sich die deutschen Kaiser mit Russland verbündet, um zu verhindern, dass ein französisch gesinnter Prinz den polnischen Thron besteige, trotzdem nahm noch Maria Theresia dem polnischen Staat gegenüber eine freundliche Haltung ein, so dass Stanislaw August ein dauerndes Verständniss mittelst seines Bruders, des Fürsten Georg Poniatowski, herbeizuführen versuchte. Als aber Joseph II. beschlossen hatte, seinen Staat zu verjüngen, indem er nach innen und nach aussen liberale Institutionen förderte und den alten Prinzipien der habsburgischen Dynastie untreu wurde, veränderte sich Vieles in den Beziehungen der beiden Staaten und nicht gerade zum Besten von Polen und auch nicht zum Vortheil von Oesterreich. Das Losungswort der Theilung hatte Oesterreich, obwohl nicht wissentlich, ausgesprochen, und Oesterreich war es, welches bei den Verhandlungen die gierigste Rolle spielte. Zwar war der österreichische Reichskanzler, Fürst Kaunitz, etwas umsichtiger als der Herrscher, denn er war der Meinung, dass es nützlich sei, das nach der Theilung gebliebene Polen etwas stärker und unabhängiger zu machen

und demnach gegen Preussen widerstandsfähiger, allein diese Anschauung wurde durch keinerlei Handlungen gestützt. Man begnügte sich mit einem Meinungsaustausch zwischen den beiden kaiserlichen Kabinetten: in Warschau wusste man nichts davon und setzte noch weniger etwas voraus. Man betrachtete dort den Kaiser Joseph als einen unruhigen, ehrgeizigen Neuerer, auf den man nie rechnen könne, der Alle in Europa aufreizte und sowohl die materiellen wie auch moralischen Interessen in Galizien beständig durch seine Maassregeln verletzte.

Aus diesen Gründen war es unmöglich, auf Oesterreichs Beistand zu bauen, es blieb die Wahl zwischen Russland und Preussen. Die Geschichte lehrt uns, dass diejenigen Völker, welche einander Jahrhunderte hindurch bekämpften, wie England und Frankreich, Oesterreich und Frankreich, Dänemark und Schweden, Italien und Deutschland, nach langjähriger Feindseligkeit und Rachsucht doch zu einer Art Verständniss gelangt sind und das Gleichgewicht in ihren gegenseitigen Beziehungen erreichten. Jahrhunderte hatte auch die Fehde zwischen Polen und Russland gewährt, ihr Ende war aber ein anderes geworden. Seit dem Bündniss mit August II. gegen den gemeinsamen schwedischen Feind hatte Russland viel Einfluss in Polen gewonnen und mit Ausdauer alle Vortheile davon geerntet. Russland vertheidigte wohl Polen und benutzte es als einen Schild gegen Europa, doch begünstigte es dabei geflissentlich die Anarchie, welche in Polen schon herrschte. Diese Politik hatte die erste Theilung zur Folge. An diesem Akte nahm Russland nur ungern theil und reservirte sich augenscheinlich das geringste Stück Land, um das von den beiden anderen Mächten anerkannte Recht zu haben, Polen zu bevormunden. Diese Bevormundung war ebenso demüthigend wie kränkend, doch insofern besser als die frühere, da sie doch die Nothwendigkeit einer besseren staatlichen Form und Verwaltung sowie einer stärkeren Bewaffnung anerkannte und zugeben wollte. Die Gerechtigkeit gebietet uns, in erster Linie den Gesandten Stackelberg dafür zu rühmen. Infolge des türkischen Krieges wurde auch die Nothwendigkeit einer grossen Armee anerkannt. Nach diesem ersten Schritte konnte man füglich hoffen, dass die Republik besseren inneren Zuständen entgegensähe; man musste die Zuversicht hegen, dass es gelingen möchte, die inneren Reformen

durchzusetzen, eine Armee zu bilden, gute Beamte zu bild
und somit eine staatliche Organisation zu erlangen, welc
dann allmählich dazu dienen könnte, das Joch der russisch
Despotie abzuschütteln. Fleiss, Geduld und Einigkeit hätt
wohl zu solchem Ziel führen können. Da einmal leider (
polnische Regierung unter fremdes Kuratel gestellt worden w
so blieb die russische unter den gegebenen Umständen w(
die beste. Man muss an dieser Stelle hervorheben, dass Ru
land keine Annexionsprojekte hegte und uns sogar geg
Preussen schützen konnte, dass ferner Handel und Indust
nicht nur am wenigsten von Russland zu leiden hatten, sond(
sogar einige Vortheile von ihm zogen. Die religiösen Frag
welche den Kern des heutigen Antagonismus bilden, trennt
damals noch nicht die beiden Völker. Man hatte zwar sch
in Weiss-Russland die Unirten beunruhigt, doch ging man v
sichtig vor. Russland hatte sich im Vertrage von 1775 v
pflichtet, den katholischen Gottesdienst zu achten, und Kathari
war zu klug, um offen diese Verpflichtungen zu verletz(
Einige fanatische Schismatiker, wie Sadkowski, machten wo
eifrige Propaganda in der Ukraine, wobei er von der Pete
burger Synode unterstützt wurde, doch genügte eine einzi
Reklamation, um dieselbe zu dämpfen; in Warschau wuss
Niemand ausser dem König, dem Nuntius und dem Metropolit
um diese propagandistischen Velleitäten; die öffentliche Meinu
beschäftigte sich einstweilen nicht damit. Die Ukraine hat
weit ernstere Ursachen zur Klage; es waren die Gewaltthat
und Widerwärtigkeiten, welche sowohl Bauern wie Gutsbesitz
von den russischen Truppen erfuhren; waren diese auch kei
Neuigkeit in Polen, so reklamirten die Beschädigten doch u
aufhörlich, ohne zu bedenken, dass sie noch vor Kurzem, b
zu 1717, als das polnische Heer aufgehoben ward, ebenso v
den eigenen Soldaten gelitten hatten! Der Primas musste au
in den Kammerdebatten den Eiferern gegen Russland die Mi
bräuche schildern, welche seitens der preussischen Soldat
und Agenten während der Unruhen von Bar verübt wurden.
Ein Staat ohne Regierung, ohne eigene Wehrkraft konnte eb
den Gewaltthaten des Stärkeren nichts entgegensetzen.*) V

*) Wir haben schon oben angeführt, dass die Russen in 1780
polnischen Knechte anwarben, um sie in ihre Armee zu nehmen. I

müssen aber hier hervorheben, dass die Missbräuche der russischen Armee zum Theil durch einen leichteren Absatz der Landesprodukte wett gemacht wurden. Demnach müssen wir zugeben, dass die Beziehungen zwischen Polen und Russland, obwohl unzweifelhaft demüthigend und lästig, doch einige vortheilhafte und leidliche Seiten hatten. Wir müssen auch gestehen, dass einige Polen selbst die Bevormundung von Russland suchten und ihr weit mehr Raum liessen, als durch die Verträge ausgemacht worden war. Die Garantieakte umfasste nicht den hundertsten Theil derjenigen Angelegenheiten, welche von polnischen Magnaten der Entscheidung des Gesandten und seiner Kaiserin unterbreitet wurden, statt sie von dem polnischen König und den polnischen Behörden entscheiden zu lassen. Halsstarrig und unbeugsam der eigenen Regierung gegenüber, waren sie demüthig und erniedrigten sich vor der fremden Herrscherin, gaben ihr somit das Recht, noch bevor die Garantien bestanden, sich in die polnischen Angelegenheiten einzumischen. Es ist leider nur zu bekannt, das Stanislaw August seine schlimmsten Feinde in denjenigen Polen hatte, die an fremden Höfen sich nur darum aufhielten, um gegen ihn eine Intrigue nach der anderen anzuzetteln. Die Nachbarschaft des mächtigen Russland war weniger durch die Garantien als durch die Uneinigkeit und die bejammernswerthe Selbstsucht der Polen gefährlich. Man kann dreist behaupten, dass ein Vierteljahrhundert genügt haben würde, um das polnische Reich fester

---

geschah auch früher, namentlich als ein gewisser Sollohub (Pole) die russische Garnison in der Ukraine kommandirte. Zum Unglück haben polnische Gutsbesitzer oft Russland zu dieser unrechtmässigen Rekrutirung aufgemuntert. Der polnische Gesandte in Petersburg, Deboli, beklagt sich folgendermaassen darüber: „Als ich auf eigene Hand, weil es mir als Schuldigkeit erschien, dem Grafen Panin gegenüber Klage führte über die Rekrutirung in 1778, hörte ich, dass einige der grossen Herren, die um Eure Königliche Majestät sind, viele ihrer Unterthanen zu solcher Rekrutirung empfahlen. Hatte ich doch manchen Streit mit dem Halunken Poninski über diesen Gegenstand; dieser Wojewodensohn ist um kein Haar breit besser als Adam Poninski, vielleicht noch schlimmer.“ Es gab auch Polen, die freiwillig ihre Leibeigenen der griechischen Religionspropaganda überlieferten. Der unirtische Metropolit Smorgozewski beklagt sich häufig darüber, während der griechische Bischof Sadkowski sich dafür bei den Betreffenden bedankte. (Siehe Likowski, Geschichte der Unirtenkirche im 18. und 19. Jahrhundert. Posen 1886, S. 180.)

und unabhängig von fremden Einflüssen zu machen, wenn seine Staatsmänner und bedeutenderen Bürger ihrem König folgsamer gewesen wären und sich begnügt hätten, gewissenhaft die Pflichten zu erfüllen, die Jedwedem in seiner Stellung und seinem Amte oblagen. Es ist wohl denkbar, dass die listige und politisch gewandte Kaiserin die Mittel gefunden hätte, um auch die besten Bestrebungen in der oben genannten Richtung zu paralysiren; doch mit ihrem Leben hörte ihr System auf, und die Umsichtigen hatten mehrmals gesagt: „Wenn wir nur Katharina überleben, so wird Alles gut“; „mit ihrem Tode wird sich Vieles ändern“, hatte man in einer damaligen Broschüre mit Nachdruck gesagt; „bis dahin wollen wir schweigen und keine gewaltsamen Reformen ausführen.“ Wir müssen an dieser Stelle auch einer anderen Seite der Frage gedenken, um hervorzuheben, dass eine friedliche Gestaltung der polnischen Beziehungen mit Russland die civilisatorische Mission, welche Polen nach Osten oblag, begünstigt hatte. Die Erfüllung dieser Mission ward in früheren Zeiten als die Grundlage des polnischen Staates und seiner Existenz betrachtet. Wie es Lithauen für die Civilisation und den Katholizismus gewonnen hatte, so war es auch seine unbestrittene Pflicht und sein Recht, Ruthenien und Russland dafür zu gewinnen; statt dessen haben diese Polen ihre höhere Kultur und Bildung in die entlegensten Gegenden des russischen Reiches — als seine Gefangenen gebracht!

Die polnischen Beziehungen zu Preussen hatten einen ganz verschiedenen Charakter. Der preussische Hof beraubte Polen einer Provinz, die für die Organisation des polnischen Reiches weit mehr Bedeutung hatte als Weiss-Russland, welches bei der ersten Theilung Russland zufiel. Jedwedes Volk strebt zum Meere, weil es seine Berührungen mit der übrigen Welt befördert. Auch Polen war diesem natürlichen Drange gefolgt; solange es von einer Dynastie beherrscht wurde, hatten seine Könige die Baltischen und Schwarz-Meerküsten als nothwendige Besitzthümer erachtet. Die Eroberung der Küsten des Baltischen Meeres fand im 15. Jahrhundert statt; sie wurden von Polen während dreier Jahrhunderte besessen, leider ohne alle die Vortheile aus dem Besitzthum zu ziehen, welche daraus zu ziehen möglich waren. Dafür fühlte Polen um so schwerer deren Verlust; mit einem Mal fand es sich vom übrigen Europa politisch ge-

trennt und dem bösen Willen Preussens in allen Handelsbeziehungen preisgegeben. Die preussische Herrschaft auf der Weichselmündung war für Polen ein unsagbar folgenschwerer Nachtheil, da diese Herrschaft allen Handel und Industrie bis ins Innerste des Landes paralysirte und auf den Ackerbau ungünstig einwirkte. Der ganze Handel und Wandel war von den Einfuhr- und Ausfuhrsteuern abhängig, die es der preussischen Regierung beliebte einzuführen. Eine freundschaftliche Verständigung mit Preussen, die den Zollkrieg ausschloss, konnte kaum etwas nutzen, da es die neuen Grenzverhältnisse waren, welche Polen von direkten Verbindungen abgeschlossen hatten, die den Handel der Republik mit Russland am empfindlichsten trafen. Polen war bis dahin der Markt für Ausfuhrprodukte Russlands gewesen, mit einem Mal war diese vortheilhafte Stellung mit dem Verlust der Weichselmündung auch verloren gegangen. Ausser diesen materiellen Nachtheilen, welche Preussens Wachsthum Polen verursachte, war es noch beständig seitens Preussens politisch bedroht. Es genügt, die Karte des damaligen preussischen Staates zu betrachten, um einzusehen, dass Preussen den Besitz von Danzig, Thorn und der östlichen polnischen Provinzen, welche keilförmig fast bis zur preussischen Hauptstadt vordrangen, erstreben musste. Ohne diese Ländereien konnte die preussische Monarchie keinen festen Fuss in Schlesien und in Westpreussen fassen. Auch fühlten wohl die preussischen Staatsmänner, dass die politische Rolle, welche sie seit Friedrich II. in Europa spielten, unbedingt eine Ausdehnung ihrer Grenzen voraussetzte. Wo sollte diese Ausdehnung besser gelingen, als auf Kosten der benachbarten Polen? Dazu brauchte man nur die Erlaubniss von Russland zu erlangen. Russland seinerseits brauchte keine neuen Länder, es hatte eine nur zu grosse Ausdehnung; es war also schwer, mittelst gegenseitiger Entschädigungen Etwas an sich zu reissen; immerhin konnten doch Umstände entstehen, die eine günstige Gelegenheit dazu boten; hatte man doch ein Beispiel davon bei der ersten Theilung gehabt. Solche Umstände hervorzurufen, war einer der Hauptzwecke der damaligen Politik des preussischen Hofes; als bester Anfang dazu schienen Missverständnisse zwischen Polen und Russland auch einige Aussicht zu bieten! Dieses wurde eben zu Beginn des vierjährigen Reichstages angebahnt.

§. 44.

Russlands brutales Benehmen und die Anmaassun seiner Repräsentanten bringt die Gemüther zur Ve zweiflung und verwischt die Erinnerung an etwaig Vortheile, die diese mächtige Nachbarschaft hätt bringen können.

Wie wir sahen, erstrebte der russische Hof nur Polen politische Abhängigkeit, während der preussische auf die Ver nichtung der Republik sann. Welches von beiden Uebel geringer war, konnte auch ein Blinder leicht errathen und dem nach urtheilen, ob es vortheilhafter war, bei der eigenen gegen wärtigen Ohnmacht auf Russland oder auf Preussen zu bauen Die Staatsraison sowie die Vaterlandsliebe konnten nur das Erstere gebieten. Darum sehen wir alle unsere Politiker der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, wie die alten Czartoryski den König und den Primas Poniatowski sich zu der sogenannten russischen Partei bekennen. Allein in einer Hinsicht war die Lage der Preussen den Polen gegenüber besser als diejenige der Russen. Die Russen zeichnen sich durch einige Charakter eigenschaften aus, die jede Abhängigkeit von ihnen bis zum Aeussersten widerwärtig macht. Es liegt wohl in der mensch lichen Natur, Uebermacht zu missbrauchen; der Preusse jedoch macht sie nur in dem Maasse geltend, wie es sein Interesse erheischt. Dies verfolgt er unbeirrt, wird jedoch nicht darüber hinausgehen; der Russe dagegen findet sein grösstes Ver gnügen im Befehlen, im Ausüben seiner Macht auch dem Schwächeren gegenüber und im gewaltthätigen Aufdringen seines Willens. Es giebt wenige Russen, denen es kein Vergnügen machte, die Opfer ihrer Uebermacht zu erniedrigen, zu drücken und sich im Gefühl dieser Macht gehen zu lassen. Keiner der russischen Gesandten hat es je verstanden, sich in den Grenzen zu halten, die ihm seine Pflicht, sein Amt und selbst der Vortheil von Russland zu gebieten schienen. Selbst Friedrich II. be klagte sich, dass Repnin Alles durch sein gewaltsames und grobes Auftreten den Polen gegenüber verderbe, indem er sie unnöthig demüthige und aufreize; diese Eigenschaften der russischen Diplomaten traten in jedem russischen Offizier in den Provinzen noch rauher und unverhohlener hervor. Stackel

g war zwar höflich, wie es ein Diplomat des 18. Jahrhunderts
ı sollte, er war sogar höflicher als andere Russen; er hatte
n halbes Leben im Westen zugebracht. Man weiss jedoch, dass
Russen im höchsten Maasse das Talent besitzen, sich die
sseren Umgangsformen anzueignen und sogar oberflächlich
e Kennzeichen der Civilisation anzunehmen, ohne darum ihre
ıerste Natur umzubilden oder wesentlich anders zu werden,
ı ihre weniger geschliffenen Landsleute. Stackelberg be-
ıhrheitete diese Behauptungen, denn unter seinen höflichen
anieren, seiner Eleganz und seinem unzweifelhaften Geschick
at die russische Anmaassung und despotische Neigung hervor,
elche ihn trieben, Andere zu demüthigen. „Dieser Mensch“,
gt ein Zeitgenosse, „war so hochmüthig, dass er unvernünftig
ard und sich zu einer unmöglichen Haltung den Polen gegen-
ber hinreissen liess; man könnte annehmen, dass seine Haupt-
ıfgabe darin besteht, die Allianz mit Moskau den Polen wider-
ärtig zu machen. Es giebt keine wichtige oder nichtige Sache,
n die er sich nicht bekümmert hätte, um sie nach seinem
'illen zu lenken. Er will bei der Besetzung aller höheren
mter, des permanenten Rathes und der Senatoren mitsprechen,
scht sich in Ehescheidungsprozesse und Dikasterienangelegen-
iten und in alle Militär- und Verwaltungsmaassregeln und
igiöse Fragen. Beispiele davon zu geben, hiesse nur die
edertracht und Schamlosigkeit einzelner Polen aufdecken; wir
llen hier nur betonen, dass ein solches System den wahren
eressen des russischen Staates entgegen ist, und dass eine
litik, welche sich eines solchen Systems bedient, nur wenig
ssichten auf Erfolg haben kann.“*) In Petersburg wusste
n nicht Alles, was in dieser Hinsicht in Warschau geschah;
ıncher fürchtete sich, Klagen darüber verlauten zu lassen;
rigens gefiel dort der anmaassende Ton des Gesandten, so
ıge er mit Erfolg gekrönt war. Das Ergebniss von alledem
r eine gewisse Feindseligkeit der öffentlichen Meinung gegen
ssland; alle Vortheile, welche die Nachbarschaft bot, der
ıutz gegen Preussen und die Verbesserungen in der Ver-
ltung, welche durch Stackelbergs Vermittelung erlaubt wurden,
loren ihren Werth gegenüber der brutalen und rücksichts-

*) Versuch einer unparteiischen Feder (Kwiatkowski), Warschau 1791.

losen Haltung des russischen Gesandten und aller russischen
Beamten in Polen. Es ist wahr, dass solche Rücksichten keinen
Einfluss auf die höhere Politik ausüben sollten, und dass höhere
Staatsinteressen eine gewisse Gleichgültigkeit gebieten; man
kann aber diese Gleichgültigkeit und Duldsamkeit nicht von den
Massen erwarten; es ist schwer, Geduld und Nachsicht von
Frauen und jungen Leuten zu verlangen, wenn die politischen
Männer, welche von Petersburg ausgesandt wurden, kein Maass
in ihrem Auftreten zu halten wussten. Es ist wohl begreiflich,
dass wer täglich in Warschau in Berührung mit den Russen kam
und von ihrem brutalen Hochmuth zu leiden hatte, endlich die
Geduld verlor und nur den einen Gedanken verfolgte, diesen
Zuständen ein Ende zu machen, ja, Rache auszuüben. Auch
diejenigen, welche sich demüthig vor ihm gebeugt hatten, um
private Angelegenheiten zu fördern, waren froh, eine Gelegenheit
wahrzunehmen, um sich gegen den Gesandten zu erklären. Diese
Lage der Dinge begründet die unverhohlene Freude, mit welcher
die preussische Erklärung begrüsst wurde; diese Erklärung schien
die heiss ersehnte Wendung der Dinge herbeizuführen, welche
Russland demüthigen sollte, und an der Allmacht seiner Ge-
sandten zu rütteln; die Freude darüber verblendete nicht nur
über die wahre Bedeutung der Deklaration, sie wirkte auch mit,
als es sich um die Abschaffung des Kriegsdepartements handelte,
wobei es Nebensache ward, ob diese Behörde nützlich oder
schädlich sei, und viel mehr darauf ankam, Russland entgegen-
zutreten. Auf ein von Preussen gegebenes Zeichen verlor also
Stackelberg die Hälfte seiner Bedeutung in Warschau, „und
nehmen sogar die äusserliche Achtungsbezeugungen für seine
Person bei allen öffentlichen Gelegenheiten und auf eine Art
ab, die wahrlich nicht zum Lob der von ihm jederzeit mit eben
so vieler Höflichkeit als Sanftmuth behandelten polnischen
Nation gereichet . . . . .“ schreibt de Caché.*) Nach der russischen
Note, die Stackelberg am 6. November vorlegte, wurde eine
Schmähschrift an das Thor der Gesandtschaft angenagelt; nun
war Jeder, der Stackelberg beleidigte, ein guter Patriot! „Wenn
er sich auf einem Feste einfand, wurde er von Vielen umringt
und von der Jugend mit Unverschämtheit behandelt; wenn er aus

*) Bericht vom 18. Oktober und vom 12. November.

einem Salon in einen anderen ging, stellte man sich ihm entgegen mit zugekehrtem Rücken."*) Einer der Abgeordneten okkupirte eines Abends seinen üblichen Platz im Theater und trat ihn nicht wieder ab; diese Impertinenz wurde nicht vergessen; durch besondere Befehle wurden die Güter dieses Herrn im Jahre 1792 verwüstet. Man bediente sich allerlei Mittel, um diese öffentliche Stimmung zu kräftigen; aus der Provinz wurden z. B. viele Verkrüppelte zusammengeholt und an öffentlichen Orten aufgestellt; sie bettelten das Publikum an und erzählten, dass sie während der Konföderation von Bar in dieser Weise von dem russischen General Drewitsch verstümmelt worden seien.**) Wir sahen schon, wie eifrig jede Klage, die aus der Ukraine verlautete, im Reichstag von den Abgeordneten aufgegriffen wurde, nicht um den Missbräuchen der russischen Armee ein Ende zu machen, sondern um die Kammer zu einer energischen Demonstration gegen Russland anzustacheln. „Die Alten belehren fleissig die Jugend, die Russen zu reizen, sei grösste Tugend", sagt ein damaliger Dichter und fügt hinzu: „Es lebten damals Viele, deren eigennützige Triebe sie scheinbar auf den Weg der Patrioten führte, weil sie dort Rache gegen Russland leicht erreichten."

§ 45.

Die Tyrannei der öffentlichen Meinung im Reichstage und auf der Strasse.

Es war nur zu natürlich, dass der Hass, welcher anfänglich nur Stackelberg und seine Satelliten traf, sich bald auf alle von Russland begünstigten Institutionen erstreckte, sogar auf den König und alle diejenigen, welche mit Russland hielten. Wie man das Kriegsdepartement abgeschafft hatte, so wollte man nun auch den permanenten Rath zerstören. Polen hatte zwar keinen Cato in der Kammer, aber „caeterum censeo, wir wollen den Rath abschaffen!" schrieen viele Abgeordnete. Einige Tage nach Stackelbergs Note wurden den Abgeordneten anonyme Zettel vertheilt, auf denen gedruckt stand, dass man

---

*) Die Memoiren von J. Kossakowski, Manuscript.

**) Daselbst.

Jeden, der sich auf den Vertrag mit Russland von 1775 beruf würde und die Verhandlungen dadurch störte, als Feind d Vaterlandes proklamiren sollte. Wie viel der König weg seiner Treue für Russland ausgestanden hatte und noch a stehen sollte, haben wir gesehen und werden es noch weit sehen. Felix Potocki fiel auch zum Opfer dieser antirussisch Strassenpolitik, obwohl er bis dahin grosse Popularität genoss hatte. Noch vor sechs Wochen hatte Rzewuski ihm geschriebe „dass die Nation auf ihn allein vertraue", und dass er allein Stande wäre, die Kammerverhandlungen zu leiten. Grenzenl eitel, wie er war, fand sich Felix Potocki in einer sehr misslich Lage von Anfang der Konföderation an; durch innere Ueb zeugung neigte er zur Allianz mit Russland, die öffentlic Meinung, die er sehr hoch schätzte, trieb ihn indessen in d andere Richtung; einige Zeit schwankte er; als er jedoch u verhohlen für das Kriegsdepartement eintrat, ward er auf einm verdammt. Dieser so sehr beliebte Magnat verlor nun all Prestige; dieselbe Szlachta, welche die Farben des gross Herrn mit Ostentation auf Kleidern und Waffen getragen hatt zögerte nicht, diese Zeichen abzureissen und sie vor seine Palast auf die Strasse zu werfen. „Man nennt ihn", schreil de Caché, „Vaterlandsverräther; man behauptet, dass er m Russlands Beistand sich zum regierenden Fürsten der Ukrain erheben lassen will. Man erzählt, dass man einen Galgen vor seine Palast über Nacht errichten will!"*) Glücklicherweise kam e nicht bis dahin. Felix Potocki wurde schwer krank vor Kumme und nun sann er auf verschiedene Mittel, um die eingebüsst Popularität wieder zu gewinnen. In der Sitzung vom 10. No vember erklärte er, dass er auf eigene Kosten ein Monumen für Stephan Czarnecki errichten wollte, „das Muster eine polnischen Ritters". Einige Stimmen lobten ihn für diese Vorsatz; doch machte dieses Opfer wenig Eindruck, und da Denkmal wurde nicht errichtet. Später verkündete er, dass e 10 000 Stück Waffen zur Verfügung der Republik stelle; dies bedeutende Gabe wurde angenommen, man bemühte sich abe sie weniger verdienstvoll zu machen, indem man erzählte, da Potockis Frau zur Opposition gehöre und weit grössere Opf

*) Ohne Angabe des Datums. (Anm. des Ueb.)

bringen würde, wenn ihr Gemahl nicht zur anderen Partei gehörte und sie daran hinderte.

Eine ähnliche Behandlung erfuhren alle Parteimänner des Königs; der österreichische Minister schreibt Folgendes darüber: „Die Opposition ist so eifrig in ihrem Parteikampf, dass sie keinen Redner der königlichen Partei zum Wort kommen lässt, er wird durch Hohn und Lärm unterbrochen; an diesen Demonstrationen nimmt auch das Publikum der Gallerie theil, meistens auch Frauen.*) Das Publikum hatte den Tadel des Kastellan Opacki und des Primas gleichgültig hingenommen; es war noch dreister geworden, und leider wurde diese Haltung durch die Nachsichtigkeit des Präsidenten Malachowski begünstigt. Unter solchen Umständen musste man einigen Muth haben, um seine Meinung vor dem Publikum unverhohlen zu äussern; man durfte nicht an der Ehrlichkeit des preussischen Königs zweifeln, und derjenige, welcher darüber ungläubige Vermuthungen anstellte, ward als Ketzer verschrieen. Die oben angeführte Flugschrift sagt Folgendes zu diesem Kapitel: „Jedermann, der es versuchte die Feindseligkeit gegen Russland zu dämpfen und den Eifer der Tagenden zu mässigen, wurde von der Opposition beschuldigt, er sei von Russland besoldet, gereimte und ungereimte Schmähschriften verfolgten ihn.“ Es ging so weit, dass die gemässigten Abgeordneten ihre Reden mit dem Schwur anfingen oder endeten, dass sie keinerlei Subsidien empfangen hätten. Als Beispiel davon wollen wir hier eine Rede des Abgeordneten Mawnecki anführen, der ein Projekt vom Abgeordneten Strojnowski in der Angelegenheit der Unruhen in Ukrainien opponirte und folgendermaassen schloss: „Gegen meine Abstimmung werde ich Argumente gern hören, doch keine Schmähungen erlauben, und darum ende ich mit folgendem Schwur: es möge mich hier der Tod von Gottes Hand erreichen, wenn ich nicht aus eigenem Triebe meine Meinung vorbringe, wenn ich mich je von irgend einem Fremden habe beeinflussen lassen und wenn nicht eigene, innere Ueberzeugung und Vaterlands-, Ordnungs- und Friedensliebe mich hierbei einzig und allein leiteten!“ Der Schriftsteller, dessen Bericht wir dieses entlehnen, fügt hinzu: „Ich zweifle, ob es je einen Reichstag gegeben hat, auf dem die Abgeordneten in die

*) Ohne Angabe des Datums. (Anm. des Ueb.)

Nothwendigkeit versetzt waren, sich solcher Betheuerungen zu bedienen, um ihre Person vor verläumderischem Verdacht zu schützen; aber ich zweifle auch, dass es je ein Land gegeben hat, in dem die Tyrannei der öffentlichen Meinung solche Macht erlangt hatte und so ausgenutzt wurde von den sogenannten Patrioten. Lange Jahre einer unverschämten Verkäuflichkeit schienen solchen Verdacht zu berechtigen." Diese öffentliche Meinung beschützte ihre Lieblinge und wusste ihren Worten Kraft zu verleihen. Ein Beispiel davon giebt uns folgende Begebenheit: Als man in Warschau die Nachricht von der Ermordung der Familie Wielczynski durch die eigene Dienerschaft erfuhr, sah man unverzüglich darin eine Folge der Unruhen in Ukrainien und Russlands Mitwirkung; darauf verlangte der hitzige Suchorzewski, man möchte Russland den Krieg erklären; er behauptete, dass die Bevölkerung dermaassen aufgeregt sei, dass man die nächste Trauerbotschaft durch die Ermordung des Gesandten rächen würde! es sei also besser für Stackelberg, sich zu entfernen. Dieser wahnsinnige Plan, der den Krieg mit Russland zur Folge gehabt hätte, fand Beifall in der Kammer und erntete enthusiastische Anerkennung beim versammelten Publikum. Glücklicherweise wurde er von der Majorität abgelehnt, zum Missvergnügen der Gallerie. Dieselbe öffentliche Meinung übte bald ihre Tyrannei nicht nur in der Kammer, sondern auch auf der Strasse und in allen Klassen der städtischen Bevölkerung aus. Wir haben einen Brief von Fabian Poniatowski gelesen, in dem der Schreibende sich beim König beklagte, dass seine Schwester, Fräulein Poniatowska, Nonne in einem der Warschauer Klöster, wegen ihrer politischen Ueberzeugung und ihres Namens von ihren Genossinnen verfolgt wäre. Auch da waren Meinungsverschiedenheiten zwischen den sogenannten Patrioten und Königlichen eingedrungen. Der Monarch musste seinen Lektor, den Pater Gawronski in das Kloster schicken und die bischöfliche Intervention anrufen, um diese weiblichen Zwiste zu beschwichtigen. Die Parteigänger des Königs hatten auch viel auf der Strasse und in Gesellschaften auszuhalten. Es war von jeher Sitte gewesen, dass der Hofmarschall offene Tafel während des ganzen Reichstages hielt, und besonders an den Sitzungstagen; diese Tafel wurde gewöhnlich von solchen Abgeordneten benutzt, die in Warschau

keine Wohnung besassen und keine anderen Einladungen erhielten; wenn die Sitzung sehr spät dauerte, besuchten auch andere das gastliche Mahl. Dieser Usus hat nie Aufsehen erregt und war bei der bekannten polnischen Gastfreiheit nur natürlich: er war aus Rücksicht für die Person der Abgeordneten entstanden, in einer Zeit, in welcher die heutigen Klubs und Vereine noch nicht bestanden. Es fiel keinem Menschen ein zu denken, dass diese Hofmarschallsdiners ein Mittel der parteilichen Propaganda sein könnten. Erst jetzt, bei diesem Reichstag, fand es die Opposition ihren Zwecken dienlich, diese üblichen Versammlungen bei dem Hofmarschall, dazumal Aleksandrowicz, zu diskreditiren und solche, die daran Theil nahmen, als Parasiten auszulachen. Dieser Hohn, der mit Nachdruck betrieben wurde, wirkte auch bald; man scheute sich, die Hofmarschallstafel zu besuchen, die so leer wurde, dass man nur 6 bis 7 Gäste da sah, wo früher ihrer 50 gesessen hatten. Zu derselben Zeit gaben die Fürsten Radziwill und Czartoryski tägliche Gastmahle, die man gern besuchte, für unpatriotisch galt es aber, bei dem eigenen Könige zu speisen. Folgendes erzählt uns Kitowicz: „Die Abgeordneten, welche sich an den preussischen König halten, werden von dem Reichstagspublikum Patrioten genannt; diejenigen, welche sich zur Partei des Königs bekennen und mit ihm für Russland optiren, heissen dagegen die Parasiten. Die Zeit allein kann uns zeigen, wer Recht hatte und das Beste seines Vaterlandes errieth! Was die Parasiten anbelangt, so muss man sich wundern, dass dieselben sich gar nicht beleidigt fühlen, obwohl sie diesen Ruf beim Ein- und Aussteigen aus ihren Wagen laut genug hören. Es ist schon oft geschehen, dass die Dienerschaft und die Kutscher der verschiedenen Herren sich untereinander als Patrioten und Parasiten schimpften, wobei die Patrioten sich immer als solche loben und den anderen nachrufen: »mach Platz, Du Parasite, wart Du nur, Du Parasite u. s. w.«, solcher Wortwechsel hat schon öfters zum Faustkampf vor dem Thore der Kammer geführt und musste durch die Marschallswachen beschwichtigt werden. Was aber jeden Begriff übersteigt, ist die Dreistigkeit des Publikums im Reichstage, das sich in jede heftige Debatte einmischt und die Worte der Parteigänger des Königs durch lautes Schimpfen unterbricht.“ „Bisher“, schreibt der-

selbe im Januar 1789, „hat sich keine Behörde beruf
gefühlt, diesem Missbrauch der Zungenfreiheit ein Ende z
machen.“*)

§. 46.

Einfluss der Frauen auf die Reichstagsdebatten.

Der König duldete schweigend diese hässlichen Chikane
und der Reichstagspräsident fand es nicht passend, denselbe
ein Ende zu machen. Warum solche Nachsicht? Zum Theil w
Malachowskis angeborene Charakterschwäche daran schuld un
zum Theil die besondere Lage der Dinge, in der man m
Dreistigkeit Alles durchsetzte; Sorge um die Popularität un
eine gewisse Connivenz mit der öffentlichen Stimmung, welch
unzweifelhaft der mächtigste Faktor bei der Vernichtung de
königlichen Partei war, müssen wir als die beiden Motive diese
Haltung des Präsidenten ansehen.**) Wie dem auch sei, es wa
ein schlechtes Mittel, das kein umsichtiger Staatsmann ge
brauchen sollte; schlecht, weil es die Würde der Volksvertrete
herabsetzte, schlecht. und gefährlich für jedes Land, weil es di
Nation blindlings in Unternehmungen stürzt, für die sie di
Verantwortlichkeit nicht tragen kann; schliesslich auch für die
jenigen gefährlich, welche sich seiner bedienen, denn man kan
die öffentliche Meinung als ein zweischneidiges Schwert be
zeichnen, welches gelegentlich auch den verwunden kann, de
es braucht, oder gegen ihn sich wenden lässt. Die hier a
geführten Thatsachen zeugen von ungeheurer Frechheit auf de
einen Seite und von trauriger Unbeholfenheit auf der andere
sie belehren uns, warum die königliche Partei täglich z
sammenschmolz und immer mehr deprimirt wurde; sie beweise
auch, wie selten die Vernunft in Polen mit Energie und Mut

---

*) Memoiren, Posen 1845, I. 57.

**) Komarzewski berichtet, dass eine Koalition der Preussischen un
Potemkin-Partei die Gallerie der Kammer mit ihren Leuten füllte und ihne
genaue Instruktion ertheilte, widergesetzlich die Reden der Abgeordnete
durch Tadel oder Beifall auf ein gegebenes Zeichen zu unterbrechen (Co
d'oeil sur les causes de la décadence de la Pologne, Paris 1807, S. 19
Wolski fügt noch hinzu, dass diese Leute bezahlt waren (Vertheidigung vo
Stanislaw August, Jahrbuch der Historischen Gesellschaft, pars II, 4
Wir werden noch andere Beweise für diese Behauptung finden.

gepaart waren und wieviel Männlichkeit dazu gehörte, um sich den Schreiern zu widersetzen.

Auf diesem Reichstage mussten die Parteigänger des Königs aber noch einem anderen Feinde Trotz bieten; das war der Einfluss der Frauen. Die Damen der höheren Gesellschaft politisirten eifrig und beschäftigten sich mit den öffentlichen Angelegenheiten. „Sie gehen in ein Land", sagte Napoleon zwanzig Jahr später zu einem Gesandten, den er nach Warschau schickte, „in dem die Männer gar nichts und die Frauen Alles bedeuten." Diese Uebermacht der Frauen, die von Fremden öfters in Polen bemerkt und bezeichnet wurde, war, obwohl unnatürlich, jedoch keine seltene Erscheinung; man bemerkt dieselbe in allen denjenigen Ländern, welche sich dem Verfall nahten und aus der göttlichen Ordnung herausgelenkt worden waren. In Polen kann diese Ueberlegenheit des weiblichen Geschlechtes als Kommentar zu der Politik dienen, die seit hundert Jahren dort die herrschende war: der phantastischen Empfindungspolitik, wie man sie treffend charakterisirt hat; denn es ist nur logisch, dass derjenige, welcher in einer Nation die Oberhand gewinnt, ihre Thaten auch leitet. Dieses Ergebniss klärt auch manches Räthsel aus der Geschichte dieser Epoche auf.

Kitowicz, ein etwas derber, aber scharfsichtiger Beobachter, erzählt: „Die polnischen Damen haben sich bis jetzt nie mit öffentlichen Angelegenheiten befasst; heute fangen sie an, den Französinnen nachzuahmen: es ist für sie Mode geworden, sich in die Staatsgeschäfte einzumischen. Allmählich werden sie als Gesetzgeber anerkannt sein wollen, obgleich sie es schon längst sind, wenn auch nicht offiziell. Wir sehen viele Damen einer ganzen Sitzung in der Kammer beiwohnen; wir sehen sie auf der Gallerie verweilend und Zeichen mit Abgeordneten und Senatoren austauschen; durch süsses Lächeln oder Stirnrunzeln lassen sie erkennen, ob ihnen etwas in der Verhandlung gefällt oder auch missfällt, und sie bestimmen Befürwortung oder Ablehnung der Vorlagen."*) Wir haben schon Gelegenheit gehabt, hervorzuheben, wie gross der Einfluss der Frauen war, als wir von der Debatte über die Armee berichteten und die Ansprache des Fürsten Czartoryski an die anwesenden Damen an der Gallerie erwähnten. Von allen Damen in Warschau hatte

---

*) *Memoiren* I, 234,

damals die Fürstin Czartoryska die bedeutendste Rolle; sie war es, die zu Anfang dieser Session eine grosse Agitation veranstaltete und ungemeine Energie, Scharfsinn und Eifer entfaltete. Ob diese politische Aktion zum Wohl des Vaterlandes diente? Das ist wohl eine andere Frage; hier müssen wir nur andeuten, dass alle diejenigen, welche dazumal eine Rolle spielten, mit der thätigen und geschickten Fürstin zu thun hatten. Namentlich war sie unermüdlich im Aufreizen gegen Russland und demnach im offenen und geheimen Bekämpfen der königlichen Partei. Der Leser wird sich wohl dessen erinnern, dass der König nach Stackelbergs Note die Kaiserin von Russland als „Grossmüthige Monarchin" in seiner Rede bezeichnete. Das war eine allgemein gebrauchte Phrase, die sogar in den offiziellen Denkschriften, die man aus Warschau nach Petersburg schickte, üblich war. Diese Höflichkeit des Königs wurde aber übel gedeutet; die besten Redner, wie Niemcewicz, Weissenhof, Batowski, Kublicki, die alle Partei- und Hausgenossen des Fürsten Czartoryski waren, hoben diese Phrase hervor, leider begleitet von unschicklichen Kommentaren, die man kaum in der guten Gesellschaft wiedergeben kann. Solche unglaublichen Freiheiten nahm man sich heraus mitten in der Kammer, vor den auswärtigen Ministern und machte zum Gegenstand davon die Herrscherin des mächtigsten Reiches! Das Diarium liess diese Epitheta aus! Ein Augenzeuge schreibt Folgendes: „Die Fürstin wurde immer von dem in der Kammer Bevorstehenden benachrichtigt und fand sich immer auf der Gallerie ein, wenn man gegen die Kaiserin schmähende Bosheiten losliess, sie rief Bravo und klatschte in die Hände; die Damen, welche ihr Gesellschaft leisteten, thaten dasselbe." Diese Unsitten erschwerten ungemein die Lage des Präsidenten; wie sollte er gegen die ersten Damen des Reiches einschreiten und ihnen Schweigen gebieten? Ueberdies sassen die Vertheidiger und Mitschuldigen der übermüthigen Schönen unten auf den Bänken! Man muss sich dabei nur fragen, was thaten indessen ihre Gatten? — „Doch war das noch nicht das Ende", schreibt der obenerwähnte Schriftsteller, „man musste die Herren Abgeordneten für ihren Gehorsam belohnen. Sie wurden also zum Abend bei der Fürstin eingeladen; dort wurden sie von jungen Damen gefeiert und mit Blumen beworfen. Es klingt fast un-

glaublich, wenn man es heute erzählt, doch kann ich es versichern, da ich es mit eigenen Augen gesehen habe!"*) Dasselbe wird uns von anderen Zeitgenossen erzählt. Aus den Briefen des Marchese Lucchesini ersehen wir, dass er mit der Fürstin Czartoryska in beständigem Zusammenhang stand, dass sie oft mit ihm Berathungen pflegte, die Bekanntschaften zwischen ihm und den Abgeordneten vermittelte, alle Verhandlungen anbahnte und zum Abschluss führte, mit einem Wort lebhafte Theilnahme an seinen Intriguen während dieser Reichtagssession bekundete. Lucchesini seinerseits verstand ihre Gunst zu erobern. Am 19. November, dem Namenstage der Fürstin, überreichte er ihr eine Tasse aus Filigran, mit dem Bilde des Königs von Preussen geschmückt, und dazu ein von der Opposition heiss ersehntes Aktenstück: den Protest des preussischen Gesandten gegen die Garantie; die Fürstin war somit die erste Person in Warschau, welche davon Kunde erhielt. Dieses Geschenk wurde dankbar aufgenommen.**) Neben der Fürstin muss man noch die Gemahlin von Felix Potocki als eine eifrig politisirende Dame erwähnen. „Diese beiden Damen", klagt der König, „und viele Andere unter ihrer Leitung, junge und alte, brauchen alle weiblichen Mittel und Künste, um die Abgeordneten auf ihre Seite, d. h. zur Opposition zu ziehen." In der That, Alles, was geeignet war, die Herzen zu gewinnen, ward von ihnen angewandt; Eigenliebe und Patriotismus, Koketterie und theatralische Effekte, Alles ward Mittel zu dem einen Zweck: dem König und Russland Parteigänger abspenstig zu machen. Man lehrte sogar unschuldige Kinder, ihre Reize zu gebrauchen, um die wankenden Abgeordneten zu bestimmen.*) Wir wollen hier in keine noch traurigeren Einzelheiten eingehen. Dasjenige, was wir hier anzuführen gezwungen sind, ist schon für die Würde einer Frau und einer Polin kränkend genug und um so schmerzlicher für den Leser und den Verfasser, da es sich um eine Frau handelt, welche nach dem Fall der Republik ihrem Lande viele wesentliche Dienste erwies und die Mutter des bedeutendsten Mannes ist, den Polen im 19. Jahrhundert besass. Wir wollen hier nur eine Bemerkung machen. Der Bischof von Frauenburg,

---

*) Mich. Kosakowski, Memoiren, Manuscript.

**) Bericht von de Caché.

Krasinski, sagte einmal scherzend, dass zwar die Männer die Wel regierten, selbst aber von den Frauen regiert würden. In diesen Wort ist viel Wahrheit und auch Wahrheit, die bestehen bleiben muss. Allerdings soll die Frau Mutter und Schutzengel ihre Familie und ihres Heims sein; als solche kann sie wohl das Haus die Familie und sogar eine Nation regieren, aber nur wenn ih Regiment unsichtbar ist, wie das eines Schutzengels! Tritt si aber in die Oeffentlichkeit hinaus, so ist es schwer für sie, das jenige Maass zu halten, welches der Anstand für sie erheischt

§ 47.

Fürst Kasimir Nestor Sapieha.

„Was in alledem am wunderbarsten erscheint“, schreib Stanislaw August, „ist die Thatsache, dass Sapieha am leb haftesten gegen Russland spricht, so dass viele Leute sich fragen, ob der Fürst Potemkin der Kaiserin feindlich gesinnt sei, worauf ich natürlich keine Antwort geben kann.“ Fürst Kasimir Sapieha konnte sich als ein verhätscheltes Kind des Schicksals betrachten, so reich war er von der Natur und von den Menschen ausgestattet worden, aber wie so viele Polen jener Zeit und späterer Jahre, ward er aus seiner natürlichen Bahn herausgedrängt, theils durch seine eigene Schuld, theils durch die Schuld seiner Angehörigen und der Umstände. Noch Jüngling, wurde er General der Artillerie und erhielt als solcher ein bedeutendes Gehalt, welches in früheren Zeiten für die Ausrüstung der lithauischen Artillerie bestimmt war, bald darauf hiess er Gross-Kreuz des Malteser-Ordens, bekam die Starostei von Pren und wurde Ritter des rothen Bandes. Dieses alles hatte für ihn seine unermüdliche Mutter von dem König erbettelt, was den so reich Beschenkten veranlasste, den Monarchen als seinen grössten Wohlthäter zu preisen. Der jugendliche Würdenträger reiste ins Ausland, um dort Mathematik, Physik, Chemie, Mechanik und Artillerie, mit einem Wort, das zu erlernen, was jeder Unteroffizier seiner Waffe wissen muss. Diese Studien wurden bald in Paris, bald in Strassburg, bald in Turin betrieben, insofern sein häufiges Auftreten in Gesell- schaft ihm dazu Zeit liess, denn der junge Mann sah sich gern in seiner Generalsuniform und wurde überall gern gesehen

ennoch fand er Geschmack an seiner militärischen Laufbahn
nd fasste eine besondere Vorliebe für das Artilleriewesen,
› dass er am Ende seines dreijährigen Studiums, einige
anzösische Offiziere engagirte, Modelle kaufte und sich eifrig
es Korps annahm, dessen General er schon längst hiess. Leider
uschte er sich über den Stand der Finanzen in seinem Vater-
nde; auf dem Reichstag von 1775 hatte man zu optimistische
nsichten hierüber, und als der Fürst in sein Land zurückkehrte,
nd er nicht die Geldmittel, auf die er rechnete, um das
ithauische Artillerie-Korps zu organisiren, wenigstens nicht
leich; später fand er selber nicht mehr die Zeit dazu, obgleich
r immer noch den Titel eines Generals führte und ein beträcht-
liches Gehalt verzehrte. Ein anderer Dienst wartete seiner.
Sein Onkel, Hetman Branicki, hatte eben einen hartnäckigen
Kampf gegen den König und gegen den Gesandten Stackelberg
begonnen, und Sapieha vergass, dass der König einst „sein
grösster Wohlthäter“ war, und stellte sich auf die Seite
eines Onkels. Von dieser Zeit an datirt die Opposition,
welche Sapieha auf allen Landtagen und im Reichstag bekundete.
Zu dieser Rolle hatte er eine angeborene Tendenz: „Ich würde
kein echter Sapieha sein“, meinte er, „wenn ich nicht die Lust
n mir verspürte, den König zu bekämpfen.“ Es ist schwer, in
diesem Kampf ein klares Ziel zu erspähen, denn das Leben von
Sapieha entbehrte überhaupt eines tieferen Gedankens; er war
ein unruhiger Mensch voll Eigenliebe, der seinen Thatendrang
durch den Lärm befriedigte, den er um sich veranstaltete und
der sich an dem Eindruck, den seine glänzende Persönlichkeit
machte, stets berauschte. Den schlimmen Beispielen seiner
Mutter und deren Bruder folgend, schleppte er seine Zeit von
den Landtagen zum Reichstag mit schmutzigen Prozessen,
Saufereien und Liebeshändeln, in welchen er seine Gesundheit,
ein grosses Vermögen und glänzende Fähigkeiten vergeudete.
Er war, was man zu der Zeit mit dem Wort „tçżyzna“*) be-
eichnete, eine Bezeichnung, welche eine gewisse Derbheit aus-
drückt, die damals sehr beliebt war, und ein händelsüchtiges,
unruhiges, ewig frondirendes Wesen auf den Landtagen sowie

*) *Kraszewski*, Polen während der drei Theilungen, Posen 1874, 129.

einen Wüstling in der Hauptstadt kennzeichnete; da er aber mit diesen bedenklichen Eigenschaften eine hinreissende Beredsamkeit vereinigte, welche ihm ermöglichte, nach einer ausschweifenden Nacht eine glänzende Rede zu improvisiren, da er überdies sehr freigebig war und man hinter ihm den Hetman Branicki sowie den allmächtigen Potemkin vermuthete, da er Vieles versprach und Jedermann keck entgegentrat, so genoss er doch einiges Ansehen und zählte viele Parteigenossen, namentlich in Lithauen. In dem konföderirten Reichstag von 1788 ward er der Führer der Hetmanspartei, welche ihr Haupt in Potemkin sah; von seinem Onkel Branicki hatte er die Weisung erhalten, auf Stackelberg keine Rücksicht zu nehmen und es mit den sogenannten Patrioten zu halten. Sein Kampf gegen das Militärdepartement erhöhte noch seinen Ruhm in der Hauptstadt; von der Zeit an wurde er der populärste Redner und als eifriger Patriot angesehen. Durch die Fürstin Czartoryska in engere Beziehungen mit Lucchesini gebracht, fasste Sapieha alsbald den Gedanken, die bestehende Konföderation aufzulösen, um eine neue zu bilden, deren Anführer er werden wollte; um sich den Weg zu einer solchen Rolle zu ebnen, hielt er jene immer heftigen Reden gegen den König und gegen Russland. Nach Stackelbergs Note veranstaltete er einen Reiterzug von 60 Reitern, mit welchen er feierlich vor dem königlichen Palast und der Wohnung des „Ambassadeurs" defilirte.*) Was diese Demonstration zu bedeuten hatte, ist schwer zu errathen, aber sie hatte den Beifall des Publikums, welches Sapieha für einen „ganzen Kerl" erklärte, der nichts und Niemanden fürchte. Mit grosser Ostentation warf Sapieha seine französische Tracht ab. Diese Ceremonie vollzog sich mit Feierlichkeit im Hause der Fürstin Czartoryska während einer zahlreichen Versammlung von Gästen; unter Pauken- und Trompetenschall näherte sich die Fürstin dem General und schnitt ihm die eine Locke seiner französischen Haartracht ab. Am folgenden Tag erschien der Marschall der Lithauischen Konföderation im Reichstage in polnischer Tracht und stellte den Antrag, man möge von nun an alle Offiziere in solche Tracht kleiden.**) Seine Popularität

*) De Caché, 12. November.

**) De Caché, 3. Dezember. Bei dieser Gelegenheit dichtete Trembecki Spottverse, die bald Verbreitung fanden.

erreichte den Höhepunkt; von diesem Augenblick an wurde er nicht nur das Haupt der Hetmanspartei, welche nunmehr mit der preussischen hielt, sondern auch der Anführer aller Schreier und aller Fanatiker, welche nicht dem König allein, sondern auch den vernünftigeren Oppositionsmännern zur Last fielen.

§ 48.

Stackelbergs wachsende Sorgen. Der König ertheilt den Rath, mit Russland über die Garantiebedingungen zu verhandeln.

Die bedeutendsten Mitglieder der Opposition, von denen wir den Fürsten Czartoryski und Ignaz Potocki nennen wollen, missbilligten die Ausschreitungen Sapiehas und anderer ihm ähnlicher Charaktere; ja, sie fingen an Besorgniss zu hegen, dass die Dinge zu rasch und zu weit gingen, und mussten bekennen, „dass es schwer sei, die erhitzten Gemüther zu lenken, und dass die wirkliche Hetmanspartei eigene und weitergehende Ziele verfolge, als die Opposition für wünschenwerth und nützlich hält"*) . . . . . „Ebenso glaube ich wahrgenommen zu haben", schreibt de Caché, „dass der Herr Fürst (Czartoryski) das wenigstens vorgebliche System seines innigliehen Freundes des H. Marschall Potocki für das Wohl und die Unabhängigkeit Polens am zuträglichsten halte, nämlich keinen überwiegenden Einfluss irgend eines fremden Hofes in Polen zuzulassen, sondern eine Art d'équilibre parfait d'influence politique aller drei mit Polen angrenzenden Mächte zu behaupten: ein Gleichgewicht, welches aber nach meiner, weder dem Herrn Fürsten, noch dem Herrn Marschall Potocki verhehlten, geringen Einsicht ein blosses Hirngespinst ist und mir nie zu einer wirklichen Existenz kommen zu können scheint, besonders da zu einem gänzlichen Uebergewicht des Berliner Hofes bereits ein mehr oder weniger fester Grund gelegt worden."**) Dem Präsidenten Malachowski schien es auch unklug, sich ganz und gar der Gnade des Berliner Hofes zu ergeben, und auf diesen bauend, sich Russland entschieden zu verfeinden. Der König erhielt Kunde von

*) Der König an Deboli, 12. November.

**) Bericht von de Caché an Kaunitz, 12. November.

dieser Gemüthsverfassung der Führer und ermangelte nicht, sofort davon Vortheil zu ziehen und eine Annäherung zwischen der Majorität der Kammer und dem russischen Gesandten anzubahnen. Als Ausgangspunkt benutzte er die Antwort, welche die Stände auf die drohende russische Note verabredeten.

In dieser Antwort, die am 15. November angenommen wurde und weit vorsichtiger verfasst war, als man zu befürchten Ursache hatte, erklärte der Reichstag mit Bestimmtheit, dass er nichts beschlossen hätte, was irgendwie die Garantien verletze, dass er darum überzeugt sei, die Kaiserin würde einen Beweis „ihrer bekannten Grossmuth und Freundschaft" geben, indem sie die zum Wohle der Republik gefassten Beschlüsse billigte. Um dieses Ziel zu erreichen, schlage die Kammer vor, in Verhandlungen mit den drei Mächten einzutreten. Die Drohung, Russland werde alle Beziehungen abbrechen, könnten die versammelten Stände nicht als geschehen ansehen, da eine solche Wendung das lebhafteste Bedauern in der Republik hervorrufen würde. Diese Antwort bot die Möglichkeit, mit dem Gesandten in Verhandlungen zu treten, welche die Abänderung der Konstitution von 1775, den jetzigen Bedürfnissen entsprechend, zum Ziel hatten. Der König wollte diese Gelegenheit wahrnehmen, um auf solcher Grundlage die bezüglichen Verhandlungen einzuleiten. Der Zeitpunkt schien günstig; der Gesandte hatte seinen Einfluss verloren und sass vereinsamt in seinem Schlosse; er suchte nach Mitteln, die ihn aus seiner misslichen Lage, in die er sich zum Theil durch eigene Schuld versetzt hatte, befreien konnten. Jetzt musste er wohl zugeben, dass es besser gewesen wäre dem ursprünglichen Plan des Königs zu folgen und dem permanenten Rath die Initiative einer Konföderation zu überlassen, um ihm damit die Leitung der Geschäfte zu ermöglichen, wie es im Jahre 1776 geschehen war; er versuchte sich damit zu entschuldigen, dass die Gemüther schon vor Eröffnung des Reichstages zu aufgeregt gewesen wären, um diesem Rathe zu folgen. Die heutige Wendung der Dinge schrieb er der Haltung der polnischen Abgeordneten aus dem Oesterreich zugefallenen Theile zu und der unerwarteten Verschmelzung der Hetmanspartei mit der sogenannten patriotischen preussischen. Er hoffte, dass die Bekehrung der aus Galizien Kommenden genügen würde, um die königliche Partei zu stärken. Er übersah nicht alle

Gefahren und wandte sich an den österreichischen Hof mit der Bitte, man möge die Abgeordneten für ihre Haltung auf dem Reichstage zur Verantwortung ziehen und sie mit Konfiskation ihrer Güter bedrohen, wenn sie die Abänderung der Konstitution von 1775 anstrebten und die Garantie der Mächte dadurch nichtig machten. Um nichts zu versäumen, wandte er sich auch nach Berlin. Graf Nesselrode sprach dort im Namen des Grafen Stackelberg die dringende Bitte aus, man möchte den Eifer der polnischen Opposition etwas dämpfen, da deren ungestümes Vorgehen die Auflösung der Kammer zur Folge haben könnte. Ein vergebliches und schlecht ausgedachtes Mittel, welches uns beweist, wie wenig Stackelberg den wahren Sachverhalt kannte, da er die geheime Aktion des Berliner Kabinets nicht vermuthete. Indessen war die Antwort auf dieses Verlangen eine solche, wie man sie wohl erwarten durfte. „Wir haben dem Grafen Nesselrode folgendermaassen erwidert“, schreibt man aus dem Berliner Ministerium dem Könige nach Potsdam, „Eure Majestät wolle diesem Verlangen nicht nachkommen; die heutige Konföderation in Polen sei ein Werk des russischen Hofes und des polnischen Königs; man habe entgegen den gemeinsamen Interessen die Vermehrung der Armee beschlossen, ohne sich hierüber mit dem König von Preussen zu verständigen; da nun die Angelegenheit eine neue Wendung genommen, haben wir keine Ursache, uns einzumischen, und es wäre am besten, die Polen sich selbst zu überlassen und sich in ihre inneren Angelegenheiten nicht einzumengen.“*) Mit einem Wort, das Berliner Kabinet war offenbar froh, eine Gelegenheit zu haben, Russland die Allianz mit Oesterreich zu vergelten und die Hoffnungen seines Gesandten zu täuschen. Sobald dieser Schritt misslang, erdachte Stackelberg einen neuen Plan. Da er die in Galizien wohnenden Abgeordneten in Verdacht hatte (namentlich den Fürsten Czartoryski, Jablonowski, Rzewuski, Sanguszko und sogar Ignaz Potocki, der einige Güter in Oesterreichisch-Polen erben sollte), so bat er den Gesandten de Caché, es durchzusetzen, dass der Wiener Hof alle diese Herren unter irgend einem Vorwande nach Lemberg beriefe. Er hatte kein Bedenken, ihm zuzuflüstern, dass man unter Vorspiegelung eines Krieges den Landtag versammeln könnte und

*) Bericht vom 13. November.

die Herren dazu berufen unter Drohung der Güterkonfiskation, wenn sie nicht erschienen. Damit würde der Warschauer Reichstag von zwanzig der unruhigsten Oppositionsmitgliedern befreit.*) Es ist begreiflich, dass dieses Projekt keinen Beifall in Wien fand und daher unbeantwortet blieb. Ohne den erhofften Beistand aus Berlin und Wien gelassen, drang Stackelberg um so heftiger auf den König ein und versuchte ihm den Muth einzuflössen, den er selber nicht mehr besass, der Opposition Widerstand zu leisten und die Abstimmungen zu verhindern, sobald er der Mehrheit nicht sicher wäre. Schliesslich erneuerte er den Vorschlag, der König möchte die bestehende Konföderation aufgeben, seine Partei und die Garde um sich sammeln, aus der Stadt ziehen, sich unter den Schutz der russischen Armee stellen und dort in einem der Schlösser, wie Dubnow oder Kamenetz in Podolien oder Tulczyn, eine neue Konföderation bilden. Dies waren in der That verzweifelte Vorschläge und Stanislaw August wollte mit Recht davon nichts hören; er suchte dem Gesandten die schweren Folgen solcher Schritte klar zu machen: das unvermeidliche Einmarschiren der Preussen, den Bürgerkrieg und eine noch schlechtere Zukunft für das ganze Land; schliesslich sagte er: „Wenn ich auch die Stadt verlassen wollte, wer würde mir folgen?“ „Ich!“ erwiderte Felix Potocki, der bei dieser Diskussion zugegen war. Der König ward betroffen, da er die Unschlüssigkeit und Aengstlichkeit von Felix Potocki wohl kannte. „Uebrigens“, meinte der König, die Diskussion abbrechend, „man muss die vortheilhaften Seiten selbst des Unglücks suchen und benutzen; ich würde gern meine persönliche Bedrängniss ausser Acht lassen, um meine Bemühungen auf eine andere dem Lande Nutzen bringende Aktion zu richten; ich erachte meinerseits, dass wir jetzt die Verhandlungen einleiten, die in der Note Ew. Wohlgeboren an die Kammer erwähnt sind; diese Negotiation mit dem russischen und den anderen Höfen könnten damit anfangen, die Stellung des permanenten Rathes zu befestigen, dem jetzt seitens der Opposition wirkliche Gefahr droht.“ Stackelberg fand sich bereit, diesen Vorschlag des Königs anzunehmen und dem Reichstag einige Konzessionen über die Attribute des permanenten Rathes zu machen, falls

*) Bericht von de Caché.

man seine Wünsche bezüglich dieser Behörde erfüllen wollte. Es handelte sich hauptsächlich darum, den Reichstag zu binden, vor Schluss der Kammer die neuen Mitglieder des Rathes zu wählen und die neu erstandene Kriegskommission in gewisse Abhängigkeit von dieser höchsten Behörde zu bringen, dafür wollte der Gesandte zugeben, dass es nicht mehr Sache des permanenten Rathes sei, die Auslegung der Gesetze vorzunehmen. Den König freute diese Bereitwilligkeit des Gesandten, er fing also an, die Führer der Opposition zu bearbeiten, und hatte eine lange Verhandlung mit dem Grafen Ignaz Potocki, von der er Folgendes in seinen Briefen erzählt: „Nach langer Kontroverse hat Ignaz Potocki doch zugeben müssen, die Klugheit sollte uns verbieten, mit Moskau zu brechen und den permanenten Rath abzuschaffen; dass es dagegen wünschenswerth sei, mit dem russischen Gesandten ad statum negotiandi zu bleiben und ihn zu ersuchen, bei den Seinigen in diesem Sinne zu wirken; auch sei es nöthig, dieses Ziel im Auge behaltend, die Arbeiten der Kammer nicht zu beschleunigen, sondern aufzuhalten, um uns Zeit für die Verhandlungen zu lassen. Ob er aufrichtig ist in dieser Gesinnung, müssen uns die Ereignisse zeigen.“ In demselben Briefe wird Folgendes bemerkt: „Sogar der Marschall Malachowski erkennt jetzt die Nothwendigkeit an, in Verhandlungen mit Russland einzutreten. Doch sind diese Herren so furchtsam in der Aeusserung dieser Meinungen, dass man für nichts stehen kann.“*)

§ 49.

Die zweite preussische Erklärung. Friedrich Wilhelm verzichtet auf die Garantierechte und verspricht, die Republik zu vertheidigen.

Wenn auch nur schwach und vorübergehend so war doch die Hoffnung jetzt vorhanden, dass es gelingen möchte, mit Russland in Eintracht zu bleiben, und auf der Grundlage dieses Friedens sollte die Verständigung zwischen dem König und den bedeutenderen Mitgliedern der Kammer stattfinden.

*) Brief an Deboli vom 19. November 1788.

Solche Leute wie Fürst Adam Czartoryski, wie Ignaz Potocki und Malachowski, welche dem König eigentlich noch treu waren und im Zusammenhange mit den Senatoren zu seiner Partei gezählt wurden, konnten allein noch die Opposition fest halten und Schritte verhindern, sich Preussen ganz zu ergeben; andererseits waren sie auch fähig, den König Russland gegenüber zu unterstützen und ihm Muth einzuflössen. Das Gleichgewicht der fremden Einflüsse, das von ihnen geträumt ward, konnte nur durch Einigkeit zwischen dem König und ihnen erzielt werden. Diese klar sehenden Persönlichkeiten, die durch ihre Aemter, ihren Einfluss und ihre Umsicht in der Kammer die ersten waren, konnten es allein erreichen: sobald sie aber untereinander uneinig und getheilt waren, konnten sie die Freiheit ihres Vaterlandes nicht mehr sichern, es blieb ihnen dann nur übrig, zwischen dem russischen und dem preussischen Protektorat zu wählen. Man kann also dreist behaupten, dass der König von einer gesunden politischen Einsicht geleitet war, als er die oben beschriebene Aktion anstrebte, abgesehen von den Vortheilen, welche eo ipso aus milderen Beziehungen zu Russland sich ernten liessen, die Polen vor einem gewaltsamen Bruch bewahrten. Leider wurden diese besseren Aussichten für eine friedliche Lösung der Dinge bald vernichtet und zwar durch einen neuen Anschlag des preussischen Kabinets. Wir haben schon berichtet, welche Folgen die harte Note vom 5. November bewirkt hatte. Durch dieselbe in ihrem Plan gehemmt, wollte die Opposition dem russischen Gesandten nun zu fühlen geben, dass die Kammerbeschlüsse unabhängig von fremden Mächten gefasst werden könnten, dass demnach der Akt der Garantien nicht mehr verbindlich sei. Um dieses aber thun zu können, verlangte die Opposition aus Berlin die formelle Erklärung, „dass der König von Preussen seinerseits sich kein Recht anmaasse, die Freiheit der Kammerverhandlungen zu hemmen und die Beschlüsse der Republik zu hindern". Es kam auf dasselbe heraus, als ob man vom König von Preussen den Verzicht auf die Garantien verlangte. Lucchesini und Buchholtz konnten sich nicht entschliessen, einen solchen Akt vorzunehmen, „in den erhaltenen Instruktionen finden wir nichts", meinte Lucchesini, „was uns zu einem solchen Schritt ermächtigen konnte; wir müssen daher die Erlaubniss Ew. Majestät

einholen, bevor wir auf dieses Verlangen antworten."*) Die Herren hatten vollkommen Recht; sie hätten auch noch hinzufügen können, dass die bisherigen Depeschen ihres Monarchen sehr deutliche Beweise lieferten, wie sehr er an den Rechten, die ihm durch die Garantieakte gesichert worden waren, festhielt. Wir wissen auch, dass er nicht zufrieden war, als Buchholtz sich erlaubt hatte, aus der Deklaration jene Stelle auszumerzen, die eben diese Garantie erwähnte, in der Meinung, dass den Polen solche Erwähnung unangenehm wäre; diese Unzufriedenheit wuchs noch, als er die umsichtige und unabhängige Antwort der versammelten Stände erfuhr. Er schreibt darüber an Buchholtz Folgendes: „Ich hege die Ueberzeugung, dass Sie die beste Absicht hatten, als sie den Abschnitt über die Garantie wegliessen, da Sie wussten, dass solche der polnischen Nation unangenehm zu hören war, doch wäre es besser gewesen, die Polen daran zu erinnern, dass eine Garantie ihrer Konstitution in der That besteht, dass es ihnen demnach nicht erlaubt sei, eine Allianz mit fremden Mächten auf einem konföderirten Reichstag zu schliessen, ohne einen Paragraphen ihrer Konstitution und meiner Garantie zu verletzen. Sie hätten dann nicht gewagt, mir die Antwort zu geben, dass bei ihnen Alles öffentlich geschehe, als ob es ihnen gestattet wäre, zu beschliessen, was ihnen allein beliebt." Diese Depesche, vom 7. November datirt, enthielt das Gegentheil von dem, was die Opposition forderte; also waren Lucchesini und Buchholtz in schweren Sorgen. Sie schrieben ihrem König: „Die Note des Grafen Stackelberg vom 5. November beweist genügend, dass Russland bei der Garantie des permanenten Rathes beharren will und damit alles dessen, was mit dieser Behörde zusammenhängt, wie z. B. des Kriegsdepartements, weil es nur auf diesem Wege seinen Einfluss in Polen bewahren kann. Wenn wir die Reichstagsverhandlungen verhindern, die Gültigkeit seiner Beschlüsse anzweifeln und damit seine Auflösung herbeiführen wollen, so müssen wir eine ähnliche Erklärung machen wie Russland. Ein solcher Schritt würde uns jedoch mit Russland gleichstellen

*) Bericht der beiden Gesandten Lucchesini und Buchholtz vom 8. November 1788, vom Verfasser frei benutzt. Vergleiche Anhang. (Anm. des Ueb.)

und Ew. Majestät der Autorität berauben, die unsere erste Erklärung Ew. Majestät bei der Opposition und in weiteren Kreisen verschafft hat, die sonst alle Hoffnung verlieren würden, sich mit Hülfe Ew. Majestät des russischen Joches zu entledigen. Es hängt nun von Ew. Majestät ab, welchen Willen Ew. Majestät der Kammer verkünden, d. h. ob Ew. Majestät auf die Garantie verzichten oder durch Schweigen nach der Note des Gesandten die bisherigen Beschlüsse der Kammer annulliren wollen. Wir bitten um ausdrückliche Befehle in dieser Angelegenheit.*) Die obige Depesche beweist uns, wie unlogisch die Instruktionen des Königs waren, einerseits wollte er die kraft der Garantie vorhandenen Behörden durch die Kammer abschaffen lassen, andererseits pochte er auf sein Recht, die Garantie von Polen anerkannt zu sehen. Dieser Widerspruch gab seinen Ministern in Berlin viel zu bedenken und zu berathen. Was sollte man nun auf die Forderung der Opposition erwidern? Sollte man den russischen Gesandten billigen oder sich gegen ihn erklären? Beide Schritte schienen gefahrdrohend. Um sich die Sache klar zu machen, wurden Denkschriften vom Ministerium verfasst, und nach mancherlei Erwägung erklärte sich dasselbe gegen die Garantie. Der König billigte diesen Beschluss und meinte, man könne nicht länger zögern; die Hauptsache wäre jetzt: das Vertrauen der polnischen Nation zu gewinnen. In einem Reskript vom 12. November, fünf Tage nach der obigen Instruktion, in der man so entschieden auf die Garantierechte pochte, benachrichtigt der König seine beiden Bevollmächtigten in Warschau, dass er, ihre Erwägungen billigend, als seinen Vortheil erkannt habe, auf die Garantie zu verzichten und die patriotische Partei zu unterstützen. In diesem Sinne werde eben eine ministerielle Note verfasst, die demnächst von Buchholtz bei geeigneter Gelegenheit den versammelten Ständen vorgelegt werden sollte.

Die ministerielle Note erreichte Warschau am 19. November, wurde von Buchholtz dem Kammerpräsidenten gleich übermittelt und am folgenden Tage vorgelesen. Es ist ein überaus wichtiges und interessantes Dokument, es wäre auch ein solches, wenn wir nicht erfahren hätten, welche Befehle der König seinen

*) Bericht vom 8. November.

esandten acht Tage zuvor gegeben hatte in Betreff der viel-
ch erwähnten Garantie. Nach einer Einleitung, welche die
issglückte Allianz zum Gegenstand hat und eine kränkende
nspielung auf Stanislaw August erhielt, folgt ein für diesen
önig noch empfindlicheres Lob der versammelten Stände, dass
ihnen gelungen wäre, ihren Einfluss auf die Armee aus-
lehnen und damit den Weg „autokratischen Missbräuchen und
mden Einflüssen“ zu versperren. Auf die Garantie anspielend,
eben mit solchem Nachdruck vom Grafen Stackelberg ver-
idigt worden war, erklärt ferner der König, dass dieselbe
ineswegs die Kammer hindern könne, die Regierungsform zu
rbessern, um so mehr, da man noch kürzlich erfahren habe,
e fehlerhaft dieselbe sei. Der König fasse seine Pflicht als
rantirende Macht ganz anders auf, indem er nur auf die Un-
hängigkeit der Republik sähe, die er vertheidigen, nicht aber
h in ihre inneren Angelegenheiten mischen und die Freiheit
r Institutionen hemmen wolle. Es liege ihm vielmehr daran,
ese Freiheit auch zu garantiren. Der König von Preussen
ise diejenigen Stimmen ab (die des Primas), welche, unter
m Vorwande der Vaterlandsliebe, die Wahrheit entstellen
d die Rücksichten, die man den Todten und Lebenden schuldig
i, vergessend, den ältesten Verbündeten der Republik von ihr
entfernen suchen. Wie sehr dieser Verbündete um das Wohl
r Republik sich kümmere, erhelle nicht nur aus der Erklärung,
e noch kürzlich hier abgegeben wurde, sondern auch aus der
ote, die man nach Petersburg geschickt habe, um Russland
r Zurückziehung seiner Truppen aus den Grenzen der Republik
nzuladen, wobei der König durch etwaige üble Folgen für
ich selbst sich nicht habe aufhalten lassen.

Diese zweite Erklärung versetzte die Freunde und Feinde
es Königs in gleiche Verwunderung. Sie übertraf die Er-
artungen der Opposition, war für diese eine grosse Eroberung
nd ein Triumph Russland gegenüber. Gleich nach der Ver-
esung stellte einer der Potocki den Antrag, man solle von dieser
ote dem russischen Gesandten Nachricht geben; am folgenden
ag verlangte der Wojewode Walewski, man möge unverzüglich
ine ausserordentliche Gesandtschaft nach Berlin abschicken,
m dem Könige zu danken und mit ihm in nähere Verbindung
u treten. *Die* erste natürliche Folge dieses Auftretens des

preussischen Königs war, dass alle Schritte, welche Stanisla August gethan hatte, um mit Russland Verhandlungen anzu knüpfen, auf einmal nutzlos wurden, denn warum sollte ma um knappe Erleichterung der Vertragsbedingungen von 177 mit der einen Macht verhandeln, wenn die andere, welche diese Vertrag mitunterzeichnet hatte, Polen von allen Bedingunge entband, indem sie laut erklärte, dass die Garantie keineswe bindend sei und dass die Republik das Recht besitze, ih Regierungsform nach eigenem Gutdünken umzugestalten, da ihr auch nöthigenfalls die Hülfe und den Schutz des Königs v Preussen zu Gebote stellte!? Ist es zu verwundern, dass s schmeichelnde Worte, so unverhoffte Versprechungen, welc das Gepräge der Uneigennützigkeit, der Aufrichtigkeit und U verbrüchlichkeit an sich trugen, eine Partei fortrissen, die a hitzköpfigen, leicht gewonnenen Leuten bestand, denen je politische Erfahrung und die nähere Kenntniss der Kabinete u der diplomatischen Gebräuche fehlte?! Und würde man heute, na einer hundertjährigen traurigen Erfahrung, nach der Aufdeckun aller damals geheim gebliebenen Triebfedern, würde man wo Viele finden, die den Köder verschmäht hätten? Es ist leic zu begreifen, wie sehr das preussische Dokument die öffentlich Meinung gegen Russland aufreizte, dieses Russland, welch noch vor wenigen Tagen den versammelten Ständen in streng Worten die verhasste Garantie ins Gedächtniss gerufen und m Nachdruck auf ihre Aufrechterhaltung angespielt hatte! Die Garantien wurden nun grossmüthig von Preussen ignorirt; u so wird offenbar, dass dieser Akt ein letzter Schlag für d königliche Partei ward, dass der Monarch nunmehr angesich der Kammer seine Autorität gänzlich verlor und jeder Wa verlustig ging, während die Kecken ermuthigt wurden. W möchten hier keinen zu starken Ausdruck brauchen, um d preussische Politik zu charakterisiren; wir bedenken wohl, da ein Historiker verpflichtet ist, vor Allem ein gerechtes Urth zu fällen, sowohl über die Feinde wie über die eigene Natio Wenn wir aber unsere Worte recht wägen, so müssen wir do aussprechen, dass dieser Akt verrätherisch und von Anfa an darauf berechnet war, das gewonnene Vertrauen zu mi brauchen; ein unmoralischer Akt, der uns beweist, wie we Zutrauen diejenige Regierung verdiente, welche ihn geth

hatte. Dieser Akt beweist ferner, dass diese Regierung keine Prinzipien hatte und jedes Mittel recht fand, welches zum Ziel führte, heute dasjenige tadelnd, was ihr gestern lobenswerth schien. Das erste Ziel war hier, Unfrieden zwischen Polen und Russland zu stiften, um das Letztere zu überzeugen, wie thöricht es sei, auf einen dauernden Einfluss in Polen zu rechnen, und ein leichtsinniges und wankelmüthiges Volk, wie die Polen, zu schonen und eine zweite Theilung zu verhindern; mit einem Wort, der Zweck war augenscheinlich, das Vertrauen der Polen für sich zu gewinnen, um es später Russland zu verkaufen für ein Stück polnischen Landes. „Diese Erklärung“, schreibt Stanislaw August, „hat unsere Lage wesentlich verschlechtert. Ich thue, was nur in meiner Macht liegt, um Russland zu vertheidigen, obwohl ich davon unzählige persönliche Widerwärtigkeiten erlebe; ich thue es in der festen Ueberzeugung, dass Russlands Rache ein Unglück für Polen heraufbeschwören wird. Gebe Gott, dass es mir gelingt, dieses Unglück abzuwenden, denn es ist mir schon sichtbar, dass die oppositionelle Partei das Feuer schürt und Krieg sowohl im Lande wie mit Russland anstrebt.“*) In der That entschied die zweite preussische Note Preussens Uebermacht auf diesem Reichstage. Von nun an brauchte das Berliner Kabinet nur noch die gewonnene Mehrheit zu dirigiren, nicht mehr eine solche zu schaffen, von nun an, und lange Zeit danach, geschah hier nichts ohne Preussens Einwilligung, trotz der unermüdlichen Gegenwirkung des Königs und der wenigen Leute, die ihm treu geblieben waren. So sagt ein zeitgenössischer Dichter:**)

„Willst Du erfahren, was sind heute die versammelten Stände? Mit einem Wort sage ich's Dir, sie sind eine grosse Orgel, an der jede Taste ihre Schuldigkeit thut, doch ist der Orgelspieler jetzt Lucchesini.“ Wir werden diesen Sachverhalt deutlicher erfahren, wenn wir uns wieder den Reichtagsverhandlungen zuwenden, welche wir in diesem Kapitel vernachlässigt haben.

---

*) Briefe des Königs an Deboli, 22, 26. November

**) Anonyme (Krasicki) Beschreibung des jetzigen Reichstags, 1. Dezember 1788.

Kapitel 3.

Gefechte im Reichstag. Gesandtschaften nach dem Auslande. Deputation an das Auswärtige Amt. Kriegskommission.

(10. November bis 23. Dezember 1788.)

§ 50.

Episoden der Reichstagsdebatten. Der General Komarzewski wird zurückgedrängt.

Der besprochene Beschluss vom 3. November hatte bestimmt dass statt des bisherigen Kriegsdepartements eine Kriegs kommission bestehen sollte, mit streng vorgeschriebener Macht sphäre. Obwohl der Kampf, der diesem Beschluss vorangegangen war, und den wir umständlich geschildert haben, hinreichend den Sinn dieser neuen Bestimmung erklärt, so war doch das Ver hältniss der neuen Behörde zum permanenten Rath noch nicht ausdrücklich umschrieben. Die königliche Partei konnte des halb noch die schwache Hoffnung hegen, dass ein gewisser Zu sammenhang zwischen den beiden wichtigsten Staatsbehörden bei behalten würde. Dagegen war die preussische und die Hetman partei der Meinung, diese Frage sei schon entschieden, und all ihre Mitglieder waren entschlossen, die Diskussion über di Attribute der Kriegskommission zu benutzen, um nicht nur ihr Unabhängigkeit von dem permanenten Rath durchzusetzen sondern auch diese höchste Behörde abzuschaffen. Auf di Frage, wie man den permanenten Rath ersetzen sollte un welche Regierungsform die dann abgeschaffte ablösen sollte antworteten die Bundesgenossen sehr verschieden und so fehlt darüber unter ihnen jede einheitliche und klare Idee. Man hatt sich die Hände nur darum gereicht, um bei jeder passende Gelegenheit das Bestehende zu beschneiden oder zu zerstören Diese ganze Periode der Reichstagsverhandlungen vom 10. No vember bis zum 23. Dezember zeichnet sich durch solche Be strebungen aus. Der König bemühte sich umsonst, dagegen anzugehen, er machte Konzessionen nur in der Hoffnung, doc Einiges von der bestehenden Regierungsform retten zu können seine Opponenten dagegen waren immer dreister in ihre

rderungen; jeder Sieg ermuthigte sie zu weiterem Vordringen, ı Alles umzustürzen wider den Willen des Königs und wider e Verträge.

Am Anfang des erneuerten Kampfes, d. h. am 10. November, rlängerte man die Reichstagssession bis zum 15. Dezember it der Möglichkeit einer weiteren Verlängerung.*) Den folgenden 'ag (am 11. November) wurde die Verhandlung mit der Disussion über die Organisation der Kriegskommission eröffnet.)as betreffende Projekt war vom Fürsten Czartoryski schon am 0. Oktober dem Präsidium vorgelegt worden.**) Es war ımfassend und berührte viele streitige Fragen; die Verhandungen füllten 29 Sitzungen, deren einige mehrere Stunden lauerten. Doch würde sich derjenige irren, welcher glauben rollte, dass man diese ganze Zeit nur über die Einrichtung der Kriegsmacht verhandelte. Leider war die grösste Redefreiheit rorhanden, die Abgeordneten konnten über Alles reden und soange es ihnen beliebte; es herrschte die grösste Unordnung, mmer neue Fragen wurden aufgeworfen; ob dieselben zu dem Projekt Beziehung hatten oder nicht, war gleichgültig. Wenn lie neue Angelegenheit keinen Anklang fand, rieth der Marschallpräsident höflich, sich lieber an den Gegenstand der Verhandung zu wenden, und dankte dem Antragsteller, falls dieser achgegeben hatte. Wenn aber der Antragsteller bei seinem Antrag dennoch blieb und eine Diskussion entstand, so wartete ler Präsident und mit ihm die Kammer sehr geduldig, bis Alle ihre Pro und Contra ausgesprochen hatten. So verliefen oft mehrere Sitzungen, immer neue Anträge, die zu keinem Entschluss führten, wurden eingebracht, bis man sich in dem verzauberten Kreis von Unordnung und Zwietracht wie in einem Labyrinth verloren hatte! Wenn einer der Abgeordneten

---

*) Das Reichstagsdiarium behauptet, dass diese Verlängerung gleich lie Zeit bis zum 22. Dezember umfasste, doch geben alle übrigen Quellen en 15. Dezember als Datum an. Dieser Fehler der amtlichen Quelle ist icht erstaunlich, wenn man sich einmal von der Masse fehlerhafter Anben überzeugt, die sie enthält. Ueberhaupt darf man sich nur wenig auf lche verlassen und würde irregeführt, wenn man nicht andere Dokumente r Berichtigung besässe.

**) Dieses Projekt hatte in dem Diarium Erwähnung verdient, was entlich nur selten geschah, weil man es gewöhnlich vernachlässigte, den genstand der Verhandlungen zu verzeichnen.

eine Rede verfertigt hatte, die einen schon abgefert
Gegenstand betraf, so liess er sich darum nicht verhindern,
Opus vorzulesen. Viele nahmen das Wort ohne ein bestim
Ziel, nur um eigene Phrasen über die Wiedergeburt des V
landes loszulassen und die Kammer über ihre Thaten zu
glückwünschen, in der Absicht, diesen gedruckten Panegy
ihren Wählern zuzuschicken. Man wollte nicht zugeben,
der Präsident das Recht habe, die Redner zu unterbrechen
nöthigenfalls zur Ordnung zu rufen oder ihnen das Wo
entziehen; das wäre eine unverzeihliche Beleidigung des
putirten, eine Einschränkung der Freiheit, die viel grös
Lärm, allgemeine Verwirrung und Reklamation hervorrufen w
Es blieb also nichts übrig, als geduldig zuzuhören. Man bek
sich fortdauernd über Zeitverlust; diese Klagen nahmen
auch viele Stunden in Anspruch, denn Keiner wollte au
Wort verzichten und Jeder dachte, dass seine Meinung
die Zeit werth sei. Aus alledem wird begreiflich, wie
müdend solche Sitzungen waren und wie aufregend, ohne
Vortheil zu bringen. „Wenn wir in dieser Weise berath
rief man verzweifelt aus, „so werden auch unsere Enkel
Ende sehen.“ Was daran hinderte, dieses Uebel zu beseit
war die Angst, etwas von der goldenen Freiheit einzubü
Darum bleibt das Diarium dieses Reichstages das langweil
und leerste Dokument, das die parlamentarischen Jahrbi
aufweisen können, es stellt mit wenigen Ausnahmen ein
nument der unmässigsten Redseligkeit dar, freilich ein
nument, welches man nur von Weitem besehen darf.

Bevor wir das Gesetz über die Kriegskommission zur K
niss der Leser bringen, müssen wir uns bei einigen Zwischenf
aufhalten, die theils diese Verhandlungen charakterisiren, t
auf spätere Ereignisse Einfluss ausübten. Wir hoffen, der L
werde uns seine Aufmerksamkeit nicht versagen, obwohl der
immer verändernde Gegenstand dieselbe sehr anspannt.
wollte ein Drittel der neuen Kriegskommission aus den Kr
des dienenden Militärs wählen, ohne Unterschied des Ranges
Divisionskommandanten ausgenommen. Dieser Umstand d
nun seitens des Abgeordneten Seweryn Potocki (jüngeren Br
von Jan) dazu, die Frage hervorzurufen, ob Komarzewski
auch Divisionsgeneral war, aber auf der Seite des Königs s

s Mitglied der Kommission erwählt werden dürfte. Darauf
twortete Rzewuski, dass man Seine Majestät den König um
ine Meinung darüber fragen müsste, da Komarzewski Divisions-
neral sei, und zwar gegen das Gesetz, welches ausdrücklich
rlange, der Adjutant des Königs müsse Generalmajor sein.
iese Frage, so gestellt, war nichts weiter als eine unziemliche
hikane, und da Niemand auf dieselbe antwortete, so behielt
ch Rzewuski das Recht vor, folgende Frage votiren zu lassen:
ein königlicher Adjutant Mitglied der Kriegskommission
erden dürfte. Der Vorwurf der Ungesetzlichkeit, den Rzewuski
gen den König schleuderte, hatte den Anschein der Richtig-
it, entbehrte aber im Grunde jeder Basis. Komarzewski
hielt schon lange das Gehalt eines Generallieutenants
8000 Gulden), obwohl die Konstitution von 1780 ihn nur als
eneralmajor bezeichnet. Der geneigte Leser wird sich daran
innern, dass Komarzewski zum Divisionsgeneral vom König
lbst ernannt wurde, gleich nach der hässlichen Dogrumoff-
eschichte; diese Auszeichnung sollte Komarzewski für die
erleumdungen entschädigen, welche damals gegen ihn ins
Verk gesetzt wurden; das Gehalt blieb dasselbe, doch ward
iese Auszeichnung ein Grund mehr zum Neide für Komarzewskis
einde, und sie versäumten nicht die Gelegenheit, die sich
nen jetzt bot, diese Feindseligkeit zu offenbaren. Den König
af dieser neue Schlag sehr schmerzlich. Er schreibt: „Komar-
ewskis Name ist nicht in das Verzeichniss der in Frage stehen-
en eingetragen worden, trotz der Wuth seiner Gegner, aber
er Vorwurf der Ungesetzlichkeit, den man wider mich ge-
chleudert hat, ist geblieben. Ich habe mir während der Sitzung
chweigen auferlegt, weil ich sonst meine Entrüstung nicht be-
meistern könnte, doch hatte mich diese Begebenheit dermaassen
ufgeregt, dass mir schon bei Tische nach dieser Sitzung un-
wohl wurde.“ Dieses Unwohlsein dauerte einige Tage und die
itzungen der Kammer wurden unterbrochen. Am 20. November
chreibt der König wiederum: „Der Marschallpräsident Mala-
owski erschien in meinem Kabinet und brachte mir Rzewuski.
ieser entschuldigte sich einigermaassen über seine Rede und
theuerte vor mehreren Zeugen, dass er mich nicht ungesetz-
ier Handlungen habe zeihen wollen; damit nahm er seine
orte zurück. Die jetzigen sehr ungünstigen Verhältnisse ge-

bieten mir, damit vorlieb zu nehmen (denn der Markgr Lucchesini spielt auch hier seine übliche Rolle), ich besteh aber darauf, dass der Reichstagsmarschall die Sitzung mit ein anonymen Entschuldigung eröffnen soll, in der man ausdrückli an meine Grossmuth appellirt, um Verzeihung für etwai unvorsichtige Worte zu erflehen; dass ferner eine feierlic Erklärung des Marschalls im Namen der Nation stattfinden so in der ausdrücklich hervorgehoben wird, dass ich niemals geg das Gesetz gehandelt habe. Es geschah nach meinem Wuns die Sitzung wurde mit solcher Erklärung eröffnet ohne weit Diskussion. Nun entstand die Frage: de eligibilitate d Generale. Komarzewskis Name und sein Amt wurden a gelassen, man stellte aber gleich fest, dass derjenige, welc ein Amt bekleidet, es gleich niederlegen soll, sobald man i zum Mitglied der Kommission ernennt. Damit beabsichtigt m entweder Komarzewski seines bisherigen Amtes zu entkleid d. h. seiner Würde als General ad latus, oder ihm den W in die Kommission zu versperren, in die er auch nicht e zutreten wünscht und in die ich ihn nicht gern eintreten liesse.*) Doch hatte diese Begebenheit viel weitere und bedeutend Folgen. Man bat wohl den König um Verzeihung; Keiner a hatte das Unrecht bedacht, welches man Komarzewski angeth hatte, und Keiner hatte den Anstand, es wieder gut zu mach Der pflichttreue General, ermüdet durch langjährige Verfolgung von denjenigen nicht gebührend vertheidigt, mit denen arbeitete und für die er solche Unannehmlichkeiten ertr beschloss, sich solchem Schicksal zu entziehen, und überg seinen Adjutantenposten dem General Gorzenski; nachdem seine Entlassung am 18. Dezember eingereicht, verliess er b das Land.**) Mit schwerem Herzen entfernte er sich von d

*) Brief an Deboli vom 19. und 22. November.

**) „Herr General Komarzewski, der sich im Grunde die Missgu und den Hass der Oppositionspartei bloss durch das Wohlwollen und d besondere Vertrauen des Königs in seine Person und durch seinen Einfl in das Militär-Fach schon seit mehreren Jahren unschuldig zugezog hat dieser Tage seine Charge als General ad latus regis an den He General Gorzenski verkauft, um seinen anjetzo herrschenden Feinden all Beweggrund zu einer gewaltsamen Stürzung zu benehmen.“ De Cach 17. Dezember.

Armee, die er geschaffen hatte, und die seiner Leitung mehr als je bedurfte! Die organisatorischen Fähigkeiten von Komarzewski hatten sich glänzend bewährt, die besten Beweise waren davon geliefert worden. Nachdem es ihm gelungen war der allgemeinen Indifferenz zum Trotz, durch Energie und Talent eine Armee von einigen Tausenden zu schaffen und nach europäischer Art zu equipiren, durfte man nun durch ihn die besten Resultate für die eben anbrechende Epoche erwarten, da dieselbe reich an guten Vorsätzen war und allgemeine Theilnahme für die jüngst votirte Armee von 100 000 Mann bekundet wurde! Doch hielt ihn kein Mensch zurück, Niemand bedauerte sein Weggehen, wenigstens haben wir kein öffentliches Zeichen davon! Von all seinen schweren Erlebnissen war dies letzte das schwerste! Aber auch in diesem Fall verhielt sich der ungewöhnliche und viel geprüfte Mann still und verschmähte es, gegen seine Feinde Rache zu üben. Doch sollten die Begebenheiten bald diese Ungerechtigkeit rächen. Komarzewski war die Seele des Kriegsdepartements gewesen; als er ging, fand man nicht einen einzigen Offizier, der fähig gewesen wäre, ihn zu ersetzen. Die neu geschaffene Kommission, aus sehr mässigen, völlig unfähigen Persönlichkeiten zusammengesetzt, durch unsinnige organische Gesetze gefesselt, fungirte zwar unter sehr günstigen Umständen während dreiundeinhalb Jahre; doch was hat sie geschaffen und wie spärlich waren die Resultate ihrer langsamen und trägen Anordnungen?! Lucchesini wusste wohl, warum es ihm so wichtig schien, das Kriegsdepartement abzuschaffen und vor Allem den Zusammenhang dieser Behörde mit Komarzewski zu brechen; Rzewuski arbeitete in derselben Richtung, als er dem thätigen General durch die oben erwähnte Interpellation den Weg zur Kommission versperrte. Es ist um so mehr zu bedauern, da es für die bedeutenderen Persönlichkeiten dieses Reichstages Pflicht gewesen wäre, administrative Fähigkeiten richtig zu würdigen und jeglichen Parteihass bei Seite zu setzen, um sich solcher Kräfte zum Wohl des Vaterlandes zu bedienen. Ein zeitgenössischer Autor schreibt darüber:*) „Soll man die Entfernung des Generals Komar-

*) Citirt von Wolski, Die Vertheidigung von Stanislaw August. Jahrbuch der Historischen Gesellschaft II, 75.

zewski in einer gefahrdrohenden Zeit nicht als ein ernstes Hinderniss für die Organisation der Armee betrachten? ist es klug, solche Kapazität zurückzuweisen im Augenblick, da man solche am meisten braucht? Grosse Fähigkeiten können auch diejenigen diesem Menschen nicht ableugnen, welche jetzt am meisten darauf drängen, ihn von der Administration zu entfernen, und damals als Patrioten galten." *)

---

*) Der weitere Lebenslauf vom General Komarzewski gehört zwar nicht zur Geschichte, doch wird der Leser vielleicht gern erfahren, was später aus ihm wurde. Er reiste nach England und zog sich gänzlich vom öffentlichen Leben zurück, doch konnte er nicht der Verfolgung seiner Feinde entgehen. Man beschuldigte ihn, den Reichstag in London zu verleumden und den damaligen englischen Gesandten in Warschau, Hayles, durch seine Nachreden zu schädigen. (Hayles ging Hand in Hand mit Lucchesini, wie ein Brief des Königs an Bukate vom 20. November 1788 bezeugt.) Wir können diese Beschuldigungen dreist verneinen. Komarzewski widmete sich den Wissenschaften, der Astronomie, für die er immer Geschmack gehabt hatte, und der Metallurgie, die er kennen wollte, um die Bergwerke seines Vaterlandes zu heben. Damit hat er sich auch ausschliesslich während der ganzen Reichstagssession beschäftigt. Als der Krieg mit Russland 1792 losbrach, hoffte er, dass man ihn zurückrufen würde. Leider war der König von seinen Feinden umgeben und wagte nicht, ihn zurückzubeordern. Wir besitzen zwei Briefe von Komarzewski an den Bischof Schambek, der damals die Bergwerkskommission leitete, und zögern nicht, diese Briefe hier zu veröffentlichen, weil so wenige Andenken dieses merkwürdigen Mannes uns geblieben sind. Folgendes schreibt er aus Edinburgh am 6. Juli 1792: „Der gelehrte Herr Herschel ist mein jetziger Reisegefährte, er besitzt ein kunstvoll zusammengesetztes 7gradiges Teleskop. Wir besehen öfters den Himmel und die Erde. Ich habe darin gesehen, dass mein Vaterland mich in dem jetzigen Krieg, den ich für den nichtswürdigsten halte, nicht ausnutzen will. Ich bin fest überzeugt, dass ich die Fähigkeit und auch genug Tugend besitze, um meinem Vaterlande zu dienen, also bin ich sehr über die Ergebnisse der Verfolgung betrübt, zumal ich auch das beste Gewissen habe, dass ich meine Schuldigkeit that und dass man mir allein die geschaffene Ordnung etc. verdankt. Aber: nemo in sua patria propheta. Es ist wohl mein Loos, Gerechtigkeit im Auslande zu suchen. Einstweilen bemühe ich mich, so viel ich kann, in der Hydraulik, Mechanik und Metallurgie Kenntnisse zu erwerben, wofür England die besten Gelegenheiten bietet, und ich höre nicht auf, ein guter Staatsbürger zu sein. Ich habe nun ganz England gesehen, habe alle Provinzen und Schottland sowie Wales und Anglesea besucht, ich fand überall nur eine Stimme in diesem braven Volk: den aufrichtigen Glückwunsch für unseren König und unser Land, sowie Entrüstung gegen Russland. Ich schliesse daraus, dass eine ministerielle Note von uns nur guten

§. 51.

Der erste Anschlag gegen den permanenten Rath.

Wir werden jetzt andere Episoden dieser Session beschreiben. Die an sich unbedeutende Angelegenheit, welche am 20. November erörtert ward, rief einen Kampf hervor, der drei Sitzungen währte. Es handelte sich um den Paragraphen: Wann sollen die

---

Erfolg haben kann." Neun Monate später schreibt er aus Paris am 4. März 1793: „Ich habe in jener Zeit schwer gelitten, wie ich aus Edinburgh schrieb. Nun haben Ew. Eminenz mir die Sache erklärt, wozu ich noch hinzufüge, dass die Privatangelegenheiten sie hindern, im Interesse der Vertheidigung des Vaterlandes irgend welche Verhandlungen einzuleiten. Heute müssen wir Alles Gottes Gnade überlassen, da bei den besten Intentionen diese Regierung uns nicht helfen kann. Ich gehe nun zu den Bergwerksangelegenheiten über und beantworte alle Fragen. Ein Zinnbergwerk befindet sich in Cornwall, nicht weit von Polgooth. Die Berge dieser Provinz sind aus Granit. Ich war dort zweimal; in 1790 und im vergangenen Jahre. Ich habe mich trefflich in diese Sache eingearbeitet, da ausser den Demonstrationen, denen ich beiwohnte und die in Oefen und Gefässen natürlicher Grösse stattfanden, ich noch experimentelle Chemie studirt habe, wofür ich einem Professor 7 Dukaten täglich zahlte. Ich werde bald wieder hinreisen und meine Notizen kontroliren. Wenn wir auch in unserem Lande kein Zinn und Quecksilber besitzen, so werden doch die vorhandenen Metalle, wie Erz, Blei und Eisen, das Land bereichern, sobald dieselben mit englischen Methoden gefördert werden. Ich besitze gute Beschreibungen und erwarte nur die Befreiung des Vaterlandes. Wenn diese gelingt, werde ich all die englischen Maschinen kommen lassen, denn ohne solche ist der Verlust an Zeit und Geld bedeutend und der Gewinn gering. Es giebt kein Quecksilber in England, solche Bergwerke sind in Italien und Spanien zu sehen; ich hoffe solche wenigstens vorübergehend zu besichtigen." Inzwischen verfiel Polen der letzten Theilung, und Stanislaw August musste Warschau verlassen. Die Anhänglichkeit an den unglücklichen Monarchen siegte, Komarzewski eilte zu ihm. Ein unparteiischer Schriftsteller schreibt: „Als Alle den König verliessen, eilte er zu ihm; er kam als einer vom Gefolge, nicht als General der Republik; er geleitete den König nach Petersburg, pflegte ihn, sorgte für seine Bequemlichkeit, versüsste ihm die letzten Tage und schloss persönlich die Augen des Königs." (Bartoszewicz, Lebensbilder der berühmten Polen, Petersburg 1856. II. 370.) Der Kaiser Paul wünschte danach, Komarzewski im russischen Militärdienst festzuhalten; dieser weigerte sich jedoch und wollte lieber seine metallurgischen Studien fortsetzen. Er lebte auf seinem Gute in dem Theile von Polen, der Preussen zugefallen war, und sammelte Materialien zu einem Werk über Polens Verfall, als Napoleon während des preussischen Krieges die Herausgabe des Werkes von Ruthiere

Kriegskommissare ernannt werden? Die Opposition verlangte mit Nachdruck, es sollte bei jedem Reichstag gleich nach Versammlung der Kammern geschehen. Man antwortete der Opposition, dass diese Zeit schon mit den Wahlen für den permanenten Rath besetzt sei, dass danach die Wahlen in die Finanzkommission geschehen, dass also die Wahlen zur Kriegskommission erst nach diesen folgen, um so mehr, da alles dieses durch Statuten des Jahres 1775 festgestellt sei, zu den Hauptbeschlüssen gehöre und einen Theil der Garantiegesetze bilde. Diese Lage der Dinge war aber der Opposition gerade erwünscht, denn sie suchte nur nach einer Gelegenheit, um vorübergehend den permanenten Rath, die Hauptbeschlüsse und die Garantie selbst umzustossen. Solche Absichten erschienen auch denjenigen zweifelhaft, die sonst nicht auf des Königs Seite waren. So

über Polen veranlasste. Dieses Werk war schon früher Einigen im Manuskript bekannt geworden, wenigstens wusste Stanislaw August darum, denn er hatte Folgendes dem Piatoli, der ihn beredete, eine Berichtigung dieser Broschüre zu schreiben, am 7. November 1792 erwidert: „Tout ce que Ruthière a écrit sur la Russie et sur moi, est un recueil de mensonges et d'anachronismes. On voit qu'il a compté sur l'ignorance de ses lecteurs ou sur leur insouciance pour la vérité. Il faudrait que j'aie et ma tête et mon temps libre, pour m'occuper à la réfuter.“ Ob der König diese Aeusserungen über das Hauptwerk von Ruthière oder über seine Geschichte der russischen Revolution that, können wir hier nicht entscheiden. Wie dem auch sei, das Erscheinen des Buches von Ruthière scheint Komarzewski veranlasst zu haben, nach Paris zu reisen, um dort eine Schrift unter folgendem Titel zu veröffentlichen: „Coup d'oeil sur les causes réelles de la décadence de la Pologne“, Paris 1808. „Der Zweck dieser Schrift“, schreibt der Autor, „ist, die Wahrheit wieder herzustellen und solche Thatsachen, die durch Vorurtheil und Voreingenommenheit verkehrt wurden, zu berichtigen.“ Dieses Werk ist unter vielen Gesichtspunkten werthvoll; es enthält eine Menge wenig bekannter Thatsachen und viele scharfsinnige Bemerkungen; es ist aber zu inhaltreich und beansprucht die ungetheilte Aufmerksamkeit des Lesers. Man könnte wohl erwarten, dass Komarzewski seine eigenen Verdienste in dieser Arbeit erwähnen würde; doch ist es nicht der Fall. Komarzewski giebt sich hier als der Vollzieher des Willens von Stanislaw August; sich selbst vergessend, handelt er wie ein ergebener Diener und bleibt auch hierin seinem Charakter treu. Ohne sich ein einziges Mal zu erwähnen, vermeidet er auch, seine Verfolger zu nennen. Er erzählt ruhig die Begebenheiten, quae ipse miserrima vidi, ohne zu beschuldigen. Es ist nur gerecht, von ihm zu sagen, dass er in Polen homo novus war.

sprach Wollowicz: „Jedes festgestellte Gesetz kann nur durch ein anderes, ebenso klar ausgedrücktes ersetzt werden; es ist unwürdig, schädlich und unpassend, bestehende Statuten auf indirektem und geheimem Wege umzustossen!" Der Abgeordnete Wawrzecki entwickelte dieselbe Idee noch ausführlicher, indem er sagte, dass es besser wäre, offen den permanenten Rath abzuschaffen, als die Zeit, welche zur Wahl seiner Mitglieder bestimmt war, zu verkürzen; jede andere Prozedur, als eine offene, könnte nur dem Ansehen der versammelten Stände schädlich sein. Diese beiden Reden machten es der Opposition unmöglich, ihre Absichten unbemerkt durchzusetzen, sie musste offen Farbe bekennen und den Kampf aufnehmen; dieser nahm grosse Dimensionen an und berührte die Grundlagen der Konstitution. Dies Gefecht fand nun statt fünf Tage, nachdem man die Note Stackelberg vorgelegt hatte, in der, wie oben erzählt wurde, man sich bereit erklärt hatte, über die Garantie zu verhandeln; doch war inzwischen Buchholtz seinerseits mit seiner Erklärung dazwischen getreten und man nahm die Sache leichter, da man jetzt keine Bedenken hatte, Russland zu verletzen. So lagen die Dinge, als der Primas in der Sitzung des 20. November das Wort nahm. Er fasste sich wie immer kurz und bestimmt. „Es ist schwer im Schweigen auszuharren", meinte er, „wenn die Begebenheiten zu einer Umwälzung der jetzigen Prinzipien drängen, auf denen ein Reich feststeht, wenn die Regierung mit Gefahren bedroht wird und mit ihr die Sicherheit der Staatsbürger und die Integrität des Landes. Mächtige und blühende Reiche besinnen sich lange, bevor sie irgend ein bestehendes Gesetz oder Landesstatut anrühren oder umändern, wir aber hier sind bereit, ohne Heer, ohne Geld, ohne blühenden Handel und Industrie zu besitzen, die Verträge, welche uns mit anderen Nationen verbinden, zu brechen, wir vergessen, dass ihre Rache uns erreichen muss. Unlängst haben wir noch dem russischen Gesandten unsere Bereitwilligkeit kundgegeben, in Verhandlungen mit dem Petersburger Hof einzutreten; wir haben auch diese Absicht anderen europäischen Höfen mitgetheilt, heute wollen wir ohne Weiteres mit Russland brechen! Welche Meinung werden da die Zuschauer von unserer Standhaftigkeit gewinnen? und woher schöpfen wir das Vertrauen zu solchen Unternehmungen? Unser Heer ist doch kaum votirt worden, es besteht

noch lange nicht. Sollten wir dieses Vertrauen auf Verträge mit anderen Mächten gründen? Da müsste uns fürwahr die Vergangenheit vorsichtig machen. Wir fordern auch die Umänderung unserer Regierungsform, wir wollen einen dauernden Reichstag. Furchtbar ist es, zu bedenken, was für Schaden eine permanente gesetzgebende Behörde anrichten könnte! Wir haben eine Konföderation bei bestehenden Regierungsformen gebildet; wenn wir nun dieselbe willkürlich abändern, müssen wir uns selbst als Wortbrüchige erscheinen. Darum will ich hier folgenden Antrag stellen: Man soll bei den beabsichtigten Verhandlungen beharren, wie es in der von diesen versammelten Ständen erlassenen Note zuerst bestimmt wurde, man soll dabei die mit dem Auslande bestehenden Beziehungen aufrecht erhalten, ohne den fremden Mächten einen Grund zur Einmischung in unsere Angelegenheiten zu geben, und es soll das Hauptziel der Kammer sein, zunächst die Wehrkraft unseres Landes zu vermehren, da diese allein im Stande ist, bei den bestehenden Statuten unser Dasein und unser Ansehen zu gewährleisten und sicherzustellen." Diese Worte des Primas verkörperten ein ganzes politisches System und fassten die Argumente der ihm folgenden Redner zusammen; sie enthielten ausserdem eine scharfe Kritik der Handlungsweise der Opposition. Nach ihm erhielt der Bischof Massalski das Wort. Er sprach dieselben Meinungen aus, warnte davor, nicht auf die vorübergehenden Missverständnisse zwischen den Nachbarmächten zu vertrauen, da sie sich leicht wieder versöhnen und wir die Kosten ihres Friedens tragen könnten. Es sprachen noch: die Abgeordneten Kastellan Oscharowski, Chreptowicz, Raczynski und Mniszech. Raczynski mahnte, es sei unlogisch, die Garantie und die Verträge von 1775 als uns durch Uebermacht Aufgezwungenes zu missachten, solange man nicht die Macht besässe, dieselben abzuwerfen; es wäre also klüger, erst ein Heer zu schaffen, bevor man die bestehende Regierung umstürze. Zuerst heuchelte die Opposition Verwunderung darüber, dass ein Paragraph, der die Wahl der Kriegskommissare betraf, die Regierung und bestehende Verträge umstürzen könnte; später argumentirten ihre Redner, dass der Patriotismus es wohl dulden könne, wenn eine Konföderation die Beschlüsse einer vorhergehenden umänderte; dass die Republik über alle Konföderation gebiete; dass es eine Schande für einen

Polen wäre, Partei für die Vaterlandsfeinde zu nehmen und die aufgezwungene Garantie zu vertheidigen; dass der Reichstag zwischen der russischen und preussischen Erklärung nun zu wählen habe, wobei erwähnt wurde, dass die erste binde, während die zweite Freiheit gewähre. Viele ihrer Mitglieder verwarfen jeden Gedanken an Verhandlungen mit Russland, nachdem sie vor einigen Tagen einstimmig beschlossen hatten, zu verhandeln. Diese Wendung verdankte man lediglich der preussischen Erklärung. Als die Reden der Senatoren eine ganze Sitzung in Anspruch nahmen, fingen die Abgeordneten an, laut Klage zu führen, dass die höhere Kammer den Ritterstand bedrücke und die Abgeordneten nicht zu Wort kommen lasse; es entstand Lärm und Verwirrung, so dass der König die Sitzung schloss und bis zum folgenden Tag vertagte. Diese Maassregel half nur wenig, die Gemüther waren äusserst gereizt. Die Abgeordneten der königlichen Partei erklärten, dass die Attribute des permanenten Rathes überhaupt nicht diskutirt werden könnten, da der Rath von den Statuten eingesetzt worden war. Solche Erklärung rief Empörung hervor. De Caché schreibt, dass „... es beinahe zum Handgemenge und Blutvergiessen und zu einer gänzlichen Trennung der Landboten aus dem Senat und in ihre Landbotenstube oder sogenannte Officina Legum gekommen wäre, wenn nicht der nämliche litthauische Konföderationsmarschall Fürst Sapieha, fast für die erste und, wie man argwöhnt, erkaufte Stütze der preussischen Absichten gehalten, diese obschon von ihm selbst angezettelte Fermentation endlich nicht ohne grosse Mühe zu stillen vermocht....." Er versprach den Seinigen, dass er am folgenden Tag dafür sorgen würde, dass die Tagesordnung von dem besagten Gegenstand zu allererst beginne. Diese Versicherung beruhigte die Gemüther und die Abgeordneten trennten sich. Die beiden preussischen Gesandten wurden sogleich vom Geschehenen unterrichtet. „Der Markgraf Lucchesini und ich", schreibt Buchholtz, eilten zur Konferenz mit unseren Freunden und Parteigenossen; es wurde verabredet, dass man auf Sapiehas Versprechen bestehen sollte. Wenn die Sache nicht durchzusetzen wäre, so würde die Opposition einen Protest gegen den königlichen Hof erheben und um die Intervention Ew. Majestät ersuchen, früher oder später muss dieses doch geschehen, um Ew. Majestät die

Gelegenheit zu geben, mit der Armee einzurücken.“*) Aus diesen Vorgängen geht klar hervor, dass jedes bestimmte und feste Beharren der königlichen Partei auf dem, was gesetzlich war und ihr richtig schien, einen kopflosen und halsstarrigen Widerstand seitens der Opposition hervorrief, da diese bereit war, die Konföderation aufzulösen, fremde Hülfe herbeizuholen und das Land in die grösste Gefahr zu stürzen, ohne sich davon klar Rechenschaft zu geben. Um solches zu vermeiden, musste die königliche Partei nachgeben, und so geschah es, dass die nächste Sitzung mit der offenen Abstimmung begann, wobei man immer dieselben Argumente wiederholte und sich noch einige Vorwürfe erlaubte. So sprach zum Beispiel der Abgeordnete Kastellan Jezierski mit salbungsvoller Miene, die nur komisch war, weil sie seinem Wesen wenig passte, folgende Worte: „Als Senator beehre ich mich Ew. Königliche Majestät und gnädigen Vater zu warnen, dass zwischen den Kindern Ew. Majestät grosser Unfriede hier nach der gestrigen Sitzung herrschte. Diejenigen, welche ihrem gnädigen Vater gefallen wollten, haben leider diejenigen, welche die Sache der Mutter (der polnischen Republik) vertheidigen wollten, schwer gekränkt; nur dank dem älteren Bruder, der hier die Würde des Marschallpräsidenten innehat, ist es gelungen, blutige Scenen zu vermeiden, welche diese heilige Stätte schänden. Geruhe Ew. Majestät diese Sache zu richten und es jenen zu verbieten, uns zu bedrohen, da sie jetzt weder Russland hinter sich haben, noch pluralitas sind. Gestern wollte sich diese Kammer trennen, allein der Marschall hat es zu verhindern vermocht. Sollte jedoch solches geschehen, so würde Ew. Majestät nur Wenige um sich behalten, denn die Meisten würden das Wohl des Vaterlandes wollen.“ Darauf erklärt er die Nation für mündig und der russischen Bevormundung überdrüssig, den König von Preussen aber preist er hoch. „Es ist falsch“, meint er weiter, „zu denken, dass dieser hochsinnige Herr den Schutz, den er uns gewährt, durch die Forderung, einen Theil unseres Vaterlandes an sich zu nehmen, uns zahlen lassen wird. Es könnte ihm Niemand wehren, auch das ganze Reich zu nehmen, da wir ohne Heer sind und die garantirende Macht eben jetzt in einen grossen

*) Bericht von Buchholtz, 22., 27. November.

Krieg verwickelt ist. Meine Fürsprache wäre ungenügend, wenn es nicht in der ganzen Welt bekannt wäre, dass die Vorsehung selbst diesen Monarchen erkoren hat, um Frieden auf Erden zu sichern! Wahrlich sucht er nicht neue Länder zu erwerben, er will nur durch fromme Thaten die Seligkeit erreichen und die lorreichen preussischen Altäre werden durch ihn nicht mit enschlichem Blut und Thränen befleckt, sondern er wird sie mit em Ruhm der Menschenfreundlichkeit bedecken.“ Viele Reden mlichen Inhalts, wenn auch minder pompös, wurden noch gelten; man citirte viele Abschnitte der preussischen Erklärung d wunderte sich, dass solchen bestimmten Aeusserungen, die inen Raum dem Zweifeln lassen sollten, noch auf kleinmüthiges isstrauen in dieser Kammer stiessen. Angesichts solchen hutzes brauchte man nicht die Gunst anderer Mächte. Der arschall Potocki sagte, die Würde der Nation anrufend: „Ich kenne nur ein Kardinalrecht an, nämlich die Unabhängigkeit der epublik; jedes andere erscheint mir als ein Kardinal-Unrecht!“ rasinski, der Starost von Opinogur, fürchtet die Zukunft r nicht, da die Wirklichkeit der 24 vergangenen Jahre alles hreckliche schon gezeigt habe. Er verzeichnet alle die russischen ewaltthaten und Missbräuche, die Verbannung der Senatoren d Abgeordneten, Misshandlung der Gutsbesitzer, ungesetzche Anwerbung der Soldaten und Rauben der Pferde, Proviant d Lebensmittel, die Einquartierungen und pestbringenden azarethe. „Kann man wohl etwas Entsetzlicheres erleben als ese fortdauernde Bedrückung herrischer, grober Fremden? Was llen wir noch fürchten?“ ruft er aus, „ich fürchte die preussische ier nicht, nachdem der hochgesinnte Monarch uns zu Freunden d Verbündeten, nicht zu Unterthanen begehrt. Mein Volk, ı habe Dir das Bild Deines Elendes vor Augen geführt, damit Dich überzeugst, dass man uns umsonst mit böser Zukunft recken will; wir können nicht mehr leiden, als wir schon itten haben!“ Der Abgeordnete Michael Czacki hat auch alle ffnungen auf die Zukunft gesetzt; auf den türkischen Krieg, Missverständnisse zwischen den Nachbarn und auf das Motto um cuique“ vertrauend, ist er eines ewigen Daseins sicher meint, dass es unpassend wäre, unter solchen Umständen russischen Gesandten um Gnade zu bitten und ihn um Ernis zu fragen. Einige besonnene Stimmen liessen sich

auch vernehmen: wir wollen hier nur die Reden vom A geordneten Lasocki und vom Abgeordneten Wawrzecki citire Ersterer freute sich über die Versicherungen, die Preussen d Polen gab, wünschte aber nur davon Vortheil zu ziehen, u solche bei Stackelberg geltend zu machen, indem man ihn b seinerseits den Reformen keinen Widerstand zu leisten. D zweite machte die Bemerkung, dass in früheren Sessionen d Fremden unser Erstarken hinderten, heute stehen wir uns selb im Wege, indem wir mit unnöthigen Streitigkeiten die Zeit ve geuden. „Der ganze Plan der Kriegskommission ist nur ei selbst geschaffenes Hinderniss", meinte er, „ebenso alle hi erörterten Fragen, für die wir später bei unseren Enkeln schwe Verantwortlichkeit tragen werden, weil dieselben uns von d Organisation der Armee und der Rekrutirung abziehen. Di Nation verlangt nicht von uns, dass wir den permanenten Ra abschaffen und einen permanenten Reichstag dafür einsetzen, s verlangt ein starkes Heer, während wir hier die Zeit vergeuden. Schliesslich schienen die Stimmen für- und gegeneinander aufz wiegen, wofür ein genügender Grund in dem schlecht geführte Angriff der Opposition lag und in dem festen Auftreten d Senatoren, welche diesmal die Kräfte der königlichen Part vermehrten. Die offene Abstimmung zeigte 121 für die Priorit der Kriegskommissionswahlen und 120 für diejenige des perm nenten Rathes. In der geheimen Abstimmung gingen wied 15 Stimmen zur Opposition über.

Dieser gänzlich überflüssige Kampf endete nun damit. Wi nennen ihn überflüssig, weil die Abschaffung des permanenten Rathe auch die Frage über den Zeitpunkt der Wahlen für die Krieg kommission erledigen sollte, wenn es wirklich zur Abschaffung käm Der König trug eine neue Lehre aus dieser Diskussion davon, näm lich, dass die Gemüther dermaassen aufgeregt waren, dass sie nich den mindesten Widerspruch duldeten und immer zum Aeussersten bereit waren. Von nun an vermied er also, die Stimme zu erheben und liess Alles unbemerkt gehen, was lediglich nur darum a gesprochen wurde, um die Diskussion zu verbittern. Nach zwe wöchentlichem Hin- und Herreden hatte man bloss einen Paragraphe durchberathen. Indessen enthielt das Projekt über diese Krieg kommission deren zweiunddreissig. Um die Sache zu beschle nigen, lud der König die bedeutenderen Reichstagsmitglieder z

vertraulichen Konferenz ein, in welcher einige Paragraphen
ert und der Kammer zur Genehmigung vorgelegt wurden.
: gingen leicht durch. Doch schützte auch dieser Modus den
g nicht vor einem empfindlichen Schlage. Der Schwur
Kriegskommissare wurde folgendermaassen formulirt: „Wir
en dem Willen des Allergnädigsten Herrn mit der Republik
nigt gehorchen und keinem Anderen.“ Durch diese Formel
a wurde dem permanenten Rath, obwohl ungenannt, jeder
uss über die Militäradministration verwehrt.

§ 52.

eitigkeiten um die Ernennung der Offiziere in der Armee.

Am 1. Dezember geschah nun etwas ganz Ungewöhnliches
diesem Reichstag: ohne jede Diskussion, fast einstimmig
de dem König das Recht zuerkannt, die Offiziere jeden
ges in der Armee zu ernennen; bei jeder Vakanz sollte der
imentschef den Dienstetat seiner Offiziere einsenden, damit
König eine Wahl treffen könnte. Die königliche Ernennung
nte auch von keiner anderen Behörde kassirt werden. Es
keine neue dem König gemachte Konzession, da er dieses
ht seit 1776 ausübte; die Opposition fühlte sich in dieser
he durch den Konföderationsakt gebunden, der ausdrücklich
bedungen hatte: „Die Prärogative des Monarchen nicht nur
ch Treue, sondern auch durch das Gesetz zu achten.“ Immerhin
ien es wunderbar, dass die Kammer diese Sache so ruhig
nahm und dass ein solcher Schreier wie Suchorżewski ein-
die Meinung äusserte, dass dieser Reichstag gern giebt,
derjenige von 1776 nur unter Zwang gewährt hatte. Wir
en es zugestehen, dieser Vorgang war wunderbar, viel
derbarer jedoch erscheint dasjenige, was sich gleich darauf
ielte. Die friedliche Stimmung der Opposition schwand
lich, als die beiden preussischen Gesandten von diesem
hluss der Kammer Kunde erhielten. Buchholtz klagt darüber
inem Bericht vom 3. Dezember, und „Lucchesini“, schreibt
islaw August, „hat seine Parteigenossen so heftig gescholten
hnen solche Vorwürfe gemacht, weil sie mir das Recht der
nnungen ohne Diskussion gewährt haben, dass diese auf

alle mögliche Versuche sinnen, um den gefassten Beschluss zu ändern. Weiss Gott, wie die Sache enden wird! Lucchesini hat sogar dem russischen Gesandten gesagt, dass es etwas Anderes wäre, mir solche Macht über 18 000 Mann zu geben oder mir dieselbe bei 100 000 zu lassen, worauf der Russe erwidert hat: »Ew. Gnaden scherzen wohl, wenn Sie von 100 000 Mann sprechen?«" Nichtsdestoweniger waren die Herren der Opposition von dem preussischen Tadel sehr betroffen; Sapieha, Stanislaw Potocki, Rzewuski der Sekretär, Mierzejewski und Andere fingen an, über Mittel und Wege nachzudenken, um das eben votirte Gesetz wieder zu entkräften. Es war eine schwere Aufgabe, denn nur einstimmig durfte ein eben durchgeführter Gesetzparagraph wieder kassirt werden, und es war vergeblich, in dieser Sache auf Einstimmigkeit zu rechnen. Einige Tage später brachte Stanislaw Potocki einen Antrag ein, in dem gesagt ward, dass die Regimentsführer den ältesten Kandidaten dem König vorschlagen sollten, und falls dieser unpassend erschiene, musste der König den zweiten nach Anciennität und Verdienst ernennen. Es ist klar, dass eine solche Korrektur das eigentliche Recht des Königs beschränkte. Die Mehrheit der Kammer widersetzte sich diesem Antrage, einige Stimmen tadelten den Versuch als ungesetzlich. Potocki und Mierzejewski bedienten sich allerlei Ausflüchte, um zu beweisen, dass sie das Recht des Königs nicht antasten wollten, dass sie es für heilig hielten und nur die Auswahl der richtigen Kandidaten zum Posten erleichtern wollten. Diese Argumente blieben nutzlos, obwohl man zwei Sitzungen darüber verlor, schliesslich redete Sapieha und rieth, diese Sache nun ruhen zu lassen, indem er die Hoffnung aussprach, der Monarch würde geruhen, diese desiderata zu berücksichtigen.

Der Antrag wurde zurückgenommen, doch liessen die letzten Worte von Sapieha leicht errathen, dass der Kampf noch nicht beendet sei. In der That benutzte man zunächst ein sehr beliebtes Mittel: man reizte die öffentliche Meinung auf. Der König schreibt: „Man erzählt, dass wir eine neue preussische Note zu erwarten haben, in der ausgesprochen wird, dass der König von Preussen unser Heer nicht über 30 000 Mann hinausgehen lassen würde, da man mir das Recht der Ernennungen zuerkannt habe. Ich weiss wohl, dass die Sache anders zu-

amenhängt, da vor Anfang des Reichstages die Preussen on erklärten, sie werden uns keine grössere Armee erlauben. wollen nun diese Gelegenheit wahrnehmen, um eine zweineidige Waffe zu brauchen. Sie wollen mich als denjenigen astellen, der die Vermehrung der Armee durch Bestehen auf einer Prärogative hindert; wenn ich auf diese verzichte, um lchen Schein von mir abzuwenden, so werde ich den Rest einer Würde und meines Einflusses einbüssen. Schliesslich eiss ich doch auch, dass ein von mir gebrachtes Opfer in iesem Fall auch nicht viel nützen kann, denn der König von reussen wird immer neue Gründe finden, um uns an der Verirklichung unserer das grössere Kontingent betreffenden Prokte zu hindern; ausserdem weiss ich, dass dieselben noch von nderer Seite erschwert werden, denn eine so plötzliche Anerbung wird viele Bauern zum Weglaufen zwingen, und so ancher Gutsbesitzer wird ruinirt werden. Meine Lage ist ahrhaft entsetzlich, ich bin von allen Seiten bedrängt und sehe eine Hülfe; die Opposition bringt die Regierung ausser Rand d Band und entzieht mir und allen Behörden die nöthige utorität."*) Inzwischen erfuhr man in Berlin die Einzelheiten es neuen Beschlusses, und wie vorauszusehen, war die Unfriedenheit dort gross. In einem Erlass vom 11. Dezember, r für beide Gesandte in Warschau bestimmt war, befiehlt riedrich Wilhelm, seine Unzufriedenheit den sogenannten atrioten kundzugeben darüber, dass sie nicht fortführen in r Einschränkung der königlichen Macht. „Ich wünsche, dass n ein Mittel ausfindig macht, den Beschluss zu ändern, der ir ein Fehler dünkt, jedenfalls soll man nicht noch grössere ehler machen, indem man etwa dem König die Führung der rmee während des Krieges überliesse..... Ich ersehe aus rem Bericht, dass Sie die Bedeutung dieser Sache vollkommen greifen, und zweifle nicht daran, dass Sie alle menschenöglichen Mittel anwenden werden, um diese Angelegenheit nach einem Sinn zu führen, um so mehr, da sie ebenso bedrohlich für e Republik ist wie auch für ihre Nachbarn. Es wäre am sten, vier Hetmane als Kriegskommandirende einzusetzen, wie früher üblich war, denn diesen würde es ebenfalls gelingen,

*) Brief an Deboli vom 6. Dezember.

sich vor der Uebermacht des Königs zu schützen. zugleic würde das Kommando über die Armee besser vertheilt.“ Weite besteht der König darauf, dass die Armee der Republik un nicht dem König den Eid leiste und dass überhaupt die Ding zu dem früheren Zustande unter den sächsischen Königen, also vor 1717, zurückkehren sollten. „Wenn solches gelingt“, heisst es weiter, „so werde ich mit aller Macht die Patrioten unterstützen; wenn aber dem Könige noch weitere Konzessionen gemacht werden, und man ihm noch mehr Einfluss über die Armee einräumen sollte, so ziehe ich vor, mich mit dem russischen Hof zu verständigen und mit diesem zusammen alle grossen militärischen Projekte der Polen umzustürzen.“ Dieses drohende Ministerialreskript war Lucchesini sehr willkommen; mit solcher Vollmacht ausgerüstet, gelang es ihm, die Opposition zu überzeugen, dass man den Beschluss des 1. Dezember un weigerlich annulliren müsste. Am 17. Dezember wird abermals der Antrag gestellt, dass die Kandidaten zu den Offiziersstellen dem Könige vorgeschlagen werden müssen, doch war dieser Vorschlag nur eine Finte; der wirkliche Angriff sollte von einer anderen Seite kommen. Man hatte nach langen Ueberlegungen einen Haken wider den König gefunden. Die Opposition liess dem König auf vertraulichem Wege sagen, dass der 5. Paragraph der neuen Gesetze längst in die Verfassung eingetragen, die ganze Armee unter den Befehl der Kriegskommission stelle, also musste auch die königliche Garde unter ihrer Macht stehen! Ein vollkommen unberechtigter Anspruch! denn seit Urzeiten hatten die Könige die Garde unter sich, da sogar in der Zeit ihrer unumschränkten Macht die Hetmane dieselbe nicht kommandirten. Dieser Reichstag war aber von dem Prinzip geleitet, dass die konföderirte Republik über allen Behörden des Staates zu stehen habe und über jedes Gesetz und Gebrauch erhaben wäre; also stand Stanislaw August abermals vor einem schweren Dilemma; zwei Tage lang dauerten die Verhandlungen in der Kammer, ein oratorisches Turnier sondergleichen über die Kandidatur zum Offiziersrang spielte sich dort ab! die eigentlichen Verhandlungen fanden aber im Kabinet des Monarchen statt: Stanislaw August vertheidigte sein Recht mit ungewöhnlicher Zähigkeit; die Opposition gab wohl zu, dass der Beschluss ohne seine Zusage nicht an-

allirt werden könnte, sie drohte aber unter obigem Vorwande, um die Garde zu entziehen. Immer bereit zu Kompromissen, ntwarf der König ein Projekt, das ihm den Befehl der Garde iess, dafür erlaubte er den Regimentsführern, bestimmte Kandidaten bis zum Majorrange vorzuschlagen. Die Opposition verlangte dasselbe für die höheren Stellen. Darauf erwiderte Stanislaw August, er verlange die Abstimmung in der Kammer. Die Opposition begriff wohl, dass sie dabei nicht gewinnen konnte, dass eine Abstimmung unmöglich sei; sie erklärte also, aus der Kammer mit Protest austreten zu wollen. Man brach die Verhandlungen ab, und in solcher Stimmung wurde die Sitzung, welche entscheiden sollte, eröffnet. Indessen waren Alle in der Kammer unsäglich müde; die Verhandlungen über die neue Kriegskommission dauerten schon über sechs Wochen und eine allgemeine Erschöpfung gab sich kund, man verlangte die Wahl der Kommissare, und nun entstand ein neues Hinderniss. Am 4. Dezember wurde der Beschluss gefasst, die sonst nur sechswöchentliche Session ad tempus bene visum*) fortzusetzen, ohne darauf zu achten, dass die Weihnachtsferien nahe bei der Hand seien, welche gewöhnlich von der grossen Messe in Dubno gefolgt waren; die Abgeordneten waren nur auf einen sechs Wochen dauernden Aufenthalt in der Hauptstadt gefasst gewesen, also musste mancher in seine Heimath zurückeilen. Man machte den Vorschlag, auf kurze Zeit die Kammer zu schliessen; dieses wurde von den Patrioten empört zurückgewiesen mit der Antwort, dass man „arbeiten und nicht feiern müsste". Viele Abgeordnete konnten diesen Zustand nicht ertragen und schlichen sich fort aus der Hauptstadt, unter ihnen Mancher von der königlichen Partei. Der König merkte bald, dass dieser Umstand ihm den Boden unter den Füssen entziehe, er musste die Besorgniss hegen, dass er bald allein der Opposition gegenüber in der Kammer bleiben werde. Am

*) Von diesem Beschluss schreibt der König Folgendes an Deboli in nem vom 6. Dezember datirten Briefe: „Ich muss Ihnen berichten, dass an die Fortsetzung der Debatten beschlossen hat; dieses geschah nach m Willen der Opposition und man hat keinen Termin setzen wollen, dass wir auf solche Weise ein paar Jahre tagen können. Meine Lage : *entsetzlich* und kein Ende dieses fatalen Fleisses und der Gefahren sehbar!"

19. Dezember befahl der König, den oben genannten Vorschlag vorzulesen, und verlangte entweder die einstimmige Annahme desselben oder eine offene Abstimmung. Darauf erwiderte Rzewuski, er habe schon die Ehre gehabt, Seiner Majestät vertraulich zu erklären, dass die Ernennung der Offiziere auf Vorschlag der Regimentsführer geschehen solle. „Wir können solches nicht zugeben", rief der Abgeordnete Jerzmanowski aus, „es ist eine unerhörte Forderung, ein bestehendes Gesetz solchermaassen abzuschaffen! Wir werden den Ausspruch jenes Fremden verdienen, der von uns Polen gesagt hat: Leges Poloniae similes mutanti lunae! Ihr wollt Eurem Könige jedwede Macht absprechen, um dann die Sklaven eines fremden Herrn zu werden. Fragt die Brüder aus Galizien, was sie heute vorziehen. Felix quem faciunt aliena pericula cautum. Ich meinerseits werde die Abstimmung einer schon beschlossenen Sache nicht zugeben." Stanislaw Potocki nahm den Spruch über den häufigen Wechsel der Gesetze auf, um zu behaupten, dass man ihn ebenso gut auf die Frage, welche die Garde betraf, anwenden könnte, da dieser Paragraph auch nicht mehr umzuändern sei. Einige Abgeordnete, die nichts von den vertraulichen Verhandlungen mit dem Monarchen wussten, übten sich in rhetorischen Auslassungen über diesen Gegenstand, die Führer der Opposition schwiegen und erwarteten die Entscheidung des Königs. Dieser war unentschlossen und schwer gepeinigt. „Diese Chikanen", schrieb er später, „die nur von Lucchesini eingerührt sind, hätten das ganze Land in einen Bürgerkrieg stürzen können." Die Diskussion dauerte schon zwei Stunden, ohne ein Resultat zu erzielen. Als die königlichen Parteigänger den 10. Artikel citirten, in dem das Ernennungsrecht dem Monarchen zuerkannt war, erwiderte die Opposition durch Verlesung des 5. Paragraphen, der nach ihrer Meinung die Garde implicite unter den Befehl der Kriegskommission stellte. Schliesslich verfasste der Reichstagspräsident Malachowski ein neues Projekt und händigte es dem Könige ein. Nach diesem wurden die Garden dem Könige gelassen, die Ernennung bis zum Major dem Könige zuerkannt, nach dem Vorschlage der Regimentsführer, dafür sollten aber die höheren Offizierschargen nur aus zwei Kandidaten von dem Könige ernannt werden, welche die Kriegskommission empfahl. Stanislaw August las

diesen Antrag laut vor und endete mit der Frage: „Giebt es Zustimmung dafür?“ Als darauf keiner der Abgeordneten etwas zu erwidern hatte, sprach der König: „Mein Herr Marschall-präsident! Wie ich schon zweimal erklärt habe und hiermit wiederhole, könnte ich wirklich darauf bestehen, dass ein hier gefasster Beschluss unangetastet bliebe; ich will aber nochmals den Beweis liefern, dass ich mit meinem Volke in Frieden leben möchte. Der König mit dem Volke, das Volk mit dem Könige! also nehme ich diesen Antrag an.“ Es entstand grosser Jubel. Der Marschall drückte seine Dankbarkeit aus, indem er die Hand des Monarchen küsste. Dasselbe thaten die Senatoren und die Minister. Der Ritterstand bat um dieselbe Ehre und so defilirten sie nach der Reihe der Wojewodschaften vor dem Throne und wurden zum Handkuss zugelassen. „Die Führer der Opposition“, schreibt der König, „machten diese Demonstration nur zum Schein, doch hat dieselbe im Volke den Geist der Widersetzlichkeit gedämpft, und ich habe diese Gelegenheit wahrgenommen, um Vielen ausdrücklich zu sagen, dass ich von meinem Rechte abstehe, allein in der Hoffnung, dass es mir dadurch gelinge, die Vermehrung des Heeres zu beschleunigen.“ *)

Vermittelst dieser Ereignisse geschah es, dass eine und dieselbe Verfassung zwei sich widersprechende Paragraphen enthielt; § 10 giebt dem Monarchen dasselbe Recht, welches § 15 der Kriegskommission verleiht! „Es ist schlimm, doch vitando pejora“, sagte der König dazu. Für den Berliner Hof war es um so erwünschter; freudig berichtet Buchholtz seinem Könige am 20. Dezember: „Die gestrige Sitzung verlief sehr vortheilhaft für uns; die Angelegenheit, welche Ew. Majestät uns angelegentlich empfohlen hatten, ist günstig entschieden worden. Obwohl der König von Polen das Privilegium der Ernennungen schon erhalten hatte, ist es uns doch gelungen, dieses Gesetz durch einen formellen Beschluss zu annulliren; es ist in der Verfassung festgestellt worden, dass der König nur die niederen Chargen zu besetzen habe, für die höheren muss er von zwei ihm jeweilig vorgeschlagenen Kandidaten einen wählen.“

---

*) Brief an Deboli vom 20. Dezember.

§ 53.

Die auswärtigen Gesandtschaften. Kampf um die Ernennung derselben.

Während wir den Leser in einem Zuge mit der Diskussion über die Offizierschargen bekannt machten, haben wir verschiedene wichtige Beschlüsse, die auch in der Kammer gefasst wurden, nicht erwähnt. Unter Anderem müssen wir einige Aufmerksamkeit der Antwort widmen, welche seitens der Kammer nach der zweiten preussischen Erklärung gegeben wurde. Dieselbe, von Ignaz Potocki redigirt und in der Sitzung vom 4. Dezember angenommen, enthielt folgende Sätze: die polnische Nation sehe mit Vergnügen, dass Seine preussische Majestät eine andere und ihr sehr willkommene Deutung der Garantien aufstelle, als es die anderen Mächte thun, welche die Unabhängigkeit der Republik vergewaltigen und die Rechte der Garantie missbrauchen; der Reichstag habe darum dem russischen Hof Verhandlungen angeboten, da es wünschenswerth schiene, die Garantie näher zu bezeichnen und mit allen Nachbarmächten Klarheit darüber zu erlangen, vor Allem aber möchte der Reichstag durch einen besonderen Gesandten mit dem Könige von Preussen verhandeln in der festen Ueberzeugung, dass solche Verhandlungen alle Hoffnungen der polnischen Nation auf die Grossmuth und Gerechtigkeit dieses Monarchen zur Erfüllung bringen würden. Dieser feierliche Akt, in dem sich die Empfindungen, Hoffnungen und leider auch die Illusionen der Opposition spiegelten, konnte Stackelberg nur unangenehm sein und der königlichen Partei unbequem. Obwohl mit dem Gedanken der preussischen Okkupation längst vertraut, wollte doch die Opposition sich vor den Folgen eines solchen Schrittes verwahren und stellte daher dem Gesandten Lucchesini einige schriftliche Bedingungen; unter diesen verlangte sie, Preussen möge die Integrität des Landes garantiren, seine Truppen gleich nach Wiederherstellung des Friedens zurückziehen und alle Hülfsmittel, sei es in Geld oder Waffen, nur als der Republik geliehen betrachten, mit der Bedingung der Zurückerstattung. Lucchesini zögerte, dieses Dokument anzunehmen, da er wohl verstand, dass solche Bedingungen einem Bündniss zum Verwechseln ähnlich waren, und in Berlin war man gar nicht bereit, ein Bündniss zu schliessen, da es damals

icht geworden wäre, das Eigenthum des Bundesgenossen unter
en Umständen zu achten. „Ein Bündniss mit Polen wird nur
Falle eines Krieges mit den Kaisermächten eine Nothwendig-
it werden; wir sind jedoch weit davon entfernt."*) Polen
.l zu der Regierungsform wiederkehren, die es unter den
chsischen Königen hatte, meinte Hertzberg, „es soll in dieser
rm eine vermeintliche Unabhängigkeit geniessen".**) Dieser
stand war für Preussen genehm, weil er am besten seine
wecke begünstigte. Ende November wurde der Oberst Lach-
cki, Adjutant des Hetman Oginski, nach Berlin geschickt.***)
s ward ihm von der Opposition aufgetragen, dem König von
reussen die Frage zu stellen, ob er ein Bündniss mit der
epublik annehmen würde, wenn ihm ein solches von der jetzt
a Reichstage herrschenden Partei angeboten würde. Die Frage
ar sehr unbequem. „Ich zögere mit der Antwort", berichtet
riedrich Wilhelm an Lucchesini, „unter dem Vorwande, dass
h den Schluss der Kammerverhandlungen abwarten müsste
5. Dezember), um sicher zu sein, wer die Mehrheit erhalten
rde; es ist mir jedoch unmöglich, einen Vertrag mit Privat-
ten und nicht mit der Regierung der Republik zu schliessen.
e Bedingungen, welche man vorgeschlagen hat, passen mir
r nicht; wahrlich ich könnte andere beanspruchen, wenn ich
ch in die Gefahr begeben soll, einem in sich zerrissenen und
ehrlosen Lande zu helfen. Dabei muss ich besorgen, dass
eses Land seine durch mich erlangte Macht noch eher gegen

---

*) Ministerialreskript an Buchholtz vom 22. November.

**) Bericht von Hertzberg an den König vom 27. Dezember.

***) Buchholtz kündigt folgendermaassen die Ankunft von Lachnicki in
er besonderen Depesche vom 19. November an: „Dieser Offizier wird
r. Majestät verschiedene Briefe von den Patrioten bringen, namentlich
n Grafen Oginski, Fürst Radziwill dem Wojewoden von Wilna, Walewski,
ojewoden von Sieradz, und Anderer mehr. Diese Herren sind alle sehr
neigt, eine Konföderation zu bilden, um sich der Bedrückung seitens
sslands oder ihres Königs zu entziehen. Der entschiedenste unter ihnen
Fürst Radziwill. Heute früh erhielt ich durch einen seiner Freunde,
mens Radsiszewski, das Projekt eines Briefes an Ew. Majestät, in dem
sich bereit erklärt, ganz Lithauen zu konföderiren, sobald Ew. Majestät
ches wünscht. Es scheint mir Alles sehr vortheilhaft und ich meine,
s Ew. Majestät diesen Herren eine Antwort geben sollte, die sie be-
igt und sie ermuthigt, sich in Bereitschaft zu halten.

mich als gegen andere Nachbarn brauchen wird.“ *) Dei
trotz dieses offenbaren Widerstrebens, ein verpflichtendes Bü
zu schliessen, wagte der preussische Hof nicht in Berli
nicht in Warschau, seine Meinung den Patrioten zu
Lucchesini wand sich heraus mit den verschiedensten Aus
er brauchte die höflichsten Wendungen, mahnte zur Gedu
liess bedenken, wie schwer es wäre, zum Deutschen Bu
gehören, weil dabei eine Masse Formalitäten und Verhandl
nothwendig wären.

„Wir folgen den Instruktionen Ew. Majestät und
uns wohl, hier merken zu lassen, was wir eigentlich vo
Bündniss halten.“ **) Die Patrioten liessen sich von s
ausweichenden Antworten nicht stutzig machen, sie de
solche nach eigenem Wunsch; wohl glaubten sie die
schwierig, setzten aber voraus, dass die Entsendung ein
vollmächtigten nach Berlin alle Hindernisse hinwegr
würde. Deswegen erneuerte sich immer wieder das Dr
in den Reichstagssitzungen, man möchte einen Gesandten
Berlin schicken und die Republik durch ein Bündniss s
stellen. Diese Politik schien ihnen die allein richtige z
und alle Vortheile zu gewähren: sie waren in ihrem
bereit, alle ihre Gegner als von Russland bestochen anzu
Wir wollen den Gang der Verhandlungen über diesen G
stand schildern. Suchodolski brauchte folgende Argumen
der Sitzung vom 5. Dezember. „Ich bin für das Bündni
Preussen nicht aus Intriguensucht, vielmehr in der festen U
zeugung, dass es dem Vaterlande nützlich ist. Zöger
nicht länger damit, dem Könige von Preussen einen Ges
zu schicken, der ihm unseren Dank ausspreche und die
handlungen einleite, welche uns in das Bündniss hineinf
das jetzt Preussen, England, Holland und Schweden mi
Deutschen Bunde vereinigt. Die offenbare Absicht des p
schen Monarchen, in Europa das Gleichgewicht herzus
beweist, dass er eine kluge Politik verfolgt. Diese P
kann Polen wieder herstellen, sie wird Polen Europa w
geben.“ Der Abgeordnete Mionczynski ruft aus: „Ich

*) Ministerialreskript vom 8. Dezember.

**) Bericht von Lucchesini vom 8. und 11. Dezember.

ass wir umsichtig handeln, wenn wir die Diskussion über die Kriegskommission vertagen und uns zunächst mit der Sendung on Gesandtschaften befassen, namentlich sind wir verpflichtet, em König von Preussen, der uns so freundlich gesinnt ist, inen Gesandten zu schicken. In seiner letzten Note bietet er s ein Bündniss an und mit Recht erwartet er von uns die sten Schritte, welche geeignet wären, den Vertrag fest-stellen.“ Viele andere Abgeordnete sprachen in demselben inne und man bezeichnete schon den Fürsten-Truchsess Czar-ryski als den Gesandten für Berlin. Stanislaw August kon-rirte mit dem Marschallpräsidenten und bat ihn, in seinem amen der Kammer zu erklären, dass er nichts wider die Er-nnung der Gesandtschaften an die fremden Höfe habe, dass er der Herr Kanzler und die Unterkanzler ihm den Rath er-ilt hätten, mit der Sache zu zögern, erstens weil das Reichs-hatzamt über die dazu nöthigen Mittel nicht disponire, zweitens eil noch gar nichts über die Persönlichkeiten der Gesandten d ihre Instruktionen bestimmt wäre, diese letzten auch nicht so kurzer Frist verfasst werden könnten. Der Marschall eilte diese Meinung und machte in dieser Hinsicht Erklärungen der Kammer, indem er bat, man möge in der begonnenen iskussion über die Kriegskommission fortfahren. Diesem unsch wurde kein Gehör geschenkt; jede Zögerung schien er Opposition verdächtig und schädlich. Der König musste elber das Wort nehmen und die Versicherungen des Marschall-räsidenten bestätigend wiederholen; er fügte hinzu, dass er ie angedeutete Wahl des Fürsten-Truchsess Czartoryski auch ollkommen billige, dennoch sind einige Bedenken entstanden, ie man heute nicht beseitigen könnte. „Ich verstehe wohl“, autete seine Rede, „dass die hier mit mir Tagenden den unsch hegen, Gesandtschaften an alle Höfe abzuschicken, damit ir mit keinem unsere Beziehungen vernachlässigen und uns er Freundschaft Aller erfreuen. Es scheint mir, dass ich nug gesagt habe, und ich hoffe, dass mich jetzt Niemand ängen wird.“ Danach begann der Präsident die Verhandlungen er die Kriegskommission; dessenungeachtet stellte gleich rauf Peter Potocki den Antrag: die versammelten Stände öchten den Fürsten-Truchsess Czartoryski zum Gesandten in erlin ernennen. Andere unterstützten ihn eifrigst. Der

Marschall Malachowski und Fürst Adam Czartoryski selber bemühten sich umsonst, die Gemüther zu beruhigen. Der König erklärte darauf, dass er binnen dreier Tage, also am 9. Dezember, die Gesandten ernennen werde, um weiteren Debatten vorzubeugen, und es gelang ihm, Ruhe zu schaffen. Wir wollen uns hier wiederum eines Briefes des Königs bedienen: „Wie ich Sonnabend versprach“, schreibt Stanislaw August an Deboli am 10. Dezember, „habe ich gestern gleich nach der Eröffnungsrede, in der mich der Präsident um die Ernennung der Gesandten bat und mir das Verzeichniss der vorgeschlagenen Kandidaten vorlas, folgende Namen gewählt: Wojna geht nach Wien, der General der Artillerie Potocki nach St. Petersburg, der Fürst-Truchsess Czartoryski nach Berlin, der Starost Potocki nach Konstantinopel, Stanislaw Potocki nach Paris und Bukaty nach England an Stelle von Rzewuski, der plötzlich seinen Sinn geändert hat und nicht mehr dahin möchte. Bukaty hat bei der Partei von Radziwill Beifall gefunden und bleibt in seinem Amte; über die Anderen kann ich Folgendes mittheilen: Der General der Artillerie Potocki ist brustkrank, wird also in Petersburg nicht lange weilen können und Ihnen im Wege stehen, übrigens sind seine Absichten löblich. Ich hätte gern Soltyk nach Wien ernannt, doch hat er mich dringend gebeten, es zu unterlassen. Nach Konstantinopel wollte ich eigentlich Niemand ernennen und that es nur auf Wunsch der Opposition, wobei ich natürlich diejenige Persönlichkeit wählte, die von ihr bezeichnet ward. Dieselben Umstände haben mich auch bei der Ernennung des Fürsten-Truchsess Czartoryski bewogen. Der Potocki, welcher sich nach Paris begiebt, hat sich bereit erklärt, die Kosten der Gesandtschaft selber zu tragen, wobei er auf die Freigebigkeit der Fürstin Lubomirska rechnet. Der Fürst-Truchsess Czartoryski hat auch auf sein Gehalt verzichtet und nur um die Deckung der Kosten für Kuriere und einen Sekretär gebeten. Der General der Artillerie verlangt auch nichts für sich, ich hoffe nur, dass seine Gesundheit ihm erlauben wird, zu reisen. Die Gemüther sind so erregt, dass meine Vorstellungen über die jetzige Nutzlosigkeit solcher Gesandtschaften und die Kostspieligkeit derselben nicht gehört werden. Man will nicht begreifen, dass solche diplomatischen Posten viel Kosten verursachen gerade in der Zeit, da wir jeden Pfennig sparen

üssten, um die Armee zu organisiren.“ Man sollte annehmen, iss diese Ernennungen Alle befriedigen würden, und dass der önig seine Pflicht erfüllt habe. Indessen trat das Gegentheil n; nun erst fing der hartnäckigste Streit an. Man wollte die rnennungen des Königs nur als einen Vorschlag annehmen nd der Kammer die definitive Wahl überlassen. Gesetz und rauch waren auf Seiten des Königs. Der Unterkanzler Garnysz ewies gründlich aus dem alten Gebrauch, aus den pacta onventa und aus der späteren Verfassung, dass der König war keine Gesandten nach dem Ausland schicken dürfe während er Session eines Reichstages ohne die Einwilligung desselben, ass er jedoch allein das Recht der Ernennung besässe. Die Vahl der Minister und Gesandten war nicht der Abstimmung nterworfen; die Kammer konnte allein ihr Veto in Form iner Bemerkung gegen die Ernennung eines Bürgerlichen, der icht natus et possessionatus war, einlegen. Nachdem er Unterkanzler dieses ausführlich erklärt hatte, stellte er en Antrag, folgendermaassen den Beschluss zu fassen: „Wir, önig, ernennen diese Gesandten mit Einwilligung der Stände.“ ennoch suchte die Opposition nach neuen Sophismen, um sich e königliche Prärogative anzueignen. Nach einer achtstündigen ebatte verlangte die königliche Partei die Abstimmung; die ihrer der Opposition waren dagegen, weil sie wohl wussten, iss die Majorität gegen sie sei, und erklärten, man könne nicht ier ein Recht, welches der Kammer zustehe, abstimmen lassen. ichodolski rief aus: „Das Recht des Volkes wird von ihm lbst vertheidigt!“ Der Marschallpräsident bemerkte darauf, iss die Mehrheit hier zu entscheiden habe. Krasinski, Szyma-)wski und Andere thaten den Ausruf: „Wir erlauben die Ab-immung nicht!“ Suchodolski machte dem Marschall laute Vor-ürfe, dass er die Rechte des Ritterstandes nicht vertheidige, chdem ihn dieser erkoren; dass er sich öffentlichen Anklagen ssetze, wenn diese Rechte während der laufenden Session schmälert würden. Einige warnten Malachowski, dass, „falls die Abstimmung zuliesse und die Opposition geschlagen irde, man mit Protest den Saal verlassen würde in der ihl von Sechzig“!*) Jetzt empörte sich Gorzenski über die

*) Brief des Königs an Deboli vom 10. Dezember.

Ansprüche der Opposition und erklärte mit Heftigkeit: „Wi haben uns hier versammelt, um die Republik zu kräftigen, u das Heer zu vermehren, Steuern zu beschliessen, statt desse führen wir bisher nur einen Krieg gegen unseren König. Dieses treffende Wort kränkte Viele. Krasinski verlangte ein Erklärung, was sein Vorredner damit gemeint habe. Solang die Nation bereit sei, ihr Blut für den Monarchen zu vergiessen, könne man ihr keine solchen Vorwürfe machen! Moszczynski vertheidigte Gorzenski. Suchodolski eiferte dagegen, gab Krasinski Recht und betheuerte, dass die Opposition dem König vielfache Beweise ihrer Treue gäbe, welche solche leeren Worte weit überragten . . . . . Das Reichstagsdiarium bemerkt dazu: „Viele Abgeordnete waren durch diese Worte beleidigt und eine grosse Unruhe herrschte in der Kammer.“ Man befürchtete Thätlichkeiten. Da nahm der König das Wort: „Wenn ich nicht das Glück habe, hier die Gemüther zur Einigkeit zu bringen, so will ich doch die hier Anwesenden bitten, dass sie diese Frage nicht als Ursache eines Streites nehmen. Diese Frage betrifft mich und ich bitte die Herren, sich nicht zu erhitzen. Im Namen des Vaterlandes bitte ich sie, sich jedes rasche Wort zu vergeben; ich will nicht zu neuem Unfrieden Anlass bieten. Dieses Unglück soll mir wenigstens erspart bleiben!“ Im Zweifel, ob man zum Verständniss käme, fügte er hinzu, dass er bereit wäre, folgende Formel bei der Verschickung der Gesandten zu brauchen: „Wir, König, mit Einwilligung der Stände entsenden.“ Der Marschallpräsident erwiderte in Ausdrücken der höchsten Dankbarkeit für dieses neue Zugeständniss, doch war man in der Partei des Königs unzufrieden und bedauerte es als einen Beweis von allzu grosser Nachgiebigkeit und Schwäche von Stanislaw August. Sielecki sagte: „Ich habe bisher geschwiegen, weil ich die Zeit nicht in Anspruch nehmen wollte, doch jetzt muss ich auch reden; ich will nicht die Freiheit der Nation auf den Trümmern des Thrones gründen ich verlange das turnum (Abstimmung)!“ Kwilecki und Zakrzewski verlangten dasselbe und hoben hervor, dass man dem Throne Unrecht thue. Der König bat diese Herren, von ihrem Verlangen abzustehen. „Wenn der König in seiner allzu grossen Güte seine Rechte vergisst, habe ich nichts weiter zu sagen!“ schloss darauf Sielecki.

„Hätte die Opposition mit Protest die Kammer verlassen", schreibt Stanislaw August, „so wäre damit höchst wahrscheinlich eine Spaltung herbeigeführt worden, eine neue Konföderation hervorgerufen und die preussischen Truppen wären eingerückt!" Diesmal, wie schon so oft, hatte der König vor den Drohungen der Opposition, die Kammer zu sprengen, und angesichts der offenbaren Gefahr einer preussischen Invasion nachgegeben. Die Opposition wusste wohl, welche Mittel am besten wirkten, um sich die Durchsetzung ihres Willens zu sichern; sie fürchtete nicht die Gefahren, die sie heraufbeschwor. Dieser Umstand allein genügt, um uns zu beweisen, welche Partei grössere Umsicht und Vaterlandsliebe besass. Es bleibt nur die Frage, ob der König Recht hatte, seine Nachgiebigkeit so weit auszudehnen; er musste doch voraussetzen, dass er auf diesem Wege schliesslich die Krone aller wirksamen Mittel und Rechte beraubte, und dass man ihn zwingen würde, dem System untreu zu werden, welches er doch für das Beste hielt. War es nicht seine Pflicht, sich doch einmal dem Verlangen der Opposition bestimmt zu widersetzen und dabei zu beharren? Es sind schwere, schmerzliche Fragen, die man öfter bezüglich Stanislaw Augusts aufwerfen muss, und die sich in diesem Werk beständig wiederholen werden. Er sollte sich widersetzen, gewiss, doch gestützt worauf? In diesem besonderen Falle — von anderen schweigen wir hier — fehlte ihm jede positive Machtgrundlage. Wie sollte er sich der preussischen Armee widersetzen, die von der Mehrheit der Nation gegen ihn herbeigerufen wurde? Sollte er die Hülfe der anderen Nachbarn suchen? ein gefährliches Mittel unter den obwaltenden Umständen, zumal während des türkischen Krieges auch unsicher. Der einzige Rettungsweg, der ihm übrig blieb, war, mit den wenigen Getreuen die Hauptstadt zu verlassen und sich unter den Schutz der russischen Armee zu begeben, das war ihm auch von Stackelberg von Anfang an gerathen worden, und doch hatte er es energisch abgewiesen. Wer kann ihn hier eines Fehlers beschuldigen? Er blieb, und daraus folgte für ihn die Nothwendigkeit, nachzugeben; mit unermüdlichem Ueberreden, nie reissender Geduld und Nachsicht bemühte er sich, die hitzigen Angriffe seiner Gegner zu dämpfen und dieselben zu entwaffnen. Er hat zwar nichts Vernünftiges während dieser Reichstags-

session und auch später durchgesetzt, wohl aber vieles Schlechte verhindert und es vor Allem der preussischen Partei unmöglich gemacht, die beabsichtigte Sprengung der Kammer herbeizuführen; er hat auch die Bildung einer zweiten Konföderation und somit den Bürgerkrieg verhindert und den Preussen die gewünschte Gelegenheit zum Einmarsch nicht verschafft. Damit hat er Polen von einer grossen Schmach errettet, nämlich von der freiwilligen Theilung zwischen Russland und Preussen, wozu es freilich später verdammt wurde. Dieses Ergebniss erachten wir als ein grosses Verdienst, das bisher nicht genug geschätzt wurde und darum nicht gebührend anerkannt ist.

§ 54.

Die Verwaltung des Auswärtigen Amtes wird dem König abgenommen.

Nach der Wahl der Gesandten kam die Frage der Instruktionen an die Reihe. Fürst-Truchsess Czartoryski verlangte eine solche für sich, und ihm folgte Sewerin Potocki im Namen aller seiner Kollegen. Dieses geschah am 10. Dezember. Ursprünglich wollte man eine Kommission aus dem Reichstage ernennen, welche die Instruktionen berathen und verfassen sollte, bald aber kam der Gedanke auf, dass es gut wäre, dieser Kommission die gesammte Verwaltung der Legationen zu überlassen. Damit griff man wiederum in die Rechte des permanenten Rathes ein, in welchem ein besonderes Departement die Auswärtigen Angelegenheiten leitete. Stackelberg wurde besonders bei dieser Wendung der Dinge besorgt und verlangte vom König eine entscheidende Vertheidigung des permanenten Rathes. Der König sollte offen erklären, dass er den permanenten Rath intact erhalten wollte, widrigenfalls würde der russische Gesandte der Kaiserin die Abschaffung desselben melden müssen. Der König sah wohl das ihm drohende Unheil ein, fand aber nicht die nöthige Entschlossenheit, um sich diesen Plänen zu widersetzen. Uebrigens galt dieser Eingriff mehr ihm selber als dem Rath, denn das Departement der Auswärtigen Angelegenheiten existirte nur nominell. Alles wurde in der königlichen Kanzlei unter seiner Leitung und mit Hülfe von Diezduszycki erledigt; das Departement unterfertigte die

wenigen Akten, die Korrespondenz wurde vom König und Diezduszycki geführt, ausser derjenigen mit der römischen Kurie, die dem Prälaten Ghigiotti oblag. Nun sollte noch ein Zweig der öffentlichen Verwaltung und zwar der wichtigste aus den Händen des Königs in diejenigen der Kammer und somit der Opposition übergehen. Wir müssen zugeben, dass es eine unvermeidliche Konsequenz der vorhergehenden Ereignisse war. Das neue politische System, welches die sogenannte patriotische Partei erstrebte, war auf das Einverständniss mit dem preussischen Hofe gestützt und auf der noch trügerischen Hoffnung freundschaftlicher Beziehung durch dessen Vermittelung gegründet. Diese Politik konnte Stanislaw August, wie wir oben geschildert haben, nicht gut heissen, da er Preussen nicht traute und das gute Einvernehmen mit Russland trotz seiner augenblicklichen Verlegenheit aufrecht zu erhalten hoffte. Aus dieser Lage der Dinge entstand für die Opposition die Nothwendigkeit, die Leitung der auswärtigen Politik in andere Hände als diejenigen des Königs zu legen, in Hände, die nach ihren Anweisungen handeln würden. Die Mitglieder der oben benannten Kommission sollten aus der oppositionellen Mehrheit hervorgehen und jeden Einfluss des Königs unmöglich machen. Es war zwar die logische Folge alles dessen, was vorherging; doch wie theuer kam diese Logik Polen zu stehen! wie oft müssen wir unheilbringende Maassregeln verzeichnen, die lediglich aus diesen widergesetzlichen Entwürfen entstanden und uns von der Wahrheit überführen, dass man Einrichtungen, welche die Staatseinheit verbürgen, nicht ungestraft verletzen darf und dass jeder öffentliche Dienst auf gewissen Bedingungen ruht, die man nicht vernachlässigen darf, wenn man nicht dafür grausam büssen will! Wie kein öffentlicher Dienst, lässt sich auch eine Diplomatie nicht improvisiren. Sie muss aus einer sicheren, festgestellten Schule hervorgehen. Man kann dreist behaupten, dass nur diejenigen Staaten eine nützliche Diplomatie hatten, welche eine Dynastie oder eine Aristokratie besassen, einerlei ob dieselbe durch Abstammung oder Reichthum sich geltend machte und regierte. Eine Diplomatie bedarf einer gewissen Tradition in der Staatsführung, denn die Interessen und Zwecke eines Staates lassen sich nicht in wenigen Jahren verwirklichen; sie erheischt ein beständiges System, das unabhängig von den inneren Um-

wälzungen durchgeführt wird; unglücklich ist das Land zu nennen, in dem jeder Wechsel im Ministerium oder im Parlament neue Bestrebungen in der auswärtigen Politik begünstigt; mit einem Wort: die Diplomatie verlangt Leute, die eine geeignete Stellung haben, einen besonderen Charakter besitzen und von Jugend auf in ihrer Thätigkeit geschult und geschäftskundig genug sind, um sich und ihrem Vaterlande nicht zu schaden, nicht lächerlich zu erscheinen oder das Opfer eines beliebigen Intriganten zu werden. Ein englischer Gesandter des vorigen Jahrhunderts hat treffend bemerkt: „Es ist über allen Zweifel gewiss, dass Grossbritannien an seinen theuersten Interessen litt, weil es viele Jahre hindurch in gar keiner Verbindung mit den Hauptmächten stand. Die Freundschaft der Staaten wie der Einzelnen findet ihre erste Grundlage in den wechselseitigen Beziehungen von Höflichkeit und Achtung, bis sich Gelegenheiten darbieten, an solch Benehmen den Anspruch auf Dankbarkeit und Herzlichkeit anzureihen.“*)

„Da wir früher unseren Verbündeten nicht treu blieben, so können wir heute keine Allianz zu Stande bringen“, sagte Chatam in 1770. Da die Engländer von sich solches gestehen, was sollten die Polen von ihrer auswärtigen Politik halten? Als sie ihren Königen dauernde Beziehungen mit den fremden Mächten verboten, haben sie sich selbst aller Kenntnisse der europäischen Verhältnisse beraubt und jeden Einfluss auf dieselben eingebüsst. Plötzlich aus dem Wahn erwacht, hofften sie nun auf einmal die seit zwei Jahrhunderten verlorene Stellung wieder zu erwerben. Wie bei dem Beschluss über eine Armee von 100 000 Mann liessen sie sich auch hier verblenden. Sie meinten, die nöthigen Kräfte zu besitzen, und bildeten sich ein, dass Europa ihre Interessen wahren würde. Leider blieben die polnischen Minister ihr Lebenlang Neulinge in diesem Dienst; ihre Berichte haben ebenso wenig Bedeutung wie sie selber in den auswärtigen Ländern; der Historiker kann sie ohne Schaden unberücksichtigt lassen. Obwohl die meisten fremden Höfe über Polens Schicksal miteinander verhandelten, hatte die polnische Diplomatie keinen Antheil daran, sie wusste von gar nichts und hat ihrem Lande während des ganzen vier-

---

*) Raumer, Europa 1763—1783, Leipzig 1839, III. 579.

jährigen Reichstages keine Dienste erwiesen. Allein Deboli in Petersburg machte darin eine Ausnahme, denn obwohl selber nicht im Stande, viel Einfluss auszuüben, wusste er um Alles, verschaffte sich Kunde und warnte seinen König, der ihn seit 20 Jahren am russischen Hofe hielt. Die Kommissionsmitglieder, welche gewählt wurden und die wir weiter unten charakterisiren werden, waren auch nicht erfahrener, denn mit grosser Vorsicht wurden nur solche berufen, von denen man sicher wusste, dass sie sich von ihrem Könige nicht beeinflussen lassen und keiner seiner Anweisungen folgen würden. Dafür erhielten sie Anweisungen von Lucchesini.

Zu den oben angeführten Gründen, welche es verhindert haben, dass Polen eine geschulte Diplomatie besass, müssen wir noch einen wichtigen hinzufügen. Jede Diplomatie erfordert Geheimhaltung: Beziehungen zwischen Staaten beruhen zum grossen Theil auf der Sicherheit, dass Staatsgeheimnisse nicht verrathen werden. Wie sollte nun ein Kabinet der auswärtigen Politik, wie es dieser Reichstag zusammengestellt hatte, solche Bedingungen erfüllen?! Man bildete diese Kommission aus drei Senatoren, sechs Abgeordneten, den beiden Marschallpräsidenten und den vier Kanzlern; es stellte sich heraus, dass keiner dieser Herren mit der Abfassung diplomatischer Akten vertraut war, somit wurde der Direktor der königlichen Kanzlei noch hinzugezogen. Also 16 Mitglieder! „Wir müssen mit Ihnen auf der äussersten Hut sein", sagte Ostermann an Deboli in Petersburg, als er von dieser neuen Einrichtung hörte, „denn Sie können uns leicht kompromittiren, wenn Sie mit ihrem vielköpfigen Kabinet korrespondiren. Für Sie wird es auch wohl eine Qual sein, mit dieser Kommission zu verhandeln!" Deboli wusste wohl, wie Rath schaffen; er theilte der Kommission nur solche Dinge mit, die man aus den Zeitungen erfuhr, alles Uebrige, Geheimhaltung Erfordernde schrieb er nach wie vor dem König und unter Umständen dem Marschallpräsidenten. Bald stellte es sich heraus, dass man in Wien, in Berlin, in Petersburg, in Dresden und in London genau wusste, was in der Kommission vorging. Welche Regierung konnte sich nun auf Verhandlungen mit einer solchen Behörde einlassen? Wenn man auch den Mitgliedern der Kommission zutraute, dass sie Geheimnisse bewahrten, die Geheimhaltung war doch unerreichbar!

Denn diese Kommission war von der Kammer völlig abhängig und verpflichtet, ihr Bericht zu erstatten. Zwar wurde remotis arbitris beschlossen, aber doch in Gegenwart von 200 bis 300 Mitgliedern. Wir werden gleich sehen, wie oft und nachdrücklich die Kammer von der Kommission absolute Offenheit über die Verhandlungen forderte. Dieser Zustand konnte nicht lange dauern und in der Praxis endete es, womit es hätte anfangen sollen, nämlich dass drei oder vier Mitglieder der Kommission die wichtigen Geschäfte und geheimen Angelegenheiten unter sich abmachten und nur so viel ihren Kollegen mittheilten, wie ohne Schaden mitzutheilen war.

„Die Polen", schreibt Buchholtz seinem Herrn am 13. Dezember, „sind jetzt damit eifrig beschäftigt, verschiedene Zweige des öffentlichen Dienstes zu organisiren, doch werden sie damit nie fertig, denn sie sind in solchen Dingen unerfahren." Natürlich war diese Mittheilung in Berlin sehr angenehm. „Es gefällt mir sehr", schreibt Friedrich Wilhelm unter dem 17. Dezember, „dass sich die Kammer mit den neuen Gesandten und mit einem neuen Departement der auswärtigen Angelegenheiten amüsirt, ohne weiter an die Armee zu denken, man muss sie darin nicht stören und sich neutral verhalten."*) Lucchesini sah jedoch weiter und richtiger. In einem der Berichte über die Kommissionen, welche allmählich die ganze Gewalt des permanenten Rathes an sich reissen sollten, finden wir die Betrachtung, dass der preussische Gesandte durch diese Kommissionen alle Beschlüsse über polnische innere Angelegenheiten und auswärtige Politik leicht beeinflussen könnte;**) „es ist auch klar, dass die patriotische Partei diesem Einfluss nicht misstraut, denn täglich werde ich um Rath und Beistand ersucht und mein Rath wird gern befolgt".***) Lucchesinis Einfluss lässt sich auch in der Ernennung der Gesandten verspüren. Den Fürsten-Truchsess Czartoryski, der nach Berlin gesandt wurde, charakterisirt er, wie folgt: „Es ist ein rechtschaffener Mann, in seinem Eifer ist er bereit, Vieles seinem Vaterlande zu opfern; aber von beschränktem Gemüth, dabei furchtsam, kleinlich und unent-

*) Siehe Anhang. (Anm. des Ueb.)

**) Die obige Betrachtung zu finden im Bericht Lucchesinis vom 8. Dezember. Siehe Anhang. (Anm. des Ueb.)

***) Bericht Lucchesinis vom 11. Dezember. Anhang. (Anm. des Ueb.)

schlossen in allen Geschäften, mit denen er sich auch nie befasst hat. Von der Zeit an, als die öffentliche Meinung die Stände gezwungen hat, Ew. Majestät eine Note zu schicken und einen Gesandten anzumelden, hatte der Fürst nur zwei Mitbewerber um den Posten, den er heute besetzt: es waren die beiden Grafen Potocki. Ich habe mich bemüht, die Wahl auf den Fürsten-Truchsess Czartoryski zu lenken, weil sein Charakter mir dafür bürgt, dass es leicht sein wird, in ihm den stürmischen Drang zu mässigen, der hier Alle beseelt, um mit Ew. Majestät ein Bündniss zu schliessen. Mit äusserster Mühe ist es mir gelungen, zu verhindern, dass man Ew. Majestät nicht dazu aufforderte in der Antwort, die seitens der Stände kürzlich Ew. Majestät gegeben wurde. Als Sekretär der Legation des Fürsten Czartoryski habe ich Batowski angerathen, der früher in Frankreich im Regiment Royal Suède gedient hat, und den ich immer mit Erfolg gebraucht habe, wenn ich den Fürsten und Andere nach meinem Willen lenken wollte. Ich muss ihm ein Geldgeschenk machen, um ihn für seine Dienste zu bezahlen und ihn unserer Sache noch mehr zu verbinden. Da er ebenso geschäftsunkundig ist wie sein Chef, so hat er mich um Anweisungen gebeten, wie er in Berlin auftreten sollte, ich habe ihm natürlich versprochen, solche zu geben, um ihn in meiner Gewalt zu behalten und ihn daran zu gewöhnen, die nöthigen Winke vom Ministerium Ew. Majestät zu erhalten."*) Es ist bezeichnend, dass die Depesche, die wir hier im Auszug mittheilen, einen Tag vor der Ernennung des Fürsten Czartoryski geschrieben wurde. Zwei Tage später verlangte der Fürst von den Ständen die nöthigen Anweisungen, um seine Mission in Berlin zu erfüllen, ohne zu wissen, dass er die eigentliche Instruktion ohne Vermittelung der Kammer und seines Königs schon aus den Händen des Markgrafen Lucchesini erhalten habe!

§ 55.

Schenkung der Radziwill an die Republik.

Wir müssen hier an dieser Stelle eines Planes erwähnen, der um diese Zeit den versammelten Ständen vorgelegt wurde

*) Bericht an den König, 8. Dezember.

und alle Gemüther lebhaft beschäftigte, ja, sogar Enthusiasm hervorrief und durch seine Neuheit frappirte. Fürst Radziwil Wojewode von Wilna, erklärte sich bereit, 6210 Soldaten a eigene Kosten auszurüsten und seinem Vaterlande zum 1. M 1789 zu stellen mit der Bedingung, dass solche von dieser Ze an von der Republik besoldet würden. In diese Zahl ware 2000 Mann Kavallerie und eine Batterie mit 8 Kanonen ei begriffen. Ein so glänzendes Opfer konnte wohl Erstaunen hervo rufen, denn wie de Caché berichtet und wie es allgemein bekan war, gab der Fürst Wojewode „weder seiner in Wien befindlich Gemahlin einigen Lebensunterhalt, noch zahlte er einem alt Leibarzte, der seinem fürstlichen Hause 35 Jahre hindurch gedie hatte und seit langer Zeit in Nothdurft darbte, einen anerkannt Lohnrückstand, noch sonst eine Menge anderer schreiend Schulden".*) Doch wird das Erstaunen vermindert, wenn m erwägt, unter welchen Bedingungen die Schenkung gescheh sollte. Das Radziwillsche Geschlecht war durch frühere Ve träge verpflichtet, 600 Mann Infanterie für den Dienst der R publik in der Sluck-Garnison zu unterhalten und 200 Mann i den Gütern von Nieswisch; dafür hatte es Majoratsrechte u die Accisesteuern erhalten. In Wirklichkeit hielt der jetz Majoratsherr Fürst Karl Radziwill eine viel grössere Za Soldaten, man rechnete ungefähr 4000 Mann seiner Hofmili Nun wollte er dazu 2000 andere anwerben, nach dem in de polnischen Armee bestehenden System, dass jeder Edelma (Szlachcic) verpflichtet war, mit zwei Soldaten aus sein Leuten auf eigene Kosten sich zu stellen und von dem Tag der Gestellung an im Solde der Republik zu leben. Daraus wird man ersehen, dass der Fürst Radziwill in der That nicht opferte; dagegen verlangte er aber, das Regiment solle au seinen Gütern leben und erblich unter dem Befehl der Majorats herren stehen, dass ferner diesen der Titel Generalmajor bleib und das Recht, alle Offiziere, den Generallieutenant nicht aus genommen, dem König zur Ernennung vorzuschlagen. Diese Bedingungen hätten zum Resultat gehabt, dass dieses ganz Regiment nicht mehr vom Fürsten, sondern von der Republi bezahlt würde, während seine Einquartierung auf den Güter

*) Bericht vom 17. Dezember 1788.

eine Einnahme von 100 000 Dukaten darstellte. „Diese Herren“, schreibt Buchholtz am 17. Dezember darüber, „vergessen nie ihren eigenen Vortheil, wenn sie die Geschäfte des Landes besorgen wollen.“ Die Meinung des Königs Stanislaw August über dieses Projekt war folgendermaassen in einem Briefe an Deboli vom 16. Dezember ausgedrückt: „Den Vorschlag des Fürsten Radziwill könnte man nur verbessert annehmen, indem man durchsetzte, dass dieses Regiment unter das Kommando der Regierung gestellt werde, ohne die Verpflichtung einer dauernden Einquartierung auf den fürstlichen Gütern; ferner sollte der Fürst auf das Recht, die Offiziere vorzuschlagen, zum Theil Verzicht leisten und die Anwerbungen alle nacheinander auf sich nehmen, nicht nur die erste; und schliesslich dürfen nicht die künftigen Regimentskommandeure schon in ihrer Wiege Generallieutenants sein. Ein wichtiger Punkt ist auch derjenige, der die 200 Offiziere betrifft, welche uns von Radziwill oktroyirt werden, zumal alle auf den Landtagen ertheilten Instruktionen dahin zielen, die Zahl der Gemeinen zu vermehren, ohne neue Offiziere anzunehmen. Vom Standpunkt des Allgemeinwohls betrachtet, entdeckte ich noch eine Gefahr in dem ganzen Projekt, als ich hörte, dass verschiedene Magnaten diesem von Radziwill gegebenen Beispiel folgen wollen. Es erscheint ihnen gar zu vortheilhaft, eine polnische Armee anzuwerben, die dem Anwerber nichts kostet, sobald sie in Dienst tritt. Wenn solche Vorschläge zulässig werden, wird bald das ganze Heer der Republik unter Radziwill, Oginski, Sapieha, Czartoryski und Potocki vertheilt und damit die ganze Regierung, das Volk und der König in die Hände einiger Satrapen fallen.“ Die Befürchtungen des Königs waren nur zu begründet. Man erzählte, dass Branicki ein ähnliches Regiment auf seinen Gütern organisiren wollte; Felix Potocki erklärte in der Kammer, dass auch er bereit sei, ein Armeekorps von 10 000 Mann zu bilden, wenn es mit denselben Bedingungen geschehen könnte. Der König meinte von diesem letzten, dass er diese Erklärung nur in der Absicht abgab, um die Kammer zu warnen, dass solche Schenkungen bedenkliche Folgen haben könnten. Man wollte Radziwill zu besseren Bedingungen bereden, doch trat Lucchesini auch hier dazwischen und rieth dem alten Fürsten, bei den seinigen zu beharren. „Er that es“,

meint Buchholtz, „damit die Sache nicht gelingt."*) Der König von Preussen billigte diese Haltung des Markgrafen, indem er noch erklärend beifügte: „Wenn die polnische Armee nur in der Weise vergrössert wird, wie es die Vorschläge von Radziwill und Potocki zu eigenem Vortheil verheissen, so wird sie lange in dem Zustande bleiben, in dem wir sie zu sehen wünschen."**)

Mittlerweile schritten die Reichstagsverhandlungen, die nun schon zehn Wochen andauerten, nur langsamer statt rascher fort, von einer Masse neuer und alter Anträge gehemmt. Das Gesetz über die neue Kriegskommission, die Frage der Räumung seitens der russischen Truppen, die Ernennung der Gesandten, sowie die ihnen mitgegebenen Instruktionen, die Organisation der oben beschriebenen Deputation für auswärtige Angelegenheiten, die Schenkungen von Radziwill und von Potocki, alles dieses wartete auf Entscheidung und beschäftigte die Kammer zu gleicher Zeit. Wir sind gezwungen, diese langweiligen und ermüdenden Sitzungen zu schildern, denen der geduldige und schon kränkliche König immer beiwohnte, um zu zeigen, wer eigentlich an der Verzögerung der Verhandlungen schuldig war, da diese Verzögerung damals und später für verhängnissvoll gehalten wurde. Der Leser wird verzeihen, wenn er in diesem Bild einige Wiederholungen antrifft. Am 15. Dezember eröffnet der Marschallpräsident die Sitzung mit einer Ansprache, in der er lebhaft bedauerte, dass schon dritthalb Monate mit so wenig Erfolgen verstrichen wären; er erinnerte daran, dass man in der Nation die Hoffnung gefasst hätte, zum neuen Jahr neue Truppen zu schauen, dass man dafür bereitwillig geopfert hatte, dass aber die Langwierigkeit der ganzen Sache schon viele Gemüther in der Provinz in dieser Bereitwilligkeit gehemmt habe. „Obwohl ich gewohnt bin, hochlöbliche Stände, Eure Thaten zu loben, so muss ich meine Stimme trauernd erheben und Euch daran mahnen, dass unsere Nachkommen für diese Vergeudung der Zeit uns tadeln möchten in solchen für unser Vaterland wichtigen Momenten." Er schloss mit der Bitte, man möchte die Berathung über die

*) Bericht vom 17. Dezember.
**) Reskript vom 26. Dezember 1788.

Kriegskommission ohne Unterbrechung zu Ende führen. Unter dem Eindruck dieser zeitgemässen Mahnung des Marschallpräsidenten ging die Diskussion weiter über diesen Gegenstand, bis der Fürst Sapieha für angemessen hielt, die Schenkung von Radziwill der Kammer vorzulegen und dem Könige die Bedingungen gedruckt einzuhändigen. Daraufhin ertönten pathetische Danksagungen. Suchodolski meint: „Der Tag ist nicht verloren, an dem unser Heer 6000 Mann gewinnt!“ und beantragte, dem Geber feierlich zu danken. Der Abgeordnete Strojnowski lobt den Fürsten überschwenglich und nennt sein Opfer ein in der Geschichte noch nicht dagewesenes. Fürst Czartoryski verlangt, dass man dem Geber die Dankbarkeit durch die Aufstellung seiner Büste im Berathungssaal der Kriegskommission beweist. Stanislaw Potocki will diese That in dem Verfassungsbuch verewigt sehen. Der Schriftsteller Niemcewicz erwähnt, dass der Fürst ein grösseres Kontingent stellt, als ganz Lithauen es habe, und dass eine solche Grossmuth dieselben Ehren verdiene, wie man sie im Alterthum den verdienstvollen Männern erwiesen habe. Fürst Jablonowski geht so weit, dass er meinte: „Die Liberalität des Fürsten wundert mich weniger als die Gleichgültigkeit, mit der dieselbe angenommen wird.“ Indessen verlangten einige Stimmen die Verlesung und Annahme des Schenkungsaktes, worauf der Sekretär die Danksagung der Kammer verfassen wollte. Hierauf erst machte der Unterkanzler Fürst Poniatowski die Bemerkung, dass man die Bedingungen, unter denen diese Gabe gemacht wurde, ins Auge fassen sollte, bevor man sie annehme, und dass dieselbe einige Vorschläge enthielten, aus welchen sichtbar wäre, dass der Fürst 6000 Mann kommandiren wolle, die schliesslich im Solde der Republik stehen würden, „was gegen die Gesetze und die Gleichheit der Szlachta verstösst“. Nun wurde man gewahr, dass es besser wäre, die Sache näher zu betrachten und kennen zu lernen. Sapieha vertheidigte Radziwills Vorschlag und der unverbesserliche Abgeordnete Suchorzewski half ihm, indessen Jerzmanowski schlug diese Argumente zu Boden, indem er betonte, dass es sich nicht um die Gabe selbst, sondern um die Bedingungen, unter denen sie gemacht wäre, handele. Obwohl Einige sich bemühten, die Annahme unverzüglich durchzusetzen, blieb es dabei, dass man dem

Fürsten vorläufig die Dankbarkeit der Stände ausdrücken und mit der Annahme warten würde. Darauf kehrte man zu den Verhandlungen über die Kriegskommission zurück, namentlich über die Art und Weise, die Kommission zu ernennen, als plötzlich der Abgeordnete Suchorzewski die Diskussion unterbrach und mittheilte, dass es dringend nothwendig wäre, einen Gesandten nach Stockholm zu schicken. „Und nach Dresden!" schreit Fürst Jablonowski; man widmete sich diesen Fragen und wurde wieder durch den Abgeordneten Kochanowski unterbrochen, der wissen wollte, ob man die Gesandten unter den Reichstagsmitgliedern wählen durfte. Suchorzewski übergeht diese Frage und beharrt auf seinem Antrage; „auch müssten wir bedenken, dass das sächische Haus bei uns 60 Jahre regiert habe", schrie er, „und Rücksicht verdient, die wir ihm erweisen, wenn wir einen Gesandten dahin schicken". Der Abgeordnete Tymowski ertheilt den Rath, den Fürsten Oginski für Schweden zu ernennen. Der Präsident Malachowski unterbricht diese Wechselreden, indem er andeutet, dass der hier anwesende Monarch sich wohl freuen kann über den von den Herren Abgeordneten entwickelten Eifer und ihre patriotischen Gefühle, dass es jedoch Zeit wäre, zu den Verhandlungen über die Kommission zurückzukehren. Trotzdem verlangt Mierzejewski, die Kammer möge gleich über die Gesandten beschliessen. Der Präsident entschuldigt die Abweisung damit, dass man noch keine schriftliche Vorlage hätte. Der Abgeordnete Suchorzewski wird ungeduldig und der Abgeordnete Zalerzewski wirft wieder die Frage auf, ob man auch das Recht habe, Abgeordnete als Gesandte zu ernennen, und ob die Gesandtschaften zeitgemäss wären, wenn alle Mittel fehlten. Der Abgeordnete Suchorzewski stellt zum vierten Mal seinen Antrag, man möge so bald wie möglich den Gesandten nach Schweden schicken, worauf Severin Potocki die Worte hinzufügt: „Und nach Dänemark!" Der Abgeordnete Kublicki meint, dass die Mittel sich bald finden werden, wenn man die Orden und adligen Titel mit einer Steuer von 1000 Dukaten belegt oder das Vermögen des jetzigen Krakauer Bischofthums dazu gebrauchen wollte. Zum Glück wurden diese neuen Fragen nicht angenommen, und es fand sich sogar einer unter den Anwesenden, der Abgeordnete Szydlowski, der die richtige Bemerkung machte, dass man bei

solcher Art und Weise, die Verhandlungen zu führen, nur Schaden der königlichen und der eigenen Gesundheit zufügte. „Ich bitte, dass man keine von diesen Fragen in Erwägung zieht, bevor man die in Deliberation begriffene nicht erledigt hat!“ „Indessen“, meint er, „bin ich für den Antrag der Gesandtschaften, namentlich nach Dresden. Ich bin unter August II. geboren und unter August III. erwachsen, darum bitte ich um den Gesandten!“ Mierzejewski wiederholt, dass es unumgänglich geworden ist, bei einigen Höfen Gesandte zu halten, und deshalb verlangt er, den Beschluss darüber auf die nächste Sitzung anzuberaumen; der Marschallpräsident wendet sich an den König mit der Bitte, er möchte die Gesandten ernennen, und an die Stände, sie möchten die frühere Diskussion aufnehmen. Man wollte aber nichts mehr über die Kriegskommission hören und beschäftigte sich mit den Instruktionen an die Gesandten und die sogenannte Deputation, welche die auswärtigen Angelegenheiten besorgen sollte. Zunächst wurde erwogen, ob die Kanzler als Mitglieder der Deputation den Eid leisten sollten. Man stritt darüber, als der Abgeordnete Tymowski den Antrag stellte, dass alle Mitglieder der Deputation ohne Ausnahme schwören müssten: keine Pensionen vom Auslande anzunehmen. Der Abgeordnete Suchodolski unterstützt diesen Antrag lebhaft; darauf nimmt Peter Potocki das Wort, bedankt sich für seine Ernennung nach Konstantinopel und bittet um baldige Entsendung für sich und für den Fürsten Czartoryski. Severin Potocki nimmt den Faden der unterbrochenen Diskussion auf, indem er beantragt, dass der Sekretär der Deputation mit der Eröffnung der diplomatischen Depeschen nicht betraut werden dürfte und dass er auch den Eid leisten müsste. Der Abgeordnete Kublicki unterstützt diese Meinung und wird vom Marschallpräsidenten, dem die Geduld vollends reisst, unterbrochen, indem er den König ersucht, die Sitzung aufzuheben, da es unmöglich wäre, Ordnung in die Verhandlung zu bringen, dabei wäre die Kälte im Saal empfindlich; er schloss mit dem Versprechen, dem Fürsten Radziwill vorläufig im Namen der Stände zu danken.

§ 56.

Verwirrung in den Reichstagsdebatten. Eidleistung, die auswärtigen Gehälter betreffend.

Am folgenden Tage (16. Dezember) wird die Kammer vom Marschallpräsidenten benachrichtigt, dass die Verhandlungen die auswärtige Deputation ausschliesslich betreffen sollen. Darauf bittet der Abgeordnete Weissenhof um das Wort und fängt eine lange Rede an, in der er sich in pathetischem Preisen der Radziwill-Gabe ergeht und zu beweisen sucht, dass der Fürst Radziwill nur in der besten Absicht um das erbliche Kommando für sein Geschlecht ersucht hatte, ebenso wird die Einquartierungsbedingung erörtert, als ein dem Vaterlande dargebrachtes Opfer und die patriotische Gesinnung des Gebers hervorgehoben in allen denjenigen Punkten, die etwas zweifelhaft erscheinen konnten. Ein ähnlicher Panegyrikus wird auch vom Abgeordneten Zielinski vorgetragen, der den abwesenden Fürsten enthusiastisch anredet, als ob er zugegen wäre. Schliesslich muss die Kammer noch eine Dissertation des Abgeordneten Lubienski anhören, der ihr Vorwürfe darüber macht, dass sie einen so edlen und grossmüthigen Vorschlag ad deliberandum setzt, statt ihn einstimmig ohne Erörterungen dankend anzunehmen. Der Abgeordnete Kublicki wiederholt dasselbe, erklärt, dass seine Dankbarkeit unendlich sei, und tadelt die Eifersucht und den verblendeten Neid, der die grosse in den historischen Annalen unerhörte That schmälern wollte! Diese leeren Phrasen und unnützen Deklamationen dauerten zwei Stunden ununterbrochen. Niemand wagte den Lobrednern zu widersprechen, obwohl die Mehrheit wohl schon wusste, was sie von dem Opfer des Fürsten zu halten hätte; besonders waren die lithauischen Abgeordneten gut unterrichtet und darum wünschten sie keineswegs unter ein besonderes Radziwillsches Regiment zu kommen und seine Milizen zu ernähren. Endlich wendete sich die Diskussion zu dem vorgeschriebenen Gegenstand. Mehrere Abgeordnete ergriffen nacheinander das Wort, ohne der Ausführungen des Vorredners zu gedenken, und so entstand abermals eine unordentliche und verwickelte Diskussion, die sich schwer schildern lässt. Der Marschallpräsident bemühte sich umsonst, immer wieder die Hauptpunkte in den Vordergrund

bringen; die Redner liessen nie im Anfang ihrer Reden ihren eck erkennen. Endlich wurde die Eidleistung besprochen. r Abgeordnete Tymowski formulirte sie, seinen gestrigen ıtrag erneuernd, folgendermaassen: „Ich schwöre, dass ich in fremdes Geld empfangen habe und dass ich in der Zukunft in solches annehmen werde!“ Worauf Severin Potocki darauf steht, die Kanzler sollten denselben Eid leisten. Unendlich ar die Zahl der Eidleistungen in der polnischen Republik; enn diese ein Land stark machen könnten, so müsste sie vor llen stark sein. Indessen war das Gegentheil zu bemerken nd man konnte wohl behaupten, dass der Missbrauch der Eide ine Plage der polnischen Nation geworden war. „Wir sollten lie Eidleistungen vermindern“, ruft Staszyc aus, „dieselben werden Polen vor Unheil nicht bewahren und nur die Zahl der Meineide vergrössern. Das Gesetz gegen die Meineide wird bei uns selten in Anwendung gebracht und damit sind die Eidleistungen zu einer leeren Formalität herabgesunken.“*) Diese Menge der Eide hatte im Gerichtsleben ihren Ursprung, denn dieses war in Polen die Hauptschule der öffentlichen Thätigkeit. Gleichwie in den Gerichtsverhandlungen der Eid als genügender Beweis galt, so sah man im politischen Leben darin ein unumstössliches Argument, obwohl das Leben und der Charakter eines Mannes oft eine viel sichrere Garantie hätte bieten sollen. Im Allgemeinen erheischte jedes neue Amt, sowie die zweite Berufung auf einen Posten eine neue Eidleistung; jeder Senator oder Abgeordnete, den man in der Kammer zur Prüfung der abgegebenen Stimmen berief, musste diese Prozedur durchmachen, ebenso die Räthe des permanenten Rathes und der Finanzkommission bei ihrem Eintritt und bei der Wiederernennung.

Alle Mitglieder der eben einzurichtenden Deputation für auswärtige Politik mussten nun auch den üblichen Schwur abgeben, allein die Kanzler, welche in ihrem Amte mit diesen Geschäften bisher betraut waren, konnten der Wiederholung enthoben werden; als aber Severin Potocki besonderes Gewicht darauf legte, dass die Kanzler zu der neuen Formel auch genöthigt werden müssten, vermuthete man ein ungewöhnliches und besonderes Motiv für solchen Vorbehalt. Darauf ergriff

*) Warnungen für Polen, 1790, S. 156.

Rzewuski, der Schwager des Präsidenten, das Wort und beantragte, dass der Senat und die Kammer sich in corpore durch einen Eid verpflichteten, keine auswärtigen Subsidien anzunehmen, da diese Gewohnheit eines unabhängigen Mannes unwürdig sei; er erklärt, dass er einen besonderen Antrag in dieser Materie ausarbeiten und den versammelten Ständen vorlegen würde. Indem er der Diskussion diese Wendung gab, hoffte er, dass die Kammer diese Frage unerledigt lassen würde, es fand sich jedoch ein naiver Abgeordneter, Suchodolski, der diese Rede ernst nahm und verlangte, die beiden Kammern möchten gleich zur Ausführung schreiten; als Beweis der schlechten Sitten, die an der Tagesordnung waren, erzählte er, dass man in dem Testament des kürzlich verstorbenen Primas Ostrowski die Summe von 27 000 polnischen Gulden gefunden habe, als ihm von der russischen Kasse schuldig, ebenso eine andere von 13000 aus dem subsidium charitativum; was klar genug zeigte, dass dieser Bischof und erster polnischer Senator sich nicht schämte, von Russland ein Gehalt zu empfangen und die Gelder des Klerus, welche für die Republik bestimmt waren, als Legate zu hinterlassen. Darauf erwiderte der Kastellan Ostrowski als Testamentsvollstrecker. Die Beschuldigungen bezeichnete er als überflüssigen Eifer und erklärte, dass die russische Kasse dem Bischof in der That einige zehntausend Dukaten für Proviant schuldig geblieben war, dass sich eine umfangreiche Korrespondenz über diesen Gegenstand vorfand, welche damit schloss, dass die Russen ihre Schuld dem Primas ratenweise auszahlten und somit noch die Summe von 27 000 wirklich zur Verfügung des Verstorbenen gewesen wäre, als ihn der Tod ereilte. Als Suchodolski sich noch immer nicht überzeugen liess, erhob sich der Unterstaatskanzler Garnysz, ein Freund des Primas, und vertheidigte ihn. Er bestätigte den eben gehörten Bericht und fügte Einiges über das subsidium charitativum hinzu. Im ersten Jahre, als dieses subsidium vom Klerus der Staatskasse zugesagt wurde, zögerte man sehr in der Auszahlung, und als sich Geldnoth einstellte, gab der Primas von seiner Privatkasse einen Vorschuss von 140 000 polnischen Gulden, die ihm dann jährlich allmählich ausgezahlt wurden, davon war auch die oben angeführte Summe von 13 000 polnischen Gulden, welche rechtmässig dem Primas zukam.

Diese Antwort liess endlich Suchodolski verstummen.*) Nach dieser langen Unterbrechung lenkte der Marschallpräsident die Diskussion wieder auf die Deputation, doch umsonst! Stanislaw Potocki erklärte den Ständen, dass Felix Potocki bereit sei, dem Beispiele des Fürsten Radziwill folgend, auch 10 000 Mann der Republik gerüstet und bewaffnet zu stellen, jedoch unter denselben Bedingungen. Es erfolgte ein allgemeines Schweigen, Niemand wagte mehr Radziwills Gabe zu loben, der Vorschlag von Potocki hatte Allen die Augen geöffnet. Der Marschallpräsident wiederholt dringend seine Bitte an die Stände, die Diskussion über die Deputation zu beschliessen. Die Stände erlauben es, worauf ein Abgeordneter nach dem anderen mit seiner Meinung auftritt. Mierzejewski bittet, der Deputation keinen Termin zu bezeichnen, Georg Potocki möchte noch mehr Mitglieder haben, Czacki will nur die bedeutenden Angelegenheiten ihrem Beschluss unterbreiten und Tymowski erneuert zum dritten Mal seinen Antrag über die Eidleistung der Kanzler, worauf Rzewuski meint, dass dieser Antrag zusammen mit dem seinigen, die Eidleistung der Kammern betreffenden erledigt werden sollte, er warnt, dass er seinen Antrag auf die Tagesordnung zum Votum setzen würde, falls die Kammer Tymowski gestatte, den seinigen jetzt durchzusetzen. Indessen wendet sich die Diskussion wieder auf andere Dinge. Der Abgeordnete Strojnowski macht die Bemerkung, dass das Projekt fehlerhaft

*) Diese Diskussion scheint uns genügende Beweise zu liefern, dass man den verstorbenen Primas ohne Grund verdächtigt hatte. Zwar findet man seinen Namen auf der Liste der russischen Gesandtschaft der von Russland bezahlten Polen; er figurirte darauf schon im Jahre 1776, als er noch Bischof von Kujawien war, mit der Notiz: Sa pension de 300 ducats, doch konnte diese Summe eine Abzahlung für Proviant darstellen, wie der Kastellan Ostrowski und der Unterkanzler Garnysz erklärten. Es ist bekannt, dass der Primas ein sehr genauer Mensch war; durch gute Haushaltung hatte er ein bedeutendes Vermögen erworben, welches er meistens für das öffentliche Wohl verwendete. Eine zeitgenössische politische Broschüre berichtet, dass er in seinem Bischofthum eine Kirche, ein Rathhaus und einen bischöflichen Palast erbaute. Als er Primas wurde, fundirte er gleich eine Kirche und einen Palast in Skierniewice und den Palast des Primas in Warschau, der mit den besten Gebäuden der grossen Städte rivalisirte. Wir finden diese Nachrichten in einer Antwort gegen ein Pasquill unter dem Titel: Der tugendhafte Zigeuner, welcher die Unordnung züchtigt. Warschau 1792.

sei, da es der Deputation vorschreibe, die wichtigen Angelege heiten vor die Kammer zu bringen: „Diese Deputation soll geheim sein; wie soll sie es aber sein, wenn sie verpflicht wird, den Ständen Mittheilungen zu machen? auch remot arbitris.“ Er giebt den Rath, die Berichte der auswärtige Gesandten nicht den Ständen mitzutheilen. Der Abgeordnet Moszczenski ruft: „Das ist wohl in einer Monarchie zulässig doch nicht in einer Republik, in der alle Regierungsakte offe sein sollen.“ Die Abgeordneten Strojnowski und Dluski er widerten darauf, die Verhandlungen mit den fremden Kabinetn könnten nicht veröffentlicht werden; abgeschlossene Verträg allein könnten der Kammer mitgetheilt werden. Die Meinunge kreuzten sich, bis endlich Ignaz Potocki vermittelnd das Wo nahm und beantragte, die Deputation möge keine diplomatisch Note ohne den Beschluss der Stände abschicken, die unbedeutende Verhandlungen dagegen könnten ohne die Billigung dieser vo sich gehen, alle Denkschriften, Briefwechsel und Notenaustausc müssten im Archiv deponirt werden. Der Marschallpräside empfahl, diesen Antrag des erfahrenen und gut unterrichtete Ministers ohne Weiteres anzunehmen, und es gelang, Einstimmi keit über diesen Punkt zu erlangen, obwohl der Antrag ziemlic unklar und sehr dehnbar erscheint. Hierauf entstand wied die Frage nach der Eidleistung für die Kanzler: namentlich o die vorgeschlagene Formel die fremden Gehälter betreffend au für sie verpflichtend sei. Rzewuski nahm dreimal das Wo um die Kanzler davon zu befreien; schliesslich verlangte er d Abstimmung, worauf der Abgeordnete Sanguszko meinte, da die Kanzler freiwillig die Eidleistung anbieten könnten. I sich Keiner meldete, musste man zur Abstimmung schreite man erhielt 70 Ja, 114 Nein bei der öffentlichen Abstimmun in der geheimen Abstimmung ging die Mehrheit wieder n sechs Stimmen über und die Kanzler wurden somit zur Ei leistung mit allen anderen Mitgliedern der Deputation her gezogen.

§ 57.

Der Kanzler Hyacinth Malachowski.

Vier Tage nach der eben geschilderten Sitzung, also 20. Dezember, wurden die ermüdenden Verhandlungen über

Kriegskommission unterbrochen, um die Wahl der Mitglieder der Deputation für auswärtige Politik durchzusetzen. Die meisten Stimmen erhielt Ignaz Potocki; ausser ihm wurden Folgende erwählt: der Bischof Rybinski, der Kastellan Zielinski, die Abgeordneten Severin Potocki, Czacki, Lubienski, Matuszewic, Zabiello und der Starost Sobolewski, als Einziger von der königlichen Partei. Die folgende Sitzung wurde für die Eidleistung der neuen Würdenträger anberaumt, leider ging eine unangenehme und dieselben demüthigende Diskussion voran, was wir hier schildern müssen. Eben wollte man zur Eidleistung schreiten, als der Bischof Szembek den Vorschlag machte, man möge aus der Formel: „Ich schwöre, keine fremden Gehälter empfangen zu haben und keine anzunehmen", die Worte: „empfangen zu haben" weglassen, da schon ein 1776 angenommenes Gesetz existire, welches lautete: „Fremde Gehälter anzunehmen zum Schaden der Republik, ist Niemand gestattet." Es schien zu erlauben, dass Gehälter von polnischen Beamten empfangen worden wären, die dem Vaterlande keinen Schaden zufügten. Diese klugen Worte gefielen den Meisten. Der Abgeordnete Kublicki lobte den Vorschlag, zumal die Formel der Eidesleistung Viele in Gefahr des Meineides bringen könnte; er citirte: Peccator dum in profundum venerit, contemnit, und berief sich auf den Kanzler Garszynski, der seine Kandidatur zurückgezogen habe, weil er vom König pensionirt war; er rieth denjenigen, die Pensionen erhielten, diesem Beispiel von Zartgefühl zu folgen. Der Abgeordnete Krasinski führte aus, der Eid könne für die Vergangenheit nicht gelten, da viele Abgeordnete Gehälter erhalten hatten, ohne darum etwas gegen den Vortheil des Vaterlandes begangen zu haben. Der Abgeordnete Ozarowski hielt eine glühende Rede über die Pflichten eines Staatsbürgers und schwor feierlich, dass er nie eine Pension von fremden Höfen empfangen habe.*) Der Kastellan Szydlowski erklärte sich für Szembeks Antrag, ebenso Swietoslawski mit der Bemerkung, dass es keine unerlaubte Sache wäre, von seinem eigenen König Pensionen

---

*) Der Abgeordnete Ozarowski sprach eine Wahrheit aus, bis dahin hatte er keine Pension genommen, leider nahm er eine solche zwei Monate später.

anzunehmen. Darauf fanden sich Einige, welche die Forı
der Eidleistung als fertigen Beschluss der Kammer nicht geänd
haben wollten; so sprach unter Anderen Suchodolski und v
langte nur Einstimmigkeit. Diese wurde von Lubienski versa
mit der Begründung, dass die Hetmane dieselbe Forı
gebrauchten. Der Abgeordnete Sapieha meinte, dass ein
fremde Gehälter gar nicht in die Kategorie der unerlaub
gehörten, so z. B. das Gehalt, welches der Bischof Naruszew
für seine wissenschaftlichen Arbeiten erhielt. Naruszew
erklärte, sein Bisthum zähle unter die ärmeren, dass ihm
Kaiserin von Russland eine Pension für wissenschaftliche Zwe
angeboten, und der König dieselbe gebilligt habe, er habe a
auf dieselbe verzichtet von dem Tage an, da er die Senatorwü
erhielt. Die Abgeordneten Gorski, Slaski und Gordan bestan
auf die Formel circa legem latam und schlugen vor,
Schuldigen mögen vor der Kammer bekennen, um Verzeih
zu erlangen. Das that indess Niemand, und der Marsc
Mniszcech näherte sich dem Throne, um die Eidleistung
empfangen, und fragte nun bestimmt, ob er die Formel dikt
sollte. Man beschloss, kein Wort auszulassen. Und so gesc
es. Die Marschallpräsidenten, die Senatoren und Abgeordn
des Ritterstandes wurden nacheinander herbeigerufen
schworen: **„Fremde Gehälter habe ich nicht empfangen
werde ferner keine annehmen!“** Darauf hatte jede Diskus
ein Ende. —

Gott allein kann das menschliche Gewissen erforsc
de internis non judicat praetor neque historia!
haben aber kein Recht, den Leser im Zweifel zu lassen ü
die hier Genannten; wir müssen die uns bekannten Thatsac
erzählen, soweit uns dieselben eben bekannt sind. Von
vier Kanzlern, die bei dieser hartnäckigen Debatte in Fr
kommen konnten, waren drei aus den unten darzulegen
Gründen ausgeschlossen und über jeden Verdacht erhaben, d
Sapieha, Kanzler für Lithauen, befand sich damals nich
Warschau. Keiner verdächtigte den Kanzler Garnysz,
wusste, dass er arm sei; das Bisthum, welches er innehatte,
ihm kaum die Mittel zu einem anständigen Lebensunter
Als man die Orden taxiren wollte, musste Garnysz erkl
dass er die seinigen zurückgeben würde, weil er nicht

Mittel besass, um diese Steuer zu zahlen. Rechtschaffen und gewissenhaft, war er allgemein geachtet. Man sprach auch Chreptowitsch frei, er gehörte zur königlichen Partei, genoss das Vertrauen des Monarchen für alle Landtagsangelegenheiten und wurde von ihm mit 40 000 polnischen Gulden pensionirt, er bemühte sich, fern von der russischen und der österreichischen Partei zu bleiben. Es blieb also der Kanzler Hyacinth Malachowski übrig. Die eifrige Vertheidigung seines Schwagers Rzewuski erweckte auch bei denjenigen Verdacht, die nicht wussten, dass man gerade ihm zu Leibe gehen wollte. In der That erhielt Malachowski eine Pension von dem österreichischen Hofe, unter dem Titel einer Entschädigung für eine ihm abgenommene Starostei. Der Kanzler konnte diese als eine ihm zukommende Einnahme betrachten, um so mehr, da Andere ähnliche Summen unter demselben Titel erhielten, wie z. B. Branicki und Corticelli.*) Weniger unschuldig war sein Verhältniss zum russischen Hof. Wir besitzen eine Depesche des Gesandten Stackelberg an die Kaiserin Katharina vom Jahre 1787, die folgende wenig erfreuliche Einzelheiten enthält. Der Marschall für Lithauen Gurowski erhielt seit lange, noch zu Repnins Zeiten, eine Pension von 2400 Dukaten für bedeutende Russland erwiesene Dienste; nun schreibt Stackelberg: „Der Graf Gurowski möchte seine Pension den Herren Raczynski und dem Kanzler Malachowski verkaufen; diese erklären sich bereit, solche zu kaufen, wenn sie ihnen lebenslänglich zugesichert wird. Raczynski erhält schon eine Pension von 1500 Dukaten, die ihm seit der ersten Theilung zugestanden wurden, für die wesentlichen Dienste, die er uns damals erwies. Den Kanzler Malachowski zu begünstigen, wäre auch vortheilhaft, da er einem einflussreichen und weitverzweigten Geschlecht angehört, welches edoch bis jetzt Integrität und Unabhängigkeit bewiesen hat. uch muss ich bemerken, dass beide Herren ebenso alt wie er Graf Gurowski sind, und dass Raczynski eine schwache esundheit hat, die ihm kein langes Leben verspricht. Wir nnen uns nie sicher genug wähnen, hier Einfluss gewonnen

*) Dieser Letzte erhielt 200 Dukaten von Joseph II. als Entschädigung ein annektirtes Grundstück. Diese Summe war dem Werth der Ländereien ht entsprechend, und als der Abgeordnete Krasinski diese Thatsache als en Beweis von Corticellis Käuflichkeit citirte, hatte er Unrecht.

zu haben. wenn wir nur auf eine Partei gestützt hätten: wir bedürfen Freunde in allen Parteien, besonders in allen grösseren Familien dieses Landes für den Fall eines Thronwechsels." Soviel uns bekannt ist, hat die Kaiserin diese Vorschläge nicht gebilligt; es schien ihr wenig anständig, ihre Geschenke zum Gegenstand von Verhandlungen zu machen. Der Graf Gurowski behielt seine Pension, und Malachowski wurde auch mit 2000 Dukaten bedacht. Es geschah um die Mitte des Jahres 1787. Freilich müssen wir hinzufügen, dass er auf dieses Geld verzichtete, als die oben geschilderte Eidesleistung am 21. Dezember 1788 stattfand. Dennoch wäre es besser gewesen, wenn die Kammer den Antrag des Bischofs Schembek angenommen hätte und die Abgeordneten oder Würdenträger nicht gezwungen hätte, die Vergangenheit in ihrem Schwur aufzunehmen, sich vielmehr auf die Sicherung der Zukunft beschränkt hätte. Deshalb war auch der Rath des Schriftstellers Staszyc (Staschitz) wohl begründet und klug. „Die Eidleistungen wollen wir vermindern; solche können unser Vaterland nicht retten, nur viele Seelen in die Verdammniss stürzen!"

§ 58.

Die Bestechlichkeit als eine allgemeine Erscheinung des 18. Jahrhunderts. Russische Gehälter in Polen.

Sind wir aber einmal genöthigt worden, diesen wider- wärtigen Gegenstand zu berühren, so müssen wir auch Weiteres über ihn erfahren. Man hat viel über die Bestechlichkeit der Polen im 18. Jahrhundert im Lande selbst und auswärts geschrieben, besonders hat Essen Polen so viele Vorwürfe hierüber gemacht und seiner Schmählust freie Zügel gelassen; und es sind so viele Verdächtigungen in der von uns eben geschilderten Periode laut geworden, dass wir es für unmöglich ansehen, die Sache zu klären und genau herauszubringen, wie viel von alledem auf Wahrheit beruhe. Wir wollen in dieser Stelle nur vorausschicken, dass diejenigen, welche den Vorwurf der Bestechlichkeit auf Andere schleudern, sich selbst ein schlechtes Zeugniss ausstellen. Solche Vorwürfe und Verdacht entstehen meistens in Zeiten sittlicher Verderbtheit, bei Völkern und Parteien, die moralisch gesunken sind. Im 18. Jahr-

hundert verlauten sie überall, die revolutionäre Partei in Frankreich beschuldigte alle ihre Gegner, dass sie von der Aristokratie oder von Preussen bestochen wären. Es ist nichts leichter, als der unwissenden Menge einzuflüstern, Alle, welche andere Meinung haben, seien bestochen. Gewiss war Bestechlichkeit da; einzelne Beispiele wollen und können wir nicht ableugnen, wir möchten nur hervorheben, dass diese Unsitte nicht für alle Uebel verantwortlich gemacht werden kann, es gab auch andere Ursachen für das Unglück, welches Polen betraf, die weniger beachtet worden sind. Diese Ursachen waren weniger schmutzig, doch nicht minder tief eingewurzelt. Wahrlich bedurfte es nicht der Bestechlichkeit, da, wo die edel Gesinnten so wenig guten Willen zeigten, so nachlässig oder unverbesserlich in ihrem Leichtsinn waren, wo die Schlechten nur ihrem Hochmuth, Hass und Eigensinn fröhnten, wo Alle zügellos und demoralisirt waren!

Dass in einem Jahrhundert, in dem Atheisten und Maitressen regierten, die Bestechlichkeit allgemein ward, ist nicht zu verwundern. Schamlosigkeit, mit Gewissenlosigkeit gepaart, äusserte sich in diesem Gebrechen wie in allen anderen. Anfänglich wurden die fremden Gehälter als Auszeichnungen, als Orden betrachtet; Herren aus dem spanischen, deutschen, englischen und schliesslich auch polnischen Adel nahmen solche von Ludwig XIV. an. Später verbreitete sich das Uebel und bekam einen hässlichen Anstrich. Das von der Republik in Frankreich veröffentlichte Buch der geheimen Ausgaben zeugt von den ungeheuren Summen, die fremden Würdenträgern und Fürsten von den letzten Königen von Frankreich ausgezahlt worden sind; der jährliche Aufwand betrug 60 Millionen Livres. In England sagte Sir Robert Walpole, er kenne den Preis jeder englischen Tugend. Die schwedische Bestechlichkeit ist allgemein bekannt; sie überstieg alle Begriffe und war das Ergebniss der Demoralisation von vier Regierungen. Wie in Polen das liberum veto, so galt in Schweden die Bestechlichkeit als die beste Garantie des Gesetzes und der Freiheit. In Russland war die Zahl derjenigen, welche man bestechen musste, kleiner, dafür aber brauchten diese Wenigen grössere Summen. Es ist bekannt, dass die Kaiserin Katharina Geldgeschenke von der englischen Regierung annahm, als sie noch Grossfürstin war.

Berühmt war auch der Graf Bestuscheff, der sich Geld vor
Freunden seines Landes geben liess, um ihnen zu dienen,
von den Feinden, um ihnen keinen Schaden zuzufügen; er w
von Brühl bezahlt und zugleich von dessen Gegnern, den C
toryskis. Unter der Kaiserin Katharina besserte sich die S
keineswegs. Der englische Gesandte schreibt aus Peters
am 24. März 1781: „Da der König von Preussen die E
dieses Landes vollkommen kennt und ihrer Meister ist, so
er einige der ersten Hofleute gewonnen, welche aus wa
Anhängern Oesterreichs nun ebenso eifrige Vertheidiger Preus
geworden sind. Sie haben keinen Begriff, zu welcher Höhe
Bestechlichkeit in Russland getrieben ist, wie übermächtig
Forderungen sind, und mit welcher Unverschämtheit sie gem
werden. Die französischen, die holländischen und selbst
preussischen Botschafter sind höchst verschwenderisch in die
Punkte.“*) Kayserling erhielt bis zu seinem Tode 15 000 Duk
von Stanislaw August, Repnin erhielt 10 000 Dukaten wäh
seines Aufenthaltes in Warschau; man weiss, dass die C
toryski Saldern bezahlten, um durch ihn mildere Bedingu
bei der Kaiserin und ihrem Minister Panin zu erlangen.
viel Potemkin und Tschernischeff ihrer eigenen und fremden
gierungen kosteten, kann man schwer berechnen. Von der
stechlichkeit der deutschen Minister und Fürsten legte das b
Zeugniss Friedrich der Grosse ab, als er sagte: „Point d'ar
point de Prince d'Allemagne“, zu der Zeit, als er den deuts
Fürstenbund gegen den Kaiser Joseph II. bilden wollte.

Dass in der Periode, als Polen so vielen bösen Beispi
von aussen folgte, auch diese Krankheit der Zeit sich bei
verbreitete, ist leider nur zu wahr; ausserdem wurde ihr
überaus günstiger Boden durch die Wahlen der Könige bere
Leider muss man hier anführen, dass Stanislaw August se
diese üble Gewohnheit entschuldigte. Er hatte den Thron du
die Gunst der Kaiserin erhalten, von ihr die Mittel, um sei
Hofstaat zu bilden, erlangt und blieb von ihr finanziell abhä
bis zur ersten Theilung. Man weiss auch, dass die Propaga
welche von Podoski vor der Konföderation von Radom in Sc
gesetzt ward, auf russische Kosten betrieben wurde; die Er
welche in dieser Sache sich Russland verkauften und Gehä

*) Raumer. Europa, III. 481.

von ihm empfingen, waren, soviel uns bekannt: Gozdki, Wojewode von Podolien, Poninski und der obengenannte Gurowski. Der Theilungsreichstag in 1772 ward berüchtigt wegen der Bestechlichkeit, die dort obwaltete. Die drei erobernden Mächte zahlten 80 000 Dukaten für solche Ausgaben; doch wissen wir bestimmt, dass der geringste Theil dieser Summe unter die Abgeordneten vertheilt wurde, nur 8000 Dukaten; das Uebrige blieb in den Händen von Poninski und Radziwill, die ein monatliches Gehalt von Tausenden von Gulden während der ganzen Dauer der Delegation sich aneigneten. Die Summe der Ausgaben belief sich auf 78 213 Dukaten und war sehr gering im Vergleich zu den Kosten eines schwedischen Reichstages wenige Jahre zuvor.*) Seit der ersten Theilung besitzen wir eine Liste der Pensionirten, die sich bis zum Ende des hier geschilderten vierjährigen Reichstages erstreckt. Im Ganzen weist sie 15 bis 20 Namen auf mit der Summe von 15 000 bis 20 000 Dukaten jährlich.**) Gottlob ist diese Zahl unbedeutend,

---

*) Vergl. Boutarie, Correspondence secrète de Louis XV, Paris 1865, I. 181. — Raumer, Europa, I. 235—250.

**) Wir wollen hier diese Namen bekannt machen, nicht allein weil die meisten schon sehr bekannt sind, sondern auch weil man viele andere ungerecht verdächtigt hat. Seit dem Reichstag der ersten Theilung in 1773 wurden folgende Persönlichkeiten von Russland pensionirt: Gozdki mit [illegible]33 Dukaten, die seine Frau nach ihm erbte; Gurowski, Marschall von Lithauen (24 000); Mlodziejowski, Kanzler (15 000); Poninski, Unterschatzmeister (2400); August Sulkowski (3000); im Jahre 1777 kommt der Starost von Gnesen, Miaskowski dazu (400); in 1778 Raczynski, Starost von Gross-Polen, später Hofmarschall (1500); Wittwe Humiecka geb. Rzewuska (1200); Friese, Sekretär des Königs (180); im Jahre 1778 finden wir den oben genannten Hyacinth Malachowski auf dieser Liste mit 2000; den Bischof Kossakowski (1500); den Kammerherrn Boskamp (500). Bei Eröffnung des vierjährigen Reichstages vermindert sich die Zahl der Pensionirten; so entsagte gleich Malachowski, als die Eidesleistung vom 23. Dezember stattfand. Im Jahre 1789 entsagten Raczynski, Kossakowski, Humiecka, Miaskowski, Boskamp und der arretirte Poninski; dafür wurde der Kastellan Ozarowski gewonnen mit 2000 und der Major Lobarzewsky (240). In 1790 finden wir die Wittwe Humiecka und Boskamp wieder auf der Liste; in 1791 Raczynski und den befreiten Poninski, in 1792 Kossakowski. Auch kleinere Geldgeschenke werden erwähnt (vergl. Verzeichniss der russischen Ausgaben u. s. w. von 1769 bis 1789 in der Bibliothek des Grafen Dzieduszycki in Lemberg, Manuskript Nr. XI, 4., Golebiewski IX, wie auch die Briefe und Quittungen, welche in 1794 publizirt wurden).

wenn man sie mit Aehnlichem vergleicht, was bei den benachbarten Mächten geschah; immerhin ist auch diese Zahl genügend, um einen dauernden Makel auf die Partei zu werfen, welcher diese Anzahl Menschen angehörten. Wie ein einziger Fall einer bösen Krankheit ausreicht, eine ganze Gegend verdächtig zu machen, so wirkte auch der durch einige Individuen gerechtfertigte Verdacht, um das Vertrauen in die ganze Partei zu erschüttern und auch diejenigen unsicher zu machen, welche im besten Glauben und in ehrlicher Absicht gute Beziehungen mit Russland aufrecht erhalten wollten. Niederträchtige Mittel können Niemandem nutzen. Die Bestechlichkeit, welche von Russland mit Vorliebe ausgebeutet wurde, diente nur dazu, im entscheidenden Augenblicke, als die öffentliche Meinung leidenschaftlich und argwöhnisch ward, alle Parteigänger dieses Landes zu entmuthigen, auch diejenigen, welche ein reines Gewissen hatten und lediglich aus Ueberzeugung zu ihm hielten.

In dieser Beziehung stand es um die oppositionelle Partei viel besser. Soviel uns bekannt ist, nahm keiner von ihnen Gehalt von der preussischen Regierung an. Das Berliner Kabinet hatte 6000 Dukaten*) seinem Gesandten für Auslagen während des Reichstages zur Verfügung gestellt und ihm überlassen, auch mehr zu fordern. Doch die Forderung blieb aus. Der König von Preussen wunderte sich darüber; in seiner Ungeduld über das Ausbleiben der Konföderation, die seinen Truppen den erwünschten Vorwand zur Einschreitung geben sollte, schreibt er folgende Worte an Buchholtz: „Eure Vorstellungen und Konferenzen werden wenig Erfolg haben, solange Ihr nicht die Summen braucht, die ich Euch schickte.“**) Darauf antwortete Buchholtz: „Was die neue Konföderation anbelangt, so lässt sie sich nicht mit Geld durchsetzen. Die, welche solche Pläne hegen, sind reiche Herren, die sich nicht durch einige Tausende kaufen lassen; im Gegentheil jedes Drängen erweckt den Verdacht, dass es sich hier wieder um eine zweite Theilung des Landes handele. In den Wirren, welche gewiss bei dem jetzigen Reichstag entstehen werden, kann es zu der gewünschten Kon-

*) Essen berichtet mit gewöhnlicher Uebertreibung von einer Summe von 100 000 Dukaten.

**) Reskript vom 30. Oktober.

:eration kommen und damit die Gelegenheit geschaffen werden, i der wir wohl die 6000 Dukaten brauchen werden, welche n Ew. Majestät für diesen Zweck bestimmt worden sind."*) so lag das preussische Geld unberührt in Warschau, während ın die preussischen Rathschläge mit unverzeihlichem Leichtsinn Empfang nahm und befolgte. Wie dem auch sei, wir müssen geben, dass dieser Umstand ein gutes Zeugniss für die Opposion bildete und viel dazu beigetragen hat, ihre Uebermacht ıf diesem Reichstage zu sichern. Ihre Mitglieder konnten ihre einung frei heraussagen mit derjenigen Kraft, die nur das gute ewissen verleihen kann; sie redeten im Glauben, ihrem Vaternde zu dienen; ihre Gegner dagegen fühlten sich durch den erdacht beklommen, der über der ganzen Partei schwebte und ır die Zunge anch derjenigen lähmte, welche sich frei von :huld wussten. Die Popularität, deren unter solchen Umständen e Opposition im Reichstag genoss, blieb ihr auch draussen ıd verlieh ihr Ansehen beim Publikum. Dieses war stets bereit, e Reden der Opposition mit Achtung und Sympathie anzuhören ıd jeder Meinung, die von dieser Seite ausgesprochen wurde, eifall zu zollen, weil die Ehrbarkeit des Charakters mehr galt s Begabung und Klugheit. Die Redner der königlichen Partei rweckten dagegen keine Begeisterung, weil man ihnen kein ertrauen schenkte und ihr Rath, umsichtig zu handeln, den erdacht erregte, sie seien entweder dem König blind ergeben ler von Russland bestochen! Dem entgegenzuwirken, bedurfte Eigenschaften, an denen es sowohl dem König selbst wie den n umgebenden Persönlichkeiten gänzlich gebrach. Lucchesini ır ein zu kluger Politiker, um nicht einzusehen, dass Russland ıen falschen Weg gewählt habe, als es seinen Erfolg einzig f Bestechung basirt hatte; er warnte seinen Monarchen vor mselben Fehler und versicherte ihm, es werde ihm besser lingen, die Polen für seine Zwecke zu gewinnen, wenn er er Eigenliebe schmeichelte, ihre patriotischen Eitelkeiten tigte und ihre anarchischen Gewohnheiten geschickt aus›euten verstände.**) Dennoch sehen wir einige Persönlich-

*) Bericht vom 8. November.

**) Wir müssen jedoch an dieser Stelle hervorheben, dass alles hier ɾeführte sich nur auf die erste Zeit des vierjährigen Reichstages bezieht. die Verhandlungen die festgesetzte Zeit überschritten und viele Ab-

keiten der preussischen Partei, welche die ihnen angebotenen Pensionen abgeschlagen, aber sich Geld leihen lassen. Es waren Fürst Anton Sulkowski, Fürst Carl Radziwill und schliesslich der Bischof Rybinski. Dieser Geistliche verwaltete das Bisthum von Kujavien seit 11 Jahren, als ein Theil desselben bei der ersten Theilung unter preussische Herrschaft gelangte. Im Jahre 1777 musste er in Marienwerder einen Eid leisten, der unverständlich bleibt, wenn man ihn als einen Geistlichen der katholischen Kirche betrachtet und als Senator der polnischen Republik. Nachdem er auf die Formel schwor, dass er nichts gegen den preussischen Hof und Staat unternehmen würde, musste er noch folgende Worte hinzufügen: „Und sollte ich erfahren, dass man irgend etwas gegen Euer Majestät unternimmt oder gegen Euer Haus oder gegen Euern Staat, Heer und Verwaltung, so verpflichte ich mich, solches zu entdecken und mich als ein treuer Diener Euer Majestät und als ein Geistlicher zu verhalten. Ich verspreche, mich dieser Verpflichtung niemals und unter keinen Umständen zu entziehen, und sollte ich mein gegebenes Wort nicht halten, so verzichte ich auf Vergebung hier und in Ewigkeit."*) Mit einem solchen Dokument konnte der preussische Hof dieses Parteigenossen sicher sein. Als aber der Reichstag eröffnet wurde, zögerte Rybinski lange, seinen Verpflichtungen nachzukommen, worüber Lucchesini sich sehr entrüstet zeigte und meinte, der Bischof solle auf seinem Posten erscheinen, „um so mehr, da er die Gnade Euer Majestät in Anspruch zu nehmen und eine Anleihe zu machen beabsichtigt".**) Erst im Dezember erschien der Prälat und liess sich in die Konföderation aufnehmen. Auf der ersten

---

geordnete sich in der schwierigen Lage sahen, ihren Aufenthalt in der Hauptstadt nicht mehr bestreiten zu können, meldeten sich einige bei Lucchesini mit der Bitte, ihnen Geld zu leihen. Im Juni 1789 schrieb der Markgraf seinem König, er sähe sich genöthigt, diese Bitten zu erfüllen, um die nöthige Anzahl Abgeordnete festzuhalten und die Mehrheit im Reichstag zu erlangen. Bericht vom 10. Juni 1789. Conf. Kitowicz, Memoiren I 153.

*) Annex an die Depesche des Nuntius Archetti im Jahre 1777. Vatikanisches Archiv. D. 5230.

**) Bericht vom 21. Oktober. Es scheint jedoch, dass diese Angelegenheit damals nicht erledigt wurde, denn im Juni 1789 bittet Rybinski um eine Anleihe von 60000 Thalern.

itzung, der er beiwohnte, hielt er eine Lobrede auf den König on Preussen und verneinte energisch, dass dieser Monarch rgend welche Absichten gegen Polens Integrität hegen könnte. „Wie kann man“, führte er aus, „einen solchen Verdacht erwecken in dem Augenblick, da dieser verleumdete Monarch uns überredet, unsere Kriegsmacht zu vermehren und eine kräftigere Regierung einzusetzen? ..... Solche Verleumdungen können nur den patriotischen Sinn des Volkes abschrecken, das jetzt die gute Gelegenheit zur Wiederherstellung benutzen möchte.“ Darüber schreibt de Caché folgendermaassen: „Hätte übrigens die preussische Partei sonst noch irgend einer Stütze beim Reichstag nöthig, so würde sie solche durch die unlängst allhier erfolgte Ankunft des Herrn Bischof von Kujavien Rybinski erhalten haben, als welcher Letztere seine gänzliche Ergebenheit an Seine preussische Majestät in der anliegenden Rede auf eine so ausgezeichnete Art öffentlich dargethan hat.“*) Seit der Zeit bekundete Rybinski, obwohl selten, doch stets mit Bestimmtheit seine Anhänglichkeit an die Opposition und bemühte sich, die Gunst des Publikums zu erwerben; auch genoss er der speziellen Aufmerksamkeiten der preussischen Gesandten. „Ich bemühe mich“, schreibt einmal Lucchesini, „den Bischof Rybinski in die Deputation der auswärtigen Angelegenheiten wählen zu lassen.“**) Wie wir schon wissen, gelang ihm dies vollkommen; nach Ignaz Potocki erhielt der Bischof die grösste Zahl der Stimmen. Wie die Anderen auch, schwur er, die Verhandlungen und Geschäftsführung geheim zu halten, was nicht hinderte, dass Preussen damals und lange noch die Deputation als sein eigenes Amt ansehen durfte und um Alles Bescheid wusste, was darin besprochen ward.

§ 59.

Verfassung der Kriegskommission. Branicki.

Nach der Sitzung, in welcher der Eid geleistet wurde, beschäftigte sich die Kammer mit der Wahl der Kriegskommission

---

*) Bericht vom 6. Dezember.

**) Bericht Buchholtz' vom 17. Dezember. Lucchesini begleitet die Abschrift dieser Rede mit folgenden Worten: „Je rends à l'Evêque de Cujavie la justice qu'il se prête aveuglement à tout ce que les Ministres de Votre Majesté ici peuvent envisager comme utile à ses intérêts.“ (Bericht vom 31. Dezember.)

und dieser folgte unmittelbar die Veröffentlichung derse
Die Kriegskommission bestand also aus vier Hetmanen,
wechselweise darin tagten, aus 3 Senatoren, 9 Abgeordn
und 5 Militär- oder Civil-Militärbeamten,*) zusammen 18
gliedern, von denen 7 zugegen sein mussten, wenn die Beschl
einer Sitzung gültig sein sollten. In dieser Zahl ward je
wiederum das Uebergewicht den Civilbeamten gesichert.
Zahl der Civilisten, welche das Militär überwog (12 von 18) ze
schon, in welchem Geiste die Verfassung dieser Militärbeh
erdacht worden war: republikanische Furcht und Misstr
gegen das Heer sprach sich deutlich darin aus. Alle Vor
setzungen und Befürchtungen, welche während der Diskussi
über das Kriegsdepartement in der Kammer verlauteten, ha
ihren Ausdruck in dieser Verfassung gefunden. Man kümm
sich wenig um die Vermehrung und Stärkung des Heeres,
dachte allein daran, dieses Heer gegenüber der Republik s
und gegenüber den Bürgern machtlos und unschädlich zu mac
Deswegen sehen wir alle Bemühungen darauf gerichtet, zu
hindern, dass die Kriegsmacht und ihre Verwaltung in e
Hand ruhe; die Gewalt, Befehle auszugeben und solche
zuführen, sollte nicht Sache eines Einzelnen sein und Nien
sollte einen überwiegenden Einfluss ausüben können,
Macht besitzen. Verwaltung und Macht sollten getheilt
kontrolirt werden. Deswegen wird auch in dieser Verfas
ein Hauptgewicht auf die gerichtliche Prozedur gelegt;
finden eine ganze Anzahl von Gesetzparagraphen, die ledig
auf Prozessführung mit Militärbehörden und die Machtsp
derselben Bezug haben. Alles Militärische fand wenig Beacht
und das Wenige wird noch von erschwerenden Vorschri
umgeben. Es ist zwar gesagt, dass die Disziplin, die Manö
die Montur und die Lager von der Kommission bestimmt wer
müssen, dabei aber ausbedungen, dass dieselbe keine Aenderun
im Kriegsetat ohne Einwilligung der Kammer vornehmen dü
die Kammer aber bei allen Beschlüssen, welche die Armee

* Aus dem Senat wurden erwählt: der Wojewode Niesiolowski
Kastellane: Grocholski und Karsnicki; aus dem Ritterstande: Czap
Starzenski, Walewski, Bielinski, Dembowski, Szydlowski, Nicolas Radzi
Szwejkowski und Zabiello; aus dem Militär: die Generale Krasinski
Stetkiewicz, die Obersten Czapski, Orzynski, Jelenski.

treffen, die erste Stimme und ausführende Macht behalten sollte! Damit wurde ein ungeheurer Fehler begangen und ein um so verhängnissvollerer, als es schwer war, das Gesetz umzustossen, da es des ganzen Apparates der Kammer bedurfte, um solche Beschlüsse zu annulliren. Es drängt sich uns die Betrachtung unwillkürlich auf: Wie maasslos war doch die Einbildung dieser Abgeordneten, welche sich in der Politik, in der Diplomatie, in der Jurisprudenz und Verwaltung, im Finanz- und Kriegswesen kompetent glaubten und Urtheile kraft ihrer Mandate aussprachen, von denen das Wohl der Nation und ihr Ansehen abhingen! Einer der griechischen Gelehrten sagte einst dem Kaiser Hadrian: „Imperator, Du regierst nicht die Grammatik!"; wir vermuthen, dass einige der damaligen allwissenden Gesetzgeber mit dieser Ausnahme nicht einverstanden waren! Gehen wir aber weiter! Jede berathende Behörde ist an und für sich schwerfällig, darum als ausführende Gewalt unbrauchbar, denn ihr fehlt vor Allem die Initiative; ihre Beschlüsse können nur langsam sein und das Gefühl der Verantwortlichkeit existirt nicht; das sind auf Erfahrung beruhende Sätze. Wie sollte nun ein Militärkommando, welches wie die Kriegskommission aus 18 Mitgliedern bestand, von denen 12 Civilisten waren, etwas zu Stande bringen? Ist dabei irgend welche Elastizität, Disziplin und Pünktlichkeit in der Ausführung der Befehle denkbar?! . . . . . Wie vielen Gelegenheiten zu Zeitverlust, Verspätung wichtiger Entschlüsse und Versäumniss verdienter Strafen wird dagegen Thür und Thor geöffnet!*) Was noch schlimmer, diese vielköpfige Behörde besass kein Oberhaupt, denn obwohl die Hetmane darin den

*) Wir wollen hier einen einzigen Fall anführen, der unsere Behauptung rechtfertigt, und entnehmen ihn den Memoiren von Kozmian I. 208. „In Krasnystaw haben die Herren Walewski, Brigadier der Nationalkavallerie, und sein Freund Czyz die ganze civilmilitärische Kommission in Arrest gesetzt, den militärischen Kommissar mit einbegriffen, weil diese Kommission verboten hatte, nachts die Stadt, die ganz aus Holz gebaut war, mit brennenden Fackeln und in angeheitertem Zustande zu durchschreiten. Die Kriegskommission sendete zwar den General Kosciuszko, um eine Untersuchung einzuleiten und diese Herren zu tadeln; die Klage der Stadtbürger wurde sogar vor den Reichstag gebracht, aber ein Verwandter des Schuldigen, der Wojewode von Sieradz Walewski, beschützte die übermüthigen Offiziere und dieselben wurden freigesprochen."

Vorsitz einnahmen, blieben sie doch nur drei Monate im Amte und verliessen die Kommission, sobald jene abgelaufen waren; so vermisst man denn in dieser Organisation jede naturgemässe Eintheilung der Arbeit, derzufolge dieselben Menschen im Zusammenhange dieselbe Aufgabe zu behandeln hatten, um sie mit Konsequenz durchzuführen. Die Civilbeamten verstanden von der Sache selbst zu wenig, auch war ihre Thätigkeit nur auf ein Semester beschränkt, trotz eines Jahresgehalts von 8000 Gulden. Der Militärbeamten wiederum gab es nur fünf: sie blieben zwar ein Jahr im Amte, hatten aber keine besondere Remuneration und mussten sich mit dem Gehalt begnügen, das sie als Offiziere erhielten und das für den theuren Aufenthalt in der Hauptstadt nicht ausreichte. In der That gab es Niemand in der Kommission, der die Möglichkeit gehabt hätte, sich um die gesammte Armee zu kümmern und sie einheitlich zu verwalten. Obwohl die Verfassung der Kommission tägliche Sitzungen vorschrieb, war dieselbe ohne jegliche Kontrole, und die Berichte, welche sie verpflichtet war, dem König zu senden, blieben auch ohne Wirkung, weil der Monarch kein Recht hatte, dieser Behörde irgend welche Befehle zu ertheilen; die versammelten Stände konnten allein Rechenschaft von ihr fordern und diese einzige Abhängigkeit zeigte sich alsbald als eine Fiktion, da Niemand die Kommission für etwaige Fehler oder Nachlässigkeit anklagen konnte, Niemand die Mittel besass, um von ihrer Thätigkeit Einsicht zu erlangen. Uebrigens hatte man auch gar keine Ursache, die Kommission irgend wie zu beschuldigen. Durch ihrer schwerfälligen und ungeschickten Organisation war sie äusserlich und innerlich von allerlei Formalitäten gefesselt und konnte nichts Neues schaffen, kaum das Vorhandene in Bewegung erhalten. Unter solchen Umständen wurde auch der beste Wille paralysirt. Anfänglich, als der Enthusiasmus in der Kammer noch andauerte, arbeitete die Kommission; später vergingen Wochen und Monate, ohne dass zu den Sitzungen die nöthige Zahl der Mitglieder erschien, und der König, den die Sache nichts anging, sah sich gezwungen, die Kommissare brieflich aus den Provinzen zu berufen, um den Sitzungen beizuwohnen und über wichtige Angelegenheiten der Armeeverwaltung zu beschliessen. Um nun das Maass der unsinnigen Vorschriften voll zu machen, hatte die Verfassung sogar bestimmt, dass die

von der Kammer bezeichneten Kommissionsmitglieder bis zur nächsten Session ihr Amt nicht niederlegen durften.

Der Gesandte Buchholtz hatte also vollkommen Recht, als er seinem König über die Einrichtung dieses öffentlichen Dienstes durch die Kammer meldete: „Die Polen werden nichts zu Stande bringen, denn sie verstehen so etwas nicht.“ Ausgerüstet nur mit der armseligen Praxis auf den Provinziallandtagen und der gerichtlichen Routine, durch tausend Vorurtheile und Misstrauen geplagt, hatte die parlamentarische Mehrheit sich die schwierigste Aufgabe gestellt, die es im öffentlichen Dienste geben kann: die Organisation des Kriegsministeriums! sie hatte es noch dazu in einer Zeit übernommen, als es hiess, die polnische Armee den übrigen in Europa an Zahl und Ausrüstung gleich zu stellen. Man wollte nicht von der vieljährigen Erfahrung des Kriegsamtes des Königs Vortheil ziehen, man hatte absichtlich den bisherigen höchsten Militärbeamten entfernt und dem Könige die thatsächliche Oberaufsicht entzogen, um ein wunderliches, ich möchte sagen, monströses Institut zu gründen; an sich zwar unschuldig, unbedeutend, Niemandem gefährlich, doch am gefährlichsten und dadurch schädlich, dass es für das Vaterland im entscheidenden Moment nichts leisten konnte, dagegen Alles hemmte. Später musste man sich überzeugen, wie fehlerhaft die Verfassung der Kommission war, aber da mangelte es an Zeit, um etwas Neues einzurichten, und die Einigkeit, welche dazu nöthig war, fehlte erst recht. Uns steht fest, dass die ungeschickte Organisation der Militärverwaltung die Hauptschuld daran trägt, dass während der folgenden dreiundeinhalb Jahre die Armee nicht nach Möglichkeit vermehrt wurde und den Bedürfnissen der Landesvertheidigung gemäss organisirt und ausgerüstet war. Die Abschaffung des Kriegsdepartements hat sich unzweifelhaft empfindlich gerächt. Wie dem auch sei, die Wahl der Kriegskommission hatte endlich der Kammer die Möglichkeit gegeben, sich mit der Armee zu beschäftigen, für die leider in den zwei Monaten nach dem Beschluss, dieselbe zu vergrössern, nichts geschehen war. Der Marschallpräsident beeilte sich, den versammelten Ständen zwei Anträge zu stellen: erstens, der Kriegskommission den Auftrag zu ertheilen, für 30 000 Mann Waffen anzukaufen aus den übrig gebliebenen und gesammelten Summen (diese

letzten waren schon auf 40 000 Dukaten gestiegen): zweitens, die Finanzkommission einzuladen, eine Anleihe zu machen. Beide Anträge wurden nach einer kurzen Verhandlung einstimmig angenommen. Zur Durchführung dieser Beschlüsse musste man Preussens Hülfe in Anspruch nehmen, indem man um die Erlaubniss bat, die Waffen aus den preussischen Arsenalen zu beziehen. Als diese Erlaubniss versagt wurde, bestellte man bei den preussischen Fabriken die Waffen, da die polnischen nicht genügten. Friedrich Wilhelm erlaubte dieses mittelst Befehls vom 2. Januar 1789. Welchen Dienst Lucchesini bei der Anleihe erwies, werden wir später erfahren, dieselbe wurde mit genuesischen Banquiers gehandelt.

Schliesslich erklärte der Marschallpräsident, Weihnachten und schlechte Gesundheit des Königs liessen eine kurze Unterbrechung der Sitzungen durchaus nothwendig erscheinen; deswegen bittet er den Monarchen im Namen der versammelten Stände, die Kammer bis zum 7. Januar zu vertagen. „Was ich auch gleich erfüllt habe“, schreibt Stanislaw August an Deboli, „obwohl Einige sich widersetzen wollten. Es sei bemerkt, dass wir diesen ganzen Tag (23. Dezember) über die Frage und Vertagungsdauer verhandelten; man wollte eine längere Rast haben, auch hoffte der russische Gesandte dieselbe durchzusetzen. Viele lithauische Abgeordnete wollten indess entweder die Vertagung bis Mitte Februar, um die kleinen Landtage vom ersten dieses Monats besuchen zu können, oder gar keine. Um diese Uebel zu vermeiden und wenigstens eine kurze Erholung zu haben, musste ich obigen Antrag billigen.“*)

Auf dieser letzten Sitzung des Jahres erschien endlich der Hetman Branicki, den wir bei Otschakoff gesehen haben. In einer geschickten Rede lobte er den patriotischen Eifer der Nation und den Beschluss der Stände, die Armee zu vergrössern; er vertheidigte mit folgenden Worten sein Verbleiben bei der russischen Armee: „Von Beruf und durch meine Pflicht bin ich Soldat, und obwohl von der Verwaltung der Armee ausgeschlossen, fand ich nichts Unrechtes darin, den jetzigen Krieg mir näher anzusehen.“ Auf andere Vorwürfe wolle er nicht erwidern und möchte die ihm zugefügten Kränkungen vergessen

*) Brief vom 24. Dezember.

er wolle in der Kammer keiner Anfeindung begegnen und überhaupt keinen Feind haben; die Sache des Vaterlandes sei ihm heilig und er möchte mit Allen vereint für dieselbe arbeiten. Die Einrichtung der oben beschriebenen Kriegskommission nennt er ein gesegnetes Werk, „wenn schon der Beschluss über die Amtsführung der Hetmane während nur dreier Monate sich bald als falsch erweisen wird“. Ferner ertheilt er den Rath, sich ohne Verzug der Organisation und Ausrüstung der Armee anzunehmen und die nöthigen Steuern zu berathen, da man nicht wissen könnte, ob bei den obwaltenden Umständen der Republik keine Gefahr drohe. Er schloss mit der Eidesleistung und fügte zu der Formel die Worte: „Ich wünsche für das Vaterland zu leben und zu sterben.“

Branicki verstand wohl, dass er durch solche Haltung in der Kammer die öffentliche Meinung, die gegen ihn war, gewinnen konnte. Kaum in Warschau angelangt, hatte er mit Lucchesini Verhandlungen gepflogen, die ihm die Fürstin Czartoryska in ihrem Hause erleichtert hatte. Es ist bezeichnend, was der Markgraf über diese Gespräche berichtet und wie er über einen Mann urtheilt, den wir unsererseits als einen Menschen ohne Grundsätze kennen gelernt haben, der Leichtsinn mit Ehrgeiz und Schlauheit vereinigte. Lucchesini hält es für schwer, die Reden des Hetmans wiederzugeben, da dieselben verworren und unklar seien. Sein Bericht lautet: „Gleich im Anfang erinnerte er mich daran, dass Ew. Majestät in Petersburg der Kaiserin das frühere Bündniss vorgeschlagen haben, und bemühte sich, mich zu überzeugen, dass die Kaiserin nie ihrer Allianz mit dem Kaiser von Oesterreich untreu werden würde. Ich nannte den Fürsten Potemkin und sprach von seinen Ansichten über die Verhältnisse in Europa; darauf erwiderte er, dass dieser Gegenstand einer längeren Besprechung bedürfe, und kehrte wieder zu der Allianzfrage zurück mit der Versicherung, lass die Kaiserin ihr jetziges System niemals ändern würde. Doch äusserte er selber einige Minuten später die Befürchtung, Berlin und Petersburg möchten sich doch verständigen, dabei lieb er so beharrlich, dass ich annehmen konnte, er wäre irklich darum besorgt, wenn ich nicht die Inkonsequenz in en Ideen dieses Herrn wahrgenommen hätte. In der Meinung, ass er die auswärtigen Angelegenheiten besser verstehe als

die meisten seiner Landsleute und darum die Interessen der grossen Mächte zu schätzen wisse, entschuldigte er sein Misstrauen betreffs der wirklichen Absichten Ew. Majestät Polen gegenüber. »Er wisse nicht«, betonte er, »ob Ew. Majestät wirklich den Polen wohl wolle oder nur mit solcher Haltung die Kaiserin zwingen möchte, ihr System zu ändern.« Trotz solcher Zweifel, zögerte er nicht, in Gegenwart der Fürstin mir seine eigenen Pläne zu offenbaren, für die er nicht nur seine eigenen Landsleute gewinnen möchte, sondern auch eine fremde Macht, welche mit Polen in ein Bündniss eintreten würde zu gegenseitiger Förderung. Diese Pläne bestehen namentlich darin, im kommenden Frühjahr bewaffnete provinziale Konföderationen zu bilden, die mit der Warschauer Kammer vereinigt und durch ein Armeekorps von Ew. Majestät unterstützt, das Land in Händen hielten. Mit der ihm eigenen und durch sein ganzes Leben bekundeten Inkonsequenz wiederholte der Hetman mehrmals in Gegenwart der Fürstin, dass er bereit sei, mit solchen Vorschlägen nach Berlin zu fahren, um die militärischen Operationen zu besprechen, falls Ew. Majestät seinen Plan billige. Er rechnet auch auf Galizien, wo er einen Aufstand provoziren möchte und sich auf Kamenetz in Podolien stützend mit polnischer Kavallerie operiren würde. Diese sonderbaren Eröffnungen aus dem Munde eines Mannes, der mit Potemkin nah verwandt, mit Gnaden von der Kaiserin überschüttet worden ist und eben von Otschakoff eintrifft, überraschten mich dermaassen, dass ich beschloss, sehr vorsichtig zu sein. Ich lobte seine Vaterlandsliebe, die ihn zwingt, seinen eigenen Vortheil zu vernachlässigen, und versicherte ihm, dass Ew. Majestät Polen nie den Beziehungen mit Russland opfern würde. Was die bewaffnete Konföderation beträfe, die man brauchen könnte, um sich von fremder Herrschaft zu befreien oder die Unruhen im Innern niederzuhalten, müsste ich erst Ew. Majestät berichten und Befehle erwarten. Inzwischen bemüht sich die Fürstin Czartoryska, den Hetman ihren Freunden zu empfehlen und Vertrauen in seine Vaterlandsliebe zu säen; ich weiss aber nicht, ob es ihr gelingen wird, die Erinnerung an früher geschehene Dinge zu tilgen!«*) . . . . .

*) Bericht vom 27. Dezember. Vom Verfasser nicht angegeben, im Geheimen Staats-Archiv zu Berlin unter den anderen Depeschen von Lucchesini aufgefunden und verglichen. (Anm. des Ueb.)

Branickis Erscheinen vermehrte die Zahl der Feinde des Königs. Wir wollen sein Projekt der bewaffneten provinzialen Konföderationen im Auge behalten und inzwischen betrachten, wie die Opposition auf ihrem Wege weiter schritt, nachdem sie sich der auswärtigen Politik und der Kriegsverwaltung bemächtigt hatte, namentlich aber, wie sie gegen die übrig gebliebenen Institutionen der bisherigen Regierung vorging.

Kapitel 4.

Abschaffung des permanenten Rathes. Haltung der kaiserlichen Höfe dem Reichstag gegenüber.

(1789.)

§ 60.

Einwendungen gegen den permanenten Rath.

Wie wir schon hervorgehoben haben, bot der Beschluss über die Kriegskommission die gewünschte Gelegenheit, um die Verhandlungen über die Armee selbst und die beabsichtigte Vergrösserung derselben im Reichstage zu erneuern. Das war der Hauptzweck der gebildeten Konföderation und deswegen war die Erwartung gerechtfertigt, dass die Kammer nun zur Berathung der nöthigen Steuern übergehen würde. Wir sahen auch, wie herzlich Stanislaw August an dieser Sache theilnahm, ja, dass sogar Russland geneigt war, diese Absichten zu fördern, indem es den Ankauf der Waffen in den russischen Fabriken erleichterte, als man die Verhandlungen um die Allianz führte. Auch später, als das preussische Kabinet diesen Verhandlungen ein Ende machte, war die Kaiserin dennoch bereit, die einmal gemachten Versprechungen zu halten. Die Kaiserin, auf Polens gute Gesinnungen ihr gegenüber rechnend, hatte ihrem Gesandten in Warschau den Befehl ertheilt: „die Vergrösserung des polnischen Heeres zu fördern, da dieses allein die Erhaltung der Republik sichern konnte, und für uns von grosser Bedeutung wäre. Die Art und Weise wie die Sache durchgeführt wird, könnte uns auch bei Zeiten belehren, ob ein Bündniss mit Polen

vortheilhaft sei".*) Erst nach den geschilderten Ereignissen, welche bewiesen, dass Russlands Einfluss in Warschau im Sinken begriffen war, und als man Einiges über die Verhandlungen mit Preussen erfuhr und sich von der Bereitwilligkeit der Polen, es mit dieser Macht zu halten, überzeugt hatte, fing man an, in Petersburg die Meinung zu hegen, dass es gefährlich sei, Polen zu einer grösseren Kriegsmacht gelangen zu lassen. Deboli säumte nicht, diese Wendung seinem König zu melden, nachdem er sich davon in einem Gespräch mit Ostermann überzeugt hatte.**) Stanislaw August bediente sich gleich dieser Warnung. „Dieses Wort von Ostermann", schreibt er, „wird mich veranlassen, das Mögliche zu thun, um die Kräftigung unserer Armee durchzuführen, bevor sich Russland wieder mit Preussen aussöhnt."***) Deswegen bemühte sich der König, in allen seinen privaten Unterredungen mit dem Marschallpräsidenten und mit den bedeutenderen Abgeordneten, sowie auch in seinen öffentlichen Ansprachen, diese anzufeuern, jede andere Angelegenheit ruhen zu lassen, um sich der Berathung der Steuern ausschliesslich zu widmen. Die Opposition liess sich aber nicht überzeugen. In diesem Drängen des Königs wollte sie nur die Absicht sehen, die Aufmerksamkeit der Kammer von dem permanenten Rath abzulenken, den sie missbilligte und angreifen wollte. Die Opposition beabsichtigte zwar auch die Vergrösserung der Armee und wünschte eine solche, sie wollte aber erst die bestehenden Behörden alle vernichten, Alles umgestalten und in die eigenen Hände nehmen, um den König von jeder Macht auszuschliessen. Dieser Zweck war schon zur grösseren Hälfte erreicht, da man dem Monarchen jeglichen Einfluss auf die Armee und auf die Diplomatie entzogen hatte; doch der permanente Rath bestand noch und die Opposition hegte die Besorgniss, es möchte dem Könige gelingen, seinen Willen in der Führung der Staatsangelegenheiten durchzusetzen kraft des Einflusses, den er auf den permanenten Rath noch unzweifelhaft besass. Also diesen Rath abzuschaffen, an seiner Stelle zu den schon bestehenden vier Kommissionen: nämlich Kriegs-,

*) Reskript an Stackelberg vom 9./21. September 1788.
**) Bericht vom 9. Januar 1789.
***) Brief an Deboli, 21. Januar 1789.

ianz-, Auswärtige und Unterrichts-Kommission, noch zwei: ie Polizei- und eine Justiz-Verwaltung zu schaffen, das war Aufgabe der Opposition. Diese Kommissionen sollten von-iander und auch vom König unabhängig die Verwaltung ten und nur vor dem Reichstag verantwortlich sein. In dem gebenen Fall muss man sich den Reichstag als der opposi-nellen Partei vollkommen ergeben denken und nicht ver-ssen, dass diese Partei sich als die Nation ansah! „Die tion als Gesetzgeberin und als ausführende Macht zugleich", s kann da Besseres sein? eine bessere Regierung ist nicht nkbar! Zwischen den Reichstagssessionen sollte ein Senats-h ad latus regis bestehen und die geschaffenen Kommissionen aufsichtigen.*) In dieser Einrichtung sehen wir das Prinzip r getheilten Macht, die von Ignatius Potocki und anderen dnern so sehr verfochten wurde, bis zum Aeussersten durch-führt. In Wirklichkeit bedeutete eine solche Regierung solute Impotenz oder einen unaufhörlichen Krieg zwischen hs Regierungen; mit einem Wort die schon seit der säch-chen Zeit uns wohl bekannte Anarchie, mit dem Unterschied, ss die Macht das Streitobjekt zwischen einzelnen Kom-ssionen und nicht mehr zwischen einzelnen Magnaten sein rde; wie vordem sollte auch jetzt über dem Ganzen ein chtloser, jeder Kraft und aller strafenden oder belohnenden tribute beraubter König, ein gemalter König, wie August III. wesen war, schweben. Es ist nunmehr unsere Aufgabe, Vernichtung der letzten Behörde, welche noch einem lchen Zustand hindernd entgegenstand, durch die über-ichige Partei zu schildern. Wir wollen aber die Behörde lbst erst beschreiben, soweit der Mangel an Material uns ie solche Beschreibung gestattet. Leider war der permanente th nie von der Nation mit günstigem Auge angesehen worden. rch Stackelbergs Einfluss emporgekommen, verschwand diese stitution mit ihm zugleich in der Fluth von Hass, die sich gen alles Russische erhob. Man wollte nichts Gutes in ihm hen und diejenigen, welche früher ihn vertheidigt hatten,

*) Brief des Königs an Deboli, 19. Januar. Reden und Anträge der geordneten Stanislaw und Ignaz Potocki, Matuszewicz, Sapieha u. A. m., nuar 1789.

wurden bei der neuen Richtung der öffentlichen Meinung die feindseligsten. Ein Zeitgenosse schreibt Folgendes darüber: „Sobald der permanente Rath erwähnt wird, meine ich, den Lärm und die missbilligenden Laute zu hören, mit denen alle Reden zur Vertheidigung dieser Behörde in der Kammer aufgenommen wurden und der Entrüstung Ausdruck gaben, mit welcher man die Thätigkeit niederträchtiger und bestechlicher Männer mit Recht zeihen wollte.“*) Man gab es alsbald auf, den Rath zu vertheidigen; und als er abgeschafft wurde, kümmerte sich Keiner um das, was er gethan hatte.**) Die mehrjährige Thätigkeit dieser Behörde wird wahrscheinlich für immer so unbedeutend erscheinen, dass man es nie für lohnend halten wird, mehr von dem zu wissen, was sie geschaffen hat. Der permanente Rath wurde ohne Verhör und ohne Urtheilsspruch verdammt; es ist also interessant, zu erfahren, was die Ursache dieses summarischen Verfahrens war. Dem Anschein nach fehlte es nicht an Motiven; die ersten drei Bände des Reichstagsdiariums sind übervoll von rückhaltlosem Tadel gegen den Rath; freilich finden wir nichts darin als allgemeine Beschuldigungen und leere Deklamationen. Die Gewohnheit, am Anfang jeder Reichstagssession die sogenannten „Klagen gegen den permanenten Rath“ vorzulegen, war hergebracht; wir haben diese Klagen aufmerksam geprüft, aber nichts als juristische Ausarbeitungen der Gerichtsverhandlungen, in denen der Rath gezwungen war, die Ausführung der Gesetze durch-

---

*) Wir entnehmen diese Worte einer zeitgenössischen Veröffentlichung, welche unter folgendem Titel erschien: „Briefe eines Abgeordneten an seinen Vater, der auf dem Lande wohnt, über die Umstände, welche den tagenden Reichstag erschwerten. Anno 1788. Cz. V. 15.“ Sie gehört zu den interessantesten der Zeit und wird von uns öfters benutzt werden.

**) Aus einer Rezension dieses Werkes, welches von Herrn Korzon im Warschauer Athenäum erschienen ist, erfahren wir, dass die Akten des permanenten Rathes sich zur Zeit im Hauptarchiv des Königreichs Polen in Warschau befinden. Diese Nachricht ist uns höchst erfreulich: möchten doch die hier ausgesprochenen Urtheile, welche aus Mangel an Materialien fehlerhaft sein können, eine Widerlegung oder eine Bestätigung bald finden und zwar auf Grund zuverlässiger Untersuchungen. — Am Schluss dieses Werkes ist ein bibliographisches Verzeichniss aller der Werke über den vierjährigen Reichstag, die seit dem Erscheinen des vorliegenden Werkes veröffentlicht wurden. (Anm. des Ueb.)

zusetzen, darin gefunden. Einige dieser Klagen hat der Reichstag zu Gunsten der Kläger entschieden, immer jedoch handelte es sich um einzelne persönliche Angelegenheiten, welche entfernt nicht die allgemeine Missbilligung hervorrufen konnten, die gegen diese Behörde bestand. Nach politischen Gründen muss man suchen, will man dieselbe begreifen, und unter diesen ist wohl der Gedanke, dass der permanente Rath auf dem Reichstag entstand, auf dem die erste Theilung geschah, derjenige, welcher seine Unbeliebtheit wohl nur zum Theil erklärt. Die Unterrichtskommission hatte auch zu damaliger Zeit ihren Ursprung, ohne doch ähnliches Odium zu erwecken. Wichtiger erscheint uns der Vorwurf, der permanente Rath stände immer unter russischem Einfluss, begünstige diesen in Polen und liesse sich vom russischen Gesandten lenken. Wenn man aber auch die Richtigkeit dieser Thatsache zugiebt, so muss man doch hervorheben, dass Russlands Uebermacht vor der Zeit des permanenten Rathes bestand und sich nicht einzig auf ihn stützte; die Gründe dieser Uebermacht lagen vielmehr tiefer und die Abhängigkeit von ihr war nicht durch diese Institution, sondern durch die Zeit und die Menschen verschuldet. Der permanente Rath existirte nicht, als Peter der Grosse zwischen Nation und König vermitteln musste, als August III. und Stanislaw August durch Russland auf den polnischen Thron gesetzt wurden, als die Konföderation in Radom die Kaiserin Katharina um die Garantie der Republik flehte, als Repnin die Senatoren aus Warschau entführte, als endlich Saldern den König Stanislaw August zu erniedrigenden Bedingungen zwang. Auch konnte der Reichstag die Mitglieder des Rathes alle zwei Jahre nach eigenem Ermessen wählen, die Wahl geschah durch geheime Abstimmung und es stand in seiner Macht, solche zu wählen, die nicht in Russlands Gunst standen. Wenn der Reichstag von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch machte, so beweist er nur allzu sehr, dass er nicht die Kraft hatte, sich dem Einfluss des Feindes zu entziehen. Auch ist es lächerlich, den Einen oder den Andern verantwortlich zu machen, wo Alle schuldig sind, und zeugt von schädlicher Selbstverblendung. Ein Volk, welches uneins ist, muss nothwendig fremder Herrschaft verfallen, und darum musste jede Regierung damaliger Zeit unweigerlich Russlands Wünsche erfüllen. Die Regierung zu stützen statt sie systematisch zu be-

kämpfen, wäre das einzige Mittel gewesen, die gefährliche Abhängigkeit einerseits und die Abhängigkeit von dem mächtigen Nachbar andererseits zu vermindern. Ferner wurde dem permanenten Rath vorgeworfen, er neige zu despotischer Regierungsform. Das war die Wiederholung der ewigen Klagen über das absolutum dominium unserer Könige! Brauchen wir sie heute noch zu widerlegen? Nicht jeder Staat ist fähig, ein despotisches Regiment zu schaffen. Die polnische Regierung war nie eine despotische gewesen, konnte auch keine werden; der Grund dafür liegt im Geist der Nation, im Einfluss des Glaubens und der Kirche, in der hierarchischen Organisation dieses Volkes. Man hat auch behaupten wollen, dass der permanente Rath die Bürger bedrückte und seine Macht missbrauchte. Es gab damals in Europa keine einzige Monarchie, es giebt auch heute keine, in der die Attribute des Königs so karg bemessen wären wie dazumal in Polen. Dass der König zu wenig Macht besass, um die Würde des Staates und seine Sicherheit nach aussen zu behaupten, davon hat sich Polen leider heute nur zu sehr überzeugt. Dass seine Regierung im Innern nicht bedrückend sein konnte, werden wir begreifen, wenn wir erwägen, dass diese Regierung kein Recht hatte, Steuern aufzulegen oder das Heer zu vergrössern, Versammlungen oder Reichstagsbeschlüsse zu verhindern oder einen Bürger festzunehmen ohne ein Gerichtsurtheil (ausser in flagranti delicto), und dass schliesslich die ganze Administration in den Provinzen in den Händen von Bürgern war, die von der Regierung keinen Gehalt erhielten. Wo bleibt da das Werkzeug der Bedrückung? Viel eher lässt sich behaupten, dass der permanente Rath zu weich in der Ausführung seiner Macht war, dass ihn jede Opposition erschreckte und er nur dann die ihm gesetzlich zustehende Kraft anwandte, wenn er sich von aussen gestützt wusste — ist es doch leider zu wahr, dass die bedeutenderen Bürger der Regierung nur dann gehorchten, wenn sie im Namen des Fremden zum Gehorsam aufgefordert wurden.

§ 61.
Der ausschweifende Individualismus der Bürger duldet keinen Zwang.

Wir sahen im vorigen Abschnitt, dass auch diese schwache, sich selbst misstrauende Regierung der Nation zu drückend

erschien. Der Grund dieser Erscheinung lag in den Begriffen und Umständen, in welchen die damalige Gesellschaft aufgewachsen war. Seit einigen Generationen kannte der polnische Bürger keine öffentliche Macht; er hatte keine anderen als die freiwillig und selbst übernommenen Pflichten, er fühlte sich vollkommen frei, keine Rücksichten vermochten ihn zu binden. Zwar konnte ihn die Justiz nöthigenfalls, zumal wenn sein Gegner stark genug war, ereilen; im Uebrigen aber blieb er meistens in der Provinz, amüsirte sich, bewirthschaftete seine Güter, besuchte die Provinziallandtage, hatte aber nicht die geringste Berührung mit der Regierung seines Landes. Er verehrte seinen König, erkannte auch seine moralische Würde an als Haupt der Ritterföderation, deren Mitglied er war; diesen König zu fürchten, hatte er aber nicht den mindesten Grund. Er war zufrieden, wenn es ihm gelang, die besondere Gnade des Königs zu geniessen, doch war auch das überflüssig. Was er war, verdankte er sich selber, nicht seinem Monarchen. Wenn er seinem Vaterland, der Republik, diente, so that er es aus eigenem Ermessen, nicht aus Verpflichtung, und für den geleisteten Dienst verlangte er Anerkennung und Dank. In seinem Dienst erkannte er keine Autorität über sich an, wollte vielmehr als freiwilliger Arbeitsgenosse betrachtet werden, und da er durch diese Arbeit ein Opfer an Zeit und Kraft brachte, beanspruchte er das Recht, Alles zu wissen und um Rath befragt zu werden; geschah das nicht, so verliess er seinen Dienst und liess nichts von dem, was ohne ihn beschlossen worden war, gelten. Bei solchen Begriffen brauchte das liberum veto nicht in die volumina legum eingetragen zu werden, es war in das Blut, in das Naturell dieser Menschen übergegangen. Nicht nur in den Landtagen, auf jeder Versammlung musste Alles erst einstimmig angenommen werden, um Geltung zu erhalten. Nur in äussersten, gefährlichen Lagen gelang es den Stärksten, sich zu vereinigen, die Opponenten zu entkräften und den eigenen Willen durchzusetzen. Ein Szlachcic verwaltete sein Gut, seine Untergebenen, wie es ihm gefiel. Keiner hatte das Recht, ihn dabei zu stören, nicht der König und nicht der Reichstag, allein die ruhigen Vorstellungen des Priesters hatten einige Macht über ihn. Jede Behörde, die es wagen wollte, sein Verhältniss zu seinen Untergebenen zu

ordnen. ward von ihm verworfen; sie verletzte nicht so sehr seine materiellen Interessen wie das ihm angeborene Gefühl seiner persönlichen unantastbaren Freiheit in dieser Sphäre. Sowohl im privaten wie im öffentlichen Leben fühlte er sich durch seinen Glauben, durch Tradition, Gewohnheit, durch nachbarliche Freundschaft, lokale Hierarchie, schliesslich durch eigenes Interesse und die Hoffnung auf Erhöhung gebunden; diese ihn verpflichtenden Umstände waren aber alle von ihm freiwillig anerkannt und angenommen und er duldete weder eine Kontrole, noch verstand er die Nothwendigkeit irgend eines befehlenden Zwanges. In der That, wozu der Zwang? wozu diese Werkzeuge der monarchischen Macht, die man unter dem Vorwand des öffentlichen Wohles gebrauchte, um den Staatsbürger in Ketten zu legen? Was durch die Republik in Einigkeit beschlossen worden war, würde man ja ruhig ausführen; als Garantie dafür musste das öffentliche Gefühl genügen; Anderes voraussetzen, hiess die Ehre der Szlachta kränken. Aber auch wenn sich Leute fanden, die das Gesetz nicht ehrten und die öffentliche Ruhe störten, war die Intervention der Macht überflüssig: die Schuldigen mussten durch das Gericht von ihrem Vergehen überzeugt werden und das Gericht zwang sie, die Gegend zu verlassen, in der sie sich unmöglich gemacht hatten, oder der gesunde Organismus der Szlachta entfernte sie mota nobilitate aus seiner Mitte. Jedenfalls musste das Heim des Staatsbürgers heilig bleiben und kein angeworbener Soldat, kein nur bezahlter Beamter durfte dieses Heim vergewaltigen. Dieses war der moralisch-politische Codex des polnischen Ritterstandes seit anderthalb Jahrhunderten. Wir wollen nicht behaupten, dass er nicht die höchsten Aspirationen enthielt, aber ist dabei ein Staat, eine Regierung denkbar? Die Staatseinrichtung der Republik beruhte dabei einzig und allein auf dem guten Willen des Staatsbürgers. Dieser gute Wille sollte nie begrenzt werden, und das war zulässig; er sollte aber auch zugleich nie gezwungen, nie verpflichtet werden, und darin steckt ein krankhafter Optimismus. Der gute Wille als Beweggrund, das Gewissen als Kontrole, die Belohnung als Aufmunterung, dies waren die einzigen instrumenta regni. Auf solcher idealen Grundlage ist es unmöglich, einen Staat zu bilden, denn das Volk besteht nicht aus Engeln. Der gute Wille, der keine

Zügel anerkennt, der sich jedem Zwang entzieht, ist eine Einbildung, welche schliesslich dazu gelangt, sich selbst über Alles zu setzen, auch über das eigene Vaterland. Wie man in jedem Menschen schlechte Eigenschaften finden wird, die gezügelt werden müssen, um die guten nicht zu zerstören, so giebt es in der menschlichen Gesellschaft böse Elemente, die, ohne Zügel und Kontrole gelassen, die Oberhand gewinnen und derselben Gefahr bringen. Ein Staat kann nicht bestehen, wenn es ihm an einer Behörde fehlt, die das Recht hat, zu beaufsichtigen und nöthigenfalls zu strafen. Nur im Gehorsam kann der gute Wille die nothwendige Ergänzung finden. Indessen, im Wörterbuche der polnischen öffentlichen Tugenden findet man alle Ausdrücke, nur nicht denjenigen des Gehorsams, und ohne den ist es schier unmöglich, einen Staat zu bilden und zu erhalten. Giebt es einen Menschen, den man nicht durch ewige Liebedienerei verdirbt? Aehnlich muss es dem Volke gehen, das man lediglich durch Aufmunterung und Belohnung regieren wollte, und das sich nicht verpflichtet fühlte, die Befehle der Regierung auszuführen. Da, wo kein Zwang besteht, gehen die guten Eigenschaften zu Grunde, die bösen nehmen straflos zu, Eitelkeit und Gier müssen die Oberhand gewinnen und statt des guten Willens werden phantastischer Egoismus und Eigenwille grossgezogen mit den traurigsten Folgen für den Staat, der sich solchen Gefahren ohne Bedacht ausgesetzt hat. An dieser Stelle wollen wir vorübergehend fragen: Ist die Aufgabe, welche dem „guten Willen des polnischen Bürgers" in der Vergangenheit gestellt und nicht erfüllt wurde, für immer zu Grunde gegangen und für immer erloschen in der polnischen Seele? Die Geschichte kann darauf keine Antwort geben. Wenn wir betrachten, womit das Volk sein nationales Leben heute fristet, und womit es sich aus dem Grabe heraus arbeitet, so werden wir vielleicht begreifen, dass dieses Ideal des polnischen Bürgers „des Mannes des guten Willens" mit dem Fall der alten Republik nicht erloschen, sondern vielleicht nur noch schwerer zu erfüllen ist. Was Polen in der unbegrenzten Freiheit nicht erlangte, muss es heute in der unaussprechlichen allseitigen Bedrückung erreichen, und für die sündhafte, wilde Freiheit der vergangenen Jahrhunderte muss es mit dem zahlen, was der Dichter „die Läuterung durch die Sklaverei" nennt. Der gute Wille im Leiden,

in der harten Arbeit, der gute Wille in der Demuth, im Gehorsam und Erniedrigung; der gute Wille in schmerzlichen Opfern, die dem Bedrückten verboten werden und keine Errettung bringen; der gute Wille im Schweigen und ruhigen Abwarten; der gute Wille in allen Beziehungen zu Verwandten und Fremden, sowohl in jeder häuslichen wie auch öffentlichen Pflicht; endlich der gute Wille im Ertragen der Strafe, welche die göttliche Vorsehung verhängt hat, dies ist für Polen die einzige politische Weisheit, der Weg der Erlösung nach der Vernichtung, und die einzige Bürgschaft einer besseren Zukunft.

Der polnische Psalmendichter ruft: „Um eins nur bitten wir Dich, o Herr, gieb uns die einzig ewige unter Deinen Gnaden: gieb uns guten Willen!“

§ 62.

Die Gesetze werden nicht ausgeführt. Decentralisation der Staatsbehörden.

Wir wollen nun die praktische Anwendung des oben beschriebenen Codex betrachten. Das liberum veto brauchte nicht in das Gesetzbuch eingetragen zu werden, es herrschte ohnedies, wie es auch zu herrschen fortfuhr, nachdem es gesetzlich abgeschafft ward. Die polnischen Historiker sind geneigt, es als den höchsten Ausdruck der Anarchie darzustellen, sie sind darin ungerecht; es war nur eines der Symptome der schweren Krankheit, die den Organismus der Republik zu Grunde richtete. Der Geist der Unbotmässigkeit, der keinen Befehl vertrug und sich nicht zum Gehorsam verstand, war ein grösseres Uebel als das Zerreissen der Land- und Reichstage; ein Volk kann wohl eine Zeit lang ohne Parlamente und Gesetzgebung bestehen, es darf aber nicht ohne Regierung sein. Ohne eine Regierung verliert das Gesetz jede Bedeutung, das staatliche Leben hört auf und die einzigen Grundlagen der menschlichen Gesellschaft werden zerstört. Die Republik befand sich schon in diesem Zustande unter dem letzten Könige der sächsischen Dynastie; die frühere Verfassung wurde nicht befolgt, etwas Neues wollte man aber nicht beschliessen; die Hauptorgane des öffentlichen Dienstes wirkten nicht mehr zusammen, und das erste Bedürfniss eines Gemein-

ns, das Bedürfniss nach Recht und Gesetz, wurde immer nach-
ger befriedigt. Es lohnt der Mühe, sich von diesen Mängeln
berzeugen, um die Wichtigkeit der Reformen zu begreifen,
mit der Einrichtung des permanenten Rathes geschaffen
en, und damit zugleich die Gründe seiner Unpopularität zu
ehen.

Dass man Gesetze nicht ausführte, war ein altes Uebel,
ıes natürlich mit der Machtlosigkeit der Regierung nur
sen musste. Man kann wohl die volumina legum als
rsenal von Gesetzen, das selten oder nie in Anwendung kam,
chten. Jede Obliegenheit der Staatsangehörigen war darin
trengen Strafen verbürgt, allein man wagte niemals, solche
renden; später wurden die Strafen herabgesetzt, blieben
auch dann noch ohne Anwendung. Als Beispiel können
as Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht nehmen, welches
glich bei Todesstrafe jeden Sclachcic verpflichtete. Zu
des 17. Jahrhunderts wird die Todesstrafe in Konfiskation
ındelt. Beide Strafen kamen aber niemals in Anwendung.
Gesetze verboten das Unruhestiften bei den öffentlichen
mmlungen, das Tragen der Waffen im Saal der Verhand-
n; sie straften alle diejenigen, welche Stimmen kauften
len Landtag zu zerreissen wagten u. s. w. Solche Vergehen
ı alle in den Verfassungen umständlich aufgeführt, und doch
n im öffentlichen Leben allerorten diese strafbaren Vor-
unaufhörlich und ungestraft statt. Ebenso war die Steuer-
ung, die Kontrole derselben in Bezirken und Starosteien,
rhaltung der befestigten Starosteien geregelt worden, durch
konfiskation und Verbannung im Falle der Vernachlässigung
lich gewährleistet, nie hatte man jedoch von Anwendung
r Strafen gehört.*)

Venn auch eine Reichstagssession glücklich zu Ende ging
eue Gesetze feststellte, — im Lande spürte man nichts davon,
blieb beim Alten dank der Schwäche der vollziehenden Ge-
nd weil Alles lediglich auf dem guten Willen der Staatsbürger
te. Ein deutscher Kritiker sagt mit Recht, dass, während

) Siehe über die Pflichten der Staatsbürger und Beamten mit ent-
enden Strafen bei Hofman, Bild der Regierung und der Gesetz-
des alten Polen (Przeglond Poznanski 1847 und 1848), auch bei
ich. Das allgemeine Recht des Königreichs Polen, die entsprechenden
l.

die Fabrikation der Gesetze im 17. Jahrhundert und unter Stanislaw August blühte, die Beschlüsse des Reichstags kaum den Werth des Papiers besassen, auf dem sie geschrieben waren.*) Er macht auch die Bemerkung, dass, während die Gesetze zweier Jahrhunderte (1347 bis 1550) einen einzigen Band bilden, die Verfassungen von 170 Jahren (1611 bis 1784), die auf 30 Reichstagen beschlossen wurden, sechs dicke Bände ausfüllen. Wann war also Polen mächtiger, bei einer geringen Zahl von Gesetzen und Parlamenten und mit einer kräftigen Regierung, oder mit einer Unzahl von diesen und ohne Regierung?

Seit dem Ende des 16. Jahrhunderts wurde es zu einem unabänderlichen Grundsatz, dass der König zwar das Recht hatte, alle höheren Beamten und die Häupter der Verwaltung zu ernennen, aber nicht abzusetzen, dadurch verlor er alle Mittel der Kontrole und jeden Einfluss auf dieselben. Bei der völligen Straflosigkeit, die daraus entstand, wurden allmählich die grösseren Verwaltungszweige, wie die Finanzen, das Reichsmarschallamt, das Oberkommando über die Armee und die Reichskanzlei, zu einer Art Privilegien, die von dem Inhaber dieser Aemter ausgebeutet wurden. Die Republik stellte einen Wagen dar, dessen Lenker mit gebundenen Händen dasass, während die vier Pferde nach verschiedenen Seiten zogen. Als Beispiel davon möge der Umstand dienen, dass die Hofmarschälle nach eigenem Ermessen den Juden und Bürgern der Hauptstadt Steuern auferlegten, und zwar nicht für die Republik, sondern für sich selbst. Früher verwalteten sie nur den königlichen Hof, später dehnten sie ihre Macht über die ganze Hauptstadt aus und geriethen in Prozesse mit dem Warschauer Magistrat, mit dem Steueramt und mit den Wojewoden von Masovien. Die Kanzler nahmen Städte und Domänen unter ihre Obhut, erliessen königliche Gnadenbriefe, beeinflussten die Ernennung der geringeren Beamten in den Wojewodschaften und Bezirken, richteten und urtheilten zwischen der Szlachta und den Bürgern und benutzten das Alles, um sich eine eigene Partei zu bilden, nicht für den König und die Regierung, sondern für ihre eigene Person. Die öffentliche Meinung, welche die Finanzbeamten für die Armuth des Reichsschatzamtes verantwortlich machte, zeigt

* Hueppe, Verfassung der Republik Polen. Berlin 1867. S. 25.

genügsam, was dieselben waren. Auch war es herkömmlich, dass die Finanzverwaltung ohne Kontrole arbeitete und Kontrakte zum Schaden des Reiches abschloss; der König besass nicht das Recht, diese Beamten zur Verantwortung zu ziehen, und die Reichstage, welche die Rechnungen zu prüfen hatten, wurden gar zu leicht und oft gesprengt, ehe solche Dinge diskutirt werden konnten. Diejenigen Magnatenhäuser, welchen kein Finanzbeamter angehörte, waren stolz darauf, denn man konnte ihrem Reichthum keinen zweifelhaften Ursprung zuschreiben. August III. musste ausdrücklich versprechen, die Finanzverwaltung dem Meistbietenden nicht verkaufen zu wollen. Was soll man nach alledem von den allmächtigen Hetmanen sagen, welche die Armee befehligten, dieselbe unterbringen konnten, wo es ihnen bequem war, und das Recht hatten, so viele Offiziere zu ernennen, wie ihnen beliebte? Um es kurz zu sagen: sie hatten die Landtage in ihrer Macht, sie bildeten einen Staat im Staate, waren die wirklichen Landesherren, führten eine eigene auswärtige Politik und erdreisteten sich sogar, an die Pforte eigene Gesandte abzuschicken. Es gab eine Zeit unter August III., in der die Kavallerie an der Grenze der Ukraine aufgestellt war, um Zölle zum Schaden des Staates zu erpressen; auf solche Weise eignete sich der damalige Hetman eine ganze Million ausserordentlicher Einnahmen an. Es versteht sich, dass bei solcher Eigenmächtigkeit in den verschiedenen Zweigen der Verwaltung keine Rede von einem einheitlichen Zusammenwirken sein konnte, eine Berücksichtigung öffentlicher Bedürfnisse und umsichtige Benutzung der Landeskräfte war undenkbar. Alle wichtigen, das allgemeine Staatsleben betreffenden Angelegenheiten wurden den Reichstagen zugeschoben, diese aber allzu oft gesprengt, nur um privaten Interessen zu dienen. Das Privatinteresse war auch das einzige Ziel der meisten hohen Beamten. Ohne Zweifel wäre es für die Republik ein Glück gewesen, von Leuten regiert zu werden, die durch hohe Geburt, hervorragende Bildung, ausgezeichneten Charakter und Fähigkeiten sich hervorthaten. Solche gab es aber nicht mehr, und nichts kann einem Staat gefährlicher sein als das Regiment einer degenerirten Aristokratie. Alle Republiken, welche durch eine solche regiert wurden, sind zu Grunde gegangen; Karthago musste untergehen, trotz ausserordentlich

genialer Herrscher, und in Venedig half ihnen die Tradition des Ruhmes und der Klugheit auch nichts.

Das Uebel wurde immer grösser. Der Geist der Unabhängigkeit und der Eigenwille, der sich der ganzen Szlachta bemächtigte und allmählich alle Behörden des öffentlichen Dienstes erfüllte, drang auch in die Gerichte ein, und hier brachte er unermesslichen Schaden. Das Bild des Verderbens, welches wir darstellen wollen, würde nicht vollständig sein, wenn wir nicht die Verheerung erwähnten, welche bald in diesem Zweig der Verwaltung entstand. Die moderne Theorie des öffentlichen Rechtes stellt die Theilung der gesetzgebenden, der vollziehenden und der gerichtlichen Gewalten als die Grundlage jedes Staatslebens hin. Gewiss ist diese Theilung nothwendig und durch die Verschiedenheit der öffentlichen Interessen geboten, allein wenn man dieselbe zu streng durchführen wollte, könnte sie verderbliche Folgen haben. Jeder Erfahrene wird zugeben, dass es unmöglich sei, die Gesetzgebung völlig von der Regierung zu trennen, auch lässt sich das Gerichtsverfahren nicht ohne Gefahr von ihr absondern. Der Begriff des Regierens widerstrebt solchem Vorgehen, denn die Vorsehung hat die Regierung dazu bestimmt, das Recht zu schützen und Böses zu strafen. Die absolute Trennung der gerichtlichen von der königlichen Macht, so wie sie im polnischen Reich durchgeführt wurde, hat in ihren Folgen gezeigt, wie verderblich sie sein kann. Als Stefan Batory, oder vielmehr sein Kanzler Zamojski ein höchstes und unabhängiges Tribunal schaffte, welches dem König das ermüdende Richteramt abnehmen sollte, zeigten sich sehr bald, schon unter Sigismund III., die üblen Folgen dieser Einrichtung. Man sah sich genöthigt, besondere Gerichte für religiöse Rechtsangelegenheiten einzurichten, um nicht wichtige Staatsinteressen der Parteisucht preiszugeben. Auch später bemühten sich die Könige, wenigstens indirekt und durch die Wahl der Richter ihren Einfluss im höchsten Gerichtshof aufrecht zu erhalten, um dort einige Verfechter der Staatsidee zu haben. Es gelang aber nur selten; und darum sehen wir in der Unabhängigkeit der Gerichte von der Staatsgewalt einen Hauptgrund für die Spaltung zwischen Monarchen und Ritterstand (Szlachta). Die Solidarität der Städte mit dem König

on als bester Beweis dafür gelten, weil die städtischen Ge-
.hte von dem König und seinen Ministern abhingen.

Der Ritterstand selbst und der Charakter der Nation wurden
rch diese Lage der Dinge noch mehr geschädigt als der
önig selber. Die erste Folge der passiven Haltung der Re-
erung ward die Nachlässigkeit der Richter und der Gerichts-
putirten. Für die Parteien war diese Nachlässigkeit um so
npfindlicher, als die Gerichte nur zeitweise in bestimmten Zeit-
ınkten tagten; „das Publikum schimpfte auf den Müssiggang
r Magistratur“, doch war kein Mittel vorhanden, sie zur
inktlichkeit zu zwingen. Noch schlimmer war die allgemein
kannte Parteilichkeit der Richter, ein Zeitgenosse sagt: „Die
arosten brauchten das jus gladii, nicht um öffentliche Ruhe
. wahren, sondern für ihre eigenen Zwecke, und die Richter
irthschafteten nach Belieben mit den Gütern der Staatsbürger.“*)
ach in diesem Falle war keine strafende Gewalt vorhanden,
r öffentliche Tadel richtete nichts aus, besonders wenn der
rteiliche Richter sich der Gnade eines Magnaten erfreute und
n Zwecken desselben diente! „Eine Unordnung wie im Tri-
ınal“ war zum Sprichwort geworden! Und wahrlich über-
eiben wir nicht, wenn wir die Tribunale für Lithauen und für
olen eine Schule schlechter Sitten und das dabei beschäftigte
eamtenthum, welches meistens mit den Bevollmächtigten der
agnaten verwandt war, eine Clique der schlimmsten Art
nnen. Es giebt heute Schriftsteller, welche die Verirrungen
eser Gerichtsleute mit Genuss schildern, allein ernstere Autoren
eser traurigen Epoche finden nicht genug Worte der Ent-
ıstung über den Leichtsinn und die Laster, welche den Richtern
gen waren.

„Die Gerichtshöfe“, sagt Staszic, „dienten nur, um der Nation
ı beweisen, welche Partei die stärkste war!“**) Krasicki belehrt
ıs in seinem „Doswiadczynski“, welche Ränke und Arglisten
ısgetüftelt wurden, um das Gesetz zu umgehen, oder einen
rozess bei Seite zu schieben; welche Mittel angewandt wurden,
n die Bestechlichkeit der Richter zu verdecken; der Autor

*) Briefe eines Abgeordneten an seinen Vater u. s. w. 1788. IV. Theil,
ite 10.

**) Warnungen für Polen 1790, S. 90. — Poln. Przestrogi dla Polski.

erzählt, was ihm selber zugestossen, als er geistlicher Vorsitzender des Gerichtshofes in Lublin war. Unter Stanislaw August wurden der Fürst Czartoryski, drei Malachowski, Dombowski und Krasinski überschwenglich gelobt, weil sie in ihrem Amt als Vorsitzende der Gerichtshöfe Beweise von untadelhafter Ehrenhaftigkeit und Rechtsgefühl lieferten; dieses Lob kann auch als Beweis dafür gelten, wie es anderweitig damit bestellt war. Für die Unbemittelten war es hoffnungslos, Gerechtigkeit zu suchen, denn die Kosten der Prozesse waren übermässig. Die Magnaten setzten überall ihre Kreaturen hin, und mit diesen war es unmöglich, zu rechten.

Zu diesen Gebrechen gesellten sich noch der Mangel eines systematischen Gesetzbuches, die fehlerhafte Redaktion der polnischen Verfassungen und die Menge der ausfüllenden Gesetzparagraphen, die im Gerichtshof Anwendung fanden. „Die Verworrenheit der Gesetze und die vielen Formalitäten erschweren überall die Handhabung der Gerechtigkeit“, schreibt Stackelberg, „in diesem Lande wird es aber hundertfach schwerer.“ Das Gesetz verlangte zwar genaue Kenntniss der Landesgesetze von den Richtern und Justizkommissionen, aber es geschah nichts, um die Verwirklichung dieser Verordnung zu kontroliren; die Gerichtsbeamten studirten nicht und machten sich nur in der Gerichtspraxis mit den Gesetzen bekannt, sie legten keine Prüfungen ab und schalteten nach eigenem Ermessen und Gewissen. Die Urtheile wurden in den meisten Fällen nicht vollstreckt, denn die Mittel dazu waren nicht gesetzlich bestimmt worden. In den Civilprozessen durfte die gewinnende Partei das Urtheil der Gerichte ausführen; das konnte sie aber nur, wenn sie die Kräfte und Mittel dazu besass; wenn aber der Gegner stärker war und sich nicht fügte, so diente die mit so vielen Mühen und Kosten erhaltene Verurtheilung zu gar nichts. Bei Kriminalverbrechen waren die Starosten nur dann befugt, das Urtheil zu vollstrecken, wenn es sich um Staatsverbrechen handelte, bei allen anderen privaten Angelegenheiten durften sie nicht einschreiten. Man kann aus diesen Thatsachen leicht ermessen, wie viele Verbrechen ungestraft blieben und wie jede Frechheit begünstigt ward!...“ Wir wollen hier nicht Essens Kritik unserer Gesetzgebung citiren: sein Bild erfüllt uns mit Scham und ist vielleicht

nseitig, aber auch einige uns freundlich gesinnte fremde
chriftsteller erzählen, dass unsere Gerichtshöfe der Gegenstand
lgemeinen Spottes in Europa wurden.*) Die Verfassung vom
ahre 1532 enthält den Ausspruch, „dass es erlaubt sei, Gewalt
it Gewalt zu vertreiben“. In der Praxis, die sich aus diesen
uständen entwickelte, musste in der That jede Vergewaltigung
it ähnlicher Münze heimgezahlt werden. Wer keine Macht
esass, musste sich fügen. Und so fügte sich der Bauer in
lles, was sein Herr ihm auferlegte; der Jude fügte sich in
as Unrecht, wenn er nicht Geld genug hatte, um es ab-
ukaufen; der Bürger fügte sich, wenn es ihm nicht gelang,
ie städtischen Gerichte für seine Sache zu interessiren;
chliesslich musste auch der ärmere Szlachcic sich fügen, wenn
n ein Magnat gekränkt hatte. „Behüte Gott“, schreibt
taszic, „dass ein Szlachcic es gewagt hätte, sich einem dieser
rossen Herren zu widersetzen und das Gemeinwohl zur
eltung zu bringen! er hätte keine Ruhe mehr und müsste froh
ein, wenn es ihm nicht das Leben kostete. Schliesslich erhielt
r eine gerichtliche Vorladung mit den nöthigen Dokumenten,
ie ihm bewiesen, dass er nicht der legitime Besitzer seines
utes sei!“

§ 63.

Die erste Probe der Regeneration der Regierung.

Das Vorhergehende zusammenfassend, müssen wir also be-
nen, dass der kriegerische Geist der Nation unter der Leitung
r unabhängigen Hetmane stark abgenommen hatte; dem un-
rantwortlichen Finanzminister war der Reichsschatz abhanden
kommen und die unabhängigen Gerichtshöfe kannten keine
erechtigkeit mehr. Gleiche Gefahr drohte dem Staat und
inen Bürgern. Erste Aufgabe jeder Reform musste also sein,
n Geist der Unbotmässigkeit der Behörden sowohl wie der
dividuen zu brechen, um das Verderben von der Republik
zuwenden, das ihr nicht nur von aussen durch mächtige
chbarn, sondern auch von innen drohte.

Die Reform der Czartoryski hatte etwas Ordnung in die
erwaltung der Armee und der Finanzen gebracht, war aber

*) Kausch, Nachrichten über Polen. Salzburg 1793, II. 19.

dabei stehen geblieben. Der Reichstag vom Jahre 1768 hatte die Vollstreckung der Gerichtsurtheile dem Kriegsdepartement übertragen. Diese rettenden Maassregeln waren aber alle zur Zeit der Konföderation von Bar, welche die Republik mit Unruhe erfüllte, wieder ausser Geltung gekommen. Dann folgte der Theilungs-Reichstag. Wir können hier nicht auf die Geschichte dieser Zeit eingehen und die Umstände darlegen, welche bei der Entstehung des permanenten Rathes während dieses Reichstages obwalteten; wir wollen nur diese Behörde als fertiges Resultat der Bemühungen des Königs während der Jahre 1774 bis 1776 betrachten. In der Verfassung dieses Jahres 1776 finden wir die Befugnisse des neu geschaffenen permanenten Rathes folgendermaassen beschrieben. Unter Mitwirkung des Königs soll der permanente Rath, zwar ohne sich in die Gesetzgebung einzumischen und die Gerichtsgewalt zu beeinflussen, die pünktliche Ausführung der Gesetze beaufsichtigen und Niemandem die eigenwillige Interpretation derselben gestatten; in zweifelhaften Fällen sollte er entscheiden und in jeder Weise vim legis executivam ausüben. Alle Ministerien, Gerichtshöfe und die Bürger aller Stände sind diesem permanenten Rath unterthan: sub poena suspensionis ab officio, im Falle der Widersetzlichkeit. Nur die Richter, ex judicato, entgehen dieser Strafe.

Man wird zugeben, dass der permanente Rath bei solcher Definition, in der Befugniss, das Gesetz ausführen zu lassen, Beamte zu beaufsichtigen und, im Falle der Widersetzlichkeit, abzusetzen, die Hauptattribute einer starken Regierung zu besitzen schien, welche Polen seit zwei Jahrhunderten zu seinem Schaden entbehrte; es war, wie der Kastellan Opacki treffend bemerkt, „die glückliche Erfindung, die unsere Vorfahren nicht gemacht hatten“. Freilich wird uns dieser permanente Rath weniger gefallen, sobald wir seine Organisation näher betrachten. War er auch ein entschiedener Schritt aus der obwaltenden Anarchie heraus, so war es doch ein Schritt in republikanischer Richtung und auf Kosten der königlichen Macht. Um dem Rathe eine grössere Bedeutung zu verschaffen, hatte man dem König das Recht der Ernennung der Beamten genommen, ihm nur die Möglichkeit gelassen, zwischen drei vom Rath vorgeschlagenen Kandidaten zu wählen. Ausserdem war der

Monarch verpflichtet, Alles zu unterschreiben, was der Rath lurch Stimmenmehrheit beschlossen hatte, so dass er eigentlich iur ein Anhang des Rathes wurde, oder, wenn man will, ein :ostspieliges Ornament. Der permanente Rath bestand aus Bischöfen, 11 weltlichen Senatoren, 4 Ministern und 18 Mitliedern des Ritterstandes; eine bunte Zusammensetzung, welche m Garantieakt mit dem Umstande begründet wird, dass die leichheit der Stände ein Prinzip des polnischen Staates und er Ritterstand als Theilnehmer der Gesetzgebung auch verflichtet sei, an der ausführenden Gewalt theilzunehmen.*) Von olchen Prinzipien hatte man aber in Polen nichts gehört, und chwerlich wird man behaupten wollen, dass in Polen Gleichheit ler Stände herrsche: der vom König ernannte Senat war dem König nie gleichgestellt gewesen; auch hatte der Ritterstand, er im 15. Jahrhundert zur gesetzgebenden Macht zugelassen urde, keinen Antheil an der ausführenden Gewalt, insofern ine solche überhaupt bestand. Es waren Neuerungen, die den onservativen Sinn der Szlachta kränkten und der Uebermacht er aristokratischen Elemente, die von jeher in Polen sich eltend machten, gar nicht entsprechend waren.**) Auch war es npopulär, dass man den König seines Rechts der Ernennung er Beamten beraubte, um sie dem Rath zu geben: „Ohne dieses", agte man, „ist der König kein König mehr, nur ein venezianischer Doge." Es war auch eine offenbare Verletzung der pacta conventa, die von der Nation bis dahin immer geachtet worden waren.

Und gewiss wäre es besser gewesen, aus den alten Einichtungen auszusondern, was noch daran gesund war, und solche lemente den neuen Bedürfnissen des Staates anzupassen. Polen esass schon den Senatorenrath: ad latus regis für die Zeit wischen den Reichstagssessionen; dieser Rath, vielleicht verehrt, modifizirt und mit den Attributen, die man der neuen ehörde verliehen hatte, ausgestattet, hätte wohl ausreichen önnen. In dieser Weise hätte man auf dem bestehenden undament etwas Nützliches gebaut, statt revolutionäre

*) § 4, Artikel 11. 1775.

**) Wir wollen jedoch bemerken, dass man bald sich mit der Beiligung des Ritterstandes versöhnte und dass Viele darin eine Verbesserung hen.

Neuerungen einzuführen, die sich eben nur mit Gewalt erhalten liessen.*) In der Praxis erwies sich die Zusammensetzung des permanenten Rathes in jeder Weise schädlich. Wäre er nur aus Senatoren gebildet worden, so hätte er sicherlich mehr Einigkeit und auch mehr Geschäftskenntniss gezeigt. Die Wahl aus verschiedenen Ständen und Parteien brachte Leute der verschiedensten Richtungen zusammen, die noch dazu nicht die nöthige Befähigung besassen. Dieselben blieben zwei, höchstens vier Jahre im Amte und traten wieder aus, wenn sie eben angefangen hatten, Schulung und Erfahrung zu erlangen, die in solchen Stellungen unentbehrlich ist. Wie durfte man etwas Anderes als Chaos, Müssiggang und Uneinigkeit von solchen Elementen erwarten? Stellen wir uns nur diese Vereinigung von unerfahrenen Leuten unter der Leitung und Mitwirkung eines Königs wie August III. vor. Müsste es nicht alsobald zu vollkommener Anarchie und grösster Verwirrung kommen. Wie es nun geschehen konnte, dass der permanente Rath unter Stanislaw August trotz der bunten Elemente, die ihn bildeten, einig blieb, dass es ihm gelang, ein gewisses Programm auszuführen, dass er seine Pflichten nicht vernachlässigte und dass wir sogar überall, in allen Zweigen der Verwaltung, Spuren eines belebenden Geistes finden, der offenbar von ihm herstammte, dass endlich trotz solcher Anarchie und eingewurzelter Unordnung Ruhe und Sicherheit im Lande herrschten, soll uns die Schilderung folgender Thatsachen darlegen.

§ 64.

Einfluss des Königs auf den permanenten Rath.

Der permanente Rath war in fünf Departements gegliedert: das Auswärtige Amt, das Marschallamt, das Kriegsamt, das Justizamt und das Finanzamt. Das erste bestand aus vier Mitgliedern, die übrigen aus acht. Jedes ward von einem Minister verwaltet, das Justizamt hatte einen Bischof zum Vorsitzenden; alle hatten besondere, von der Regierung besoldete Beamte und

*) Wir hatten Gelegenheit, zu sehen, wie die Opposition diesen alten Senatorenrath dem neuen permanenten als löblich gegenüberstellte. Sie wollte denselben wiederherstellen, jedoch mit dem Vorbehalt, dass er nicht mehr Macht als früher erhalten sollte.

ithe. Die verschiedenen Departements zusammengenommen ldeten den Rath in pleno. der alle Dienstag und Freitag sich r Berathung versammelte. In der Abwesenheit des Königs usste der Primas oder einer der Bischöfe präsidiren. Vor der Sitzung vereinigte der König die Minister, die Referendare nd Sekretäre bei sich, um wichtigere Angelegenheiten näher u betrachten und die Beschlüsse zu erörtern. Die Wachsamkeit des Königs liess keine Vernachlässigung der Geschäfte zu nd gab allein dem ganzen Rath eine einheitliche Richtung. eben den fünf Aemtern des Rathes hatte Stanislaw August benso viele Kanzleien, die er selber unterhielt und aus eigenen itteln bezahlte. Diese waren von begabten und fähigen euten besetzt, die nur von dem König abhingen und fleissig beiteten, sie sollten die Aufgabe des Rathes nur erleichtern. rden aber allmählich zu den Hauptorganen der Regierung.*) s konnte auch nicht anders sein: die Räthe als Mitglieder des rmanenten Amtes blieben nur einige Jahre im Amte, hatten ine Erfahrung in der Leitung der Geschäfte und unterlagen durch dem Einflusse des Königs, der eine aussergewöhnliche beitskraft und ein vortreffliches Gedächtniss besass. Wie die nze Militärverwaltung in die Hände des Generals Komarzewski ergegangen war, der nicht einmal den Titel eines Kanzleihes bei dem permanenten Rath innehatte, führte der König t Hülfe seines privaten Beamten Namens Kicinski die ganze swärtige Korrespondenz. Zur Erledigung derjenigen Geschäfte, e vom Rath nicht besorgt wurden, hielt der König besondere amte und besoldete sie, soweit ihm seine Mittel das erlaubten. er Unterkanzler Chreptowicz beaufsichtigte im besonderen ftrag des Monarchen die Landtage und Gerichtshöfe in hauen: in Ruthenien besorgte Stempowski dasselbe Amt, in oss-Polen Raczynski, dann später Gorzenski. Auch in den jewodschaften hatte Stanislaw August getreue Freunde, die t ihm korrespondirten und ihn von Allem unterrichteten: beantwortete ihre Briefe pünktlich; so sind in Krakau

*) Um die Zeit, welche wir schildern, waren folgende Herren Direktoren fünf königlichen Kanzleien: Dzieduszycki, Kicinski, Badeni, Ghigiotti, re; der uns schon näher bekannte Komarzewski war Direktor der lei für Kriegswesen. Diese Kanzleien bildeten beinahe ein besonderes sterium.

Milachowski, in Chelm Polityllo, in Braclaw Grocholski, in Wolhynien Bryczewski und viele Andere bekannt geworden. Die kirchlichen Angelegenheiten hatte der Bruder des Königs, der Primas, zu verwalten; er stand in Beziehungen zu Ghigiotti, dem Direktor der sogenannten römischen Kanzlei. Auch die Uniatenkirche hatte im Monarchen ihren Beschützer, weil er in persönlichen Beziehungen mit dem Metropoliten Smogorzewski blieb. Alles geschah im Einverständniss mit dem permanenten Rath, meistens in seinem Namen, aber lediglich durch die persönliche und kräftige Initiative des thätigen Monarchen. Natürlich mussten die Mitglieder des Rathes vom König sorgfältig gewählt und die Wahl durch vertrauliche, eifrige Bemühung jedesmal gesichert werden. Nach alledem erscheint uns der Rath doch in diesem Falle als ein passendes Regierungsorgan, das sowohl den König schützte, wie es auch seinen Willen und seine Wünsche ausführte.

Durch unermüdliche Sorgfalt, besten Willen und unzweifelhafte Geschicklichkeit, jede Gelegenheit zum Besten seines Landes auszunutzen, durch immer bereite Dienstfertigkeit seinen Unterthanen gegenüber gewann Stanislaw August trotz verminderter Kronrechte und -attribute unzweifelhaft mehr Macht und Einfluss, als seine Vorgänger auf dem Throne seit anderthalb Jahrhunderten besessen hatten. Sogar Essen, dessen Lob immer karg ist, muss diese Thatsache zugeben. Eine Hauptbedingung dafür bildete freilich die Unterstützung des russischen Gesandten; ohne eine gewisse Nachgiebigkeit des Monarchen diesem gegenüber gab es keine Möglichkeit, die Opposition zu bekämpfen und die königliche Partei beisammen zu halten. Daran war der bedrängte König nicht schuld und man kann ihn allein dafür nicht verantwortlich machen. Die Opposition wuchs beständig, schon durch den Umstand, dass ihre Ideen populär waren. Es kostete wenig, solchen Ideen zu huldigen; eine blinde Opposition war stets einträglicher als gewissenhafte Arbeit im öffentlichen Dienste im Sinne der Regierung. Seit lange war es so schwer, Polen zu regieren, dass, wenn der Monarch alle ihm entgegengestellten Schwierigkeiten und Intriguen besiegt hätte, ihm wenig Kraft übrig geblieben wäre, etwas Gutes durchzusetzen. Viel kostbare Zeit wurde mit kleinlichen Zänkereien verloren. Bedenke man nur, welche Energie und Kraft auf Angelegenheiten

ie die des unglücklichen wahnsinnigen Soltyk*) oder der Hoch-
aplerin Dogrumow verschwendet wurde! Welche Anstrengungen
ostete es, sich der Frechheit und Betrügereien eines Branicki
ı erwehren! Welches Gedächtniss erforderte es und welche
'orsicht war nöthig, diesen Schwarm von eitlen, empfindlichen,
vig frondirenden Magnaten zu befriedigen und richtig zu be-
andeln! und welches trostlose Bild bieten uns die Reichstags-
erhandlungen, wenn wir seine Debatten durchlesen?! Unter
lchen Bedingungen wäre es schon lobenswerth, wenn der
ermanente Rath nichts geradezu Schlechtes geleistet hätte;
an kann leider nicht dasselbe von den übrigen Perioden der
egierung Stanislaw Augusts behaupten!

Von der Thätigkeit des permanenten Rathes lässt sich aber
esentlich mehr als jene Negation seiner Schädlichkeit behaupten,
ıd wir wollen einige seiner guten Leistungen hier anführen.
ass das Kriegsdepartement Nützliches vollbrachte, hauptsächlich
urch die umsichtige Initiative des Generals Komarzewski, ist
ıs bekannt; auch die anderen Departements konnten Ver-
esserungen in der Verwaltung aufweisen. Die Polizeiverwaltung,
e vom Marschallamt abhing, dehnte sich von der Hauptstadt
it Hülfe der Wojewoden und unter Mitwirkung der Bürger auf
e Provinzen aus. Man ordnete die Verwaltung der Städte,
nutzte die Einnahmen der Liegenschaften, um Rathhäuser und
irchen herzustellen und die Städte zu pflastern; durch die
rrichtung einer ärztlichen Akademie versorgte man die Land-
zirke mit Aerzten, man entfernte ganze Banden von Bettlern
ıd Wanderern und verjagte die Räuber. Das Finanzministerium
warb sich grosse Verdienste durch genaue Kontrole der Steuer-
itreibung. Trotz der Weigerung der Kammer, neue Steuern
nzuführen, finden wir in zwölf Jahren den Reichsschatz um
nf Millionen polnische Gulden vermehrt und die Bilanz der
aatsrechnungen mit Ueberschüssen geschlossen, die im Jahre

*) Es handelte sich um die Einsperrung des wahnsinnigen Bischofs
ltyk. Auf dem Todtenbette erklärte er, dass ihn Gott gestraft habe und
nen Verstand zeitweise verdunkelte. Briefe dieses Unglücklichen, während
r Einsperrung geschrieben, beweisen uns, dass er wirklich zeitweise einem
müthsleiden unterlag; wie viele solche Kranke war er bei vollem Ver-
ade, als die Todesstunde nahte, und gab sich von allem Geschehenen
chenschaft.

1788 drei Millionen erreichten. Diese Thatsachen können als genügende Beweise besserer Ordnung und vernünftiger Sparsamkeit gelten. Nichts Aehnliches ward bei der früher unverantwortlichen Verwaltung erlebt.*) Auch eine Bergwerkskommission, welche von dem König unter dem Vorsitz des Bischofs Szembek eingerichtet worden war, bestand in diesem Ministerium; dank ihren Bemühungen entwickelten sich sehr bald Eisenwerke und lieferten in kurzer Zeit Eisen genug, um den Bedarf des Landes zu decken und den Handel ins Ausland mit Erfolg aufzunehmen. Hier muss man auch der Handelsgesellschaft gedenken, welche von diesem Ministerium geschaffen wurde, um die Schifffahrt im Schwarzen Meere zu organisiren, welche polnisches Korn bis nach Marseille führte. Leider unterbrach der türkische Krieg diesen wichtigen und einträglichen Handel. Die Aufgabe des Justizamtes war wohl die schwerste, und seine Wirksamkeit verschaffte dem permanenten Rath noch mehr Feinde als die des Kriegsdepartements. In der That, wie sollte dieses Amt ohne ein neues Gesetzbuch, ohne vereinfachte Prozedur, ohne Rechtsschule, ohne bezahlte Richter, die zu Staatsprüfungen gezwungen worden wären, verrottete Uebel und Missbräuche beseitigen, die nur durch strengste Maassregeln auszurotten waren?! Innerhalb der ihm zugemessenen Machtsphäre konnte dieses Amt als ein Theil des permanenten Rathes nur wenig thun, ausser dass es in zweifelhaften Fällen das Gesetz auslegte und Berichte über den Verlauf der Verhandlungen von den Gerichtshöfen verlangte. Der König seinerseits schenkte diesen brennenden Fragen viel Aufmerksamkeit und bemühte sich besonders, rechtschaffene Leute zu ermuntern, in das Richteramt einzutreten. Er wies 40 000 Gulden aus seinen Privatmitteln an, um solchen zu helfen, die dazu nicht reich genug waren. Wir besitzen Briefe, welche seine Sorgfalt in diesen Fragen vortheilhaft beleuchten. „Da es meine königliche Pflicht ist, das Recht zu schützen", so bittet er die Marschälle der Gerichtshöfe, die Gerichtstage nicht zu vernachlässigen, auf die sich verspätenden Mitglieder desselben keine Rücksicht zu nehmen und den Sitzungen streng und pünktlich zu präsidiren. Am

*) Siehe die Rede des Abgeordneten Friedr. Nossynski am 15. Januar 1789.

wenigsten lässt sich über das Auswärtige Amt sagen. All sein :rachten war darauf gerichtet, gerechtere Behandlung seitens er preussischen Zollämter auf der Grenze zu erlangen; die ielen erhalten gebliebenen Noten beweisen leider, dass diese emühungen keinen Erfolg hatten und an dem beispiellosen 'ynismus Friedrichs des Grossen scheiterten; war es doch zum ystem geworden, die schwache polnische Regierung verächtlich ı behandeln und ihre Vorstellungen nur dann zu berücksichtigen, enn sie durch Stackelbergs Noten unterstützt wurden. Auch ı diesem Amte fand der König Gelegenheit, einige tüchtige iplomaten auszubilden, die als gewissenhafte Arbeiter genannt erden können, z. B. Dzieduszycki, Deboli (Gesandter in Petersırg), Bukamy und Chrzanowski (Gesandter in Konstantinopel). uch gelang es, in einigen Hauptstädten Legationen und Konılate einzurichten, welche die Interessen der polnischen Reisenden irklich wahrten und den Vortheil ihres Landes im Auge beelten.

§ 65.

ie Mängel des permanenten Rathes und seine Gegner.

Haben wir somit, auf Thatsachen gestützt, unsere Behauptung ıer den Fortschritt in der Verwaltung und das systematische reben nach Verbesserung, welche den permanenten Rath ausichneten, in dem letzten Abschnitte zu beweisen gesucht, so ollen wir ihn doch von Fehlern und einzelnen Fehltritten nicht wa freisprechen; im Gegentheil, es gab deren genug und musste rer bei der unpraktischen Organisation und dem Verfall der ınzen Nation geben. Gott giebt jedem Volke im Anfange ines Daseins grosse Herrscher, kräftige und geniale Adminiratoren; ein Volk aber, welches so grosse Vortheile vergeudet, ınn nur nach grossen Anstrengungen sie wieder erlangen. ernt es nicht, seine Verwalter zu achten und zu stützen, so erden aus seiner Mitte keine bedeutenden Menschen entstehen. ichtsinn und Unbotmässigkeit der Regierten wird mit Unständigkeit, Gewaltthätigkeit und Hochmuth der Regierenden straft und nichts Dauerhaftes kann Wurzel fassen. Der perınente Rath war der erste Versuch einer regelrechten Regieıng in einem Staat, der seit 100 Jahren einer solchen entbehrte; es da zu verwundern, dass dieser Versuch in vielen Beziehungen

unzulänglich war? Fehlte es doch an administrativen Kräften, denn bei den besten Absichten konnten die dazu berufenen Gutsbesitzer nichts ausrichten, es gebrach ihnen an Energie und an Entschiedenheit im Auftreten, ohne welche eine Obrigkeit nicht bestehen kann; sie misstrauten ihrer eigenen Macht, waren gemüthlich und schwerfällig, wo Umsicht und rasche Entschluss-fähigkeit allein von Nutzen sein konnten. Eine Menge kleinlicher Rücksichten wurden beobachtet und Reklamationen und Einwürfe fremder Mächte schüchterten die Meisten ein! Am schlimmsten ward aber der Rath von der Kritik und den Vorwürfen der Opposition betroffen, und nach jedem Reichstag, auf dem es doch galt, die eigene Thätigkeit zu vertheidigen und ihre Rechtmässigkeit darzuthun, fühlte er sich durch die Angriffe der Opposition geschlagen und ohnmächtig. Von der eigenen Nation angeklagt und verfolgt, musste der Rath natürlich den Schutz desjenigen suchen, der ihn vertheidigte, in erster Linie des russischen Gesandten. Diese Lage der Dinge wurde von den Politikern des vierjährigen Reichstages nicht begriffen, die Gefahr, welche darin lag, nicht beachtet! Zudem verstand der permanente Rath nicht, dass er vor Allem verpflichtet sei, die Verhandlungen und Beschlüsse geheim zu halten; jeder auswärtige Gesandte hatte Freunde unter den Räthen und erfuhr durch sie Alles. Es begreift sich leicht, wie dieser Umstand das Ansehen der Behörde schmälerte.

Diese und nicht andere waren die Mängel des Rathes; wollte man indessen Alles genau abwägen, was zu Gunsten desselben von uns dargestellt worden ist, so muss man uns zugestehen, dass die Einsetzung dieser Staatsbehörde Manches für sich aufzuweisen hat und unzweifelhaft einen Fortschritt im Staatsleben der polnischen Republik kennzeichnet. Hätte man dem Rath Zeit gelassen, Erfahrungen zu sammeln, hätte man die Zusammensetzung seiner Mitglieder gesichtet, so würde man unzweifelhaft auch von ihm bessere Resultate erzielt und vor allen Dingen eine bessere Regierung verdient haben.*)

*) Wir wollen an dieser Stelle die Behauptung einiger Historiker widerlegen, als ob der permanente Rath eine oligarchische Regierung dargestellt. Es kommt uns im Gegentheil vor, als ob mit der Einsetzung dieser neuen Institution die stark degenerirte Aristokratie einen Theil ihres Einflusses einbüsste. Wir begegnen in dieser Periode mehreren Leuten aus

„Auf den Reichstagen zeigt sich die Nation unruhig, und statt etwas zu beschliessen, schilt sie nur den Rath.“ *) Nach der Schilderung, die wir oben gegeben haben, ist es nicht schwer die Quelle dieser Kritiken und dieses Hasses zu entdecken. Es lässt sich keine Reform durchführen, ohne Beseitigung falscher Anschauungen, veralteter Gewohnheiten und parasitischer Existenzen. „Ein Szlachcic des 17. Jahrhunderts“, sagt Starowolski, „darf leben, wie es ihm gefällt, ohne andere Prinzipien als Tugend und Ehrlichkeit.“ Danach lebten sie auch und deswegen konnten sie nicht begreifen, dass dieser Willkür und diesem Eigenwillen ein Ende gemacht werden sollte, und dass die Regierung ein Recht habe, sie zu Leistungen zu zwingen; wie sollten sie dulden, dass Beamte und angeworbene Soldaten — proh dolor **) — in ihr Heim, „ihr Heiligthum“, eintraten behufs Steuererhebung, oder um ein gerichtliches Urtheil zu vollstrecken? Wie ertragen, dass, ohne

---

dem Ritterstande, die als Träger gesünderer politischer Ideen uns befähigt erscheinen, die Staatsgeschäfte zu führen. Verschiedene Redner gaben dieser Meinung vollen Ausdruck, namentlich bei der Debatte über diesen Gegenstand, welche am 11. Januar 1789 stattfand. So der Abgeordnete Koscialkowski, der Kastellan Jerzmanowski, Malczewski und besonders Suchodolski. Letzterer sagte: „Man mag wohl eine Regierungsform tadeln, welche den Ritterstand zu den höheren Aemtern zuliess, allein ich meine, dass alle hier ausgesprochenen Vorwürfe nichts bedeuten, wenn man erwägt, dass, solange der Rath waltete, wir keinen Bürgerkrieg erlebt haben, dass der Schwächere bei ihm Schutz fand und dass die Gleichheit vor dem Gericht allein unter ihm gediehen ist. Der Ritterstand hat in früheren Zeiten oft gefehlt, weil er in der Zwischenzeit der Reichstage irregeführt wurde und nichts von den Staatsgeschäften erfuhr. Ich bitte den Ritterstand, zu erwägen, ob er wohl thut, eine Regierungsform abzuschaffen, bei der er betheiligt ist, vielleicht kommt eine Zeit, in der die Magnaten auch die konföderirten Reichstage nach Belieben zerreissen werden. Dann wird der Ritterstand nicht nur aus der permanenten Regierung ausgeschlossen, sondern es werden ihm die Einsicht und Kontrole derselben durch Reichstage entzogen kraft des von den Magnaten ausgeübten Liberum veto.“

*) „Dieses ewige Schelten des Rathes“, sagt derselbe Autor, „muss dazu führen, dass seine Mitglieder das undankbare Amt niederlegen, und dann bleiben die Gesetze wieder unausgeführt; die Anarchie wird wiederum aufblühen. Es wäre auch unzweifelhaft dazu gekommen, ohne die Sorgsamkeit des Königs und die Unterstützung seitens der russischen Regierung in der Person ihres Gesandten Stackelberg.“

**) Sic! Anm. d. Uebers.

auf ihre freiwillige Unterwerfung zu warten, man sie zur Achtung und Vollstreckung einer gerichtlichen Verfügung zwinge, oder im Falle eines „Einritts“ oder sonstiger Störung der öffentlichen Ruhe und ähnlicher Phantasien sie ohne vorgängigen Richterspruch festnimmt und einsperrt? Es erschien ihnen eine unerträgliche Tyrannei, die von keinem freien, in der Republik geborenen Polen geduldet werden konnte! Sie beschuldigten den Rath, also die neue Regierung, solche Neuerungen eingeführt zu haben. Es schien ihnen leichter, eine fremde Herrschaft zu dulden als eine eigene, aber nach ihren Begriffen, tyrannische Regierung. Darum weigerten sie sich nicht nur, dem despotischen Rathe Steuern zu zahlen, sondern erfüllten auch die Provinziallandtage mit ihren Klagen. Noch lautere Klagen wurden von den zahlreichen Juristen erhoben; diese nach den Magnaten gebildetste Klasse, aber gewissenlos und gerieben, solidarisch verbunden und deswegen einflussreich, geschickt in allen gerichtlichen Prozeduren und immer darauf bedacht, alle Klienten in ihrer Macht zu halten, ward durch die Beschlüsse des Rathes und die Aufsicht des Königs in ihren Interessen am meisten bedroht. Sie fürchtete für ihren Einfluss und die von ihr gepflogenen Prozeduren. Inde irae. „In dieser Schmiede werden alle Blitze geschmiedet, die auf den Rath geworfen sind!“ berichtet ein oft citirter Schriftsteller.*) Man fing aus diesen Kreisen an, laut zu behaupten, dass der permanente Rath sich als Vize-Reichstag geberde und diesen bald verdrängen würde! Da der grösste Theil der Szlachta immer in Prozesse verwickelt und so gewissermaassen von den Advokaten abhängig war, so machten diese Herren eben die öffentliche Meinung. Zu diesen Gründen der allgemeinen Unzufriedenheit mit dem permanenten Rath muss man noch andere, ganz verschiedenen Ursprungs, betrachten. Trotz der Kalamitäten, die jeden Versuch, Stanislaw August zu entthronen, begleitet hatten, konnten die meisten Magnaten diesen Monarchen, den sie „das Kalb auf dem Throne“ nannten, nicht leiden. Die Radziwill, Sapieha, Jablonowski, Sanguszko, Rzewuski, Oginski, Sulkowski und vor Allem die Potocki konnten es nicht aushalten, einen Poniatowski als polnischen König zu sehen, um so weniger konnten sie es gleichmüthig ansehen, dass es ihm gelang

*) Briefe eines Abgeordneten an seinen Vater. V. Theil, S. 33.

telst der neuen Regierungsform grössere Macht zu erlangen.
wussten wohl, was es mit den ewigen Klagen über Tyrannei
Despotismus des Königs und des permanenten Rathes auf
hatte. Mit gutem Gewissen konnte kein kluger Mann von
hen Gefahren reden. So z. B. sagt der Autor der Briefe
tanislaw Malachowski: „Der permanente Rath ist sehr wohl
higt, eine ausgezeichnete und gemässigte Monarchie zu unter-
zen, er entspricht den Forderungen einer solchen sehr
.... allein wenn wir eine Republik haben wollen, müssen
diese Behörde abschaffen!"*) Einsichtigen war es auch
lich, dass ebenso, wie der Rath durch Geschicklichkeit und
igkeit des Königs Bedeutung erlangte, auch der König
r an Einfluss in seinem Lande gewann. „Wenn wir dem
anenten Rath sein Dasein gönnen, so erhalten wir die an-
hmste Form der Monarchie", fährt derselbe Autor fort,
Stanislaw August wird ein wirklicher König! das sollte
verhindert werden. Da es nun nicht anging, im Reichstag
König direkt anzugreifen, so schlug man ohne Erbarmen
len Rath. Aus diesem Grunde finden wir alle Reden von
amationen und sich ewig wiederholenden Klagen angefüllt
die Uebermacht und Tyrannei des Rathes; diese Klagen
n eben gegen den König gerichtet, ihr Zweck war, ihm
n Halt zu entziehen und ihn in Verhältnisse zu versetzen,
nen er nur die Rolle eines August III. spielen konnte.

§ 66.

Bemühungen des Königs, den permanenten Rath zu halten.

Unwissenheit und Eigensinn der Szlachta, Verderbtheit der
eichen Juristenpartei, Eifersucht der Magnaten, das waren
drei Faktoren, welche sich vereinigt hatten, um den per-
nten Rath zu stürzen. Sie wurden in gutem Glauben durch die
liche Meinung in Warschau unterstützt, die es dabei haupt-
ich darauf absah, Stackelberg zu ärgern, und durch das ver-
erische Schweigen derjenigen, die wohl sahen, wie nützlich der
nente Rath war, aber doch nicht den Muth hatten, gegen die
eit aufzutreten. Gegenüber solcher Verschwörung musste
tanislaw August allmählich überzeugen, es könne ihm nicht

*) Briefe an Stanislaw Malachowski, Theil III, S. 45. 14.

gelingen, diese Behörde aufrecht zu halten. Diese Ueberzeugung erfüllte ihn mit den schlimmsten Ahnungen, denn ausser dem Verzicht auf die Vortheile, welche aus der Thätigkeit des permanenten Rathes für das Land hervorgingen, übersah er noch, dass die Abschaffung einer von den Mächten garantirten Institution weitere Gefahren und Verwickelungen nach sich ziehen könnte. Der König fürchtete einen Bruch mit Russland, noch mehr aber scheute er einen Bruch mit seinem Volke. Wohl vertheidigte er den Rath mit Wort und That;*) wohl begriff er, dass hier Festigkeit von Nöthen sei, und doch musste er allmählich weichen und gegen die eigene Ueberzeugung handeln. Stackelberg ward natürlich durch die Vorzeichen dieser Nachgiebigkeit sehr beunruhigt und erklärte dem König am 24. Dezember in Gegenwart des Primas, dass er verpflichtet sei, der Kaiserin zu berichten und daher sich eine genaue Auskunft erbitte, inwiefern man in Petersburg noch auf die Freundschaft des Königs rechnen dürfe, von dem man erzählte, er sei bereit, nicht nur eine Allianz mit Preussen zu schliessen, sondern auch Russland den Krieg zu erklären. Stanislaw August widerlegte diese Gerüchte und versicherte, dass Niemand an einen Krieg mit Russland dächte; seinerseits fragte er: „Was erwartet die Kaiserin von mir?! wird sie meine Allianz mit Preussen als eine Kriegserklärung ansehen?“ „Unzweifelhaft!“ erwiderte der Gesandte. „Wird sie auch einen Handelsvertrag mit Preussen ebenso ansehen?“ „Nein, diesem werden wir uns nicht entgegenstellen; auch keiner anderen Maassregel, welche die Kräftigung der Republik zum Zweck hätte.“ „Was halten Sie von der Bekämpfung des permanenten Rathes?“ „Wenn die Herren nur den Namen dieser Behörde verändern oder eine andere Vertheilung der Dikasterien erstreben, so kann uns das wenig berühren.“**) Der König war durch diese Erklärung beruhigt und ergriff freudig eine solche Auffassung. Da die Opposition gedroht hatte, sie würde Alles thun, die Auszahlung der Steuern für die neue Armee zurückzuhalten, solange man

*) Einige unter den damals erschienenen Schriften wurden unter dem Einfluss des Königs geschrieben, so z. B. die politischen Gedanken für Polen, die Briefe eines Abgeordneten an seinen Vater u. s. w., einige Abschnitte darin sind vielleicht von dem König oder dem Primas diktirt worden.

**) Brief des Königs an Deboli vom 27. Dezemzer 1788.

ie Regierung nicht reorganisiren würde, so beeilte sich der
König, am 9. Januar 1789 dem Reichstag einen neuen Antrag
durch den Abgeordneten Koscialkowski vorzulegen, der das
Projekt der sogenannten „Nationalen Wache“ für die Reichstags-
zwischenperiode enthielt. Diese Bezeichnung war schon in den
euen Gesetzen über die Kriegskommission gebraucht worden.
Stackelberg hatte das Projekt gebilligt und nur verlangt, dass
iese „Nationale Wache“ keine Aufsicht über die Armee und
Diplomatie ausübe, dagegen wurden der Opposition grosse Zu-
geständnisse gemacht und dieser neuen Behörde die Auslegung
er Gesetze abgenommen; Jeder hatte das Recht, gegen ihre
ermeintlichen Missbräuche Klage zu führen.*) In dieser Gestalt
onnte die sogenannte „Nationale Wache“ Niemand gefährlich
orkommen. Und doch waren einige Führer der Opposition
uch mit diesen ihnen gemachten Zugeständnissen noch nicht
ufrieden, solange der König auch in der „Nationalen Wache“
itz und Stimme hätte; aber diese Zugeständnisse bewogen doch
iele Mitglieder der Opposition, das Projekt des Abgeordneten
Koscialkowski anzunehmen und damit der ganzen Sache ein den
Zwecken der Opposition wenig entsprechendes Ende zu machen.
chon war z. B. Fürst Adam Czartoryski bereit, im Reichstage
ür dieses Projekt einzutreten, als die Führer der Opposition
lötzlich ihre Taktik änderten und den Antrag des Königs unter
em Vorwande ablehnten, die Diskussion darüber würde viele
Tage und Wochen in Anspruch nehmen, und die Vernachlässigung
er Hauptgegenstände, Armee und Steuern, nach sich ziehen.
Um die Gegensätze der Meinungen auszugleichen, trat nun
tanislaw Potocki mit dem Vorschlag hervor, eine ausser-
rdentliche einmalige Steuer, gleich am 1. März zahlbar, für die
wecke der Armee zu votiren (pro tunc); allein auch in diesem

*) Das Projekt enthielt folgende Beschränkungen der Attribute des
rmanenten Rathes: 1. Die neue Behörde hätte nicht das Recht, die Gesetze
deuten und ihre Ausführung mit Gewalt durchzusetzen. 2. Sie würde
in Recht haben, die Kammer zu konföderiren, wie es in 1776 und in
88 auf den Willen des Königs geschehen war. 3. Sie würde kein Recht
ben, einmal vom Reichstag beschlossene oder abgelehnte Budgetposten
modifiziren und von der Finanzkommission berichtigen zu lassen, wie
(1768) bei dem Umbau des Palastes für den russischen Gesandten ge-
ehen war. 4. Sie würde auch nicht das Recht haben, Richter, welche
n der Bestechlichkeit beschuldigte, abzusetzen.

stand wieder ein Paragraph, welcher die Abschaffung des permanenten Rathes forderte. Diese Forderung, in solcher Form vor die Kammer gebracht, wirkte wie eine Brandfackel; es entstand eine lebhafte Diskussion, die drei volle Sitzungen (9., 12., 13. Januar) in Anspruch nahm. Man besprach weniger das Projekt selbst als die Motive, aus denen es entstanden war. Nach dem Gesetze musste zuerst der Antrag des Abgeordneten Koscialkowski erwogen werden, allein der Marschall, dessen Einverständniss mit der Opposition sich wiederum offenbarte, zögerte damit. Man schwatzte ohne Zusammenhang und Ordnung, vertrödelte die Zeit und machte sich gegenseitig Vorwürfe darüber. Die Opposition behauptete, die Diskussion über die Regierungsform sei nicht an der Zeit, weil sie die Beschlussfassung der Steuern verspäte; diejenigen, welche solche Verspätungen verursachen, seien vor dem Vaterlande und den Nachkommen verantwortlich. Endlich erklärte die königliche Partei: sie wäre bereit, den Antrag zurückzuziehen, jedoch unter der Bedingung, dass die Kammer gleich zur Votirung definitiver und nicht nur provisorischer Steuern übergehen (15. Januar) und diese Verhandlungen hierüber nicht mehr unterbrechen würde. Die Opposition begrüsste den Rückzug mit Beifall, änderte aber gleich den Ton, sobald sie ihren Willen durchgesetzt hatte. Abgeordneter Natuszewicz erklärte unverfroren, „er werde alle definitiven Steuern ablehnen und höchstens für provisorische Steuern stimmen, solange der permanente Rath bestehe". Den Rath bezeichnet er als „Feind der Freiheit, die Ursache aller Unordnung und die Kreatur der fremden Garantien". „Man wird von uns die Votirung der definitiven Steuern verlangen und uns dann höflichst nach Hause schicken", meinte derselbe Herr. Aber auch die provisorische Steuer, von der oben die Rede war, erweckte manche Besorgnisse bei den Abgeordneten. Man hatte Fälle erlebt, in denen so bewilligte Steuern Jahre hindurch erhoben wurden; die eben hier projektirte Steuer stellte sich für viele Provinzen als sehr drückend dar, während sie für die anderen die vortheilhafteste war, lokaler Verhältnisse wegen. Ausserdem fürchteten in der königlichen Partei Viele, die Opposition würde das eingehende Geld nehmen und für eine bewaffnete Konföderation verbrauchen. Die Opposition dagegen

uthete, dass der König die Absicht habe, mit dem Senat
einem Theil der Kammer die Hauptstadt zu verlassen und
unter den Schutz der russischen Armee zu begeben, um
dort aus einen neuen Reichstag zu berufen. Alle diese
nuthungen und das Misstrauen waren unberechtigt, aber
dem obwaltenden Stand der Dinge konnte man keine Ver-
digung, keine Eintracht erzielen. Zwei Sitzungen (vom 15.
16. Januar) wurden mit denselben zwecklosen Reden erfüllt:
und gegen die definitiven Steuern; Einige argumentirten
r als einziges Mittel, um den neuen Bedürfnissen der Landes-
heidigung zu genügen; Andere wollten wiederum nur Provi-
ı votiren, mit der Bedingung, der permanente Rath müsse
schafft werden. Jemand fasste den Gedanken, die neuen
ern durch eine Anleihe zu ersetzen, um die momentane
ı zu lindern. Dagegen erhob der König warnend die
ıme und bemerkte, dass eine Anleihe ebenso wie provi-
sche Steuern nur dann wirksam sein könne, wenn sie sich
definitive Beschlüsse stützte; er bat deshalb den Marschall.
Antrag noch in derselben Sitzung (vom 16. Januar) in
em Sinne zu stellen. Der Marschall schrieb den Antrag
lich nieder, fügte jedoch einen Paragraphen hinzu, der
lerum die Abschaffung des permanenten Rathes enthielt.
König weigerte sich, diesen anzunehmen, der Marschall
te auch nicht weichen. Jetzt erinnerte die Opposition
n. dass der Akt, welcher die Reichstagssession verlängerte,
rücklich die Klausel enthielt, man sollte erst über die Re-
ungsform und dann über die Armee und Steuern verhandeln.
islaw Potocki citirte die Worte von Friedrich dem Grossen:
r wissen will, was in Polen geschieht, soll nicht in Warschau,
ern in Petersburg danach fragen", und fügte hinzu, das
ige Mittel, sich von dieser Abhängigkeit zu befreien, sei,
permanenten Rath abzuschaffen. Zum dritten Mal in dieser
ıng nahm der König das Wort: „Die Abschaffung des per-
enten Rathes würde einer offenen Verletzung der uns
enden Verträge gleichkommen. Ist es gewissenhaft und
ünftig, einen Vertrag zu verletzen, wenn man nicht die
t hat, die Folgen eines solchen Schrittes auf sich zu
ıen? Wir gehen den grössten Gefahren entgegen. Wie
ich es zulassen, liebe Bürger, dass Ihr Euch solchen Ge-

fahren aussetzt, wenn es doch möglich ist, auf dem Wege der Verhandlungen einige Erleichterungen zu gewinnen! Es wäre mein Wunsch, diese beiden Gegenstände zu trennen und jeden für sich zu erwägen; ich möchte Euch daher bitten, erst die definitiven Steuern zu votiren und dann die Regierungsform zu diskutiren. Alle hier waren doch anfänglich der Meinung, dass man vor Allem der Landesvertheidigung gedenken sollte.“ Mit diesem Aufruf zur Besonnenheit und dem Wunsche, die Kammer möchte sich zunächst mit den Steuern befassen, schloss der König die Sitzung und vertagte dieselbe auf drei Tage.

§ 67.

Der Sturz des permanenten Rathes.

Der Kampf um den permanenten Rath dauerte schon über eine Woche; Stanislaw August hielt die Angriffe ganz allein aus, denn die Senatoren, obwohl in der Mehrheit dem permanenten Rath geneigt, schwiegen. Offenbar hoffte die Opposition, den Monarchen zu ermüden. Als der Abgeordnete Koscialkowski, im Sinne des Königs handelnd, seinen Antrag über die „Nationale Wache“ einbrachte, lehnte die Opposition denselben ab und verschanzte sich hinter der Nothwendigkeit, zuerst die Armee und die Steuern zu beschliessen; kaum aber war der Antrag seitens des Königs zurückgezogen, so fing sie wiederum an, von der Regierungsform zu reden. Dies waren immerhin erst die einleitenden Scharmützel. Die dreitägige Vertagung der Verhandlungen diente dazu, den Angriffsplan besser zu bedenken und die Angriffsmittel zu einem offenen und entscheidenden Kampfe vorzubereiten, der den Widerstand des Königs brechen sollte. Die nächste Sitzung sollte dazu Gelegenheit bieten.

Am 19. Januar eröffnete der Marschallpräsident der Kammer die Sitzung mit der Erklärung, dass dem Willen des Monarchen gemäss die Verhandlungen über die neuen Steuern und die Anleihe stattfinden sollten. Das Wort ward dem Bischof Szembek ertheilt und dieser fing sofort an, von dem permanenten Rath zu sprechen. Er suchte zu beweisen, dass die Garantien der Jahre 1768 und 1775 keine Hindernisse für eine etwaige Umgestaltung der Regierung darbieten könnten: thäten sie das nämlich, so müsste man die Nation für abhängig an-

ıen. Diese Garantien legen der polnischen Nation gar keine
ɪrpflichtungen auf; ihr einziger Zweck ist: die Verpflichtung
r garantirenden Mächte, Polens Integrität zu wahren und die
egierung zu vertheidigen, welche das Volk sich selbst geben
ill. Diese eigenthümliche Argumentation stützte sich natürlich
ıf die arglistige, letzthin abgegebene Deklaration seitens des
reussischen Gesandten, zugleich sollte sie auch die vom König
;egebene Warnung bezüglich der Gefahren, den Garantievertrag
u verletzen, entkräften. Als der Bischof seine Rede geendet,
ınterliess der Marschall, ihn zu mahnen, dass er von dem vor-
;eschriebenen Gegenstand abgewichen war, und gab das Wort
lem Abgeordneten Zaleski zu einer endlosen Rede, in der alle
Gewaltthaten und Usurpationen der russischen Regierung zum
ıundertsten Mal wiederholt und aufgezählt wurden. Dabei
ıannte er den permanenten Rath „Werkzeug dieser Regierung",
ıass ihm die Schuld des Misstrauens zwischen dem König und
einem Volke zu und machte ihn für alles Unglück des Vater-
andes verantwortlich. Glücklicherweise, so redete er weiter,
ei es schon gelungen, diesen Rath der Hälfte seiner Macht zu
ntkleiden, da die Kammer ihm die Armee und die Diplomatie
ntzogen habe, auch sei ja schon in den Gesetzen über die
Kriegskommission ausdrücklich erwähnt, dass dieselbe der
„Nationalen Wache" und nicht dem Rath unterstehe. Dem-
ıufolge wäre der Rath schon ausser dem Gesetz und es bliebe
ıur noch übrig, denselben formell abzuschaffen, um aller Gesetz-
losigkeit ein Ende zu machen. Danach erst könne man hier
über die neuen Steuern verhandeln. Eine neue Regierung
wäre überflüssig, solange die versammelten Stände tagten;
ür die Zwischenzeit sei die Regierungsform, welche unter der
ächsischen Dynastie bestand, als die beste anzusehen und man
rauche keine neue Verfassung über dieselbe. Nur solange
in solcher Rath bestehe, sei die Freiheit in Gefahr; die Steuern
ıuch ein Grund der Verarmung, die Armee ein Werkzeug der
ledrückung, Polens Zustände beschämend! Darauf stellte der
Redner folgenden Antrag: „Ob die Verfassungen, welche
'ährend der Reichstage in 1775 und 1776 beschlossen
orden seien und den permanenten Rath eingesetzt
ätten, beibehalten oder abgeschafft werden sollten?"
a erhob sich Sapieha: „Woher, wie ist der permanente Rath

entstanden? Durch Einfluss einer fremden Macht, die erst elf Jahre lang in Polen Gewaltthaten verübte und dann, sich eines Besseren besinnend, ein Werkzeug schuf, womit sie ruhiger bei uns regieren könnte. Zufolge der Verworrenheit, welche in den Bestimmungen herrscht, und bei den sich widersprechenden Gesetzen können die Mitglieder des permanenten Rathes Alles wagen. Nach den im Schosse dieser Behörde getroffenen Veränderungen und zufolge der ihr noch bevorstehenden wird sie nichts mehr bedeuten, ist also überflüssig geworden. Es ist kaum anzunehmen, dass der Petersburger Hof sich viel darum kümmern wird, welche Behörde hier besteht! Wenn sich auch eine Macht fände, welche in Polen regieren möchte, so müsste ich dennoch ausrufen: ›Wir wollen unser Vaterland vertheidigen!‹ ohne erst zu fragen, ob wir stark genug sind! Wenn wir das geliebte Vaterland doch nicht retten können, so wollen wir wenigstens durch unseren Tod Polens alten Ruhm bekräftigen, das Andenken an die Thaten unserer Vorfahren wachrufen! . . . . . Man wird mir erwidern wollen, wir seien hier versammelt, um die Steuern zu votiren. Ich aber sage: Wer die Abschaffung des Rathes nicht will, der will auch keine Armee und keine Steuern, denn wie sollen wir Geld und Leute hergeben, damit neue Ketten für uns geschmiedet werden? . . . . Wenn trotz all unserer Bemühungen der Rath dennoch bestehen bliebe, so müssten wir eiligst nach Hause gehen und unseren in Spannung wartenden Brüdern erklären, dass wir nichts ausrichten konnten, sie vor Uebel zu schützen, dass sie vielmehr nun ihr Vermögen selber vertheidigen müssten. Thut also, was ihr könnt! . . . . .“ Der Bischof hatte als Staatsmann gesprochen, der in Abrede stellen wollte, Polen sei durch Verträge gebunden; Zaleski als Republikaner, dem die Tyrannei des Rathes unerträglich, und als Jurist, dem die Gesetzlichkeit dieser Behörde zweifelhaft erschien; Sapieha endlich hatte die Rolle des Patrioten übernommen, der die Gefahr nicht achtet, der sein Vaterland mit der eigenen Brust schützt oder zu dessen Ruhm stirbt; er will keine Armee und keine Steuern und ist bereit, im Falle der Noth das ganze Volk zu konföderiren! Es fehlte nur noch, um den Theatercoup vollkommen zu machen, dass sich Einer mit dem nöthigen Aplomb gegen den König wendete. Das übernahm der Abgeordnete Suchorzewski. In

›tischen Wendungen malte er die Verzweiflung aus, die im
›n Lande herrsche, weil Polen von Russland abhängig sei,
n der Rath allein schuldig wäre! Gerührt bittet er den
g, dieser Schmach ein Ende zu machen, und verlangt des-
dass der Antrag des Abgeordneten Zaleski zuerst ver-
elt werde. Darauf bemerkt der Marschall, das sei un-
ich, solange die anderen Anträge unerledigt blieben oder nicht
:kgenommen würden. Darauf werden dieselben schleunigst
:kgezogen, um der Diskussion einen freien Lauf zu geben.
Dies Alles, glauben wir, war schon vor der Sitzung verab-
; worden; das Uebrige ging wie immer von statten. Der
›ordnete Roznowski wagte es, den Rath insofern zu ver-
igen, als es für den einzelnen Bürger leichter wäre, von
Gerechtigkeit zu erlangen, als von dem früheren senatorialen
, der es nie verstanden habe, das Land zu schützen.
: alledem will er aber den Rath abschaffen, weil dieser
mächtig gehandelt habe und die Möglichkeit besässe, die
:ze auszulegen, die Finanzen frei zu verwalten, Konföde-
ıen zu bilden, Richter unter dem Vorwande der Wider-
chkeit abzusetzen, endlich mit fremden Mächten zu ver-
›ln. Solche Attribute scheinen auch ihm zu umfangreich.
ch hatte auch Stanislaw Potocki eine seiner deklama-
:hen Ausführungen in Bereitschaft. Für ihn besteht unter
ı anderen der Hauptgrund zur Abschaffung des Rathes in
'othwendigkeit, einmal zu beweisen, dass Polen unabhängig
Dieser Rath soll das erste Opfer zum Zeichen unserer Freiheit
Die Gefahren seitens der russischen Macht seien über-
›n, absichtlich vom Rath übertrieben! Gewiss! Als Werkzeug
s Einflusses möchte Russland den permanenten Rath be-
n. Es soll nur zur Vertheidigung desselben auftreten:
ın, dann wird der Tag des Aufstandes bei uns um so
ıller eintreten! Aber Russland kann eben nicht einen dritten
; anfangen. Darum behaupte ich, dass es sich hier ledig-
ım eine innere Angelegenheit handelt. Worauf warten wir?
›n wir diese einzige Zeit unserer Auferstehung versäumen?
n wir die Rache und schweren Vorwürfe unserer Brüder
›nen, die in uns die Ursache der dauernden Missstände,
ualen und der Sklaverei sehen werden? Nein, es ist besser,
ı günstigen Augenblick wahrzunehmen und dasjenige aus-

zuführen, was wir so löblich begonnen haben. Die Furcht soll uns nicht entkräften. Wir wollen eine neue gute Regierung und eine Armee, die uns dieselbe garantiren und vertheidigen kann. Doch nichts von alledem kann entstehen, solange der Rath existirt. Wir verweigern ihm Steuern und Armee, weil wir überzeugt sind, dass er diese als Mittel gebrauchen wird, um die Bedrückung der Nation zu befestigen, und unsere treuesten Nachbarn zu bekämpfen!"

Endlich verlangte man das Turnum: die Abstimmung. Der Kastellan Szydlowski sagte: „Wenn hier ein solcher Unwille gegen den permanenten Rath herrscht und es so weit kommen soll, dass wir ihn abschaffen müssen, könnte man nicht die Sache in einer Weise zur Ausführung bringen, die uns keine Feinde macht? Herr Stackelberg befindet sich in Warschau, man könnte ihn mit den Absichten der Nation bekannt machen. Ich meine, dass er einwilligen würde." Darauf liessen sich Rufe: „Wir erlauben es nicht!" hören; Niemcewicz fügte hinzu: „Ein solcher Schritt würde unsere Abhängigkeit beweisen und eine Schande für das Volk sein!" „Turnus, Turnus!" liess sich wieder vernehmen. Die Abgeordneten der königlichen Partei hatten geschwiegen, und als einige endlich das Wort ergriffen, benutzten sie keines der gewichtigen Argumente, die zur Verfügung standen, sondern nahmen ihre Zuflucht zum Spott, um die Abstimmung überhaupt an diesem Tage zu verhindern. So wurde vorgeschlagen, der Formulirung des bestrittenen Antrages die Worte hinzuzusetzen: „die Abschaffung des Rathes sammt allen seinen Beschlüssen" oder: „sammt der Verfassung von 1775 bis 1776." „Da wir so muthig sind, können wir überhaupt Alles zerstören, was der Theilungs-Reichstag beschlossen hat." Diese Scherze wurden mit dem richtigen Argument abgelehnt, das Gesetz verbiete Verhandlungen und Abstimmungen über verschiedene Gegenstände zugleich. Der Marschallpräsident Malachowski drängte zur Abstimmung (worin er gegen seine Gewohnheit handelte) und verlangte, der Präsident des Senates sollte die Abstimmung auch im Senat einleiten. Man disputirte eine Zeit lang: der Senatspräsident zögerte, als aber keiner der Senatoren seine Meinung verkündete, war auch er bereit, nachzugeben. In dieser höchst bedrohlichen Lage nahm der König das Wort, sprach aber ohne Zusammen

; und erschien erschöpft. Man merkte es ihm an, dass er
durch den Ungestüm seiner Gegner besiegt fühlte. Er
ne sich, so sagte er, von der Nation, die ihm die Krone
:henkt, nicht trennen, aber eben weil er bereit wäre, das
chick seines Volkes zu theilen, fühle er sich verpflichtet,
h in letzter Stunde zu mahnen und die Gefahren der Lage
zustellen. „Ich bitte die versammelten Stände, zu erwägen",
inte er, „dass es nicht nöthig ist, heute über diesen Antrag
:ustimmen, — und wohin kann uns diese Abstimmung führen?!
:r weiss, ob nicht in diesem Augenblick das Schicksal des
terlandes auf immer entschieden wird, ob eine kluge Erwägung
nicht vor grossem Unglück bewahren kann. Ich möchte
hl hier Allen zu Gefallen reden, allein meine Pflicht gebietet
r, an dieser Stelle zu warnen, um nicht die spätere Verant-
rtlichkeit zu tragen! Nach dieser Warnung erkläre ich, dass
allen Fällen, bösen oder guten, ich mein Volk nicht verlassen
rde; jetzt erwarte ich, was von den versammelten Ständen
schlossen wird". Stanislaw August verzweifelte an einer
nnesänderung der Opposition, er wollte nur seine eigene
inung in der Sache wahren; im Uebrigen fügte er sich wie
mer den Beschlüssen der beiden Kammern. Diese Haltung
s Monarchen entschied auch die seiner Partei. Der Senats-
äsident zögerte absichtlich mit der Sammlung der Stimmen
d liess sich mehrmals von dem Kammerpräsidenten dazu auf-
dern, bevor er den Primas einlud, seine Meinung kundzu-
ben.

Der Primas verweigerte sein Votum: „Ich würde für die
schaffung des permanenten Rathes stimmen", sagte er, „wenn
ı hoffen dürfte, dass diese Reform Polen die verlorenen Pro-
ızen wiedergeben könnte, die von demselben Reichstag des
hres 1775 unseren Nachbarn abgetreten wurden. Da ich aber
Gründe genau kenne, welche mich neue Verluste für das
terland und noch grösseres Unglück nach dieser Reform be-
chten lassen, so enthalte ich mich der Abstimmung." Es
r nur zu gewiss, dass die Majorität für die Abschaffung des
thes stimmen würde, und vielleicht wollte der Primas durch
Stimmenthaltung eine zu empfindliche Niederlage vermeiden,
lleicht wollte er auch damit das Prinzip unterstützen, dass
Kammer überhaupt kein Recht habe, in einer Sache zu ent-

scheiden, die vertragsmässig durch zwei Parteien festgesetzt worden war, — kurzum das Beispiel des Primas zog die ganze königliche Partei nach sich; freilich wagten nur Wenige mit Argumenten gegen das Projekt hervorzutreten. Der Bischof Kossakowski bemerkte, man verletze die Gesetze, wenn man über einen Antrag abstimme, der gar nicht auf der Tagesordnung stände. Auf diesen gegen den Präsidenten gerichteten Vorwurf erwiderte derselbe gar nichts. Der Wojewode Malachowski, der Einzige aus dieser Familie, der treu zum König hielt, sprach muthig seine Meinung aus, dass die Opposition in der ganzen Sache nur den Zweck verfolge, „den Senat von der Gesetzgebung überhaupt auszuschliessen und dem König jeden Einfluss auf die Regierung zu nehmen, um ihn seinem Volke zu entfremden". Dieser Einwurf blieb ohne Erwiderung, überhaupt wurden gegnerische Argumente entweder gar nicht angenommen, oder durch patriotische Phrasen, wie Sapieha und Stanislaw Potocki sie immer bereit hielten, erwidert. Auf ganze Fluthen von schönen Reden antwortete der Abgeordnete Zakrzewski kurz: „Wollten sich die fremden Mächte mit uns auf dem Felde der Redekunst messen, so würden wir sie gewiss besiegen, da wir sie aber mit anderen Waffen bekämpfen müssen, so ist es überflüssig, hier Zeit damit zu verlieren. Das Reichstagsdiarium wird bezeugen, welche Partei Zeitverlust verursacht." Von den Reden der Opposition ist die von Ignaz Potocki merkwürdig; denn sie zeigt uns, welche Ideen auch in den besten Köpfen dieser Partei herrschten. Alle Bedingungen einer guten Regierung: die Ausführung der Gesetze, die Aufsicht über das Gerichtswesen, die Verwaltung der Armee, Einfluss auf die Gesetzgebung und namentlich die Vereinigung der administrativen Behörden, Alles wird dem permanenten Rath zum Fehler gerechnet, offenbar nur darum, weil es Alles in der Hand des Monarchen sich zusammenfand. In einem Staate ohne permanentes Parlament sei es sicherer, die ausführende Gewalt zu theilen, nicht zusammenzufassen; dieses Prinzip gelte ihm als das einzige richtige und daraus folge dann die weitere Behauptung, „der permanente Rath sei eine fremde Einrichtung, die Gesetze, welche ihn einsetzen, durch Uebermacht aufgenöthigt, folglich die ganze Institution eine Gefährdung der Freiheit". Wir werden später sehen, dass dieser Potocki andere Ansichten gewann, als er

lt, wieder aufzubauen, was man leichtsinnig zerstört hatte; da ıchien ihm die Theilung der Macht nicht mehr der Gipfel der ıllkommenheit. Fürst Czartoryski, General der Armee in ıdolien, gestand, ihm erschiene der permanente Rath nützlich, sei ihm aber unmöglich, sich von der Mehrheit zu trennen. ıdere Redner wiederholten immer dieselben Argumente; manche ahlten mit kühnen Wendungen gegen Russland. Das erforderte silich keinen besonderen Muth, denn Russland schwieg und ıs Publikum in der Galerie klatschte Beifall!

Die Abstimmung dauerte bis tief in die Nacht hinein, 0 Stimmen waren gegen den permanenten Rath, 11 dafür, ! enthielten sich der Abstimmung. So ward der Rath abschafft; die Opposition hatte einen entscheidenden Sieg ermgen. Auch muss man gestehen, sie führte den Kampf bei 'eitem energischer als die königliche Partei. Die Vertheidimg des Kriegsdepartements ward viel besser geführt, so dass an denken könnte, die Partei habe alle ihre Kampfmittel dai erschöpft. Besonders kümmerlich erscheint die Armuth der rgumente und die Begründung, welche die Redner für das Beehen des permanenten Rathes anführten. Auf die Angriffe nd man keine andere Antwort als: der Rath sei durch Vertrag it Russland gesichert und verbürgt. Statt in geschickter Weise e Verdienste des permanenten Rathes zu preisen und hervorheben, welchen Uebelständen er abgeholfen habe und noch eiter abhelfen werde, wiederholte man immer, Russland könne e Abschaffung übel nehmen, und dieses mit Recht unpopuläre rgument benutzte man in einem Augenblick, da die einfachste lugheit verbieten musste, von einer Macht zu sprechen, die man rade jetzt nicht fürchtete, weil sie anderweitig beschäftigt war, l jedes Wachrufen der Erinnerung an das abhängige Vertniss widerwärtig erschien. Unter solchen Umständen war nicht schwer, durch eine patriotisch klingende Phrase die Gether fortzureissen und im Ausdruck der Sehnsucht nach Freit und nach unabhängiger nationaler Existenz alle übrigen ckeichten zu vergessen. Aber in diesen Fehler waren der nig und seine Parteigänger schon öfters verfallen. Wir uchen nur an den Kampf zu erinnern, der um den General narzewski geführt worden war; auch damals suchte man den ıeral durch Stackelberg zu schützen, und als dieser Schutz

versagte, opferte man ihn ohne Weiteres auf. Aber woher di
Mangel an Voraussicht und politischem Takt? Die Ursache
in der schon oft gemachten Erfahrung, die uns immer wi
mit Gram erfüllt: die regierenden Elemente waren zu weich
während die Leitung der Opposition in kräftigen und geschic
Händen ruhte.

Wie dem auch sei, die Abschaffung des permanenten R
hatte die Reihe der kürzlich erfochtenen Siege der Oppos
würdig gekrönt und ihren Einfluss in der Kammer sich
stellt. Von der Zeit an ist sie allein für die Thätigkeit
beiden Kammern verantwortlich. Gleich nach gefassten
schluss bemächtigte sich die Sorge um seine Folgen nich
des Königs, sondern auch der Sieger selbst. „Graf Bran
schreibt der König, „näherte sich gleich dem Bischof K
kowski von Lievland mit der Bitte, ihn doch bei Stack
für das eben Geschehene entschuldigen zu wollen.“ Der B
erwiderte ihm darauf: „Ew. Gnaden besitzen ja die Guns
Fürsprache des Fürsten Potemkin und brauchen daher Ni
sonst.“ Der Hetman erwiderte: „Mächtig ist er wohl, abe
in polnischen Angelegenheiten, ich weiss wohl, dass diese
Stimmenthaltung lauter für uns hinter dem Ofen aufbe
Knüppel bedeutet.“ Ungefähr dasselbe sagte auch der Ma
Potocki und andere Mitglieder der Opposition; sie sind
ruhigt, die Sieger sowohl, wie die Besiegten; sie sind b
um das, was nun kommen könnte.*)

Sobald die Kunde über diesen denkwürdigen Bes
Petersburg erreichte, sagte Ostermann mit Nachdruck an I
„Aber die Festhaltung des permanenten Rathes war doch
der Vertragspunkte!“ Deboli begann die Grossmuth der K
zu preisen und daran zu appelliren, „es könne doc
Kaiserin gleichgültig sein, welche Regierungsform wir
wenn sie nur republikanisch ist“. „Schreiben die I
wenigstens, dass sie einen besonderen Gesandten mit
Nachricht und eine Entschuldigung dafür uns schicken we
Deboli versicherte, dass man nichts versäumen würde, w
selber sehr besorgt. Darauf sagte Ostermann: „Der Kön
Preussen hat wohl gehofft, dass wir uns über die Sach

*) Brief an Deboli, 21. Januar 1798.

aufregen werden. Wir verlieren aber unsere Laune nicht und werden Euch darum nicht böse werden."*) Diese Versicherung beglückte den schwer besorgten König, ... sie beruhigte ihn sogar nur zu sehr. „Eben erhalte ich Ihren Brief. Gott sei Dank, dass die Abschaffung des Rathes nicht einen grösseren Sturm hervorgerufen hat!" schrieb er am Ende seiner Depesche vom 11. Februar. Wer hatte die Dinge in Petersburg so beeinflusst, dass die Aufregung daselbst den gehegten Befürchtungen nicht entsprach? Wo lag die Ursache der ruhigen Haltung, die man sonst nie Polen gegenüber bewahrt hatte? Auf diese Frage werden wir eine Antwort in dem Briefwechsel zwischen dem österreichischen Kanzler Kaunitz und dem Petersburger Hof finden.

Der nächste Abschnitt soll uns darüber Aufschluss geben.

§ 68.

Die Haltung des österreichischen Hofes dem polnischen Reichstag gegenüber.

Infolge der Allianz, die zwischen Oesterreich und Russland zu Stande gekommen war, hatten sich die beiden Kabinette das Wort gegeben, in Warschau übereinstimmend zu handeln und einander zu unterstützen; der österreichische Gesandte, de Caché, sollte immer dem Grafen Stackelberg zu Hülfe kommen, wann und wo es nöthig wäre. Sehr bald jedoch zeigten sich die Schattenseiten einer solchen Verabredung. Russland war zu sehr daran gewöhnt, in Polen allein zu herrschen, um es nun bequem zu finden, diese Herrschaft mit einer anderen Macht zu theilen; es wollte auch dem Verbündeten nicht alle seine Pläne mittheilen, wenn schon es ihn immer um Beistand ersuchte. Fürst Kaunitz machte öfters Vorstellungen darob, fand aber taube Ohren in Petersburg; auch stellten sich bald ernste Meinungsverschiedenheiten heraus. Als Preussens Einfluss durch die oben geschilderten Umstände plötzlich in Warschau die Oberhand gewann, als die Nation sich gegen die Abhängigkeit von Russland auflehnte und der Reichstag immer neue gegen Russland gerichtete Beschlüsse fasste, wollte Letzteres Oesterreich

*) Berichte von Deboli, vom 30. Januar und 3. Februar 1789.

auch dazu bewegen, mit Drohungen aufzutreten, ohne zu bedenken, dass dadurch die Lage des Königs von Polen nur noch mehr erschwert, die Gemüther erst recht verbittert und dem Berliner Kabinet sein Spiel erleichtert würde. Fürst Kaunitz sah die Sache anders an. Wie erwähnt, gelang es ihm, Depeschen des Ministers Hertzberg aufzufangen; er theilte sie in Petersburg mit, um dem dortigen Kabinet zu zeigen, wie man in Berlin nur die Absicht habe, die Polen gegen die beiden Kaisermächte aufzuhetzen und diese zu veranlassen, eine drohende Haltung anzunehmen, die dann dem König von Preussen die gewünschte Gelegenheit bieten sollte, die westlichen Provinzen Polens militärisch zu besetzen. Fürst Kaunitz befürchtete dies so sehr, dass er, um es zu hindern, bereit war, den Krieg mit der Pforte aufzugeben. In seiner Haltung Polen gegenüber war er selber vorsichtig und zurückhaltend, er empfahl seinem Gesandten in Warschau, ebenso zu handeln, und rieth seinem russischen Verbündeten, sich gleichfalls zu mässigen. Der umfangreiche Briefwechsel der Diplomaten, von dem wir hier weiter unten einen Auszug mittheilen wollen, beweist, dass Fürst Kaunitz sein Ziel erreichte, und dass die Mässigung in Russlands Haltung Polen gegenüber, auch nachdem der Reichstag den permanenten Rath abgesetzt hatte, allein seinem Einflusse zugeschrieben werden muss. Ob diese Mässigung zu Polens Vortheil ausschlug, und ob sie nicht von den Polen hätte besser benutzt werden können, sind Fragen, die wir an dieser Stelle nicht erwägen wollen; es scheint uns aber sehr bedauernswerth, beim Durchlesen dieser Akten, dass solche weisen und heilsamen Warnungen nicht den Polen selbst, sondern den Russen ertheilt wurden.

In Beginn des Reichstages, als der österreichische Kanzler die wachsende Gärung der Gemüther in Polen wahrnahm, sandte er Herrn de Caché eine bemerkenswerthe Note. Sie enthält Erwägungen über die Gefahren, welche patriotischer Eifer, durch persönliche Feindschaften verstärkt, für die Verhandlungen im Reichstage schaffen und so Illusionen wachrufen könnte, die von der Republik später theuer bezahlt werden müssten. Als solche Illusionen nennt er: den Glauben, die Republik besässe in dieser Zeit die Möglichkeit, eine Regierungsform zu schaffen, die sie auf einmal von jeder politischen Abhängigkeit befreien könnte; als bedenklich betrachtet er auch

le Bestrebungen, die Macht des Königs zu schmälern, da die
. die verschiedenartigsten Menschen und Behörden verliehene
acht noch weit mehr dem Missbrauch ausgesetzt wäre; sehr
ig sei es, zu glauben, die Republik habe ihren besten Freund
Preussen, von dem ihr keine Gefahr drohe; ohne die Hülfe
: kaiserlichen Mächte sei die Republik nicht im Stande, sich
gen die von Preussen drohenden Gefahren zu wehren. Alle diese
ı der sogenannten patriotischen Partei gehegten Meinungen und
ffnungen bezeichnet Kaunitz als Illusionen und warnt davor,
ıs die Republik sicherlich sich in grösste Gefahren begebe,
nn sie jetzt den Weg der Neuerungen beschreiten wollte;
könne sie nur in Verwirrungen stürzen. Man habe Beweise
'on erhalten, schreibt der Kanzler, dass man in Berlin solche
rwirrungen in der Republik herbeizuführen wünsche, um eine
e Gelegenheit zu haben, Danzig, Thorn und die nächsten
ıdkreise in Besitz zu nehmen; politische Rücksichten er-
bten zwar nicht, diese Beweise auszuliefern, aber allein schon
Wahrscheinlichkeit solcher Absichten müsste zur Vorsicht
hnen und den Polen die Nothwendigkeit grösster Wachsam-
t und Umsicht in ihren Beziehungen mit Berlin empfehlen.
: kaiserlichen Höfe werden sich stets bemühen, die Absichten
Königs von Preussen zu durchkreuzen, es muss aber auch
den Bestrebungen der polnischen Patrioten gehören, ihnen
in beizustehen. Fürst Kaunitz ertheilt seinem Bevoll-
chtigten den Befehl, diese Depesche dem Fürsten Czartoryski
zulesen und ihm das grösste Vertrauen zu zeigen, im Uebrigen
:r mit allen Abgeordneten von Galizien sehr vorsichtig in
. Mittheilungen über den preussischen Hof zu sein.*)

*) Depesche vom 1. November 1788. Geheimes Wiener Archiv. Dies
nicht die einzige Warnung, die vom Auslande kam. Als der Reichs-
die mit Stackelberg und Buchholtz gewechselten Noten dem Grafen
tmorin, Minister der Auswärtigen Angelegenheiten in Frankreich, mit-
len liess, antwortete dieser (8. Januar 1789) durch den französischen
ındten in Warschau, Aubert, neben Ausdrücken des Dankes für die
heilung noch: „Der König von Frankreich, der das Wohl der Republik
lich wünscht, hegt zugleich die Hoffnung, die polnische Nation werde
genug sein, bei den beabsichtigten inneren Reformen Alles zu ver-
en, was ihre Beziehungen zu den fremden Mächten trüben könnte; sie
e auch verstehen, dass man nicht plötzlich bessern kann, was während
hunderte dem Verfall entgegenging, dass sie endlich alle Umstände

Bevor jedoch diese Denkschrift Warschau erreichte, h
sich die dortige Lage sehr verschärft. Erinnern wir nur an
Gereiztheit, mit der Stackelberg die Abschaffung des Krie
departements und andere ähnliche Projekte der Kammer v
nahm. „Kurz vor Abgang der Post", schreibt de Caché, „l
mich der kaiserlich russische Herr Botschafter zu sich ruf
lassen und mir fast wörtlich Folgendes gesagt: „Je Vous pr
Monsieur, de mander encore aujourd'hui à Votre cour que l
choses deviennent tous les jours plus sérieuses ici, que le pa
d'opposition, parmi lequel Vos Galliciens sont les plus acharn
et presque les plus à craindre, mettent tout en oeuvre po
renverser la forme du gouvernement de ce pays établi en s
temps sous les auspices des trois cours; que Vous et moi no
avons à peu près épuisé nos représentations amicales, mais qu
faudra enfin tenir ces têtes chaudes en frein par de fortes menac
qu'en conséquence je Vous ai requis, Monsieur, formellement
Vous faire munir au plus vite des ordres exprès pour dire

erwägen werde, welche ihr grosse Vorsicht gebieten, wenn sie die Hoffnu
nicht aufgeben will, die ihr gebührende Stellung unter den europäisch
Nationen wieder zu erobern." Diese Depesche wurde leider der Kamm
nicht vorgelegt, veranlasste aber den Marschall der Konföderation, Fürst
Sapieha, dem Gesandten Aubert Vorwürfe zu machen. Er drückte se
Befremden darüber aus, dass Frankreich, welches in früheren Zeiten
viele Unruhen in Polen gestiftet und später sich so wenig um die polnisc
Sache gekümmert hatte, nun ungebeten seine Rathschläge ertheile und
Einrichtungen einer freien und unabhängigen Nation tadle. Man m
auch hier bemerken, dass die französische Regierung erklärt hatte,
wünsche nicht Stanislaw Potocki als Gesandten in Paris zu haben (Beri
von de Caché vom 4. Februar 1789). Diese Depesche war gerade
Beweis von Feindseligkeit des Ministers Montmorin gegen Polen. In e
Denkschrift an den Grafen Ségur in St. Petersburg giebt er ihm den B
die Polen über die vermeintliche Freundschaft des Königs von Preu
aufzuklären. Die kaiserlichen Höfe mussten nach seiner Ansicht die
klärung abgeben, sie wären bereit, die eroberten Provinzen wieder
zutreten, um den König von Preussen in die Lage zu bringen, seine
lichen Absichten aufzudecken. Die Zerstörung der Verträge von
würde keinen Schaden bringen, wenn man dadurch die Polen von der Fr
heit des Königs von Preussen überzeugen könnte. (Siehe die Mem
von Chrapowicki, Moskau, historische Gesellschaft, 1862, 14. Januar
S. 161.) Als Graf Cobentzl von dieser Depesche des französischen Min
berichtete, setzte er hinzu, Ségur habe wenig Hoffnung, diesen Ged
bei dem St. Petersburger Kabinet durchzusetzen.

ous ces Messieurs les Galliciens mixtes, nommément au comte Rzewuski le notaire de Camp, au prince Jablonowski, au prince Adam Czartoryski, et même au Maréchal Potocki quoique non encore sujet mixte, d'être bien sur leur garde de concourir au renversement de la forme du Gouvernement de leur patrie garantie par les deux cours impériales; qu'autrement Sa Majesté l'Empereur s'en tiendra à leurs fortunes en Galicie." Der Gesandte schloss mit dem Ausdruck der Hoffnung, es werde ihm gelingen, die Ausführung gefährlicher Projekte hintanzuhalten, er rechne aber auf Unterstützung aus Wien.

Ohne indess die Hülfe abzuwarten, die er verlangte, reichte Graf Stackelberg den versammelten Ständen gleich die Denkschrift ein, die am 5. November verlesen wurde und von der wir an seiner Stelle dem Leser Mittheilung machten. Unter anderem enthielt diese Note die Drohung, die Kaiserin würde der polnischen Nation ihre Freundschaft entziehen. Als Katharina von diesem Schritt ihres Gesandten in Kenntniss gesetzt wurde, billigte sie ihn vollkommen. „Es wird dem König von Preussen zu denken geben", meinte sie, „und den Polen die Augen öffnen."*) Die Wirkung dieser Depesche war aber eine ganz andere. Sie trug nur dazu bei, den Unwillen gegen Russland zu steigern, die Lage des Königs zu erschweren und Friedrich Wilhelm die Gelegenheit zu geben, die Rolle eines grossmüthigen Vertheidigers gegen die Anmaassungen des mächtigen Nachbarn zu spielen, der zwar drohte, aber eben jetzt nicht im Stande war, seine Drohungen auszuführen.

Als Fürst Kaunitz diese dringende Aufforderung aus Warschau erhielt, schickte er den galizischen Abgeordneten die gewünschte Mahnung, dem Fürsten Czartoryski einen freundlichen, aber entschiedenen Brief und dem Gesandten de Caché die Berichtigung, der Kammer einen Protest einzureichen, falls sie wirklich die Absicht zeige, die bestehende Regierung zu stürzen. Zugleich aber und um die Wirkung dieser harten Maassregeln zu mildern, that der Minister einen Schritt, der den versammelten Ständen sehr angenehm war. Während des Sturmes von Chocim durch die Oesterreicher (1788) hatten die benachbarten polnischen Dörfer stark gelitten, worüber man in Wien

*) Chrapowicki, Vorlesungen etc., S. 130.

Klage führte; Fürst Kaunitz erklärte sich bereit, den Schaden gutzumachen, und bat höflich um einige polnische Kommissare, die gemeinsam mit österreichischen Beamten die Sache untersuchen und die Verluste abschätzen sollten. Russland hatte nicht die Gewohnheit, die von seinen Armeen beschädigten polnischen Staatsbürger mit solcher Gerechtigkeit zu behandeln. Ausserdem empfiehlt Fürst Kaunitz seinem Gesandten, möglichst vorsichtig und schonend in seinem Tadel der Opposition vorzugehen und immer im Auge zu behalten, dass man wohl Russland unterstützen, aber nichts thun sollte, was die Opposition noch mehr in die Arme des Königs von Preussen treiben könnte; er giebt auch zu verstehen, dass Stackelbergs Haltung in dieser Lage unpolitisch sei und wenig Vertrauen für ihn erwecke. Der Botschafter schiene seine Kräfte zu überschätzen und die Tragweite gewisser, in der Aufregung gethaner Schritte nicht zu berechnen.*) Drei Tage später schickt der österreichische Kanzler neue Instruktionen nach Warschau. Er hatte nämlich aus Berlin die Nachricht erhalten, der dortige Hof habe dem Reichstag eine zweite Deklaration eingereicht, in der alle Pläne der Opposition gebilligt würden; aus Warschau war zugleich die Nachricht gekommen, dass die Hetmans- oder Potemkins-Partei sich bereits mit der preussischen Partei vereinigt habe. Namentlich dieses letzte Ereigniss hatte den Kanzler sehr beunruhigt. In der Voraussetzung, dass dies Faktum dem Fürsten Potemkin nicht nur bekannt, sondern auch von ihm gebilligt sei, kam er zu dem Schluss, dass die wirklichen Absichten Russlands unsicher seien und dass es vielleicht eine Thür zur Allianz mit Preussen offen halten wolle. Jedenfalls sehe er keinen Grund, warum Oesterreich so hart mit den Polen aus Galizien umgehen sollte, wenn Russland nicht im Stande wäre, seine eigene Partei festzuhalten! Deswegen würde Herr de Caché besser thun, wenn er sich passiv verhielte und nicht dem Beispiel des gewaltsamen russischen Gesandten folge.

§ 69.

Der österreichische Kanzler beschwichtigt Russland.

Die Misserfolge, welche die österreichische Armee während der ganzen Kampagne im Jahre 1788 verfolgten, sowie die Unthätig-

*) Offene und geheime Depeschen an Herrn de Caché, 19. November 1788.

›it des Fürsten Potemkin bei Otschakoff steigerten den Unillen des Fürsten Kaunitz gegen den ganzen türkischen Krieg. r wünschte um so mehr diesen Krieg zu beenden, als er voraustzte, dass es gleichzeitig grosse Anstrengungen kosten dürfte, e erobernde preussische Politik in Polen zu hindern. In dieser bsicht sandte er dem Grafen Cobentzl am 28. November einen urier mit der Erklärung, der Kaiser sei nicht im Stande, zueich Krieg gegen die Türkei und gegen Preussen zu führen. Polen ginge es immer schlimmer, es wäre also besser, mit r Pforte Frieden zu schliessen mit den Bedingungen des „uti ›ssidetis“, und den Krieg mit Preussen vorzubereiten. Sollte ıssland den Krieg weiter führen wollen, oder die Pforte :ht geneigt sein, den Frieden anzunehmen, so solle die Kaiserin ruhen, Oesterreich zu erlauben, allein mit der Pforte Frieden machen, um im Stande zu sein, alle seine Kräfte gegen ›eussen zu wenden und zu verhindern, dass diese Macht sich f Polens Kosten bereichere. Offenbar fehle es Russland an ıer Armee, oder es wolle solche nicht gebrauchen. Dieser ›nkschrift, die eine ganz neue Wendung in seinem politischen ›stem darstellt, fügte Fürst Kaunitz noch eine Depesche hinzu, ›lche die polnischen Angelegenheiten zum Gegenstand hatte und › Haltung der russischen Diplomaten sowohl wie auch die der ›niglichen Partei der Opposition gegenüber stark kritisirte. · führte aus, dass Graf Stackelberg gegen Oesterreichs Meinung lange zur Allianz gedrängt habe, bis Preussen Protest erhob; › man dann aber dieses Projekt fallen liess, habe Stackelberg sammen mit der Hofpartei den Fehler gemacht, zu dulden, ıss die Polen eine Konföderation und die Vermehrung ihrer rmee zugleich beschlossen. Aus diesem Fehler habe die Oppo:ion Vortheil gezogen, um dem König und dem permanenten ›th die Verwaltung der Armee zu entziehen, und beabsichtige ›iterhin die Regierung zu stürzen und sich von dem russi›en Einfluss zu befreien. Wie weit diese Partei unter den gebenen Umständen gehen werde, könnte man zwar nicht raussehen, allein es wäre heute schon unmöglich, Russlands ıfluss dort wiederherzustellen, ohne Gewalt zu brauchen und Opposition zu bändigen; Gewalt zu brauchen, hiesse aber weifelhaft, den Krieg mit Preussen heraufbeschwören. Der ussische Hof wünschte durchaus seine Armee in die ihm be-

nachbarten Gebiete von Polen einmarschiren zu lassen, darum habe er die Räumung der russischen Truppen gefordert, als man ihm in der Frage der Allianz nachgegeben hatte, und jede drohende Haltung von Russlands Seite sei ihm willkommen; ebenso würde ihn Oesterreichs aktives Vorgehen gegen Polen erfreuen. „Was uns anbelangt", wird weiter ausgeführt, „so waren wir bereit, Russlands Absichten in Polen zu fördern, allein das Petersburger Kabinet hat uns dieselben nie offenbart, und erst nachdem die ersten reformatorischen Schritte der Opposition gethan wurden, hat Graf Stackelberg uns um Beistand ersucht. Wir beeilten uns, denselben zu leisten; als uns aber bekannt wurde, dass Potemkins Partei sich den Parteigängern Preussens angeschlossen habe, bekam die ganze Angelegenheit ein anderes Gesicht. Wie nun zu handeln, welche Anhaltspunkte dafür vorhanden seien, wird Graf Cobentzl besser wissen als wir. Wir verlangen indessen, dass Russland keine Schritte thue, die unsere gemeinsame Lage verschlimmern und uns kompromittiren könnten; ferner, dass uns keine Schuld beigemessen werde, wenn Russland Demüthigungen oder Enttäuschungen erleben sollte, die schliesslich zur Entfremdung zwischen uns führen könnten."

Auch Katharina war geneigt, den Krieg aufzugeben, falls die Pforte ihr Otschakoff abtrete; für den Fall, dass die Pforte indess kein Zugeständniss mache, würde Russland Oesterreich von der Theilnahme am Kriege befreien, unter der Bedingung jedoch, dass es seine ganze Aufmerksamkeit Preussen zuwende. Auf die ihr von Cobentzl, wie üblich, mit grösster Sanftmuth gemachten Vorstellungen über die polnische Sache, wobei er sie bat, dem König von Preussen nicht neue Parteigänger zu schaffen, antwortete sie mit Geringschätzung: „Rira mieux, qui rira le dernier!" Doch blieben die Bemerkungen des klugen Kanzlers nicht ohne Erfolg. Einst äusserte sich die Kaiserin folgendermaassen, als man von der polnischen Opposition sprach: „Es sind grosse Kinder, man muss sie Vernunft lehren, aber nicht zu sehr reizen." Die Berichte von Stackelberg, der eine Allianz zwischen Polen und Preussen witterte, beunruhigten sie etwas. Trotz der Warnungen von Cobentzl schickte man eine Note, die dem Reichstag in Warschau vorgelegt werden sollte, wenn es wirklich zu Verhandlungen über eine preussisch - polnische

llianz käme. „Man fängt hier auch an", schreibt der österichische Gesandte aus Petersburg, „Stackelbergs gewaltsames ıftreten als übereilt zu bezeichnen, man wirft ihm vor, dass sich den inneren Reformen nur darum so sehr widersetze, ›il er die Institution, welche diese betreffen, zum Theil selbst schaffen habe. Auch fasse er mehr seine persönlichen Be›hungen zum König ins Auge als die allgemeinen Interessen, ›durch der russische Einfluss gefährdet sei. Man hat ihm össere Nachgiebigkeit anempfohlen, wenn es sich um innere lnische Angelegenheiten handele, denn schliesslich sei uns nur rum zu thun, die Republik schwach zu halten und die Allianz t Preussen zu verhindern."*)

Als die Nachricht von der Abschaffung des permanenten ıthes Wien erreichte, beeilte sich Fürst Kaunitz, seinem ›vollmächtigten in Warschau zu schreiben; er lobt die könig:he Partei für die bei der Abstimmung beobachtete Haltung. lan hat Alles gethan, was unter den Umständen möglich war, ıd um bei einer anderen Wendung der Dinge eine Thür offen haben." Er fragt: Was wird nun die andere Partei beginnen? er König von Preussen wird seine wahre Gesinnung bezüglich ›r beabsichtigten Reformen im Heer und in den Finanzen nicht ehr lange verbergen können; und dann muss die Opposition ›n wahren Sachverhalt begreifen. Ein Umstand könnte jedoch e Opposition verleiten, auch dann noch, koste es, was es wolle, ch Preussen zu ergeben, und das wäre die Furcht, die Kaiserächte könnten bei der ersten günstigen Gelegenheit alles von ›r Abgeschaffte wieder herstellen. Daher scheint es ihm nothendig, die Bevollmächtigten der beiden Mächte sollten recht ›rsichtig vorgehen, um derlei Befürchtungen keinen Grund zu ›ben; vielleicht wäre es sogar richtig, die Führer der Oppotion durchblicken zu lassen, dass bei einer Verständigung mit ıssland es nicht unmöglich wäre, die Reformen gelten zu ›sen. Fürst Kaunitz bittet Herrn de Caché, diese seine Desche dem Grafen Stackelberg mitzutheilen und ihn zu bitten, ne Meinung über diese Vorschläge abzugeben.**) Stackelberg pfing die Mittheilung sehr wohlwollend mit der Erklärung,

*) Bericht vom 31. Januar 1789.

**) Depesche vom 4. Februar.

dass seine Ansicht über die Behandlung der versammelten Stände völlig mit derjenigen des Fürsten übereinstimme; er würde daher, den Wünschen des Fürsten entsprechend, im Reichstag keine Deklaration gegen die Abschaffung des permanenten Rathes und die Allianz mit Preussen abgeben, um so weniger, da in der Opposition schon die Anzeichen einer inneren Spaltung zu bemerken seien. In der That wollte die Hetman-Partei die ganze Armee nach der Ukraine verlegen und dieselbe nun auch dem Einfluss der Kriegskommission entziehen, wogegen die Potocki und Malachowski natürlich mit aller Macht arbeiteten.*)

In Petersburg liess man auch die Ansichten des Fürsten Kaunitz immer mehr gelten. Cobentzl schrieb am 31. Januar: „Als wir hier die Nachricht über die Beschlüsse des polnischen Reichstages erhielten, ging ich gleich zum Grafen Ostermann, um seine Meinung darüber zu erfahren. Er sagte mir, er habe die Kaiserin noch nicht gesehen, wolle deshalb nur seine eigenen Gedanken darüber mittheilen. Nach seiner Ansicht könnte Russland gar nichts in dieser Angelegenheit ändern, es wäre daher besser, die polnischen Köpfe da allein bei ihrem Rath zu lassen; die Polen könnten wohl Staatsinstitutionen umstürzen, aber nicht so leicht wieder aufbauen; sollte die Kaiserin eine Deklaration einreichen, so könnte dieselbe nur in dem Sinne verfasst sein, dass es ihr gleichgültig sei, ob der permanente Rath bestehe, sobald es sich erwiesen, dass die Mehrheit der Nation einen solchen nicht wolle; dass der permanente Rath seiner Zeit unter kaiserlicher Garantie zum Besten der polnischen Nation eingerichtet worden wäre, dass die Kaiserin aber auch jetzt nur freundliche Beziehungen mit der polnischen Nation zu erhalten bestrebt sei. Der Unterkanzler fügte jedoch hinzu, er gäbe damit nur seine persönliche Ansicht kund, von der kein Gebrauch zu machen sei. Ich bestärkte ihn natürlich in dieser Idee und meinte, dass jede andere Handlungsweise fehlerhaft sein würde; dass diese grossmüthige und edle Haltung der Kaiserin Lucchesinis Argumente am besten umzustürzen geeignet seien, da dieser fortdauernd in Warschau erzähle, Polen sei eine Provinz des russischen Reiches. Wenn es also der Kaiserin gelingt, die Polen von ihren Befürchtungen nach dieser Richtung zu befreien,

---

*) De Caché, Bericht vom 28. Februar.

kann man mit Sicherheit annehmen, dass Mancher, der heute . Preussen hält, sich lieber mit Russland versöhnt."

Die Kaiserin empfing anfänglich die Nachricht mit weniger ileichmuth, als ihr Minister es erwartete. Ihr Sekretär Chrapo- ricki, der jedes Wort von ihr treu niederschrieb, theilt uns mit, rie ihre Stimmung erst allmählich sich über diese Sache be- uhigte. Die erste Kunde regte sie sehr auf. „Der permanente lath", sagte sie, „wurde in 1775 eingerichtet, er gehört zu den rundgesetzen und wurde von den drei Höfen garantirt." Branicki und sein Verwandter Sapieha wollen Russlands Inter- ssen kränken." Grosse Unzufriedenheit. „Sie wollen vollstän- ige Anarchie, um dann neue Konföderationen zu bilden und iteinander zu streiten", meinte sie ein ander Mal und befahl rauf, alle Vertragsurkunden und Resolutionen, welche diese rche behandelten, zusammenzustellen, dieselben durchzugehen id genaue Feststellungen über die nunmehr geschehene Verletzung rrselben zu beschaffen. Den folgenden Tag verfasste sie eine urze Notiz, die den Auftrag für Stackelberg enthielt, zu er- ären: der permanente Rath sei zum Wohl der Republik ein- richtet worden, die Abschaffung desselben eröffne den Weg r Anarchie und Gesetzlosigkeit. Diese Note musste Chrapo- icki dem Minister Ostermann übergeben. Seine Meinung war kanntlich, zu warten, da vielleicht der König von Polen selber gen den Beschluss Protest erheben würde, auch müsste man e Absichten des Wiener Hofes genau kennen.

Diese Ansicht missfiel Katharina: „Er ist ein Dummkopf", halt sie heftig, „was er nicht selber erfindet, muss er tadeln." och nach einiger Ueberlegung befahl sie, Stackelberg zu hreiben, dass sie ihm diese Sache überlasse und freistelle, eine ›klaration einzureichen, oder damit zu warten, je nach den Um- inden.*) Bald erhielt man in Petersburg eine Depesche von ackelberg, in der dieser berichtete, dass er sich passiv ver- lten habe, worüber Lucchesini sehr verdrossen sei, da er eine che Haltung nicht erwartete, vielmehr auf Protest gehofft tte. „Dieser Bericht und Stackelbergs Meinung", schreibt bentzl, „hat am meisten dazu beigetragen, die Kaiserin zu

*) Memoiren v. Chrapowicki, 20. bis 22. Januar, vergl. S. 163 bis 164.

beruhigen und ihr die Ueberzeugung zu geben, dass vorläufig nichts zu thun sei, obwohl es ihr persönlich manche Ueberwindung kostete, bei solchem Entschluss zu verharren.“*)

§ 70.

Die Kaiserin schiebt ihre Rache auf.

Also war der gefürchtete Sturm vorläufig nicht losgebrochen. In Warschau wusste man gar nicht, welche Gründe diese ruhige Haltung seitens der russischen Herrscherin haben könnte; man fühlte sich sicher, ja, man redete sich leicht ein, dass Russland keine Rechenschaft über die Vergewaltigung der Verträge fordern würde. Infolgedessen wurde die Opposition dreister. Dass diese ruhige Haltung nur eine aus Noth angenommene Maske war, darüber haben wir genügende Beweise in einer Depesche, die wir am Schluss dieses Kapitels folgen lassen. Die Möglichkeit einer Allianz zwischen Polen und Preussen beschäftigte Katharina nach wie vor. Im Anfang Februar 1789 erhielt Fürst Galitzin, Russlands Gesandter in Wien, den Befehl, sich über diese Gefahr mit Fürst Kaunitz zu verständigen. Wir geben hier die Antwort des Fürsten wieder; der Leser wird dabei zunächst von dem Unterschied betroffen sein, der zwischen dem Standpunkt des österreichischen und des russischen Diplomaten obwaltet, zum Vortheil des Ersteren.

Vor Allem erklärt der österreichische Kanzler: Seine Informationen liessen ihn zunächst bezweifeln, ob es wirklich die Absicht des Berliner Kabinets sei, eine solche Allianz zu schliessen; unzweifelhaft sei dagegen, dass man in Berlin die Vergrösserung der polnischen Armee zu hintertreiben suche, und solche Bestrebungen liefern den sichersten Beweis, dass es nicht damit Ernst sei, eine Allianz zu schliessen. Nur in dem Fall, dass Preussen wirklich die Absicht habe, gegen die Kaisermächte Krieg zu führen, würde eine Allianz mit Polen einige Wahrscheinlichkeit haben; solange der Krieg ausgeschlossen bliebe, würde ein Bündniss mit Polen für Preussen eher ein Hinderniss sein. Man darf voraussetzen, dass Preussen absichtlich Gerüchte über eine Allianz verbreite, um die kaiserlichen Höfe zu einer

*) Cobentzl, Bericht vom 6. Februar.

ggressiven Politik gegen Polen herauszufordern oder Ver-
'ickelungen zu verursachen, die Preussens Absichten fördern
önnten. Sollte auch wirklich eine Allianz zwischen Preussen
nd Polen zu Stande kommen, so könne man leicht ihre Folgen
erechnen; entweder bleibt Polen bei einem Kriege zwischen
tussland und Preussen neutral, oder wird mit Preussen gegen
ie Kaisermächte zusammengehen. „Von beiden Eventualitäten
'äre allerdings die erstere weniger bequem; die Neutralität
wingt uns zur Schonung Polens, während die aktive Feindschaft,
hne sehr bedrohlich zu sein, viele Vortheile verheisst. . . . . .
ollte endlich Preussen diese Allianz schliessen, ohne uns den
rieg zu erklären, so erschwert es sich dadurch seine eigene
'olitik in Polen. Jede neue Annexion von Preussen ist für
ns von dauerndem und irreparablem Nachtheil, dagegen eine
llianz mit den Polen, bei deren Leichtsinn und unbeständigem
'harakter, ein vorübergehendes Uebel. Um den ersten Nach-
eil zu verhüten, ist es klüger, die Allianz als ein geringeres
'ebel zu dulden und keine Schritte zu thun, die uns schädigen
önnten.“ *)

Diese Ansicht des österreichischen Kanzlers wurde von
e Caché dem Grafen Stackelberg und von Graf Cobentzl dem
ssischen Ministerium mitgetheilt. Allein sie gefiel in Peters-
rg gar nicht. Ostermann und Bezborodko erwiderten Beide,
ss eine Allianz zwischen Preussen und Polen, in Frieden und
rieg, für Russland gleich nachtheilig wäre, weil sie die Macht
n Preussen um Vieles vergrössere. In solchem Falle ziehe
Russland vor, Polens Theilung herbeizuführen, als einziges
ttel, das Gleichgewicht zu erhalten.**) Mit anderen Worten:
ssland war bereit, die Republik zu erhalten und sogar zu
rtheidigen, allein nur unter der Bedingung, dass es in Polen
Oberhand behalte. Sobald es seinen Einfluss in Polen ein-
sse, müsste es die Vernichtung Polens wollen, wenn auch
Preussens Hülfe. In diesem einen Satz ist das ganze
itische Programm des Petersburger Kabinets enthalten. Man
ieth es in Warschau nicht!

*) Depesche an de Caché vom 9. Februar 1789.

**) Bericht von Cobentzl, 15. April 1789.

Drittes Buch.

Der regierende Reichstag.

(1789.)

Kapitel 1.

Die russischen Truppen werden aus der Republik zurückgezogen. Die Unruhen in der Ukraine.

(Januar bis Juni 1789.)

§ 71.

Erste Gerüchte über die Unruhen in der Ukraine.

Das Ende des Jahres 1788 brachte die Nachricht, dass Potemkin endlich Otschakoff gestürmt und genommen habe. Je länger der türkische Widerstand gewährt hatte, je bedeutender die Schwierigkeiten gewesen waren, mit denen die Russen zu kämpfen hatten, um so grösser ward nun der Schmerz und die Enttäuschung der Opposition in Warschau über diesen unerwarteten Sieg der russischen Armee. Um seine Freunde zu trösten, sprach Lucchesini unaufhörlich von der Schwäche der Russen, von dem Fehlen der Munition, von Geld- und Kreditmangel, den sie litten, und von den Schwierigkeiten des begonnenen Krieges, sowie der baldigen Siege der Türken. Dieses Zureden blieb nicht ohne Erfolg. Um zu beweisen, dass sie den Muth nicht verloren hatte, wollte die patriotische Partei die Wiederaufnahme der Reichstagsverhandlungen mit einem Antrag beginnen, der die Räumung des polnischen Gebietes von russischen Truppen zum Zweck hätte. Der geneigte Leser wird sich erinnern, dass diese Angelegenheit am Anfang der Reichstagssession auf Betreiben der preussischen Gesandten angeregt wurde; allein die Note der Stände (vom 17. November) an das Petersburger Kabinet, obwohl vom preussischen Gesandten in

Petersburg, Keller, unterstützt, war bisher ohne Antwort geblieben. Nun wurde der Antrag am 8. Januar vom Abgeordneten Brzostowski, den Sapieha instruirt hatte, wieder erneuert; der Abgeordnete Krasinski unterstützte ihn energisch, und Sapieha selber betonte, es sei wichtig, zu zeigen, dass auswärtige Begebenheiten, wie z. B. der Fall von Otschakoff, auf Beschlüsse des Reichstags keinen Einfluss hätten. Diese Frage war wieder höchst populär, sie war auch im Prinzip sehr gerecht; so musste denn auch Stanislaw August diesen Antrag billigen. Man beschloss, eine Note einzureichen, in der die versammelten Stände zunächst ihr Befremden darüber ausdrückten, dass ihre erste Note ohne Erwiderung geblieben sei, und dass trotz der darin ausgesprochenen Bitte die russischen Truppen nie aufgehört hätten, die polnische Grenze zu überschreiten und Magazine einzurichten; deswegen wiederholten die versammelten Stände energisch ihre Bitten, sich auf ihre Stellung einer unabhängigen Nation berufend und auf die Gerechtigkeit der Kaiserin wie auch auf das Beispiel des Kaisers von Oesterreich, der kürzlich bei Chocim ähnliche Forderungen des polnischen Reichstages als vollkommen gerecht berücksichtigt und allen Schaden, den die Polen im Krieg zu dulden gehabt, ersetzt habe.

Mit der Frage der Evakuation der russischen Truppen war noch eine andere, sehr wesentliche verbunden, nämlich der eventuelle Aufstand der Bauern in der Ukraine, dem die Gegenwart der russischen Soldaten Vorschub geleistet hatte. Bei den Trinkgelagen, die in der russischen Armee üblich waren, wurden die Bauern frecher und immer bereit zur Empörung gegen die Gutsbesitzer und die Juden. Der König hatte in seiner denkwürdigen Rede vom 6. November zuerst auf diese Gefahr hingewiesen, welche im Falle eines Krieges mit Russland Polen unzweifelhaft seitens der eigenen Unterthanen bedrohte. Seitdem hatten ähnliche Befürchtungen vielfach Ausdruck gefunden. Und wahrlich kann man sich darüber nicht wundern, denn das Andenken an das Gemetzel in Human war noch zu frisch, man erinnerte sich, dass es zum Theil dem letzten Kriege zwischen Russland und der Türkei zu verdanken war; auch wusste man, dass die russisch-orthodoxen Mönche jederzeit bereit waren, als agents provocateurs zu wirken. Ende Dezember hatte man in der Kammer einen Bericht des Generals Lubowidski verlesen,

der die versammelten Stände seiner Achtsamkeit in der bedrohten Provinz versicherte. Diese Versicherung erweckte erst recht Befürchtungen, so dass man die erhitzte Phantasie der Abgeordneten kaum zu beruhigen vermochte. So z. B. erzählte der junge Sanguszko in der Kammer (am 9. Januar), er habe viele Anzeichen der kommenden Unruhen in Wolhynien gesehen; die dortigen Gutsbesitzer hätten ihn während seines Ferienaufenthaltes in der Gegend öfters interpellirt und um besseren Schutz seitens des Reichstages gebeten, daher müsse er den Antrag hier stellen, man solle gleich Truppen dahin schicken. Man fing an, die Sache zu berathen, der König meinte, die Gefahr sei nicht so drohend, solange Polen seinerseits Frieden halte. „Die Erfahrung lehrt uns“, führte er unter Anderem aus, „dass die Bauern niemals im Winter ihre Feindseligkeiten anfangen, auch würden die Grossgrundbesitzer der dortigen Gegend uns schon gewarnt haben; Truppen mitten im Winter dorthin zu schicken, wäre gefährlich.“ Trotz dieser Einwendungen unterstützten Suchodolski und Mierzejewski den Antrag von Sanguszko; schliesslich aber nahm Felix Potocki das Wort und versicherte zunächst, er habe ja grosse Besitzungen in der Gegend, ihn habe aber bisher keine bedenkliche Nachricht erreicht und als Kommandant der Provinz müsste er doch gut unterrichtet sein, als Soldat und Kommandirender sei er aber bereit, morgen die Stadt zu verlassen, um sich persönlich von dem Stande der Dinge zu überzeugen. Man dankte ihm für diese Bereitwilligkeit und der Präsident fügte hinzu, dass er der Kriegskommission besonders empfehlen würde, eine Kavallerieabtheilung marschfertig zu halten.

Diese Erklärungen beruhigten einigermaassen, doch nicht für lange. Es gab dazumal viele Leute in Warschau, welche absichtlich das Publikum beunruhigten; einige, um gegen Russland zu hetzen und dabei den König von Preussen als einzigen Retter in der Noth darzustellen, andere, um den Reichstag zu irgend einem gewaltsamen Beschluss zu drängen; für alle solche Fälle hatte man den Popanz des Aufstandes in der Ukraine in Bereitschaft. Die Vernünftigeren begriffen bald, dass es sich um ein gewisses Manöver handelte, und verhielten sich ungläubig gegen diejenigen, welche solche Gerüchte immer wieder verbreiteten, besonders war die Hartnäckigkeit verdächtig, mit

der man jedesmal nach der Wiederholung dieser Gerüchte die Kammer zu Beschlüssen drängte, ohne eine Bestätigung derselben abzuwarten. Ein derartiger Verlauf der Interpellationen liess vermuthen, dass es sich hier um etwas Anderes handelte. Einstweilen beruhigte man sich über diese Sache nach der eben geschilderten Sitzung vom 9. Januar. Der Reichstag beschäftigte ich mit dem permanenten Rath; um diesen abzuschaffen, war as Alarmschlagen überflüssig; man erhielt auch bald (am 19.) lachricht aus Ostrog, vom Kommandirenden in Wolhynien, 'elix Potocki, dass die Gerüchte über die vermeintlichen Unruhen übertrieben seien, dass die russischen Mönche, die man ir agents provocateurs hielt, nur die gewöhnlich in Polen eilenden verbannten russischen Popen seien.*)

Nach der Abschaffung des permanenten Rathes sollten die ersammelten Stände über die definitiven Steuern verhandeln, llein es war keine Ordnung in diese Berathungen zu bringen; eder sprach, wie er wollte, und brachte die verschiedensten legenstände zur Diskussion. Wollten wir den Versuch machen, in Bild dieser Sitzungen zu geben, so würden wir den geneigten ıeser bloss unnöthig ermüden, ohne jedoch im Stande zu sein, hm einen klaren Begriff von der Sache zu geben. Wir ziehen lso vor, die Fragen über die Armee und Steuern auf später u verschieben und an dieser Stelle erst ohne Unterbrechung zu erichten, wie die Frage der Evakuation der russischen Truppen ınd der mit ihr zusammenhängenden Unruhen erledigt wurde.

§ 72.

Das Verbot, neue russische Truppen einzulassen. Felix Potocki in Ukrainien.

Am 3. Februar berichtete der Abgeordnete Kurdwanowski, eneral unter Branickis Kommando und bekannt als einer seiner frigsten Parteigenossen, dass er, eben aus Wolhynien zurückekehrt, dort sichere Anzeichen von bevorstehenden Unruhen merkt habe: „In allen entlegenen Vorwerken, in Klöstern und Wäldern werden geheime Zusammenkünfte gehalten, in denen russisch-orthodoxen Popen das Volk zum Aufstande gegen

*) Brief des Königs an Deboli, 24. Januar.

die Gutsbesitzer aufreizen; dass die Bevölkerung der Güter des Kommandirenden der Artillerie, Felix Potocki, sich ebenfalls bewaffnet und Führer ernannt habe, um einen neuen Aufstand mit Blutvergiessen und Gewaltthaten in Scene zu setzen." Diese Nachrichten sollten noch durch einen Brief des Pfarrers von Human, Sierakowski, an den Hetman Branicki bestätigt sein, der seinerseits berichtete, dass die Bauern unaufhörlich drohten und alle Anzeichen eines Aufstandes zum Frühjahr sich bemerkbar machten. Der Pfarrer bat Branicki, die Sache ernst zu nehmen und als Vorsitzender der Kriegskommission dafür zu sorgen, dass eine starke Abtheilung Soldaten zum Schutz der bedrohten Provinzen ausgeschickt werde. Es wäre auch aus früheren Erfahrungen bekannt, dass die Kosaken an den Höfen der Gutsbesitzer es mit dem Bauernstand hielten und diesem am meisten beim Aufstand Vorschub leisteten; deswegen beantragte der Abgeordnete, alle bewaffneten Kräfte aus Litthauen und dem Königreich in Wolhynien zu konzentriren, die besagten Kosaken einzuziehen und in die anderen Provinzen einzuquartieren. Dieser Antrag wurde vom Abgeordneten Walewski nachdrücklich unterstützt, mit dem ausdrücklichen Verlangen nach Abstimmung, „um zu erfahren, wer für die Vertheidigung der Republik sei, wer dagegen". Die Abgeordneten Bierzynski und Sapieha verlangten dasselbe. Dagegen opponirte der Abgeordnete Moszczenski; er brachte vor, es sei unschicklich, die Armee auf Veranlassung einiger Privatbriefe in Bewegung zu setzen, man müsse die Bestätigung der eben gehörten Nachrichten durch die Kriegskommission abwarten. Am folgenden Tage wurde diese Frage wieder aufgenommen. Der Abgeordnete Suchodolski bewies durch ausführliche Reden, dass die Republik schon öfters die Kosaken in Dienst genommen habe und dass man jetzt nur Vortheile von dieser Maassregel erwarten könne, denn erstens würden die gefährlichen Beziehungen zwischen diesen Kosaken und dem Bauernstande zerrissen, zweitens würde die Republik einige Tausend Soldaten mehr zählen. Andere sahen die Sache wesentlich anders an. Die Abgeordneten Radziminski, Stanislaw Potocki und Szyrma waren dagegen. Endlich nahm der König das Wort und bewies mit gewichtigen Gründen, dass dieses Projekt den befürchteten Aufstand nur beeilen würde. Wohl vermuthete man in der Kammer, dass dieser ganze Antrag etwas Anderes

absichtigte als die Beschwichtigung der Unruhen in Ukrainien.
schrieb z. B. der König über diese ganze Angelegenheit:
ranickis Absicht ist offenbar, die Gluth anzufachen, um sich
ter dem Vorwand des Bürgerkrieges zum Oberbefehlshaber
rufen zu lassen und dann mit seinem Verwandten Walewski
trübem Wasser zu fischen. Meiner Meinung nach wird allein
Gerücht, dass wir die sogenannten Hofkosaken aus Ukrainien
ernen wollen, genügen, um einen Aufstand zu provoziren,
dann sicher zuerst von denselben Kosaken angefangen werden
de, weil sie mit dem Bauernstand verwandt sind. Jeder
sbesitzer in der Ukraine und alle Starosten hielten sich diese
miliz, meistens besteht sie aus Bauern, die aus der Zahl der
eigenen gewählt werden und mit einfacher Rüstung und
den den Wehrdienst zu leisten verpflichtet sind. Sie erhielten
den Namen Hofkosaken und werden von den Bauern be-
igt; selten stellen die Bauern Freunde in eigener Statt.
er hat man nie versucht, diese Miliz aus Ukrainien in
re Provinzen zu versetzen, sie hängen mit den Bauern
h Sprache, Sitten und Religion eng zusammen, da sie der
tenkirche angehören, von dem polnischen Gutsbesitzer ab-
ndert leben und meistens ihm feindlich gesinnt sind. Es
vohl geschehen, dass ein polnischer Kommandirender diese
aken als Truppen benutzte, allein nur mit Zustimmung ihrer
ehörigen und meistens zur Abwehr an den Grenzen. So
. war die Hofmiliz der Lubomirski und Czartoryski der-
gen des Grafen Potocki, der das Kommando in Wolhynien
beigegeben, um solchen Grenzdienst zu leisten. Sie hat
auch dort besser bewährt als die Nationalkavallerie, weil
besser disziplinirt ist. Auch ist die letztere bei ihrer
htigkeit unbändig in ihren Forderungen den Bauern gegen-
und lebt nur von Raub. Dieser Umstand lässt es mir
bedenklich erscheinen, in diesem Augenblick polnische
ppen nach Ukrainien zu ziehen, da sie die schon gereizten
ern erst recht reizen würden. Es will mir aber gerade
inen, dass der Hetman dies Ende erstrebt, ohne zu bedenken,
dieselben Kosaken in den polnischen Provinzen, wohin man
versetzen will, ebenso viel Schaden anrichten können, falls
keine Truppen hat, um sie zu strafen."*)

---

*) Brief an Deboli vom 4. Februar.

Nach der königlichen Ansprache, die alle oben angeführten Argumente enthielt, fiel der Antrag und Keiner wagte etwas dawider zu sagen. Bemerkenswerth ist auch der Widerspruch, der zwischen den Behauptungen des Generals Kurdwanowski, welche durch den Brief des Pfarrers Sierakowski bestätigt wurden, und den Berichten des Generals der Artillerie Felix Potocki zu Tage trat. „Man braucht keine Unruhen zu befürchten", schrieb er am 26. Januar. „Wenn die Konföderation in den Wojewodschaften durch Hitzköpfe geleitet würde, so könnten wohl Unruhen entstehen, denn das hiesige Volk lässt sich nicht durch die preussische Politik verleiten und zu Feindseligkeiten gegen Russland bereden." Am 6. Februar berichtet er aus Tulczyn: „Solcher ungeheuren Schneefälle erinnern sich auch die ältesten Leute nicht! Häuser werden einfach begraben und Menschen verschwinden im Schnee. Bei solchem Wetter ist kein Krieg, kein Aufstand möglich. Auch ist man hier ruhiger als in Warschau: die Provinzen verlangen Frieden." Felix Potocki gehörte zu denjenigen, welche die neue Verbindung mit Preussen und ihre Folgen für die Beziehungen zu Russland weit mehr als den vermeintlichen Aufstand befürchteten. Seine politische Ueberzeugung und die vielen Beweise von Gunst aus Petersburg machten ihn zum eifrigen Parteigänger von Katharina. „Ich fürchte sehr", schreibt er, „dass dieser unvernünftige Eifer gegen Russland uns grossen Schaden zufügt. Die Häupter der anderen Partei sehen wohl auch die Gefahr, und doch hat der Wunsch, zu regieren, sie dermaassen verblendet, dass daher ernste Gefahr droht. Würde man bald die Armee und Steuerreformen durchsetzen, so könnte noch Alles gut enden. Das müssen wir vor Allem erstreben und verhindern, dass die Opposition uns in ein Bündniss mit Preussen hineintreibt." Darin war Felix Potocki derselben Meinung wie der König: Beide erachteten den Bruch mit Russland für ein grosses Unglück und fühlten sich verpflichtet, es mit allen Mitteln, die ihnen zu Gebote standen, zu verhindern. Augenblicklich gab es also keine Differenzen zwischen ihnen; ihr Verhältniss war intim, dem Anscheine nach sogar aufrichtig und herzlich. Sie korrespondirten häufig und offen. Der König bedauert, dass man ihm jeden Einfluss auf die Kriegskommission geraubt habe, und dass er nicht im Stande sei, den General der Artillerie

n schwierige und gefährliche Aufträge derselben zu schützen.
e waren meistens unüberlegt unter dem Eindruck der
chten Nachrichten ertheilt. In einem seiner ersten Berichte
der General unter Vorbehalt der Richtigkeit ein später
legtes Gerücht mitgetheilt, als ob einige Kalmücken-
nenter unter russischem Befehl über die polnische Grenze
ıen sollten, und dass der Feldmarschall Rumiantzoff durch
ı eine Militärpost eingerichtet habe. Ohne auf die Be-
ung dieser Nachricht zu warten, befahl die Kriegskommission
General, das Betreten der Grenze den russischen Truppen,
nöthig, mit Gewalt zu verwehren, und von Rumiantzoff
ıgte sie die Zurückziehung der Militärpost, sowie auch der
chen Truppen überhaupt (23. Januar). Dieser Befehl war
ilt, angesichts der in Petersburg geführten diplomatischen
ındlungen auch unschicklich und für Rumiantzoff persönlich
ligend, da er ihn in die Lage versetzte, einer fremden
rung gehorchen zu müssen, einer Regierung, die bisher
Truppen geduldet hatte und nun mit einem Mal, mitten
riege, die Zurückziehung derselben verlangte. Erst wollte
ki selber in Rumiantzoffs Hauptquartier reisen, um mit ihm
ache freundschaftlich abzumachen; allein er fürchtete, dass
ihm einen solchen Schritt in Warschau übelnehmen würde,
schliesslich schickte er die Befehle der Kommission dem
narschall. Daraus entstand ein Briefwechsel, der Polen
Ehre macht. Rumiantzoff war durch seine Rechtschaffen-
bekannt und hatte immer den Polen gegenüber eine be-
re Sympathie bekundet. Er antwortete also höchst ver-
ert über diese Forderung, die ihn eben traf, als er bemüht
bei seinen Truppen die strengste Disziplin aufrecht zu
ten und jeden Verstoss dagegen streng zu bestrafen. „Ich
ıicht untersuchen“, erwiderte er, „aus welcher Quelle dieser
ıl stammt, allein mit der Aufrichtigkeit eines im Kriege
uten Mannes muss ich bekennen, dass ein solcher Befehl
nur gegen die Vernunft, gegen das natürliche Recht und
eziehungen der beiden Nationen verstösst, sondern auch
nit der Freundschaft, welche Russland und Polen verbindet,
vereinigen lässt.“ Daraufhin weigert er sich, die Truppen
Auftrag seitens der Kaiserin zurückzuziehen, und begreift
wie eine Kommission, die aus aufgeklärten Leuten bestehe,

einen Mann, der Niemandem das Recht gegeben habe, an seiner Pflichttreue und Dienstehre zu zweifeln, auf eine derartig schwierige Probe stellen könnte. Nach dieser Antwort blieben die nicht mehr zahlreichen russischen Truppen doch innerhalb der Grenze, aber auch der Befehl der Kommission wurde nicht zurückgezogen. Aus dieser Lage der Dinge konnte es jederzeit zu einem Konflikt kommen, der von unberechenbaren Folgen für die Republik gewesen wäre. Nachdem man so viele Jahre ausgehalten und geduldet hatte, konnte man wohl das Ende der in Petersburg geführten Unterhandlungen abwarten, um das Land nicht in gefährliche Abenteuer zu stürzen; allein diese einfache Ueberlegung konnte die eben jetzt regierende Partei in Warschau nicht anstellen; vielleicht wünschte sie auch gerade eine Ueberraschung zu erleben. Unterdessen hatte unter dem ersten Eindruck des oben erwähnten Briefes des Pfarrers aus Wolhynien die Kriegskommission wieder neue Befehle ertheilt. Sie traute dem General der Artillerie Potocki, der die Existenz der Unruhen verneinte, nicht mehr und schickte vielmehr ihren drei Untergebenen, den Generalen Lubowidzki, Dzierzek und Jerlicz, Instruktionen, damit sie ihre Regimenter da konzentrirten, wo man den Aufstand am meisten befürchtete; ferner sollten die Verdächtigen gleich arretirt und ein Spiondienst durch die Juden der Gegend organisirt werden (28. Januar). Als Potocki davon Kunde erhielt, schrieb er unverzüglich am 4. Februar an die Kommission, dass „er bei solchem Verfahren der Kommission für nichts stehen könnte, da es ihr beliebte, seinen Untergebenen direkte Befehle zu ertheilen; dass er diese Befehle mit den früher erhaltenen nicht in Einklang bringen könnte und es durchaus nicht billigte, die Truppenabtheilungen, welche die Grenzen bewachten, zu konzentriren, um so mehr, da jeder Marsch bei dem strengen Winter über alle Maassen anstrengend und bei dem tiefen Schnee gefährlich für die Kavallerie wäre. Die Eile wäre jetzt überhaupt überflüssig, denn von einem Aufstande könnte jetzt, wo die Wege von Dorf zu Dorf unterbrochen wären, überhaupt keine Rede sein“. Am meisten empört ihn die beabsichtigte Spionage durch die Juden. „Dieses Volk wird um geringen Vortheil“, schrieb der General, „die reicheren Bauern angeben und anklagen; die darauf folgende Untersuchung wird nur dazu beitragen, die Zahl der Missvergnügten bedeutend

vermehren; die Juden wären schon verhasst genug, weil sie
Bauern übervortheilten und nur zu häufig von den Guts-
waltern gegen diese benutzt würden. Wenn man keine zu-
lässigeren Informationen habe als diejenigen des Pfarrers
rakowski, so möge man mir glauben, dass dieser Geistliche,
erst seit einem Jahr in Human weilt, seine Gemeinde weniger
mt als ich, dem diese Güter gehören. Ich kenne das hiesige
lk und ich weiss wohl am besten, wie man es zu behandeln
. Man soll ihnen gegenüber energisch auftreten, dabei aber
nschlich und gerecht; man soll sie allmählich bereden, Ver-
nen zu uns zu fassen und dadurch ihr eigenes Wohl zu
lern. Darin fehlen unsere Soldaten am meisten, und unsere
stlichen nur allzu oft, dass sie durch Drohungen und Schreck-
tel wirken wollen. Was soll nun aus der beabsichtigten
itäruntersuchung der von den Juden Denunzirten werden?!"
sen Bericht schickte Potocki dem König mit der Bitte, ihn
Reichstag verlesen zu lassen. „Ich werde das Kommando
n niederlegen, sollte man mich zwingen wollen, es in dieser
ise zu führen. Ich behalte dann immer noch die Hoffnung,
s meine Bemühungen einen Theil meines Vaterlandes von
n Ruin retten können, der uns durch einige Hitzköpfe bereitet
d." Dieselben Motive veranlassten ihn um diese Zeit, auf
Gesandtschaftsposten in Petersburg zu verzichten, den man
aufgenöthigt hatte, und er bat den König, ihn von dieser
rpflichtung zu befreien. Wie sollte er auch die Provinzen,
che er militärisch verwaltete, verlassen in dieser Zeit der
tersuchungen, Verfolgungen u. s. w. „Ich müsste denn", fügte
hinzu, „einige Zehntausend Familien, die mich ihren Herrn
nen, einem unsicheren Schicksal überlassen, um im Auslande
unverständliche Verhandlungen zu führen, da die Regierung
Republik selbst nicht zu wissen scheint, was sie will!"

Man kann nicht umhin, zu fühlen, dass Potocki in diesem
l vollkommen Recht hatte und durch gerechte Motive ge-
et ward, er war aufrichtig um das Loos seiner Untergebenen
orgt, denn er war in der That immer human und sorgsam
en gegenüber und blieb es zu den schlimmsten Zeiten seines
ens. Der König würdigte seine Motive und befreite ihn,
ohl ungern, von der Gesandtschaft in Russland. Ein Kom-
dant, der dem Volke in Ukrainien Vertrauen einflösste, der

durch seinen Reichthum der Szlachta imponirte, der mit Russland gut stand und daher jede Garantie gewährte, dass es ihm allein gelingen würde, den Aufstand friedlich niederzuhalten und die guten Beziehungen nach aussen weiter zu pflegen, war in der That unschätzbar. Doch war der Druck, den die öffentliche Meinung ausübte, so gewaltig, dass der König Potocki nur wenig helfen konnte; die Kriegskommission wahrte ihre Unabhängigkeit und fuhr fort, ohne Wissen des Königs gewagte Befehle zu ertheilen, der Hetman Branicki war ja Vorsitzender und mit seinem Hang zu allerlei Wirren benutzte er jede Gelegenheit, um Unruhe zu stiften. Auch war er froh, dass es ihm gelang, Felix Potocki zu kränken, nur um ihn für seine Anhänglichkeit an den König zu strafen. War die Lage von Potocki in der Ukraine schwierig, so war die des Königs in Warschau noch schwieriger. Schliesslich konnte der Monarch die Ermüdung gepaart mit Aufregungen und Kummer aller Art nicht mehr aushalten und erkrankte ernstlich zu Anfang Februar. Die Sitzungen wurden für 10 Tage unterbrochen. Man fürchtete für das Leben des Königs und in der Erwartung eines nahen Todes, fing man an, mit den Gesandten von Sachsen und von Preussen über seinen Nachfolger zu verhandeln; doch darüber später an geeigneter Stelle. Indessen kaum von seinem Uebel geheilt, mit halben Kräften, erschien der König wieder in der Kammer, am 16. Februar, um die Sitzung zu eröffnen. Er erklärte, dass er gegen die Verfügung des Arztes hier wieder erscheine, um die Thätigkeit der Kammer in Gang zu bringen. „Doch hat jedes Ding sein Maass, und ich kann nicht mehr thun, als mir meine Kräfte gestatten, diese sind durch Alter und durch die vielen Sorgen sehr vermindert; die langen Sitzungen sind mir sehr schädlich. Ich bitte die Herren, zu beachten, dass ich hier die grösste Arbeit leiste, indem es jedem der Herren gestattet ist, im Saal zu erscheinen oder denselben zu verlassen, wenn er Lust hat, sogar der Marschallpräsident darf sich entfernen, während ich allein mich nicht rühren darf, ohne die Sitzung zu unterbrechen.“ Darauf erklärte er, es würden von nun an drei Sitzungen in der Woche stattfinden, die anderen Tage sollten zur Verständigung in Provinzialsitzungen oder beim Reichstagsmarschall von den Abgeordneten benutzt werden, wobei sie die Verhandlungen besser vorbereiten könnten. Diese offenen und

sehr natürlichen Vorstellungen wurden nicht allseitig gut aufgenommen. Am folgenden Tage benutzte Abgeordneter Kublicki die Erklärung, um den König zu bitten, er möge der Kammer gestatten, auch ohne ihn zu tagen, und der Kastellan Jezierski, der den Narren in der Kammer spielte, wagte halb traurig, halb ironisch sogar die Bemerkung zu machen: „Die Aerzte haben Ew. Majestät schlecht berathen, da sie Ew. Majestät erlauben, einen Tag um den anderen zu arbeiten; wir dagegen wünschen Ew. Majestät immerwährende Ruhe und bitten, nur dann diese Verhandlungen zu beehren, wenn Ew. Majestät dazu Lust haben. Die Aerzte haben genug Patienten, wir aber nur einen Herrn. Seit Anfang der Session berathen wir hier. Ew. Majestät haben Alles approbirt, also können wir die fertigen Beschlüsse auch in das Schloss durch die Marschälle bringen lassen. Es ist unser Amt, zu arbeiten, zu berathen, Steuern zu bewilligen, und das Amt Ew. Majestät besteht darin, sich dessen zu erfreuen, die Steuern zu empfangen und frei zu herrschen! .....“ Solche Albernheiten musste man ruhig ertragen, ja sogar für baare Münze nehmen; glücklicherweise liess man diese Rede unbemerkt durchgehen.

§ 73.

Antrag zur Bewaffnung gegen den Bauernaufstand.

Während der Krankheit des Monarchen hatte Stackelberg die Antwort des Petersburger Kabinets auf die Note der versammelten Stände erhalten, in welcher diese die Zurückziehung der Truppen verlangt hatten. Die Antwort zeichnete sich durch ihre ungewöhnliche höfliche Form gegenüber allen bisher erhaltenen aus, sie enthielt Ausdrücke der Verehrung für die Republik, als für einen unabhängigen, befreundeten und verbündeten Staat; dabei forderte sie die Erlaubniss, Proviantmagazine in der Republik bestehen zu lassen und zur Obhut derselben unbedeutende Truppenabtheilungen, mit dem Versprechen auch diese zurückzuziehen, sobald es nur thunlich wäre. Ferner war darin die Hoffnung ausgesprochen, dass die versammelten Stände diese Bitte berücksichtigen würden und nicht gleich auf der Zurückziehung bestehen möchten, da ein solches Verfahren den freundschaftlichen Beziehungen der beiden Mächte nicht entsprechen würde und alle Kriegsoperationen sehr erschweren

könnte. Gleich nach der Verlesung der Note (am 16. Februar) erhob sich der Abgeordnete Bischof Rybinski mit der Bemerkung, dass man diese Note nicht annehmen könne, dass Russlands Kriegsbedürfnisse Polen nichts angehen, dass dieses seine Neutralität streng wahren müsse und dergleichen mehr. Der Abgeordnete Suchodolski versuchte die Zuhörer zu reizen, indem er der Kammer einige Auszüge aus einer eben vom russischen Kabinet an die Schweden gerichteten Note verlas. Der König lenkte darauf die Aufmerksamkeit der Anwesenden auf die höfliche Form der Note und sprach die Hoffnung aus, dass man die Sache friedlich ausgleichen könnte. Allein es geschah anders. Man erhielt während dieser Sitzung verschiedene Stafetten von der Grenze, welche die Uebertretung der Grenze bei Wereszczaki meldeten. Ein ganzes russisches Regiment leichter Kavallerie hatte unter Leitung des Generals Stahl als Begleitung von 140 Fuhren mit Waffen und Munition die Grenze überschritten und sich in Smila, einem dem Fürsten Potemkin gehörenden Gut, einquartiert; von der anderen Seite gingen auch russische Truppen auf Kiew zu und leisteten den feindlichen Absichten der Bauern Vorschub. Den polnischen Gutsbesitzern schien überall Gefahr zu drohen. „An unserer Grenze“, lautete der Bericht, „ist das Volk auch sehr unruhig und frech; es verkündet laut, dass es nur auf das Verschwinden der Schneemassen warte, um die Polen und Juden in der Ukraine zu vernichten. Auch besitzen die Bauern Waffen; bei den Frühjahrsprozessionen sahen wir sie bewaffnet manövriren, was sonst nicht Sitte war. Offenbar kommt die Aufreizung von aussen und der Aufstand ist unvermeidlich, wenn die höchste Gewalt nicht bei Zeiten dafür sorgt, Truppen hierher zu senden und den Gutsbesitzern die Weisung zu ertheilen, die Bauern allerorten streng zu beaufsichtigen und ihnen die Waffen zu sequestriren. Wenn dabei die russischen Truppen immer freien Durchzug behalten, so wird dem Aufstande nur Vorschub geleistet, und die hiesigen Bewohner werden sich allein zusammenthun müssen, um Hab und Leben zu vertheidigen.“

In der Sitzung des 19. Februar sollte die Kammer die erhaltene russische Note wiederum besprechen. Statt dessen fing man mit der Verlesung der Berichte von Felix Potocki an, welcher meldete, dass in der Ukraine Alles ruhig sei und er nach Kiew reise, um dort die Anzeichen der Unruhen zu suchen,

n denen in Warschau so viel gesprochen wird. Gleich darauf urde der oben citirte Bericht des Grenzbeamten in Cudnow rlesen und noch hinzugefügt, was nicht darin stand, nämlich, ss die Truppen von Stahl als Eskorte für 50 russische eistliche erschienen wären.*) Die letzte Behauptung erhte ungemein den Eindruck der ganzen Nachricht; man weiss icht, woher die Vermuthung plötzlich laut wurde, die 50 Geistchen seien von Russland gesandt, um das Volk zu fanatisiren, zu ewaffnen, gegen die höheren Klassen aufzuhetzen und diese dann emeinsam mit den russischen Truppen anzugreifen. Mit uneheurer Aufregung und, wie gewöhnlich, ohne vorher die Betätigung der gehörten Mittheilungen abzuwarten, nahm man die edrohliche Nachricht auf. Der Abgeordnete Strojnowski sprach it erregter Stimme aus, dass es wohl schon zu spät sein würde, 'ruppen zu schicken, um das Unglück abzuwenden. Er hatte or einigen Wochen allgemeine militärische Uebungen beantragt; iese wären auch nützlich gewesen, denn die Bauern hätten sich on der Bereitschaft der Szlachta überzeugt. Da es nun zu spät ei zu solchem Beginnen, beantragte er, die Szlachta allgemein nter die Waffen zu rufen und sich zum Kampf gegen die Bauern orzubereiten. Dieser unerhörte Antrag fand viel Anklang bei er Hetmans-Partei; allein die Partei des Königs und viele vernünftigere Mitglieder der Opposition fingen an, Verdacht zu chöpfen, dass die Urheber des Antrages etwas Anderes beabichtigten, als die Bändigung der Bauern. Die Einen bestanden auf er sofortigen Abfassung eines Aufrufes, die Anderen opponirten. Der Streit dauerte eine Zeit lang, schliesslich beruhigte der König ie Parteien, indem er die Genehmigung zu einem Aufruf erheilte, zugleich aber warnte, ein übereilter Beschluss könne viel Inglück verursachen. Die Reden der Abgeordneten hörten ndess nicht auf; Sapieha verlangte den Aufruf und erwähnte abei die russische Note, die kränkend für die polnische Nation ei. Mit vielem Feuer rief der junge Jablonowski: „Ich wäre es Namens »Pole« nicht werth, wenn ich gleichmüthig die Ausrücke dieser Note anhören könnte. Darf man ein freies Volk › behandeln? Die kleinsten deutschen Fürsten werden vom aiser um Erlaubniss ersucht, will er seine Truppen durch ihr

*) De Caché, 21. Februar.

Territorium führen, wenn ihn der Krieg dazu zwingt; sind wir denn so herabgekommen, dass es Russland gestattet sein darf, seine Truppen über unsere Grenze zu schicken und uns dabei noch mit Hochmuth zu behandeln? Diese Fessel müssen wir zerreissen und die Note dem Berliner Hof mittheilen. Es ist besser unterzugehen, als schimpflich zu leben!" Der Abgeordnete Kublicki betrachtete den Antrag, einen Aufruf zu erlassen, vom historischen Standpunkt; Abgeordneter Walewski konnte seine Empörung darüber nicht verhehlen, dass der Antrag überhaupt Opposition fand: er bat um sofortige Abstimmung und um die Absendung der Note nach Berlin; Abgeordneter Koscialkowski nahm die Sache ruhiger; er rieth der Kammer, auf solche leeren Erörterungen zu verzichten und sich lieber mit den Steuern zu befassen. Abgeordneter Zboinski sprach seine Indignation über die russische Note aus, bezüglich deren er die Meinung des jugendlichen Jablonowski theile.

Inzwischen erklärte der Marschallpräsident, welcher den Hetman Branicki stark in Verdacht hatte, sowohl die Panik wie auch die gewaltsamen Reden, die ihr folgten, absichtlich in Scene gesetzt zu haben, er würde die Kriegskommission beauftragen, die Armee bereit zu halten; der Antrag eines allgemeinen Aufrufes sei in Erwägung zu ziehen; schliesslich, die russische Note solle der Auswärtigen Deputation zur Beantwortung übertragen werden. Zu diesen bestimmten Erklärungen, welche alle Meinungsverschiedenheiten ausgleichen sollten, fügte er die Frage: ob die erwähnte Note dem Berliner Hof mitgetheilt werden sollte? Niemand sagte etwas dawider, und der Marschall verlangte, dass man zur Steuerfrage überginge. Allein dabei erhoben sich wieder Stimmen, um mit Nachdruck die Abstimmung über das Projekt des Aufrufes zu verlangen. So hatten also die Bemühungen des Präsidenten doch keinen Erfolg; es ward eine brennende Frage; Keiner konnte vorhersagen, wie die Abstimmung ausfallen würde. Stanislaw Potocki versuchte einen Mittelweg zu finden, indem er vorschlug, den Aufruf nur in die bedrohten Provinzen zu versenden und „die Gutsbesitzer einzuladen, auf ihre Leibeigenen aufzupassen und etwaige bei ihnen vorgefundene Waffen wegzunehmen". Bezüglich Potemkins, den Viele als einen der Haupturheber der möglichen Unruhen ansahen, fügte Potocki hinzu: „Da

er sich zur polnischen Szlachta zählt, so wird er sich unseren Gesetzen fügen müssen. Man soll die eben eingeführten Waffen die er in seinem Gute liegen hat, offiziell in Beschlag nehmen, und ihm verbieten, fremde Truppen zu halten. Die Waffen soll er ausliefern oder wieder ausführen." Dieser Vorschlag beruhigte noch immer nicht Alle; die Kammer war in höchster Erregung, der König vertagte die Sitzung auf den folgenden Tag. Und doch war auch diese Sitzung nicht resultatlos vorübergegangen. Etwas war gewonnen, aber freilich für die Opposition. Die russische Note sollte dem Berliner Hof mitgetheilt werden. Das schmeichelte dem Berliner Hof und kränkte den russischen.

Der zweite Punkt war aber noch unerledigt, man hatte sich über die allgemeine Bewaffnung gegen die Bauern nicht einigen können. Darüber wollte man bei der nächsten Sitzung, am 20. Februar, ins Reine kommen. Trotz der Bemühungen des Marschallpräsidenten, die Kammer zur Berathung der Steuern zu zwingen, fing man bald wieder an, von dem befürchteten Aufstande zu sprechen; die Meinungsverschiedenheiten waren aber noch grösser als am Vorabend. Einige glaubten wirklich, Andere gaben vor zu glauben, dass der Aufstand drohe, und beschuldigten den General der Artillerie Felix Potocki, er verschweige den wahren Stand der Dinge. Wieder Andere sahen in solchen Gerüchten nur ein absichtliches Schreckmittel oder verrätherische Absichten. Auch Fürst Czartoryski nahm das Wort und meinte, die Verschiedenheit der Berichte erschwere jedes Urtheil; es sei besser, sich nochmals von dem wirklichen Stand der Dinge zu überzeugen und zu dem Zwecke eine zuverlässige Persönlichkeit abzusenden. „Es mag wohl sein, dass dort eine gewisse Aufregung unter dem Volke herrscht, aber mir scheint dieselbe unglaublich, weil ich aus meinen dortigen Besitzungen noch keine Nachrichten darüber erhalten habe. Vorsicht ist gewiss geboten, aber Mässigung ist auch nöthig, weil man leicht durch die Angst vor dem Uebel das Uebel hervorrufen kann. Das Beispiel der früheren Aufstände beweise gar nichts; wir haben sie selber durch unsere Grausamkeit den Leibeigenen gegenüber verschuldet. Es ist wohl geboten, einige Truppen dahin zu schicken, aber nur unter der Bedingung strengster Disziplin und vollster Milde gegen das dortige Volk". Sehr bestimmt war die Rede des Abgeordneten Wawrzecki. Er sowohl wie der Fürst

Czartoryski zweifelten an dem Aufstand um so mehr als solche schreckenden Gerüchte schon öfters ohne ernste Grundlagen in Umlauf gesetzt worden wären. Bezüglich der Berichte des Grenzbeamten und des [illegible] Generals schenke er dem letzteren Glauben; in dem ersteren erkenne er nur den Umstand der Waffeneinfuhr nach Polen als bedenklich an, und deswegen rathe er, den Vorschlag von Stanislaw Potocki anzunehmen und danach zu handeln. Was den projektirten Universalien anlange, so müsse er bekennen, dass ihn ein solcher Antrag in die grösste Bestürzung versetzt habe, und darum wäre er mit der Majorität entschieden gegen die Billigung desselben. Noch nie habe man in Polen von einer allgemeinen Bewaffnung der Szlachta gegen die Bauern gehört! Die Ukraine hat jetzt ungefähr 6000 Mann Truppen, wenn man noch 2000 dahin schicke, so reiche es vollkommen aus. Eine allgemeine Wehr dort anzuordnen, würde eine grosse Theuerung hervorrufen, und die Bedrängung der Bauern würde erst recht einen Aufstand verursachen. „Ist es denn möglich, die Szlachta gegen die Bauern zu hetzen? Es ist unbegreiflich, was hier vor sich geht! man soll offen bekennen, gegen wen diese allgemeine Bewaffnung gerichtet ist, denn wahrlich gegen unsere Bauern ist sie überflüssig!“ Rediner beantwortete auch die vom Abgeordneten Kublicki gemachte Bemerkung, die Sitzungen könnten auch in Abwesenheit des Königs stattfinden, mit einigen an den Monarchen gerichteten Worten des Dankes für das Opfer an Gesundheit, das er dem Reichstage täglich bringe. „Wenn ich nach der bei den Provinzialsitzungen üblichen Lässigkeit der Verhandlungen urtheile, so muss ich überzeugt sein, dass wir ohne die Gegenwart Seiner Majestät hier zu nichts kommen würden. Auch will ich hervorheben, dass wir nur dank der Geduld und der Nachgiebigkeit einer der Parteien schlimme Erörterungen vermeiden. Diese Partei erträgt alle Verfolgungen schweigend; das sage ich nicht meiner selbst wegen, denn persönlich fürchte ich keine Verfolgungen mehr; in einem gewissen Alter kümmert man sich wenig um persönlich empfangene Wunden Angesichts der Unglücksfälle, die das Vaterland treffen.“ Er schloss die Rede mit der Bitte an die versammelten Stände, sich ja über jede in der Plenarsitzung vorgebrachte Frage vorher zu einigen und über keine hier zu verhandeln, die nicht vorher in den

ovinzialsitzungen erörtert worden wäre. „Wer kann wissen,
r erkennen, welche bei uns ja so üblichen Fallstricke uns
er wieder aus dem Hinterhalte drohen?"

Diese vernünftige und muthige Rede des Abgeordneten
awrzecki vernichtete endgültig das Projekt der allgemeinen
waffnung mit Allem, was daran hing. Sie diente auch dazu,
e Urheber dieses Gedankens zu entlarven. Während der
de warf man diesen Urhebern so bedeutsame Blicke zu, dass
pieha sich veranlasst fühlte, zu erklären, keine Verwandt-
haftsbande, sondern nur patriotische Gesinnung hätten ihn
leitet. Man versuchte noch einige Argumente vorzubringen,
doch ohne Erfolg; der Vorschlag von Stanislaw Potocki wurde
s Basis der folgenden Beschlüsse genommen. Die Proviant-
nter der Ukrainischen Wojewodschaften sollen auch für die
fentliche Sicherheit und Ordnung sorgen; die Kriegskommission
ll ohne Verzug ein Paar Regimenter aus Litthauen und dem
önigreich dahin schicken, die eingeführten Waffen sollen von
lnischen Truppen bewacht und keine neuen Transporte ge-
attet werden. Zu diesen Maassregeln wollte der Abgeordnete
atuszewic noch eine hinzufügen: es solle den dortigen Guts-
sitzern strenge Beaufsichtigung ihrer Bauern anempfohlen
d sie mit Konfiskation bedroht werden, falls sie der Regierung
cht rechtzeitig über etwaige Unruhen Meldung machten. Diese
nordnung sollte offenbar Potemkin treffen, der auch Güter
Polen besass und sich zu der polnischen Szlachta zählte;
enso aber konnte sie die Gutsbesitzer zu Misshandlung ihrer
ibeigenen verleiten und Unheil anstiften. So wurde dieser
ntrag, an dem Matuszewic festhielt, nach doppelter Abstimmung
nnoch abgelehnt.

Der König schrieb Folgendes über diese Beschlüsse: „Auch
se Verfügungen, die wir lediglich der Einsicht von Potocki
rdanken, scheinen mir überflüssig zu sein; denn sie können
Bauern erschrecken und zur Empörung treiben. Aber es
besser, das kleinere Uebel dem grossen, das uns bedrohte,
zuziehen. Ich hoffe, dass dieser Eifer wesentlich abnehmen
l einige der Verfügungen zurückgezogen werden, sobald man
ihrt, dass der General Müller dem Gesandten geschrieben
ihn versichert hat, Fürst Potemkin habe schon Gegenbefehl
eilt, und General Stahl mit seinem Regiment werde zurück-

gerufen. Der Gesandte meinte, es seien gegenwärtig keine russischen Truppen mehr dort; er hat selber dem General Müller im Namen der Kaiserin geschrieben, dass man von nun an keine Truppen mehr nach Polen schicken soll, und dass er ihn für alle Unzuträglichkeiten, die aus der Uebertretung dieser Befehle etwa entstehen, verantwortlich mache." *)

§ 74.

Spaltung der Majorität. Ignaz Potocki verhandelt heimlich mit Stackelberg.

Stanislaw August hatte sich nicht geirrt, als er meinte, dass die ausserordentlichen Polizeimaassregeln für die Ukraine schlechte Folgen haben könnten; leider werden wir dieselben bald erwähnen müssen. Inzwischen hatten die heftigen Debatten in der Kammer insofern Nutzen gebracht, als sie einigen Abgeordneten die Augen öffneten. Dies wird durch folgenden Brief des Königs bestätigt. „Die Opposition traut dem Hetman Branicki nicht mehr. Einige ihrer Mitglieder theilen den Verdacht meiner Freunde, dass er Unruhen in der Ukraine absichtlich hervorrufen möchte, um einen Vorwand zum Bürgerkrieg zu haben. Denn ein Bürgerkrieg würde ihn zum Haupt der Armee machen, sein Ansehen im Lande erhöhen und seinem Vetter, dem Wojewoden von Sieradz, Gelegenheit zum Raub geben. Andere gehen noch weiter in ihrer Unterstellung und halten ihn für fähig, als Hetman der Armee, offen zu Russland überzugehen, um ihm gegen die Türkei zu helfen und sich damit die Macht im Lande und Anerkennung auswärts zugleich zu erringen."

Wie dem auch sei, die Opposition zerfiel in zwei Parteien. Lucchesini beklagte sich über diesen Unfrieden und machte warnend die Opposition darauf aufmerksam, dass ihre Einigkeit allein sie zum erstrebten Ziel führen könnte.**) In der That, von dieser Zeit an sehen wir die Malachowski, Potocki und Krasinski immer häufiger mit dem König votiren, obwohl sie nicht wagten, sich offen zu seiner Partei zu bekennen. Es schien

*) Brief an Deboli. 21. Februar.
**) De Caché. 25. Februar.

ɘn unklug, so heftig gegen Russland vorzugehen und mit dieser ɔht zu brechen, wie es Sapieha und seine lärmenden Anhänger wünschen schienen, indem sie den Beifall des Publikums und Damen der Hauptstadt ernteten. Besonders war Ignaz ocki der Meinung, dass es besser wäre, Russland mit Schonung behandeln, so lange man der Unterstützung von Seiten des ıssischen Kabinets nicht vollkommen sicher sei, und die ıublik fast waffenlos und ohne eine organisirte Armee dastände. wollte lieber auf gütlichem Wege die Erlaubniss für die ɔhgesetzten und noch beabsichtigten Reformen von Russland ngen. In solcher Absicht suchte er um diese Zeit heimliche ständigung mit Stackelberg. Wir wollen nun hören, wie der andte sich darüber äusserte.*)

Er berichtet, dass die Unschlüssigkeit am Hofe und in der iglichen Partei sehr gross sei, weil schon ein Theil der iglichen Familie sich zu Preussen neige. Unter solchen ständen erachte er es für nothwendig, den Marschall Ignaz ocki für die Kaiserin zu gewinnen, er hoffe ihn mit dem ıeral der Artillerie, Felix Potocki, zu vereinigen und eine tei für die Zukunft zu bilden. Um sich dem ersteren zu ɘrn, habe er die Durchreise des Prinzen von Nassau benutzt mit Potocki eine geheime Unterhandlung gehabt. „Er hat das Wort gegeben“, berichtet er darüber, „dass er Eurer Kaiserl. estät treu bleiben werde, in der Ueberzeugung, dass es das hl seines Vaterlandes verlangt. Mit Gunstbezeugungen und l brächte man ihn nicht dazu, meinte er; nur Polens Vortheil Achtung vor Eurer Majestät könnten sein Thun bestimmen. les habe ich ihm im Namen Eurer Majestät fest versprochen; ihn fester zu binden, habe ich ihm über diesen Gegenstand n Brief geschrieben, auf den er mir die hier beigelegte vort gegeben hat. Dieser Brief enthält die Wiederholung res Gespräches. Meinerseits habe ich mich verpflichtet, Majestät nur vertraulich von dieser Unterhandlung in ıtniss zu setzen und nicht auf dem üblichen diplomatischen e, was mir auch geboten schien, um das Geheimniss besser vahren und den Grafen vor den Verfolgungen der Partei Enragés) zu schützen und das Vertrauen, das er in der

*) Vertraulicher Bericht an die Kaiserin vom 9./21. Februar 1789.

Kammer geniesst, nicht zu schmälern. Um ferner jede offene Berührung mit ihm zu vermeiden, die ihn in den Augen seiner Partei leicht kompromittiren könnte, habe ich einen Vermittler zwischen uns in der Person eines gewissen Heyking aus Kurland gefunden, der täglicher Gast bei mir sowohl wie bei dem Grafen ist.*) Da Heyking von nun an in Warschau weilen muss, um diese Mission zu erfüllen, habe ich ihm eine Pension aus der Kasse der Gesandtschaft bewilligt, welche ihm den Aufenthalt in der Stadt ermöglicht.“ — Stackelberg erzählt weiter, welche vertraulichen Mittheilungen ihm der Graf gemacht habe, und bemerkt, dass er den Namen desselben nie nennen, sondern ihn als die vermittelnde Persönlichkeit in seinen weiteren Berichten bezeichnen werde. Die vertraulichen Mittheilungen lauten, wie folgt: „Es wird trotz bestem Willen nicht möglich sein, das Zustandekommen eines Handelsvertrages mit Preussen zu verhindern, weil es der einzige Weg ist, Polen von den unaufhörlichen Chicanen des preussischen Fiskus an der Grenze zu befreien. Darüber soll also die Kaiserin nicht zürnen und grossmüthig ihre Zustimmung geben. Es wäre gleichfalls unmöglich, den Eifer der Patrioten zu bändigen, in der Bestrebung, eine freie und dauerhafte Regierung zu gründen; mit ganzer Energie werde der Graf seinen Einfluss brauchen, um alle Abmachungen zu verhindern, welche Polen aus seiner neutralen Stellung herauszudrängen drohen. Er fügte noch hinzu, dass die grössere Zahl der Patrioten die Frage der Thronfolge ordnen möchte, um ein Interregnum zu vermeiden, und deswegen häufige Erwägungen stattfänden, ob man diese Frage nicht auf dem Friedenskongress erledigen könnte, der bald die kriegführenden Nationen versöhnen sollte; zu diesem Zwecke hätte man den Gesandten aufgetragen, den Vorschlag zu machen, Polen auch zum Kongress zuzulassen. Bezüglich der Person des Thronfolgers wäre die öffentliche Meinung noch nicht im Klaren. Man schwanke zwischen einem preussischen oder englischen Prinzen oder dem Prinzen Ludwig von Württemberg. Die

*) Dieser Heyking war eine Zeit lang von dem Herzog von Kurland, Biron, als Gehülfe von Manteuffel in Warschau benutzt worden. Da er aber ein unruhiger Geist war, liess ihn der Herzog bald fallen, worauf er zu der dem Herzog feindlichen Partei der kurischen Edelleute überging; er besorgte die Angelegenheiten dieser Partei in Warschau.

ifrigen Bemühungen der Fürstin Czartoryska, Sapieha und ranicki auf die preussische Partei zu bringen, hätten den Zweck, etzteren, der ihr Schwiegersohn wäre, auf den Thron zu etzen, was jedoch Fürst Adam Czartoryski gar nicht wünscht.“ chliesslich freut sich Stackelberg, dass es ihm gelungen sei, n Grafen für sich zu gewinnen, da er durch ihn schon einige ichtige Nachrichten erlangt habe. „Denn, obwohl man auf inen Polen unbedingt rechnen darf, so ist es doch wichtig, en der besten Köpfe für sich zu haben. Spitzbüberei bleibt mer ein schlechtes Geschäft für den Klugen, also müssen wir ffen, dass dieser Vetter der Fürstin Czartoryska werthvoller in wird, als die Anderen.“

Wir haben von diesem Bericht einen weitläufigen Auszug macht. Obwohl man zugeben muss, dass nur ehrlich patriotische sinnungen den Grafen Potocki leiteten, als er diese Behrung mit Russland nicht abwies, so macht doch die ganze ansaktion einen betrübenden Eindruck. Sonderbar erscheint , dass ein Minister, einer der bedeutenderen Männer im Reichsg und zwar derjenige, welcher für die preussischen Minister s Haupt der preussischen Partei galt, in geheime Verständigung it Russland tritt, ohne seinen König davon in Kenntniss zu tzen und auch ohne das Mitwissen der beiden Kammeräsidenten. Es giebt wohl nichts Verhängnissvolleres, als nliche Unterhandlungen einzelner Staatsangehöriger mit fremn Regierungen; sie sind immer eine Quelle mannigfachster usionen und schwerer Enttäuschungen. Was erstrebte Ignaz tocki? Den Zorn Russlands zu entwaffnen, von ihm Konssionen zu erlangen? Warum that er es nicht in Gemeinschaft t seinem König, der dasselbe wollte? Sollte er denn nicht ssen, dass, wenn Russland keinen Anstand nahm, seine Verige mit anderen Mächten zu brechen, es noch weniger Bedenken gen würde, im Falle der Noth geheimen Abmachungen mit ivaten untreu zu werden? Wie grausam wurde doch später n Namensvetter Felix Potocki von dieser Wahrheit überführt, er es wagte, in Jassy zu dem Fürsten Potemkin in ein ähnliches rhältniss zu treten! — — Wenn es einzelnen Staatsbürgern tattet wäre, ungestraft auf eigene Hand Verhandlungen mit nden Regierungen zu führen, so würde der Staat als ein nzes nichts mehr bedeuten; sein Ansehen nach aussen würde

vernichtet sein und jeder geheime Anschlag ermöglicht werden. Wenn ferner jeder Staatsbürger sich als Centrum und Orakel der Landesinteressen betrachten will, wie soll man da verhindern, dass das liberum Veto, prinzipiell zwar verurtheilt, doch in der Praxis herrscht und dass beliebige Konföderationen der Malcontenten, auf Abmachungen mit fremden Regierungen gestützt, Alles zerstören, was von der überwiegenden Mehrheit in der Republik eingerichtet ward?*)

§. 75.
Der Berliner Hof zähmt den Eifer der Opposition gegen Russland.

Die Deputation für die Auswärtigen Angelegenheiten betraute Ignaz Potocki mit der Abfassung der Antwort, welche auf die bekannte russische Note erfolgen sollte; die Verlesung derselben fand in der Sitzung vom 23. Februar statt, nachdem man das Publikum von der Galerie verwiesen hatte. Ihr Inhalt lässt sich in zwei Hauptparagraphen mittheilen: Die Republik gestattet ihren Unterthanen, die russische Armee mit Proviant zu versehen, und will auch die russischen Proviantmagazine dulden, unter der Bedingung, dass solche nur von einer bestimmten Zahl Soldaten bewacht werden. Was den Durchmarsch der russischen Truppen anbelangt, so wünschen die versammelten Stände, dass

*) Es ist uns nicht bekannt, wie lange das Einverständniss zwischen Potocki und Stackelberg dauerte; wahrscheinlich nahm es ein Ende, sobald die Verhandlungen wegen eines Bündnisses mit Preussen anfingen. Trotz der Geschicklichkeit, mit der Potocki es verstanden hatte, sogar vor seinen Freunden seine Unterhandlungen mit Russland zu verbergen, errieth Stanislaw August doch ihr Bestehen. Ostermann mahnte Deboli, eine Annäherung zwischen Potocki und dem König herbeizuführen, und äusserte sich einmal mit Nachdruck darüber: „Ich sage es Ihnen nicht ohne einen besonderen Grund“, meinte er. Als der König diese Worte dem Gesandten in Warschau wiederholte, leugnete dieser entschieden, dass eine Verständigung zwischen ihm und Potocki existire, woraus der König den Verdacht schöpfte, dass der Gesandte ihn hintergehen wollte. Schliesslich verrieth sich dieser von selbst. „Vor der neulichen Sitzung“, schreibt der König an Deboli am 22. April 1789, „sagte der Gesandte dem Bischof Kossakowski: »Hören Sie doch die Rede des Grafen Potocki aufmerksam an, er wird Bedeutendes sagen!« diese Worte beweisen mir, dass eine Verständigung stattgefunden hat, welche mir vom Gesandten verheimlicht wurde.“

an im Falle der Nothwendigkeit sich nicht bloss mit der oraussetzung einer Erlaubniss begnügt, sondern wirklich um ne solche nachsucht. Uebrigens waren die Ausdrücke dieser ote so höflich, die Versicherungen der Freundschaft der epublik für die Kaiserin und des Entgegenkommens für ihre Wünsche, sofern es die Neutralität gestattete, so verbindlich, ass sie mit der Stimmung der Majorität kontrastirte. Darum efiel sie auch den Enragés (Heissspornen) nicht, wie der König s uns bezeugte. Der Abgeordnete Suchodolski betonte, dass diese ntwort mehr zugestanden hätte, als die Neutralität erlauben ürfte. Potocki vertheidigte sich dagegen, bis der König die itzung schloss, aus Furcht, die Diskussion möchte zu scharf erden. Unter dem Eindruck dieser Kritiken wurde die eputation für die Auswärtigen Angelegenheiten in ihrem Entchluss wieder wankend; Sapieha als Haupt der Heissspornе achte dem Grafen Potocki lebhafte Vorwürfe, und das Misstauen zwischen den Potockis und der Hetman-Partei wuchs täglich. Die Malachowskis, welche sich nun mehr zu den Potockis ielten, wollten die Note unverändert absenden, der Marschallräsident Malachowski war aber nicht sicher, sie in der Kammer urchzusetzen. Die ganze Angelegenheit erfuhr dadurch einen ierzehntägigen Aufschub. Schliesslich mischte sich auch Lucchesini thätig hinein, indem er zu beweisen suchte, dass die Würde der Republik und ihre Unabhängigkeit es nicht erlaubten, die Proviantmagazine zu dulden. In diesem Geist schrieb er Briefe an die beiden Präsidenten.*) Schliesslich schlug man inen Mittelweg ein und verlangte nur, dass die Proviantmagazine in Lieferantenämter unter Kontrole von russischen Beamten verwandelt würden. Den Abschnitt über den Durchmarsch der Truppen liess man fallen, und in dieser Gestalt wurde endlich diese Note an Deboli nach Petersburg abgeschickt.**)

*) De Caché, 7. Januar.

**) Das Diarium der Debatten enthält nur die definitive Fassung der Note (am 9. März) und citirt diese bei der Schilderung der oben erwähnten Diskussion, welche über die projektirte Antwort stattfand. Es ist daher schwer für den Leser, sich zurecht zu finden. Bemerkenswerth ist die Taktik, welcher sich Lucchesini in dieser Frage bediente. Als die Note zuerst der Kammer vorgelegt wurde, rühmte er sich Stackelberg gegenüber, dass der milde und höfliche Ton derselben seinem Einfluss zuzuschreiben sei. Gleich

Wie wir schon ausdrücklich bemerkt haben, hatten die versammelten Stände bereits am 19. Februar beschlossen, die russische Note dem Berliner Hof mitzutheilen; der Marschallpräsident zauderte aber noch mit der Ausführung dieses Beschlusses, bis er dazu von Sapieha gedrängt wurde, und die Deputation für die auswärtigen Angelegenheiten schickte die Note ab mit der unterthänigsten Bitte an den König von Preussen, um bona officia in der Frage der Zurückziehung der Truppen. Lucchesini begleitete diesen Schritt seiner Freunde mit folgenden Worten: „Eure Majestät wird gern diesen feierlichen Beweis des Vertrauens von Seiten der Republik erhalten. Die Bitte der versammelten Stände giebt Euer Majestät das Recht, sich dieser Nation anzunehmen und die Beschlüsse der Stände zu leiten. Bisher hatte ich umsonst versucht, den Reichstag zu einem solchen Schritt zu bewegen. Seit 25 Jahren ist es das erste Mal, dass dieses Volk, welches doch unabhängig ist, es wagt, sich einem anderen Hof zu nähern als dem Russischen.“*) Gegen alle Voraussicht wurde dieses Triumphgeschrei in Berlin sehr gleichgültig vernommen. Die Bitte war nicht zeitgemäss. Zwar gerieth Friedrich Wilhelm wie immer

---

darauf schrieb er aber einen Brief an die Marschallpräsidenten des Reichstages, in dem er ihnen mittheilt, dass das Gerücht ihn als Verfasser der Note bezeichne, „als ob der Graf Ignaz Potocki meiner Hülfe bedürfe“ Malachowski erwiderte, er habe nichts Aehnliches gehört. Der König meinte dass Lucchesini sich verrathen habe, indem er zu schlau sein wollte. Auch das genügte noch nicht. In seinem Bericht an Hertzberg (7. März) schrieb Lucchesini, dass die erste Fassung der Note dem Reichstag nicht gefallen hätte und dass er eine zweite aufgesetzt habe, welche bei der nächsten Sitzung angenommen werden dürfte. Diese Behauptung ist nichts als eine Lüge; denn die zweite Fassung war genau wie die erste, mit Ausnahme zweier Abschnitte. Um alle diese Widersprüche auf den wahren Sachverhalt zu reduziren, müssen wir annehmen, dass Potocki wirklich sich der Hülfe von Lucchesini bediente, als er die erste Note aufsetzte, in der Hoffnung, seine Verantwortlichkeit vor den lärmenden Heisssporнen zu mindern. Deswegen finden wir auch darin so viel italienische Compliments an die Kaiserin Als diese Note verworfen wurde, wagte Lucchesini nicht in Berlin zu bekennen, dass er der Verfasser wäre, und eignete sich lieber das Verdienst an, die zweite geschrieben zu haben. Solchen Ungenauigkeiten begegnen wir oft und sind gezwungen, die Dokumente zu vergleichen, um die Wahrheit festzustellen.

*) Bericht an den König von Preussen, 21. Februar 1789.

Eifer und wollte gleich einen Courier nach Petersburg ab-
icken, allein Hertzberg war anderer Meinung; er befürchtete,
ıs ein solcher Schritt den Krieg mit Russland zur Folge
ben könnte. Auch müsste man erst wissen, ob die Türkei
d Schweden den Krieg weiterführen wollten; schliesslich sei
Betracht zu ziehen, dass Fürst Potemkin sich nicht mehr
r Otschakoff, sondern in Petersburg nach der Einnahme dieser
stung befände, und dass seine Gegenwart dort die Hoffnung
f die Erneuerung der Allianz mit Preussen berechtigte.*)
lche Erwägungen veranlassten den Minister, dem polnischen
sandten mündlich zu eröffnen, dass man in Berlin die ver-
ıgten bona officia je nach der Antwort bemessen würde, die
n den Ständen nach Petersburg ertheilt werden würde. Ausser-
m machte er die Bemerkung, dass man jetzt die vollständige
ırückziehung der russischen Truppen nicht verlangen könnte;
wäre ebenso gut, als ob man die Räumung der Moldau und
allachei verlangte. Ein solcher Schritt könnte zum offenen
rieg gegen Polen selbst führen. Der Berliner Hof möchte
then, dass die Stände sich vorläufig mit der Reduktion der
achen bei den Magazinen begnügen sollten, und dass der
thwendige Durchzug der Truppen nur unter ausdrücklich er-
eilter Erlaubniss stattfände oder mit polnischen Pässen.
ıdurch wird Sicherheit und Unabhängigkeit der Republik am
sten garantirt und dem Berliner Hof die Möglichkeit gegeben,
it dem Petersburger Verständigung zu suchen und etwaige
eignisse, welche seine Lage als Vermittler leichter machen
ürden, abzuwarten.**) In diesen Bericht fügte der polnische
esandte in Berlin, Fürst Joseph Czartoryski, noch einige ver-
uliche Mittheilungen an Ignaz Potocki, in denen er seine
genen Anschauungen aussprach, und versicherte, Preussen
olle den Krieg vermeiden und Polen nicht halb und mit
enigen Truppen helfen, weil es die Republik in noch gefähr-
here Lage bringen könnte, dass es aber auf friedlichem Wege
reit sei, Russland zu veranlassen, seine Truppen aus dem
lnischen Gebiet zurückzuziehen. Diese vorsichtige Haltung

---

*) Depesche an Buchholtz, 2. März 1789.

**) Bericht des Fürsten Joseph Czartoryski, polnischen Gesandten in
lin, an die Deputation für Auswärtige Angelegenheiten vom 8. März.

des preussischen Kabinets lässt sich leicht erklären, wenn man bedenkt, dass sein Spiel Russland gegenüber nicht ganz sicher war. Die Gefahr blieb vorhanden, dass die Kaiserin von Russland nach dem ersten Siege, den sie über die Türkei davontrüge, mit dieser Macht Frieden schliessen könnte, um sich dann durch den von Berlin ausgeübten Druck und durch die Herausforderungen der Polen gereizt, gegen Preussen zu wenden. Unzweifelhaft würde Oesterreich ihr Beistand leisten. Den zwei vereinigten Mächten konnte Preussen nach dem Tode des grossen Friedrich nicht mehr Widerstand leisten. Seine Verbündeten: England, Holland und Polen konnten ihm nicht helfen, Letzteres am wenigsten. Diese Voraussetzungen waren zwar unwahrscheinlich, weil es für Russland nicht vortheilhaft sein konnte, der österreichischen Monarchie auf Kosten des preussischen Staates zu grösserer Macht zu verhelfen; das politische Interesse von Russland schien also diese Gefahr zu verringern, allein Rachsucht konnte doch nochmals die Staatsinteressen überwiegen, wie es schon unter Elisabeth geschehen war, als sie ihre Wuth gegen den grossen Friedrich nicht überwinden konnte und ihm für seine boshaften Aeusserungen über ihre Person den Krieg erklärte. Unter solchen Umständen war es jedenfalls klüger, überflüssige Reibungen mit dem Petersburger Hof zu vermeiden und nur dann ihm unbequeme Forderungen zu stellen, wenn der Verlauf des Krieges mit der Türkei den Frieden mit dieser Macht erschwerte. Nach solchen Erwägungen lauteten die Instruktionen an Lucchesini jetzt wesentlich anders, indem man ihn aus Berlin unaufhörlich mahnte: „die Führer der Opposition in ihrem Eifer gegen Russland zurückzuhalten und ihnen keine Schritte zu gestatten, die einen Bruch mit diesem grossen Reich herbeiführen könnten; ein solches Verfahren könnte Russland veranlassen“, schreibt der König, „den Friedensschluss zu beeilen, um sich dann gegen uns zu wenden und gegen die Republik, die in solchem Falle das erste Opfer des Krieges sein würde, da ich sie gegen solche Uebermacht nicht schützen könnte“ (am 27. März und 30. April 1789).

Dieser Rath war unzweifelhaft der beste, den Preussen und Polen befolgen konnten; allein man hatte in Warschau nicht vergessen, dass eben Berlin zuerst den Antrieb gegeben hatte, an Russland Forderungen zu stellen, die es leicht hätten reizen

ınnen. Es ist also sehr verständlich, eine wie grosse Ent-
ıuschung diese unerwartete Wendung des Berliner Kabinets
en Parteigängern Preussens bereitete. Gewohnt, von Lucchesini
ufmunterung zu allen gegen Russland gerichteten Schritten zu
rhalten, setzten sie voraus, dass der König von Preussen mit
reuden die ihm gebotene Gelegenheit, für Polen aufzutreten,
rgreifen würde, und wurden deshalb peinlich überrascht, als
ie kühlen und ernüchternden Worte des Ministers sie erreichten.
ofort sahen sie darin Anzeichen einer Annäherung zwischen
ussland und Preussen und fühlten sich verlassen und betrogen.
ucchesini, dem die erhaltene Antwort gar nicht angenehm war,
eilte sich, über den peinlichen Eindruck, den dieselbe auf die
reussische Partei gemacht habe, zu berichten und erneuerte die
itte um bona officia (11. März). Aber es gelang ihm nicht,
e Stimmung in Berlin günstiger zu gestalten; der König er-
iderte: „Die polnischen Patrioten sind zu unruhig und ver-
ıngen zu viel; ich schätze ihr Vertrauen und werde es bei
eeigneter Gelegenheit nicht vergessen, wenn es sich um Wich-
ges handeln wird, doch würde mir dieses Vertrauen zu theuer
ı stehen kommen, wenn ich einen Krieg anfinge, um einige
ausende von russischen Truppen aus polnischen Gebieten heraus-
ıdrängen“ (16. 23. März). Damit aber die gewonnenen Partei-
änger nicht absprängen und zur Partei des Königs von Polen
bergingen, sollte Lucchesini versichern, „dass der König von
reussen eine vorsichtige und abwartende Haltung auch im
ıteresse der Republik einnimmt, um sie nicht den Gefahren
nes Krieges auszusetzen“. „Sie dürfen die Patrioten dessen
ersichern, dass ich niemals ihre Nation der Gnade Russlands
berlassen werde, und sollte es auch zu einer Annäherung
vischen mir und Russland kommen, wovon jetzt keine Rede
t, so würde ich keinen Vortheil der polnischen Nation darum
ıfern. . . . . Ich habe bestimmte Absichten, die Polen retten
können, dafür aber braucht es Zeit; man kann das voraus-
hen, aber nicht beschleunigen.“ Das waren die wohl-
einendsten Versprechungen, die nichts kosteten, solche eben
auchte Lucchesini: „Kindern“, sagt er, „muss man immer das-
be wiederholen, sonst vergessen sie es!“ (11. März.)*)

---

*) Die im Wortlaut überaus wichtigen Aktenstücke theilen wir im
hang mit. Siehe 7. (Anm. des Ueb.)

§ 76.
Die Nachrichten aus der Ukraine beunruhigen die Kammer von Neuem. Die Bemühungen des Königs in Petersburg.

Während der eben geschilderte Briefwechsel mit Berlin stattfand, wiederholten sich einige stürmische Vorgänge in der Kammer mit immer wachsendem Schaden für wichtigere Angelegenheiten. Es waren immer noch die alarmirenden Gerüchte aus der Ukraine im Schwange. Das Steueramt in Mohylow (Wolhynien) berichtete vom 20. Februar, ein russisches Bataillon sei über die Grenze gekommen und ein zweites würde bald einmarschiren; die Russen misshandelten nicht nur die Einwohner, sondern auch das polnische Militär; arretirten und prügelten die Leute und drohten überall mit Aufruhr der Bauern; sie würben alle Vagabonden aus Rumänien an, um gegen Polen zu gehen. Andererseits erhielt man Klage von Seiten eines russischen Generals, dass eine Truppenabtheilung, welche türkische Gefangene führte, durch einen polnischen Offizier und Patrouille aufgehalten worden wäre. Bei Zlotopol hatte ein kleines Gefecht stattgefunden, weil die Polen einige Deserteurs nicht auslieferten. Nach einigen Schüssen hatte eine Hand voll polnischer Kavallerie mit gezogenem Säbel eine russische Schwadron über die Grenze zurückgeworfen. Diese unbedeutenden Ereignisse hatten im Reichstage grossen Lärm verursacht. Der Abgeordnete Niemcewicz verlangte, dass man dem Offizier eine Auszeichnung gewähre und die Soldaten adele, insofern sie nicht Szlachta wären. Rzewuski schenkte ihnen die Hälfte seiner Pension (10 000 polnische Gulden). Abgeordneter Skorkowski wollte sie aus dem Reichsschatz belohnen, und Sapieha meldete, dass man in einer Versammlung bei Malachowski eine öffentliche Subskription veranstalten würde. So viel Anerkennung und lauter Jubel über ein zufälliges Rencontre an der Grenze konnten sehr wohl die Soldaten zu grösseren Heldenthaten anfeuern und schliesslich den Krieg mit Russland herbeiführen. Noch grösserer Lärm wurde durch Felix Potocki verursacht. In einem Brief an den russischen General Müller, dem er mittheilte, dass die Kriegskommission ihm verboten habe, russische Truppen durchzulassen, erlaubte er sich zu schreiben, seine persönlichen

Ansichten seien gerade entgegengesetzt, seine Gesinnung für die Kaiserin sei unverändert, und die jetzt in Warschau betriebene Politik, welche heute dasjenige tadelt, was sie vor sechs Monaten lobte, billige er nicht. Solche Betheuerungen lassen sich natürlich von keinem Standpunkt rechtfertigen; „in unserem preussischen Dienste würde man so was nicht dulden", sagte Hertzberg dem polnischen Gesandten. Potocki schickte diesen Brief an die Kriegskommission in der Erwartung, dass man ihm das Kommando, welches ihm bei den neuen Verhältnissen lästig war, abnehmen würde. Darauf hatte die Hetmans-Partei nur gewartet; sie liess den Brief drucken und in Warschau vertheilen und empörte damit das ganze Publikum. Indess die sieben Potockis, die im Reichstage sassen, vereinigten sich mit Sanguszko, Krasinski und Malachowski, um bei dieser Gelegenheit die Hetmans-Partei im Zaum zu halten, sie gaben Branicki zu verstehen, wenn er den General der Artillerie Potocki anklage, so würden sie alle zur königlichen Partei übergehen. Branicki schwieg, denn durch solchen Uebertritt wäre seine Schaar sehr verringert worden. Man verlangte, dass ein Mitglied der Auswärtigen Deputation den Brief des Gesandten, der die Bemerkung von Hertzberg enthielt, vorlese; es wurde jedoch nicht gestattet, worauf der Abgeordnete Suchodolski den inkriminirten Brief vorlas (10. März) und den General heftig anklagte, ihn sogar Landesverräther nannte. Die Abgeordneten Stanislaw Potocki und Moszczenski vertheidigten ihn; der erste ruhig, der zweite mit kränkenden Vorwürfen gegen Suchodolski. Ein heftiger Streit entfachte sich; bei der allgemeinen Erregung war jede Verhandlung der laufenden Geschäfte ausgeschlossen. Endlich suchte der König zu vermitteln: man müsse einen Bürger nicht nach seinen Worten, sondern nach seinen Thaten beurtheilen; Niemand hätte mehr Verdienste aufzuweisen, als der General der Artillerie. Wenn auch in dieser Sache schuldig, so verdiene er dennoch das mildeste Urtheil, um so mehr, da er selber der Kommission sein Vorgehen gemeldet habe. Er wollte auch die scharfen Maassregeln der Kommission durch den Ausdruck seiner persönlichen Gesinnung mildern, und wenn man bedenkt, dass der Unwille der fremden Macht für uns bedenkliche Folgen haben kann, so muss man zugeben, dass der General mit der besten Absicht gehandelt habe. Dieser Vertheidigung des An-

geklagten fügte der König noch einige Schmeicheleien für die anklagenden Abgeordneten bei, und so gelang es ihm, die Aufregung vorläufig zu dämpfen. Allein die Potocki begnügten sich damit nicht. Am folgenden Tage erhob sich Ignaz Potocki mit den Worten, man habe Felix Potocki des Landesverrathes beschuldigt; er fordere die versammelten Stände auf, in der Sache zu richten, ihn zu verurtheilen oder freizusprechen. Es sah wieder bedenklich um die Ruhe der Kammer aus, als der König, um weiteren Verbitterungen vorzubeugen, beantragte, der Marschallpräsident möge an den General der Artillerie im Namen der Stände einen Brief schreiben, worin man ihm das Zeugniss gab, dass er nicht nur sein Amt treu erfüllte, sondern auch umsichtig Alles zu entfernen suchte, was sein Vaterland in eine schwierige Lage bringen könnte. Zur allgemeinen Ueberraschung und auch gegen Potockis eigene Erwartung wurde dieser Antrag angenommen, und somit diese sehr delikate Frage endlich erledigt, — ob mit Vortheil für den Dienst, muss wohl bezweifelt werden.

Indessen begriff der König sehr wohl, dass sein unermüdliches Vermitteln und seine beruhigende Politik zwischen den aufgeregten und immer zum Aeussersten bereiten Parteien nur einen vorübergehenden Erfolg haben konnten, so lange man von Petersburg aus keine Beweise des guten Willens empfinge. Hervorheben muss man, dass Stackelberg im Sinne des bedrängten Monarchen handelte und sich bemühte, die russischen Kommandanten davon zu überzeugen, dass es ihnen nicht mehr gestattet wäre, wie bisher innerhalb der polnischen Grenze die Herren zu spielen. Diesen war die veränderte Lage anfangs unbegreiflich und die Mahnungen des Gesandten hatten wenig Aussicht auf Erfolg, so lange die Kaiserin selbst nicht ausdrückliche Befehle in diesem Sinne ertheilte. Das herbeizuführen, war das Ziel der angestrengten Bemühungen des Königs seit Ende Februar, darauf bestand er unaufhörlich durch seinen Gesandten Deboli. Er machte die dringendsten Vorstellungen, die Kaiserin allein könnte unzähligen Sorgen aus dem Wege gehen, Polen von unfehlbarem Untergange retten und den Preussen jede Gelegenheit zur Einmischung in die polnische Frage benehmen. Er verlangte nur eine Kabinets-Ordre, welche den Einmarsch neuer Truppen in die Republik verböte und den-

jenigen, welche dort einquartiert waren, humaneres Benehmen auferlege. „Darum ersuchen Sie unaufhörlich Herrn Ostermann in meinem Namen mit Nachdruck und mit dem Bemerken, dass ich darum bitte, ich, dem das Recht zusteht, gehört zu werden, nachdem ich so viele Beweise eines aufrichtigen Willens gegeben habe, Freundschaft zwischen Polen und Russland bestehen zu lassen.“ Eine Woche später schrieb der König wieder: „Ich sprach gestern mit Stackelberg und bemühte mich, ihn zu überzeugen, dass es jetzt dringend und wichtig wäre, die Masse von Vagabunden und Bettelmönchen, die in unserem Lande sich herumtreiben und das Volk aufwiegeln, hinaus zu werfen. Dieselben kommen aus Rumänien und Russland und verbreiten unter dem Volk nicht nur mündliche aufrührerische Nachrichten, sondern auch Schriftstücke und gefälschte kaiserliche Aufrufe gerade wie vor 20 Jahren.*) Er versprach mir darum nach Petersburg zu schreiben, aber Sie müssen ihrerseits auch darauf hinweisen“ (7. März). Nach der Antwort, die am 9. März aus dem Reichstag erging und die weniger verbindlich war als der erste Entwurf, war Stackelberg sehr empfindlich und fasste die Sache als Beleidigung seiner Monarchin auf. Stanislaw August schreibt darum in seiner Besorgniss an seinen Gesandten. „Ich wiederhole Ihnen nochmals, brauchen Sie alle Mittel, dieserhalb um Nachricht zu bitten und uns Zeit zur Besserung zu gewähren“ (11. März). Jede aufgeregte Debatte sowie die drohenden Gerüchte aus der Ukraine veranlassten ihn, wieder flehentlich nach Petersburg zu schreiben, um einerseits seine Forderungen zu wiederholen, andererseits aber zu versichern, dass er die Hitzköpfe in Warschau besänftigen würde. Deboli erfüllte treulich die erhaltenen Befehle und Aufträge trotz der Schwierigkeiten, die ihm die neue Deputation der auswärtigen Angelegenheiten mit ihren ungenauen und verworrenen Instruktionen oft bereitete, und trotz der Gereiztheit, die man von Zeit zu Zeit in Petersburg gegen Warschau an den Tag legte. Der Feldmarschall Rumiantzoff hatte natürlich über die Hindernisse geklagt, die ihm von den polnischen Truppen bereitet wurden; auch war die

*) In einem späteren Brief (25. März) berichtet der König, man habe bei Kaniow einen Bettelmönch gefangen, der ein Papier mit dem Siegel der Kaiserin herumtrug. Das Siegel war von einem Dokument abgerissen worden und auf ein anderes Papier aufgeklebt, welches noch leer war.

Nachricht über das Festhalten einer Division mit den türkischen Gefangenen nach Petersburg gelangt und hatte die Kaiserin höchlichst empört. Deboli suchte zu erklären, wie solche Ereignisse eine Folge der unvermeidlichen Missverständnisse seien; dass die Majorität der Kammer der Kaiserin huldige und sie nicht hätte beleidigen wollen; die heftigen und waghalsigen Anordnungen der Kommission schrieb er den preussischen Machinationen oder der Hetmans-Partei zu. Er deckte sich durch das umsichtige Betragen des Generals der Artillerie Potocki, dessen oben erwähnter Brief an den General Müller ihm sehr gut zu statten kam: und was Branicki und die Seinen anbelangte, so könne der König unmöglich für ihre Thaten verantwortlich gemacht werden, da Niemand mehr Einfluss auf sie habe, als die Kaiserin selbst und allenfalls Fürst Potemkin.*) „Schliesslich geruhte die Kaiserin, ein Zeichen ihrer Rücksicht für die Republik zu geben. Infolge der Unbesonnenheit und der Impotenz der polnischen Regierung blieben, wie wir später ersehen werden, alle schismatischen Kirchen in Polen unter der Obrigkeit des Petersburger Synods, und seinen Anordnungen gemäss mussten darin öffentliche Gebete für die Kaiserin und das Gelingen des eben geführten Krieges gesprochen werden. In einem Ukas vom 12./24. März verbot die Kaiserin solche Gebete in den Kirchen der polnischen Gebiete und theilte es dem König mit. Stanislaw August nahm diese Mittheilung mit Dankbarkeit auf. „Die Nachsicht, welche die Kaiserin für Alles hat, was hier seit sechs Monaten stattfindet, ist für mich der beste Beweis, dass sie mir wohl will. In meinem Herzen schätze ich es eben so sehr, wie alle ihre Wohlthaten vor 25 Jahren“ (8. April). In der Lage, in der er sich befand, bei den Mitteln, über die er disponirte, konnte Stanislaw August nichts Weiteres thun, als nur bitten und reklamiren. Er regierte ja nicht mehr, er konnte nur rathen, und so bemühte er sich, mit seinem Rath den Reichstag in seiner Feindseligkeit gegen Russland zu hemmen und suchte sein Vaterland durch dringende Vorstellungen gegen die Rache der Kaiserin zu schützen. Er sagte öfters: „Einmal werde ich dieselben, die mich heute misshandeln, gegen die Verfolgung von Seiten der Russen schützen und vertheidigen müssen.“

*) Berichte von Deboli, Februar und März, *passim*.

§ 77.
·ie Führer des Reichstages trachten die Differenzen mit Russland auf friedlichem Wege beizulegen.

In derselben Richtung und von seinem Standpunkte aus
ar auch Felix Potocki thätig, und man muss an dieser Stelle
ıgeben, dass seine Haltung um diese Zeit klug und ehrenhaft
ar. Trotz des strengen Winters bereiste er die Ukraine und
:hickte zwei Mal wöchentlich ausführliche Berichte nach
Varschau. Darin wiederholte er immer, dass kein Aufstand
rohe, und obwohl einige Nichtsthuer und Vagabunden gerne
as Volk aufwiegeln möchten, könnte man sie doch leicht be-
ɜitigen, was er denn auch ohne Weiteres zu thun verspricht.
linmal wies er darauf hin, wie er seine Familie ohne jede
bhut, nur unter dem Schutz seiner Bauern in Human gelassen
abe. Dem Marschall Malachowski, der von ihm verlangte, die
ıufruhr säenden Bettelmönche unter Bedeckung nach Warschau
u schicken, erwiderte er: „Bettelmönche kann ich Euch hundert
chicken, darunter aber keine Aufrührer. Es könnte aber anders
'erden, wenn wir mit Russland Krieg anfingen, dann würde es
enügen, dass 5000 russische Soldaten nach Polen einmarschiren,
m 100 000 Bauern auf ihrer Seite zu haben. Da ist jetzt nichts
u ändern; wir müssen darauf vorbereitet sein, dass im Falle
ines Krieges ganz Ruthenien es mit Russland hält, und sollten
ir auch das Land behalten, so würde es nur eine Wüste sein.“
r leugnet nicht, dass in der Ukraine grosse Besorgniss vor
inem Bauernaufstand herrsche, allein nur, weil man fürchte, die
olitiker in Warschau möchten Krieg mit Russland beginnen.
urchaus nothwendig wäre es, dass die Kriegskommission ihren
ntergebenen in der Ukraine grösste Vorsicht im Umgang mit
·n russischen Truppen anbefehle; dadurch würde die Ruhe
esser garantirt als durch solche Demonstrationen und Be-
hnungen, wie man sie nach dem Handgemenge bei Zlotopol
Warschau verkündete. Solche Handlungsweise könne nur
indseligkeit und schliesslich den hier gefürchteten Krieg her-
fen, ein sicheres Unheil für das ganze Land!*)

---

*) Briefe an den König, an Malachowski, an Ignatius Potocki, an
ıwrzecki, März 1789.

Die Berichte des Generals gefielen nicht Allen in Warschau, besonders nicht den vornehmsten Damen der Hauptstadt, die es ganz besonders darauf absahen, Polen mit Russland zu verfeinden, mit Preussen aber zu befreunden; die besonneneren Köpfe dagegen fanden diese Bemerkungen zutreffend. Ihr Urtheil wurde noch durch den Eindruck, den die unerwartete Antwort aus Berlin machte, sehr bestärkt. „Der Berliner Hof will uns einen Streich spielen", sagte der Bischof Rybinski, einer der treuesten Parteigänger dieses Hofes. Da es nun zweifelhaft schien, ob man durchaus auf den preussischen Beistand rechnen könnte, gebot die Klugheit, gegen Russland weniger schroff aufzutreten, ja, es schien sogar nothwendig, vermittelnde Wege einzuschlagen. War einmal diese Einsicht bei den Führern der Parteien zum Durchbruch gekommen, so folgte daraus die Nothwendigkeit, sich dem Könige zu nähern und später auch naturgemäss einen rascheren Gang der Reichstagsverhandlungen durchzusetzen. Mitte März erhält man die Nachricht aus der Ukraine, dass einige russische Truppen polnische Soldaten bei Smila misshandelt hätten. Statt nun wie bisher diese Angelegenheit vor den Reichstag zu bringen, verlangte die Deputation für auswärtige Angelegenheiten direkt von Stackelberg Genugthuung, derart, dass eine gemischte Kommission die Sache untersuchen sollte. Stackelberg beeilte sich, in diesem Sinne Vorstellungen nach Petersburg zu richten; von beiden Seiten war ein Austausch von Verbindlichkeiten eingetreten.*) Zehn Tage später (am 15. März) erhielt man einen Aufruf aus Zytomir mit 60 Unterschriften der dortigen Gutsbesitzer, die ernste Vorstellungen über die drohenden Gefahren erhoben, denen man dort ausgesetzt sei, die Verfügungen der Kriegskommissionen lobten und neue Truppen verlangten, um die Bauern in Ruhe zu halten. Gegen Deboli äusserte der König die Ueberzeugung**), dass dieser Brief aus Warschau in die Provinz zur Unterschrift geschickt worden sei, um von Neuem Unfrieden zu stiften und einen Druck auf den Reichstag auszuüben. Zwei Monate früher würde ein ähnlicher Aufruf viel Aufsehen gemacht haben und wahrscheinlich wie ein Lauffeuer gewirkt haben; jetzt wurde

*) De Caché, 18. März.
**) Brief an Deboli, 25. März 1789.

r kaum beachtet. „Er kommt wie der Senf nach der Mahlzeit“, sagte Branicki davon. Indess verlangten die Abgeordneten aus Kiew in der Sitzung vom 23. das Wort; der Marschall aber, wohl wissend, dass sie diese Frage berühren würden, hinderte sie am Sprechen und wusste die Diskussion in der vorgezeichneten Richtung zu halten; man verhandelte eben über die Steuern. Drei Tage später aber interpellirte der Abgeordnete Zalewski aus Kiew die Minister und las den Aufruf seines Wahlkreises vor. Der Marschall wusste wieder Rath zu schaffen, indem er gleich antwortete, die Kriegskommission habe alle Maassregeln zur Sicherheit der Gegend ergriffen. Damit hatte die Sache ein Ende. Schwieriger war es jedoch mit der Frage des Durchmarsches der russischen Truppen. Ein formeller Beschluss der Kammer, wie uns schon bekannt, war dieserhalb gefasst, der Kriegskommission die Hände gebunden; man bemühte sich nun, den Reichstag umzustimmen. Der König und der Präsident der Kammer suchten die opponirenden Abgeordneten einzeln umzustimmen, und als es ihnen damit nicht gelingen wollte, verzichteten sie überhaupt auf die Stellung des Antrages in der Kammer selbst*), schafften aber Rath auf einem neuen Wege. Malachowski erklärte dem Gesandten im Namen der Deputation für auswärtige Angelegenheiten, dass es ihm frei stände, eine gewisse Anzahl von Pässen zu verlangen für diejenigen russischen Truppen, die zur Wache der Proviantmagazine nöthig wären, wie auch für Rekruten, die man zu Rumiantzoff schickte; der Reichstag würde wohl auf dieses Verlangen eingehen. Dieselben Erklärungen schickte man auch nach Petersburg. Alle diese Schritte waren im Einklang mit dem kürzlich aus Berlin erhaltenen Rath, indessen waren es Konzessionen, von denen man in der Sitzung vom 9. März, als die Note nach Petersburg verfasst wurde, weit entfernt gewesen war. Lucchesini schreibt darüber: „Obwohl dieser Schritt den Ständen unregelmässig erscheinen mag, so habe ich ihn gebilligt und die Umsicht derjenigen, die ihn riethen, gelobt, weil er nach meiner Ansicht die Negotiation, um welche die polnische Nation Ew. Majestät ersucht hat, erleichtern könnte. Allein diese Unregelmässigkeit muss Jedem, der mit der Republik in Beziehungen tritt, zu

*) Brief des Königs an Deboli vom 28. März.

denken geben, wenn man in Erwägung zieht, dass die Deputation für Auswärtige Angelegenheiten sich die Freiheit genommen hat, Erklärungen abzugeben, die nicht nur dem Beschluss der Kammer widersprechen, sondern auch der zuletzt nach Petersburg abgeschickten Note zuwiderlaufen!"*)

Die Unregelmässigkeit, von Lucchesini so perfide hervorgehoben, wurde in der Kammer unbemerkt durchgelassen. Man war mit den Steuern beschäftigt, die Ukraine wurde bei Seite gelassen; bald traten auch die Osterferien ein, und die Sitzungen wurden vertagt.

§ 78.

Mord in Niewierki. Eilige Beschlüsse im Reichstag. Ordnungskommission in Lutzk.

In der Nacht vom 30. bis 31. März wurde der Gutsbesitzer des Dorfes Niewierki, Rittmeister der Nationalen Kavallerie, Ignatius Wylezynski mit seiner Frau und fünf dienenden Frauenzimmern grausam ermordet. Die Missethäter waren ein Diener und ein Sattler, den der Herr aus der Zahl seiner Leibeigenen erzogen hatte.**) Dieses Ereigniss, welches in einer anderen Zeit unbemerkt vorübergegangen oder nicht mehr beachtet worden wäre, wie andere Mordthaten, machte jetzt einen grossen Eindruck nicht nur in Warschau und im Lande selbst, sondern auch an fremden Höfen, wo man die Sache als den Anfang der befürchteten Unruhen ansah.

Zu diesem Urtheil über das Ereigniss trug am meisten der Bericht des Generals Fürsten Lubomirski an die Kriegskommission bei, in welchem es hiess, dass russische fahrende Krämer, die man Marketender nannte, diesen Mord verübt hätten; ferner, dass man eine Verschwörung, von Bettelmönchen angestiftet, unter der Bauernschaft entdeckt hätte, und dass die Schuldigen schon arretirt worden seien. Gleichzeitig erhielt der König einen Boten vom Fürsten Janusz Sanguszko, Wojewoden von Wolhynien, der von ungeheurer Aufregung bei der dortigen Szlachta sprach und ein diesbezügliches Schreiben des Wojewoden

*) Bericht an den König von Preussen vom 25. März 1789.

**) Die genaue und wahrheitsgemässe Schilderung des Mordes, sowie auch die Untersuchung und Gerichtsverfahren darüber, wurde von der „Gazeta Warszawska" vom 13. Mai 1789 gebracht.

ichte (2. April). Nächsten Tages kamen gleichlautende Nachhten von dem Wojewoden von Kiew, der dringend um eilige idung von Truppen bat, weil die erschrockenen Gutsbesitzer e Güter verlassen wollten. Die Ordnungskommission der-
)en Provinz sandte einen Bericht, der die Geständnisse eines
)en enthielt über die Propaganda zweier Bettelmönche, die
Land bereisten und aufrührerische Dokumente mit kaiser-
em Siegel herumzeigten. Ein Beamter dieser Kommission,
idowski, der diesen Bericht mitbrachte, war auch beauftragt
den, um Truppen zu bitten. Es versteht sich von selbst,
alle diese amtlichen Berichte mit vielem Beiwerk auf dem
·schauer Pflaster umliefen. Man erzählte sich von Waffen-
)ts in russischen Kirchen, von einer unglaublichen Zahl
ischer wandernder Krämer, die in ganz Polen dem Volke
ser vertheilten. Zwei solcher Schlachtmesser wurden als
'eis davon in Warschau umhergereicht, sogar in der Haupt-
t sollten sich 2000 solcher Leute aufhalten (nach der Unter-
iung fand man freilich in Warschau selbst nur 80 russische
idelsleute niederen Standes), kurzum es entstand eine all-
eine Panik. Czacki eilte mit der Post zu seiner in Wolhynien
ienden Familie und liess sich von Soldaten eskortiren. Kalixt
inski, als Hitzkopf verrufen und eben aus Wolhynien zurück-
ehrt, forderte, dass man dorthin Artillerie und Ingenieure
cke, um einige Plätze wie Berditschew und Polonna zu
stigen, auch sollte eine Miliz zusammengestellt und
)00 Gewehre dorthin geschickt werden, wofür er bereit war
d vorzuschiessen. Nachdem die erste Estafette ihn erreicht
te, berief der König zum Rath verschiedene der Minister,
beiden Marschallpräsidenten Malachowski und Sapicha, den
man Tyszkiewicz, welcher der Kriegskommission präsidirte,
die Abgeordneten der bedrohten Provinzen. Man beschloss,
in Litthauen stehenden Regimenter unter den Generalen
lak und Byszewski nach Wolhynien zu schicken, ein
iment aus Radom, eine eben formirte Kavallerieabtheilung
250 Leute aus Kamienietz wurden ebenfalls dahin beordert,
Ganzen 2500 Mann. Der König liess die aus Warschau und
om entfernten Truppen durch seine Ulanen ersetzen. Die
schälle ertheilten allen Festungen und der Ordnungs-
mission die nöthigen Befehle. Man bat den Unirten-Metro-

politen, seinen Untergebenen strenge Befehle zu geben, um das Volk in Gehorsam zu halten und durch Predigten zu beeinflussen. Um die Gemüther der Gutsbesitzer zu beruhigen und ihr massenhaftes Auswandern nach Oesterreich zu verhindern, wurde Swientoslawski nach Wolhynien und der Starost Gintowt ins Chelmsche abgeordnet mit dem Auftrag, diese Landschaften mit den getroffenen Maassregeln bekannt zu machen. Der König schrieb Briefe an Stempkowski, Sanguszko, Mlocki und Poletyllo, welche uns als seine Freunde bekannt sind und in den Provinzen hohe Aemter bekleideten und Einfluss hatten, um ihnen vorzustellen, dass man in Warschau Alles thun würde, was die Gefahr erheischte, aber auch von der Mässigkeit und Klugheit der dortigen Szlachta versichert sein wollte. Wir theilen hier einen Auszug aus dem Brief an den Wojewoden von Kiew, Stempkowski, mit: „Es erscheint mir nur billig, dass Sie, der Sie vor 20 Jahren den damaligen Aufstand so straff und tapfer niedergekämpft haben, jetzt vor der möglichen Rache geschützt werden. Ich kann Sie versichern, dass man eine strenge Aufsicht über die Bettelmönche, Wanderer, Volontäre, Fuhrleute etc. ausübt; auch soll man den bei uns wohnenden Uniaten-Priestern nicht trauen; es ist nur natürlich, wenn man darunter schuldige und verdächtige Leute findet. Die städtischen (Grod-) Gerichte haben auch den Befehl erhalten etiam extra cadentiam zu richten. Doch bei grösster Vorsicht und Schärfe gegen die Schuldigen habe ich allen Beamten anempfohlen: erstens, dass unsere Truppen strengste Disziplin einhalten und Niemanden, besonders aber nicht den Bauern, zur Last fallen sollen; zweitens, dass die eben aufgelegten Steuern von den Gutsbesitzern nicht auf ihre Bauern abgewälzt, und diese damit zur Verzweiflung gebracht werden dürfen; drittens, dass nirgends supplicium ante judicium vorgenommen werde.“ Zugleich mahnte der König immer wieder an die Gefahr, dass nicht unter dem Vorwande der Selbstvertheidigung ein Bürgerkrieg zum Ausbruch käme. Branicki und Walewski stellten immer wieder den Antrag, man möchte aus der ganzen Szlachta in den bedrohten Provinzen eine Art Landwehr bilden und zu dem Zwecke konföderiren; sie wollten sogar den General Kurdwanowski mit solchen Befehlen abschicken. Zum Glück fanden sie in der Hauptstadt keinen Beifall. Stackelberg tadelte Branicki stark dafür, Lucchesini den Anderen; die Czartoryskis, Sanguszkos, Potockis

erklärten ihnen unumwunden, dass sie keine Konföderation zu haben wünschten. Malachowski, der immer so milde war, liess ihnen sagen, dass er nur eine Konföderation anerkenne und bereit wäre, ihr Ansehen zu vertheidigen, es würde ihm leid thun, seinen Marschallstab mit Blut beflecken zu müssen. Nach solchen entschiedenen Erklärungen des hohen Würdenträgers wagte man nicht mehr, derartige Pläne laut werden zu lassen, um so mehr, da dieselben den Hetman sehr verdächtigt und das Vertrauen in ihn und in seine Partei endgültig erschüttert hatten.*)

Wie schon gesagt, hatten die Osterferien die Reichstagssitzungen unterbrochen (vom 4. bis zum 16. April). Während der Zeit beruhigten sich die Gemüther einigermaassen, und man bemühte sich, genauere Nachrichten zu erhalten. Die erste Sitzung nach der Wiedereröffnung der Kammern wurde von der Vorlesung und Kenntnissnahme der eingelaufenen Briefe, Berichte, sowohl amtlicher wie privater, ganz in Anspruch genommen. Die Verlesung dauerte fünf Stunden. Es erhellte daraus, dass man bisher keine anderen positiven Beweise eines beabsichtigten Aufstandes hatte, als einzelne Drohungen und stellenweise die Aussagen einiger misshandelten und geprügelten Bauern. Trotzdem wurden die zwei folgenden Anträge des Abgeordneten aus Wolhynien, Fürsten Jablonowski, angenommen. Erstens: „Alle fremden wandernden Händler und Fuhrleute, fremden Bettelmönche und

---

*) Der König schrieb dem Wojewoden von Kiew Stempkowski am 8. April: „Ich will Ihnen erzählen, was das Publikum denkt und sich zuraunt: Seit vier Monaten spricht man von dem Bauernaufstande geradezu, als ob man einen zu haben wünsche. Inzwischen hat man das Anwerben der Nationalkavallerie beeilt und dieselbe rasch equipirt. Sobald die geringste Unruhe stattfindet, wird der Hetman das Kommando übernehmen und über eine gute Anzahl Truppen verfügen. Dazu wird noch eine Konföderation gebildet, und dann haben wir eine bewaffnete Macht vor uns, die dem Reichstag befehlen und ihn zu Allem zwingen wird, vor Allem aber die Hetmanswürde und -Macht zu dem emporheben, was sie in 1775 gewesen. Auch wird der Hetman die Landtagswahlen beherrschen und in ganz Polen nach Gutdünken verfügen, wobei unsere Freiheit erst recht leiden wird. Das sind die Reflexionen, die ich allenthalben höre; das wurde mir von Vielen gesagt.“ Diese Auszüge haben wir aus den Briefen des Königs an Deboli (vom 8., 11., 15. April) aus den Berichten des österreichischen Gesandten, de Caché, und aus dem Briefwechsel von Stanislaw August, der in der Bibliothek Czartoryski vol. F. 433, 930 u. s. w. aufbewahrt wird, entnommen.

sogenannten Pilger, die von offiziellen Berichten als Anstifter und Aufrührer bezeichnet worden sind, sollten binnen zwei Wochen ausgewiesen werden.“ Zweitens sollten die Geistlichen der Uniaten-Kirche, die als polnische Unterthanen in den Uniaten-Gemeinden angestellt waren, binnen zwei Wochen in allen Städten und Dorfgemeinden zur Eidleistung herangezogen werden und von nun an nur den König und die Republik in ihren Gebeten nennen. Wer sich weigere, sollte sein Benefizium verlieren und gleichfalls verbannt werden.“ Obwohl diese zweite Verfügung nur billig und in jeder Zeit gerechtfertigt erscheint, so muss man doch zugeben, dass die erste etwas übereilt war und bei rücksichtsloser Anwendung Schwierigkeiten bereiten konnte, denn trotz der vielen Verdächtigungen über Bettelmönche und fahrende Leute hatte man bisher noch nichts gegen irgend einen derselben feststellen können. Bald fielen denn auch Einzelne übereilten und ungerechten gerichtlichen Strafen zum Opfer.

Wir müssen jetzt den geneigten Leser bitten, uns nach Wolhynien zu folgen, wo die vermeintlichen Unruhen stattfinden sollten und wo bald die Ausnahmegesetze zu Blutvergiessen führten. Es ist durchaus nothwendig, in die Einzelheiten des Dramas, das sich dort abspielte und den polnischen Historikern bisher entgangen ist, einzugehen.*) Dem Leser ist es schon bekannt, dass am 20. Februar auf den Antrag von Stanislaw Potocki und um eine allgemeine Bewaffnung zu vermeiden, welche von der Hetmans-Partei vorgeschlagen worden war, die versammelten Stände einen Mittelweg fanden, indem sie die

*) Die von uns hierzu benutzten Quellen sind sehr zahlreich. 1) Protokoll der Deputation zur Untersuchung des Aufstandes, von dem Reichstag delegirt in 1789; mss. im Museum Czartoryski. 2) Papiere und Dokumente über den Aufstand, von derselben Deputation herrührend, 9 vol. in fol.; daselbst. 3) Bericht über den Aufstand, vorgelesen im Reichstag 1790, 2 vol., von denen der zweite wichtige Annexe über die schismatische Kirche in Polen enthält. 4) Theodosius Brodowicz, Darstellung der Uebermacht, welche von der Unschuld erduldet wurde, Theil I und II, Lemberg 1862, Druckerei Stauropigialna. 5) Nachrichten aus Wolhynien, eine Anzahl Briefe vom April und Mai, geschrieben an Stanislaw August aus Lutzk, in denen die Ereignisse ausführlich geschildert waren. So oft wir in den folgenden Schilderungen den Korrespondenten aus Lutzk nennen, haben wir diese in den Papieren des Königs gefundene werthvolle Briefsammlung im Sinne.

nnte Proviantkommission der vier bedrohten Wojewodien
nzen) beorderten, Maassregeln zu ergreifen, welche dem
nde entgegenwirken könnten. Kraft dieses Beschlusses
ımelte Czacki die Gutsbesitzer nach Wlodimierz, um mit
zu berathen; man beschloss, dass jeder Gutsbesitzer, der
g Bauernhöfe besass, einen bewaffneten und berittenen
in die Kreisstadt unter das Kommando des höchsten
beamten stellen sollte, die Besitzer von mehr als dreissig
sollten ausserdem einen Infanteristen stellen. Diese Leute
ohne Ausnahme katholisch sein. Dasselbe wurde von
owski in Lutzk durchgesetzt und daraufhin die sogenannte
ntkommission in eine Ordnungskommission verwandelt.
utsbesitzer sollten auch Proviant und Futter für diese
isirte Miliz liefern. Man hatte auf diese Weise mit den
tsbeamten in Lutzk allein 300 Mann unter Waffen. Die
cht der Mordthat in Niewierki, welches eben in dem Kreise
ıtzk lag, hatte grosse Angst bei der besitzenden Klasse
gerufen; viele Gutsbesitzer flüchteten mit ihren Familien,
isten verliessen ihre Güter und siedelten in die Städte
und Dubno über, andere flohen sogar über die öster-
che Grenze. Je mehr Leute zusammenkamen, um so
r war die Panik; man sprach von gewissen Terminen
ezeichnete z. B. die Osterkirchenfeier als die von den
erkorene Zeit, um den Aufstand zu beginnen. Die Kom-
ı verbot darauf diese Feier sowie alle zahlreichen Ver-
ıngen der Szlachta in den Kirchen; Patrouillen bewachten
rassen, die Wälle, die Ueberfahrten des nahen Flusses
Nicht minder erschrocken waren die Juden, sie leisteten
lle Vertheidigungsdienste. Thaddeus Czacki, der eben
arschau gekommen war, nahm selber an einer der nächt-
Patrouillen theil als der Charsonnabend anfing. Doch
Alles ruhig, der Feind zeigte sich nirgends.
ı Gefühl ihrer Sicherheit beschloss die Kommission, die
rer durch ein abschreckendes Beispiel über den Ausgang
Unternehmens besorgt zu machen. Wie schon oben an-
, erweckten die sogenannten Marketender (fahrende
r) den grössten Verdacht; man hielt sie allgemein für
ıe Emissäre. „Die Gemüther sind dermaassen aufgeregt",
t Felix Potocki an den König am 4. April, „dass sie

jeden Marketender unbedingt für einen Aufwiegler halten.[6] Zuerst wurden also solche Marketender, die sich in der Stadt Lutzk aufhielten, arretirt, ihr Geld und Waare mit Beschlag belegt (man fand ihrer zwölf mit 70 000 polnischen Gulden bei sich). Dann wurde ein Aufruf erlassen, der die Gutsbesitzer aufforderte, alle in den Dörfern vorhandenen Marketender zu verhaften und in die Stadt bringen zu lassen. Danach fing man auch an, einzelne Bauern zu fangen und in Gefängnisse einzusperren. Das erste Beispiel wurde von Wilczynski, einem Pächter des Fürsten Woroniecki, gegeben. Die Bauern dieser Dörfer waren reich, hatten mit dem Pächter manchen Streit und klagten ihn vor dem Besitzer an; daraus entstand Hass und Hader, der die Bauern zu Drohungen verleitete, sie wurden dafür festgenommen, gebunden und nach Lutzk gebracht. Die Ordnungskommission verlangte von dem städtischen Gericht, dass es die Bauern für aufrührerische Absichten richte; das Gericht verlangte die vom Gesetz vorgeschriebene Anzahl Zeugen. Als man dieselben nicht finden konnte, betrachtete die Kommission sich selbst als höchstes Gericht und erliess folgende Verordnung: „Wenn ein Bauer von einem Besitzer oder dessen Vertreter beschuldigt wird, der bereit ist, seine Beschuldigung eidlich zu bekräftigen, so soll das genügen, um den Delinquenten zu strafen.“ Dergestalt war der Ankläger zugleich Zeuge, oder mehrere Zeugen in einer Person; die Anklage lieferte an und für sich den Beweis der Schuld! Wir müssen wahrheitsgemäss berichten, dass nicht alle Mitglieder der Kommission sich berufen fühlten, Angeschuldigte zu richten und solche drakonischen Maassregeln zu brauchen, allein sie mussten dem Druck der öffentlichen Meinung nachgeben, weil diese stürmisch das strengste Verfahren forderte. Die Angst war gross, und bekanntlich macht Angst den Menschen grausam. Sobald Wilczynski eine Anklage eidlich bekräftigte, wurden erst zwei am 8. April, dann nochmals zwei Bauern am 10. April gehängt. Da man keinen Henker fand, brauchte man einen Schornsteinfeger, der seine Sache schlecht machte und die Unglücklichen lange quälte. Dieses Beispiel wurde von vielen Städten befolgt; wo keine Ordnungskommissionen tagten, übernahmen die Stadtbeamten das Richteramt. Wir geben hier die Worte des Korrespondenten von Lutzk an: „Die Gutsbesitzer sind alle so erschrocken, dass sie den Aufstand

für thatsächlich halten, und jedes Wort ihrer Leibeigenen, jede grobe Antwort als Drohung aufnehmen, sie schleppen die Unglücklichen vor die Kommission, beeidigen ihre Anklage und lassen sie zum Tode oder, wenn es gnädig geht, zur Prügelstrafe verurtheilen.*) Aus den Gütern der Kastellanin Pruszynska wurden 17 Delinquenten gebracht. Die Ursache davon war, dass dieselben, angeheitert während der Feiertage, vor den Fenstern der Gutsherrin nachts gesungen hatten; überrascht und erschrocken liess sie die Leute mit Stöcken auseinanderjagen, worauf diese drohten, man werde den Sohn von Gont, einem bekannten Aufrührer des letzten Aufstandes, von dem man sagte, dass die Russen ihn in Cherson bereit hielten, gegen sie hetzen. Einer der Bauern erzählte den nächsten Tag, dass seine Genossen die Herrin wirklich ermorden und ihr Haus plündern wollten. Man nahm sie gefangen und brachte sie nach Dubno; dort gestanden sie, dass sie wirklich solche Drohungen in der Betrunkenheit ausgesprochen hatten. Drei wurden zur Viertheilung, zehn zum Galgen verurtheilt, die übrigen zur Prügelstrafe.**)

§ 79.
Untersuchung und Urtheilsvollstreckung in Lutzk.

Indessen wurde die Untersuchung gegen die gefangenen Marketender weiter geführt. Zu jeder Zeit handelten diese Leute in Polen mit Leinwand, Tüchern und Messern. Sie erhielten besondere Pässe auf der Grenze, wo sie die Eingangssteuern bezahlt hatten, bereisten die entlegenen Dörfer und übernachteten der Sicherheit wegen meistens bei Priestern. Früher schien dies nur natürlich, heute erweckte dieser Umstand Verdacht von Verschwörung. Darauf fing man auch an, die Geistlichen, welche solche Marketender beherbergten, festzunehmen. Die Gefängnisse in Lutzk, Dubno, Krementz, Wlodimir wurden mit Uniaten und orthodoxen Geistlichen angefüllt. Die Kom-

*) Brief vom 16. April.

**) Wie schrecklich grausam die Prügelstrafe war, kann man aus dem Urtheil der Kommission in Lutzk entnehmen. Man verordnete, dass die Bauern während des Transportes von Lutzk nach Lubacz in jedem Dorf 100 Stockschläge erhalten sollten; man führte sie durch 10 Dörfer und so bekam jeder 1000 Schläge von der Miliz, die sie führte. (Brodowicz, Darstellung der Uebermacht etc.).

mission erfuhr, dass ein Marketender bei dem griechischen Priester Lukajewicz übernachtet und dort von dem Aufstand gesprochen habe. Ein Mitglied der Kommission, Namens Aksak, reiste also dorthin. Der Geistliche, wie die meisten der damaligen Unirten-Priester, war ungebildet, er konnte kaum russisch lesen und schreiben und unterschied sich nur durch sein Gewand und sein Amt von dem gewöhnlichen Bauer. Er erschrak gewaltig, als er den Kommissarius erblickte, der ihn in seinen Wagen einlud. Was sich die beiden unterwegs erzählten, kann man nicht wissen; die Aussagen indessen, welche der Priester vor der Kommission machte und beeidigte, lauten folgendermaassen: ein Marketender sei bei ihm gewesen und habe ihn beredet, seine Gemeinde gegen die polnischen Gutsbesitzer aufzuhetzen, habe ihm auch ein Schriftstück vorgezeigt, aus dem er nicht habe klug werden können und nur in der Unterschrift die Buchstaben: Ekat*) erkannt habe, wobei ihm der Mensch versicherte, solches sei der Wille der Kaiserin; er gab ihm auch 20 rothe Gulden und versprach mehr. Die Kommission lobte den Geistlichen für seine Treue und liess ihn frei. Es erscheint aber zweifelhaft, ob diese Geständnisse wahrheitsgetreu waren, da ein Oberer der Basilianer in Lutzk, der Priester Szpendowski, den ihm untergebenen Lukajewicz scharf tadelte für solche falschen Aussagen, da der Kollator Maniezki ihn aus seinem Dorfe entfernen wollte; die Kommission antwortete darauf mit der Verhaftung des Klosteroberen und befahl, Lukajewicz in seine Pfarre wieder einzusetzen.**) Bald wurde auch der angeklagte Marketender ausfindig gemacht. Zwar entstand die Frage, ob die Kommission das Recht habe, einen fremden Unterthan zu richten, doch überwog bald die Ansicht, dass die städtischen Gerichte ihn sicher freisprechen würden aus Mangel an genügenden Beweisen und Zeugen. Der Angeklagte hiess Wasilko. Mit dem Ankläger confrontirt, ver-

*) Ekat = Ekaterina = Katharina. (Anm. des Ueb.)

**) Derselbe Lukajewicz wurde nach Warschau geschickt, um dort mit seinen Abenteuern zu prahlen und Stimmung zu machen. Man beschenkte ihn mit Geld und schmeichelhaften Zeugnissen und ertheilte ihm eine goldene Medaille. Aehnliche Belohnungen erhielt ein anderer Geistlicher, Hromaczewski, obwohl aus anderen Gründen, „um ihn für das Unrecht zu entschädigen, welches er in Gefängnissen ausgehalten". (Gazeta Warszawska, 20. Juni 1790.)

er Alles, was jener behauptete; ausser dem Pass fand ı seinem Besitz keine Papiere; trotzdem wurde er zum ·erurtheilt. Drei Tage vor der Hinrichtung erhielt die ssion einen Brief des Reichtagsmarschalls Malachowski; tadelte die unrechtmässige Ausübung der Gerichtsbarkeit fahl ausdrücklich der Kommission, alle Kriminalvergehen idtischen Gerichten zu übergeben. Dieser Befehl rettete inen Pfarrer aus Rafalowka, der für ähnliche Vergehen zum Tode verurtheilt worden war und dem man das noch nicht vorgelesen hatte. Den Marketender rettete ıt mehr; mit Verletzung der höchsten Gesetze und wider ıaltenen Befehle wurde er doch am 14. April gehenkt. ler Beichte, und als er zum Tode ging, wiederholte er, · unschuldig wäre.

§ 80.

Hinrichtung des Priesters Benderowski.

ıch der Hinrichtung des Marketenders verlangte das ım die Hinrichtung eines Priesters; man wollte damit ıoch grösseren Eindruck auf die schon sehr eingeschüch- Bauern machen. Bald bot sich eine Gelegenheit dazu. ril hatten die Stadtbehörden von Ostrog drei Leibeigene ırosten von Owrucz, Stecki, zum Tode verurtheilt. Als ie zum Galgen führte, gestanden sie, dass der Propst owski sie zum Aufstande beredet habe; man schob die ıtung auf, einer von ihnen nahm die Geständnisse zurück ırde darauf gleich hingerichtet. Inzwischen kam die Ver- g der versammelten Stände, dass die Stadtbehörden kein hätten, zu richten, und die Bauern wurden sammt dem ıen verrathenen Propst nach dem Stadtgericht Lutzk ge- . Während der Untersuchung gestand dieser zwar, dass Bauern zum Aufstand aufgereizt hätte, er sei aber in be- ıem Zustande gewesen; trotzdem wurde er zur Hinrichtung mt (19. Mai). Vorerst verlangte man seine Ausstossung n geistlichen Stande von dem Bischof der Unirten des Bis- ›utzk. Dieser Bischof hiess Lewinski, gehörte zur Unirten- war aus den Weltgeistlichen hervorgegangen und in der lazumal schlecht angesehen, weil er seine ganze Jugend an

dem Hofe des Königs zugebracht hatte. Auf das Kirchenrecht sich stützend, erwiderte der Bischof dem Gerichtshofe, er könne keine Degradation nach dem Urtheil anordnen, zumal der Angeklagte überhaupt vor das geistliche Gericht hätte gestellt werden müssen; dass er, alle diese ausserordentlichen Umstände erwägend, schon den Nuntius in Warschau um Instruktionen und die versammelten Stände um Aufschub der Hinrichtung gebeten habe. Diese Antwort wurde sehr übel aufgenommen und vermehrte den Verdacht, den man auch gegen den Bischof schon hegte. Man beschuldigte ihn, dass sein Vorgehen zweideutig wäre, dass er die Bauern und den Aufstand begünstige, und dergleichen mehr. Man beleidigte ihn öffentlich und zeigte ihm ein kränkendes Misstrauen. Am meisten befürchtete man, dass die versammelten Stände die Ausführung des Urtheils verhindern möchten, und deswegen suchte man nach Mitteln, der Sache bald ein Ende zu machen; die katholisch-lateinischen Theologen in Lutzk wurden über ihre Meinung gefragt, ob es zulässig sei, einen Geistlichen ohne vorhergehende Degradation hinrichten zu lassen; als diese entschieden die Zulässigkeit eines solchen Vorgehens verneinten, drang man um so heftiger auf den Bischof ein. Achtzig Gutsbesitzer mit Fürst Kalixt Poninski, Untertruchsess Olizar, Fahnenjunker Hulewicz u. A. reichten dem städtischen Gericht ein Manifest gegen den Bischof ein, in dem sie die sofortige Degradation verlangten und den Bischof beschuldigten, dem Verbrechen Vorschub zu leisten. Der Fürst brachte dieses Aktenstück in das Haus des Bischofs mit dem mündlichen Zusatz, man würde es zurückziehen, sobald der Bischof die Degradation ausspräche. Der hart bedrängte Lewinski zögerte, solange er irgend konnte, in der Hoffnung, dass die aus Warschau erbetenen Instruktionen bald einlaufen würden. Endlich, in Verzweiflung über die ihm gemachten Schwierigkeiten, verlangte er die Akten der gerichtlichen Prozedur. Die Bewohner der Stadt entfernten indessen alle Fähren und Boote, um jede Kommunikation mit dem anderen Ufer des Flusses unmöglich zu machen und die Ankunft der Post zu verhindern. Die Ungeduld war so gross, dass man bereit war, auch ohne die Degradation das Urtheil ausführen zu lassen. Es ist schmerzlich, bekennen zu müssen, dass die aus Rache und Angst hervorgerufene Begriffsverwirrung auch die Frauen erfasste, besonders waren es die Frauen der Guts-

tzer, welche in die Stadt geflüchtet waren, die dazu drängten, Hinrichtung nicht aufzuschieben. Leidenschaftlich und mit äuen klagten sie, dass Niemand sie vor dem drohenden stande vertheidigen wolle. „Mit seinen Thränen kann dieses chlecht Alles erlangen, wenn die Gemüther durch Angst aufegt und der Verstand benommen sind", so schreibt wiederum Korrespondent aus Lutzk, aus dessen Briefen wir diese zelheiten entnommen haben. Endlich am 25. Mai vollzog Bischof die Degradation. Der Verurtheilte erklärte, dass sich wohl der Trunksucht und des Mangels an Achtung gegen ie Mutter schuldig fühle, aber niemals das Volk zum Aufıde aufreizen wollte. Auf dem Richtplatz angelangt, erzählte arme Mensch, dass sein Gehülfe und der Dorfschmied eingesagt hätten, die Zeit sei gekommen, wenn es der Szlachta l ergehen würde; ob es ernstlich gemeint, oder im Scherz esen war, wüsste er nicht. Danach wurde er dem Scharfıter übergeben. Man liess die von ihm Verrathenen holen, r der Besitzer des Dorfes, Stecki, verweigerte die Auslieferung den Worten: „Es wäre genug an einem Opfer für ein paar orsichtige Aeusserungen!" Den folgenden Tag liess man Post in die Stadt herein, natürlich enthielt sie die erwarteten efe aus Warschau, welche die Hinrichtung aufzuschieben l den Angeklagten in die Hauptstadt zu bringen befahlen. : oben angeführte Korrespondent berichtet: „Die Beeilung Todesurtheils dieses Unglücklichen hatte Alle dermaassen ressirt und aufgeregt, dass, wenn Einer gewagt hätte, den adenbrief aus Warschau den Behörden einzureichen, es ihm ıl übel ergangen wäre."*)

Die Begebenheiten, welche sich in Lutzk abspielten und wir eben beschrieben haben, wiederholten sich in Krzemie. Man erhängte viele Bauern daselbst und verurtheilte drei ester. Es gelang dem Bischof Lewinski, die Degradation

*) Der Nuntius tadelte scharf den Bischof Lewinski, weil er sich durch Forderung der Degradation hatte überrumpeln lassen: „Da man das henrecht schon durch das Todesurtheil über einen nicht degradirten tlichen verletzt hatte, so war es unrichtig, die Vergewaltigung durch ischöfliches nachträgliches Degradationsurtheil zu bestätigen und damit öffentlichen Meinung, als ob Geistliche zur Verschwörung gehörten, t zu geben."

dieser letzten so lange hintanzuhalten, bis der Nuntius ihm einen Befehl aus Warschau ausgewirkt hatte, diese Hinrichtungen zu suspendiren. Später, als die Aufregung vorüber war, vergass man die Verurtheilten. Trotzdem fiel noch ein Opfer in der Person des Geistlichen Theodor Borkowski in demselben Lutzk.

§ 81.

Hinrichtungen in Dubno, Kremenetz und Wlodimierz.

Während dreier Monate, April, Mai und Juni, tobte dieser Sturm gegen die Bauern und gegen die unirten Geistlichen. Die Marketender flohen, sobald sie gewahr wurden, welcher Verdacht und welche Gefahren ihnen drohten; viele waren in Gefängnisse geworfen worden.*) Obwohl eine genügende Anzahl Truppen in Wolhynien einquartiert war, um die öffentliche Sicherheit zu wahren, beruhigten sich die erschrockenen Gemüther noch nicht; man brachte die Bauern schaarenweise nach Dubno, Lutzk, Kremenetz und Wlodimierz. „Man prügelte sie", erzählt unser Korrespondent, „um ihnen den Staub des Aufstandes auszuklopfen, meistens sind es Unschuldige; es ist schwer, sich vorzustellen, wie man diese Leibeigenen misshandelte, und es blieb nur die Hoffnung übrig, dass dieses unmenschliche Verfahren die Bauern nicht vollends zur Verzweiflung bringe. Wenn auch solch Unglück nicht eintritt, so sind doch für diese Provinz schwierige Zeiten gekommen. Die geflohenen Gutsbesitzer vernachlässigen ihre Habe, der geängstigte und seiner Zukunft unsicher gewordene Bauer lässt gleichfalls alle Ernten verkommen." Der Wojewode Stempkowski berichtet dem Könige: „Von Wlodimierz an stehen in allen Städtchen und Dörfern Galgen und andere Marterinstrumente. Auf meinen Gütern herrscht Wachsamkeit, ich dulde aber keine Galgen, denn wo wirklich Schuldige entdeckt werden, ist noch Zeit genug, sie aufzustellen, und ich meine, dass dieses Schreckmittel

*) Die Kommission wollte zwar auch andere Marketender hinrichten lassen, allein es gelang dem König, dies zu verhindern durch Thaddäus Czacki, der sich aufrichtig bemühte, Alles zu beruhigen (Brief des Königs an Deboli vom 29. April). Viele dieser Unglücklichen wurden in Gefängnissen festgehalten. Zwei Jahre später, Mitte 1791, verlangte erst Bulhakow, ein russischer Gesandter, ihre Befreiung.

das Volk beunruhigt. Was sie bisher nicht gethan haben, werden sie nun aus Verzweiflung thun."*) Man hat unirte Geistliche für ein beim Glase gefallenes, unvorsichtiges Wort eingekerkert; oft hat das Vertrauen der Bauern zu ihrem Pfarrer genügt, um diesen verhaften zu lassen; in einer Ortschaft beschuldigten sich gegenseitig Pfarrer und Verwalter aus Angst. Jede Denunziation wurde freudig aufgenommen und galt ohne Prüfung als Beweis. Begreiflicherweise wurde diese Stimmung von gewissenlosen und ehrlosen Leuten benutzt; Halunken überrumpelten arme Dorfpfarrer, bedrohten sie mit Anzeigen und erpressten Geldsummen als Preis ihres Schweigens. Nirgends wurden solche Vergehen bestraft; die Furcht vor dem Aufstand deckte und entschuldigte alle solche Excesse.

Es ist zwar traurig, solche Thatsachen zu erzählen, wir müssen aber dieselben kennen, schon um spätere Ereignisse besser verstehen zu können. Von nun an wurde der ruthenische Bauer noch mehr gegen die polnische Regierung erbittert. Während des Kriegszuges in 1792 beklagte sich Fürst Joseph Poniatowski, dass er unter den dortigen Bauern keinen fände, der ihm Nachricht über die Bewegungen der russischen Armee geben wollte, während alle Schritte der polnischen Armee durch die Bauern dem Feinde bekannt würden; ja, es ging so weit, dass man Leute aus Warschau kommen lassen musste, um diese Dienste zu leisten. Von der Zeit an verlor auch die unirte Geistlichkeit jede Anhänglichkeit an die katholische Kirche, und es bedurfte nur noch eines Ukases von Katharina, um den massenhaften Uebertritt zur schismatischen griechischen Kirche zu bewirken.**)

*) Brief vom 13. April. Der Wojewode setzt auch voraus, dass der Aufstand nur ein Vorwand zu anderen Absichten war. Deswegen weigerte er sich trotz der Befehle der Kommission, die neue Miliz auf seinen Gütern zu rekrutiren.

**) Nicht als Rechtfertigung, denn die Ereignisse in Wolhynien lassen sich nicht rechtfertigen, sondern als geschichtliche Erläuterung wollen wir an dieser Stelle erinnern, dass ähnliche Missbräuche um diese Zeit auch in anderen Ländern stattfanden. Im Jahre 1784, in Siebenbürgen zum Theil infolge der Bedrückung des ungarischen Adels und zum Theil durch die übereilte Reform des Kaisers Joseph II., entstanden dort Unruhen und ein Aufstand gegen die besitzende Klasse. Ein gewisser Horjok stellte sich unter dem Vorwande, dass er im Namen des Kaisers handele, an die

§ 82.
Felix Potocki vertheidigt die Ukraine gegen die drakonischen Maassregeln der Ordnungskommission. Warschau als Quelle aller Unruhen.

Es ist aus der ganzen Geschichte der Ukraine bekannt, dass alle Bauernaufstände dort immer von Osten, also am Dniepr, anfingen und sich erst später in die westlichen Provinzen verbreiteten. Diese Thatsache hätte schon allein genügen müssen, um die Bewohner von Wolhynien zu überzeugen, dass die Befürchtungen verfrüht wären, solange kein Ereigniss die öffentliche Ruhe bei Kiew und bei Braclaw gestört hätte. Als die Mordthat in Niewierki bekannt wurde, versammelte sich der Adel des Braclawschen Kreises. Man beschloss, die entlegenen Dörfer und Vorwerke zu beobachten, den Schmieden nächtliche Arbeit zu verbieten; damit begnügte man sich, ohne neue Milizen und dergleichen zu organisiren. Man fühlte sich dort sicherer, einmal wegen der vielen polnischen Grenzposten und zweitens, weil Felix Potocki sich sehr wachsam zeigte. Er suchte vor allen Dingen die Ordnungskommissionen zu überzeugen, dass es ihre Pflicht sei, die übertriebene Angst zu mässigen, wie auch die Uebertreibung der Gerüchte vom Aufstande zu verhindern. „Diese Gerüchte“, schreibt er, „sind ein wahres Unglück, sie rufen Misstrauen und barbarische Misshandlungen des Volkes hervor und eröffnen allen möglichen Denunziationen und Verräthereien Thür und Thor, die theilweise aus Neid und Hass, theilweise aus Gier hervorgehen, in allen Klassen ohne Ausnahme.“ Er bat den König und den Marschallpräsidenten, die Begebenheiten zu untersuchen, die so traurige Resultate in Wolhynien gebracht hatten. Dem Aufstande müsse man vorbeugen und nicht Schuldige suchen, deren Geständnisse meistens durch Prügel erpresst werden. „Ich reise nach Wolhynien“, berichtete er nochmals dem Könige, „um die Schreckbilder

---

Spitze der Bauern, und einige Gutsbesitzer wurden ermordet. Die Lokalbehörden ermächtigten den Adel, sich zu bewaffnen und mit seinen Heiducken gegen die Bauern vorzugehen. 37 wurden eingekerkert und ohne Gericht an einem Tage hingerichtet! Arneth, Correspondence de Joseph II. et de Leopold II. I 242.

'erscheuchen, die den dortigen Gutsbesitzern so viel Furcht
:ejagt haben. Dasselbe wäre auch in dieser Wojewodie ge-
:hen, wenn ich den Leuten nicht gerathen hätte, erst genau
Popanz anzusehen, bevor sie Furcht bekämen. Das hiesige
likum hat sich bald überzeugen müssen, dass es den eigenen
atten fürchtete." — „Noch haben die Aufständischen Niemanden
ordet", schreibt er wieder an Stanislaw Potocki, „aber diese
;st und eine allgemeine, viel Unheil anrichtende Verblendung
Publikums haben mich schon sehr verdrossen. Ich befinde mich
itten keiner Gefahr, aber mitten in der unvernünftigsten Furcht-
keit." Als es ihm nicht gelang, die Zustände in Wolhynien
ändern, erbat er seinen Abschied und legte das Kom-
do. der Ukraine nieder (23. April). Vielleicht fühlte er
auch verletzt, weil man Wolhynien einem Kommandanten
:geben wollte, der die dortige öffentliche Meinung theilte.
auf wiederholte und dringende Bitten des Königs blieb er
Amte, und zwar mit der Bedingung, dass er im Herbst einen
:eren Urlaub antreten dürfte, um in Italien seine geschädigte
undheit herzustellen.

Insofern man nach hundert Jahren ein Urtheil fällen kann,
:int es, dass Felix Potocki vernünftig und nüchtern diese
ze Angelegenheit behandelte. Von Anfang an meinte er,
: man keine Ursache habe, einen allgemeinen Aufstand zu
irchten, obwohl einzelne Bauernrevolten und Gewaltthaten
tfinden könnten; er glaubte auch nicht, dass Russland zu
m Aufstande aufwiegele, aber er warnte beständig davor,
Krieg mit Russland könne den Aufstand verursachen und
ünstigen. Ihm verdanken wir es, dass die Wojewodien von
w und Braclaw nicht mit dem Blute Unschuldiger befleckt
den. Die Geschichte ist verpflichtet, diese ungewöhnliche
:tung anzuerkennen und zu ehren; später müssen wir ohnehin
em Manne nur zu viel Uebles nachsagen! . . . .

In Warschau war der Eindruck der Hinrichtungen in
.hynien verschieden. Der König und Malachowski thaten
Möglichstes, um diesen Missbräuchen ein Ende zu machen.
r Marschall ist sehr peinlich von den Missbräuchen berührt",
eibt der König, „welche bei den städtischen Gerichten ge-
hen sind. Dass man jeden Angeklagten prügelt, dass Viele
ırtert werden und zu Geständnissen gepresst werden, dass

dieselben dann noch zu neuen Gewaltthaten führen und somit viel unschuldiges Blut fliesst, ist für ihn eine Ursache tiefer Betrübniss. Gesetzlich ist die Tortur ja bei uns längst abgeschafft worden, also ist eine solche Prozedur zudem gesetzwidrig. Dieser Umstand quält mich bis ins Tiefste meiner Seele!" Obwohl Stanislaw August lange gegen die Verbreitung der Schreckensnachrichten Misstrauen hegte, musste er doch schliesslich der überwiegenden öffentlichen Meinung nachgeben. In der That war es sehr schwer dieser öffentlichen Meinung nicht nachzugeben, besonders in der Hauptstadt. Unaufhörlich erhielt man dort Berichte über Entdeckung von Verschwörungen; manche fliehende Familie wollte mit solchen Schreckensnachrichten vor sich und vor Anderen ihre Flucht rechtfertigen. Man erzählte von Kosaken, die Geld unter die Bauern vertheilten; als dieses Gerücht sich nicht bestätigte, erfand man immer neue, z. B. dass Russland 2000 Fuhren mit Waffen den Bauern vertheilt; zwar hatte Niemand diese Waffen gesehen, und doch hatte man Angst. Man erinnerte sich an den Umstand, dass Branicki den Aufstand vor sechs Monaten vorausgesagt habe, dass seine Gemahlin alle Kostbarkeiten aus ihren Gütern in Bialocerkiew fortgenommen habe; daraus schloss man, dass Potemkin, den man für den Anstifter der ganzen Sache hielt, die ihm befreundeten Branicki gewarnt habe, und wiederholte seine früher ausgesprochenen Worte: „Ich werde den Polen Arbeit genug geben; ich werde sie allein mit Popen (russische Geistliche) besiegen, bevor sie noch ihre Kavallerie auf die Beine bringen!" Man schloss daraus, dass die Geistlichen, die Bettelmönche und Marketender alle zu einer ungeheuren, von Potemkin geleiteten Verschwörung gehörten, und dass diese Leute die Bauern zu allem Bösen gegen Polen beredeten! Anfang Mai verbreitete sich mit immer grösserer Bestimmtheit die Nachricht, dass die russischen Truppen mit feindlichen Absichten über die Grenze kämen. Es war wieder eins dieser Gerüchte, die sich als falsch erwiesen, die jedoch immer wieder auftauchten. Diesmal liess sich auch der Marschallpräsident bethören und äusserte seine Befürchtungen dem König gegenüber: „Ich habe lange an diesen Aufstand nicht glauben wollen, und doch muss ich nach so vielen Anzeichen jetzt daran glauben. Lange habe ich auch bezweifelt, dass Russland gegen uns gewaltthätig auf-

jetzt fange ich an, auch daran zu glauben."**) Stanislaw
ıst bemühte sich, ihm diese Besorgniss auszureden, obwohl
ılber besorgt war. Als Stackelberg nach der oben ge-
lerten Hinrichtung des Marketenders in Lutzk einen Protest
Reichstag in Warschau über diese Sache einreichen wollte,
ihm der König davon ab, „denn eine solche Note", meinte er,
le die schon aufgeregten Gemüther erst recht davon über-
n, dass der Bauernaufstand von Russland ausgeht". „Die
chen mehren sich", schreibt er an Deboli, „und man kann
ehaupten, die Beweise dafür, dass es wirklich beabsichtigt
unsere Bauern von Podolien bis nach Slutzk gegen uns
wiegeln. Es ist faktisch geschehen, dass man Geld vertheilt
um das Volk aufzuwiegeln. Man beschuldigt nicht die
rin selbst, aber die unter ihr stehenden Persönlichkeiten."**)
Fürsten von Nassau, der nach Petersburg zurückkehrte,
lte der König mit der Absicht, dass dieser seine Worte
Kaiserin wiederhole: „es scheint doch unzweifelhaft, dass
Bauernaufstand von Jemandem in Russland angestiftet
en ist. Aus den Briefen, aus Beichten, am meisten
aus dem vertheilten Gelde erweist sich mit Sicherheit,
es Leute gegeben hat, welche die Dreistigkeit hatten, sich
Namens der Kaiserin zu bedienen und in ihrem Namen die
n zu Mordthaten zu bereden; dazu mehren sich noch die
chte, als ob russische Truppen, nahe unserer Grenze auf-
llt, jederzeit bereit wären, einzumarschiren, von Kiew bis
pol. Sollte, was Gott behüte, diese Armee wirklich ein-
hiren, so muss sich die Nation retten, wie sie kann, und
suchen, wo ihr solche angeboten wird; und dass in solchem
ich, trotz meiner Ergebenheit für die Person der Kaiserin,
ıeinem Volke halten werde, versteht sich von selbst." Zu
lben Zeit befahl der König Deboli, alle seine Bemühungen
f zu richten, die Kaiserin zu bereden, einen öffentlichen
is davon zu geben, dass sie die aufwiegelnde Politik nicht
, und dass sie die Aufwiegler gern der Rache in Polen
äbe. „Ich weiss", fügt der König hinzu, „dass es nicht
sein wird, so etwas zu erlangen, es ist aber durchaus

*) Brief an Deboli vom 2. Mai.
*) Brief an Deboli vom 6. Mai.

nothwendig, wenn die Kaiserin wirklich das Aeusserste vermeiden will.“ Die Meinung, dass Russland wirklich den Aufstand verursacht habe, verbreitete sich so allgemein, dass alle fremden Minister in Warschau und Petersburg ihren Höfen dasselbe berichteten. Sogar Ostermann konnte nicht unbedingt die oben erwähnte Forderung des Königs abweisen und gestand etwas verlegen Deboli gegenüber, dass „die Beziehungen des Fürsten Potemkin den Geschäften mehr Schaden als Nutzen bringen.“*) In Warschau selbst war die öffentliche Meinung über diesen Gegenstand etwas getheilt. Stanislaw Potocki berichtete an Felix Potocki: „Hier haben wir drei Klassen von Menschen: diejenigen, welche den Aufstand herbeiwünschen, solche, die aus Furcht davor verblendet sind, und solche, die nicht wissen, was sie davon halten sollen, nach den widersprechenden Berichten und der offenbaren Feindseligkeit der Bauern. Neulich bei Tisch äusserte ich, der ich zu der dritten Kategorie gehöre, einige Zweifel über die Wirklichkeit des Aufstandes und wagte einige Ansichten über die anzuwendenden Mittel auszusprechen, natürlich empfahl ich Sanftmuth und Mässigkeit. Mein Zuhörer war ein Abgeordneter, der zur zweiten Kategorie gehörte; „Wer nicht an den Aufstand glaubt“, erwiderte er mir, „gehört dazu; was die Mittel dagegen anbelangt, wer will mir leugnen, dass es besser ist, hundert Unschuldige zu vernichten als einen Schuldigen entkommen zu lassen.“**) Ebenso wie Warschau erst von der Provinz aus alarmirt wurde, so wurden jetzt die Stadt und der Reichstag die Quellen der Panik, die sich immer mehr verbreitete; man muss sogar behaupten, dass man erst dann an die Wirklichkeit des Aufstandes glaubte, als der Reichstag seine Existenz durch die bekannten Beschlüsse zu bestätigen schien. „Die Prahlereien und Raufereien im Reichstage“, schreibt ein Zeitgenosse,

*) Berichte von Deboli, 8., 18. Mai. In einem späteren Briefe (10. Juni) schreibt der König: „Was den Aufstand anbelangt, so gehen meine Vermuthungen dahin, dass Branicki den allgemeinen Glauben an einen Aufstand erzielen wollte, um das Kommando zu übernehmen, und dass er dabei am meisten auf Potemkin rechnete. Bisher weiss ich nichts Sicheres darüber.“

**) Citirt bei Kraszewski, Polen wärend der drei Theilungen. Posen 1874, II. 156.

3unruhigen das Land; die Provinzen sind unbeschreiblich davon
fgeregt.“ Frau Niemcewicz, Mutter des Schriftstellers und
ıgeordneten, schrieb ihm aus Brest in Lithauen: „Aus Warschau
rd uns berichtet, dass die Bauern uns ermorden wollen. Um
ıttes Willen, mein Sohn, komm doch, mich zu beschützen!“
ne andere Korrespondenz berichtet im Mai aus Warschau:
)ie ewigen Reden über den Aufstand sind schon unerträglich
worden; endlich haben dieselben aufgehört zufolge der Abreise
r Fürstin Czartoryska ins Ausland. Die Fürstin von Nassau
auch nach Petersburg abgereist, die Oginska nach Siedletz,
e Fürstin Sapieha ist allein noch hiergeblieben.“*) Diese
erüchte wurden meistens durch die Frauen ausgestreut. In
ren Salons versammelte sich die beste und vornehmste Gesell-
haft, Einheimische wie Fremde; was in diesen Salons erzählt
d gesprochen wurde, fand ein Echo im Reichstag, wurde in
r ganzen Stadt wieder erzählt und verbreitet durch Briefe
d Korrespondenzen, nicht nur im ganzen Lande, sondern auch
Auslande. Es ist unzweifelhaft, dass die Damen, von denen
er die Rede ist, Polen liebten, sie dienten ihrem Lande mit
fer und leidenschaftlich in der ehrlichen Meinung, dass sie am
ügsten thäten, wenn sie ihr Vaterland erst durch solche Ge-
chte von Russland trennten, um es dann dem preussischen
önig auszuliefern! Wir geben unbedingt zu, sie thaten es im
ırlichen Glauben oder wenigstens aus patriotischen Motiven;
lein alles das rettet sie nicht von der Verantwortlichkeit für
e fatalen und blutigen Konsequenzen der verbreiteten Angst,
ıd diese Vorgänge beweisen nochmals, dass es dem Volke
hlecht gehen muss, das duldet, dass die Frauen die öffentliche
.che leiten und sich die Zeit mit Politik vertreiben.

§ 83.

:dingungen, unter denen die Republik den Durchzug der russischen Armee duldet.

Wir wollen jetzt die weitere Thätigkeit des Reichstages
n Leser schildern und ihn daran erinnern, dass die Deputation
auswärtige Angelegenheiten dem russischen Gesandten er-

---

*) Kraszewski ebendaselbst II. 156.

klärt hatte, er könne die Regierung um Pässe für die russischen Truppen mit Aussicht auf Erfolg angehen. Es war der erste Schritt zur versöhnlichen Ausgleichung der brennenden Frage. Am 6. April übergab Stackelberg eine Note, in der er sich über das Aufhalten einer russischen Truppenabtheilung mit türkischen Gefangenen (entgegen den Beziehungen der Freundschaft und guten Nachbarschaft, die zwischen beiden Staaten bestände) beklagte und eine provisorische Abmachung vorschlug, welche den Durchzug der Truppen und die Einrichtung und Bewachung von Proviantmagazinen in Polen reguliren und beiderseitiges Einverständniss darüber erzielen sollte. Sowohl die Form wie der Inhalt dieser Note unterscheiden sich wesentlich von dem früheren Ton, so dass eine damalige Zeitschrift, Gazette de Leyde, die triftige Bemerkung macht, dass, wenn Russland immer mit derselben Rücksicht die Polen behandelt hätte, es nicht zu solcher Erbitterung seitens der Letzteren gekommen wäre. Unglücklicherweise wurden auch die Folgen dieser versöhnlichen Note durch die oben dargestellten Ereignisse in Wolhynien verdorben. Die Note wurde am 16. der Kammer mitgetheilt, eben nachdem man für Stunden lang die Berichte aus Wolhynien vorgelesen hatte. Sie wurde mit Misstrauen und Unwillen gehört, es dünkte Vielen, dass es sehr gefährlich sei, in Augenblicken solcher allgemeiner Erregung den Durchmarsch der fremden Truppen zu gestatten. Drei Tage lang dauerten die Verhandlungen über diesen Gegenstand. Hitzköpfe wie Sapieha, Suchodolski und Mierzejewski verlangten, man solle nicht nur den Durchmarsch verbieten, sondern auch die vollständige Evakuation verlangen. Vergebens versuchten Ignaz Potocki und der Präsident Malachowski diesen Eifer zu beschwichtigen, der König musste wieder alle Mittel versuchen, um den Bruch mit Russland zu verhindern, schliesslich schlug er vor, diese Note dem Berliner Hof mitzutheilen; Stackelberg war froh als die Verhandlungen in der Kammer diese Wendung schliesslich ermöglichten (21. April). „Sie wundern sich“, schrieb darauf Stanislaw August an Deboli, „wie es möglich sei, dass bei aller Einigkeit mit Malachowski und Potocki in dem Bestreben, mit Russland in gutem Einvernehmen zu bleiben, es uns kaum gelingt, die Opposition eines Sapieha mit seinen wenigen Anhängern zu besiegen? Wahrhaftig, wer es nicht mit Augen gesehen hat, kann es kaum glauben. Von

nfang an wurden die Mitglieder der Kammer mit Misstrauen egen alles Russische erfüllt, Sapieha weiss jeden Umstand klug ı benutzen, um diese Antipathie zu stärken und Alles zu ent- rnen oder vor der Kammer zu verdecken, was etwa die Ge- üther milder stimmen könnte. Nur mit äusserster Vorsicht arf Jemand in der Kammer etwas zu Russlands Gunsten sagen; geht so weit, dass neulich Potocki seine sehr vorsichtige nd kunstvoll ausgedachte Rede vom 20. April mit sichtlicher ufregung vortrug, ich sah selbst, wie das Papier in seiner and zitterte."*)

Stackelbergs Note, über die man den Rath des preussischen önigs erlangen wollte, wurde also nach Berlin abgesandt, jedoch icht diese Note allein, sondern auch eine Reihe (über 70) ver- hiedener Berichte aus Wolhynien und der Ukraine, die zum iel hatten, die Wirklichkeit des Aufstandes und der russischen ufwiegeleien zu schildern. Indessen verfehlte diese letzte Mit- eilung ihren Zweck. Das Berliner Kabinet nahm davon enntniss, erklärte aber, dass die meisten Akten gefälscht und bertrieben seien.**) In der offiziellen Antwort, die es den ver- ımmelten Ständen einreichen liess (30. April), wurde die Mei- ung ausgesprochen, die Republik könne wohl selbst den Auf- and unterdrücken, und was den Durchmarsch der russischen ruppen anbelange, „so sollten die Stände auf die Grossmuth r Kaiserin vertrauen und sie bitten, aus Rücksicht auf die ürken, auf die Hungersnoth im Lande und auf die Aufregung r Bauern die Grenzen der Republik zu umgehen, im Fall der chsten Noth aber den Durchmarsch zu gestatten, jedoch nur geringen Abtheilungen und in Begleitung von polnischen ommissaren, welche die versprochene Verproviantirung selbst guliren könnten". Am Schlusse besagt noch die Note, dass r König von Preussen erst sehen möchte, wie man seinem athe folgen würde, bevor er die entsprechenden Instruktionen inem Gesandten in Petersburg zu ertheilen geruhte.***)

Die Deputation für auswärtige Angelegenheiten beschloss, m Rath des preussischen Kabinets gemäss, die Antwort nach

*) Brief vom 6. Mai.

**) Gazette de Leyde, 26. Mai 1789.

***) Diesbezügliche Note und Ministerialreskript geben wir in extenso Anhang. Siehe 8 und 9. (Anm. des Ueb.)

Petersburg zu verfassen und verlangte eine offizielle Konfe-
renz mit Lucchesini, um noch genaueres Einverständniss zu
erlangen. Dieser machte den Vorschlag, man möchte auch den
englischen Gesandten Hayles dazu bitten. In dieser Konferenz
fragte unter Anderen Sapieha, ob im Falle, wenn die ver-
sammelten Stände nicht nach dem Rath aus Berlin handelten,
und Russland doch seine Armee durch Polen schickte, so dass
es zum Bruch käme, ob in solchem Falle die Republik auf die
Hülfe Preussens und Englands rechnen dürfte? Darauf erwiderte
Hayles: „Wenn die Republik mit Russland bricht und trotz
unseres Rathes selbst dazu die Gelegenheit bietet, so werden wir
ihr in keinem Falle helfen.“ Lucchesini war nicht so schroff,
er meinte aber auch, dass man Frieden mit Russland halten
müsse, und betheuerte, dass sein Kabinet nur dann für Polen
eintreten könne, wenn Russland angenommene Bedingungen nicht
achtete. Nach solcher Antwort kühlte sich der Eifer von
Sapieha sehr ab, und man billigte alle Punkte, welche in der
preussischen Note bezeichnet waren und die von uns oben mit-
getheilt worden sind. Bei dieser Gelegenheit versuchte man
auch, Negotiationen zu führen über die Aufnahme der polnischen
Republik in das Bündniss der drei Mächte, bekannt unter dem
Namen: Bündniss von St. Loo, allein Lucchesini entschuldigte
sich mit allgemeinen Redensarten und meinte, dass die Republik
seinem Monarchen trauen müsse, der allein beurtheilen könne,
wann die richtige Zeit zur Erfüllung dieser segensreichen Ab-
sicht gekommen wäre.

In der Note, die von der Deputation für auswärtige An-
gelegenheiten an Deboli geschickt wurde, um dem Petersburger
Kabinet eingehändigt zu werden, wurden die Bedingungen, unter
welchen die Republik den Durchmarsch der Truppen gestattete,
sehr ausführlich aufgezählt. Die Armee der Kaiserin sollte nur
in Abtheilungen von 500 Mann durchmarschiren, und zwar so,
dass die eine erst über die Grenze sein müsste, bevor eine
zweite einträte. Die Kriegskommission sollte die Route be-
zeichnen und einen Kommissar mit polnischer Eskorte abkom-
mandiren, der die Truppen leiten sollte. Die russischen Proviant-
magazine sollten auch von einem polnischen Kommissar mit
einigen Soldaten bewacht werden, Alles nach dem Muster der
in den kleinen deutschen Staaten bestehenden Vorschriften.

§ 84.

Fürst Kaunitz beredet Russland zur Nachgiebigkeit. ie Kaiserin zieht ihre Truppen und Magazine zurück.

Bevor noch diese Instruktionen Deboli erreichten, trat ein mschwung in Petersburg ein. Gewohnt, in Polen wie in einer genen Provinz zu befehlen, wollte Katharina die Schwierigeiten, welche ihr von der Kriegskommission auf der polnischen renze bereitet wurden, nicht dulden; noch mehr wurde sie von en Beschuldigungen gereizt, die in der Kammer gegen Russnd laut wurden, als man den Bauernaufstand erwartete; nur ie Rücksicht auf den König von Preussen und seine Haltung wangen sie, ihren hochmüthigen und rachsüchtigen Sinn zu ändigen. Der ruhige Ostermann warnte Deboli in seinen äufigen Gesprächen: die Kaiserin sei ergrimmt; er rieth, die hon gespannte Saite nicht zum Platzen zu bringen. „Solange er Krieg mit der Türkei dauert, müssen wir unsere Truppen urch Ihre Grenzen schicken“, sagte er, „uns daran zu verindern, heisst so viel, wie uns den Krieg unmöglich machen.“ eboli bat um Nachsicht für die Forderungen der Kammer. Habe ich Ihnen den schlechten Willen dazu gezeigt?“ meinte er Unterkanzler; „Ihr fürchtet den König von Preussen?! nun enn, vereinigt Euch mit uns, und er wird Euch fürchten! Wenn hr aber mit uns brecht, so seid gewiss, dass ein zweiter Band der Theilung von Polen« erscheinen wird.“ Manchmal verlor stermann die Geduld trotz seines deutschen, phlegmatischen emperaments. Im April fingen die Russen an, ihre Magazine us Polen fortzunehmen; da belegte man dieselben auf der Grenze it Steuern; dieses war gegen alle Gewohnheit, weil Militäragazine überall als kaiserliches Eigenthum behandelt wurden nd nirgends zu zahlen hatten. Auf die ihm gemachten Vorürfe wusste Deboli in seiner Verlegenheit nichts zu erwidern, ls dass er den General der Artillerie davon informiren würde. Der General der Artillerie war es eben, der dem General umiantzoff gesagt hatte“, erwiderte Ostermann, „er habe aus arschau den Befehl erhalten, die Steuerbeamten mit Truppen u unterstützen, um die Steuerzahlung zu fordern!“ Auf eine lche Nachricht wusste Deboli nichts mehr zu sagen; er rettete ch wie immer mit der Behauptung, dass Lucchesini an Allem

schuldig wäre, und fügte hinzu: trotz alledem würde es diesem Herrn nicht gelingen, Polen und Russland zum Bruch zu bringen. „Was nennen Sie einen Bruch“, rief Ostermann ungeduldig, „wenn Sie uns von allen Seiten Schwierigkeiten bereiten, wie eben jetzt, wenn Sie für die Magazine, die Sie bei sich nicht dulden wollen, Ausfuhrsteuer verlangen, so könnte es leicht zu etwas führen, was wir nicht wünschen und Sie auch nicht erhoffen können.“ „Daraufhin (schreibt Deboli) konnte ich nichts erwidern und bei mir habe ich gedacht, dass Gott allein uns in der Verwirrung, die in Warschau herrscht, helfen kann. Denn die Magazine nicht dulden und dabei auf Ausfuhrsteuer bestehen, solche Dinge zu befehlen, ohne mich von dem Vorhandenen zu benachrichtigen, das sind Komplikationen, für die ich nicht verantwortlich sein kann.“*)

Fürst Kaunitz folgte aufmerksam dem Gang dieser Angelegenheit. Im Monat März hatte er seinem Gesandten in Petersburg, Cobentzl, eine von Hertzberg an Dietz nach Konstantinopel gerichtete und von ihm aufgegriffene Depesche mitgetheilt. In dieser Depesche beredet der Minister den Grossvezir, die Armee von Rumiantzoff, welche nur 20 000 Mann zähle, rasch zu vernichten. Dann fügt er hinzu: „. . . . . Wir werden hier Alles thun, was die Umstände gestatten; Sie kennen aber Europa genügend, um zu begreifen, dass wir in Böhmen, Polen und Russland nicht eindringen können, wie es die Türken gleich beim Beginn des Krieges thaten. Die kaiserlichen Höfe müssen uns erst eine Gelegenheit zum Krieg bieten, wir hoffen eine solche in Polen zu finden. Die Republik verlangt die Intervention des Königs in der Sache der Truppen-Evakuation. Im Juli werden wir kampfbereit. . . . .“ Der österreichische Kanzler macht folgende Bemerkung zu dieser Depesche: „Es ist also von der äussersten Wichtigkeit, diese gefährliche preussische Absicht zu vereiteln, folglich das preussische Verlangen nicht nur auf eine genugthuende Art zu beantworten, sondern auch in wirkliche Erfüllung

*) Bericht an den König vom 15. Mai. In der Note, die Ostermann in dieser Sache an Stackelberg schickt, beruft er sich erstens auf das Gewohnheitsrecht und zweitens auf einen Vertrag von 1775 (§ V der besonderen Akte), in dem beide Mächte verabredet hatten, keine neuen Steuern aufzulegen, wie auch auf den Ukas von 1782, der verordnete, dass alle Rohprodukte von Polen nach Russland zollfrei passiren könnten.

u bringen."*) Zwei Tage später sehen wir den österreichischen :anzler durch Herrn de Caché denselben dringenden Rath an tackelberg geben. Der preussische Hof rechne offenbar darauf, ass Russland die polnischen Forderungen nicht annehmen werde, r riethe den Polen nur darum, mässig zu sein, um die Verantwortichkeit für die abschlägliche Antwort, die erfolgen sollte, auf Russland abzuwälzen. Als Stackelberg den oben erwähnten veröhnenden Vorschlag in Warschau machte, lobte ihn Fürst Kaunitz. Er begte die Meinung, dass die unerwartete Wendung in Berlin ur darauf berechnet sei, Zeit zu gewinnen, besseres Einverehmen mit London und Konstantinopel zu erlangen und die :aiserlichen Höfe bis zu dem Augenblick zu beruhigen, als es Preussen eben passen würde, seine wirklichen Absichten kundugeben. Umsicht und Ruhe von Seiten des russischen Kabinets vürden am besten diese preussischen Pläne vereiteln und Preussen in das eigene Netz verwickeln; einerseits würden die Jrsachen des Unfriedens zwischen Polen und Russland verchwinden, andererseits könnte die Republik ihre Armee und Finanzen einigermaassen in Ordnung bringen, was Niemandem nehr schaden könnte als Preussen selbst.**) Wie schon bei der Abschaffung des permanenten Rathes, so wurden auch jetzt diese 'orsichtigen Warnungen des Fürsten Kaunitz in Petersburg berücksichtigt. Als die Kaiserin von den Bedingungen unterrichtet vurde, die man ihr in Polen auf preussischen Rath hin für ihre Truppen und Proviantmagazine stellen wollte, beschloss sie, olche nicht abzuwarten und davon keinen Vortheil zu ziehen. Sie befahl, alle Magazine aufzuheben und die Truppen sowie llerlei Transporte um die Grenze der Republik herumzuführen. Es wird eine bedeutende Ausgabe darstellen und viel mehr Mühe kosten, wenn man Leute und Waffen durch die Wüsten on Bessarabien ziehen muss, es wird aber dem König von Preussen die Lust und Gelegenheit zur Intervention und zum ank benehmen", schreibt Cobentzl.***) Am 30. Mai brachte ein :urier des Fürsten Potemkin im Namen der Kaiserin diese Behle nach Warschau, und Stackelberg theilte solche den Ständen

*) Depesche an Cobentzl, 23. März.

**) Depesche an de Caché, 25. April.

***) Depesche vom 28. Mai.

mit in einer trockenen und sehr formellen Note, die noch einige Aeusserungen darüber enthielt, dass man hoffe, keinen neuen Schwierigkeiten bei der Aufhebung der übrigen Magazine von Seiten der Republik zu begegnen. Die Erklärung der Kaiserin machte einen getheilten Eindruck. Stackelberg schien dieselbe nicht zu billigen, als er mit Unmuth darüber mit de Caché sprach und die Meinung äusserte, man habe sie dem Einflusse des Fürsten Kaunitz zuzuschreiben. Der König von Preussen, dem sie sehr unerwartet kam und dem sie alle Pläne durchkreuzte, fürchtete, dieselbe könnte seinen Einfluss in Polen vermindern; er beeilte sich, durch Lucchesini den Polen sagen zu lassen, dass sie diese Note nur seinen Bemühungen verdankten und zum Theil auch dem Armeekorps unter Usedom, das von ihm auf der Grenze mit vielen Kosten aufgestellt worden sei und Russland zur Nachgiebigkeit gezwungen habe. Dieser Erfolg habe ihm eine halbe Million Thaler gekostet. In der Kammer wurde die Note ziemlich indifferent aufgenommen; Einige schienen unzufrieden zu sein, dass ihnen jetzt die letzte Gelegenheit zu Klagen gegen Russland genommen würde, Andere offenbarten die Absicht, dafür dem Könige von Preussen zu danken, als ob es sein Werk wäre. Der Bischof Rybinski beeilte sich, eine anonyme Schrift zu verbreiten, um auch in den Provinzen die Meinung auszustreuen, als ob man diese Erfolge dem Könige von Preussen verdankte. Nur Stanislaw August konnte sich bei dieser beklemmenden Nachricht Vorahnungen nicht erwehren. „Man müsste denn wissen“, schrieb er, „ob uns diese Erklärung nicht später bittere Rache kosten wird, wenn einmal die Türken und Schweden besiegt sein werden. . . . . .“*) Die Vorahnung war nicht unbegründet. Wahrlich kamen die Deklamationen eines Sapieha und Genossen später theuer zu stehen! und 4 Jahre danach (am 18. Mai 1792) erschien die denkwürdige russische Erklärung, in der Katharina die ihr gemachten Schwierigkeiten bezüglich der Truppen u. s. w. hervorhob und als eine Beleidigung von Seiten des polnischen Reichstages bezeichnete; einige Monate später kam sie bekanntlich zu der Einsicht, dass es wohl am besten wäre, wenn sie die Provinzen, die ihr Reich von der Türkei trennten, einfach annektirte.

*) De Caché 30. Mai; Lucchesini am 6. Juni; Friedrich Wilhelm 9. Juni; Stanislaw August an Deboli am 30. Mai.

Zusammen mit der oben erwähnten Erklärung der Kaiserin
m ein sehr höflicher Brief von Potemkin an die Marschälle
r Konföderation. Er antwortete auf die Klage, welche die
rsammelten Stände über den Einmarsch russischer Truppen in
nila geführt hatten, dass er sich solche Freiheit zwar genommen,
doch nicht als polnischer Gutsbesitzer, sondern Kraft früherer
rlaubniss als russischer Feldmarschall; sobald der Reichstag
ine Unzufriedenheit darüber kund gegeben, habe er sich beeilt,
ie Truppen zurückzuziehen. Ferner schrieb der Fürst, dass er
ine persönliche Sympathie für die Republik bekunden wolle,
nd als Besitzer grosser Ländereien in Polen der polnischen
rmee 12 Kanonen und 500 Karabiner aus russischen Fabriken
henke. Diese unerwartete Schenkung setzte die Stände in
taunen; Viele wollten darin nur eine Verhöhnung der Rüstungen
ı Polen wie auch der kriegerischen Absichten gegen Russland
hen. Man muss auch hinzufügen, dass der Brief des Fürsten
ı polnischer Sprache geschrieben war und mit dem Vorwurf
egann, dass die Stände an ihn, „obwohl er ein polnischer
taatsbürger sei“, französisch geschrieben hätten.

§ 85.

Der Beistand von Kurland wird von dem Reichstag erbeten. Sadkowski wird verhaftet.

Bevor wir dieses Kapitel schliessen, müssen wir zwei Episoden
zählen, die in Beziehung zum Aufstand traten und zu der-
lben Zeit stattfanden. Als der Reichstag durch beunruhigende
achrichten aus Wolhynien am höchsten erregt war, während
er Sitzung vom 23. April, schrieb der König Folgendes an
eboli: „Hier ist eine wunderliche Geschichte im Gange:
yszkiewicz, Abgeordneter für Zmudz (Samogitien), der bisher
ıum gesprochen hat, nahm plötzlich das Wort, um zu verkünden,
ıss viele Marketender und fremde Mönche sich auch in Samo-
tien herumtrieben und gefährlich wären; es sei also nothwendig,
n Fürsten von Kurland zu bestimmen, 500 Mann seiner Infanterie
ch Rosien, Hauptstadt von Samogitien, zu schicken, und zwar
f Grund der Verpflichtungen, die sein Vater 1737 der Republik
genüber übernommen habe: *in necessitatibus rei publicae.*

Einige lettische Abgeordnete, unter anderen auch ein Verwandter von Tyszkiewicz, versichern mich, diese Behauptungen seien grundlos; es herrsche dort vollkommene Ruhe; dennoch hat sich der Reichstag überreden lassen und ohne weitere Untersuchung, ob diese Behauptungen des Abgeordneten Tyszkiewicz wahr seien, und ohne irgend einen Beweis dafür, wurde ein Befehl an den Fürsten von Kurland erlassen. So viel mir aber bekannt ist, besitzt der Fürst kaum 200 Mann unter den Waffen.“ So weit der König; wir wollen unsererseits bemerken, dass es ungerecht war, das ruhige und loyale samogitische Volk zu verdächtigen, und es erscheint uns schwer begreiflich, welchen Einfluss diese muthmaasslichen fremden Händler und Bettelmönche dort ausüben konnten. Es ist wohl anzunehmen, dass ausser der leeren Angst ein anderes Motiv die Aktion des Reichstages in dieser Angelegenheit leitete, nämlich der Wunsch, die alten Rechte der Republik über das Lehns-Fürstenthum zu behaupten. Wie dem auch sei, die Requisition ging nach Mitau, und der Fürst von Kurland zeigte sich bereit, derselben Folge zu leisten. Er liess sagen, dass er die Bemühungen der versammelten Stände um die Hebung des Vaterlandes mit grösster Befriedigung wahrnähme und bereit wäre, seinerseits zu helfen; er schickte die zwei Kompagnien, die er besass, und liess noch mehr Soldaten anwerben. Er machte nur einen Vorbehalt; nämlich den: er hoffe, dass seine Fügsamkeit nicht die Beeinträchtigung seiner Rechte nach sich ziehen möchte, da seine Lehnspflicht ihn nur für den Fall eines Krieges bände.

Die zweite Episode war ernster: In einer der ersten Sitzungen nach den Ferien (21. April) während der Verhandlungen über die russische Note nahm Sapieha wieder das Wort und las einige eben erhaltene Berichte aus Lithauen vor. Dieselben enthielten Beschuldigungen gegen den griechischen Bischof Sadkowski, der angeblich mit dem ihm untergebenen Klerus die Bauern zum Aufstande reize und heimlich das Volk zu Eidleistungen für die Kaiserin von Russland verpflichte. Gleich darauf erklärte derselbe Sapieha, Fürst Radziwill habe ähnliche Nachrichten aus seinen Ländereien, namentlich aus Slutzk erhalten, so dass die Schuld des Bischofs zweifellos sei. Mehrere Stimmen erhoben sich und verlangten die Verhaftung des Bischofs

und die Untersuchung dieser Sache in Warschau selbst. Mitten in solchem Gerede und bei der Verwirrung, die nun entstand, wurde dieser Antrag angenommen. Zwar warnte Radziwill den Marschallpräsidenten, er kenne den Bischof Sadkowski und halte ihn für unfähig, so etwas zu thun, worauf dieser die Ausführung des Beschlusses aufschob; später erhielt man aber neue alarmirende Kunde aus Pinsk, und diese bedingte die Verhaftung des Bischofs.*) Der geistliche Herr wurde nun nach Warschau gebracht in Begleitung seines Offizials und fünf Leute seines Hofes, er wurde von einer grossen Menschenmenge empfangen, die ihn beschimpfte und sich freute, dass ein so grosser Verbrecher bestraft würde.**) Der Bischof Sadkowski war zwar Archimandrit in Slutzk, dabei aber Wladyk von Perejaslaw und Coadjutor des Metropoliten von Kiew, als solcher war er russischer Unterthan und Würdenträger. Stackelberg nahm sich seiner an, machte dem König und Malachowski Vorstellungen, es sei nicht recht gewesen, ihn mit solchem Aufsehen nach Warschau zu bringen und dem Hohn des Publikums auszusetzen. Darauf erwiderte Malachowski: „Die Ereignisse auf dieser Welt lösen einander ab. Vor zwanzig Jahren habt Ihr zwei unserer Bischöfe und einen Senator mitten aus dem Reichstag fortgeführt und verbannt, obwohl sie nicht Eure Unterthanen waren; heute haben wir einen Bischof, der auch unser Unterthan ist und den man der Verrätherei gegen das Vaterland beschuldigt, verhaftet und nach Warschau gebracht, damit seine Sache hier untersucht und gerichtet wird. Solange keine Aufklärung kommt, werden wir ihn milde behandeln.“ Stackelberg sagte: „Wahr ist, dass wir Euch in manchen Fällen früher schlecht behandelt haben, allein es wäre Zeit, solche Dinge zu vergessen und gute Freundschaft zu halten.“ Damit endete diese Reklamation.***)

*) In der Sammlung: Dokumente zum Aufstand No. 949 (Museum Czartoryski) finden wir einen bemerkenswerthen Bericht von Mackiewicz, Offizier der Miliz von Radziwill, über die Verhaftung von Bischof Sadkowski in Slutzk.

**) Die Gazeta Warszawska vom 27., welche davon berichtet, spricht auch von ihm als von einem Menschen, der wirklich schuldig sei und nicht von einem, der nur beschuldigt wird.

***) Der König an Deboli 27. Mai.

Indessen, sobald Sadkowski in Warschau anlangte, wurde vom Reichstag eine besondere Deputation mit der Untersuchung dieser Angelegenheit betraut (20. Mai); sie bestand aus zwei Senatoren und neun Abgeordneten, unter dem Vorsitz des Bischofs von Lutzk: Turski. Die Deputation sollte sich mit allen Beschuldigungen und Berichten über den Aufstand bekannt machen, dieselben genau prüfen und daraus das Material zur Anklage gegen den Bischof entnehmen, um seinerzeit über Alles dem Reichstage zu berichten.

§ 86.

Die Schismatische Hierarchie in der Republik.

Diese Deputation wählte den Abgeordneten von Troki, Michael Zaleski, zum Sekretär und begann zunächst die Akten und Dokumente durchzusehen, welche auf die Verhaftung des Bischofs Bezug hatten; zu dem Behuf hatte man das bischöfliche Archiv aus Slutzk kommen lassen, in der Hoffnung dort die Beweise zu finden, welche man brauchte, um den Anklagen einen triftigen Grund zu geben. Indessen fand man in diesen Papieren gar nichts, was die Vermuthungen eines von Russland geschürten Aufstandes rechtfertigte, und so beruhigten sich bald die besonneneren Köpfe im Reichstag.*) Man entdeckte jedoch eine

*) Die Verfasser des allgemein bekannten Werkes: „Ueber die Einführung und den Fall der Verfassung vom 3. Mai“, das ein Jahr nach dem Schluss des Reichstages erschien, stellen folgende Betrachtungen an über die vermeintliche Aufwiegelung zum Aufstand: „Es ist unmöglich die russische Regierung ohne Weiteres der Theilnahme an den Unruhen zu zeihen, sei es, weil sie selbst Bedenken tragen musste, die Ukraine in einen Zustand der Verwirrung zu versetzen, der die Ernährung der russischen Truppen bei Otschakoff nur erschweren konnte, oder weil derselbe Aufstand bei den eigenen zum Aufruhr geneigten Unterthanen der Nachbarprovinzen für Russland weit gefährlicher werden konnte als für Polen“ (I. Theil, Kap. IV: „Ueber die Hindernisse und Verspätungen der Reichstagsarbeiten, die von der russischen Partei verursacht wurden“; dieses Kapitel hatten Kollontaj und Stanislaw Potocki geschrieben.) Eine ähnliche Meinung wird von dem Gegner dieser Autoren, Wolski, in seiner „Vertheidigung von Stanislaw August“ geäussert. (Jahrbuch der Pariser historischen Gesellschaft 1867 II. 89.) — (Polnische historische Gesellschaft.) Dasselbe sagt Ochocki: „Derjenige, der am besten über die Sache informirt sein konnte, Potocki, versuchte mit authentischen Berichten die Meinung über den Antheil der Russen an diesen Unruhen zu bekämpfen, aber umsonst! später konnte man auch aus der Sache mit Sadkowski keine Beweise erlangen. (Memoiren I. 299)

viel wichtigere Sache, die man gar nicht vermuthete, die jedoch viel tiefere Bedeutung und weitreichende Folgen haben sollte.

Viktor Sadkowski war der Vertraute und Zögling des bekannten Georg Koniski, Bischofs von Mohilew, der eine Rolle bei den Ereignissen spielte, die der ersten Theilung vorangingen. Er hatte an der Conföderation von Slutzk 1767 theilgenommen, wurde dann Auditor bei dem Bischof und 1776 von der Petersburger Synode zum Kaplan der russischen Gesandtschaft in Warschau ernannt, wo er auch bis 1783 blieb. Nach dem Tode von Walczynski, Archimandriten in Slutzk, empfahl ihn Stackelberg dem Fürsten Radziwill, dem Slutzk gehörte, als dessen Nachfolger in dieser Abtei. Nach der ersten Theilung verloren die schismatischen Unterthanen der polnischen Republik den einzigen Bischof, den sie in der Person des Bischofs von Mohilew in Weissrussland gehabt hatten; trotz ihrer Bemühungen gelang es ihnen nicht, einen neuen Bischof für sich zu bekommen, da sowohl der Theilungsreichstag sowie auch die späteren ihre Petition zurückwiesen. Diesem Uebelstande wusste nun Koniski abzuhelfen. Zum Erzbischof von Weissrussland ernannt und als Mitglied der Petersburger Synode machte er den Vorschlag, nach dem die Kaiserin „als Oberhaupt aller Gläubigen der orientalischen Kirche“ den schismatischen polnischen Unterthanen einen Bischof in der Person des Abtes von Slutzk, Sadkowski, geben sollte. Diese Ernennung eines Bischofs in einem fremden Lande, war ein unerhörter Vorschlag, ein Verstoss gegen das öffentliche Recht und in offenbarem Widerspruch mit dem kürzlich geschehenen Präcedenzfall in Russland, das die Ernennung eines katholischen Bischofs seitens Polens für die Katholiken in Weissrussland verboten und ein eigenes Bisthum in Mohilew errichtet hatte! Vielleicht gerade wegen seiner Frechheit hatte dieser Vorschlag den Beifall der Kaiserin gefunden, und alsbald wurde der Abt von Slutzk zum Bischof von Perejaslaw und Boryspol ernannt. Koniski wusste nur zu gut, dass die polnische Regierung diese Ernennung nicht bestätigen würde; da die Gesetze der Republik die ihr unterthänigen Schismatiker von dem Metropoliten von Kiew abhängig machten, konnte Sadkowski nur als Coadjutor

dieses höchsten Geistlichen rechtmässig in Polen bleiben, daraufhin wurde ihm auch diese Würde verliehen. Am 31. März 1785 erschien ein Ukas des Petersburger Synods, der diese Ernennungen brachte, dieselben umständlich mit den Bedürfnissen der schismatischen polnischen Unterthanen begründete und die Stellvertretung bei dem Kiewschen Erzbisthum regelte. Ausserdem enthielt er alle Verordnungen über Gehalt (5000 Rubel) und feierliche Einführung des neuen geistlichen Würdenträgers in Kiew sowie über seine Verpflichtungen bei der Administration der schismatischen Klöster und Pfarren in Polen. In dieser Form wurde das Dokument dem Metropoliten in Kiew geschickt und von dort aus dem neu ernannten Bischof mitgetheilt. In solcher Weise fasste die schismatische Hierarchie in Polen festen Fuss, ward von der russischen Regierung bezahlt und von dem Petersburger Synod abhängig, und dies Alles ohne Vorwissen der polnischen Regierung! Erst zwei Monate nach dem oben erwähnten Ukas (am 18. Mai 1785) wurde Stackelberg beauftragt, Stanislaw August hiervon in Kenntniss zu setzen, mit der Forderung, dem neuen Bischofe die nöthige Freiheit und Schutz in der Ausführung seines Amtes zu gewährleisten. Trotz der bedauernswerthen Unterwürfigkeit, mit der der permanente Rath Russlands Forderungen, erfüllte, machte dieses sonderbare Verfahren in einem fremden Lande einen sehr peinlichen Eindruck in den regierenden Kreisen der polnischen Hauptstadt. Die Unirten - Bischöfe und Archimandriten richteten massenhaft Proteste an den König, mit der Bitte, den schismatischen Bischof nicht anzunehmen und den schon erschienenen Ukas der Kaiserin nicht anzuerkennen. „Ist es nicht furchtbar“, schreiben sie, „einen fremden Kirchenfürsten in unserem Staat zuzulassen, der durch Eid an einen fremden Herrscher sich gebunden fühlen muss, gegen unsere Religion aufzutreten und mit Gewalt Unfrieden zu säen?“ Allein, obwohl diese Forderungen des unirten Klerus nur zu berechtigt waren, konnte die polnische Regierung in ihrer bekannten Schwäche nichts gegen die unrechtmässigen russischen Ansprüche ausrichten, umsoweniger, da diese Angelegenheit damals Niemanden interessirte und scheinbar nur die russischen Bauern, welche innerhalb der polnischen Grenzen lebten, betraf; auf die ihm gemachten Vor-

ellungen erwiderte der russische Hof mit dem Hinweis auf n Vertrag von 1768, der in einem besonderen Akte § 8 und 12) die Bedingung enthielt, alle schismatischen polschen Unterthanen gehörten unter die geistliche Obhut des ohilewschen Bisthums und des Kiewschen Metropoliten, lglich dürften ihre Seminare und Schule keine andere Obrigeit anerkennen. Ein ganzes Jahr verzögerte Stanislaw August e verlangte Bestätigung des Bischofs; bei der ersten Audienz, e er ihm ertheilte, erklärte er ihm auch, dass er die Eidesistung für sich fordere.*) Diese Forderung schien den Geistchen in Erstaunen zu setzen, er versuchte, sie zu verweigern; an diskutirte den Wortlaut einer solchen in Kiew und in aniow; endlich folgte der Bischof dem König nach Tulczyn, ohin er sich nach dem Besuch in Kiew begab, und leistete

*) Stackelberg erzwang das Bestätigungsdiplom im Juli 1785, allein r König behielt es bei sich bis Ende September. Der päpstliche Nuntius zählt die Audienz des Bischof Sadkowski mit folgenden Worten: „Er schien mit dem Wagen des russischen Gesandten und dessen Dienerschaft 1 21. August 1785. Ausser den Hofmarschällen war Niemand in den Vornmern des Schlosses. Der Marschall für Lithauen (Gurowski) empfing n und stellte ihn mit den gewöhnlichen Formalitäten vor. In seiner nsprache an den König sagte der Bischof: „Da mich der Allerhöchste m Bischof aller Griechisch-Orthodoxen in Polen gemacht hat, und da es r unmöglich ist, diese Würde ohne ein Zeichen des Königlichen Schutzes r. Majestät zu bekleiden, so komme ich, Ew. Majestät darum unterinigst zu bitten und mich der Gnade Ew. Majestät zu empfehlen.“ Der inig antwortete nicht auf diese Anrede, frug aber den Bischof: „Können chwürden Polnisch und wie lange bleiben Sie in Warschau?“ Der Bischof twortete, dass er Polnisch nur fehlerhaft spreche und dass er in Warschau Rückkehr des Unterkanzlers Chreptowicz abwarten wolle. „Ich bitte o, in Warschau bis dahin zu bleiben, von ihm werden Ew. Hochwürden ahren, was wir von Ihnen verlangen, bevor wir die Installation zugeben, wohl was die Eidesleistung wie auch andere Bedingungen anbelangt.“ r Nuntius Saluzzo giebt zu, dass er nicht wagte, irgend welche Schritte en die Installation zu unternehmen, obwohl er wusste, dass in 1775, als n davon sprach, einen schismatischen Bischof in Polen einzusetzen, der nalige Nuntius Garampi es durch seine Note verhindert habe. Man muss r hinzufügen, dass in 1775 die Sache noch von der Kammer abhing; daen in 1785 war schon der Ukas von Katharina erlassen worden, bevor noch etwas davon in Polen wusste. (Depeschen des Nuntius Saluzzo, ad 29. Juni und 23. August 1786.)

dort feierlich seinen Eid dem Könige von Polen und der polnischen Republik.*)

Allein bei alledem hatte der Synod die königliche Bestätigung nicht abgewartet, um dem Bischof die nöthigen Instruktionen zu ertheilen, wie er in Polen regieren sollte; und dieser, von dem Augenblick an, als ihn der Ukas erreichte, fing an, die Empfehlungen des Synods sofort auszuführen und ihm genau Bericht von seiner Thätigkeit als Bischof von Perejaslaw zu erstatten. Wie Polens böser Geist bewachte Koniski ihn von fern und ertheilte ihm die nöthigen Winke, wie er zu handeln habe. Unter Anderem schrieb er ihm: „In unseren Klöstern in Polen sind nur wenige Mönche vorhanden, und diese sind schlecht diszipliniert. Wenn wir mit ihnen scharf umgehen, werden wir gezwungen, sie zu verjagen, und da werden die Klöster erst recht leer stehen! Wir müssen sie wie Kranke behandeln. Die sichersten Pfarren besitzen wir in dem Kreis von Slutzk, weil dort der Pope, welcher zu der Unirten-Kirche übertritt, keine Möglichkeit hat, die Kirche nach sich zu ziehen; auch bei Pinsk ist die Geistlichkeit standhafter. Am schlimmsten geht es in der Ukraine zu, dort giebt es beständig Uebertritte von der orthodoxen zur Unirten-Kirche und umgekehrt; es geschieht durch die Unwissenheit der Popen; man muss ihre Aufklärung und Besserung anstreben. Ein besonderes Seminar einzurichten ist jedoch unnöthig, es existirt in Slutzk ein Calvinisches Seminar, und in diesem können unsere Geistlichen gegen eine geringe Entschädigung unterrichtet werden.“ Katharina befolgte diesen letzten Rath nicht, im Gegentheil sie liess bald in Slutzk ein orthodoxes Seminar gründen und wies 2000 Rubel jährlich zu dessen Erhaltung an, wobei sie der Kommission für

*) Nach den bestehenden Gesetzen war es unmöglich, den schismatischen Bischof zur Eidesleistung zu zwingen. Die Bischöfe von Mohilew wurden vor der ersten Theilung vom König eingesetzt, leisteten aber keinen Eid. Die Unirten-Bischöfe leisteten ihn erst in späterer Zeit vor dem Metropoliten und nicht vor dem König. Die Römisch-Katholischen waren unter der kirchlichen Jurisdiktion und zu keinem Eid verpflichtet, nur insofern sie in den Senat oder in Staatswürden eintraten, leisteten sie einen besonderen Eid. Diese Einzelheiten waren der russischen Regierung nicht bekannt, als sie in Folge der dringenden Forderungen des Königs schliesslich dem Bischof die Eidesleistung gestatteten.

niedere Schulen befahl, diesem Seminar und allen von Sadkowski errichteten Schulen jede Erleichterung zu gewähren und alle Vortheile zukommen zu lassen, welche die Schulen in ihrem Reich genossen. Sollte es an Lehrern fehlen, so würde man auch diesem Uebelstande abhelfen, „ausserdem sollte der neue Bischof die dortigen Verhältnisse genau studiren und seine Meinung sagen, ob es vortheilhafter wäre, den Unterricht in diesen Schulen in polnischer oder russischer Sprache zu ertheilen?"

Sadkowski begriff vollkommen die ihm aufgebürdete Mission. In einem Dankbrief an die Kaiserin vom 7. Juli 1785 heisst es: „Ich werde meiner Gemeinde verkünden, wie Du nach Gott allein ihr und mein Schutz und Heil bist, wie durch Deine Weisheit die Mauer, welche die Kirchen des Morgenlandes und des Abendlandes trennt, umgestürzt wird, so dass sie einig werden." Um diese Mauer langsam zu untergraben und die erwünschte Einigkeit zu beschleunigen, berief der eifrige Bischof ein Konzil der schismatischen Geistlichen in Slutzk und erklärte ihnen, er würde von nun an alle Mönche und Pfarrer aus Russland kommen lassen und verböte von nun an in den ihm untergebenen Kirchen die „verdammte lithauische, d. h. weissrussische Sprache". Er bat den Metropoliten von Kiew, ihm gebildetere Mönche und Pfarrer zu schicken, um sie dahin zu setzen, wo Unirten-Abteien existirten, damit dieselben fähig würden, den Kampf mit diesen einigermaassen erfolgreich zu führen. Mit grosser Energie fing er an, die Klöster zu revidiren und neue Kirchen zu bauen. Katharina schickte ihm 24 000 Rubel zur Errichtung eines Domes in Slutzk, von Nah und Fern empfing er Geldspenden zu diesem Zweck. Beschämend ist es, zu erfahren, dass einige polnische Gutsbesitzer sein Werk unterstützten und seinen Aufforderungen um Beiträge nachgekommen sind. Fürst Xaver Lubomirski, der als General in Russland diente, begünstigte den Uebertritt von der Unirten-Kirche zur orthodoxen und übergab die Pfarren seiner Güter der Administration von Sadkowski; dasselbe that auch mit mehr Konsequenz Fürst Potemkin in seinen Ländereien. Ueberhaupt entstand um diese Zeit eine erfolgreiche Propaganda; 193 Kirchen gingen für die Unirten verloren, viele darunter auf den Gütern des Fürsten Anton Jablonowski; eine grosse Anzahl der Unirten-Geistlichen

wurden Schismatiker, trotzdem solche Apostasie mit Verbannung bestraft wurde.

Trotz alledem ist es nicht richtig, dass Sadkowski mit Hülfe der Bettelmönche die Bauern seines Bisthums zum Aufstand gegen die dortigen polnischen Gutsbesitzer aufgereizt hätte; man hat keinerlei Beweise für diese Behauptung gefunden, im Gegentheil, viele, die sie verneinen. Von Anfang an wollte er die Bettelmönche, welche in Polen wohnten, seiner Administration unterwerfen, mit manchen gerieth er in Streitigkeiten, in die die polnische Obrigkeit verwickelt wurde. Er forderte die grösste Ordnung in seinen Pfarren und bemühte sich, den niederen Klerus zu disziplinieren; wandernde Popen, Pilger u. s. w. waren ihm verhasst. Als im Laufe des türkischen Krieges viele schismatische Mönche und angebliche Geistliche erschienen und in den Dörfern oder Wäldern eine Zufluchtsstätte suchten, machte Sadkowski die lokalen Autoritäten auf solche aufmerksam und rieth, sie ihrer Mönchswürde zu entkleiden, um sie bei öffentlichen Arbeiten zu verwenden. „Unter solchen Individuen können auch Kosaken und Strassenräuber sein, die die Mönchskutte nur angelegt haben, um sich besser zu verstecken; solche Leute muss man in Kriegszeiten beaufsichtigen.“ Sadkowski war viel zu klug und viel zu geschickt, seine Pläne waren viel zu ausgedehnt und tief, als dass er zu solchen gefährlichen Mitteln gegriffen hätte, wie ein Aufstand und Mordthaten es hätten werden können. Er wollte von der Schwäche und Unthätigkeit der polnischen Regierung Vortheil ziehen, um die schon vorhandenen Elemente der schismatischen Kirche in Polen nicht nur zu erhalten, sondern auch womöglich zu einer Macht zu entwickeln, die allmählich das ganze Volk der Ukraine unter die russische Herrschaft brächte. Seine Bemühungen wurden mit bewunderungswürdiger Ausdauer von dem Petersburger Synod unterstützt; man that Alles, um die Schismatiker in Polen für Russland zu gewinnen, so dass sie sich als Unterthanen der Kaiserin zu betrachten anfingen und nur zeitweise unter polnischer Herrschaft zu sein meinten. Alle kaiserlichen Erlasse wurden dem Bischof gesandt, damit er sie in den orthodoxen Kirchen mittheile, als seien diese Gemeinden einem Theile des russischen Reiches und nicht der polnischen Republik angehörig. Sadkowski berichtete treu über die Erfüllung dieser Befehle

s lassen sich noch mehr Beispiele dieser Anomalie anführen; ɔ musste man in den Kirchen Gebete abhalten, sobald die aiserliche Familie sich durch Geburt eines Prinzen vermehrte, rozu das Volk unter Glockenläuten feierlich zusammengerufen urde. Die bedeutenderen und für Russland freudigen politischen ireignisse wurden in derselben Weise öffentlich gefeiert, man etete für den glücklichen Ausgang des Krieges mit der Türkei und chweden man pries jeden errungenen Sieg mit Dank-Liturgien, nd der Bischof inszenirte ohne Unterlass solche Gottesdienste, ich wohl dessen bewusst, dass er von dem Petersburger Synod bhängig sei und von dort alles Heil zu erwarten habe. Sogar in en polnischen Angelegenheiten war es ihm verboten worden, ohne ermittelung des Gesandten mit den Behörden zu verhandeln. n Jahre 1786 wurde er von Stackelberg nach Warschau beifen, um dem Könige zu huldigen. Sadkowski wendet sich leich an den Synod, um die Erlaubniss zu dieser Reise bittend, damit man ihn nicht dafür tadele". Man erwiderte ihm aus etersburg (12. März 1786): „Da Ihre Instruktion Ihnen die eisen nach Warschau in Angelegenheiten Ihres Bisthums und n Einverständniss mit Stackelberg gestattet, so können Sie ach diesmal dahin reisen."*) Mit einem Wort, er fühlte sich nd war in Wirklichkeit das Werkzeug des Synods, welches m Vortheil und im Geiste der russischen Regierung in Polen ätig war.

§ 87.

Anträge der Untersuchungsdeputation (1790).

Bei der Gleichgültigkeit für alle religiösen Fragen, welche llgemein in Polen im 18. Jahrhundert herrschte und sich noch anz besonders gegen die Kirche des Morgenlandes dokumenrte, musste diese ganze schismatische Propaganda, mit solcher rechheit und fast öffentlich mit Berufung auf frühere Verträge

*) Bei dem Verhör wurde Sadkowski gefragt, warum er in polschen bürgerlichen Angelegenheiten sich an Stackelberg wendete; darauf widerte er: „Ich folgte darin dem Beispiel der hochgestellten polnischen erren, die dasselbe thun, und ich glaubte, darin keinen Fehler zu begehen, a so mehr da mich die Erlasse der russischen Behörden denselben Weg wiesen hatten." (Gerichtliche Untersuchung des Geistlichen Sadkowski, . Juni 1789. — Dokumente zum Aufstande Nr. 752, Museum Czartoryski.)

und Königliche Erlasse geführt, der Untersuchungsdeputation als ein sehr überraschendes und unerwartetes Ereigniss erscheinen, ein Ereigniss, welches viel mehr Gefahren mit sich brachte als diejenigen, welche man anfänglich zu wittern glaubte. Alle Gerüchte über den Aufstand, die sie zu prüfen bestimmt gewesen war, erschienen dagegen von geringer Bedeutung. Eben deswegen lässt die Deputation in den Berichten, die sie im nächsten Jahre vorlegte (26., 27. März), die Frage des Aufstandes gänzlich bei Seite als „etwas Geringfügiges“, um sich lediglich mit einer viel wichtigeren Angelegenheit zu beschäftigen, mit einer Sache, die eine stete Quelle der Unruhen und Gefahren für die Sicherheit der Republik werden könnte und als solche gewiss mit allen Mitteln gehemmt werden müsste. „Nach den Ermittelungen der Deputation wäre diese Quelle ein Schismatischer Bischof, zu dessen Sprengel keine russischen Unterthanen gehörten, dessen Jurisdiktion in Polen läge, und der trotzdem von der russischen Regierung abhängig sei. Diese Quelle ist der Schutz, den Russland den Schismatikern in Polen angedeihen lässt, der allerdings durch den Wortlaut früherer Verträge bestätigt wird. Diesem unberufenen Schutze müsste nun ein Ende gemacht werden, und die fremde Garantie müsste nunmehr durch diejenige des Königs und der Regierung der Republik ersetzt werden. Um diesem unerhörten Uebelstande abzuhelfen, rieth die Deputation, die Republik möge einen Aufruf an alle Dissidenten und Nichtkatholiken erlassen, der ihnen Gewissensfreiheit und jede Freiheit ihrer Riten sowohl wie den Schutz der Republik verspräche, unter der Bedingung, dass sie nicht um fremden Schutz bitten. Ein zweiter Aufruf sollte die Schismatiker zu einem Konzil in Brest (Litthauen), Slutzk oder irgend einer Stadt in der Ukraine berufen, um geistliche Delegirte nach Warschau zu entsenden, die für ihre Glaubensgenossen eine regierende geistliche Behörde in Gestalt einer Synode oder eines Erzbisthums schaffen sollten, welche aber keinen Zusammenhang mit Russland hätte. Ferner empfiehlt die Deputation die Einrichtung von schismatischen Seminaren und hebt hervor, dass die Kosten dafür gering erschienen, wenn man sie mit dem Unglück und den Gefahren vergliche, welche bei dem jetzigen Stand der Dinge die Republik gewiss heimsuchen würden. Daraufhin bemerkt die Deputation, dass es nicht genug wäre, sich mit den Schisma-

kern zu beschäftigen, man müsste auch einige Aufmerksamkeit er Unirten-Kirche widmen, die bisher von der Regierung der Re- ublik gänzlich vernachlässigt worden war. Die Unirten waren atholiken und erkannten Rom an; ihre Metropoliten und Bischöfe ehörten zum Adel. Die Gleichgültigkeit ihnen gegenüber hatte ır Folge gehabt, dass der höhere Unirten-Klerus mit den legierungsbehörden keinen Zusammenhang mehr hatte, während er niedere Klerus gänzlich der Kontrolle derselben entgangen ar. Und doch wäre die Unirten-Kirche als dasjenige Element u betrachten, welches die Schismatiker an Polen band und den bsichten von Russland, welches sich bemühe, die Unirten von 'olen und von ihrem Zusammenhang mit dem Katholizismus urch die Schismatiker loszureissen, heilsam entgegenwirken önne. „Es ist bemerkenswerth", führt weiter die Deputation us, „und die Zeugnisse der darüber Empörten beweisen ge- ugsam, dass der verstorbene Metropolit Smogorzewski durch eine Treue und Ergebenheit für das Vaterland wie auch durch eine Frömmigkeit der Republik in schwierigen Zeiten wesent- iche Dienste geleistet habt. Er ist derjenige gewesen, der es agte, Russland entgegenzutreten, als diese Macht, Polens chwäche ausbeutend, ihren Einfluss auf die polnischen schis- ıatischen Bürger unrechtmässig ausdehnen wollte. Dem hat r sich mit Erfolg widersetzt, bis man ihn verleumdete und aus Veissrussland entfernte. Derselbe Koniski, der jetzt alle iese neuen Mittel der Propaganda ausgedacht und angewandt ıat, trug dazu bei, den polnisch gesinnten Metropoliten zu ent- ernen, wobei er Sadkowski theilnehmen liess." Es ergab sich araus, dass nur ein Mensch, wie Smogorzewski es gewesen war, inen hohen Posten in der Regierung hätte bekleiden müssen, m seine heilsame Thätigkeit zum Vortheil der polnischen Regierung entfalten zu können; und diese Betrachtung führt nun ie Deputation unter Anderem auch zu der Ansicht, dass die Unirten-Metropoliten und -Bischöfe Zulass und Sitz im Senat aben müssten. Wenn man aber diese Gerechtigkeit dem höheren Klerus widerfahren liesse, dürfte man auch den niederen nicht ver- essen und müsse neue Seminarien gründen, aus denen gebildetere eistliche hervorgehen könnten. „Es muss auch allmählich zur rhöhung der Gehälter für die Pfarrer kommen", meinte die eputation weiter. „Denn bei der geringen heutigen Lebens-

haltung, welche dieselben führen, müssen sie mühsam ihr Brod verdienen und können daher nur wenig Zeit auf weitere Ausbildung verwenden."

Diese weisen Betrachtungen und gründliche Beweisführung, welche die Berichte dieser Deputation charakterisiren, erfüllen Einen mit Freude. Es war das erste Mal, dass ein Theil der tagenden Kammer in Berührung mit dem Volke gekommen war, und namentlich mit dem ruthenischen, klein- und weiss-russischen Volke. Er that es, genöthigt durch die drohende Gefahr und erschreckt durch die eben aufgedeckten Spuren des russischen Beispiels auf diesem Gebiete; zum ersten Mal beschäftigte sich der gesetzgebende Körper mit den Bedürfnissen dieses Volkes und versuchte in die Ursachen seiner Unzufriedenheit tiefer einzudringen und die Gründe, welche es zum Aufstande verleiteten, zu entdecken; zum ersten Mal wurden diese Gründe verstanden und unbedenklich ausgesprochen; sie waren: die Nachlässigkeit der Regierung, die Geringschätzung der Unirten und deren höherer Geistlichkeit, die Verachtung für den niederen Klerus, der in seiner Armuth und Unwissenheit verkam. Zum ersten Mal nach zwei Jahrhunderten liess sich auf dem Reichstage eine offizielle Stimme hören, um diejenigen Rechte der Unirten-Bischöfe geltend zu machen, welche man ihnen bei dem Akt der Union versprochen hatte, und die bisher umsonst von den Päpsten für sie gefordert worden waren! Das Andenken des tüchtigen Metropoliten Smogorzewski konnte nicht besser geehrt werden als durch das Lob, das man ihm jetzt in der Kammer spendete, indem man daran erinnerte, wie er allein es verstanden habe, Russland mit Erfolg entgegenzutreten, und wie Russland ihn fürchtete und auf ihn allein Rücksicht nehmen musste in der verrätherischen Propaganda, welche es im Innern der Republik führte. Obwohl sehr verspätet, ist dieses Zeugniss ehrenhaft für diejenigen, welche es gaben, wie auch für denjenigen, der es verdient hatte. Wir werden seiner Zeit erfahren, welches Loos diese vernünftigen und patriotischen Anträge der Deputation in der Kammer hatten; hier wollen wir zum Schluss noch der Ausdrücke Erwähnung thun, in welchen die Deputation von der Sache des Aufstandes sprach: sehr bescheidene Ausdrücke, die jedoch zum Nachdenken viel Stoff bieten. „Aus dem, was wir bisher erörtert haben", besagten ihre Berichte, „könnt

Ihr erfahren haben, dass Russland in der That manche Werkzeuge des Aufstandes in unserem Gebiete besass, Werkzeuge, die es immer zu brauchen vermochte und heute noch zu brauchen vermag. Bemüht Euch vorerst, die Gelegenheit dazu zu nehmen, und sobald Ihr das gethan habt, werden wir Euch sagen, ob Russland wirklich aufgewiegelt hat; danach werden wir Euch die Personen bezeichnen, welche aufgewiegelt wurden, sowie diejenigen, welche zum Aufwiegeln dienten. Mit anderen Worten: Die Ursache aller Unzufriedenheit und der daraus entstehenden Aufstände, ist zunächst in Eurer eigenen Vernachlässigung des ruthenischen Volkes zu sehen; dieselbe wird durch unsere Feinde ausgebeutet; beseitigt also diese Ursache und damit werdet Ihr jede Befürchtung des möglichen Unheils beseitigt haben. So lange aber diese Ursachen bestehen, werdet Ihr mit Strafen, wenn auch der Schuldigen, die Zukunft nicht sichern.

Kapitel 2.

Die Steuern und das Heer.

(Januar bis Juni 1789.)

§ 88.

Lucchesini zum preussischen Gesandten in Warschau ernannt.

Nachdem wir in einem Zuge den Hergang der Ereignisse, die sich um die Frage der Zurückziehung der russischen Truppen aus den Gebieten der polnischen Republik gruppirten, dargestellt und die Unruhen in der Ukraine geschildert haben, wollen wir auf den Punkt zurückgreifen, der dem vorigen Kapitel voringing, nämlich zu der Abschaffung des permanenten Rathes. Es ist bezeichnend, dass Preussen an dieser Angelegenheit fast keinen Antheil nahm, obwohl es die Abschaffung wünschte. Lucchesini giebt zu, dass er sich in die Sache nicht einmischte, weil er das Gelingen der Unternehmung ohnehin sicher glaubte. Während der betreffenden Verhandlungen hatte er nur wenig zu thun und beschäftigte sich hauptsächlich mit der Verbreitung

von Klatschereien, die einerseits seinen Monarchen unterhalten sollten, andererseits aber eine gewisse Agitation in den Kreisen der polnischen Gesellschaft zum Zweck hatten. Wenn man seine Depeschen liest, muss man über die Menge der falschen Nachrichten, die er nach Berlin berichtete, staunen, und doch ist es unmöglich, dieselben mit Schweigen zu übergehen, weil sie nicht ohne Einfluss auf die Entscheidungen der preussischen Regierung und auf den Verlauf der Dinge in Polen überhaupt blieben. Wir müssen daher einige Beispiele davon citiren.

Am 31. Dezember berichtet er, dass Stackelberg und seine Partei beschlossen hätten, eine Gegenkonföderation in der Ukraine und Podolien zu bilden, deren Sitz in Kamenetz sein sollte; dass sie viel Mühe hätten, den König dazu zu bereden, weil dieser aus Weichlichkeit und aus Bequemlichkeit Warschau nicht gerne verliesse; ferner habe man erst dann seine Einwilligung erlangt, als man ihm einredete, dass der König von Preussen die Absicht habe, ihn vom Throne zu stossen. Um Parteigenossen für die neue Konföderation in Litthauen etc. zu gewinnen, hätte man einen gewissen Kamienski ausgeschickt. Die Leitung des ganzen Anschlages sollte angeblich Felix Potocki übernehmen, als dieser jedoch erkrankte, hatte Stackelberg die Sache dem Hetman Branicki anvertrauen wollen, mit dem Versprechen, ihm die frühere Hetmansmacht, den Dank der Kaiserin und soviel Geld, wie er nur brauchte, zu geben; Branicki hätte diesen Vorschlag mit Verachtung abgewiesen. Es scheint mir überflüssig, dem Leser klar zu machen, dass diese ganze Geschichte eine Erfindung desselben Branicki war, der den Preussen seine Ergebenheit beweisen wollte und dem Lucchesini mit grosser Leichtfertigkeit Alles glaubte, was wie Wasser auf seine Mühle aussah. Es geschah, dass zu derselben Zeit andere Gerüchte über eine Radziwillsche Gegenkonföderation in Warschau umliefen; man erzählte, dass dieser Magnat seinen Freund Radsiszewski nach Berlin geschickt habe, um darüber zu verhandeln. Stanislaw August sah sich genöthigt, seinen Gesandten in Berlin zu warnen, und befahl ihm, Hertzberg zu bitten, ja nicht auf derlei Pläne und Vorschläge einer neuen Konföderation einzugehen. Als Hertzberg beide sich widersprechenden Versionen verglich, antwortete er an Lucchesini am 9. Januar, er möge nicht allen von Branicki erzählten Klatschereien trauen und

ntlich sich hüten, wegen solcher umlaufender Gerüchte
heidende Schritte zu thun, da dieselben Preussen gegen-
ig unbequem wären. Trotzdem bleibt Lucchesini bei seiner
ung und berichtet, dass die Patrioten von diesen Gerüchten
beunruhigt wären, wie auch von der Eroberung von
hakoff, und dass „sie ihm gerathen hätten, einen gewissen
wski zu engagiren. Dieser Herr wäre in Konföderations-
elegenheiten geübt; es wäre daher wichtig, ihn fest an die
ssische Partei zu binden, um ein so gefährliches Werkzeug
Russen abwendig zu machen. Nachdem ich seine Schulden
chnet habe“, berichtet der Italiener weiter, „und mit der
me verglichen, welche ihm die Russen bieten könnten, habe
beschlossen, ihn für 1000 Dukaten zu kaufen und nach der
ine zu schicken, um dort gegen Russland zu agitiren und
Emissäre des Königs zu fassen, dieselben zu kompromittiren
damit die gewünschten Unruhen zu beginnen.“ Diese Aus-
wurde in Berlin gebilligt, trotzdem man der Möglichkeit
r königlichen Gegenkonföderation wenig Glauben schenkte
Januar). In seinen weiteren Berichten erzählt Lucchesini
unbedeutende Fakta, die seine Behauptungen unterstützen
en, die aber im Grunde keine Bedeutung hatten, und schliesst
grossem Triumph mit der Nachricht, dass die Pläne des
igs durch den Kammerbeschluss über die Eidleistung der
zen Armee vereitelt seien, und dass es den Patrioten auch
ngen wäre, den Kommandanten von Kamenetz, Witte, zu
ernen. Diese Einzelheiten überzeugten endlich Hertzberg
bestätigten die Zweifel, welche man über Stanislaw August
te; das unmittelbare Resultat von alledem war auch die
nung des Ministers, Lucchesini sei in Warschau unentbehrlich,
Niemand solche Geschicklichkeit besässe, die Absichten des
igs oder des russischen Gesandten bei Zeiten zu entdecken
zu hemmen. Ein anderes Mal erzählt Lucchesini (11. März),
Stanislaw August, um die preussisch-englische Allianz zu
en, dem englischen Fürsten von York die Thronfolge ange-
n habe, was dieser aber abgeschlagen hätte. Die Nachricht
von Essen, der sie angeblich von einem Vertrauten des
igs erhielt. Es war nichts Wahres an dieser Geschichte;
land hätte ja so etwas nie gestattet, und der König hütete
wohl, solche Verhandlungen anzuknüpfen. Solche Gerüchte

waren Lucchesini sehr erwünscht, weil sie den König von Preussen beunruhigten und misstrauisch machten.*)

Um dieselbe Zeit machte der englische Gesandte in Berlin Ewart dem Minister darüber Vorstellungen, dass die Gegenwart von Lucchesini in Warschau überflüssig sei, er habe dort seine Aufgabe erfüllt, das Uebergewicht von Preussen sei dort unbestritten, und es wäre wohl Zeit, ihn nach Petersburg zu schicken, wo Keller von der Kaiserin nur geduldet würde; dasselbe sagte auch Nesselrode, so dass Hertzberg von der Uebereinstimmung dieser Rathschläge etwas betroffen war und nicht wusste, was er eigentlich seinem Könige rathen sollte. „Der einzige Grund", schreibt er an Lucchesini (10. Januar), „weswegen ich Sie in Petersburg sehen möchte, ist die Hoffnung, dass es Ihnen gelingen könnte, Potemkin meinen Plänen geneigt zu machen. Nur die Verwirklichung dieser Pläne kann unsere Monarchie befestigen und mein Ministerium sowie Ihre Thätigkeit berühmt machen; alle Rücksichten müssen einem solchen Erfolg geopfert werden. Ich bitte Sie also, diesen Vorschlag reiflich zu erwägen und mir das Ergebniss mitzutheilen." (10. Januar.) Lucchesini hatte keine Lust, Warschau zu verlassen, in Petersburg würde er nicht viel bedeuten. Auf die erhaltene direkte Anfrage antwortete er zunächst gar nicht; er schrieb zwei ausführliche Depeschen, in denen er weitläufig schilderte, was er schon in Warschau durchgeführt habe, was noch durchzuführen sei, und wie sich das Berliner Kabinet zu verhalten habe, um den gewonnenen Einfluss zu bewahren. „Nach der Abschaffung des permanenten Rathes", hiess es, „werde ich dafür sorgen, dass die Kammer in Diskussion über die Regierungsform verfällt und dabei die Verhandlungen über die neuen Steuern in Vergessenheit gerathen. Es sind hier so viele ver-

*) Was Stanislaw August von Lucchesini hielt, wissen wir unter Anderem aus den folgenden an Deboli (am 14. November 1789) gerichteten Zeilen: „Wir müssen nie vergessen, was uns die Erfahrung schon gelehrt hat: nämlich, dass Lucchesini oft die Wahrheit ignorirt und Dinge erzählt, die er wohl sich ereignen sehen möchte, die aber sich nicht ereignet haben. Man muss sogar hinzufügen, dass er ein Lügner ist und mir gegenüber besonders übelwollend." Die Briefe des Königs enthalten oft solche Meinungen, und der Leser wird sich überzeugt haben, dass dieses Urtheil richtig ist.

chiedenartige Interessen im Spiele, dass die Steuern nie so ıoch aufgelegt werden, wie es nöthig wäre, um eine so grosse ırmee zu schaffen. Man würde wohl eine Anleihe beschliessen, .llein Kredit im Auslande ist schwerlich zu finden, solange ier jeder Reichstag die Beschlüsse des vorigen vernichten darf. ch habe meinerseits heimlich die Genueser Bankiers, bei denen nan Kredit zu finden hoffte, gewarnt, dass den hiesigen Ver-.ältnissen nicht zu trauen wäre. Gegenwärtig beabsichtigen ie Polen, sich an den Casseler Hof zu wenden, und baten mich .abei um Unterstützung; ich habe natürlich an den Grafen chlieffen geschrieben und ihm davon abgerathen."*) Nachdem r sich so gerühmt über den schlechten Dienst, den er der Republik damit leistete, obwohl er sich immer gegen die 'atrioten als ihren besten Freund ausgab, erzählt er, was noch ı Warschau zu thun bleibe, nachdem es nunmehr gelungen, den ermanenten Rath zu stürzen. „Der König von Polen wird tzt wieder das Recht der Amtsvertheilung in seine Hände ›kommen. Die Geschicklichkeit des Vertreters Ew. Majestät n hiesigen Hof muss also darin bestehen, dieses wichtige echt gleichsam in seine Hände zu bekommen, indem er dem önig zu fühlen giebt, dass im Falle seines Widerstandes er eses Recht wieder einbüssen könnte; durch diesen Einfluss ıf die Vertheilung der Aemter und Starosteien kann der 'eussische Gesandte die polnischen Patrioten nach Gefallen gieren. Diese Menschen muss man aber stets überwachen; eistens sind es Leute, die nur zum eigenen Vortheil handeln. er Graf Stackelberg hat zu viel Selbstvertrauen gehabt; die npfindliche Niederlage, die er kürzlich durch die Abschaffung s permanenten Rathes erlitt, müsste eine Warnung dafür in, dass hier Niemand des Erfolges sicher sein darf, der nicht rtdauernd und angespannt arbeitet. Nur solche Arbeit hat ir die Möglichkeit verschafft, das wenige Gute zu leisten, was h im Sinne der von Ew. Majestät erhaltenen Befehle habe un können. In den Zeiten, wenn der Reichstag nicht hier rsammelt ist, müsste der preussische Gesandte die Beziehungen den Parteiführern aufrecht erhalten, er müsste dieselben auf en Landsitzen besuchen und von dort aus die Landtage beauf-

*) Bericht vom 21. Januar 1789 (Siehe Anhang 10. Anm. des Ueb.).

sichtigen. Die Magnaten opfern viel Geld, um Einfluss auf die Wahlen zu gewinnen; es bleibt also jeder Zeit wichtig, genau zu wissen, welche Leute gegen den König stehen. Das ist aber noch nicht Alles; man muss diese Leute über ihren wahren Vortheil und über die europäischen Verhältnisse aufklären. Der Mangel an politischen Kenntnissen und die Leichtigkeit, mit der die Polen ihre Meinung ändern, hätten mich mehr als einmal in einem Augenblick beinahe um den Erfolg einer langen Negotiation gebracht. Während der Reichstagssession muss der preussische Gesandte immer zugegen und bereit sein, falsche Nachrichten, die absichtlich verbreitet werden, zu widerlegen; die geringste Vernachlässigung in solchen Fällen giebt ihnen die Meinung, dass Preussen sie wieder ihrem Schicksal überlassen oder sie verrathen will, und sie glauben, dass ihnen nichts übrig bleibt, als sich dem früheren Bedrücker zu überantworten. Der preussische Minister, ich weiss es aus eigener Erfahrung, muss immer den Magnaten schmeicheln, sie niemals demüthigen, wie es der russische Gesandte zuweilen that. Da die Magnaten oft uneinig werden, so muss er auf seiner Hut sein, damit die gesellschaftlichen Beziehungen seine öffentliche Thätigkeit nicht beeinflussen. . . . . . Hier möchte Jeder am Hofe, auch die Magnaten sich der Gesandten bedienen; namentlich möchte die Fürstin Czartoryska Allen zeigen, dass sie den preussischen Gesandten beherrscht, dieser muss desshalb sehr vorsichtig sein, um sich nicht zu kompromittiren. . . . . ." Als leitende Persönlichkeiten, welche die öffentlichen Dinge so führen konnten, wie es Preussen zusagt, empfiehlt Lucchesini drei Bischöfe: den von Plock (Szembek), den von Kujavien (Rybinski) und den von Posen (Okencki) und zugleich den Grafen Potocki, Hofmarschall für Lithauen. Wenn jene sich dazu wegen ihrer hohen Stellung und ihrer bekannten Grundsätze eignen, zeichnet sich dieser durch sein Talent und seine Familienbeziehungen aus. Dabei wären schon alle Vier durch ihre bisherige Thätigkeit mit dem Berliner Hof eng verbunden, und seien auch alle Vier der Meinung, es würde ein Unglück für Polen sein, ein Interregnum zu erleben; deswegen bemühten sie sich, den Thron erblich zu machen, wie etwa denjenigen von England. Endlich, da es schon festgestellt sei, dass eine bewaffnete Konföderation von Nöthen sein könnte, besonders im Falle

nes Krieges zwischen Preussen und den Kaisermächten, so
eilt Lucchesini auch mit, dass er auch dafür einen fertigen
lan habe, nach dem zu handeln der zukünftige preussische
esandte verpflichtet werden müsste. Der Bericht schliesst
lgendermaassen: „Dieses ist, Allergnädigster Herr, meine unter-
änigste Meinung, wie man die Wandlungen weiterführen und
sbeuten müsste, welche hier durch die an dieses Volk gerich-
ten energischen Erklärungen Ew. Majestät sich vollzogen
ben. Und nun nach Verlesung dieses Berichtes bitte ich
r. Majestät, zu entscheiden, wann ich nach Petersburg reisen
l, und zu bestimmen, ob mein Aufenthalt in Warschau sowie
les, was hier vor meinen Augen währenddessen sich ereignet
t, mich nicht doch unfähig machen sollte zu dieser wichtigsten
d schwierigsten aller preussischen Missionen."*) Dieser pom-
se und etwas ruhmsüchtige, aber doch tiefe Einsicht bekundende
richt machte auf den König und seinen Minister Hertzberg
ı Eindruck, welchen Lucchesini beabsichtigte. Man erwiderte
ı, dass er bis zu weiteren Dispositionen in Warschau bleiben
ınte, und später rieth man ihm, aus Gesundheitsrücksichten
bitten, von der Petersburger Mission befreit zu werden. So
chah es. Am 29. April machte Buchholtz seinen Abschieds-
uch bei Stanislaw August, und Lucchesini wurde an seiner
lle beglaubigt.

§ 89.

Zusammensetzung der Kammer und deren Verhandlungsweise.

Wir erreichen jetzt den wichtigsten Theil der Reichstags-
handlungen, d. h. denjenigen Theil seiner Thätigkeit, der
klich geeignet sein konnte, das Vaterland zu heben. Die
ttel dazu ausfindig zu machen, gehörte zu der Hauptaufgabe
konföderirten Reichstages; diese Aufgabe hatte vor allem
deren ihm die Nation anvertraut.**) Die Art und Weise wie

*) Bericht vom 26. Januar.

**) Hier die Worte des Konföderationsaktes: „Da keiner unserer
onalen Vorzüge uns wirklich gehört, so lange wir nicht stark genug
, um solche mit den Waffen zu vertheidigen, beschliessen wir zu diesem
ek, *vor allem Anderen* unser Vermögen zu opfern und soviel wie nur
ich, zur Bewaffnung und Rüstung der Republik beizusteuern und die

diese Aufgabe von ihm erfüllt wurde, muss heute den Maassstab abgeben, nach dem die Geschichte über diesen vierjährigen Reichstag urtheilen darf. Während der dreissigjährigen Regierungszeit von Stanislaw August waren diese die einzigen Jahre, in denen Polen in dem tüchtigsten Werk seiner politischen Wiedergeburt von aussen keine bedeutenden Hindernisse erfuhr; von den Nachbarmächten wollten einige nicht hindern, andere konnten es wiederum nicht thun. Dafür aber fanden sich leider einige Hindernisse in der Kammer selbst sowie im Innern des Landes. Wir wollen hier die ersten schildern.

Die Vorschläge der Krone, welche bei der Eröffnung der Kammer mitgetheilt wurden, waren sehr vernünftig. Sie zeichneten den kürzesten Weg zum Ziel vor, einen Weg, auf dem alle gewaltsamen Erschütterungen und Reformen vermieden werden sollten. Sie waren auch von keiner der Landtagsinstruktionen verlangt worden, und in der That erschien keine so sehr dringend. Nach den eben erwähnten, vom Throne ausgehenden Vorschlägen sollte der Reichstag zuerst neue Einnahmequellen ausfindig machen, nach Maassgabe der gefundenen Mittel zur Umgestaltung und Verbesserung der Armee schreiten und die übrig gebliebene Zeit darauf verwenden, Verwaltung und Gerichtsverfahren zu reformiren. Bei solchem Programm liess sich Alles mit Ruhe und gemessener Zeit ausführen, ohne heikle Fragen aufzuwerfen und Aufgaben zu stellen, deren Lösung noch kaum in den Kräften des verfallenen Staatskörpers der Republik lag. Wofern aber die zu grosse Abhängigkeit von Russland und von dessen Gesandten die zu politischem Leben erwachten Gemüther zu sehr drückte, gab es wohl auch gegen dieses, von uns gern zugestandene Uebel ein gesetzliches Mittel und Abhülfe, ohne deswegen bestehende Regierungsbehörden umzustürzen. Der Reichstag musste ja doch gleich nach seiner Eröffnung neue Mitglieder sowohl des permanenten Rathes wie der übrigen Dikasterien ernennen. Wer vermochte ihn daran zu hindern,

---

Mittel dazu in Erwägung ziehend, darüber zu beschliessen. Wir behalten uns vor, *später im Verlauf der Session* die nöthigen inneren Reformen auch zu berathen. . . . .“ Also sehen wir hier, dass der Konföderationsakt die versammelten Stände ausdrücklich verpflichtet, sich erst mit den Steuern und der Armeevergrösserung zu beschäftigen und dann erst *im weiteren Verlauf der Session* die inneren Reformen vorzunehmen.

olche Persönlichkeiten zu wählen, deren patriotische Gesinnung nd Unabhängigkeit gegenüber Russland über alle Zweifel rhaben war? In dem permanenten Rath fielen ja alle Entcheidungen durch Stimmenmehrheit, denen sich auch der König ügen musste. Wer hinderte den Reichstag, diesen Rath dergestalt umzuschaffen, dass er den König beherrschte und sich mit demselben einigte, wie es auch später geschah?! Auch im gegebenen Falle, dass der permanente Rath aus Persönlichkeiten bestände, die dem russischen Gesandten nicht genehm waren, würde dadurch keiner der Hauptverfassungsartikel verletzt und keiner der fremden Mächte der geringste Vorwand gegeben, Polen des Vertragsbruches zu beschuldigen. Trotz der fremden Garantien, ja sogar kraft derselben, hätte die Republik auf diesem Wege Vieles zu der eigenen Erlösung aus dem Joche beitragen können. Eine wirkliche und heilsame Umgestaltung vorhandener Einrichtungen wäre erzielt worden, wenn die zu diesem Werk berufenen Menschen nicht nur patriotisch gesinnt, sondern auch vernünftig und von gutem, friedliebendem Willen beseelt gewesen wären.

Leider geschah es anders! Der Reichstag wählte statt dessen den revolutionären Weg; er wollte nicht das Bestehende zum Besseren wenden, von den existirenden Verhältnissen Nutzen ziehen, sondern Alles niederreissen. Mit Begeisterung wurde zwar ein Beschluss proklamirt, der eine Armee von 100 000 Mann schaffen sollte, aber gleich danach fing man an, Alles umzustürzen, was irgendwie hätte zu der Ausführung des übertriebenen Beschlusses beitragen können. In der Unabhängigkeit und Allmacht, die er für sich beanspruchte, wollte der Reichstag sich auch von den Gesetzen des gemeinen Menschenverstandes befreien. Er schaffte die Kriegskommission ab, ohne zu begreifen, dass er damit zugleich die königliche Kanzlei abschaffte, welche so gewissenhaft für die Organisation der Armee in der Stille gewirkt hatte. Er schaffte den permanenten Rath ab und mit ihm alle Aemter, die das Land doch wenigstens einigermaassen verwaltet hatten. Was auch in den letzten fünfzehn Jahren mit grösster Anstrengung in dem anarchischen Chaos, das in Polen herrschte, geschaffen worden war, — durch einige Beschlüsse dieses Reichstages ward es wieder zerstört, um angeblich Alles neu und besser einzurichten. Ueberzeugt von der fatalen

Wirkung des „liberum veto“ und ihm die Schuld an allem Unglück zuschreibend, verfiel der Reichstag in den Irrthum, dass Majoritätsbeschlüsse, welche allein während dieser Session gültig sein sollten, genügen würden, um alles Unheil wieder gut zu machen. Demgemäss hielt er eine Regierung für überflüssig, wollte zugleich Parlament und Regierung sein. Ausser der ihm innewohnenden, gesetzgeberischen Gewalt übernahm er alle inneren und äusseren Angelegenheiten, sowohl politische, wie administrative, die Finanzen sowie die Armee, Justiz sowie auch Polizei. Alles sollte von dieser Versammlung von Männern, die Reichstag hiess, bestimmt und entschieden werden auf die Verantwortung eines einzigen Menschen hin, des Marschallpräsidenten. Eine Menge verschiedentlicher Angelegenheiten, von denen jede ein besonderes Studium, reifliche Ueberlegung und vielseitiges Verständniss erforderte, wurde in dieser lärmenden, immer aufgeregten Versammlung von 200 bis 300 Menschen, die unter dem Druck eines ebenso unruhigen Publikums standen, verhandelt und entschieden; und zwar augenblicklich und meistens durch Acclamation entschieden. Wenn so übereilte Entschlüsse nicht gelangen, verfiel die Versammlung in schwerfällige und langwierige Diskussionen über einzelne Paragraphen und über den Wortlaut der vorgeschlagenen Gesetze. Was konnten die Resultate einer solchen Verhandlungsweise sein? entweder plötzliche und verhängnissvolle Irrthümer oder Unentschlossenheit und Verspätung von wichtigen Maassregeln oder mangelhafte Verordnungen. Um die Ausführung der Beschlüsse stand es noch bedenklicher; der Reichstag hatte buchstäblich keine Zeit und Kraft übrig, um die Ausführung seiner Beschlüsse zu beaufsichtigen, oder auch nur von seinem Marschall beaufsichtigen zu lassen. In der That, was würde man wohl heute von einem Parlament sagen, das seinen König aller Macht beraubt, die wichtigsten Ministerien abgeschafft hätte und so hülflos, ohne Vermittler, angesichts der Nation geblieben wäre mit Hunderten von wichtigen Geschäften und Angelegenheiten vor sich? das Alles that aber dieser Reichstag, und in solcher Lage blieb er $2\frac{1}{2}$ Jahr!

Es ist einleuchtend, dass ein Heer Militärs braucht, und dass Finanzen nur von Fachleuten geführt werden können.

ın nur solche können sachgemäss über so wichtige Anlegenheiten urtheilen und entscheiden; die Nation muss dann ·er Erfahrung, ihrer Einsicht und ihrem Wissen vertrauen. ır Reichstag meinte aber, sich ohne solche Menschen belfen zu können. Das militärische Element war äusserst ıngelhaft repräsentirt. Auf 92 Senatoren und ungefähr 0 Abgeordnete, welche den Konföderationsakt unterschrieben tten, rechnete man 3 Hetmane, 2 Artilleriegenerale, Generalmajors, 1 Chef der Garde und 4 andere Offiziere, im ınzen 13 oder 14 Militärs. Das Gewicht dieser Zahl, welche ganze Summe von Kriegswissenschaft im Reichstage darellt, wird noch geringer, wenn man in Erwägung zieht, dass ;inski und Tyszkiewicz nur Hetman hiessen, dass die lithauische ·tillerie unter Sapieha stand, ein so junger Mann wie Jablowski Chef der Garde war, Kurdwanowski, Lipski und Jordan n Namen General hatten, Leute wie Kochanowski, Weyssenhof, ıblicki aber sich einbildeten, Kriegsmänner zu sein. Alle ese Herren, welche nie in der Armee, geschweige im Kriege ätig gewesen waren, hatten nicht mal im Frieden Kriegsdienst leistet! Es ward zwar eine besondere Kommission ernannt, ı sich mit militärischen Fragen zu beschäftigen und die Armee verwalten, allein sie war aus Civilisten zusammengestellt und ısste in allen wichtigen Angelegenheiten doch an den Reichstag pelliren. Hier entschieden wiederum vorwiegend Juristen, lvokaten, Gutsbesitzer, welche die Titel ihrer Wojewodienıter führten, einige Literaten, lauter Dilettanten in der Politik. ›ch schlimmer stand es um die Finanzen. Moszynski, der ıige Jahre in der Finanzkommission gedient hatte und in ien bei den Salzverhandlungen verwendet worden war, besass .ein einige Erfahrung und das nöthige Wissen in Finanzchen; er verfasste auch das beste Steuerprojekt, welches inssen, wie wir weiter sehen werden, nicht angenommen wurde. n anderer Mensch, den man für kompetent hielt, der Pfarrer sowski, war kein Abgeordneter. Im Uebrigen Niemand, der geringsten finanziellen Kenntnisse hätte, weder von den ıanzen fremder Länder, noch auch von dem Reichthum des enen Landes, seiner Produktionskraft und der Möglichkeit · Besteuerung desselben u. s. w. Die Gutsbesitzer brachten solche Kenntnisse mit, welche sie in ihrer wirthschaftlichen

Buchführung übten, und glaubten damit die Reorganisation der Landesfinanzen durchführen zu können. In der That lebten Alle im Wahn, eine allwaltende Versammlung könne auch eine allwissende werden.

Damit haben wir aber bei Weitem noch nicht alle Mängel dieses Systems aufgezählt. Ein grösseres Uebel lag noch in den alten Gewohnheiten der Kammer, in der Rathlosigkeit, mit der sie alle Obstruktionen duldete. Jede Versammlung muss eine Geschäftsordnung haben, ohne die jegliche Arbeit unmöglich ist. Es ist durchaus nothwendig, zu wissen, worüber sie jeden Tag verhandeln soll, es ist manchmal wichtig, die eigenwilligen Unterbrechungen der Diskussion verbieten zu können, dieselben wenigstens zu beschränken, wenn sie die Grenzen des Erlaubten überschreiten. Ein Reglement ist also unbedingt unentbehrlich; allein von einem solchen wollte man lange nichts hören. Als nach einem Jahre schwieriger Verhandlungen ein Senator den Antrag stellte, dass die Provinzen zu jedem Gegenstand einen besonderen Redner wählen sollten, mit dem Auftrag für alle Uebrigen zu sprechen, schrie man mit Entrüstung: die Freiheit der Abgeordneten würde darunter leiden. Man schwatzte also ungenirt weiter; Jedermann redete so viel und so lange, wie es ihm beliebte, und die Versammlung musste Alle anhören. Eine Diskussion, d. h. ein Streit mit Argumenten entstand nur selten, vielmehr wurde eine Reihe einzelner Reden vorgetragen, eigentlich ein oratorisches Durcheinanderschiessen, wobei die Schüsse einzeln und zerstreut herumflogen, ohne das eigentliche Ziel zu treffen, ja, ohne auf dasselbe gezielt zu werden! Jeder neue Antrag rief unzählige andere hervor. Als man die Diskussion über die Starosteien beginnen wollte, erklärte der Präsident, er habe so viele Anträge darüber erhalten, dass man drei Tage auf die Verlesung derselben verwenden müsste; er bäte also die Herren Abgeordneten ergebenst, ihren Eifer zu mässigen. Im September 1789 zählte man 300 Projekte, die niemals verlesen wurden, und jedes sollte von einer langen Rede begleitet werden. Bei der Eröffnung jeder Sitzung trug der Präsident den Gegenstand der Diskussion vor; allein, da derselbe Niemanden verpflichtete, so konnte man nie voraussehen, womit sich die Kammer eigentlich befassen, welche Beschlüsse möglicherweise gefasst werden würden. Wir haben diese

·dnung an anderer Stelle schon erwähnt und geschildert, man
aber immer wieder davon sprechen, weil dieselbe so sehr
:chnend ist, und weil leider diese unbezähmbare Redseligkeit,
s tödtliche: liberum loquor am meisten zur Unfrucht-
eit dieser Reichstagssession beitrug und die verhängnissvolle
eudung der letzten theuren Augenblicke verschuldet hat,
he von der Vorsehung zur Errettung des Vaterlandes be-
nt waren.*)

Es ist daher leicht begreiflich, welche Anstrengung nöthig
um bei dieser Art zu tagen, eine Reihe von Beschlüssen
ızuführen, die in sich ein gewisses organisches Ganzes
n sollten, wie es für die Finanz- und Kriegsangelegen-
n durchaus unentbehrlich war. Die Mahnungen des Königs,
Bitten des Präsidenten, der nur zu geduldig war und
zu selten entrüstete, halfen gar nichts, wenn ein Ab-
lneter eine Rede vorbereitet hatte. Es geschah öfters, dass
König und die ganze Kammer einen Redner bitten mussten,
'erhandlungen nicht zu unterbrechen und mit seinem An-
zu warten. Der Präsident benutzte öfters die gute Stim-
der Kammer oder die Ermüdung der Hauptschwätzer, um
d ein Projekt über die Armee und die Finanzen in die
ssion einzuschieben und annehmen zu lassen. Gelegentlich
nd verstohlen eroberte er in der ersten Zeit der Kammer-
n Beifall für diese Beschlüsse, deren Abfassung man dies
hren anmerkt. Als Beispiel wollen wir hier erwähnen,
vor dem Schluss der Session, am 27. Dezember, der
lent beantragt hatte, von den dargebrachten Geldspenden
on den Residuen 30000 Stück Waffen in Preussen anzukaufen
er Finanzkommission aufzutragen, eine Anleihe unter gün-
Bedingungen abzuschliessen. Alle waren durch die zwei-

*) Auch in den Plätzen herrschte Unordnung im Reichstage. Der
schrieb an Deboli am 18. September 1790: „Auf diesem Reichstag
Niemand auf einem Sitze; es geht so weit, dass nicht nur die Ab-
eten von einer Bank zur anderen nach Belieben wandern; nicht nu
man Leuten aus dem Zuschauerraum auf die Bänke zu kommen,
viele Abgeordnete setzen sich zu den Senatoren u. s. w. Eigentlich
die Pflicht der Marschälle, der Minister und der Ritter, Ordnung
en, aber die Magnaten fürchten jetzt die Abgeordneten zu sehr, um
chte geltend zu machen."

monatlichen Arbeiten ermüdet. Jeder eifrig, vor Neujahr nach Hause zu reisen, also nahm Keiner das Wort; der Antrag wurde angenommen. Wir wollen nun die weiteren Verhandlungen schildern. Am 7. Januar 1789 versammelten sich die Stände wieder. „Diese Sitzung“, schreibt der König: „war nicht so stürmisch, wie wir befürchteten, der Präsident benutzte die günstige Stimmung, um einen Antrag durchzusetzen, der den beiden Schatzämtern (Lithauen und Polen) befiehlt, für jedes Regiment 10 000 poln. Gulden behufs neuer Rekruten auszugeben. Der lithauische Schatz ist leer, also kann er nichts auswerfen; der polnische kann diese Ausgabe wohl leisten, aber es werden manche Schwierigkeiten aus dem Umstande entstehen, dass die Regimentskommandeurs nicht wissen, wie viel Leute sie anwerben sollen. Der Etat des Heeres ist noch nicht vom Reichstag beschlossen worden und keine neuen Steuern festgestellt, folglich werden die Mittel fehlen, um die Rekruten zu halten. Solche Unbequemlichkeiten entstehen aus dieser unordentlichen Art zu tagen, bei der nur gelegentlich etwas Wichtiges beschlossen wird; man hat eben meine anfangs gemachten Vorschläge über die Reihenfolge der Verhandlungen nicht berücksichtigt.“ *) Wir haben gesehen, dass die königliche Partei gleich nach den Neujahrsferien über die definitiven Steuern diskutiren wollte, worauf die Opposition erwiderte, der permanente Rath müsste erst abgeschafft werden, und bis dahin könnten nur provisorische Steuern oder eine Anleihe beschlossen werden. Wie wir seinerzeit berichteten, wurde der permanente Rath auch wirklich abgeschafft und damit der Grund zum Unfrieden, der seit vier Monaten in der Kammer herrschte, beseitigt. In der Sitzung, welche diesem wichtigen Ereigniss folgte, schienen Alle von der Nothwendigkeit durchdrungen, sich nun ausschliesslich der Berathung der Finanzen zu widmen. Inzwischen berichtete die Finanzkommission, es sei ihr nicht gelungen, eine Anleihe im Innern des Landes zu Stande zu bringen, worauf der Marschallpräsident die Bevollmächtigung des Reichstages erzwang, eine Anleihe im Auslande zu suchen, unter den Bedingungen, die sich darbieten würden. Man beschloss auch gleich den Betrag derselben, und zwar sollte die Krone zehn

*) Brief an Deboli vom 10. Januar 1789.

illionen aufnehmen und Lithauen drei Millionen, wobei es aus-
macht wurde, dass der Reichstag sich mit keiner anderen
ngelegenheit als mit den Steuervorlagen befassen würde. Um
e verschiedenen Projekte in dieser Materie zu prüfen, und
ejenigen, welche bei den provinziellen Sitzungen schon dis-
utirt worden waren, unter einander zu vergleichen, bat der
räsident um einige Tage Aufschub, was der König auch gern
willigte.

§ 90.

ntrag über die Musterungen in den Wojewodschaften.

Nach einer fünftägigen Unterbrechung wurde in der Sitzung
m 26. Januar endlich eine neue ausserordentliche, obwohl
r provisorische Steuer bewilligt (pro tunc); dieselbe sollte
ne Art Rauchsteuer sein, in zwei Raten (1. März und 1. Juni)
hlbar, mit dem Vorbehalt, dass dieselbe die Gutsbesitzer und
cht ihre Leibeigenen verpflichtete und von den ordentlichen
euern abgerechnet würde. Die Einnahme, welche man sich
n dieser Steuer versprach, wurde auf fünf Millionen für das
önigreich Polen und auf ungefähr zwei Millionen für Lithauen,
e städtische Rauchsteuer einbegriffen, veranschlagt. Zur Dis-
ssion der definitiven Steuern konnte man noch nicht schreiten,
e Sache war noch nicht reif. Indessen, um Zeitverlust zu
rmeiden, wurde eine neue Stempelsteuer beantragt, auch
llten Ernennungen zu höheren Aemtern der Krone, der Städte,
r Landschaften, in der Armee und im Klerus sowie auch Orden
d Adelsbriefe ziemlich hohen Steuern unterliegen. Nach einer
mlich langen und kleinlichen Diskussion wurde dieses Projekt
n Gesetz gemacht (3. Februar). Obwohl diese Steuer zu einer
r einträglichsten zählte, waren doch ihre Ergebnisse mehr eine
che der Zukunft als der Gegenwart.*)

*) So musste z. B. der Primas 1000 Dukaten für seine Ernennung be-
len, die Bischöfe 600 und 5 pCt. ihrer Einnahmen, während der ersten
Jahre nach der Uebernahme eines Bisthums; die Minister zahlten
Dukaten bei der Ernennung und 5pCt. für vier Jahre. Man erhielt
rend dieses Reichstages bedeutende Einnahmen von den Adelsbriefen
Indigenaten, die sehr zahlreich waren. Dieselben wurden mit 1000 Du-
n besteuert.

Zu derselben Zeit hatten die Abgeordneten bei den provinziellen Sitzungen ihre Aufmerksamkeit einem anderen Gegenstand gewidmet. Der Abgeordnete Strojnowski (Wolhynien) rieth, die früher übliche Heerschau zu erneuern. **Heerschauen, Musterungen, Lustrationen** waren aber bis dahin mehr in den volumina legum vorgeschrieben worden, als in der Wirklichkeit ausgeübt. Unter Sigismund dem Alten (im XVI. Jahrhundert) eingeführt, hatten sie die Musterung der landwehrpflichtigen Szlachta zum Zweck, um zu kontroliren, ob dieselbe ordentlich gerüstet und in Besitz guter Pferde, d. h. im Allgemeinen kampfbereit sei, wurden aber nur selten vorgenommen, und schon im XVII. Jahrhundert begegnen wir Klagen über diese Vernachlässigung in den Verfassungsakten. Auf dem Reichstage vom Jahre 1764 wurde die Verordnung der Musterungen erneuert, und zwar mit der Drohung, dass diejenigen Wojewoden, Kastellane und Offiziere, welche diese Verordnung nicht befolgten, strafbar würden.*) Wir besitzen jedoch keine Beweise dafür, dass diese Verordnungen nun wirklich ausgeführt wurden; bei dem Unfrieden und Mangel an Disziplin sowie bei der wachsenden Weichlichkeit der höheren Klassen schien man diese Musterungen eher für schädlich und überflüssig als nützlich zu erachten. Erst im Jahre 1788, als die ganze Nation auf die eigene Rüstung aufmerksam wurde, erinnerte man sich auch an die gesetzlich vorgeschriebenen Musterungen in den Wojewodschaften. In der Anzahl von schriftlichen Abhandlungen, welche von dem Buch: „Betrachtungen über das Leben von Jan Zamojski“ hervorgerufen wurden, fand auch dieser Gegenstand Berücksichtigung. Der Verfasser der politischen Schrift,**) die sich damit beschäftigt, macht die Bemerkung, dass es für die Nation unmöglich sei, mehr als 50 000 (vielleicht nur 30 000) Menschen zu rüsten und auf dem Kriegsfuss zu erhalten; dass es also gerathen schiene, die frühere Miliz, welche wehrpflichtig war und auf Musterung erschien, auch zu benutzen und dieselbe den heutigen Forderungen an-

*) Die Musterungen in den Wojewodschaften. Vol. legum VII. 76 (40) und 185 (89).

**) Ein Mittel, die Wehrkraft des Landes durch die Miliz zu vermehren (1788). Es scheint, dass der Abgeordnete Strojnowski der Verfasser dieser Schrift war.

passen. Dieser Vorschlag wird vom Verfasser mit einigen
atsächlichen Berechnungen unterstützt, so z. B. könnte die
rovinz Wolhynien allein aus der dort wohnenden güterbesitzen-
n Szlachta mit ihren Leibeigenen ein Regiment von 2000 Mann
avallerie und 2500 Infanterie auf eigene Kosten rüsten und
halten, ohne im Mindesten die Finanzen der Republik zu be-
sten. Die Kavallerie sollte zweimal jährlich auf vier Wochen
Militärübungen berufen werden, die Infanterie einmal jähr-
h. Ausserdem müsste dieselbe in 12 Abtheilungen Garnison-
enste in einem der Forts jedes Mal einen Monat lang ab-
echselnd leisten. Der Kriegsrath jeder Wojewodschaft sollte
e Rüstung und gleiche Bekleidung der Miliz beaufsichtigen,
e Verproviantirung durch Beisteuerung in Naturalien seitens
r Szlachta bewachen und dem Könige die Ernennung von
fizieren entweder aus der aktiven Armee oder aus dem
adettenkorps vorschlagen. Eine derartig organisirte Miliz
llte der Armee während des Krieges helfen und immer im
ande sein, die Regimenter zu kompletiren.

Insofern es heute möglich ist, aus Büchern über die damaligen
erhältnisse zu urtheilen, hatte dieses Projekt Vieles für sich.
nzweifelhaft wäre es ein Fehler gewesen, die ganze Landes-
rtheidigung auf die Miliz oder das „allgemeine Aufgebot“
ospolite ruszenie) zu stützen. Das „allgemeine Aufgebot“ ist
t in Städten, zumal befestigten, wie damals fast alle Städte
ren, wo der Staatsbürger (obywatel) sein Haus und Hof, seine
rche, seine Familie vertheidigte; es war auch gut in kleineren
aaten, wo der Soldat keine Märsche machte, die länger als
va zwei Tage dauerten und sicher war, dass der Sieg seine
ihe belohnen werde, im Falle der Verwundung aber gleich
ch Hause gebracht ward oder bei der Vertheidigung der
enen Scholle den Tod fand. Bei solchen Verhältnissen ist
 allgemeine Aufgebot eine ausgezeichnete Institution, unter
len Gesichtspunkten steht sie höher als die stehende Armee.
er in grösseren Staaten, in denen ein Soldat hundert und mehr
ilen zurücklegen muss, bevor er die gefährdete Grenze er-
ht oder den Feind noch über die Grenze zu verfolgen hat, ist
solches „allgemeines Aufgebot“ von keinem Nutzen, kann
nals ein wohldisziplinirtes Heer ersetzen und ist der Natur der
ge entgegen. Die Polen, welche sich vorgenommen hatten, Rom

nachzuahmen und welche die römischen Staatseinrichtungen eifrig studirten, hätten wissen müssen, dass, sobald der römische Staat über das Weichbild der Stadt selbst hinausging, er gleich eine Anzahl stehender Legionen zu unterhalten anfing. Durch Erfahrung in der eigenen Geschichte belehrt, hätten sie auch verstehen sollen, warum nur die Grenzgebiete immer willig waren, Landesvertheidiger zu liefern, und Alles opferten, um ihre Habe vor dem eindringenden Feinde zu sichern, während die inneren Wojewodschaften dagegen meistens gleichgültig blieben. Andererseits war es aber auch ein unverzeihlicher Fehler, vorauszusetzen, dass ein Staat, welcher seit hundert Jahren sein Heer vernachlässigt hatte, nun mit einem Mal im Stande sein würde, eine regelmässige Armee zu bilden, welche sich mit den Armeen der Nachbarmächte auch nur entfernt vergleichen liesse! Zwischen beiden Extremen war ein Mittelweg durch die Natur der Verhältnisse angezeigt; das Projekt von Strojnowski schien allerdings den Bedingungen zu entsprechen, in denen sich die Republik befand. Nach seinen Berechnungen, die wir keineswegs als übertrieben ansehen, konnte eine aus den Gütern der Szlachta rekrutirte Miliz 50 000 Mann Kavallerie und doppelt so viel Infanterie liefern. Die Städte hätten, aller Wahrscheinlichkeit nach, das Beispiel der Gutsbesitzer nachgeahmt und, mit diesen rivalisirend, wohl auch über 10 000 Mann auf eigene Kosten ausgerüstet, weil sie schon damals anfingen für das öffentliche Leben zu erwachen. Der durchweg arme Staat hätte 50 000 statt 100 000 Mann wohl aufzustellen vermocht und dabei die oben beschriebene Miliz mit Waffen und Offizieren versehen können, sich im Uebrigen auf die Bereitwilligkeit der Städte und Gutsbesitzer verlassend, um dieselben zu ernähren und zu kleiden. Die Landesvertheidigung hätte sich nicht einzig auf angeworbene Soldaten gestützt; jeder Landeskreis, jede Stadt würde sich dazu verpflichtet gefühlt haben und selbst bei einigen an der Grenze gewonnenen Schlachten würde der Feind einem gut organisirten Widerstand allerorten begegnet sein. Wenn man Beispiele aus der Geschichte anderer Nationen citiren wollte, so könnte man unter vielen anderen dasjenige von Amerika anführen, woselbst Washington aus einer schlecht organisirten und durchaus kriegsunkundigen territorialen Miliz sehr bald gute und der besten Armee Widerstand leistende Truppen bildete. Zehn Jahre später

ıb auch der preussische Staat ein belehrendes Beispiel: durch
ın Tilsiter Friedensvertrag war seine Armee auf 40 000 Mann
ıschränkt worden, durch alljährlichen Ersatz der Rekruten hatte
an jedoch eine solche Anzahl geübter Soldaten im Lande, dass
Jahre später (1813) gleich nach der Kriegserklärung eine
rmee von 120 000 Mann kampfbereit dastand, und später noch
000 Mann ausgerüstet wurden. Wenn wir die militärischen
esichtspunkte bei Seite lassen und uns mit den politischen
ıd moralischen Seiten dieses Projektes befassen, so müssen
ir auch hier gestehen, dass dasselbe viele Vorzüge aufwies.
ie Nation wäre bald kriegsfähig geworden, weil die Polen
ch im Allgemeinen in früheren Zeiten als kriegslustiges und
iegstüchtiges Volk erwiesen haben; die Geister würden sich
ohl weniger mit Politik und mehr mit Militärfragen be-
häftigt haben, damit wäre ein neues Feld dem persönlichen
argeiz eröffnet worden. Es ist entschieden anzunehmen, dass
r Geist des Volkes sich gehoben hätte und die lustigen Gelage
wie die Verweichlichung des Lebens bald besseren Beschäf-
gungen und männlicheren Gewohnheiten Platz gemacht hätten.
ir wollen also unbedingt diesen Gedanken als tüchtig gelten
ssen und dabei hervorheben, dass derselbe gleich mit Eifer
ıfgenommen wurde; einige Landtage, wie der von Krakau und
schernigof und andere mehr, empfahlen dringend in ihren
auda den Abgeordneten, sich desselben anzunehmen.*) Indem
dieser hier und dort ausgesprochenen Meinung einen Ausdruck
rlieh, schrieb Kollontaj noch vor dem Reichstag über dieses
ojekt: „Ich halte die Ausmusterung durchaus für keine Phantasie,
h glaube sogar, dass sie das einzige Mittel sein wird, uns
äftiger zu machen und dem Zustande näher zu bringen, in
m sich unsere Nachbarn befinden." Die Armeen dieser
achbarn billigt Kollontaj aber gar nicht; er findet sie zu gross,
kostspielig für das Land und für deren Bewohner, eine Quelle
n Armuth, ohne genügende Vertheidigungsgarantie, „denn",
bt er hervor, „eine Armee von 100 000 Mann kann leicht

*) In der Wojewodschaft von Braclaw wollte die Szlachta noch vor
Landtagen eine solche Miliz organisiren und sie der Verwaltung der
egskommission anvertrauen. Zaleski. Korrespondenz von Stanislaw
gust. Jahrbuch der Gesellschaft für poln. Gesch. Paris 1870. S. 217.

durch die Fehler ihrer Führer oder durch Unglücksfälle zerstört werden und dadurch auf eine Reihe von Jahren den Staat schwächen, der grosse Opfer gebracht hat, um ein so künstliches und nur mechanisches Mittel der eigenen Vertheidigung zu schaffen.“ Kollontaj möchte statt dessen etwas Dauerhaftes und Lebenskräftigeres schaffen. „Ein Volk, welches wirklich von Kriegsgeist beseelt wäre, würde auch alle Kriegsmittel ausdenken und anwenden, um seine Integrität selbst zu vertheidigen; nie würde eine solche Nation fremde Fesseln ertragen.“ Also meint er, dass die Ausmusterung der Miliz eine Nothwendigkeit geworden sei, er erwartet von dieser Einrichtung viele Verbesserungen des öffentlichen Lebens und die Heilung von Uebeln, welche die früheren kriegerischen Traditionen des Volkes zum Theil vernichtet hatten. In den Bemühungen Aller um die Landesvertheidigung sah er die Errettung der Polen von dem ewigen Parlamentiren, Zanken und Diskutiren, das sich mitten in unaufhörlichen Gelagen auf den Provinziallandtagen entwickelt hatte.*) „Wenn Ew. Gnaden“ (schreibt Kollontaj an den künftigen Reichstagsmarschall Malachowski), „es durchzuführen vermöchten, dass die früheren, jetzt so sehr vernachlässigten Ausmusterungen durch diesen Reichstag wiederhergestellt würden, wenn Ew. Gnaden ferner die Mittel zur Erhaltung einer ständigen Armee von 50 000 Mann fänden und wenn Ew. Gnaden ausserdem so klug und vorsichtig handelten, uns nicht in einen Krieg der Nachbarn hineinzuziehen und sich Zeit liessen, um friedlich diese Reformen durchzusetzen und solche zu festigen, so wären Ew. Gnaden wirklich der Erretter dieses unglücklichen Landes.“**) Indessen, welches auch die Vorzüge dieses Projektes sein mögen, seine Verwirklichung stiess doch auf bedeutende Schwierigkeiten, sowohl im Lande selbst als auch im Reichstage. Das erste Hinderniss war die Unfähigkeit der Parlamentsführer, eine militärische Maassregel durchzusetzen; vor Allem fehlte ihnen der ritterliche und kriegerische Geist, der dazu erforderlich ist; keiner hatte in dem Landesheer oder im Auslande gedient. Malachowski, Ignaz und Stanislaw Potocki sowie auch der Fürst Czartoryski, welcher den Titel des Generals

*) Briefe an Malachowski. I. Theil S. 170 u. s. f.
**) Ebendaselbst I, 102.

ır Podolien führte, und vor Allen Stanislaw August selber, raren wohl aufgeklärte Leute, die ihr Vaterland liebten, aber or Allem eine europäische Erziehung erhalten hatten und als uropäer dachten und fühlten. Obwohl diese Erziehung sie on manchen Fehlern befreit hatte, so waren in ihnen dabei uch nützliche und gute Traditionen ihres Vaterlandes gänzlich erloren gegangen. Obgleich keine Anarchisten mehr, waren ie doch nicht von dem alten Patriotismus der früheren Szlachta eseelt. Die Staatseinrichtungen des Westens schwebten ihnen ls Ideal vor, als Militärstaat schien ihnen Preussen nachahmens- rerth und daher hielten sie es für unmöglich, auf anderem Vege Polen zu rüsten und sicher zu stellen. Ihre Begriffe owie ihre Lebensweise und Gewohnheiten machten sie dem rüheren Ritterleben mit seinen kriegerischen Abenteuern ab- eneigt; die Abneigung trieb sie vor Allem, die Tumulte zu ermeiden, welche bei Massenversammlungen eben unvermeid- ich sind, und in Polen in der That besondere Gefahren oten. Es ist auch schwer, sich Stanislaw August als Haupt nd Führer der ritterlichen, lärmenden, hochmüthigen und in ilitärischen Uebungen prahlenden Szlachta vorzustellen. Der önig war sorgfältig erzogen, im Umgange abgeschliffen und öflich, im Gespräch ausserordentlich einnehmend, sehr begabt ls Schriftsteller und fleissig in Kabinetsarbeiten, konnte aber icht zu Pferde sitzen und den Säbel handhaben. Es ist lso klar, bei solchem Charakter der höchsten Sphären, bei hrem fremdländischen Wesen und der Stimmung, die daraus ntstand, musste das alte allgemeine Aufgebot der Szlachta, bwohl organisirt und kontrollirt, wie es vorgeschlagen wurde, iesen als ein Anachronismus erscheinen und durfte auf keine gute ufnahme von ihrer Seite rechnen. Das war aber noch nicht as Haupthinderniss. Der mittleren und niederen Szlachta gefiel as Projekt sehr; sei es, weil diese Schicht der Nation sich renig mit dem beschäftigte, was sich im Auslande ereignete, ei es, dass sie kampfbereiter war und mehr Vertrauen in die räfte des Vaterlandes setzte. Als aber das Projekt zur eliberation gelangte, und auf den Provinzialsitzungen diskutirt urde, gewahrte man, dass die Hetmanspartei (welche immer isstrauen in den regierenden Sphären erweckte) eifrig für das ojekt agitire. Diese Haltung hatte natürlich noch grösseres

Misstrauen zur Folge, denn man vermuthete immer, dass diese Partei eine Gegenkonföderation in den Provinzen anstrebte. Der ganze Plan erschien nun der Mehrheit der Kammer als eine neue List von Branicki und Walewski, welche die gerüstete und militärisch organisirte Szlachta leicht zu einer Konföderation im Gegensatz zu dem Warschauer konföderirten Reichstag hätten versammeln können. Man publizirte eine Schrift, in der alle diese wirklichen oder vermutheten Anschläge des Hetmans und seiner Parteigenossen aufgedeckt und ihre für das ganze Land bedenklichen Folgen geschildert wurden.*) Die Furcht vor Anarchie, vor Bürgerkrieg und daraus entstehenden Katastrophen, erfasste nicht nur den König und die Seinigen, sondern auch die oppositionelle Partei. „Das Projekt der Ausmusterungen", schreibt de Caché, „erweckt immer mehr Misstrauen gegen den Hetman Branicki. Seit seiner Ankunft spricht dieser wiederum von der Kriegskommission, als aus Leuten zusammengesetzt, die nichts von ihrem Fach verstehen. Es herrscht der allgemeine Verdacht, er wolle sich an die Spitze der Landesmiliz stellen und die frühere Hetmansmacht ohne jegliche Beschränkung in seine Hände nehmen; natürlich missfällt ein solches Resultat der Opposition und besonders den zahlreichen Potockis. Das Projekt wird also wahrscheinlich fallen."**) Wir werden noch hinzufügen, dass es gar nicht im Reichstage erörtert wurde; im Diarium desselben hat es keine Spuren hinterlassen. Ein gesunder Gedanke, der viele guten Seiten besass, war für den kranken Organismus der Republik schon zu gewagt.***)

---

*) Gedanken über das Projekt einer Landesmiliz der Wojewodschaften von Wolhynien (citirt bei Pilat: Politische Literatur des vierjährigen Reichstages.) Krakau 1872. S. 95.

**) Bericht vom 25. Februar.

***) Kraszewski erzählt (Polen während der drei Theilungen II. 347), dass der König schon längst einen Plan für eine Territorialmiliz mit dem General Komarzewski ausgedacht und ausgearbeitet hatte. Nach diesem Plan sollten die höheren Beamten der Wojewodien, welche auf Polnisch podkomorzy hiessen, die Miliz ihrer Wojewodschaften kommandiren; sie sollten auch die Listen der Szlachta zusammenstellen, sowie diejenigen der Bürger und selbst die Wahl eines Bauern auf je 20 Häuser treffen. Ferner sollten diese Beamten nach Warschau zusammengerufen werden, um den Eid zu leisten. Das Generalkommando sollte Kosciuszko erhalten. Man

§ 91.

Vermehrung der Nationalkavallerie.

[it dem oben beschriebenen Projekt war ein zweites ver-
n. Die versammelten Stände beauftragten die Kriegs-
ission (27. Dezember), den Etat der künftigen Armee
tellen und sowohl die Zahl der Soldaten, wie auch die
er Bewaffnung zu bestimmen; danach sollten alle finanziellen
militärischen Einrichtungen berechnet und durchgeführt
n. Bevor noch die Kriegskommission ihre Arbeit beendet
brachte der Wojewode Walewski, den wir als eifrigen
gänger und Verwandten vom Hetman Branicki schon
n, einen Antrag (26. Januar) folgenden Inhalts ein: Da
cht möglich ist, eine Armee in so kurzer Zeit in der
ischten Vollständigkeit zu schaffen, und die Infanterie
ige Zeit zur nöthigen Einübung braucht, da andererseits

chon 30 000 Karabiner in Danzig gekauft, um diese Miliz zu bewaffnen.
erzählte der König etwas davon dem General Gorzenski, dieser
te das Geheimniss nicht, und durch eine Dame erlangte auch Bulhakow
her Gesandter) Kenntniss von der ganzen Sache und verhinderte
isführung. Kraszewski erzählt alle diese Einzelheiten und giebt das
790 dabei an, er sagt aber nicht, woher er sie hat. Diese Nachricht
uns zweifelhaft; ja mit anderen Daten und Thatsachen verglichen,
e die Kritik nicht aus. Als Kosciuszko den Dienst in Polen annahm,
er General Komarzewski schon im Auslande und beschäftigte sich
nehr mit der Verwaltung der Armee, Danzig besass keine Fabriken
Vaffendepots; die Kriegskommission liess die Waffen von Berlin
n, und es fehlte öfter an Geld, um die Bestellungen zu bezahlen;
iowski zahlte mehrmals aus der eigenen Kasse. Wäre ein solches Depot
izig vorhanden gewesen, so hätte es der König der Kriegskommission
überlassen. Die angebliche Auslieferung des Geheimnisses an den
hen Gesandten ist auch nicht richtig, da eine so wichtige Aenderung
nde sich nicht heimlich vollziehen liess. Sie erforderte vor Allem
Reichstagsbeschluss und grosse Anstrengungen im Lande selbst, um
ganisation in jeder einzelnen Provinz durchzuführen. In den Papieren
önigs finden wir keine Spur, welche Kraszewskis Behauptungen be-
Erst 1792 konnte ein solches Projekt entstehen, vor der Kriegs-
ng, dann aber fehlten Zeit und Mittel, um es durchzuführen. In
wskis Werk fehlt jede chronologische Ordnung sowie Kritik und
he Schätzung der Thatsachen, die er anführt; es hat nur einigen
als eine Sammlung von Auszügen aus den Schriften der damaligen
ie er als Material benutzt hat, und als ein Bild dieser Epoche.

die Republik schon im kommenden Frühjahr sich in der Nothwendigkeit finden könnte, ihre Grenzen vertheidigen zu müssen, erscheint es durchaus erforderlich, die nationale Kavallerie ohne Verzug zu vermehren. Zu diesem Zweck soll die Republik (nicht die Kommission) einige Staatsbürger erwählen, welche sie ermächtigt, in allen Wojewodschaften neue Kavalleristen anzuwerben und bis zum Mai auszurüsten. Ausserdem verlangte dieser Antrag, dass jede Fahne von nun an 150 Mann zählen und die drei Dragoner-Regimenter Avantgarde werden sollten. Um die Bedeutung dieses Projektes richtig zu beurtheilen, müssen wir die nationale Kavallerie, wie sie damals bestand, näher kennen lernen. Jede sogenannte Fahne (Schwadron) war von einem Rittmeister kommandirt, welcher in der Armee den Rang eines Generalmajors erhielt, seit dem Jahre 1764 bezog er kein Gehalt, verlieh aber der Fahne seinen Namen und sein Wappen als Siegel und hatte ausserdem das Recht, dem Könige die Offizierspatente vorzuschlagen. Meistens waren diese Rittmeister Magnaten, sie bildeten sich nicht bei ihrer Fahne aus, sondern hatten einen Stellvertreter in der Person eines Lieutenants (porucznik); dieser hatte unter seinem Befehl einen Fähnrich, einen zweiten Lieutenant, einen Wachtmeister und einige Korporale. In dem ersten Gliede dieser Fahne standen die sogenannten Kavalleriegefreiten,*) mit Lanzen, Pallasch und Pistolen bewaffnet; in dem zweiten Gliede waren die Gemeinen, welche Pallasch, Pistolen und Karabiner trugen. Der Kavalleriegefreite musste ein Szlachcic, also vom Ritterstande sein; wie der Ritter alter Zeiten brachte er zwei Knappen mit, welche Gemeiner und Trossknecht hiessen. Ausserdem musste er drei Pferde, Rüstung und Bekleidung mitbringen, in der Armee hatte er Offiziersrang. Diese ganze Einrichtung war sehr veraltet, ein Ueberrest vergangener Zeiten, in denen die Republik noch keine stehende Armee hielt, in Kriegsfällen aber den Rittmeistern besondere Einberufungsordres (listy przepowiedne) verabfolgte; diese fanden in der mit Pferd und Schwert geübten Szlachta jederzeit erprobte Soldaten, die Herren „towarzysce" mit ihrem Gefolge. In einer regulären Armee

*) Den Ausdruck „Towarzysz", wörtlich „Genosse", in der Kavallerie übersetzen wir mit dem vielleicht nicht genau korrespondirenden „Kavalleriegefreiter". (Anm. des Ueb.)

war dieses veraltete System ein Anachronismus, welcher sich nur darum aufrecht hielt, weil man nicht verstehen wollte, dass die Kriegstaktik in allen Armeen Europas eine andere geworden war, und weil man in der Einbildung lebte, dass diese alte polnische Kavallerie viele Siege erfochten habe. Wir sahen, dass der General Komarzewski sich bemühte, diese Kavallerie den modernen Erfordernissen anzupassen und die Zahl der Gefreiten zu vermindern, um mehr Gemeine zu haben, aber auf dem Reichstag im Jahre 1786 wurde sein Werk vom Hetman Branicki wieder vernichtet und er selber mit Verachtung behandelt. Der Gefreite war meistens ein armer Schlucker. Obgleich vom Ritterstande, waren seine drei Pferde sein ganzes Gut; obwohl tapfer und muthig, schonte er seine Pferde nach Kräften, und gar oft musste sein Chef von ihm hören, „wenn ich diese drei Pferde verliere, wer giebt mir neue?“ Die Montur war bei allen gleich (dunkelblau mit rothen Aufschlägen), aber die Bewaffnung, die Pferde und Sättel boten manche Verschiedenheiten, die dem Ganzen ein unordentliches Aussehen verliehen.*) Die Reiter sassen sicher zu Pferde, aber jeder auf seine Art und Weise, und die Pferde waren meistens schlecht zugeritten und zu regelrechten Kavallerieübungen untauglich. In Wahrheit war das Ganze ein lockerer Haufe, ohne Disziplin und von ungezügelten Gewohnheiten. Ein Kavalleriegefreiter erhielt jährlich 1200 polnische Gulden und musste dafür zwei Knechte und drei Pferde unterhalten.**) Dieses Gehalt wurde ihm prä-

---

*) Gegen Ende des Reichstages wurde dieses Korps besser und gleichmässiger gekleidet und gerüstet. Nach dem Reglement bestand die Montur aus einer kurzen dunkelblauen Jacke mit rothen Aufschlägen, rothen Hosen in Stiefel gesteckt und einem schwarzen hohen Helm. Die Bewaffnung bestand aus einem Säbel, zwei Pistolen und für die Gefreiten aus einer Lanze mit kleiner Fahne. Die Offiziere hatten dieselbe Montur, aber reich mit Silber verziert; ausserdem trugen sie lange Hosen, blau mit rothem Vorstoss, statt Helm hatten sie die polnische rothe Konfederatka mit weisser Feder und silbernen Klammern und Schnüren, einen Husarensäbel, reich mit Silber und von bestem Stahl, an der Seite. Diese Uniform war kleidsam, und die Kavallerie bestand meistens aus gut gewachsenen Leuten, die sich gut präsentirten.

**) Diese Bewaffnung war sehr kostspielig, und doch waren diese Truppen immer nur sehr mangelhaft ausgerüstet. Im Jahre 1791 (Sitzung des 1. Februar) bewies der General Zajonczek mit Zahlen, dass ein Kavallerie

numerando halbjährlich ausgezahlt; es ist überflüssig, zu betonen, dass es auch gleich verprasst wurde. Da er meistens auf dem Lande kantonirte, musste er für Lebensmittel und Futter baar zahlen, zahlte aber meistens nichts oder nur soviel ihm beliebte, und raubte, wo es nur ging. Jeder Durchmarsch der Kavallerie ward eine Plage für die Dörfer. Beschwerden waren nicht rathsam, da der Lieutenant es nicht besser als seine Untergebenen trieb. Trotzdem war der Dienst in der Kavallerie bei der Szlachta populär, die Jugend des Ritterstandes lebte gern auf solche Weise und flösste Respekt ein. Solange sie was hatte, schwelgte sie, die schlechte Zeit verlebte sie auf Kosten der Bauern oder wohlhabender Genossen.

Die bisherigen vier Brigaden zählten 96 Fahnen, jede Fahne bestand aus 30 bis 40 Pferden, also waren 3500 Mann bewaffnet. Branicki verlangte, dass jede Fahne 150 Mann zählen, das ganze Kontingent also um 11 000 Mann vermehrt werden sollte; wenn man dazu 1550 Mann Gardekavallerie zählt, die auch zu erhöhen war, so erhielt man statt 5500 Kavallerie, gleich 19 800 Soldaten zu Pferde.

Dieser ausgearbeitete Plan gefiel dem König und seinen Parteigängern nicht, viele Mitglieder der Opposition waren ebensowenig damit einverstanden. Die Sache schien verfrüht, solange der Etat der gesammten Armee nicht festgestellt war, und man wollte diese Fragen lieber im Ganzen, nicht in Bruchstücken diskutiren. Die Art und Weise, wie die Anwerbung der neuen Rekruten geschehen sollte, schien auch besonders verdächtig, weil Branicki diese Thätigkeit nicht der Kriegskommission, sondern einem besonders dazu gebildeten Ausschuss anvertraut wissen wollte. Man befürchtete einen Anschlag der immer verbrüderten Walewski und Branicki. Andere Bedenken kamen noch hinzu: Diese plötzliche Vermehrung der kost-

---

gefreiter von seinem Gehalt nicht leben konnte. Auf die Frage, warum er es doch früher gekonnt habe, antwortete man, dass in früheren Zeiten er ungestraft und ungehindert plünderte, sobald er sein Geld verbraucht hatte. Die neuen Gesetze duldeten dieses System nicht mehr, und da konnte das Gehalt nicht mehr ausreichen. Der schlechte Zustand der Pferde lieferte dafür den besten Beweis, da man kaum 100 taugliche Pferde in jeder Brigade fand. Diese Argumente überzeugten den Reichstag, und „eine Zulage für die Kavallerie“ wurde ohne Weiteres bewilligt.

.eligsten Truppen stand in keinem Verhältniss zu den Mitteln, ꞏr die man verfügte, und zu der Infanterie, deren rascher wachs als viel wünschenswerther und praktischer erkannt ırden war. Die Kavallerie übte einen schweren Druck auf ꞏ Bevölkerung, und die möglichste Schonung der ärmeren lassen schien eben jetzt geboten. Auf die ihm gestellte Frage, ırum er solche Eile habe, antwortete der Antragsteller, der ınz würde im Frühjahr sicher losgehen, und die Infanterie ınne bis dahin nicht fertig sein; nähere Erklärungen wurden ets verweigert; aber diese Behauptung allein war nicht überugend genug für diejenigen, welche besondere Gründe hatten, 'alewski nicht zu trauen. „Der Reichstagspräsident“ (schreibt ꞏr König am 7. Juli) „opponirt besonders eifrig in den Sitzungen ıd in meinem Kabinet gegen diesen plötzlichen Zuwachs der avallerie, er bittet mich und meine Partei, das Projekt nicht ırchzulassen.“ Und doch hatte keiner den Muth, sich offen ıgegen auszusprechen, aus Furcht vor der öffentlichen Meinung, e jeden Antrag über die Reorganisation der Armee ohne 'eiteres billigte und gut hiess, dafür leidenschaftlich eintrat, ıd jeden Opponirenden für einen Verräther und Russophilen klärte.

Die Diskussion über den erwähnten Antrag währte drei age lang (4. bis 6. Februar). Der König nahm das Wort, ranicki und Walewski lobend, „denn“, sagt er, „es ist bei uns tte, den Gegner zu loben, sobald sein Antrag Popularität geesst“. Der König bestand darauf, dass die Anwerbung durch e Kommandanten der Division geschehen sollte. Er warnte ıch, es sei thöricht, neue Truppen anzuwerben, bevor die riegskommission die Mittel dafür beisammen hätte. Die Abordneten der königlichen Partei vertheidigten die Sache matt, mal Branicki von seiner Erfahrung als Krieger sprach, womit den Meisten imponirte. Der Reichstagspräsident erinnerte ran, dass die geplante Reorganisation 8 Millionen kosten rde, während nur 5 Millionen disponibel seien. Statt jede hne auf 150 Mann zu bemessen, sollte man sich mit 100 beigen. Am gründlichsten und mit umfassender Argumentation rde der Antrag des Hetman von dem Unterschatzmeister ıiatowski bekämpft; er hob hervor, es sei rücksichtslos gegen Kommission, von der man einen Kostenanschlag verlangt

habe, solche Anträge zu stellen: er hob ferner hervor, 20 000 Mann Kavallerie sei für die Armee des Königreichs zu viel: Kavallerie allein, auch die beste, könne keine Armee bilden, sie sei von der Infanterie und Artillerie abhängig und nur, wenn diese beiden das Ihrige gethan, könne die Kavallerie ihre Schuldigkeit thun. Würde das Land, so meinte er, die Kavallerie zu stark vermehren, die Infanterie aber vernachlässigen, so würde es nie ein Heer besitzen, das sich mit denen der Nachbarn messen konnte. Diese für die Landesvertheidigung unzulängliche und sehr kostspielige Waffe könne durch so plötzliche Anwerbung dem Lande sehr nachtheilig werden; denn, so sagte er, wir werden von den Offizieren verlangen, dass sie Disziplin aufrecht halten und keine Uebergriffe dulden: wie sollen wir das aber thun können, wenn wir die Fahne von 30 auf 150 Mann vermehren und keine neuen Offiziere ernennen? Wenn man bedenkt, dass die Gefreiten nicht allein, sondern mit ihren Gemeinen und anderen Bediensteten zur Fahne stossen, so wird man einer grossen Verwirrung im Lande nicht entgehen können und Excesse eines solchen „losen Haufens“ gewärtigen müssen, die von der geringen Zahl der Offiziere nicht verhütet werden können. Er rieth deshalb, vorerst gemischte civil-militärische Kommissionen einzusetzen, die für alle Bedürfnisse der neu zu bildenden Fahnen, wie Proviant, Einquartierung und dergleichen zu sorgen hätten, und so die neu angeworbenen Leute zur Subordination und Ordnung zu gewöhnen, ohne die weder die Kantonnirung noch auch eine Begegnung mit dem Feinde möglich sei. Wird dies Alles versäumt, dann dürften diese Soldaten nicht Landesvertheidiger, sondern Herren unseres Hab' und Gutes und eine Last für uns werden im Krieg und im Frieden. Eine plötzliche Anwerbung so vieler Tausende von Szlachta sei eine neue Art „allgemeines Aufgebot“ (pospolite ruszenie). Das könne aber nicht Armee heissen; eine Armee dürfe man nicht nach solchen Prinzipien schaffen. Diese ausgezeichnete Kennzeichnung des Projektes macht dem Verstand und dem Muth des Unterschatzmeisters alle Ehre, es liess sich auch wenig dagegen sagen; leider aber hatte er sich dabei des Ausdruckes „eines losen Haufens“ bedient, worauf das Publikum in den Tribünen und viele Abgeordnete mit Entrüstung riefen, dass der Redner die Szlachta, welche doch diese Kavallerie bildete, mit Verachtung

ehandle! Alle Argumente wurden über dieses Wort vergessen; war entschuldigte sich der Redner, dass er nicht die Herren Brüder gemeint habe, sondern die Knechte, die jeder mitbrächte; s half nichts, mit dem Wort hatte er es verspielt! Auch sollte s noch lange auf ihm haften bleiben.

Von allen Vertheidigern des Antrages sprach Branicki elber mit der meisten Geschicklichkeit. Er nahm die geichtige Miene an, die bei den Seinigen so gut wirkte, prach mit der Ueberlegenheit des allein kundigen Kriegsannes und desjenigen, der im Voraus des Beifalls der Menge cher ist. Die Argumente des Gegners wurden keck und it jener Dreistigkeit, die der Szlachta so sehr imponirt, ekämpft. Auf den Vorwurf der unverhältnissmässigen Verehrung der Kavallerie erwiderte er, dass man ja eine Armee on 100 000 Mann beschlossen habe, was ihn wohl berechtigte, 000 Mann Kavallerie zu beanspruchen. Zwar müsse man im llgemeinen die Infanterie als Hauptsache betrachten, allein wäre hier zu Lande etwas anders, denn die Infanterie heranbilden, würde viel Zeit und Geld erheischen. Diese Schwierigeit hätte ihn gezwungen, an das Genie der Nation zu appelliren. ie nationale Kavallerie, das sind wir selber, die Einen sorgen r Geld, die Anderen vergiessen ihr Blut! So ein gedrillter emeiner sei im Kriege oft untauglich, führte er weiter aus, fehle ihm an gutem Willen, dagegen die Kavalleristen, die ären alle wie Brüder, da hiesse es: „Vorwärts Herr Paul, vorärts Kameraden!“, einer muntert den anderen auf, und alle ürden sich bereit finden, ins Feuer zu gehen!

Diese Kraftausdrücke würden schon genügt haben, um den ntrag durchzusetzen, wenn sein Erfolg nicht von vornherein sichert gewesen wäre. Gegen solchen „grossen Feldherrn“, ie man Branicki öffentlich nannte, konnte Niemand Recht belten. Man opferte ihm willig die Dragoner-Regimenter, mal diese als fremdländische Neuerung verschrieen waren. Als e Reihe an die Kavallerie kam mit der Frage: ob man diese if Schwadronen von 100 oder 150 Mann normiren sollte, urde laut votirt, und 120 Stimmen gegen 51 thaten dem etman seinen Willen. Die Motivirung solcher Entschlüsse ingt oft höchst seltsam, wie es auch befremdend erscheint, dass r Präsident, trotz ausgesprochener Missbilligung, doch für den

Antrag votirte, denn er meinte, die Zahl der Rekruten liesse sich reduziren, sobald die Unmöglichkeit, sie zu erhalten, sich herausgestellt haben würde! „Dieser falsche Schritt von Malachowski“, schreibt der König, „muss dem unpatriotischen und unvernünftigen Wunsche, die öffentliche Meinung für sich zu haben, zugeschrieben werden. Das Publikum auf den Tribünen wird durch unsinnige Reden angefeuert zu Forderungen, die man dann als Richtschnur für die berathende Kammer hinstellt.“*) In einem Punkt gewann Branicki nicht. Die Kammer schlug es ab, die Rekrutirung einem gesonderten, unabhängigen Ausschuss anzuvertrauen, übertrug sie vielmehr den von der Kriegskommission abhängigen Rittmeistern. Diese sollten einen Monat nach dem Beschluss den halbjährigen Sold einer Fahne (90000 polnische Gulden) ausgezahlt bekommen und die Fahne zum Ende Mai fertig stellen, widrigenfalls sie ihren Rang verlieren und das Geld zurückzahlen müssten. Der Wortlaut des Gesetzes garantirte auch die Gutsbesitzer und erlaubte ihnen, Klage in den Starosteien oder bei der Kriegskommission zu führen für den Fall, dass die Rekrutirung ihnen Nachtheile zufügte. Der Bauer wurde aber nicht berücksichtigt. Da Lithauen noch ärmer war als das Königreich und weniger Pferde produzirte, wurden die Kavalleriefahnen dort auf 99 Köpfe beschränkt.

Die dergestalt im Reichstag beschlossene Aushebung hatte in der ersten Zeit einen glänzenden Erfolg. „Die Begeisterung der ganzen Nation und der allgemeine Wunsch, das Vaterland zu retten, waren so gross“ (schreibt ein Augenzeuge), „dass in kürzester Frist die Fahnen in vollständiger Ausrüstung bereitstanden. Man sah junge Juristen, Gutsverwalter, Beamte der grösseren Privatleute ihren Dienst aufgeben, um in die Kavallerie-Brigaden einzutreten. Freunde und Verwandte schafften die Mittel, um die jungen Leute auszurüsten, ihnen die nöthigen Pferde und Knechte zu stellen. Rittergutsbesitzer verkauften ihr Erbgut, um sich zu equipiren. Ich theile dies mit, da ich selbst diese Erfahrung gemacht habe. Erst kürzlich zum Rittmeister ernannt, habe ich in acht Wochen eine vollständige Kavallerie-Fahne zu Stande gebracht und Vielen, die sich meldeten, absagen müssen, ohne etwas dafür auszugeben.“**) Im

*) Brief an Deboli vom 7. Februar.

**) Michael Kossakowski. Memoiren. Mss.

ıni konnten schon manche Fahnen der Kriegskommission in 'arschau zur Truppenschau vorgeführt werden. Die erste urde von Ozarowski vorgestellt und „vom Volke mit Jubel mpfangen, als der erste handgreifliche Beweis, dass die Beıühungen der versammelten Stände für das Wohl des Vaterındes Früchte tragen.“*) Die Freude währte jedoch nicht inge. Die Jugend drängte sich zwar in die Armee, allein da ich keine militärische Disziplin durchführen liess, blieb schliesich Alles beim Alten: „Man verbrauchte mehr Zeit in Müssigang und eitlem Prangen mit Uniform, als zu Uebungen; bald örte man viel von Ausschreitungen und Ungehorsam.“**) ie neue nationale Kavallerie glich bald der alten; drei Ionate waren kaum vergangen, als man schon allseitige lagen hörte über die Bedrückung der Bauern und Bürgersaute, sogar die Gutsbesitzer und die Behörden mussten Manches rdulden. „An jedem Ort, wo eine grössere Abtheilung der Kavallerie Quartier nimmt“, schreibt Kitowicz, „lassen sich Klagen der armen Bauern und Bürger vernehmen, welche gewungen werden, Lebensmittel herbeizuschaffen, ohne dafür beahlt zu werden. Die Soldaten entschuldigen sich damit, dass ie nicht bezahlt werden, was auch wahrscheinlich wahrheitsemäss sein wird.“***)

---

*) Gazeta Warszawska (Warschauer Zeitung). 6. Juli 1789.

**) Kozmian, K. Memoiren I. 207.

***) Memoiren I, 157. Dieselben Klagen hören wir oft im Reichstag riederholt. Wir wollen folgenden Klagebrief der Fürstin Lubomirska 1789) an ein Mitglied der Kriegskommission mittheilen, der durchaus laubwürdig ist, da ihn eine der ehrenwerthesten Matronen der Zeit schrieb: Ich bitte Sie, der Kommission die Exzesse und Bedrückungen, welche die ationale Kavallerie begeht, darzulegen; wenn etwas unser Gewissen verflichtet, so sind es die Thränen und berechtigten Klagen des armen Volkes. Schicken Sie uns doch Jemanden, um den Zustand dieses vom Heer geplagten Landes in Augenschein zu nehmen. Wahrscheinlich rerden Sie mir antworten, man sollte die Missethäter vor Gericht iehen, allein das Land wird zu Grunde gerichtet, bevor man Einen vor Gericht bekommt. Und wer soll die Unglücklichen entschädigen, denen hr letzter Bissen Brot entrissen wird, denen ihre Fensterscheiben zerchlagen werden und die man noch dazu prügelt! Schon heute ist diese on Branicki so hoch gepriesene Kavallerie unerträglich; wie soll es päter werden? Die Kommission soll gefälligst nur soviel Soldaten halten, ie sie bezahlen kann, und bessere Disziplin einführen. Dass die Be-

Also hatten sich die Prophezeiungen des Unterkanzlers Poniatowski leider als richtig erwiesen, und die Folgen der eben beschriebenen Zustände liessen sich noch lange spüren. Vor Allem zeigte sich bald in der Nation selbst Unwille gegen ein grösseres Heer. Man wollte nicht hohe Steuern zahlen und zugleich die Uebergriffe der Soldaten erdulden. Die Anwerbung wurde schwieriger, die Bauern, welche als Gemeine ohne Sold dienen und ihre eigenen Landsleute misshandeln mussten, um zu leben, flohen lieber über die Grenze; fremde Bürger verliessen die Städte, wo kein Gesetz sie vor Plünderung schützte. Die übereilte Vermehrung der Kavallerie schob die Rüstung des Landes in eine ungeeignete Richtung. Es fehlte an einheitlichem, zielbewusstem System. Infanterie und Artillerie wurden vernachlässigt. Fremde urtheilten geringschätzig über ein Heer, dem es an Rüstung fehlte. Die Bemühungen einiger intelligenten und erfahrenen Offiziere konnten nicht genügen, um diese Lücken auszufüllen und die Mängel eines von Anfang an verfehlten Verfahrens wieder gut zu machen.

Man hatte das ehemalige System des allgemeinen Aufgebots verworfen, und doch glich das Heer, welches nun geschaffen wurde, noch ganz dem früheren, ohne seine Vorzüge zu besitzen. Dass der Reichstag einen solchen Beschluss fasste, lässt sich durch die Unwissenheit der meisten Abgeordneten erklären (wenn auch nicht rechtfertigen). Wie soll man aber Branicki verstehen? Er war doch ein Soldat, er kannte die europäischen Armeen, er wusste, dass ein Land nicht von der Kavallerie allein vertheidigt werden kann, er musste auch wissen, dass die finanziellen Mittel nicht genügen konnten, um eine so bedeutende Zahl von Kavalleristen auszurüsten und zugleich andere Armeeabtheilungen nach Bedarf zu schaffen. Was wollte also Branicki mit seinem Projekt eigentlich erzielen? Es ist schwer, in den

zahlung sich verspätet, wissen wir; dass dies ein ausgezeichneter Vorwand ist, um Alles hier ohne Bezahlung zu erpressen, ist leider auch wahr. Wahrhaftig, wir sind ein unglückliches Volk! Die ganze Einrichtung gleicht der türkischen, auch wird sie gänzliche Verwüstung zur Folge haben. Lieber weniger Menschen, aber bessere. Es wird nicht mehr gehen wie unter Czarnecki, es soll also so werden. wie unter Laudon. Lesen Sie nur in der Geschichte, um zu erfahren, wie es bei dem unbezahlten Heer in Polen herging!"

Plänen dieses Menschen Ordnung und Konsequenz zu finden. Wenn es einem Geschichtschreiber erlaubt ist, sich auf Vermuthungen einzulassen, so musste er folgende Berechnung gemacht haben. Vor Allem war es ihm um irgend eine Verwirrung im Lande zu thun. Deswegen hatte er seinerzeit die Schreckensnachrichten aus der Ukraine verbreitet; er rechnete ausserdem auf den Beifall der kleinen Szlachta, der er den Eintritt in die nationale Kavallerie eröffnete; er hoffte dieselbe jederzeit für sich zu haben und dadurch in schwierigen Momenten die Hetmansstelle und die frühere Macht zu erlangen. Schliesslich dachte er sicher daran, die 20 000 Kavalleristen dem Fürsten Potemkin zur Verfügung zu stellen, da dieser eine genügende Infanterie und Artillerie schon besass und gegen die Türken die geübte, leichte Kavallerie am besten verwenden konnte. Dass diese Absichten schliesslich fehlschlugen, lag an anderen Ursachen. Diejenigen aber, welche Branicki dazu verholfen hatten, den ersten Theil seines Anschlages durchzusetzen, das lärmende Publikum auf den Tribünen, waren Schachfiguren, welche nicht wussten, welche Rolle sie in seiner Hand gespielt hatten.

§ 92.
Die Starostensteuer.

Der ganze Monat Februar verging ohne viel Nutzen für die Berathung der neuen Steuern, also auch nutzlos für die Finanzen. Der Beschluss über die Kavallerie nahm mehrere Tage in Anspruch, dann wurde der König krank (6. bis 16. Februar); die Angelegenheit der russischen Evakuation und die Berichte aus Zudnow machten viel Lärm. Die Kriegskommission legte den ihr aufgetragenen Etat der zukünftigen Armee am 6. Februar vor. In der nächsten Sitzung vom 16. wurden von den versammelten Ständen drei Senatoren und neun Abgeordnete delegirt, um diese Vorlage zu prüfen.

Am 23. Februar legte die Finanzkommission den Ständen ihren Vertrag mit dem Bankier Tepper zur Genehmigung vor, der sich verpflichtete, eine Anleihe in Genua durchzusetzen; der Bankier zahlte 100 000 Dukaten im Voraus und erwarb für seine Schwiegersöhne (Schultze und Arndt) das Recht, Ländereien im Königreich Polen zu kaufen. Der Vertrag wurde genehmigt.

Am 26. Februar eröffnete der Marschallpräsident die Sitzung mit einer Ansprache an die Stände, in der die Nothwendigkeit betont wurde, nun ernstlich an die Berathung der Steuern zu gehen; er führte das Beispiel der schwedischen Kammer an, die in sechs Wochen 6 Millionen neuer Steuern dem Lande auferlegt hatte, und verglich dies energische Vorgehen mit den nun schon fünf Monate dauernden, fruchtlosen Berathungen des polnischen Reichstages; der Carneval sei nun beendet und die Religion selbst mahne zu ernstem Nachdenken und Handeln, man müsse die definitiven Steuern berathen und beschliessen. Nach dieser Rede trat der Neffe des Präsidenten, der Abgeordnete für Sandomir auf und stellte folgenden Antrag: Die Starosteien sollten doppelt besteuert werden, 20pCt. sollten die Einnahmen der Kirchengüter abgeben, 10pCt. die Güter der Szlachta. Diese Vorlage war sehr vernünftig, sie umfasste die drei Hauptquellen der Einnahmen und besteuerte den ganzen Grundbesitz der Republik; dennoch war die Durchführung derselben keine leichte, und viele Schwierigkeiten standen ihr bevor. Obwohl die Nothwendigkeit einer besseren Rüstung allgemein anerkannt war, so hatte man sich mit dem Gedanken noch nicht ausgesöhnt, dieses Ziel sei nur durch bedeutende Geldopfer zu erlangen, selbst der Ausdruck Steuer war der Szlachta zuwider. Der Leser wird sich an die betreffenden Instruktionen der Landtage noch erinnern;*) einige derselben, wie die Krakauer, gaben wohl zu, dass die Gutsbesitzer zu geringe Abgaben zahlten, ein Paar waren bereit, die Einnahmen derselben höher zu belasten; eine Instruktion verliess sich sogar auf das Urtheil Seiner Majestät. Diese bildeten jedoch nur eine geringe Ausnahme. Die Mehrzahl rieth, die Steuererhöhung anders vorzunehmen, so z. B. die Starosteien und Domänen zu besteuern, die Kirchengüter der Hälfte ihrer Einkünfte zu berauben, die städtischen Abgaben sowie die Judensteuer zu erhöhen, die Einnahmen der Unterrichtskommission für das Militär zu verwenden, sogar von der Konfiskation des Krakauer Bisthums war die Rede; nur nicht den Ritterstand zu neuen Opfern zwingen, da dieser schon eine Stempelgebühr bei Verkauf der Güter und eine Erbschaftssteuer zu entrichten habe! Eine

*) Buch I. Kapitel III. § 24.

solche Stimmung bei der Mehrheit der Gutsbesitzer musste einen starken Wiederhall in der Kammer finden. Der Abgeordnete Zielinski (aus Plock) rief laut: der Ritterstand sei die Festung der Republik, ihn ärmer zu machen, hiesse die Republik in Armuth stürzen. Man sollte nur die Domänengüter belasten. Ein anderer rieth, die Kopfsteuer der Juden zu verdoppeln, worauf eine passende Bemerkung des Abgeordneten Kublicki folgte: der Ritterstand sollte nicht die Juden zumeist besteuern, damit man nicht berechtigt sei, zu sagen, das Vaterland verdanke dem jüdischen Geld seine Errettung. „Mit Leichtfertigkeit haben wir hier eine Armee von 100 000 Mann votirt", sagt Wawrzecki, „Gott gebe, dass wir für 60 000 die Mittel finden. Wir sind zwar Alle bereit, für das Vaterland unser Blut zu lassen, obwohl es nicht verlangt wird, Niemand will aber das hier geforderte Geld hergeben."

Was Kollontaj noch vor der Reichstagseröffnung dem Präsidenten Malachowski schrieb, bewährte sich nur zu sehr: „Sobald man über die Steuern berathen wird, werden Ew. Wohlgeboren vernehmen, dass man solche auf die Geistlichkeit, auf Städte, den Kaufmannstand und auf die cirkulirenden Kapitalien abwälzen wird. Warum? weil Jedermann die Nothwendigkeit einer hohen Besteuerung wohl anerkennt, doch keiner gestatten will, dass die Last ihn drücke."*)

Gleichwohl bestand im Reichstage daneben auch eine Partei, die eine gleichmässige Besteuerung zu ihrem Programm machte. Nach der Abschaffung des permanenten Raths entstand zwischen den Parteigängern des Königs und den Häuptern der Opposition ein gemeinsames Streben und Wirken in Allem, was die Steuern anbelangt; der Marschall und mit ihm alle Malachowski, alle Potocki, Krasinski, der Fürst Czartoryski, waren in dieser Materie mit dem König gleichgesinnt. Man muss auch hervorheben, dass die öffentliche Meinung diesen grossen Herren zu Hülfe kam; und so geschah es, dass unter dem Druck der Verhältnisse und in Folge der Diskussion, der Abscheu vor den Steuern in dem Ritterstand allmählich zu schwinden begann. Der hartnäckigste Kampf entbrannte um die Starostensteuer, und es fehlte nicht an starken und gerechten Argumenten während der

*) Briefe an Malachowski, 1. 128.

betreffenden Verhandlung. Nichts ist schmerzlicher als die Geschichte der Starosteien: es ist die Geschichte des Eigennutzes der Magnaten, zugleich des Unterganges der Republik. Nach der ersten Theilung zählte man in Polen 105 Burgstarosteien (Lehnsherren), 81 im Königreich Polen, 24 in Lithauen. Die Lehnsleute werden nicht dazu gerechnet. Die Gesetzgebung hatte den Burgstarosten (Lehnsherren) vielfache Verpflichtungen übertragen, wie die Bewachung der öffentlichen Ruhe, die Verwaltung der Städte und Burgen, die Steuereinnahme in den Domänen, die Ausführung aller Dekrete der verschiedenen Regierungsbehörden, die Burggerichte, die Aufsicht der Archive; mit einem Worte, die Starosten waren im Sinne des Gesetzes die eigentlichen Verwalter und Herren der Provinz, welche über Alles ein wachsames Auge halten sollten, sogar, wie die Verfassung des Jahres 1576 es ausdrückt, den Gehorsam gegen die Eltern bei Familienstreitigkeiten erwirken: somit gipfelte auch hierarchisch die Obrigkeit einer jeden Provinz in ihnen*). Im Lauf der Zeiten und aus Mangel an Aufsicht seitens derjenigen Behörden, denen die Starosten Rechenschaft schuldig waren, wurden alle diese Pflichten vernachlässigt und der Vorwurf, der sich im Reichstag und in der Nation mehrmals vernehmen liess: die Starosten haben alle Vortheile behalten und die Lasten abgeschüttelt, war nur allzu berechtigt. „Die Starosten“, sagt Madalinski, „thun nichts von dem, was ihnen obliegt, die Festungen werden nicht reparirt, es wird keine Miliz gehalten; ihre Dörfer und Städte sind schlecht im Stande; die Klagen der Städte und Gemeinden über Vergewaltigung und Erpressung ungesetzlicher Abgaben allgemein!“ „Wir schreiben in den Verhandlungen: Actum in Castro, und was ist dieses Castrum? Meistens ein verfallenes Bürgerhaus. Die Archive sind dem Frasse der Mäuse überlassen, woraus die grösste Verwirrung und viel Unglück täglich in der Prozessführung entsteht! Ein Starosteigefängniss ist nicht mehr zu finden, die Verbrecher müssen bei den Bürgern einquartiert werden.“ Ueber die Wirthschaft in den königlichen Domänen war nur eine Stimme: „Jeder Staroste“ (Bericht eines Zeitgenossen) „presst die Jahres-

*) Hofman, Briefe über die polnische Regierung. Przeglad poznanski VIII. 154.

nnahme aus dem Lehnsgut heraus, ohne an die Erhaltung oder nen zu verbessernden Betrieb je zu denken. Der temporäre esitz ohne die geringste Aufsicht regte ihn nicht dazu an, auf inen Theil der Einnahmen zu verzichten, um später die Ertragsihigkeit zu verdoppeln. Der Boden und die Bauern werden on der Szlachta in derselben Weise ausgenutzt."*) Und wie nehrlich war man in der Entrichtung der Abgaben! 50 Jahre lang ird keine Kontrole (Lustration) der Abschätzung ausgeübt; siehe die Verfassung von 1764), und als eine Kontrole endlich ngestellt wurde, geschahen die unerhörtesten Missbräuche; nanche Pächter zahlten dem Starosten 100 000 Gulden, während ur die Hälfte angegeben wurde; in Starosteien, wo eine Miliz on über 10 000 Mann gehalten werden konnte, wurden nur ein aar Tausend gestellt u. s. w.**)

Was nutzten der Republik die umfangreichen Domänen, on denen der Fiskus nichts bekam! In dieser Materie müssen ir die Stimme von Staszic als den wahren Ausdruck der allemeinen Entrüstung ansehen. „Der Petersburger Hof", sagt ieser Schriftsteller, „kauft ganz Polen für die Starosteien, welche r hier vergiebt! Die polnische Nation wird in ganz Europa egen solcher Knechtung ausgelacht. Fremde Uebermacht chadet unserem Vaterlande weniger als die inneren Feinde, elche es untereinander zerfetzen. Wenn die Starosteien nicht xistirten, so würde auch ein Verräther wie Poninski nicht elebt haben!"***)

Angesichts solcher Beschuldigungen, deren folgenschwere Beeutung nicht angezweifelt wurde, ist es nicht wunderbar, dass der nwille gegen die Besitzer der Starosteien stets wuchs und Stimmen ich vernehmen liessen, welche die Abschaffung jedweder Belehung verlangten, besonders die Belehnungen des Jahres 1775 aufuheben beantragten und alle damals vergebenen Krongüter für

*) Briefe an Malachowski, II. 122.

**) Dunczewski in seiner Abhandlung über die Starosteien (1788) zählt 70 Domänen-Starosteien, von denen viele 200 000 poln. Gulden brachten. Hofman (l. c. VIII, 159) berechnet daraus die Einnahme der Starosteien n XVII. Jahrhundert auf 26 800 000 poln. Gulden, wovon der vierte Theil m Fiskus zukommen sollte und heute 14 000 000 poln. Gulden werth ire. Solche Summen hatte aber das Reichsschatzamt niemals einkassirt.

***) Warnungen für Polen, 1790, S. 156.

die Bedürfnisse der Armee verwendet wissen wollten. Als sich solche Anträge vernehmen liessen, erhob sich Fürst Czartoryski zur Vertheidigung des Bestehenden. Dieser Magnat verdankte sein Vermögen auch nicht im Mindesten den Starosteien, war also in dieser Sache über jeden Verdacht erhaben, einige Bruchstücke seiner Rede werden den Leser über seinen Standpunkt aufklären. „Ich bestreite keineswegs“, sagte der Fürst, „dass es durchaus nöthig sei, die Starosteien bedeutend mehr zu besteuern als die Güter der Szlachta, allein man hat hier aus übertriebenem Eifer den Gedanken angeregt, die Starosteien zu Gunsten des Reichsschatzamtes ihren jetzigen Besitzern abzunehmen. Reifere Ueberlegung sollte uns indessen davon abhalten. Sicherlich sind diejenigen, welche im Jahre 1775 die Vertheilung der Starosteien laut verdammten, gut gesinnte Männer gewesen, denen die Republik Dank schuldet, allein, da es ihren Bemühungen nicht gelang, das Uebel damals hintanzuhalten, so können wir heutzutage die schon seit 14 Jahren bestehenden Gesetze nicht ohne Weiteres aufheben; es thun, hiesse die öffentliche Ruhe stören und eine Menge Prozesse heraufbeschwören. Sollten auch diese Rücksichten, welche uns das Rechtsgefühl auf nöthigt, ausser Acht gelassen werden, so müssen politische Erwägungen uns davor bewahren. Wir müssen uns nach Kräften bemühen, alle Staatsangehörigen mit den Beschlüssen dieses Reichstages zufriedenzustellen; es ist unsere Pflicht, Alles zu vermeiden, was einer Anzahl Unzufriedener Ursache geben könnte, mit benachbarten Mächten zu paktiren, um ihre Rechte wieder zu erlangen.“ In diesem Sinne unterstützte Czartoryski den Antrag von Malachowski, der eine verdoppelte Steuer, also die Hälfte der Einnahmen der Starosteien für die Armee beanspruchte, damit waren auch die Starosten einverstanden. Dagegen verlangten die Abgeordneten des Ritterstandes, man möge den Starosteien alle Steuern auferlegen, die die Gutsbesitzer tragen sollten. Es wurden Beispiele aus früheren Zeiten angeführt, in denen die Starosteien wirklich alle Bedürfnisse des Staates hatten decken müssen, zwar hatten sie sich auch damals gewehrt, wurden aber doch dazu gezwungen; man erinnerte daran, dass früher die Starosteien keine Rechte auf die Waldungen besassen, wogegen sie jetzt aus denselben grosse Einnahmen zögen, man zählte alle Verpflichtungen auf, die ihnen in ver-

enen Jahrhunderten oblagen, die sie allmählich von sich
wälzt hätten; so z. B. die Verproviantirung und Bekleidung
lner Infanterie-Regimenter, die Winterquartiere, die Erhaltung
Post und der militärischen Transportmittel und dergleichen
. „Wenn die Starosten", sagte der Abgeordnete Roznowski,
ihnen vom Gesetze auferlegten Verpflichtungen wirklich
n, uns 10 000 Mann Infanterie stellen und erhalten, die
en, wie es ihnen obliegt, befestigen und bei der Erfüllung
r Pflichten unter gehörige Kontrole treten, so bin ich
t, auch unsere Güter belasten zu lassen; so lange dies aber
geschieht, verlangen wir nicht nur 50 pCt., sondern 60 pCt.
der Starosteneinnahme." Die Starosten fanden noch Unter-
ung bei Krasinski, bei dem Bischof Szembek, Stanislaw
cki, Chrapowicki u. A. Fürst Czartoryski sprach wieder
den Ungerechtigkeiten des Reichstags im Jahre 1775,
te aber, dass der jetzige diesem Beispiel in der ent-
gesetzten Richtung nicht folgen dürfe. Man kämpfe auf
n Seiten eifrig. „Ich sehe wohl", sagte der Abgeordnete
rski, „dass die Republik ihre Sache verlieren muss, denn
zählen die Starosten 130 Stimmen." „Man sollte die
sten von der Abstimmung ausschliessen", meinte einer,
ie in eigener Sache nicht richten dürfen". Dieser Vorschlag
e natürlich verworfen mit der Begründung, dass ein solches
ihren die Starosten aus dem Ritterstande ausstiesse; die
ssion währte zwei ganze Sitzungen. Schliesslich formulirte
chowski den Antrag folgendermaassen: Sollen die Starosteien
einer Abgabe von 50 pCt. oder 60 pCt. belastet werden?
116 Stimmen gegen 86 blieb es bei der geringeren Abgabe,
war indessen doppelt so hoch wie die bisherige.

Auf den 3. bis 6. März fielen die Beschlüsse, welche
ftige Starosten zu einer Abgabe von 60 pCt. verpflichteten,
d sie in Besitz der Güter gelangten; Krongüter, welche
ahre 1775 durch erbliche Belehnung vergeben worden
, wurden mit 87½ pCt. besteuert. Die Entrüstung, welche
hohlen in den Verhandlungen der letzten Tage hervor-
ten war über die im Jahre 1775 begangenen Verbrechen,
auf die meisten Gemüther gewirkt und rührte manches
ssen. Am 6. März erhob sich Sanguszko, der Wojewode
Wolhynien, um zu erklären, dass ihm zwei Starosteien als

Erblehen vom Jahre 1775 aufgedrängt worden waren,*) er wolle aber nicht zu denen zählen, die für ihren Verrath belohnt wurden, und daher lege er die Starosteien nieder. Sollten jedoch die versammelten Stände ihm solche lassen wollen, so verpflichte er sich, den ganzen Reinertrag dieser Güter der Staatskasse auszuzahlen. Diese hochherzige Erklärung wurde mit Begeisterung aufgenommen.

§ 93.

Besteuerung der Kirchengüter. Das Opfer des Zehnten.

Unzweifelhaft betrat jetzt der Reichstag bessere Wege. In den ersten Märztagen war, wie schon oben gesagt, aus Berlin die Warnung gekommen, man möchte Russland nicht reizen. Die Deklamationen gegen diese Macht nahmen also ein Ende; nichts Wesentliches, ausser der Steuerfrage, lag vor, und Malachowski war froh, diese Berathungen über die definitiven Steuern beschleunigen zu können. Am 9. März wurde der Klerus von ihm eingeladen, Erklärungen abzugeben über diejenigen Abgaben, welche von Kirchengütern für den Staat zu erwarten seien. Der Klerus war auf die Sache vorbereitet; vor Allem hatte der Primas sich mit diesem Gegenstand beschäftigt. Schon im September, als die Landtagsinstruktionen

*) Anm. des Ueb.: Um den vom Wojewoden Sanguszko gebrauchten Ausdruck: „aufgedrängt worden waren“ zu begreifen, ist ein Rückblick auf die Ereignisse von 1774 bis 1775 nothwendig. Nach der Okkupation der von Polen durch die drei theilenden Mächte abgerissenen Gebiete wurde ein Reichstag zusammenberufen, der aus Opposition gegen die Theilung nur mangelhaft beschickt wurde und unter fortdauernden Drohungen der theilenden Mächte gezwungen ward, eine Delegation zu ernennen behufs Herstellung eines Vertrages mit ihnen und Einrichtung einer Regierungsform. (Siehe Szujski. Dzieje Polski IV, S. 502.) Diese Delegation setzte den permanenten Rath ein, einer besonderen Kommission aus dem Schooss derselben wurde die Vertheilung der Krongüter und Starosteien zugewiesen. Dieser Beschluss beraubte den König eines seiner Rechte, war immerhin aber besser als die Versteigerung der Krongüter, die von Poninski und seinen Genossen angestrebt, jedoch nicht durchgesetzt wurde. Die Kommission vertheilte die Güter als Erblehen mit der Verpflichtung, nur 5 pCt. des jährlichen Ertrages als Abgabe zu entrichten. Die Worte des Wojewoden sind auf diesen Schacher zurückzuführen, an dem er persönlich, wohl verstanden, nicht betheiligt war.

laut wurden, die für die Kirche vielfach bedrohlich klangen, hatte der Primas seinen Auditor Zorawski beauftragt, Mittel der Abwehr oder vernünftiger Vermittelung zu erwägen. Dieser hatte auch den hochwürdigen Skarszewski, Offizial von Kujawien, herbeigeholt, als den ehrwürdigsten Priester und genauen Kenner der kirchlichen Interessen in Polen. Beide hatten eine Denkschrift für den Primas verfasst; in dieser riethen sie, die Bischöfe möchten zunächst in nähere Berührung und Einverständniss mit einander treten, und empfahlen die Abfassung gedruckter Schriften, welche das Publikum über den Sachverhalt unterrichten könnten; einige Abgeordnete sollten die Sache des Klerus unterstützen, wozu man ihnen geeignetes Material zu liefern habe, schliesslich käme es darauf an, die Stimmen von einigen Senatoren im Reichstage für sich zu gewinnen; als solche wurden der Marschall Raczynski, der Wojewode Gadomski, der Kastellan Ostrowski und mehrere Abgeordnete genannt.

Sobald der Reichstag über das neue Heer Beschlüsse fasste, sollte der Klerus sich bereit erklären, einige Opfer für diesen Zweck zu bringen. Bei Ueberlegung der verschiedenen Quellen, aus welchen diese Opfer fliessen sollten, müsste man darauf bedacht sein, die Pfarrer zu schonen, da diese in keiner glänzenden Lage wären, man sollte bedenken, dass ein Pfarrer als Aufklärer des Volkes ebenso viel Dienst leistete wie ein Landesvertheidiger. Es wurde auch betont, dass nach wie vor, der Klerus nicht impositive vom Reichstag besteuert werden dürfte, sondern alle Abgaben unter dem schon oft gebrauchten Titel: Subsidii Charitativi, oder: Doni gratuiti figuriren müssten. Der Primas billigte diese Vorschläge, namentlich in Bezug auf die Pfarrer, bemerkte nur, dass nicht alle Pfarrer schlecht gestellt wären, „es gäbe manche, die beträchtliche Einnahmen beziehen, ohne in ihrer Pfarre zu wohnen, und sich damit begnügten, ungebildete und habgierige (mercenarios) Vikare an ihrer Stelle zu halten.“ Bemerkenswerth erscheint, was er über die engeren Beziehungen der Bischöfe untereinander schreibt: „Ich habe heute mit den Bischöfen aus Posen, aus Plock und Luck gesprochen, und werde noch mit denen aus Wilna und Samogitien verhandeln und ihnen gemeinsame Berathungen vor jedem Reichstag anempfehlen, zumal jetzt, da wir von so vielen Seiten angegriffen werden; allein ich

meine, dass es nicht rathsam wäre, öffentlich solche Absichten kundzugeben und damit vielleicht zu neuen Angriffen zu reizen." *) Es wurde daraufhin beschlossen, die Bischöfe sollten sich durch ihre Auditoren verständigen. Inzwischen fing eine eifrige Agitation an; es wurden einige Abhandlungen gedruckt, theilweise polemisch, theilweise nur erörternd gehalten, die alle den Zweck hatten, das Publikum über die kirchlichen Besitzungen und die wahre Bestimmung derselben aufzuklären.**)

Die Bischöfe versprachen, auf die Abgeordneten ihrer Bisthümer einzuwirken; man bat sogar die Druckereien, nichts zu drucken, was von Gegnern geschrieben wurde. Diese Bemühungen blieben nicht erfolglos. Obwohl die Stimmung bei den meisten Abgeordneten in religiösen Dingen gleichgültig war und bei vielen sogar feindlich, obwohl der Nuntius immerfort die feindlichen Beschlüsse der tagenden Kammer befürchtete, hatte man bisher keine Angriffe in derselben gegen den Klerus vernommen; wenn solche vorübergehend in einigen Reden enthalten waren, so wurden dieselben gleich siegreich widerlegt; man muss aber zugleich betonen, dass die bisher erörterten Materien keinen Anlass dazu geboten hatten. Als die oben erwähnte Anfrage seitens des Präsidenten in der Kammer verlautete, erklärte sich der Primas in der folgenden Sitzung bereit, dieselbe zu beantworten. Am 12. März nahm er daher das Wort und betonte zunächst, der Klerus dürfe keine besonderen Lasten tragen, weil die Kirche mit denselben Rechten ihren Besitz habe, wie andere Stände auch, dass der Klerus, ebenso gut wie andere Stände, Steuern zahle und Pflichten erfülle. Da aber das Vaterland in einer Nothlage sei, so erkläre er sich bereit, doppelt so viel zu zahlen, wie die Gutsbesitzer es von nun an thun würden. Seine Stimme wurde durch die-

*) Briefwechsel des Primas und der Geistlichen Zorawski und Skarszewski. September 1788 Mss.

**) Pilat zählt alle diese Schriften in seinem schätzbaren Buch über „die Politische Literatur u. s. w." S. 91 u. ff. auf. Von diesen Schriften sind die besten des P. Skarszewski: „Der wahre Zustand der Geistlichkeit in Polen". (Ausgegeben in den Jahren 1776, 1778 und 1788). Brief eines Pfarrers an einen Warschauer Bekannten. (1788). Berechnung der Vortheile des konfiszirten Krakauer Bisthums 1789. P. Skarszewski verfasste auch eine Schrift: „Scherzhafter Dialog zwischen einem Pfarrer und einem Pfründengeber", von der wir nicht wissen, ob sie erschienen ist.

jenige des Bischofs Turski unterstützt, welcher warnte, dass es gegen die wahre Frömmigkeit sei, den Besitz der Kirche anzugreifen, und dass ein solches Verfahren nicht ungestraft bliebe, wie man davon in Oesterreich ein greifbares Beispiel hätte, auch an dem Schicksal derjenigen, die sich die Güter der verbannten Jesuiten angeeignet hatten. Einige Senatoren (die Wojewoden Malachowski, der Kastellan Czetwertynski), verschiedene Abgeordnete (Jordan, Radziminski, Koscialkowski, Butrymowicz) dankten dem Klerus für das gebrachte Opfer und riethen, es dabei bewenden zu lassen. Zuerst war es der Abgeordnete Kublicki, der den Wunsch äusserte, der Klerus möchte noch das Subsidium Charitativum dazu geben, welches schon seit 1784 auf zehn Jahre versprochen wurde, um die 7 Millionen betragende königliche Anleihe zu decken. Zielinski erinnerte daran, das kanonische Recht verpflichte die Geistlichkeit, ein Drittel ihrer Einnahmen den Armen abzugeben, in diesem Falle wäre das Vaterland der Arme, dem dieses Drittel also zukomme. Diese erste Sitzung verging dergestalt in ruhiger und allerseits gemässigter Debatte; die folgende befasste sich mit demselben Gegenstand, und der Klerus fand wiederum eifrige Fürsprecher bei den Senatoren und unter den Abgeordneten; diese konnten jedoch gegen die zahlreichen Forderungen des Subsidium Charitativum nicht ankommen, man warf dem Klerus Vernachlässigung seines Amtes vor und fand darin einen Grund zu neuer Steuerauflage. Der König nahm auch das Wort und machte sanfte Vorstellungen, indem er den versammelten Ständen vorrechnete, der geistliche Stand sei ebenso belastet wie der Ritterstand, auch treffe ihn ja die neue Stempelsteuer, und diese neue Forderung würde die Belastung auf 35 Prozent erhöhen, was wiederum ungerecht wäre. „Schliesslich“, meinte er, „muss ich noch als katholischer König, der den Beinamen Orthodoxus trägt und dieselben Gefühle hegt wie Ihr alle, daran erinnern, dass wir dem Kirchenoberhaupt die hergebrachte Unterwürfigkeit beweisen müssen und alle diese Beschlüsse nur cum beneplacito Apostolico fassen dürfen. Wir werden der Republik damit keinen Schaden zufügen und der Gewohnheit, die seit acht Jahrhunderten besteht, genugthun.“

Diese Ansprache des Königs, welche den Verzicht auf das Donum gratuitum anempfahl, überzeugte noch nicht Alle;

man musste auch diese Sitzung, ohne zu einem Resultat gelangt zu sein, vertagen. Am dritten Tage, als die Berathungen sich noch fortschleppten, begriffen die Prälaten, dass sie diesmal nachgeben müssten; in ihrem Namen verkündete der Marschallpräsident, dass sie bereit wären, auch weiter, trotz der erhöhten Steuern, das Subsidium Charitativum zu leisten. Das brachte den Frieden, und die Kammer erliess motu proprio diese Steuer allen Pfarrern, deren Einkommen unter 2000 polnischen Gulden war, ebenso den Mönchen, welche Unterricht ertheilten (16. März). Man berieth über diese Exemptionen einige Tage und kam schliesslich überein, die Einzelheiten den Bischöfen zu überlassen. Endlich nach unzähligen Hindernissen war die Zeit gekommen, auch die Steuern des Ritterstandes zu berathen; man durfte nun die Hoffnung hegen, dass nach solcher Opferwilligkeit des geistlichen Standes die Szlachta keinerlei Schwierigkeiten machen würde. Kaum hatte aber der Marschallpräsident den betreffenden Antrag gestellt (am 26. März), da erhob sich der Abgeordnete Zielinski mit dem Antrag, man möge doch zuerst die Einrichtungen der Kriegskommission berathen und über die Militärgerichte beschliessen; die Szlachta könne nicht für Soldaten zahlen, von denen sie misshandelt würde. Es ist überflüssig, hervorzuheben, dass es hierbei galt, die missliebige Berathung überhaupt ad infinitum zu verschleppen. Der Grund war nichtig, da nicht nur die Szlachta, sondern alle Stände unter den Truppen in gleichem Maasse zu leiden hatten. Die Majorität der Kammer rief darauf: „Die Steuern, die Steuern zuerst!“ Plötzlich bat ein Abgeordneter Zalewski aus Kiew, man möge erst den Aufruf um Hülfe gegen die aufständischen Bauern (wovon im vorigen Kapitel die Rede war) verlesen. Der Marschall that ihm in kürzester Zeit diesen Gefallen. Nun meinte der Abgeordnete Bystrzanowski, man müsse zuerst die Ritter des Malteser-Ordens besteuern, Zielinski wiederholte den Antrag, über die Kriegskommission zu berathen, und betheuerte, er verlange es nur für das öffentliche Wohl. Stanislaw Potocki hielt nun eine kräftige Rede und machte die nöthigen Vorstellungen über das Unpassende eines solchen Benehmens des Ritterstandes, der alle Stände belastet habe und nun versuche, alle Verpflichtungen für das Vaterland von sich abzuwälzen. Diese Rede, wie auch eine direkte Forderung des Präsidenten mit dem Versprechen, die

Verhandlungen über die Kriegskommission denen über die Steuern folgen zu lassen, halfen nichts; Zielinski blieb bei seinem Antrag und verlangte Abstimmung. Sieben andere Abgeordnete versuchten ihn durch direkte Ansprache zu bereden, die ganze Kammer erhob sich gegen ihn — umsonst. Endlich bedurfte es der persönlichen Bitten des Königs, der diesen widerspenstigen Opponenten der Kammer zum Throne rief und mit ihm persönlich verhandelte, um seinen Widerstand zu brechen. Als der Sekretär nun endlich das Projekt einer Steuer von 10 Prozent von den Rittergütern verlesen konnte, bestand der Abgeordnete Matuszewicz darauf, diesen Antrag folgendermaassen zu formuliren: Statt der üblichen Benennung Steuer, sollte es ein freiwilliges, ewiges, aus eigener Initiative des Ritterstandes ergangenes Opfer benannt werden.

Nachdem der Wortlaut des Antrages in dieser Weise gefasst worden, fragte der Marschallpräsident, ob nun darüber Eintracht herrsche? Beifall, Beifall! wurde nun stürmisch gerufen, und das Gesetz stand fest.

Der hochbeglückte Marschallpräsident hielt nun eine Ansprache an die Majestät. „Erlauben Ew. Königliche Majestät", sagte er, „bevor noch die Unterschrift Ew. Majestät dieses Aktenstück zieren wird, dem herzlichen Glückwunsche Ausdruck zu geben, dass ein solcher Beschluss unter der Regierung Ew. Majestät zu Stande gekommen ist; ebenso will ich den hier versammelten Ständen gratuliren, dass es ihnen gelungen, eine Sache durchzuführen, welche unsere Vorfahren, obwohl in glücklicheren Verhältnissen, nie haben zu Stande bringen können. Unsere Nachkommen werden nicht verfehlen, die Regierung Ew. Majestät ob dieser That zu rühmen, und dem Eifer der hier Tagenden Gerechtigkeit widerfahren zu lassen." Um der allgemeinen Freude Nachdruck zu geben, nahten sich Senat, Ministerium, Marschälle und Ritterstand dem Throne zum Handkuss.

Die Worte des Marschalls waren aufrichtig, und die Geschichte würde gern und mit einiger Genugthuung dieselben rühmen, wenn es dabei geblieben wäre. Es wäre dann der grösste und der nützlichste Sieg gewesen, den die Nation in dieser Zeit erfochten, ein Sieg über die eigene Schwäche. Sicherlich wäre ein grosser Schritt vorwärts gethan worden,

wenn die Szlachta endlich freiwillig ihre ständige Steuerpflichtigkeit dem Vaterlande gegenüber anerkannt hätte. Früher, in der Zeit der Macht und des Wohlstandes, schien dieser Standpunkt unerreichbar; sogar als schon die erste Theilung die ganze Nation vor dem ihr bevorstehenden Loose gewarnt hatte, war man noch nicht zu der nothigen Erkenntniss hierüber gekommen. Im Jahre 1776 hatte man gleichfalls einen Steuerantrag, der den Ritterstand betraf, eingebracht, denselben einmal verlesen und verworfen. „Der heutige Tag", schreibt Essen, „bleibt ein unvergesslicher Tag in den Annalen der polnischen Geschichte; wenn der heutige Beschluss (denn das muss man hier immer noch bezweifeln) wirklich ausgeführt wird, so kann Polen noch seinen Platz unter den Nationen wieder erlangen. Hätte sich die Republik schon früher zu solchen Beschlüssen erhoben, so wäre ihr unzweifelhaft viel Unglück erspart geblieben."*)

Man hoffte 36 Millionen aus den eben auferlegten Steuern zu erlangen, und da das Budget für die neue Armee 41 Millionen betrug, so schien nur wenig zu fehlen. Ueber diesen Stand der Dinge war Lucchesini wenig erbaut, da er seiner Regierung versichert hatte, dass er alle Beschlüsse über die Steuern verhindern würde, auch war de Caché überrascht, denn bis dahin hatte er an das Zustandekommen einer polnischen Armee nicht geglaubt. „Gott hat in seiner Gnade", schreibt Felix Potocki dem König, „Ew. Majestät endlich nach so vielem Kummer getröstet, da er gestattet, dass die Szlachta sich selbst verpflichtet fühlt, eine Steuer dem Vaterlande darzubringen. Nun werden wir eine Armee besitzen, wenn auch nicht eine, die 100 000 Mann zählt".**)

Der König folgte dem allgemeinen Beispiel. „Ich habe auch meinen Eifer der Nation zeigen wollen und für die Armee die Einnahmen der Zapfensteuer von Grodno und Brest in Lithauen hergegeben. Ich glaube dem Reichstag dadurch einen Gefallen gethan zu haben, da Jedermann meine persönlich bedrängte finanzielle Lage kennt."***) Dieses Geschenk des Königs betrug über 200 000 polnische Gulden jährlich. Nun blieb nur

*) Bericht vom 27. März, Hermann, VI. 233.
**) Brief vom 2. April.
***) Brief an Deboli, 28. März.

noch übrig, die Mittel der Steuererhebung zu berathen und festzustellen. Leider begegnen wir schon hier der bittersten Enttäuschung und müssen uns fragen: Warum bestand ein so demüthigender Unterschied zwischen der Bereitwilligkeit, ein Opfer zu beschliessen und es wirklich zu bringen? Warum fehlte dieser Nation der Edelmuth, das auszuführen, was sie im Augenblick der Begeisterung versprochen hatte, und warum verfielen diejenigen, welche heute so freigebig waren, morgen in die alte Gewohnheit des geizigen Eigennutzes? Hieran hatte weder Russland noch Preussen die geringste Schuld; es ist nutzlos, beide zu beschuldigen! Der alte gewohnte Eigennutz und, wollen wir offen sein, die Unredlichkeit haben damals die Republik derjenigen Mittel beraubt, die sie zur Auferstehung unumgänglich brauchte! Der Beschluss über die Armee, das Opfer des Zehnten des Ritterstandes blieben ein Strohfeuer, eine unnütze, nur den Schein des Patriotismus erweckende Prahlerei.

Als Beweis dessen mag gelten, dass auf den Sitzungen vom 27. und 30. März einige Symptome dieser Stimmung auftraten. Der Abgeordnete Strojnowski berichtete, dass bei Erhebung der provisorischen Steuer, die von dem Reichstag früher auferlegt worden war, mancher Gutsbesitzer solche von seinen Leibeigenen erpresst hatte, obwohl das Gesetz dieselben ausdrücklich geschont wissen wollte. Er bat zugleich um ein Zirkular, welches solchen Missbräuchen vorzubeugen im Stande wäre. Abgeordneter Sapieha meinte, ein derartiges Zirkular könne wenig ausrichten; man müsste eine gesetzliche Strafe für Uebertretungen festsetzen. Der König unterstützte Sapieha lebhaft, indem er die Bauern „die Wohlthäter des Staates“ nannte! In demselben Geist sprachen Krasinski, Stanislaw Potocki, Fürst Czartoryski. Der Marschall machte verschiedene Fälle bekannt, in denen die Gutsbesitzer sich Missbräuche erlaubt hatten; er erinnerte daran, dass diese Vorgänge geeignet waren, den so gefürchteten Bauernaufstand heraufzubeschwören, und darum wäre es rathsam, ein strafendes Gesetz einzuführen. Ein Abgeordneter des Ritterstandes, Zaleski, nahm das Wort und betonte, es sei unpassend, dem Bauern die Mittel zu geben, gegen seinen Herrn gerichtlich vorzugehen; ein diesbezügliches Gesetz und Strafen wären überflüssig; es würde genügen, wenn die Finanzkommission durch Zirkulare an das Gewissen der Gutsbesitzer appellirte. Diese Argumente

überzeugten die Mehrheit, und trotz der eindringlichen Mahnungen des Königs, der ein Gesetz lebhaft befürwortete, beschloss man, es bei einem Zirkular, das wohl mahnte, aber Keinen zur Verantwortung zog, bewenden zu lassen.

Der Reihe nach kam es nun zur Feststellung der Einnahmen der Gutsbesitzer. Es war ein schwieriges Problem: ohne Kataster war die genaue Berechnung unmöglich. Die sogenannten Lustrationen, welche für die Krongüter und Starosteien üblich waren, hatten sich als unsicher und unzuverlässig erwiesen, waren überdies zu langwierig; die eigene Abschätzung der Besitzer schien auch unzuverlässig. Man wusste nicht, wie Rath schaffen. Moszynski, Sekretär der Krone, legte ein fleissig ausgearbeitetes Projekt vor, in dem die Verkaufsurkunden der letzten zehn Jahre in jeder Wojewodschaft als Grundlage der Einschätzung dienen sollten; die Kaufsumme wurde durch die Zahl der Rauchfänge getheilt und danach der Werth eines Gutes festgesetzt. Der Werth jedes Rauchfanges bildete wiederum die Norm für die Schätzung der Güter, welche nicht verkauft worden waren.*) Obwohl nur auf Voraussetzungen gegründet, schien diese Berechnung den Thatsachen zu entsprechen und die meiste Garantie für den Staat zu bieten; auch erklärte sich ein grosser Theil der Kammer für dieses System. Allein die grosspolnischen Abgeordneten rechneten bald aus, dass sie dabei viel zu zahlen haben würden; aus ihrer Initiative entstand ein Gegenprojekt, welches die Rechnungen der Gutsbesitzer und ihre Inventare als Grundlage haben würde. Zwei Tage lang währte die Debatte,

*) Als Beispiel wollen wir folgende Berechnung anstellen: Ein Rauchfang wird auf 2000 polnische Gulden geschätzt; ein Gut, welches 100 Rauchfänge besitzt, ist folglich 200 000 polnische Gulden werth; die Einnahme davon beläuft sich auf 10 000 polnische Gulden, und die Abgabe des Zehnten beträgt 1000 polnische Gulden. Sollten jedoch die Stände von der Einnahme 12pCt. auf Reparaturen und Meliorationen abrechnen wollen, so würde die Einnahme nur 8800 Gulden betragen und die Abgabe nur 880. Staszyc meinte in seinen Warnungen für Polen (S. 306), dass dieses Projekt das beste Mittel sei, um die Einnahmen eines Jeden genau und gerecht zu berechnen, ein Mittel, das nicht von dem Willen eines Einzelnen abhinge, sondern auf Thatsachen beruhe. Moszynski hatte seinem Antrag statistische Data über Dörfer und Städte der königlichen, Kirchen- und Rittergüter beigefügt, sowie auch der bezahlten Abgaben nach der Zahl der Rauchfänge. Seine Arbeit ist das beste statistische Dokument dieser Zeit.

auf der letzten Sitzung vor den Osterferien, am 4. April,
as Projekt von Moszynski verworfen. Der König schrieb:
ıaben unsere Sache mit vier Stimmen verloren, die
daran trifft nicht die oppositionelle Partei, denn die
, Czartoryski, Sanguszko, Jablonowski, sogar der Hetman
ɔieha haben alle für uns gestimmt, es lag nur an dem
ıen der Provinzen von Grosspolen gegen Kleinpolen,
stere die Ueberlastung an Steuern fürchteten.“ Diese
ıge beraubte das Schatzamt aller Möglichkeit, den
ı Werth der Güter zu kennen und die Einschätzungs-
lungen in kurzer Frist zu erledigen. Es war umsomehr
.uern, als die Ereignisse in Wolhynien, die wir schon
əllt haben, die Aufmerksamkeit des Reichstages nach den
gleich und für lange Zeit in Anspruch nahmen und eine
übereilter Beschlüsse verursachten. Die Debatten über
nkunftsmittel schleppten sich zwei Monate hin und wurden
h und ermüdend, erst am 25. Mai wurde diese Materie
. Es wurden 15 Kommissare in jeden der 121 Kreise
ɛt. Am 1. Juli sollten diese in jeder Kreishauptstadt
ıen, nachdem die Gutsbesitzer zwei Wochen vorher davon
ıtniss gesetzt waren; nach geleistetem Eide sollten sie
ise der Produkte sowie der hörigen Arbeit festsetzen,
e Inventare und Rechnungen der einzelnen Güter prüfen
Eidleistung der Gutsverwalter empfangen. Die Guts-
wurden zur Eidleistung angesichts der Kommission oder
richt verpflichtet. Aus den vorgelegten Rechnungen
die Kommissare die Einnahmen eines jeden Gutes fest-
und die Abgabe des Zehnten erheben. Die Propination
ıitgerechnet, alle Fabriken und Handelsgeschäfte dagegen
hlossen. Diese Thätigkeit sollte zum 1. März beendet
und die Steuer einmalig, für das ganze Jahr am 1. Oktober,
hlt werden. Ausserdem war noch die provisorische, im
: des Jahres aufgelegte Steuer zu leisten.

ist klar, dass bei der oben beschriebenen Prozedur Alles
Richtigkeit der beschworenen Angaben ankam. Die
ısare sollten schwören, dass sie Niemanden bevorzugten,
tsbesitzer, dass sie ihre Einnahmen offen verkünden
die Gutsverwalter, dass sie bereit seien, gegen ihre
zu zeugen. Wie viele Eide! und damit welche Ver-

suchungen! Freilich ist es nur zu bekannt, wie das Geldinteresse das Gewissen überwiegt. Leider fand das auch hier statt.

Bemerkenswerth bleibt es, dass in dieser ganzen Angelegenheit der Ritterstandssteuern man sich von den alten Lastern nicht befreien konnte! Von Anfang an hatte eine Stimme die Steuervorlage fast abgewehrt, der Wille der versammelten Stände konnte gegen diese Stimme nichts ausrichten, solange sie in ihrem Widerstand beharrte. Der Beschluss wurde nicht durch Abstimmung, sondern durch Akklamation gefasst, gleich darauf verlangt man eine Formulirung, die das alte Vorrecht der Szlachta, die Steuern freiwillig als persönliches Opfer und nicht als Steuerpflichtigkeit dem Staate gegenüber betont. Als der Reihe nach es sich um die Einschätzung der neuen Einkunftsquellen für den Staat handelte, wurden Kommissare ernannt, welche Alles beim Alten liessen, ohne andere Kontrole für nöthig zu erachten, als das Gewissen der Staatsbürger. Dies alles geschah unter den Auspicien eines allmächtigen konföderirten, nicht eines einfachen Reichstages! Und so erweist sich von Neuem, dass eine neue Regierungsform gar keine Garantie einem Staate bietet, solange die Nation selbst verdorben ist. Die Korruption waltet frei, trotz aller neuen Einrichtungen, solange dieselbe in dem Geist einer Nation besteht.

§ 94.

Verhaftung von Poninski. Vertagung des Reichstages.

Nachdem die neuen Steuern endgültig den Starosteien, der Geistlichkeit und der Szlachta auferlegt waren, schritt die Kammer zur Berathung über die Güter des Malteser-Ordens, obwohl die Einkünfte desselben keine bedeutende Einnahme für den Staat abwerfen konnten. Es bestanden in Polen zwei Komthureien: die eine in Grosspolen, deren Sitz Kalisch war, von Przemyslaw im 13. Jahrhundert, die zweite in Lithauen, durch die Radziwill in Stolowicze im 17. Jahrhundert gestiftet. Im Jahre 1609 hatte Janusz Ostrogski ein Majorat gestiftet, welches in die Hände des Malteser-Ordens übergehen sollte, sobald keine Nachkommen weiblicher Seite mehr da sein würden. Daran war die Bedingung geknüpft, eine Burg mit 600 Soldaten gegen die Türken zu halten. Dieses Majorat war jedoch von

keinem Reichstag bestätigt worden, und obschon die Linie erloschen war, hatte der Orden das Majorat nicht erhalten; die Güter wurden testamentarisch vom jeweiligen Besitzer übermacht, bis sie durch eine Transaktion im Jahre 1753 getheilt wurden. Der Reichstag vom Jahre 1766 bestätigte diese Theilung, beseitigte die Ansprüche des Ordens und legte auf die Güter eine Abgabe von 300 000 polnischen Gulden zur Erhaltung eines Infanterie-Regiments.*) Auf dem Theilungs-Reichstag im Jahre 1775 erneuerte der Orden wiederum seine Ansprüche. Von den fremden Mächten unterstützt und mit Befürwortung von Poninski erlangte er wirklich eine neue Ordnung der Stiftung. Man überliess dem Staat 180 000 Gulden von der Gesammteinnahme, die 300 000 Gulden betrug; von der übrigen Summe wurden ein Prior und sechs Komthure erhalten, mit der Erlaubniss, noch acht Komthureien zu vergeben.**) Durch die Ernennung des Priors, der natürlich kein Anderer als Poninski selber war, dem es 42 000 Gulden einbrachte, erlangte Polen das höchst gleichgültige Vorrecht, für sich eine Nation in Malta vorzustellen. Da der Orden in Malta wenig Grund zum Fortbestehen hatte, seitdem die Türkenkriege beendet waren, so war noch viel weniger ein Grund für seine Existenz in Polen vorhanden. Man verlangte nun seine Abschaffung; man hob mit Recht hervor, dass die Uniform nur eine Schaustellung einiger eitlen Herren sei. Doch auch jetzt fand der Orden fremde Hülfe. Auf Befehl des preussischen Hofes reichte Lucchesini eine Note ein, in der man den Orden in Schutz nahm. Diese Note wurde von der Deputation für auswärtige Angelegenheiten schlecht aufgenommen und der Kammer gar nicht vorgelegt. Der Nuntius wurde mehr berücksichtigt, und seiner Vermittelung hatte der Orden zu verdanken, dass man sich damit begnügte, die Ordensgüter mit 20 Prozent zu belasten. Wichtiger als der Beschluss selber waren die Erörterungen, welche bei dieser Gelegenheit stattfanden. Wir haben schon berichtet, dass man vielfach die Abschaffung der Donationen des Reichstages von 1775 verlangte. Niemand hatte gewissenloser und dreister sein Vaterland in dieser unseligen Zeit bestohlen, als der Graf

*) Volumina Legum, VII. 407. (215 n. e.).
**) Ebendaselbst, VIII. 203. (124 desgleichen).

Poninski. Es ist kaum möglich, die Summen festzustellen, die dieser Mensch bekommen hatte von den ihm Gleichgesinnten, von den Theilungsmächten und von denjenigen aus der Szlachta, welche sich bei ihm die Sancita für geraubte Jesuitengüter erwirkten. Ausserdem hatte er selber viele Jesuitengüter an sich gerissen, so dass sein Vermögen sich nach dem Theilungs-Reichstag auf das Vielfache von zehn Millionen belief*). Er war daher eine der politischen und finanziellen Mächte der damaligen Zeit, mächtiger als der König und andere Magnaten; die Szlachta hielt zu ihm trotz seiner allbekannten Verbrechen, sie besuchte sein gastfreies Haus und legte ihre Kapitalien bei ihm an**). So ging es einige Jahre fort. Poninski lebte mit unerhörter Pracht: Millionen wurden von einem übertriebenen Luxus, allerlei Ausschweifungen und Spiellust verschlungen. Bald hatte er mehr Schulden, als seine enormen Einnahmen decken konnten; im Jahre 1784 musste er sein ganzes Vermögen sub hastam potioritatis stellen, und viele anvertraute Kapitalien gingen für deren Besitzer ganz verloren. Poninski blieb nur sein Gehalt als Unterschatzmeister und seine von der russischen Gesandtschaft bezogene Subvention: mit doppeltem Schandmal auf der Stirn als Landesverräther und Bankerotteur ward er allgemein verachtet und verflucht***).

Die Erörterungen über die Steuern des Malteser-Ordens hatten die Erinnerung an die Verbrechen seines Priors wachgerufen, auch spielte, wie man zugeben muss, der Kummer über die verlorenen Gelder bei Manchen mit, als sie sich in patriotischer

*) Ochocki berechnet das Vermögen auf 83 Millionen. Allein man kann diesem Schriftsteller für die Daten und Thatsachen kaum trauen. Seine Memoiren besitzen nur einen Werth als ein Bild der damaligen Sitten.

**) Es war bemerkenswerth, dass trotz der Schmach, die er aus dem Theilungs-Reichstag davontrug, er doch von dem folgenden Reichstag zum Mitglied des permanenten Rathes erwählt wurde. Archetti schreibt darüber: La taccia d'esser venale perde molto di odiosità, quando è commune. (Depesche vom 6. November 1776).

***) Im Jahre 1786 wurde von dem Tribunal in Lublin dekretirt, dass alle die Güter von Poninski zwischen seine Gläubiger vertheilt werden sollten. Fünf Jahre lang dauerten die Transaktionen, weil diese Güter in den verschiedensten Gegenden lagen; während dieser ganzen Zeit erhielten seine Gläubiger weder Kapital noch Zinsen.

Entrüstung, etwas spät, gegen Poninski erhoben. In der Sitzung vom 5. Juni hielt der Abgeordnete Suchodolski eine längere Rede, in der er alle Verbrechen des Reichstagsmarschalls von 1775 aufzählte und den Antrag einbrachte, ihn vor Gericht zu stellen, einstweilen ihm aber alle verliehenen Würden abzunehmen. Diese Stimme, obwohl von Manchen unterstützt, fand doch auch Gegner. Der Unterschatzmeister Kossowski und Malachowski vertheidigten natürlich Poninski nicht im Mindesten, hoben aber hervor, dass man ohne gerichtliche Verhandlungen nicht strafen könnte. Man hoffte die Sache beigelegt zu haben, allein in der nächsten Sitzung wurden die Anklagen erneuert. Der Abgeordnete Zaleski verlangte gerichtliches Verfahren. Poninski selber schickte einen Brief an die versammelten Stände, indem er die Schuld für alle ihm zugeschriebenen Verbrechen auf die drei Theilungsmächte schob und sich bereit erklärte, vor Gericht zu erscheinen, unter der Bedingung, alle diejenigen vorladen zu dürfen, die in dieser Sache zeugen müssten. Dies war die Drohung, dass er auch alle Mitschuldigen entlarven würde und zwar den Hetman Branicki, der ihm in Petersburg dazumal die Präsidentschaft ausgewirkt hatte, den Kastellan Radziwill, der diese Würde mit ihm getheilt hatte, Gurowski, den Bischof Massalski und andere mehr. Die Drohung wirkte nicht; im Gegentheil, der Abgeordnete Weyssenhof rief laut, dass es trotzdem und eben deswegen erwünscht wäre, den gewesenen Marschallpräsidenten vor Gericht zu stellen, und da seine Güter keine Kaution bilden könnten, so müsste er sogleich verhaftet werden. Fürst Czartoryski opponirte gegen die Verhaftung vor gerichtlicher Untersuchung, als gegen einen gefährlichen Präcedenzfall. Die erhitzten Abgeordneten liessen sich den Vorschlag nicht ausreden; jeder erinnerte an irgend ein Verbrechen des Angeklagten. Suchodolski und Suchorzewski erboten sich, Ankläger zu werden und waren bereit, ins Gefängniss zu gehen. Als andere Abgeordnete solches nicht zulassen wollten, fand man einen Ankläger unter dem anwesenden Publikum, Namens Turski. Diese Erörterungen dauerten einige Stunden lang, und die Anträge auf augenblickliche Verhaftung mehrten sich. Endlich nahm der König das Wort: Er erinnerte daran, dass Niemand bei dem Theilungsreichstag so viel gelitten habe, wie er selber, er müsse aber die Nation warnen, eins ihrer Vorrechte preis-

zugeben: Neminem captivabimus nisi jure victum; es wäre besser, dem Verbrecher die Möglichkeit zur Flucht zu lassen, als die gefährliche Praxis einzuführen, einen Staatsbürger zu verhaften, bevor ihn die Gerichte verurtheilten. Darauf erwiderte der Abgeordnete Morski, dass das Gesetz: Neminem captivabimus wohl den König und die Gerichte verpflichte, aber keineswegs die Nation. Dieselbe könnte nach eigenem Ermessen verfahren. Dieses Argument überzeugte, man beschloss einstimmig durch dasselbe Dekret, den Fürsten Poninski zu verhaften und den Gerichten zu übergeben, am 8. Juni.

An demselben Tage wurde 1 Offizier mit 12 Gemeinen in der Wohnung des Fürsten einquartiert. Dies Ereigniss machte grossen Eindruck. Es war unerhört, noch nie dagewesen, dass ein mächtiger Magnat vor Gericht citirt worden wäre! Die Straflosigkeit, dieser schrecklichste Beweis, dass ein Staat dem Verfall geweiht ist, hatte bis dahin schrankenlos gewaltet, durch eine schwache Regierung begünstigt. Seit zwei Jahrhunderten hatte jedes politische Verbrechen Verzeihung gefunden. Zebrzydowski, Janusz Radziwill und Radziejowski hatten ihren für das Vaterland verhängnissvollen Verrath nicht gebüsst; Alle waren von ihrem Könige begnadigt worden. Was hatte die Frechheit zu zügeln vermocht? Die Regierung, welche nicht im Stande ist zu strafen, muss nothwendig einer anderen Platz machen oder den Staat dem Untergang zuführen. Von dem Augenblick an, da die Republik nicht mehr zu strafen vermochte, war der Begriff des politischen Verbrechens geschwunden. Ein Aufstand wurde als ein Appell an den Willen der Nation betrachtet; der Verrath an fremde Mächte galt als Nothwehr vor dem Despotismus des eigenen Königs, Alles fand Entschuldigung. Die Königswahlen, welche an und für sich die Merkmale einer fehlerhaften Landesverfassung waren, berechtigten einigermaassen die verderblichsten Ränke mit dem Ausland und zeitweiliges Verständniss mit fremden Mächten, welche die Parteien unterstützten. In dieser Hinsicht sind fast alle politischen Persönlichkeiten des 18. Jahrhunderts schuldbeladen, denn Alle haben Unterstützung im Auslande gesucht. Einen Unterschied unter ihnen kann man nur machen, indem man die Motive untersucht, welche Jedweden leiteten und die Geschicklichkeit, mit welcher sie ihre Pläne durchführten. Der Fürst Poninski hatte aber nie

ehrliche Absichten, keinen Zweck zum Wohl des Vaterlandes. Er wollte die Macht haben, nur um besser zu stehlen. Seine Frechheit und sein Cynismus überstiegen alle Begriffe. Nach allen Frevelthaten, die er begangen hatte oder deren williges Werkzeug er gewesen war, konnte der blosse Anblick dieses Menschen schon für alle Gutgesinnten und Besserdenkenden ein öffentliches Aergerniss sein. Es war also durchaus richtig auch in politischer Hinsicht, diesen grössten Verbrecher vor Gericht zu stellen. Die Bestrafung eines Verbrechers ist immer ein Triumph der Gerechtigkeit, der den besseren Elementen mehr Geltung verleiht. Die beabsichtigte gerichtliche Untersuchung konnte unter diesem Gesichtspunkt eine gesunde Reaktion hervorrufen; der öffentlichen Meinung und mit ihr dem politischen Leben überhaupt konnte sie einen heilsamen moralischen Stoss geben. Wäre Poninski von dem Reichstag mit der ganzen Majestät der gesetzlichen Formen zum Tode verurtheilt worden, wie er es unzweifelhaft verdient hatte, so durfte man hoffen, dass sich in der Empfindung der damaligen Polen so Manches geändert haben würde und gewisse spätere Ereignisse nicht eingetreten wären. Man darf festhalten, dass die Menschen damals weniger böse als leichtsinnig waren und oft nur darum schlecht handelten, weil sie es straflos thun konnten.

Die öffentlichen Dinge galten als eine Art Spiel, in dem immer etwas zu gewinnen war. Verlor man in einem Reichstag, so gab der nächste die Möglichkeit, wieder Recht zu erlangen. Die Bestrafung von Poninski wäre die beste Warnung gewesen, dass nicht jede Karte in dem Spiel gültig bliebe und dass nicht alle Mittel zum Gewinnst gleich und erlaubt seien. Manch Einer, der ein böses Gewissen herumtrug, hätte das Weite gesucht, manches Hinderniss wäre weggeräumt und der Weg derjenigen Menschen, die aufrichtig nur das öffentliche Wohl anstrebten, erleichtert worden.

Unglücklicherweise hatten die Häupter des Reichstages nicht die Stärke der Ueberzeugung, nicht die moralische Festigkeit und den erforderlichen Muth, um aus diesem Ereigniss den moralischen und den politischen Vortheil für die ganze Nation zu ziehen. Uebrigens war es das Jahrhundert jener Philantropie, welche die Todesstrafe abschafft, weil sie an die Unsterblichkeit der Seele nicht mehr glaubt. Man betrachtete vielfach den

Prozess gegen Poninski als eine überflüssige Sorge, und viele heutige Historiker hegen ja noch dieselbe Ansicht. Der König, immer weichmüthig und zu sehr besorgt um das Loos einzelner Individuen, sah mit Unruhe voraus, „dass eine Reihe von Inquisitionen, Verfolgungen und blutige Proscriptionen stattfinden würden“.

Der Marschallpräsident Malachowski stimmte bei, indem er die Sache nicht bis zum Aeussersten bringen wollte; auch fürchtete er, die ganze Angelegenheit möchte dem Reichstag zu viel Zeit kosten. Es wäre ihm lieb gewesen, wenn Poninski freiwillig auf seine Würden verzichtet und damit die Verzeihung der versammelten Stände erkauft hätte. In solcher Absicht besuchten die beiden Marschälle, Malachowski und Sapieha den Verhafteten (!), allein dieser drohte immer, die Mitschuldigen zu nennen und sich auf diese Weise vor der gerichtlichen Untersuchung zu retten. Nun meinte man, es wäre am besten gewesen, wenn Poninski sich durch Flucht rettete, so dass zugleich mit ihm die Erinnerung an seine Verbrechen geschwunden wäre. Auch die Gesandten der auswärtigen Mächte waren mit dieser Wendung der Reichstagsverhandlungen wenig einverstanden. Stackelberg ward sehr besorgt. Das Verfahren gegen Poninski, einen eifrigen Parteigänger Russlands, schien ihm eine Beleidigung dieser Macht; auch liessen sich Stimmen vernehmen: Poninskis Präsidentschaft auf dem Reichstage von 1775 sei illegal gewesen, also auch die Abtretung der annektirten Provinzen zweifelhaft. Stackelberg persönlich hatte alle Ursache das Licht über die damaligen Verhandlungen zu scheuen, denn, obschon Poninski als Mitglied der Delegation sich von Russland für Alles hatte bezahlen lassen, so hatte doch auch die Gesandtschaft sich von ihm bezahlen lassen; solche Dinge ins Klare zu bringen, erschien kompromittirend. Allein fühlte sich Stackelberg nicht mächtig genug, um den drohenden Prozess zu verhindern, er suchte deshalb Lucchesini zu interessiren; erklärte ihm, das gemeinschaftliche Interesse der drei Mächte fordere die Rettung Poninskis, denn alle Drei hätten ihn als Werkzeug ihrer Pläne gebraucht. Der schlaue Italiener errieth Alles und berichtete die Sache ausführlich seinem Hofe. Der König von Preussen antwortete, er könne die Handhabung der Gerechtigkeit nach dem Willen der Nation und den Gesetzen in Polen

icht verhindern, wünsche nur, dass persönlicher Hass und
lachsucht kein Theil daran nehmen und dass aus dem Prozess
icht die Folgerung gezogen werde, die Legalität der Beschlüsse
es Reichstages von 1775, dessen Präsident Poninski gewesen
rar, anzuzweifeln (am 19. Juni). In diesem Sinne sprach
ucchesini mit den maassgebenden Persönlichkeiten in Warschau
icht ohne Erfolg. Man hörte nunmehr auf, von den Provinzen zu
prechen, und Lucchesini sagte: „Mein Hof hat Poninski reich-
ich bezahlt im Jahre 1775; mehr sind wir ihm nicht schuldig."*)

Inzwischen war in der Kammer ein ständiges Gericht ge-
ildet worden, welches alle ähnlichen Fälle untersuchen und
burtheilen sollte, so lange der konföderirte Reichstag währte.
)er Anklagebeschluss gegen Poninski bestand aus folgenden
'aragraphen: Gewaltthätige und unrechtmässige Aneignung des
larschalltitels zum Reichstag und zur Konföderation im Jahre 1775,
nrechtmässige Verwaltung dieser Würde daselbst, Bezug von
ubventionen seitens auswärtiger Mächte, um ihren Interessen
u dienen, Verkauf von Sancita und von Bestätigungen. Für
iese Verbrechen, sobald dieselben gerichtlich festgestellt waren,
erlangte der Beschluss die Strafe, welche in der alten Ver-
assung: pro crimine status et perduellionis festgesetzt
rar. Derselbe Beschluss setzte ein Gericht ein, bestehend aus
i Senatoren, 4 Ministern und 24 Abgeordneten. Um jeden
nschein von Parteilichkeit zu vermeiden, wurde die Wahl der
lichter dem Loos überlassen. Ein sonderbarer Zufall wollte,
ass unter den Richtern sich auch der Hetman Xaver Branicki
efand! Dieses Ereigniss gab natürlich Gelegenheit zu vielen
Vitzen und zu manchen boshaften Versen.**)

Ueber diese Beschlüsse erschrak Poninski nicht wenig.
isher hatte er gemeint, man würde ihm nur sein Gehalt als
nterschatzmeister abnehmen; er hatte im Sinn gehabt, dieses
ehalt zu vertheidigen, indem er eine grosse Anzahl Mitschul-
iger zu kompromittiren drohte. Aus der gegen ihn verfassten
nklageschrift begriff er nun erst, dass ihm die Sache leicht
n Kopf kosten könnte, mindestens die Verurtheilung zum

---

*) Brief des Königs an Deboli, 8. Juli.

**) Unter diesen sind die bekannten Verse des Dichters Trembecki
boshaftesten, in denen er die Ungehörigkeit hervorhebt, den Mitschul-
en zum Richter eingesetzt zu sehen.

Zuchthaus in der Festung Kamenetz. Jetzt erschien ihm die Flucht als einzige Rettung, und am 3. Juli gelang es ihm, aus dem Gefängniss zu entschlüpfen. Diese Nachricht wurde in den höheren Sphären in Warschau gern empfangen. „Dass Poninski gestern Nacht geflüchtet ist", schreibt der König, „haben wir hier mit Genugthuung erfahren, es werden durch dieses Ereigniss Viele geschont". Allein die Kriegskommission liess ihn verfolgen; man erreichte ihn an der preussischen Grenze und brachte ihn nach Warschau, wo er in der Kaserne der Artillerie eingekerkert wurde. „Es wird ihm nun kaum gelingen", bemerkt der König dazu, „sich zu retten". De Caché meinte, „es wäre kein Glück zu nennen, dass man ihn wieder gefangen hat. Die gerichtlichen Prozeduren bedrohten die Ruhe vieler vornehmer Familien, zumal sein Bruder Kallixtus Poninski auf dem Vorhaben beharre, sich zum Delator seiner Mitschuldigen, nämlich aller derjenigen vornehmen Magnaten, welche mit Adam Poninski an den Verhandlungen im Jahre 1775 theilnahmen, zu machen".*)

Das Reichstagsgericht wurde erst gegen Ende August eröffnet und dauerte fast ein Jahr lang; die Fortsetzung dieser Angelegenheit wird also dem Leser weiter unten mitgetheilt werden. Inzwischen schritt die Kammer nur sehr langsam während des Monats Juni in ihren Arbeiten vor, die Debatten waren von geringer Wichtigkeit. Eine allgemeine Ermüdung machte sich geltend, man verlangte eine Vertagung nicht nur, um sich die nöthige Ruhe zu gönnen, sondern auch, weil der Johannistermin sich näherte und weil die Gegenwart der Gutsbesitzer auf den Gütern dringend erforderlich schien, um daselbst die nöthigen Anstalten zur Auszahlung der neuen Steuern zu treffen. Viele verliessen die Hauptstadt, ohne sich abzumelden. Am 12. Juni fehlten ungefähr 100 Senatoren und 114 Abgeordnete. Es bestand kein Reglement, welches die Zahl der Anwesenden feststellte, um die Abstimmungen zu ermöglichen,

*) Bericht vom 8. Juli. Das Dorf Rubinkowo bei Thorn, in dem Poninski von dem Fähnrich Rudnicki festgenommen wurde, gehörte in das streitbare Grenzgebiet zwischen Polen und Preussen: Lucchesini wollte erst, auf diesen Umstand hinweisend, den Gefangenen reklamiren; man warnte ihn jedoch, dass er die öffentliche Meinung gegen sich haben würde, und so unterliess er die Sache.

d so konnte das Schwinden der Tagenden gefährlich werden. ,Jnsere Parteigänger", schreibt der König, „haben ihr letztes eld verbraucht, um dieser langen Session beizuwohnen, nun sind e gezwungen, fortzureisen, so dass wir hier à la merci sehr efährlicher und boshafter Leute zurückbleiben, welche Mittel ur Verfügung haben, die Anderen nicht zugänglich sein können". Die Befürchtungen des Königs waren gerecht. Um dieselbe ;eit berichtete Lucchesini nach Berlin, dass verschiedene Ab- ;eordnete ihm erklärt hätten, in Warschau nicht länger bleiben u können, wenn man ihnen nicht die Mittel dazu bis Johanni 'orschiesse. Der Bischof Rybinski hatte ihm gleichfalls er- :lärt, er brauche 50 000 bis 60 000 Thaler, um seine Gläubiger u bezahlen. Der Markgraf lobt die Fähigkeiten und die Dienst- ertigkeit des Prälaten ganz ausserordentlich und meint, man nüsse ihm helfen und so viele Abgeordnete wie nur möglich ı Warschau durch Subsidien festhalten, um den preussischen influss zu wahren.*)

Es ist bemerkenswerth, dass bei diesen vertraulichen Mit- eilungen nie die Rede von Gehältern war. Das Gesetz hatte ısdrücklich „die Gehälter von fremden Höfen zu be- ehen", verboten, und die Abgeordneten hatten geschworen, ine zu empfangen, man umschrieb die Sache also mit dem 'orte Anleihe. Wir wissen nicht, wie diese Winke Lucchesinis on Berlin aus beantwortet wurden; es bleibt jedoch unbestritten, .ss nur wenige Parteigänger Preussens Warschau verliessen, ihrend die meisten Abgeordneten der königlichen Partei ihre xistenz in der Hauptstadt nicht länger bestreiten konnten.

In seinen Unterredungen mit den beiden Marschallpräsi- 'nten schlug der König vor, man möchte die Sitzungen bis nfang Oktober (Michaelis), vertagen; Malachowski wünschte ne kürzere Unterbrechung, besonders im Hinblick auf den mstand, dass der Heeresetat und die Regierungsform noch cht endgültig berathen waren; Sapieha gab nur Ferien von ner Woche zu, schliesslich einigten sie sich über eine drei- öchentliche Vertagung. In der Kammer waren viele derselben einung; allein bei der Debatte hierüber erklärten die Abgeord- ten Krasinski, Krasnodembski und Joachim Potocki, dass die

*) Bericht vom 10. Juni.

grosse Zahl der unerledigten Anträge keine Vertagung gestatte. Die Möglichkeit eines Krieges wäre auch nicht ausgeschlossen, und wer sollte dann die nöthigen Maassregeln ergreifen? Trotz dieser Einwürfe beantragte der Marschallpräsident am 20. Juni, „auf allgemeines Verlangen“, der König möchte die Sitzungen auf drei Wochen vertagen. Der König sprach die hergebrachte Formel aus und verliess den Saal. Darauf entstand grosser Lärm in der Kammer, man rief laut, der König habe die Sitzungen eigenmächtig suspendirt. Der Abgeordnete Suchorzewski schrie mit dem gewohnten Eifer, die Freiheit des Reichstages wäre verletzt worden, man zwang den Marschallpräsidenten zum König zu gehen, um ihn zu bitten, er möge die Sitzung durch seine Minister in seinem Namen wieder eröffnen. Wie immer, zeigte sich Stanislaw August auch hier zu nachgiebig. Der Unterstaatskanzler erklärte, Se. Majestät habe die Vertagung nur darum angekündigt, weil dieselbe den Wünschen der Majorität zu entsprechen schien. Fürst Czartoryski dankte dem König für seine Nachsicht mit der Bemerkung, dass die Sache einige Wichtigkeit hätte, da bei Vernachlässigung der Formen, arbiträres Vorgehen sich leicht einschleiche. Man bat nun die wenigen Opponenten, sie möchten doch dem allgemeinen Wunsche nachgeben. Erst jetzt erscholl einstimmiger Beifall. „Nun kündigte der Unterstaatskanzler die Vertagung im Namen Seiner Majestät an, und die nächste Sitzung wurde auf den 13. Juli anberaumt“. So berichtet uns das Diarium über den Verlauf dieser Sache, die ein weiteres Beispiel der unerhörten Thatsache liefert, dass drei Abgeordnete die Macht hatten, den Willen der ganzen Kammer, ihres Präsidenten und des Königs zu durchkreuzen und besonders gebeten werden mussten, die Opposition aufzugeben.

Kapitel 3.

Steuern und Heeresverfassung.

(Fortsetzung.)

Juli bis Dezember 1789.

§ 95.

Krakauer Bisthum. Fürst Michael Poniatowski.

Der Reichstag hatte seine Sitzungen am 20. Juni mit einer r den König empfindlichen Prozedur vertagt, er nahm sie am ł. Juli wieder auf mit einer noch beleidigenderen That. Als ır Marschallpräsident sich bei der Wiedereröffnung überzeugte, ıss noch viele Abgeordnete fehlten, erklärte er die Uumöglichkeit, ichtigere Gegenstände zu besprechen, solange dieser Zustand ıuerte; es wurden also minder wichtige Anträge zur Erledigung ırgelegt und von ihm der Vorschlag gemacht, der König öchte die Sitzungen bis zum Ende der Woche vertagen. Dies schah auch, aber wie am 20. Juni murrten auch jetzt Verhiedene. Am 17. Juli verlangte Potocki (Joachim), man möge e Verhandlungen nicht mehr aufschieben. Sein Antrag wurde rch Matuszewicz unterstützt mit dem Zusatz, die Sitzungen ichten täglich um 10 Uhr anfangen (die Sonn- und Festtage ausnommen) auch wenn der König nicht dabei sein könnte, auch llten etwaige Vertagungen nur von Tag zu Tag stattfinden rfen. Der König nahm das Wort und betonte, solche Gesetze rdeten Allen sehr schwere Lasten auf, man verhandelte ja ohnes täglich, ausser den Posttagen (d. h. Mittwochs und Sonnends), er bitte also, es dabei zu belassen. Weyssenhof und erzejewski verlangten augenblicklich Verlesung des Antrages, d die Abstimmung folgte. Der König that, was er konnte, diesen schluss zu verhindern, allein vergebens. Am 24. Juli wurde der trag im ganzen Umfange angenommen, danach stand es von nun fest: der König habe nur das Recht, die Vertagung bis zum genden Tage und nur nach erledigter Materie zu beschliessen; Vertagung auf mehrere Tage dürfe nur bei Einstimmigkeit olgen; der König sei nicht verpflichtet, den Sitzungen beizuhnen; in seiner Abwesenheit dürften die Kanzler jede Sitzung

schliessen, dass endlich die in Abwesenheit des Königs beschlossenen Gesetze ebenso gültig wären wie solche, die in seiner Gegenwart zu Stande gekommen waren.

Lassen wir auch die Schwierigkeiten bei Seite, welche für den Reichstag selber aus derartigen Beschlüssen entstanden, so müssen wir hervorheben, dass sie den König jedes Einflusses auf die Verhandlungen beraubten und somit gegen ein Kardinalgesetz der Verfassung verstiessen, welches die Rechte des Königs wahrt und den König ausdrücklich als einen Stand für sich in der Republik hinstellt, ohne dessen Einwilligung nichts von den versammelten Ständen beschlossen werden könne: hiess es doch ausdrücklich, dass zwei Stände ohne die Einwilligung des dritten nichts beschliessen durften. Es wäre fast unbegreiflich, wie ein so wichtiger Beschluss, so zu sagen hinterrücks zu Stande kommen konnte, hätte uns nicht die Allmacht des Reichstages bereits an ähnliche Ueberraschungen gewöhnt. Der König empfand diesen neuen Schlag schmerzlich. „Sie haben absichtlich", sagt er, „scheinbar an meine Bequemlichkeit denkend, die Bedingung, dass ich auch von den Sitzungen abwesend sein kann, in diesen Beschluss hineingebracht, um allmählich die Gemüther an die Thatsache zu gewöhnen, dass ich nicht als dritter Faktor die Macht haben soll, ein Gesetz gut zu heissen oder abzulehnen. Natürlich werde ich nur selten von meiner Freiheit, den Verhandlungen nicht beizuwohnen, Gebrauch machen und bei den jetzigen Verhältnissen muss ich sogar Alles vermeiden, was meine Rechte bezüglich der Beschlüsse des Reichstages angeben könnte." Die Kammer verpflichtete sich ausdrücklich, an den Posttagen nicht zu tagen, verlangte aber, dass der Marschallpräsident jedes Mal Dienstags und Freitags die Erlaubniss der Abgeordneten dazu einhole. „Welche Qual für mich!" schreibt der König. „Die geringste Opposition kann auch nach der längsten Sitzung uns zwingen, zwei und drei Stunden über den einfachen Schluss zu debattiren!"

Indessen es sollte zur allgemeinen Ueberraschung bald darauf ein Beschluss gefasst werden, der einen noch revolutionäreren Charakter trug: die Konfiskation der Güter des Krakauer Bisthums. Im Laufe einer einzigen Sitzung wurde der betreffende Antrag wiederholt und in ein Gesetz verwandelt und zwar nur durch den Willen kaum eines Drittels der Berathenden.

lohnt der Mühe, diesen merkwürdigen Vorgang näher zu betrachten.

Das Krakauer Bisthum war seit einiger Zeit nicht besetzt; ein Umstand, der die Gemüther sehr lebhaft beschäftigte. Man wusste, dass in früheren Jahren Fürst Michael Poniatowski auf dieses Bisthum Anwartschaft hatte, weil derselbe schon als Bischof von Plock, Koadjutor des Krakauer Bischofs Soltyk geworden war. Nach dem Tode des Primas Ostrowski, hatte Fürst Poniatowski die Primaswürde erstrebt; um aber dieselbe zu erlangen, musste er dem Gesandten Stackelberg einen schriftlichen Verzicht auf das Krakauer Bisthum einreichen (1784). Er war nicht mehr Koadjutor, wurde aber trotzdem von der römischen Kurie mit der Verwaltung des Krakauer Bisthums betraut, so lange der Bischof Soltyk krank lag. Zwar war Fürst Michael Poniatowski kein ausgezeichneter Bischof „nach dem Sinne Gottes“ wie ihn die Kirche vor Allem braucht; das 18. Jahrhundert hatte ihn zu sehr beeinflusst; allein er war ein tüchtiger und energischer Administrator. Alle päpstlichen Nuntii liessen ihm diese Gerechtigkeit widerfahren.*) Er verstand es, Leute zu finden, welche der Kirche eifrig dienten. Unter diesen war der Suffragan Potkanski als ein frommer und begabter Geistlicher bekannt; später liess er sich von Rom noch durch zwei Suffragane, Olechowski und Radoszewski in seiner Verwaltung unterstützen, vom ersten in Krakau, vom zweiten in Sandomir. Er beanspruchte nichts von den Einnahmen des Bisthums für sich, obwohl er ein Recht dazu gehabt hätte; die Gelder, die ihm zur Disposition standen, wurden für Unterricht und Wohlthätigkeit verwendet; sowohl die Bürgerschaft wie

*) „Il principe vescovo di Plock (schreibt Archetti) sempre zelante [illegible] attento per l'osservanza della Disciplina ecclesiastica nella sua diocesi [illegible]8. August 1776)“ è quella persona, della quale mi par necessario di farne [illegible] conto, che di qualunque altra. Lo vorrei più propenso verso dei regulari. [illegible]orgo in lui un forte sostegno della religione, dell'autorità dei vescovi e [illegible]lle prerogative del Clero, riverente alla SS. Sede, e procuro per quanto [illegible]o di renderlo benevole alla giurisdizione della Nunziatura. (26. Sep[illegible]ber 1776). Saluzzo, mehr mit dem Bischof Szembek befreundet, war [illegible]iatowski weniger geneigt. Zwar spricht er immer mit Hochachtung von [illegible], allein er fürchtet seinen Ehrgeiz und seine Abneigung gegen die [illegible]ciatur; er beschreibt ihn als rachsüchtig und deswegen gefährlich.

auch der Klerus lobten seine Verwaltung.*) Als der Bischof Soltyk starb (30. Juli 1788), wählte das Krakauer Domkapitel ohne Zögern den Fürsten Poniatowski zum Administrator, obwohl es ihm bekannt war, dass diese Wahl Vielen missfallen würde; man beschwerte sich darüber bei dem Nuntius, worauf dieser kurz antwortete: Das Domkapitel handle nach seinem Rechte. Neben der Thätigkeit, die der Primas in Krakau entfaltete, vernachlässigte er keineswegs seine eigene Diözese; hier liess er sich auch von zwei Suffraganen unterstützen. Er machte die Revisionsreisen persönlich, besuchte die Seminarien, beaufsichtigte die Geistlichen und hielt sie zu religiösen Uebungen an; beschützte die Hospitäler, gründete neue und richtete Missionen und neue Pfarrschulen ein. Man erzählte, kein polnisches Bisthum besässe ähnliche Einrichtungen und würde von einem so gesetzestreuen Bischof verwaltet. Dieser Eifer gefiel jedoch nicht Allen. Als er von den Pfarrern verlangte, dass dieselben nur dann die Trauungen vollziehen sollten, wenn die Bauern hinreichend im Katechismus unterrichtet wären, murrten die Gutsbesitzer über solche „Neuerungen und Weitläuftigkeiten."**) Man lachte ihn aus, weil er die Pockenimpfung

*) Im Jahre 1788 betont die Krakauer Wojewodschaft in ihrem Laudum Folgendes: „Unsere Abgeordneten sollen Seiner Fürstlichen Eminenz die Dankbarkeit der ganzen Wojewodschaft ausdrücken für seine unermüdliche Fürsorge, die sich bethätigt in der Verwaltung der Diözese, in der sorgfältigen Erziehung unserer Jugend, in der besonderen Obhut, die Seine Eminenz der Wojewodschaft angedeihen lässt, und dem Schutz der Hospitäler, unter denen auch das Hospital unseres Standes sich befindet. Ebenso bemerkenswerth ist die Aussage des Domkapitels in einem Brief an den Bischof Turski (Februar 1794). „Der Fürstprimas war während neun Jahre der geistliche Verwalter dieser Diözese und als solcher besonders eifrig, wofür wir ihm immer das beste Andenken bewahren. Während der Krankheit unseres Bischofs Soltyk wurden die Güter der Diözese durch zwei vom König ernannte Beamte verwaltet, erst nach dem Tode desselben übernahm der Fürstprimas die Verwaltung. Allein schon im Juli 1789 wurden diese Güter laut Reichstagsdekret dem Schatz der Republik übermacht, ebenso alle Einnahmen derselben. Es wird dem Primas zur Ehre gereichen, dass er während der zwei Jahre vor dem Tode des Bischofs Soltyk bis zur Einsetzung des Bischofs Turski nicht einen Pfennig für sich beanspruchte, obwohl er die ganze Last der Verwaltung zu tragen hatte."

**) Ueber die polnischen Leibeigenen. Warschau 1788. S. 50. Broschüre.

n Gegenstand einer seiner Hirtenbriefe gemacht hatte.*)
n warf ihm zu grosse Strenge vor, was wohl berechtigt erscheint,
er von hartem Charakter war und keine Unordnung litt. Er
gnügte sich nicht mit den oben erwähnten Einrichtungen,
ndern verlangte, dass der ihm unterstellte Klerus genau wisse,
e es in anderen katholischen Ländern zuging. Auf seine
nregung hin wurden verschiedene junge Geistliche auf Kosten
r Schwester des Königs (welche den Titel Pani Krakowska
hrte) ins Ausland geschickt, um daselbst bei den besten
ischöfen praktisch die Verwaltung der Diözesen in Augen-
hein zu nehmen und selber zu lernen.**) Mit einem Wort, als
erwalter war der Primas allen anderen Prälaten in der
olnischen Republik weit überlegen. Die zwei ausgedehntesten
isthümer des Reiches verwaltend***), als Vorsitzender des
ermanenten Rathes, und als thätiges Mitglied der Unterrichts-
ommission, welcher er präsidirte, hatte der Primas den grössten
influss auf die Bischöfe und auf alle Minister, in den kirch-
chen Angelegenheiten war seine Stimme entscheidend, in den
litischen maassgebend. Man musste also öfters weit mehr
it ihm als mit dem König rechnen, denn man wusste, dass
nicht leicht seine Meinung aufgab. Sein Ansehen war
sserordentlich. Als er im Jahre 1785 zu Michaelis seinen
erlichen Einzug in Lowicz hielt, war die Versammlung der
agnaten, der Szlachta und des Volkes so gross, der ihm
reitete Empfang so feierlich, dass der König, der auch zugegen

---

*) Es war nichts Neues, weder in Polen noch im Auslande. So hatte
B. der Bischof Barral in Frankreich einen Hirtenbrief über die Kartoffel-
ltur erlassen. Während des Jubiläums im Jahre 1776 hatten die Pfarrer auf
nordnung des Bischofs Massalski den Bauern die Reparatur der Wege
d der Brücken empfohlen, ebenso Verbesserungen in ihren Häusern
d in der Viehzucht. In Weissrussland predigten die Jesuiten ewige
ahrheiten von der Kanzel herab, und das Jubiläumsjahr hatte manchen
rtschritt in den Sitten der Bauern zu verzeichnen.

**) „Der Pfarrer“ von Kossakowski. Warschau 1788. I, 107.

***) Die Gesammtzahl der Pfarreien betrug in Polen nach der ersten
eilung im Jahre 1775 2024; (man rechnete ungefähr 2500 im ganzen
ich), von diesen rechnete man 1128 Pfarreien für das Erzbisthum Gnesen
d das Bisthum Krakau und zwar 609 Pfarreien für Gnesen und 519 auf
akau. Also ebenso viele wie die anderen 9 Bischöfe der Republik Polen
verwalten hatten.

war, mit etwas Neid die Ansicht äusserte, sein Bruder nehme ihm allen Kredit weg. Trotzdem war Stanislaw August, sei es aus angeborener Güte, sei es aus Familiensinn, sei es auch schliesslich aus Charakterschwäche, diesem Bruder so ergeben, dass er immer auf seinen Rath vertraute und sich von ihm in vielen Dingen leiten liess. In Wien und in Petersburg genoss der Primas grosses Ansehen; die Kaiserin Katharina schrieb an ihn ebenso oft, wie an den König. Preussen allein war dem Primas abgeneigt und er fürchtete diese Macht vor allen anderen. Die Umgangsformen des Primas waren äusserst höflich, aber würdevoll, wie es eben dem ersten Würdenträger der Republik geziemt; er machte ein prachtvolles Haus, unterschied sich aber vortheilhaft von seinem Bruder durch seine Wirthschaftlichkeit. Mit den Magnatenhäusern war er in freundschaftlichen Beziehungen; auch solche, die den König anfeindeten, nahmen sich in Acht, den Primas nicht gegen sich zu haben. Seine Kälte erweckte keine Liebe, man fürchtete ihn vielmehr, achtete aber allgemein seine geistige Ueberlegenheit, seinen Takt und die Spannkraft, die er bei der Führung aller öffentlichen Angelegenheiten an den Tag legte. Nicht nur der Klerus, sondern auch alle diejenigen, welche mit dem Unterrichtswesen zu thun hatten und von der Unterrichtskommission geleitet waren, betrachteten den Primas als ihren Führer und Beschützer; wie sein Bruder auch, hatte der Primas die Fähigkeit, begabte und fleissige Leute auszusuchen und zum Wohl des Landes zu verwenden. Ja, man konnte voraussetzen, dass diesem Manne noch eine wichtigere Rolle vom Schicksal zugewiesen war, besonders im Falle des Todes seines Bruders, der um einige Jahre älter war. Mit Sicherheit ist anzunehmen, dass der Primas sich seine Zukunft als bedeutend vorstellte.

In der Sache des Krakauer Bisthums konnte man aus dem Charakter des Primas wohl schliessen, dass er Schwierigkeiten machen würde, auf das Bisthum zu verzichten, obwohl er dem Gesandten Stackelberg schriftlich seinen Verzicht erklärt hatte. Das kanonische Recht war auch gegen ihn, denn es verlangte einen Bischof für jedes Bisthum, aber man hatte schon öfters Ausnahmen gemacht, besonders für Bischöfe aus den regierenden Häusern, von denen die Päpste zur Nachgiebigkeit gedrängt

worden waren.*) Die Landesgesetze verboten dergleichen auch, denn jeder katholische Bischof war zugleich Senator, und der König konnte die Zahl der Senatoren nicht vermindern; doch gab es auch Ausnahmen, und eine solche beanspruchte der Primas für sich. So war der Kardinal Friedrich, ein Jagellone, auch Primas und zugleich Bischof von Krakau gewesen.**)

Kurzum es fehlte nicht an Präzedenzfällen. Uebrigens war es dem Fürsten Michael weniger um den Bischofshut zu thun, als um die lebenslängliche Verwaltung dieser Diözese, auch nicht um ihre Einnahmen, als um den Einfluss, der bei Vergebung so vieler Benefizien ihm gesichert blieb. Anfänglich schienen diese Pläne sogar der königlichen Familie zu dreist, aber allmählich wurden alle mit dem Fürsten einverstanden; es gelang ihm auch, den König für seine Pläne zu gewinnen. Man wollte die Angelegenheit noch bei Lebzeiten des Bischofs Soltyk auf dem Reichstag im Jahre 1786 durchführen. Zu diesem Zweck fing man an, im Auslande Unterstützung dafür zu suchen. Der Wiener Hof war auch gern bereit, dem Primas zu helfen, durch Kardinal Herzan, der in Rom dafür Bemühungen machte. In Petersburg wurden jedoch auf Stackelbergs Anregung Schwierigkeiten gemacht, und darum liess man zunächst die Sache ruhen. Bald darauf aber fand man einen Weg, um den Widerstand des Gesandten zu beseitigen; derselbe hatte einen

*) Im 17. Jahrhundert wurde der Sohn des Kaisers Ferdinand II. im elften Lebensjahre zum Bischof in Strassburg ernannt, später erhielt er die Bisthümer von Passau, Breslau, Olmütz und Halberstadt; er wurde auch Meister des Deutschen Ordens und Hersfelder Abt. Franz Ludwig, Erzbischof zu Trier (1716 bis 1726), aus dem Hause der Palatiner, hielt die Bisthümer von Breslau und von Worms. Clemens August (1723 bis 1761) aus dem Hause der Kurfürsten von Bayern, war Erzbischof zu Köln und zugleich Bischof von Münster, Paderborn, Hildesheim, Osnabrück, Meister des Deutschen Ordens und Abt zu Stablo und Malmedy. Kardinal Migazzi wurde im Jahre 1757 zum Erzbischof von Wien ernannt und war zugleich Bischof von Waitzen in Ungarn. Mehrere solche Beispiele sind zu finden in Bibliotheca historica medii aevi Supplement von August Potthast, Berlin 1868, von S. 267 bis 448.

**) Ausser diesem Jagellonen sind auch Gamrad und Bernhard Maciejowski zu nennen, welche zwei Bisthümer hielten. Kurowski war Bischof zu Gnesen und Kujavien, und Prinz Ferdinand war Bischof in Plock und in Breslau.

schädigung in der Person Kossakowskis, und als der König versprach, diesen bei der nächsten Promovirung im Auge zu behalten, war Stackelberg bereit, zu Gunsten des Primas mitzuwirken. Dies geschah im Jahre 1788. Als nun Soltyk gestorben war, konnte man erwarten, dass die öffentliche Meinung bald die Ernennung eines neuen Bischofs verlangen würde, da man aber nicht wusste, wie Rom sich zu der Sache verhielt, beschloss man zu temporisiren, unter dem Vorwande, der König könne nur unter drei, ihm vom permanenten Rath vorgeschlagenen Kandidaten wählen, der Rath habe aber noch Niemanden vorgeschlagen. Im Oktober 1788, nach der Reichstagseröffnung, erhielt Antici, polnischer Gesandter in Rom, den Befehl, den Papst zu bitten, die zeitweilige Verwaltung des Krakauer Bisthums in eine lebenslängliche umzuwandeln. Der Nuntius Saluzzo unterstützte diesen Antrag nicht. „Es ist eine höchst peinliche Angelegenheit", berichtet er nach Rom, „man weiss nicht, ob die versammelten Stände die Sache billigen werden. Unter solchen Umständen könnte diese Gnade des heiligen Vaters üble Folgen haben. Die Lage der Kirchenangelegenheiten ist auf diesem Reichstag etwas kritisch, und die Anträge der provinziellen Landtage, welche vielfach verlangen, man möchte die Einnahmen des Krakauer Bisthums für die Armee verwenden, zwingen mich zu rathen, dass sich der heilige Vater in dieser Sache passiv verhalten möchte."*) Die römische Kurie folgte diesem Rath; um jedoch den Primas nicht zu kränken, liess man später bei dem Nuntius anfragen, ob die Nation es gern sehen würde, wenn dem Primas der Kardinalshut verliehen würde? Saluzzo antwortete, dem Primas sei damit nicht gedient, und der König trage kein Verlangen danach. Uebrigens verschlimmerte sich die Lage des Primas täglich. Wir haben berichtet, dass er es mit Russland hielt und Preussens offener Gegner war. Er verbarg diese Meinung keineswegs. Während alle in Warschau ihren Enthusiasmus für den König von Preussen bekundeten, erinnerte er im Reichstag an die Prellereien, die Friedrich II. in Polen begangen, und warnte vor neuen Gefahren, welche die Republik von Seiten des Berliner Hofes bedrohten. Dieses genügte, um ihm jede Popularität zu nehmen. Da er zu

*) Bericht vom 15. Oktober.

ssland, und nicht zu Preussen hielt, übersah man seine ander-
itigen grossen Verdienste und seine ungewöhnlichen Eigen-
haften. Der Hass steigerte sich um so mehr, als man wohl
usste, er würde sich vor der öffentlichen Meinung nicht beugen.
esonders war ihm der Abgeordnete Suchodolski feindlich ge-
nnt; in früheren Jahren hätte dieser Umstand wenig Bedeutung
habt, heute aber war Suchodolski eine Macht. Um die Pläne
s Primas zu vereiteln, stellte Suchodolski (am 8. Januar 1789)
n Antrag, man sollte die Einnahmen des Krakauer Bisthums
r die Bedürfnisse der neuen Armee verwenden und von der
erwaltung Rechenschaft fordern. Dieser Antrag wurde ver-
andelt, blieb aber stecken. Zwei Monate später, als man über
ie Steuern der Geistlichkeit debattirte, kam wieder die Rede
uf die Abrechnungen des Primas. Es handelte sich um die
üter und Kapitalien, welche die Republik nach der Konvention
it Oesterreich erhalten hatte. Nach Berathung mit dem Dom-
apitel hatte der Primas die Kapitalien der Krakauer Akademie
berwiesen und zwei Güter für die Erhaltung des Lazarus-
ospitals in Krakau bestimmt.*) Diese Eintheilung hatte Einigen
issfallen, man wollte deswegen den Primas zur Verantwortung
ehen; seine Vertheidiger konnten nur soviel erreichen, dass
er Reichstag die Sache vertagte (24. März). Aus der einfluss-
ichsten Persönlichkeit des Reiches wurde der Primas innerhalb
nes Halbjahres ein Mann ohne jede Bedeutung. Sein Stolz
tt darunter, die Verfolgungen schmerzten ihn, obwohl dieselben
r von Menschen herrührten, die nichts als eine ephemere

---

*) Die Sache verhielt sich folgendermaassen: Im Jahre 1785 hatten der
imas und das Domkapitel auf der einen Seite und Pater Janowski,
bt von Tyniec, als Delegirter der österreichischen Regierung auf der
deren Seite, einen Vertrag geschlossen über die Absonderung des Theiles
r Diözese, der jenseits der Weichsel lag, um daraus das Bisthum von
rnow zu schaffen. Als Prinzip wurde angenommen, dass die Kirchen-
ter den Bedürfnissen derjenigen Kirche dienen sollen, bei der sie gelegen
d. Aber als Entschädigung musste doch die österreichische Regierung
polnischen Republik 400 000 polnische Gulden auszahlen. Diese Summe
rde, wie oben gesagt, von dem Primas der Akademie überlassen, und
i Besitzungen, welche zu den Kirchen jenseits der Weichsel gehörten,
den dem Lazarushospital überwiesen. Wahrscheinlich wurde auch das
als entstandene Observatorium von der Akademie für dieses Geld
chtet.

Popularität besassen. Das neue politische System, welches eiı geführt wurde, konnte von ihm nicht gebilligt werden, und di(schlimmen Folgen, welche er voraussah, quälten ihn, ebenso auch seine und des Königs Machtlosigkeit. Der Kummer fing an, seine Gesundheit zu untergraben; er zog sich zurück, liess sich nur selten in der Kammer sehen und blieb in Jablonna. Die Verwaltung des Bisthums zu behalten schien nun unmöglich, und der Nuntius, den man aus Rom mehrmals über diesen Vorgang interpellirte, schmeichelte sich, dass es ihm leicht fallen würde, den Primas zum Verzicht zu bringen. Der König begriff wohl, dass die früheren Pläne nicht mehr zeitgemäss waren, er sann über eine neue Gestaltung der Dinge, wollte aber nicht endgültig die Sache erledigen. Die oppositionelle Partei führte im Schilde, den Bischof Szembek zum Krakauer Bischof zu erheben. Dieser hatte auch den Nuntius für sich, war bei dem Hetman Branicki, dessen Vetter er war, beliebt und vom preussischen Hof, mithin von der sogenannten patriotischen Partei, gern gesehen; selbstverständlich waren diese Vorzüge keine Empfehlung für Stanislaw August. Nach der Abschaffung des permanenten Rathes erhielt der König das Recht der Ernennung zu den hohen Würden, und gleich fingen eifrige Bemühungen an, um die disponiblen Pfründen zu erlangen; ausser dem Krakauer Bisthum hatte der König die Wojewodschaft in Troki und in Livland zu vergeben. Der König säumte mit den Ernennungen, unter dem Vorwand, den Gesandten Stackelberg nicht reizen zu wollen. Später mischte sich auch Lucchesini in diese Angelegenheiten und suchte seinem Einflusse Geltung zu verschaffen. Ein neuer Umstand verursachte gerade diese Wendung. Der König von Preussen wünschte sehr, seinen Vetter, den Fürsten Hohenzollern, derzeit Bischof in Kulm, in das Bisthum von Ermeland zu bringen; um dies zu erreichen, war es nothwendig, den Bischof Krasicki, dermals Bischof in Ermeland, nach Polen zu versetzen. Lucchesini machte nun den Vorschlag, den Krakauer Bischofssitz an Szembek zu vergeben, und Krasicki als seinen Koadjutor zu ernennen; Turski sollte in Plock und Naruszewicz in Luck Bischof werden, ersterer als Protegirte von Czartoryski, der zweite als Liebling des Königs. Dies Kombination schien Alle zu befriedigen, ausser Stackelber dessen Protegé Kossakowski dabei nicht bedacht wurd

olche Schwierigkeiten schienen des Königs Saumseligkeit u entschuldigen, in Wahrheit aber hatte er noch nicht die Hoffnung aufgegeben, dass sein Bruder doch in Krakau bleiben könnte, dank einer günstigen Wendung der Dinge. Im Monat März erneuerte Lucchesini seine Bemühungen: „Mein Hof“, theilte er dem Marschall Mniszech mit, „hat mir eine Abschrift der früheren Verzichtleistung des Primas auf das Krakauer Bisthum geschickt. Dieselbe wurde uns seinerzeit vom Gesandten Stackelberg mitgetheilt, als Beweis seines Einflusses in Polen. Heute können auch die Nachbarmächte nicht dulden, dass der Vizekönig von Polen über solche Reichthümer disponire. Ich bitte also im Namen meines Königs um dieses Bisthum für Szembek und um dasjenige von Plock für den Bischof von Ermeland, Krasicki, oder um die Krakauer Koadjutorstelle.“ Er fügte die Warnung hinzu, dass der Reichstag das Krakauer Bisthum sicherlich zerstückeln würde, falls der König in seinen Absichten beharre. Stackelberg hörte seinerseits nicht auf, die Ansprüche des Bischofs Kossakowski geltend zu machen und die Drohungen Lucchesinis als übertrieben zu schildern. Dem König war es schwer, einen Entschluss zu fassen. „Ich werde in dieser Sache so lange wie möglich zögern“, schreibt er an Deboli, „kommt es aber zur Konfiskation der Güter zu Gunsten der Armee, dann wird es schwer, die Sache länger zu vertagen. Zwar habe ich einen Plan, der aber noch nicht reif ist: ich will Krasicki zum Krakauer Bischof ernennen unter der Bedingung, dass ein Theil seiner Einnahmen den ärmeren Bisthümern von Livland und Smolensk, vielleicht auch dem Chelmer, aufhilft. Doch das sind noch Träume.“

Auf solche Weise wurden denn dritthalb Monate weiter 'erträumt. Die römische Kurie beunruhigte sich. Der Kardinaltaatssekretär schrieb, dass er solche Verzögerung nicht begriffe, ie der Kirche schädlich wäre. Alles half nichts. Der Nuntius esass keinen Einfluss, der Primas war in der Provinz und liess e Sache auf sich beruhen, der König hatte hundert wichtigere nge zu beschliessen und vergass darüber das Krakauer Bisım gänzlich.

§ 96.

Konfiskation der Güter des Krakauer Bisthums.

Anfang Juli erschien Krasicki in Warschau, um daselbst seine Kandidatur durchzusetzen; er zweifelte nicht am Erfolg. Er rechnete auf den Schutz der königlichen Familie und das Wohlwollen Friedrich Wilhelms. Man warnte ihn, dass Lucchesini ihm nicht gewogen sei; er antwortete, dass es kein Schaden wäre, und machte einen schlechten Witz über die schon oben erwähnte Anwartschaft des Hohenzollern auf Ermland. Er unterschätzte offenbar Lucchesinis Uebelwollen. Der Italiener vergass nicht, dass Krasicki als Bischof einer an Preussen gefallenen Diözese preussischer Unterthan war und sich doch nicht zur preussenfreundlichen Partei hielt, dass er ferner täglicher Gast im Schlosse war, wo ihn die Familie des Königs gnädig aufnahm, und wo er treffliche Witze über Lucchesinis Mentorrolle in Warschau machte; der Diplomat verzieh ihm das nicht und schickte einen Bericht nach Berlin ab, in dem er Krasicki anschwärzte und allerlei auf Lügen beruhende Argumente benutzte, um zu beweisen, dass er der Gunst des preussischen Hofes nicht würdig sei. Unter Anderem behauptete er sogar, Krasicki habe für theueres Geld bei dem Primas die Verwaltung des Krakauer Bisthums erkaufen wollen. Dieser Bericht vom 8. Juli lautete: „Da mir bekannt ist, dass Ew. Majestät für die Pläne des Bischofs Krasicki Interesse hegen, so habe ich ihn gebeten, sich über die bisherige Thätigkeit des Reichstages vorsichtiger auszudrücken; in seiner Spottlust hat er kein anderes Ziel, als der königlichen Familie zu schmeicheln, in der er fast ausschliesslich seinen Umgang sucht. Unter den Bedingungen, die man ihm auflegt, um das Bisthum zu erlangen, findet sich auch die, 4000 Gulden seiner Einkünfte dem Bischof von Livland jährlich auszuzahlen; dieser Bischof ist aber ein Augendiener des russischen Gesandten, ein Feind von Preussen und der patriotischen Partei, der seine Untergebenen für die Kaiserin zu gewinnen sucht und der alles Preussische sowie die Absichten Ew. Majestät Polen gegenüber mit Misstrauen betrachtet. Ew. Majestät mögen selbst die Folgen der Freigebigkeit des Ermländer Bischofs beurtheilen. Wenn die Gunst Ew. Majestät indirekt den Interessen der uns feindlichen Partei dienen soll, so können meine Winke und Rath-

schläge keinen Erfolg haben. Ich habe dies dem Fürst-Bischof klargemacht, allein er denkt nur an die Krakauer Stelle, antwortet mir, er habe den Schutz Ew. Majestät für sich und verspricht mit dem ihm innewohnenden Leichtsinn, dass er im Senat für die Absichten Ew. Majestät wirken werde; dort aber hat er keinen Einfluss und wird nie einen solchen besitzen, weil er dem König von Polen zu sehr ergeben ist. Diesen Bericht Ew. Majestät vorzulegen, zwingt mich mein Pflichtgefühl; die Zukunft wird meine Bemerkungen bestätigen.“ Indem Lucchesini sich auf diese Weise seines Hofes versicherte, konnte er der Opposition in Warschau den Rest überlassen. Es genügte, ihr vorzustellen, die Kandidatur des von ihr begünstigten Szembek sei gefährdet, Krasicki werde wahrscheinlich das Krakauer Bisthum erhalten und seine Einkünfte mit Kossakowski theilen, um sie zu entscheidenden Schritten zu zwingen. Der Augenblick war günstig, denn der Reichstag bestand jetzt zum grössten Theil aus preussenfreundlichen Abgeordneten, weil die Parteigänger des Königs ihre Ferien verlängerten. Einstweilen war man im Schloss mit derselben Sache beschäftigt; Krasicki war weniger geneigt, seine Einkünfte mit Kossakowski zu theilen, als es Lucchesini in seinem Bericht dargestellt hatte; erst als man ihm diese Bedingung als unumgänglich erklärte, gab er schliesslich nach. Man zögerte dennoch und wollte die Rückkehr einiger Mitglieder der königlichen Partei abwarten. Nun trat der Nuntius dazwischen, nachdem er von den Absichten der Kammer gehört hatte. Er rieth dem König, die Ernennung zu beschleunigen, wollte aber keinen anderen Kandidaten als Szembek vorschlagen, und so blieb sein Rath wirkungslos.

In der Sitzung am 17. Juli erschienen drei Bischöfe, einige Senatoren und weniger als ein Drittel der Abgeordneten, im Ganzen 80 Reichstagsmitglieder statt 272. Der Marschallpräsident setzte die weitere Verhandlung der Finanzen auf die Tagesordnung. Potocki und Matuszewicz brachten den Antrag auf tägliche Sitzungen ein, den wir oben erwähnten; was auch beschlossen wurde. Darauf stellt Suchodolski den Antrag, man möchte doch die Verlesung eines Projektes gestatten, welches seit Monaten zur Berathung stehe, das den zukünftigen Bischof von Krakau betreffende, wonach 100 000 polnische Gulden dem Bischof angewiesen würden, alle Ueberschüsse aber für die Bedürfnisse

der Armee verwendet werden sollten. Der Marschall gestattete die Verlesung; gleich darauf nahm Suchodolski wieder das Wort, um zu beweisen, wie dringend die Noth des Vaterlandes sei, wie schwer die Mittel für ein Heer zusammenzubringen und wie die an das reiche Bisthum gestellte Forderung nur gerecht sei. Viele Abgeordnete der Hetmans-Partei unterstützten den Antrag mit ähnlichen Gründen. Erst jetzt merkte der Marschall das drohende Unheil und meinte, man müsse diesen Antrag wieder neu drucken lassen und dann erst darüber beschliessen. Diese Einwendung half aber nicht mehr. Der Abgeordnete Suchorzewski behauptete zwar, man müsse die Wiederkehr der Krakauer Abgeordneten, die in dieser Sache das grösste Interesse hätten, abwarten, allein der Abgeordnete Rzewuski erwiderte, es sei nicht eine Krakauer Angelegenheit, sondern beträfe die ganze Republik. Abgeordneter Ankwicz vertheidigte das Bisthum und erinnerte daran, dass Verhandlungen mit der römischen Kurie solchen Beschlüssen vorausgehen müssten. Abgeordneter Garnysz betonte, man kränke damit den geistlichen Stand als solchen, sündige auch gegen die Pacta conventa, welche ausdrücklich den König verpflichteten, die Bisthümer unversehrt mit allen Einkünften von einer Hand in die andere übergehen zu lassen; schliesslich dürften auch die Einkünfte nicht dem Staat erstattet werden, sondern den Familien der ursprünglichen Stifter, wenn überhaupt von Erstattung die Rede sein sollte. Der Kastellan Ostrowski argumentirte daraufhin, die Einkünfte seien nicht an die Person des Bischofs gebunden, sondern an den Sitz als solchen, er wollte auch erst die Verständigung cum collegio episcoporum und mit Rom angebahnt wissen. Darauf erwiderte der Antragsteller, der König habe auch die Immunität des ganzen Vaterlandes in den Pacta conventa beschworen, und vor Allem brauche man die Mittel zu einer Armee, welche diese Immunität vertheidigen könnte; auch habe man die Güter der ausgewiesenen Jesuiten nicht den früheren Stiftern herausgegeben, sondern die Einkünfte derselben der Unterrichtskommission überwiesen; dasselbe Verfahren könnte man in dem jetzigen Falle anwenden. Schliesslich bat er um Turnus (Abstimmung). Als der König aus der vorausgegangenen Debatte die Uebermacht der Opposition merkte, nahm auch er das Wort und suchte einen Mittelweg vorzuschlagen; er wollte aus den Einkünften des Krakauer Bisthums

meren Bisthümer wie jene von Kamenetz, Chelm, Livland,
msk, versorgen, dann den Krakauer Bischof ausstatten und
[eberschüsse zwischen der Krakauer Akademie und dem
sschatz vertheilen, Alles im Einvernehmen mit der römischen
. Nach dem König sprach Kossakowski; er warnte, man
ıf dem Wege, das Eigenthumsrecht zu verletzen; eine Kon-
ion könnte nur als Strafe einer vorausgegangenen Schuld statt-
ı; die geistlichen Güter dürften nur zur Deckung geistlicher
rfnisse verwendet werden; habe ein benachbarter Staat die
ichen Güter sich angeeignet, so wären dieselben doch als
s für den Kultus geblieben. Alle Bisthümer können un-
ch gleich dotirt sein, das Krakauer wäre das umfangreichste
larum auch an Einkünften allen Anderen überlegen. Sollte
einer Abstimmung kommen, so könnte die Frage nur so
llt werden, ob das Krakauer Bisthum in kleinere Diözesen
ilt werden sollte. Darauf erwiderte Abgeordneter Rzewuski,
es sich vor Allem darum handele, das Vaterland, nicht aber
Bischöfe zu bereichern. Andere von der Opposition
hen in demselben Sinne. Was aber bemerkenswerth er-
ıt, ist die Thatsache, dass keiner von den Rednern eigent-
enau wusste, wie viel die Einnahmen des Bisthums betrügen;
ıahm nur an, dass dieselben beträchtlich wären, obwohl sie
der Theilung um die Hälfte verringert waren. Niemand
e auch, wie umfangreiche Lasten das Bisthum zu tragen
, denn als solche muss man wohl die vielen frommen
ngen und Wohlthätigkeitsanstalten betrachten, deren Ver-
ng dem Bischof von ihren Stiftern anvertraut worden war;
gab sich nicht Rechenschaft von der Summe, die übrig
n konnte, nachdem dies Alles in Abzug gebracht, denn
sslich konnte nur diese Summe für den Reichsschatz in
cht kommen, und nur über solche konnte die Kammer
h Bestimmung treffen. Und doch wagte diese Versammlung
schliessen. Der Marschall formulirte seine Frage also:
n die Bischöfe von Krakau, Fürsten von Siewier von jetzt an
)0 000 Gulden Einkommen erhalten oder bei ihren früheren
nften bleiben. 20 Stimmen votirten für den Bischof, 62 gegen
ler Bischof Kossakowski enthielt sich der Abstimmung als
st gegen den Antrag. Der Bischof Gedroye verlangte geheime
nmung, jedoch änderte das an der Sachlage nur wenig.

Diese Verhandlung hatte sieben volle Stunden gewährt. In einer so relativ kurzen Zeit konnte man wahrhaftig nicht mehr und nichts Schlechteres leisten. Es ist schwer zu beurtheilen, Wen in dieser Angelegenheit die schwerste Schuld trifft. Ob der Primas, welcher zuerst diesen Sturm durch sein Beharren auf seine gegen das kanonische Recht verstossenden Ansprüche hervorgerufen hatte, oder die Bischöfe, welche simonistische Verhandlungen führten, oder der König, der durch seine tadelnswerthe Unterwürfigkeit gegen den Primas sowohl wie gegen die Bischöfe ihre Pläne unterstützte; oder aber die Opposition, welche in ihrer eingebildeten Allmacht mit solchen schwierigen Problemen wie ein Wahnwitziger verfuhr und mit einem Schlage zerstörte, was Jahrhunderte zu Stande gebracht hatten, eine Menge Interessen verletzte und Schwierigkeiten schuf, von denen sie keine Ahnung hatte. Wir müssen noch hinzufügen, dass die Abwehr gegen die Opposition, wie fast immer, äusserst schwach war. Statt sich auf moralische und politische Prinzipien zu berufen, welche ein Gesetzgeber vor Allem im Auge behalten soll, statt die Rechte der Kirche zu vertheidigen, die Solidarität des Eigenthums und die Pflicht des Staates zu betonen, Rechte zu beschützen, welche durch ihr langes Bestehen geheiligt sind, suchte der König kleinliche Kombinationen vorzuschlagen, welche nur den Zweck zu haben schienen, den russischen Gesandten oder Kossakowski oder Naruszewicz zu befriedigen! Naruszewicz hielt sich zwar bei Seite, aber die besten Redner, die einflussreichsten Männer, welche der Opposition hätten die Stirn bieten können, fehlten in der Kammer. Fürst Adam Czartoryski, Fürst Stanislaw Poniatowski, Wawrecki, Stanislaw Potocki waren noch alle abwesend.*) Von den Bischöfen war gerade Kossakowski derjenige, dessen Argumente keine Bedeutung haben konnten. Nur die Rede von Garnysz war im Stande gewesen, die Opposition etwas zu beeinflussen; als er geendet hatte, lief Einer von dieser Partei zu ihm und sagte: „Wenn dieses Bisthum Ihnen gegeben

*) Wir haben in mehreren Berichten gelesen, dass Ignaz Potocki das Bisthum gründlich vertheidigte, allein seine Rede haben wir nirgends finden können. Die Gazeta Warszawska erwähnt diese Rede gar nicht. Wir erinnern an die Thatsache, dass von März bis September das Reichstags-Journal gänzlich fehlt. Die Gazeta muss uns diesen Mangel ersetzen.

le, so sind wir bereit, unseren Antrag fallen zu lassen." —
it zeigte die Opposition, dass sie nicht die Rechte der
he verletzen wollte, sondern nur aus Hass gegen einige
önlichkeiten handelte. Der treffliche Unterkanzler erwiderte:
handelt sich nicht um meine Person, sondern um das
l des Bisthums und um die Rechte der Kirche." — Das
alten des Marschallpräsidenten Malachowski in dieser
ng erscheint besonders schwächlich. Er konnte wohl,
er wollte, den Beschluss verzögern; diesmal liess er
aber von den Gegnern betrügen und überrumpeln. Erst
seiner Unterredung mit dem Nuntius am folgenden Tage
ff er die ganze Tragweite des Vorgefallenen. „Seine Ab-
en", schreibt der König, „scheinen immer die besten zu
aber oft wird er sich über den gegen ihn ausgeübten
ıg nicht klar und dann bedauert er seine Fehler und ist
ıcklich, wie es auch gestern geschah; öffentlich und fast
Thränen beklagte er die Verletzung der Eigenthumsrechte,
urch den Beschluss gegen das Krakauer Bisthum begangen
en war."
Noch lange blieb das Gesetz vom 17. Juli dem Präsidenten
Gewissenspein. Als er Warschau im Jahre 1792 verliess,
rte er sich, wie folgt, gegen den Pater Woronicz: „Mein Herr,
ng Alles gut, bis wir unsere Hand gegen dieses unglückliche
auer Bisthum erhoben haben! Wer aber damit den Anfang
te, mag ein Anderer sagen, mir geziemt es nicht."*) Alles
zwar nicht gut, wie der Marschall meinte; allein es bleibt
gefochten, dass dieser ungerechte und arbiträre Schritt
Anfang zu vielen anderen, nicht minder arbiträren, machte
lurch seine Dreistigkeit den zeitgenössischen Beschlüssen
ssemblée Nationale an die Seite gesetzt zu werden verdient.

§ 97.

Vergleichung der Bischofsgehälter. Päpstliche Instruktionen und Breve.

Die Angelegenheit des Krakauer und anderer Bisthümer
noch vier Sitzungen in Anspruch vom 20. bis 24. Juli.
wollen sie der Kürze halber hier gleich darstellen. In der

*) Lentowski, Katalog der Krakauer Bischöfe, I. 236.

ersten erinnerte der Marschall die Kammer an die Achtung, die sie der Religion und ihren Dienern schuldete, die allein Gottes Segen sichere; sodann wurde die Denkschrift des Nuntius verlesen, in welcher der Monsignore Saluzzo hervorhob, wie peinlich die Nachricht des bekannten Beschlusses den Heiligen Vater berühren würde. Etwas Aehnliches sei noch nie in der Geschichte Polens vorgekommen, das die kirchlichen Interessen und den Kultus in gleichem Maasse verletze. Diese verehrte Versammlung der Nation habe die Wiedergeburt des Vaterlandes zum Zweck, und als solche habe sie bisher nur solche Beschlüsse gefasst, die sowohl der öffentlichen Ordnung wie der Freiheit dienten und die Stärkung der Gerechtigkeit, der Gesetze und den Wohlstand der Staatsbürger zum Zweck hatten. Warum sollte nun eine Klasse der Staatsangehörigen der wohlthätigen Folgen solcher weisen Gesetzgebung verlustig gehen? warum sollten die Diener der Kirche dem Verlust ihrer Habe ausgesetzt werden und mit Verletzung der bisher üblichen Form ihre ältesten Privilegien verlieren?! Warum sollen die Kirchengüter nicht derjenigen Garantien theilhaftig werden, die in dem Konföderationsakt jedes Eigenthum ohne Ausnahme sichert? Als über die Einnahmen des Krakauer Bisthums verfügt wurde, hatte man wohl ausser Acht gelassen, dass fast alle diese Güter durch frühere Krakauer Bischöfe gestiftet seien, was die Besitzung sicherlich erst recht heiligen und verhindern sollte, dieselben für weltliche den Absichten der Stifter fremde Zwecke zu verwenden.*) Die

*) Nach der ersten Theilung waren die Besitzungen des Krakauer Bischofs folgende: Kielce, Bodzencin, Suchedniów, Samzonow, Sławków, Mirow, Iłża, Kunow, Lipowiec, Jangrot, Wawrzenczyce, Sielce Dobrowoda, Słota, das Fürstenthum Siewierz, die Baronie Kozieglowy, Piotrowin, Zambrowska Wola; also im Ganzen 17 Güter. Von diesen hatte der heilige Stanislaus: Piotrowin gekauft, der Bischof Pelka: Wawrzenczyce, der Bischof Olesnicki: das Fürstenthum Siewierz, Bischof Konarski: Kozieglowy, der Bischof Tomicki: Zambrow. Viele waren von Piastenfürsten dem Bisthum im 11., 12., 13. Jahrhundert gegeben worden, und zur Zeit der Donation waren sie nichts Anderes als unkultivirte Waldungen. Die Bischöfe hatten solche Gegenden mit vieler Mühe kolonisirt und urbar gemacht. Im 13. Jahrhundert durch die Tataren völlig verwüstet, verdankten sie wiederum den Bischöfen ihre Wiederherstellung, so hat Bischof Grot Iłża und Jangrot wieder aufgebaut, Kunow verdankte Alles dem Bischof Olesnicki; Kielce war im Jahre 1171 vom Bischof Gedeon erbaut

ıme von 100 000 Gulden, welche von den versammelten ıden dem Krakauer Bischof zugewiesen sei, genüge kaum für Bedürfnisse einer so ausgedehnten Diözese, die Zahl der :hen daselbst sei gross und ihre Unterhaltung und Reparatur ange grosse Summen, auch seien zahlreiche Arme unter Schutz des Bischofs gestellt. Der Nuntius endete mit der ınung, dass die Kammer, weise und gerecht, nochmals den :hluss überlegen und die Mittel finden würde, ihre Liebe Vaterland mit der Achtung vor dem heiligen Glauben zu inigen. Diese Note war demüthig und voll schmeichelhafter lrücke für die versammelten Stände; man machte dem Nuntius erhin sogar einen Vorwurf daraus, auf den er erwiderte, dass ıicht klug sei, mit den Polen anders zu verhandeln, und an Drohungen gar nicht zu denken gewesen sei. Dessen ıachtet liessen sich gleich Stimmen hören, welche nach der esung der obigen Note erklärten, der Papst könne nicht en, wie die Bischöfe in Polen handelten, wie sie intriguirten dergleichen mehr, man müsse einen besonderen Gesandten ı Rom schicken. Darauf nahmen Okencki und Cieciszowski, . Bischöfe, welche der beschriebenen Sitzung nicht beiɔhnt hatten, das Wort: Die versammelten Stände müssten gefassten Beschluss nochmals revidiren, es sei von ver;nissvoller Bedeutung, für das Bestehen der Religion gelich; dem Beschlusse fehle es an Klarheit und Bestimmtheit, ı, obwohl die Konfiskation ausgesprochen sei, so wisse man ts über die Dauer derselben und woher der Bischof die ihm liebenen Einnahmen zu erhalten habe? Zu den Lasten die r Bischof zu tragen habe, komme noch für den Krakauer hof die Erhaltung der Basilika daselbst. Besonders zeichnete die Rede des Bischofs Okencki durch Kraft der Argumente

ɜn, Bodzencin von Bodżenta Jankowski. Kurzum durch jahrelanges zthum, durch die gemachten Stiftungen und sorgsame Beschützung ı die Bischöfe die sichersten Rechte. Man begriff das auch gut, als ılen noch Staatsvernunft regierte, denn als im 16. Jahrhundert die ɜche Szlachta, dem Beispiele der Lutheraner folgend, die Einnahmen ꞙeistlichen beanspruchte, erwiderte Sigismund der Alte: „Si non sunt ı dotes et privilegia majorum et Antecessorum nostrorum Ecclesiis a, cujus erant firmitatis illa, aliis ordinibus, subparibus sigillis, pari ento et pelle concessa — —.“ Vol. Leg. I, 483. A. 1527.

und Empfindung aus. Stanislaw Potocki beklagte die Ungerechtigkeit, welche begangen worden war, er verlangte, dass man die Krakauer Güter wenigstens dem Bischof lasse. Kossakowski deutete auf die Fehlerhaftigkeit des Beschlusses, welcher in Gegenwart nur weniger Abgeordneten und in Abwesenheit der meisten Senatoren gefasst sei; er gestand, dass er auch auf eine Versorgung gehofft habe, jedoch nicht für seine Person, sondern für das Bisthum von Kurland, welches als arm anerkannt worden war. Viel lauter war die Opposition. Die eigentlichen Urheber des Beschlusses, die Abgeordneten Kublicki, Kastellan Jezierski, Butrymowicz, Suchorzewski, Zielinski, Sapieha, vor Allen aber Suchodolski, der bei jeder Sitzung mehrmals das Wort ergriff, alle weigerten sich, das neue Gesetz nochmals zu diskutiren, dieses wäre nun für immer festgestellt, es handelte sich nicht mehr um die Widerrufung, sondern um die Erweiterung desselben auf alle übrigen Bisthümer. Am stärksten wurde Kossakowski angegriffen: „Es sind eben die übermässigen bischöflichen Einnahmen und die Hoffnung, dieselben zu erlangen, welche einige Geistliche bewogen haben, sich in den Dienst der fremden Gesandten zu begeben und durch diese sich die Wege zu reichen Bischofshüten zu ebnen; manches Mal wurde der König zu Versprechungen und Verhandlungen von diesen Herren gezwungen, auf die er nur ungern einging; es ist also nur gerecht, wenn diejenigen, welche solches verschuldet haben, nun bestraft werden; es sei auch gut, dass ein für alle Mal der Weg für fremde Einflüsse gesperrt werde.“ Der König erinnerte daran, der Anstand geböte, eine besondere Deputation zu ernennen, welche beauftragt würde, die Note des Nuntius zu beantworten und sich mit den Bischöfen in dieser Materie zu verständigen. Der Marschallpräsident nahm diesen Gedanken eifrig auf und setzte ihn durch.*) Der Abgeordnete Butrymowicz verlangte nun, dass dieselbe Maassregel, welche das Krakauer Bisthum traf, auf alle anderen Diözesen angewandt werde; Konsequenz und Gerechtigkeit erheischten diese Maassregel. Der Bischof Okencki machte daraufhin die Bemerkung, dass die eben ernannte Deputation den Vorschlag prüfen und den

*) Diese Deputation bestand aus drei Senatoren: Ankwicz, Walewski, Syberg und drei Abgeordneten: Ossolinski, Dialynski und Niemcewicz.

tänden vorlegen sollte. Dieser Weg schien jedoch unsicher
nd langwierig; man wollte andere minder wichtige Fragen der
eputation überlassen. Viele unterstützten diesen Antrag und
ist ohne Widerstand wurde die Gleichstellung der Bisthümer
ach dem Tode der jetzigen Inhaber beschlossen; bis zu ge-
ewissem Grade konnte für diesen Beschluss geltend gemacht
erden, dass die Bedürftigkeit einzelner Bisthümer durch den
eichthum der anderen ausgeglichen würde.

Diese Angelegenheit war noch nicht erledigt, als der Ab-
eordnete Rzewuski schon den Marschallpräsidenten über etwas
nderes interpellirte. Nach der Abschaffung des permanenten
athes wusste man nicht mehr, wer dem Könige die Kandidaten
u den Staatsämtern vorzuschlagen hätte. Auf diese Frage ant-
ortete Malachowski, dass die Vertheilung aller Aemter dem
önige zustände. „Nein, nicht aller", rief Ignaz Potocki. Rzewuski,
uchodolski und Peter Potocki riethen nun, die Kammer möchte
rst das Recht der Aemtervertheilung klarlegen, bevor man über
ie Ernennung der Bischöfe beschliesse. Der König, von solchen
eusserungen unangenehm berührt, sagte: „Ich habe heute ver-
chiedene Ansichten in einer mich berührenden Materie zu hören
ekommen. A condita republica hatten die Könige allein das
echt, Staatsämter zu verleihen; dieses Recht ist ihnen nie
estritten worden, ich selbst habe es von der Nation mit den
acta conventa erhalten. Ich habe auch diese Prärogative
s zu dem Reichstag genossen, den man hier als Anfang alles
nglücks des Vaterlandes bezeichnet hat (1775); ich habe eben-
lls von vielen Seiten bedauern gehört, dass man mir diese
rärogative abgenommen hat. Ich habe gemeint, die Mehrheit
u befriedigen, indem ich jetzt dieses Recht brauche, und darum
abe ich die hier so oft mit Recht gelobten Männer: den Fürst-
schof von Luck Turski und den Fürstbischof von Smolensk
arussewicz mit neuen Würden bedacht; der erste soll Bischof
on Krakau, der zweite an seiner Stelle Bischof von Luck
erden." Der König hoffte durch ein Fait accompli der
che ein Ende zu machen, allein er hatte sich sehr geirrt.
war beispiellos, aber es geschah thatsächlich; Rzewuski und
chodolski erklärten, dass diese Ernennungen nicht bestätigt
rden dürften, weil die Kammer das Recht habe, jeweil die
ndidaten vorzuschlagen. Daraufhin schlugen sie dieselben

Kandidaten vor. Nun erklärte der Bischof Turski, er erachte sich dessen unwürdig, da man nach geschehener Ernennung solche Diskussion veranlasst habe: er riethe seinerseits, etwas mehr Rücksicht auf die Bedürfnisse des Krakauer Bisthums zu nehmen, als die Kammer bisher bewiesen habe. Czacki vertheidigte die Vorrechte des Königs, Sapieha meinte, dass, sobald der Senat auch gesetzgebend sei, man dem König das Recht, die Senatoren zu ernennen, nicht mehr überlassen könne, überhaupt müsste die Verfassung in diesem Punkt einer Veränderung unterzogen werden: indessen, da die Persönlichkeiten, welche der König ernannt hatte, den Wünschen der Nation entsprächen, so würde es für diesmal genügen, wenn die Kammer diese Ernennungen bestätige. Wie aus dem Allen hervorgeht, war die Debatte wieder einmal verschoben worden und dabei ward ein Attribut nach dem anderen dem König streitig gemacht. Endlich sagte Stanislaw Potocki, er fände die Erörterungen über die Gesetze jetzt unpassend, man müsse die Sache mit den Bischöfen erledigen und den Etat der Armee weiter besprechen. Stanislaw August nahm wiederum das Wort. Um die ernannten Bischöfe sicherzustellen, erklärte er, die Beweisführung über die ihm gebührenden Rechte gern unterlassen und sich dem Gedanken von Sapieha anschliessen zu wollen, es würde ihm sehr lieb sein, wenn die versammelten Stände seine Wahl der beiden Bischöfe mit allgemeinem Beifall (Klatschen) beehren wollten. Um aber nochmal zu beweisen, wie sehr ihm an der Approbation der Kammer gelegen sei, fügte er hinzu, dass er die übrigen noch offenen Ernennungen bis zur Aufklärung der schwebenden Fragen unterlassen würde. „Jetzt aber hoffe ich, den Ausdruck allgemeiner Zustimmung, welcher meine Wahl gutheisst, zu hören.“ Statt dieser erhofften Bezeugung blieb aber Alles lautlos zum grossen Verdruss des Königs. „Nochmals“, schreibt er, „habe ich zu erfahren gehabt, dass meine Nachgiebigkeit nur dazu dient, meine Gegner zu ermuntern, mir immer neue Schwierigkeiten zu bereiten; denn obwohl ich um allgemeinen Beifall ersuchte, wurde meinem Wunsche nicht Folge geleistet.“ Die Sache blieb unentschieden; Stanislaw August hatte durch seine übermässige Langmuth ein Vorrecht, welches ihm unzweifelhaft zustand, geschwächt; der Bischof Turski wusste nicht, ob er ernannt sei und ob er die Ernennung anzunehmen

e, ja man zweifelte sogar daran, ob dieselbe nun gesetzlich
Die Debatten wurden immer zügelloser in der zersplitterten
mmer; der gänzliche Mangel an Disziplin machte einen
rigen Eindruck. Der König und Malachowski und sogar die
Anfange so einflussreichen Potocki hatten ihren Einfluss
lig verloren. Einige Schreihälse regierten den Reichstag;
stellten den Ritterstand vor, und wiederum stand dessen
lle höher als das Gesetz. „... so dass die reichstäglichen
rathschlagungen“, berichtet de Caché um diese Zeit, „je
ger, je mehr das Aussehen eines wahren Chaos oder vielmehr
er tumultuarischen adeligen Demokratie gewinnen, an welcher
König einen bloss passiven und gleichsam gezwungenen, der
at hingegen mit dem Ministerio und den Bischöfen öfters
einen geringen Antheil zu nehmen scheinen. Mit der Herab-
zung des königlichen Ansehens und der für heilig gehaltenen
rogativen des Thrones ist es insbesondere, und zwar zum Theil
h durch die stete Nachgiebigkeit des Königs allschon so weit
ommen, dass der Reichstag, weil sich dem brausenden Strom
sogenannten Patrioten Niemand mehr zu widersetzen getraut*)
.. Von guter Hand werde ich versichert, dass derlei kränkende
handlungen, die sich von Tag zu Tag häufen, bei dem König
e ganz sichtbare Bestürzung und finstere Niedergeschlagenheit
rken. Auch Herr Fürst-Primas lieget schon seit einiger Zeit auf
nem Landgut Jablonna aus vielem Verdruss über den so ver-
rrten und gar keine Entwickelungsaussicht zeigenden Gang der
lnischen Angelegenheiten krank, und es ist überhaupt jede
befangene Person über das Schicksal, welches diese unruhige
tion durch die Umschaffung, oder vielmehr durch die Zerstörung
er Dinge sich am Ende muthwilligerweise zuziehen dürfte, je
ger, je mehr bekümmert**) .....“ Malachowski war auch
n dem Ergebniss dieser Sitzungen in der Kammer schwer
roffen. „Nun sieht er“, schreibt Stanislaw August, „dass
r blinder Eifer und Intriguen Alles regieren und sowohl
en mich, wie gegen die Geistlichkeit siegreich auftreten; nun
t er ein, dass die Würde des Reichstagsmarschalls auch nicht
r geachtet wird; er wollte auf diese Würde schon verzichten.
ist dem Kastellan Ostrowski und der Frau Marschallpräsi-

*) Hier fehlt ein Wort im Text des „Berichtes“. Anm. des Uebers.
**) Bericht vom 25. Juli.

dentin mit Mühe und Noth gelungen, ihn von dieser Absicht abzubringen."*) Als Ergebniss der oben dargestellten fünftägigen Berathungen erschien die Konstitution des 24. Juli, folgenden Inhalts: „In der Absicht, neue Mittel für die Armee zu beschaffen und die Staatseinnahmen im Allgemeinen zu vergrössern, beauftragt die Republik die Finanzkommission: die Güter des Krakauer Bisthums in Beschlag zu nehmen und dieselben unverzüglich auf sechs Jahre zu verpachten; aus den Einnahmen derselben sollen 100 000 Gulden dem Bischof jährlich ausgezahlt werden: derselbe Bischof kann auch als Pächter erscheinen, jedoch unter der Bedingung, dass er nicht mehr als 100 000 Gulden dabei verdient. Nach dem Tode der anderen Bischöfe soll die Finanzkommission dasselbe Verfahren auf die übrigen Bisthümer anwenden; aus den Gesammteinnahmen sollen 200 000 Gulden dem Primas ausgezahlt werden, 100 000 Gulden jedem der katholischen Bischöfe, 100 000 Gulden dem Unirten-Metropoliten und 50 000 Gulden jedem der unirten Bischöfe. Da infolge dieser Ausgleichung der Einnahmen auch die Gleichstellung der Lasten und der Ausdehnung jedes Bisthums erfolgen soll, und da es den versammelten Ständen in allen Dingen auf den Segen und die Hülfe des heiligen Vaters, als Haupt der Kirche, ankommt, da man überdies Einzelheiten, wie jura stolae und andere Kirchenrechte, mit dem Bischof und dem Nuntius zu verhandeln haben wird und darüber zur Verständigung gelangen muss, so wird eine Deputation aus dem Schoss der Kammer ernannt, welche in der Frist von drei Monaten das Resultat solcher Verhandlungen der Kammer zur Prüfung und Bestätigung vorlegen soll." Dieser Beschluss wurde unter der Aufschrift: Fonds für die Armee! erlassen. Der Titel dieser Gesetze genügt schon als Beweis dafür, welch Geistes Kind dieselben sind und wie wir umsonst das richtige Verständniss für die Kirchenangelegenheiten des Landes suchen, und auf der anderen Seite ebenso wenig die Fähigkeit, ein gutes Heer zu schaffen, finden können. Nun entstand aber die Frage: Was wird Rom zu diesen Maassregeln der Kammer sagen? Viele wünschten, Rom möchte nicht nur diese Beschlüsse, sondern das ganze Betragen des Reichstages verdammen. Der Nuntius

*) Brief an Deboli, 25. Juli.

ıte jedoch anders, er fürchtete, der Unwille dieses Reichs-
:s gegen die Kirche möchte dadurch nur wachsen, und sah
manden, der die Kirche mit Erfolg in der nächsten Session
.heidigen könnte. Die Geistlichen, welche von Rom Schutz
arteten, hatten nichts unternommen, um diese Spoliation zu
ıindern, sie mutheten dem Papste zu, das Odium der Ver-
ımung auf sich zu nehmen. „Ich bin weit davon entfernt",
nte der Nuntius, „unsere völlige Unterwerfung zu rathen;
muss aber gestehen, dass wir diese Kammer nur durch Nach-
ɔigkeit besser für uns stimmen können. Als ich den Marschall
'nte, Rom würde gegen diese Beschlüsse starken Einspruch
eben, antwortete er mir, er habe mit aller Macht Widerstand
əistet, aber umsonst. Man habe so wenig Zeit für die Aus-
rung der neuen Gesetze gelassen, dass es um unsere Opposition
enklich stünde. Von dem König wäre wenig zu hoffen; die
:hlichen Dinge seien ihm eigentlich gleichgültig, auch wäre
im Grunde der Seele froh, die Macht der Bischöfe vermindert
wissen, denn er hatte von ihnen viele Schwierigkeiten auf
ıem Reichstage erfahren. Man sollte auf die Ausdrücke der
ıtung und Unterwürfigkeit nichts geben, dieselben hatte der
:schall selber hineingebracht, um die feindliche Tendenz des
ıetzes einigermaassen zu verdecken. Ein grosser Theil der
ɀeordneten huldigt den neuen freigeistigen Ideen, eine Menge
gschriften verbreiten dieselben; Feindseligkeit gegen die
che und die Bischöfe träte überall zu Tage. Es sind nicht
ır dieselben Polen wie früher; der Unglaube mache bereits
e Adepten, und die Beispiele aus Paris würden von Vielen
hgeahmt. Die Polen haben immer die Franzosen in Allem
hgemacht, heute sind sie stolz, ihnen in vielen Dingen voraus
ıein. Auch hier habe man die französischen Neuerungen
ühren wollen, und nur mit Mühe sei es gelungen, solche bei
e zu schieben. Wer weiss, ob man nicht schon an die Ab-
ıffung der Klöster, des Zehnten, der Annaten, des Nuntius-
ɔunals denkt! Der Nuntius bat den Marschall, alle solche
räge gleich an die ernannte Deputation zu weisen, um
igstens gewaltsame, übereilte Beschlüsse in der Kammer zu
indern und die nöthige Zeit zur Erwägung und richtigen
heidigung zu gewinnen. Es bleibt unbestritten, dass in der
tlichkeit viele Missbräuche sich eingeschlichen hätten und dass

eine bessere Begrenzung der Bisthümer, sowie auch eine gerechtere Vertheilung der Kirchengüter für bessere Seelsorge die Mittel gäbe; es wäre sogar angezeigt, ein Konkordat anzubahnen, wenn die römische Kurie ein solches gutheissen wollte.*)

Auf die erste Nachricht, dass nur eine geringe Anzahl der versammelten Abgeordneten die Beschlagnahme der Güter des Krakauer Bisthums in der Kammer durchgesetzt habe, schrieb der Kardinalstaatssekretär aus Rom, dass ihm die Sache nicht legal erschiene und mehr als Anschlag einer einzelnen Partei vorkäme (8. August). Eine Woche später spricht er von dem Beschluss mit der Ruhe und Haltung, die den römischen Würdenträgern eigen ist, und hebt hervor, dass ein solcher nur bei äusserstem Nothfall eines dringenden Krieges oder feindlicher Invasion zu entschuldigen wäre. Unter den in Polen obwaltenden Umständen könne man diesen Schritt nur als arbiträr und ungerecht bezeichnen. Die Beschlagnahme welche Joseph II., welche auch einige Fürsten in Italien sich erlaubt, hätten allenfalls die Entschuldigung für sich, dass man sie zu einem besonderen Kultusfonds benutzt habe, für Hospitäler und dergl.; es wäre aber in der Geschichte der katholischen Staaten kaum jemals vorgekommen, dass man Kirchengüter zu weltlichen Zwecken gebrauche, wie die Einrichtung einer Armee in Friedenszeiten unzweifelhaft zu nennen sei. Der heilige Vater könne die ernannten Bischöfe nicht bestätigen, er hege die Hoffnung, der König werde sich mit der Ernennung auch nicht beeilen, da er dieselbe bisher unnöthig verzögert habe; auch habe er zu dem Eifer des Königs Vertrauen und sei gewiss, dass es ihm gelingen werde, den Widerruf des Beschlusses herbeizuführen.

Mitte September erhielten die beiden Reichstagsmarschälle ein päpstliches Breve. Pius VI. lobte darin die Fürsorge der versammelten Stände um die schlecht ausgestatteten Bisthümer, unterzieht jedoch den Beschluss einer ruhigen, aber strengen Kritik; er findet die Worte der Kammer nicht den Thaten entsprechend, denn nicht früher als im Februar des laufenden Jahres hätten die versammelten Stände geschrieben: „Die Achtung und Liebe der polnischen Nation für den heiligen römischen Stuhl sei so gross, dass sie darin allen anderen

*) Depeschen des Nuntius vom 22. und 29. Juli, 5. und 9. August, 9. September.

vorangehe und vor Allem in Ergebenheit und Treue ausharren wolle. Da die Nation überzeugt sei, dass für die Völker und Monarchen nichts so hoch stände wie die heilige Religion, dass auch nichts zum Heil der Nation ausfallen könne, was nicht den Segen Gottes habe, so würde sie sich nie Dinge erlauben, welche dem Gottesdienste Nachtheil brächten, um so mehr, als dieser durch die Landesgesetze und das gute Beispiel der Ahnen gesichert wäre.“*)

Wie sollte nach solchen schön klingenden Versicherungen der neue Beschluss verstanden werden? fragte der Papst. Was die Republik jetzt zu thun beabsichtige, haben bisher nur ketzerische Herrscher mit Gewalt in ihren Ländern unternommen! „Ihr wollt das Vaterland heben und verletzt die Kirchenrechte! und Ihr hofft, dass die Benachtheiligung der Kirche dem Vaterlande zum Heil gereichen werde? Waren doch bisher in allen katholischen Ländern, und in Polen besonders, alle Stiftungen, vor Allem die für den Gottesdienst bestimmten, unantastbar! Einen Theil der überflüssigen Einnahmen eines Bisthums zur Befriedigung anderer kirchlichen Bedürfnisse anzuwenden, ist wohl erlaubt, aber alle als Staatseigenthum zu beanspruchen, um die Wiedergeburt des Vaterlandes zu fördern, ist unerhört! Wenn das Eigenthum allen Ständen von der Verfassung gesichert ist, warum sollen die Bischöfe, der dem Range nach erste Stand, allein nicht solcher Wohlthat theilhaftig sein? Diese Bischöfe sind Eure Mitbürger, Verwandte, Senatoren und Kollegen in der Kammer. Euer Vaterland soll ein Heer haben, aber um dasselbe zu beschaffen, soll Jeder in gleichem Maasse Steuer zahlen, und mit vereinigten Kräften soll das Wohl und die Sicherheit des Landes gefördert werden. Euer Reich ist durch Frömmigkeit gestiftet worden und gewachsen; nun wollt Ihr mit einem Mal diese Fundamente untergraben? Seht nur, wie anders Ihr noch vor wenigen Monaten empfunden habt! Auf diese Empfindungen uns berufend, auf Eure Vaterlandsliebe, im Hinblick auf Gott, wenn Euch sein Segen werth, flehen wir Euch an, diesen Beschluss zu ändern und damit ein Beispiel zu beseitigen, welches Euer Verderben und ein Aergerniss für andere Nationen werden kann. Niemand zweifelt an der Bereit-

*) Die Antwort der versammelten Stände auf das päpstliche Breve wurde in der Sitzung vom 19. Februar einstimmig angenommen.

willigkeit der Geistlichkeit, einen Theil ihrer Einnahmen für die Bedürfnisse des Landes zu opfern; viele Begebenheiten zeugen dafür! Aber niemals, auch in den schwersten Zeiten, haben Eure Vorfahren es gewagt, die Güter der Kirche anzutasten, und niemals haben sie die Enthaltsamkeit zu bedauern gehabt!"*) In der Instruktion, welche der Nuntius gleichzeitig erhielt, verlangte der Papst: 1. Die Bischöfe sollten ihre Einnahmen aus der von ihnen verwalteten Diözese beziehen, und zwar sei diese Forderung die wichtigste. 2. Volllkommene Gleichstellung sei unthunlich ohne Verletzung und Umgestaltung vieler Stiftungen. 3. In keinem Fall würde der Papst die Verwendung der konfiszirten Güter für die Armee gestatten; man sollte sie für Hospitäler (auch militärische) verwenden, für Schulen und dergleichen, was dem Staat schon einige Erleichterung gewähren würde, da er die Kosten derselben zu tragen habe. 4. Von dem überflüssigen Landbesitz des Krakauer Bisthums könnten andere ärmere Bisthümer ausgestattet werden, jedoch nicht anders als durch Landbesitz; sollte man neue Bisthümer oder Pfarren daraus bilden wollen, so habe die heilige Kurie nichts dagegen einzuwenden. 5. Der heilige Vater wünscht nicht über die kirchlichen Güter in besondere Verhandlungen zu treten; um aber von seiner Geneigtheit deutliche Beweise zu geben, ist er bereit, die dem Krakauer Bisthum gehörenden Eisengruben dem Staate abzutreten. Welches auch die Gesinnung des Königs und der Abgeordneten in religiösen Dingen sei, so wolle doch der heilige Vater in der obigen Instruktion die Grenze bezeichnen, bis zu der seine Nachgiebigkeit gehen könnte ohne Verletzung seines Gewissens und seiner Pflicht. Gegen Uebergriffe habe zwar der Papst keine andere Waffe als Resignation, allein durch diesen Protest wolle er sein Gewissen beruhigen und darthun, dass er dem Unrecht die Hand nicht geboten habe. Ueber andere Fragen, die auch in der Kammer berührt worden seien, wäre er bereit, mit den Ständen ein Konkordat einzugehen, wenn ein solches erwünscht sein sollte.

Am 19. Oktober wurde das päpstliche Breve den versammelten Ständen vorgelesen; danach wurde das Publikum entfernt und der Staatssekretär verlas den Bericht des Kardinals Antici über das in dieser Sache mit dem heiligen Vater gepflogene Gespräch.

*) Breve vom 5. September 1789.

arüber schreibt der Nuntius Monsignore Saluzzo nach Rom olgendes: „Es scheint, dass sowohl das Breve, wie auch der ericht des Kardinals nachhaltigen Eindruck auf die versammelten tände ausgeübt haben; einige Abgeordnete, unter ihnen Fürst .dam Czartoryski, forderten die Abänderung der Konstitution. llein Suchodolski, der Autor des ganzen Projektes, und inige seiner Anhänger erwiderten darauf, sie würden den Viderruf des gefassten Beschlusses nimmer gestatten; da zum Widerruf eines Gesetzes Einstimmigkeit erforderlich sei, so vürde derselbe unmöglich. Man hat nur der bekannten Deputation mehr Zeit gelassen, um sich über die Angelegenheit u orientiren. Wir werden uns bemühen, ein Projekt zu finden, relches den Beschluss paralysirt; allein ich zweifele an der öthigen Einstimmigkeit in einer Kammer, der es an Parteiührern fehlt und in der Jeder nach Gutdünken handelt. Fast .lle sind von dem begangenen Unrecht überzeugt; diese Ueberzugung genügt aber nicht, wenn es uns nicht gelingen wird, wei oder drei Eigensinnige zu bekehren.“*) Als Bestätigung ieser Ansicht müssen wir hervorheben, dass der Marschallräsident redlich versuchte, seinen Irrthum wieder gut zu nachen, indem er sich bemühte, Suchodolski von dem eineschlagenen Wege abzulenken, allein umsonst. Es blieb nichts brig, als mit Geduld zu warten, bis dieser unermüdliche Redner ezwungen sei, Warschau zu verlassen. Wie zur Zeit des berum veto scheiterte der gute Wille Aller an dem Eigennn eines Einzelnen. Die günstige Gelegenheit, um die Kirchenage wieder zu erörtern, bot sich erst im Mai des folgenden ahres. Malachowski benutzte dieselbe, wie wir es geeigneten rtes später zeigen werden. Inzwischen beeilte sich die Finanzommission, den Beschluss auszuführen, und schon im August 789) wurden die Güter des Bischofs verpachtet. Indess, was ch schon manchmal bei dem Raube der Kirchengüter gezeigt ttte, wiederholte sich auch hier; ganz abgesehen von den oralischen Nachtheilen war der materielle Vortheil nur gering. ie Eisenwerke und Fossalia mitgerechnet, brachten die Güter Jahre 1789 574 861 polnische Gulden als Bruttoeinnahme. ıvon mussten 20 Prozent, also 110 000 polnische Gulden,

*) Depesche vom 21. Oktober.

als Steuer der Geistlichkeit erhoben werden, sowie auch 5 Prozent Subsidium charitativum, wie es die oben erwähnten Gesetze vorschrieben, welche sich auf 22 000 polnische Gulden beliefen. Das Bischofsgehalt betrug 100 000 polnische Gulden, die Gehälter der Suffragane und Beamten, sowie die Verwaltung der Güter nebst den Prozenten für die frommen Stiftungen verminderten die Einnahmen des Staates um 150 000 Gulden. Kurzum, die Staatskasse erhielt nur 63 000 polnische Gulden mehr als bei dem alten Stand der Dinge! „War es denn wirklich der Mühe werth", fragt ein Zeitgenosse, „das Prinzip der Unantastbarkeit aller Kirchengüter zu verletzen, ein Prinzip, welches bis dahin von Monarchen und Bischöfen heilig gehalten wurde? Dazu müssen wir noch bedenken, dass diese Güter bald entwerthet wurden. Die meisten Krakauer Bischöfe waren ausgezeichnete Landwirthe gewesen und liessen vom ökonomischen Standpunkte aus nichts zu wünschen übrig. In ihren Städten und Dörfern hatten die Juden keinen Zulass gehabt, was sie vor allen anderen Ortschaften auszeichnete und ihnen einen Charakter von Reinlichkeit und Ordnung verlieh. Die Bauern waren nicht überlastet und darum wohlhabend und viel besser daran als die Hörigen der Rittergüter."*) Die Verpachtung auf kurzen Termin musste nothwendig einen allgemeinen Verfall der Gebäude, der Anstalten mit sich führen; Verarmung und Demoralisirung des niederen Volkes folgten auch bald. Diese schweren Folgen eines unbedachten und ungerechten Schrittes haben uns bewogen, der ganzen Angelegenheit einige Aufmerksamkeit zu widmen, um so mehr, da dieselbe von den meisten Historikern nur kurz erwähnt wird.

§ 98.

Die Armee. Die Ernennung der Offiziere.

Gleich nach Erledigung der Kirchenangelegenheiten nahm der Reichstag die unterbrochenen Debatten über das Budget der Armee wieder auf. Diese dauerten von Ende Juli bis Mitte Oktober. Im Ganzen wurden 45 Sitzungen diesem Gegenstande gewidmet, einige minder wichtige Dinge mitgerechnet. Der

*) Pater Skarszewski, Berechnung der Vortheile für die Republik etc. Vergl. Bericht des Unterkanzlers Kossowski vom 25. Mai 1790.

Leser wird kaum von uns eine genaue Darstellung dieser Sitzungen beanspruchen, man kann dieselben als ein Meer von überflüssigem Redeschwall bezeichnen; der einzige Eindruck, der einem davon bleibt, ist die allbekannte Wahrheit, dass Redseligkeit einer der unangenehmsten und in einer gesetzgeberischen Versammlung schädlichsten Fehler ist. Mit derselben Sachkenntniss, mit welcher die Mitglieder des Reichtags die Finanzfragen lösten, die Kirchenangelegenheiten schnell entschieden und über die auswärtigen Fragen absprachen, gingen sie nun an alle Einzelheiten der Armeeverwaltung. Keine dieser Fragen entzog sich ihrer Kompetenz; die Zahl der niederen und höheren Offiziere, die Stärke der Brigaden und Regimenter, die Montirung und Bewaffnung, Munition und Artillerie, der Ingenieur- und Ambulanzendienst, die Invalidenkasse und Verproviantirung — Alles wurde durch Stimmenmehrheit beschlossen in einer Versammlung, die, wie schon hervorgehoben, keine Fachmilitärs in ihrer Mitte aufzuweisen hatte. In den meisten Fällen wurde jedes Kapitel während einer Sitzung erörtert; es wurden mehrere lange Reden gehalten, worauf zweifache Abstimmung erfolgte. Mehrmals geschah es, dass man nach langem Hin- und Herreden zu keinem Ergebniss gelangte; dann erst wurde die Sache Gegenstand einer besonderen Konferenz von Wenigen. So wurde z. B. die Frage behandelt, wie viel von ihrem Gehalt etwa die Kavalleristen für Pferdefutter der Kasse überlassen sollten. Die Gehälter der höheren Offiziere gaben zu unendlichen Diskussionen Anlass. Die Vernünftigsten vermieden die Sitzungen, in denen nichts Wichtiges vorfiel, und blieben nachmittags fort. Der König und die Präsidenten mussten aber auch der längsten Sitzung geduldig beiwohnen. „Es war eine Zeit“, schreibt de Caché, „in der die zwei grössten Schreihälse, Suchodolski und Suchorzewski, sich der grössten Erfolge erfreuten.“ Die Partei des Hetmans sekundirte diese Herren in Allem, denn natürlich blieben ihr die militärischen Angelegenheiten die wichtigsten. Zu wiederholten Malen versuchte man diesem Zustande ein Ende zu machen, wovon der folgende Brief des Königs Kunde giebt: „Vorgestern waren der Marschall Malachowski und Stanislaw Potocki bei mir (am 26. September), um zu berichten, dass sie, des dauernden Uebergewichts des Hetmans, das wesentlich auf maassloser Redseligkeit beruhe, überdrüssig,

endlich entschlossen wären, zu thun, was ich schon längst gerathen habe, nämlich sich mit mir zu verbinden, um diese Schwätzer todt zu machen und eine sachgemässe Diskussion durchzuführen.“ Leider kam es noch nicht dazu; noch traute man einander nicht, und solange die Besonnenen sich nicht die Hände reichen wollten, herrschten nach wie vor die Unbesonnenen. Ende August erschien der Fürstbischof Krasinski in Warschau, und nach zwanzigjähriger Abwesenheit erschien er auch in der Kammer. In seiner Antrittsrede begrüsste der ehrwürdige Kirchenfürst den König und die versammelten Stände, sparte ihnen jedoch keine Vorwürfe; die Langsamkeit der Verhandlungen bezeichnete er als unverantwortlich, mahnte daran, dass die fremden Mächte keineswegs mit der Friedensschliessung warten würden, bis die Kammer ihr Budget beschlossen; die fremden Höfe hätten von der Fähigkeit der polnischen Nation, sich selber zu regieren, eine sehr geringe Meinung, worüber man sich auch nicht wundern dürfe, nachdem diese Kammer ein ganzes Jahr an Kleinigkeiten und eitlem Geschwätz vergeudet habe, statt auf den Trümmern der abgeschafften Regierung etwas Festes zu bauen; über die jetzigen Vorlagen zu beschliessen, sei auch gar nicht Sache der Kammer, sondern der Kriegskommission (28. August). Sein hohes Alter, die Popularität, welche er genoss, und die hohe Würde des Bischofs bewirkten, dass man seine Mahnungen gut aufnahm; und da man sich gerade anschickte, über die Brigaden zu berathen und sich von einer Unzahl Reden bedroht sah, so ward beschlossen, nur diejenigen Punkte zu erörtern, welche zwischen den Budget- und Militärkommissionen streitig waren, alles Uebrige aber ohne Weiteres anzunehmen. Es war dies eine beträchtliche Vereinfachung der Prozedur, und dennoch dauerte die Diskussion sechs ganze Wochen.

Ein Umstand muss hier jedoch angeführt werden, der einigermaassen dazu dient, diese Langsamkeit zu entschuldigen. Der Generalstab der Kron- und lithauischen Armeen zählte verschiedene Würdenträger höheren und niederen Ranges, welche in der neuen Organisation der Armee überflüssig geworden, trotzdem aber bedeutenden Rang hatten und gut bezahlt waren. Bekanntlich gab es vier Hetmane, die kein Kommando besassen, aber deren Hetmanswürde und Hetmansstab von einem Prestige

umringt waren, das durch Missbrauch und lange Unthätigkeit noch nicht gebrochen schien. Ihnen zur Seite standen die sogenannten Gross-Feldschreiber*) für die Krone und für Lithauen; in früheren Zeiten waren diese Beamten die rechte Hand der Hetmane und die Vorsehung der Armee gewesen; nach der alten, zur Zeit Sigismunds des Alten eingerichteten Schwurformel waren sie verpflichtet, für alle Kriegsunfälle und Mängel aufzukommen, für neue Pferde, für die Verwundeten zu sorgen, die Infanterie monatlich, die Kavallerie alle drei Monate zu besichtigen und die pünktliche Auszahlung des Soldes zu besorgen. Als Grenzaufseher waren zwei höhere und sechs niedere Beamten angestellt; diese mussten in alter Zeit die Grenzen vor den Tataren schützen, eine ganz besondere Art der Kriegskunst gegen wilde Horden ausfindig machen, wobei sie sich unzweifelhaft grosse Verdienste erwarben. Es gab auch zwei Artilleriegenerale, die von den Zeiten Wladislaws IV. herdatirten; in neuer Zeit waren zwei Generalinspektoren ernannt worden. Ueberdies hatte der König mehrere Adjutanten, und jeder der Hetmane die seinigen, sowie auch Stabträger, welche früher keine andere Funktion gehabt hatten, als das Königsszepter und die Marschallstäbe während des Krieges vor ihren Herren zu tragen. Kurzum, es waren ungefähr dreissig Aemter, die gar keinen Zweck und keinerlei Bedeutung mehr besassen, die aber der Titel und der historischen Tradition mancher berühmter That halber, die an ihnen hing, der Nation werth und theuer erschienen. Viele glaubten, der frühere Ruhm der Ritterschaft hinge mit diesen Einrichtungen zusammen und könne nur durch sie wiederaufleben. Es geschah also, dass, obwohl diese Aemter dem bedrängten Staate 800 000 poln. Gulden kosteten, Viele doch daran festhielten. Darob entspann sich zuerst ein heftiger Streit. Einige Abgeordnete wollten die Gehälter der Hetmane verringern; es ward ihnen aber entgegengehalten, dass in solchem Falle nur reiche Magnaten diese höchste Würde erreichen könnten, welche der Ritterstand bisher als die Hochburg seiner Freiheiten

*) Diese Würdenträger werden in einem der Berichte von de Caché le Notaire de camp bezeichnet. Bei Hüppe, Verfassung der Republik Polen, Berlin 1867, F. Schneider, S. 268: „Als vom König ernannte Militärbeamte waren in Wirksamkeit je für Polen und Lithauen ein Feldschreiber (Notarius campestris).“ Anm. des Uebers.

erachtet habe. Stanislaw Potocki machte sogar den Vorschlag, die Würde der unthätigen Hetmane ganz abzuschaffen: post fata modernorum; sein eigener Bruder aber und Malachowski hielten diesen Vorschlag für verfrüht. Viele liessen ihrer Entrüstung freien Lauf und nannten diesen Vorschlag eine Unterschätzung der Hetmane, worauf Stanislaw Potocki erwiderte, sie könne ebenso gut als Beweis der Achtung für die gegenwärtigen Hetmane betrachtet werden, denen nachzufolgen Niemand für würdig gehalten werde. Andere Aemter wurden eifrig vertheidigt, und schliesslich wurden auch alle beibehalten mit dem Vorbehalt, keine Inspektoren und Stabträger nach Aussterben der gegenwärtigen zu ernennen. Die Feldschreiber, Quartiermeister, Feldwachtmeister wurden als nützliche Grenzbeamte auch für spätere Zeiten anerkannt. Rzewuski, einer der Gross-Feldschreiber, wollte für sich die Inspektionspflicht der gesammten Armee, unabhängig von der Kriegskommission sichern, doch fand diese Reminisczenz der früheren Hetmansallmacht keinen Anklang. Das 30 000 Gulden zählende Gehalt des Artilleriegenerals wurde ohne Schwierigkeiten bewilligt; das Arsenal der Krone war gut versorgt, eine von Brühl ausgezeichnet eingerichtete und von Felix Potocki nicht minder gut verwaltete Artillerieschule war auch vorhanden. Weniger befriedigend erschienen dagegen die Zustände der lithauischen Artillerie; eine Schule existirte dort gar nicht, das Arsenal war leer. Freilich hatte Pac früher zwei grosse Landgüter, Lipniszki und Geranane, für die Artillerie in Lithauen vermacht, aber die daraus resultirende Einnahme von 120 000 Gulden war im Jahre 1775 dem Fürsten Sapieha als Gehalt überlassen worden.*) Man konnte nun voraussetzen, dass der jetzige Reichstag diesem Missbrauch ein Ende machen würde, um so mehr, da man hier so oft die Schenkungen des Reichstages von 1775 laut missbilligt und Sapieha selber sich über dieselben beklagt hatte. Indessen als seine Angelegenheit am 20. August auf die Tagesordnung kam, beantragte Severin Potocki zur allgemeinen Ueberraschung, man möge Sapieha die Güter und Einnahme belassen. Der Marschallpräsident Malachowski unterstützte diesen Antrag, wahrscheinlich aus Kollegialität für den Marschall für Lithauen. Die Partei

*) Siehe 2. Buch, Kap. I. § 29. Anm. (Seite 159).

ı Königs wollte schon opponiren, als der König das Wort ım und seine Anhänger bat, für Sapieha einzustehen: „Mit ser Rede“, schreibt de Caché, „hat der König die Abstimıng verhindert. Er denkt seine Gegner mit solchen Zugeständısen für sich zu gewinnen, macht sie aber nur dreister.“ Der glückte Sapieha, der dem Bankrott nahe war,*) gab nun ein osses „Bacchusfest“, wozu er alle Abgeordneten und das arschauer Publikum einlud, man amüsirte sich, und statt der hauischen Kanonen knallten die Champagnerpfropfen! Um iner Dankbarkeit Ausdruck zu geben, erklärte Sapieha am lgenden Tage in der Kammer, dass er auf die Erstattung der osten, die er schon für die lithauische Artillerie geleistet abe, verzichte; diese Erklärung machte einen sonderbaren Einruck auf diejenigen, welche wussten, dass das lithauische rsenal nur 20 Kanonen zählte, von denen acht ein Geschenk es Königs waren. Man scherzte über seine Ansprüche und argebrachten Opfer, und die Akten dieser geheuchelten Grossıuth blieben in den Reichstagsberichten verzeichnet.**)

Die neuen Generalsstellen, sowie die Ernennung der Brigadeführer beanspruchten die meiste Zeit in der Kammer und erursachten eine grosse Bewegung draussen. Den bestehenden eneralllieutenants wurde ein vierter hinzugefügt. Hetman ranicki verlangte sogleich diese Stellung für Kurdwanowski,

*) Der König schrieb am 13. Mai 1789: „Branicki hat den grösseren heil seiner Güter in Bialocerkiew versetzt. Sapieha ist dem Ruin nahe, eine Wechsel laufen herum; wo 100 geschrieben steht, hat er nur 30 eralten, trotzdem lebt er lustig fort.“ In den Deputationssitzungen erscheint r oft betrunken, und im Reichstag meistens nach nächtlichen Gelagen.

**) Felix Potocki schrieb darüber an Hulewicz (3. Oktober 1789): A propos des Redners. Haben Sie nicht herzlich gelacht, mein Herr enedict, als der grosse Konföderationsmarschall Sapieha der Republik genüber auf seine Ansprüche grossmüthig verzichtete? Er wagt, Alles zugreifen, nachdem er in dem Reichstag von 1775 am meisten geraubt t und von dem permanenten Rath bereichert wurde. Er behält, was er mals empfing, und lässt sich wieder beschenken. Gescheidte Leute ssten diesen Fanfaron auspfeifen; wahrlich, er verhöhnt uns mit seinem enannten Patriotismus.“ Thatsächlich war diese Dotirung des Verwenders überflüssig und machte viel böses Blut. Der Kastellan von lm, Poletyllo, schrieb dem König in der Absicht, den Sapieha besteuern assen, damit die für die lithauische Artillerie gestifteten Güter wenigstens as dem Staate einbrächten.

und als er damit nicht durchdrang, wollte er Walewski durchsetzen mit der Drohung, seinerseits keinem Anderen sein Votum geben zu wollen. Fürst Sanguszko und Fürst Michael Lubomirski kandidirten auch. Der Marschall Malachowski hätte am liebsten den preussischen General Kalkreuth gehabt, einen erfahrenen Kavalleristen, der fähig gewesen wäre, die polnische Kavallerie zu organisiren. Friedrich Wilhelm schlug es ab, bot aber den General Heinrich Brühl an, der wiederum in Warschau nicht angenommen wurde. Nach dem Fehlschlagen dieser Verhandlungen verfiel der Marschall auf den Gedanken den Fürsten Adam Czartoryski zu ernennen, und der König war froh, auf diese Weise die anderen Kandidaten los zu werden. Der Fürst meinte, er könne, solange Kaiser Joseph II. lebe, nicht das Kommando der galizischen Kavallerie niederlegen; schüchtern schlug er vor, man möge seinen Schwiegersohn, den Prinzen von Württemberg, ernennen; er sprach offen aus, dass er dadurch die Niederlassung seiner Tochter in Warschau zu erreichen hoffe. Als der Marschall bemerkte, dass man die Meinung des Reichstages darüber nicht kannte, bat der Fürst um das Indigenat für seinen Schwiegersohn. Man erklärte sich dazu bereit im Reichstag, worauf der Prinz von Württemberg als polnischer Staatsbürger und Szlachcic proklamirt wurde. Die Ernennung zum General der Kavallerie wurde bis zum März vertagt. Dann ward beschlossen, man brauche acht Generalmajors, folglich mussten noch vier ernannt werden. Nach dem erst im vorigen Jahre zu Stande gekommenen Gesetze war es Sache der Kriegskommission, zwei Kandidaten zu jedem Posten vorzuschlagen. Diesmal aber gedachte der Reichstag das Privilegium für sich zu behalten. Endlose Bemühungen fingen nun an. Nach vielen Schwierigkeiten und nachdem er die Hetmane, die Reichstagsmarschälle und einige vertraute Abgeordnete versammelt hatte, gelang es dem Könige, eine Liste der Kandidaten aufzustellen, die seitens der versammelten Stände vorgeschlagen werden sollten. Noch mehr Schwierigkeiten entstanden, als es sich um die Ernennung der Brigadiers und Vizebrigadiers handelte; für jeden Posten gab es mehrere Kandidaten; dieselben hatten Freunde unter den Abgeordneten, und eine Rede nach der anderen wurde zu ihrer Empfehlung gehalten. Vier Sitzungen wurden darauf verwendet; persönliche Streitigkeiten, sogar

ätlichkeiten kamen vor. Suchodolski ermüdete dermaassen
rch sein ewiges Dreinreden und Dreinschreien, dass die Kammer
n das Wort entzog und ihn auspfiff. Es war das erste Mal,
ss so etwas dem unermüdlichen Schwätzer passirte; er fiel fast
sinnungslos auf seine Bank, und als er wieder zu sich kam,
rliess er den Saal mit Protest und laut klagend, die Freiheit
r Deputirten sei in seiner Person verletzt worden! Um ihn
beruhigen, liess ihn Sapieha an seiner Stelle reden. Man
zählte sich von Duellen, die zwischen den verschiedenen
rätendenten vorgefallen waren. Endlich, am Ende des vierten
ages, als die Kammer der vielen Empfehlungen satt war, be-
hloss man, womit man hätte anfangen sollen: dass es Sache
r Kriegskommission sei, für jeden Posten zwei Kandidaten
m Könige zur Ernennung vorzuschlagen. In dieser Weise
urden nachstehende Männer für die Armee der Republik ge-
onnen: Fürst Joseph Poniatowski, der damals in Oesterreich
ente; Zabiello aus dem französischen Dienst; Kosciuszko aus
merika; Suffczynski aus Bayern; diese Alle erhielten Stellungen
s Generalmajore; Wielhorski aus Oesterreich wurde Brigadier.
e Republik gewann dadurch einige Offiziere von aussergewöhn-
her Fähigkeit, welche einige Jahre später den Ruhm der
lnischen Waffen erneuten.

§ 99.

Verbot der Kornlieferungen an die russische Armee.

Am 9. Oktober kamen endlich diese langweiligen und klein-
hen Debatten im Reichstag zum Schluss; am folgenden Tag
llten die Steuerverhandlungen wieder aufgenommen werden.
e wir uns aber mit diesen beschäftigen, wollen wir über einen
r wichtigsten Beschlüsse jener Zeit berichten. Der Kastellan
weykowski war von dem Reichstag nach der Ukraine delegirt
rden, um daselbst den russischen Kommandanten die Weg-
affung der russischen Proviantmagazine zu erleichtern. Anfang
gust berichtete der Kastellan, alle russischen Truppen hätten
sammt ihren Kornmagazinen das Territorium der Republik ge-
mt, die Russen hätten Alles baar bezahlt; er fügte hinzu, der
neral Bock habe zufolge Instruktion des Fürsten Potemkin
ssere Kornbestellungen in Polen gemacht; polnische Bauern
ten diese Lieferungen nach der Moldau bringen. Dies war

äusserst günstig, sowohl für die Gutsbesitzer der dortigen Gegend, die ihre Produkte verkaufen konnten, wie auch für die Hörigen, welche Nebenverdienst fanden; dazu bot sich noch Gelegenheit aus der Moldau Salz zurückzubringen, welches im Lande fehlte; zum allgemeinen Verdruss und Erstaunen seien aber die Korntransporte von polnischen Grenzsoldaten aufgehalten worden. Der Kastellan reichte nun die Petition ein, man möchte vom Reichstags wegen die nöthigen Befehle ertheilen, um das lästige Verbot aufzuheben und die kontraktlich versprochenen Lieferungen zu ermöglichen. Sobald der Bericht und die Petition des Kastellans verlesen wurden, fingen die Abgeordneten Suchodolski und Morawski an zu zetern, solche Privatabmachungen dienten nur dazu, Russland gegen die Türkei zu unterstützen, der neutralen Stellung der Republik entgegen; die Russen würden nicht nur das Korn, sondern auch alle Transportmittel und Pferde mit Beschlag belegen, die Bauern für ihre Armee anwerben oder gegen ihre Herren aufwiegeln; auch könnten die Fuhren leicht die Pest aus der Türkei hereinschleppen und dergleichen mehr. In Anbetracht solcher Gefahren sollte der Reichstag eigenmächtig alle Lieferungskontrakte aufheben und solches dem General Bock mittheilen. Darauf erwiderte der Marschallpräsident, unterschriebene Abmachungen aufzuheben, sei contra fidem publicam; dazu habe die Republik keine Ursachen; Vieh sowohl wie Korn seien Handelsartikel und beeinträchtigten in keiner Weise die neutrale Haltung einer Macht, wohl aber würden solche Verbote dem Handel und Wohlstand der dortigen Gegend äusserst schädlich sein. Diese Argumente überzeugten die Gegner keineswegs. In der folgenden Sitzung (7. Oktober) wurde diese Frage acht Stunden lang erörtert. Der Abgeordnete Morawski liess sich endlich bekehren; Suchorzewski, Zielinski und Butrymowicz dagegen blieben bei ihrer Meinung und verlangten stürmisch das Verbot. Suchodolski sprach wenigstens zehnmal, immer mit demselben Refrain: man begünstige die Russen und opfere die Interessen der Republik persönlicher Vortheile halber. Severin und Stanislaw Potocki vertheidigten die freie Ausfuhr, von welcher der ganze Wohlstand besagter Provinz abhinge, und um jedem Misstrauen vorzubeugen, schwuren beide Redner dem russischen Reiche ewigen Hass, warnten aber, man möge sich durch solchen Hass nicht dermaassen verblenden

lassen, um polnische Interessen zu schädigen; unzweifelhaft wäre ein Ausfuhrverbot ein Schaden für Polen und man könne sicherlich keine Steuern von Gutsbesitzern verlangen, die von solchem Verbot betroffen seien. Darauf erwiderte Suchodolski, die Lieferungskontrakte dienten Russland nur als Vorwand, um mit der Bevölkerung der Ukraine Beziehungen anzuknüpfen und das niedere Volk aufzuwiegeln. Gleich hatte er wieder Berichte aus Wolhynien bei der Hand, um zu beweisen, dass man von Neuem einen Delinquenten verhaftet habe, der auch Geständnisse gemacht habe, denen zufolge man auch den Fürsten Potemkin in Verdacht haben müsste, offene Rebellion der Bauern der dortigen Gegend zu betreiben. Allgemeine Entrüstung gab sich kund; der Redner meinte, er könnte eine so hochgestellte Persönlichkeit wie Potemkin nicht verdächtigen, man sollte aber den in Haft Gehaltenen nach Warschau kommen lassen und die Sache untersuchen; inzwischen müsse er auf die Gefahr jeglicher Beziehung der Bauern der Ukraine mit Russland hinweisen. Als nun die Abstimmung erfolgte, wurden die Heisssporne mit 17 Stimmen bei der öffentlichen Abstimmung geschlagen, bei der geheimen gewann jedoch die freie Ausfuhr nur mit 6 Stimmen.

Lucchesini verfolgte den Verlauf dieser Angelegenheit mit grösstem Interesse. Die Hemmung der Kornzufuhr für die Truppen wäre für Russland ein empfindlicher Schlag gewesen; es entsprach auch den Berechnungen des preussischen Ministers, wenn dieser Schlag von Seiten der Polen geführt würde. Das Resultat der Abstimmung gereichte ihm also zur Enttäuschung und er konnte seine Gereiztheit darüber nicht verbergen. „Ich sehe, das Ihr in das andere Lager übergeht“, sagte er an Malachowski, „Ihr werdet Russen.“ „Wenn wir in diesem Ton reden sollen“, erwiderte Malachowski, „wird es wohl besser sein, nicht weiter zu sprechen.“ Der Markgraf wandte sich darauf nach anderer Seite und suchte willigere Zuhörer; er feuerte Suchodolski und dessen Gesinnungsgenossen an, machte ihnen Vorstellungen über die Schädlichkeit der Sache, wollte nicht einsehen, dass es im Interesse der Republik liegen könne, Korn zu verkaufen, und insinuirte, es läge bloss im Vortheil der drei Potockis, dagegen wäre die Neutralität der Republik der Türkei gegenüber kompomittirt. Schliesslich rieth er geradezu, die ganze Sache

nochmals vor die Kammer zu bringen. Man folgte seinen Rathschlägen und fing eifrig an zu agitiren; es wurde ein schimpfliches Gedicht gegen Stanislaw Potocki verfasst; man beschuldigte ihn, russischen Interessen zu dienen, bedrohte ihn mit dem Galgen und erklärte unzweideutig, dass er als Agent seines Verwandten, der die grössten Lieferungen übernommen hatte, in dem Reichstag aufträte und zum Schaden des Vaterlandes wirke.*) Stanislaw Potocki vertheidigte sich in einem gedruckten Briefe, führte an, er sei gewohnt, ein gegebenes Wort auszuführen, und in diesem Falle müssten die mit Russland abgeschlossenen Verträge gehalten werden. Am 11. August wurde die Diskussion wieder aufgenommen, als Vorwand diente die Thatsache, dass die Kammer zwar die freie Ausfuhr beschlossen, aber keinen Termin festgestellt habe; man wollte diesen letzten genau bezeichnen; alle schon gebrauchten Argumente wurden bei dieser Gelegenheit wiederholt mit Hinzufügen von Beschwörungen und Drohungen. Fürst Jablonowski sagte, er wolle nur so lange leben, bis Polen gerächt und Russland für immer niedergeworfen sei; Suchorzewski und der Kastellan Jezierski meinten, es wäre jetzt die Zeit, Russland den Krieg zu erklären. Man deklamirte auf diese Weise neun lange Stunden; schliesslich wurde abgestimmt. Mit einer Mehrheit von 73 Stimmen gegen 18 wurde beschlossen, die freie Ausfuhr nur bis zum 1. September zu gestatten und zwar nur einen einmaligen Transport von 100 Fuhren, nicht mehr. Lucchesini hatte vollständig gesiegt; er zögerte auch nicht, sich dessen in Berlin zu rühmen. „Trotz dem schon gefassten Beschluss", schreibt er, „ist es mir gelungen, ohne öffentlich aufzutreten, den Interessen der Magnaten entgegen, die freie Kornausfuhr polnischer Fuhren bis auf den 1. September zu beschränken. Dank dieser Aenderung wird es dem Fürsten Potemkin unmöglich gemacht, sich von der polnischen Grenze zu entfernen, nach

*) Im Allgemeinen überhäufte man alle Potockis mit Schimpf, weil sie in dieser Sache den Rathschlägen Lucchesinis nicht folgen wollten, man behauptete, sie würden der patriotischen Partei untreu; Einige meinten, man müsse dem Pariser Beispiel folgen und diesen verkappten Verräthern die Köpfe abschlagen, um ein Exempel zu statuiren. (Siehe de Caché: 19. und 29. August.)

.der vorzudringen und das Vorschreiten der Türken zu lern."*)

Zwar hatte Lucchesini das Vordringen der Russen und die nahme von Bender nicht gehindert, aber es war ihm gelungen, . Russen einen neuen Grund zur Rachsucht gegen Polen zu schaffen. Zu diesem preussischen Siege hatte auch die Haltung Publikums auf den Tribünen beigetragen, wie der König in em seiner Briefe erzählt. Sapieha hatte eine organisirte ıque auf die Galerietribünen geschafft, und auf ein Zeichen ı ihm vertrauten Sienkiewicz wurden solche Reden, die ihm ısfielen, niedergeschrieen. Stanislaw Potocki verlor endlich Geduld über solches Betragen und rief: „Wir haben hier ei Marschälle, der eine verleiht uns das Wort, der andere nmt es uns!" und dann zu Sapieha: „Wenn es länger so ıert, so werde ich Sie zur Verantwortung ziehen, Herr .rschall!" Auch Ignaz Potocki drohte öffentlich, dieser Unter-:chung halber, den Marschall zur Verantwortung zu ziehen. erst schwieg die Claque, Rzewuski nahm Partei für das blikum und verlangte, man sollte demselben die Freiheit lassen, ifall oder Tadel auszudrücken. „Sie sollen selber urtheilen, ber Herr, was aus solchen Zuständen entstehen kann", schreibt König an Deboli: „Bald wird jeder Abgeordnete eine Claque die Galerie mitbringen und aus dem Reichstag wird ein vöhnlicher provinzieller Landtag!" (12. August.) Indessen r der Beschluss nun gefasst, und bald erschienen die Cirkulare dem Verbot. De Caché schrieb darüber: „Das Verbot der ien Ausfuhr könne sehr üble Folgen für die russische Armee ıen. Der Bankier Tepper, der sich zu vielen Lieferungen pflichtet hatte, wolle nun die Zufuhr über die galizische :nze machen. Aus Hass gegen die Russen, der täglich :hse, wolle man auch dies verhindern, allein es sei doch zu enken, dass solche Verbote auch die polnischen Gutsbesitzer ver getroffen haben, denn nun sei ihnen die einzige Möglich-, ihre Produkte in Geld umzuwandeln, benommen worden."**) x Potocki schreibt seinerseits an Stanislaw Potocki: „Ich hre soeben, Viele hätten es mir übel genommen, dass ich

*) Bericht vom 12. August.

**) Bericht vom 12. und 14. August.

mein Korn an die Russen verkaufe; wenn diese Herren Patrioten nur Käufer aus der Türkei, aus Schweden oder Preussen schicken wollten, so würde ich mit Vergnügen meine Produkte jenen abgeben. Vielleicht sind sie böse, dass ich überhaupt etwas zu verkaufen habe. Uebrigens kann ich meine Produkte behalten bis aufs nächste oder übernächste Jahr; es giebt aber viele ärmere Gutsbesitzer, die solche Verbote sehr schwer fühlen werden. Es muss wohl geheime Gründe für diesen Beschluss der versammelten Stände geben; da ich die Kabinetsgeheimisse nicht kenne, so kann ich mir keine Gründe denken, die eine Regierung veranlassen dürften, die Bereicherung des Landes zu hintertreiben, die Ausfuhr der Produkte zu hemmen und die Salzeinfuhr, welche der Gesundheit der Bevölkerung so sehr nützt, zu verhindern."*)

Nach Ablauf einiger Wochen musste diese Angelegenheit nochmals im Reichstag besprochen werden. Bei Ausführung des neuen Gesetzes waren die Grenzbehörden viel weiter gegangen, als es in Warschau beabsichtigt worden war; Mitte September waren schon Klagen darüber eingelaufen. Fürst Potemkin schrieb an Stackelberg, dass die Polen sich nicht mit dem Verbot begnügten, sondern auch russische Schiffe, welche mit polnischem Korn beladen waren und den Dniester hinunterfuhren, angehalten hatten, was man nur als einen Beweis „offener Feindseligkeit" auffassen könnte. Die Deputation für auswärtige Angelegenheiten wäre froh gewesen, diese Sache im Stillen abzuthun und Befehle zu ertheilen, die sowohl jedweder Chikane vorbeugten, wie auch die Ausfuhr und Durchgang der Lieferungen erleichterten. Sapieha und Zabiello opponirten und von Neuem ward die Sache vor die versammelten Stände gebracht. (21. September.) Die Stimmung der Kammer hatte sich aber in der Zwischenzeit gewendet. Infolge der vielen Klagen, die aus der Ukraine anlangten, hatte die Mehrzahl der Abgeordneten doch eingesehen, dass man etwas Unkluges begangen hatte und dass es wohl besser gewesen wäre, dem Rath des Italieners nicht zu folgen. Aber hier, wie auch in der Angelegenheit der Bisthümer, hatte sich die Kammer selbst Fesseln durch ein Gesetz auferlegt! Man suchte also nach

*) Brief vom 20. August.

Umgehungen, welche zwar den Buchstaben respektirten, aber doch gewisse Freiheiten ermöglichten. Man verbot nun den Gutsbesitzern, ihre Produkte nach Russland und nach der Türkei abzuliefern, gestattete aber die Lieferung bis an die Grenze und auf das andere Ufer der Flüsse. Die Schifffahrt auf dem Dniester nach dem Ausland wurde auch verboten, aber die Lieferung von dem polnischen Ufer auf russische Schiffe gestattet mit der Bedingung, dass solche Schiffe nicht von polnischen Unterthanen geführt würden. Mehr konnte man nicht gestatten, obwohl man den besten Willen dazu zeigte. Es war nicht das einzige Mal, dass die versammelten Stände Grund hatten, ihre Uebereilung oder ihre Willfährigkeit gegenüber fremden Einflüsterungen zu bedauern.

§ 100.
Unredlichkeit bei Angabe der Einnahmen. Täuschung in der Steuerveranschlagung.

Diese geringen Erleichterungen, mit welchen man dem Unheil jener Beschlüsse abzuhelfen hoffte, beseitigten doch nicht die sehr empfindlichen und dauerhaft üblen Folgen. Die betroffenen Provinzen waren die an Produkten reichsten und an Ausdehnung grössten, bezahlten also mehr Steuern als alle anderen im Reiche. Der türkische Krieg hatte die Möglichkeit geboten, vieljährige Kornvorräthe zu verkaufen, und baares Geld in das Land gebracht. Der Reichstag hatte nun durch seinen Beschluss diese Quellen geschlossen. Bischof Krasinski schrieb hierüber: „Wenn die Gutsbesitzer binnen zwei Jahren ihr Vermögen verlieren, wie soll man die Armee erhalten? Wegen Mangels an Geld wird man die Armee, wie sie in Warschau beschlossen wurde, kaum erhalten können“ Die Vermuthung des Bischofs wurde noch viel früher verwirklicht. Nach dem vom Reichstag während zweiundeinhalb Monaten ausgearbeiteten Plan sollten 22 000 Mann Kavallerie und 65 000 Mann Infanterie mit entsprechender Artillerie für 40 Millionen polnische Gulden gestellt werden. Bald aber zeigte sich, dass man auch diese ausgesetzte Summe nicht bekommen würde. Von den in diesem Jahre auferlegten Steuern erwartete man 36 Millionen Gulden Einnahme, in Wirklichkeit brachten sie

bloss 18 Millionen. Die fatalste und schmerzlichste Enttäuschung ergab sich aber bei Erhebung des Zehnten, der doch mit solchem Eifer von den versammelten Ständen votirt wurde! Schon im August vertraute Malachowski Lucchesini an, die Kommission, welche mit der Aushebung dieser Steuer beauftragt worden wäre, befolge ein Einschätzungssystem, welches höchstens 3 pCt. statt der 10 pCt. einbrächte. Thatsächlich ergab diese Steuer aus dem Kronland und Lithauen nur sechs Millionen polnische Gulden. Dies Resultat berührte die Kammer sehr schmerzlich. „Wie ist es möglich“, ruft ein Abgeordneter aus, „dass wir nur 60 Millionen Einnahmen haben, wenn es allgemein bekannt ist, dass wir 100 Millionen im Auslande ausgeben!“ Es war nicht schwer, die wahre Ursache dieser bitteren Enttäuschung zu errathen; die Gutsbesitzer und ihre Verwalter verheimlichten ihre wirklichen Einnahmen, und diejenigen, welche sie offen verkündeten, wurden noch zu niedrig eingeschätzt. Man wies auf Güter, deren verschiedene Vorwerke bei der Einschätzung verschwiegen worden waren, andere wiederum, deren Einnahmen aus Brauereien zu gering angegeben wurden. In Gross-Polen, wo die Kornpreise am höchsten waren und der Verkauf leicht, hatten die Kommissionen die Kornpreise viel zu niedrig angenommen und einige Einnahmen gar nicht berechnet. Gutsbesitzer, deren Einnahmen sich auf 50 000 Gulden beliefen, wie aus dem Pachtvertrag zu ersehen war, zahlten bloss 900 Gulden Steuer. Der Abgeordnete Zielinski erzählte, er wisse von Domänengütern, die in Wirklichkeit 40 000 Gulden Einnahme brächten, die man aber bloss auf 10 000 eingeschätzt habe; dass ein Szlachcic, der 12 000 einnahm, nur 200 Gulden Steuern zahlte und dergleichen mehr. Das genügt aber noch nicht; von jeher klagte man über die niedrige Einschätzung (Lustration) der Starosteien und hatte deswegen neue Untersuchungen angeordnet. Da man aber als Grundlage für dieselben die oben angeführte Einschätzung der Privatleute genommen hatte, so fiel die neue Einschätzung noch geringer aus als zuvor. Statt die Steuern zu erhöhen, hatte Mancher dem Fiskus weniger zu zahlen als zuvor.

Und doch stützten sich alle diese Einschätzungen und Geständnisse auf dreifache Eide: des Gutsbesitzers, seines Verwalters und der Kommissare! Die Verwalter, eine gewissenlose Menschenklasse, überboten sich an geistreichen Erfindungen,

m die Regierung zu betrügen, sicher, auf solche Weise nicht
ur den Beifall ihrer Herren zu ernten, sondern auch ihre eigenen
nteressen am besten zu wahren. Die Gutsbesitzer beruhigten
ır Gewissen durch die Ueberlegung, dass in schlechten Jahren
ie Einnahmen thatsächlich die angegebene Höhe nicht erreichten,
nd dass solche Jahre doch kommen könnten. Die Kommissare
ırerseits wollten ihren lieben Nachbarn nicht lästig fallen,
m so mehr, als diese Schonung auch ihre eigenen Taschen am
esten bewahrte. Darum machten sie nicht die mindeste
chwierigkeit, Eide entgegenzunehmen, auch in den Fällen,
o das Gesetz dieselben verbot. Wie Recht hatte Staszyc,
s er rief: „Wir müssen die Eide abschaffen, in Polen werden
e nie mehr der Wahrheit dienen und nur zur Seelenverdamm-
iss führen. Die letzte Lustration, die Resultate der Ein-
hätzungen sind zur Genüge ein Beweis dafür, wie die Sitten
ı Polen verfallen sind, wie jedwede Religion abhanden gekommen
t; nur leere Formen sind uns davon übrig geblieben."*)

In der That, welchen Kontrast bilden diese Ergebnisse
genüber den lärmenden Ausrufen, die sich in der Kammer
rnehmen liessen, als eine Armee von 100 000 Mann beschlossen
urde! „Alles wollen wir hergeben, um unser Vaterland zu retten,
e Hälfte unserer Habe, unser Leben!" Aber als es zum
ahlen kam, wurde nur der dreissigste Theil statt des zehnten
rgegeben, zum Schaden des Vaterlandes und des Gewissens. Da
an nun genaue Kenntniss dieser demüthigenden Ergebnisse
langt hat, müssen die Lobsprüche eines damaligen Schrift-
ellers über die angebliche Opferfreudigkeit sehr verdächtig
scheinen: „Erhaben erscheint uns der Reichstag und die Nation,
elche solche Lasten auf sich nimmt; noch erhabener zeigten
e sich jedoch, als diese Lasten jahrelang getragen wurden,
ıd zwar nicht von den Bauern und dem Volke, sondern von
r Szlachta!" Noch unzuverlässiger sind uns die Aeusserungen
nes heutigen Schriftstellers, der behaupten kann, dass „diese
fer freiwillig und verschwenderisch dargebracht wurden. Wie
r Theilungsvertrag (im Jahre 1775) sich durch Rauben ausgezeich-
t hatte, in demselben Maass war dieser um das Wohl des Vater-

*) Warnungen für Polen, 1790, S. 156.

landes bemüht. Der Strom riss Alle mit sich fort*.[*] Leider war der Strom kein neuer, sondern der längst bekannte, und die Niederlagen, welche von allen Seiten das Land bedrohten, vermochten nichts daran zu ändern. Es gab wohl einzelne Ausnahmen. Johann Potocki opferte den fünften Theil seines Vermögens und zahlte jährlich 10 000 Gulden mit Belastung seiner Ländereien. Joachim Potocki stellte 300 ausgerüstete Soldaten: Radziwill bereute seine frühere Saumseligkeit und stellte zum März des folgenden Jahres 2000 Mann. Der König gab auch mehrmals ein Beispiel von Opfermuth: Malachowskis schenkten Metall und Kanonen aus den eigenen Fabriken u. s. w. Es waren aber nur einzelne Persönlichkeiten, und mit solchen Beispielen liebt man nur zu sehr den allgemeinen Mangel an Opfermuth zu verdecken. Die Bürger waren weit entfernt davon, auch nur ihre Pflicht zu erfüllen, geschweige denn zu opfern; mit Ausnahme einiger Landkreise zeigte sich die Gesammtheit geizig und leider auch in den meisten Fällen unredlich.

Ohne wiederhergestellte Finanzen, ohne eine neue Armee, was konnte von diesem Reichstag übrig bleiben als nur einige gedruckte Bände überflüssiger Reden? Wie sollte nun bei dieser Enttäuschung, welche alle Abgeordneten traf und das Werk der Wiedergeburt gefährdete, geholfen werden? Das einfachste Mittel schien, die Aussagen der Steuerpflichtigen genauer Prüfung zu unterwerfen und, wo Betrug festgestellt wurde, zu strafen. Ein solches Verfahren wollte der oben citirte Autor Staszyc auch anwenden; die Bestrafung in einigen Landkreisen hätte Eindruck gemacht und die Schuldigen gezwungen, gewissenhafter zu handeln. Wie sollte man aber strafen, wo die Mehrzahl schuldig war? „Wir haben uns geirrt“, sagte Stanislaw Potocki, „als wir auf das Opfer des Zehnten rechneten. Ich beschuldige Niemanden weder der Unredlichkeit noch des Meineides, denn Viele können auch durch den Titel dieser Steuer irregeführt worden sein. Ich bitte um die Revision dieser Steuer; das Gesetz besteht und muss ausgeführt werden.“ Er verlangt eine Deputation, welche diese Revision ausführen könnte, die Aussagen prüfen und neue Taxen

*) Ueber die Einführung und den Fall der Konstitution vom 3. Mai I. 32 (n. e.). — Krassewski, Polen während der drei Theilungen, II. S. 167, 175.

uflegen. Man erörterte diesen Antrag mehrmals; Fürst
'zartoryski hatte kein Vertrauen zu einer solchen Deputation,
ondern rieth, den begangenen Irrthum, die Steuereinzahlung auf
idliche Aussage gestützt zu haben, offen einzugestehen und zu
em vor sechs Monaten verworfenen Antrag des Abgeordneten
'oszynski zu greifen, der die Einschätzung nicht auf die zweifel-
iften Aussagen der Besitzer, sondern auf die Kaufakten ge-
ützt wissen wollte. „Dieser Antrag“ (berichtet das Reichstags-
arium) „fand lauten Beifall“ (am 3. November). Malachowski
iterstützte denselben ebenfalls. Die Abgeordneten aus Gross-
len waren wie früher dagegen, sie konnten den Gedanken
cht aufgeben, dass die Einschätzung nach der Zahl der Rauch-
nge ihnen Nachtheil bringen werde. Vorläufig blieb die
che unentschieden. Aber die Enttäuschung, welche durch die
esultate der Zehntenerhebung bereitet war, wurde um so
npfindlicher, als die Gutsbesitzer das Recht hatten, die schon
. Januar auferlegte Steuer als mitbezahlt zu erachten. Von
n 6 Millionen gingen auf diese Weise 5 300 000 verloren,
d nur 700 000 Gulden waren der Reinertrag des so hoch
geschlagenen Zehnten auf den gesammten Landbesitz der pol-
schen Nation! Einige machten den Vorschlag, die frühere
euer doch zu erheben, aber man erwiderte, das stünde dem
eichstag nicht zu, es könnten nur die Gutsbesitzer freiwillig
un. Um diesen Weg zu beschreiten, verzichtete der König
f Anrechnung der alten Steuer; seinem Beispiele folgten viele
ogeordnete, zumal die ganze Wojewodschaft Sandomir; man ver-
arf die Idee des Abgeordneten M. Zalewski, einen Aufruf zu
lchem Zweck zu erlassen, weil man mit Recht hervorhob, dass
e Gewissenhaften allein sich verpflichtet fühlen würden, Folge
leisten, die Unredlichen würde es nicht rühren. Man verhandelte
nige Tage lang, ohne zu einem Beschluss zu gelangen. Indessen
men bedenkliche Nachrichten aus dem Auslande. Die Genueser
nkiers, mit denen die Finanzkommission durch Vermittelung
ppers und Prot Potockis über eine Anleihe von 13 Millionen
rhandelte, machten immer grössere Schwierigkeiten. Die ge-
imen Warnungen Lucchesinis hatten auch einigen Antheil an
ser Lage der Dinge. Der Reichstag bewilligte zwar den
nkiers zwei Steuern: Rauchfang- und Zapfensteuer als Garantie,
er man gelangte dennoch nicht zum erwünschten Resultat.

§ 101.

Neue Steuern.

Alle diese Misserfolge und Enttäuschungen trafen den R
tag gerade in dem Augenblick, als er bedeutende Summen bra
um den eben beschlossenen Etat der Armee durchzuführen.
Hauptfehler war", sagt Lucchesini, indem er die Lage sch
„eine Armee von 100000 Mann zu votiren, bevor man sich R
schaft gegeben hatte, was dieselbe kosten werde; nun
täglich neue Bedürfnisse empfunden, die man zu decken ni
Stande ist. Immer neue Projekte werden der Kamme
getischt, welche die Organisirung von entsprechender Art
Kriegsmagazinen und dergleichen als dringend erklären
Kammer nimmt dieselben auf, verhandelt, kann aber b
Mangel an Mitteln nichts beschliessen und geht zu a
Dingen über."*) Zunächst wurde die Auszahlung der G
an sämmtliche Offiziere sistirt, um die Truppen bess
zurüsten, und es wurde nach neuen Einnahmequellen
geforscht. Die Finanzkommission erklärte, sie wolle die
fabrikation unternehmen. Dies schien in der That einig
theile zu versprechen. Der Abgeordnete Strojnowski bere
dass, wenn die 24 Millionen zählende Bevölkerung von
reich dem Staate 30 Millionen an Tabaksteuer brächte,
von derselben bei 8 Millionen Bewohnern ungefähr 20 M
würde einnehmen können. Die Zahlen waren etwas
lich festgestellt, die Einnahme erst in Zukunft zu er
inzwischen wurde aber 1 Million für die Fabrikationsko
willigt. Am 16. Oktober erneuerte der Abgeordnete Ma
seinen Vorschlag, die Schlachthaussteuer nicht mehr baar,
in Natura zu empfangen, das heisst den ganzen Handel mit
sowie auch die Gerberei staatlich zu monopolisiren.
wurden die Häute nach Preussen für 10 polnische Gul
Stück abgesetzt, dort gegerbt und um den Preis vo
4 Dukaten pro Stück wieder eingeführt.

Es schien dem Antragsteller, dass der Staat enorme
machen könnte, wenn er diese Transaktion selber üb
Der Abgeordnete Czacki warnte vor dieser Prozedur; mit

---

*) Bericht vom 19. September.

aob er hervor, dass der Staat grossen Ausgaben entgegenging, um die nöthigen Gerbereien und das Personal zu beschaffen; er gab auch zu bedenken, dass die Häute in den Artikeln des Handelsvertrages mit Preussen einbegriffen seien und dass dieses neue Gesetz zu Reklamationen führen könnte. Als Antwort auf diese Argumente citirte Suchorzewski Gesetze vom 16. Jahrhundert, in denen die Ausfuhr roher Häute verboten worden war; er vertheidigte den Antrag so eifrig, dass er die Schliessung der Sitzung hinderte. Der Marschallpräsident erachtete dagegen lie bisherige Schlachthaussteuer als viel zweckmässiger. Nach iinigen Stunden eifriger Diskussion wurde die Frage gestellt und zur Entscheidung durch Abstimmung vorgelegt: „Soll die Steuer von nun an in Natura oder mit Schlachthaussteuer wie bisher eingezahlt werden?“ Man erhielt 44 Stimmen für, 36 gegen die Zahlung in Natura. „Der Beschluss wurde bei Abwesenheit von 119 Abgeordneten gefasst“, sagt das Reichstagsournal.

Nach so vielen Beispielen der Uebereilung wird man sich ber das Benehmen der Kammer in diesem Falle nicht mehr rundern. Interessant sind die verschiedentlichen Folgen dieses Beschlusses. Gleich bei der folgenden Sitzung liessen sich timmen hören, welche klagten, das neue Gesetz träfe einzelne Sutsbesitzer zu schwer; man wollte auch die Spitäler und Bettelrden von dieser Maassregel befreit wissen. Zwei Wochen lang rurden verschiedene Anträge, welche die Milderung der Maassegel zum Zweck hatten, diskutirt. Der Marschall hätte gern as Gesetz beseitigt; da es aber beschlossen war, wollte er eine Ausnahmen dulden. Endlich wurde am 31. Oktober olgendermaassen endgültig beschlossen: die Schlächter sollten ie Häute in Natura dem Fiskus abliefern, auf den Landgütern ber, in denen zu eigenem Gebrauch geschlachtet wurde, sollten ie Gutsbesitzer den vierten Theil des Werthes jeder Haut als teuer zahlen. „Die Aufgeklärten“, schreibt der König, „stimmten it Malachowski, die Mehrheit hat aber diese Begünstigung der meren Gutsbesitzer durchgesetzt, ohne einzusehen, dass bei er ganzen Sache die Einnahme für den Staat gering wird und ne Gelegenheit zu endlosen fiskalischen Plackereien gegeben it.“ Der König hatte nur zu Recht, wie uns die Ereignisse ihren. Am 1. Januar 1790 wurde das Gesetz eingeführt und

rief gleich endlose Klagen der Handwerker und ärmeren Bürger hervor. Die erbosten Schlächter lieferten 500 Häute an einem Tage. Der Staat hatte aber nicht die nöthigen Trockenhäuser bereitgestellt und die Hälfte des Materials ging verloren. Die Gerber ihrerseits schlossen ihre Anstalten, so dass die Kommission gezwungen ward, die Häute an Juden zu verkaufen, welche dieselben wiederum nach Preussen lieferten. Nun stellte sich der Mangel an Leder für die Armee ein; die Kommission musste die Gerber, Schuster und Sattler mit Gewalt zur Arbeit zwingen und die Preise bestimmen, kurzum, es war kein Ende des Aergers und der Schwierigkeiten. Die allgemeine Fleischtheuerung kam noch hinzu und am Ende des Jahres hatte man nur 3 Millionen Einnahme. Nach solchen Erfahrungen beantragte die Kommission die Wiedereinsetzung der früheren Schlachthaussteuer, welche nur durch 3 Stimmen Mehrheit abgeschafft worden war.*)

§ 102.

Der klägliche Zustand der neuen Aushebung. Unbeholfenheit der Kammer.

Unbeachtet des Allen offenkundigen Geldmangels und der Hoffnungslosigkeit, Geld zu bekommen, hörte die Hetmanspartei nicht auf, in der Kammer die Armee von 100 000 Mann stürmisch zu fordern, „um sich vor Europa nicht schämen zu müssen“.**) Die Noth lehrte aber, dass es unklug sei, die Anwerbungen zu beschleunigen, denn wie sollten die unbesoldeten Haufen an Exzessen im Lande gehindert werden? Man verlangte von der Kriegskommission Aufklärung über den gegenwärtigen Zustand der Armee. Die Antworten, welche man darauf erhielt, waren für die Kammer sehr betrübend. Ausser der Aushebung der Nationalkavallerie, die der ganzen Operation eine schiefe Richtung

*) Kitowicz, Memoiren zur Regierung von Stanislaw August, Posen 1845, I. 190 bis 199.

**) Diese Partei des Hetmans bestand aus Folgenden: Sapieha, die Wojewoden Walewski, Kurdwanowski, Rzewuski, Mierzejewski, Suchodolski, Suchorzewski, Zielinski und Anderen mehr. Mit ihnen votirten auch Severin Potocki, Strojnowski, Butrymowicz, Morski, Kublicki, obwohl die beiden letztgenannten zu Fürst Adam hielten. Diese Alle wurden von dem König mit dem Namen Heisssporne bezeichnet. In späteren Zeiten erfuhr die Partei einige Veränderungen.

ng gegeben hatte, waren drei Aushebungen von der Kammer
schlossen und angeordnet worden. Von diesen sollte die erste
Januar, die zweite im April, die dritte im Juni stattfinden;
le drei waren vor der Feststellung des Etats und ohne Ver-
ndigung mit der Kommission von der Kammer dekretirt
rden. Nun wurde über das Geschehene berichtet, und es
llte sich heraus, dass nur die erste Aushebung vollständig
rchgeführt worden war, die zweite nur zur Hälfte, mit der
itten aber hatte man bei dem obwaltenden Geldmangel noch
r nicht begonnen. Viele Rittmeister erklärten, dass sie zwar
e Kavallerieabtheilungen zum festgestellten Termin fertig-
stellt hätten, aber keinen Sold erhielten und aus eigenen
tteln die Kosten bestritten; andere hatten ihre Leute wieder
tgeschickt. Die Finanzkommission hatte auf die genuesische
leihe gerechnet; als dieselbe fehlschlug, blieben alle Zahlungen
s. Um die Infanterie stand es nicht viel besser. Die Obersten
gerten, neue Rekruten anzunehmen, solange es an Kleidung
d Ausrüstung fehlte. Man versammelte die Rekruten, es war
er, die früheren Regimenter ausgenommen, ein „hungeriger,
rlumpter Haufen“. Die oben citirten Memoiren berichten:
ch habe selbst die Soldaten, d. h. die Rekruten des Regiments
sehen, welches General Raczynski kommandirt, es waren bar-
ssige Menschen, die nach vierteljährlichem Dienste noch in
itteln und Schlafröcken herumgingen.“*) Dass dabei an eine
dentliche Vertheilung in Brigaden und an militärische Uebungen
d Disziplin nicht zu denken war, liegt auf der Hand. Die
iegskommission ertheilte Befehle und schickte um Geld an
Finanzkommission, diese gab den Kommandanten Assignaten
f die Bezirkskasse, welche dann unbezahlt wieder nach Warschau
nderten. Niemand war da, um diesem Chaos ein Ende zu
chen, Niemand konnte den Reichstag warnen, dass seine
schlüsse unbefolgt blieben und nur neue Verwirrung stifteten.
r König konnte es nicht thun, denn er wusste von nichts,
tdem die Kammer ihm die Verwaltung der Finanzen und der
nee abgenommen hatte. Mit der Abschaffung des permanenten
thes war der Reichstag die einzige, zugleich gesetzgebende
ausführende Gewalt geworden. Er bildete sich zwar ein,

*) Kitowicz, Memoiren, I. 26.

vermittelst der vielen Kommissionen zu regieren, die Kommissionen waren aber ohne Zusammenhang und nicht einheitlich verbunden. Das Ideal einer republikanischen Regierung, wie sie die Opposition träumte, war nun verwirklicht: man hatte unabhängige Behörden geschaffen, die unter keinerlei Kontrole standen. Zwar sollte der Reichstagspräsident diese Kontrole ausüben, nicht nur durch seine Macht, sondern auch kraft seiner Würde, welche er als Haupt des Reichstages bekleidete; allein er besass weder Zeit noch Kräfte für die Erfüllung einer solchen Aufgabe. Tagelang musste er die Debatten führen, Projekte vorlegen, dieselben in Konferenzen besprechen und vorbereiten; er musste immer bereit sein, mit den Mitgliedern der Kammer, sowie auch mit den auswärtigen Gesandten zu verhandeln. Die Korrespondenz mit den Provinzen kostete auch viel Zeit, da es sich meistens um Aufklärungen bezüglich der Kompetenz einzelner Behörden handelte. Kurzum, der Marschall war verantwortlich für Alles, was in der Kammer selbst, was im Auslande und in der Verwaltung vorkam. Das grösste Arbeitsgenie hätte einer solchen Bürde nicht genügt, und Malachowski war kein Genie. Der Reichstag hatte die fungirende Maschine zerstört, aber nichts Neues und Besseres an ihre Stelle gesetzt, und nun war er in erster Linie für die Anarchie verantwortlich, die sich in alle Abtheilungen der Landesverwaltung eingeschlichen hatte. „Wenn ein Reichstag da ist, ist keine andere Regierung nöthig", hatte Michael Zaleski gerufen, als er die Abschaffung des permanenten Rathes befürwortete, „kann man denn eine bessere Regierung haben, als die konföderirten Stände sie bilden?" Man hegte die Vorstellung, dass nach Aufhebung des liberum veto die Pluralitas allem Unheil abhelfen könnte, bald zeigte es sich, dass ein Reichstag nicht regieren könne; ohne eine ausführende Behörde konnte die Pluralitas nur Verwirrung anstiften. Um die Gesetzgebung stand es nicht besser. Wir haben vielfach dargestellt, wie fast jede Sitzung in unbezwingbarer Redseligkeit verging. Es schien fast, als ob Gottes Fluch auf dieser Versammlung lastete, deren einzelne Mitglieder die besten Absichten hatten und dasselbe Ziel verfolgten, sich aber nicht einigen konnten.

Folgende Worte des Kastellans Zielinski, am 17. November ausgesprochen, geben ein getreues Bild der Zustände. „In alten

Zeiten haben wir daran gelitten, dass wir nie tagten, heute ist aber unser langes Tagen unfruchtbar; damals hat das abscheuliche liberum veto alle unsere Verhandlungen verdorben, heute wird uns das leere Geschwätz und der Verlust kostbarer Zeit ebenso schädigen; kein einziger Beschluss, der nicht mit Uebereilung gefasst wäre; wahrhaftig unsere Brüder werden uns zur Verantwortung ziehen und mit Recht vorwerfen, dass wir 14 Monate statt 14 Wochen zu dieser Arbeit gebraucht haben. Vieles haben wir zerstört, aber nichts gebaut.“ Stanislaus Potocki bemerkte, diesem Uebelstande sei nur durch eine konsequente Geschäftsordnung abzuhelfen. Die Zeit vergeht, die Hoffnungen schwinden, nur die Verzweiflung bleibt. Die heutigen glücklichen Fügungen können nicht dauern: ein Wetterschlag wird kommen und das Werk zerstören, an dem wir mühevoll arbeiten! Der Marschall sollte den Gegenstand der Verhandlungen jedesmal bei Eröffnung der Sitzung feststellen und die Redner, welche andere Materien hineinbrächten, streng zur Ordnung rufen und bei der Sache halten: „Das ist es, was ich ersehne“, erwiderte Malachowski, „bisher aber wurden meine Vorstellungen abgewiesen! Ist es denn unmöglich, dass für uns bessere Zeiten kommen? Von nun an werde ich also den Herren Kollegen den Gegenstand der Diskussion bezeichnen und Jeden, der etwas Anderes vorbringt, mit den Worten: »Extra materiam!« abweisen.“ „Dieser Antrag fand allgemeinen Beifall“, schreibt das Reichstagsjournal (13. November). Folgenden Tags erörterte man nun die verschiedenen Aushebungssysteme. Plötzlich unterbricht Abgeordneter Butrymowicz die Diskussion und erinnert den König an die Ernennung der Bischöfe, gleich darauf wird aber die schon bekannte Frage eifrig verhandelt, ob der König das Recht der Ernennung besitze. „Das ist extra materiam!“ ruft der Marschall. „Das weiss ich wohl“, sagt Butrymowicz, „ich bitte aber für einmal, dieses Projekt doch zu erledigen.“ Der König nimmt das Wort, lobt den Eifer des Redners, bittet ihn aber, von der Sache abzustehen. Butrymowicz lenkte ein, die Aushebung kommt wieder an die Reihe. Es dauert jedoch nicht lange, da steht wieder Suchorzewski auf und verlangt die Verlesung eines Berichtes der Kriegskommission, weil er gehört habe, es stände Einiges über Russland darin. „Das ist auch extra materiam!“ mahnt der Marschall. „Thut nichts“, schreit

Suchodolski, „wo es sich um das Wohl des Vaterlandes handelt, soll man sich nicht an die Geschäftsordnung kehren!" und Niemand widerspricht. Der Bericht wird, wie verlangt, der Versammlung vorgelesen; daraus entsteht wiederum eine neue Diskussion über den Mangel an Waffen in Lithauen; Klagen lassen sich vernehmen, Lithauen sei immer vernachlässigt, und erst am Ende der Sitzung gelingt es dem Marschall, die Tagesordnung zu behaupten.*)

Immerhin geschah im Laufe dieser ermüdenden Verhandlungen doch etwas Nützliches für die Armee. Man gelangte allmählich zu der Ueberzeugung, dass es besser wäre, 60 000 gut bewaffnete Soldaten zu haben, als 100 000, denen das Wesentlichste fehlte. Sogar die Hetmans-Partei sah das ein und hielt nur im Prinzip an der ursprünglich beschlossenen Zahl fest. Man beauftragte die Kommission, die Rekruten in verschiedene Brigaden und Regimenter einzutheilen und auszurüsten. Es wurde ein neuer Etat ausgearbeitet, wonach die Kavallerie 27 340 Mann zählte; die Infanterie mit Artillerie 37 660; zusammen: 65 000; die bisherigen Aushebungen hatten 45 000 Mann geliefert, die fehlenden 20 000 sollten in kurzer Frist einberufen werden. Das Jahresbudget betrug 33 500 000 Gulden ausser der einmaligen Ausgabe von 5 787 000 Gulden für Waffen, Artillerie und Montur. Alle diese Posten sollten aus den allmählich zufliessenden Mitteln bestritten werden.**)

§ 103.
Civilmilitärische Kommissionen in den Wojewodschaften.

Wir haben oben das Projekt eines Aushebungsgesetzes erwähnt. Ein solches war dringend nöthig geworden, denn die bisherige Art der Aushebung öffnete allerlei Missbräuchen ein gar zu weites Feld. Bewaffnete Abtheilungen nahmen Leute mit Gewalt gefangen; die Bauern vertheidigten sich mit den Waffen. Das Erscheinen einer solchen bewaffneten Truppenabtheilung verbreitete Angst und Schrecken in jedem Dorfe; man berechnete die Zahl der nach Preussen geflohenen Bauern

*) Reichstagsjournal, 26./27. November.

**) Diese Berichte der Kommission wurden in der Sitzung vom 12. November eingereicht.

auf 10 000. De Caché berichtet, dass viele in Warschau wohnende fremde Handwerker sich schleunigst entfernten und ihn um Pässe angingen.*) Andere Excesse wurden von den unbesoldeten Schaaren in kleinen Städten und Dörfern begangen. Viele Beschwerden wurden dem Reichstag eingereicht und man sah ein, dass diesen Uebeln nur durch Einsetzung einer eigenen Behörde abzuhelfen wäre, die in jedem Bezirk und in jeder Wojewodschaft für die Bedürfnisse der Armee zu sorgen und die öffentliche Ruhe und Sicherheit zu wahren hätte. Allein wie sollte man ein derartiges Gesetz von einer so redseligen und zersplitterten Versammlung erreichen? Wenn dieselbe zwei Monate gebraucht hatte, um eine Kriegskommission zu ernennen, und zwei Wochen lang die Schlachthaussteuer erörtert hatte, wie viel Zeit würde nun vergehen, bevor sie sich über die Einsetzung einer bisher unbekannten Behörde, die in alle Verhältnisse auf dem Lande eingreifen sollte, einigen würde? Wie sollten diese Schwierigkeiten überwunden werden? Lithauen, welches sich schon oft besonnener gezeigt hatte, fand auch jetzt das richtige Mittel. Die Lithauer Abgeordneten einigten sich erst über die Nothwendigkeit der neuen Einrichtung, und nachdem sie sorgfältig die Organisation derselben in ihren Provinzialsitzungen geprüft und einen fertigen Antrag aufgestellt und unterschrieben hatten, zwangen sie ihren Marschall, Sapieha, denselben dem Reichstag vorzulegen. Dieser Antrag wurde thatsächlich am 17. November eingereicht unter folgendem Titel: „Antrag zur Einrichtung civilmilitärischer Ordnungskommissionen in Lithauen.“ Gleich erhoben die Abgeordneten für das Königreich Bedenken, man wollte einige Aenderungen vornehmen, kurzum, es drohte wiederum eine längere Diskussion. Da nahm der König das Wort: „Was die Herren Abgeordneten für Lithauen nützlich finden, müssen die Herren aus der Krone gut heissen; ich bitte um Annahme des ganzen Antrages.“ Es gab keinen Grund zur Ablehnung, es wurde also dreimal „Beifall“ geschrieen. Die beglückten Lithauer küssten dem König die Hand. Der Marschall Malachowski sagte, dieser Beschluss, welcher die Ruhe und Sicherheit in Lithauen gewährleistet, freue ihn unendlich, leid thäte ihm nur, dass die Lithauer der Krone in dieser Sache zuvorgekommen seien. Um das Versäumniss nachzuholen,

*) Bericht vom 2. Dezember 1790.

lud er zugleich die Abgeordneten des Königreichs zur Besprechung eines ähnlichen, schon vorbereiteten Projektes ein. Dieselbe fand auch statt; binnen wenigen Tagen war ein Projekt redigirt. Malachowski trieb zur Eile; der fünfundzwanzigjährige Jubiläumstag der Thronbesteigung nahte heran und der Marschall hätte gern dem Monarchen zu diesem Fest die Freude gemacht, einen so wichtigen und segensreichen Beschluss durchzuführen. Am 24. November wurde in der That der Antrag vorgelegt und an jenem Festtag, dem 25. November, trotz einiger Schwierigkeiten angenommen. Der König dankte mit sichtlicher Rührung. „Ich empfange gern“, sagte er, „diesen Beschluss als Geschenk zum heutigen Tage, da ich sicher bin, dass die Versammelten Stände damit dem Lande einen guten Dienst leisten und die Grundlage zu allgemeiner Beruhigung gelegt haben.“ Dabei gedachte er auch der Verdienste der beiden Marschälle, sowie der Lithauer Abgeordneten, welche mit gutem Beispiel vorangegangen seien.

Thatsächlich wurden die Ordnungskommissionen, welche diese beiden Beschlüsse ins Leben riefen, eine Wohlthat für das ganze Land. Durch dieselben wurde endlich der erste Schritt zur Herstellung einer administrativen Gewalt für die Landbezirke und Wojewodschaften gethan; sie ersetzten auch mit Erfolg die früheren wirthschaftlichen Landtage; allmählich wurden die meisten militärischen, finanziellen, ökonomischen und polizeilichen Angelegenheiten durch dieselben entschieden und geregelt, auch auf das Unterrichtswesen übten sie Einfluss, mit einem Wort: es war endlich eine Behörde entstanden, welche die Bürger der Provinzen mit der Centralregierung verband. Nach Einverständniss mit der Kriegskommission beschäftigte sich dieselbe mit der Einquartierung der Truppen in Städten und Dörfern, mit der Einrichtung der Magazine, den Aushebungen, ja schliesslich entschied sie in allen civilmilitärischen Konflikten. Bald wurden diese Ordnungskommissionen auch mit der Aufsicht über die Bezirkskassen und die Steuereinnahme betraut, ebenso auch mit der Kontrole der Maasse und Gewichte und der Lieferungen, welche von einheimischen Fabriken für die Armee übernommen wurden. Die Wohlthätigkeitsanstalten wurden ebenfalls diesen Kommissionen überwiesen und wir begegnen bald einer Anordnung von ihnen, wodurch

Gutsbesitzer gezwungen wurden, sich der Armen auf ihren
tern thätig anzunehmen und für dieselben zu sorgen. Die
ndwirthschaft gehörte gleichfalls zu den Dingen, mit denen
h die Kommissionen zu beschäftigen hatten. Sie mussten
er den Stand der Ernten nach Warschau berichten. Schliesslich
ırden sie auch beauftragt, die Pfarrer anzuhalten, Elementar-
ıulen in ihren Dörfern einzurichten und statistische Daten
er Volksunterricht in den Provinzen zu sammeln. Mit einem
ort, die Ordnungskommissionen waren verpflichtet, für ihren
zirk zu leisten, was ein ordentlicher Gutsbesitzer für sein
it und seine Hörigen leisten und bilden sollte: eine schir-
nde, beschützende, Alles umfassende Gewalt. Es ist bemer-
nswerth, wie die einzelnen Bezirke mit dieser neuen Einrich-
ıg das erlangten, was dem ganzen Staat fehlte: Einheit der
fsicht und der Regierung. Jede Ordnungskommission war
ı 16 Gutsbesitzern gebildet, die alle zwei Jahre wählbar
ren, doch nur so, dass ein Drittel im Amte verblieb; drei
istliche mussten unter ihrer Zahl sein. Die Gewählten hatten
Pflicht, einander dergestalt abzulösen, dass drei immer in
ätigkeit blieben; wer seine Pflicht versäumte, ward für drei
ıre ausser Thätigkeit gesetzt. Wählbar waren sie erst nach
n zwanzigsten Lebensjahre und erhielten keinerlei Remune-
ion, „es soll die erste Stufe der staatsbürgerlichen Thätigkeit
n", heisst es in dem Statut. Nur nach Erfüllung dieses
ıtes kann man zu höheren Aemtern berufen werden und
soldung empfangen. Die Sitzungen sollten täglich von 8 bis
Jhr stattfinden. Festgelage und Bewirthungen wurden den
mmissaren untersagt, „weil sich dieselben mit der Würde
Amtes nicht vertragen und nur zu Zeitverlust führen".
ıte kann man diese Statuten der Ordnungskommissionen
ht ohne Genugthuung lesen und die Freude, welche diese
assregel dem König und dem Reichstagsmarschall bereitete,
cheint nur zu begreiflich. Man kann zwar auch hier manchen
ıler entdecken und den Vorwurf erheben, dass wiederum
lektive Amtsführung da vorwaltete, wo ein einzelner Beamter
ır an seiner Stelle gewesen wäre, die vielen Sitzungen,
athungen etc. konnten nur hemmend auf einzelne Verfügungen
ken. Bei dem damaligen Geist war das aber unvermeidlich,
in Wirklichkeit wurden bei der Menge von Verpflichtungen

die einzelnen Geschäfte auch nur von Einzelnen besorgt. Tadelnswerth dünkt uns die Menge Aufgaben, welche auf einmal den Kommissionen überwiesen wurden, dieselben waren zu mannigfaltig und deshalb mussten manche unerfüllt bleiben. Pünktliche Ausführung, obwohl wünschenswerth, war aber zunächst nicht Hauptsache, die Nützlichkeit der neuen Institution bestand darin, dass sie wirklich als Zeichen einer Wiedergeburt gelten konnte, dass sie dem erwachenden Triebe, das Vaterland zu retten und aufzurichten, ein günstiges Feld öffnete und den besseren Kräften und dem guten Willen, wo immer nur ein solcher vorhanden war, Gelegenheit zur Verwendung gab. Es war von segensreichen Folgen, dass die Ordnungskommissare sich über die Verhältnisse ihrer Bezirke informirten und lernten, welche Maassregeln am besten geeignet wären, die öffentliche Ruhe zu sichern und den Wohlstand zu fördern. Alle höheren Beamten eines Bezirkes gehörten selbstverständlich der Kommission an, dieselben brachten ihre Erfahrung und Kenntnisse aus dem Staatsdienst mit, die Jüngeren konnten unter ihrer Anleitung Manches erlernen, brachten wiederum ihrerseits grösseren Eifer und behendere Ausführung der berathenen Maassregeln mit. Indem die Bürger die ihnen übertragenen Aemter verwalteten, wurden sie für den Staatsdienst geschult und Niemand konnte zu einiger Bedeutung gelangen, ohne erst auf diesem Felde Proben abgelegt zu haben. Der Weg zur Regelung des öffentlichen Lebens war richtig gewählt worden und mit ihm das beste Mittel, um die Fehler der Nation und die Quellen ihrer Armuth zu begreifen. Diese Institution, welche den Bedürfnissen des Landes entsprach und durch den Geist der Nation geschaffen worden war, brauchte nur allmählich zu wachsen, um dem Lande gute Diener zu erziehen. Wie schade, dass diese Einrichtung, so sehr im Lande und auswärts anerkannt, nicht ein halbes Jahrhundert früher entstanden war!

Wir wollen noch hinzufügen, dass der Reichstag einige Tage später das Aushebungsgesetz feststellte. Demnach wurde ein Mann auf 100 Rauchfänge der Rittergüter und einer auf 50 Rauchfänge der Geistlichen und Krongüter militärpflichtig. Die Dienstzeit war auf sechs Jahre bestimmt; ein Bauer aber, der dann von seinem Herrn Urlaub erlangte und kein Verbrechen beging, durfte noch weitere sechs Jahre dienen und erlangte damit persönliche Freiheit.

§ 104.

Städtische Steuern. Jan Deckert.

Nun kam die Reihe an die städtischen Steuern. Schon am 12. Oktober war über diese Materie verhandelt worden, der Reichstagsmarschall wollte die grösseren, sogenannten Residenzstädte höher belasten. Warschau erklärte sich bereit, noch 400 000 polnische Gulden zu zahlen ausser den 160 000 Gulden an freiwilligen Gaben, welche die Stadt darbrachte. Diese Summe sollte an Stelle der Rauchfangsteuer der anderen Städte treten, war als Residenzsteuer aufgefasst worden. Einige Abgeordnete äusserten die Ansicht, dieser Beitrag sei zu gering; sie zählten alle Vortheile auf, welche die Hauptstadt aus dem Tagen des Reichstages zog. Sie brachten zur Erwägung, dass ein Haus in Warschau den Werth eines Landgutes repräsentire, und dergleichen mehr und wollten 800 000 Gulden fordern. Andere warnten davor und meinten, man sollte der Stadt nicht solche harten Bedingungen auferlegen; worauf die Sache unentschieden blieb. In der folgenden Sitzung wurde seitens des Warschauer Magistrats eine Denkschrift eingereicht, welche erklärte, dass Warschau dem Fiskus 3 141 000 polnische Gulden unter verschiedenen Titeln zahle, dass die 400 000 polnische Gulden von der Stadt als freiwillige Steuer würde dargebracht werden an Stelle der Rauchfangsteuer und mit dem Vorbehalt, die Raten nach eigenem Ermessen auszuzahlen; darüber hinaus könnte der Magistrat nichts geben. Diese Erklärung wurde von Naruszewicz unterstützt; er schilderte mit Beredsamkeit das Wachsthum und die Entwickelung, welche Warschau in dem letzten Jahrhundert durchgemacht und wesentlich seiner Eigenschaft als Residenz zu verdanken habe. Von er Residenz der früheren Fürsten von Masovien wäre nichts brig geblieben, seitdem die Monarchen anderweitige Residenzen ewohnten, und wenn die Zahl ihrer Bewohner innerhalb 50 Jahren on 30 000 auf 100 000 gewachsen und dementsprechende Verhönerung der Bauten eingetreten wäre, so lege ihr diese igenschaft auch Pflichten auf, die sie nicht erfüllen könnte, nn die Last der Steuern zu hoch wäre. Niemcewicz nahm ch das Wort, um die Lage der städtischen Bürger im Allmeinen zu schildern, die fast keine Rechte genössen und

in Allem der Szlachta den Vortritt lassen, sogar über sich beschliessen lassen müssten, ohne eine Stimme bei der Berathung zu haben. Wolle man also Staatsangehörige je nach ihren Vorrechten belasten, so müsse man nicht vergessen, dass die Szlachta alle Prärogative und Auszeichnungen besitze, während der Bürgerstand keine habe. Das oben genannte Opfer würde für die Armee gebracht, und doch blieben nach wie vor die Bürgerlichen von den Offiziersstellen ausgeschlossen. Es wäre wohl Zeit, den Bürgerstand besser zu behandeln, sonst könnte man noch erleben, dass dieser sich selbst sein Recht schaffe. Diese Argumente berührten zwar die politische Seite der Frage, riefen aber doch keinen Sturm hervor. Suchodolski meinte sogar, man solle Bürgerliche zu den höheren Stellungen in der Armee zulassen, ihnen aber keinen Antheil an der Gesetzgebung gestatten; er citirte Dänemark als Beispiel eines Landes, in dem der Bürgerstand als regierendes Element die eigene und die Freiheit des Adels eingebüsst habe. Ueber die Frage der Steuern urtheilte er jedoch anders und meinte, die Einnahmen von Warschau seien enorm; wenn die Stadt 20 pCt. davon dem Fiskus zahle, würde der Staat zwei Millionen aus dieser Quelle beziehen; 800 000 polnische Gulden könne er also von der Residenz fordern. Der Abgeordnete Kublicki verneinte diese Behauptung, auch schienen ihm die Gefahren, welche die schwedische und dänische Revolution nach sich gezogen hatten, durch die französische schon neutralisirt zu sein. Der König rieth, sich mit den Vorschlägen des Magistrats zu begnügen, wogegen Fürst Czartoryski die Ernennung einer Kommission beantragte, welche die finanzielle Lage der Hauptstadt prüfen und die Steuer danach bemessen sollte. Den Gedanken von Niemcewicz erkannte er an, indem er die Bekämpfung der Vorurtheile lobte und die Stände einlud, in späterer Zeit einmal sich mit der Frage der bürgerlichen Rechte eingehend zu beschäftigen. Endlich ward, nach längerer Erörterung, der Antrag des Fürsten angenommen und eine besondere Deputation aus 3 Senatoren und 6 Abgeordneten zusammengestellt, um die Sache genauer zu prüfen. Andere Residenzstädte wurden mit $1\frac{1}{2}$ pCt. Rauchfangsteuer belastet, mit Ausnahme von Krakau, welches 15 Jahre lang nur 1 pCt. zahlen und das Uebrige zur Hebung seines ökonomischen Zustandes verwenden sollte.

.m 1. Dezember war die Deputation im Stande, zu berichten.
eth, sich vorläufig mit der angebotenen Summe von 400 000
ichen Gulden wenigstens so lange zu begnügen, bis man ver-
lene Uebelstände entfernt haben würde, die der Stadt viel
en brächten und theils von den Beamten des königlichen
hallamtes herrührten, theils von den Juden und fremden
euten, die sich unrechtmässigerweise mit ihrem Handel
iistet hätten. Der Bericht erwähnte, die Juden wären
, einmalig 200 000 polnische Gulden und jährlich 60 000
ilen, um das Recht zu erlangen, sich ausserhalb der Stadt-
anzubauen. Die Deputation ertheilte den Rath, dieses
ieten nicht anzunehmen, ohne bestimmte Schranken auf-
ten; über 300 Häuser dürften die Juden, und zwar ausser-
der Stadtmauer, nicht besitzen. Der ganze Bericht war
n Bürgerstand wohlmeinend geschrieben, voll Verständniss
adteinrichtungen und ihrer Bedürfnisse. Derselbe wurde
'erhandlung gebracht. Die Gedanken, welche in der
geschilderten Diskussion laut wurden, blieben nicht ohne
lang. Ausser den Kaufleuten und Bankiers, die nur
:e Geschäfte Sinn hatten, besass Warschau einige Bürger,
h für das Wohl der Stadt lebhaft interessirten: der Advokat
zecki, der Kaufmann Paschalis, der Rechtsgelehrte Fr. Bars,
abakmonopolist Rafalowicz und vor Allem Jan Deckert,
gleich aufgeklärt, unternehmend und reich war. Letzterer
ndigte sich bald mit Hugo Kollontaj, der damals Referen-
für Lithauen war, um im Einvernehmen mit den übrigen
ichen Städten eine Verbindung zu gründen, deren Ziel
ollte, für diese Städte eine Position zu schaffen, welche
ihren alten Rechten und den modernen Bedürfnissen
äche. Diese Städte schickten je zwei Delegirte nach
hau, um gegenüber den versammelten Ständen eine Aktion
einbaren. Der Advokat Mendczecki schrieb eine Broschüre
dem Titel: „Die Rechte der Städte“, welche herum-
ekt wurde und einige Betrachtungen über den früheren
der Städte enthielt; unter Anderem erinnerte sie daran,
·üher die Städte einen thätigen Antheil an der Regierung
hätten und der Bürgerstand bei allen Berathungen,
gen und in der Königswahl vertreten gewesen wäre, dass
ein unbestrittenes Recht habe, an der Regierung, Ver-

waltung und Gerichtsbarkeit theilzunehmen. Die Krakauer Bürger, welche Hugo Kollontaj von der Zeit seines Krakauer Rektorats gut kannten und bezüglich seiner Betheiligung an dieser Bewegung etwas misstrauisch waren, hielten es für angemessen, sich erst bei dem König und dem Reichstagsmarschall zu erkundigen, ob sie mitwirken dürften. Es wurde ihnen davon abgerathen, worauf sie keine Delegirten schickten und einige herabgekommene Städte, wie Olkusz, Kruszwica u. s. w., veranlassten, ihr Beispiel nachzuahmen. Die Mehrzahl aber folgte dem Aufruf von Deckert, denn wir sehen 141 Städte ihre Delegirten um diese Zeit nach Warschau senden. Mitte November versammelten sich dieselben in der Hauptstadt. Sofort verbreitete sich das Gerücht, der Bürgerstand habe eine eigene Konfoderation wie diejenige des Adels im Sinne. Ganz Europa stand damals unter dem Eindrucke der Ereignisse in Paris, wo der Bürgerstand über den Adel und die Geistlichkeit triumphirte, die neuen Rechte publizirte, die Bastille zerstört hatte und einen autokratischen Monarchen gezwungen hatte, ihm zu gehorchen. In Warschau, wie überall, wurde nur darüber gesprochen. Die plötzliche Erscheinung der Delegirten, die Haltung der Warschauer Bürger, die in allen Kirchen öffentlich für das Gelingen ihrer Sache beteten, führte also auch hier zu der Vermuthung, dass es sich um Revolution handelte; man dachte, der König würde dieselbe benutzen, um sich seiner Feinde zu entledigen, man glaubte, dass der 25. November als Krönungstag zur Verwirklichung dieser Absichten bestimmt sei. Besonders waren Branicki, Sapieha und Suchodolski sehr erschrocken.*) Am Abend des 25. November wurde Warschau von den Bürgern prächtig illuminirt, ein grosser Empfang fand im Rathhause statt, aber Alles blieb ruhig. Sapieha wollte sich doch nicht zufrieden geben und versuchte den Marschall Malachowski zu bewegen,

---

*) Der König schreibt, dass Branicki und Kurdwanowski den ganzen Tag des 25. November mit geladenen Pistolen auf dem Tisch, bereit zur Vertheidigung, dagesessen hätten. Fürst Sapieha liess sich ins Schloss führen, um die Illumination anzusehen, er traf dort Jan Deckert und grüsste ihn ehrerbietig. Als man ihn fragte, warum er das thäte, erwiderte er: „Weil ich nicht gehängt werden möchte!“ Der König erzählt, diese Panik wäre durch folgende Begebenheit verursacht worden: Einige Tage vorher hatte Sapieha im Theater eine Loge verlangt, um daselbst sein

ur Beschwichtigung der angeblichen Revolte des Bürgerstandes ie National-Kavallerie nach Warschau zu ziehen. Suchodolski rklärte seinerseits, er würde die Einrichtung einer besonderen Ordnungsdeputation verlangen, weil er der Energie des Marschalls nicht traute. Malachowski tadelte Beide heftig und beschuldigte sie, absichtlich böse Gerüchte zu verbreiten, um Unheil zu schüren. Diese Gerüchte fanden indess bald ein Ende und die Bürger arbeiteten weiter an ihrer Sache. Hugo Kollontaj verfasste in ihrem Namen eine Denkschrift, deren Ton etwas hochmüthig war und von demjenigen, in dem der Bürgerstand bisher gewohnt war, die Republik anzureden, abwich. Man spürte darin den Pariser Einfluss. So heisst es in diesem Dokument: „Die Zeit ist gekommen, in der die Erkenntniss der Wahrheit und der Gerechtigkeit uns verpflichtet, mit Offenheit zu sprechen, unsere Ergebung für unser Vaterland kundzugeben und daraufhin um diejenigen Rechte zu bitten, welche uns, als den Bürgern freier Städte, zukommen und auf welche wir Anspruch haben als Besitzer des städtischen Grund und Bodens. Wir verlangen diese Rechte wie Leute, die wissen, dass sie solche Rechte auch zum Wohl des Vaterlandes brauchen können, wir zweifeln auch nicht, dass Ihr uns darin Gerechtigkeit widerfahren lasset und uns dasjenige wiedergebet, was das Naturrecht und die alte Verfassung unserer Vorfahren in den besten und ruhmreichen Zeiten Polens dem Bürgerstande gewährt hatten.“ Betont wird ferner in dieser Denkschrift, dass die Zeit gekommen sei, den Druck aufzuheben, der auf mehreren Millionen Menschen laste und nur von Unwissenheit und Vorurtheilen bedingt sei; zu solchen Forderungen liesse sich der Bürgerstand nicht durch fremdes Beispiel hinreissen; denn „obwohl die Umwälzungen, welche draussen stattfinden, uns wohl bekannt sind, so wollen wir treu an der erlauchten

---

Maitressen hinzuführen; der Impresario Guardasoni liess ihm sagen, er habe keine Logen mehr, da schon alle kontraktlich vergeben seien. Sapieha wusste, dass Frau Deckert als Stadtpräsidentin eine Loge hatte, und meinte: „Das ist zu viel für sie“, liess dann eigenmächtig diese Loge in zwei theilen, um seine Damen hineinzubringen. Frau Deckert verlor die Geduld und that folgende Aeusserung: „Der Fürst Sapieha sollte bedenken, was in Paris geschehe!“ Diese Worte wirkten in der That auf Sapieha, der von nun an höflicher wurde.

Republik festhalten. Da, wo ein Einzelner herrscht und alle menschlichen Rechte niederdrückt, muss eine geknechtete Nation wohl ihre Ketten sprengen; in Polen aber ist der König, sind Senat und Ritterschaft überzeugt, dass Freiheit jedem Menschen gebührt, dass die Menschenrechte heilig seien, und dass es nothwendig sei, alle Stände zu heben und eine feste und freie Regierung auf neuen Grundlagen zu errichten". Die Forderungen des Bürgerstandes, wie sie schliesslich den versammelten Ständen vorgelegt wurden, lassen sich kurz folgendermaassen fassen: Die Wiederherstellung der städtischen Privilegien, wie dieselben vor dem Unionsreichstag im Jahre 1569 bestanden hatten; persönliche Sicherheit aller derjenigen, welche unter städtischer Gerichtsbarkeit standen; die Freiheit, für die Städter des Kronlandes, Landgüter zu erwerben, wie die lithauischen Stadtbürger dieselbe besassen; Zutritt zu höheren Stellen in der Armee und in der Kirche; Sicherung eigener städtischer Gerichtsbarkeit und Befreiung aller Stadtbürger von der Gerichtsbarkeit der Starosten und Marschälle; die Möglichkeit, in Fragen des Handels und des städtischen Gewerbes mit dem Finanz- und auswärtigen Ministerium zu verhandeln, sowie das Recht, eigene Abgeordnete und Delegirte in den Reichstag zu schicken; das Recht für die städtischen Bürger, auch an Finanzkommissionen, an Wojewodschafts- und an Assessorgerichten theilzunehmen, sowie bei der Abschliessung von Handelsverträgen zugezogen zu werden; schliesslich sollten diejenigen Edelleute, welche sich unter Stadtrecht stellten, nicht die Privilegien ihres Standes deshalb einbüssen.*) Der König, Malachowski, Fürst Czartoryski, Chreptowicz, Ignaz und Stanislaw Potocki, kurzum alle aufgeklärten Köpfe waren diesen Forderungen wohlgesinnt. Auch

*) Diese verschiedenen Forderungen wurden mehrmals verfasst. So ist es z. B. bekannt, dass die Stadtbürger ursprünglich eine Kammer für sich haben wollten. Es war Kollontajs Idee, die er auch in seinen Briefen an Malachowski (II, 133) bespricht. Doch liessen sich die städtischen Bürger leicht von der Vermessenheit dieser Forderung überzeugen und begriffen, dass dieselbe die Gewährung der übrigen gefährden könnte. Auch wurde die oben citirte Denkschrift vielfach verändert, bevor sie in die Hände des Königs gelangte. Schon als sie der König einmal durchgelesen hatte, forderte Deckert sie wieder zurück und merzte die Stelle aus, welche von einer Verbindung der Städte spricht, weil sie einen üblen Eindruck auf den Adelstand machen könnte.

e der Bürgerstand in dem Kreise der Abgeordneten nicht
e Feinde, wenigstens keine, die offen und entschieden ihre
strebungen bekämpft hätten. Nur das Eintreffen der vielen
legirten und das Misstrauen, welches dadurch erneuert wurde,
lebten etwas die früheren Vorurtheile. „Die Schwierigkeiten
tten sich noch gehäuft", schreibt der König am 28. November,
enn es uns nicht gelungen wäre, die Schriften bei Seite zu
affen, welche Deckert vorbereitet hatte und verschicken
llte. Dieselben waren im Grunde auch gut, enthielten aber
ige Phrasen und Vorreden, die offenbar aus den zeitgenössischen
nzösischen Schriften herrührten. Wir haben Deckert gebeten,
Fassung der Schriften zu ändern, was er auch ohne Weiteres
thun versprochen hat."

§ 105.

Die städtische Angelegenheit in dem Reichstage.

„Am 2. Dezember", erzählt Stanislaw August, „erschien
kert im Schlosse, ungefähr zweihundert Delegirte aus ver-
iedenen lithauischen und polnischen Städten mit sich führend.
e waren, wie er, in schwarzer Bürgertracht und erwarteten
n Erscheinen in dem mittleren Schlosssaal; sie überreichten
eine Bittschrift, die mit sämmtlichen Unterschriften der
egirten versehen war. Als ich dieselbe annahm, sagte ich
en: »Ihr wisst aus Erfahrung, dass Niemand so aufrichtig
Wachsthum und den Wohlstand der Städte wünscht, wie
es thue. Ich warne Euch aber vor überlauten Manifestationen
vor zu grosser Beredsamkeit in Euren Schriften und Pe-
onen, denn diese können Eurer Sache nur Schaden bringen.
e Gründe und Bitten müsst Ihr mit Demuth vorbringen, es
der einzige Weg, der Euch zum Ziele führen kann.« Als
das gesagt hatte, ging ich; die Bürger küssten meine Hand,
Ganze sah aber nicht aus wie eine feierliche Audienz. Es
auch gut, dass einige Adlige, welche zugegen waren, meine
rte vernommen haben und nicht versäumen werden, solche
lie Oeffentlichkeit zu bringen, hoffentlich werden nun die
üchte, welche mich beschuldigen, unter dem Bürgerstand
Geist des Aufruhrs zu säen, aufhören." Aus dem Schloss
die „Schwarze Bürgerprozession" (wie sie vom Adel
nnt wurde) zu dem Reichstagsmarschall Malachowski, um

diesem ein zweites Exemplar der Bittschrift einzureichen.
Marschall ertheilte ihnen einen ähnlichen Rath, wie der
es gethan hatte, und fügte noch hinzu, die Delegirten der
Städte möchten doch Warschau bald verlassen. Dann
sie zu dem Kanzler Malachowski; dieser war nicht zu
sondern im Assessorgericht; als sie ihn dort aufsuchten, fr
sie mit Kälte, ob eine Gerichtsangelegenheit sie zu ihm
Als sie antworteten, dass sie zu dem Kanzler gekommen
erwiderte er: „Ich bin Kanzler beim König, hier bin i
Richter und in meinem Hause bin ich einfach Malacho
Nach diesen drei offiziellen Besuchen gingen Deckert u
falowicz zu den meisten Ministern, Senatoren und bedeute
Abgeordneten, um sie einzeln für die Sache des Bürger
zu gewinnen. Fast bei Allen mussten sie Vorwürfe hören
die unerhörte Zusammenkunft der Delegirten und die Dr
keit, mit der sie die „Erlauchte Republik" anredeten.*)

Zu derselben Zeit schickten die Krakauer Bürger
besondere Eingabe an die versammelten Stände. Die alt
in Trümmern liegende, kaum 9000 Einwohner (ausser den
städten) zählende Hauptstadt war in ihren Forderungen
bescheiden und begnügte sich nur mit zwei Postulaten, n
finanzielle Hülfe, um der Verarmung zu steuern, und
besondere Deputation zur Prüfung ihrer alten Privil
Die Krakauer Bittschrift war demüthig verfasst und ward
demüthiger durch ihren Bevollmächtigten Geppert vorge

*) Kitowicz erzählt in seinen Memoiren (I. 168), dass der Bür
eine Audienz von den versammelten Ständen einige Tage nach de
geschilderten Empfang bei dem König erhielt; er weiss sogar über di
welche Deckert dabei gehalten haben soll, zu berichten. Bartoszewi
dieser Aussage in seinem Artikel über Deckert (Polnische Encyk
und giebt einige Einzelheiten mehr. Dasselbe erzählt Krassewski
während der drei Theilungen", II. 200) in seiner gewohnten
malerischen Weise. Indessen müssen wir alle diese Behauptungen
legen. Es hat kein Empfang bei den versammelten Ständen stattg
Hätten die Delegirten einen solchen bei der Kammer durchgesetzt,
das einer Anerkennung ihrer Verbindung gleichgekommen, die,
wissen, dem Ritterstand am meisten missfiel. Das Reichstagsjourn
12. und 13. Oktober, ferner vom 1., 15., 17. und 18. Dezember erwäh
von einem Empfang; in diesen Sitzungen ward die Angelegenheit de
besprochen.

dem Kanzler Malachowski eingereicht. Mit dieser Eigen-
ıft gewann sie auch die gute Meinung aller derjenigen,
che sich durch den hochmüthigen Ton der grosspolnischen
lithauischen Städte beleidigt fühlten.

Am 15. Dezember ward die Steuerfrage für die Stadt
:schau vom Marschall zur Diskussion gestellt. Daraus ent-
d gleich eine lebhafte Erörterung über die Forderungen,
:he die grosspolnischen und lithauischen Städte den Ständen
ulegen wünschten. Diejenigen, welche die Bestrebungen
Bürgerstandes begünstigten, wollten sämmtliche Punkte der
ıchrift in Erwägung ziehen; die Gegner behaupteten dagegen,
ƙau müsste allein berücksichtigt werden. Der Kastellan
.nski tadelte heftig alle Schritte, welche der Warschauer
istrat ohne Vorwissen der Kanzler vorgenommen hatte, jeder
gethanen Schritte verdiente eine harte Verurtheilung seitens
Kammer, Krakau allein hätte den legalen und somit richtigen
; eingeschlagen und damit einige Rücksicht verdient, wes-
ən der Redner um baldige Erledigung der Krakauer Bitt-
ift allein bäte. Der Kastellan Jezierski wand seine be-
ıten, trivialen und scherzhaften Argumente ein, um zu beweisen,
es überhaupt keine Kaufleute gebe, sondern lauter Krämer
Kleinhändler, ihre Bittschrift müsse man den Kanzlern zu-
:ken. Der Abgeordnete Suchodolski verlangte dasselbe,
jedoch in seinen Aeusserungen vorsichtiger. Der Wojewode
ewski empfahl Krakau der Gunst der Kammer, Warschau
ıte dagegen für den begangenen Fehler büssen und sich
ıt an die Kanzler wenden, diese würden ihre Forderungen
.gen. Abgeordneter Butrymowicz äusserte die Meinung, es
:chädlich, die übertriebenen Ansprüche der Städte hier zu
:ern, ein solches Verfahren könnte das Polen alliirte Preussen
.digen. Die Freiheit der polnischen Städte würde sicher
Preussen dorthin ziehen, wodurch diese Nachbarmacht
ıträchtigt werden könnte!

An Vertheidigern der Städte fehlte es auch nicht. Der
əordnete Matuszewic hob hervor, der von Warschau be-
ene Formfehler dürfe nicht von der ganzen Städtebevölkerung
sst werden. Abgeordneter Gutkowski erinnerte daran, dass
neisten Städte durch die üblen Zustände in der Verwaltung
Republik zu Grunde gegangen wären; um die Republik

wieder aufzurichten, müsste man den Städten endlich Ge
keit widerfahren lassen. Eine grosse Zahl der Abgeo
klatschte Beifall bei diesen Worten. Abgeordneter K
der diese Diskussion einleitete, tadelte die Kanzler, wel
200 Jahren die Städte vernachlässigt und somit sel
Wendung der Dinge verschuldet und die Städte gez
hätten, sich direkt an die versammelten Stände zu w
Abgeordneter Chreptowicz sprach mit grosser Bered
und überzeugend: er hob hervor, es wäre nutzlos gew
den früheren Reichstagen die Hebung der Städte vorzus
denn die Vorurtheile, welche damals alle Geister ge
hielten, würden das nicht zugelassen haben. Die Rei
hätten allein Gesetze diktirt; heute aber wäre eine neue,
Zeit gekommen; die Verbindung der Städte, welche ma
so sehr tadele, wäre eine erfreuliche, nutzbringende,
zeugende Erscheinung. Der jetzige Reichstag müsste un
Polen von dem Makel befreien, welcher auf ihm durch
drückung des Bürgerthums laste. Die gerechten Ansprüc
Städte dürften nicht bei Seite geschoben werden. Der
tag, welcher denselben Gerechtigkeit widerfahren liesse,
sich verdienten Ruhm und dem Lande viele Vortheile,
er eine neue Epoche in der Geschichte derselben
Auch Stanislaw Potocki vertheidigte die Städte in den
Sinne, wagte aber nicht, trotz seiner inneren Ueberz
alle Forderungen gutzuheissen; die Theilnahme des
standes an der Gesetzgebung wollte ihm nicht einleucht
wohl er es nur gerecht fand, dass die Delegirten sich
an die Stände gewandt hätten, nachdem sich so viele
zu Klagen sowohl über die Assessorgerichte, wie auc
die Vernachlässigung der Kanzler angehäuft hatten. A
König und Malachowski das Wohlwollen der meisten Abgeor
für Krakau merkten, wollten sie die Verlesung der War
Denkschrift in Verbindung mit derjenigen von Krakau
Kammer durchsetzen; dies gelang aber nur theilweise,
man die Verlesung der Zusammenfassung, also nur der
rungen beider gestattete. Fürst Czartoryski beantragte
hin die Ueberweisung der beiden Anträge an die Dep
die sich mit der Reform der Regierung befasste, Ander
nirten diesem Antrage; endlich, nach dreitägiger Dis

(16., 17., 18. Dezember) wurde der Antrag doch einer besonderen Deputation zur Prüfung und Vergleichung der früheren Privilegien und der heutigen Forderungen überwiesen. Diese Deputation sollte im Einverständniss mit derjenigen „über die Regierungsform" arbeiten und ihren Bericht darüber den versammelten Ständen erstatten. Die seitens der Stadt Warschau zugesagte Steuer von 400 000 Gulden wurde angenommen, aber mit der Bedingung einer späteren Revision, sobald die städtischen Verhältnisse geordnet und die Theilung der Stadt in Sektionen erfolgt wäre.

Dies war die Entwickelung des ersten Aktes eines Dramas, dessen Schlussakt erst nach anderthalb Jahren erfolgen sollte. Ob die Einberufung der Stadtdelegirten nach Warschau und ihr ungewohntes Auftreten der Sache geholfen hat, das ist eine Frage, die schwer ist heutzutage zu entscheiden. Wohl ist anzunehmen, dass viele Parteigänger durch dieses Auftreten für die Sache gewonnen und angefeuert, andere wiederum nur zum Widerstand gereizt wurden. Im Grunde war die Mehrzahl doch der Meinung, dass den Städten Unrecht geschähe und dass die Republik sich selbst am meisten geschädigt habe, als sie die Freiheiten derselben abgeschafft hatte. Damit diese Ueberzeugung in einer Abänderung der Verfassung Ausdruck fände, bedurfte es nur einiger Zeit und Geduld. Ein gewaltsamer, in die Augen fallender Druck schien daher unklug, ja, er konnte sogar schädlich sein, wie die plötzliche Verstimmung in der Kammer uns deutlich beweist. Ueberflüssig waren die Phrasen französischen Ursprungs, welche von Menschenrechten, von Sklaverei und dergleichen mehr redeten und bestimmt waren, der Sache Nachdruck zu geben. Die Haltung von Krakau war viel umsichtiger. Die Privilegien, welche noch von den alten polnischen Monarchen herrührten, mussten bei Allen Ehrerbietung hervorrufen, wogegen die humanitäre Deklamation des achtzehnten Jahrhunderts den nüchtern denkenden Menschen nur missfallen und den Vorurtheilsvollen Schrecken bereiten konnte. Das Verdienst von Deckert lag also nicht in der von ihm eingeleiteten Aktion, sondern in der Ausdauer, mit der er die einmal angefangene Sache durchsetzte. Er hatte viel auszuhalten, scharfe Angriffe in der Kammer, auf die er nicht antworten konnte, Unwillen und harte Behandlung seitens des Kanzlers und Ver-

dächtigungen und Verleumdungen, die vielfach in Schriften ihren Ausdruck fanden. Trotzdem hörten seine Bemühungen nicht auf, seine Geduld entwaffnete sogar seine Feinde und ermuthigte seine Freunde, und immer lebhafter ward die Frage erörtert. Es ist ihm nicht gegönnt worden, den Triumph der heiss verfochtenen Sache zu erleben, aber er hat diesen Triumph vorbereitet, wofür ihm Anerkennung gebührt. Der Name von Deckert wurde auch gleich nach seinem Tode hoch gefeiert. Die Städte und selbst die Republik ehrten sein Andenken hoch. Seiner Zeit werden wir über den Gang dieser Sache Näheres berichten; hier ist es wichtig, hervorzuheben, dass von dem Augenblick an, als diese Bewegung des Bürgerstandes anfing, sie von Preussen lebhaft bekämpft wurde. Bald nach der Audienz der Delegirten im Schloss erschien dort Lucchesini; er äusserte sich sehr wohlwollend über die Forderungen der Städter. Stanislaw August erwiderte darauf: „Unter den vielen Dingen, welche Sie mir im Laufe dieses Jahres mitgetheilt haben, erachte ich dasjenige, was Sie mir heute sagen, als den besten Beweis der freundlichen Gesinnung Seiner Majestät des Königs von Preussen für die polnische Sache.“ Lucchesini betheuerte darauf nochmals: „Es ist meinem König und mir wohl bekannt, welche Vortheile Polen erlangen wird, wenn es seinen Bürgerstand besser stellt; ich weiss auch, dass Viele meinen, Preussen würde dadurch verlieren. Trotz der gewöhnlichen Vorurtheile denkt mein Herr, und ich stimme mit ihm überein, dass Nachbarstaaten den Wohlstand gegenseitig heben sollen. Je mehr reiche Leute es giebt, um so mehr wachsen die Bedürfnisse, und da kein Staat Alles besitzt, so entsteht die Nothwendigkeit gegenseitiger Dienstleistung und gegenseitigen Handels.“*) Diese grossmüthigen Aussprüche des preussischen Ministers überraschen etwas; wir wollen nun seine gleichzeitigen Korrespondenzen nach Berlin durchsehen. Anfänglich vermuthete man in Berlin, dass die Bewegung im Bürgerstand von dem König veranlasst worden wäre, um die preussenfreundliche Partei zu hemmen, man vermuthete sogar, Stackelberg habe die Mittel dazu geliefert. Am 5. Dezember, also drei Tage vor dem oben berichteten Gespräch im Schloss, schrieb Lucchesini an den König von

*) Brief des Königs vom 9. Dezember.

Preussen: „Ohne öffentlich aufzutreten, bemühe ich mich auf jede Weise, dem Bürgerstand Hindernisse in den Weg zu legen. Der Druck, unter dem der Bürgerstand bisher in Polen lebte" (dieser bestand zum grossen Theil aus Deutschen), „hat alle Fremden gehindert, hier einzuwandern und Fabriken zu gründen. Sollte aber diese Klasse einen Antheil an der Verwaltung erlangen, wie sie es erstrebt, so würden sogleich viele Bürger hierher einwandern, und dieses Beispiel würde für die Nachbarmächte ansteckend wirken." Am 14. Dezember erwidert Friedrich Wilhelm: „Sie thun wohl, dass Sie heimlich und unmerklich hindern. In der That, wenn es dem Bürgerstand in Polen gelingen sollte, die alten Privilegien zu erlangen, so würden viele Fabriken aus meinen Staaten sich dorthin ziehen."

Nun werden wir uns genauer unterrichten über die noch engeren Beziehungen, welche Polen bald mit seinem aufrichtigen Freunde anknüpfen sollte.

Kapitel 4.

Vorbereitungen zum Bündniss mit Preussen.

(Juli bis Dezember 1789.)

§ 106.

Konflikte zwischen dem König und Stackelberg.

Trotz der Konföderationsakte, mit der die Konföderation sich verpflichtet hatte, dem König beizustehen und seine Rechte zu vertheidigen, hatte dieselbe bisher durch die meisten ihrer Beschlüsse die Rechte des Monarchen beschnitten und geschmälert. Durch Einsetzung einer Kriegskommission hatte sie die Armee dem König entzogen; indem sie eine neue Deputation für auswärtige Angelegenheiten ernannte, hatte sie die Erledigung dieser Geschäfte aus dem Kabinet des Königs in eine andere Sphäre versetzt; schliesslich ward mit Abschaffung des permanenten Rathes der König auch seines Einflusses auf die Finanz- und die Polizeiverwaltung beraubt. Ein halbes Jahr später ging der Reichstag noch weiter und eignete sich das

Recht an, die Sitzungen der Kammer aufzuheben oder zu vertagen, ein Recht, welches seit Jahrhunderten dem König allein gehörte; fast nebenbei und als selbstverständlich dekretirte er daraufhin, dass die Gegenwart des Königs im Reichstage bei Annahme neuer Gesetze nicht unbedingt erforderlich sei. Bei der Berathung des Armeebudgets wollte der Reichstag ferner dem König die Garde abnehmen und Stanislaw August musste seine ganze zum Herzen gehende Beredsamkeit anwenden, um dieses Ueberbleibsel der monarchischen Würde zu retten (1. September). Zwar hatte der König durch die Abschaffung des permanenten Rathes das Recht wieder erlangt, Aemter und Würden zu verleihen, allein, wie wir bei der Debatte über die Bisthümer gesehen haben, auch an diesem Vorrecht wurde herumgedeutelt, so dass Stanislaw August es nicht wagen konnte, von diesem seinem Recht Gebrauch zu machen, um unliebsamen Erörterungen dieser letzten Prärogative aus dem Wege zu gehen. Durch solche Mittel befestigte sich die Allmacht des Reichstages immer mehr, eine fast gewaltthätige und doch träge Allmacht, und der Thron, welcher bisher, und nachdem der Senat seine Bedeutung verloren hatte, der einzige Hemmschuh des Ritterstandes gewesen war, verlor täglich an Bedeutung. Und diese Umwälzung geschah nicht einmal systematisch durch eine politische, zielbewusste Tendenz, die, von vornherein beabsichtigt, allmählich durchgeführt wird. Wohl schien der Reichstag eine allumfassende Macht anzustreben, aber trotzdem gab es keine Republikaner in Polen, wie es solche in Frankreich gab, wo der Thron bald umgestürzt werden sollte, und Niemand in Polen konnte sich die Republik ohne einen König denken! Unzweifelhaft begehrte der Reichstag, Alles in seine Hände zu fassen und seiner Autorität unterzuordnen, allein ein solcher Drang macht sich in jeder wachsenden Gewalt geltend und die Umwälzungen, welche daraus entstanden, wurden mehr durch äussere als durch innere Gründe bedingt; ihre Ursache war mehr persönlicher als politischer Natur. Die preussenfreundliche Partei, stark durch die Zahl ihrer Anhänger wie auch durch die Unterstützung der öffentlichen Meinung, suchte jeden Parteigänger von Russland und als solchen vor Allem Stanislaw August anzugreifen, um ihn seiner Macht und seines Einflusses zu berauben. Der Hass

gegen Russland war demnach in dieser Epoche der Hauptfaktor und der Trieb, welcher die gesetzgeberische Thätigkeit des Reichstages leitete.

Die Lage von Stanislaw August wurde immer bedenklicher; seine Briefe aus dieser Zeit sind mit schmerzlichen Klagen angefüllt. Aus innerster Ueberzeugung, aus einer tieferen Kenntniss von Polens Lage und seiner Bedürfnisse, wie auch durch die Macht der Gewohnheit, wollte er ein friedliches Verhältniss zu Russland beibehalten wissen. Und doch sah er ein, dass ein offenes Bekennen zu dieser Ansicht ihm die Feindschaft seiner Gegner zuziehen würde, dass diese Gegner ihn aller Rechte berauben und einen Zustand schaffen würden, der selbst die Existenz des Staates in Frage stellen konnte. Was blieb dem König unter solchen Umständen übrig? Die Leute seiner Partei konnten wohl bei ihrem Fernbleiben von der politischen Bühne andere Zeiten abwarten oder das Land verlassen, wie es der Primas gethan hatte.*) Der König musste aber bleiben und an allem theilnehmen. Indem er zu Russland hielt, reizte er die Kammer beständig gegen sich auf und gab seine Regierung preis; andererseits war er überzeugt, dass er die Rache Russlands auf sich und seinen Staat heraufbeschwören würde, sobald er sich offen gegen dasselbe erklärte, wie man es von ihm verlangte. Preussen traute er nicht, er fürchtete, diese Macht würde sich mit Russland auf Polens Kosten verständigen. Auch fehlte es nicht an Warnungen darüber aus Petersburg. Trotz mancher Bemühung gelang es ihm nicht, Preussens Einfluss in Warschau zu brechen, und eine Erfahrung nach der anderen hatte ihn belehrt, welche übelen Folgen sein Auflehnen gegen diesen Einfluss nach sich zöge. Beide Extreme waren also höchst gefährlich, es blieb der Mittelweg, auf dem man einen ernsten Konflikt mit Russland vermied und von den preussischen Avancen Nutzen zog, um sich von Russlands Uebermacht allmählich zu befreien. Auf diesen Weg der Kompromisse wollte der König alle diejenigen führen, von denen er hoffen durfte, dass sie nicht blindlings Lucchesini folgten; zu diesem Zweck

*) Mitte September fuhr der Primas nach Gnesen, um die bischöfliche Visitation vorzunehmen, von dort reiste er nach Breslau, um den berühmten Arzt Trales zu konsultiren, dann nach Italien und England, um erst nach zwei Jahren wiederzukehren. Sein Suffragan ersetzte ihn.

suchte er sich mit Malachowski, den Potockis, sowie mit ihren Anhängern zu verständigen. Wir werden weiterhin erfahren, welchen Hindernissen er zu begegnen hatte und warum, statt Andere für seine Meinung zu gewinnen, er selber gezwungen wurde, das zu thun, was man von ihm verlangte; zunächst aber wollen wir über ein Ereigniss berichten, welches die Aufgabe des Königs erschwerte und seine Beziehungen zu Russland bedeutend verschlimmerte. Die Verurtheilung des Grosskanzlers Poninski und das erledigte Krakauer Bisthum eröffneten ein weites Feld der Bewerbung um diese Aemter. Poninski war noch nicht bei Seite geschafft, als schon mehrere Prätendenten für seine Aemter sich vordrängten. Als Grosskanzler würde unzweifelhaft der Hofkanzler Kossowski ernannt werden, nach dem Hofkanzlerthum trachtete Rzewuski, von der Fürstin Czartoryska protegirt; die finanziellen Kenntnisse Moszynskis, der sich auch darum bewarb, befähigten ihn besser zu dieser Stellung; der König wollte seinerseits den Kastellan Ostrowski, als einen Menschen von untadelhaften Grundsätzen und Charakterfestigkeit, zu diesem Posten ernennen. Ostrowski war auch seit sechs Jahren Verwalter der königlichen Kammer, ohne Gehalt dafür zu erhalten. Aber auch Stackelberg hatte seinen Protegé; es war der Kastellan Ozarowski, der durch seine Gemahlin die Gunst des Gesandten erworben hatte und sich deswegen die allgemeine Verachtung zuzog. Auch für die Besetzung des Krakauer Bisthums hatte Stackelberg ein ähnliches Interesse; es handelte sich um seinen Günstling, den Bischof Kossakowski, der sein steter Gast beim Kartenspiel war; für diesen seinen Freund hätte der Gesandte gern einen besseren Posten oder mindestens eine Dotation bei den Veränderungen, die nun stattfinden sollten, ausgewirkt. Diese Protektionen des Gesandten ärgerten mit vollem Recht die Opposition und bereiteten dem Könige manche Schwierigkeiten. „Der König soll das Krakauer Bisthum an Szembek oder Turski oder Naruszewicz geben, zum Kanzler Moszynski oder Ostrowski ernennen, nur nicht einen der Protegés des russischen Gesandten, sonst werden wir ihm das Recht der Amtsverleihung abnehmen.“ So sprach die Opposition, und obwohl Stackelberg dem König versicherte, es seien leere Drohungen und die Opposition würde nie wagen, dieselben auszuführen, so hatte der König reichlich Ursache,

glauben, dass sie doch im Stande wären, ihre Drohungen auszuführen. Aus diesem Grunde vertagte der König die Ernennung eines Krakauer Bischofs so lange, bis die Ankunft des Bischofs Krasicki in Warschau Mitte Juli diese Angelegenheit wieder wach rief. Wie wir schon berichteten, war Krasicki seiner Sache ziemlich sicher und wollte von keiner Beförderung des Bischofs Kossakowski hören. Als Stackelberg dies erfuhr, gerieth er um so mehr in Zorn, als der König ihm auch keine Hoffnung für seinen anderen Schutzbefohlenen, Ozarowski, machte. In dieser Zurücksetzung wollte der Gesandte eine Beleidigung nicht nur seiner Person, sondern seiner Regierung sehen; die Verminderung seines Einflusses ärgerte ihn und er schrieb einen heftigen Brief an den König folgenden Wortlauts: „Wenn ich in letzter Zeit nicht thätig eingreife und mich mit der Rolle eines Beobachters begnüge, wenn ich mich nicht beklage und Unkenntniss heuchle, so weiss ich darum doch, dass Ew. Majestät sich von der Kaiserin immer mehr abwendet und wie Ew. Majestät Alles bekannt ist, was gegen Russland unternommen wird. Ich vergesse meine Pflichten nicht; dieselben zwingen mich, heute an Ew. Majestät zu schreiben, um Ew. Majestät (Verzeihung für den Ausdruck) als Freund zu bitten, nicht der augenblicklichen Strömung nachzugeben. Ew. Majestät haben aufgehört, sich Russland anzuvertrauen; noch einen Schritt, und es wird den Feinden Ew. Majestät gelingen, Ew. Majestät mit der Kaiserin zu veruneinigen, mit einer alten Freundin, die nur darum Polen noch schützt, um ihr eigenes Werk in der Person Ew. Majestät zu vertheidigen. Der letzte Faden, der uns noch verbindet, ist die Verständigung über die vorliegenden Ernennungen. Wenn dieses Band zerreisst, ist zwischen Ew. Majestät und meiner Monarchin Alles zu Ende. Ich lasse den Gefühlen Ew. Majestät jede Gerechtigkeit widerfahren, aber um so mehr fürchte ich die Einflüsse, welche Ew. Majestät ins Verderben ziehen, indem sie Ew. Majestät von der Kaiserin entfernen und das Vertrauen Ew. Majestät in mich schwächen. Ich schreibe diese Zeilen nicht als Minister, nicht als Politiker, sondern als Freund. Noch länger in solcher Unentschlossenheit zu verharren, ist nicht mehr möglich. Ew. Majestät müssen eine Entscheidung treffen und sich offen für die eine oder die andere Partei erklären. Die Freundin

Ew. Majestät hat ein Recht, es zu verlangen. Ich schicke diesen Brief an Ihre Majestät die Kaiserin und erflehe von Ew. Majestät eine Antwort, keine politische und ausweichende Antwort, sondern ein offenes Bekenntniss."

Dieser Brief war zum mindesten unklug, er verlangte etwas Unmögliches; der Ton war für den König beleidigend. Stanislaw August antwortete kurz, wie folgt: „Ihre Geschicklichkeit und Wachsamkeit ist mir zu wohlbekannt, Herr Gesandter, als dass ich je bezweifeln könnte, dass Sie wissen, oft sogar noch vor mir in Erfahrung bringen, was Ihnen zu wissen ziemt. Deswegen müssen Sie auch wissen, dass ich immer nur die Meinung habe, dass, wer Polen und Russland miteinander verfeindet, dem ersten grossen Schaden zufügt. So werde ich immer denken und fühlen, unbekümmert um das, was man um mich herum sagt und thut. Dieses ist mein Glaubensbekenntniss; fünfzehnjährige Erfahrung hätte Sie über die Aufrichtigkeit meines Charakters belehren sollen."

Als der König diese Episode seinem Gesandten in Petersburg, Deboli, berichtete, schickte er ihm Stackelbergs Brief und seine Antwort mit dem Befehl, Beides Ostermann, dem damaligen Auswärtigen Minister, vorzulegen. „Ich bitte Sie", fügt der König hinzu, „diese Briefe zu brauchen, um mich von diesem Druck und diesen Drohungen des Gesandten zu befreien. Sie werden selbst beurtheilen, auf welchem Wege diese Einzelheiten zur Kaiserin gelangen sollen. Es ist mir unmöglich, zu glauben, dass die Ernennung Anderer als derjenigen, welche mir der Gesandte empfiehlt, ein genügender Grund für die Kaiserin sein sollte, um eine zweite Theilung von Polen vorzunehmen oder mich persönlich zu schädigen. Auf diesem Reichstag habe ich nur deswegen so viel zu leiden gehabt, weil ich die Meinung aufrichtig hege, Polen könne ohne Anlehnung an eine der es umgebenden Mächte nicht bestehen oder sich mit Erfolg vertheidigen, auch weil ich glaube, dass von diesen Mächten Russland uns am wenigsten bedroht. Das vollste Glück oder wenigstens möglichst geringes Unglück meines Vaterlandes ist mein einziger Leitstern. Ihm folgend, habe ich nähere Beziehungen mit Russland gewünscht, ihm folgend, habe ich auch Alles gebilligt, was geeignet erschien, den Druck, den Russland auf uns unzweifelhaft ausüben will, zu schwächen, ich werde aber, soweit meine Kräfte aus-

reichen, immer einen Bruch mit ihm zu verhindern suchen. Sollte aber, wovor uns Gott behüte, eine entschiedene, nationale Bewegung gegen Russland stattfinden, so werde ich darum doch nicht mein Volk bekämpfen und einen Bürgerkrieg verursachen, denn ich halte es für meine Pflicht, mit meinem Volke zu leben und zu sterben." (8. Juli.)

Obwohl Stackelberg erklärt hatte, dass er den oben erwähnten Brief der Kaiserin schicken würde, that er es doch nicht. Die Mittheilung desselben durch Deboli überraschte Ostermann unangenehm. Er gab namens der Kaiserin die Erklärung ab, sie dächte gar nicht daran, den Willen des Königs in der Frage der Aemterverleihung zu fesseln, der König wisse am besten, wen er zu berufen habe, und sie vertraue darauf, dass die Ernennungen das gute Einvernehmen mit Polen nicht schädigen würden. Stackelberg würde Befehle erhalten, sich zu mässigen und sich nicht in solche Angelegenheiten zu mischen. Zugleich hoffte die Kaiserin, dieser Zwischenfall werde das Vertrauen des Königs zu dem Gesandten nicht vermindern. „Ich bitte Sie", schrieb Ostermann, „Seiner Majestät eindringlich vorzustellen, dass Stackelberg keine bösen Absichten hatte, dass er über seinen Schritt nicht berichtet hat, und dass er von hier aus die nöthige Ermahnung erhalten wird."*) Dieser Schritt Stackelbergs hatte in der That das Missfallen der Kaiserin erregt, um so mehr, als sie erfuhr, dass ihn persönliche Rücksichten leiteten, und als ihr jetzt bekannt wurde, wie oft der Gesandte ihren Namen missbraucht hatte, um persönliche Wünsche zu befriedigen. Es ist wohl möglich, dass diese Frechheit des Gesandten unter anderen Umständen weniger tadelnswerth befunden worden wäre; gegenwärtig wollte aber Russland es nicht ganz mit Polen verderben, und dieses Benehmen des Ambassadeurs war unpolitisch und als solches wurde dasselbe gerügt. Man gab dem Gesandten mit aller Rücksicht zu verstehen, dass er zu weit gegangen war, und dass der Ausdruck: „Ich schreibe als Freund" zum mindesten unpassend sei.**) Noch hatten diese Vorwürfe aus Petersburg Stackelberg nicht erreicht, als er schon zum zweiten Mal

*) Berichte von Deboli, 24. und 31. Juli.

**) Cobentzl an Kaunitz, 18. August. Deboli an den König, 22. September.

den König bestürmte. Am 17. Juli war der Beschluss über
Beschlagnahme der Kirchengüter des Krakauer Bisthums gefa
In der Meinung, der König könne nun die Ernennung ni
länger hinausschieben, schrieb der Gesandte einen zweiten, n
dringlicheren Brief. Darin warnt er den König, es gäbe
ein Mittel, die Freundschaft der Kaiserin zu bewahren, näml
die Ernennungen so zu machen, wie er sie vorgeschlagen hat
folgt die Empfehlung des Bischofs von Liefland und v
Ozarowski. „Ich thue dieses auf Befehl, und ich beschwö
Ew. Majestät durch diesen Schritt, die früheren Beziehung
mit der Kaiserin herzustellen. Es wäre unklug, diese Monarch
zu beleidigen, auch wenn Russland weniger glücklich im Krie
wäre, als es jetzt ist.“ (2. Juli.) Der König erwiderte, dass
ihm unmöglich sei, diejenigen zu Aemtern zu erheben, welc
soeben in der Kammer mit Recht so sehr getadelt word
wären. Die Kaiserin könne nicht verlangen, dass der Kö
gegen den ausgesprochenen Willen der Nation handle; priv
Bequemlichkeiten müssten dem öffentlichen Wohl weich
Diesen ganzen Briefwechsel, durch eigene Erläuterungen v
sehen, schickte der König abermals nach Petersburg an Deb
Er wusste, dass seine Briefe auf der Post eröffnet wurden
dass die ganze Sache auch auf diesem Wege zur Kenntniss
Kaiserin gelangen würde. Er unterliess, ein zweites Mal Kl
zu führen, „denn“, sagt er, „es würde mir wenig nützen, we
ein Anderer an Stackelbergs Stelle käme; wahrscheinlich wü
man uns eine noch schlimmere Kreatur Potemkins schicke
(22. Juli.)

Von dieser Zeit an veränderten sich die Beziehun
zwischen dem König und dem Gesandten. Derselbe empf
den Tadel, der ihn aus Petersburg traf, sehr tief, und er
gass nicht, dass der König ihm denselben zugezogen hatte.
seiner Antwort entschuldigte er sich, indem er meinte, dass
ihm nicht auf die Ernennungen ankäme, sondern nur auf
Mittel, zu erforschen, inwieweit der König noch dem russisc
Einfluss zugänglich sei; er hätte auch sicher den König
zwungen, in seinem Sinne zu handeln, wenn das Deme
welches aus Petersburg gekommen war, ihn nicht paraly
hätte; er bitte von nun an, die Depeschen so zu schreiben,
er sie in extenso dem König zeigen könnte, wenn es

wieder darum handeln würde, ihn zur Nachgiebigkeit zu zwingen. Es ist auch begreiflich, dass der Gesandte von dieser Zeit an zu seiner eigenen Entschuldigung den König verleumden musste, indem er berichtete, dass dieser es mit der Opposition halte und der Kaiserin nicht mehr treu sei.

Andererseits war der König, obwohl nicht rachsüchtig von Natur, doch auf einen anderen Standpunkt gelangt in seinen Beziehungen zum Gesandten. Er gedachte der Tyrannei, die von dem Gesandten ihm und seiner Familie gegenüber früher vielfach ausgeübt worden war, er gedachte auch der vielen Fälle, in denen dieser Mensch ihn im Namen der Kaiserin bedroht hatte und sich aller derjenigen Elemente gegen ihn bediente, die aus irgend einem Grunde ihm feindselig waren. Er musste sich der vielen Ungerechtigkeiten, Dreistigkeiten erinnern, die er hatte erdulden müssen, um es mit diesem Diener der russischen Macht nicht zu verderben. „Dabei muss ich noch die vielen Lügen, Grobheiten und Chikanen aller Art erwähnen, die ich von ihm ausgehalten habe.“*) Bei solchen wohl berechtigten Klagen vergass der König aber einen Umstand, nämlich dass er selber die Schuld an Vielem trug, indem er nicht die Energie fand, sich dem Gesandten zu widersetzen und ihn nach Gebühr zu behandeln. Blieb es doch unerhört, dass ein König bei Amtsverleihungen und inneren Staatsangelegenheiten gegen sein Gewissen als Mensch und König handelte, weil er von den Drohungen eines Gesandten dazu getrieben ward! Höchst wahrscheinlich wäre der König auch nach dem oben beschriebenen Konflikt wieder unter dasselbe Joch gekommen, wenn ihn nicht von anderer Seite eben zu derselben Zeit kräftige Mahnungen getroffen hätten, dass er es mit den bestgesinnten Leuten der Kammer verderbe, indem er sich dem russischen Gesandten so wenig würdig gegenüberstellte. Wir wollen nun berichten, woher diese Rathschläge rührten.

§ 10.

Deboli und sein Briefwechsel mit Stanislaw August.

Der polnische Gesandte in Petersburg hiess Deboli. Von französischer Herkunft, aus der Familie de Beaulieu, die im Jahre 1662 in den polnischen Adelstand erhoben wurde, war

*) Brief an Deboli, 22. Juli.

er einer der ersten Zöglinge der Kadettenschule und als solche von dem König sehr geschätzt. Im Jahre 1767 wurde er dem Gesandten Psarski in Petersburg zur Hülfe beigegeben und bald darauf Legationssekretär; als dieser während des Reichstages 1775 seine Stellung aufgeben musste, versah Deboli dieselbe als Bevollmächtigter (chargé d'affaires). Sechs Jahre später (1780) wurde er zum bevollmächtigten Minister in Petersburg ernannt. Seine offizielle Stellung war bescheiden, um so mehr, da er keinen bedeutenden Namen, kein ansehnliches Vermögen und kein hohes Amt in der Republik besass.*) Da er nicht den Titel eines Gesandten führte, durfte er sich der Kaiserin nur bei Hoffesten nähern und in geschäftlichen Beziehungen nur mit dem Ministerium verhandeln. Sein Einfluss war sehr gering. Die Kaiserin korrespondirte direkt mit Stackelberg, und Deboli erfuhr Alles über Warschau, auch musste der König persönlich mit Stackelberg verhandeln, und Deboli diente nur in besonderen Fällen als Dolmetscher bei Ostermann. Seine Hauptthätigkeit bestand darin, dem Könige alles Wichtigere aus Petersburg zu melden. Er war mit einer Galitzin verheirathet;**) durch sie, auch dank seinem taktvollen Benehmen, hatte er wichtige Beziehungen angeknüpft und sich die Möglichkeit verschafft, Informationen zu erlangen. Vorsichtig und immer bemüht, nie aus der Rolle des Beobachters zu fallen, hatte er sich gehütet, an irgend einer russischen oder polnischen Intrigue theilzunehmen; dem König war er treu ergeben. Solange die Republik in offenbarer Abhängigkeit von Russland gestanden hatte, wagte Deboli nie, eine Meinung zu offenbaren, welche dem herrschenden politischen System zuwider lief, in seinen regelmässig eingereichten Berichten war er auch sehr zurückhaltend. Seine persönlichen Ansichten waren in Petersburg unbekannt, und Niemand bekümmerte sich um dieselben, man betrachtete ihn als eine Kreatur

*) Als bevollmächtigter Minister erhielt er von der Krone 2000 Dukaten, von Lithauen 1000 Dukaten, der König gab ihm noch 1000 Dukaten aus eigener Kasse, um das kostspielige Leben in Petersburg zu bestreiten.

**) Sie war die Tochter des Fürsten Peter Galitzin, Generalmajors der Armee und Gardemajor. Sie starb im Jahre 1789 bei der Entbindung und hinterliess ihm zwei Töchter. Der russische Senat ernannte ihn zum Vormund zusammen mit seiner Schwägerin, der Fürstin Helene Galitzin, die ihn sehr hoch schätzte.

des Königs, die keine besondere Aufmerksamkeit verdiene. Seine Lage ward viel schwieriger und seine Aufgabe wichtiger von der Zeit an, als die Opposition in der Kammer siegte, das bisherige politische System verwarf und eine neue Deputation für die auswärtigen Angelegenheiten schuf. Deboli wurde der offizielle Beamte dieser Deputation, ohne darum aufzuhören, königlicher Minister zu sein; aus dieser Lage erwuchsen für ihn immer neue Schwierigkeiten, denn er musste die Meinungsverschiedenheiten, welche zwischen dem König und dieser Behörde entstanden, ausgleichen. Alle Mittwoch konferirte er mit Ostermann, und fast immer musste er die Beschlüsse der Kammer deuten und erklären, um den üblen Eindruck, den sie in Petersburg hervorriefen, zu mildern. Stets suchte er geltend zu machen, dass es sich nur um eine verschiedene Auffassung der Garantiegesetze zwischen dem Warschauer Reichstag und dem Petersburger Kabinet handle, und dass die Republik die Freundschaft der Kaiserin trotzdem hochschätzte. Alle die Unüberlegtheiten der Opposition entschuldigte Deboli mit preussischer Beeinflussung und suchte sie als Beweise der Unredlichkeit und als Intriguen des Hetmans Branicki und seiner Partei darzustellen. Gegen diese erklärte er sich unbedingt. Ostermann hörte solche Vorstellungen mit Ruhe an, zeigte niemals Unwillen und bediente sich dieser Gespräche, um durch Deboli einige Warnungen nach Warschau gelangen zu lassen, die alle zum Zweck hatten, der Regierung in Warschau klar zu machen, dass ein Zerwürfniss mit Russland für Polen verhängnissvoll werden könnte und dass das Eingehen von Beziehungen zum Könige von Preussen grosse Gefahren in sich berge. Im Grunde aber war Deboli zufrieden mit einer Wendung der Dinge, die sein Vaterland von dem despotischen Druck der russischen Macht befreiten; er warnte nur vor Uebereilungen und unnützer Provokation, namentlich freute ihn die Räumung des polnischen Gebietes seitens der russischen Truppen; auch sprach er die Ansicht unverhohlen aus, dass Polen diesen Erfolg dem Könige von Preussen verdanke. Stanislaw August davon zu überzeugen, ihn für Berlin besser zu stimmen, ihn zum Einvernehmen mit der Kammer zu bringen und grössere Entschiedenheit und würdevolleres Auftreten Stackelberg gegenüber zu rathen, das war von nun an das Ziel, welches Deboli in seinen

Briefen und Berichten des Jahres 1789 an den König verfolgte. Es ist eine in ihrer Art einzige diplomatische Korrespondenz, welche auch einen bedeutenden Einfluss auf den König ausübte. Die Rollen erscheinen darin merkwürdig vertauscht! Es ist hier der Gesandte, welcher Instruktion, Belehrung. Ermahnungen und sogar Vorwürfe schickt, während der König beistimmt, sich entschuldigt, manchmal streitet, aber doch immer nachgiebt. Es ist der Mühe werth, diesen Briefwechsel näher zu kennen, kaum dürfte die Geschichte eines anderen Landes etwas Aehnliches bieten.

Während der fünfzehn Jahre der Mitregierung von Stackelberg wurden alle polnischen Angelegenheiten in Petersburg entschieden, gleichsam in höchster Instanz. Stanislaw August konnte sich nie der Empfindung erwehren, dass er seinen Thron der Kaiserin allein verdanke, und wir wissen, wie viele innere und äussere Gründe einen Zustand schufen, in dem er ohne die Hülfe der Kaiserin nicht hätte regieren können. Jeden Augenblick, bei jedem neuen Reichstag, bei jedem Versuch, auch die besten Reformen durchzuführen, stiess der König auf Hindernisse, die ihm seine Unterthanen bereiteten, die er bei der Schwäche der Regierung nicht beseitigen konnte und die noch nicht, wie es später geschah, von der öffentlichen Meinung gerügt wurden. Solche Hindernisse konnte nur die Kaiserin beseitigen, indem sie Stackelberg dazu benutzte. Darum sehen wir oft den König mit unbegreiflicher Harmlosigkeit seine Klagen in Petersburg vorbringen über Persönlichkeiten, die ihm Schwierigkeiten in Warschau bereiteten und die am Petersburger Hof weilten, gleichsam als ob er erwartete, dass das russische Kabinet ein besonderes Interesse daran hätte, in Polen eine bessere Regierung einzuführen. Deboli ärgerte sich über solche Vorkommnisse und warnte, dass die Russen solches gar nicht lobten. „Lange Erfahrung hat mich gelehrt“, meinte er, „dass solche Klagen seitens Ew. Majestät zu gar nichts führen. Man freut sich hier, dass es Leute giebt, welche Ew. Majestät Hindernisse bereiten. Dieses Geheimniss habe ich im Jahre 1786 während des damaligen Reichstages entdeckt. Damals wurde mir gesagt: »Glaubt der König etwa, dass uns solche Dinge betrüben? Es ist ja Wasser auf unsere Mühle!« Darum muss ich Ew. Majestät bitten, ja nicht zu glauben, dass man hier

orem Branicki tadeln wird für Alles, was er verbricht.
Hof führt eine eigene Politik, es ist also auch für uns
, unsere eigene zu haben, und die schlechteste unter allen
zu erwarten, dass uns diejenigen helfen, die eben unser
rben wollen.“*)
obald die polnische Republik mit Hülfe des preussischen
ets eine unabhängige Stellung einnahm, suchte Deboli
len König in eine solche Stackelberg gegenüber zu bringen.
aw August hatte die schlimme Gewohnheit, alle Staats-
genheiten, selbst die Berichte seiner Geschäftsträger, wenn
modifizirt, dem russischen Gesandten vorzulegen; dazu
te er sich des Herrn Komarzewski. Deboli beklagte sich
r und suchte dem König den Schaden klar zu machen,
raus entsprang; er machte Vorstellungen, dass dieses
ren unpassend und unwürdig sei. Komarzewski diene
zu, von Stackelberg Drohungen und Ansprüche zu hören,
: nie gewagt hätte, offiziell vorzubringen. Der König
zugeben, dass diese Kritik berechtigt war. „Bedenken
ch“, schreibt er ihm, „dass mir diese Abhängigkeit von
lberg auch lästig ist, Sie wissen nicht, welche Chikanen
gezwungen haben, vitando pejora, ihm diese Kon-
ı zu machen. Jetzt, da es seit Jahren zur Gewohnheit
len, kann ich nicht auf einmal aufhören, doch giebt mir
reise von Komarzewski eine gute Gelegenheit, um die-
zu unterbrechen, und allmählich hoffe ich, mich dieser
endigkeit zu entziehen.“**) Es geschah auch. Stackelberg
te zwar, einen anderen Vermittler für derlei Volthei-
dem Könige aufzudrängen, aber umsonst, und von der
n verhandelte Stanislaw August persönlich oder durch
ski. Deboli wollte auch diesen nicht und fragte: „Wozu
nn die Kanzler da? Die sollen mit den fremden Ministern
deln.“ Darauf erwidert der König: „Sie haben gut reden,
h nur durch meine Minister mit den fremden Gesandten
ftlich verkehren müsste, denn Sie können von Weitem
rissen, wie diese polnischen Minister beschaffen sind. Die
ind unwillig, andere träge und zerstreut, oder sie treiben

Bericht vom 24. April 1789.
Brief vom 30. Mai.

Politik auf eigene Hand, so dass, wenn ich einen brauche, ich ihn Tage lang nicht zu sehen bekomme. So wird es bleiben, bis uns Gott eine neue Regierungsform schenkt. Ich wiederhole immer: Es ist gut, dass wir Russlands Joch abgeschüttelt haben, es ist schlecht, dass wir den permanenten Rath abgeschafft haben." *)

Wir haben schon die Verhandlungen und Zwischenfälle geschildert, welche in der Frage der Amtsverleihung stattfanden. Deboli hatte seit Anfang 1789 immer nur einen Rath gegeben, nämlich: der König möchte doch weniger Gewicht auf das Drängen und Drohen des Gesandten legen und thun, wie er selbst für richtig hielt. Er citirte einmal die Worte eines hohen Beamten in Petersburg: „Sie beklagen sich, dass wir Ihnen immer unsere Schutzbefohlenen vorschlagen, um erledigte Aemter zu bekleiden, und ich kann Ihnen aus den Dokumenten beweisen, dass die Kaiserin während aller dieser Jahre nicht mehr als zwanzig Leute Ihrem König empfohlen hat. Der König hat den Irrthum begangen, die persönlichen Bemühungen des Herrn Gesandten für den Ausdruck der Wünsche unserer Kaiserin zu nehmen." „Auch hat der Gesandte", fügt Deboli hinzu, „jedes erlaubte Maass überschritten und in dieser Materie hier auch Tadel verdient, er wird in seiner Taktik nicht innehalten und Ew. Majestät noch viel Kummer damit bereiten. Hier handelt es sich nur darum, engeren Beziehungen zwischen Ew. Majestät und dem König von Preussen Hindernisse zu bereiten; um die Frage, ob Kossakowski oder Naruszewicz befördert werden, kümmert man sich wenig." **) Als Deboli den oben erwähnten, alles Maass überschreitenden Brief des Gesandten an Stanislaw August mit dem Befehle erhielt, denselben Ostermann zu zeigen, gerieth er auch in einige Besorgniss über die Wendung, die nun bevorstehen könnte; er erwartete seine eigene Abberufung von Petersburg. Diese Furcht hinderte ihn aber nicht, die nöthigen Schritte zu thun, um, wie er sagte „einmal der Ungewissheit ein Ende zu machen und durch Aufklärung diese Angelegenheit, die Lage des Vaterlandes und des Königs vielleicht zu bessern. Meine eigene Person steht Ew. Majestät

*) Brief vom 21. Oktober.
**) Bericht vom 30. April.

zur Verfügung und ich bin bereit, dieselbe zu opfern".*) Die Sache nahm eine bessere Wendung, als man befürchtete; der König fühlte sich fester dem Gesandten gegenüber und dankte Deboli für den ihm geleisteten Dienst, ohne jedoch aus seinen Besorgnissen für die Zukunft ein Hehl zu machen. „Mit Angst erwarte ich die Folgen des zweiten Briefes des Gesandten; ich fürchte sehr, dass nach den erhaltenen Zurechtweisungen der Gesandte in seiner Wuth mich in Petersburg verklagen und mir hier manchen schlechten Streich spielen wird. Doch darin, wie in Allem, lege ich meine einzige Hoffnung in Gottes Gnade, von den Menschen kann ich nichts mehr erwarten, auch verspricht die Verwickelung der Angelegenheiten mir nichts Gutes für die Zukunft."**) In dieser scheinbar christlichen Resignation des Königs sah Deboli nur tadelnswerthen Kleinmuth und gab ihm zu fühlen, dass es auch für seine treuesten Diener schwer sei, ihm bei solcher Stimmung zu helfen. „Wenn Ew. Majestät immer weiter solche Furcht vor Stackelberg hegen und denken, dass er im Stande sei, Ew. Majestät zu schaden, weil es ihm einmal nicht gelang, durch Lügen und falsche Drohungen eine Ernennung durchzusetzen, und wenn Ew. Majestät ihm sein jetziges etwas bescheideneres Auftreten schon zum Verdienst anrechnen, so kann ich wahrhaftig die Interessen Ew. Majestät hier nicht fördern und Ew. Majestät Ihre Seelenruhe wiedergeben!" Er erinnert den König an eine Verhandlung, die zwischen Malachowski und Lucchesini in der Angelegenheit der Kornausfuhr für die russischen Truppen stattfand. Als Lucchesini heftig auf den Marschall eindrang, erwiderte ihm dieser in demselben Ton und zwang ihn, höflicher zu sein, ohne zu bedenken, dass die Hälfte seiner Güter in dem von Preussen annektirten Theil lag. „Stackelberg hat Ew. Majestät viel

*) Bericht vom 31. Juli.

**) Brief des Königs vom 12. August. Um Stackelberg zu schmeicheln und Kossakowski zu befriedigen, gab der König diesem letzten eine Pension von 2000 Dukaten auf vier Jahre aus der eigenen Kassette. Kossakowski hatte ihm geschrieben, er müsse Warschau verlassen, da er alle Hoffnung auf eine Beförderung verloren und das kostspielige Leben in der Hauptstadt nicht mehr bestreiten könne. Diese Freigebigkeit scheint uns sehr überflüssig, da es sich um ein so wenig ehrenhaftes Individuum handelt, wie dieser livländische Bischof es war.

schlimmere Dinge gesagt, hat in Gegenwart Ew. Majestät geschimpft, ohne je eine Zurechtweisung zu erfahren. Wie sollte er da nicht frech werden? Hier in Petersburg dankt man Ew. Majestät gar nicht eine derartige Nachgiebigkeit; Ew. Majestät sollten nur thun, was das Interesse Polens von Ew. Majestät erheischt, dann wird man Ew. Majestät allgemein achten."*)

Wenn man bedenkt, dass Deboli kein Vermögen besass, dass er seinen Lebensunterhalt und seine Karriere einzig und allein dem Wohlwollen des Königs verdankte, so muss man die Gewissenhaftigkeit und den Muth hochschätzen, mit denen er gute, kluge und oft ziemlich harte Warnungen dem Könige geradeheraus sagte. Er war eben ein Mensch von seltener Rechtschaffenheit, Edelmuth und ohne Eigennutz; dem Vaterland aufrichtig ergeben, ohne Phrasen und Ruhmsucht; für die damalige Zeit ein seltener Typus eines hohen Beamten, der nach 25jährigem Aufenthalt in Petersburg, bei beständigen Geldgeschäften mit Russen und Erledigung so vieler Angelegenheiten ebenso arm in sein Vaterland zurückkehrte, wie er es verlassen hatte, so dass ihm sogar das Nothwendige fehlte. Er wusste wohl, wie unentbehrlich er dem Könige geworden war; und doch finden wir in seinen Briefen niemals eine persönliche Bitte. Wie vortheilhaft unterscheidet er sich darin von den zahlreichen Bittstellern, Adligen und Magnaten beiderlei Geschlechts, die den König ewig bestürmten! Als man zu Anfang der Reichstagssession eine allgemeine Subskription für die Armee ankündigte, opferte Deboli die Hälfte seines jährlichen Gehaltes (1500 Dukaten), so dass der König ihn dafür schalt. Als die Ernennung von Felix Potocki zum Gesandten in Petersburg bevorstand, war Deboli gleich bereit, sich zurückzuziehen oder unter dessen Führung weiter auf dem Posten zu bleiben; denn wie er versichert, verstand er wohl, welche Vortheile ein Magnat, wie Potocki, in Petersburg auswirken konnte. Als die Opposition die beiden Geschäftsträger Corticelli in Wien und Zablocki in Berlin durch Andere ersetzen wollte, wurde der König sehr betrübt und erkrankte vor Aufregung. „Ew. Majestät muss mir gestatten, zu sagen, dass das Wohlsein Ew. Majestät zu wichtig ist,

*) Brief vom 25. August.

ls dass es zulässig wäre, sich dermaassen dieser Sache
alber aufzuregen“ (schreibt Deboli an Stanislaw August), „ich
telle mich in dieselbe Reihe wie die Herren in Wien und
Berlin, und sollte die Opposition mich auch abberufen wollen,
o bitte ich im voraus Ew. Majestät, es sich nicht so zu
Herzen zu nehmen, denn die Geschäfte leiden nicht darunter.
Anders verhält es sich mit der Demission des Generals der
Artillerie, diese bedauere ich aufrichtig.“ So spricht ein Mann,
ler seit 22 Jahren in Petersburg diente und dem Niemand
unter den Polen in Kenntniss russischer Verhältnisse gleich-
zukommen vermochte! Während der Gerüchte über die Bauern-
unruhen in der Ukraine sprach der König mit dem Fürsten von
Nassau, der Warschau auf seiner Reise nach Petersburg passirte.
Er verhehlte ihm gar nicht, dass die öffentliche Meinung den
Bauernaufstand russischen Aufwiegelungen zuschrieb, und be-
stellte seine Komplimente der Kaiserin mit dem Zusatz, „dass
lie polnische Nation dieselben nicht unterschriebe“. Deboli
schreibt darüber: „Ohne diesen Zusatz würde ich Ew. Majestät
nicht dienen können, denn ich könnte meine Pflicht nicht er-
füllen, und unwahr kann ich nicht sein. Wenn ich Ew. Majestät
nicht mehr die Wahrheit sagte, könnte ich vor Ew. Majestät
als Verräther gelten; solange ich schreibe, wie ich denke,
diene ich treu.“ Man muss auch gestehen, dass der König
Debolis Treue nicht unterschätzte und seine Verdienste aner-
kannte; auch bemühte er sich, sein Alter zu sichern, obwohl
ihm dieses bei seinem späteren Unglück und persönlicher Geld-
noth nicht gelang.*) Er bemühte sich auch, ihn in Petersburg
zu halten, was sicherlich nicht leicht war, denn die Hetmans-
Partei war auf Deboli erbost. Mehrmals hatte Sapieha in der
Deputation für auswärtige Angelegenheiten auf seine Abberufung

---

*) Im Jahre 1787 schrieb der König aus Kaniow an Kicinski (7. April):
Ich habe Deboli 500 Dukaten für seine Reise von Petersburg und zurück
gegeben. Im nächsten Jahre müssen wir für Deboli unbedingt 200 000 pol-
nische Gulden schaffen, um ihn für seine ausgezeichneten und schweren
Dienste zu belohnen, sein Schicksal sichern und ihn in die Lage bringen,
ein gewisses Gut in Sandomir zu erwerben. Bisher hat er in Polen nichts
besessen. Bei seiner Rückkehr nach Petersburg werde ich ihm den Adler-
orden verleihen, denn der sächsische und der dänische Gesandte in St. Peters-
burg haben ihn schon und Ostermann hat ihm gesagt: „Ich hoffe, dass Sie
ohne blaues Band nicht zurückkehren werden.“

gedrungen, weil, wie er sagte, seine Berichte, namentlich diejenigen in französischer Sprache, schlecht und unklar redigirt wären. Stanislaw August theilte diesen Umstand seinem Geschäftsträger mit, wobei er gestand, dass diese Vorwürfe berechtigt seien; mit grosser Güte gab er ihm einige Anweisungen, um seinen weitschweifigen Stil zu korrigiren und Klarheit in die Denkschriften zu bringen. Dabei bat er ihn, sich diese Kritiken der Deputationsmitglieder nicht zu Herzen zu nehmen: „Trotz des fehlerhaften Stils weiss ich doch sehr genau, wie gewissenhaft, geschickt und umsichtig Sie in der Ausführung jeder Angelegenheit sind; mit Angst denke ich nur daran, dass Sie Ihren Abschied bei der Deputation einreichen könnten. Thun Sie das nicht, bedenken Sie, welche Gründe Sie vorgebracht haben, um den General der Artillerie von seiner Absicht, abzutreten, zurückzubringen. Er hat ja auch vielen Verdruss gehabt, und doch ist er geblieben, als ich ihm vorstellte, dass er seinem Vaterland und mir grossen Schaden zufügen würde, wenn er sein Amt niederlegte. Dieselben Gründe gelten auch für Sie. Ich wüsste keinen Nachfolger für Sie, auch für den Fall, dass man mir die Wahl eines solchen überliesse. Die besten Eigenschaften könnten einem solchen doch nicht Ihre langjährige Erfahrung in Petersburg verleihen.“ *)

Indessen verlor auch der König manchmal die Geduld, wenn der Minister in seinen biederen Mahnungen über das Maass hinausging. So lesen wir einmal: „Mein lieber Deboli, seit einiger Zeit wollen Sie nur Stoiker sein. Aber denken Sie daran, dass auch Cato geirrt hat, als er nur stoisch handelte, ohne mehr auf Menschen und Umstände Acht zu geben, – dieselben kann man eben nicht ändern .... Sie leben in einer Welt, die von der polnischen ganz verschieden ist, und auch von dem hiesigen Republikanismus wissen Sie nichts mehr, und wie derselbe meine Lage bedrängt.“ Deboli hatte die Gewohnheit, dem König Alles zu berichten, was die Russen von ihm sagten; unter Anderem erzählte er, die Russen hegten die Meinung, der König gäbe seine Gunst demjenigen, der ihm Vortheile für seine Familie verspräche. Alle Schwierigkeiten und Nachtheile der Kammerbeschlüsse in der Frage des Krakauer

*) Brief vom 10. Juni 1789.

Bisthums hätte der König durch seine Nachgiebigkeit dem Primas gegenüber verschuldet, hiesse es in Petersburg; er wagte sogar, den König zu bitten, ja nicht in Allem seiner Umgebung nachzugeben, womit er seine Schwester und seine Nichte Mniszech meinte; was er über die Frau Grossmarschallin der Krone schreibt, muss hier angeführt werden: „Als die Frau Grosskron-Marschallin den Katharinenorden in Kaniow erhielt, glaubte sie, dass nun ganz Polen beglückt und gerettet sei, wir mussten ja mehrere Tage überlegen, ob man vor ihr das Gewehr präsentiren sollte. Auch war der Herr Grosskron-Marschall während des jetzigen Reichstages in der grössten Aufregung, als es sich um die Starosteien handelte; als dieselben besteuert wurden, kümmerte er sich am meisten um die seinige (die Lubliner) und um die Marschalls-Gerichtsbarkeit. So erzählt hier der dänische Gesandte Rosenkrantz, und ich glaube, es ist gut für uns, genau zu wissen, was man von uns denkt.“ Der König ward empfindlich getroffen, allein auch diesmal verbat er sich solche Mittheilungen nicht; er warnte nur vor Uebertreibung: „Sie haben die Rolle des Predigers übernommen! Vergessen Sie aber nicht, dass, wenn man übertreibt, auch die Wahrheit ihren Werth verliert. Ihre Offenheit nehme ich Ihnen durchaus nicht übel, nur will ich auch offen bekennen, dass Sie manchmal übertreiben, wenn schon aus ehrlichen Gründen.“

Das Hauptziel neben demjenigen, Branickis Intriguen zu bekämpfen, das Deboli um diese Zeit verfolgte, war, den König gegen Stackelberg zu reizen und damit zu verhindern, dass der zu nachsichtige Monarch nach den letzten stattgehabten Reibungen doch wieder dem intriguirenden Gesandten zu viel Vertrauen schenke und sich von ihm einschüchtern liesse. Unzweifelhaft stand der König in dem Rufe einer zu grossen Vertraulichkeit und dementsprechender Nachgiebigkeit diesem Hauptagenten der russischen Macht gegenüber, und dieser Ruf hinderte auch die mässigsten unter seinen Widersachern, sich ihm zu nähern und mit ihm offen zu sein. Stanislaw August wehrt sich entschieden gegen diese Vorwürfe und betheuert mehrmals, dass sich Alles zwischen ihm und Stackelberg geändert habe, und nichts vermochte die alten, allzu familiären Beziehungen wieder herzustellen. „Mein Benehmen gegen Stackelberg, ist nur höflich“, schreibt der König am 7. September,

„Ich vertraue ihm nur dasjenige an, wovon ich weiss, dass er es schon kennt. Nur eine Zusicherung werde ich immer aufrichtig geben, weil solche aus meiner innersten Ueberzeugung entspringt, nämlich, dass es für Polen schädlich sei, mit Russland in offene Fehde zu gerathen. Uebrigens, obwohl Stackelberg jetzt mit mehr Achtung zu mir und zu den Meinigen spricht, weiss ich doch, dass er mir immer schaden wird, denn er ist rachsüchtig und unversöhnlich.“ ..... „Ich weiss genau, dass es im amtlichen wie auch im privaten Interesse für Stackelberg wichtig ist, bei uns den Herrn zu spielen. Ich kann Sie versichern, dass ich ihm darin nicht Vorschub leisten werde.“*) Zu derselben Zeit klagte auch der König Deboli gegenüber, dass Malachowski und die Potockis, an die er Annäherung suchte, sich immer misstrauisch zeigten. Folgendes sind seine Worte: „Ich verstehe wohl, dass Vertrauen nur allmählich entstehen kann, aber nachdem ich den ersten Schritt gethan und meinerseits erklärt habe, dass ich alle frühere Animosität gegen mich vergesse und beiseite lege, um jetzt nur zum Wohl des Vaterlandes mit vereinten Kräften zu wirken, so meine ich Vieles zu erleichtern.“ Der Empfänger dieses Briefes wünschte nichts sehnlicher als das Zusammenhalten der besten Leute in Warschau mit dem König. Hatte er doch stets den Monarchen ermahnt, seine Rathgeber unter diesen zu wählen, statt sich mit Stackelberg zu befreunden; „es ist der einzige Weg, den Ew. Majestät befolgen können“, schreibt Deboli, „sich ja nur an die Potockis, Malachowski, Czartoryski und ihre Parteigänger zu halten. Rosenkrantz, der mir Vieles über die Verhältnisse in Warschau berichtet hat, meinte, dass Ignaz Potocki und sein Bruder Stanislas kluge Leute seien und der Staatsgeschäfte kundig. Malachowski steht auf demselben Niveau, mit dem Unterschied jedoch, dass, während die Ersten in öffentlichen Dingen der eigenen Vortheile nicht vergessen, dieser einzig und allein von Vaterlandsliebe geleitet wird. Rosenkrantz fügte hinzu, dass Malachowski der Ehrenhafteste von Allen sei; ein ehrlicherer Reichstagspräsident sei nicht zu denken.“ Bei dieser Gelegenheit erinnert Deboli den König an seinen Missmuth gegen Malachowski, als sich dieser gegen eine Allianz mit Russland und gegen den permanenten

*) Briefe vom 7. September und 14. Oktober 1789.

Rath erklärte, was an und für sich noch kein Verbrechen wäre. „Hat denn Malachowski je die geringste Habgier gezeigt? offenbart er denn Schwäche für die Seinigen? hat er je etwas von Ew. Majestät verlangt? O, wie leid thäte es mir, wenn Ew. Majestät einen solchen Mann verlieren sollten!“*)

Der König wünschte nichts Besseres, als „einen solchen Mann“ zu seinem Parteigänger rechnen zu dürfen; um diese Anerkennung herbeizuführen, beauftragte er Deboli, in Briefwechsel mit dem Marschall zu bleiben und diesen über die Verhältnisse und Ereignisse in Petersburg genau zu informiren, was gegenüber der ganzen Deputation für die auswärtigen Angelegenheiten nicht rathsam erschien. Malachowski unterhielt seinerseits diesen schriftlichen Verkehr mit Deboli um so lieber, da er auf Deboli grosses Vertrauen setzte und durch ihn Gewissheit über die Aufrichtigkeit des Königs zu erlangen hoffte; noch hatte er seine Bedenken über dieselbe. Als Beispiel dieser Stimmung kann die Anfrage dienen, welche Malachowski an Deboli richtete, ob es denn wahr sei, dass der König unter Umständen für sich und die Seinigen Kurland als Fürstenthum begehre. Deboli antwortete darauf, dass davon um das Jahr 1767 in der That die Rede gewesen sei, seitdem aber wäre die Sache nimmer berührt worden; während der Zusammenkunft in Mohileff hätte der Fürst Stanislas einige Andeutungen an Potemkin über diesen Gegenstand fallen lassen, weshalb ihn der König heftig gescholten habe. Ein Vierteljahr später schrieb der Marschall wiederum, dass, obwohl der König viele Beweise des guten Willens gegeben und in Allem hülfreich gewesen wäre, man ihm doch misstraue, weil man immer geheime Verständigung mit Russland und direkte geheime Beziehungen mit der Kaiserin befürchtete. „Ich weiss nichts davon“, erwiderte darauf Deboli, „das kann ich in der Johanniskirche in Warschau laut schwören. Auch würde ich einen solchen Briefwechsel bei Gott nicht vermitteln, wenn derselbe gegen mein Vaterland gerichtet wäre, ich glaube, dass seit November vorigen Jahres keine Briefe zwischen der Kaiserin und dem König gewechselt worden sind.“ Dabei sprach Deboli noch die Meinung aus, Stackelberg streue absichtlich Misstrauen zwischen dem Könige und seinen Staatsmännern aus; ein solches

*) Bericht vom 27. Oktober 1789.

Verfahren wäre schon öfters, beispielsweise bei der Konföderation von Bar, von Russen mit listiger Berechnung angewandt worden, denn ihnen passte es augenscheinlich nicht, die Polen mit ihrem König in gutem Einvernehmen zu sehen.*) Der Marschall begnügte sich mit dieser Versicherung. Jedoch, bevor noch ein besseres Einvernehmen entstand und Vertrauen zu dem König gefasst wurde, dank den Bemühungen dieser beiden Männer, hatte man in Warschau schon angefangen, heimlich ohne Wissen des Monarchen allerhand Verhandlungen zu pflegen. Ueber dieselben müssen wir im folgenden Abschnitt berichten.

§ 108.

Absichten der Reichstagsführer. Die Deputation für eine neue Regierungsform.

Um ein klares Bild dieser Ereignisse zu geben, müssen wir in unserer Schilderung auf die Zeit zurückgreifen, als der Reichstag seine Arbeiten für drei Wochen suspendirt hatte vom 10. Juni bis 13. Juli. Diese Unterbrechung wollte der Reichstagsmarschall benutzen, um sich mit den bedeutendsten Kollegen über den weiteren Verlauf der Verhandlungen zu verständigen; am 1. Juli fand eine geheime Konferenz der beiden Reichstagsmarschälle Malachowski und Sapieha mit Ignaz Potocki und dem Bischof Rybinski statt. In dieser Konferenz wurde beschlossen, dass der Reichstag sich bei Wiederaufnahme seiner Arbeiten lediglich mit folgenden drei Gegenständen zu befassen habe: neue Regierungsform, Bündniss mit Preussen und Thronfolge! Diese drei wichtigen Angelegenheiten betrachtete man als unzertrennlich und einander ergänzend. Um die neue Regierung bei dem Wechsel der Umstände vor Umsturz zu sichern, müsste dieselbe sich auf ein Bündniss mit einer Macht stützen, welche geneigt wäre, sie vor äusserer und innerer Gefahr zu schützen. Ausser dem Bündniss mit Preussen sollte die Republik in engere Beziehungen zu Holland und England treten, um nicht ausschliesslich von dem Berliner Kabinet abhängig zu sein. Eine gesicherte Thronfolge sollte dieses Werk vollenden und den üblichen Gefahren eines Interregnums und einer Königswahl vorbeugen. Auf die Frage, wer als Thron-

*) Briefe an Malachowski, 15. Dezember 1789.

lidat gelten könnte, richtete man das Augenmerk auf den fürsten von Sachsen, den die Seitenlinie in der Person von ert und Ernst beerben sollte; man verlangte nur, dass Sachsen Bündniss mit Preussen und England beiträte. Im Falle der er unschlüssige Kurfürst von Sachsen den von Warschau menden Vorschlag nicht annehmen sollte, war man bereit, polnische Krone dem Herzog von Braunschweig anzubieten, diesen hatte die öffentliche Meinung als den besten Soln und Schüler Friedrichs II. bezeichnet.*) Als dieser im Stillen entworfen war, erschien als nächster Schritt Verwirklichung desselben die Herbeiführung einer Verdigung mit denjenigen Staaten, die man dafür gewinnen lte. Diese Verständigung sollte ohne Mitwissen des Königs der anderen Reichstagsmitglieder zunächst angebahnt werden. nach wurde der vielfach genannte sächsische Gesandte n zuerst informirt; er gab keine Antwort, schrieb aber nach sden, um von dort Verhaltungsbefehle einzuholen, und da Mitglied der Familie Malachowski vom König zum Gesandten Dresden ernannt worden war, beauftragte man denselben, erseits den Kurfürsten auszuforschen. Lucchesini, ins Veren gezogen, gab ausweichende Antwort und wandte sich an en Hof. Nur Hayles, der englische Gesandte, ging auf eine rterung des Vorschlages, der ihm durch Sapieha zukam, ein, e erst die Meinung seiner Vorgesetzten zu befragen. Sapieha angte, dass England, Preussen und Holland Polen in ihr dniss aufnehmen sollten; ein solches Bündniss hätte allein Macht, die noch schwankenden Abgeordneten zu überzeugen die Pläne der Parteigänger von Russland zu durchkreuzen; wäre es das einzige Mittel, die wachsende Besorgniss der vinzen zu beschwichtigen. Hayles erwiderte, die drei genten Mächte hätten diese Frage schon aufmerksam geprüft; müsste deshalb hervorheben, dass die Polen eine der für land wichtigsten Bedingungen zu leicht nähmen; vor Allem ste ein Handelsvertrag zwischen Preussen und der polnischen ublik zu Stande kommen; nur daraufhin wäre auch ein Vermit England, sei es in Handels- wie auch in politischer sicht, möglich; England wäre bereit, alle Produkte in Polen

*) Berichte von Lucchesini vom 4., 11. und 19. Juli.

statt in Russland zu kaufen, nur müsste diese seine Bereitwilligkeit durch einen Handelsvertrag mit Berlin unterstützt werden; Sapieha fand diesen Standpunkt durchaus berechtigt, hob aber hervor, er entspräche nicht der Stimmung in der Nation, und eine lange und ausführliche Diskussion über einen Handelsvertrag in der Kammer werde nicht den Eindruck machen, den man brauchte, um die Frage eines Bündnisses durchzusetzen.*) Die ersten Berichte des Markgrafen Lucchesini über diese Absichten der Parteiführer wurden in Berlin mit Geringschätzung aufgenommen. „Diese Polen müssen jedes politischen Verstandes baar sein, wenn sie sich einbilden, dass sie eine neue Regierungsform einführen und alle ihre Institutionen reformiren könnten, einzig und allein unter meinem Schutz.“ Zu diesem Urtheil fügte Friedrich Wilhelm hinzu, dass er selber die günstige Zeit für die Durchführung solcher Pläne anzeigen würde; Lucchesini erneuerte bald darauf seine Vorstellungen; er behauptete, die Parteiführer seien gern bereit, Thorn und Danzig abzutreten mit einem kleinen Landstrich, unter der Bedingung, dass Preussen bei dem zu erwartenden Tode des Kaisers von Oesterreich Polens Ansprüche auf die Salzgruben in Wieliczka unterstütze. „Der Todesfall scheint so nah bevorstehend zu sein“, schreibt Lucchesini, „die Aufregung in Galizien ist so gross, dass ich mich genöthigt sehe, Ew. Majestät um genaue Befehle zu ersuchen, damit ich weiss, was ich zu thun habe; ob ich hindern oder fördern soll. Ew. Majestät hat dieser Republik grossmüthig ihre Rüstungen erlaubt, nun muss Ew. Majestät entscheiden, inwiefern es Ew. Majestät passen könnte, diese Nation auch zu lenken. Bisher, obwohl wehrlos, hat dieselbe nur dem russischen Ehrgeiz Dienste geleistet.“**) Nur in der Frage der Thronfolge wagte Lucchesini den Befehlen seines Königs zuvorzukommen. Eine erbliche Monarchie konnte leicht Polen in eine Grossmacht verwandeln; einem fähigen, kriegs-

*) Bericht von Hayles an den Marquis von Carmarthen vom 28. Juli bei Herrmann VI. 236.

**) Die Vergleichung der hier angeführten Aktenstücke hat zur Feststellung einiger Irrthümer geführt, die Kalinka begeht, indem er das königliche Reskript dem Bericht von Lucchesini vorangehen lässt, während thatsächlich der König auf Lucchesinis Vorstellungen Antwort giebt. Der Inhalt dieser Aktenstücke ist richtig wiedergegeben. (Anm. des Ueb.)

rundigen Herrscher, wie z. B. dem Fürsten von Braunschweig, konnte leicht die polnische Armee dazu dienen, diesem Staate die frühere Bedeutung zurückzugeben. Der Markgraf hegte also die Ansicht, dass man die polnische Krone dem Kurfürsten von Sachsen wohl überlassen dürfte, jedoch unter der Bedingung, dass er zu Preussen hielte; seiner Familie durfte er aber den Thron nicht vermachen, eine Bedingung, die den Kurfürsten wohl hindern dürfte, die angebotene Krone anzunehmen. Uebrigens wäre die Partei über diese Frage noch nicht einig; man fürchtete die Uebermacht und den Ehrgeiz einzelner Magnatengeschlechter, besonders der Potocki. Dieselben trachteten nach Einfluss und wollten durch den zukünftigen König regieren; das Misstrauen der Parteiführer zueinander müsse man ausbeuten, um diesen Theil des ganzen Planes zu vereiteln, ohne dass es ersichtlich würde.*) Der König lobte dieses Benehmen und erklärte schon damals an Lucchesini, er würde niemals seine Zustimmung zur erblichen Monarchie in Polen geben, es sollte bei dem Wahlkönigthum oder der Republik bleiben, damit Polen nicht stark werde. Die Wahl eines Sachsen würde der König gut heissen, wenn dieselbe keine Erblichkeitsklausel enthielt. Was das Bündniss anlange, so sage er nicht Nein, müsste aber zögern und das Ende und Ergebniss des Krieges abwarten. „Sie können", fügt er hinzu, „mit der Ihnen gewohnten Umsicht den Polen die Möglichkeit vorspiegeln, ihre alten Grenzen wiederzuerlangen, wenn es die Kriegsereignisse gestatten sollten, aber offenbaren Sie ihnen nicht: quo modo." **)

Unter dem Eindruck dieser eben eingeleiteten Verhandlungen eröffnete der Reichstagsmarschall die erste Sitzung nach den Ferien mit einer Ansprache, in der er die bisherige Thätigkeit der konföderirten und versammelten Stände schilderte; er endete mit der Erklärung, dass die Republik nicht eher sicher sein könnte, als bis sie ein Bündniss mit derjenigen Macht geschlossen habe, welche wesentlich dazu beigetragen, sie aus ihrer gedrückten Lage hervorzuziehen.***) Diese Rede klang wie die Ankündigung wichtiger Anträge, die bald aus-

*) Bericht vom 19. und 25. Juli.

**) Ministerialreskript vom 31. Juli. Alle drei Aktenstücke siehe Anhang No. 11.

***) Eröffnung der Sitzung vom 13. Juli.

gesprochen werden sollten, aber nicht erschienen. Die Kamı
wurde durch die uns schon bekannten Debatten über
Krakauer Bisthum, über das Armeebudget in Anspruch
nommen; kein Mensch dachte mehr an die neue Regierungsfo
und an das Bündniss; dass die Urheber dieser Pläne dan
nicht hervortraten, lag aber daran, dass keine von den Mächte
die man interessiren wollte, eine bestimmte Antwort gab. Ess
schwieg, Lucchesini machte Redensarten, Hayles brachte d
Diskussion auf ein anderes Gebiet. Man wagte nicht, auf eige
Hand solche wichtigen Dinge zu berühren. Malachowski tr
nun vor den König mit der Frage, ob es nicht angemess
sei, einige Mitglieder des Senats und des Ritterstandes zu e
nennen, um ein Projekt über die neue Regierungsform zu ve
fassen. Der König erklärte sich bereit. „Ich lobe diesen G
danken, doch wird die Sache nur dann Erfolg haben, wei
wir Drei uns aufrichtig verständigen und unsere Freunde
gemeinsamer Wirksamkeit bereden. Sie müssen nur mit unu
schränkter Offenheit Ihre Absichten über diese neue Regierung
form darlegen und mir selbst offenbaren, in welche Lage i
dabei gerathen soll. Ich muss darüber in völliger Klarheit sei
um mit Ihnen agenda et mutanda festzustellen.“ „Mal
chowski stimmte ein“, schreibt der König, „Potocki war ab
nicht aufrichtig.“*) Indessen erschien in Warschau der Bisch
Krasinski, dessen Ankunft aus Kamenetz nicht zufällig se
konnte. Seit 22 Jahren hatte er an keinem Reichstag the
genommen; nach der Konföderation in Bar zog er sich in se
Bisthum zurück. Den König hatte er nur einmal im Jahre 178
als dieser Kamenetz passirte, gesehen und sich von den öffe
lichen Dingen ferngehalten. Seine Ankunft machte einen gross
Eindruck, man vermuthete, dass sein Erscheinen in der Kamm
und seine Theilnahme an der Konföderation etwas bedeute, d
Kammer müsste wichtige Beschlüsse vorhaben. Diese Erw
tungen wurden bestätigt, als der Bischof sein erstes Auftret
im Reichstag am 28. August mit scharfem Tadel gegen
bisherige Thätigkeit der versammelten Stände inaugurirte.
vorangehenden Kapitel haben wir schon geschildert, wie
greise, allgemein geachtete Bischof seine Unzufriedenheit darü

*) Brief des Königs an Deboli 12. August.

aussprach, dass die Kammer sich mit Erörterungen über Maassregeln befasse, die den einzelnen Behörden überlassen werden sollten, statt diese Aufmerksamkeit der neu zu schaffenden Regierung ausschliesslich zu widmen.*) Um dieselbe Zeit hatte Lucchesini den Befehl erhalten, nach Breslau zu reisen, wo der König von Preussen eine Revue hielt. Malachowski, Potocki und Rybinski benutzten diesen Umstand, um ihn und den englischen Gesandten wieder in der Frage der Allianz zu bestürmen. Sie erklärten zugleich, dass die Kammer ihre Berathungen über die neue Regierungsform beginnen müsste, dass die neuen Einrichtungen nur durch eine Allianz mit Preussen gesichert werden könnten, da man dieselbe als alleinige Garantie für ihr Bestehen betrachtete. Das Wort Garantie wäre jedoch zu vermeiden, zugleich warnten sie Lucchesini, dass sein bisheriges Zögern, seine unbestimmten Antworten und seine ganze Haltung viele Leute verletzt und den Verdacht erweckt haben, als ob der König von Preussen es nicht aufrichtig mit Polen meine.**)

Aus allen diesen Verhandlungen erhellt die Gewissheit, dass dieselben Parteiführer, welche vor einem halben Jahr den permanenten Rath abschafften, angeblich weil derselbe durch die Garantie der fremden Mächte die Republik in Abhängigkeit von jenen hielt, die Verhandlungen über eine neue Regierungsform nicht einmal einleiten wollten, bevor dieselben nicht durch eine Allianz mit Preussen gewährleistet wäre und sozusagen dadurch erst Sanktion fände. Aber eben diese Forderung der Partei schien Friedrich Wilhelm nicht zu passen; die Gründe dafür liegen klar vor uns. Der König konnte um diese Zeit noch nicht die Wendung der Ereignisse des Krieges zwischen Russland und der Türkei kennen und ermessen, folglich wusste er nicht, welche Rolle ihm dabei zugedacht ward, und ob er dieses ihm aufgedrungene Bündniss überhaupt brauchen könnte. Am liebsten hätte er jetzt eine abschlägige Antwort gegeben, aber er fürchtete, dieselbe könnte die ihm wohlgesinnte Partei in Warschau gänzlich entfremden und dem russischen Einfluss das Feld einräumen. Daher begnügte er sich, Lucchesini zu beauftragen, im Allgemeinen die Abgeordneten von seiner besten

*) Siehe Buch III, § 98.

**) Bericht von Lucchesini vom 15. August 1789.

Gesinnung für Polen und namentlich für die Reform ihrer Einrichtungen zu versichern, im Besonderen aber und im Vertrauen den Parteiführern klar zu machen, dass ihr Drängen ihm Schwierigkeiten bereite; auch dass es ihm unmöglich sei, ein Ding gut zu heissen, welches noch nicht existire. Er müsse die neuen Verfassungspläne erst kennen und auch über die schwebenden Handelsfragen und Anderes mehr endgültig beschliessen, bevor er einen Bündnissvertrag unterzeichnen könnte. „Ich hoffe" fügte der König hinzu, „dass diese Antwort befriedigen wird und uns Frist gewährt; es ist leicht vorauszusehen, dass die Polen nicht so rasch mit ihrer neuen Verfassung fertig sein werden, wie es die Franzosen gethan haben."*)

Diese Antwort, von der man in Preussen meinte, dass sie keinerlei Verpflichtungen auflegte, beruhigte die Parteiführer der Kammer. Gleich darauf wurde ein mit allgemeiner Zustimmung angenommener Antrag in der Kammer gestellt, der also lautete: „Eine Deputation zur Berathung einer neuen Regierungsform soll ernannt werden; dieselbe hat die Grundgesetze einer neuen Verfassung sowie die Konstitution der Exekutivbehörde festzustellen und so die neue Regierung zu gestalten. Alle bezüglichen Projekte müssen besagter Deputation direkt zugestellt werden, damit die versammelten Stände nur über einen fest formulirten, von der Deputation verfassten Antrag zu beschliessen brauchen." Diese Deputation bestand aus vier Ministern und sechs Abgeordneten, unter dem Vorsitz des Bischofs Krasinski.**) Sofort machten sich die Mitglieder der Deputation sehr eifrig an die Arbeit. Man holte alle Bücher aus der königlichen Bibliothek, welche von Regierungsformen handelten. Der Bischof von Kamenetz bat sogar Chreptowicz, ihm Notizen über die Zeiten der zwölf Wojewoden zu verschaffen. Dem sächsischen Hause ergeben, wollte der Bischof die Frage der Thronfolge sofort zu Gunsten des Kurfürsten von Sachsen erledigen. Erst

---

*) Ministerialreskript vom 22. August.

**) Exministerio: Hetman Oginski, Unterkanzler Chreptowicz, Marschall Potocki, Unterschatzmeister Kossowski. Ex ordine equestri: Suchodolski (Abgeordneter für Chelm), Moszynski, Dzialynski, Sokolowski, Wawrzecki, Weissenhof. Der König wünschte den Fürsten Adam Czartoryski statt Suchodolskis einzusetzen; man sagte ihm aber, dass Letzerer in der Kammer um so mehr Schaden anrichten würde.

ach einem Gespräch mit dem Könige begriff er, dass es rathsam wäre, in dieser Angelegenheit mit äusserster Vorsicht vorzugehen. Der König machte ihm klar, dass man mit der Frage der Erbfolge in mehreren Wojewodschaften auf Widerstand stossen und bei den fremden Mächten nicht auf unbedingt günstige Aufnahme, ja sogar auch auf Opposition treffen könnte.*) Ignaz Potocki sollte das neue Verfassungsprojekt formuliren, doch war der Weg, den er einschlug, nicht der klügste, denn er las erst alle Reden, die um diese Zeit von der französischen Redner-

*) Dieses Gespräch, vom Könige aufgeschrieben, geben wir hier in extenso wieder: Bischof: „Ich möchte vor Allem die Frage der Thronfolge erledigen, um ein Interregnum zu vermeiden; da es aber eine hochwichtige Sache ist, möchte ich die Meinung Ew. Majestät vor Allem haben.“ König: „Mein älterer Bruder hat schon Ew. Eminenz gesagt, dass er als Pole wünsche, die Thronfolge bestimmt zu sehen; zugleich hat er auch erklärt, dass kein Poniatowski in Betracht kommen soll.“ Bischof: „Als Kirchenfürst und als polnischer Bürger möchte ich Ew. Majestät verpflichten, mir zu vertrauen und Ihre Gedanken mir zu offenbaren.“ König: „Ich wiederhole, dass ich in dieser Sache für Niemand Partei nehmen kann.“ Bischof: „Ich flehe Ew. Majestät nochmals an, mir Ew. Majestät Meinung zu sagen, und schwöre, dass Niemand etwas davon erfahren wird.“ König: „Wenn Sie einen Polen haben wollen, so nenne ich Potocki, General der Artillerie.“ Bischof: „Ich kenne ihn als einen Ehrenmann, ich glaube aber, dass er nicht begabt genug ist; überhaupt würde ich keinen Polen wählen.“ König: „Von den Ausländern ist der Kurfürst von Sachsen am besten geeignet, nur hat er keine Kinder und seine Brüder versprechen wenig.“ Bischof: „Und sonst wen?“ König: „Von den Brüdern des Kaisers von Oesterreich soll Ferdinand der einzige nicht geizige, aber populäre sein.“ Bischof: „Wir müssen uns vor dem Hause Oesterreich hüten.“ König: „Wollen Sie einen Franzosen?“ Bischof: „Nein, wiederum Valois?“ König: „Der Herzog von Braunschweig scheint mir geeignet, wenn er seine Religion ändern wollte; er ist tapfer und in der Kriegskunst der Erste, nur sollen seine Söhne sehr unbedeutend sein.“ Bischof: „Dieses will mir auch nicht gefallen.“ König: „Es liegt in meinem Interesse, bei meinen Lebzeiten die Frage eines Nachfolgers unberührt zu lassen; ist man aber der Meinung, dass es gut wäre, die Interregna endgültig zu beseitigen, so werde ich mich dem nicht widersetzen. Nur soll man darauf achten, dass sich so etwas nicht ereigne nimis invitis vicinis; mir scheint es, dass sogar der Preusse dagegen ist, auch gegen den Sachsen, den er zu lieben vorgiebt.“ Bischof: „In dieser Sache wie in etlichen anderen müssen wir vorsichtig verfahren und abwarten, um uns Zeit zu lassen, den Puls mehrerer Wojewodschaften zu fühlen, bevor wir unser Werk dem Reichstag vorlegen, damit es nicht beschimpft werde.“ (Brief des Königs an Deboli vom 19. September.

tribüne über diesen Gegenstand gehalten waren. Auch wurde sein Werk durch diese Lektüre wesentlich beeinflusst. Inzwischen ward die Aufmerksamkeit des Reichstags und namentlich der Parteiführer durch andere Ereignisse in Anspruch genommen. Gebunden, wie sie waren, an die preussische Politik, thaten sie nichts ohne die Billigung des Berliner Kabinets, und deshalb müssen nun auch wir die Thätigkeit und die Maassregeln dieses Kabinets näher ins Auge fassen.

§ 109.

Kriegsverluste der Türken. — Das Berliner Kabinet verfolgt eine bestimmte Politik.

Wenn auch nur oberflächlich, müssen wir doch nochmals die Ereignisse des orientalischen Krieges betrachten, um den Einfluss zu begreifen, den dieselben auf die allgemeine Politik ausübten. Abdul Hamid starb plötzlich am 7. April und sein Nachfolger wurde der 28jährige Selim. Voll Energie und Eifer, war dieser von dem Wunsche beseelt, das Reich der Osmanen wieder emporzuheben. Sein erster Hatti Sheriff rief alle Männer von 16 bis 60 Jahren unter die Waffen, um den Krieg mit äusserster Anstrengung fortzuführen. Den Kriegsplan selbst wollte er aber verändern: statt wie bisher Oesterreich anzugreifen, sollte der Hauptangriff jetzt auf Russland gerichtet werden, in der Absicht, durch die Moldau und Bessarabien Chotzim und Otschakoff wiederzugewinnen, mit einer Flotte unter Hassan die Krim anzugreifen und die Russen zu zwingen, eine Armee auf dem Kuban zu unterhalten. Indessen gelangen die ersten Kriegsoperationen nicht. Der Grossvezir wurde vom General Derfeldt bei Maximeni geschlagen und musste sich zurückziehen; zwar verfolgten ihn die Sieger nicht, aber dieser Misserfolg hielt die weiteren Kriegsoperationen auf. In der russischen Armee fanden auch Veränderungen statt: Rumiantzow ward durch Repnin ersetzt, und die Armeen von Ekaterinoslaw und der Ukraine wurden unter den Oberbefehl von Fürst Potemkin gestellt. Dieser beeilte sich nicht; die Erfahrung hatte ihn gelehrt, dass die Türken nur während des Sommers kampfbereit seien, zum Winter aber die Armee massenhaft zu verlassen pflegten. Deshalb schien es ihm vortheilhaft, die

Kampagne spät zu eröffnen. Bis Mitte Mai blieb Potemkin in Petersburg, den Juli verbrachte er in Olwiopol. Absichtlich blieb die russische Armee unthätig bis Ende Juli. In diesem Monat hatte Derwisch Pascha den Koburger mit seinen 18 000 Leuten bei Abschud in der Moldau angegriffen, Suworow erhielt aber von diesem Angriff bei Zeiten Kunde, und als es am 1. August zu einer Schlacht bei Fokschany kam, wurden die Türken wieder zurückgeworfen.

Dieser Sieg bewog Potemkin, dem Feinde auch seinerseits näher zu rücken. Die Türken standen kampfbereit. Der Grossvezir setzte mit 100 000 Mann über die Donau, in der Hoffnung, den Koburger sicher zu schlagen; um die Aufmerksamkeit der Russen von diesem Punkt abzulenken, wurde ein Korps von 30 000 Mann unter Hassan, dem früheren Kapudan Pascha, nach Bessarabien geschickt. Aber Suworow liess sich dadurch nicht täuschen; er liess Hassan bei Seite und zog dem Koburger zu Hülfe. Bei Martineschti am Rymnik kam es abermals zum blutigen Kampfe, welcher zwei Tage dauerte und Suworow mit Ruhm bedeckte. Die Türken verloren 20 000 Mann, 80 Kanonen und grosse Vorräthe; ihre Armee zog sich eilig über die Donau zurück und nur mit Mühe konnte man die Soldaten in Schumla zusammenhalten. Der Grossvezir gerieth in Verzweiflung nach dieser Niederlage und starb bald darauf vor Kummer. Potemkin indessen wusste die günstige Lage nach diesem Sieg auszunutzen, marschirte auf Akjerman, das er nach kurzem Widerstand eroberte, dann nach Bender, welches als die bedeutendste türkische Festung mit 300 Kanonen versehen war und 16 000 Mann Garnison zählte. Dieselbe war kampfbereit; der Kommandant aber, entweder an Russland verkauft oder durch den Sieg der Russen entmuthigt, kapitulirte, ohne Widerstand zu leisten, wie er behauptete, „aus Mitleid für die Frauen und Kinder“. Die Garnison wurde freigelassen, ihr Führer wagte aber nicht nach Stambul zurückzukehren, blieb vielmehr in Russland. Das waren Triumphe genug für die diesjährige Kampagne. Die Armee blieb in Bessarabien und Potemkin wählte Jassy zum Winterquartier. Von österreichischer Seite ward der Krieg auch nicht zeitig eröffnet. Nach Lascy wurde Hadik, der Aelteste unter den Generalen, Feldmarschall und blieb dem System seines Vorgängers treu. Zwar wurde die Armee in drei Korps zusammen-

tribüne über diesen Gegens[illegible]
sein Werk durch diese Lektü[illegible]
ward die Aufmerksamkeit [illegible]
Parteiführer durch andere [illegible]
Gebunden, wie sie waren, [illegible]
nichts ohne die Billigung [illegible]
müssen nun auch wir die T[illegible]
Kabinets näher ins Auge f[illegible]

Kriegsverluste der Tü[illegible]
verfolgt ein[illegible]

Wenn auch nur ober[illegible]
die Ereignisse des orienta[illegible]
Einfluss zu begreifen, den [illegible]
ausübten. Abdul Hamid [illegible]
Nachfolger wurde der 28j[illegible]
war dieser von dem Wun[illegible]
wieder emporzuheben. Se[illegible]
von 16 bis 60 Jahren [illegible]
äusserster Anstrengung [illegible]
wollte er aber verändern[illegible]
greifen, sollte der Haup[illegible]
werden, in der Absicht, [illegible]
Chotzim und Otschakoff [illegible]
unter Hassan die Krim an[illegible]
eine Armee auf dem Kul[illegible]
die ersten Kriegsoperation[illegible]
General Derfeldt bei M[illegible]
zurückziehen; zwar verfol[illegible]
Misserfolg hielt die we[illegible]
russischen Armee fanden [illegible]
ward durch Repnin erset[illegible]
und der Ukraine wurde [illegible]
Potemkin gestellt. Dies[illegible]
hatte ihn gelehrt, dass [illegible]
kampfbereit seien, zum [illegible]
verlassen pflegten. Des[illegible]

[illegible]splittert auf der Grenzlinie
[illegible] unternehmen. Laudon [illegible]
[illegible] in Kroatien operirte und [illegible]
Durch diese Saumseligkeit [illegible]
[illegible] 28. Juli Hadik ab und ernannte
Sofort kam Leben in die Sache.
[illegible] bei Belgrad versammelt. [illegible]
[illegible]rsch in den Banat im vorigen
[illegible] sollte auch jetzt Belgrad [illegible]
[illegible] bei Mehadia (28. August) geliefert
[illegible] eine Niederlage; sie wurde
[illegible] Laudon Belgrad. Schon [illegible]
[illegible]stadt in seine Hände und [illegible]
[illegible] die Festung räumen. Es [illegible]
[illegible] österreichischen Armee. 400 [illegible]
[illegible]tion und Vorräthe fielen in [illegible]
[illegible] Semendria und Passarowitz [illegible]
[illegible] war offen. Fürst Hohenlohe [illegible]
[illegible] nahm Krajowa und belagerte
[illegible] Widerstands. Am 6. November
[illegible]nmen, womit die Kampagne [illegible]
[illegible] Seiten waren also die Türken [illegible]
[illegible] in diesem Jahre vier Feldschlachten
[illegible] geräumt und vor Allen [illegible]
[illegible]lcher Misserfolge war se[illegible]
[illegible] Türken gelingen würde, [illegible]
[illegible]bündeten Mächten Wide[illegible]
[illegible]hr, dass unter solchen U[illegible]
[illegible]eil bald geschlossen sein[illegible]
[illegible]scheidender Augenblick ge[illegible]
Friedrich Wilhelm mit seine[illegible]
Zeit, in der jeder preussisch[illegible]
[illegible]smann galt und alle Armee[illegible]
[illegible]chtet waren, auf das Bündni[illegible]
[illegible] und in gutem Einvernehm[illegible]
[illegible]rohende Gefahr von Frankrei[illegible]
[illegible] Herr der ganzen Situatio[illegible]
[illegible]tirte, welche den Ausschlag
[illegible]heilhafter Lage blieb das [illegible]

Kabinet nach wie vor unthätig. Der König schien sich wie in einem verzauberten Kreise zu drehen, ohne den Ausgang zu finden, verstrickt in die Kombinationen seines Ministers Hertzberg. Diesem schwebte immer noch der Plan eines Tausches, der die westlichen Theile Polens Preussen ohne Krieg verschaffen sollte, vor; indess dazu war vor Allem die Mediation Preussens in dem orientalischen Krieg nothwendig, und da lag die Hauptschwierigkeit. Wir haben schon in dem ersten Kapitel dieses Werkes berichtet, was die Kaiserin davon dachte;*) aber auch die Türken beeilten sich keineswegs, die Vermittelung Friedrich Wilhelms anzunehmen. Seit einem Jahre bemühte sich Hertzberg, die Pforte für seine Pläne zu gewinnen, und noch hatte ihm kein türkischer Minister eine klare, entschiedene Antwort gegeben. Diesen passiven Widerstand schrieb der Berliner Minister bald der Unfähigkeit seines Gesandten Dietz, bald der Kurzsichtigkeit der türkischen Staatsmänner zu, welche die Vortheile seiner Pläne nicht begriffen. Nach den ersten Misserfolgen der Türken sendete Hertzberg dringende Noten an Dietz, deren Inhalt immer derselbe war, nämlich: die Pforte möge ja keinen Frieden ohne die Vermittelung von Preussen schliessen; diese Vermittelung wäre allein im Stande, das osmanische Reich vor grossen Verlusten zu bewahren, und dergleichen mehr. Der Kern aller dieser Vorstellungen war jedoch, dass Preussen die Pforte erst nach geschlossenem Frieden, auch unter nachtheiligen Bedingungen unterstützen würde und dass dieser Beistand allein die Pforte vor weiteren Angriffen der verbündeten und diesmal siegreichen Mächte schützen konnte.**) Zu Hertzbergs Leidwesen theilte Niemand seine Begeisterung für solche Pläne. Die Polen konnten wohl blind auf dieselben eingehen, weil ihnen verborgen blieb, welchen endgültigen Zweck er damit verfolgte. Die türkischen Staatsmänner waren aber vorsichtiger und wollten zuerst einige Aufklärung über die Vortheile erhalten, welche Preussen sich bei dieser Vermittelung zu sichern gedachte. Natürlich hatte man Dietz verboten, auf diese Frage irgend welche Antwort zu geben. [illegible] die Mediation annehmen [illegible]

*) Erstes Buch. Kap. [illegible] § [illegible].

**) Depeschen von Hertzberg an Dietz [illegible] September. Citirt bei Zinkeisen VI. [illegible]

gezogen ... gehalten, ... liess sich offenbar ... der einzig... die Zeit in nutz... 9. Juli ... war, auch Preussens ... zürnt, ... England hätte gern mit ... Laudon ... aber die territoriale ... und die ... Staatsmännern be... Pascha, ... Berlin, nannte die ga... Jahre ... nicht rationell.*)

Abermals ... sich anfangs von seinem ... allein ... beeinflussen; es gab aber ... zurück... diplomatischen Talente He... 30. ... war die Militärpartei diese... 8. Okt... und meinte, dass es bess... der ... benutzen, um die Kaiserm... nom... und Preussen einige V... Händ... durch Verhandlungen, sondern ... Gegen Ende August reis... ... dort eine Revue zu halten; ... und Jacobi berufen. Von den h... ... beeinflusst, äusserte der König ... gegenüber, dass es kaum gelingen k... Galizien von Oesterreich loszur... könnte Preussen gleichgültig sein, ... zu bekommen sei, die Molda... zu überlassen. Wenn es aber ... zu erobern haben würde, so müssten ... zurückerstattet werden. Der ... der Pforte würde einen Eingriff ... wenn der September für den Be... schlechte Jahreszeit wäre. Pre... noch abwarten und erst im Früh... diesem Entschluss kehrte der König ...

... entsprechend, wurden nun in Preussen Kri... Am 18. September erhielt auch Di... müsst...

*) ... Carmarthen, 14. Juli 1789, bei Herrm...

... an Hertzberg aus Breslau am 27. und ... bei Herrmann VI, 243.

e Befehle: er sollte mit der Pforte ein Schutz- und Trutz-
dniss, ohne weitere Einschränkungen, vorschlagen und im
men seiner Regierung das Versprechen abgeben, dass Preussen
eit wäre, im nächsten Frühjahr die Türkei gegen ihre Feinde
tig zu unterstützen; man verlange nur von der Pforte, sie
chte sich in keine Friedensverhandlungen einlassen.*) Mit
lgien hatte man sich schon lange beschäftigt; nun widmete
n auch einige Aufmerksamkeit den anderen Unterthanen
Habsburger Hauses. In Ungarn war es noch nicht zu einem
nen Bruch gekommen, aber man wusste, dass die arbiträren
assregeln Josephs II. daselbst grosse Verstimmung und Un-
e hervorgerufen hatten. Das Berliner Kabinet trat mit einer
zahl der Unzufriedenen in Ungarn in Verbindung, die sich
so leichter gestaltete, als zahlreiche Freimaurerlogen in
den Ländern ihr Wesen trieben und Hertzberg behülflich
rden. In Galizien herrschte bei allen Klassen Unzufrieden-
t, weil Joseph II. keine mit seinen Reformen verschont hatte.
Bauern mussten 20 000 Rekruten im Jahre 1780 stellen
e unter polnischer Herrschaft unbekannte Belastung); der
terstand ächzte unter der Last immer neuer Steuern, die von
er Schaar unredlicher Büreaukraten erhoben wurden, und
Volk wie der Klerus wurden durch die zwecklosen, das
wissen und Glaubensbekenntniss in Bedrängniss versetzenden
ssregeln gegen die Kirche immer wieder gereizt und auf-
racht. Die Bewohner dieser Provinzen dachten mit Weh-
th an die Zeiten zurück, als sie zu Polen gehörten; als
Republik sich mit Preussens Hülfe von dem russischen
ck einigermaassen befreite und in dem Warschauer
chstag Lobreden auf Friedrich Wilhelm immer öfter
alten wurden, fingen sie zu hoffen an, es möchte ihnen
h gelingen, bald das verhasste Joch abzuschütteln und, mit
rschau vereint, wieder ein Ganzes zu bilden. Die Unfähig-
der österreichischen Generale während der vorjährigen
npagne, die Fortschritte der Revolution in Brabant, die Un-
en in Ungarn und schliesslich die schlechte Gesundheit des
sers, alle diese Umstände erhöhten den Muth der Galizier
verbreiteten unter ihnen den Gedanken eines bewaffneten

---

*) Citirt bei Zinkeisen. VI, 740.

bedienen. Auf solcher Grun...
verständniss erzielen; man ...
handlungen. Was noch schli...
billigten dieses System nich...
Hülfe den Frieden herbeig...
dieses Staates erschien den ...
Ewart, englischer Gesand...
bination phantastisch, unkl...

Friedrich Wilhelm ...
in allen auswärtigen Frag...
seinem Hofe, welche de...
misstrauten. Namentlich ...
matischen Machinationen ...
den türkischen Krieg ...
ihrer Eroberungslust zu ...
zu sichern, und zwar nich...
einen bewaffneten Ein...
König nach Breslau, ...
wurden auch Lucchesini ...
wesenden Generalen ...
Meinung Lucchesini ...
auf diplomatischem W...
Der König meinte, ...
Gross-Polen ohne Kri...
Walachei an Oesterr...
führen und Galizien ...
Provinzen an die ...
bestehende Kampf ...
Preussens Seite begün...
eines Krieges nicht ...
müsse daher diesen ...
Krieg erklären.**) ...
Berlin zurück.

Diesem Plan ...
rüstungen vorgenom...

*) Bericht an den ...
VI, 552.

**) Briefe von Luc...
Lissa am 30. August. ...

... Aussicht auf Gelingen bot, als ...
... und die Civilbehörden ...
... In diese Zeit begann also ...
... sich der Ritterstand am ...
... über Warschau Einverständniss
... zu erlangen und sich einige ...
... Aufstandes zu verschaffen. ...
... wäre nichts von dieser Agitation
... nicht die Berichte der preussischen
... Beschlüsse bewahrt. Auf diese ...
... den Mittheilungen stützen, die ...
... Einverständniss der Parteiführer im ...
... der Bevölkerung in Galizien sowohl ...
... Epoche geben.

§ 110.

... Verständigung mit Galizien.

... von seiner Breslauer Reise in Berlin
... Wendung in seiner Politik einleitete
... Gesandten, Czartoryski, in allgemeinen
... mitgetheilt, dass Preussen im nächsten
... nehmen dürfte, wobei die polnischen
... wenn sie dazu geneigt wären, ...
... Fürst Czartoryski versicherte
... Hoffnungen nicht getäuscht werden
... beitragen werde. Da der ...
... Mittheilungen an die Deputation ...
... machen durfte, ohne zu befürchten
... gekannt würden, machte er ...
... Kabinet folgende Vorschläge:
... sollte durch Lucchesini unter ...
... Gelegenheit an Malachowski, Ig...
... die Versicherung geben, ...
... von Galizien und Polen billige.
... Oesterreich den Krieg erklären
... unterstützte, sollte der König ...
... diesem ihrem Vorhaben ebenfalls

3. Der polnische Gesandte in Konstantinopel, Potocki, sollte die Weisung erhalten, die Pforte von der Rolle, welche Polen im nächsten Kriege zugedacht sei, zu benachrichtigen und demgemäss die Kriegsoperationen der Türken leiten, mit dem Versprechen, dass Polen mit Preussen vereinigt für die nöthige Diversion sorgen werde.

4. Die Bewohner von Galizien sollten durch Vertrauenspersonen vorläufig zu Geduld und Ruhe ermahnt werden, mit der Versicherung, dass im richtigen Augenblick ihre Anstrengungen Unterstützung finden würden.

Das Berliner Kabinet billigte diese Vorschläge im Ganzen und theilte dieselben Lucchesini mit; seinerseits und im Einverständniss mit dem Kabinet schickte der polnische Gesandte Herrn Batowski nach Warschau, um persönlich mit den Reichstagsführern über alle diese Dinge zu konferiren.*) Lucchesini hatte gleich nach seiner Rückkehr aus Breslau angedeutet, dass Preussen in den nächsten Feldzug wohl thätig eingreifen würde, nach dem Erscheinen von Batowski in Warschau fing er an von der Möglichkeit zu sprechen, Polen könnte Galizien wieder gewinnen. Wir müssen an dieser Stelle hervorheben, dass bei solchen Gesprächen Lucchesini niemals vermuthen liess, dass der König von Preussen von Polen auch ein Zugeständniss für sich verlangen würde; Hertzberg in Berlin war über diesen Punkt ebenso zurückhaltend, und obgleich dieses Zugeständniss der Schlüssel der Hertzbergschen Politik war, bemühte man sich doch, von dieser Klausel nichts verlauten zu lassen, um weiterhin die Rolle des grossmüthigen Wohlthäters den Polen gegenüber spielen zu können.

Nach Batowskis Ankunft sprach Malachowski einmal vertraulich mit Stanislaw August über diese Pläne Preussens, als ob das Ganze von Lucchesini herrührte. Der König empfing diese Mittheilung mit Zurückhaltung. „Es sind Verheissungen, für die wir mit Danzig und Thorn zu bezahlen haben werden" meinte er. Malachowski verneinte es nicht, er gab zu, dass diese Verheissungen für Polen gefährlich seien und dass es besser wäre, im Falle eines Krieges Neutralität zu bewahren.

---

*) Ministerialreskript [illegible] vom 21. September.

Erst allmählich von Ignaz Potocki beeinflusst, fing der Marschall an, die preussischen Vorschläge als annehmbar zu betrachten und erneuerte deshalb seine Gespräche mit dem König. „Welcher Pole“, erwiderte dann Stanislaw August, „möchte nicht Galizien wiedergewinnen, aber wer kann auch diese Möglichkeit ins Auge fassen, ohne sich zu fragen, ob dieser Gewinn für das Vaterland nicht verhängnissvolle Folgen haben könnte?“ Er bat dann inständig Malachowski und Ignaz Potocki, nichts auf eigene Hand in dieser hochwichtigen Sache zu unternehmen und sich ja mit ihm zu verständigen. Durch diese Gespräche hoffte der Monarch die beiden Staatsmänner überzeugt zu haben und bald danach gab Malachowski ihm die Versicherung, Lucchesini habe von ihm die Antwort bekommen, dass Polen in der gegenwärtigen Lage Galizien nur mit der Feder und nicht mit den Waffen wiedererobern könnte.*)

In Wirklichkeit aber wurden diese Verhandlungen weitergeführt, nur hatten sich Malachowski und Potocki überzeugt, dass man die Zahl der Mitwisser beschränken müsse, namentlich waren Sapieha und Walewski als solche gefährlich, denn trotz ihres Patriotismus waren sie zu offenherzig, sobald sie etwas mehr als nöthig zu sich nahmen. Man beschloss, allenfalls mit Galizien in Verbindung zu bleiben und die Streitkräfte der Republik bereit zu halten. Unter anderen Maassregeln wurde auch die beliebt, das Armeekorps, welches in der Ukraine stand, unter dem Verwand der Theuerung, welche dort herrsche, nach Podolien überzuführen und dann eine besondere Division zu bilden, die nöthigenfalls den Galiziern beistehen sollte. Zur Aufrechthaltung der Verbindung mit dem galizischen Ritterstand benutzte man einen Herrn Ignaz Morski, der polnischer und österreichischer Unterthan zugleich, früher Offizier der österreichischen Armee und mit den dortigen Zuständen gut vertraut war. Zu Anfang Oktober erschien Morski in Warschau, um über die Zustände in Galizien zu berichten. Seine Aussagen lauteten dahin, dass im ganzen Lande grosse Unruhe herrsche, dieselbe wäre auch den österreichischen Civilbehörden aufgefallen und hätte ihre Wachsamkeit hervorgerufen. Aus Wieliczka hatte man die Gelder entfernt und allen nach

*) Briefe des Königs an Deboli vom 30. September und 7. Oktober 1789.

Waffen gegeben, in Lemberg
unbedeutenden Garnisonen ver-
rn eine doppelte Kontribution
be über die Grenzen zu schaffen.
igen Rüstungen Niemanden ent-
die Bewohner bereit, auf ein
n zu ergreifen, um sich zu be-
en, auf das Frühjahr zu warten,
durch Preussen unterstützt, ge-
reinigung mit Galizien durch-

n nicht, in Warschau Eindruck
iter erschienen Bevollmächtigte
sischen Gesandten in Warschau
ähnt nicht die Namen dieser
ihre Vorschläge durch einen be-
langen zu lassen. Die Antwort
s, wie Lucchesini erwartet haben
vorsichtiger als der vorschnelle
n jegliche Verhandlung mit den
ierung ab. Der Marchese musste
die Zuversicht aus, dass sich die
n würde, übrigens hinge Alles
dnisses zwischen Preussen und
e nun die galizische Deputation
Versprechen, dass die Wieder-
ne der Bedingungen dieses Ver-
iber schreibt Lucchesini: „Diese

als 2845 Mann Infanterie und 1090 Mann
, Jaroslaw, Lemberg, Tarnopol unter
reut.

ber. Aus den Briefen von Lanckoronski
Galizien grosse Unruhe herrschte: „Ich
ein Schloss versiegelt. Die Deutschen
esitzer haben anonyme Briefe erhalten;
zu errathen, und er nennt sich selber
ich der ersten Aufstands-Operationen.
ren. Bald werden zahlreiche Haus-
iefe stehen unter scharfer Kontrole.“

Forderung schien mir den Absichten Ew. Majestät auf Gross Polen zu entsprechen, weswegen ich auch die Galizier ermahnte, darauf zu bestehen; Malachowski hat sich jedoch nicht entschliessen können, ihnen ein formelles Versprechen zu geben." *)

Obwohl alle diese Verhandlungen geheim gehalten wurden, verbreiteten sich bald Gerüchte über die Wiedereroberung von Galizien, die von Lucchesini ausgegangen waren. Der König und seine Familie tadelten diese abenteuerlichen Pläne; Fürst Stanislaw beschuldigte ohne Hehl den preussischen Gesandten als Urheber derselben. „Mein Bruder", schreibt der König an Deboli am 31. Oktober, „ist persönlich zu Lucchesini gegangen und hat ihn mit seiner gewohnten Lebhaftigkeit zur Rede gestellt: »Ich höre, dass Sie unsere Jugend aufregen und aufhetzen durch wiederholte Verheissung, Galizien wiederzuerobern; Sie wissen doch selbst, dass ein derartiges Unternehmen neues Unglück über Polen bringen kann!« Lucchesini fand keine andere Antwort als höfliche Verneinungen und banale Versicherungen; in die Enge getrieben, leugnete er Alles und meinte selber, dass für Polen Ruhe das Beste wäre. »Dieser Italiener«, fügt der König hinzu, »ist ein Litterat, aber ein bedenklicher Politiker, der ebenso rasch seine Lügen in Abrede stellt als er sie ausstreut.«"**)

Es ist kaum nöthig, hervorzuheben, wie diese Redereien und alle diese Umtriebe sich zu oft wiederholten, als dass sie der Aufmerksamkeit der österreichischen und russischen Botschaften hätten entgehen können. Stackelberg warnte de Caché wiederholt, dass man in Warschau für die Wiedereroberung von Galizien agitire; er beschuldigte die Familie Potocki und Lucchesini in erster Linie. Aehnliche Mittheilungen erhielt de Caché auch von anderer Seite, so dass er sich berufen fühlte, seinem Chef, Fürst Kaunitz, und dem Gouverneur von Galizien, Graf Brigido, dieselben mitzutheilen. Infolgedessen beschloss der

*) Berichte vom 5. Oktober, 26. November, 2. Dezember. Der Rath von Lucchesini war entweder hinterlistig oder leichtsinnig; in seinen späteren Berichten sagt er selber, dass diese Bedingung nicht in den Vertrag hätte aufgenommen werden können, weil kein Vertrag ohne Reichstagsbestätigung zu Stande kommen konnte. Also war das Geheimhalten unmöglich.

**) Brief an Deboli vom 31. Oktober.

.aiser, ein Armeekorps nach Galizien zu senden, und Fürst .aunitz schrieb Folgendes am 16. Dezember an de Caché: Dieser Entschluss darf Niemanden wundern in dem Augenblick, o das benachbarte Polen umfassende Rüstungen vornimmt; im egentheil, umsichtige Leute werden sich freuen, dass wir amit allen Umtrieben ein Ende machen, welche ohne Mitwirken nd Verschulden der Regierungen die Beziehungen zwischen en beiden Staaten bedrohen.“ Lucchesini berichtete seinem önig, dass die Einquartierung in Galizien aus 11 Infanterie-ataillonen bestehe unter dem Kommando des Grafen Colloredo, elcher Umstand natürlich jede Hoffnung, Galizien mit Hülfe ines dortigen Aufstandes zu gewinnen, vereitelt hat.*) Bald ollte die Verwirklichung dieser Pläne auf eine andere Weise ersucht werden.

§ 111.

Weitere Bemühungen von Lucchesini für das Bündniss.

Wir wollen daran erinnern, wie der König von Preussen die Bedingung gestellt hatte, dass die neue Regierungsform von lem Reichstag beschlossen werden sollte, bevor an das Zustandekommen eines Bündnisses zwischen Preussen und Polen zu lenken wäre. Zwar hatte diese Erklärung den Reichstag bestimmt, eine Kommission zu ernennen, welche die neue Regierungsform schaffen sollte, aber man war doch noch weit von einem Bündniss entfernt und die Bedingung selbst gefährdete den ganzen Plan. War es doch unmöglich, mit Sicherheit die Dauer der Reichstagsverhandlungen zu berechnen! Unter dem Druck solcher Befürchtungen beschlossen die Mitglieder der Deputation für auswärtige Angelegenheiten gleich nach Rückkehr des Marquis Lucchesini aus Breslau, ihn zu einer Konferenz zu sich zu laden, um nähere Aufklärungen über die Absichten des Königs von Preussen von ihm zu erlangen. Auf dieser Konferenz musste Lucchesini zugeben, dass sein Herr augenblicklich in keine näheren Beziehungen zu Polen treten wolle, er fügte aber gleich hinzu, der Grund dafür sei nur darin zu suchen, dass die Polen darauf bestanden hätten,

*) Bericht vom 23. Dezember 1790.

nicht nur mit Preussen, sondern auch mit den anderen mit Preussen befreundeten Mächten in ähnliche Beziehungen zu treten, was viel Zeit und manches Bemühen erheische. Diese geschickte Ausrede des Diplomaten überzeugte die versammelte Deputation; dieselbe erklärte auch sofort, dass sie auf Verständigung mit England und Holland nicht mehr dringen wolle und sich begnügen würde mit einer formellen Versicherung des Königs von Preussen, dass er die polnische Republik nicht verlassen würde bei der Eventualität eines Friedens zwischen Russland und der Pforte oder eines feindseligen Angriffes des ersteren auf Polen selbst. Gestützt auf eine solche Versicherung, würde die Republik die Bedingungen und den Zeitpunkt des Bündnisses dem König gern überlassen.*)

Dieses unbedingte Vertrauen der Deputation entsprach den Absichten des Berliner Kabinets vollkommen, und Lucchesini konnte sich demselben gegenüber wohl rühmen, es sei ihm gelungen, diese Bereitwilligkeit bei den Polen durchzusetzen. Im Grunde aber war der Marquis mit den Verzögerungen, die man in Berlin machte, nicht einverstanden. Man schien dort zu vergessen, wie glatt der Boden war, auf dem Lucchesini stand, dass Umstände eintreten konnten, in denen der russische Einfluss wieder die Oberhand gewönne, was nur ein fester, unterschriebener Vertrag hätte verhindern können. Er wollte Polen mit Preussen verbinden und verfolgte diesen Zweck viel entschiedener, als sein Chef es billigte. In Berlin wollte man aber die Allianz mit Polen von gleichzeitigen Abmachungen mit der Pforte abhängig machen; die erste schien überflüssig, wenn es nicht gelingen konnte, die letzten zu erreichen, und obwohl der Italiener auch diese Kombination begriff, wusste er doch Argumente zu finden, welche den König beeinflussten und den Zweck hatten, ihn zu entscheidenden Schritten zu drängen. In Warschau handelte er ebenso; einerseits ermahnte er die Polen im Namen seines Kabinets zur Geduld, andererseits aber versäumte er keine Gelegenheit, um an maassgebender Stelle Vorstellungen darüber zu machen, dass ein weiteres Aufschieben fester Verträge mit seinem König für Polen verderblich sei. Indessen hatten die wiederholten Siege der vereinten Kaiser-

*) Bericht Lucchesinis vom 12. September.

ächte die preussenfreundlichen Polen sehr beunruhigt und die esorgniss erweckt, dass die Türkei auf einen erneuten Feldzug erzichten und den Frieden um jeden Preis vorziehen würde.)iese Besorgniss wurde durch Verhandlungen, welche in Szumla wischen Fürst Potemkin und dem Grossvezir stattfanden, bald estätigt, auch wurde der Gesandte Bulhakoff aus dem Geängniss entlassen. Lucchesini liess diese Besorgniss um sich greifen, ja einmal äusserte er sogar in einem der Warschauer Salons die Meinung, „dass, würde der Friede im Orient gechlossen, so würde Russland sich seine Rache gegenüber Polen icht nehmen lassen, nur wäre noch abzuwarten, ob Preussen icht dazwischen träte, falls das Bündniss mit der Republik lann schon unterzeichnet wäre!"*) Stackelberg begegnete dieser nsinuation durch die am 19. November im Namen der Kaiserin lem Könige abgegebene Erklärung: „Die Kaiserin habe keine ösen Absichten gegen Polen; nach dem Friedensschluss würde ie keiner der inneren Einrichtungen opponiren, sie wäre sogar ereit, die Handelsinteressen der Republik zu berücksichtigen, venn es ihr gelänge, die Mündungen vom Dniestr und Dniepr ür Russland zu sichern." Der König bedankte sich für diese Versicherungen und verlangte von Stackelberg, er möchte ähniche Aeusserungen in der Stadt verbreiten, um damit den Verhetzungen des preussischen Gesandten entgegenzuarbeiten.**) Sowohl Stackelberg wie de Caché folgten dieser Weisung des Königs und bemühten sich, in ihren Gesprächen die Polen zu beruhigen und die Absichten ihrer Höfe als wohlwollend und riedfertig darzustellen. Natürlich entging diese Wendung dem Italiener auch nicht. Er berichtete darüber dem König von Preussen und erläuterte seine Nachricht durch die Bemerkung, lie Bemühungen der beiden Gesandten hätten zum Zweck, das Zustandekommen des Vertrages mit Preussen zu verhindern, len sie als gefährlich darstellten und als Grund zu einem Kriege mit Preussen, wobei Polen den Kriegsschauplatz abgeben vürde. „Ich erachte es für meine Pflicht, Ew. Majestät davon u benachrichtigen, um Ew. Majestät vor den Wechselfällen zu arnen, die als Folge der Kriegsereignisse bei einem wankel-

*) Kalinka giebt die Quelle dieses Citats nicht an. (Anm. des Ueb.)
**) Brief des Königs an Deboli vom 21. Oktober.

müthigen und leichtsinnigen Volke, wie die Polen es sind, eintreten könnten."*)

„Die Phantasie hat bei den Polen mehr Macht als der Verstand", sagt Lucchesini, „und oft genügt ein geringfügiges Gerücht, um sie aufzuregen und zu wichtigen Entschlüssen zu bringen." Im November wurde die Nachricht verbreitet, Fürst Potemkin wolle seine Armee in Polen überwintern lassen. Der Marquis bemühte sich, zu beweisen, dass Russland unter den obwaltenden Umständen einen solchen Schritt nicht wagen würde, der Eindruck aber, den diese Nachricht hervorrief, war nachhaltig.**) Die preussenfreundlichen Staatsmänner in Warschau klagten bei Lucchesini, dass sein Kabinet ihre Erwartungen getäuscht habe, sie erinnerten ihn daran, dass schon vor einem Jahre die Hoffnung auf ein Bündniss mit Preussen ihre Politik gegen Russland geleitet habe und dass nur ein formell unterzeichneter Vertrag der Haltung des Reichstages und mit ihm der ganzen Nation Russland gegenüber Kraft verleihen konnte. Was soll aus Polen werden (fragte man den Marquis), wenn ein Friede im Orient zu Stande kommt, bevor wir mit Preussen formell verbündet sind? Wie soll Polen ohne Hülfe des Königs von Preussen die Rache der Kaisermächte von sich abwenden? „Solche Bemerkungen", schreibt Lucchesini nach Berlin, „wollte

*) Bericht vom 21. Oktober.

**) Diese Nachricht war nicht ohne Grundlage. Die „Gazette de Leyde" (vom 21. Dezember 1789, No. 6) brachte ein Schreiben vom Fürsten Potemkin, in dem dieser nach Eroberung von Bender im Namen der Kaiserin der polnischen Republik das Verlangen stellt, sie möge ihm gestatten, 30 000 Mann in der Ukraine überwintern zu lassen, da die Moldau nicht genug Lebensmittel besässe, um die russische Armee zu ernähren. Dasselbe Blatt veröffentlicht die Antwort der versammelten Stände, die dahin gelautet haben soll, dass die Ukraine durch Kornausfuhr derart erschöpft sei, dass, falls russische Truppen dort überwintern wollten, die polnischen das Feld räumen müssten; ausserdem zwängen die Rücksichten, welche man der Pforte schuldig sei, und die Einhaltung der Neutralität der Republik, dem Fürsten eine abschlägige Antwort zu geben, für die er wohl Verständniss haben müsse. Es ist merkwürdig, dass keine andere Sammlung diplomatischer Korrespondenz diese Nachricht enthält und nichts von der Forderung des Fürsten Potemkin und der ihm gegebenen Antwort zu berichten weiss. In dem Reichstagsdiarium finden wir auch nichts darüber. Wir wissen nicht, woher die „Gazette de Leyde" diese Dokumente entnommen hat, die alle Anzeichen des Authentischen an sich tragen.

n schon im Reichstag erörtern und dabei dem polnischen
sandten in Berlin den Auftrag ertheilen, eine kategorische
twort zu verlangen. Ich zweifle nicht daran, dass solche
sorgniss von dem König und von Stackelberg geschürt wird
. doch möge Ew. Majestät bedenken, wie es mir unmöglich
rd, gleichgültig zuzusehen, nachdem Ew. Majestät ein ganzes
hr hindurch an allen hiesigen Angelegenheiten theilgenommen
ben; es wäre gleichbedeutend mit der Erklärung, dass unser
abinet sein System geändert habe. Ich bitte um Verzeihung,
enn ich Ew. Majestät um klare Instruktion bitte. ... Der
ssische Hof hat durch Bestechung alle Macht in die ihm
eundliche Partei vereint; Ew. Majestät haben es vor-
zogen, die öffentliche Meinung zu gewinnen, um den hiesigen
eichstag auf Wege zu leiten, in denen er ohne die Hülfe
w. Majestät nicht weiter fort kann: nun möge Ew. Majestät
e Bedingungen nennen, unter denen diese Hülfe ihm gewährt
rd."*) Solche sehr bestimmten und sehr richtigen Bemerkungen
rmochten jedoch die Entschlüsse der preussischen Politik nicht
ändern. Friedrich Wilhelm antwortete abermals, er müsse
st das Ergebniss seiner Verhandlungen mit der Pforte ab-
arten.

So blieben die Dinge unentschieden. Diese unsichere Lage
älte nicht nur die Urheber dieser Politik in Warschau,
ndern auch den Fürsten Czartoryski, der in Berlin als
lnischer Gesandter weilte. Bei all seinen ausgezeichneten
genschaften als Magnat und seiner patriotischen Gesinnung
ar er doch nicht zum Politiker geschaffen und als Diplomat
lte er sich erst recht unglücklich. Offen, gutherzig und
nguinisch, war er wie die Mehrheit der Polen von schwankendem
arakter und Gemüth; leicht erregbar und noch leichter muth-
, zeigte er sich heute über die Maassen thätig, um morgen
eder in eine schlaffe Apathie zu verfallen; bei solchem Wesen
ging er eine Menge Taktlosigkeiten in den sechs Monaten
nes Amtes in Berlin, ohne im Stande zu sein, dieselben ein-
sehen, als die Deputation für auswärtige Angelegenheiten
 wegen derselben tadelte. Umsicht und Geduld bei den
rhandlungen mit dem Berliner Kabinet war ihm unmöglich;

*) Bericht vom 18. November.

was er auf dem Herzen hatte, musste er gleich aussprechen und auch gleich durchsetzen, ohne darauf zu achten, dass die Haltung des dortigen Ministeriums Zurückhaltung und Vorsicht gebot; von glühendem Hass gegen Russland beseelt, vertraute er sich den Preussen ganz und gar an. Seine beiden Gehülfen Batowski, Legationsrath, und Aloi, Botschaftssekretär, halfen ihm gar nicht; im Gegentheil durch Rivalität und Eifersucht erschwerten sie seine Thätigkeit und machten die Botschaft zum Schauplatz von Konflikten, die Hertzberg selber beilegen musste. Unter solchen Umständen und bei den Schwierigkeiten, welche die Verhandlungen wegen eines Bündnisses mit sich brachten, wird man es begreiflich finden, dass Czartoryski auf sein Amt verzichten wollte und bald um Urlaub bat. Als Stellvertreter schlug er seinen Schwager Fürst Stanislaw Jablonowski vor. Dieser Vorschlag, obwohl von Lucchesini gut geheissen, gefiel der Deputation und dem Könige gar nicht. Von dieser Seite hatte man einen anderen Kandidaten in der Person von Johann Krasinski im Auge, nur machte sich bald das Bedenken geltend, wie dieser Herr ein gewaltsames Wesen habe und, obwohl älter, doch nicht mehr Erfahrung als Jablonowski besitze. Nach einigen Schwankungen war man bereit, dem Drängen des Berliner Hofes, Jablonowski zu ernennen, nachzugeben, als Mitte November Czartoryski an die Deputation eine Depesche schickte, vielleicht in der Absicht, seine Rückberufung zu beschleunigen, mit der Nachricht, eine Allianz mit Preussen würde vor dem Frühjahr nicht zu Stande kommen. Diese Erklärung traf zusammen mit der oben erwähnten abschlägigen Antwort, welche den galizischen Deputirten ertheilt worden war, schien also die Aussagen des Botschafters nur zu bestätigen. Beide Umstände betrübten die Mitglieder der Deputation und veranlassten Lucchesini, dem König von Preussen zu schreiben, man habe nun in Warschau eingesehen, dass der König ein Bündniss mit Polen nur für den Fall schliessen wolle, dass der Krieg im Orient fortgeführt würde. Da man aber den Frieden erwarte, so deute man die Gründe, welche Preussen zu solcher Politik trieben, sehr ungünstig und sei nahe daran gewesen, die Depesche des polnischen Gesandten aus Berlin dem Reichstag vorzulegen. „Die Gemüther verlieren jedes Vertrauen zu uns, und der König und Stackelberg werden von dieser Lage

Nutzen ziehen, um uns noch mehr zu diskreditiren und den Reichstag auf ihre Seite zu ziehen", schreibt er ferner: „Ja, es ist sicher, dass, wenn die Pforte ohne preussische Vermittelung den Frieden schliesst, und bevor wir unsere Verhandlungen um den Vertrag mit der Republik eingeleitet haben, so werden wir unseren Einfluss hier für immer einbüssen ..." „Die Potockis haben schon früher Andeutungen gemacht, dass sie nicht länger in solcher Unbestimmtheit bleiben und es lieber mit Russland halten würden ... heute wäre es kaum mehr möglich, mit Versprechungen und Verheissungen bei ihnen durchzukommen; meine Erfahrung genügt nicht mehr", betheuert Lucchesini, „auch kann ich nicht mehr Anspruch auf Vertrauen erheben, denn mit Recht kann man mir vorwerfen, dass ich dasselbe missbrauche."*) Diesen Betrachtungen folgt eine Auseinandersetzung über die Verhältnisse in Warschau und namentlich über die Reichstagsarbeiten, die Regierungsform betreffend. Da dieselben noch einige Wochen bis Neujahr dauern würden, weil zu Neujahr die Abgeordneten erst die Kontraktzeit in Dubus abmachen müssten, so würde der März heranrücken, bevor man zu definitiven Verfassungsabänderungen schreiten dürfte. Das Berliner Kabinet könne die Unterzeichnung des Vertrages von diesen abhängig machen. „Mir scheint, dass Euer Majestät nichts aufs Spiel setzen durch eine Erklärung an den polnischen Gesandten vor seiner Abreise aus Berlin", führt Lucchesini weiter aus, „dass Euer Majestät nur mit einer definitiv konstituirten Regierung über ein Bündniss verhandeln können; nur eine stabile Regierung sei im Stande, Verträge mit Nachbarmächten zu schliessen."**)

Diesmal war es Lucchesini gelungen, den König zu überzeugen; die Drohung, dass die Polen Preussen nicht mehr vertrauen würden, wirkte. Friedrich Wilhelm beeilte sich zu antworten, er habe dem Fürsten Czartoryski keinen Grund gegeben, solche entmuthigenden Nachrichten nach Warschau zu senden,

---

*) Der Passus über Potockis ist einem früheren Bericht von Lucchesini vom 23. September entnommen und an dieser Stelle willkürlich vom Verfasser eingeschaltet. (Anm. d. Uebers.)

**) Bericht vom 26. November. (Vom Verfasser frei gewendet und nur in Auszügen hier mitgetheilt, aber mit dem Original übereinstimmend. Anm. des Uebers.)

dieselben beruhten auf einem Missverständniss und dergl. mehr. „Auch jetzt“, fügte der König hinzu, „obwohl wir keinen Vertrag unterzeichnet haben, stehen meine Truppen unter Usedom hart an der Grenze, bereit, Polen zu vertheidigen. Uebrigens hätten alle Zweifel ein Ende nehmen müssen von der Zeit an, da ich erklärt habe, dass ich mit Polen eine Allianz schliessen werde, sobald die neue Verfassung da sein wird, und die Hauptpunkte unseres Vertrages festgesetzt werden können, möge es auch schon im Januar geschehen. Ich werde mehr thun, als die Polen ein Recht haben von mir zu verlangen; Sie können ihnen diese Versicherungen geben.“

Diese Antwort wurde durch eine Depesche des Gesandten bestätigt und verbreitete grosse Freude in Warschau. Auf einer Konferenz, die in der Deputation für auswärtige Angelegenheiten und in Gegenwart des englischen Gesandten stattfand, wurde der obige Brief des Königs von Preussen von Lucchesini vorgelesen mit dem Verlangen, derselbe sollte auch den versammelten Ständen mitgetheilt werden. Alle Mitglieder der Deputation bedankten sich für das Wohlwollen des Königs, nur Sapieha machte die Bemerkung, die Bedingung über die Verfassung dürfte einige Schwierigkeiten bereiten, da die Arbeiten des Reichstages nur langsam fortschreiten könnten. Darauf erwiderte Lucchesini, es werde genügen, in allgemeinen Zügen ein Verfassungsprojekt einzureichen. Wiederum äusserte Sapieha, dass die Republik vor Allem einer Armee bedürfte, um Verträge abschliessen zu können. Lucchesini behauptete, der König von Preussen lege mehr Gewicht auf eine feste Regierung als auf eine Armee, die doch nicht revolutionäre Bewegungen in einem schlecht konstituirten Staate zu hindern vermöchte und einem Alliirten keine Garantien bieten könnte. Diese Opposition von Sapieha könnte auffallend erscheinen; da aber Niemand seine Ansicht billigte, so wurde in der Deputation einstimmig beschlossen, die Wünsche des Königs von Preussen dem Reichstage vorzulegen. Nach dieser Sitzung wurde Lucchesini von Stanislaw August empfangen; der König versicherte ihm, dass er den Wünschen seiner Nation gern willfahre und dem Könige von Preussen dankbar sei, namentlich auch, weil er die Kräftigung der Regierung in Polen anriethe. „Wir wollen sehen“, berichtet Lucchesini, „ob der König noch derselben Meinung

ʳird, sobald er mit Stackelberg und seiner Schwester ge-
ıen haben wird.“*)

.m 10. Dezember wurde im Reichstage über die oben
nte Konferenz der auswärtigen Deputation berichtet. Nach
ıterstattung des Unterkanzlers Garnysz nahm Roznowski
das Wort und erging sich in Lobpreisungen eines Bünd-
mit Preussen. Der Wojewode Walewski rieth, man
e die Allianz mit den übrigen zu Preussen haltenden
en auch nicht vernachlässigen. Die Abgeordneten Sucho-
und Mierzejewski von derselben Partei sprachen in gleichem
. Sogar Sapieha, erschrocken durch die Gerüchte, welche
ıber seine Opposition verbreitet hatten, rühmte mit grosser
samkeit die Vortheile der preussischen Freundschaft,
e allein Polen schützen könnte. Fürst Adam Czartoryski
e auch seine Meinung äussern, obwohl ihm seine persön-
Stellung zu Oesterreich dies etwas erschwerte; er bemühte
die Verfassungsbestimmungen in den Vordergrund zu
n; da aber Preussen seinerseits diese Beschlüsse der end-
en Unterzeichnung vorangehen lassen wollte, so war die
nung des Fürsten sehr deutlich zu erkennen. Ignaz Potocki
die bedeutendste Rede, in der er zu beweisen suchte, dass
Schutzbündniss mit Preussen Niemandes Besorgniss zu
en brauchte, auch müsste man sich ja hüten, darüber
swo als im Reichstag zu beschliessen, ein Appell an die
nziallandtage bezüglich dieser Frage könnte nur solchen
len, deren Absicht es sei, Unfrieden zu säen. Die Diskussion
nicht länger als dreiviertel Stunden gedauert; Alle schienen
standen zu sein und die folgenden vier Punkte wurden
mmig beschlossen.

. Die Deputation sollte den Fürsten Jablonowski (der
schen die Geschäfte in Berlin übernommen hatte) beauf-
n, dem Könige den Dank des Reichstages für seine ent-
lenen Erklärungen auszusprechen. 2. Dieselbe Deputation
provisorisch die Präliminarien des Bündnisses festsetzen.
ie sollte den Gesandten Bukaty in London von dem Vor-
enen in Kenntniss setzen und dem Londoner Kabinet die Bitte

*) Die Mehrzahl der hier angeführten Einzelheiten über diese hoch-
ge Konferenz sind in Lucchesinis Bericht vom 9. Dezember 1789 ent-
. (Anm. des Uebers.)

dieselben beruhten auf einem Missverständniss und dergl. mehr. „Auch jetzt“, fügte der König hinzu, „obwohl wir keinen Vertrag unterzeichnet haben, stehen meine Truppen unter Usedom hart an der Grenze, bereit, Polen zu vertheidigen. Uebrigens hätten alle Zweifel ein Ende nehmen müssen von der Zeit an, da ich erklärt habe, dass ich mit Polen eine Allianz schliessen werde, sobald die neue Verfassung da sein wird, und die Hauptpunkte unseres Vertrages festgesetzt werden können, möge es auch schon im Januar geschehen. Ich werde mehr thun, als die Polen ein Recht haben von mir zu verlangen; Sie können ihnen diese Versicherungen geben.“

Diese Antwort wurde durch eine Depesche des Gesandten bestätigt und verbreitete grosse Freude in Warschau. Auf einer Konferenz, die in der Deputation für auswärtige Angelegenheiten und in Gegenwart des englischen Gesandten stattfand, wurde der obige Brief des Königs von Preussen von Lucchesini vorgelesen mit dem Verlangen, derselbe sollte auch den versammelten Ständen mitgetheilt werden. Alle Mitglieder der Deputation bedankten sich für das Wohlwollen des Königs, nur Sapieha machte die Bemerkung, die Bedingung über die Verfassung dürfte einige Schwierigkeiten bereiten, da die Arbeiten des Reichstages nur langsam fortschreiten könnten. Darauf erwiderte Lucchesini, es werde genügen, in allgemeinen Zügen ein Verfassungsprojekt einzureichen. Wiederum äusserte Sapieha, dass die Republik vor Allem einer Armee bedürfte, um Verträge abschliessen zu können. Lucchesini behauptete, der König von Preussen lege mehr Gewicht auf eine feste Regierung als auf eine Armee, die doch nicht revolutionäre Bewegungen in einem schlecht konstituirten Staate zu hindern vermöchte und einem Alliirten keine Garantien bieten könnte. Diese Opposition von Sapieha könnte auffallend erscheinen; da aber Niemand seine Ansicht billigte, so wurde in der Deputation einstimmig beschlossen, die Wünsche des Königs von Preussen dem Reichstage vorzulegen. Nach dieser Sitzung wurde Lucchesini von Stanislaw August empfangen; der König versicherte ihm, dass er den Wünschen seiner Nation gern willfahre und dem Könige von Preussen dankbar sei, namentlich auch, weil er die Kräftigung der Regierung in Polen anriethe. „Wir wollen sehen“, berichtet Lucchesini, „ob der König noch derselben Meinung

sein wird, sobald er mit Stackelberg und seiner Schwester gesprochen haben wird.“*)

Am 10. Dezember wurde im Reichstage über die oben erwähnte Konferenz der auswärtigen Deputation berichtet. Nach Berichterstattung des Unterkanzlers Garnysz nahm Roznowski zuerst das Wort und erging sich in Lobpreisungen eines Bündnisses mit Preussen. Der Wojewode Walewski rieth, man möchte die Allianz mit den übrigen zu Preussen haltenden Mächten auch nicht vernachlässigen. Die Abgeordneten Suchodolski und Mierzejewski von derselben Partei sprachen in gleichem Sinne. Sogar Sapieha, erschrocken durch die Gerüchte, welche sich über seine Opposition verbreitet hatten, rühmte mit grosser Beredsamkeit die Vortheile der preussischen Freundschaft, welche allein Polen schützen könnte. Fürst Adam Czartoryski musste auch seine Meinung äussern, obwohl ihm seine persönliche Stellung zu Oesterreich dies etwas erschwerte; er bemühte sich, die Verfassungsbestimmungen in den Vordergrund zu rücken; da aber Preussen seinerseits diese Beschlüsse der endgültigen Unterzeichnung vorangehen lassen wollte, so war die Gesinnung des Fürsten sehr deutlich zu erkennen. Ignaz Potocki hielt die bedeutendste Rede, in der er zu beweisen suchte, dass ein Schutzbündniss mit Preussen Niemandes Besorgniss zu erregen brauchte, auch müsste man sich ja hüten, darüber anderswo als im Reichstag zu beschliessen, ein Appell an die Provinziallandtage bezüglich dieser Frage könnte nur solchen einfallen, deren Absicht es sei, Unfrieden zu säen. Die Diskussion hatte nicht länger als dreiviertel Stunden gedauert; Alle schienen einverstanden zu sein und die folgenden vier Punkte wurden einstimmig beschlossen.

1. Die Deputation sollte den Fürsten Jablonowski (der inzwischen die Geschäfte in Berlin übernommen hatte) beauftragen, dem Könige den Dank des Reichstages für seine entschiedenen Erklärungen auszusprechen. 2. Dieselbe Deputation sollte provisorisch die Präliminarien des Bündnisses festsetzen. 3. Sie sollte den Gesandten Bukaty in London von dem Vorgefallenen in Kenntniss setzen und dem Londoner Kabinet die Bitte

*) Die Mehrzahl der hier angeführten Einzelheiten über diese hochwichtige Konferenz sind in Lucchesinis Bericht vom 9. Dezember 1789 enthalten. (Anm. des Uebers.)

um ein ähnliches Abkommen übermitteln. 4. Die Deputation für die Regierungsform sollte ein Verfassungsprojekt baldmöglichst einreichen. Der König schwieg während der Debatte. An Deboli schrieb er folgendermaassen über den ganzen Vorgang. „Ich habe persönlich nicht opponirt, weil keiner von den offenen oder auch geheimen Gegnern Preussens das Mindeste gegen diese Vorschläge vorzubringen wusste,*) und man kann von mir doch nicht verlangen, dass ich mich ganz allein meinem Volke entgegensetze und mich damit dem Verlust meiner letzten Vorrechte aussetze. Dieselben werden sicher in der beabsichtigten Verfassungsrevision besprochen werden. Auch muss ich gestehen, dass, wenn uns Preussen ein Schutzbündniss anbietet und ausdrücklich die Integrität unserer Grenzen garantirt, wie es Lucchesini bei der letzten Konferenz that, ich ein solches Uebereinkommen nur loben kann . . .; sich diesem Bündniss zu widersetzen und für Russland zu erklären, hiesse jetzt als Feind des Vaterlandes auftreten.“

Wir müssen aber hinzufügen, dass einige Tage zuvor, als Malachowski dem König von der Depesche aus Berlin Mittheilung machte, Stanislaw August gleich gesagt hatte: „Ich sehe, dass die Dinge sich von dieser Seite für uns gut gestalten; doch kann ich nicht vergessen, was mir Stackelberg mehrmals gesagt hat, nämlich: dass Russland Alles, nur nicht eine Allianz mit Preussen dulden würde, welche von ihm als Kriegserklärung unsererseits angesehen werden würde. Ich bitte Sie also um Ihren Rath: Wie soll ich unter diesen Umständen handeln?“ Darauf erwiderte Malachowski: „Ich wollte eben Ew. Majestät bitten, dem Herrn Stackelberg zu sagen, dass wir von Preussen eine solche Erklärung hätten und dass es nun an Russland wäre, durch einen offiziellen Schritt uns seine Absichten kenntlich zu machen.“**) Der König befolgte diesen Rath und Stackel-

*) Es gab wohl eine Opposition, aber dieselbe wagte nicht, sich im Reichstag geltend zu machen; ein Brief des Königs vom 31. Dezember giebt uns darüber Aufschluss: „Gestern fand man einige Zettel an den Mauern, folgenden Inhalts: »Es wird bekannt gemacht, dass am 14. präsentis und folgenden Tagen die Auktion von Thorn, Danzig und anderen Vendibilia stattfinden wird in dem patriotischen Palast, unter dem Zeichen des schwarzen Adlers, gegen baares Geld oder sichere Bürgschaften.«“ Der König vermuthete, dass Stackelberg die Hand im Spiele hatte.

**) Briefe des Königs vom 9. und 12. Dezember 1789.



…scheinen, und bei dem sich
…iss eines solchen der Be-
…nen ein ungewöhnlicher
… sind in der Verfassung
…ssen den Instruktionen
…lich ist Einstimmigkeit
… Grundgesetzen, eine
… Instruktionen für die
…fache Mehrheit für
… Ausführung der
…, den Wojewod-
… Kommissionen
…alle diese Be-
…zu ernannten
…stag Rechen-
… Alle aus-
…em Reichs-
…zsgericht
…ste Ver-

…ränge
…n —
…eln.

§ 112.

…Regierungsreform.

gelegt in der Form einer Denkschrift über die Grundlagen der Regierungsreform. Verfasser derselben war Ignaz Potocki. Stil sowohl wie Geist dieser Denkschrift waren französisch mit einer Beimischung des spezifisch polnischen Republikanismus, der zwar einen königlichen Thron haben wollte, aber nur um die Ueberlegenheit und Majestät des Parlaments um so entschiedener zu behaupten. Es war keine „Erklärung der Menschenrechte“, wie eine solche in Frankreich vor einigen Monaten proklamirt worden war; in Polen war, Gott sei Dank, dafür die Zeit noch nicht gekommen, vielmehr war es eine „Erklärung der Rechte eines Volkes“, der letzte Ausdruck des politischen Systems, das mit der Abschaffung des permanenten Rathes eingeführt war, während des ganzen Jahres 1789 in der Kammer vorgeherrscht und ganz Polen verwaltet hatte. Diese Grundsätze hatten keinerlei politische Folgen, mit Ausnahme der Initiative zum preussischen Bündniss; sie waren aber der Ausdruck des damaligen politischen Reifezustandes und der damaligen Ideen über Staat und Regierung. Wir wollen hier versuchen, dieselben klarer darzustellen, als sie in der obigen Denkschrift dem Reichstag vorgelegt und auseinandergesetzt wurden: Das polnische Volk ist danach verpflichtet, Freiheit, Eigenthum und Gleichheit eines jeden Staatsbürgers zu sichern. Das Volk unterwirft sich nur denjenigen Gesetzen, die es sich selbst giebt; es beschliesst über Steuern und Münzen und über den Reichsschatz, es prüft die Rechnungen, schliesst Verträge ab, erklärt Krieg, bestimmt die Präsenzziffer der Armee, beaufsichtigt das Ministerium sowie alle Behörden; es wählt seinen König, die [illegible]en, [illegible] die Beamten der Behörden, welche als Kommissionen der Republik fungiren. Die Rechte ihrer Allmacht werden seitens der Nation einer gewissen Anzahl von Abgeordneten verliehen, welche im Reichstag tagen. Die Abgeordneten für denselben werden durch die dazu berechtigten Bürger erwählt und mit besonderen Instruktionen über die Gesetzgebung betraut, sie haben die Pflicht, Rechenschaft zu geben. Das Volk soll fortwährend und fortgesetzt regieren und auch regiert werden; weshalb nach jedem normalen Reichstag seine Abgeordneten zur Rechenschaft auf Provinziallandtagen gerufen, ihre Mandate dort bestätigt, oder Anderen verliehen werden; jedenfalls aber sollen die Abgeordneten zwei Jahre lang immer

bereit sein, auf einem Reichstag zu erscheinen, und bei dem sich plötzlich geltend machenden Bedürfniss eines solchen der Berufung folgen können. Die Fälle, in denen ein ungewöhnlicher Reichstag zusammenberufen werden soll, sind in der Verfassung aufgezählt. Die Reichstagsbeschlüsse müssen den Instruktionen auf den Landtagen entsprechen. Erforderlich ist Einstimmigkeit der Instruktionen für den Beschluss von Grundgesetzen, eine Majorität von drei Vierteln übereinstimmender Instruktionen für die Erledigung politischer Angelegenheiten, einfache Mehrheit für die Finanz-, Civil- und Kriminalgesetze. Die Ausführung der Gesetze wird von der Nation den Tribunalen, den Wojewodschaftskommissionen und einzelnen unabhängigen Kommissionen der Republik übertragen, die Aufsicht über alle diese Behörden wird dem König verliehen und einem dazu ernannten Ministerium. Das Ministerium muss vor dem Reichstag Rechenschaft ablegen, ohne jedoch in demselben zu sitzen. Alle ausführenden Behörden und deren Beamte können von dem Reichstag zur Verantwortung gezogen und von dem Reichstagsgericht bestraft werden. Die auf solchen Grundlagen festgesetzte Verfassung verbot irgend welche Konföderation.

Es war kaum möglich, mit mehr Nachdruck und Gepränge die Allmacht des Volkes zu bestätigen und — fügen wir hinzu — mit grösserer Geringschätzung die königliche Würde zu behandeln. Die erste französische von der Revolutionsversammlung beschlossene Verfassung spricht in folgenden Ausdrücken von dem König: „Er ist das Oberhaupt der Administration, des Heeres und der Flotte; er ist der Wächter der Ordnung und öffentlichen Ruhe und der erbliche Repräsentant der Nation.“ In den eben angeführten Grundsätzen, welche die Regierung in Polen reformiren sollten, hat man aber ganz andere Begriffe über das, was ein König sein sollte. Hier stellt der Monarch gar nichts vor, denn die Nation lässt sich unmittelbar durch eigene Abgeordnete repräsentiren; er hat nichts zu verwalten, denn die Verwaltung wird von Kommissionen besorgt; er ist auch nicht das Oberhaupt der Armee, denn diese hängt von einer Kommission ab, welche der Nation Rechenschaft schuldet; er ist für die öffentliche Ruhe und Sicherheit nicht verantwortlich, denn er kann weder befehlen, noch Zwang ausüben, noch bestrafen. Zwar sehen wir ihn erwähnt als Oberhaupt der

Nation, in Wirklichkeit aber ist er ein Götze, der auf dem Throne sitzt, und es bleibt sich gleich, ob er existirt oder nicht; es ist auch gleichgültig, ob der König oder der Ministerpräsident im Ministerium die Oberhand hat. Unverkennbar tritt in dieser Denkschrift der allbekannte Hochmuth der Szlachta hervor, dieser Hochmuth des Gutsbesitzers, der eigene Unterthanen hat und in dem Beamten der Republik nur seinen Diener sieht; auch fand darin der Magnatenstolz Ausdruck, der es nicht zu dulden vermochte, dass einer Seinesgleichen den Thron einnahm; wäre ein fremder Fürst auf den Thron gestiegen, so hätte sicherlich die Eifersucht sich weniger geltend gemacht und die Rechte des Monarchen wären besser geachtet worden. Wunderbar und verfrüht erscheint uns dabei der Grundsatz, in welchem man die Gleichheit aller Staatsbürger erklärt; fürwahr, diese Pariser Neuigkeit sollte nur zu bald inmitten der lärmenden Diskussionen der Szlachta ungehört verhallen!

So waren diese Grundsätze nicht nur ein Armuthszeugniss für die politische Reife der damaligen Staatsmänner, sondern auch ein Beweis, wie vergeblich es war, auf eine Besserung der Regierungsform zu rechnen. Dass gerade darum der Beifall der Mehrheit im Reichstage denselben von vornherein gesichert war, schien unzweifelhaft. War doch jeder einzelne Abgeordnete überzeugt, dass er die Nation darstelle und für dieselbe beschliessen müsse; keinem nahte sich der Verdacht, er habe zu viel Macht, und dass die übermässige Gewalt, mit der man die eine Körperschaft ausstatten wollte, alle übrigen Staatsorgane vernichten oder paralysiren könnte. Mit einem Wort, dass diese Allmacht der Kammer für das Land ebenso schädlich sei wie der Absolutismus eines Monarchen. Nachdem wir alle Mängel des Projektes hervorgehoben, wollen wir nicht leugnen, dass es doch einige Verbesserungen enthielt. So war namentlich den Provinziallandtagen mehr Ordnung gesichert durch die Beschränkung der Wahlfähigkeit auf die ansässige Szlachta, ebenso raschere Erledigung der Staatsangelegenheiten in dringenden Fällen durch den sogenannten immer bereitstehenden Reichstag. Diese Verbesserungen bezogen sich jedoch allein auf die Thätigkeit des Reichstages; man hatte nicht das Geringste gethan, um die Verwaltung und die schwerfällige Organisation derselben zu vereinfachen, obwohl die Erfahrungen dieses einen

Jahres hätten überzeugen müssen, dass der Reichstag nicht zugleich gesetzgeberisch und verwaltend wirken konnte. Alle Hauptverwaltungsorgane blieben nach wie vor unabhängig voneinander und von dem König; nur unter der zweifelhaften Aufsicht eines vielköpfigen Ministeriums. Es war kaum möglich, etwas Unzweckmässigeres, Komplizirteres, zur Thätigkeit Unfähigeres auszudenken als diese Regierungsmaschine. Es genügte, dieselbe in Bewegung zu bringen, um sofort die Ueberzeugung zu gewinnen, dass ihr Betrieb, trotz der Reform im Reichstag, die Republik aus dem Chaos der schlechten Verwaltung nicht herauszuziehen vermochte. Es lohnt sich, zu erfahren, wie der König über dieses Projekt dachte und an seinen Vertrauten, Deboli, schrieb: „Dieses Projekt ist so metaphysisch geschrieben, dass sogar der Bruder des Verfassers, Stanislaw Potocki, mir gestanden hat, es sei ihm kaum verständlich. Stackelberg lacht es aus. Als es aber in der Kammer erörtert wurde, fanden sich gleich Kritiker, welche das einzig Gute daraus entfernen wollten. Der Abgeordnete Strojnowski will nämlich nichts von einem immer bereiten Reichstag wissen; Sapieha und die Hetmanspartei möchten die fahrende Szlachta auch wählen lassen.“ Trotzdem bemühte sich Stanislaw August, die Opponenten mit dem Projekt zu versöhnen, in der Hoffnung, dass einzelne Paragraphen noch eine Verbesserung erfahren würden und der Hauptzweck einer definitiven Verfassung sich erreichen liesse; deswegen berief er auch den Marschall Malachowski und Ignaz Potocki zu sich und sagte ihnen: „Sie sehen, meine Herren, wie ich mich bemühe, die Reformen durchzusetzen, obwohl dieselben Punkte erhalten, welche mich sehr empfindlich treffen. Ich thue es in der Hoffnung, dass Sie, meine Herren, mich und meine Rechte, wie es die Pacta conventa erheischen, vertheidigen werden.“ Darauf erwiderte Malachowski mit aufrichtiger Theilnahme für den König und versuchte, seinem Kollegen dieselben Empfindungen beizubringen. Potocki machte gleichgültige Aeusserungen und behauptete schliesslich mit einigem Eifer, der König werde nach der Reform ebenso viel Macht besitzen wie der Monarch in England. Darauf sagte Stanislaw August: „Sie scherzen wohl, mein Herr, ich bitte nur um eine ausdrückliche Erklärung: ob mir wenigstens die

Pacta conventa gehalten werden." Allein Potocki blieb bei Gemeinplätzen.*)

Die Weihnachtsferien und die Neujahrszeit, in der alle privaten Verträge und Dekrete erledigt wurden, näherten sich und mit ihnen die gewöhnliche Vertagung. Vorher wollte man die Verhandlungen mit Preussen einleiten und damit vor Jahresschluss und vor den Ferien den Reichstag in den Augen der Nation heben. Aber wie sollte man nun in so kurzer Zeit die Vorlage über die Reform der Regierung durchsetzen? Malachowski bediente sich der Mittel, die bei dem Beschluss über die Ordnungskommission so gute Dienste geleistet hatten. Er lud die einflussreichsten Abgeordneten zu sich ein, und in zwei Tagen wurde über alle Punkte konferirt, die Hauptschwierigkeiten überwunden und eine Mehrheit gesichert. Der Hauptgedanke war, dass der König von Preussen nur mit der umgestalteten Regierung verhandeln wollte; das Projekt der Deputation schien diese Bedingung zu erfüllen; man prüfte dasselbe nicht weiter, sondern war bereit, es anzunehmen. Selbstverständlich waren das Publikum und die öffentliche Meinung auch dafür. Am 21. Dezember wurden nun die Verhandlungen im Reichstage selber eröffnet. Wie gewöhnlich, begannen die Abgeordneten ihre Ansicht über die verschiedenen Paragraphen zu äussern. Nach einer unordentlichen Diskussion wurde nun von einigen die Erörterung der einzelnen aufeinander folgenden Sätze verlangt und bewilligt. Der erste Paragraph von der Freiheit und Gleichheit aller Staatsbürger hielt nicht Stand; man vertheidigte ihn nicht einmal, statt seiner ward ein Antrag des Abgeordneten Ankwicz angenommen, der folgendermaassen lautete: „Die Nation sichert dem Ritterstande Freiheit und Gleichheit aller Mitglieder dieses Standes; jedem Staatsbürger aber das Eigenthumsrecht und den Schutz der Regierung." Die folgenden Paragraphen stiessen auf keinen Widerstand. Als man die Wahl des Königs und der Staatsbehörden vornahm, meinte der Abgeordnete Koscialkowski, die Wahl eines Nachfolgers könne nur nach Ableben des Regierenden geschehen. Stanislaw August ersuchte, davon zu schweigen, und versicherte den versammelten Ständen, er vertraue der Nation. Es entstand

*) Brief an Deboli vom 26. Dezember.

eine längere Erörterung über die Frage, ob die Nation, alias der Reichstag nicht nur die einzelnen Kommissionen zu ernennen, sondern auch die Staatsämter zu vertheilen habe. Dieses Wort „Staatsämter“ hatte Ignaz Potocki während der Diskussion hineingeschoben mit der Absicht, dem Könige fast unmerklich dieses Vorrecht abzunehmen. Diese List missfiel jedoch einigen Abgeordneten, und sie mahnten an die Pacta conventa. Andere fürchteten wiederum, dieses Vorrecht würde dem Könige zu viel Macht gewähren und die Möglichkeit geben, den Senat zum Nachtheil des Ritterstandes zu beherrschen. Der Senat sollte dann keine gesetzgebende Körperschaft sein, sondern nur den König berathen. Andere wiederum wollten gern dieses Vorrecht dem regierenden Monarchen überlassen, sie lehnten jedoch dasselbe für seine Nachfolger ab. Bei solcher Meinungsverschiedenheit wurde die Sitzung aufgehoben.

Am folgenden Tage entspannen sich ebenso lebhafte Verhandlungen; man machte die Bemerkung, der Streit sei jetzt überflüssig, weil es sich noch nicht um endgültigen Beschluss der neuen Verfassungsgesetze handele, sondern nur um allgemeine Regeln, nach denen dieselben später ausgearbeitet und demnach von der Kammer einzeln sanktionirt werden sollten. Fürst Czartoryski und der König bemühten sich, diesen Unterschied klar zu machen und das Projekt als ein Gutachten Sachverständiger darzustellen; der Marschall versicherte, diese Beschlüsse könnten noch nicht endgültig sein; die Meisten aber verstanden solche subtilen Unterschiede nicht, und es dünkte ihnen, dass die Sätze, welche man hier erörterte, und welche als Grundlage zu einem Vertrag mit Preussen dienen und demgemäss von dieser Macht gewährleistet würden, nicht anders als verbindlich sein könnten. Am lebhaftesten wurde über das Stimmrecht auf den Provinziallandtagen gekämpft. Infolge schlimmer Erfahrung hatten doch die Meisten eingesehen, welche Missbräuche die Theilnahme der fahrenden, besitzlosen Szlachta an diesen Landtagen hervorrief, deshalb wollten sie dieselbe gesetzlich ausgeschlossen wissen. „Die Abstammung macht zwar einen Mann zum Szlachcic, aber nur das Eigenthum kann ihn zum Staatsbürger machen. Es war immer so, und nur die neuen, seitens der Russen im Jahre 1768 eingeführten Verfassungsgesetze haben diese Menge von besitzloser Szlachta in die

Landtage eingeführt; viele Wojewodschaften haben dennoch nicht nachgegeben und ihre Landtage solchen Leuten verschlossen; heute, da es sich um die Reform unserer Konstitution handelt, wäre es ein schweres Verbrechen, dieses anerkannte Uebel beizubehalten." Der Bischof Krasinski bewies aus alten Gesetzen, dass nur bene nati et possessionati die activitatem auf den Landtagen hätten. Den Besitzlosen ein Stimmrecht zu geben, hiesse die ganze besitzlose, fahrende Szlachta von Galizien zum Stimmen zuzulassen, und zwar bald im Königreich, bald in Litthauen, da sich die Landtage zu verschiedener Zeit versammeln. Eine solche Unordnung könnten Jahrhunderte besserer Regierung nicht abschaffen; sollte denn Polen nur immer die zwei Alternativen haben: entweder fremde Knechtschaft oder Anarchie? Solche Stimmen liessen sich vielfach vernehmen. „Man muss gestehen", schrieb Lucchesini, „dass der König, Fürst Stanislaw, Fürst Czartoryski, ja, alle Magnaten ausser Branicki, freiwillig auf ihren Einfluss und auf die despotische Leitung der Landtage verzichteten, in der Hoffnung, dass es gelingen möchte, Gewaltthaten, allerlei Betrug und Bestechlichkeit bei den Wahlen zum Reichstag zu beseitigen."*) Um so hartnäckiger wurde die Theilnahme der fahrenden Szlachta an den Landtagen von dem Hetman Branicki und seiner Partei vertheidigt; wusste man doch, dass die Hetmane die Wahl ihrer Kandidaten fast immer lediglich mit Hülfe dieses Haufens durchgesetzt hatten. Die Abgeordneten Suchodolski, Mierczejewski und besonders Sapieha fanden hier das Feld, um mit ihrer Beredsamkeit zu Gunsten der Szlachta zu prangen; laut schrieen sie über die Benachtheiligung des adligen Blutes durch die Deputation. Der Besitz, behaupteten sie, mache keinen Unterschied da, wo adlige Abstammung vorhanden ist. Wenn bei den Königswahlen die Szlachta viritim und unterschiedslos erschien, so sei auch kein Grund vorhanden, um einen Theil derselben von den Landtagen auszuschliessen. Man erinnerte an die Verdienste der besitzlosen Szlachta in

*) Bericht vom 23. Dezember. (Branicki ist in Lucchesinis Bericht nicht erwähnt, der Verfasser hatte jedoch sicherlich in dem Betragen des Hetmans Handhabe genug, um an dieser Stelle ihn solchermaassen darzustellen. Ob ein solches Verfahren korrekt sei, ist eine andere Frage. Anm. des Uebers.)

en Kriegen z. B. bei Beresteczko unter Johann Kasimir.
eichte, dass es leicht wäre, die Miss[illegible], welcher sie
chäftig machte, durch besondere Vorschriften zu mässigen.
sslich erklärte Fürst Sapieha, dass er gegen ein derartiges
t nicht nur im Schoss der Kammer, sondern auch durch
besonderen Protestakt auftreten würde.
Allein diese Drohungen blieben erfolglos, sie richteten sich
egentheil gegen die Redner. Da das Reichstagsjournal
ungenau in seinen Berichten hierüber ist, so wollen wir
hoechst bezeichnende Einzelheiten über diese Sitzung aus
Briefen des Königs an Deboli entlehnen. Der Abgeordnete
dolski redete vier Stunden lang und ermüdete seine Zu-
dermaassen, dass keiner ihm antwortete, bis er seinen
ern vorwarf, sie verletzten die Freiheit der Staatsbürger.
urde er mit solcher Wucht von Rzewuski angegriffen, dass
Flucht ergriff und von einem anderen Platz unter lautem
hter in seiner Rede fortfuhr. Als ihn Branicki mit einem
egen Rzewuski vertheidigte, wandte sich dieser mit einer
bewegung gegen den Hetman, welch Letzterer seinerseits bei
den Säbel zog. Der Abgeordnete Mniszech beruhigte ihn,
sten aber wirkten einige Rufe aus dem Publikum: „Diesen
in sollte man mit dem Säbel züchtigen!" welche Branicki
sen, er habe in dieser Angelegenheit keine Freunde
Indessen hörte Suchodolski nicht auf, in langen rheto
n Sätzen seine Klagen über Knechtschaft der Szlachta,
ber Verfolgung, die ihm hier zu Theil werde, loszulassen;
ählte, wie seiner Zeit in Chelm ein Szlachcic beinahe um-
cht worden sei, als er den Reichstag unter August III.
s: er war eine Kreatur Potockis; dafür wurde ihm aber
tanislaw Potocki eine Anspielung auf sein eigenes, un
iches Verhalten auf dem Landtage in Lublin zu Theil,
r sich unter einer Bank versteckt hatte. Statt aber
Andeutung zu ignoriren, erwiderte Suchodolski in einer
, die ihm das allgemeine Gespött zuzog, und der liv
che Abgeordnete Peter Potocki sagte halblaut: „Diese
ansopposition ist sichtlich von russischen Intriguen ver-
it!" Sapieha nahm diese Beschuldigung pathetisch auf,
te sich bereit, vor Gericht zusammen mit Poninski zu
u. s. w. Es half aber Alles nichts, diesmal richtete

sich die öffentliche Meinung gegen den Hetman, und d
Waffen, welche er so oft in diesem Saal gebraucht hatte, u
seine Anträge durchzusetzen, wandten sich nun von selbst geg
ihn. Suchodolski war endlich müde geworden, und Mierzejews
allein bemühte sich noch zu opponiren. „Als ich sah", schreibt d
König, „dass es zu Säbelhieben kommen konnte, nahm ich da
Wort und sagte: »Ich verlange, dass unsere Verhandlungen i
dieser Kammer gesetzmässig, anständig und patriotisch vor sic
gehen, und dann bitte ich Herrn Mierzejewski, seine Oppositio
zu unterlassen.« Mierzejewski war froh, unter diesem Druc
seine unglückliche Rede fallen zu lassen. Nach zehnstündige
Erörterung wurde nun dieser Beschluss gefasst." De Cach
berichtet: „Obschon nun das Gewitter durch das viele Zurede
des Königs sich endlich gelegt hatte, so wird doch seitdem di
Branickische Partei als auf das Haupt geschlagen und als vo
der Potockischen Partei gänzlich überwunden angesehen, u
geachtet diese beide Parteien bei allen vorherigen Reichstag
operationen beinahe ein Jahr lang auf das Engste verknüp
waren und beide zusammen eigentlich die patriotische un
preussische Partei ausmachten."*)

In der dritten Sitzung erschienen die Freunde des Hetma
kleinlaut und schwiegen anfänglich. Auf der Tagesordnun
stand die Frage, ob der vom König ernannte Senat Mitglie
der Gesetzgebung bleiben oder von nun an als Beirath d
Königs vom Reichstag ausgeschlossen werden sollte. Einig
stellten die Frage so dar, als ob der König durch die ernannte
Senatoren regieren könnte an Stelle der Nation selber, da ei
gleiche Anzahl Senatoren und Abgeordnete in der Kammer tagte
man erinnerte daran, wie viele der gegenwärtigen Senatore
durch Gunst und Einfluss des russischen Gesandten ihre Stellu
erlangt hätten; wie sollte man solchen Dienern einer fremd
Macht das Schicksal des Landes anvertrauen? Darauf erwider
Zelenski, Kastellan von Biecz, solcher Verdacht ruhe nicht n
auf Senatoren, sondern auch auf Abgeordneten; es sei ungerec
die Vorrechte des Senats mit einem Mal zu vernichten, w
einige Senatoren einen schlechten Ruf hätten. Diese Vorrech
gehörten mit zu den Grundlagen der Verfassung der Republi

*) Bericht vom 26. Dezember.

Die Grundlagen, auf denen der Senat ruhe, seien nicht neu wie diejenigen des abgeschafften permanenten Rathes, dieselben datirten aus den Zeiten der Piasten, auch habe der Ritterstand seine Vorrechte vom Senat, nicht umgekehrt, erhalten; es sei das also eine Frage, die nicht durch einen Beschluss des Reichstages entschieden werden könnte, man müsste vielmehr die ganze Nation darüber befragen. Der Marschall Mniszech begründete auch die Rechte des Senats auf historischem Wege und citirte Gesetze aus der Piasten- und Jagellonenzeit, welche immer solche Worte wie: *de consilio* (später *de consensu*) *Senatorum, Baronum* u. s. w. enthielten. Andere erinnerten wiederum daran, dass der Senat immer treu zum König hielte und dass die seit 1766 eingeführte Gewohnheit, beide Kammern zu vereinigen, durch ein besonderes Gesetz als nicht immerwährend bezeichnet würde. Sollen nun die Senatoren immer als Gesetzgeber fungiren, so müssen sie auch auf Provinziallandtagen Rechenschaft ablegen und von Wojewodschaften, nicht vom König ernannt werden. Von beiden Seiten wurde jeder dieser Standpunkte mit Würde, aber hartnäckig verfochten. Ignaz Potocki suchte die Versammlung wieder auf den provisorischen Charakter dieser Anträge aufmerksam zu machen und erinnerte daran, dass die Deputation Projekte einreiche, die noch im Einzelnen der Ausarbeitung bedürften. Am Ende seiner Rede machte er immerhin die Bemerkung, es sei vielleicht doch besser, diese wichtige Frage gleich endgültig zu entscheiden. Da gelang es dem König, allem Streit ein Ende zu machen mit der Erklärung, er habe sein Vertrauen der Deputation geschenkt und riethe der Kammer, dasselbe zu thun, weil Alles, was die Deputation beantragte, doch von den tagenden Ständen erst bestätigt werden müsste. Daraufhin wurde die brennende Frage gelöst durch die Fassung: „Der König, der Senat und das Ministerium werden an den Reichstagen theilnehmen. Art und Weise wird bei der Ausarbeitung genauer angegeben werden.“ In derselben Weise wusste der König durch eine passende Bemerkung die Schwierigkeiten, welche bei der Erörterung des bereiten Reichstages auftauchten, zu beseitigen; gleich danach aber musste er den Saal verlassen, übermannt von einer heftigen Sciatica, sprach aber die Bitte aus, die Sitzung deswegen nicht aufzuheben. Ueberraschend leicht wurden alle übrigen Paragraphen des Projektes

erledigt und am Abend empfing der König eine Delegation des Reichstages, welche ihn benachrichtigte, dass die „Grundlagen zur Reform der Regierung" unbeanstandet durchgegangen wären.

Es war das letzte der wichtigeren Werke dieses Jahres. Am 29. Dezember versammelte sich der Reichstag nur noch in der Anzahl von 70 Mitgliedern; die Marschälle wurden mit der Aufstellung eines Generalrundschreibens über die Thätigkeit des Reichstages beauftragt, worin Bericht erstattet wurde; in derselben Weise sollten die Bischöfe aufgefordert werden, Gebete anzuordnen als Danksagung für die Eintracht der versammelten Stände bei ihrer glücklichen Arbeit und besonders für die Reform der Regierung. Danach verkündete der König die Vertagung der Sitzungen bis zum 3. Februar des nächsten Jahres.

Am folgenden Tag, 30. Dezember, fand die erste Konferenz der auswärtigen Deputation mit Lucchesini und Hayles statt. Der Kanzler Malachowski legte dem preussischen Minister die von seinem König verlangten und vom Reichstag genehmigten „Grundlagen zur Reform der Regierung" vor, und die Verhandlungen um ein Bündniss begannen.

§ 113.

Rückblick auf die geschilderten Begebenheiten.

Wir wollen unsere Erzählung nun mit diesem wichtigen Akt schliessen. Wie gesagt, hatte, bevor er auseinanderging, der Reichstag die Marschälle beauftragt, der Nation Bericht über seine Thätigkeit abzustatten; auch wir wollen nun in allgemeinen Zügen die ganze, fünfzehnmonatige Wirksamkeit dieses Reichstages zusammenfassen, die Umwälzung besprechen, welche dieselbe sowohl in der inneren Organisation wie auch in der auswärtigen Politik hervorrief. Im Anfang dieser Periode begegnen wir zunächst dem Projekt des Königs, welcher eine Allianz mit Russland und damit die Theilnahme der Republik am türkischen Kriege herbeizuführen wünschte. Den politischen und moralischen Werth dieser Idee wollen wir nicht von Neuem erörtern, wir haben es an seiner Stelle gethan. Obwohl es sich als klug erwies, auf dieses Projekt zu verzichten, um dem Berliner Hof jeden Grund zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Republik zu benehmen und eine Ursache

der Spaltung und Zwietracht aus dem Reichstag zu entfernen, so müssen wir doch hervorheben, dass die Stellung dieses Antrages insofern günstig war, als sie die Kaiserin zwang, auf die Vergrösserung der Armee bereitwillig einzugehen und die Bildung eines konföderirten Reichstages zuzulassen. Die Allianz mit Russland kam zwar nicht zu Stande, aber die Konzessionen wurden nicht mehr zurückgenommen.

„Vermehrung der Armee und innere Reformen, das ist unser Programm", hatte Stanislaw August vor Eröffnung der Kammer gesagt und damit die Aufgabe der Konföderation bezeichnet. Diese Verheissung entsprach vollkommen den Wünschen der Nation und dem wirklichen Bedürfniss der Republik. Auf allen Landtagen hatte man die Abgeordneten beauftragt, von den günstigen Umständen Vortheil zu ziehen, um die Streitkräfte des Vaterlandes zu vermehren. Ueber Reformen in der Regierung, über prinzipielle Umwälzungen in dieser Beziehung, über Abschaffung dieser oder jener Behörden hatten die Landtage sich nicht geäussert; derlei Dinge und die politischen Pamphlete, welche während des Reichstages massenhaft erschienen waren, entstanden erst unter dem Einfluss der Hauptstadt und der preussischen Rathschläge; aus den Salons der Warschauer *grandes dames* waren dieselben öfters in die Kammer und auf das Warschauer Pflaster getragen worden; Vieles war auch aus Frankreich importirt. Die Landtage hatten nur hier und da auf Vereinfachung der Verwaltung und Abschaffung einzelner Gerichtsmissbräuche gedrungen. Dennoch, und trotzdem die Lauda keine der Umwälzungen, welche bald erfolgen sollten, vorausbestimmt hatten, griff bald ein Umschwung in den Ideen und den Empfindungen der Nation Platz. Ungeachtet der ersten Theilung hätte man lange Zeit vergebens die Spuren einer Hebung des öffentlichen Lebens gesucht; überall herrschten Apathie und anarchische Missbräuche, hervorgerufen durch den Mangel an gesunder politischer Bildung und patriotischer Gesinnung. Das ältere Geschlecht empfand die Schmach der Theilung nicht genug, um die Ursachen derselben in sich selbst zu suchen und zu beseitigen; nach wie vor wurde eifrig gezankt, prozessirt, im Uebrigen lustig gelebt und Liebedienerei getrieben, wie zu den Zeiten der sächsischen Könige. Nur wenige Persönlichkeiten, um den König geschaart, hatten begriffen,

dass eine Zeit der Besserung kommen musste, und suchten durch einige neue Einrichtungen, die auf dem Theilungsreichstage beschlossen worden waren, in die Verwaltung etwas mehr Ordnung und Disziplin einzubürgern; freilich ging es damit nur sehr langsam, denn die nationalen Laster der Trägheit, des Leichtsinns, der Unredlichkeit hemmten jeden Fortschritt, und zu ihnen gesellte sich die boshafte Opposition einiger Leute, welche nur von Betrug und Gewaltthaten lebten und bis dahin nur durch Angst vor Stackelberg gezähmt worden waren. Solche Zustände dauerten mit wenigen Ausnahmen bis zum vierjährigen Reichstag; die Mehrzahl der Abgeordneten, welche in demselben tagten, gingen aus solcher Atmosphäre hervor.*)

In dieser Zeit erschien nun eine neue Generation, welche unter dem Eindruck der Erniedrigung und des Unglücks des Vaterlandes heranreifte. Diese Generation begriff wohl, dass die Vergangenheit an den jetzigen Uebelständen schuld war; mit fieberhafter Ungeduld wollte sie reformiren, weil sie in jedem Missbrauch eine Quelle ihres Unglücks zu finden glaubte. Die jüngeren Leute in Warschau empörte die freche und verachtende Haltung des russischen Gesandten, die Nachgiebigkeit des Königs gegen denselben und die Haltung aller derjenigen, welche die Staatsgeschäfte in Händen hatten und sich von den Russen beherrschen liessen. Dazu wusste man allgemein, wie mehrere dieser Anhänger bestechlich seien und auf niederstem moralischen Niveau standen. Die Nachgiebigkeit des Königs verletzte, insofern dieselbe nicht von politischer Berechnung diktirt, sondern eine Folge der Vergangenheit war und aus Stanislaw Augusts weichem Gemüth entsprang; den gleichen Vorwurf konnte man aber nicht solchen königlichen Anhängern machen, die, wie der Primas, Chreptowicz, Ostrowski, Komarzewski, Dieduszycki und Kicinski, doch zu seiner Partei gehörten. Die Partei hegte

*) Wir wollen nicht damit behaupten, dass der König und seine Umgebung sich durch Sittenreinheit und Frömmigkeit auszeichneten und sich dadurch von den Bewohnern der Provinz unterschieden. Diese Seite der Zeitschilderung werden wir später berücksichtigen. Wir wollen hier nur bemerken, dass grössere Aufklärung und der gute Wille, dem Lande zu dienen, unter ihnen herrschten, obwohl in den Häusern der Szlachta bessere Sitten und Religion zu finden waren.

vielmehr die Ueberzeugung, bei der geringen Macht der Staatsgewalten, bei der allgemeinen Nachlässigkeit und Gleichgültigkeit auf der einen Seite, den anarchischen Tendenzen auf der anderen sei es schier unmöglich, ohne die oft unangenehme und erniedrigende Kuratel der russischen Regierung auszukommen, sich gegen die Gier der Nachbarn zu vertheidigen und gegen innere Erschütterungen Stand zu halten. Diese Kuratel musste man sich gefallen lassen, solange die Nation sich nicht gehoben, innerlich gebessert und materiell bessere Zustände erlangt hätte. Dieser Partei erschien es als Kinderei, auf Erfolg zu rechnen, ohne die richtigen Mittel anzuwenden, zugleich Gift und Gegengift zu brauchen; und so etwas wollten gerade die heranwachsenden Patrioten nicht begreifen, welche die patriotische Gesinnung monopolisirten und doch nicht verstanden, was der Nation und dem Staate frommte. Mit dieser jungen Generation hielten es auch die Frauen, die ja immer in der Empfindung den Männern vorangehen, um dann aber auch Alles mit der Wagschale der Empfindung zu messen. Beide glaubten, die Machtlosigkeit der Republik rühre nur von der russischen Uebermacht her; es würde genügen, diejenigen Gesetze, welche Russland diktirt hatte, abzuschaffen und mit Moskau zu brechen, um der Nation ihre alte Macht und ihren Ruhm wieder zu verschaffen. Auf einmal, aus allen Winkeln des Herzens und der Phantasie schossen massenhaft Hoffnungen und Wünsche in die Höhe, deren Erfüllung sicher schien, wenn man sie nur ernstlich wollte, und die nicht zu theilen als Verbrechen galt. Wer also umsichtiger in der Berechnung der Möglichkeit war und sich erdreistete, zu zweifeln, wurde als seelenloser Egoist verschrieen und gerieth in den Verdacht, von Russland bestochen zu sein. Dieser Patriotismus der Jugend und der Frauen, ebenso warm wie unbesonnen, ebenso eifrig wie unreif, kam nun in Konflikte — nicht so sehr mit der Apathie und den anarchischen Bestrebungen als vielmehr mit dem König und den erfahrenen, dem Vaterlande ergebenen Staatsmännern, welche, obwohl von Russland abhängig, doch ernstlich zum Vortheil des Landes arbeiteten. Solange der russische Gesandte seinen Einfluss bewahrte, blieben diese Konflikte geheim, um dann um so schärfer hervorzutreten, als politische Ereignisse die Verhältnisse umgestaltet hatten.

Rückblickend erkennen wir, dass der feierliche Akt, welcher einen gewöhnlichen Reichstag in eine Konföderation der versammelten Stände umschuf, aus der Initiative des Königs hervorging und allgemeinen Beifall fand. In demselben Sinne erklärte der König, dass es unmöglich wäre, die Gefahren, welche das Vaterland bedrohten, zu beseitigen, wenn sich nicht die ganze Nation zu persönlichen Opfern bewegen liesse, um das Heer zu vermehren. Mit diesem Ausspruch war der Hauptzweck der Konföderation bezeichnet. Daneben wahrte sich dieselbe das Recht, einige Reformen im Innern durchzusetzen, ohne jedoch die Vorrechte des Königs und das Bestehen der verschiedenen Regierungsorgane anzutasten. Ein besonderes, von allen Mitgliedern der beiden Kammern unterschriebenes Aktenstück besiegelte diese Erklärung, und nach solchen Präliminarien wurde erst zu den Reichstagsarbeiten geschritten, um neue Einnahmequellen zu finden, welche allein die Vermehrung der Armee ermöglichen konnten.

Es wäre nun gut gewesen, wenn der Reichstag die ihm vom König vorgezeichnete Aufgabe ohne Aufschub gelöst hätte. Indem er vor allen Dingen neue Steuern auflegte und die Armee vervollständigte, hätte er nicht nur einen Beweis seiner Vaterlandsliebe, sondern auch politischer Klugheit geliefert; es handelte sich vor allen Dingen um eine richtige Schätzung der Steuerkraft und um eine darauf gegründete Armee, denn nur eine solche konnte in Wirklichkeit geschaffen werden und dauern; eine richtige Schätzung der Steuerquellen hätte auch die Nation vor Täuschungen bewahrt und allen sentimentalen Prahlereien ein Ende gemacht, zugleich aber den Nachbarn Achtung eingeflösst. Wenn, nach den Worten der Heiligen Schrift, ausgelacht wird, wer einen Bau anfängt, ohne die Mittel zu besitzen, ihn zu beenden, so wird im Gegentheil eine Nation, welche ihre Wiedergeburt mit einer richtigen Schätzung der eigenen Kräfte beginnt und sich freiwillig Lasten auferlegt, den Beifall und das Mitgefühl anderer Völker gewinnen. Da kam als ein wirkliches Unglück die preussische Deklaration, um den Reichstag aus der vorgezeichneten Bahn hinauszudrängen: die Grundlagen des Konföderationsaktes und die Vorlagen des Königs wurden gleich beiseite geschoben. Die einfache Thatsache, dass sich eine Macht fand, welche es wagte, Russland die Stirn zu

›ten, und gerade diejenige Macht, welche es bis dahin mit Russ-
ıd gehalten und nun plötzlich Polen mit der Achtung und dem
ohlwollen eines gutgesinnten Nachbars behandelte: diese That-
:he berauschte Warschau, rief ganz neue Hoffnungen hervor und
weckte eine Art von patriotischer Begeisterung, die verhäng-
ısvoll wurde. Nun war nur noch derjenige ein guter Pole in
r Meinung der Menge, der für Preussen schwärmte und
ıssland hasste, diese Empfindungen laut verkündete und die
›lnische Regierung und Stanislaw August scharf kritisirte.
.e Jugend und die Frauen folgten den Reichstagsverhandlungen
›n der Galerie mit ihrem Beifall oder Tadel und die Ver-
ınftigen und Besonnenen mussten sich bald zurückziehen, um
enjenigen Raum zu lassen, die durch pathetische Phrasen den
›ifall des Publikums gewannen. Jeder Schwätzer fand ein
fenes Feld und die Kammer hallte wieder von Reden, in
›lchen die Abgeordneten sich gegenseitig lobten, die eigene
ıätigkeit priesen und sich als Retter des Volkes aufspielten!
ı war noch nichts beschlossen, nichts reformirt und schon
›bärdete sich die Konföderation, als ob sie die grossen Dinge
leistet hätte, die geeignet waren, Zuversicht zu verleihen.
ıd all das warum? Weil der König von Preussen Russland
ımal die Zähne gezeigt hatte! ...

Einstimmig wurde eine Armee von 100 000 Mann votirt.
e existirte zwar nur in der Phantasie, man war aber schon
reit, Russland den Krieg zu erklären. Kaum war ein Heer
f dem Papier geschaffen, so kam andererseits gleich die
sorgniss, dieses Heer möchte die Freiheit der Nation bedrohen;
r es doch von dem Kriegsdepartement abhängig, und dieses
:tisch durch den König regiert. Der König könnte allmächtig
rden und, von der Armee unterstützt, nach eigenem Gutdünken
ıwärtige Politik treiben. Solches Unglück muss man ver-
ten, und es entsteht eine Koalition der verschiedensten
ımente. Da sehen wir die Intriganten der Hetmanspartei,
Vorkämpfer der Szlachta-Freiheiten, die Opponenten und
rufsanarchisten, die patriotische Jugend, exaltirte Frauen
d rachsüchtige frühere Geliebte des Königs sich die Hände
chen, um das Kriegsdepartement umzustürzen und dem König
len Einfluss auf die Armee zu nehmen. Das Kriegsdepartement
d — fügen wir hinzu — der gesunde Verstand wurden tapfer

von allen Anhängern des Königs vertheidigt. Der Kampf war andauernd, hartnäckig und ernst, wohl der ernsthafteste dieser ganzen Periode. Es schien für einen Augenblick, als ob der Sieg dem Könige bliebe. Einige Blicke hinter die Kulissen haben uns aber gezeigt, dass Sapieha bereit war, die bedrohte Volksfreiheit mit Hülfe der preussischen Truppen zu retten und unter dem Schutz derselben eine neue Konföderation zu schaffen. Glücklicherweise kam es nicht dazu; das Kriegsdepartement wurde abgeschafft, der König und seine Partei wurden geschlagen zum Jubel des Publikums, der sich unverhohlen in allen Salons und auf den Strassen kundgab mit der ausdrücklichen Betonung, man habe den König und den russischen Gesandten besiegt. Nach diesem Triumph schreitet die Opposition zu neuen Reformen, die Garantieverträge werden verletzt und Stackelberg veranlasst, mit dem Zorn der Kaiserin zu drohen. Umsonst fleht der König seine Gegner an, die Verträge zu achten, umsonst mahnt er sie und warnt vor Konflikten mit der benachbarten Macht. Diese Warnungen werden mit Hohn aufgenommen und geben Veranlassung zu neuen Beschlüssen, welche nur zum Zweck haben, Stanislaw August alle Vorrechte und jedweden Einfluss zu nehmen. Bald wird ihm das Recht der Ernennung der Offiziere bestritten, bald die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten in Frage gestellt; fast jeder Antrag der Opposition enthält eine gegen ihn gerichtete Maassregel; derselbe wird diskutirt und in den meisten Fällen durch die ihm feindliche Mehrheit zum Beschluss erhoben; wo die Mehrheit fehlt, wird mit Auflösung der Kammer gedroht und damit der Wille der Opposition durchgesetzt. Nachdem so die Macht des Königs und seiner Regierung auf alle Weise verstümmelt und geschwächt worden war, kam die Reihe an den permanenten Rath. Die Opposition griff auch diesen an; obschon derselbe von den Theilungsmächten garantirt war, erfolgte die Abschaffung rasch. Dieser eigenmächtige Akt stellte die Republik vor unmittelbare Kriegsgefahr, noch bevor ein einziger Soldat der votirten Armee ausgerüstet war. Es kam zwar damals nicht zum Kriege, nichtsdestoweniger diente eben diese Abschaffung des permanenten Raths als legitimer Vorwand für den nächsten Angriff, den Russland auf Polen machte. War nun diese Abschaffung eine Nothwendigkeit? war ihr Nutzen bedeutend genug, um die Un-

vorsichtigkeit zu entschuldigen? Nein, entschieden nicht! Nach hundertjähriger Anarchie war diese Behörde der erste Versuch gewesen, die verschiedenen Organe des öffentlichen Dienstes zusammenzufassen. Dem permanenten Rath verdankte das Land öffentliche Sicherheit, die Anfänge eines administrativen Dienstes, die Ausführung der Gerichtsurtheile, Gleichgewicht im Budget, eine unbedeutende, aber gut verwaltete Armee, viele Erziehungsanstalten, einige Bergwerksbetriebe und die materielle Hebung mehrerer Städte. Solche Vortheile hatte man erlangt trotz allgemeiner Verkommenheit, weil der König und einige seiner treuen Anhänger unermüdlich durch den permanenten Rath wirkten; da nun ein besserer Geist der Nation sich allmählich bemächtigte, durfte man noch mehr heilsame Reformen erwarten. Und doch wurden alle solche Erwägungen beiseite geschoben, sobald der Vorwurf auftauchte, welcher die Mitglieder des permanenten Raths als Kreaturen der russischen Regierung bezeichnete und den ganzen Rath ein russisches Werkzeug nannte. War dieser Vorwurf aufrichtig? Sollte der permanente Rath nicht doch einer Umwandlung fähig gewesen sein in der durch steigenden Patriotismus gereinigten Atmosphäre und mit dem Unabhängigkeitsdrang, der sich geltend machte? Wir wissen doch, dass die Mitglieder des Rathes aus dem Reichstag durch geheime Abstimmung erwählt wurden. Wer hinderte die Abgeordneten, nur Solche zu wählen, deren Ruf makellos, deren patriotische Gesinnung über alle Zweifel erhaben war? Der König hätte der Mehrheit keinen Widerstand geleistet. Um also eine Regierung zu haben, deren Gesinnung eine zuverlässige gewesen wäre, brauchte man weder zur Abschaffung des permanenten Rathes zu greifen noch zur verhängnissvollen Vertragsverletzung und der damit verbundenen Aufreizung der rachsüchtigen garantirenden Macht; es würde genügt haben, gewissenhaft zu stimmen bei der Wahl der Mitglieder des Rathes. Solange die äussere Beschaffenheit des Rathes unangetastet blieb, konnte Stackelberg dem Reichstag keine Vorwürfe machen, und bei einer geschickten Benutzung dessen, was vorhanden war, hätte man leicht Gelegenheit zu den gewünschten Reformen gefunden. Hatte doch Katharina in jener Zeit manchen Grund, Polen zu schonen. Allein bei solchem Verfahren hätte der König seinen im Rathe erlangten Einfluss beibehalten, und

das eben wollte man nicht; man schaffte den Rath ab, errichtete gesonderte Kommissionen und führte eine Resolution herbei, welche von dem uralten Misstrauen der Magnaten und des Ritterstandes gegen ihren Monarchen herrührte. Ergriff dieses Misstrauen die Gemüther, so war alle Vorsicht Russland gegenüber vergessen. Der Reichstag verlor seine legale Grundlage und damit jedes Maass in seinen Handlungen und Beschlüssen, zugleich aber wurde er von Blindheit geschlagen gegenüber allen Gefahren, welche ihm von Russlands Seite drohen konnten, und für die Hinterlist, welche Preussens Politik kennzeichnete.

Hat der Reichstag diese schweren Fehler durch innere Ordnung, Thatkraft und Energie aufgewogen oder gut gemacht? Keineswegs. Seine Aufgabe war schon schwierig genug, und er erschwerte dieselbe hundertfach durch Abschaffung der Regierung. Zwar vermochte seine Regierung die Geschwätzigkeit einzelner Abgeordneter, die allgemeine Unordnung der Verhandlungen, das Anhäufen der Anträge zu verhindern und die Wirkungen einer Geschäftsordnung zu ersetzen, was bis zum Ende dieser Periode fehlte; man darf aber vermuthen, dass neben einer bestehenden Regierung die Verhandlungen im Reichstag besser fortgeschritten, und mit Sicherheit ist anzunehmen, dass seine Beschlüsse rascher und mit besserem Erfolg im Lande durchgesetzt worden wären. Wie oft geschah es, dass der Reichstag über Fragen zu berathen hatte, welche umfangreiche Arbeit und Untersuchungen seitens der verwaltenden Behörden erheischten, nun aber wegen Mangels solcher Vorarbeiten aufs Gerathewohl und ohne die geringste Kompetenz entschieden wurden. Wie oft befand sich die Versammlung in einem Labyrinth von Schwierigkeiten, in dem sie im Dunkeln tappte, um ihre eigene Impotenz zu empfinden, und aus dem sie mit unsinnigen Maassregeln herauskam, Maassregeln, die später dem Reichstag selber lästig fielen. Ueber drei sehr dringende und hochwichtige Gesetze: über die Kriegskommission, über die Erbschaftssteuer und über den Etat der Armee, wurde ein halbes Jahr hindurch mühsam verhandelt; sie stehen da als trauriges Zeugniss für Gesetzgeber, die durch Unfähigkeit und Einbildung dem Werk der Wiedergeburt am meisten schadeten. Die Schlachtsteuer wurde zwei Wochen lang berathen; mit welchem Erfolg? Hätte man nur einige kompetente Juden, die mit Vieh han-

delten, befragt, so wäre dieses Gesetz, welches man allsogleich wieder abschaffen musste, nicht zu Stande gekommen. Andere Gesetze wiederum erfuhren eine summarische Behandlung, die uns heute in Erstaunen setzt, so z. B. die Konfiskation der bischöflichen Güter des Krakauer Bisthums, die nichts als Vergewaltigung des Eigenthumsrechtes und Verkommen der bischöflichen Städte und Dörfer ohne den geringsten Vortheil für die Staatskasse nach sich zog. So auch der Beschluss, eine Armee von 17 000 Mann plötzlich auf 100 000 zu erhöhen, ohne dass man eine Ahnung hatte, aus welchen Quellen die Mittel für eine solche fliessen sollten. In dreiviertel Stunden wurde die Allianz mit Preussen fix und fertig beschlossen, ohne zu erwägen, welche Folgen ein solcher Schritt haben könnte. Bevor noch der Etat der Armee berathen ward, bevor die Steuern auferlegt wurden, hatte der Reichstag dekretirt, dass die Kavallerie an Zahl alle übrigen Waffen überragen müsste, ohne zu bedenken, wie das nur zum Nachtheil der ganzen Armee geschehen, die Organisation derselben verderben und die Besoldung der Truppen unmöglich machen musste. Unter dem Eindruck tendenziöser und ungenauer Berichte aus der Ukraine erliess man übereilte Befehle, welche Unfrieden und Blutvergiessen zwischen den russischen und polnischen Truppen herbeiführen konnten. Dieselbe Parteilichkeit verbot die Kornausfuhr und beraubte die Ukraine ihrer besten Einkünfte. Als weiteres schlimmes Symptom muss man die Leichtgläubigkeit betrachten, mit welcher die Berichte aus Wolhynien von dem Reichstag aufgenommen wurden, was zu schweren Komplikationen infolge der vom Reichstag getroffenen Maassregeln führte. Kurzum, von allen bis dahin gefassten Beschlüssen des Reichstags verdienen nur zwei unbedingtes Lob: das Gesetz über die Civil- und militärischen Ordnungskommissionen und die Präliminarien der städtischen Gesetze. Gern würden wir den Steuerbeschluss des Zehnten von den Rittergütern hinzufügen, wenn derselbe nicht solche schmerzliche Enttäuschung bereitet hätte. Mit einem Wort: von diesen Versammlungen lässt sich sagen, was Mirabeau von der französischen Nationalversammlung derselben Epoche behauptet hat, dass sie ganze Monate hindurch über einen Buchstaben diskutirte, um dann in einer Sitzung die ganze Staatseinrichtung über den Haufen zu werfen! Besseres

kann man aber auch nicht erwarten, wo keine höhere Würde und keine höhere Macht Uebereilungen und andere Velleitäten hemmen und das Ganze leiten. Hervorheben können wir, dass der polnische Reichstag im Ganzen mit Ruhe und Anstand verlief und niemals ein Schauplatz heftiger und roher Auftritte wurde; aber dass es so blieb, verdankte man dem Könige, welcher durch seine Gegenwart zum Anstand zwang und in hohem Grade die Kunst besass, unliebsame Scenen durch treffende und immer höfliche Bemerkungen zu verhüten. Es wäre wohl manchmal zum Säbelziehen gekommen ohne sein Dazwischentreten.

Die Ausführung der oben aufgezählten Beschlüsse liess dann wieder ebenso viel zu wünschen übrig wie die Berathung derselben. Es konnte auch kaum anders sein, weil der Reichstag sich nicht mit der gesetzgeberischen Gewalt begnügte, sondern auch regieren wollte. Statt eine Kontrolbehörde zu schaffen, mass er sich auch diese Thätigkeit an, ohne zu bedenken, dass eine Versammlung von 300 Menschen keine Aufsicht ausüben kann. Die einzelnen Kommissionen waren voneinander unabhängig; es fehlte an einem Organ, das um die Thätigkeit jeder einzelnen wusste und alle miteinander verband. Es geschah, dass die Kriegskommission Soldaten rekrutirte, ohne zu wissen, ob die Finanzkommission im Stande sei, dieselben zu besolden; die Ordnungskommissionen usurpirten die Gerichtsgewalt in verschiedenen Landkreisen, und mancher Unschuldige fiel ihren Maassregeln zum Opfer; das Ganze war ein Bild grenzenloser Verwirrung. Die Kommissionen wurden thöricht zusammengesetzt. Civilbeamte hatten die Aufgabe, die neue Armee zu organisiren; Einzelnen, die ihre Inkompetenz fühlten, wurde die nachgesuchte Entlassung verweigert, und die Armee, welche sie schufen, blieb trotz der Bemühungen einzelner begabter Offiziere einem Landsturm ähnlich. Die Kriegskommissare versäumten die Sitzungen dermaassen, dass man wochenlang die gesetzlich vorgeschriebene Mitgliederzahl nicht erreichte. Auch die auswärtige Deputation war von unfähigen, wenn auch grundehrlichen Leuten zusammengesetzt. Ihre grosse Anzahl (16 Mitglieder) verbürgte schon dem Reichstag, dass nichts geschehen konnte ohne sein Mitwissen. Diese Oeffentlichkeit von Verhandlungen, welche ihrer Natur nach geheim bleiben mussten, hatte bald zur

Folge, dass die wichtigen Fragen in gesetzwidriger Weise von ein paar Leuten entschieden wurden. Und nun zum Schluss ist es unsere Pflicht, nochmals die traurigste aller damaligen Erfahrungen zu berühren.

Der Reichstag legte zwar den Rittergütern die Zehntensteuer auf, überliess aber die Einschätzung derselben dem Ritterstande selber. Diese Einschätzung sollte durch Eidleistung gesichert werden, und was brachte sie? Ein Drittel der erwarteten Summen! Man hatte aus dieser Quelle die Millionen erhofft, welche die Organisation des Heeres decken sollten. „Millionen sind wohl vorhanden“, verkündet ein damaliges Pamphlet, „wo sind sie aber? In den Taschen bleiben sie. Niemand wird leugnen können, dass wir eine Regierung haben und Tapferkeit und Grossmuth besitzen, leider sind wir auch meineidig!“ Die Unordnung und allgemeine Verstimmung, welche durch die Abschaffung des permanenten Rathes sowie durch eine Menge verwirrender Anordnungen hervorgerufen wurden, der Zeitverlust und die Vergeudung patriotischer Gesinnung waren Niemandem willkommener als demjenigen Monarchen, dem dieser Reichstag und die leitenden Staatsmänner ihr unbedingtes Vertrauen geschenkt hatten. Während der ganzen Periode, welche wir geschildert haben, und lange Zeit hinterher hatte dieser Monarch nur einen Zweck: von Polen Danzig und Thorn zu erlangen, sei es durch Umtausch mit Galizien oder auf anderem Wege. Dies war der Kern seiner Politik und die Quelle der Freundschaft, die er in Warschau so unerwartet bekundet hatte. Ein gewaltsamer Akt der Konföderation, der den Bürgerkrieg in Polen hervorgerufen hätte, oder ein Angriff Russlands infolge der Neuerungen, welche der Reichstag eigenmächtig einführte, Beides hätte ihm die Gelegenheit geboten, seine an der Grenze aufgestellten Truppen in die Republik einrücken zu lassen. Deswegen hatte er auch der Opposition versichert, dass er jederzeit bereit sei, sie mit seiner Armee zu unterstützen, und aus demselben Grunde ermunterte er dieselbe, Russland die Stirn zu bieten. Als Stackelberg in einer polternden Note den Reichstag ermahnte, die Garantie zu achten, beeilte sich der König von Preussen, zu erklären, dass er auf die Garantierechte, welche er mit Russland und Oesterreich theilte, verzichte; damit wurde der Reichstag einfach aufgefordert, die

bestehenden Verträge zu verletzen. Bald genug wurde der russische Einfluss in Warschau durch solche Maassregeln untergraben; Friedrich Wilhelm war froh, es beweisen zu können, dass es auch in seiner Macht läge, Russland für die Verschmähung der Allianz mit Preussen zu strafen; zugleich aber bewies er, dass die Polen unbeständig wären und dass es für Russland keinen Zweck hatte, die Theilung dieser kleinen Macht länger aufzuschieben.

Diese macchiavellistische Politik, tief durchdacht und von Lucchesini mit unvergleichlicher Findigkeit ausgeführt, schlug jedoch theilweise fehl, obwohl sie der polnischen Republik unberechenbaren Schaden zufügte. Der konföderirte Reichstag wurde nicht zerrissen, dank der geduldigen Nachgiebigkeit des polnischen Königs, und somit kam es nicht zu einem Bürgerkrieg; in Russland gestalteten sich die Dinge auch etwas anders, als man in Berlin erwartete; Katharina, obwohl sehr beleidigt, folgte dem Rath des österreichischen Kanzlers, temporisirte und gab sogar den Forderungen der Republik nach, als dieselbe den Garantievertrag verletzte und die Zurückziehung der russischen Truppen verlangte. Die Kaiserin konnte eben ihren Zorn zeitweise überwinden und das Ende des orientalischen Krieges abwarten, um dann ihre Rechnung mit Polen abzuschliessen. Sie begriff sehr wohl, dass es hier vor Allem galt, jeden Vorwand zu einer preussischen bewaffneten Intervention in Polen zu hintertreiben. Friedrich Wilhelm hatte einen Sieg errungen, den er nicht gewünscht; er hatte die Republik von dem Druck der russischen Uebermacht befreit, ihre Ländereien von fremden Truppen räumen helfen und in ganz Europa den Ruhm eines selbstlosen und mächtigen Beschützers des gefährdeten Polens erworben. Alle diese Erfolge hatten ihm aber nicht dazu verholfen, seine Grenzen auf die gewünschte Weise zu erweitern. Die Vorsicht erheischte, auf diesem Wege nicht fortzuschreiten und den Augenblick wahrzunehmen, in dem er die kriegführenden Mächte für seine Umtauschpläne gewinnen könnte. Die Leiter der siegreichen Opposition in Warschau waren aber anderer Meinung; sie verlangten von ihm, dass er durch einen Vertrag seine grossmüthigen Absichten bestätige. Nichts konnte seinen Absichten mehr zuwiderlaufen als ein Bündniss mit einem schwachen Staate, dem die Mittel fehlten, sich zu wehren, den

zu plündern aber nicht wohl thunlich war, sobald derselbe als Verbündeter dastand. Die Anerbietungen der Polen anzunehmen, schien ein Unding, dieselben entschieden abzulehnen, nachdem so viele Erklärungen abgegeben waren, blieb ebenso misslich. Der König meinte, sich aus dieser Schwierigkeit zu retten, indem er immer neue Ausreden erfand, um die Warschauer Politiker hinzuhalten. Bald verwies er auf den unsicheren Ausgang des türkischen Krieges, bald auf den Mangel einer stabilen Regierung in Warschau. Hier verstand man die Dinge anders. Der Friede im Orient, der nah zu sein schien, hatte endlich die Augen der Staatsmänner für die Gefahren geöffnet, welche ihnen von den Kaisermächten bevorstanden, falls dieselben auf ihren Garantierechten bestanden! Wie sollte da die Republik den siegreichen Armeen dieser Kaisermächte Widerstand leisten? Hatte man doch die Rathschläge Preussens befolgt nur in der Hoffnung, dass dieser Staat Beistand leisten würde; wäre es nicht besser, da von dieser Seite die Hoffnung getäuscht worden, gleich Einvernehmen mit Russland zu suchen? Es war ein entscheidender Augenblick. Lucchesini übersah wohl die ganze Lage und wandte seine ganze Beredsamkeit auf, um dem Berliner Kabinet klar zu machen, dass es sich für alle Zukunft um den preussischen Einfluss in Warschau handle. Um Zeit zu gewinnen, bediente er sich wohl des Vorwandes, dass die Regierung in Polen noch nicht geschaffen sei. Er hoffte wohl auch, dass sich derweil die Lage im Orient besser beurtheilen lassen würde. Endlich gab der König von Preussen seinem Gesandten nach, und ein Bündniss ward versprochen, immer in der Hoffnung, die Reichstagsverhandlungen über die neue Verfassungsform möchten einige Monate dauern. Diesen Erwartungen entgegen hatte der Reichstag in drei Tagen die Vorlage der Deputation berathen und die allgemeinen Grundzüge einer Regierung festgestellt, und mit einem Mal stand die Republik zu Neujahr ganz bereit, die Verhandlungen um das Bündniss anzufangen. Das war das Werk von Lucchesini, das Verdienst seiner trügerischen Politik, zugleich aber die Folge der beiderseitigen Illusionen, sowohl der polnischen wie der preussischen. Die Polen schmeichelten sich, dass der König von Preussen sie uneigennützig gegen Russland vertheidigen würde; Friedrich Wilhelm täuschte sich seinerseits darüber, dass Polen ihm die

westlichen Provinzen abtreten würde, um seinen Beistand zu gewinnen. Bittere Enttäuschung musste auf beiden Seiten erfolgen; für Polen um so verhängnissvoller, als es sich mit Russland verfeindet hatte in dem Augenblick, da es mit Preussen in ein platonisches Verhältniss getreten war.

Die Kopflosigkeit und die Naivetät der polnischen Politiker ist erstaunlich gewesen: noch unerklärlicher scheint uns aber, dass Stanislaw August, welcher doch die preussische Politik durchschaute und ihr von Anfang bis zum Ende misstraute, sich doch bewegen liess, an dieser Aktion theilzunehmen. Bevor wir ihn aber verurtheilen, wollen wir hier untersuchen, ob es für ihn möglich gewesen wäre, anders zu handeln. Seit dem Beginn der Konföderation hatte er stets den preussischen Einfluss bekämpft; er suchte die Gewaltthaten der Opposition zu verhindern und bemühte sich, von seinem Bruder, dem Primas unterstützt, vor den Gefahren einer Verfeindung mit Russland zu warnen. Allein Alles war umsonst; er besass nicht das Vertrauen der Nation. Wir wollen nicht leugnen, dass der König dieses Misstrauen zum Theil durch seine Vergangenheit verdiente; man muss aber zugleich bedenken, dass manche Erfahrung, viel Unglück und ein langes Stück Leben ihn von vielen Fehlern gereinigt, ihn ernster gestimmt und seine Hingebung für das Vaterland beträchtlich gesteigert hatten; er fühlte den Tod herannahen und wollte die Zukunft des Landes sichern. Etwas mehr Rücksicht auf seine Meinung gebührte ihm sicher, denn in politischen Dingen konnte Niemand genauer unterrichtet sein und Niemand von besseren Wünschen für das Land beseelt sein als er. Leider überzeugte er Niemanden unter seinen Gegnern, musste sich vielmehr selber überzeugen, dass jede seiner Warnungen nur die Zahl seiner Feinde und ihr Misstrauen vermehrte. Da er sich nicht widersetzen konnte und auch nicht das Land und den Reichstag verlassen wollte, wie sein Bruder es gethan, so musste er sich fügen. Vielleicht hätte er bei grösserer Charakterfestigkeit mancherlei ausgerichtet; hieran aber gebrach es ihm. Ein Anderer hätte vielleicht unter den obwaltenden Umständen der Krone entsagt; zu diesem Entschluss fehlte ihm die Kraft, und damit hat er seinem Andenken am meisten geschadet. Ob er durch das Abdanken seinem Vaterlande einen Dienst geleistet hätte, bleibt indessen

zweifelhaft. Wie dem auch sei, der König überliess sich dem Strome und begnügte sich mit der Rolle des Vermittlers, um hier und da zu hemmen oder zu versöhnen. Hervorheben müssen wir, dass er dabei Vieles geleistet und manches Unglück abgewendet oder verzögert hat. In der Folge, als das Verhängniss das Vaterland ereilte, verstand er durch kunstvolle Dialektik, seine eigene Schuld und Verantwortlichkeit zu schmälern und sein eigenes Gewissen zu betrügen. Einstweilen begann er, an die gleichgültige Ruhe der Kaiserin und ihrer Diplomaten zu glauben, und vertraute der scheinbaren Grossmuth des Königs von Preussen, ohne jedoch sein Misstrauen gegen Hertzberg und Lucchesini aufzugeben. Ein Urtheil über diesen König ist überhaupt schwer zu fällen. Man darf ihn weder ganz verurtheilen, noch ganz entschuldigen. Besser und klüger als die Meisten, besass er doch schwere Fehler; ein klarer Kopf, mit treffendem Urtheilsvermögen und Voraussicht ausgestattet, zeigte er aber grosse Unbeständigkeit der Meinung! Was er denkt, erfährt und billigt man, was er thut, ist oft tadelnswerth. In der Epoche, welche wir geschildert haben, wurden aber von Allen solche Fehler begangen, solche Fahrlässigkeit geduldet und so verhängnissvolle Missgriffe gethan, dass es in der Folge unmöglich ward, trotz besserer Einsicht die schweren Folgen abzuwehren. Der grösste Theil der Verantwortlichkeit fällt unserer Meinung nach nicht auf den König; wir kennen Persönlichkeiten, welche weit schuldiger waren, und fast Niemand blieb dazumal frei von Schuld. Der Reichstag zählte wohl tugendhafte Mitglieder, die auch Patrioten waren, viele darunter waren begabt, einige klug und gebildet; es fehlte aber an wirklichen Staatsmännern. Trotzdem berühren die Worte des Dichters, welcher die Schuld der dritten Theilung vom Reichstag in Grodno auf den vierjährigen Reichstag abwälzt und in diesem den Anfang zu jenem sieht, höchst peinlich.

Wo lag die Ursache der Ursachen? Vielleicht wird die Schilderung der nachfolgenden Zeit uns darüber aufklären. Hier wollen wir mit einer Bemerkung schliessen, welche ohnehin manchem Leser bei der Betrachtung von Polens Unglück schon gekommen sein wird. Die heutige Aufgabe des polnischen Volkes ist weit schwerer als diejenige der anderen Nationen, denn es ist viel schwerer, ein gefallenes Volk aufzurichten,

als ein gesundes zu erhalten. Patriotismus und geistige Befähigung sogar, politischer Verstand, wenn solcher sich wirklich fände, genügen noch nicht. Etwas Höheres ist noch unbedingt nothwendig: Gottes Segen, den wir nur durch ein würdiges Dasein verdienen können. Sonst wird Alles täuschen; der Eifer kann erlöschen, der Verstand zweifeln und Fähigkeiten zu Einbildungen ausarten. Wir haben hier geschildert, wie zwar Alle die Wiedergeburt anstrebten, doch: „der Weg war lang und sie gingen ihn vergeblich, denn gottlos war der König und gottlos war das Volk“.

Anhänge.

Anhang 1.
Siehe Anm. des Ueb. S. 72.

Geh. Staatsarchiv zu Berlin. [Sine loco], 28 avril 1788.
R 9 27. Berichte des p. v. Buchholtz.

Der König an Finckenstein. Eigenhändiges Schreiben. (Kabinets-Ordre.)

„J'ignore quelle mouche a piqué le roi de Pologne pour le porter à la harangue ridicule dont Buchholtz nous a fait part; il est à croire que les nouvelles du sieur Zablocki y ont donné lieu, qui a donné plus d'une fois, des marques de grande crédulité et de beaucoup de crainte. Il me parait fort à sa place de lui faire témoigner ma surprise de cette singulière équipée de son maitre. Il faudra aussi écrire à Buchholtz en conséquence pour qu'il relève cette démarche du Roi comme il convient."

Anhang 2.
Siehe Anm. des Ueb. S. 183.

Geh. Staatsarchiv zu Berlin.
R. 9. 27. Acta betr. die polnisch-russische Allianz.

Immediatbericht des Auswärtigen Departements. Berlin, 27. Oktober 1788.

„ . . . . . C'est tout ce qu'il y a de mieux à faire à présent, depuis que le Roi de Pologne a trouvé moyen de faire passer à la confédération l'augmentation et le commandement de l'armée, malgré les grandes espérances que le sieur de Buchholtz avait données avant la Diète, d'empêcher tout cela, et que V. M. lui a aussi fourni les moyens de former un parti . . . . ."

Anhang 3.
Siehe Anm. des Ueb. S. 187.

Geh. Staatsarchiv zu Berlin.
R. 9. 27. Sendung Lucchesinis nach Warschau.

Lucchesini an Hertzberg. Warschau, 18. Oktober 1788.

„ . . . . . Tant qu'il s'est agi d'aller de concert avec l'ambassadeur de Russie, il a très bien rempli sa tâche; mais, dès qu'il a fallu se séparer de lui et traverser même les projets de la Russie, le ministre de Saxe ici a dû concourir aux démarches décisives que les projets singuliers de la cour de Pétersbourg semblaient exiger du ministre prussien, pour attirer l'attention

de la nation sur un objet intéressant. Arrivé ici, je l'ai trouvé un peu trop enclin à bien espérer des moindres apparences de succès. On lui a fait entendre qu'avec une nation aussi légère, aussi corrompue, aussi intimidée que les Polonais le sont, il est à craindre qu'une effervescence de patriotisme était une base chancelante pour y asséoir l'espérance d'une diminution de l'influence russe......"

Anhang 4.
Siehe Anm. des Ueb. S. 186 u. 215.

Geh. Staatsarchiv zu Berlin.
R. 9. 27. Sendung Lucchesinis nach Warschau.

Bericht Lucchesinis. Warschau, 21. Oktober 1788.

„...... Car les avances des troupes russes séjournant presque continuellement en Pologne, le despotisme révoltant de l'Empereur en Gallicie et le tarif prussien pour le commerce de la Vistule, avec le monopole du sel, ne réconcilieront jamais la Pologne avec aucune des trois puissances copartageantes. Et il sera plus aisé à V. M. d'obtenir la reconnaissance que la confiance des Polonais. Le danger auquel l'alliance avec la cour de Russie allait les exposer n'a fait que supprimer la crainte d'une invasion des troupes prussiennes en Pologne ....."

„...... je suis ..... intimement persuadé que, quelque avantage que V. M. pût offrir à la République de Pologne ou quelque acquisition qu'on fût en état de lui procurer, ne porteraient jamais ses Etats assemblés à la Diète à convenir volontairement d'un troc qui vous fit obtenir une partie de la Grande-Pologne. L'intérêt personnel est le seul guide de tous les individus de cette nation légère et corrompue: La noblesse tient trop aux avantages que l'anarchie actuelle semble lui procurer, pour qu'on puisse supposer avec vraisemblance qu'ils se prêtassent de bon gré à passer sous la domination prussienne pour procurer aux nobles Galiciens l'avantage inestimable d'être délivrés du despotisme autrichien. Le parti qui s'est déclaré pour V. M. à la Diète actuelle à l'occasion de la note présentée par M. de Buchholtz, est composé 1⁰ de tous les ennemis de la Cour et du Roi aveuglément attaché à la Russie, 2⁰ des patriotes indépendants de la cour de Russie, opposés par conviction à ses vues et trop riches pour être corrompus, 3⁰ des sujets mixtes de l'Empereur qui voient en V. M. un ennemi naturel de leur oppresseur, 4⁰ des possesseurs des terres de la Grande-Pologne qui redoutent votre puissance, Sire, et craignent un nouveau partage, 5⁰ des adhérents à la puissante famille Czartoryski, qui ont à la tête une femme entreprenante, ennemie des Russes, qu'elle suppose antérieurs [sic!] à ses vues ambitieuses sur la couronne de Pologne en faveur de son fils aîné ou de son gendre. Chaque parti a ses vues, ses principes

ses intérêts: ils voudraient tous les suivre et les satisfaire à l'ombre de votre protection, mais personne ne se déterminerait à faire volontairement quelque chose pour l'agrandissement de V. M. . . . ."

„Mais si des raisons d'Etat prescrivent à V. M. la nécessité de Se mêler de la guerre actuelle, Elle pourrait, autant que je suis en état d'en juger, tirer les plus grandes avantages de la disposition des esprits en Pologne. Dès que les Polonais ne voient dans les troupes prussiennes que les ennemis des Russes et des Autrichiens, toute la nation, Sire, oubliant son propre danger, sera pour vous. Les Galiciens, excédés du jong arbitraire et oppressif des Autrichiens et ranimés par l'espoir de regagner l'indépendance, supporteraient volontiers le fardeau de l'entretien de l'armée. Le moindre succès grossirait le parti prussien en Pologne et faciliterait ensuite la cession projetée. . . . ."

„. . . . . il est hors de doute que, s'il était de la prudence de préférer l'attachement vif, mais momentané d'une nation aussi inconséquente et d'un Etat aussi précaire que les Polonais à un projet d'agrandissement considérable, V. M. trouverait les plus grandes facilités à mettre la nation en état de pouvoir conclure avec Elle un traité d'alliance, sa marotte (s'il m'est permis de m'expliquer ainsi) étant d'accéder à l'Union Germanique." . . . . .

Anhang 5.

Siehe Anm. d. Ueb. S. 262 u. 263.

Geh. Staatsarchiv zu Berlin.
R. 9. 27. Acta betr. die polnisch-russische Allianz.

Bericht von Buchholtz und Lucchesini. Warschau, 8. November 1788.

„. . . . . Plusieurs patriotes, blessés par le discours du Roi et animés contre lui, auraient souhaité que moi, Buchholtz, je fisse paraître à la prochaine assemblée de la Diète une seconde déclaration, pour exposer que V. M. ne veut pas que la nation polonaise soit gênée sur l'article d'une Diète toujours prête et permanente de deux ans à deux ans, qui implique nécessairement l'abolition du Conseil permanent; révolution à la vérité désirable, mais qui, d'après les instructions de V. M., doit s'amener sous main, vu que le Conseil permanent est garanti par la constitution de 1775.

Ni moi, Lucchesini, ni moi, Buchholtz, n'avons rien trouvé dans les instructions de V. M. qui puisse nous autoriser à décider par une démarche ministérielle une question aussi importante, avant d'avoir reçu là-dessus les ordres de V. M. . . . . ."

Anhang 6.
Siehe drei Anm. des Ueb. S. 302.

Geh. Staatsarchiv zu Berlin.
R. 9. 27, Acta betr. die polnisch-russische Allianz.

Ministerialreskript an Buchholtz und Lucchesini. Berlin, 17. Dezember 1788.

„..... Je vois d'ailleurs par votre dépêche que la Diète s'occupe à présent principalement de l'envoi des ministres étrangers et de la formation d'un département des affaires étrangères, sans songer à réaliser l'augmentation de l'armée.

Vous faites fort bien et selon mes intentions de ne pas vous opposer directement à cette augmentation, mais aussi de n'y rien contribuer et de vous tenir sur le passif. .....“

Bericht Lucchesinis vom 8. Dezember.

„..... Il y a apparence qu'on se bornera ou à affaiblir extrêmement le pouvoir du Conseil permanent ou à mettre à sa place des commissions particulières et séparées qui entre une Diète et l'autre seraient les dépositaires du pouvoir exécutif du souverain dans les différentes branches d'administration confiées à leurs soins .....“

Geh. Staatsarchiv zu Berlin.
R. 9. 27. Sendung Lucchesinis nach Warschau.

Bericht Lucchesinis. Warschau, 11. Dezember 1788.

„..... Mon très-humble rapport [du 8 décembre] contenait le plan qu'on va suivre pour rendre le Conseil permanent moins dangereux à la liberté publique ou pour y substituer des commissions dans lesquelles un ministre vigilant et actif de V. M. pourra se ménager à peu de frais l'influence que la nation désire de voir prendre à la cour de Berlin dans le gouvernement de Pologne. Ce désir, Sire, se manifeste à moi tous les jours davantage par les avis qu'on se plaît à me demander et qu'on commence à suivre avec assez de docilité. .....“

Anhang 7.
Siehe Anm. des Ueb. S. 415.

Geh. Staatsarchiv zu Berlin.
9. 27. Dépêches du Marquis de Lucchesini.

Ministerialreskript an Lucchesini. Berlin, 16. März 1789.*)

„..... Les patriotes polonais sont trop exigeants et trop inquiets. mets beaucoup de prix à leur confiance, et je ne manquerai pas de la nager autant que possible, quand il s'agira de leur rendre des services els pour des objets d'un intérêt important et commun; mais il ne faut s les prodiguer ni m'exposer pour des intérêts moindres et passagers. vant que de me porter à des extrémités qui mèneront apparemment à e guerre, il faut absolument que je sois sûr de la Porte Ottomane et de persévérance dans la guerre contre les deux Cours impériales, ce qui vient fort problématique dans les circonstances présentes, mais doit claircir bientot.) .....“

Geh. Staatsarchiv zu Berlin.
9. 27. Warschau, Berichte des p. Buchholtz.

Ministerialreskript an Buchholtz und Lucchesini. Berlin, . März 1789.

„..... La confiance de la nation polonaise m'est à la vérité précieuse, is il ne serait pas prudent le l'acheter en commençant une guerre pour re sortir de la Pologne 2 à 3000 Russes qui gardent leurs magasins. faut d'ailleurs attendre quelle réponse la Cour de Russie fera à la rnière note des Etats: c'est alors que je pourrai prendre avec la Diète parti définitif.) .....“

„..... (Vous pouvez hardiment assurer les seigneurs polonais conents que, quelque tournure que prenne ma relation vis-à-vis de la Cour Russie, je n'abandonnerai jamais la nation polonaise qui s'est jetée de nne foi entre mes bras, mais que je ferai tout mon possible pour lui re obtenir et conserver un état indépendant et aussi heureux que les constances peuvent le permettre.)“

*) Dieses Citat ist aus drei Reskripten entnommen, welche zum Theil llen sehr verwandten Inhalts enthalten. Die Depesche vom 30. März Kalinka nicht angegeben.

Geh. Staatsarchiv zu Berlin.
R. 9. 27. Dépêches du Marquis de Lucchesini.

Ministerialreskript an Lucchesini. Berlin, 30. März 1789.

„...... Je juge par l'impatience que le parti patriotique témoigne à Varsovie de recevoir ma réponse à la dernière note du prince Czartoryski, qu'elle ne lui paraîtra pas assez forte et qu'il en tirera des sujets d'inquiétude. Je crois pourtant vous avoir fourni des raisons suffisants pour tranquilliser les patriotes et pour leur faire comprendre que, dans le moment présent, je n'ai pas dû faire d'avantage pour leur propre bien et pour ne pas accélérer une rupture avant le temps pour des objets mineurs et nullement proportionnés aux dangers qui pourraient en résulter.

Vous pouvez les assurer de la manière la plus forte que je n'abandonnerai jamais la nation polonaise à la discrétion de la cour de la Russie et que, si même un rapprochement pourrait avoir lieu, comme il n'en est aucunement question, je ne sacrifierais pourtant pas les intérêts essentiels de la Pologne.

J'ai encore toujours des vues très salutaires à cet égard pour la Pologne, mais qui exigent du temps et dépendent des conjonctures, qu'on peut imaginer, mais qu'on ne peut pas forcer."

Anhang 8 und 9.
Siehe Anm. des Ueb. S. 445.

Geh. Staatsarchiv zu Berlin.
R. 9. 27. Dépêches du Marquis de Lucchesini.

Note et réponse que les ministres d'Etat du Roi de Prusse ont donnée au Prince Czartoryski le 30 avril 1789.

„...... Comme le séjour et le passage continuel et indéterminé des troupes russiennes par le territoire de la ologne et la convention que Mr. l'Ambassadeur de Russie propose pour cet effet, pourraient avoir des inconvénients, en donnant quelque atteinte à l'indépendance et à la neutralité de la République, en provoquant la Porte Ottomane de demander les mêmes facilités pour ses troupes, en devenant fort onéreux aux contrées de la Pologne par lesquelles les troupes des parties belligérantes passeraient et en entretenant en effet l'esprit et les dispositions séditieuses des paysans grecs habitants de la Pologne, Sa Majesté pense qu'on pourrait prévenir et lever ces inconvénients et préjudices de part et d'autre, si la Sérénissime République les faisait représenter à S. M. l'Impératrice de Russie d'une manière pleine d'égards et de confiance dans Sa grandeur d'âme; si elle

priait cette auguste Souveraine d'épargner à la nation polonaise les dangers et les charges d'un passage continuel des troupes russiennes, facile à éviter par un médiocre détour, et si elle faisait proposer en même temps que, dans le cas d'un passage inévitable de quelques troupes russiennes par la Pologne, Elle ne veuille les faire passer qu'en petits détachements, qu'Elle en fasse faire à temps la réquisition préalable par son ambassadeur à Varsovie et qu'Elle agrée que ces troupes soient conduites par des commissaires de la République, comme cela est d'usage dans les Cercles de l'Empire d'Allemagne, même pour les troupes de l'Empereur; que la Cour de Russie n'établisse plus de nouveaux magasins en Pologne et qu'Elle laisse ceux qui y sont actuellement établis, sous la garde de quelques commissaires et de quelques gens armés pour leurs personnes, auxquelles gardes et magasins la République pourrait assurer toute la sûreté nécessaire par la protection de ses troupes .....

Sa Majesté est aussi très disposée à les faire recommander et appuyer auprès de la cour de Russie d'une manière convenable et proportionnée à l'intérêt qu'Elle prend à la tranquillité et à la prospérité du Royaume de Pologne. Elle n'attend que les résolutions des illustres Etats de la Sérénissime République sur ces objets et sur l'usage qu'ils voudront faire de Ses conseils, pour adresser les ordres et les instructions nécessaires pour cet effet à Ses ministres en Russie et en Pologne .....“

---

a. a. O.

Ministerialreskript an Lucchesini. Berlin, 30. April 1789.

...... Je crois que la République pourrait faire escorter ou accompagner à une certaine distance ces troupes de la Russie par des détachements de troupes polonaises supérieures en nombre, pour les faire observer et pour tenir en respect ses paysans grecs, ce qu'on n'a pas voulu exprimer dans la Note, qui deviendra bientôt publique, mais que vous pouvez dire de bouche à quelques personnes sages et confidentes du parti patriotique .....

..... Il ne vous sera pas difficile de faire comprendre aux membres sages de la Diète qu'on ne peut pas aller plus loin dans le moment présent et qu'il serait fort imprudent et dangereux pour la République même de faire entrer un corps quelconque de mes troupes en Pologne sur de simples bruits et soupçons d'une révolte des paysans grecs que la République peut aisément contenir par ses propres troupes en les faisant assembler et avancer toutes vers les frontières de la Russie, n'en ayant aucun besoin le long de mes frontières étendues .....“

Anhang 10.
Siehe Anm. des Ueb. S. 469.

Geh. Staatsarchiv zu Berlin.
R. 9. 27. Dépêches du Marquis de Lucchesini.

Bericht Lucchesinis. Warschau, 21. Januar 1789.

„. . . . . La séance d'avant-hier établit par une pluralité de 121 voix contre 11 (67 voix n'ayant pas voulu voter), avec les plus vives acclamations d'un nombre infini de spectateurs, l'abolition du Conseil permanent . . . .

Maintenant je tournerai mes soins à faire en sorte qu'on s'occupe des détails de la nouvelle forme de gouvernement, au lieu de passer à l'établissement des impôts pour l'entretien de l'armée qu'on veut augmenter. Cependant, les intérêts particuliers se croisent si souvent avec les besoins de l'Etat sur ce point-là qu'on ne pourrait jamais en venir à une forme d'impôts stable et proportionnée aux dépenses auxquelles cette augmentation forçait la République. Le projet qui pourrait rencontrer le moins de difficultés, serait un emprunt en pays étrangers, qui fournirait une ressource momentanée, analogue au caractère de la nation et à la manière de conduire ses affaires particulières. Mais comme le pouvoir législatif d'une Diète déroge souvent à ce que la Diète précédente a arrêté, il sera assez aisé, ce me semble, de rendre difficile à la République tout emprunt considérable en pays étrangers. J'ai cru me conformer aux ordres de V. M. qui m'enjoignent si sagement de contrecarrer, sans La compromettre, tout ce qui a rapport à l'augmentation de l'armée, en prévenant les banquiers de Gênes, auxquels les agents de la République se sont adressés, sur la nature des engagements compatibles avec la forme de gouvernement de Pologne. On vient de tenter la Cour de Cassel, et on a demandé une lettre pour le Comte de Schlieffen, auquel j'ai inspiré plutôt de l'éloignement que de l'envie de prêter l'oreille à de pareilles propositions.“

Anhang 11.
Siehe Anm. des Ueb. S. 619.

Königl. Geh. Staatsarchiv zu Berlin.
R. 9. 27. Dépêches et rapports du Marquis de Lucchesini.

Varsovie, 25 juillet 1789.

Bericht Lucchesinis an den König. — Mundum.

„..... Les progres étonnants que fait parmi les Nonces la chimere de l'établissement d'une succession héréditaire en Pologne, me prescrivent le devoir de penser aux moyens les plus convenables pour arrêter cette opinion contagieuse dans son commencement. Rien certainement de plus nuisible aux intérêts de V. M. que la réussite de ce projet, et rien de moins probable que de le voir adopter dans la Chambre, sans l'aveuglement et le concours des puissances voisines de la Pologne, mais aussi rien de moins probable, Sire, d'après mes notions, que de déterminer l'Electeur de Saxe à accepter la couronne de Pologne sans l'espérance de la garder dans sa maison indépendamment de nouvelles élections. En attendant, je tâche de porter l'attention des Polonais sur les dangers, qui, assurés de la succession, n'ont aucun motif de ménager la nation par laquelle ils ont été élevés sur le trône .....“

Lucchesinis Bericht an den König. Varsovie, 19 juillet 1789.

„.... Quant à la succession héréditaire, Sire, quoique le parti saxon augmente et étayé de tout ce qui était autrefois attaché à la cour de Vienne, semble espérer de faire agréer à la nation polonaise ce changement absolu et essentiel dans la forme de l'ancien gouvernement, plusieurs patriotes et le reste du parti russe ne sont nullement intentionnés d'y donner la main .....“

„On craint que quelques familles puissantes et nommément celle des Potocki n'aient imaginé ce plan que pour s'emparer ensuite de l'administration du pays, en subordonnant la prérogative royale à l'autorité des charges, dont ils auraient soin de se faire revêtir exclusivement.

Je tâcherai de me servir de ce germe de méfiance pour susciter des difficultés aux auteurs de ce projet, sans y paraître à découvert.

Tandis que ce germe fermentera et se développera parmi la petite noblesse, je ne manquerai pas de saisir naturellement les occasions favorables pour exposer aux patriotes toutes les difficultés que ce projet renferme .....“

Königl. Geh. Staatsarchiv zu Berlin.
R. 9. 27. Dépêches et rapports du Marquis de Lucchesini.

Berlin, 31 juillet 1789.

Ministerialreskript an Lucchesini. — Konzept, gez. von Finckenstein und Hertzberg.

„...... Je suis bien aise de voir par vos rapports raisonnés que vous avez parfaitement bien saisi mes principes et mes véritables intérêts, et que vous choisissez les meilleurs moyens pour les faire valoir en Pologne.

Je ne puis jamais consentir à une royauté héréditaire en Pologne; les intérêts de la Prusse exigent toujours un Roi électif ou, si l'on veut, un gouvernement républicain en Pologne, auquel on peut pourtant donner la consistance nécessaire pour la prospérité de cet Etat.

Il sera très difficile de faire changer la sanction garantie par tant de puissances qu'on ne peut élire qu'un Roi piaste.

Si l'on pouvait parvenir à faire passer l'élection d'un Roi saxon, on pourrait pourtant prendre des mesures qui fassent espérer à un tel Roi étranger la succession élective, sans la rendre héréditaire. Un Roi de Prusse serait lui-même intéressé et le plus en état de faire toujours élire et maintenir un Roi de Saxon (sic!) mais toujours par la voie d'élection, et non héréditairement.

Quant à l'alliance que les Polonais, souhaitent tant de contracter avec moi et avec mes alliés, vous pouvez leur en faire espérer la possibilité et l'apparence, même que vous avez choisi de bons biais pour leur faire comprendre que leur gouvernement devait être auparavant mieux consolidé et qu'il fallait surtout attendre la tournure et la fin de cette campagne pour voir le pli que prendrait la guerre, et la combinaison générale des affaires de l'Orient et du Nord.

Vous pouvez même leur faire entrevoir, quoique avec la circonspection qui vous est propre, la possibilité de redintégrer leurs limites selon les évènements de la guerre entre les Turcs et les deux cours impériales, sans vous expliquer sur le quo modo ....."

Gedruckt in der Königlichen Hofbuchdruckerei von E. S. Mittler & Sohn, Berlin SW12, Kochstrasse 68—71.



Adler, C., Studien zur Cultur-Geschichte Polens. Erster Band. 1896. Mk. [illegible]

v. Brandt (Oberst), Aus dem Leben des Generals der Infanterie z. D. Dr. Heinrich von Brandt. Erster Theil: Die Feldzüge in Spanien und Rußland 1808 bis 1812. Zweiter Theil: Leben in Berlin, Aufstand in Polen, Sendung nach Frankreich. Aus den Tagebüchern und Aufzeichnungen seines verstorbenen Vaters zusammengestellt. Beide Theile in einem Bande. 1870. Zweite Auflage. Mk. 9,—

— —, Dritter Theil: Das Jahr 1848. 1881. Mk. 6,—

Chudzinski, Anton, Die Polnische Frage in Preußen. Aus dem Polnischen übersetzt von Ossowski. 1891. 60 Pfg.

v. Conrady (General der Infanterie z. D.), Leben und Wirken des Generals der Infanterie und kommandirenden Generals des V. Armeekorps. Gestorben am 15. September 1843. Ein Beitrag zur Geschichte der Könige Friedrich Wilhelms III. und Friedrich Wilhelms IV. Nach archivalischen und handschriftlichen Quellen. Erster Theil. Von 1777 bis 1813. Mit einem Bildniß, einer Uebersichtskarte und vier Skizzen. 1894. Mk. 6,50, geb. Mk. 8,—

— —, Dasselbe. Zweiter Theil. Die Befreiungskriege 1813–1815. Mit drei Uebersichtskarten und neun Skizzen. 1895. Mk. 8,50, geb. Mk. 10,—

— —, Dasselbe, Dritter Theil. Von 1815 bis 1843. (Im Druck.)

Hepke, Dr. R., Die polnische Erhebung und die deutsche Gegenbewegung in Posen im Frühjahr 1848. Eine Denkschrift mit den begründenden Aktenstücken dem völkerrechtlichen Ausschuß der deutschen National-Versammlung übergeben. 1848. Mk. 1,50.

Knorr, E. (Major), Die polnischen Aufstände seit 1830 in ihrem Zusammenhange mit den internationalen Umsturzbestrebungen. Unter Benutzung archivalischer Quellen. 1880. Mk. 8,—

Krahmer (Major), Der Russische Kriegsschauplatz in seinem Einflusse auf die dort operirenden Armeen im Feldzuge 1812 und dem Polnischen Insurrektionskriege 1830/31. Eine Studie. (Beiheft 4 zum Militär-Wochenblatt. 1885.) 60 Pfg.

v. Moltke (General-Feldmarschall), Darstellung der inneren Verhältnisse und des gesellschaftlichen Zustandes in Polen. Enthalten in „Gesammelte Schriften und Denkwürdigkeiten". Zweiter Band. 1892. Mk. 5,—, geb. Mk. 6,60.

Roedenbeck, A., Von dem Verfall und Untergang Polens. Zwei Vorträge, im Evangelischen Verein zu Berlin gehalten. 1861. Mk. 1,20.

Ueber Ursprung und Bedeutung des Polenthums im Großherzogthum Posen. 1849. Mk. 1,20.

Gedruckt in der Königlichen Hofbuchdruckerei von E. S. Mittler & Sohn
Berlin SW12, Kochstraße 68–71.









